

Bismarck, Die gesammelten Werke

Bismarck

Die gesammelten Werke

2. Auflage

Otto Stollberg Verlag G. m. b. H. Berlin

Den Druck des Werkes besorgte die Berliner Zentraldruckerei G. m. b. H., Berlin SW 48

Reden

Bearbeitet

von

Dr. Wilhelm Schüßler
Professor an der Universität Rostock

Dreizehnter Band

1885 bis 1897

Inhalt des dreizehnten Bandes

Verzeichnis der Reden.[1]

[1] Auch in diesem Bande ist (nur für die wichtigsten Reden) eine kurze Inhaltsangabe beigefügt.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung des Deutschen Reichstags.

2. März 1885.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Nachtragsetats für Kamerun. Die Kommission beantragt, die ganze geforderte Summe von 248000 Mark als Pauschquantum zu bewilligen für alle notwendigen Maßnahmen in Kamerun, Togo und Südwest. Dazu wird folgende Resolution vorgeschlagen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. dem Reichstage bei Vorlegung des nächsten Reichshaushaltsetats eine spezifizierte Mitteilung über die in den Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequena mit den bei Kapitel 2 Titel 4 der einmaligen Ausgaben des Etats des Auswärtigen Amts für 1885/86 bewilligten Mitteln getroffenen Einrichtungen zu machen; 2. dem Reichstage vor Herbeiführung fester Organisationen in den westafrikanischen Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequena eine Vorlage zu machen behufs Heranziehung der Schutzbezirke zur Deckung der dem Reiche aus denselben erwachsenden Kosten. Fürst Bismarck benutzt die Gelegenheit, um vor der deutschen und europäischen Öffentlichkeit eine große Darstellung seiner Englandpolitik zu geben. Zum Verständnis sei gesagt, daß wenige Tage vorher der englische Außenminister Lord Granville sich im Oberhause zu einem heftigen persönlichen Angriff auf Bismarck hatte hinreißen lassen und um die deutsch-französische Entente zu stören, indiskreter Weise verraten hatte, Bismarck habe England früher den Rat erteilt, Ägypten zu nehmen. Bismarck antwortete mit großer Vorsicht und sandte schon am nächsten Tage seinen Sohn nach London, um die kolonialen Streitigkeiten zu schlichten, da die Entente mit Frankreich schon im Erlöschen war. England ging darauf ein, weil gleichzeitig die Katastrophe Gordons im Sudan stattgefunden hatte und ein Krieg mit Rußland über Afghanistan drohte:

Ich kann nicht mit Sicherheit vorhersagen, welche Aufnahme die Bewilligung eines Pauschquantums statt der Einzelforderungen bei den verbündeten Regierungen finden wird; so viel aber kann ich vorhersagen, daß ich meinerseits sie befürworten würde. Ich halte den Zweck, den wir erstreben, für jetzt durch ein Pauschquantum ebensogut erreicht, ja ich würde vielleicht in der Lage gewesen sein, bei den verbündeten Regierungen sofort ein Pauschquantum beantragt zu haben, wenn ich hätte glauben können, daß in dieser Form Ihre Annahme der Sache wahrscheinlicher wäre als in der detaillierten; ich fürchtete aber, daß, wenn wir ein Pauschquantum gefordert haben würden, Sie dann von uns die Detaillierung verlangt hätten, (Heiterkeit) und ich habe sie nur widerstrebend bis zu dem Maße, wie wir sie gegeben haben, gedruckt gesehen. Wir können ja nicht mit voller Sicherheit voraussehen, ob die Organisation, die wir Ihnen vorschlagen, nachdem wir ein

Jahr Zeit gehabt haben werden, über Land und Leute, über die Begrenzung der Besitzungen, die von unseren Landsleuten erworben sind, über die Haltung, welche die auswärtigen Regierungen zu unseren Unternehmungen beobachten, Erfahrungen zu sammeln, teils durch den Lauf der Ereignisse in diesem Jahr, teils durch die Berichterstattung amtlicher, ad hoc von uns abgesandter Persönlichkeiten — ob die Organisation sich bewähren werde; erst dann werden wir in der Lage sein, Ihnen mit voller Überzeugung Detailvorschläge zu machen. Die, die wir bisher gemacht haben, haben wir in fidem auf das Urteil des Syndikats in Hamburg gemacht; wir haben das vorgeschlagen, was das Syndikat für nötig hielt, prima facie. Ob unsere eigene Überzeugung übers Jahr vollständig damit übereinstimmt, kann ich nicht vorhersagen, und insofern ist es meines Erachtens, ohne den verbündeten Regierungen vorzugreifen, sogar nützlicher, ein Pauschquantum zu bewilligen, als die einzelnen Details.

Ich bedaure, daß bei dieser Gelegenheit in Form von Resolutionen eine erhebliche Anzahl von Fragen gestellt wurde, die weder von mir noch von sonst irgend jemand haben beantwortet werden können. Ich glaube, daß kein lebender Mensch auf dieser Welt sie alle mit voller Sicherheit und Richtigkeit beantworten kann; ich bin wenigstens ganz sicher nicht in der Lage. Ich habe darauf diejenigen Antworten gegeben, die sich aus den Akten schöpfen lassen; den zukünftigen Entschließungen der verbündeten Regierungen kann und will ich nicht vorgreifen, um so weniger, als es sich für mich selbst doch um eine terra incognita handelt, über die ich ganz sichere Vorschläge nicht vertreten kann.

Über diejenigen Rechtszustände, welche späterhin in diesen Kolonien Platz greifen werden, habe ich mir bisher wenigstens eine feste Ansicht nicht bilden können, eine Ansicht, die ich entschlossen wäre zu vertreten. Ich weiß nicht, ob einer der Herren in der Kommission, die die Fragen gestellt haben, in der Lage gewesen wäre, darüber bestimmte Vorschläge zu machen. Wenn er es ist, und wenn er sich dabei auf Erfahrung und Sachkunde stützt, so würde ich ihm außerordentlich dankbar sein, wenn er seine mir unbekannte Wissenschaft mitteilen wollte.

Es ist dies vorsichtige Vorgehen in der Sache ja ganz natürlich bei dem System, welches wir für die Kolonien überhaupt adoptiert haben, welches ich im vorigen Jahre entwickelte, und welches im Prinzip damals Ihre Sanktion gefunden hat, nämlich dahingehend, daß wir nicht vollständige Systeme im Kopf und in der Theorie fertig machen und zur Annahme und Durchführung zu bringen suchen, die etwa wie die Minerva aus dem Haupte Jupiters vollständig lebensfähig und erwachsen dastehen würden, sondern daß wir die Sache organisch entwickeln, sich kristallisieren lassen. Wir haben nicht die Prätension, die Kolonisationsbestrebungen des deutschen Volkes zu führen nach einer bürokratischen Vorschrift und nach einem bestimmten System, über das wir selbst uns im klaren wären; sondern wir haben die Absicht, ihnen zu folgen mit dem Schutze des Reiches da, wo wir eine Wahrscheinlichkeit der Entwicklung und Berechtigung auf diesen Schutz anerkennen. Daraus geht schon hervor, daß wir selbst lernbedürftig in der Sache sind und nicht alle Fragen beantworten können und konnten, die uns gestellt wurden. Ich bitte Sie, das also nicht dem Mangel an gutem Willen, sondern dem Mangel eigener Wissenschaft und eigenen Entschlusses über die weitere Behandlung der Sache zuzuschreiben.

Ich habe, als ich mich zuerst über unsere Kolonialabsichten ausgesprochen habe, vor allem betont, daß eine Kolonialpolitik überhaupt nur dann möglich ist, wenn sie von einer

Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit und Überzeugung getragen wird. Eine Regierung, die sich mühsam abquält, gegen eine starke Minorität auch nur, oder gar gegen eine parlamentarische Majorität, um künstlich Kolonien ins Leben zu rufen, würde eine Danaidenarbeit verrichten, die ermüdend ist, die allenfalls ein neues Kapitel in den Budgetdiskussionen und in den jährlichen Tadelsvoten, die der Regierung ausgesprochen werden, liefern könnte, aber einen praktischen Erfolg für unser deutsches wirtschaftliches Leben kaum haben würde. (Sehr richtig! rechts.)

Ich muß mich nun fragen, ob eine solche Stimmung im deutschen Volke überhaupt vorhanden ist. Ich habe den Eindruck gehabt, daß durch das Volk selbst ein frischer Zug nach dieser Richtung ging; aber ich habe nicht gefunden, daß er in der Majorität des Reichstags Widerklang gefunden hätte. Wenn wir dahin kämen, daß der Reichstag eine Kolonialpolitik, zu der die Regierung zögernd und vorsichtig schreitet, seinerseits ihr empfiehlt, darauf dringt, sie mahnt — ja dann wäre unsere Situation eine ganz andere. Statt dessen sind wir — und damit will ich keinen Vorwurf machen, Sie wissen ja, warum Sie es tun — in diesen kolonialen Fragen im ganzen doch nur einer zögernden, dilatorischen Behandlung begegnet. Die Majorität in der Kommission hat durch ihre Fragen, die wir wenigstens nicht beantworten konnten, durch die ganze Behandlung der Sache in ihren Sitzungen, und auch die Beschlüsse des Plenums haben uns nicht den Eindruck gemacht, als ob in der Majorität des Reichstags ein Enthusiasmus für die koloniale Entwickelung des deutschen Volkes vorhanden wäre. Ich verlange keine „Schützenfeststimmung“, wie das hier geringschätzig bezeichnet worden ist; aber eine gewisse tiefe Überzeugung, die entschlossen ist, die Regierung zu tragen und zu stützen, allen Ansprüchen und Schwierigkeiten gegenüber, die ihr vom Auslande auf diesem Wege entgegentreten — die müssen wir haben, meine Herren. Wenn das nicht der Fall ist, wenn die Unterstützung übers Jahr ebenso matt, ebenso lau ist, dann, glaube ich, muß ich den verbündeten Regierungen raten, auch diesen Versuch als einen verfehlten zu behandeln, ihn wie ich mich schon früher ausdrückte — zu den Akten „Samoa“ zu legen und abzuwarten, ob vielleicht ein Nachfolger von mir diesen dritten Teil der sibyllinischen Bücher wiederum der deutschen Nation anzubieten imstande sein werde. Ich würde nicht dazu raten, einen unfruchtbaren Weg einzuschlagen, auf dem der passive Widerstand und die Obstruktion, die dilatorische Behandlung die Kräfte, die anderweit notwendig sind, ermüdet und ihn gegen den Willen der Majorität weiter zu verfolgen. In einem solchen Falle würden die verbündeten Regierungen die Verpflichtung haben, sich zu überzeugen, ob die Stimmung des Volkes bei den Neuwahlen (Aha!) die Zurückhaltung, die die jetzige Reichstagsmajorität den kolonialen Bestrebungen gegenüber äußert, teilt — nun, dann ist das Urteil über unsere kolonialen Bestrebungen wiederum gesprochen — oder ob das deutsche Volk es anders will, ob die Mehrheit unserer Landsleute von dem, was ich einen frischen Zug nannte, sich berührt und getragen fühlt. Ja, meine Herren, da muß es dieser Stimmung durch die Wahlen Ausdruck geben und die Regierung in die Lage bringen, daß sie, wenn dieser Stimmung nicht entsprechend hier votiert wird, wiederholentlich an die Stimmung der Wähler, an das Votum der Wähler appellieren. (Bewegung.)

Ich betrachte diese Frage nicht als abgeschlossen und bin weit entfernt, sie zu beantworten; ich spreche bloß von dem, was ich mit völlig kaltem Blute für die Pflicht der verbündeten Regierungen halte, nämlich die Kolonialpolitik fortzusetzen, so lange sie Hoff-

nung haben, von der Mehrheit des deutschen Volkes dabei getragen zu werden, sie fallen zu lassen dann, wenn sie diese Hoffnung aufgeben müssen und nicht unfruchtbaren Utopien im Kampfe mit der Mehrheit des Reichstags dauernd nachzugehen.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß auch die Stellung, die das Ausland zu unseren kolonialen Verhältnissen einnimmt, maßgebend ist. Ich darf wohl annehmen, daß die eine andere wäre, wenn der Deutsche Reichstag einheitlich und mit einem gewissen Enthusiasmus den kolonialen Bestrebungen der verbündeten Regierungen zur Seite stände, und daß das Ausland — man untersucht ja die Verhältnisse, wie die Majorität entsteht, in einem fremden Lande nicht so genau — eine Ermutigung, den deutschen kolonialen Bestrebungen fest gegenüber zu treten, daraus schöpft, daß man in allen Zeitungen lesen kann, den ausländischen wie den inländischen, daß die Mehrheit des Reichstags bisher nicht davon überzeugt ist, daß es für das deutsche Volk nützlich sei, Kolonialpolitik zu treiben. Wenn Sie heutzutage die englischen Blätter lesen, so finden Sie das mit derselben Motivierung, wie in unseren deutschen Oppositionsblättern, mit einer so übereinstimmenden Motivierung entwickelt, daß man versucht ist, an einen direkten Zusammenhang (hört! hört! rechts) und an die Internationalität der Oppositionspresse gegenüber der deutschen Reichsregierung im allgemeinen zu glauben. Es finden sich die gleichen Artikel ziemlich gleichzeitig wieder in der „Times" und in Blättern, die zu dem Cobdenschen System gehören; die machen gegen mich, den unglücklichen Repräsentanten der deutschen nationalen Politik, mit einer Übereinstimmung Front, die ich für positive Zwecke der gesamten Nation wohl wünschen möchte. Sicher ist, daß die Tonart in der Korrespondenz, die von englischer Seite mit uns geführt ist, unter dem Eindrucke dieser Parlamentsverhandlungen während derselben — ob post hoc oder propter hoc, lasse ich unentschieden — eine schärfere und unfreundlichere geworden ist. Man hat dazu gegriffen, Aktenstücke, wie zum Beispiel ein Schreiben eines australischen Königs an Seine Majestät unseren Kaiser, in englischen amtlichen Sammlungen früher zu drucken, als Seine Majestät der Kaiser es erhalten hatte. Wie es in englische Hände geraten ist und in die amtlichen Sammlungen, weiß ich nicht. Es sind Aktenstücke ziemlich vertraulicher und ziemlich einschneidender Natur, die an uns gerichtet waren, in England amtlich gedruckt worden, ehe wir sie erhalten hatten. Es sind vertrauliche Besprechungen, die ich hier mit den Vertretern Englands gehabt habe — Besprechungen der vertraulichsten Natur, die sich auf sehr langjährige Bekanntschaften gründeten, die aber natürlich zur Meldung berechnet waren — in amtlichen Aktenstücken resumiert und zum Druck bestimmt worden. Das alles sind Zeichen einer Verstimmung, die ich nicht für eine berechtigte halte, und die ich nur lebhaft bedauern kann. Auch hier spitzt sich diese Verstimmung leider gegen meine Person zu, in dem Maße, daß bei den jüngsten Verhandlungen des englischen Parlaments Lord Granville sich in einer Weise geäußert hat, als ob unsere durch mich vertretenen Ansprüche so weit gingen, daß sie England nötigten — ich muß den englischen Text zitieren — „to abdicate all liberty of action in colonial matters", daß England also in jeder Freiheit der Bewegung auf kolonialem Gebiet durchaus beeinträchtigt würde. Die Tragweite dieser Redewendung geht über das bescheidene Maß unserer Kolonialpolitik weit hinaus.

Es wird damit unsere Haltung auf anderen politischen, aber auch afrikanischen Gebieten in Verbindung gebracht und vorausgesetzt, daß ich persönlich eine „unfavourable

view", eine ungünstige Meinung über die ägyptische Politik Englands hätte, und als Motiv dieser ungünstigen Meinung wird bei mir eine persönliche Empfindlichkeit darüber angenommen, daß von englischer Seite ein Rat, den ich früher bezüglich Ägyptens gegeben hätte, nicht befolgt worden sei. Ich bedaure, daß mein englischer Kollege mich in die Lage bringt, seiner Kundgebung widersprechen zu müssen. Ich habe ihm gegenüber nie die englische Politik bezüglich Ägyptens getadelt. Ich erlaube mir überhaupt über fremde Politik nicht leicht ein Urteil, und am allerwenigsten habe ich das getan wegen einer Nichtbefolgung eines Rates von mir. Ich habe aber auch den Rat, der hier, als von mir stammend, angeführt ist, niemals gegeben. Lord Granville befindet sich im Irrtum, wenn er annimmt, daß mein Rat in Bezug auf Ägypten dahin gelautet habe, „to take it", Ägypten zu nehmen. Das ist ein Irrtum, (hört! hört!) auf dessen Berichtigung ich halte, und der mich nötigt, meinerseits in der Offenlegung vertraulicher Verhandlungen weiter zu gehen, als es sonst in meiner Gewohnheit liegt.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß der diplomatische Verkehr von englischer Seite neuerdings vorwiegend und fast ausschließlich in der Form schriftlicher Noten betrieben wird, also in der Gestalt von Noten, die in London redigiert werden, deren Text hierher geschickt wird, von dem hiesigen englischen Botschafter unterschrieben und mir dann der Form nach vorgelesen, eingehändigt oder in Abschrift belassen wird, je nachdem der Inhalt der Note ist. Aber im ganzen ist es eine Korrespondenz, der ähnlich, wie eine Privatkorrespondenz vom Schreiber zum Empfänger direkt schriftlich geht, fertig abgeschlossen, ohne Möglichkeit, etwas zu ändern auf Grund des Eindrucks, den sie etwa macht, und bei der der Botschafter nur die Rolle des Überbringers hat. Jeder andere Beamte würde das auch tun können; ja die Post würde die Note mit derselben Sicherheit besorgen, wie die Botschaft, wie die Diplomatie. Wenn dieses System das zweckmäßige ist, dann ist unsere ganze kostspielige Diplomatie überflüssig, (hört! hört! Heiterkeit rechts) dann kann der Weltpostverein, mein Herr Kollege Stephan, den sämtlichen diplomatischen Verkehr in seine Hand nehmen. (Heiterkeit rechts.)

Ich habe aber oft gefunden, daß es für das Verständnis unter Kabinetten nützlich ist, wenn man Geschäfte machen will, zunächst dem eigenen Vertreter den Auftrag zu geben, mündlich zu sondieren, welches die Aufnahme einer Eröffnung sein wird; ist sie ungünstig, kann man unter Umständen die Sache fallen lassen, modifizieren oder, wenn man glaubt, es muß sein, sagen: Wir werden es doch tun in irgendeiner Form, Ihr müßt Euch dazu stellen in irgendeiner Weise. Auf die Art bereitet man auf die Sache vor, und man kommt ohne Schwierigkeit über eine Sache hinüber, die, wenn man sie fertig, schriftlich einer fremden Regierung mit der Post zuschickt, für dieselbe empfindliche Dornen haben kann, auf die man beim Schreiben gar nicht gerechnet hat. Es gehört schon eine ungewöhnlich genaue Kenntnis des fremden Hofes, der Leitung der fremden Politik dazu, wie sie die meisten Staaten wohl nicht haben, um mit Sicherheit die Wirkung einer geschriebenen Mitteilung vorher zu berechnen. Der Botschafter an Ort und Stelle ist eher in der Lage, anzufühlen und vorzubereiten.

Ich halte also den mündlichen Verkehr für zweckmäßig, von englischer Seite wird der schriftliche vorgezogen. Wir haben seit dem vorigen Sommer an Noten — ich habe die Ziffer feststellen lassen, weil es mir auffiel, daß es so sehr viele waren; ich muß jede

solche Note beantworten, und ich überwache die Redaktion selbst und prüfe sie; es hat mir viel Arbeit gemacht — wir haben seit dem vorigen Sommer einhundert und — ich glaube achtundzwanzig schriftliche Noten vom englischen Kabinett bekommen, die zusammen zwischen sieben- bis achthundert Seiten lang (hört! hört! rechts) und zu beantworten waren. So viel haben wir von allen übrigen Regierungen in den dreiundzwanzig Jahren, daß ich Auswärtiger Minister bin, nicht bekommen. (Heiterkeit.) Jede Nation und jede Regierung hat ja das Recht, die Geschäfte zu betreiben, wie sie es nützlich hält, und es ist ja gewiß, daß eine Auswärtige Politik, wenn sie in gedruckten und veröffentlichten Noten betrieben wird, unter Umständen auf das eigene Parlament einen tieferen, günstigeren Eindruck machen kann als der mündliche, unbekannt bleibende Verkehr durch Diplomaten; aber man läuft dann unwillkürlich Gefahr, einigermaßen auch für den Eindruck im Parlament und nicht ausschließlich für den Eindruck auf die fremde Regierung und für den Frieden, das gute Einvernehmen mit ihr zu schreiben.

Die Anspielungen, die in verschiedenen von England veröffentlichten — und zum Teil zu meiner Überraschung veröffentlichten — Aktenstücken enthalten sind, auf frühere Verhandlungen über Ägypten, und die in der jüngsten Rede des Grafen Granville vorhanden sind, werden sich richtig stellen durch das, was ich zu sagen im Begriff bin.

Ich habe niemals einen Rat über die Behandlung Ägyptens an die englische Regierung erteilt. Wohl aber bin ich um solchen befragt worden zu verschiedenen Malen sowohl von meinem verstorbenen persönlichen und politischen Freund Lord Ampthill hier im Auftrage seiner Regierung als auch durch Vermittlung unserer in England anwesenden Organe und mündliche Aufträge, die denen zur Bestellung an mich gegeben worden sind, und in allen Fällen lautete die Anfrage an mich dahin, ob ich bereit wäre, der englischen Regierung einen Rat oder einen Wink — „an advise or a hint“ — zu geben über das, was sie augenblicklich in Ägypten tun möchte, und was bei uns Billigung finden würde. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Darauf habe ich jedesmal — und einige Male bin ich sogar in der Lage, darüber die schriftlichen Aufzeichnungen der Organe zu besitzen, die ich mit der Beantwortung beauftragt habe — die Antwort in dem Sinne gegeben, wie in dem Schriftstück aus dem September 1882, welches ich hier mitgebracht habe: daß ich mich in meiner Eigenschaft als Auswärtiger Minister des Deutschen Reiches enthalten müsse, der englischen Politik einen Rat zu geben, weil ein solcher Rat, in der amtlichen Eigenschaft erteilt, doch eine gewisse Verantwortlichkeit anderen Kabinetten gegenüber und auch für die Folgen, die er haben kann, mit sich brächte. Ich müßte es also ablehnen, ihn zu erteilen.

Ich bin dann weiter gefragt worden, ob ich denn nicht eine Meinung äußern wollte über das, was geschehen könne. Ich habe darauf gesagt: ich könne mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre, und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache, hätte ich meine Ansichten, und wenn ich englischer Minister wäre, so würde ich in diesem Augenblicke nicht dazu raten, Ägypten zu annektieren, wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfnis wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglied seines europäischen und seines asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung meines Erachtens, ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. Ich würde daher, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermittlung des Sultans suchen, um durch ihn

in Ägypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sichergestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen kaum Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen bondholders und auch denen der übrigen Nationen, mit Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Ägyptens durch die englischen Organe voraussehen ließe. Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provoziert werden. Wenn dagegen England eine direkte Annexion Ägyptens vornehmen wollte, so könne sich ein Verhältnis von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zu dem gesamten Mohammedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn sie dort unter der Firma des Sultans erschienen, und ich gebrauchte noch den Ausdruck — vielleicht wird mein englischer Kollege sich dessen erinnern — ich gebrauchte in englischer Sprache den Ausdruck eines „lease-holder" des Sultans in Ägypten. Damit würden sie vermeiden, Frankreich und andere zu verstimmen, und uns sei der gute Vertrag zwischen England und Frankreich dringend wünschenswert, denn ein Bruch zwischen diesen beiden großen Mächten in der Mitte Europas sei eine Kalamität für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche als die nächsten Nachbarn, und ich legte deshalb einen großen Wert darauf, daß England mit Frankreich in guten Beziehungen bliebe. Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt. Ich habe dem hinzugefügt: Wenn England vorziehen sollte, Ägypten zu annektieren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, dies zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger — ich kann nur langsam lesen, weil ich übersetze — wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Ägypten. Ich sei nicht Willens, ihnen einen Rat zu geben, aber ich sähe voraus, daß durch eine Annexion Ägyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souveränität seinen Einfluß in Ägypten auszuüben.

Dann folgt eben die schon erwähnte Betrachtung, daß die großen französischen Finanziers damit zufrieden sein würden in der Hoffnung, daß ihre geschäftlichen Interessen durch die englische Verwaltung ebensogut gewahrt werden würden als früher durch die gemeinsame Leitung, und daß bei dem augenblicklichen Vorwiegen der finanziellen Interessen die öffentliche Meinung in Frankreich vielleicht sogar die Annexion Ägyptens ertragen würde, daß aber in dem Falle immer doch some ill-feeling and uneasiness, eine üble Empfindung und — es ist schwer zu übersetzen — und Mißstimmung zurückbleiben werde, welche die Beziehungen dieser beiden Länder verbittern und Gefahren für den zukünftigen Frieden mit sich bringen könnte. Ich habe also nicht geraten, „to take it", sondern von der Annexion so dringend abgeraten, wie in meiner unbeteiligten Stellung tunlich war. Ich habe dann noch hinzugefügt: Die Erledigung dieser Frage liegt ja ohne Zweifel der englischen Regierung ob, und ich meine ihr dieselbe ausschließlich zu überlassen; aber wie auch der Entschluß Englands ausfallen möge, wir werden ihm nicht im Wege stehen, wir empfehlen nur die Vorsicht und die Achtung vor den Verträgen und vor den Rechten des Sultans.

Nun, ich bin gegen meinen Willen genötigt gewesen, diese Aufklärung zu geben, um den Insinuationen endlich einmal bestimmt zu widersprechen, die oft dahin gemacht worden sind, als hätte ich mir seit Jahren angelegen sein lassen, die englische Regierung durch lockende Versprechungen von fremdem Besitztum von dem Pfad der Tugend abzulocken (Heiterkeit) und dadurch in Europa Verwirrung anzurichten. Das ist vollständig unrichtig. Ich habe mich im Vertrauen und nur auf ausdrückliches Befragen nach meinem Rat darüber geäußert, was ich tun würde, wenn ich augenblicklich englischer Minister wäre. Ich habe das widerstrebend und auf wiederholtes Verlangen getan; aber ich habe es schließlich getan in der Überzeugung, daß ich auch auf diesem Wege dem Ziele, welchem ich nachstrebe, der Erhaltung des Friedens in Europa und unter seinen großen Mächten, nützlich sein könnte, (Bravo!) wenn ich der englischen Regierung Ratschläge der Mäßigung gäbe. Wären sie befolgt worden, so wäre manche Verwickelung seitdem vielleicht nicht eingetreten. (Bravo!)

Es ist dies eine Episode, die mit dem Gegenstand, der das Haus beschäftigt, nur äußerlich zusammenhängt, und von der ich hoffe, daß sie mit der Verstimmung, die sich in England daran knüpft, bald vorübergehen werde. Ich suche den Grund dieser Verstimmung in der Erfahrung, daß man, wenn man überhaupt übler Laune ist, den Grund der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer lieber bei anderen, als bei sich selbst sucht. (Sehr richtig!) Aber ich werde tun, was in meinen Kräften steht, um sine ira et studio in der versöhnlichsten Weise die Sache wieder in das Geleise des ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen, der zwischen uns und England jederzeit bestanden hat und der der natürlichste ist, weil keiner von beiden vitale Interessen hat, die einander widersprächen. Denn ich kann es doch nur für einen Irrtum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche mißgönnt. Wenn man auch geneigt ist, auf die Stimmung jedes einzelnen Kolonialreeders und Kaufmanns englischer Nation Rücksicht zu nehmen, so kann ich doch nicht glauben, daß man die Art, unserer Kolonialpolitik entgegenzuwirken, wie sie sich in Kamerun sowohl wie in Australien, in Neuguinea, in Fidji und an anderen Orten gezeigt hat, beibehalten werde, ohne Rücksicht auf die Stimmung zu nehmen, in welche die deutsche Nation dadurch versetzt wird. Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgendein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen respektive niederzustimmen. (Lebhaftes Bravo!)

Der Reichstag bewilligt hierauf die geforderte Summe als Pauschquantum und nimmt in dritter Lesung auch die beiden Resolutionen an.

65. Sitzung des Deutschen Reichstags.

12. März 1885.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Postdampfersubventions-Vorlage, die von der Kommission verworfen war. Konservative, Reichspartei und Nationalliberale beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage; die Sozialdemokraten Beschränkung auf die ostasiatische und australische Linie, das Zentrum nur die ostasiatische. Auf den letzten Redner, den Zentrumsabgeordneten Rintelen, erwidert Fürst Bimarck mit einer Rede über Kolonialpolitik, die sich zum Schluß zu der erschütternden Anklage steigert, daß der Parteigeist das ganze herrliche Werk von 1870 wieder vernichte:

Der Herr Redner hat in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubvention, sondern gegen die Kolonialpolitik im allgemeinen gesprochen. Er nötigt mich deshalb auch, mehr, als in meiner Absicht war, von der Vorlage und deren Thema abzuweichen und auf die von ihm in den Vordergrund gestellte Kolonialfrage einzugehen. Daß beides in engem Zusammenhang steht, habe ich schon im vorigen Jahre gesagt in der Budgetkommission, indem ich darauf hinwies, daß die Ablehnung dieser Vorlage eine Entmutigung für die Regierung auf dem Wege der Kolonialpolitik notwendig sein müsse.

Der Herr Vorredner hat diese Entmutigung uns sehr viel direkter zuteil werden lassen. Er hat nicht nötig, noch gegen diese Vorlage zu stimmen; er hat uns durch seine Rede an und für sich schon zu verstehen gegeben, daß er mit der Kolonialpolitik des Deutschen Reichs nicht einverstanden ist. Er hat zwar damit begonnen, daß er und seine politischen Freunde im allgemeinen für Kolonialpolitik gestimmt wären, vielleicht in Berücksichtigung des lebhaften Interesses, das sich in unserer öffentlichen Meinung und auch bei den Wählern dafür geltend macht. Er hat dann zu dem gewöhnlichen Mittel gegriffen, Vorlagen der Regierung abzulehnen, die man im Prinzip nicht bekämpfen mag, indem er sie angebrachtermaßen ablehnte. Er sagt: Ja, Kolonien wollen wir wohl, aber gerade diese nicht, und dann hat er gegen sie Motive angeführt, die in Bezug auf diese Kolonien gerade am allerwenigsten zutreffen. Ich werde darauf nachher zurückkommen.

Einstweilen nehme ich davon Akt, daß der Herr Vorredner die Verbindung der heutigen Vorlage mit der Kolonialpolitik seinerseits auf das Schärfste, viel schärfer als ich akzentuiert hat. Ich möchte aber bitten, unter der Abneigung gegen die Kolonialpolitik doch diese Vorlage nicht unbedingt leiden zu lassen. Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als wenn wir gar keine Dampferverbindung mit den östlichen Meeren brauchten, wenn wir nicht diese Kolonien in Besitz genommen hätten oder zu nehmen beabsichtigten, daß ohne Kolonialpolitik keine Dampfersubvention nötig wäre. Meine Position ist umgekehrt. Ich sage: Ohne Dampfersubvention habe ich keine Aussicht auf Kolonialpolitik. Der Herr Vorredner hat das umgedreht und hat so gesprochen, als wenn das Bedürfnis der Dampfersubventionen erst durch die Kolonialpolitik entstanden wäre. Ich mache den Herrn Vorredner darauf aufmerksam, daß die wichtigste der Linien, die, wie es scheint, auch er und seine Freunde bewilligen wollen, die nach Ostasien, mit unserer Kolonialpolitik in gar keiner Verbindung steht. Seine ganze Rede schwebt also in Bezug auf diese Hauptlinie der heutigen Vorlage vollständig in der Luft. Auch die Linie nach Australien, die schon mehr Beifall hat als die afrikanische Linie, als die Koloniallinien, aber mehr Anfechtungen als die nach Ostasien, hat mit den bestehenden Kolonien einstweilen noch keine Beziehung. In Samoa haben wir keine Kolonien, sondern nur Handelsverbindungen.

Der Herr Vorredner wird mir also zugeben, daß seine Rede an dem Ziele, das er im Auge hatte, weit vorbeigeschossen und dasselbe gar nicht getroffen hat. Er hat lediglich gegen die Kolonialpolitik gesprochen, aber in einer Weise, die zur Ablehnung der uns heute beschäftigenden Vorlage nicht um eines Strohhalms Breite Material geliefert hat. Unsere Kolonialpolitik hat mit der Linie nach Ostasien nicht entfernt etwas zu tun; mit der nach Samoa auch nicht, mit der nach Neuholland auch nicht.

Nun, die afrikanische Linie hat nicht viel Chancen; und, meine Herren, wenn Sie diese Linien ablehnen, und wenn Sie auch noch eine und die andere ablehnen, so ist dies ein Fall, in dem wir von seiten der Regierung durchaus nicht berechtigt sind, zu sagen: Ganz oder gar nicht! Wir sind in der Verpflichtung, auch kümmerliche Abschlagszahlungen auf diesem Gebiete, auf dem wir für die öffentliche Wohlfahrt gegen parlamentarische Opposition zu kämpfen haben, zu akzeptieren; wir dürfen sie nicht ablehnen. Also wenn Sie uns nur eine Linie bewilligen, so werden wir sie dankbar annehmen; wenn Sie uns zwei Linien bewilligen, so glauben wir, daß die öffentliche Wohlfahrt noch mehr Grund hat, sich bei den Abgeordneten zu bedanken. Aber die Ablehnung einer von den vier Linien oder mehrerer ist nicht für dieses Gesetz, wie man sagt, eine Kabinettsfrage. Wir müssen eben nehmen, was wir bekommen. Ich sagte schon gestern, daß diese Einrichtung ja nicht vollständig fertig ins Leben springen und nach allen Seiten jeder Kritik gerecht werden könnte, sondern immer durch die Erfahrung korrigiert, richtig gestellt und vervollständigt werden müsse. Wenn Sie uns eine von diesen Linien bewilligen, so glaube ich, werden die Erfahrungen, welche auf dieser Linie gesammelt werden, sehr bald das Bedürfnis, daß auf diesem Wege unserem Export und unserer Schiffahrt noch weiter geholfen werde, klarer als bisher zur Erkenntnis aller bringen. Sie werden dann, hoffe ich, selbst einsehen, daß wir auf dem richtigen Wege waren und werden dann uns selbst zureden, auf diesem Wege weiter zu gehen. Wir verlangen ja nicht, daß Sie gegen Ihre Überzeugung uns irgend etwas bewilligen sollen. Haben Sie die Überzeugung noch nicht, teilen Sie die der Regierung noch nicht bezüglich dessen, was unserem wirtschaftlichen Verkehr und unserer Entwicklung in Handel und Schiffahrt über See nützlich ist — teilen Sie diese Überzeugung noch nicht, nun natürlich, dann werden Sie ablehnen und werden gegen uns stimmen. Ich schmeichle mir nicht, daß wir Sie zu alledem, was wir wünschen, heute werden überreden können; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Umstände, die Geschichte, die nationale Entwicklung Sie übers Jahr im Reichstag werden weiter gebracht haben.

Also ich werde darum jede Teilzahlung, die Sie uns bewilligen, als einen Schritt vorwärts auf diesem Wege betrachten; aber damit Sie dabei doch nicht zu ängstlich werden, so möchte ich versuchen, einige der Bedenken, die der Herr Vorredner gerade gegen diese Kolonien als besonders schlimm und übel gewählte geltend gemacht hat, zu widerlegen.

Dem Herrn Vorredner schienen als Kolonien vorzugsweise solche Länder vorzuschweben, nach denen hin der Deutsche aus allen Ständen auswandert — namentlich schien ihm derjenige Deutsche dazu prädestiniert, der im Vaterlande sein Fortkommen nicht gefunden hat; er deutete an, daß auch der Auswurf der Nation dahin gehen werde — wo diese in Masse sich etablieren könnten und in ihrem Geschick, in ihren Nebenmenschen nachsichtigere Richter finden würden, als sie zu Hause gefunden haben. Das paßt auf keine der bisherigen Kolonien. Die bedeutendsten und zukunftsreichsten derselben liegen

unter dem Äquator oder fast unmittelbar am Äquator; auch schon Angra Pequena, das ich hier ausnehme, liegt in einem sehr heißen Klima und ist eine Kolonie, die erst Wert bekommen kann, wenn sich die nach dem Urteil Sachkundiger begründete Hoffnung bestätigt, daß sich dort eine Montanindustrie entwickeln wird. Hauptsächlich sind die Hoffnungen auf Kupfer gerichtet. Ob von dem Herrn Vorredner eine besondere Konkurrenz mit unseren Kupferwerken im Lande befürchtet wird, das lasse ich dahingestellt sein, das ist eine Nebensache; aber auf die anderen Kolonien passen weder die Argumente des Vorredners in Bezug auf die mangelnden Konsumenten dort, noch in Bezug auf den von dort zu befürchtenden konkurrierenden Import nach Deutschland. Die Bevölkerungen dieser Kolonien selbst werden keine Konsumenten sein, welche deutsche Erzeugnisse in sehr umfangreichem Maße verbrauchen; die dort etablierten kaufmännischen Filialen — mir fällt die richtige Bezeichnung nicht ein — sind eben die Spediteure des diesseitigen Handels für die Vermittelung des deutschen Absatzes nach dem Innern von Afrika. Daß der sich bloß auf Branntwein beschränken wird, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, ist mir neu. Wenn die Engländer auf ihre dortigen Kolonien einen so starken Wert legen, wenn sie — nicht die Regierung, aber viele von ihren Untertanen — uns das Leben dort so schwer gemacht haben, wenn sie mit großer Zähigkeit an den Stellungen, die sie dort gewonnen haben, festhalten und sich mit einer nachahmenswerten Energie auszudehnen und zu verbreiten suchen — sollte das ein bloßes Phantasiegebilde von den Engländern sein, sollte es nur auf irgendeine phantastische „Schützenfestlaune" hinauslaufen? Sollten da nicht solide englische Interessen dahinter stecken, die Hoffnung, englische Manufakturen in großer Masse durch ihre Faktoreien an der Küste und nach dem Innern von Afrika an die Hunderte von Millionen abzusetzen, die diese Länder bewohnen, und die allmählich an einen größeren Verbrauch von europäischen Waren sich gewöhnen? Sie spotten über das bunte Papier, von dem hier die Rede gewesen ist: aber von der Fabrikation dieses bunten Papiers leben in unseren Gebirgsdörfern eine rechte Masse achtbarer Arbeiter, über deren Bedürfnisse Sie doch sonst bei den Wahlen zu lachen nicht so sehr geneigt sind. (Sehr wahr! rechts.) Ich möchte den Herren, die heute darüber spotten, empfehlen, in den thüringischen und anderen Dörfern, wo dieses bunte Papier und Glasperlen gemacht werden, die höhnischen Bemerkungen zu wiederholen, die sie hier gemacht haben, dann werden sie wohl die richtige Antwort darauf bekommen. (Sehr richtig! rechts.)

Aber es beschränkt sich nicht auf diese Kleinigkeiten, Zieraten und Schmucksachen. Der Abgeordnete Woermann hat schriftlich und mündlich uns Verzeichnisse geliefert von den Hunderten von Artikeln, die die deutsche Industrie nach jenen Gegenden hin liefert; und wenn nicht jeder hier bloß für seine Fraktion und seinen Wahlkreis zu sprechen und zu hören gewohnt wäre, so würde diese sehr lehrreiche Darlegung des Abgeordneten Woermann die Herren abgehalten haben von den Spöttereien über die Unbedeutendheit der Ausfuhr. Selbst die Portugiesen — warum halten sie denn ihre Kolonien so fest und sind eifersüchtig auf jedes Stückchen davon? Und den Engländern mögen Sie vorwerfen, was Sie wollen, aber dumm in Handelssachen sind sie nicht; (Heiterkeit) man läuft Gefahr, selbst dem Vorwurf zu verfallen, wenn man ihn den Engländern macht.

Ich halte für die aussichtsreichsten Kolonien diejenigen, die hier als „Gründungen" qualifiziert werden, weil die Namen Hansemann, Bleichröder darunter stehen, die in Neuguinea. Nach allem, was ich von dort gehört habe, gibt es große fruchtbare und

der Kultur leicht zugängliche Gegenden, die jetzt mit steppenartigem, mannshohem Grase bewachsen sind, unter dem Äquator liegen, sich also für Kultur von Kaffee, Baumwolle und dergleichen tropischen Produkten vorzüglich eignen.

Nun sagt der Herr Vorredner: Das kommt doch nur einigen reichen Geschäftshäusern zugute, die ohnehin reich genug sind. Ja, meine Herren, diese reichen Kaufleute sind doch sozusagen auch Menschen, ja sogar Deutsche, (Heiterkeit) die auf unseren Schutz für ihren Reichtum und nach Maßgabe ihrer Unternehmungen denselben Anspruch haben, den der reiche Engländer von seiner Regierung beansprucht. Wenn es in England nicht eine erheblich größere Anzahl Millionäre gäbe als bei uns, so würde es dort auch nicht einen erheblich reicheren Mittelstand geben als bei uns. Das hängt eng zusammen. Schaffen Sie uns nur viele! Wir haben jetzt wenig reiche Häuser, das ist wahr; aber ich hoffe, wünsche und strebe auf jede Weise, durch die es zu erreichen ist, daß wir mehr solche reichen Häuser ins Land bekommen.

Sie erinnern oft an altpreußische Maximen; die Herren namentlich, die die altpreußische Zollgeschichte gar nicht kennen, haben mir die wunderlichsten Belehrungen darüber erteilt. Aber ich erinnere Sie daran, wie viel Friedrich dem Großen, wie viel Friedrich Wilhelm I., dem großen Hausvater seines Landes, daran lag, reiche Leute ins Land zu ziehen, im Lande zu erhalten, reiche Leute zu machen. Ich wollte, wir könnten sofort ein paar hundert Millionäre im Lande mehr schaffen; sie würden ihr Geld im Lande ausgeben, und diese Ausgaben würden befruchtend auf den Arbeitsverkehr wirken nach allen Seiten hin. Die Leute können ja doch ihr Geld nicht selbst essen, sondern sie müssen die Zinsen davon an andere wieder ausgeben; also freuen Sie sich doch, wenn Leute bei uns reich werden: da fällt immer für die Gesamtheit etwas ab und nicht bloß für den Steuerfiskus.

So kleinliche Auffassungen, wie der Herr Vorredner in der Beziehung uns zumutet, muß ich von den Regierungen weit fortweisen. Wir wirtschaften und streben für die Hebung des wirtschaftlichen Gesamtvermögens der deutschen Nation; dazu gehören die reichen Leute so gut wie die armen; und wenn wir dabei zugleich eine Verbesserung des fiskalischen Einkommens des Deutschen Reiches erreichen, dann freuen Sie sich auch mit uns, dann werden Sie weniger Mühe haben mit den Ihnen so unbequemen Bewilligungen von Mitteln. (Bravo rechts.)

Die Kolonien wie Kuba, wie Portorico, wie die westindischen und alle die äquatorialen Kolonien sind vom Mutterlande stets in ihrem Geldwert sehr hoch geschätzt. Deshalb ist dahin aber noch keine große Auswanderung gegangen; man hat nicht darauf gerechnet, daß dort Weizen oder Wolle produziert werde, welche nachher zum Schrecken des Herrn Vorredners zollfrei bei uns eingelassen werden sollten; sondern es sind eben tropische Produkte, die bei uns nicht wachsen. Das ist gerade die Hauptsache, dort Plantagen anzulegen, Deutsche des gebildeten und halb gebildeten Standes auf diesen Plantagen zu beschäftigen. Wer, wie ich, in der Nähe von Hamburg wohnt, der weiß, daß unter den gebildeten Hamburger Familien kaum eine ist, die nicht ein Mitglied zählte, welches einmal über See, „drüben", gewesen ist, wie sie sagen, und dort den besten Teil seiner Jugend zugebracht, dort Vermögen erworben hat und wiedergekommen ist. Das ist dort auf fremdem Gebiet erworben. Nehmen Sie an, wenn ein Teil der Baumwolle, des Kaffees, den wir bei uns importieren, auf deutschem Grund und Boden über See wüchse, wäre

denn das nicht eine Vermehrung des deutschen Nationalreichtums? (Sehr wahr! rechts.) Wir kaufen jetzt die sämtliche Baumwolle von Amerika und sind auf ein gewisses Monopol der Amerikaner angewiesen, weil die indische und ägyptische Baumwolle nicht in der Vollkommenheit bearbeitet und vorbereitet wird, daß sie sofort leicht in Verbrauch zu nehmen ist wie die amerikanische. Wenn wir demgegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden wie Neuguinea, wie Kamerun, wie die afrikanischen äquatorialen Gegenden, Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, sondern von deutschen überseeischen Besitzern kaufen würden, so wäre das ein Vorteil für unser Nationalvermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Kopra und alle solche äquatorialen Produkte ausgeben, rein à fonds perdu herausgeht aus unserem Vermögen. Ich kann mir doch nicht denken, daß diese Vorteile dem Herrn Vorredner so ganz entgangen sein sollten, daß er nicht darüber nachgedacht hat, was denn eigentlich andere Nationen davon haben, daß sie an ihren Kolonien festhalten.

Er hat auf die Schwierigkeiten der Franzosen in Hinterindien hingewiesen. Ja, die liefern mir doch nur den Beweis, daß eine kluge und richtig rechnende Nation, wie die Franzosen, auf den Besitz solcher Kolonien einen außerordentlich hohen Wert legt und Opfer, die wir niemand zumuten, nicht scheut, um solche Kolonien zu erwerben. Ich bin auch weit entfernt, der französischen Politik auf diesem Pfade zu folgen; wir folgen überhaupt keinem fremden Beispiele, sondern wir folgen unseren Kaufleuten mit unserem Schutze. Das ist das Prinzip, das wir von Hause aus beobachtet haben, und woran Sie uns irremachen können, wenn Sie uns die Mittel dazu nicht bewilligen. Aber dann, meine Herren, wiederhole ich immer, muß ich auch fordern, daß Sie vor dem Volke die Tatsache klar stellen, daß nicht die Regierungen es sind, die die Mittel nicht hergeben wollen für diesen Schutz, sondern daß die Abgeordneten des Volkes es sind, die die Mittel dazu verweigert haben. Die Klarheit darf ich verlangen. (Sehr richtig! rechts.) Sie dürfen nicht die Tatsache, daß Sie uns die Mittel dazu verweigern, bedecken, bemänteln durch allerhand andere Gründe: Wir würden Sie bewilligen, wenn dies, wenn das nicht wäre, wenn die Herren in der Kommission kulanter wären, wenn wir dies und jenes gewußt hätten, dann würden wir vielleicht haben — — damit kommen Sie nicht durch. Wir werden jedes Mittel anwenden, um Sie dahin zu bringen, daß Sie cartes sur table spielen und Farbe bekennen müssen vor Ihren Wählern und dem Publikum, ob Sie Kolonialpolitik wollen oder nicht wollen, (Bravo! rechts) ob Sie Kolonien wollen oder nicht wollen. Wir werden von Ihnen das Fragenstellen lernen, wie es in der Kommission geschehen ist, und wir werden Sie mit Vorlagen und Fragen so in die Enge treiben, daß Sie Farbe bekennen müssen. (Bravo! rechts.)

Ich habe über die Qualität unserer Kolonien gesprochen und, glaube ich, die Bedenken des Herrn Vorredners bezüglich der Gefahren, die von ihnen drohen, widerlegt und ausgeführt, daß sie diejenigen Ansprüche, die der Herr Vorredner an die Kolonien zu machen schien, zu realisieren überhaupt nicht bestimmt sind. Nach meiner Überzeugung ist, wie gesagt, auf die tropischen Kolonien hauptsächlich Wert zu legen; auf Angra Pequena insoweit, als die Untersuchungen, die über den dortigen Metallreichtum angestellt waren, ein Resultat liefern; nach allem, was wir hören, ist das des Versuches immer wert; und doch macht es Ihnen eine gewisse Freude, wenn Sie recht geringschätzig von dieser „Sand-

büchse" sprechen können. Sie sollten, glaube ich, lieber mit uns die Hoffnung teilen, daß die deutschen Bergleute einmal dort ihren lohnenden Erwerb werden finden können, und uns die Hand dazu bieten, zu ermitteln, ob das nicht der Fall sein könnte. Die Kamerunkolonie sind wir in der Hoffnung zu konsolidieren durch Verhandlungen, die zwischen uns und der englischen Regierung schweben, und die bisher einen erfreulichen Fortgang nehmen über gewisse Austausche und gegenseitige Anerkenntnisse; (Bravo! rechts) ebenso glaube ich, daß wir über die Abgrenzung unseres Gebietes auf Neuguinea mit England zu einer Einigung gelangt sind. (Bravo!)

Schließlich möchte ich noch auf eine Äußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang seiner Rede tat. Ich habe mir neulich gestattet, eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu zitieren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling" gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling" mehr verstanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen: so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bruderkriege, der zur Lösung eines verschürzten Gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese — ich möchte sagen — „chirurgische Operation" zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war . . . sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bruderkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als „ein einig Volk von Brüdern" den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. (Lebhaftes Bravo!) Das schwebte mir als „Völkerfrühling" vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen Deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den Deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling" vor — nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki" verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der

mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde. (Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links. Erneuter lebhafter Beifall rechts. — Beifallsklatschen auf den Tribünen.)

67. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. März 1885.

Auf die Rede des Reichskanzlers erwidert Abg. Richter. Er könne nur für die ostasiatische Linie stimmen, weil nur mit bevölkerten Kolonien Verkehr zu wünschen sei. Den Völkerfrühling von 1813 und 1814 hätten schlechte Diplomaten verdorben. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich will auf die vielen Angriffe und den vielen Tadel, die der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit gegen meine Person gerichtet hat, nicht so sehr im einzelnen eingehen; er tut es in einer so liebenswürdigen, verbindlichen Weise, aus der sein gutes Herz ja überall durchleuchtet, daß man ihm darüber nicht gram sein kann. Aber ich bin doch genötigt, auf einiges einzugehen, wenn ich mich auch im ganzen mit dem Bekenntnis abfinde, daß ich ja gern einräume, daß ich schuldig bin an allem Übel, das in diesem Deutschen Reich überhaupt vorhanden ist, an der Zerrissenheit der Parteien, daß ich der Urheber einer jeden üblen Partei gewesen bin, und daß ich jeden Schaden, der angerichtet worden ist, sowohl durch den Schutzzoll wie durch den Freihandel, auf mein sündiges Gewissen nehmen muß. Der Herr Vorredner mag dies ja immer glauben und den Leuten aufbinden, die seine Rede lesen — ich verlasse mich auf die Tatsachen, gegen die ja schließlich auch die allerlängste Rede, und wenn sie auch von dem Abgeordneten Richter ausgeht, nicht aufkommen kann. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat weniger im eigenen Namen gesprochen; er hat sich ab und zu mit Herrn v. Bennigsen identifiziert und dann wieder mit dem Ausdruck „Volk“. So lange wie ich in parlamentarischen Geschäften tätig bin, seit vierzig Jahren, hat jeder sich immer das Ansehen gegeben. und wenn er die kleinste Minorität vertrat, als wenn gerade er das Volk verträte und für das Volk allein spräche, und so hat auch der Herr Abgeordnete gesucht, sich in den weiten Mantel der deutschen Volksvertretung im allgemeinen zu hüllen, indem er diese Vertretung für sich und die Seinigen ganz insbesondere in Anspruch nahm gegenüber den übrigen Parteien, namentlich gegenüber der Regierung. Ich kann demgegenüber nicht oft genug wiederholen, daß zum Volk wir alle gehören; ich bin auch Volk, und auch die Abgeordneten der Rechten sind Volk; auch die reaktionärsten unter ihnen sind vom Volke gewählt und vertreten das Volk in ihrer Weise; sie vertreten Schattierungen des Volks. Der Abgeordnete Richter vertritt eine im Volke nur gering vorhandene und nur durch die Täuschung der Überredung, des Caucus und der Wahlbearbeitung (sehr wahr! rechts) sich so weit ausbreitende Minderheit des Volks wie wir sie hier vor uns vertreten sehen. Der Herr Abgeordnete Richter ist meines Erachtens weit davon entfernt, im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt hier sprechen zu dürfen; er soll im Namen seines Wahlkreises oder seiner Wahlkreise oder

seiner Partei sprechen, die ihn in den Stand gesetzt hat, durch eine geschickte Wahlmache mit einer Majorität, ich weiß nicht, wie viel Stimmen, den anderen Teil des Volkes zu schlagen. Man soll hier doch nicht den Mund so voll von Volk nehmen, als wenn man ganz allein das deutsche Volk verträte. (Sehr wahr! rechts.) Ich wiederhole — ich habe auch das schon gesagt, und der Herr Abgeordnete Richter notiert sich ja alles, was ich zweimal sage — ich wiederhole, daß eine viel größere Masse des deutschen Volkes in mir ihren Vertreter sieht, als in dem Abgeordneten Richter. — (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe und Widerspruch links.) Ich habe das vorausgesehen, meine Herren, genieren Sie sich nicht — ich warte einen Augenblick, wenn Sie schreien wollen.

Ich war vollständig darauf gefaßt, daß der Abgeordnete den Hödur geschimpften Urwähler mir vorführen würde. Er hat sofort die seinigen ausgenommen; ich kann ihm aber darauf erwidern, daß ich nur die fortschrittlichen Urwähler gemeint habe. (Große Heiterkeit rechts. Unruhe links.) Das sind gerade diejenigen, die vorzugsweise getäuscht sind von den Rednern und von der Presse über das, was sie taten. Hödur wußte eben auch nicht, was er tat, und die Wähler, die Sie gewählt haben, haben wahrhaftig in der Mehrheit auch nicht gewußt, was sie taten. (Unruhe links.)

Der Herr Abgeordnete hat sich ferner an meinen Schlußworten gestoßen, daß die Feder verdürbe, was das Schwert gewonnen hätte. Er ist dabei sofort wieder auf die altpreußischen Quellen zurückgegangen und hat das Wort Blücher in den Mund gelegt. Ich glaube nicht, daß es von Blücher stammt; ich glaube es stammt von Gneisenau. Aber das ist einerlei: Blücher nannte ja Gneisenau seinen Kopf. Das hat aber mit meiner Zitation gar nichts zu tun. Wenn damals die Federfuchser, die ich in den Gesamtbegriff „Loki“ zusammenfasse, Diplomaten waren, so sitzen die Herren heute wo anders, und ich hätte vielleicht heute nicht von der Feder sprechen sollen, sondern von der Rede, der Agitation, der Presse, der ganzen Täuschung dem unglücklichen Urwähler gegenüber; denn er erfährt ja kaum, wo seine Abgeordneten hier hinaus wollen. Wo soll er das erfahren? Die Presse gibt es ihm nicht. Der einzelne Abgeordnete, wenn er einmal Rechenschaft gibt, sagt wohl, was für ausgezeichnete Dinge er getan hat; aber was den Urwähler kränken könnte in seiner Tätigkeit, weiß er sorgfältig zu verschweigen und zu bemänteln. Wir haben ja hier volle Öffentlichkeit, aber trotz der Öffentlichkeit weiß der Urwähler blutwenig; er erfährt es nicht, was die Herren hier tun. Wenn die Urwähler, die nicht mit im Interesse des Abgeordnetencaucus sind, mit Aufmerksamkeit hier zuhörten und Glauben fänden bei ihren Mitwählern, dann würde die Wahrheit sich bald einen breiteren Weg schaffen als bisher, und wir würden weniger Abgeordnete von der Farbe sehr bald hier haben.

Wenn man dem Herrn Abgeordneten glauben sollte, dann bliebe mir, um den Beifall — oder ich will sagen, die Anerkennung meiner Mitbürger zu verdienen, eigentlich nichts anderes übrig, als zu sagen: Ich habe mich in meinem ganzen Leben geirrt. Die einsichtigsten und gewissenhaftesten patriotischen Politiker waren ja von Anfang an die Herren vom Fortschritt; die allein wußten, was dem Vaterland frommte. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit.) Ich muß gestehen — wie es heißt: laudabiliter me subjicio — ich bin entschlossen, in Zukunft die fortschrittlichen Blätter zu bewundern und mich der absoluten Diktatur des Chefs derselben, des Abgeordneten Richter, in allen politischen Fragen zu fügen. Dann glaube, dann hoffe ich doch, würden Sie anerkennen, daß ich endlich Ihrer

besseren Überzeugung meine schlechtere geopfert habe; aber — — ich will es mir noch etwas überlegen. (Heiterkeit.)

Wie der Herr Abgeordnete über nationale Dinge denkt, das kam in einer Weise heraus, über die ich — weil sie ein so klares Schlaglicht auf seine Denkungsweise wirft — eine gewisse Befriedigung bei mir nicht unterdrücken konnte. Er sagte: Je öfter die nationale Frage aufgeworfen wird —. Ja, für den Herrn Vorredner ist also unsere nationale Sache eine Sache, die wohl gelegentlich mal aufgeworfen und dann besprochen wird; dann fängt man an, sich seiner Nationalität zu erinnern, und dann wird man national. Für mich, meine Herren, ist es eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf und die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das bißchen Atem zu setzen, das mir noch übrigbleibt. Das ist eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande, die sich bei dem Herrn Abgeordneten Richter ab und zu einzustellen pflegt; sie stößt ihm ab und zu auf, und dann geht er darauf ein.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, ich vermöchte die Widersprüche nicht zu würdigen. Nun, dann ist an mir Hopfen und Malz verloren; denn seit einigen zwanzig Jahren: was tue ich anders, als Widersprüche würdigen, ununterbrochen? Von Anfang meiner politischen Laufbahn an ist der Widerspruch gegen mich in der Majorität gewesen. Als ich in dem Preußischen Landtag mich zuerst als Minister vorstellte, da hatten wir — ich weiß nicht, war es in der ersten Periode oder in der zweiten — elf Leute, die mit der Regierung stimmten, und ich weiß nicht, wieviel Hundert, die gegen uns stimmten. Da habe ich doch wohl gelernt, Widerspruch zu würdigen. Sie erinnern sich ja auch, wie ich ihn gewürdigt habe, und ich würdige ihn noch heute; ich habe mich gegen den konträren Wind, der immer diesen Widerspruch veranlaßte, noch leidlich durch die Klippen geschlagen, die mir entgegenstanden.

Der Herr Abgeordnete hat noch außerdem mich mit vielen schweren direkten und indirekten Vorwürfen gegen mein ganzes Vorleben belastet; aber da muß ich sagen — Deus nobis haec otia non fecit —: Ich habe die Zeit nicht und habe den Atem nicht, das zu beantworten; ich will deshalb auf das kommen, was er über die heutige Vorlage gesagt hat, ohne daß es allerdings mit ihr direkt in Verbindung steht.

Es betrifft das eine eigentümliche Erscheinung, die in allen Reden wiederkehrt, die ich bisher gehört und gelesen habe — da es gestern leider nicht in meiner Möglichkeit lag, der Sitzung bis zu Ende beizuwohnen, weil ich zu Seiner Majestät dem Kaiser befohlen war, so habe ich die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst von gestern nur lesen können, aber ich habe die des Herrn Abgeordneten Rintelen gehört, ich habe heute wenigstens die letzten anderthalb Stunden die Rede des Herrn Abgeordneten Richter mit angehört. (Heiterkeit rechts.) Alle diese Herren sprachen hier in der Dampfersubventionsvorlage hauptsächlich gegen Kolonialpolitik, gegen die Brauchbarkeit unserer Kolonien, gegen unseren Beruf für Kolonien, als wenn wir überhaupt in einer Debatte über die Gründung von Kolonien ständen. Wenn man sich fragt: Was kann eigentlich der Grund dafür sein, daß sie der Frage der Dampferverbindungen ausweichen und ihren ganzen Widerstand dem Gebiet der Kolonien entnehmen — so denke ich mir, unsere Kolonien sind ja noch klein und unscheinbar, und da lassen sich die Sachen leichter in das Absurde ziehen. Die Dampfschiffahrt ist ein großes Unternehmen an sich, aber in keiner Weise motiviert durch

unsere kolonialen Bestrebungen. Ich habe schon gestern gesagt, daß es gerade umgekehrt der Fall ist; die Dampfersubventionen ebensogut wie unsere Kolonialbestrebungen sind Hilfsmittel für die Entwicklung der deutschen Schiffahrt und des deutschen Exports, und die Erwerbung und Anlage von Kolonien ist ja auch nichts weiter als ein weiteres Hilfsmittel zur Entwicklung der deutschen Reederei, der deutschen Schiffahrt, des deutschen wirtschaftlichen Lebens. Sie tun aber hier, als wenn die Kolonien, unsere kleinen Kolonialanfänge, die alleinige Unterlage dieser großartigen Vorlage für Dampfersubventionen seien. Und die Kleinheit dieser Unterlage setzt Sie taktisch instand, eine Menge Argumente gegen die Dampfersubventionen anzuführen, die diese gar nicht treffen würden.

Der Abgeordnete Rintelen sprach hauptsächlich gegen die Kolonialfrage, so daß ich zu äußern mir erlaubte, er habe in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubvention, sondern gegen die Kolonialpolitik im allgemeinen gesprochen usw. Darauf hat der Herr Abgeordnete Windthorst das Bedürfnis gehabt, die Initiative dieser Verschiebung von seinen Fraktionsgenossen abzunehmen und mir aufzubürden — welches Motiv er dabei gehabt hat, das will ich hier nicht weiter untersuchen; aber ich habe die Erfahrung, daß er ohne besonderes Motiv nichts tut, und deshalb glaube ich, er hat wohl seine Gründe gehabt — als ob er die Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen und den Eingang der meinigen gar nicht gehört hätte. Das ist ja möglich, ich kann das ja auch nicht von ihm verlangen, und so beginnt er die seinige:

> Durch das Eingreifen des Herrn Reichskanzlers in die Debatte hat die Diskussion eine unerwartete Wendung genommen; wir sind von dem Gegenstande weit abgekommen, der uns beschäftigt, weit hinaus auf das Gebiet der Vergangenheit.

Nur durch die Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen bin ich genötigt worden, vorzugsweise die Kolonialpolitik zu behandeln und von dieser auf Politik überhaupt zu kommen. Unsere Dampfervorlage ist ja von den Kolonien in der Hauptsache ganz unabhängig; nur die Linie an vierter Stelle, die ex post und als letzte hingefügt ist, die afrikanische, hat Beziehungen zu unseren auswärtigen Kolonien, und es scheint ja in der Majorität bereits vollständiges Einverständnis darüber vorhanden zu sein, daß wir die auf keinen Fall bekommen. Nun dann scheidet also die Kolonialfrage bei der Frage der Dampfersubvention vollständig aus. Ich habe früher gesagt, daß ich für die Kolonialfrage entmutigt sein würde, wenn die Herren die Dampfersubvention a limine ablehnten. Das ist ganz richtig; denn die Dampfersubvention ist das Näherliegende, die Gründung neuer Kolonien das entfernt Liegende. Wenn in unserer öffentlichen Meinung für überseeischen Handel und Schiffahrt so wenig Interesse besteht, daß nicht einmal die gegenwärtigen Verbindungen mit Indien, mit Australien und mit den Südseeinseln gefördert werden sollen, dann kann ich noch viel weniger darauf rechnen, daß in neu auf wüstem Gebiete zu gründenden Kolonien etwas Gedeihliches mit allgemeiner Zustimmung geschaffen werden kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch der Abgeordnete Richter wahrscheinlich seine Gründe gehabt hat, von Dampfersubvention sehr wenig zu sprechen und sie nur als ein untergeordnetes Hilfsorgan für die geringen kolonialen Anfänge zu behandeln, die wir bisher haben. Ich komme auf diese Seite der Sache nachher zurück. Ich mache hier nur aufmerksam auf die eigentümliche Taktik, und zwar auch das Publikum draußen, daß es sich nicht dadurch irreleiten lasse, als hätte die Dampfersubvention gar keine andere Bestimmung, als etwa die Verbindung mit Angra Pequena oder mit Kamerun oder mit

Neuguinea aufrechtzuerhalten; das sind ja alles erst — ich will nicht sagen Zukunftsmusik, aber Hoffnungen der Zukunft, auf die wir jetzt allerdings noch keine ergiebige Dampferverbindung basieren können. Es handelt sich aber hier nicht um die Kolonialfrage, sondern es handelt sich darum: Soll unsere Handelsverbindung nach Ostindien, nach Samoa, nach Neuholland durch Subsidien unterstützt werden, eventuell auch die nach Afrika?

Der Abgeordnete Richter hat eine Wahrheit gesagt, die ich ihm in keiner Weise bestreiten kann, nämlich, daß unsere Handelsbeziehungen zu Österreich-Ungarn bei weitem wichtiger sind als die mit Japan. Aber das habe ich ja auch niemals bestritten; das ist wiederum eine andere Manier der Taktik, Behauptungen siegreich zu widerlegen, die der andere niemals aufgestellt hat. Daß die österreichische Tarifnovelle, wenn sie Gesetz werden sollte, für unsere Industrie eine ganz außerordentlich nachteilige ist, das wird niemand Herrn Richter bestreiten, daß sie aber in Zusammenhang stände mit unserer eigenen Zollnovelle und namentlich mit dem Schutz der landwirtschaftlichen Produkte, der dabei beabsichtigt wird, das kann ein so sachkundiger Redner wie er ja selbst nicht glauben. Er wird doch diese Tarifnovelle gelesen haben. Daß das in der Tarifnovelle behauptet wird, das ist ja sehr wohl wahrscheinlich; denn daß die Industriellen von Cisleithanien irgendeinen Vorwand brauchen, um einen starken Schutzzoll für ihre Industrie herbeizuführen, das glaube ich wohl; aber daß die agrarische Seite, daß Transleithanien, Ungarn, gerade das Bedürfnis hätte, die Einfuhr auf Wollstoffe und derartige Manufakte bedeutend zu erhöhen, das kann ich mir nicht denken; das ist aber gerade die einzige, die ungarisch-agrarische Hälfte, die unter dem Zoll leidet, und die vielleicht etwas weniger leidet, wenn sie ihrerseits dasselbe System bei sich in Bezug auf den Schutz ihrer Landwirtschaft einführt. Bisher betrachtet sie sich als Trägerin des Transits eines großen Teils von südrussischem, bessarabischem, rumänischem Korn, das zunächst nach Wien verladen und von Wien weiterspediert wird. Wenn die ungarische Produktion diese Rivalität nicht hätte, so glaube ich, daß sie weniger bedrückt durch unsere neue Zollgesetzgebung sich fühlen würde. Außerdem ist unsere neue Zollvorlage, wenn sie Gesetz wird, was man ja noch gar nicht wissen kann bei den mannigfachen Zweifeln, die dagegen ausgesprochen werden, in keiner Weise ruinös für die ungarischen Kornproduzenten, namentlich bei Gerste, die dort eine große Hauptsache ist; sondern sie werden eben von der hohen Steigerung des Grund- und Bodenwertes, die die ungarischen und russischen Güter in der Nähe der Eisenbahnen seit Vollendung des Eisenbahnnetzes erfahren haben, wieder eine Kleinigkeit zurückstecken. Aber der Handel wird bei 30 Mark mehr oder weniger für die Last derselbe sein.

Also Herr Richter ist vollständig im Irrtum, wenn er hier die österreichische Zollnovelle in Zusammenhang bringt mit der unserigen. Daß diejenigen, die in Österreich für ihre Interessen Schutz wünschen, glauben zu machen suchen, als liege in der deutschen Zollnovelle eine gerechte Provokation dazu, das ist ja sehr natürlich; jeder Kaufmann kennt sein Geschäft und arbeitet dafür. Aber sie selbst glauben das wohl nicht, und ich kann mir auch nicht denken, daß der Herr Abgeordnete Richter, wenn er das genauer prüft, selbst daran glauben könnte.

Der Herr Abgeordnete Richter ist, wie in vielen Dingen, so auch darin mit Herrn Windthorst einverstanden gewesen, daß er der Regierung empfiehlt, darauf Bedacht zu

nehmen, länger dauernde Verträge, seien es Tarifverträge, seien es, wie der Herr Abgeordnete Windthorst sich ausdrückt, politisch-pragmatische Verträge, mit Österreich-Ungarn abzuschließen. Ja, meine Herren, es ist eigentümlich, daß ich einmal mit diesen beiden Herren, Windthorst und Richter, der Dritte im Bunde sein kann; ich bin auch nicht dagegen, und ich habe, wie Sie aus den Zeitungen wohl schon früher ersehen haben werden, wenn Sie andere Zeitungen als gerade die Ihrigen lesen, schon vor Jahren in Österreich den Vorschlag gemacht oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatischen Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abgeordnete Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen hat. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreich-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen, und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf einzugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nötigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde. Also darüber brauchen die beiden Herren mit mir nicht Händel zu suchen; es ist nicht alles, was die Herren uns hinwerfen, so leicht auszuführen, wenn man der Sache praktisch näher tritt.

Der Abgeordnete Richter hat ferner seine Freude darüber ausgesprochen, daß über die Kolonialfragen in England eine Verständigung eingeleitet — ich kann wohl sagen, angebahnt und wahrscheinlich — wäre. Ich kann ihm darauf nur sagen, daß diese Verständigung vielleicht noch leichter gewesen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffassung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unsere Stellung England gegenüber einigermaßen schwächte. (Hört! hört!) Die Engländer waren berechtigt, zu glauben, daß die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst, daß, sobald es sich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ständen, doch auf den Herrn Abgeordneten Richter und die Fortschrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf eine Rede, die die Stellung der deutschen Regierung in den Verhandlungen mit London notwendig schwächen mußte und geschwächt hat. (Hört! hört! — Zurufe links.) Wir würden schneller und vielleicht besser zum Ziele gekommen sein, wenn Herr Richter (Zurufe links: Kalle!) diese von mir sehr geteilte wohlwollende Parteinahme für England ... (Wiederholte Zurufe links.) Meine Herren, schreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme ist ja ohnehin schwach, und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verstehen; namentlich der Herr Abgeordnete Richter ist ja darin sehr empfindlich.

Also die Verständigung wäre mir leichter und vielleicht von besserer Tragweite geworden, wenn der Herr Abgeordnete Richter seine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen teile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatisch angemessene Moment, sie zum Ausdruck zu bringen, noch weniger mit der sehr eigentümlichen Bezugnahme, die er mündlich dabei vorgebracht hat, und die ich im stenographischen Bericht zu meiner Freude beseitigt fand. (Zurufe links.) Es war das Wort „dynastisch“. Wenn Sie noch weiter gehen: Sie brauchen an meiner Offenheit — ich habe immer den Mut — nicht zu zweifeln.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner in einer gewissen skurrilen Weise den Herrn Generalpostmeister verdächtigt, daß er Telegraphenverbindungen in unmöglichen

Entfernungen anlegen wollte, und hat sich dabei auf einen afrikanischen Fürsten bezogen, der an Seine Majestät den Kaiser geschrieben habe. Ich will nur berichtigen — und das wird zugleich beweisen, wie wenig sicher solche äußerlichen Anknüpfungspunkte sind — daß es sich nicht um einen afrikanischen Fürsten, sondern um einen Südseefürsten, einen sogenannten König dort handelte, der ich glaube, er heißt Malietoa oder ähnlich — an Seine Majestät den Kaiser geschrieben hatte, und dessen Schreiben früher in englischen Berichten gedruckt, als es hier angekommen war. Das tut ja aber zur Sache nichts; ich führe es nur an, um zu zeigen, wie ungerecht die Vorwürfe mitunter sind, die man höheren Beamten, wie dem Generalpostmeister, macht, als wenn er vor dem Unmöglichen nicht zurückschreckte und Telegraphenverbindungen nach der Südsee plante. Nachher entlehnt man daraus Argumente, um einer sehr natürlichen, bei allen seefahrenden Nationen bereits verwirklichten Vorlage scheinbar entgegen zu treten.

Ungern gehe ich noch auf einige Seiten der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst näher ein; denn ich hatte ja gestern das eigentlich gesagt, was ich zu sagen hatte; aber der Herr Abgeordnete hat mit seinen Äußerungen in einer Weise in das auswärtige Gebiet eingegriffen, die ich doch nicht so unwidersprochen lassen kann, ohne zu Mißdeutungen Anlaß zu geben.

Wenn ich nach der Reihenfolge seiner Äußerungen verfahre, so hat er gewarnt, daß wir Geld und Mannschaften für die Kolonien zu geben haben würden, und die Kolonien uns dort in Verwicklungen führen könnten, die nicht gering zu veranschlagen seien. Nun, ich habe schon früher gesagt — die Herren Abgeordneten wiederholen ihre Argumente, ich muß die meinigen infolgedessen auch wiederholen, und Sie vergessen sie eben so leicht, wie ich die Ihrigen zu vergessen gezwungen bin — ich habe schon damals gesagt, daß dergleichen Konflikte sich eben nicht in den Kolonien ausfechten, sondern in Europa diplomatisch oder auf einem anderen Wege. Dies Argument ist also ein hinfälliges, wenn auch ein öfter vorgebrachtes.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat ferner gesagt — und das ist namentlich, was mich zu einer Erwiderung zwingt —:

> Als ich früher darauf hinwies, hat der Herr Reichskanzler mir gegenüber hervorgehoben, wie friedlich unsere Beziehungen namentlich zu England seien, und heute steht alles in hellen Flammen.

Ich bin über diese Äußerung wahrhaft bestürzt gewesen; ich habe weder Flammen noch Rauch wahrgenommen und weiß nicht, was der Herr Abgeordnete hat brennen sehen. Ich habe schon vorher gesagt, ich glaube nicht, daß er irgend etwas ohne einen bestimmten Zweck anführe; was für einen Zweck kann er nun haben, unser Verhältnis zu England so darzustellen, wie es nach seiner Äußerung sein müßte: Es steht alles in hellen Flammen? Ich habe hier gerade die heutigen Zeitungsausschnitte.

Nun, welchen Eindruck hat die gestrige Rede in London gemacht?

> Die „Times“ erblickt in der gestrigen Reichstagsrede des Fürsten Bismarck ein Zeichen dafür, daß das jüngste Mißverständnis zwischen Deutschland sowohl in Berlin wie in London als beendigt betrachtet wäre, im Verein mit den Erklärungen des Ministers Gladstone werden sich alle Spuren des jüngsten Mißverständnisses sicherlich verwischen.

Wie ist es nun möglich, daß eine Rede, die jenseits des Kanals einen so friedlichen Eindruck gemacht hat, hier bei einem Herrn Abgeordneten, der zehn Schritte von mir sitzt, den Eindruck mache, als stünde zwischen uns und England alles vollständig in Flammen? (Heiterkeit.) Das ist mir vollkommen unverständlich! — Die Worte von Herrn Gladstone, auf die hier Bezug genommen wird, und die ich gern wiederhole, betonen die Freundschaft zwischen England und Deutschland, an der der Herr Abgeordnete Windthorst im Widerspruch mit meiner früheren Zusicherung hier Zweifel erhebt; sie betonen ausdrücklich, was Deutschland betreffe, so wünsche Herr Gladstone in seiner Zuneigung für dieses Land hinter niemand zurückzustehen. Er sagt:

> Werde Deutschland eine kolonisierende Macht, so rufe er ihm Gottes Segen für seine Bestrebungen zu. Deutschland werde Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. Ich — fährt er fort — begrüße seinen Eintritt in diese Tätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Zivilisation in weniger zivilisierten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werke unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermutigung finden, die in unserer Macht steht.

Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das Deutsche Reich übrig als der Herr Abgeordnete Windthorst? Das kann ich mir doch nicht denken! Aber jedenfalls hat er mehr Verständnis für unsere Kolonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Äußerungen gezeigt hat. Meine Herren, es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, doch sicher ihre Bedenken! (Sehr richtig!) Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das ja in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. (Hört! rechts.) Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewissermaßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, (hört! hört! rechts) und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische

chauvinistische Blätter, daß namentlich polnische Blätter darauf ausgehen; und so deutsch die welfische Fraktion sein mag, ihr Ideal, die Herstellung des Königreichs Hannover, zu dem sie sich offen bekennt bei allen ihren Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland, Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind. (Hört! hört! rechts.)

Es ist also nicht so ganz obenhin zu nehmen, wenn angesehene politische Persönlichkeiten die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich gebe ihm doch zu denken — ihm sind ja diese Fraktionen, von denen ich spreche, in allen Bestrebungen noch durchsichtiger als mir — ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die sich an unseren Untergang, muß ich geradezu sagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir sie sorgfältig pflegen, sich als zweifelhaft darstellen.

Der Herr Abgeordnete sagt:

> Bezeugt denn das, was von England aus zu uns herübertönt, was der Herr Reichskanzler hier auseinandergesetzt, und was er uns heut erklärt hat, daß wir im tiefsten Frieden mit England lebten? (Ruf rechts: Jawohl!)

Nun, meine Herren, Sie haben den Zitaten, die ich aus der Rede des Herrn Gladstone hier gemacht habe, und aus dem Telegramm, das ich aus der „Times“ wiedergab, gesehen, wie berechtigt dieses „Ja“ auf der Rechten, und wie grundfalsch — um mich des Ausdrucks des Herrn Abgeordneten Windthorst zu bedienen — seine eigene Ansicht war. Er selbst fügt hinzu:

> Wir stehen nicht vor einem Kriege; der gesunde Instinkt beider Nationen . . .

— ja, wenn der nicht alle Dummheiten der Diplomatie wieder gut machte, wie weit wären wir schon gekommen! (Heiterkeit.) Der Instinkt der Nation hat uns ja so „herrlich weit gebracht“, wie wir sind. (Heiterkeit.) Also Herr Windthorst sagt:

> Der Instinkt allein hat uns vor solchem Unglück bewahrt; ich hoffe auch, daß wir bald wieder auf friedlichen Fuß gelangen werden mit anderen Nationen.

— Meine Herren, wir sind es und sind nie davon heruntergekommen, wie ich wiederhole. Glauben Sie denn, daß ich meinen Sohn[1] nach England geschickt haben würde, um dort Händel zu suchen? (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Windthorst: Um die Händel zu beseitigen!) Zu diesem Behufe würde ich ihn nicht einmal zu meinem verehrten Gegenüber schicken.

> — — die von gleichem Stamme, von gleicher Intelligenz ist.

— Das alles ist ja ganz herrlich; aber es kommt gerade so heraus, als ob ich das bestritte. Ich bin ja darin vollständig mit dem Herrn Abgeordneten einig. — Er sagt weiter:

> Man wird nicht leugnen können, daß wir in einen Konflikt geraten sind, der noch nicht gelöst ist;

— doch, er ist gelöst; ich hoffe, der Herr Abgeordnete wird eine herzliche Freude darüber empfinden; —

---

[1] Staatssekretär Graf Herbert Bismarck.

aber wir dürfen nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers hoffen, daß er ausgeglichen wird,

— er ist es schon —

und dazu möchte ich ihm besonders Glück wünschen.

— Ich bin ihm dankbar, aber es kommt mir heraus, wie der Franzose sagt, „avec un rire jaune“; indessen, ich nehme den Glückwunsch dankbar an.

Der Herr Redner hat nachher weiter gesagt:

Bedenken Sie doch, wo liegen denn für England die Schwierigkeiten? In den Kolonien!

Ja, meine Herren, Schwierigkeiten können ja auch in kleineren Kolonien liegen, namentlich aber in so großen, wie in denen Englands; aber auch sehr reiche und mächtige Quellen des englischen Wohlstandes liegen darin. (Sehr richtig! rechts.) „Umsonst ist der Tod,“ pflegt man zu sagen; und das ganze reiche Indien zu besitzen und den Weg dazu in Ägypten, daß das für England manche Unbequemlichkeit nebenher verursacht, das ist wohl natürlich. Der Herr Abgeordnete sollte indes doch nicht nur die Kehrseite der Sache in den Vordergrund schieben.

Der Herr Abgeordnete äußerte nachher, schon sein Fraktionsgenosse Rintelen habe gesagt, daß eine weise Kolonialpolitik, die langsam und mit Bedacht vorwärts schreite, auch seine Unterstützung finde. Aus der Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen habe ich den Eindruck gehabt, daß keine Kolonialpolitik seine Unterstützung finden, sondern daß er an jeder das auszusetzen haben werde, was ihm gerade an dieser Kolonie nicht paßt. Ich will gerne zugeben, daß der Herr Vorredner darin anderer Meinung sein mag; aber ich mag mich drehen und wenden wie ich will, ich kann es den Herren zu meinem Bedauern nie recht machen.

Es wird also gesagt: „mit Bedacht wolle man vorwärts schreiten“. Später: „mit bedächtiger Ruhe fasse man die Verhältnisse auf, auf ruhige und beschauliche deutsche Art (Heiterkeit rechts) wolle man vorwärts gehen“. Nun, das dachte der weiland Bundestag auch, und er kam leider dabei nicht vorwärts. (Heiterkeit.)

Dann sagt Windthorst:

Wir finden überhaupt keine feste Leitung der Dinge mehr durch die Regierung, sondern die Regierung wartet stets, was wir aus unserer Initiative bringen.

Wie soll ich das zusammenreimen mit der späteren Behauptung, daß wir zu „unbedachtsam“ vorwärts drängen.

Der Herr Reichskanzler — sagt Herr Windthorst — will vor allen Dingen zu schnell vorwärts gehen; so rasch arbeitet eine große Nation nicht, sie kann nur langsam und allmählich — —

— und dabei wird uns in demselben Atem vorgeworfen, wir warteten stets auf das, was der Reichstag tun will. Da möchte ich auch sagen: Erkläret mir, Graf Orindur — nicht: diesen Zwiespalt der Natur, aber diese Worte des Herrn Abgeordneten! Gehen wir danach zu langsam, gehen wir zu rasch? Ich weiß es nicht. Warten wir zu lange darauf, wie sich der Reichstag entschließen wird? Sind wir zu rücksichtsvoll in Bezug auf die Wünsche des Reichstags? Lassen wir uns die Sachen zu sehr bringen, um zu sehen, ob wir es ihm recht machen? — Oder ist das andere begründet, daß wir vor allen Dingen

schnell vorwärts wollen, rascher, als eine Nation arbeiten kann? Ich kann mich aus diesem Dilemma nicht herausfinden. Wenn der Herr Abgeordnete mir sagen will, was seine eigentliche Meinung ist, ob ich zu rasch oder zu langsam vorgehe, so werde ich ihm dafür dankbar sein. In allen Sätzen und Worten wiederholt es sich, daß „Süß und Bitter aus einer Quelle fließen". Die entgegengesetztesten Gedanken finden sich in demselben Satze; überall ein bestimmtes Aussprechen für das eine und nachher auch ein Aussprechen für das andere. Daß das mit derselben gerechten Abwägung, wie der Herr Abgeordnete Windthorst es hier vorträgt, in allen kleinen Provinzblättern wiedergegeben werden wird, das kann ich mir eigentlich kaum denken. Die Leute werden nicht das Discernement haben, sondern notwendig die eine von den beiden Seiten der Sache — Ja und Nein stehen darin — schärfer akzentuieren, wie es gerade den dortigen lokalen Interessen besser paßt. Und insofern ist es ja ganz nützlich, wenn man in einer Rede alle Meinungen ausspricht, die überhaupt denkbar sind. (Heiterkeit.) Man kann dann nachher einer jeden von allen, die man ausgesprochen hat, nähertreten, ohne mit sich in Widerspruch zu kommen. Man hat zwar das eine gesagt, aber das andere auch. Das ist bequem, aber nicht aufklärend für den Minister, der sorgsam und gespannt auf einen Luftzug wartet, der ihm die Wünsche des Reichstags zubringt. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete bezieht sich auf das, was für die Flotte schon mehr bewilligt sei. Ja, wenn wir gar keine Kolonien hätten, und wenn wir namentlich die Dampfersubvention gar nicht vorgelegt hätten, so wäre, glaube ich, eine gewisse Steigerung der Bewilligung für die Flotte doch unabweislich, und zwar aus einer sehr erfreulichen Ursache: nämlich weil der deutsche Handel sich, und namentlich je mehr er Kapital und Entschluß dazu findet, zur Dampfschiffahrt überzugehen, fortwährend ausbreitet, in die Weite und Breite sich mehrt und also eines größeren Schutzes bedarf. Daß wir so viel Schiffe in den asiatischen Gewässern und so viele Interessen an der Ost- und Westküste von Afrika zu schützen haben würden, wie jetzt das Bedürfnis sich herausstellt, das haben wir früher nicht geglaubt. Aber nun dieses erfreuliche Ergebnis, daß ein größerer Seehandel eines größeren Schutzes durch die Flotte bedarf, nun wiederum auf das Konto unserer neuesten Vorlage zu schreiben, das ist doch auch nicht gerecht.

Für eine gesunde und gemäßigte Kolonialpolitik ist also der Herr Abgeordnete Windthorst; aber ich muß annehmen, daß wenigstens der Herr Abgeordnete Rintelen die unserige dafür nicht hält. Ich möchte gern wissen wo hier nach seiner Meinung der Mangel an Mäßigung oder die Krankheit sitzt: — ich kann es nicht herausfinden. Andere Kolonien sind auch nicht gesünder.

Der Herr Abgeordnete tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen." Nun, es ist mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt; (Heiterkeit) ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben; (sehr richtig! rechts) ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für niemand kränkenden Weise getan, (sehr richtig! rechts) und der Herr Abgeordnete kann mir daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können." Das ist meine An-

sicht nicht. Ich glaube im Gegenteil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde — oder Bruderkrieg, wie Sie wollen — aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück: Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Österreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter: Sie haben den Dreißigjährigen Krieg, Sie haben den Schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne feste Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwicklung. Aber daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866 — allerdings blutig — anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Kriege von 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark, da fing es an. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn wir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Herrn v. Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja heute schon mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch schreibt, liegt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange; aber nichtsdestoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig souveräne Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben; keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land, und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß, wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß man in den fünfundzwanzig Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschingerleser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation. (Sehr richtig! Bravo! rechts.)

In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens, als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel notwendig hindurch gegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! (Heiterkeit.)

Wir sind augenblicklich das Hindernis seiner nationalen Entwicklung — nicht ich allein, wie der Herr Abgeordnete Richter das annimmt; ich glaube sogar, der Herr Abgeordnete Richter in noch viel höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen — das meinige nicht ausgenommen! Auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde. (Bravo! rechts.)

Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passiert so manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem ich mir sage, wenn das am grünen Holze passiert, was soll erst am, ich weiß nicht welchem geschehen; also ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft, denn ich sehe immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine volle Einigkeit des Deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, dank der ausgezeichneten Armee und dank der glänzenden Führung Seiner Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen; ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden? Nun, ich hoffe es, ich wünsche es wenigstens sehr lebhaft, daß dann die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst von neulich sich vollständig bewahrheiten möge, daß wir da einig zusammenstehen. Aber es könnte doch leicht sein, daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solche Ermutigungen sollte man dem Auslande nicht geben. Selbst wenn der Herr Abgeordnete Richter einen noch schlechteren Reichskanzler hätte, als ich bin, so sollte er sagen: Das Reich ist zu jung, wir wollen lieber mal unsere schmutzige Wäsche unter vier Augen waschen, nicht so vor der Öffentlichkeit zwei Stunden lang den Reichskanzler analysieren und sein nicht wirkliches, sondern vom Feinde fingiertes Innere öffentlich bloßlegen, dem Feinde zeigen, was das für ein Mann ist, und wie tugendhaft wir dagegen sind, daß wir bei einer solchen Regierung noch solche Leute sind, wie wir sind. (Heiterkeit.) Das halte ich nicht für geraten und für verständig für unsere Verhältnisse.

Ich bin hier auf Äußerungen eingegangen, die ganz außerhalb der Sache liegen, und

deren Erwähnung und Vortrag hier nur damit motiviert wurde, daß ich das Faß angestochen hätte, während ich wieder darauf gebracht wurde, weil der Herr Abgeordnete Rintelen nicht von den Dampfersubventionen, sondern von den Kolonien, von ihrem politischen Zusammenhang und vom Völkerfrühling sprach. Meine Herren, ich bin unschuldig an diesen Allotrien. Aber selbst wenn ich gelegentlich von etwas anderem spräche, so bin ich dazu in meiner Stellung als Vertreter der verbündeten Regierungen vollständig berechtigt. Ich habe nach der Verfassung das Recht, zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen. Wenn ich Ihnen etwas mitzuteilen hätte, was amtlich wäre, so würde ich die Geschäfte ja viel mehr aufhalten, wenn ich den Herrn Präsidenten um eine Pause in der Sitzung bäte und dann die Mitteilung machte; — es wäre vielleicht nicht der Mühe wert, aber mein formales Recht dazu steht nicht im Zweifel. Und ich sage das nur, um mich zu bewahren, als ob jemand das Recht hätte, mich zur Sache zu rufen oder überhaupt einen Regierungsvertreter. Das würde ich nicht annehmen.

Ich komme nach so vielen Umwegen zur Sache. Ich habe gestern gesagt, ich würde jede Abschlagszahlung dankbar annehmen. Ich möchte nur bitten, daß das nicht so ausgelegt wird, als ob ich auf irgendeine der Linien verzichtete an und für sich, und die Verantwortlichkeit dafür, daß sie überhaupt nicht beraten und nicht beschlossen wird, auf die Regierung übernehmen wollte. Wir halten die sämtlichen Vorlagen aufrecht. Wir haben aber bereits gesehen, daß wir sie schwerlich alle viere durchbekommen; und wenn ich diesen nachgiebigen Ton anstimmte, so habe ich das hauptsächlich im Interesse des Ansehens des Reichstags getan, das meines Erachtens nicht darunter gewinnen würde, wenn die Reichstagssitzung dasselbe negative Resultat hätte, wie die Kommissionssitzungen. In der Kommission ist der Parteikampf so gewesen, daß jede einzelne Linie und jeder einzelne Antrag unterlegen ist, daß sie uns für nichts eine Majorität hat liefern können. Es wäre doch für den Reichstag, wenn öffentlich konstatiert würde, daß der für nichts eine Majorität zustande bringen könnte, daß bei der Zerfahrenheit im Parteihader nichts Positives geleistet worden sei — ein betrübendes Zeugnis, das ich gerne habe vermeiden wollen. Sie werfen mir immer vor, daß ich für das Ansehen des Reichstags nicht besorgt wäre. Aber mich hat lediglich das Gefühl geleitet, daß, wenn die Reichstagsberatungen dasselbe Ergebnis hätten wie die Beratungen der Kommission, das für Regierung und Reichstag etwas Beschämendes haben würde; und deshalb habe ich gesagt: Glauben Sie nicht, daß wir eine Abschlagzahlung, die Sie uns bewilligen würden, ablehnen werden. Wir werden deshalb nicht sagen, meine ich: Damit ist das ganze Gesetz gefallen, und wir nehmen es ganz oder gar nicht. So habe ich mich auch gestern ausgedrückt. Ich würde es bedauern, wenn Sie Ihre Bewilligung nur auf eine Linie beschränken würden; aber ich würde mich nicht berechtigt halten, den verbündeten Regierungen zuzureden, daß sie diese eine Linie nicht ckzeptierten. Man könnte ja Gründe dafür haben. Das Geschäft wird ja teurer, wenn man es auf eine Linie beschränkt. Ich halte die afrikanische Linie für diejenige, die, wenn Sie eine ausschließen wollen, es am ersten verträgt, daß sie in Jahr und Tag oder später wieder eingebracht wird, wenn unsere Kolonien dort etwas mehr Hand und Fuß gewonnen haben. So lange das nicht der Fall ist, glaube ich, daß der Dienst, der auf der Westküste von Herrn Woermann, auf der Ostküste von Herrn Sloman eingerichtet ist, einweilen die Bedürfnisse notdürftig deckt, und zwar in deutschen Händen deckt. Also wollen Sie eine Linie zurückstellen, so hätte die afrikanische die meiste Zeit zu warten.

Nächst der ostasiatischen lege ich das meiste Gewicht auf die Südseeinseln, namentlich auf die nach Samoa; wir haben dort die größten eigenen Geschäfte. Wir haben vielleicht den größten Handel nach Neuholland, und ich möchte auch die Linie nicht fallen lassen; die beiden sind mir gleich wichtig.

Über die ostasiatische Linie ist, wie ich nach dem Zeugnis mehrerer der Herren Vorredner annehmen darf, überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, und ich kann daher meinen Vortrag mit der tröstlichen Rechnung schließen, daß das negative Ergebnis, wie es aus der Kommission gekommen ist, von unseren Reichstagsverhandlungen nicht zu erwarten steht, daß uns das, was ich für eine Beschämung halte, auf diese Weise erspart werden wird. Aber ich hoffe, Sie lassen es bei der einen Linie nicht bewenden, sondern halten die beiden anderen, die Zweiglinie von Samoa und die von Neuholland, mit gleicher Entschiedenheit fest; es spricht für sie das gleiche, und sie sind gleich unabhängig von der Frage, ob wir Kolonien überhaupt haben oder nicht.

Ich habe die Herren nur noch um Entschuldigung zu bitten, daß ich so lange Ihre Geduld in Anspruch genommen habe; aber Sie können auch nicht von mir verlangen, wenn ich überhaupt Ihren Versammlungen nicht gänzlich fern bleiben soll, daß ich bei den hundert Sätzen, von denen jeder anfängt: Der Reichskanzler hat gesagt, der Reichskanzler meint, der Reichskanzler hat vor zehn Jahren, vor fünf Jahren dies und das gesagt — daß ich ruhig dabei sitzen und nicht antworten soll. Also, wenn ich so viel angegriffen werde, so müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß ich viel antworte. (Lebhafter Beifall rechts.)

68. Sitzung des Deutschen Reichstags.

16. März 1885.

Auf den Satz aus der Rede des Abg. Richter vom 14. März, daß zu den Motiven in der Haltung der deutschen Regierung auch die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie gehören, geht Fürst Bismarck mit folgender Rede ein, die sicherlich in erster Linie auf den Kronprinzen Friedrich Wilhelm gemünzt ist, um ihm das Ethos der Staatsraison einzuprägen, dann aber auch auf Rußland, um es zu beruhigen, daß im Fall des Thronwechsels die deutsche Politik durch die Ehe des neuen Kaisers nicht verändert wird:

Meine Herren, den Satz[1] konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen, im freundlichsten Einverständnis miteinander zu leben. Dieses Einverständnis zu suchen, bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt. Ich kann es natürlich nur finden in einer Form, die auch für Deutschland eine befriedigende ist. Das Suchen nach dieser Form nötigt mich, durch manche Peripetie zu gehen auf diplomatischem Wege, wo auch unter Umständen der Eindruck einer Verstimmung nicht ausgeschlossen ist, und wo der Wechsel zwischen Festigkeit und Nachgiebigkeit allein zum richtigen Ziele führen kann. In diesem Wechsel, in dieser diplomatischen Operation hat mich die ganze Parteinahme des Herrn Abgeordneten Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, gerade in diesem Augenblick einigermaßen geniert. (Hört! hört! rechts.)

[1] Des Abg. Richter.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch nicht bekannt gewesen. Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen; und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im Deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität befindet, in dem Augenblick, wo streitige Interessen diskutiert werden, für die fremdländischen Partei nimmt — nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abgeordnete Richter, wenn nicht ganz isoliert, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurteilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer — nach dessen parlamentarischen Auffassungen — ist es ganz natürlich.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abgeordnete Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit rechts.) Ich muß darauf aufmerksam machen: Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte.

Ich habe das angeführt, was der Herr Abgeordnete Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien eines vergessen zu haben und nachholen zu müssen: das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im übrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zum Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei, die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke zu vertreten — denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend — die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abgeordnete Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abgeordneten Windthorst akzentuierten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergierenden und rivalisierenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abgeordneten Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mich der Notwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredsamkeit

unterstützt wird, zu bekämpfen. Indes, das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwertung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Seiner Majestät des Kaisers. (Bravo! rechts.) Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergieren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen, (sehr richtig! rechts) und ich frage mich: Was hat denn den Herrn Abgeordneten Richter bewogen, seine erste Äußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Äußerung einbezog.

Ich bin bei dem Herrn Abgeordneten Richter ebensogut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht etwas ohne Ursache tun, daß irgendeine Berechnung auf die Wirkung, die sie erzielen könnten, dahinter steckt.

Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsgemäß in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen. (Sehr wahr! rechts.) Ich brauche gar nicht soweit zurück zu greifen, daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnerte, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachteilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflußte. Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das letztere der österreichischen Politik zu verdächtigen. Wenn Ähnliches in England passierte, würde man da nicht sofort von german influence oder foreign influence in irgendeiner Weise sprechen? Würde es einem englischen Parlamentarier, namentlich von der der freisinnig-radikalen etwa entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandschaften der in England regierenden Dynastie mit deutschen Häusern dafür anzuführen, daß England in den Interessen der Nation sich nachgiebig gegen Deutschland erweisen möge? Ich glaube kaum, daß dies jemand in England riskieren würde. Ich habe sonst bei dem Herrn Abgeordneten Richter niemals gefunden, daß er für dynastische Verwandtschaften und Einflüsse ein wesentliches Interesse an den Tag gelegt hätte, (Heiterkeit rechts) und ich bin deshalb notwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben können, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Wagschale in seinem Plädoyer für England mit einzuwerfen.

Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft derselben mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflußt von dem Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern — oder vielleicht haben es viele von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen — an das bekannte Gedicht[2] von Herwegh, wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt' uns vor dem Zaren, deinem Schwager!" — Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war

[2] „An den König von Preußen" (Gedichte eines Lebendigen).

es ja in Plakaten überall zu lesen: „Die Russen kommen!“ — Für die Popularität der eigenen Dynastie war die Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich. Ich bin der Behauptung ja noch begegnet im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Kartellkonvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Seiner Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Kartellkonvention, in Bezug auf alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch ihre verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik mit zum Ausdruck brächte. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abgeordneten Richter einflößt, (Heiterkeit rechts) nötigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer Kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abgeordneter v. Jazdzewski verliest als Antwort auf die „verletzenden Angriffe der vitalsten Interessen“ des polnischen Volkes, die der Reichskanzler am 14. März gegen die Polen gerichtet habe, eine Erklärung, in der die polnische Fraktion erklärt, daß sie durchaus auf legitimem Boden stehe und nicht auf einen unglücklichen Krieg Deutschlands spekuliere. Die Wiederherstellung des Königreichs Polen erstrebten sie nicht auf diesem Wege. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraktion ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren Ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landesteilen von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhang meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraktion gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.

Der Herr Abgeordnete hat aber doch meine Äußerungen ein klein wenig verschoben, indem er mir die Behauptung in den Mund legt, daß die Fraktionen, von denen ich sprach, förmlich darauf spekulierten, denjenigen Krieg herbeizuführen, der, wenn er unglücklich für Deutschland abliefe, dahin führen könnte, ihre offen ausgesprochenen Ideale zu verwirklichen. Nun, meine Herren, wenn ich das gesagt hätte, ob ich mich da von der objektiven Wahrheit so weit entfernt hätte, das will ich hier unentschieden lassen; ich bin auch nicht verpflichtet, mich darüber auszusprechen, denn ich habe es nicht gesagt. Ich will aber das, was ich gesagt habe, nochmals richtigstellen durch Wiederanführung der Hauptstellen, auf deren Auslegung es hier ankommt, und ich glaube, daß die Versammlung davon überzeugt werden wird, daß ich niemanden über Gebühr angeschuldigt und belastet habe in den Voraussetzungen, die ich hier aussprach. Ich habe gesagt: Es ist die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. — Das ist eine allgemeine Wahrheit, die der Herr Abgeordnete nicht wird erschüttern können. — Mir ist das in meiner Erfahrung wiederholt entgegen getreten, und wir haben bei uns im Reiche ja Fraktionen, deren offen

aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. — Ich frage den Herrn Abgeordneten: Ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraktion, die hier vertreten ist? Er wird das nicht bestreiten. Er sagt aber: Wir wollen die Wiederherstellung nicht durch Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich; das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des Deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anderes Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des Deutschen Reichstags das Deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte zu verhüten und die Absicht derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüber stehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist. (Bravo! rechts.) Ich habe weiter gesagt:

Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Den Gedanken an Revolution habe ich aus Rücksicht auf den Ort, an dem wir uns befinden, unterdrückt; er ist aber doch das einzige, was übrigbleibt, wenn man sagt, daß man an einen Krieg nicht denke; das andere ist eine Redensart, an die kein Mensch glauben wird, und die man nur unter Umständen vor Gericht, wo man nicht gezwungen werden kann, über seine Gedanken Auskunft zu geben, hinstellen kann; der Richter muß sich damit zufrieden geben, er kann nichts anderes tun. Ob aber der Richter, hier das deutsche Volk, sich mit dieser Auskunft zufrieden geben wird: Wir erwarten die Wiederherstellung des Königreichs Polen auf Kosten der preußischen Provinzen von dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland — ja, meine Herren, das glaube ich doch nicht. (Heiterkeit.)

Also ich sagte:

> Die Herstellung des Königreichs Polen usw. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewissermaßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen —

Ob auch der Herr Abgeordnete für Krotoschin zu den strebsamen Mitgliedern seiner Fraktion gehört, das überlasse ich ihm selbst zu ermessen; ich habe die Fraktion im ganzen noch nicht angeklagt und auch nicht davon gesprochen, daß die Herren nach der angegebenen Richtung förmlich spekulieren; ich habe mich schonend ausgedrückt:

wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden darüber, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen suchen. Wir sehen, daß chauvinistische und namentlich polnische Blätter darauf ausgehen —

und ich füge hinzu: auch polnische Blätter, die in Petersburg in russischer Sprache redigiert werden, die aber entschieden im polnischen Interesse und von Polen geschrieben und mit polnischem Gelde unterhalten werden, ich könnte die Namen nennen —

diese Ziele — sagte ich weiter — können nur erreicht werden, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landsleute nicht wohl getan, mich durch seinen Angriff zu nötigen, diese meine gestrige Äußerung noch einmal zu unterstreichen und ihr eine breitere Publizität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landesteilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf weiteres unterstützten. Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber dieser unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitieren; und das gilt auch für andere zentrifugale Bestrebungen. Sie können ja den Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einstweilen befinden, nach dem Spruche: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat" — und das möchte ich namentlich auch den konfessionellen Fraktionen ans Herz legen — ruhig und ehrlich dienen. Der Vorteil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideale haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg. (Heiterkeit.) Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja, dann kommt es nur darauf an, durch wen; das heißt, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reiche einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrektion des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zutun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu zu klar, die Regierungen sowohl Deutschlands wie außerhalb Deutschlands. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Virchow meint, Deutschland sei zum Erwerb von Kolonien zu spät gekommen; diejenigen, wo Europäer Ackerbau treiben könnten, seien vergeben; sonst blieben nur Länder mit Plantagenwirtschaft übrig, in denen wegen des Klimas Nordländer nicht arbeiten könnten. Dann geht er auf die deutsch-englischen Be-

ziehungen über und beklagt, daß der Reichskanzler Richters Bemerkung über die Dynastien aufgegriffen habe. Die Bedeutung habe Abg. Richter in England gar nicht, die ihm der Kanzler zugeschrieben. Deshalb könne seine Rede auch keinen Einfluß auf den Gang der deutsch-englischen Verhandlungen gehabt haben. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen ein klein wenig verschoben — im letzten Teil seiner Rede; auf den Hauptteil derselben habe ich nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verschiebung charakterisiert sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: Es sei doch nicht zu verwundern, wenn der Herr Abgeordnete Richter neulich, nachdem er den Akzent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugefügt hätte, daß auch die Dynastien verwandt wären. Die Argumentation des Herrn Abgeordneten Richter war, wie der Text zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran und die anderen in zweite Linie gestellt. (Rufe links: Nein!) Ja, meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Virchow hätte der Herr Abgeordnete Richter neulich gesagt, daß wir nicht nur durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastien. Er hat aber gesagt, daß wir nicht nur durch unsere Dynastien, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären; er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es käme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an; ich mache auf dieselbe nur aufmerksam, weil sich darin die ganze Verschiebung charakterisiert, die der letzte Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat.

Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob die Anführung des Herrn Richter eine ganz nebensächliche gewesen wäre, die ich unrecht täte so aufzunehmen, und er hat außerdem gesagt, man wäre an dergleichen gewöhnt. Nun, meine Herren, das kann ich doch nicht zugeben. Wo ist denn bei uns die Gewohnheit, namentlich auf Seite der Fraktion, der der Herr Abgeordnete Richter angehört, auf die Verwandtschaften der Dynastien bei politischen Erwägungen und internationalen Fragen ein besonderes Gewicht zu legen? Meine Erinnerung reicht ziemlich lange zurück, aber der Fall ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr wahr! rechts.) Es ist ja eine Äußerung in dem Munde des einen etwas anderes als in dem Munde des anderen. Wenn ein enthusiastischer Royalist dergleichen Äußerung tut, nun, so liegt das in der Konsequenz seiner Gesinnung; wenn aber der Herr Abgeordnete Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht von Hause aus die Überzeugung, daß er das gerade im Interesse der Dynastie tut. (Oho! und Unruhe links. — Sehr wahr! rechts.) Meine Herren, ich behaupte damit noch nicht, daß er bewußterweise die Dynastie schädigen will; aber ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Richter für die Dynastie dieselbe Feinfühligkeit hat wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel. (Unruhe links.)

Es ist vielleicht der Schaden, den er der Dynastie antut, wenn er sie in einen gewissen Gegensatz mit nationalen Interessen bringt, dem inneren Auge des Herrn Abgeordneten Richter nicht so klar wie dem meinigen. Er hat auch vielleicht nicht die Liebe zu dem dadurch geschädigten Prinzip, die mich feinfühlig macht. Ich habe nur behauptet, daß die Äußerung des Herrn Richter, das Hineinziehen der dynastischen Fragen in internationale, den Dynastien nicht nützlich sei, und ich richte die Frage an jeden, der ehrlich und ruhig mir antworten will: Ist es für die Dynastie ein Vorteil, wenn man bei internationalen Fragen

darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten doch eine gewisse gegenseitige Nachsicht, das heißt ein minder scharfes Wahrnehmen der eigenen nationalen Interessen, empfehlenswert machen könnten. Erweist man damit der Dynastie einen Dienst? Ich habe auf historische Fälle verwiesen, wo Dynastien dadurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Richter mit mir an demselben Strang zieht; ich glaube nicht, daß, wenn er von Dynastie spricht, er dasselbe Gefühl tiefer innerer Anhänglichkeit und Ehrerbietigkeit damit verbindet, wie ich es tue. (Oho! und Unruhe links. — Bravo! rechts.) — Ich glaube das nicht, meine Herren, und Sie werden mich davon schwer überzeugen. Unsere ganze politische Vergangenheit spricht dagegen — und ich rufe die öffentliche Meinung gegen Ihre mißbilligenden Ausrufe zum Richter darüber an, ob sie in dem Herrn Abgeordneten Richter jemals einen dynastischen preußischen Politiker sehen wird.

Dann hat der Herr Vorredner in seiner Äußerung die politische Bedeutung, die der Herr Abgeordnete Richter in England als Führer der Opposition hat, doch unter das wirklich vorhandene Niveau heruntergedrückt; er hat bei den Engländern ein Verständnis für unsere Verhältnisse vorausgesetzt, wie es nicht vorhanden ist. Es ist mir erinnerlich, daß zur Zeit, wie die Samoadebatten hier waren — es ist schon ziemlich lange her — der Botschafter einer westeuropäischen Macht hier anwesend war und den Herrn Abgeordneten Richter gehört hat. (Abgeordneter Richter: Ich habe damals gar nicht gesprochen!) — Nicht? Sollte es wirklich nicht der Fall sein? (Zurufe links: Nein!) — Nun, dann muß dieser Botschafter den Herrn Abgeordneten mit jemand anderem verwechselt haben. (Heiterkeit links.) Nun, ich erinnere mich der Samoadebatte nicht mehr so genau, wohl aber einer Konversation mit dem erwähnten Botschafter, welcher sagte — — (Zurufe links.) — Nun bitte ich, mich nicht wieder zu unterbrechen; ich lasse mich einmal auf ein Zwiegespräch ein, aber nicht zweimal. — Der Herr Botschafter sagte mir — und das ist das einzige Faktum, das ich verbürgen kann — es sei ihm sehr unwahrscheinlich und überraschend, daß der Herr Abgeordnete Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: Über das letztere habe ich kein Urteil, aber gewesen ist er es noch niemals. (Heiterkeit.) Und darin wird er mir recht geben.

Ob dieser Botschafter seine Verwunderung darüber, daß ein Abgeordneter, der diese Rolle bei uns im Parlament spiele, noch nie Minister gewesen sei, gerade aus einer Rede über die Samoafrage geschöpft hat oder nicht, weiß ich nicht, ich habe nur gesagt: In der Zeit der Samoadebatte war es, um zu zeigen, daß es nicht ein novissimum sei. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heutzutage in seiner Herrschaft über die Partei, (lebhafter Widerspruch links) über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. — Meine Herren, Sie, (nach links) die Sie darüber murren — ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht, (große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses) der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publikum haben Sie den Mut, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich tun. (Große Heiterkeit.)

Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte — mein Gott, man braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, daß er es einmal wird.

Aber ich habe nur das Wort genommen, um mein Bedauern darüber zu wiederholen,

daß der Herr Abgeordnete Richter die Bezugnahme auf die dynastische Verwandtschaft nicht gestrichen hatte — und mein Bedauern darüber, daß ich mit dieser meiner Auffassung im Irrtum gewesen sei.

Der Herr Abgeordnete Virchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter hier gehalten hat, in Bezug auf die Verhandlungen, die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht üben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er in keinem englischen Blatte etwas über die Rede des Herrn Abgeordneten Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spüren geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten Augenblick entgegengekommen wurde, ein Rallentando eingetreten ist ob dies propter hoc oder post hoc gewesen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einigermaßen dem Eindruck zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, stände doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition, in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstag seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: Die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: Eine koloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstags und auch durch die Führer derselben findet. Zu den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abgeordnete Richter; und daß er diese nationalen Aspirationen nicht teilt, ebensowenig teilt wie der Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Zentrums — ja, meine Herren, das liest man aus Ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellungen bei den Verhandlungen mit dem Ausland wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Ausland gegenüber auf als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich da an die Wortführer der Opposition halten, und einer derer ist der Herr Abgeordnete Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat.

Der Herr Abgeordnete Virchow hat mir vorgeworfen — dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückte — daß ich gerade die Plätze ausgesucht hätte, die keiner hätte haben wollen. Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Übels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben, (Heiterkeit) daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgendeinem reaktionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert, und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.

Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze ausgesucht und dort seine Faktoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein. Aber kurz und gut, ich kann darüber nicht rechten. Der Herr Abgeordnete Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen viel sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das Deutsche Reich um Protektion anruft — soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medizinische Amt, (Heiterkeit) dessen Mitglied der Herr Abgeordnete Virchow ist, richten und ihn fragen: Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweitläufigen. Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abgeordnete Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrungen hat sammeln können; er wird sie aus Büchern und Schriften und Beobachtungen anderer genommen haben, die uns allen zugänglich sind. Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Überzeugung auf politischem Gebiet; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in Bezug auf Neuguinea und anderes ist er ebensogut wie wir auf die Erzählungen anderer angewiesen. Ich habe weder Neuguinea noch Altguinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: Wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? und ich habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde, so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim Deutschen Reichstag zu bedanken; aber die verbündeten Regierungen sind daran unschuldig.

Dann hat der Herr Abgeordnete, glaube ich, den Begriff „Kolonie“ doch zu doktrinär aufgefaßt; er hat uns die Etymologie des Wortes zwar aufgeklärt, aber ich glaube, daß der Begriff dessen, was man modern unter Kolonie versteht, dabei etwas zu kurz gekommen ist. Er leitet es von colere und colonus ab und bringt die Kolonien alle in Verbindung mit Ackerbau. Ich sehe darin einen erfreulichen Beweis, daß tief im Herzen des Herrn Vorredners doch auch die Überzeugung schlummert, daß der Ackerbau von allen Gewerben das wichtigste ist. Das, was er Kolonie nennt, ist also nicht nur in Neuguinea, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Westfalen und Württemberg der Fall. Es ist der Ackerbau eben überall. Es ist unwillkürlich das in seiner Partei sonst nicht gern zugegebene Axiom über seine Lippen gekommen, daß der Ackerbau, mit anderen Worten die Landwirtschaft, das Hauptgewerbe des Menschen ist, und daß die ganze menschliche Existenz auf ihm basiert und rouliert. Deshalb braucht aber noch nicht alles das, was wir nach dem heutigen modernen Begriff, der sich von dem etymologischen doch ziemlich losgesagt hat, unter Kolonie verstehen, eine Ackerbaukolonie zu sein; es können Plantagenkolonien mit fremden Arbeitern sein. Wenn der Herr Vorredner darin eine abschreckende Erfahrung gesehen hat, daß in Westindien die weiße Bevölkerung sich nach der Aufhebung der Sklaverei nur noch auf fünf Prozent belief, so wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn er diese Mitteilung durch eine Angabe darüber vervollständigt hätte, auf wieviel Prozent sie sich früher belaufen hat. Sehr viel über fünf Prozent kann die weiße Bevölkerung in jenen Gegenden niemals betragen haben. Es ist das eben eine Plantagenkolonie gewesen, und das können einige der unserigen auch werden; die basieren auf Arbeitskräften, die an das Klima gewöhnt sind. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich

akklimatisiert, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat; ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Akklimatation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht als schon etwas akklimatisierter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Akklimatisierung gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfnis ist; sie betreiben es, ohne wie die Fliegen dahinzusterben. Es ist in Afrika überhaupt von einem Ackerbau, von colore in diesem Sinne gar nicht die Rede; da ist nur von Handeltreiben einstweilen die Rede. Ob das in Ostafrika anders sein wird, das wollen wir abwarten.

Der Herr Vorredner meint, wir hätten das imperial charter etwas zu früh lanciert; ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Kolonie für möglich halten wollen. Längst würden andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Monate gewartet hätten. Das ist diese beschauliche und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen.

Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf diese abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist — für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm — nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Tor für deutsche Arbeit, deutsche Zivilisation und deutsche Kapitalanlage offen zu halten. Wenn das, was hinter diesem Tore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie haben für Versuchsstationen — ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland — in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: warum wollen Sie uns nicht einmal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erstemal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich da für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen zu haben scheint, einstweilen gar nichts gefordert wird?

Wir sind alle darüber einig: Sie werden die afrikanische Linie einstweilen nicht bewilligen, was ich sehr bedaure; wir werden, wenn Sie ablehnen, Ihnen aber sehr gerne wieder Gelegenheit geben. Wir halten sie für notwendig und nützlich, und vielleicht würde gerade eine solche Linie das Samenkorn dorthin tragen, das die Anlage dort fruchtbar machen kann.

Über die Gegenden westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieses imperial charter ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die dagewesen sind, etwas Nachteiliges erfahren; im Gegenteil, die gelten nach dem Zeugnis der Engländer, Amerikaner, Belgier Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Teil von dem ganzen Innern von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Zanzibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube, er hat sie vermieden, wei er seinerseits noch nicht Übles von dieser

Gegend gehört hat. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht übers Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimate, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichungsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung kolonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen.

Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleite und an das Messer des Klimas liefern würde. Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Überschuß von Unternehmungsgeist und verwertet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lesebüchern eine erhebliche Anziehungskraft hatte, ohne daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besäßen, die darüber mitzureden wüßten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Überschuß von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Tor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nötigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoaverhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Akten zu schreiben und zu sagen: Ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Notwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

Nach längerer Debatte wird die afrikanische Linie abgelehnt, die ostasiatische und die australische Linie angenommen.

92. Sitzung des Deutschen Reichstags.

4. Mai 1885.

Schon im Jahre 1881 hatte der Abg. v. Wedell-Malchow dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Einführung der Börsensteuer vorgelegt, nach dessen Ablehnung im Jahre 1884 die verbündeten Regierungen einen neuen in den Reichstag brachten. Diesen wegen Sessionsschluß unerledigten Entwurf brachte der Abg. v. Wedell im November 1884 als eigenen Antrag ein, dem ein nationalliberaler des Abg. Arnsperger entgegengestellt wurde. Beide Entwürfe gelangten an eine Kommission, die beide vereinigte, indem sie das Prinzip der prozentualen Besteuerung des Geschäftsumsatzes und des Schlußnotenzwanges entschied. Am 4. Mai 1885 wird im Plenum darüber beraten. Nach Reden der Abg. Dr. Grimm und Oechelhäuser äußert Fürst Bismarck folgende Bedenken gegen den v. Wedellschen Entwurf und ein vom Abg. Buhl eingebrachtes Amendement:

Wenn ich in diesem Augenblicke das Wort in dieser Angelegenheit nehme, so geschieht es nicht, um jemand zu überzeugen, oder zu widerlegen, sondern nur, um, was ich kann, dazu beizutragen, daß einige Punkte der Vorlage im Laufe der Diskussion noch eine weitere Aufklärung und Beleuchtung erhalten, als sie bisher haben. Es ist das bei einer so umfassenden und verwickelten Vorlage an sich zu wünschen, hier aber namentlich auch deshalb, weil die Vorlage nicht eine Vorlage der Regierung ist, sondern aus dem

Reichstage kommt, und die Regierungen also, wenn in dieser Sitzung noch eine Verabschiedung erfolgen soll, in die Lage gebracht werden müssen, über alle Einzelheiten in betreff der Meinung des Reichstags vollständig aufgeklärt zu sein — mehr, als dies für mich wenigstens bisher der Fall ist. Ich bin ja außerstande, jetzt schon im Sinne der Regierungen zu sprechen; ich spreche nur zum Nutzen der Orientierung darüber, wie in Bezug auf einige Punkte die Meinung der Majorität des Reichstags sich gestaltet. Die Regierungen sind ja hier in diesem Stadium der Verhandlungen noch nicht einmal imstande, ihren Anschauungen über irgendeinen Punkt durch ein Amendement, welches sie selbst stellen könnten, Ausdruck zu geben; sie müßten befreundete Abgeordnete bitten, ein Amendement zu stellen. Es wird aber das immer doch nicht als ein direkter Antrag der Regierung angesehen werden können. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Vorlage aus diesem Hause in einer Gestalt hervorgehen werde, in der sie von der Regierung mit Ja oder Nein beantwortet werden könnte. Wahrscheinlich wird die Hauptsache dessen, was hier beschlossen werden kann, den Regierungen annehmbar erscheinen, das Ganze aber so, wie es liegt, ihnen doch nicht annehmbar sein, wenn nicht einzelne Abänderungen getroffen werden. Ich will versuchen, nur über einige wenige der Punkte, über die ich selbst Zweifel habe, diese Zweifel anzuregen, damit sie in der Diskussion nach Möglichkeit beleuchtet werden.

Es ist das einmal der Umstand, der mir auch bei den Beratungen im Preußischen Staatsrate entgegengetreten ist, daß nämlich die Einwendungen, die gegen eine prozentuale Besteuerung gemacht werden, ihre Wurzel vorzugsweise in der Schädigung des Arbitragegeschäfts an den Börsen habe. Ich gebe zu, daß das Arbitragegeschäft ein wirtschaftliches Bedürfnis für unseren gesamten Geldverkehr ist, daß es sehr geringe Reinerträge abwirft, und daß es wünschenswert ist, es zu erhalten. Ich habe die Möglichkeit, das Arbitragegeschäft mehr, als es in der Vorlage der Fall ist, zu begünstigen, ohne mit dem Steuersatz zu niedrig zu gehen, im Staatsrat unter den vielen sachkundigen Leuten, die dort waren, nur von einer einzigen Stimme anführen hören; aber diese Stimme — kann ich nicht leugnen — hat mir einen gewissen Eindruck gemacht. Sie war die eines unserer bedeutendsten Finanziers; derselbe war der Ansicht, daß man, um die Arbitragegeschäfte in ihrer bisherigen Lebensfähigkeit zu erhalten, einen prozentualen Satz, für den er im übrigen stimmte, wohl für Effekten und für Waren, aber nicht für Wechsel in Ansatz bringen sollte, und zwar weil die Arbitragegeschäfte sich, so viel ich davon verstehe, in der Hauptsache auf den Wechselkauf und -verkauf beziehen. Es spricht für diesen Gedanken der Umstand, daß Wechsel an sich mit einem Prozentualstempel belastet sind, und sogar mit einem höheren als derjenige ist, der hier in Aussicht genommen ist, daß sie also gewissermaßen ihren Teil an der Last, die hier aufgelegt werden soll, schon tragen.

Es ist mir auffällig gewesen, daß bei der großen Kalamität, die in der Schädigung der Arbitrage erblickt wird, weder von irgendeiner anderen Seite der Gedanke, die Wechsel und die Effekten ungleich zu besteuern, aufgenommen ist, noch die Bemerkung dieses meines Gewährsmannes zu irgendeiner Gegenbemerkung Anlaß gegeben hat. Ich bin daher nicht frei von der Besorgnis, daß meine Sachkunde auf diesem Gebiete nicht ausreicht, um die Hindernisse zu entdecken, die einer differentiellen Behandlung der Wechsel im Gegensatz zu den Effekten und Waren im Wege stehen könnten, und ich würde dankbar sein, wenn die Herren, die mehr von der Sache verstehen, bei der Diskussion ihre Auf-

merksamkeit darauf richten würden, diese Möglichkeit zu beleuchten und das Material zu liefern, dessen die Regierungen nachher bedürfen werden, um schnell über die Beschlüsse, die ihnen der Reichstag vorlegen wird, ihrerseits Beschluß zu fassen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß der Bundesrat die Vorlage, die ihm der Reichstag machen wird, seinerseits amendiert, sei es in der Form, sei es in der Sache, und daß auf diese Weise, was bei der kurzen Zeit, die wir vor uns haben, nicht unbedenklich ist, die ganze Angelegenheit aus dem Bundesrat nochmals in diese Räume wird zurückkommen müssen, ehe sie zu einer zweiseitigen Verabschiedung reif werden kann.

Diesen einen Punkt erlaube ich mir also der Erwägung zu empfehlen, ohne daß ich jetzt hier schon Anträge stelle. Ich kann das im frühesten Stadium im preußischen Staatsministerium tun, wenn die Beschlüsse des Bundesrats dort vorbereitet werden; hier aber nicht. Ich bin überhaupt nicht legitimiert, in dieser Versammlung Amendement und Anträge anders als im Namen der verbündeten Regierungen zu stellen.

Eine andere Frage für mich ist diejenige, ob die ersten Antragsteller — ich meine die politischen Freunde des Herrn v. Wedell — sich in allen Stadien die Wirkungen, die die jetzige Fassung des Textes auf die landwirtschaftlichen und industriellen Geschäfte ausüben kann, vollkommen klargemacht haben. Es ist ursprünglich ja, wie ich überzeugt bin, beabsichtigt worden, das zu schaffen, was man mit einem kurzen Ausdruck eine Börsensteuer nennt, das heißt eine Steuer, deren Lasten hauptsächlich die Träger der Börsentätigkeit zu ihren übrigen übernehmen sollen. Ich will von der Schwierigkeit, die es hat, diesem Teil der Steuerpflichtigen eine besondere Präzipuallast aufzuladen, ohne daß sie imstande wären, sie auf ihre Kunden abzuwälzen, nicht weiter sprechen; ich will darauf kein Gewicht legen, ob sie das können, da ich nicht die distributive, sondern die finanzielle Seite der Sache hier mehr ins Auge fassen will; es genügt, wenn aus dem Verkehr mit den beweglichen Gütern etwas aufkommt, was einigermaßen weniger im Mißverhältnis mit dem Aufkommen aus dem Verkehr in unbeweglichen Gütern steht, wie er sich in Kauf und Pacht verstempeln muß. Also die Frage der Abwälzung lasse ich unberührt, sie ist eine unfruchtbare; ich will nur die Frage des direkten Treffens dieser Steuer ins Auge fassen.

Der ursprüngliche Gedanke der Börsensteuer, wie er vor Jahren angeregt war, hat sich unter den Händen der Finanzmänner sehr bald mehr oder weniger in eine Geschäftssteuer verwandelt. Die Börse ist dabei in den Hintergrund getreten, und ich fürchte, wenn nicht andere Kautelen noch getroffen werden, als sie bisher vorliegen, so wird die erste Wirkung und die vorzüglichste dieser Vorlage sein, daß in erster Linie die vielfachen Belastungen unserer produktiven Tätigkeit und insbesondere der Landwirtschaft sich wieder um eine neue vermehren werden. Die Schutzmittel, die man dagegen angewendet hat, decken meines Erachtens nicht ausreichend; wenigstens ich würde zu ihnen als Landwirt das genügende Vertrauen nicht besitzen. Der eine Teil sucht das Schutzmittel hauptsächlich in dem Wort „börsenmäßige Usance“. Wenn das die Breite hätte in der Deckung, die die Herren Antragsteller ihm zuschreiben, dann könnte man ja ganz zufrieden sein. Das glaube ich aber nicht, und selbst durch den Zusatz des Buhlschen Antrages, wonach, kurz ausgedrückt, der Produzent für den Verkauf seiner eigenen Waren frei sein soll, halte ich doch nicht jede Fuge, jede ungedeckte Spalte für beseitigt. Ohne den Antrag aber finde ich in diesem Augenblick „börsenmäßige Usance“ nach meiner Erfahrung von landwirtschaftlichen Geschäften durchaus nicht die Deckung, die gesucht worden ist. Es ist in all den Kreisen,

die nicht mit den Gewohnheiten der Landwirtschaft östlich von der Oder oder der Elbe vertraut sind, eine allgemeine Annahme, als ob die Geschäfte dort sich meist bar und Zug um Zug machten, also in einer anderen Form, als das Gesetz im Auge hat. Das ist doch, wie jeder größere Landwirt, namentlich aus den östlichen Provinzen, mir aus seiner Erfahrung bestätigen wird, nicht der Fall. Schon der einfachste Wirt, der nur Korn verkauft, wird fast in jedem Jahr, wenn er nicht zu den Wohlhabenden gehört, in die Lage kommen, im Sommer und zur Zeit der Ernte, im Herbst, wo er viel Tagelohn braucht, in Korn Geschäfte zu machen in der Weise, daß er sagt: 20 Wispel Roggen verkauft, im Oktober zu liefern. Ja, das ist ein Zeitgeschäft. Wo ist da die Deckung gegen „börsenmäßige Usance"? Ich will zugeben, daß sie vorhanden sein mag bei einer sehr wohlwollenden Auslegung. Aber die Landwirtschaft, in Preußen wenigstens, ist nicht gewohnt — die Gegenwart immer ausgenommen — im Finanzministerium wohlwollende Auslegung zu finden. (Heiterkeit.) Im Gegenteil, was sich fiskalisch aus dem Wortlaut der Gesetze hat herausdrücken lassen, das ist herausgedrückt worden. Und wenn nun ein Finanzminister, ein anderer als der jetzige — der jetzige würde es nicht tun — (Heiterkeit) in dem Sinne entscheidet und den Stempel erhebt, wie wollen Sie damit durchkommen? Im Wege des Zivilprozesses — werden Sie mir sagen. Ja, haben Sie beim Zivilrichter überall eine sichere und wohlwollende Würdigung der landwirtschaftlichen Interessen? Ich weiß es nicht; es liegen Erfahrungen vor, daß sie in einzelnen Fällen nicht vorhanden ist. Im ganzen kann man nicht sagen, daß gerade der Großgrundbesitz in richterlichen Kreisen eine beliebte Erscheinung wäre, die in hoher und parteiischer Gunst stände, und es sind auch da Auslegungen möglich, gegen die man, wenn man sicher gedeckt sein will, festere Garantien als diesen Ausdruck der „Börsenusance" haben muß.

Ich glaube, daß Geschäfte in Zucker fast gar nicht anders gemacht werden als nach einer gewissen Börsenusance, daß der einfache und gewöhnliche Zuckerproduzent, der von kaufmännischen Börsengeschäften sich ganz frei hält, der keine Art Spekulation und keine Zeitläufe irgendeiner Art macht, doch in der Regel seine Geschäfte so abschließt, daß er im August, September sich mit irgendeinem Hause einigt, mit irgendeinem Abnehmer, und sagt: „Ich will dir den Zucker meiner ganzen Kampagne liefern, du zahlst dafür während des Monats Oktober denjenigen Preis, der am 15. Oktober, am Medio, börsenmäßig notiert sein wird in dem Börsenblatt so und so in Magdeburg. In gleicher Weise rechnen wir für November, in gleicher Weise für den Dezember." Ich glaube, es gehört schon eine sehr feste, vorgefaßte Überzeugung bei einem Richter und noch mehr bei einem Finanzherrn dazu, um zu sagen, daß auf diese Geschäfte die „börsenmäßige Usance" keine Anwendung finde.

Ebenso werden die geläufigen Korn- und Spiritusgeschäfte, ja selbst die meisten Fettviehgeschäfte abgeschlossen. Die Ware wird nicht zu Markt getrieben und dort gegen bar verkauft, sondern wenn jemand fette Ochsen kauft, dann kauft er sie gewöhnlich in den Gegenden, wo der Markt nicht ganz flott geht, eine Zeitlang vor der Abnahme, und es wird irgendein Lieferungstermin bedungen. Wenn jemand — und zwar gilt dies auch von dem Landwirt, der keinen Vorschuß im Anfang des Herbstes braucht vom Kaufmann — seinen Spiritus oder Roggen verkauft, so pflegt er mit irgendeinem kaufmännischen Hause zu verabreden: Ich werde so und so viel liefern, 100000 Liter in der und der Zeit — und das Gewöhnliche wird wohl sein, daß jedesmal am Tage der Ablieferung das Börsenblatt

der nächstgelegenen Börse, welches beide lesen, durch seine Börsennotizen den Preis fixieren soll, entweder daß direkt danach gehandelt wird, oder, was auf dem Lande üblicher ist, 1 bis 2 Mark unter der Börsennotiz — wie der Ausdruck lautet. Wie wollen Sie sich da mit dem Wort, daß nicht nach Börsenusancen gehandelt werde, schützen? Ich befürchte, daß, wenn nicht ein weiterer Schutz gesucht wird, dann zunächst die Landwirte — was die Herren Antragsteller, glaube ich, nicht beabsichtigt haben — die ersten Opfer dieser Steuer sein werden.

Das Amendement der Herren Abgeordneten Buhl und Genossen deckt einigermaßen dagegen. Ich bemerke, daß ich für meine Person mit dem ersten Satz nicht vollständig einverstanden bin; zwar mit dem Schlußnotensystem bin ich es im Gegensatz zur Buchkontrolle, aber ich bin für prozentuale Besteuerung, die hier nicht angenommen ist. Was den Artikel „Befreiungen" anbelangt, so ist darin der Produzent allerdings bedingterweise ausgenommen, aber doch nur bedingterweise, während er meiner Meinung nach unbedingt ausgenommen werden sollte; denn ich glaube nicht, daß Sie den Produzenten in Industrie oder Landwirtschaft gerade mit dieser Steuer von neuem treffen wollen, während Sie im übrigen auf seine Erleichterung bedacht sind.

> Es ist da gesagt: für Geschäfte über solche inländische Waren, welche von einem der Kontrahenten selbst erzeugt und hergestellt sind.

Das würde, so viel ich prima facie übersehen kann, hinreichen. Nun sind aber noch einige Zwischensätze: hinter „solche" folgt „zur Weiterveräußerung bestimmte". Das wird die meisten decken. Das meiste Getreide und all dergleichen landwirtschaftliche Produkte und Zucker werden nicht zur direkten Konsumtion verkauft. Warum sollten aber dabei ausgenommen sein diejenigen, die zur weiteren Veräußerung nicht bestimmt sind? Also zum Beispiel dasjenige, was der Militärfiskus ankauft, oder was die Verwaltung einer Strafanstalt oder eine Fabrik oder sonst irgendeine Einrichtung, die einen großen Konsum hat, für sich — nicht zum Weiterverkauf, sondern zum Verzehr — ankauft? Ich sehe den Nutzen nicht ein.

> Dann: inländische Waren, welche von einem der Kontrahenten selbst erzeugt oder „handwerks- oder fabrikmäßig" hergestellt sind.

Warum gerade handwerksmäßig oder fabrikmäßig? Das legt wieder eine Restriktion in diese Befreiung hinein, über deren Auslegung und Tragweite ich mir kein recht deutliches Bild machen kann.

> Und dann in Nr. 4 ist auch wieder die Rede von Geschäften über solche Sachen oder Waren, welche zur Weiterveräußerung nach vorgängiger „handwerks- oder fabrikmäßiger" Be- oder Verarbeitung durch einen der Kontrahenten bestimmt sind.

Ich möchte diese Bedingung, daß die Ware zur Weiterveräußerung bestimmt sein soll, und daß sie handwerksmäßig oder fabrikmäßig notwendig erzeugt sein muß, wenn ich im Regierungsstadium über die Sache verhandelte, durch ein Unteramendement zum Amendement Buhl zu streichen beantragen. Nur weiß ich nicht, welche Bedenken ich durch einen solchen Antrag hier in diesem Stadium der Verhandlung erzeugen könnte. Der Landwirt kann die Besteuerung, die ihn hierbei treffen würde, in keiner Weise abwälzen; die Börse wird dazu, meines Erachtens, immer imstande sein, und ich glaube, Sie werden die Aalglätte dieses Körpers nie so vollständig überwinden, daß Sie ihn greifen und zum

zahlen und zum Bluten nötigen. Es gibt zu viel Leute, die seiner bedürfen und die seine Hilfe erstreben.

Ich sehe deshalb eine eigentlich wirtschaftliche Ausgleichung in dem Ergebnis dieses Gesetzes nicht; ich halte es aber finanziell für nicht außerordentlich, aber einigermaßen nützlich. Ich halte den Ertrag nicht für so groß, wie er geschätzt wird; aber ich halte es für das moralische Gerechtigkeitsgefühl unserer Steuerzahler für eine fiche de consolation, die weder sehr viel einbringen, noch denjenigen, den sie treffen will, dauernd belasten wird. Ich halte es für ein dringendes Erfordernis der Zeit, eine Steuer dieser Art einzuführen.

Ich hoffe, daß mir die Diskussion Gelegenheit geben wird, weiterhin wenigstens meine persönliche Ansicht zu äußern und mich für das Stadium, indem ich tiefer einzugreifen berufen sein werde, zu belehren. Es ist mir heute nur ein Bedürfnis gewesen, diese beiden Punkte zu berühren, die mir vorzugsweise bedenklich schienen in der jetzigen Fassung, und von denen ich mir nicht vollkommen Rechenschaft geben kann, warum sie von niemand sonst schärfer aufgefaßt worden sind in der vielseitigen und breiten Diskussion, der die Sache unterlegen hat; ich bin also in der Sorge, daß die Wünsche, denen ich heute direkt oder indirekt Ausdruck gegeben habe, irgendwo einen Anstoß finden, der mir bisher entgangen ist, und ich würde für jede Belehrung hierüber dankbar sein.

Abg. v. Wedell verteidigt die geringe Steuer des Arbitragegeschäfts und behauptet, daß die Landwirte für den Verkauf ihrer eigenen Produkte nur dann unter das Gesetz fallen würden, wenn sie ein börsenusancemäßiges Geschäft mit solchen Waren machen, für die eine Terminpreisnotierung gegeben werde. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich muß das Haus verlassen und will die wenigen Augenblicke, die mir bleiben, nur benutzen, um zu erklären, daß mich die Beruhigungen des Herrn Vorredners über die landwirtschaftliche Seite der Frage doch nicht vollständig befriedigen; ich muß darauf erwidern: auf das Eis trete ich noch nicht und möchte nicht, daß mein Name unter einem Gesetze steht, das die Landwirte, vielleicht der Herr Vorredner nicht ausgenommen, alsdann in der Richtung kritisieren würden. Ich halte die Bedenken für schwerwiegender, als der Herr Vorredner sie schätzt. Die Geringfügigkeit der Abgabe ist allein noch nicht tröstlich gegenüber der Verantwortlichkeit, die jeder, der dieser Steuer pflichtig wird, übernimmt für Beamte, Stellvertreter, für Versehen bei den außerordentlich hohen Strafen und bei der Unannehmlichkeit, die es überhaupt hat, in die Lage zu kommen, daß man seinen steuerlichen Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen ist. Aber immerhin, mag die Abgabe auch für manchen nicht lästig sein, keinesfalls liegt es doch in unserer Absicht, diese Steuer auf andere als auf die Kreise des Zwischenhandels — will ich einmal sagen — auf den Produzenten anzuwenden.

Wenn wir diese Absicht haben, warum sollen wir sie denn nicht deutlicher aussprechen, als in dieser, wie ich glaube, ziemlich gewundenen und zweifelhaften Definition von Börsenusancen und Kursnotizen geschehen ist? Warum wollen wir nicht einfach sagen: Der Produzent soll für das, was er produziert — im Sinne des Buhlschen Antrages — befreit sein? Ich weiß nicht, warum man sich dagegen sperrt, und ich würde mich schwer entschließen können, in einem späteren Stadium, wie gesagt, mit meiner Unterschrift für die Sache einzutreten, wenn nicht die Sicherheit geboten wäre, daß der Produzent in Landwirtschaft und Industrie und im Handwerk jedenfalls durch einen festeren Schild gegen diese Steuer gedeckt sei, als hier geschehen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß derjenige Landwirt, der nun unter diese Steuer fiele, dann auch die Vorteile des Börsenverkehrs hätte — ja, ich glaube, die sind für einen Landwirt sehr gering anzuschlagen; er hat im ganzen sehr viel häufiger Erfahrung von den Nachteilen des Börsenverkehrs als von den Vorteilen hinter sich, und da möchte ich mich doch nicht damit vertrösten. Ich kann in Bezug auf diesen Punkt schon jetzt ganz bestimmt Widerspruch einlegen gegen den Mangel der Fassung, und muß bevorworten, daß, wenn dieser Mangel nicht zu voller Befriedigung für den Produzenten behoben wird, ich der erste sein würde, der im Bundesrat den Antrag stellte, die Bestimmung nach dieser Richtung hin zu ergänzen.

Dann, was die Arbitrage anbelangt und die Verstempelung der Wechsel, so glaube ich, habe ich mich vielleicht nicht ganz deutlich in meiner ersten Äußerung ausgedrückt. Ich habe gefragt, ob Gründe dem entgegenstehen, die Wechsel niedriger zu verstempeln als Effekten und Waren. Die Waren ganz herauszulassen, dafür bin ich durchaus nicht. Denn gerade die dem Lande und seiner Wirtschaft schädlichsten Börsengeschäfte sind die Börsenspekulationen in Landesprodukten, in Getreide, Öl, Spiritus und all dergleichen; die möchte ich am meisten treffen, und wenn es nicht eine Erschwerung des Geschäftes wäre, so würde ich für die einen sehr viel höheren Satz vorschlagen, als für die anderen. Wenn hier einzelne Leute, die keine Million im Vermögen haben, auf einen Schlag für 12 oder 15 Millionen Roggen verkaufen oder ankaufen, so ist das ein ungesunder Zustand, bei dem gar keine Preisbildung und gar kein regelmäßiger wirtschaftlicher Verkehr in dem Getreidehandel mehr möglich ist. (Sehr wahr! rechts.) Und dagegen kann man nicht scharf genug auftreten.

Also die Waren herauszulassen, kann ich nicht raten. Aber ich habe schon vorher mir zu sagen erlaubt, alle diejenigen Herren, welche gegen die prozentuale Verstempelung gesprochen haben, die haben, so viel ich habe hören und lesen können, immer als Hauptgrund gegen die Annehmbarkeit des Prozentsatzes die Schädigung des Arbitrageverkehrs angeführt. Ich frage deshalb: Kann man den Arbitrageverkehr nicht decken und dadurch den Zustand, an den der Herr Vorredner zuletzt appellierte, das heißt, daß die Gegner der Vorlage selbst die Hand dazu bieten, sie zustande zu bringen, einigermaßen uns näher bringen? Ich weiß nicht, ob ich mich in der Annahme nicht irre, daß der Arbitrageverkehr fast ausschließlich auf dem Handel in Wechseln beruht und viel weniger auf dem Handel mit Effekten und Waren. Wenn ich mich darin irre, so ist mein Auskunftsmittel allerdings nicht so wirksam und vielleicht nicht anwendbar, obschon ich mich auf Autoritäten, die mit der Börse vollständig vertraut sind, berufen kann. Im Staatsrat haben dieselben ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Fähigkeit des Arbitrierens der Börse im ausreichenden Maße gewahrt bleibe, wenn nur der Verkehr in Wechsel geringer verstempelt würde. Ein Herr schlug vor, daß, wenn ein Zehntel pro Mille für den gewöhnlichen Verkehr genommen würde, ein Vierzigstel pro Mille für Wechsel, um die Arbitrage zu schonen, genommen würde. Also ganz in dem Sinne, wie Herr v. Wedell vorher sagte: Die Arbitrage kann irgendwelche Besteuerung vertragen. Das kann sie auch; ich frage mich nur: Ist dieses Hauptargument der Gegner des Prozentsatzes, die Arbitrage, damit aus dem Felde gerückt, daß man den Wechselverkehr geringer und so gering besteuert, daß selbst der geringe Profit, der an der Arbitrage ist, darunter seine Anziehungskraft nicht verliert?

Wenn ich hierbei im Irrtum bin — das wird mir die künftige Diskussion ja zeigen — so ist dieses von mir gedachte Auskunftsmittel nicht anwendbar.

An meinem anderen Bedenken, den Schutz der Landwirtschaft betreffend, aber würde ich unbedingt festhalten müssen.

93. Sitzung des Deutschen Reichstags.

5. Mai 1885.

Abg. Bamberger wendet sich in langer Rede gegen jede, die nationale Wirtschaft schwer schädigende Börsensteuer. Nach Reden der Abg. v. Helldorf und Meyer-Halle, erhält der Sozialdemokrat Kayser das Wort. Er bezeichnet des Kanzlers Rede als eine Fortsetzung der Rede über die „Züchtung von Millionären"; an der Börse rufe man Hosiannah und fürchte ein Börsensteuergesetz nicht mehr. Bismarck habe mit seinen Ausführungen auf der Rechten an Popularität nicht gewonnen, auf der Linken ebensowenig. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Vorredner hat einem Irrtum einen unzweideutigen Ausdruck gegeben, der mir schon gestern in der Sitzung beim Beginn der Rede, die auf die meinige folgte, entgegengetreten ist und noch mehr in einzelnen Preßorganen, die ich gesehen habe, dem Irrtum nämlich, als hätte in meinen gestrigen Äußerungen ein Regierungsprogramm gelegen, welches dem Zustandekommen einer Börsensteuer irgendwie nachteilig wäre oder entgegenstände. Der Herr Vorredner hat verbo tenus gesagt, er sei seit gestern gewiß, daß diese Steuer nicht zur Durchführung gelangen werde. Ja, dann muß er seine Gewißheit darüber doch anderswoher genommen haben als aus meiner Rede. Ich kann ihm versichern, daß ich nicht den mindesten Zweifel habe, daß die Sache zur Durchführung kommt (hört! hört! rechts) und daß ich in dieser Zuversicht sehr bestärkt worden bin durch die Zusage des Beistandes des Herrn Vorredners und seiner Parteigenossen (Heiterkeit); das sind schon, glaube ich, ein Viertelhundert Stimmen mehr, auf die diese Vorlage zählen kann, und auf die ich kaum gerechnet hätte. Ich glaubte, die Gesinnungsgenossen des Herrn Vorredners würden aus anderen Gründen anders stimmen; ich freue mich, sie hier auf der Seite der Auffassung zu finden, die ich selbst vertrete und die von meinen politischen Freunden vertreten wird.

Wenn der Herr Vorredner behauptet hat, durch meine gestrigen Äußerungen hätte ich an Popularität nicht gewonnen, so ist das ja recht beruhigend für mich. Popularität hat für mich immer etwas Unbehagliches. (Heiterkeit rechts.) Daß ich auf der Rechten dadurch verloren hätte, das glaube ich nicht; daß ich auf der Linken nicht an Popularität gewonnen habe, ist mir außerordentlich erfreulich. (Heiterkeit rechts.) Ich würde sehr nachdenklich werden, was ich wohl dem Lande Schädliches beabsichtigt oder unbeabsichtigt herbeigeführt haben könnte, wenn ich dort (nach links) an Popularität gewonnen hätte. (Bravo! rechts.) Der Herr Vorredner kann wohl sicher sein, daß ich danach nicht strebe, wie ich denn überhaupt nach Popularität in meinem ganzen Leben nie einen Pfifferling gestrebt habe. (Bravo! rechts.)

Ich bin bei wohlwollenderen Beurteilern, als im allgemeinen der Herr Vorredner nach meiner Einschätzung ist, dem Eindruck begegnet, — ich muß mich unvollkommen ausgedrückt haben, wofür ich meinen Gesundheitszustand bitte als Entschuldigung geltend machen zu dürfen — als ob ich gestern die Meinung hier hätte erwecken wollen, daß ich der Situation

eine andere Wendung zu geben wünschte, als ob diese Beratung nur informatorischer Natur wäre, um aufklärend vorzubereiten auf eine künftige Regierungsvorlage. Meine Absicht war — und ich glaube, mich auch dahin ausgesprochen zu haben — daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte —, obschon in diesem Stadium die Mitwirkung der Regierung aus formellen und materiellen Gründen ja eine sehr beschränkte ist — daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte, die Vorlage, die der Reichstag diesmal dem Bundesrat machen wird, so einzurichten, daß möglichst wenig Hin- und Herschieben notwendig wäre, daß sofort mit Ja und hoffentlich mit Ja, nicht mit Nein — darauf werde geantwortet werden können. Wenn die Vorlage, die der Reichstag dem Bundesrat machen wird, nicht pure anzunehmen wäre, so würde eine Amendierung im Bundesrat stattfinden, die Vorlage würde zurückgehen, und wir würden zu einem Hin- und Herschieben kommen, was, wenn wir noch im Winter wären, nichts zu sagen hätte, aber in diesem Augenblicke, namentlich wenn das Wetter wieder besser werden sollte, als in den letzten Tagen (Heiterkeit.), doch manche Gemüter mit Unbehagen erfüllen würde, da die Sitzung sich ins Unbestimmte verlängern müßte. Nur zu diesem Zweck habe ich mitarbeiten wollen, und da ich im anderen Hause, wenn ich so sagen darf, doch meine Stimme abzugeben und im Namen der Regierung des Königs, meines Herrn, dort tätig zu sein habe, so äußerte ich gestern den Wunsch, daß einige Bedenken, die ich in mir selbst der Vorlage — so, wie sie ist — gegenüber nicht überwinden und nicht totmachen konnte, mir aufgeklärt oder widerlegt würden, oder daß ihnen Abhilfe gewährt werde.

Der Herr Vorredner hat aus meiner Rede nicht überall die wohltuenden oder die für mich erwünschten Konsequenzen gezogen, sondern einiges Gift. Er hat mich dargestellt als einen, der für Arbitrage und deren Vorteile und Gewinne eine große Begeisterung hätte. Ich habe mich widerstrebend überzeugt, daß die Arbitrage unter Umständen, namentlich so lange wir die reine Goldwährung haben, eine gewisse Nützlichkeit und manchmal ein Bedürfnis ist. Aber ich möchte, um auch den Herrn Vorredner darüber zu beruhigen, daß ich keinen übertriebenen Wert auf dieses Börsenhausmittel gegen Goldmangel lege, doch die Freunde der Arbitrage und die Gegner des Gesetzes davor warnen, daß sie den Begriff „Arbitrage“ oder die Fürsorge, das Interesse, welches für die Arbitrage vorhanden sein kann, nicht zu schwer belasten und nicht zu weit in ihren Forderungen dem Gesetz gegenüber zu Gunsten der Arbitrage gehen möchten. Ich glaube, ohne Unrecht zu tun, behaupten zu dürfen, daß — ich will nicht sagen, daß das Wort sich da einstellt, wo der Begriff fehlt — aber daß ein großer Teil von dem Gewicht, welches das Wort Arbitrage bei uns ausübt, von der Bedeutung, die wir ihm beilegen, das Gewicht, wie man zu sagen pflegt, des großen Unbekannten ist. Es wissen nicht alle, was sie sich darunter zu denken haben, und es wird von den Eingeweihten, von den eigentlichen Priestern der Börsengeheimnisse, ein Weihrauch um die Sache verbreitet, der ihre Bedeutung und ihr Schwergewicht einigermaßen verdunkelt. (Heiterkeit.) Deshalb möchte ich die Herren bitten, doch das Entgegenkommen, welches in meiner Empfehlung liegt, die Wechsel geringer zu besteuern, sie unter Umständen ganz herauszulassen, nicht so kühl zurückzuweisen und daraus nicht zu schließen, daß nun aus der ganzen Sache nichts werden würde und daß sie ad calendas graecas verschoben werden sollte. Das ist weder meine Überzeugung, noch auch die der verbündeten Regierungen, soweit sie mir bisher bekannt ist. Wir haben ernstlich die Absicht, noch in diesem Monat ein Gesetz mit Ihnen zusammen hierüber zu verabschieden (Bravo! rechts.); und damit wir

in die Lage kommen, ist es wichtig, daß die Hindernisse, die das Gesetz, um im Bundesrat angenommen zu werden, jetzt noch an sich tragen möchte, geglättet und beseitigt werden. Wenn eine wirksame Arbitrage nicht allein mit Wechseln gemacht zu werden pflegt, so glaube ich doch, daß es vorwiegend geschieht, und daß, wenn die Wechsel geringer verstempelt oder ganz freigelassen werden, das Geschäft der Arbitrage immerhin sehr wesentlich und in der Hauptsache erleichtert und minder geschädigt werden wird, als es sonst der Fall sein würde, und daß der Vorteil, der dann beim Arbitragieren übrigbleibt, immer noch anziehend genug sein wird, um diese Operation überall da eintreten zu lassen, wo sie zu einem öffentlichen Bedürfnis wird. Wenn sie das wird, so, bin ich überzeugt, muß auch mit ihrer Seltenheit ihr Wert und der Preis, der dafür bezahlt wird, insofern also auch das Benefizium, das dabei sein wird, sich steigern. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, den Herren Arbitrageurs weiter entgegenzukommen, als daß man die Wechsel differentiell behandelt, respektive ganz frei läßt.

Ich glaube auch nicht, daß die Andeutung zutreffend ist, die der Herr Abgeordnete Dr. Meyer machte, dessen klarer und sachkundiger Rede ich mit Vergnügen gefolgt bin, daß nämlich zur Arbitrage außer den Wechseln noch vieles andere notwendig sei, auch die Waren, als deren Schatten er die Wechsel bezeichnete. Das leuchtet mir doch nicht so ganz ein. Ich glaube, daß bei der Arbitrage hauptsächlich der Wechsel als Ware selbst tätig ist, daß die Ware, die er ursprünglich repräsentiert und die mit ihm bezahlt wird, zu der Zeit und während der Aktion der Arbitrage der Vergangenheit oder der Zukunft angehört und dabei noch nicht mit tätig ist. Der Herr Abgeordnete zieht da die Geschäfte, die den Zustand herbeigeführt haben, der eine Arbitrageoperation wünschenswert und einträglich macht, mit hinein in die Arbitrageoperation; sie gehören aber nicht mit dahin, sondern stehen nur im Kausalnexus dazu. (Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube deshalb, daß die Herren nicht gut tun, wenn die Majorität dieses Hauses auf meine Anregung eingehen sollte, oder wenn die Regierung sich dafür einsetzte, das Entgegenkommen, das ihnen durch die günstigere Behandlung der Wechsel angeboten wird, so geringschätzig von der Hand zu weisen und vielleicht daran die Hoffnung zu knüpfen, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Es würde doch immer nur vorübergehend nichts daraus werden; die Litispendenz der Sache würde dadurch nicht unterbrochen werden, und es ist sehr die Frage, ob es nicht der Börse dann mit den Vorschlägen eines künftigen Jahres ähnlich wie mit den sibyllinischen Büchern gehen könnte; nicht in Bezug auf die Höhe der drohenden Besteuerung — ich glaube, das hat die Börse lange nicht so empfindlich berührt, weil sie meiner Überzeugung nach die Last wird ganz oder zum größten Teil abwälzen können —, sondern in Bezug auf die andere Seite der Frage, in der ich mich mehr auf seiten der Börse stelle, in Bezug auf die Kontrollmaßregeln. Ich möchte sagen: Benutzen Sie, die Herren von der Börse, die Zeit, wo Sie noch die Mitwirkung und unter Umständen nicht unbedeutende Mitwirkung eines Reichskanzlers im Geschäft haben, der hierin ein mitfühlendes Herz für die Leiden, denen Sie entgegensehen, besitzt (Heiterkeit) und der Ihre Bücher zu schützen bereit ist. Ich glaube, daß darin ein viel unangenehmerer Zwang und ein viel größeres Übel von den meisten Herren der Börse gesehen werden wird und vielleicht auch wirklich liegt, wenn die Kontrolle eine Natur annimmt, vermöge deren ihr Büchergeheimnis nicht mehr gewahrt bleibt und ihre Buchführung unter eine Aufsicht gestellt wird, der man die Familiengeheimnisse und intimeren Geschäfte gern entzieht. Deshalb brauchen

sie noch nicht solche zu sein, die man vor der Öffentlichkeit zu verbergen hat; aber ich glaube, ich brauche den Herren, zu denen ich in diesem Augenblicke spreche, die von der Steuer wahrscheinlich getroffen werden oder die zu treffen, man beabsichtigt, das nicht näher zu beweisen, wie nützlich es ihnen ist, einen Verteidiger für ihre Interessen in Bezug auf eine zu weit getriebene Kontrolle zu haben, die von dem Grundsatz ausgeht, daß jeder Steuerpflichtige an sich ein unehrlicher Mensch ist, und daß man der Mehrzahl der Menschen zutrauen darf, daß sie für Geld überhaupt amtlich und schriftlich lügen werden. Das ist ein Irrtum, in dem die meisten Steuerverwaltungen befangen sind, und den ich nicht teile. Ich habe, weil ich ihn nicht teile, seit Jahren für die Selbsteinschätzung der Einkommensteuer gestimmt und glaube, daß wir damit finanziell sehr gute Geschäfte machen würden. (Hört, hört! links.) Ich gehe dabei immer von dem Grundsatze aus: Schon der Schmuggel gilt heutzutage nicht mehr für so anständig wie noch vor einigen Jahrzehnten — selbst bei Damen nicht mehr (Große Heiterkeit) — die Neigung, direkt und offenbar zu lügen auf die Frage: Haben Sie etwas Steuerpflichtiges bei sich? Es gibt immer weniger Leute heute als ehemals, die dazu geneigt sind, vor Zeugen Nein zu sagen, wenn sie nachher überführt werden können, daß es Ja ist. Ich glaube, daß überhaupt die Zahl der Steuerpflichtigen, die fähig sind, aus Geldinteressen wissentlich zu lügen, so groß nicht ist, als die Finanzminister es häufig anzunehmen geneigt sind. (Bewegung.)

Also ich bin im Stempelgeschäft für keine andere Kontrolle als für diejenige, die bei unseren Stempeln bisher üblich ist, oder für irgendeine, die das Eindringen in das kaufmännische Buchgeheimnis nicht zu einer alltäglichen Pflicht macht, sondern die Berechtigung dazu den exzeptionellen Fällen reserviert, denen sie heute gesetzlich bereits zur Seite steht. Es mag dadurch mancher Stempel unter Umständen verloren gehen; aber ich glaube: die Übel, die mit der Offenlegung der Bücher, anfangs vielleicht in geringem Maße, schließlich vor jedem Beamten, der es der Mühe wert findet, verbunden sind, sind größer als der mäßige finanzielle Verlust der defraudierten Stempel, die dadurch gespart werden könnten. Ich will nicht sagen, daß man statt der doppelten Buchführung vielleicht zu einer Vervierfachung auf diesem Wege gelangen könnte, indem man neben den wirklichen Büchern noch andere führte, Geheimbücher.

Kurz und gut, ich kann den Herren, die von diesem Stempel bedroht sind, in Bezug auf die Kontrolle meine Bundesgenossenschaft, so weit sie reicht, einigermaßen in Aussicht stellen, in Bezug auf Prozentsätze und auf Verschiebung der Steuer aber nicht, und ich bitte Sie, meine Herren, die Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung benutzen zu wollen, damit die einander gegenüberstehenden Parteien, die wirklich beiderseits das Gute und das Beste des Staates wollen, sich verständigen können, soweit es zwischen ihnen möglich sein wird, damit die Hoffnungen, die auf einen passiven Widerstand der Regierung gegründet sein könnten, das Feld räumen und die etwaigen Zweifel an dem guten Willen der Regierung ebenfalls verschwinden. Ich möchte nur wünschen, daß die Herren sich so weit näher kommen, daß eine möglichst starke Majorität mit einheitlichen Anträgen demnächst dem Bundesrat die Vorlage machen wird, über die er alsdann zu beschließen haben wird. Eine eifrige Beteiligung bei der Fertigstellung dieser Vorlage im jetzigen Stadium, wie der Herr Vorredner sie zu wünschen schien, kann ebensowenig von dem Bundesrat verlangt werden, wie es von den Herren Abgeordneten verlangt werden kann, daß sie sich bei den Vorbereitungen einer Regierungsvorlage in ihrem amtlichen Charakter als Abgeordnete

und nomine des Reichstages beteiligen und mitwirken sollten. Es sind ja eben zwei gesetzgebende Körper, aus deren Übereinstimmung die Gesetze hervorgehen, die jeder für sich arbeiten müssen und von denen jeder seine Initiative allein durchzuführen hat. Ich bin in keiner Weise ein Gegner der Reichstags- und parlamentarischen Initiative überhaupt; im Gegenteil, ich freue mich, so oft in ernster und ehrlicher Absicht von ihr Gebrauch gemacht wird, weil sie ja dazu beiträgt, den Stoff viel gründlicher zu klären und die öffentliche Meinung durch die Diskussion vor Eingriff der Regierung unbefangen zu belehren. Bei einer Regierungsvorlage ist doch für viele, die darüber urteilen, schon der Ursprung ein unerfreulicher, der eine gewisse feindliche Stimmung dagegen rege macht, weil sie von der Regierung, oder weil sie gerade von dieser Regierung kommt. Es ist dem unabhängigen, freiheitsliebenden Deutschen, namentlich demjenigen, der so die Erinnerungen der dreißiger und vierziger Jahre noch an sich hat, überhaupt beinahe ehrenrührig, mit der Regierung gleicher Meinung zu sein und etwas, was von der Regierung kommt, ohne weiteres als richtig und vernünftig anzunehmen. (Heiterkeit rechts.) Die Unzufriedenheit mit der Regierung und deren Polizei und die Verdienstlichkeit des — ich will nicht sagen Schimpfens — aber des scharfen Kritisierens der Regierung ist uns aus jenen Jahren noch zu naheliegend und überkommen, und wenn ich nicht selbst zur Regierung gehörte, dann würde ich, ich bin überzeugt, in dies nationale Laster auch verfallen. (Große Heiterkeit.) Also dieser Klippe entgeht eine Vorlage aus der Mitte der Versammlung vollständig, diesem Odium, von der Regierung abzustammen. Außerdem wird sie bekannter und verliert manches von ihren auf den ersten Anblick scheinbar unerfreulichen Eigenschaften durch das Durchsprechen; es wird dadurch einem Mangel abgeholfen, den ich bei den Regierungsvorlagen sehr häufig schon empfunden habe.

Gerade so, wie vorsichtige Familienväter den Grundsatz haben, den Wein, den sie im nächsten Jahre trinken wollen, schon im Jahre vorher in den Keller zu legen, so wäre es, glaube ich, auch bei den Gesetzen nützlich, wenn man diejenigen, die man im Jahre 1886 einbringen will, im Jahre 1885 schon publici juris machen und drucken ließe, so daß sie allgemein und allseitig durchgesprochen und durchdiskutiert werden könnten. Ich habe immer wenigstens eine gewisse Furcht davor, wenn ich mit einem Gesetze, das ganz neue Zustände behandelt und das in der öffentlichen Meinung noch gar nicht durchgesprochen und breitgetreten ist, plötzlich vor das Parlament treten soll — mit einem Gesetz, das vielleicht niemand erwartet. Ein Gesetz über eine Materie, die breit durchgesprochen ist, die jedermann erwartet hat, bringt sich viel leichter an und man kommt darüber leichter zu einer Verständigung. Deshalb, meine Herren, hoffe ich, daß wir auch über dieses Gesetz zu einer Verständigung kommen werden, die keinen von beiden Teilen ganz unzufrieden lassen wird. (Lebhaftes Bravo!)

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage mit einigen Änderungen mit 214 gegen 41 Stimmen angenommen.

97. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. Mai 1885.

Am 16. Januar 1885 hatte der Reichstag beschlossen, sämtliche Anträge über Arbeiterschutz einer Kommission zu überweisen. Diese, aus 28 Mitgliedern bestehend, beriet das ganze Material in Gegenwart von Regierungsvertretern, wie Geheimrat Lohmann und Landrat

Bartels, in 19 Sitzungen. Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage der gesetzlichen Sonntagsruhe. Die Wirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Abgrenzung der betroffenen Klassen, der Einfluß auf das Familienleben, die Berechtigung des Staates auf Eingriffe in das Erwerbsleben des Einzelnen, die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wurden eingehend erörtert. Schließlich entschied sich die Kommission für einen Gesetzentwurf, nach welchem alle Sonntagsarbeit zu verbieten sei; nur in dringenden Fällen sollte Arbeit auf Bestimmung des Bundesrats, der Landesregierungen und der Ortspolizei zugelassen werden. Am 9. Mai steht dieser Entwurf zur Debatte, vermehrt um einen Antrag Buhl, Erhebungen vorzunehmen über die Möglichkeit, Sonntagsarbeit zu verbieten, Jugendliche zwischen 12 und 14 Jahren von der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben auszuschließen, ferner ob Arbeitszeit von Frauen beschränkt und Nachtarbeit verboten werden kann und ob eine Maximalarbeitszeit für Männer in gewerblichen Betrieben geboten erscheint. Nach der Einführungsrede des Abg. Dr. Scheffer und der abfälligen Beurteilung durch den Sozialdemokraten Rödiger, verteidigt Abg. Lieber (J.) aufs wärmste die Vorlage, indem er sich auch gegen die früher geäußerten Bedenken Bismarcks wegen Herabsetzung der deutschen Konkurrenzfähigkeit wendet, unter Berufung auf das Beispiel Englands. Nach weiteren Reden der Abg. Ackermann, Buhl und Nobbe, nimmt Fürst Bismarck das Wort:[1]

Ich glaube, wenn dieser Gesetzentwurf vor einigen Monaten in dieses Haus eingebracht worden wäre, und man hätte die Möglichkeit gehabt, ihn reichlich zu erwägen und zu diskutieren und auf einen etwaigen Beschluß des Bundesrats vielleicht nochmals zu diskutieren — ich glaube, daß man auch dann zu der Überzeugung gekommen wäre, daß in dieser Frage eine weitere Ermittlung der Tatsachen notwendig ist. Eine Enquete, wie sie hier beantragt ist, wird unentbehrlich sein, wenn mit Aussicht auf wirklich praktischen Erfolg dieser Sache näher getreten werden soll. So wie die Sache hier augenblicklich liegt, kann ich kaum annehmen, daß die Herren Antragsteller an einen praktischen Erfolg auf der Basis dieser Anregung ihrerseits wirklich glauben sollten. Wenn ein solcher aber nicht eintritt, wenn die verbündeten Regierungen, der Bundesrat, auf Ihre Vorlage demnächst einen Beschluß faßt: entweder er halte heute angebrachtermaßen dieses Gesetz so nicht für annehmbar, es müsse eine Enquete veranstaltet werden — so ist für die öffentliche Meinung die Verteilung des Eindrucks ziemlich ungleich. Diejenigen Herren, die den Antrag gestellt haben, werden ja bei den Wahlen und sonst im Lande den Eindruck auf den Arbeiter machen, als wenn sie wirklich eine ernste Verbesserung für ihn nicht nur erstrebt, sondern auch erreichbar vor sich gesehen hätten, so daß nur die Hand hätte ausgestreckt zu werden brauchen, um sie zu ergreifen. „Hätte sich bei den verbündeten Regierungen das gleiche Interesse für den Arbeiter gefunden, dann würden wir jetzt diese Frage erledigt haben" — so ungefähr, denke ich mir, wird der Eindruck sein. Für die Herren Antragsteller kann derselbe unter Umständen ein willkommener sein — für die Regierung ist er nicht annehmbar, und deshalb muß ich mich gegen die Stellung verwahren, die hierbei dem Bundesrat und den verbündeten Regierungen zugemutet wird.

Die Herren Antragsteller stellen sich gewissermaßen dazu, wie, was im Französischen le bon prince genannt wird. Ich habe Fürsten der Art gekannt, die der Überzeugung waren: ihre Untertanen in der Weise glücklich zu machen, daß alles im befriedigenden Geleise bliebe und nichts gestört werde; das hinge nur von dem Willen des regierenden Herrn ab; wenn der vorhanden wäre, dann müsse das von selber gehen; wie das zu machen sei, sei die Sache der Schreiber von Ministern und Räten, die das zu besorgen hätten; darüber brauche sich ein hoher Herr den Kopf nicht zu zerbrechen, es genüge sein Wollen.

---

[1] Vgl. zu diesen Problemen die Schrift von H. Rotfels: Lohmann und die Kampfjahre der deutschen Sozialpolitik (1926) und zur Übersicht über alle diese Probleme das bekannte Werk von H. Herkner: Die Arbeiterfrage (2 Bde.).

Die Rolle dieses hohen Herrn, dünkt mich, übernehmen die Herren Antragsteller einigermaßen. Wenn, wie ich höre, der Herr Abgeordnete Lieber gesagt hat, ich hätte früher den Vorwurf — ich weiß nicht, wem — gemacht, daß nichts Positives zustande gebracht sei, nun sei hier ein Gesetz, und das sei fertig, so muß ich doch diese Bezeichnung der Vorlage als eines wirklichen Gesetzes als eine sehr schmeichelhafte charakterisieren (Heiterkeit), die die Vorlage nicht verdient. Ich sehe in ihr höchstens den Rahmen zu einem Gesetz; die Ausfüllung dieses Rahmens soll der Bundesrat besorgen (Sehr richtig! rechts); ich sehe darin eine Vollmacht für den Bundesrat seinerseits. Das eigentliche Ingrediens im Gesetze fehlt gänzlich; Sie sind darüber, wie man sagt, mit einem Triller hinweggegangen, mit der Hinweisung auf den Bundesrat: — Das Nähere bestimmt das Gesetz, heißt es in der Verfassung; hier heißt es: Das Nähere bestimmt der Bundesrat. Das ist für den Bundesrat nicht annehmbar, da ist seine Rolle zu nachteilig dabei. Es sieht so aus, als hätten Sie gewußt, wie der Bundesrat die Sache nachher zu machen habe, und nur der Bundesrat wisse es entweder nicht oder wolle wider besseres Wissen dem Arbeiter nicht zur Sonntagsruhe, die jeder ihm ja von Herzen gönnen wird, verhelfen. Die Ausfüllung des Rahmens ist das Wesentliche. Das Gemälde, die Anfertigung desselben überlassen Sie teils dem Bundesrat, teils in dringenden Fällen sogar der Ortspolizeibehörde; auf die bürden Sie Ihre legislatorischen Aufgaben ab. (Heiterkeit.) Es wäre das für die Polizeibehörde, über deren Übergewicht man so häufig klagt, und auch für die Regierung, für den Bundesrat, wenn sie wirklich so herrschsüchtig wären, wie man glaubt, unter Umständen eine außerordentlich nützliche Pressionsmethode. Zum Beispiel: Sie sind wegen der Unabhängigkeit der Wahlen immer so sehr in Sorge. Wenn nun irgendwo ein fortschrittlicher Fabrikherr nicht nach dem Sinn der Ortspolizeibehörde mit seinen Arbeitern stimmte, so hätte hier die Ortspolizeibehörde eine ganz hübsche Handhabe, dem Herrn die Nachteile seiner politischen Überzeugung begreiflich zu machen; oder der Bundesrat, wenn er findet, daß man seinen Wünschen nicht hinreichend entgegenkommt, könnte unter Umständen eine Pression ausüben — nicht der jetzige, aber die Personen wechseln, es kann einmal eine andere Schattierung an das Ruder kommen; dann wird man alle die Mittel, die es in der Welt gibt, um auf die Wahlen Einfluß und einen Druck auf die Beamten auszuüben, sehr viel schärfer anwenden, als wir es heute tun. (Heiterkeit links.) Dann wird das auch für Sie nützlich sein; für uns Jetzige — wir sind zu schüchtern, um von dergleichen Gebrauch zu machen (große Heiterkeit), und ich ziehe vor, es gar nicht zu besitzen; denn es könnte ein ungeschickter Gebrauch davon gemacht werden, wie das ja nicht selten vorkommt. Aber darum handelt es sich gar nicht. Ich wollte die Verantwortlichkeit unter Umständen wohl noch übernehmen, wenn die Sache überhaupt lösbar wäre. Die Antragsteller gehen über alle die schwierigen Fragen, die sich aufdrängen, mit einem „Vielleicht" hinweg, mit der Voraussetzung, daß, wenn man sich nur in der Sache etwas mehr anstrengen wollte, man auch ein besseres Resultat in kürzerer Zeit erringen werde.

Die große Frage, die sich einem zuerst aufdrängt: Ist dem Arbeiter überhaupt mit dieser zwangsweisen Sonntagsfeier gedient unter polizeilicher Aufsicht? — die könnte durch eine Enquete gelöst werden. Wenn man nun die Arbeiter darüber abstimmen ließe: „Wollt Ihr, daß bei Strafe verboten wird, Sonntags zu arbeiten?" so werden sie die Frage, ob sie ihrerseits bereit sind, 14 Prozent ihres Jahreslohns zu verlieren, ganz bestimmt verneinen,

in denjenigen Betrieben, in denen bisher nach dem Zwange der Natur des Geschäfts die Sonntagsarbeit bedauerlicherweise stattfindet.

Sie haben hier schon in der Vorlage selbst eine Anzahl solcher Betriebe angeführt, in denen es nicht möglich ist, an einem einzelnen Tag die Arbeit zu unterbrechen. Es gibt ja deren noch unzählige andere, und zwar unter den allergewöhnlichsten Betrieben. Nehmen wir zum Beispiel Brennereien und Brauereien. Wenn am Sonntage nicht gemaischt werden darf, hat das Vieh am Mittwoch nichts zu fressen; wenn am Sonntag nicht gebrannt werden darf, kann am Donnerstag nicht gemaischt werden, und kann am Sonntag das Vieh auch nicht fressen. Das ist also schon eine notwendige Ausnahme, die für viele Betriebe zutrifft. Es gibt aber noch andere technische und sonstige Verarbeitungsprozesse, bei denen das Erkalten der Feuer, das Austrocknen oder Säuern der Unterlagen des Betriebs notwendig eintritt, sobald einen Tag pausiert wird, die sich nicht am Sonnabend abschließen und am Montag wieder neu beginnen lassen. Kurz, das Feld der Ausnahmen, die da gemacht werden können, ist unbegrenzt.

Aber überall da, wo eine solche Ausnahme nicht eintritt, wird zunächst für mich die dringlichste Frage die sein, ob der Arbeiter bereit ist, 14 Prozent seines Lohnes zu entbehren. Sie nehmen an, daß der Unternehmer diese 14 Prozent an Sonntagslohn, vielleicht in einer Verteilung von je einem Sechstel auf die übrigen Wochentage, zahlen kann, so daß also eine Lohnsteigerung eintreten muß, um den Arbeiter für das ausfallende Siebentel seines Lohnes zu entschädigen. Meine Herren, sind Sie ganz sicher, daß der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber diesen Wechsel einlösen kann, daß der Arbeiter wirklich seinen Lohn nicht verlieren wird? Ich bin nicht ganz gewiß, daß das eintreten wird; ich fürchte, daß der knappe Lohn des Arbeiters auf diese Weise, wenn auch nicht um ein Sechstel, so doch vielleicht um ein Zehntel benagt werden wird, und daß er den Verlust in irgendeiner Weise wird teilen müssen. Wenn derselbe wirklich 14 Prozent direkt beträgt, so sind das bei einem Jahreslohn — ich will es sehr niedrig nehmen: 600 Mark, 200 Taler — immer 72 Mark; auf den Monat 6 Mark. Würden Sie bereit sein, dem Arbeiter einen solchen Abzug mit seiner Zustimmung aufzulegen? Ich glaube kaum. Aber jedenfalls wider seine Zustimmung halte ich es für ein gewalttätiges Experiment, ihn auf einen unbestimmten Kampf mit seinem Arbeitgeber anzuweisen, ob er das Siebentel verloren gehenden Lohnes sich wieder erobern kann oder nicht.

Es scheint mir das Verfahren, das von den Herren Antragstellern eingeschlagen wird und das sie legislatorisch nennen, ein rein empirisches zu sein; sie schieben den Regierungen die Verantwortung dafür zu, wie der Versuch der Empirie ausfallen wird. Zeigt sich, daß es nicht geht, dann heißt es von den Antragstellern: Ja, wir haben den besten Willen gehabt, den Arbeitern zu helfen, wir verstehen die Sachen so genau nicht. Aber wenn die Regierung so etwas unterschreibt, so muß sie wissen, was sie tut. Es wäre Ihnen vielleicht ebenso lieb, wenn die Regierung nichts tut, sondern haltmacht in dem Stadium, wo Sie an das Tor der Regierung pochen mit einer Forderung für die Arbeiter, die sehr befriedigend klingt, wenn die Regierung die Achsel zuckt und sagt: Wir bedauern — wir übersehen nicht, wohin das führen kann. Schneidet die Sache da ab, dann stehen Sie glänzend da, dann sind Sie, was man sagt, schön 'raus (Heiterkeit) gegenüber der Regierung und können den Arbeitern sagen: Hier ist das Gesetz — wie es der Herr Abgeordnete Lieber nennt — das könnte helfen, wenn die Regierung unterschrieben hätte,

aber die Regierung hat kein Herz für den Arbeiter, die kümmert sich um den Arbeiter nicht, wir tun, was wir können, aber die Regierungen folgen uns auf dem Wege nicht.

Meine Herren, wir können ja nicht hindern, daß Sie Ihrerseits die Attitude annehmen, als ob das so wäre; aber Sie können sich nicht wundern, wenn die Regierungen und ich in ihrem Namen uns etwas dagegen wehren, auf diese Weise an die Wand gemalt zu werden, als ob wir etwas leicht Mögliches hinderten. Ich bestreite, daß es leicht möglich ist und so ohne weiteres ins Werk gesetzt werden könnte.

Wenn die Industrie wirklich den ganzen Ausfall übernehmen würde, was sie, bin ich überzeugt, nicht wird tun wollen — aber wenn sie es täte, so wäre mir doch fraglich, ob sie bei einem Siebentel Abzug exportfähig bliebe. — Ja, meine Herren, nehmen Sie eine Industrie, die einen Umsatz von 70 000 Mark oder von 700 000 Mark hat — ich bleibe bei der Ziffer stehen, des leichteren Divisors wegen —; wenn Sie der einen Ausfall von 10 000 Mark jährlich zumuten, der anderen einen von 100 000 Mark, sind Sie sicher, daß sie dann in demselben Maße exportfähig bleibt? Es müßte eine schön rentierende Sache sein, die einen solchen Ausfall ohne weiteres tragen kann! Hört die Industrie, um die es sich handelt, auf, exportfähig zu sein, ja, dann ist der Arbeiter wiederum der Gestrafte — schließlich heißt es: plectuntur Achivi —; die Industrie, die geschädigt wird, stellt entweder ihren Betrieb ein, und eine Menge Leute muß sieben Sonntage in der Woche machen, oder die Industrie geht ganz ein; in manchen Fällen wird dies geschehen, und der Arbeiter weiß dann nicht, an wen er sich halten soll dafür, daß er brotlos geworden ist und daß die Industrie, von der er lebte, eingegangen ist. Ich habe hier eine sehr schöne und tröstliche Redensart über die höheren Güter, die man nicht aufs Spiel setzen müsse — um gemeinen Gewinnes willen — in dem Kommissionsbericht gefunden. Es heißt da:

> Endlich sei zu erwägen, daß bei Einhaltung wöchentlicher Arbeitspausen in den häufigsten Fällen die von ausgeruhten Leuten hergestellten Arbeitsprodukte qualitativ, ja sogar zuweilen quantitativ gewönnen.

Woraus wollen Sie das schließen, meine Herren? Die Leute arbeiten so viel, wie sie können und mögen, nach ihren Kräften. Wenn sie nun am Sonntag ausgeruht haben werden, so sind sie am Montag gewiß arbeitsfähiger. Wenn sie aber den Sonntag ihren Vergnügungen gewidmet haben, dann wird der Montag blau (Heiterkeit), und am Montag ist die Arbeitskraft noch geringer. Darüber können Sie den Leuten keinen Zwang auferlegen, wie sie den Sonntag zubringen sollen.

Weiter sagt der Bericht:

> Auch könnten materielle Verluste nicht in Frage kommen, wenn es sich um die höchsten Güter eines Volkes, seine geistige und körperliche Gesundheit, handle.

Ja, wenn aber dabei die Mittel zum Leben verloren gehen und geringer werden, und der Arbeitslohn ausfällt, was helfen dem Volke dann die höchsten Güter, wenn es Hunger leiden muß? (Hört! hört! links.) Meine Herren, ich will dafür die Verantwortung nicht übernehmen, so etwas ohne weiteres, wie es heute liegt, dicht vor Schluß des Reichstags, wo ein Hin- und Herverhandeln zwischen den beiden gesetzgeberischen Körperschaften so gut wie ausgeschlossen ist, in die Welt zu schicken. Der Sache näher zu treten durch Enquete, durch Ermittelung, dafür bin ich sehr dankbar; Sie scheinen offenbar vorauszusetzen, daß die Regierung über das, was zu tun ist, um diese Zirkelquadratur zu erreichen, gelehrter und informierter sei, mehr wisse als Sie selbst. Darin irren Sie sich. Wir wissen das auch

nicht besser als Sie. Wenn Sie es gewußt hätten, so hätten Sie die Unterscheidung selbst gemacht und hätten den Rahmen, den Sie dem Bundesrat hingeworfen haben, selbst ausgefüllt. Aber Sie überschätzen uns in unserem Wissen. Wir bedürfen auch der Belehrung darüber und sind sehr bereit, auf die Enquete einzugehen. Dann ist der Arbeitgeber sowohl, wie namentlich der Arbeiter zu hören — deren Stimme ist mir bei weitem am wichtigsten — ob die diesen Zwang wollen, ob ihnen damit gedient ist, und ob etwas mehr erreicht wird als ein neues Agitationsmittel allen denjenigen Arbeitern gegenüber, die am Sonntag anstatt bei Musik und schönem Wetter im Freien zu sein, genötigt sind, hinter den dumpfen und feuchten Fabrikmauern zu arbeiten. Ein beklagenswertes Schicksal! Aber gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Unterlage der Existenz, dem Hunger möglicherweise gegenübergestellt zu werden, um ein Sonntagsvergnügen erreichen zu können — dazu, meine Herren, werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informiert sind — möge die Enquete gründlich sein — und ehe sie nicht namentlich die Stimmung der Arbeiter in den weitesten Kreisen über dieses Gesetz sondiert haben werden. (Lebhaftes Bravo! auf beiden Seiten des Hauses.)

Abg. v. Kleist-Retzow[2] bestreitet, daß die Antragsteller Wahlmanöver betrieben und daß sie Popularitätssucht leite. Er tritt aus religiösen Gründen für die Sonntagsruhe ein, deren Segen in England und Amerika sichtbar sei. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Abgeordnete hat zunächst damit begonnen, zu beteuern, daß seinerseits eine Einwirkung auf Wahlen und ein Haschen nach Popularität mit diesem Antrage nicht verbunden gewesen sei. Ich würde das ohne seine Versicherung geglaubt haben. Ich erinnere mich auch nicht, gesagt zu haben, daß diese Berechnung dem Antrage zum Grunde liege. Ich glaube nur die tatsächliche Wirkung des Antrages dargestellt zu haben, vermöge deren die Antragsteller in einem besseren Lichte vor den Arbeitern erscheinen als der Bundesrat, und habe gesagt, daß der Bundesrat dabei in einer Zwangslage sich befindet, aus der heraus er die Sache nicht lösen kann. Das hat der Herr Vorredner selbst zugegeben. Er nimmt an, daß der Bundesrat seinerseits eine Art Enquete anstellen werde. Ob ihm dazu die Mittel ohne einen Beschluß dieses Hauses zu Gebote stehen, das will ich hier nicht entscheiden.

Der Herr Vorredner hat gesagt: Der Bundesrat wird das nicht gleich unterschreiben — er wird es liegen lassen, er wird sich erkundigen: Wie liegt die Sache? Nun, ohne Erkundigungen, die Geld kosten, werden wir auch nicht mehr darüber lernen, als wir bisher wissen, und wird namentlich das, was wir erfahren, nicht in dem Maße publici juris sein. Wenn wir so, wie die Enqueten in anderen Ländern sind, in verschiedenen Gegenden Hunderte von Arbeitern, jeden einzelnen ohne Rücksichten auf den anderen, darüber wollen vernehmen lassen, wie sie sich die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe denken, so müssen wir eine Geldbewilligung haben; die haben wir bis jetzt nicht. Also schien mir der Herr Vorredner selbst vor der Möglichkeit, daß der Bundesrat dieses, wie ich glaube, unfertige Elaborat ohne weiteres sich aneignen und unterschreiben könnte, zurückzuschrecken.

Ich kann dem Herrn Abgeordneten außerdem nur das Zeugnis geben, daß er mit der sehr großen Beredsamkeit, die ihm seine christliche Überzeugung einflößt, von neuem für die Heiligung des Sonntags und für die Freiheit des Sonntags von Arbeit, für die Sonntags-

[2] Über Kleists Kampf für die Sonntagsruhe vergl. H. v. Petersdorff: Kleist-Retzow, S. 499 ff.

ruhe alles gesagt hat, was sich dafür sagen läßt. Aber über die Art, wie die Schwierigkeiten, die der praktischen Ausführung seiner Wünsche entgegenstehen, zu überwinden seien, darüber hat er uns nicht um ein Haar breit klüger gemacht, als wir vorher waren. Er hat auch nicht versucht, darüber eine Andeutung zu machen; er hat auch seinerseits keine Erfahrung zur Verfügung, die anderen eine Beruhigung über die wahrscheinliche praktische Wirkung eines solchen Gesetzes gewähren könnte. Diese Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, den Sonntag für die Arbeit absolut und zwangsweise zu entbehren, sind ja ganz genau dieselben, als der Festsetzung eines annehmbaren und nicht allzu ermüdenden mäßigen Arbeitstages im Wege stehen. Finden Sie das Geheimnis mit dem Sonntag, dann werden wir auch das mit dem Arbeitstag finden, daß wir, ohne die Industrie und ohne den Arbeiter selbst durch Schwächung der Industrie, von der er lebt, zu schädigen, auch den Arbeitstag limitieren können in der Weise, wie es in viel weiteren Kreisen unter den Arbeitern selbst wenigstens gewünscht wird.

Der Herr Vorredner sagt, das Wichtigste von allem, was für den Arbeiter geschehen könne, sei die Sonntagsruhe. Ich halte das für sehr wichtig, für in hohem Grade wünschenswert, für ein glänzendes Ziel, wenn man es erreichen kann. Aber ich halte die billig und schonend bemessene Dauer des Arbeitstages doch noch für viel wichtiger. Fragen Sie den Arbeiter, was er lieber will: ob er lieber Sonntagsruhe haben will auf die Gefahr hin, an den übrigen sechs Wochentagen das einarbeiten zu müssen, was er am Sonntag nicht gemacht hat, oder ob er lieber einen festen, mäßigen Arbeitstag wünscht, so daß er an jedem der sechs Wochentage sein Sechstel Sonntag mit eingeschoben bekommt. Ich glaube, daß diese Zerstückelung des Sonntags auf die übrigen Wochentage — wobei ich von der konfessionellen, christlichen Seite der Sache ganz absehe — für das Behagen des Arbeiters durch die Kürzung des Arbeitstages im Vergleich mit dessen stellenweis übermäßiger Länge sehr viel wertvoller noch sein würde als die zwangsweise Freiheit am Sonntag in denjenigen Branchen und Geschäften, die nicht überhaupt am Sonntag feiern. Es sind doch, glaube ich, nur die Minderheit der Geschäfte, die ihrer Natur nach Sonntag und Werktag arbeiten; die meisten feiern schon jetzt; es ist also nur ein Teil der Arbeiter, um den es sich handelt.

Der Herr Vorredner sagt, in England und Amerika fände diese Sonntagsruhe statt, und dennoch, vermöge des göttlichen Segens, der sich an diese Ruhe knüpfe, wären diese Länder industriell überlegen. Ich glaube, er irrt sich in den tatsächlichen Gründen dieser Überlegenheit; ich glaube, daß dieselben in anderem, in der Beschaffenheit der Länder liegen. England würde uns nicht in dem Maße überlegen sein, wenn bei ihm nicht Kohle und Eisen dicht nebeneinander lägen, und wenn es nicht einen Kulturvorsprung von mehreren Jahrhunderten vor uns gehabt hätte. Wir können aus vielen Zeugnissen ermessen, daß schon zur Zeit Shakespeares, also vor ziemlich dreihundert Jahren, in England eine Wohlhabenheit, ein Kulturzustand und ein Maß von belletristischer Bildung herrschte, von dem wir zu gleicher Zeit in Deutschland weit entfernt waren. Wir sind in Deutschland außerdem durch den Dreißigjährigen Krieg mehr als irgendeine andere Nation zurückgeworfen worden, und ich kann dem Herrn Vorredner nicht zugeben, daß die Engländer im ganzen bessere Christen wären als die Deutschen. Ich glaube, daß namentlich auch die katholischen Mitunterzeichner des Antrags nicht zugeben würden, daß England uns in der Betätigung des Christentums irgendwie überlegen ist. Schon damit, daß ich diese Frage

stelle, die jeder sich in seinem Herzen beantworten möge, werde ich dem Herrn Vorredner beweisen, daß er die Wirkungen, die vorhanden sind, falschen Ursachen zuschreibt und den Ursachen Wirkungen, die sie nicht haben. Wenn in England die Sonntagsruhe nicht üblich wäre, wenn es dort bisher so gegangen wäre, wie bei uns heute — ob dann irgendeine Regierung stark genug wäre oder ein Parlament, um sie heute zu erzwingen, das ist mir sehr fraglich. Die Sitte tut darin viel mehr als der Zwang, und ich hoffe und wünsche, daß wir mit der Sitte so weit kommen, wie denn doch die Sitte bei uns darin schon sehr mächtig ist. Es ist für den Landwirt beispielsweise eine sehr große Versuchung, wenn in der Erntezeit bei beinahe trockenem Getreide Wolken am Himmel stehen, am Sonntag arbeiten und einfahren zu lassen; ja selbst die Arbeiter haben so viel Passion für das Geschäft, daß sie häufig dazu drängen. Aber ich kenne doch nur wenig größere Besitzer, die es gestatteten, oder die den Leuten — wenigstens in meiner Gegend — ihre Sonntagsruhe verderben, mag darüber die Ernte verregnen oder nicht. Man trägt es in Ruhe und stellt dem lieben Gott das Weitere anheim. Das zeigt, wie mächtig die Sitte darin ist. Ich muß sagen, ich habe von dem englischen Sonntag, wenn ich in England gewesen bin, immer einen peinlichen und unbehaglichen Eindruck gehabt (Sehr wahr!), ich bin froh gewesen, wenn er vorbei war; ob es den Engländern auch so ging — bei manchen muß ich es wenigstens glauben, denn sie beschleunigten den Gang der Zeit in einer Weise, ohne Zeugen, die ich hier nicht weiter charakterisieren will, und waren froh, wenn der Montag anbrach. Wer in England in der Gesellschaft gelebt hat, wird wissen, was ich meine. Wenn man dagegen hier des Sonntags auf das Feld kommt, in die Umgegend von Berlin, wenn es nicht gerade in der Nähe einer Bockbierbrauerei ist — (Heiterkeit), wenn man auf die Dörfer hinkommt, so hat man doch seine Freude an den geputzten und frohen Leuten und dankt Gott, daß wir nicht unter dem Zwange des englischen Sonntags leben. Ich war gerade an einem Sonntag zum erstenmal in meinem Leben — ich glaube, es war vor einigen vierzig Jahren — in England an das Land getreten und war so froh, eine schlechte Fahrt überstanden zu haben, daß ich unwillkürlich ein Lied pfiff — nicht sehr laut — und ein Bekannter vom Schiff, der mit mir ging, sagte mir etwas ängstlich: „Bitte, Herr, pfeifen Sie nicht!" Ich sagte: „Warum sollte ich nicht? Ich bin vergnügt." — „Es ist Sonntag!" (Heiterkeit.) Das war in Hull, und er setzte mir mit Wohlwollen auseinander, ich liefe Gefahr, Unannehmlichkeiten zu erleben. Das hatte für mich die Folge, daß ich sofort wieder an Bord ging und nach einer anderen Gegend fuhr. (Heiterkeit.) Ich führe das nur an, um zu sagen, daß ich mich mit einer solchen Zwangsfeier, so lange ich lebe, nicht befreunden würde, auch nicht glaube, daß dies Gottes Gebot entspricht und daß es geeignet ist, den Menschen zu bessern.

Ich kann also aus den Äußerungen des Herrn Vorredners nur so viel entnehmen, daß er selbst doch auch einer Enquete nicht zuwider ist; er setzt voraus, daß die Regierung sie auf eigene Hand machen werde. Ich erkläre, daß die Regierung auf eigene Hand nicht das Geld dazu hat — und werde dankbar sein, wenn Sie es ihr bewilligen oder im Vertrauen auf die haushälterischen Gewohnheiten dieser Regierung ihr die Vollmacht geben wollen, gewisse Etats zu diesem Behufe zu überschreiten. Die Annahme der Vorlage, wie sie ist, kann ich nicht empfehlen; denn ich kann nicht in Aussicht stellen, daß sie ohne weiteres die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden wird, und muß die letzteren nochmals, ohne damit irgend die Absicht eines Antragstellers verdächtigen zu wollen, gegen das Licht verwahren, welches dadurch, daß die Herren zu glauben scheinen, ihr Antrag könne ohne

weiteres Gesetz werden, auf die Intentionen der Regierungen den Arbeitern gegenüber geworfen wird. Ich kann erklären, daß die verbündeten Regierungen für die Arbeiter genau so viel Wohlwollen haben, wie irgendeiner der Herren Unterzeichner dieser Vorlage haben kann, daß sie aber genötigt sind, ehe sie ihre Unterschrift von sich geben, dem Inhalt dieser Piece etwas genauer ins Gesicht zu sehen und ihn näher zu erforschen als die Herren, die den Antrag unterschrieben haben und unterstützen. (Bravo!)

Abg. Stolle (Soz.) will aus den Bedenken des Reichskanzlers entnehmen, daß die Sozialreform, die mit solchen Versprechungen begann, schon Schiffbruch gelitten habe und daß der Fürst auf dem manchesterlichen Standpunkt verharre. Wenn der Arbeiter an sechs Wochentagen gut bezahlt werde, so wolle er gern auf den Verdienst des siebenten verzichten. Mit Entrüstung weist er die Unterstellung zurück, daß bei Einführung der Sonntagsruhe der Arbeiter einen „blauen“ Montag einschiebe. Der Kanzler wolle auf der einen Seite den Arbeiterfreund spielen, auf der andern es aber nicht mit den Manchesterleuten verderben. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Vorredner hat wiederum der ganz unbestrittenen Wahrheit Ausdruck gegeben, wie Herr v. Kleist, daß es im höchsten Grade wünschenswert wäre, allen Arbeitern die Sonntagsruhe zu schaffen. Es handelt sich aber, wie ich wiederhole, doch hier nur um den geringen Teil der Arbeiter, die sie bisher nicht haben. Ich erinnere daran, als wir im Unfallgesetz den durchschnittlichen Lohnsatz berechnet haben, da ist ohne Widerspruch als im allgemeinen gültige Regel anerkannt worden, daß der Lohntage im ganzen nur dreihundert im Jahre wären. Es ist also damals unbestritten von der Annahme ausgegangen, daß die meisten Arbeiter ihre Sonntagsruhe jetzt schon haben. Es handelt sich also hier nicht etwa um alle Arbeiter, um den gesamten Arbeiterstand, für den der Herr Vorredner eben zu sprechen meinte, sondern nur um den bedauerlichen Teil desselben, der bisher der Sonntagsruhe entbehrt. Da es eben die Minderzahl ist, so ist vermöge der Freizügigkeit jedermann in der Lage, sich diesem Drucke, der vorzugsweise schärfer wäre, wenn er nicht durch andere Vorteile aufgewogen würde, zu entziehen.

Es wäre mir lieb gewesen, wenn der Herr Vorredner seine Meinung wenigstens darüber klar ausgesprochen hätte — aber er hat sich wohl gehütet, es zu tun — wer den Ausfall von einem Siebentel, von 14 Prozent tragen soll. Hätte er gesagt: Wir, im Namen der Arbeiter sprechend, sind bereit, dieses eine Siebentel unseres Jahreslohns zu entbehren für den Vorteil, daß wir dafür den freien Sonntag haben — gut, das wäre eine Stimme, die von seiten der Arbeiter in der Richtung gesprochen hätte. Die Regierung würde freilich das Bedürfnis gehabt haben, außer dem Herrn Vorredner doch auch noch andere zu hören. Oder hätte er auf der anderen Seite gesagt: Es ist eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit, daß die Unternehmer diesen Ausfall tragen, daß sie jedem Arbeiter für die sechs Tage, die er nachher noch arbeitet, den Lohn, den er bisher am siebenten Tag bekam, zulegen, daß sie also bei einem Lohnsatz von 14 Silbergroschen, will ich einmal sagen, den Wochenlohn auf 16 Silbergroschen erhöhen, wobei sie darauf rechnen, daß nun der am Sonntag ausgeruhte Arbeiter die übrigen sechs Wochentage hindurch um so mehr arbeitet — das hätte ich eine aufrichtige Stellungnahme von seiten des Herrn Vorredners genannt. Anstatt sich aber für eine dieser Alternativen frank und frei auszusprechen, hat er sich begnügt, nach Art vieler anderen Herren von anderen Fraktionen seine Rede in der Hauptsache nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit persönlichen Invektiven gegen mich und gegen das, was ich gesagt habe, auszurüsten. Es ist das ja außerordentlich leicht; wenn ich ein Abgeordneter in der Minorität wäre, gänzlich ohne Verantwortung für das,

was im Lande geschieht und was die Regierung tut — da wollte ich Ihnen noch ganz anders grobe und eindringliche Reden als der Herr Vorredner halten. Es ist ein altes gutes Sprichwort — ich fürchte leider, ein französisches —: „Um geistreich zu sein, braucht man nur vor nichts mehr Respekt zu haben, dann findet sich das sehr leicht.“ (Oho! links.) Ja, den Respekt vor dem, was aus der Nation und ihren wirtschaftlichen Einrichtungen wird, wenn gewisse Sachen, die im Feuer der Rede und des Parteibedürfnisses gesprochen werden, ins Leben treten, diesen Respekt hat der Herr Vorredner nicht.

Ich möchte also, daß der Herr Vorredner, wenn ihm Zeit dazu bleibt und dem Hause, es anzuhören, doch vielleicht noch einmal auf die Tribüne tritt, sich für eine dieser Alternativen entscheidet und sagt: Ich fordere im Namen des Arbeiters den freien Sonntag für das Opfer von einem Siebentel seines Jahreslohns, oder: Ich fordere von dem Arbeitgeber, daß er diesen Ausfall überträgt. Die meisten Arbeiter, die nicht so situiert sind wie der Herr Vorredner, daß sie an der Spitze einer Bewegung stehen, von der sie ihrerseits mit Leichtigkeit getragen werden — die, glaube ich, können die 70 Mark jährlich nicht entbehren; und wenn der Herr Vorredner mir das nachweisen kann, an welchem Item ihrer Ausgaben das möglich sein wird, so würde ich ihm sehr dankbar dafür sein. Das würde mir den Beweis liefern, daß die Arbeiter trotz aller Klagen, die wir von verschiedenen Seiten über Verteuerung des Brotes und des Getreides und über die Unmöglichkeit, zu leben und Steuern zu zahlen, hören, doch noch 70 Mark per Kopf übrig haben. Ich glaube es nicht. Der Herr Vorredner aber, muß ich annehmen, glaubt es, sonst würde er so nicht sprechen.

Der Herr Vorredner hat mir gegenüber in der Übertreibung gesprochen, die mit dem Bedürfnis verbunden ist, zunächst meine Person in der Achtung der Arbeiter herunterzusetzen. Er wünscht, daß die Arbeiter ihm folgen und nicht dem Reichskanzler. Da finde ich das ganz natürlich, daß er mich, wie er kann, herunterreißt und sagt: Man hat uns das versprochen — jetzt war der Moment gekommen, wo der Reichskanzler alle seine Versprechungen erfüllen könnte, man hat ihm diese Sonntagsvorlage suppeditiert, wenn die unterschrieben worden wäre im Bundesrat, so hätte er alle seine Versprechungen erfüllt — aber nun hat er recht gezeigt, daß er doch eigentlich bei den Manchesterleuten und mehr auf seiten der Arbeitgeber als der Arbeiter steht, und daß alles, was er früher für den Arbeiter bei anderen Gelegenheiten gesagt hat — der Herr Vorredner sagte es nicht geradezu, aber er meinte es doch im Grunde — eine Heuchelei gewesen ist, die ihren politischen Zweck wohl haben kann. So ungefähr kam es heraus. Nun, ich verlange gar nicht, daß der Herr Vorredner gerecht gegen mich ist, ich will nur anderen und will dem Lande sagen, daß er mir damit bitteres Unrecht tut. Ich stehe weder auf seiten der Arbeitgeber noch der Arbeiter, ich stehe auf seiten der Nation und ihres wirtschaftlichen Gedeihens und tue, was ich nach bestem Ermessen ohne Popularitätssucht nach der einen oder anderen Seite hin glaube verantworten und mit der Unterschrift meines Namens decken zu können. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mehrmals gesagt: ich spielte den Arbeiterfreund. Ja, meine Herren, wer hier mehr spielt, das heißt, eine Rolle, auf welcher Seite das theatralische, das zirzensische Element ist und auf welcher Seite das mehr sachliche — das überlasse ich jedermann zu unterscheiden. (Sehr richtig! rechts.) Ich bestreite, daß es wahr ist, was der Herr Vorredner sagte, daß mit der Annahme dieses Entwurfs alle Wünsche des Arbeiters zu-

friedengestellt, daß die Arbeiterklagen sozusagen mit dem freien Sonntag abgefunden werden würden. Der Herr Vorredner lehnt die Enquete ab; er fürchtet, daß die Arbeiter dabei gefragt werden. Den Herren ist es ja immer unangenehm, wenn die Arbeiter ohne ihre Führer und Vormünder vernommen werden; aber darauf gerade wollen wir hinaus. Der Herr Vorredner stößt die Regierung gewissermaßen von hinten hinein auf diese Vorlage: „Nur drauf, nur rasch unterschrieben!“ das macht sie mir doppelt verdächtig. Ich habe von dieser Seite noch nie eine Unterstützung meiner ehrlichsten Bestrebungen für die Arbeiter bisher gehabt. Daß sie alle unehrlich gewesen sind, wird der Herr Vorredner vielleicht behaupten wollen, aber andere nicht glauben machen können. Neulich haben Sie für die Börsensteuer, glaube ich, gestimmt (Zuruf: Nein!) oder nicht — nun, das hat auch mit den Arbeitern weiter nichts zu tun. Wenn der Herr Vorredner mit solcher Leidenschaftlichkeit und mit solcher Neigung, mich vor dem Lande schwarz darzustellen, auftritt, so bin ich als Diplomat gewohnt, nach der Absicht zu suchen. Ich denke mir also, der Herr Vorredner erwartet, wenn wir den Arbeiter, den unbeeinflußten Arbeiter, nicht hören, könnten wir vielleicht etwas tun, was ihn nachher unzufrieden macht, oder was überhaupt Schaden in die Industrie bringt und infolgedessen Unzufriedenheit. Wo Unzufriedenheit ist, da blüht die Agitation; und vielleicht ist der Herr Vorredner gerade deshalb mit der Schärfe in dieser Sache, die ich, glaube ich, bisher nur sehr sachlich behandelt habe, aufgetreten. Ich halte die Herren Agitatoren der sozialdemokratischen Partei für Leute, zu denen man sich der Tat versehen kann; sie wissen mit derselben Feinheit, mit der der Diplomat seine Berechnung macht, immer den Punkt ausfindig zu machen: Wie kann Unzufriedenheit gesät werden? Unzufriedenheit brauchen sie, um zu prosperieren, und wo sie keine finden, können sie den Hebel ihrer Agitation nicht einsetzen. Ich komme also unwillkürlich zu der Vermutung, daß sie von der Vollziehung dieses Gesetzes, von seiner übereilten, sofortigen Einführung, doch noch mehr Drachensaat erwarten, als ich bisher darin gewittert habe. Ich traue Ihren Ratschlägen nicht. (Zuruf links: Wir auch nicht!) — Das ist wahrscheinlich gegenseitig; Sie den meinen auch nicht — das bestreite ich auch gar nicht.

Ich bitte doch auch die anderen Herren, zu erwägen, daß die Zahl der Arbeiter, die von dieser Wohltat berührt werden, doch im ganzen eine geringe ist; die Arbeiter, die sechs Arbeitstage in der Woche überhaupt nur haben, sind bisher die Mehrzahl. Ehe wir die Minderzahl, die bisher alle sieben Tage gearbeitet hat, ohne ihren Willen dazu werfen und ihr ein Siebentel ihres Lohnes kürzen, habe ich das Bedürfnis, diese Arbeiter vorher selbst in möglichst unabhängiger und unbeeinflußter Weise zu hören, wie sie darüber denken, mag das nun in Form einer votierten Enquete sein oder, wie Herr v. Kleist annahm, so, daß wir im Bundesrat jetzt uns einmal in die Sommerfrische begeben und dann vielleicht späterhin allmählich herumhören: — so ungefähr dachte er es sich. Dabei erfährt man aber nicht genug; man wird immer, glaube ich, um uns zu informieren, Geld brauchen, und ich befürworte deshalb, daß die Herren, wenn ihnen daran liegt, die Sache ernstlich zu fördern und nicht bloß eine captatio hinzustellen, eine Resolution fassen, in der sie die verbündeten Regierungen dazu ermutigen, Geld für eine solche Enquete auszugeben, um diese, wie ich glaube, nicht spruchreife Frage im nächsten Winter, bei der nächsten Parlamentssitzung, einer weiteren Beschlußnahme zu unterbreiten. (Bravo!)

Abg. Windthorst wirft dem Reichskanzler vor, daß er nicht von ethisch-religiösem, sondern vom materialistischen Standpunkt diese ganzen Fragen auffasse. Er halte es in der Beurteilung der Blüte Englands nicht mit dem Reichskanzler, sondern mit Macaulay. Abg. Rödiger (Soz.) ist erstaunt, daß der Reichskanzler die landläufigen Einwände durch seine Autorität unterstütze. Er gibt zu, daß die Unternehmer zunächst einen kleinen Verlust erleiden würden, greift den Bundesrat an und erklärt, wenn die vernünftigen Ansprüche des Arbeiters durch den Staat befriedigt würden, gebe es keine Sozialdemokratie. Fürst Bismarck bemerkt:

Ich glaube, die hohe Versammlung wird sich aus den Ausführungen der beiden Redner von der sozialdemokratischen Partei schon haben überzeugen können, daß die Wirkung der Vorlage, der Art und des Inhalts ihrer Anregung, daß nämlich der Bundesrat als der Schuldige dasteht, wenn der Arbeiter nicht glücklich wird, falls nicht erstrebt, so doch faktisch schon erreicht ist. Sie sehen, daß diese Herren, die sich besonders die Vertreter der Arbeiter nennen, erfreut sind über den Anlaß und die Möglichkeit, über den Vorwand, der ihnen gegeben ist, auf den Bundesrat mit Fingern zu zeigen: Hic niger est, das ist derjenige, der uns schädigt — Sie sehen, daß hiervon jetzt schon der reichlichste Gebrauch gemacht ist. Ich will nicht behaupten, daß diese Wirkung erstrebt wäre, ich halte sie von vielen der Unterzeichner wenigstens nicht für vorausgesehen; aber daß sie schon eingetreten ist, werden Sie mir nach den beiden Reden, die wir von sozialdemokratischer Seite her gehört haben, nicht bestreiten; und daß sie von diesen Herren Rednern und ihren Kollegen in der Agitation in dem Sinne nun breiter ausgenutzt werden wird, gestützt auf die konservativen Unterzeichner dieses Antrags, in den Volksversammlungen, um die verbündeten Regierungen, als die bête noire in der ganzen Einrichtung darzustellen, das läßt sich doch wohl voraussehen. Der Herr Vorredner ist insofern meinen Wünschen schon mehr entgegengekommen als sein Fraktionsgenosse, der vor ihm gesprochen hat, als er doch eine Andeutung darüber gemacht hat, wie er sich dieses Tragen des Ausfalles, der notwendig eintreten muß, denkt. Er tritt der Frage schon näher, indem er sagt, eine kleine Schädigung werden sich allerdings die Unternehmer gefallen lassen müssen. Wenn er sagt „eine kleine", so nehme ich an, daß er doch nicht die von einem Siebentel des ganzen Bruttoumsatzes des Geschäfts meint. Dann muß er also voraussetzen, daß von der Schädigung, die im ganzen eine große sein wird, doch noch ein erheblicher Teil für den Arbeiter übrigbleiben wird. Nun fehlt uns aber der Beweis, daß der Arbeiter bereit ist, diese Schädigung zu tragen.

Er hat von der häuslichen Arbeit gesprochen. Auf dem Gebiete hat ja jeder von den Herren wohl Erfahrungen gemacht. Ich habe bisher nicht gefunden, daß der Sonntagsgendarm, wenn ich ihn so nennen darf, der einen bei der häuslichen Arbeit abfaßt, eine willkommene Erscheinung wäre, daß der den Übertreter vor sich selbst und vor seiner eigenen Neigung, sich mehr anzustrengen, als die Obrigkeit ihm gestatten will, zu seiner Genugtuung schützt; unter Umständen wird ein Beobachtungsposten ausgestellt, wenigstens bei ländlichen Handwerkern, um zu sehen, ob nicht etwa ein Gendarm kommt, und alles ist darüber einig, sich dem Sonntagsgendarm nach Möglichkeit zu entziehen.

Solchen Erscheinungen gegenüber darf man es doch wohl den verbündeten Regierungen nicht übelnehmen, wenn sie sich über die Stimmung, mit welcher die Arbeiter dieser Sache selbst gegenüberstehen, doch noch etwas näher, als von den Führern der Agitation zu entnehmen ist, zu unterrichten wünschen.

Der Herr Vorredner hat gemeint, man würde die ganze Sozialdemokratie beseitigen, wenn man vernünftige Ansprüche der Arbeiter befriedigte. Zum Erfordernis der Vernünftigkeit des Anspruches rechne ich vor allen Dingen das, daß er aufgestellt wird von

demjenigen, von dem behauptet wird, er hätte ihn. Daß bei dem Arbeiter der Anspruch auf einen Zwang zum Nichtarbeiten wirklich vorhanden sei für den Sonntag, darüber haben wir die Neigung, einige Ermittelungen anzustellen, und das werden Sie uns nicht verargen.

Der Herr Vorredner ist gleich wie sein Fraktionsgenosse auf die Andeutung zurückgekommen, die ich über den blauen Montag machte. Beide Herren haben meine Bezugnahme sofort erheblich erweitert, wie es ja für ihren Gebrauch nützlich ist. Die unparteiischen Herren werden sich erinnern, daß ich sagte: „Es gibt Leute, es kommt vor unter Umständen." Der erste der Vorredner nahm schon an, ich hätte den deutschen Arbeiter im allgemeinen nationaliter angeklagt, daß er überhaupt den Montag blau zu machen pflege, der zweite Redner nimmt das als eine ganz sichere Beschuldigung an, die ich allgemein ausgesprochen habe. Er ist ehrlich genug, hinzuzufügen, daß es seiner Erfahrung nach einige Arbeiter gebe, die blauen Montag machen. Nun, mehr habe ich auch nicht gesagt. Es wäre ja eine ganz absurde und unberechtigte Behauptung, wenn ich den Arbeiterstand im allgemeinen dessen anklagen wollte. Ich habe nur gesagt, es würde nicht bei allen zutreffen, daß sie ausgeruht vom Sonntag in die Woche kämen, wie es ja bisher, bei der großen Mehrzahl derjenigen, die den Sonntag frei haben, doch nicht immer der Fall ist. Das sind aber die Ausnahmen, die ich wohl conversando genannt habe, auf die ich aber kein Gewicht lege. Sobald die Herren mich überzeugt haben, daß die Arbeiter das wirklich wollen und mir dankbar sein würden, wenn ihnen bei Strafe verboten wird, am Sonntag sich der Arbeit zu enthalten, dann will ich auch gerne bei dem Bundesrat das befürworten; aber diese Sicherheit muß ich erst haben; bisher glaube ich nicht daran, wie überhaupt an die Zweckmäßigkeit und das Willkommensein irgendeines Sonntagszwanges und eines Zwanges zur Ruhe, der außerhalb der Sitte liegt und etwa von der Polizei erzwungen werden muß.

Abg. Dr. Lieber gibt seiner schmerzlichen Enttäuschung Ausdruck, daß der Kanzler bezüglich der Sonntagsruhe noch immer auf dem Standpunkt seiner Rede vom Jahre 1882 steht und daß die tief religiöse Auffassung des Kanzlers nichts bedeute. Er polemisiert dann gegen die Auffassung, daß die Arbeitereinnahmen durch die Sonntagsruhe um 14 v. H. erniedrigt wurden. Wenn der Antrag auf Vornahme einer Enquete angenommen würde, werde er Mittel dafür bewilligen. Fürst Bismarck erwidert:

Der Vorgang der Regierung in Düsseldorf, den der Herr Vorredner zitiert hat, beweist, glaube ich, unwiderleglich, daß die preußische Staatsregierung den Tendenzen, die der Antrag verfolgt, nicht feindlich gegenüber steht — sonst wäre diese Stellung der Düsseldorfer Regierung dazu ja nicht möglich; daß also alle die Beschuldigungen und Insinuationen, die ich aus anderen Reden habe heraushören können, unbegründet sind. Auf der anderen Seite beweist er aber auch, daß das bestehende gesetzgeberische Material ausreicht, um erhebliche Fortschritte in der Richtung zu machen, ja um fast den besten Teil dessen, was die Antragsteller anstreben, zu decken, ohne daß man genötigt ist, zu gesetzlichem Zwange in der Allgemeinheit zu greifen, wie er hier vorgeschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat gesagt, der Bundesrat habe sich andere Fakultäten, die ihm zustehen, ganz ruhig gefallen lassen und besitze sie und übe sie; — warum er nun diese nicht annehmen wolle? Fakultäten im Interesse der Reichen akzeptiere er, im Interesse der Armen scheine er sie nicht üben zu wollen. Ja, meine Herren, darin liegt der Unterschied nicht; reich und arm ist dem Bundesrat vollkommen egal. Er übernimmt diejenigen Fakultäten, die er als ausführbar, als möglich wegen ihres begrenzten Inhalts ansehen darf.

Dabei ist keine Schwierigkeit; das Gesetz gibt die Hauptsachen an die Hand, der Bundesrat hat nur die einzelnen Fälle zu bestimmen nach so genau begrenzten und zweifellosen Kriterien, daß dabei von einer Willkür seinerseits nicht die Rede sein kann, daß kein Arbeiter sagen kann: Mich hat der Bundesrat auf eine ungerechte Weise ausgeschlossen, anderen hat er es bewilligt; wo er ausschließen kann, da schließt er aus. Das sind die Anklagen, die man hören kann: die haben mit den anderen Fakultäten nichts zu tun. Es ist also nur der Beweis geliefert, daß die Regierung, sei es der Bundesrat, sei es die preußische Regierung, in Düsseldorf und anderswo tut, was sie zu Gunsten der Arbeiter kann, aber daß sie sich unerfüllbare Arbeiten nicht so ohne weiteres stellen läßt in der Form, daß die Auftraggeber, hier der Reichstag, nun ganz ex nexu sind und mit der Art, wie die Schreiber im Bundesrat das ausführen, nichts weiter zu tun haben.

Unter den Vorwürfen, die der Herr Vorredner mir gemacht hat, ist mir der schmerzlichste der gewesen, daß ich in Wiederholungen verfalle. Er hat mir hier vorgelesen, daß ich im Januar ganz dasselbe gesagt habe, wie jetzt. Nun, wenn der Herr Vorredner mal siebzig Jahre alt sein wird, wird ihm das vielleicht auch passieren; alte Leute verfallen bekanntlich in die Gewohnheit, dieselbe Geschichte mehrmals zu erzählen. (Heiterkeit.) Es beweist das doch nur — ich hatte vergessen, daß ich das jemals gesagt hatte —, daß mein Ideengang ein ganz konstanter gewesen ist, und daß meine inneren Überzeugungen heut' genau dasselbe reproduzieren, wie sie es ohne mein Wissen vor fünf oder sechs Monaten getan haben.

Der Herr Vorredner hat sich berufen auf sehr viele Beispiele im Ausland. Im Ausland und wo anders liegen die Sachen einmal anders. Dann ist auch die Ausführung dort eine andere. Est modus in rebus — il y a des arrangements avec le ciel, wie die Herren ja wissen — also ganz gewiß mit der Polizei. Bei uns, wenn so etwas Gesetz wird, wird es mit bürokratischer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgeführt. Ob das in der Schweiz oder anderswo mit der gleichen Schärfe und Genauigkeit, wie es bei uns der Fall sein würde, geschieht, darüber lassen meine Nachrichten mich sehr im Zweifel. Es ist ja möglich, daß die Berichterstattungen nicht ganz unparteiisch sind; man hat mir aber gesagt, daß die Durchführung dieses Gesetzes in jenen Ländern nur möglich sei, weil es eben nicht beachtet würde, und weil die Ausnahme anfängt, die Regel zu bilden; so wird es wohl auch mit der Ostschweizer Bewegung sein. Es ist ja möglich, daß meine Nachrichten darüber falsch sind; aber sie liegen aktenmäßig vor.

Der Herr Vorredner hat ferner, wie der sozialdemokratische Herr, der vor ihm sprach, einen kleinen Stein zur Aufklärung oder zum positiven Aufbau beigetragen, mit der Voraussetzung, die er aussprach, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde. Er behauptete aber, daß der Arbeiter dafür durch die Ruhe entschädigt werden wird. Der Herr aber, der vorhin von der Tribüne sprach, sagte, daß die Arbeitgeber allerdings eine kleine Schädigung dabei erleiden würden. Der Herr Vorredner schien anzunehmen, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde in der Hauptsache, daß er ihn aber doch auch werde abwälzen können nach der einen oder nach der anderen Seite hin. Nun, damit berührt er gerade die Hauptschwierigkeit, die mir im Wege steht, um einfach der Sache beizutreten. Wenn ich gewiß wüßte, daß der Arbeiter den Ausfall tragen will — ich habe das schon mal gesagt, es hilft mir aber nicht, auch wenn ich es noch viermal sage, man wird doch vorziehen, es nicht zu hören — wenn also der Arbeiter sagt, er wolle den Ausfall tragen, dann ist es gut, dann

bin ich zufrieden. Volenti non fit injuria! Es ist nur die Frage, wie lange. Wenn durch eine Regierungsinstruktion das ins Leben gerufen wird — die kann man ändern, ein Gesetz nicht, das kann man ohne ein neues Gesetz nicht wieder ändern, und ich wünsche nicht, daß wir im Deutschen Reich in die traurige Lage kommen, die Gesetze nicht in vollem Maße ausführen zu können, weil die Schädigung der Ausführung größer ist als die der Nichtbeobachtung. Also ich bedarf der Erklärung der Arbeiter, ob sie den Ausfall tragen wollen. Ich kann den Arbeiter damit nachher nicht zufriedenstellen und, wenn er hungert, ihn damit nicht satt machen, daß ich ihm die eloquenten Reden vorlese, die hier zu seinen Gunsten gehalten worden sind, wie sehr er sich freuen würde, und wie leicht er diese Kleinigkeit von seinem Lohn, 14 Prozent, entbehren würde. Dafür wird er mir wenig Dank wissen, das macht ihn nicht satt.

Der Herr Vorredner hat uns ferner — und ich weiß nicht, ob mir persönlich oder der Regierung im allgemeinen — wieder Mangel an Tätigkeit, Mangel an Fleiß vorgeworfen; er sagt: Warum haben Sie denn die Enquete nicht schon längst gemacht? Ja, meine Herren, ich habe hinreichend zu tun gehabt. Für einen Menschen, der alt und krank ist wie ich, glaube ich, habe ich in den letzten sieben Jahren, in denen mir der Herr Vorredner Trägheit im Enquetieren vorwirft, hinreichend gearbeitet, wenigstens ebensoviel wie irgendeiner, der hier gegenwärtig ist. Ich habe mehr zu tun, als ohne Anregung über alle Fragen und noch einige andere in der Welt Enqueten anstellen zu lassen. Wenn Sie aber diese Frage anregen — wie ich glaube, unreif und zu früh anregen, so bin ich bereit, diese Enquete anstellen zu lassen und Arbeitskräfte aufzuwenden. Aber ehe ich nicht weiß, ob dem Arbeiter damit gedient ist, ob er es haben will, würde ich mich nicht dazu verstehen können, im Bundesrat die Sache zu befürworten.

Die Diskussion wird hierauf vertagt; die Anträge kommen in dieser Session nicht mehr zur Beratung.

98. Sitzung des Deutschen Reichstags.

11. Mai 1885.

Während der dritten Lesung der Zolltarifnovelle erscheint der Reichskanzler und macht dem Hause folgende Mitteilung:

Nachdem der Reichstag in den beiden ersten Lesungen beschlossen hat, den jetzigen Roggenzoll wesentlich zu erhöhen, habe ich für den Fall, daß diese Beschlüsse in der dritten Lesung aufrechterhalten werden und demnächst bei den verbündeten Regierungen die Zustimmung finden sollten, es für meine Pflicht gehalten, zu versuchen, ob die Schwierigkeiten, die der spanische Handelsvertrag und seine Bindung des Roggenzolls einer Ausführung dieser Beschlüsse im Sinne der Absichten, von denen sie eingegeben sind, entgegensetzt, — zu beseitigen seien oder nicht.

Ich habe deshalb mit der Königlich spanischen Regierung Verhandlungen angeknüpft über die Bedingungen, unter denen sie etwa auf die Bindung des Roggenzolls verzichten wolle. Nach längeren Verhandlungen sind wir zu einem Übereinkommen gelangt — und deshalb erfolgt diese Mitteilung so spät; die Vorlage wird vielleicht heute Ihnen noch zugehen, aber ich habe die Mitteilung nicht eher machen können; erst gestern abend ist es mir

gelungen, mit der spanischen Regierung ein Abkommen zu treffen, wonach dieselbe auf die Bindung des Roggenzolls verzichtet. (Mehrseitiger lebhafter Beifall.)

Die Gegenkonzessionen, die wir natürlicherweise zu machen haben, um diesen Vorteil zu erreichen, haben sich dadurch vielleicht einigermaßen gesteigert, daß die spanische Regierung einsah, von welcher Unbequemlichkeit die jetzige Situation für die Steuerverwaltung wäre, von welchen Nachteilen für die Einnahmen der Finanzminister, daß sie sich darüber klar war und infolgedessen ihre Gegenbedingungen gestellt hat. Diese Gegenbedingungen betreffen lediglich Finanzzölle auf Südfrüchte und denaturiertes Olivenöl. Aber die Vorteile, die die Finanzen des Reiches bei diesem Abkommen gewinnen, wenn sie schon jetzt in den Genuß des vollen Roggenzolles treten, so wie er Aussicht hat, angenommen zu werden, sind doch sehr viel bedeutender als die Gegenkonzessionen, die von Spanien verlangt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers heute früh den Vertrag dem Bundesrat vorgelegt. Es ist Grund, anzunehmen, daß noch im Laufe des Tages der Bundesrat einen genehmigenden Beschluß fassen und noch vielleicht, bevor diese Ihre Sitzung geschlossen sein wird, Ihnen die Vorlage des Bundesrats darüber zugehen werde. (Bravo! rechts.)

Ich lasse den Eingang, wie er bei allen Verträgen gleichmäßig üblich ist, weg und nenne nur die Konzessionen, die unsererseits zu machen wären. Die nachbenannten Gegenstände erhalten bei der Einfuhr in Deutschland die dabei vermerkte Ermäßigung des Eingangszolls: Zitronenschalen, Orangeschalen und Schalen von sämtlichen Südfrüchten, frisch oder getrocknet, sowie unreife Pomeranzen, auch in Salzwasser eingelegt, sollen von 4 auf 2 Mark für 100 Kilogramm herabgesetzt werden; Saffran von 50 auf 40 Mark für 100 Kilogramm; Oliven von 30 auf 20 Mark pro 100 Kilogramm; Johannisbrot von 2 auf 1 Mark pro 100 Kilogramm. Diese sämtlichen Positionen erreichen in unseren Zollintraden noch nicht 40 000 Mark im Durchschnitt.

Ferner wird Olivenöl spanischer Herkunft oder Fabrikation in Fässern, amtlich denaturiert, bei der Einfuhr in Deutschland vom Zoll frei sein. Das ist die Hauptkonzession. Im Vergleich mit dem Zustande, in dem wir bisher gelebt haben, ist es keine. Das denaturierte Olivenöl ist bis jetzt zollfrei gewesen; es war aber die Absicht, mit Rücksicht auf die Verschiebungen, die an den Ölzöllen überhaupt stattfinden, auch dem denaturierten Olivenöl einen Zoll aufzulegen, der, wenn die Einfuhr unter dem Druck dieses Zolles sich nicht erheblich vermindert, den Reichsfinanzen eine Zolleinnahme von vielleicht 200 000 Mark jährlich hätte versprechen können. Es würde also die Verpflichtung entstehen, diesen Gegenstand vom Zoll so wie bisher frei zu lassen für die Dauer des spanischen Handelsvertrages, der sich bis in den Juli 1887 erstreckt; dafür würden wir aber sofort in den Genuß der vollen Revenue eines erhöhten Roggenzolls treten können und all der Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten der Zollverwaltung überhoben sein, die mit der Unterscheidung zwischen dem spanischen Roggen, dem meistbegünstigten Roggen und dem nicht meistbegünstigten, jetzt verbunden sind und zu den schwierigsten und unerquicklichsten Streitigkeiten führen. Abgesehen davon würde der wirtschaftliche Zweck, der bei dem Roggenzoll denen, die dafür votiert haben, vorschwebt, natürlich sofort nachhaltiger und in größerer Ausdehnung erreicht werden. Die Reichsfinanzen würden ihrerseits einen

Zuwachs erhalten, über den es schwer ist, eine genaue Ziffer jetzt in diesem Augenblicke anzugeben, der aber ganz sicher das Maß von 300 000 Mark übersteigen wird.

Dann heißt es im Artikel 2 des Abkommens mit Spanien:

Die Königlich spanische Regierung willigt ihrerseits darin, daß in demselben Tarif A die Bestimmung, wonach der Zoll für Roggen nur 1 Mark für 100 Kilogramm betragen soll, in Wegfall kommt.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert, und die Ratifikationen (spätestens binnen einem Monat in Berlin) ausgewechselt werden. (Bravo! rechts.)

Es war nicht meine Absicht, in die Diskussion gegenwärtig einzugreifen, da es mir schwer sein würde, etwas zu sagen, was nicht ich oder andere Vertreter dieser Zölle nicht schon einmal, sondern häufig gesagt haben, und da ich es auch nicht für meine Pflicht halte, die Gegengründe zu widerlegen, die bereits widerlegt sind. Es war nicht meine Absicht, in die Diskussion einzugreifen; aber da das gestern eingetretene Novum auf Ihre Abstimmung doch vielleicht nicht ohne Einwirkung bleiben wird, so habe ich für meine Pflicht gehalten, Ihnen schon jetzt während der Diskussion, und bevor die Vorlage hier hat eintreffen können, Mitteilung von deren Inhalt zu machen. (Lebhaftes Bravo!)

Fürst Bismarck sieht sich genötigt, in die Debatte einzugreifen infolge einer Rede des welfischen Abg. v. d. Decken, der die Getreidezölle verurteilt und mit dem Satze schließt, daß das hannoversche Volk die Wiederherstellung des Königreichs Hannover erstrebe. Fürst Bismarck bemerkt:

Wenn zwischen den beiden letzten Herren Rednern[1] in der Sanftheit des Vortrags ein erheblicher Unterschied war, so schien mir doch, daß in der Tendenz der Rede und in der Art der Motivierung sie sehr nahe miteinander verwandt sind. Die Rede, die der hannoversche Herr Abgeordnete soeben gehalten hat, hätte von jedem Sozialdemokraten hier, glaube ich, auch gehalten werden können, ohne gegen die sozialdemokratische Theorie anzustoßen, und Herr v. d. Decken hätte seine Argumentation durch sehr viele der Gründe, die der Herr Abgeordnete Stolle anführte, noch unterstützen können, ohne aus der Rolle zu fallen. Es war eine gewisse Abneigung gegen Verbesserung der Lage der Großgrundbesitzer bei beiden. Wenn auch gewiß von ganz verschiedenen Motiven ausgehend, vereinigen sie sich doch wiederum in der Besorgnis, die Regierung, die Zentralisation zu stärken. Ja, beide Redner haben, glaube ich, wenn sie ihre Ideale verwirklichen wollen, das Interesse, die Regierungsgewalt zu lockern; sowohl die sozialdemokratischen Ideale als auch die Herstellung des Königreichs Hannover, die der Herr Vorredner noch in diesem Augenblicke als sein und seiner Wähler Streben bezeichnete, werden sich ohne Erschütterung der bestehenden Zustände nicht erreichen lassen. Ich finde es also natürlich, wenn man sich davor fürchtet, unsere Institutionen zu konsolidieren durch Stärkung des Reiches und seiner Gewalt, daß man dann sich auch vor einer Verbesserung unserer wirtschaftlichen Einrichtungen scheut und sich ihrer zu erwehren sucht, der eine aus sozialdemokratischen Gründen, der andere aus welfischen; beide kommen in dem Ziele zusammen: Man muß die Regierung verhindern zu erstarken. Ich lasse mich durch die Form des Vortrags, die ja in Ton und Ausdrucksweise bei dem letzten Herrn Redner sehr viel anmutender war als bei dem vorhergehenden (Heiterkeit), nicht irremachen; die Tendenz ist genau dieselbe und auch die Neigung, den Dingen Seiten abzugewinnen, die sie für Leute, welche ohne Vorurteil, ohne Tendenz sie beurteilen, absolut nicht haben können.

[1] Abg. Stolle und v. d. Decken.

Der letzte Herr Redner bekämpft die Kornzölle, weil sie nicht geeignet sind, der Doppelbesteuerung abzuhelfen. Nun, diese Doppelbesteuerung gebe ich ja sehr gerne zu; aber gerade um ihr abzuhelfen, streben wir nach größeren Einnahmen. Wie sollen wir denn dazu kommen? Der Staat und das Reich können von dem, was sie brauchen, nichts missen. Um die Doppelbesteuerung zu beseitigen — und wenn nicht zu beseitigen, so doch zu vermindern — brauchen wir notwendig andere Einnahmequellen, und ich möchte doch bitten, gegen die finanzielle Seite des Zolles die Augen nicht zu verschließen. Der Herr Vorredner hat einige Schwierigkeit gehabt, über den Hueneschen Antrag im Preußischen Landtag hinwegzukommen, ohne anzuerkennen, daß dieser gerade einen Teil der üblen Wirkung der Doppelbesteuerung abzustellen oder zu ermäßigen bestimmt ist. Ich will auf dessen Diskussion hier nicht eingehen; aber der Herr Vorredner ist doch zu gebildet seinerseits, um das nicht anzuerkennen und logisch zugeben zu müssen, daß der Huenesche Antrag diese Tendenz hat, und daß der Zweck, einen großen Teil des Druckes zu mildern, der vermöge der Doppelbesteuerung auf unseren Provinzen und Gemeinden lastet, nicht erreichbar ist, wenn hier nicht die Mittel dazu geschaffen werden. Auf diesem Gebiete kann ich also, wenn ich von der welfischen Abneigung gegen unsere bestehenden Einrichtungen absehe, kein anderes Motiv für die ablehnende Stellung des Herrn Vorredners finden. Ich bedauere, daß sie noch immer mit der Unbefangenheit, wie der Herr Vorredner es tat, an ihren Bestrebungen festhalten und sie offen bekennen. Es sind jetzt neunzehn Jahre vergangen, daß die jetzigen Verhältnisse, welche die Basen des Deutschen Reiches und unserer jetzigen Einrichtungen bilden, bestehen. Wenn ich zurückdenke an meine Jugendzeit, so waren 1834 oder 1835 ungefähr neunzehn Jahre vergangen nach der Teilung Sachsens, die auch ein Ergebnis von kriegerischen Ereignissen war. Gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen,[2] sobald man vom nationalen, vom deutschen Standpunkt absieht und ihn rein in seiner Eigenschaft als den ersten der Sachsen betrachtet, berufen, die Vorteile der sächsischen Gemeinschaft und die Ehre der Sachsen zu vertreten — gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen vom Standpunkt der Moral und Ehre kann man nichts einwenden. Nichtsdestoweniger ist er das Opfer des Krieges gewesen mit der Hälfte seines Landes, das Land blieb nicht zusammen, es wurde zerrissen. Dennoch hatten 1834 oder 1835 die Einwohner des preußischen Sachsens sich vollständig mit ihrem Geschicke befreundet, sie hatten sich darein gefunden, und es dachte keiner daran, für die Wiederherstellung der alten Verbindung, für die Losreißung dieser Provinz von Preußen zu konspirieren; noch weniger fiel es einem ein, sich offen dazu zu bekennen und auf die Gefahr hin, im gesamten Vaterlande Umsturz, Unglück und Verwirrung anzurichten, einseitig das zu erstreben, was sich ein Teil des hannöverschen Adels heute noch zum Ziele gesetzt hat. Ich bedaure, meine Herren, daß Sie an diesem utopistischen Gedanken festhalten; denn ich habe viele Sympathien, ich habe Verwandte und Freunde in Ihrer Mitte, und ich habe im ganzen für die Traditionen des hannöverschen Adels viel übrig; aber ich fürchte, er wird dabei zugrunde gehen. Sie werden sich den Kopf an der Mauer einrennen — Sie werden die Mauer nach allen Seiten hin, sowohl nach der Seite des nationalen Bewußtseins im ganzen Deutschen Reiche als nach der Seite der Kraft und Entschlossenheit der preußischen Regierung unzerbrechlich finden. (Bravo! rechts.) Ich

[2] Friedrich August I.

halte es für meine Pflicht, dergleichen Pronunziamentos, wie der Herr Vorredner es wieder gemacht hat, nicht unbemerkt, nicht ungestempelt — will ich nur sagen — dem Deutschen Reich gegenüber hier vorübergehen zu lassen. Man tut, als ob das etwas Natürliches und Berechtigtes wäre — es ist Landesverrat und Reichsverrat, was Sie treiben, meine Herren! (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Ich habe schon erwähnt, daß der Herr Abgeordnete Stolle sagte: Wenn diese Kornzölle das Korn nicht verteuern, dann helfen sie auch dem Bauer nichts. Wenn sie es nicht verteuern, so bezahlt sie also das Ausland. Herr Stolle wird mir aber zugeben müssen, daß die Zölle dann wenigstens den Reichsfinanzen aufhelfen, und einen Betrag, mit dem das Ausland in irgendeiner Form zu den Reichsfinanzen herangezogen werden kann — ich weiß nicht, wie hoch er sich stellen wird — 20, 30 Millionen sollten doch die Herren nicht so geringschätzig behandeln; sie gehen über die finanzielle Seite der Sache immer vollständig weg. Der Herr Abgeordnete bezieht sich bloß auf die wirtschaftliche Seite der Sache und läßt die finanzielle außer Auge. Ich glaube, daß sie ihn nicht interessiert; denn sein Weizen blüht, wenn unsere Finanzen schlecht sind. Dann steigt die Unzufriedenheit, und dann steigen die Aussichten aller derer, die geneigt sind, ihre eigene Herrlichkeit auf den Trümmern des Vaterlandes aufzubauen, mögen sie adeligen oder bürgerlichen Standes sein; und zu den letzteren rechne ich natürlich die Sozialdemokraten; deshalb begreife ich, daß er für die finanzielle Seite der Sache kein Auge hat.

Wenn einige Bäcker, obschon die Kornpreise sich nicht um ein Haar breit geändert haben, sondern sogar eher gesunken sind, die Unverschämtheit haben, öffentlich zu erklären (sehr gut! rechts), daß sie deshalb ihre Brotpreise in die Höhe steigern, so wundere ich mich, daß sich die Entrüstung des Herrn Abgeordneten nicht gegen die Bäcker richtet, das ist doch das Natürlichste; ich bedaure diese Bäcker, sie fordern, wenn einmal eine Teuerung kommt, den Hungrigen auf sich heraus, wenn sie so frivole Vorwände nehmen, zu steigern. „Weil hier ein Zoll beschlossen wird, der auf die Getreidepreise noch gar keinen Einfluß hat, deshalb steigern wir die Brotpreise“, — das ist doch wahrlich, als wenn man die Kunden und das Publikum verhöhnen und sich über sie lustig machen will; aber darüber fehlt Herrn Stolle jeder Anflug von Entrüstung über die Bäcker. Den Bäcker zu schädigen, daran liegt ihm nichts; aber die Regierung, die Ruhe, die Zufriedenheit zu schädigen — das ist das einzige, woran ihm liegt, und deshalb muß alles hervorgesucht und herausgesucht werden, was dazu dienen kann, die große Menge und die weniger Urteilsfähigen unter ihnen zu verstimmen gegen die Regierung und gegen die Besitzenden.

Der Abgeordnete Stolle hat auch gesagt, von den 27 Millionen bei der Landwirtschaft Interessierten, von denen ich gesprochen, hätten 20 Millionen gar kein Interesse daran, ob das Korn teurer wäre oder wohlfeiler. Ja, das können Sie doch auf jeden Betrieb und auf jeden Beruf anwenden. Sie können das gleiche sagen von dem Tuchmacher oder dem Eisenarbeiter: Wenn das Gewerbe aus einem Fabrikanten und hundert Arbeitern besteht, so haben die hundert Arbeiter vor der Hand sehr wenig Interesse daran, ob die Elle Tuch etwas teurer oder wohlfeiler ist. Die kann der Abgeordnete Stolle ganz ebensogut ex nexu der Tuchmacherei setzen; er kann das Tuchmachergewerbe mit der größten Entschlossenheit, mit Bewußtsein schädigen und sagen: Das schadet ja nur dem reichen Unternehmer, die hundert Arbeiter leiden darunter nicht. Wie lange kann das denn dauern?

Ist nicht das Gedeihen der Arbeiter eines jeden Berufs, einer jeden Branche unserer Wirtschaftlichkeit eng verbunden mit dem Gedeihen des ganzen Berufs? Wovon sollen denn die 20 Millionen Arbeiter leben, die Herr Stolle als an der Landwirtschaft ganz uninteressiert hinstellt — ich meine, mit Kind und Kegel, es kommt auf eine Handvoll Millionen gar nicht an. Nehmen wir an, daß es eine Million, drei Millionen sind; wovon sollen denn die leben, wenn die Branche, durch die sie existieren, zugrunde geht, nicht mehr rentiert, ihre Arbeit einschränken muß? Dem Schuhmachergesellen ist es vielleicht auch einerlei, was der Stiefel kostet, das trifft nur den Meister; wenn Sie von dem Schuhmachergewerbe alle Gesellen abziehen und nur die Meister lassen, wie Herr Stolle es bei der Landwirtschaft tut, dann kommen Sie auf eine kleine Minderheit. Im Kaufmannsstande ist das noch viel mehr der Fall; da ist die Zahl der Chefs im Vergleich zu der großen Menge, die vom Handel und Wandel lebt, noch viel kleiner; wir können aber doch nicht das ganze Transportwesen — ich spreche von den Kommis und Handlungsdienern gar nicht — aber das ganze Transportwesen, das vom Handel lebt, nicht ex nexu setzen bei der Frage, ob Sie den Handel begünstigen oder schädigen wollen.

Ich habe heute noch keine Klage gehört, wie sie sonst bei den Kornzöllen üblich ist, über die nachteiligen Wirkungen, die sie auf den Handel der Ostseestädte haben; aber ich setze voraus, das wird doch noch kommen. (Heiterkeit.) Es würde ein Akt in unserer gewöhnlichen Aufführung dieses Stückes fehlen, wenn die Klagen über Danzig und Königsberg und ihre Leiden infolge der Kornzölle hier nicht vorgebracht würden; und da ich nicht weiß, ob ich gerade — ich habe noch mannigfache andere Geschäfte — dabei sein kann, so erlaube ich mir, ein kleines vorbereitendes Argument auf diesem Gebiete mitzuteilen, das vielleicht nachher den Herren, die gewohnt sind, diese Rolle in unserem Drama zu spielen, Anlaß gibt, darauf sich zu äußern.

Es ist hier ein Artikel in einem, wie ich glaube, seiner politischen Stellung nach unverdächtigen Blatt — es ist die „Königsberger Hartungsche Zeitung" — welcher über die Wirkung der bisherigen Zölle einige Andeutungen gibt, die in einer erfreulichen Weise koinzidieren mit unserer Diskussion. Es heißt darin:

> Die Zufuhr an russischem Getreide in dieser Woche hat auch noch die nicht unbedeutende der beiden Vorwochen überflügelt. Es gingen ein über Prostken 2018, über Eydtkuhnen 124, zusammen 2142 Waggons, gegen 1941 beziehungsweise 90, zusammen 2031 Waggons der Vorwoche, und 1336 beziehungsweise 59, zusammen 1395 Waggons der Woche vom 19. bis 25. April.

— Nun, der Sinn der vielen Ziffern ist, daß in den letzten drei Wochen die Einfuhr russischen Getreides von 1395 Waggons auf 2142 Waggons gestiegen ist. —

> Es sind somit allein auf dem Landwege in diesen letzten drei Wochen zirka 50 112 000 Kilogramm oder 1 002 240 Zentner Getreide aller Art hier eingelaufen, und dieselbe Zufuhr auf dem Wasserwege ist in dieser Zeit auch eine bedeutende gewesen. Die Ausfuhr hat lange nicht und teilweise aus Mangel an Dampfern in dieser Woche gleichen Schritt mit der Einfuhr gehalten, und deshalb sind alle Speicherräume mit Getreide so angefüllt, daß dasselbe am Quaibahnhof im Freien lagern muß und die russischen Wittinen tagelang auf ihre Entlöschung warten müssen. Die nächste Woche wird Abhilfe bringen; denn es werden viele Dampfer

erwartet, die alle mit Getreide wieder ausgehen sollen. Heute vormittag sind bereits zu diesem Zweck leer eingelaufen die Dampfer „Hero“, „Urd“, „Dwina“, „Christina“, „Arla“ und „Avance“. Unsere Arbeiter haben denn auch infolge dieser Zufuhr jetzt vollauf lohnende Beschäftigung.

Warum will denn Herr Stolle den Arbeitern diese lohnende Beschäftigung nicht gönnen? Und will der Herr Abgeordnete hieraus nicht entnehmen, daß ganz zweifellos die russischen Importeure genötigt sind, den Kornzoll dort in unseren Ostseehäfen auf sich zu nehmen und zu tragen, und daß trotz Zoll und Zoll die Ausfuhr fort und fort im Steigen ist, und die Beschäftigung der Leute doch auch?

Wenn also, wie hiernach zu vermuten ist, die Zölle, jetzt sofort wenigstens, auf eine Steigerung der Kornpreise, geschweige denn der Brotpreise einen Einfluß nicht haben werden, so mag Herr Stolle doch wenigstens den Finanzen des Deutschen Reichs diese Sublevation gönnen, die uns in die Möglichkeit bringt, nach anderen Seiten hin, wie es jetzt durch den Hueneschen Antrag beabsichtigt wird und in ähnlicher Richtung weiter beabsichtigt werden kann, Erleichterungen eintreten zu lassen. Aber die Herren von der Oppositionsrichtung haben immer die größte Furcht, daß es dem Staat wohlergehen, und daß infolgedessen der Deutsche sich mit den bestehenden Einrichtungen zufrieden finden werde. Das wollen sie nicht. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Meyer-Halle (Freis.) meint, durch die Mitteilung des Reichskanzlers sei ein neues Moment in die Debatte gekommen. Bisher habe es sich um einen Differenzialzoll des Roggens gegen Rußland gehandelt, jetzt um eine allgemeine Verteuerung des Roggens. Das Sperrgesetz werde sich unheilvoll auswirken und namentlich werde der Getreideverkehr mit Österreich geschädigt werden; deshalb wünscht er eine Änderung des Sperrparagraphen. Der Getreidezoll überhaupt werde den Handel mit Getreide zum Erlahmen bringen. Den lebhaften Verkehr in den Ostseestädten sucht er in seinem Sinne zu erklären. Zum Schluß spottet er über eine von ihm mißverstandene Äußerung des Abg. Gerlich. Nachdem Fürst Bismarck den Abg. Gerlich kurz verteidigt hat, fährt er fort:

Dem Herrn Vorredner erlaube ich mir auf die Betonung der Veränderung der Situation durch meine Mitteilungen zu erwidern, daß die Beschlüsse, die hier gefaßt sind, doch nicht nur für den Augenblick, auch nicht für die Dauer von zwei Jahren und einem Monat — es sind nicht drei Jahre, wie der Herr Vorredner angab — gefaßt worden sind, sondern als eine dauernde Institution, von der der Herr Vorredner selbst zugibt — oder war es einer der anderen Herren Vorredner — man würde sich nachher schwer wieder davon losmachen können. Die Beschlüsse, die wir heute fassen, werden mutmaßlich 1888 und 1890 in derselben Gültigkeit sein wie jetzt; sie sind ja nicht für einen Augenblick, nicht nur für die Zwischenzeit gültig, für die der spanische Vertrag, wenn er nicht modifiziert worden wäre, in derselben Form fortbestanden haben würde. Dergleichen Zufälligkeiten, daß ein Handelsvertrag eine Änderung erleidet, ist jedes Geschäft ausgesetzt. Nehmen Sie doch einfach den Fall an, daß irgendein Krieg entsteht, oder daß — was Gott verhüten möge, wozu keine Aussicht vorhanden ist — daß zwischen uns und Spanien ein Kriegszustand einträte: dann wäre der ganze Vertrag sofort hinfällig gewesen. Wollen Sie in solchen Fällen auch diejenigen, die dadurch Schaden erleiden, entschädigen? Ich möchte Ihnen lieber vorschlagen: Nehmen Sie da ein Beispiel an der praktischen Schneidigkeit, mit der Frankreich in solchen Fällen vorgeht. Dort haben sie vor kurzem landwirtschaftliche Zölle eingeführt, die traten gleich von dem Tage an, an dem sie publiziert wurden, in Kraft; dieses Gefühl von Gerechtigkeit, welches das Bedürfnis hat, die Regierungs-

vorlage und das Gesetz abzuschwächen, hat dort kein Echo gefunden, und ich möchte, daß es bei uns ebenso wäre.

Der Herr Vorredner hat ferner darauf hingewiesen, welchen Eindruck die neue Situation bei dem uns befreundeten Österreich machen könnte. Da geht der Herr Vorredner wieder von der Annahme aus, daß Österreich, daß das Ausland unter diesem Zolle leiden und ihn tragen würde, wenn wir unsere Arbeiter, unsere Inländer belasten. So viel Menschenliebe kann ich bei den Österreichern nicht voraussetzen — obschon sie uns herzlich wohlwollen, wie ich glaube — daß sie darüber so sehr aufgeregt sein werden, daß wir unsere eingeborenen Deutschen mit einem Zoll belasten. (Heiterkeit.) Sie müssen also ihrerseits wohl annehmen, daß die österreichischen Produzenten den Zoll für die österreichische Einfuhr zu tragen haben würden.

Diese Argumentation, wer geschädigt wird, wechselt ja ab nach Bedürfnis, wie eine spanische Wand, auf welcher die Bilder erscheinen, wie vorher schon gesagt worden ist. Einmal ist es der Konsument, dann ist es der Produzent, zu dessen Gunsten angeblich die Steuer aufgelegt werden soll; und hilft gar nichts mehr gegen die Tatsachen, die beweisen, daß der Handel in keiner Weise beeinträchtigt wird, ja, dann nimmt man zu allerhand Zufälligkeiten die Zuflucht, ohne sich bei der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit der Sache nur weiter aufzuhalten.

Der Herr Vorredner sagte: Die Folge des Zolles ist die Schädigung des allgemeinen; der Handel hört schließlich auf. Es fiel ihm ein, daß ich aus der Hartungschen „Königsberger Zeitung" einen Beweis geliefert hatte, daß der russische Kornhandel infolge des Kornzolls nicht nur nicht aufgehört hat, sondern post hoc, wenn nicht propter hoc sehr blühend gerade in diesem Augenblick ist. Da sagte er nun, das wäre ein Ausbruch der Besorgnis vor schlimmeren Dingen, die noch kommen könnten. Nun ist ja aber der Zoll mit der Sperre dort schon eingeführt. Ich hoffe also, daß dieser Ausbruch der Besorgnis, der so befruchtend auf unseren Handel wirkt, noch recht lange, vielleicht ein Jahrzehnt, anhalten und immerfort dieselben Resultate haben wird.

Der Herr Vorredner führte ferner an, daß die Eröffnung der Schiffahrt und das Aufgehen des Eises diesen Handel belebte. Ich sehe daraus mit Bedauern, ich habe vielleicht undeutlich gelesen; es war nicht von der Schiffahrt, sondern von Eisenbahnwaggons die Rede; die frieren doch in der Regel nicht ein. (Heiterkeit.) Die Vorräte hatten sich von 1300 auf 2000 Waggons in einer Woche gesteigert, und soweit von der Schiffahrt die Rede war, so war von Wittinen, also von Flußschiffen, die Rede. Die Weichsel und der Niemen, soweit sie in Betracht kommen, sind seit lange aufgetaut, da ja sogar schon der Hafen von Kronstadt frei ist — also das ist wohl nicht der Grund. Aber ehe die Herren jemals zugeben werden: Wir haben uns in unseren Berechnungen und Prophezeiungen geirrt, beweisen sie uns lieber, daß der Himmel nicht blau ist, und finden immer wieder ein Loch oder ein Auskunftsmittel, weshalb es in diesem Falle so gekommen ist. Den augenscheinlichsten Beweisen stimmen sie nicht zu. Dagegen läßt sich auf die Dauer nicht ankämpfen.

Die Herren betrachten es immer als etwas ganz Selbstverständliches und Nachgewiesenes, daß infolge des Kornzolls das Brot teurer wird. Es ist ja die Frage sehr streitig, ob teures Brot hohe Löhne in einem für die Arbeiter günstigeren Verhältnisse

oder ob wohlfeiles Brot wohlfeile Löhne in einem für die Arbeiter nachteiligen Verhältnis zur Folge hat. Davon will ich nicht reden; aber wenn wirklich das Brot so teuer ist, daß eine Kalamität daraus entsteht, warum wollen Sie dann das ausländische Brot wohlfeiler machen? Dann heben Sie doch die Steuern auf, die auf der inländischen Getreideerzeugung ruhen, das ist doch bei weitem das Wichtigere. 400 Millionen Zentner bauen wir im Inland, und nur 30 Millionen Zentner führen wir ein; an den inländischen klebt der Schweiß unserer inländischen Arbeiter. Also dann schaffen Sie doch die Grundsteuer ab! Ich verlange es nicht; aber es ist die Konsequenz: Wenn Sie wohlfeileres Brot haben wollen, so liegt es doch sehr nahe, das Brot dadurch wohlfeiler zu machen, daß Sie die inländische Broterzeugung von jeder Steuer befreien (Sehr richtig! rechts) und dann erst daran denken, wie Sie das Ausland beglücken wollen. Was bedeuten solche Redensarten, wie „Blutzoll“? Ich kann die Grundsteuer auch eine Blutsteuer nennen — die ruht doch auch auf dem Getreidebau und schließlich verteuert sie das Brot, das im Inlande gebaut wird, also auch die Blutbereitung. (Heiterkeit rechts.) Diese ganzeböswillige und unwahre Bezeichnung von „Blutzoll“, die findet auf jede Besteuerung Anwendung, namentlich aber, wenn man sie auf die Getreidezölle anwenden will, auf die Grundsteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer in allererster Linie; denn da ist es der Inländer, der uns doch näher am Herzen liegt als der Ausländer, der davon betroffen wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Das neue Zolltarifgesetz wird am 13. Mai endgültig in dritter Lesung angenommen und die Session am 15. Mai durch den Staatssekretär v. Boetticher durch Verlesung einer Allerhöchsten Botschaft geschlossen.

Deutscher Reichstag.

19. November 1885 bis 26. Juni 1886.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

19. November 1885.

Staatssekretär v. Boetticher hält folgende Ansprache:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser hat mir den Auftrag zu erteilen geruht, Sie in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen beim Wiederbeginn Ihrer Arbeiten zu begrüßen.

Der Entwurf zum Reichshaushaltsetat wird Ihnen alsbald zugehen. Die Sorge für die Sicherheit des Reiches und für die Befestigung und Entwicklung seiner Einrichtungen veranlaßt die verbündeten Regierungen auf dem Gebiete des Heerwesens, der Kriegsmarine und der Fürsorge für bisher unversorgte Invaliden leider eine Erhöhung der bisherigen Leistungen bei Ihnen in Antrag zu bringen. In den erheblich gesteigerten Überweisungen aus den finanziellen Ergebnissen unseres verbesserten Zolltarifs und des Gesetzes über die Reichsstempelabgaben werden die Bundesstaaten die Mittel zur Deckung ihrer Mehrleistungen an das Reich finden. Infolge der Notwendigkeit, die vom Reich gewährten Mittel wiederum zu den Zwecken des Reiches zu verwenden, bleiben aber eigene Bedürfnisse der Bundesstaaten unbefriedigt, und es liegt dem Reich die Aufgabe ob, auf dem nur ihm zugänglichen Gebiete der indirekten Verbrauchsbesteuerung weitere Einnahmequellen zu eröffnen. Demgemäß ist die baldige Einbringung eines Gesetzes zur Reform der Zuckerbesteuerung in Aussicht genommen, da die Schwierigkeiten, welche während der letzten Session dieser als dringlich erkannten Reform mit Rücksicht auf die Lage der beteiligten Industrie und Landwirtschaft entgegenstanden, nicht mehr in derselben Stärke vorliegen und durch eine Verzögerung der Reform eher wieder verschärft werden könnten. Auch in betreff der Branntweinsteuer sind zu gleichem Zweck Vorlagen in Vorbereitung, über welche zunächst die Verständigung unter den verbündeten Regierungen herzustellen ist.

In Übereinstimmung mit den wiederholt und feierlich kundgegebenen Absichten Seiner Majestät des Kaisers rechnen die verbündeten Regierungen auch diesmal auf Ihre Mitwirkung für die schrittweise Weiterführung des in Angriff genommenen sozialen Reformwerkes. Dank dem verständnisvollen Entgegenkommen der beteiligten Kreise ist es möglich gewesen, das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und zum Teil auch die Novelle vom 28. Mai d. J. nach Abschluß der organisatorischen Vorarbeiten bereits am

1. Oktober d. J. in Wirksamkeit treten zu lassen. In planmäßiger Verfolgung des beschrittenen Weges wird Ihnen der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft mit einigen Änderungen wieder vorgelegt werden, durch welche einer Anzahl von Vorschlägen Ihrer zur Vorberatung des Entwurfs gewählten Kommission Rechnung getragen wird.

Schon bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, auch die Unfallfürsorge für die Beamten und für Personen des Soldatenstandes entsprechend zu regeln. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher dieser Aufgabe, soweit die Reichsgesetzgebung sie zu lösen hat, gerecht zu werden bestimmt ist.

Die von fünf zu fünf Jahren gesetzlich vorgesehene Revision des Servistarifs und der Klasseneinteilung der Orte ist der Gegenstand eingehender Vorberatungen gewesen. Über das Ergebnis derselben wird Ihnen eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Im Interesse der wirksamen Verteidigung der deutschen Küste durch unsere Marine ist die Herstellung eines Schiffahrtskanals von der Elbmündung nach der Kieler Bucht in Aussicht genommen, ein Unternehmen, welches zugleich wirtschaftlichen Interessen dienen wird. Das zur Verwirklichung des Plans erforderliche Reichsgesetz wird Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußfassung unterliegen.

Die Rechtspflege in den unter den Schutz des Reiches gestellten überseeischen Gebieten bedarf der Regelung, behufs deren Ihnen die erforderliche Vorlage gemacht werden wird.

Über die Ausdehnung, in welcher deutsche Unternehmungen und Erwerbungen in fremden Weltteilen ferner in den unmittelbaren Schutz und unter die Aufsicht des Reiches zu nehmen sein werden, sind Verhandlungen mit den Regierungen von England, Spanien, Frankreich, Portugal und mit dem Sultan von Zanzibar gepflogen worden, deren Ergebnisse Ihnen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers mitgeteilt werden sollen, sobald sie feststehen. Letzteres ist England gegenüber im wesentlichen schon jetzt der Fall, und die Verhandlungen mit Spanien lassen, infolge der Vermittlung Seiner Heiligkeit des Papstes, die den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder entsprechende vergleichsweise Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten über die Priorität der Besitzergreifung der Karolineninseln in kurzem erwarten. (Bravo!)

Das Deutsche Reich erfreut sich friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Regierungen. Seine Majestät der Kaiser hegt die zuversichtliche Hoffnung, daß die Kämpfe der Balkanstaaten untereinander [1] den Frieden der europäischen Mächte nicht stören werden (Bravo!), und daß es den Mächten, welche den für jede von ihnen gleich wertvollen Frieden Europas vor sieben Jahren durch ihre Verträge besiegelt haben, auch gelingen werde, diesen Verträgen die Achtung der durch sie zur Selbständigkeit berufenen Volksstämme im Balkangebiete zu sichern. Seine Majestät der Kaiser ist von dem Vertrauen beseelt, daß Gottes Segen den bisher erfolgreichen Bestrebungen unserer Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens auch in Zukunft nicht fehlen werde. (Bravo!)

---

[1] Am 13. November war es zum Beginn der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien gekommen.

7. Sitzung des Deutschen Reichstags.

28. November 1885.

Auf ein Gesuch zweier Mitglieder der Pariser Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie, namens Weik und Stoffel, naturalisierter Franzosen, um Errichtung eines Missionshauses auf deutschem Boden zwecks Ausbildung von Missionaren für Westafrika hatte das Auswärtige Amt einen ablehnenden Bescheid erteilt. Denn nach dem Jesuitengesetz von 1873 war diesem und verwandten Orden die Niederlassung in Deutschland und folglich in den Schutzgebieten untersagt. Als die „Germania" darauf einen Artikel mit unrichtigen Angaben brachte, so z. B. der, daß die Regierung keine Katholiken in den Kolonien zulassen wolle und bei der protestantischen Basler Missionsgesellschaft bzw. Kameruns förmliche Verpflichtungen in diesem Sinne übernommen habe, sandte der Staatssekretär v. Boetticher im Auftrag des Reichskanzlers am 3. November der Zeitung eine förmliche Berichtigung zu.[1] Im Zusammenhang jedoch mit der Anwesenheit des Konsuls Raschdau vom Auswärtigen Amt bei der Bremer Missionskonferenz zeigte sich das Zentrum nicht befriedigt und es brachte deshalb am 25. November im Reichstag folgende Interpellation ein: Die Berichtigung des Staatssekretärs von Boetticher gibt in Verbindung mit den Verhandlungen der jüngsten Missionskonferenz zu Bremen dringende Veranlassung, an den hohen Bundesrat, eventuell an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob beschlossen oder beabsichtigt sei, 1. jede Missionstätigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten" Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten; 2. die Tätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken? Diese Interpellation steht am 28. November auf der Tagesordnung des Reichstages und wird vom Abg. Peter Reichensperger begründet. Er schildert die Bedenken der Katholiken über die einseitige Stellungnahme der Bremer Missionskonferenz, behauptet, die beiden Mitglieder der Kongregation seien „richtige" Deutsche, findet die Berichtigung des Staatssekretärs v. Boetticher in der „Germania" rechtsirrtümlich und dunkel, leugnet die Verwandtschaft der Congrégation du Saint-Esprit mit dem Jesuitenorden, äußert, das Jesuitengesetz gelte nur für Deutschland und nennt die Kolonien in diesem Sinne Ausland. Ferner meint er, sei die Frage der Zulassung von Missionaren nach Art. 6 der Kongo-Akte zu regeln und hofft, daß der Meltau des Kulturkampfes nicht auf die Kolonien falle. Unhaltbar sei der Grundsatz, daß in den Kolonien verboten sein müsse, was in Deutschland nicht gestattet sei — z. B. die Bigamie — und will aus den Worten des Konsuls Raschdau in Bremen: es gelte zwar in den Schutzgebieten die Parität, aber auch die Priorität, schließen, daß nur die protestantische Mission von oben her gefördert werden solle. Fürst Bismarck antwortet:

Die Beantwortung der Interpellation würde eine sehr einfache sein, wenn sich dieselbe auf den Text der Fragestellung beschränkte. Da heißt es zu Nr. 1:

„ob beschlossen oder beabsichtigt sei, jede Missionstätigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten" Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten."

Diese Nr. 1 würde ich einfach mit Ja beantwortet haben und kann das, ohne bei den verbündeten Regierungen, deren Entschließungen maßgebend sind, in dieser Richtung weitere Anfragen zu stellen, da sich meines Erachtens diese Beantwortung aus der Lage unserer Gesetzgebung ganz von selbst ergibt.

Auf so spitze Deduktionen, wie die des Herrn Vorredners, daß die Kolonien Ausland seien, und daß die Gültigkeit unserer Reichsgesetze sich auf das Inland beschränke, kann ich mich nicht einlassen; die Herren, deren Tätigkeit im Reiche die Gesetze, in Afrika die Verwaltungsordnungen verhindert, die Jesuiten nämlich — die werden sich ein solches Raisonnement sehr leicht aneignen; ein deutscher Minister kann das meines Erachtens nicht.

Wenn das Gesetz bei uns zu Recht besteht, so ist das doch der Fall, weil die verbündeten Regierungen ihm zugestimmt, weil der Kaiser es proklamiert hat, und die Re-

[1] Der Wortlaut bei Horst Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 11, S. 245 f.

gierungen haben demselben zugestimmt, weil sie das Gesetz für zweckmäßig und für den deutschen nationalen Interessen entsprechend halten. Anders ist ihre Zustimmung nicht denkbar. Wollen Sie nun von der Reichsexekutive verlangen, daß sie ihrerseits, in denselben Persönlichkeiten, die das Gesetz für zweckmäßig gehalten haben, den Grundsätzen desselben im Auslande zuwiderhandle? So leicht nehmen wir es mit der Beobachtung der Reichsgesetze nicht. Außerdem aber sind die Reichsgesetze doch ganz zweifellos verbindlich für diejenigen Beamten des Reichs, die innerhalb des Gebiets desselben wohnen und die Vorkommnisse, welche mit den Reichsgesetzen im Widerspruch stehen, drüben in den Kolonien durch ihre Unterschrift sanktionieren oder anordnen müßten. Es müßte also immer innerhalb des Reichsgebiets im Widerspruch mit den Reichsgesetzen gehandelt werden.

Der Herr Vorredner ist ja ein sehr viel besserer Jurist, als ich bin; ja namentlich ist er auch ein sehr viel besserer Anwalt; ob er eine zweifelhafte Sache nicht sehr viel geschickter verteidigen würde, als es mir möglich ist, das lasse ich dahingestellt sein; ich glaube, man kann es unbedingt bejahen. Aber diese Argumentation, dieses Unterscheiden zwischen dem Reichskanzler, der die Gesetze innerhalb des Reichsgebiets ausführt, und dem übrigen Reichskanzler, der ein Auge zudrückt, wenn im Ausland ihnen zuwider gehandelt wird — das ist meinem Gefühl von Ehrlichkeit nicht annehmbar; und daß die Ansichten hierüber eben in den Doktrinen des Jesuitenordens mit denen der deutschen Staatsregierung nicht zusammenfallen, ist einer der Hauptgründe, warum wir an diesem Gesetz festhalten.

Der Herr Vorredner hat sehr richtig gesagt, daß es hier nicht der Ort sei, über die Angemessenheit des Fortbestehens der Jesuitengesetzgebung zu diskutieren; ich akzeptiere das auch sehr gern. Er hat aber doch nicht unterlassen, erhebliche Momente zu Gunsten der Jesuiten anzuführen, so daß ich meinerseits doch auch eines, das für mich als Politiker besonders maßgebend ist, dagegen anzuführen nicht unterlassen kann. Die Gefahr, die gerade die Tätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwicklung hatte, liegt ja nicht in dem Katholizismus der Jesuiten, sondern sie liegt in ihrer ganzen internationalen Organisation, in ihrem Lossagen und Loslösen von allen nationalen Banden und in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall, wo sie denselben beikommen. (Widerspruch im Zentrum.)

Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß; ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen, sich von seiner Nationalität lossagt, und die Wirkung der nationalen Empfindungen auf unsere Handlungen, auf unser Auftreten, auf unsere Versöhnlichkeit im inneren Parteiwesen ist leider Gottes eine außerordentlich geringe. Die deutschfeindlichsten Namen in den französischen Revancheparteien sind die Namen von deutschen Renegaten, die teils im Elsaß geboren sind, teils französiert und französische Bürger geworden sind; die leidenschaftlichsten Polen, die uns entgegenstehen, stammen von deutschem Blut, haben ihren Namen polonisiert, entweder durch Übersetzung oder durch polnische Anhängsel, und kommen sich vornehmer vor, wenn sie als polnische Starosten wieder über die Grenze zurückkommen, nachdem sie als einfache deutsche Landsleute dahin gegangen sind; jeder Deutsche, der in Amerika ein paar Jahre gewesen ist, spricht ein mit Amerikanismen untermischtes Deutsch und spricht von „bei uns drüben in Amerika“. Es ist dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit, die gerade der Jesuitenorden mehr als

irgendein anderer durch seine Jugenderziehung fördert, indem er die Jugend von den nationalen Banden, vom Nationalgefühl losreißt. Das ist eben die Hauptsache, die ich gegen den Orden habe; sonst ist er geschickter, duldsamer und klüger als mancher andere. Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist.

Ebenso sicher würde ich die Nr. 2 der Interpellation, wenn sie allein stände, nämlich die Frage, ob beschlossen oder beabsichtigt sei,

„die Tätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken?"

ganz kurzweg mit „Nein — nun und nimmermehr!" beantwortet haben. Es kann ja doch auch gar nicht der Glaube der Herren sein, daß eine solche, ich möchte sagen konfessionelle Brutalität im Bundesrat überhaupt gedacht und beabsichtigt sein könnte. Glauben Sie denn, daß die Vertreter der katholischen Könige von Bayern und Sachsen einer derartigen einseitigen Ungerechtigkeit ihrerseits zustimmen würden? Da würden wir nicht auf eine Interpellation hier zu warten haben. Ich bitte die Herren, doch anzunehmen, daß das, was der Herr Vorredner für sich in Anspruch nahm und uns empfahl: „das allgemeine Interesse des Reichs werde für ihn stets leitend sein", daß das im Bundesrat ganz unbedingt der Fall sein wird. Also alle Suppositionen, als ob etwas anderes jemals beabsichtigt gewesen wäre, muß ich als Verdächtigung bezeichnen, die ich im Namen der verbündeten Regierungen zurückweise. (Bravo! rechts.) Wir wollen die volle und vollständige Parität.

Ich habe demnach mehr aus den Motiven als aus dem Tenor der Interpellation Veranlassung genommen, selbst das Wort zu ergreifen; die Motive geben mir zu denken. Da ist gesagt: „Die Berichtigung, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär, Staatsminister v. Boetticher, der Zeitung „Germania" (Nr. 254 II) unter dem 3. November d. J. zugesandt hat, gibt dringende Veranlassung usw." Ich habe mir gedacht: Ist dies ein casus pro amico? Soll die durch dies Kommuniqué, durch die Berichtigung in Zweifel gestellte Wahrheitsliebe dieses Blattes hier eine solche Rechtfertigung erfahren? Soll deshalb der ganze Reichstag in Bewegung gesetzt werden und eine Interpellation im Interesse einer Parteizeitung als Entgegnung dieser letzteren auf die Berichtigung der Regierung dienen, um daran — semper aliquid haeret — nachher eine weitere Diskussion zu knüpfen? Das schien mir möglich, obschon es mir doch immer zweifelhaft ist, daß man sich mit einem Blatt wie dieses gerade von seiten einer großen und angesehenen Fraktion hier im Reichstage identifizieren könnte, um im Rahmen einer amtlichen Interpellation gegen die verbündeten Regierungen aufzutreten und gewissermaßen für die verdächtige Wahrheitsliebe der „Germania", die ihren Namen mit einem eigentümlichen Rechte führt (Heiterkeit), den Reichstag in die Schranken zu führen.

Ich habe ferner mich auch gefragt: Hat die Interpellation vielleicht eine Gelegenheit bieten sollen, gegen das Jesuitengesetz eine Lanze zu brechen und für die Jesuiten in die Schranken zu treten? Die Introduktion des Herrn Vorredners hat mir den Eindruck gemacht, als wenn dies gerade nicht seine Absicht gewesen wäre, und als ob er dies vielleicht auf eine andere Gelegenheit verspare.

Dagegen ist meine dritte Konjektur durch die Äußerungen, durch die Argumente des Herrn Vorredners etwas stärker begründet worden, als sie früher war. Ich habe mich gefragt: Ist es vielleicht eine Gelegenheit, um die Haltung einer Fraktion zu motivieren in

Bezug auf Fragen, bei denen sie nicht mit allen ihren Wählern gänzlich in Übereinstimmung ist? Ich meine die Kolonialfrage. Der Herr Vorredner hat uns selbst gesagt, die Sympathien für die kolonialen Angelegenheiten seien unter den Katholiken sehr verbreitet. Nun, davon hat uns das Verhalten der Reichstagsvertreter, die sich vorzugsweise als katholische Vertreter bezeichnen, keinen Beweis geliefert. Im Gegenteil, soviel ich mich erinnere, haben die Herren mit großer Energie und Zähigkeit den Kampf der Fortschrittspartei gegen die ganze Kolonialfrage unterstützt. Wenn nun also wirklich die Sympathie für die Kolonien eine sehr verbreitete unter den Katholiken ist, wie ich das auch glaube meinerseits — und ich freue mich auch darüber — so liegt es doch einigermaßen im Interesse, dieser Sympathie entgegenzutreten, indem man sagt: Die ganzen Kolonien werden in einer disparitätischen Weise zum Nachteil der katholischen Konfession ausgebeutet, um dadurch gewissermaßen dieselbe Gegnerschaft gegen Zwecke und Ziele der Kolonialpolitik zu motivieren und unter den Glaubensgenossen weiter zu verbreiten, die unter den Führern dieser Partei ja als Kampfmittel gegen die Regierung zu unserem Bedauern uns sehr deutlich entgegengetreten ist.

Sie sehen, als Politiker suche ich bei den Zügen des Gegners nach politischen Motiven; denn ich kann mir nicht denken, daß lediglich ein Zeitungsartikel und dieser eigentümliche Vorgang mit den beiden Franzosen, die der Herr Vorredner als „richtige Deutsche“ bezeichnete — daß nur dies dazu hätte Anlaß geben sollen, den Reichstag und die Vertretung der verbündeten Regierungen für — ich weiß nicht wie viel — Zeit hier in Mitleidenschaft zu ziehen. Man kommt notwendig auf den Gedanken, daß irgendein anguis sub herba latet, daß noch irgendein Motiv dieser Interpellation zugrunde liegt, das mit ihr direkt nichts zu tun hat. Wenn nicht noch weitere Reden folgen, so habe ich den Eindruck: Die Sympathie, die innerhalb der katholischen Wähler für die Kolonialpolitik vorhanden ist, soll bekämpft und erschüttert werden durch die Tendenzen, die man den verbündeten Regierungen etwa dabei unterzuschieben vermag, und ich bin deshalb genötigt, etwas weitläufiger in die Genesis der ganzen Dinge einzugehen, an die sich diese Interpellation geknüpft hat.

Vorher will ich noch bemerken: der Herr Vorredner hat gesagt, wenn man die Gesetze in der einen Beziehung in den Schutzgebieten ausführen wollte, so würde man das auch in allen übrigen Richtungen tun müssen, und hat etwas spöttisch gefragt, ob wir etwa die sozialdemokratischen Gesetze dort handhaben wollen. Nun, richterlich können wir sie dort nicht handhaben, aber im Sinne derselben werden wir ganz gewiß dort verfahren; und wenn wir dort mit Agenten zu tun hätten, die bei der deutschen oder gar bei der schwarzen Arbeiterbevölkerung (Heiterkeit) im Sinne derjenigen Tendenzen, die bei uns durch das Sozialistengesetz in ihrer Wirkung eingeschränkt werden sollen, tätig und beredt sein sollten — nun, ich glaube, der Gouverneur würde seine Schuldigkeit tun, indem er sie sehr rasch nach hier wieder einschiffte, falls ihr Verhalten nicht zu einer kurzen und summarischen Justiz die Möglichkeit böte. Ich verstehe nicht recht, wie der juristisch so hochstehende Herr Vorredner dies als ein Argument hat anführen können.

Es gibt noch eine Menge anderer Gesetze, die wir, weil sie dort nicht eingeführt sind, bisher dort strikte nicht handhaben konnten, aber in deren Sinne die dortige Verwaltung zu handhaben doch immer unsere Pflicht sein wird. Gerade das Beispiel von der Sozialdemokratie war mit am unglücklichsten gewählt; gegen die würde man mit der Zustimmung

aller an den kolonialen Interessen beteiligten Kaufleute und Nichtkaufleute mit großer Energie im Sinne der hiesigen Gesetze und noch darüber hinaus einschreiten. Was die Jesuiten anbelangt, so würde ich aus den Gründen, die ich vorher schon anführte, selbst wenn das Jesuitengesetz nicht existierte, es doch für nützlich halten, daß man Jesuitenmissionen einstweilen in den Schutzgebieten nicht zuließe, namentlich keine französischen. Das ist ja Ansichtssache, die Zweckmäßigkeit und die Ziele der Politik; dem einen ist die Herrschaft des Elements, das die Jesuiten vertreten, die weltliche Herrschaft, das letzte Ziel der Entwicklung der Dinge; dem anderen ist es die Bekämpfung derselben Grundsätze.

Die ganze Genesis dieser Frage, der ich nun nähertreten muß, ist, wie ich dem Herrn Vorredner erwidere, keine konfessionelle, sondern eine internationale. Wir haben in diesen Herren Weik und Stoffel in erster Reihe noch nicht einmal die Jesuiten perhorresziert; es war das Jesuitengesetz nur die natürliche Handhabe, die sich darbot. Noch entschiedener für uns lag die Nötigung, diese Herren abzuweisen, in ihrem Charakter als Franzosen und als Agenten französischer Gesellschaften. Um dieses zu dokumentieren, muß ich etwas tiefer in die Akten steigen.

Ich bin zuerst mit dieser Sache befaßt worden in diesem Sommer in Kissingen durch ein Schreiben, welches mir am 9. Juni zuging mit der Unterschrift des Herrn Weik, und wo dieser „richtige Deutsche" des Herrn Vorredners sagt: Allemand moi-même, mais absent depuis 22 ans de la mère patrie — und nun verlangt er eine Audienz von mir.

Es folgt ein Bericht des Gouverneurs von Kamerun vom 5. Juli, der sich sehr günstig für diese Herren in specie ausspricht; aber kennzeichnend ist schon das Rubrum dieses Berichtes: „Bericht Nr. 5, betreffend die Errichtung einer französischen Mission im Kamerungebiete" — von deutsch ist dabei nicht die Rede. Es heißt in dem Bericht: „Die Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie hat einen ihrer Priester, den père Stoffel, hierher beordert, um das Nötige behufs einer Missionsarbeit im Kamerungebiete einzuleiten." Der Gouverneur lobt die Tätigkeit dieser Herren und ihr Geschick, gibt ihnen alle Anerkennung und — ich will Ihnen auch das nicht verschweigen — sagt:

> Ich habe Grund zu der Annahme, daß die Kongregation ihrerseits auf diese Bedingungen — nämlich für die Erziehung zu wirken — eingehen wird, — aber immer die Pariser Kongregation — zumal dieselbe an deutschredenden Elementen keinen Mangel leidet. Freiheit von Einfuhrzöllen für die Mission auf eine beschränkte Zeit könnte unsererseits vielleicht um so eher zugesichert werden, als ja deren Einführung überhaupt nicht beabsichtigt wird.

Das ist die Ansicht des Herrn Gouverneurs; Sie sehen also, daß da durchaus kein Vorurteil bestand. (Abg. Dr. Windthorst: Bei dem nicht, aber bei der Zentralstelle!) — Bei mir gewiß! (Heiterkeit.)

Zum Beweise dafür, daß nie anders als „eine französische Mission" die Bezeichnung dieser Einrichtung gewesen ist, führe ich weiter ein amtliches Aktenstück an vom 8. August, ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Kultusminister:

> Ew. Exzellenz beehre ich mich, anbei in Abschrift den Bericht des Kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun vom 5. v. M., betreffend die Errichtung der französischen Mission im Kamerungebiet, zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Vor weiteren Schritten beabsichtige ich zunächst den in Aussicht gestellten direkten

Antrag der Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie abzuwarten; indessen würde es schon jetzt erwünscht sein, näheres über die Tätigkeit und den Charakter der genannten Missionsgesellschaft zu erfahren.

Darauf ist die Antwort ergangen über den Ursprung der Kongregation, die durch den konvertierten Sohn eines Rabbiners im Elsaß 1804 begründet worden ist, und zwar zu Neuville bei Amiens. Es ist also ein durchaus französisches Institut, das sich dem Missionswerk in Afrika hingegeben hat. Im Jahre 1852 übertrug die französische Regierung der Kongregation das séminaire colonial zu Paris — sie ist also ein französisches Regierungsorgan — und zweitens das französische séminaire in Rom, begründet 1853; also zwei amtliche französische Regierungsanstalten hängen von dieser Kongregation ab; und wir würden eben durch ihre Zulassung auch eine amtliche französische Regierungsanstalt in Kamerun bekommen haben.

Die Hauptquelle über die Tätigkeit dieser wie anderer katholischer Religionsgesellschaften sind die „Jahrbücher zur Verbreitung des Glaubens", welche in deutscher Übersetzung in Köln erscheinen. Die Kulturarbeiten der besprochenen Missionsgesellschaft sind auch sonst von Protestanten gelobt worden, und es ist um so mehr anzunehmen, daß dieses Lob auf Wahrheit beruht, als es im Wesen der römischen Missionen liegt, sich mit einer mehr äußerlichen Erziehung zur Erfüllung der christlichen Kultuspflichten wie zur Annahme der Lebensformen und Tätigkeiten einer höheren Kulturstufe zu begnügen. Da es von verschiedenen Seiten bestätigt ist, daß es besonders Elsasser und Lothringer sind,

— das heißt Revancheelsasser —

welche in der westafrikanischen Mission verwandt werden, so dürften vielleicht durch die Kaiserliche Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen noch ausgiebigere Nachrichten über die Tätigkeit und den Charakter jener Missionsgesellschaft zu erlangen sein.

Sie sehen also, daß die Sache mit Sorgfalt und ohne voreingenommene Ansichten geprüft worden ist. Der damalige Botschafter[2] in Frankreich schreibt unter dem 4. Oktober d. J.

Ein gewisser Pater Weik, Mitglied der Kongregation des heiligen Geistes und des heiligen Herzens Mariä, die seinerzeit in Deutschland Häuser besaß, dann aber mit den übrigen Orden ausgewiesen wurde, hat mich hier besucht und vorgetragen, daß es der Wunsch seines Ordens sei, in Deutschland ein Erziehungshaus für seine Missionäre zu gründen,

— das ist also das Hauptpetitum, welches mir auf der ersten Seite entgegentritt —

damit für die deutschen Ansiedelungen in Afrika die genügende Zahl von Missionären herangezogen werden könne. Ich habe dem Pater Weik gesagt, ich könne ihm keine Hoffnung machen, daß ein ausgewiesener Orden die Genehmigung zur Gründung eines Hauses in Deutschland erhalten würde.

Ich komme darauf zurück, daß nachher nach den unwahren Angaben der „Germania", die durch die Berichtigung widerlegt wurden, diese Geistlichen behauptet hätten, ihnen wäre vom Botschafter Hohenlohe dringend empfohlen, sich an die Reichsregierung zu

[2] Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst.

wenden, und Hoffnung gemacht — während hier berichtet wird: Ich habe dem Pater Weik keine Hoffnung gemacht.

Ich bemerke dabei in Parenthese, was ich früher vergessen habe, daß diese Berichtigung in der „Germania“ doch keineswegs, wie der Herr Vorredner anzunehmen schien, den Zweck gehabt hat, ein Regierungsprogramm zu entwickeln — ich glaube nicht, daß wir dazu gerade dieses Blatt gewählt haben würden (Heiterkeit rechts), sondern sie hatte ausschließlich den Zweck, den Mangel an Wahrheitsliebe, den das Blatt, in dieser Sache wenigstens, in auffälliger Weise an den Tag gelegt hatte, der allen Tatsachen ins Gesicht schlug, zu kennzeichnen und dem zu widersprechen. Wenn der Herr Vorredner aus dieser Berichtigung ein Regierungsprogramm hat konstruieren wollen, das hier vertreten werden sollte, und woraus er Konsequenzen ziehen könne, ja dann überschätzt er doch die Bedeutung der „Germania“, wenigstens diejenige, die wir regierungsseitig ihr beilegen.

Also der Botschafter hat dem Pater keine Hoffnung darauf gemacht, daß er die Genehmigung zur Gründung eines Hauses in Deutschland erhalten werde, stellte ihm aber anheim, mir sein Projekt in Form eines Briefes einzureichen, „um die Genehmigung Ew. Durchlaucht erhalten zu können.“ Infolgedessen hat mir Pater Weik einen Brief geschrieben.

Dann kommt wieder in der Sprache des „richtigen Deutschen“ (Heiterkeit) vom 4. Oktober ein Schreiben an den Fürsten Hohenlohe:

> La Congrégation du Saint-Esprit usw. demande au Gouvernement allemand de lui permettre de fonder en Allemagne une maison â fin de former des missionaires pour les colonies allemandes en Afrique,

Das waren eben die Phrasen, die ich auf dem ersten Blatte schon fand. Dann werden die Dienste geschildert, die sie zu leisten sich anheischig machen:

> dans le but principal de l'évangélisation et civilisation des races noires.

Ebenso ist dann wiederum in einem Schreiben an meinen Sohn in derselben Sprache vom 22. Oktober gesagt:

> Nous avons déja eu l'avantage d'en entretenir M. le Prince de Hohenlohe à Paris et à notre passage à Bade. Monsieur le Gouverneur d'Alsace et de Lorraine nous a fortement conseillé de nous adresser à Votre Excellence

— Sie haben eben gehört, worin das bestand —

> pour lui faire voir tous les avantages qui en résulteraient pour le Gouvernement allemand.

Dann ein Schreiben vom 23. Oktober an mich:

> Nous avons l'honneur de prier Votre Altesse de vouloir bien nous faire connaître la décision prise par le Gouvernement allemand au sujet de la proposition que le Père Weik a adressée par l'entremise de M. le Prince de Hohenlohe usw.

Nun, ich führe Ihnen das alles an, um zu zeigen, daß für uns der französische Charakter dieser ganzen Petition durchaus vorwiegend bleibt, und daß ich nicht weiß, wo der Herr Abgeordnete Reichensperger seine Überzeugung hergenommen hat, daß das „richtige Deutsche“ wären. Der Herr Vorredner sprach leider nach seinen Stimmmitteln nicht so deutlich, daß ich hier alles verstehen konnte — er führte aber etwas an über den Bescheid, den die Patres erhalten haben sollten. Deshalb habe ich es mir notiert und die Akten

nachgesehen. Nach letzteren hatte ich telegraphisch in Paris angefragt und die Antwort erhalten:

> Pater Weik ist vor wenigen Tagen auf Grund des Erlasses vom 8. Oktober dahin beschieden worden, daß die bestehende Gesetzgebung eine Gewährung seines Gesuches nicht zulasse.

Ich kann auch noch einige Erläuterungen zu diesem kurzen Telegramm geben. Der Botschafter berichtete am 10. November auf weitere Erkundigungen:

> Nach dem Empfang des Erlasses vom 8. Oktober zitierte der Geschäftsträger den Pater Weik zur Entgegennahme eines mündlichen Bescheides auf die Botschaft.

Nach den Entstellungen, die hier über mündlichen Verkehr unter vier Augen in die „Germania" gelangt sind, hatte ich gewünscht, daß mündliche Unterredungen vermieden würden, oder, wenn sie stattfänden, in Gegenwart von Zeugen stattfinden müßten. Zu meinem Bedauern ist das nicht vollständig befolgt worden.

> Pater Weik kam der Aufforderung erst vor wenigen Tagen nach; er traf den Geschäftsträger in der Nähe der Botschaft auf der Straße, und er erhielt mündlich nun den Bescheid, daß wegen der bestehenden Gesetzgebung sein Gesuch nicht erfüllt werden könne. Der Pater war darüber niedergeschlagen; er wollte mich sprechen und sich an meine Vermittlung wenden. Der Geschäftsträger erklärte ihm, daß dies nutzlos sein würde, und daß die Botschaft angesichts der Lage der Gesetzgebung nicht weiter für ihn vermitteln könne. Wenn er hoffe, bei dem für Missionstätigkeit in unseren Kolonien herrschenden Interesse später einen Ausweg zu finden, müsse ihm überlassen bleiben, dies selbst zu tun. Darauf ging der Pater, und er hat weder mich noch sonst ein Mitglied der Botschaft gesprochen.

Ich führe diese scheinbar unbedeutenden Details nur an, um den Beweis zu liefern, daß die Details, die der Herr Vorredner hier angab über die Bescheidung, und die Konsequenzen, die er daraus gezogen hat, in den wirklichen Vorgängen in Paris keine Unterlage finden.

Dann erlaube ich mir zur Aufklärung meiner Stellung zur Sache noch einige Aktenstücke Ihnen vorzulesen, die ich hier zum Abdruck geben kann. Zunächst meine Instruktion aus Friedrichsruh vom 26. Oktober behufs Erteilung von Instruktionen an den Botschafter in Paris. Dieselben lauten dahin:

> Die Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie ist laut Beschluß des Bundesrats vom 13. Mai 1873 mit dem Orden der Gesellschaft Jesu als verwandt anzusehen und daher nach dem Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 nicht berechtigt, innerhalb des Reichsgebietes Niederlassungen zu unterhalten. Die in Deutschland früher vorhandenen Niederlassungen der Kongregation in Marienthal, Regierungsbezirk Koblenz, und Marienstadt, Regierungsbezirk Wiesbaden, sind demzufolge aufgelöst worden. Es liegt mithin eine gesetzliche Unmöglichkeit vor, den genannten Geistlichen die erbetene Erlaubnis zur Eröffnung einer Erziehungsanstalt in Deutschland für Zwecke der überseeischen Mission zu erteilen.
>
> Die Notwendigkeit eines ablehnenden Bescheides würde aber auch dann vorliegen, wenn es sich nur um eine Ermächtigung zur Gründung von Missionshäusern dieser Gesellschaft in Kamerun selbst handelte. Denn einmal werden die Reichs-

behörden auch bezüglich der überseeischen Gebiete nicht im Widerspruch gegen die Reichsgesetze verfahren können, und sodann erscheint es bedenklich, die Ausübung der Missionstätigkeit daselbst in französische Hände zu legen. Sowohl Weik als Stoffel sind, obgleich deutscher Abkunft, naturalisierte Franzosen —

das sind also die „richtigen Deutschen" des Herrn Vorredners —

und haben diese ihre Eigenschaft dadurch hervorgehoben, daß sie sich in allen ihren hier vorliegenden Eingaben ausschließlich der französischen Sprache bedienen. Als Jesuiten und als Franzosen werden sie den Befehlen ihres von Paris aus geleiteten Ordens gehorchen, und ihre deutschfreundlichen Protestationen ermangeln der Glaubwürdigkeit. Wir werden vielmehr darauf gefaßt sein müssen, daß sie, wenn sie Einfluß daselbst gewinnen, diesen im antideutschen Interesse benutzen werden. Ich bin der Ansicht, daß die Förderung des Missionswesens in den überseeischen Besitzungen des Reiches denjenigen Missionsgesellschaften zu überlassen sein wird, welche einen deutschen Charakter tragen, und von denen nicht zu befürchten ist, daß sie den Einfluß, welchen sie auf die Eingeborenen gewinnen könnten, unter Umständen gegen uns verwerten würden. Der Frieden des Deutschen Reiches ist leider noch immer durch die Stimmung der Franzosen aller Parteien mehr bedroht als von jedem anderen Lande.

Wir haben das Glück gehabt, mit der französischen Regierung jederzeit in Frieden und gutem Einvernehmen zu leben. Wir können nicht dasselbe sagen von den französischen Parteien, und Vorkommnisse, wie sie bei Gelegenheit der aufregenden Vorgänge in Spanien[3] und einiger anderen stattgehabt haben, wo die öffentliche Meinung, unbewacht, ungezügelt und unbeeinflußt von der Weisheit der Regierung, ihren ersten Ausbruch fand, haben zu unserem Bedauern gezeigt, daß in allen Parteien der leitenden Organe die Feindschaft gegen Deutschland, die Möglichkeit, daß der Augenblick einst kommen könne, an Deutschland Rache zu nehmen, und den Willen, dieses zu tun, als die beste Grundlage ihrer Bewerbung um die öffentliche Gunst bei den Wahlen und in der öffentlichen Meinung ansehen. (Hört! hört! rechts.)

Diese Erscheinung, kann ich nicht leugnen, hat mir einen Eindruck gemacht. Niemand kann dafür die französische Regierung verantwortlich machen; denn, wie gesagt, alle Regierungen, mit denen wir seit 1870 zu tun gehabt haben, haben gleich uns die Überzeugung gehabt, daß es beiden Nationen nützlich und ersprießlich ist, den Frieden zu erhalten, und haben ehrlich das ihrige getan, um diese Überzeugung zu verwirklichen. Aber nach dem Gewicht der öffentlichen Stimmung in Frankreich, nach der lebendigen Eindrucksfähigkeit der Nation können wir nicht mit der jedesmaligen Regierung allein rechnen, wir müssen mit der Empfindlichkeit der Saiten, der Chorden rechnen, die in der Bevölkerung Anklang finden, und die derjenige, der die Bevölkerung für sich gewinnen will, wie wir sehen, in allen Parteien mit Vorliebe anschlägt.

Es ist deshalb zu meinem Bedauern für die Fälle, die möglich sind, von denen ich nicht hoffe, daß sie eintreten, eine Vorsicht in der Organisation unserer exponierten kolonialen Stellungen mehr als wo anders notwendig. Deshalb schließt diese Instruktion auch:

---

[3] Wo wegen des Streits um die Karolinen heftige Demonstrationen gegen Deutschland stattfanden.

Sollten unsere angestrengten Bemühungen ihn

— also den Frieden —

zu erhalten, einmal in Zukunft erfolglos bleiben, so ist kaum zu erwarten, daß die Emissäre der Pariser Congrégation du Saint-Esprit und ihre Klienten in Afrika auf der Seite Deutschlands stehen würden. (Sehr richtig! rechts.)

Dann dient zur weiteren Beleuchtung der Sache noch folgender Bericht, der mir auf Erkundigung über dieselbe Frage erstattet wurde:

> Bei Vorlage des beifolgenden Artikels der „Germania“ vom 27. d. M. wird bemerkt, daß dem Pater Weik, als derselbe persönlich um Bescheid auf seine letzte Eingabe bat, von dem Referenten Dr. Krauel mündlich eröffnet wurde, daß mit Rücksicht auf das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 und auf die durch Bundesratsbeschluß ausgesprochene Verwandtschaft der Kongregation vom heiligen Geist und heiligen Herzen Mariä mit der Gesellschaft Jesu die Erlaubnis zur Gründung einer Missionsschule in Deutschland nicht erteilt werden könne.

Sie werden gesehen haben, daß das das prinzipielle Petitum war und das in Bezug auf Kamerun nur das subsidiäre.

> Auf die fernere Frage des Herrn Weik, ob eine Niederlassung der Kongregation in Kamerun selbst gestattet wäre, erwiderte der Referent, daß wir vorzögen, in den überseeischen deutschen Schutzgebieten deutsche und keine französischen Missionäre zu haben, ebenso wie die Franzosen in ihren Kolonien französischen Missionären den Vorzug gäben. Wir müßten wünschen, daß die dortigen Eingeborenen deutsch lernten und nicht die französische Sprache, deren die Herren Weik und Stoffel sich in ihren Eingaben an das Auswärtige Amt bedient hätten. Die Engländer verfolgten das gleiche Prinzip, weshalb auch die bisher allein in Kamerun bestehende Missionsgesellschaft der englischen Baptisten den Wunsch zu erkennen gegeben hätte, ihre dortigen Stationen aufzugeben und die Fortsetzung des Missionswerkes einer deutschen Gesellschaft zu überlassen.

Der Herr Vorredner wird daraus ersehen, daß also auch die Engländer, die ja auch Mitkontrahenten der Kongoverträge sind, ihrerseits darauf halten, nicht nur in den englischen Kolonien die Tätigkeit der Missionare zu kontrollieren, sondern auch da, wo sie ein Territorium, das von englischen Missionären bearbeitet worden ist, durch ihre Verträge an uns abgetreten haben, es vernünftig und natürlich finden, daß die englischen Missionsgesellschaften sich von dort auf englisches Gebiet zurückziehen und Verkaufsgeschäfte mit den deutschen Missionsgesellschaften einleiten mögen, namentlich mit der in Bremen, wenn ich nicht irre, um ihrerseits dort depossediert zu werden. Also die Engländer tun dasselbe wie wir, obschon auch sie die Prinzipien der Kongokonferenz anerkannt haben. Uns schiebt der Herr Vorredner das als eine Art von Doppelzüngigkeit in die Schuhe. Ich glaube auch nicht, daß eine englisch sprechende Baptistengesellschaft, wenn sie sich in englischer Sprache an die französische Regierung wenden wollte und fragen, ob sie in den zwischen den englischen Gebieten Afrikas liegenden französischen Kolonien ihrerseits englisch missionieren könnte, eine zustimmende Antwort von der französischen Regierung erhalten würde. Sie verlangen von uns, daß wir Dinge tun, die in keinem anderen Lande geschehen. Daß wir die Interessen des Landes gegenüber den Interessen

einzelner Konfessionen, ja selbst einzelner Parteien in den Hintergrund treten lassen, dazu werden Sie unsere Zustimmung nicht erlangen.

Verhandlungen hierüber schwebten augenblicklich mit der Königsberger Missionsgesellschaft.

Pater Weik erkannte hierauf ausdrücklich an, daß auch er für deutsche Besitzungen eine deutsche Mission für die einzig richtige halte.

Darin ist also der Herr Abgeordnete mit dem Pater Weik selbst nicht einerlei Meinung. (Heiterkeit.) Pater Weik hält sich für einen Franzosen, der Herr Abgeordnete Reichensperger hält ihn für einen „richtigen Deutschen".

Gerade von diesem Gesichtspunkte aus habe er eine Anstalt in Deutschland als Pflanzschule für deutsche Missionäre gründen wollen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches äußerte Referent sich auf Grund persönlicher Anschauungen günstig über die Erfolge der katholischen Mission in China,

— von Natal und den Südseeinseln, welche die „Germania" zitiert, war mit keinem Wort die Rede —

und Weik erzählte von der Tätigkeit seiner Kongregation in Ostafrika, wobei er die Bemerkung machte, daß sich empfehlen würde, die Gebiete protestantischer und katholischer Missionen zu trennen und dabei den Grundsatz der Priorität zu befolgen.

Ich habe nicht verstehen können, ob der Herr Vorredner diesen Grundsatz ausdrücklich verurteilte. Derselbe ist hiernach eigentlich nicht auf unserem Boden gewachsen, sondern die katholischen Missionäre haben dafür gesprochen. Sie haben eben aus ihrer Erfahrung sich überzeugt, daß es für die zu Bekehrenden nicht nützlich ist, wenn in demselben Gebiet Missionäre verschiedener Konfessionen sich bei den zu Bekehrenden den Rang abzulaufen versuchen, wobei es nicht immer dabei bleibt, daß bloß die Vorzüge der eigenen Konfession erörtert werden; man drückt sich vielleicht schärfer aus, um die unrichtigen Vorstellungen der anderen Religion dem Konfirmanden recht deutlich zu Gemüte zu führen. Diese gehässigen Kämpfe von Missionären verschiedener Konfession vor einem zu bekehrenden Publikum sind aus den Akten mehrfach zu meiner Kenntnis gelangt, und die hat Pater Weik als erfahrener Missionär selbst erlebt; deshalb hat er selbst den Gedanken der Priorität angeregt; ich bin selbst darüber noch nicht zu einer festen Überzeugung gekommen, ob das eine oder das andere das Bessere ist. Wir sind ja überhaupt in den Kolonialfragen noch unvollständig informiert, und da können noch Jahre vergehen, wir werden es immer bleiben. Bedenken Sie die Kommunikation, die bei jeder Frage, die hingeht, Monate erfordert. Bei der Ausführung und bei den Erkundigungen, die dort einzuziehen sind, bei den dort weitläufigen Entfernungen und schweren Transporten vergehen wiederum Monate, bei der Rückkehr ebenfalls; kaum zweimal im Jahre kommt eine Korrespondenz überhaupt rund herum, und erschöpfend kann sie in keinem einzelnen Falle sein.

Der Herr Vorredner hat der letzten Konferenz in Bremen einen längeren Teil seiner Rede gewidmet, und zu meinem Erstaunen ist auch die Begründung der Interpellation so gefaßt, als ob etwas besonders Bedrohliches für die Parität der Konfession passiert wäre. Ich habe deshalb hier noch aus den Akten einen Bericht entnommen, der die Beteiligung der Regierung bei den Bremer Sachen betrifft. Derselbe lautet:

Ew. Durchlaucht berichte ich auf die zu dem Referat des Konsuls Raschdau über seine Teilnahme an der Missionskonferenz in Bremen gestellte Frage, welches die Genesis der Anwesenheit eines Vertreters des Auswärtigen Amtes sei.

— Sie sehen also, daß da, wo Sie einen weit angelegten konfessionsfeindlichen Plan vermutet haben, ich am 5. November oder wenige Tage vorher noch der Information über die Genesis der Sache bedurft habe. —

Im Laufe dieses Sommers sind von den meisten deutschen Missionsgesellschaften an Ew. Durchlaucht gerichtete Eingaben hier eingegangen, worin die Bitte ausgesprochen war, den Handel mit Spirituosen in deutschen Schutzgebieten Einschränkungen zu unterwerfen. Um dieselbe Zeit war seitens des Doktors Fabri an Ew. Durchlaucht der Antrag gestellt worden, aus dem Jubiläumsfonds eine bestimmte Summe für die Gründung deutscher Missionen in den Schutzgebieten zu bewilligen. Ew. Durchlaucht lehnten diesen Antrag aus paritätischen Gründen ab, bestimmten aber, daß der Frage näher getreten werde, ob und auf welchem Wege eine amtliche Unterstützung der deutschen Missionen in Afrika bewirkt werden könne. Diesseits wurde hierauf mit dem Königlich preußischen Kultusministerium zum Zwecke näherer Mitteilungen über die Ausdehnung und Wirksamkeit der Missionen in Afrika in Korrespondenz getreten. Bei dieser Gelegenheit teilte Herr v. Goßler mit, daß demnächst eine außerordentliche Konferenz der deutschen Missionsvorstände in Bremen stattfinden werde, welche gemeinschaftliche Schritte bei der Reichsregierung im Hinblick auf unsere Kolonialpolitik und eventuell die Entsendung einer Deputation an Ew. Durchlaucht beabsichtige. Der Herr Kultusminister erklärte sich gleichzeitig bereit, die Konferenz durch einen Kommissar zu beschicken. Inzwischen waren hier verschiedene andere Angelegenheiten angeregt worden, die eine Korrespondenz zwischen dem Auswärtigen Amt und den Missionen erforderlich machten. So sollte der Verkauf der Baptistenansiedlung in Viktoria (Kamerun) an eine deutsche Mission diesseits vermittelt werden; es wurde ferner von dem kaiserlichen Kommissar in der Südsee der Antrag auf Ausdehnung der deutschen Missionstätigkeit nach Neu-Guinea gestellt. Im Interesse der Erledigung dieser verschiedenen geschäftlichen Fragen, wie auch der Verständigung über einzelne der Regierung, wie der Mission gemeinschaftliche Aufgaben erschien es wünschenswert, daß nicht nur ein Beamter des Kultusministeriums, sondern auch ein mit unseren kolonialen Verhältnissen vertrauter Beamter der gedachten Konferenz beiwohne. In diesem Sinne haben Eure Durchlaucht seinerzeit auf meinen Vortrag sich mit der Absendung eines Kommissars durch das Auswärtige Amt einverstanden erklärt.

— Also der hat gar keine Instruktion irgendeiner Art gehabt und keinen Auftrag, die Regierung durch Erklärungen zu binden oder Versprechungen zu machen, sondern seine Beteiligung hatte einen rein informatorischen Charakter und den Zweck, zu verhandeln über die drei Gegenstände, die ich vorher erwähnte. —

Ich bemerke noch, daß die Bedenken, die seitens einiger Mitglieder der Konferenz gegen die Anwesenheit eines Regierungsvertreters geäußert worden sind, sich lediglich darauf bezogen zu haben scheinen, daß die Freiheit der Debatte dadurch möglicherweise Einschränkungen erfahren könnte. Eine mittlerweile eingegangene Eingabe des Konferenzausschusses, worin die Konferenz für die Entsendung eines

Kommissars Ew. Durchlaucht ihren Dank ausspricht und die bekannten Wünsche Hochdenselben übermittelt, füge ich in der Anlage gehorsamst bei.

Sie sehen also, daß das eine ganz unschuldige Sache ist, und die mit irgendwelchen bedenklichen Neigungen der verbündeten Regierungen gegen die katholische Konfession in gar keinem Zusammenhange steht.

Ich führe Ihnen nochmals zu Gemüte, daß, wenn solche Neigungen überhaupt bei irgendeiner der deutschen Regierungen vorhanden wären — daß sie es bei der preußischen nicht sind, das kann ich mit Bestimmtheit versichern — aber wenn sie vorhanden wären, daß Sie nicht nur an dem König von Preußen, sondern auch an den katholischen Mitgliedern des Deutschen Reichs, an den regierenden katholischen Fürsten, ganz bestimmt die Wächter Ihrer Interessen und Ihrer konfessionellen Berechtigungen finden würden. Ich möchte empfehlen im Interesse der parlamentarischen Einheit: Überlassen Sie doch die Wächterrolle mehr den katholischen Bundesgenossen im Bundesrat! (Widerspruch im Zentrum. Heiterkeit.) — Es sind das wahrlich keine lächerlichen Dinge; mir sind sie gar nicht lächerlich. — Jedenfalls sind diese die Vertreter Ihrer Konfession und im Interesse des deutschen Friedens bedachtsamer; die Motive ihrer Vertretung sind jederzeit klar und durchsichtig — das kann ich von denen der Interpellation heute nicht sagen. Sind Sie in Sorge, daß der Kulturkampf einschlafen könnte, und sind Sie in der Notwendigkeit, die Regierung schwärzer darzustellen und feindseliger und kampfbegieriger, als sie wirklich ist? Nun, meine Herren, dann warten Sie doch einen Moment ab, wo solche Behauptungen mehr Wahrscheinlichkeit haben, als in diesem! An dieser einfachen Darstellung aus den Akten scheitert ja Ihr ganzer Anlauf. Ich weiß nicht, wie viel Zeit wir darauf verwandt haben — über zwei Stunden, die wir nützlicher hätten anwenden können — um die Mißverständnisse klarzulegen, die hier obgewaltet haben, die von der „Germania" und von deren Berichterstattern künstlich erzeugt worden sind. Wenn Sie Ihre Sache hier in einer von unserer Regierungsauffassung abweichenden Art vertreten wollen, so möchte ich im Interesse derselben empfehlen, sie an andere Punkte als an die Wahrheitsliebe der „Germania", die hier hauptsächlich von Ihrer Fraktion rehabilitiert werden soll, anzuknüpfen; denn da beruht sie auf einem schwachen Grunde. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst, die Besprechung der Interpellation eröffnend, sieht in der Rede des Reichskanzlers vielfach eine Verdunkelung. Er bestreitet die französische Nationalität der beiden Missionare; die Sprache der Gesuche beweise das Gegenteil nicht. Mit deutschen Diplomaten könne mancher überhaupt kaum sprechen, ohne daß sie in fünf Minuten sechs französische Worte einmischten. Er hält den Ausschluß der Jesuiten von der Mission für gleichbedeutend mit dem Ausschluß der katholischen Mission, ja der christlichen Mission überhaupt, da protestantische Kräfte fehlten. Er sieht Bismarcks Äußerungen als dem Artikel 6 der Kongoakte widersprechend an. Zur Beschuldigung der Jesuiten, sie seien reichsfeindlich, habe der Kanzler um so weniger Grund, da er mehr für Preußen als für Deutschland fühle. Man werde infolge der durch die Sozialdemokratie herbeigeführten Auflösung aller Verhältnisse noch einmal die Jesuiten wieder herbeiwünschen. Daß das Zentrum die Kolonialpolitik nicht unterstützt habe, sei falsch. Nur sei volle Freiheit der Mission Vorbedingung jeder Kolonisation. Fürst Bismarck erwidert:

Der letzte Herr Vorredner hat bei mir den Eindruck des ersten, daß es sich hier hauptsächlich um ein Vorgefecht für die Kolonialdebatte handelt bei dieser Interpellation, wesentlich bestätigt, und die Herren werden mir zugeben, daß wir uns plötzlich mitten in der Kolonialdebatte befinden. Alles andere ist darüber in den Hintergrund getreten. Die Art, wie die Kolonien zu behandeln sind, wie die Gesetzgebung darin einzuführen sein würde, der historische Rückblick auf die Stellung der Parteien zur Kolonialfrage — alles

ist in der Rede des Herrn Führers der Zentrumspartei reassumiert worden, und er hat damit dasselbe getan, was er mir am Anfange seiner Rede schuld gab, nämlich das punctum saliens der Diskussion verschoben. Er hat die ganze Frage von ihrem Ausgangspunkte hinüber geschoben auf eine allgemeine Kolonialdebatte. Es handelte sich ursprünglich gar nicht um Kolonien, sondern es handelte sich darum, ob zwei französischen Geistlichen gestattet werden solle, in Deutschland eine Missionsschule zu gründen, in Widerspruch mit der bestehenden Gesetzgebung — fonder une maison, eine Schule herzustellen, in der Missionäre für die Kolonien erst auszubilden wären. In alledem, was ich Ihnen vorgelesen habe, ist von den Kolonien immer nur sekundär die Rede gewesen. Das Hauptpetitum bezog sich hierauf. Und zweitens handelte es sich um die Wahrheitsliebe der „Germania“ und um die Berichtigung, welche dieselbe durch den Herrn v. Boetticher erfahren hatte. Davon war in der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst, so viel ich bemerkt habe, gar keine Rede — er ist darüber hinweggegangen; mit der ihm eigentümlichen beredten Geschicklichkeit hat er die Diskussion auf ein ganz anderes Thema übergeschoben, auf dem man vieles behaupten und vieles bestreiten kann, was aber hier von mir gar nicht behauptet oder nicht bestritten worden ist. Er hat auch daran erinnert, wie er mit der gleichen geschickten Beredsamkeit, wie heute, früher für die Kolonialbestrebungen eingetreten ist — das heißt doch immer mit der Wirkung, daß die Kolonialbestrebungen nichts dabei gewannen. (Heiterkeit rechts.) Nach seinen Reden, nach der heutigen wie nach denen im vorigen Jahre, ist gewiß jedermann zweifelhaft geworden, ob schließlich der Herr Redner mit Entschiedenheit für das eine oder für das andere eintreten würde, und er hat eigentlich einen gewissen Sport darin gesucht, die Meinung darüber in Ungewißheit zu erhalten, wofür er sich schließlich entscheiden werde. Auch nach seiner heutigen Rede wird, wer sie im stenographischen Bericht liest, nicht schließen können, ob er für oder gegen die Kolonialbestrebungen sei. Er ist für Kolonien in seinem Sinne, gegen die Kolonien im allgemeinen. Er hat gewarnt, er warnt auch jetzt vor Irrtümern, und er hat für und gegen gesprochen, und nach allem kann ich nur sagen, er hat mit großer Vorsicht gesprochen, wie er selbst sagt (Heiterkeit rechts), aber unterstützt hat er die koloniale Frage früher nicht, und wir verlieren an der Unterstützung, die er heute geleistet hat, auch nichts. Er hat Anträge gestellt; hat er die aus Begeisterung für das Kolonialsystem gestellt? Ich glaube kaum; das System ist zu neu, um irgendeine Begeisterung in einem so kühlen, klaren Kopfe zu bewirken (Zuruf aus dem Zentrum: Ungefähr so alt wie der Ihre!); er hat gerechnet mit dem Eindruck, den das auf gewisse für Kolonien nun einmal enthusiastische katholische Wähler machen würde. Das ist in seiner Stellung ganz natürlich; er darf die Wähler nicht gerade vor den Kopf stoßen, und er darf anderseits seiner eigenen Überzeugung nach diesen kolonialen Irrtümern und Begeisterungen sich nicht geradezu hingeben. Da ist ihm eben eine Gabe der Beredsamkeit und des Rätselaufgebens verliehen, wie, glaube ich, keinem anderen in dieser Versammlung. Es wird ihm das keiner nachmachen; ich wenigstens bin durchaus unfähig dazu.

Wenn ich rückblickend seine Argumente wieder aufnehmen darf, so hat mich eins überrascht — ich erinnere mich an die bekannte Stelle in der heiligen Schrift von Herodes und Pilatus, wie die einig wurden — ohne daß ich etwas Persönliches damit verbinden will —: die Tatsache, daß die Autoritäten Windthorst und Virchow heutzutage zusammenfallen in Bezug auf die klimatischen Einwirkungen in den Kolonien. (Heiterkeit.) Es

spricht sich das ganze Bündnis der prinzipiell entgegengesetzten Parteien, die wir in diesem Hause haben, der Zentrumspartei — eigentlich doch der äußersten Rechten unter uns — und der fortschrittlichen Partei, aufs klarste aus in dieser auffälligen Übereinstimmung der beiden Koryphäen dieser beiden entgegengesetzten Parteien in einer freilich nur wissenschaftlichen Frage; aber es ist mir doch interessant, und als Zeichen der Zeit möchte ich, daß von dieser Übereinstimmung mehr Akt genommen werde, als sonst vielleicht geschähe; ich suche zu verhindern, daß sie in den Wogen der Diskussion verschwinde.

Der Herr Abgeordnete hat sich darauf berufen, daß Friedrich der Große und Katharina den Nutzen der Jesuiten nicht verkannt hätten, daß sich das seitdem aber geändert hätte, daß die Prinzipien in Preußen andere geworden wären. Nun, ich bestreite das; ich behaupte, die Jesuiten haben sich geändert. (Heiterkeit im Zentrum. Stimme: Sint ut sunt, aut non sint!) — Ja, wie sie „sunt", das will ich Ihnen gleich sagen. Die Jesuiten stellen sich mit der Macht gleich. Friedrich der Große war damals in Macht, er hatte nichts zu befürchten, er war stark genug, um sich ihrer zu erwehren. Katharina war es noch viel mehr; die konnte, was sie an jesuitischen Schöpfungen bei sich duldete, mit einem Griffe ihrer Hand wieder vernichten. Die Jesuiten gingen mit ihr, weil sie die Macht hatte. Heutzutage haben die Monarchen und die Konservativen nicht mehr in dem Grade die Macht; die Jesuiten würden auch heute mit der Macht gehen und sich mit der Macht zu stellen suchen und zu stellen wissen, mit der Macht der Zukunft.

Der Herr Vorredner hat gesagt, die Jesuiten wären die Klippe, an welcher die Sozialdemokratie scheitern würde. In keiner Weise — das glaube ich nicht; die Jesuiten werden schließlich die Führer der Sozialdemokraten sein (große Heiterkeit im Zentrum), und ich halte es nicht für bewiesen, daß nicht unter den heutigen Führern schon einige sein können, die ihre Weisungen ganz wo anders her als vom Papste empfangen, auch nicht von dem Zentrum der roten Internationale, sondern von dem von beiden unabhängig stehenden Elemente des Jesuitenzentrums. Ich halte das sehr leicht für möglich; jedenfalls gewärtige ich den Beweis des Gegenteils mit derselben Sicherheit, mit welcher der Herr Vorredner mir bestreitet, daß die Patres Weik und Stoffel Franzosen wären. Er sagt mir, es wäre das noch nicht bewiesen. Ja, ich bestreite alles, was der Herr Vorredner darüber irgend gesagt hat, und gewärtige den Beweis davon. (Heiterkeit im Zentrum.)

Mit dem absoluten Königtum werden die Jesuiten immer gehen, mit dem absoluten Parlamentarismus auch, mit der absoluten Demokratie auch. Sie werden immer so schwimmen, daß sie dabei obenauf bleiben und eine gewisse Macht, vielleicht eine reichliche, mit ihrem stets steigenden Vermögen behalten. Ich würde mich freuen über die Parteinahme der Jesuiten für uns — denn sie haben einen feinen Instinkt für die Zukunft; sie gäbe uns eine Anwartschaft und die Hoffnung, daß die Grundsätze, die ich vertrete, in der Zukunft die Herrschaft haben werden. Die Jesuiten sind feine Beobachter — ich spreche mit Hochachtung von ihnen, sie sind eine Kraft, eine Gewalt, der man seine Anerkennung nicht versagen kann. Ich leugne gar nicht, daß sie viel Versuchendes für strebsame Gemüter haben, auch für solche, die an nichts glauben, die aber doch als Machtinstrumente im Jesuitenorden ihr Unterkommen, ihre Verwendung durch überlegene Kräfte und Leute, die sie übersehen, auch vielleicht durch Leute, die von ihnen übersehen werden, stets finden. Es ist eben eine Versammlung, eine Vereinigung geschickter Leute für Zwecke weltlicher Herrschaft, und mit großem Erfolg. Ich bin nie in meinem Leben

Freimaurer gewesen, aber der Erfolg liegt ja heutzutage in der Assoziation, namentlich in der geheimen Assoziation, wo man niemand ansehen kann, wer dazu gehört. Eine Assoziation, die Geld hat, viel Geld hat, das ist eine Macht.

Der Herr Vorredner hat darüber geklagt, daß er und die Seinigen der Reichsfeindschaft verdächtigt würden. Ich muß bestreiten, daß ich irgend etwas Derartiges in meiner Rede angedeutet habe; ich möchte aber doch dem Herrn Vorredner empfehlen, sich des Sprichworts zu erinnern: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist. Wer sind denn die Herren, die mit ihm die Interpellation heute unterzeichnet haben? Es sind die Welfen, es sind die Polen. Halten Sie die beiden für Reichsfreunde, für Freunde dieses Reiches — ich will nicht mit Sophismen streiten —? Ihre beiden Ihnen zur Seite stehenden Freundesparteien sind es ganz gewiß nicht und werden das selbst von sich nicht behaupten, daß sie Freunde des jetzt bestehenden Reiches wären. Das wirft einen gewissen Schatten auf diese starke Zentrumspartei, die angeblich nur die katholischen Verhältnisse und katholischen Interessen vertritt, daß sie von diesen notorischen Reichsgegnern geradezu umgeben und unterstützt ist. Finden wir nicht außerdem, daß in allen Verlegenheiten, die das Deutsche Reich im Auslande hat, von Spanien bis Rußland, von Polen, von England bis nach dem griechischen Meere hin, daß überall, wo für das Deutsche Reich eine Verlegenheit auftaucht, wenigstens die „Germania“ doch ganz sicher jedes Mißerfolges der deutschen Politik sich jubelnd freut, gern davon Notiz nimmt, ihn annagelt, ihn breit tritt, jeden Erfolg benörgelt und bemängelt — kurz und gut, sehen wir sie nicht immer auf Seite unserer Gegner? In den ganzen Aufregungen in Spanien, auf die ich mich nicht weiter einlassen will, weil ich glaube, daß sie gerade in diesem Moment ihrer vollständigen Lösung entgegengehen, haben wir nicht nur die ultramontane spanische Presse, die „Union“, ins Auge zu fassen, sondern auch deren Gegenstück hier in Deutschland. Haben wir nicht hier ununterbrochen die Parteinahme gegen das Reich, in allen Schwierigkeiten, die wir mit Frankreich haben, in allen Schwierigkeiten, die uns von polnischer Seite entstehen können? Ich glaube, der Herr Vorredner verwechselt da meine Rede und deren Inhalt mit den Eindrücken, die im allgemeinen von vielen Seiten deutscher Patrioten kommen. Ich habe in meiner Rede nichts gesagt von Reichsfeinden, ich habe davon gar nicht gesprochen; aber der Herr Vorredner hat vielleicht das Gefühl, daß er und seine Freunde in der Presse von vielen Seiten nicht für Freunde des Reiches gehalten werden in ihrem letzten Innern, und das macht ihn empfindlich und mißtrauisch, er sieht sehr leicht bei mir einen Stich darauf. Ich halte den Herrn Vorredner für vollständig reichsfreundlich mit dem Zusatze: „Er dient ihm auf besondere Weise, auf seine Art.“ (Heiterkeit.) Ich halte nach seinem Ideale den Herrn Vorredner für einen Deutschen. Aber seine Ideale sind eben nicht meine. Also über den Vorwurf sollte der Herr Vorredner mir gegenüber nicht empfindlich sein; denn ich weiß wirklich nicht — ich habe alles, was in mir an Empfindung in der Richtung aufkeimt, so sorgfältig als möglich unterdrückt, nicht weil ich es für unrichtig hielt, aber weil ich hier als Reichskanzler stehe und als solcher nicht das Recht habe, Insinuationen der Art zu machen. Ich will mir die Rede sehr genau durchlesen, ob vielleicht stärkere Eindrücke, als ich gewollt, bei mir irgendwo durchgeschienen haben. Ich würde das bedauern. Ich habe nicht die Absicht gehabt, von Reichsfeinden zu sprechen — cela aurait été plus fort que moi — ich bitte um Verzeihung, der Herr Vorredner hat über französische Redensarten von Diplomaten

gesprochen. Ich muß dabei doch mein Verdienst für mich in seinen Augen hervorheben; ich erst habe die französische Sprache aus unserer Diplomatie vertilgt (Hört! rechts.): Ich habe als Gesandter noch französisch berichten müssen — nicht aus Frankfurt, aber aus Petersburg und Paris; unsere ganze amtliche Sprache war französisch, und erst seit 1862, seit ich Minister bin, ist sie deutsch geworden. (Bravo! rechts.) — Das nur in Parenthese. —

Die wiederholten Anführungen dessen, was im Kongogebiet gilt, kann ich doch hier nicht für zutreffend annehmen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er hätte gehofft, ich würde hier als der europäische Diplomat auftreten, der ich in der Kongoverhandlung gewesen wäre, und er schloß, daß er geglaubt hätte, einen evangelischen Missionär aus mir zu hören. Dazu habe ich ihm auch gar keinen Anlaß gegeben, ich bin viel zu wenig Theolog und viel zu wenig zu dogmatischen Streitigkeiten auf- und angelegt, um diese Bezeichnung gerade naheliegend zu machen. Ich dachte, er würde sagen, er hätte in mir den Landrat von Kamerun gesehen (Heiterkeit) — das wäre viel eher zutreffend gewesen; ich bin, wenn auch nicht der Landrat selbst, doch einigermaßen für das, was dort geschieht, verantwortlich, und da habe ich doch ganz andere Interessen, als wenn ich auf der Konferenz für ein niemand gehöriges Land ein neues Reglement machen soll. Aber ich akzeptiere auch die Kongoprinzipien durchaus für Kamerun, mit der alleinigen Ausnahme, zu welcher die deutschen Gesetze, die Sicherheit dieses Gebiets in vorkommenden Kriegsfällen mich zwingen. Wir sind doch dort von französischen Besitzungen auf beiden Seiten naheliegend begrenzt, und der Herr Vorredner kann doch nicht von mir verlangen, ich solle eine französische Mission, deren unbedingt befehlender Vorsitzender in Paris wohnt, dort etablieren; dazu ist in den Kongogrundsätzen, die wir festgelegt haben, auch nicht der mindeste Anhalt, daß wir Angehörige des Staates, der, im Falle die Gelegenheit sich böte, am meisten bereit ist, uns feindlich gegenüberzutreten, gerade in unseren Besitzungen Wurzel schlagen lassen. Der Herr Vorredner hat gesagt, die Herren Weik und Stoffel wären keine Franzosen. Ich weiß nicht, woraus er die Autorität nimmt, dies zu bestreiten; es steht aktenmäßig fest. Der eine von ihnen ist durch Geburt Franzose, er ist im Elsaß geboren worden, als es noch französisch war; einer seiner Verwandten ist ein hervorragender Militär in Frankreich gewesen; der andere ist ein geborener Badenser, der freiwillig aus Option Franzose geworden; das ist also ein viel stärkerer Franzose — wer als erwachsener Mann Franzose wird, der hat freiwillig gewählt, der hat damit sich und seine ganze Zukunft dem Dienste des betreffenden Landes wohl erwogen geweiht. Es geht hier wie mit allen Konvertiten und Renegaten, die ja viel schärfer in der neuen Richtung arbeiten und wirken als einer, der als Franzose geboren ist; der kann ein ganz vorurteilsfreier Mann sein. Aber wer die französische Nationalität im Gegensatz zu der angeborenen Nationalität wählt, ist ganz gewiß ein sehr scharfer Franzose.

Der Herr Vorredner hat die Kolonialdebatte so weit ausgedehnt, daß er auch das ganze Kolonialsystem, welches wir einzuführen beabsichtigen, und das ich im vorigen Jahre empfohlen habe, von neuem hier der Kritik unterzog und unsere Absichten darüber in Zweifel stellte. Ich kann nach wie vor nur sagen, daß ich, so weit mir die Möglichkeit dazu gegeben ist, stets nur für dasselbe Prinzip eintrete, das ich zuerst in der Budgetkommission — vor ungefähr anderthalb Jahren — ausgesprochen habe, nämlich daß wir keine staatliche Organisation, keine Kolonien in französischem Sinne, keine Garnisonen und dergleichen erstreben, sondern daß wir nur beabsichtigen, dem deutschen Handel mit unserem Schutze zu

folgen, da, wo er sich einrichtet. Das ist mein Ziel; ob wir nun das gleich von Haus aus erreichen können, oder ob wir uns Gesellschaften, die stark genug dazu sind, erst heranpflegen müssen, das weiß ich nicht; aber mein Ziel ist der regierende Kaufmann und nicht der regierende Bürokrat in jenen Gegenden, nicht der regierende Militär und der preußische Beamte; — unsere Geheimen Räte und versorgungsberechtigten Unteroffiziere sind ganz vortrefflich bei uns; aber dort in den kolonialen Gebieten erwarte ich von den Hanseaten, die draußen gewesen sind, mehr, und ich bemühe mich, diesen Unternehmern die Regierung zuzuschieben. Das gelingt nicht leicht; die Herren wollen es sich auch leicht machen; die wollen, daß der Staat nach gewohnter preußischer oder deutscher Art die Fürsorge für sie übernimmt und es ihnen bequem macht. Mein Ziel ist die Regierung kaufmännischer Gesellschaften, über denen nur die Aufsicht und der Schutz des Reiches und des Kaisers zu schweben hat. — Das bemerke ich nur in Parenthese, weil die ganze Debatte von dem Gegenstande der Interpellation, von der Wahrheitsliebe der „Germania" und von der Errichtung einer Jesuitenschule in Deutschland auf das koloniale Gebiet übergeschoben ist ohne mein Verschulden. Der Herr Vorredner hat die Fragen von Schutz, von Regent, von Souveränität angeregt; nicht ich habe es getan.

Der Herr Vorredner hat mir Schuld gegeben, aus meinen Reden ginge hervor, daß ich überhaupt keine Mission außer einer evangelischen wolle. Ja, wie er das behaupten kann — ich bedaure, er hört mir auch jetzt nicht mit anhaltender Aufmerksamkeit zu, er hat seine Befehle nach rechts und nach links auszuschicken; sonst hätte er bei dem Wohlwollen, das er sonst für mich hat, nicht dazu kommen können, mir diese Ungeheuerlichkeit unterzuschieben, gegen die ich mich auf das bestimmteste verwahrt, und die ich für die verbündeten Regierungen — vielleicht erinnert sich der Herr Vorredner dessen — als Absurdität bezeichnet habe, — ich meine die Disparität; er wird in meiner ganzen Rede keine Stelle finden — ich fordere den Herrn Redner auf, mir eine Silbe nachzuweisen — aus der er diese Einseitigkeit deduzieren könnte. Ich habe mich lediglich auf die gesetzliche Regelung dem Jesuitenorden gegenüber bezogen und habe kein Wort davon gesagt, daß man nur evangelische Einrichtungen wolle, weil nur die identisch mit deutsch wären. Ja, da ist wieder tief im Gewissen des Herrn Vorredners eine Stimme laut geworden, ob es nicht Leute gebe, die glauben könnten, daß der internationale und antinationale Einfluß der Jesuiten einen Deutschen von seinem Vaterlande in dem Grade loslösen könnte, daß ihm das Vaterland vollständig gleichgültig wird. Das habe ich berührt; aber es sind doch nicht alle Katholiken Jesuiten; dazu ist der Orden nicht zahlreich genug, und in der großen Masse der Katholiken werden die Meinungen über den Orden sehr geteilt sein. Es ist vielleicht die Stellung der Parteipresse, die ich vorhin dahin charakterisierte, daß sie sich stets auf der Seite der Gegner des Deutschen Reichs befunden hat in den letzten Jahren — die ist vielleicht die Ursache, daß der Herr Vorredner bei allen, die nicht der Parteipresse angehören, diese Empfindung voraussetzt. Sein Blick ist zu scharf und klar, als daß er sich nicht die Konsequenzen der Haltung der Parteipresse klarmachen und einsehen sollte, daß im deutschen Volke allmählich der Gedanke Platz greift: Die „Germania" vertritt Deutschland nicht, vertritt die deutschen Interessen in keinem Falle und in keiner Weise. Von da bis zu der Überzeugung: Sie bekämpft die Interessen des Deutschen Reiches da, wo sie kann — ist nur ein kleiner Schritt, und der wird auch gemacht werden; die katholischen Wähler werden sich davon überzeugen.

Der Herr Vorredner begann damit, daß er der „Germania“ gratulierte zu dem guten Eindruck, den sie mir gemacht hätte. Ich weiß nicht, wie sie mir einen Eindruck machen soll — ich lese sie nicht, ich halte sie nicht; denn was soll ich ein Blatt halten, das sich zur Aufgabe stellt, mich persönlich zu kränken und zu schädigen, wie es kann! Ich vermeide sorgfältig, sie zu lesen. Sie kann mir also keinen Eindruck machen.

Was mir aber einen Eindruck macht, ist, daß ich hier als Gefolge der „Germania“, gewissermaßen als Eideshelfer für deren Wahrheitsliebe, die angesehensten Namen großer Fraktionen unterzeichnet finde, ja ich glaube, die Majorität des Reichstags. Das hat mir imponiert, daß die „Germania“, dieses Blatt, das ich bisher so wenig verehrt habe (Heiterkeit), eine solche Gewalt hat, diese Masse von vornehmen, gewichtigen, weisen und patriotischen Herren in ihrem Schlepptau hinter sich zu ziehen. Das hat mich gewundert. (Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst glaubt in seiner Erwiderung feststellen zu können, daß der Kanzler offenbar die katholische Mission von den Schutzgebieten ausschließen wolle. Der in Bremen proklamierte Grundsatz der Priorität schädige die Parität. Er bekämpft sodann die Auslegung der Kongo-Akte durch den Kanzler; für andere Gebiete proklamiere er Freiheit, für das eigne Land wolle er die Sklaverei erhalten. Denn Sklaverei sei das Verbot dessen, was Religion und Kirche verlangen. Er rechtfertigt sodann das Zusammengehen mit den Freisinnigen und ruft: „Der Turm — des Zentrums — steht und wird stehen!“ Bismarck beharre bei den kulturkämpferischen Tendenzen und beweise, daß er nichts gelernt und nichts vergessen habe; er prophezeit der Kirche in diesem Kampfe den vollen Sieg. Wenn der Kanzler mehr Erfolg habe, als er, so liege das daran, daß er mehr Geld und mehr Soldaten besitze. Es sei an der Zeit, den Katholiken zurückzugeben, was sie unter Bismarck verloren hätten, und die Geschichte werde entscheiden, ob nicht die sogenannte Mißregierung Friedrich Wilhelms IV. besser gewesen sei als die des Fürsten Bismarck. Der Reichskanzler entgegnet:

Ich bedaure, daß das Gespräch zwischen dem Herrn Vorredner und mir sich noch weiter fortsetzt; aber ich kann die wiederholten Irrtümer, die der Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht hat, nicht ohne wiederholten Widerspruch in die Welt gehen lassen.

Der Herr Vorredner hat damit angefangen, daß er die Behauptung wiederholte, aus meiner Rede ginge hervor, daß nur protestantische Missionen in den Kolonien zugelassen werden würden. Ich wiederhole, daß diese Behauptung unwahr ist, und daß der Herr Vorredner sich aus meiner vorigen Rede davon hätte überzeugen können. Ich muß wiederholen: Er kann mir nicht zugehört haben; denn ich vermute von ihm nicht, daß er wider besseres Wissen eine solche Unwahrheit sagen würde. Es ist nicht wahr; ich habe die vollständige Parität und Gleichberechtigung beider Konfessionen anerkannt. Der Herr Vorredner hat seine Taktik einigermaßen gewechselt; er hat in seiner ersten Rede behauptet, ich hätte die katholischen Missionen hindern wollen — in der jetzigen Rede behauptet er nur, nach der Lage der katholischen Kirche, in welche sie durch den Kulturkampf gesetzt würde, sei sie außerstande, ihrerseits die Missionsaufgaben zu erfüllen, wenn sie nicht die französischen Jesuiten zu Hilfe nehme. Darauf sei sie angewiesen. Das war schließlich das Resultat seiner Ausführungen. Er sagte, vermöge des Kulturkampfes sei die katholische Kirche in Deutschland nicht in der Möglichkeit, Priester, die sich mit der Mission befassen könnten, zu erziehen; was bleibe dann weiter übrig, als daß sie sage: Wir müssen nach dem Ausland gehen? Woran knüpft sich denn die ganze Debatte hier im Hause? An den Versuch französischer Jesuiten, unter dem Vorwand eines deutschen Namens in Deutschland gegen das Gesetz eine Jesuitenschule für Missionäre zu begründen. Also wenn Sie das nicht können, wenn Sie keine französischen Jesuiten haben, dann behaupten Sie, ist die katholische Kirche in Deutschland bankerott und kann keine Missionäre mehr liefern. Das

ist das Ergebnis, das Destillat von der Rede, die der Herr Vorredner soeben gehalten hat. Nun, ich behaupte, das ist unwahr. Die katholische Kirche verfügt in Deutschland über außerordentlich reiche Kräfte, und wenn Sie nur einen geringen Teil der Kräfte, die eine traurige Beschäftigung im Kulturkampf und in der Hetze haben, auf die Mission verwenden würden, so würden Sie Gottes reichen Segen damit verdienen und würden nicht das Vaterland verhetzen und in Zwietracht bringen. (Bravo! rechts.) Schicken Sie doch die Mitarbeiter der „Germania" nach Kamerun, die sollen uns dort willkommen sein. (Große Heiterkeit.) Sie haben Kräfte genug überflüssig und brauchen nicht nach dem Sacré-Coeur und den Parisiens zu greifen. Der Kulturkampf kann doch nur einen Teil der deutschen Priester in Anspruch nehmen. Denn, soviel ich weiß, ist er in keinem anderen deutschen Staat, außer in Preußen, und auch dort existiert er faktisch nicht mehr; es kostet die größte Mühe, ihn einigermaßen zu beleben; man muß ihn aufkitzeln und aufpeitschen (Beifall rechts); man muß künstliche Vorwände finden, daß die katholische Kirche gekränkt sei, wie diese Interpellation zu Gunsten der Wahrheitsliebe der „Germania" — die muß man sich ausdenken, um doch einen Streitpunkt zu schaffen. Es ist wirklich „Gracchos de seditione querentes" — das ist ja ein altes, abgebrauchtes Gleichnis —, aber es wird uns hier die Klage über die Fortdauer des Kulturkampfes jedesmal aufgetischt, wenn der Reichstag eröffnet wird; das ist das erste, daß eine aufreizende, den Kulturkampf in Szene setzende Interpellation eingereicht wird. Dann sagen Sie doch nicht, daß Sie Leute des Friedens sind. Beklagen Sie sich doch nicht über die Fortsetzung des Kampfes, dessen Sie bedürfen, um als Partei Geltung zu haben. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat sich auf die Anlehnung anderer Kolonialmächte an die Missionen berufen. Ich bin doch sehr zweifelhaft, ob die Franzosen in dem uns benachbarten Gabun eine deutsche Mission evangelischer Konfession zulassen würden, trotzdem daß Frankreich die Kongogrundsätze ja ebensogut proklamiert hat wie wir. Wenn einer in deutscher Sprache sich an eine französische Regierung wenden würde — es würde ein Deutscher kaum den Mangel an Blödigkeit haben, das überhaupt zu versuchen, wie diese Franzosen —, wenn sich jemand damit an die französische Regierung wenden wollte: Seid doch so gut, uns eine protestantische deutsche Mission in Eurem Kolonialgebiet einzuräumen — jeder französische Beamte und Staatsmann würde das mit einer ironischen Heiterkeit und als eine Verhöhnung auffassen; bei uns aber wird es ernsthaft genommen, und es gibt eine Menge Leute, die, weil wir uns nicht den Franzosen in den Pelz setzen wollen, uns dafür anklagen, als ob wir den konfessionellen Zwist damit fördern. Wo sie ein Motiv herausklauben können, um die Regierung des Kulturkampfes zu beschuldigen, da wird es sogleich an die große Glocke gehängt, so daß man mitunter über das Maß von Haß und Übelwollen, daß in dieser Geschicklichkeit liegt, Kulturkampf zu finden, erstaunt und erschrocken ist.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, ich hätte nichts gelernt und nichts vergessen. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe manches vergessen; ich habe viele Beleidigungen vergessen, ich bin versöhnlich, in den Auffassungen entgegenkommend geworden. Gelernt habe ich in den letzten Jahren, daß nach den Grundsätzen, mit denen die Politik uns gegenüber geleitet worden ist, weder der Preußische Staat noch das Deutsche Reich auf die Dauer bestehen kann (Bravo!), und daß ich die Einrichtungen ohne diese Grundsätze treffen muß. Die Entscheidung hat mich manche Erwägung, manche schlaflose Nacht

gekostet — aber diese Grundsätze haben uns jede Möglichkeit des Friedens künstlich abgeschnitten. Wenn wir mit Rom nahe an der Verständigung waren, kam ein alarmierender Antrag dazwischen, eine Interpellation, die das Motiv zu heftigem Kampf geben konnte, so daß die Regierung unter einer heftigen Bedrohung und Gewalttat zu stehen schien, wenn sie irgendwie entgegenkam. Ja, meine Herren, wenn ich zwischen zwei Fraktionen eine Wahl treffen muß, so muß ich mich für diejenige entscheiden, die mir für die nationale Zukunft des Reiches die stärkeren Garantien bietet. Ich bin weit entfernt davon — der Herr Abgeordnete schien es zu glauben —, ihn in seiner Politik irremachen zu wollen. Das wäre ein verwegener Gedanke von mir; wie würde ich darauf kommen, daß der Herr Abgeordnete in seinen Jahren, so wie er sich festgenagelt hat trotz aller Geschicklichkeit in der Rede, umkehren, und daß ich diese große bedeutende Fraktion überzeugen sollte! Das hat mir ja niemals einfallen können. Und nachdem ich das gelernt habe, mit Betrübnis gelernt habe, daß ein Bund mit den Herren nicht zu flechten ist, ohne die Existenzbedingungen der preußischen Monarchie aufzugeben, habe ich meine Wahl treffen müssen.

Wenn der Herr Vorredner sich auf die Franzosen beruft und deren Behandlung der Missionäre, so möchte ich ihm doch zur Erwägung geben, daß die französische Nation mit der Art, wie die französischen Kolonien verwaltet worden sind, nicht überall einverstanden zu sein scheint. Ich weiß nicht, ob sie darin nicht vielleicht unrecht hat; aber er sollte sich auf dies Beispiel nicht gerade berufen. (Ruf im Zentrum: Doch!) In Paris, glaube ich, wird man dies Zeugnis nicht unterschreiben, daß die Zufriedenheit mit der französischen Kolonialverwaltung den Missionen zu verdanken sei. Ich lese wenig Zeitungen, aber ich glaube daraus schließen zu dürfen, daß gerade die Kolonialfrage zu Meinungsverschiedenheiten in Frankreich Anlaß gegeben hat. Die Missionäre sind dabei nicht genannt, aber ich habe auch nirgends gefunden, daß die französischen Kolonien ihre Erfolge gerade auf die Missionen stützen. Ich habe wohl gefunden, daß Missionen unter französischem Schutze unter bedauerlichem Blutvergießen von Eingeborenen überfallen worden sind. Das sind keine ermunternden Erfolge für das System. Daß die Engländer nun gerade auf katholische Jesuitenmissionen — um die handelt es sich allein — gestützt, bedeutende Erfolge in Indien errungen hätten, wie der Vorredner andeutete, darüber müßte ich mir nähere Belehrung ausbitten. Mir ist davon nichts bekannt. Wohl ist mir bekannt, daß die Engländer durch sorgsame Schonung unchristlicher Konfessionen, der sehr starken Mohammedaner sowohl wie der Hindus, dort ihre Stellung erhalten und außer Kritik gestellt haben; aber ich habe nie davon gehört, daß in Indien gerade irgendwelche Erfolge damit erzielt worden wären. Meine Unbelesenheit ist vielleicht daran schuld, ich habe so wenig Zeit zum Lesen; der Herr Vorredner mag mehr haben, wenn es sich darum handelt, Stoff gegen die heimische Regierung zu sammeln — aber mir ist nichts bekannt in der Richtung.

Also das ist der Hauptgrund, weshalb ich überhaupt das Wort noch einmal ergriffen habe, um nochmals dem wiederholten Irrtum des Herrn Vorredners zu widersprechen, als hätte ich irgend etwas gegen die deutschen katholischen Missionen. Ja sogar die jesuitische Färbung wäre mir, wenn ich nur der rein deutschen nationalen Tendenz dabei sicher sein könnte, nach meinen persönlichen Überzeugungen kein unübersteigliches Hindernis; unübersteiglich bleibt mir immer die Barriere, die mir das Gesetz zieht, aber was meine inneren Überzeugungen anbetrifft, so kann ich einen Jesuiten, bei dem ich wirklich deutsch-nationale Empfindungen voraussetze, als einen sehr nützlichen Bundesgenossen betrachten und habe

keine Abneigung an und für sich gegen ihn; nur sind mir solche nicht vorgekommen, und dies hier sind Stockfranzosen und Franzosen aus Wahl, nicht aus Geburt, an die die „Germania" ihren höchst unpatriotischen Feldzug gegen die heimische Regierung geknüpft hat.

Der Herr Vorredner ist in der Stärke seiner Ausdrücke so weit gegangen, daß er den Ausschluß der französischen Jesuiten — um weiteres handelt es sich nicht — von der Einrichtung einer Schule innerhalb des Deutschen Reichs im Widerspruch mit dem Gesetze hält; er betrachtet es als eine schwere Kränkung der Katholiken — das waren seine Worte, so viel ich mich erinnere. Ja, das heißt: Wir fühlen uns in Knechtschaft, sobald wir nicht herrschen; wenn wir nicht das Land allein regieren, so klagen wir über Ketten, in die wir geworfen sind, und die wir zerreißen müssen — und was alle diese großen, gewalttätigen und unwahren Wendungen sind. Nicht herrschen über andere ist bei Ihnen schon Knechtschaft, und darin können wir nicht folgen. Wenn Sie es als eine schwere Kränkung der gesamten katholischen Mitbürger ansehen, daß wir französische Jesuiten nicht in Deutschland zur Schulbildung zulassen wollen, dann hört zwischen uns das Verständnis auf.

Den Herrn Vorredner muß ich doch auf einen lapsus noch aufmerksam machen, der ihm widerfahren ist. Er hat von der Regierung des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. gesprochen, hat dem gegenüber die jetzige Regierung gestellt; und weil er davor zurückschreckte, die Regierung Sr. Majestät des Kaisers selbst zu tadeln und bei diesem Vergleich in die Inferiorität zu bringen, so hat er der Regierung Sr. Majestät des Kaisers die Regierung des Fürsten Bismarck — so, glaube ich, waren seine Worte — substituiert. (Sehr richtig! rechts.) Ja, meine Herren, das ist doch eine schwere Beleidigung meines eigenen treuen Royalismus, meiner ehrlichen Anhänglichkeit. Meine Herren, ich habe nie etwas anderes verlangt, als der Diener meines Herrn zu sein. (Bravo! rechts und links.) Ich bin der Diener des vorigen Königs gewesen, ich bin der Diener meines jetzigen Herrn, und es gibt keinen Dienst, den er nicht von mir verlangen könnte. Das bezeugt die Tatsache, daß ich trotz meines körperlichen Elends noch hier bin und ihm diene, so lange meine Knochen zusammenhalten. Aber von einer Regierung des vorigen Königs und des Fürsten Bismarck zu sprechen — welche Beleidigung für Seine Majestät den Kaiser liegt darin! (Lebhaftes Bravo!) Welche Beleidigung für meine Ehrlichkeit, für meine Treue, mit der ich diesem Herrn diene als Vasall, als Beamter und als Diener in jeder Beziehung! Ich hoffe, daß der Herr Vorredner einsieht, daß er darin eine Beleidigung für mich und meinen Herrn ausgesprochen hat, die er wohltäte zurückzuziehen. (Lebhaftes Bravo!)

Auf eine dritte Rede des Abg. Windthorst, worin dieser seine Behauptungen aufrecht hält, entgegnet Fürst Bismarck:

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, ich hätte seine Argumentation nicht gehört, in der er ausgeführt, theoretisch hätte ich die Gleichberechtigung zugestanden, aber praktisch wäre sie nicht möglich. Der Herr Vorredner ist aber, wie ich sehr wohl bemerkt habe, bei Beginn meiner Rede hinausgegangen den ganzen langen Weg entlang, ich habe es bedauert, aber er kam erst wieder zurück, als ich auf diese Seite seiner Argumentation bereits geantwortet hatte, indem ich ausgeführt hatte — ich wiederhole es für ihn; ich bin dazu genötigt, da er es bestritten hat —: ich könnte nicht zugeben, daß er sich mit dem Mangel an brauchbaren Priestern für die Mission entschuldigte. Ich habe noch besonders

empfohlen, Sie möchten doch einige Priester in anderer Verwendung, zum Beispiel aus der Presse, dorthin schicken. Es sind auch hier in diesen Räumen Geistliche vorhanden, die gewiß auf dem Missionsgebiet ein Feld fruchtbarerer Tätigkeit finden würden (Heiterkeit) als durch Anhören der Reden des Herrn Vorredners und meiner. Ich sehe keinen Mangel an Priestern, der dazu nötigte, gerade zu französischen Jesuiten die Zuflucht zu nehmen.

Nun hat der Herr Vorredner gesagt: Französische brauche sie nicht, aber Jesuiten müssen sie jedenfalls haben. So verstand ich seine Rede: ohne Jesuiten läßt sich die Sache nicht machen. Nun, dann sage ich: Dann läßt sie sich eben nicht machen nach der gegenwärtigen Lage unserer Gesetzgebung. Ich bitte also den Herrn Vorredner, anzuerkennen, daß ich seine Argumentation sehr wohl gehört habe, daß er nur hinausgegangen ist, als ich darauf antwortete.

Dann muß ich wiederholt erklären, daß die verbündeten Regierungen durch Erklärungen der Kommissarien an sich nur dann verpflichtet werden können, wenn die Kommissarien sagen, daß sie ihre Erklärungen ausdrücklich im Namen der verbündeten Regierungen abgeben. Wenn das geschieht, und wenn dazu Anlaß ist, dann werden in der Regel autorisiertere Vertreter der verbündeten Regierungen, als es die Kommissarien und vortragenden Räte einzelner Ministerien sind, da sein. Aber diese Zwickmühle, die dadurch etabliert werden soll, daß ein Kommissarius, der von den Intentionen der verbündeten Regierungen keine Kenntnis hat, ja nicht einmal von denen seiner eigenen Regierung, und der vorher nicht wissen kann, und seine Regierung noch weniger, was da zur Sprache kommt — daß ein solcher Kommissarius bei jedem einzelnen lapsus linguae oder wohlüberlegten, aber irrtümlichen Wort beim Wort gehalten wird, und zwar nicht nur er, sondern daß an der Handhabe dieses Kommissarius die ganzen Regierungen als ehrenmäßig verpflichtet angesehen werden sollen — das ist doch eine Klemme, der wir uns nicht aussetzen wollen, und da erkläre ich ganz bestimmt: Lieber werden wir gar keine Kommissarien mehr schicken, wenn Sie nicht darauf verzichten. Eine Verpflichtung dazu liegt den verbündeten Regierungen nicht ob. Beraten Sie sich, wie Sie können, und fordern Sie Erklärungen hier; aber auf Erklärungen von Kommissarien hin, die, ohne irgend von den Intentionen der Regierungen Kenntnis zu haben, sich äußern — auf solche Erklärungen hin meinerseits verpflichtet zu sein, das erkenne ich nicht an, und ich gebe diese Erklärung hier ausdrücklich wiederholt ab, um zu verhindern, daß darauf Bezug genommen wird, und daß an den unglücklichen Herren Kommissarien gedrückt und gezerrt wird, bis man sie in Diskussionen verwickelt, bis sie irgendeine Erklärung abgeben, für die man nachher die Gesamtheit der Regierungen verantwortlich macht. Das ist kein ehrlicher Kampf.

Der Herr Vorredner hat ferner einen anderen Gegenstand meiner Äußerungen verschoben, indem er sich jetzt das Ansehen gab, als hätte ich mich darüber beschwert, daß er die Person des Monarchen hier in die Debatte gemischt hätte; das ist keinesfalls das Motiv meiner Verwahrung gewesen. Diese Fiktion, daß die Person des Monarchen nie und unter keinen Umständen in die Debatte gemischt werden solle, das ist eine konstitutionelle Fiktion, die dazu erfunden ist, den Monarchen möglichst unschädlich zu beseitigen. Einer, von dem nicht die Rede sein darf, der hat auch keinen Willen, der hat auch nicht mehr mitzureden. Das war für die englischen Parteien, für die englischen Großen ein sehr nützliches Argument, um den königlichen Einfluß, der ihnen unbequem war, ganz beiseite zu schieben. Ich kann es hier nicht anerkennen, und es steht in unserer Verfassung auch nicht, in der

Preußischen wenigstens nicht; da hat der König ganz besondere Rechte, die besonders geltend gemacht werden. Wogegen ich mich verwahrt habe, das ist die Antithese, die der Herr Vorredner machte, zwischen dem König Friedrich Wilhelm IV. und meiner Person, in der die Insinuation lag, als ob ich mich überhöbe, als ob ich der regierende Mann jetzt wäre. Und da, habe ich gesagt, hat der Herr Vorredner mich beleidigt und mich in einem Lichte dargestellt, das ich wahrlich nicht verdiene. Ich will wünschen, daß der Herr Vorredner seinem Monarchen jemals ein so ergebener, anhänglicher und demütiger Diener sein möge, wie ich es bin. Wenn er das wäre, dann würde er mich nicht in meinem innersten Herzen so verletzt haben mit dieser Antithese, indem er mich meinem früheren Monarchen gegenüberstellte; das halte ich für unser nicht würdig. (Bravo! rechts.[4])

8. Sitzung des Deutschen Reichstags.

1. Dezember 1885.

Am 26. November ist folgende Interpellation der polnischen Fraktion eingebracht, die von den Welfen, vom Zentrum, Sozialdemokraten, Elsässern und der Mehrzahl der Sezessionisten und Freisinnigen — zusammen 169 Abgeordneten — unterzeichnet ist: „In den letzten Monaten wurden viele Tausende von fremden Untertanen, namentlich aus den östlichen Provinzen des Preußischen Staates, ausgewiesen oder für die nächste Zukunft damit bedroht. Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage, ob diese Tatsache und ihre Begründung zu ihrer Kenntnis gelangt ist, und ob dieselbe bereits Schritte getan hat oder noch zu tun beabsichtigt, um der weiteren Durchführung der verhängten Maßregel entgegenzuwirken?“ Fürst Bismarck erblickte in dieser Interpellation eine schwere Verletzung der Verfassung, indem nicht nur von einer — nicht bestehenden — Reichsregierung gesprochen wurde, sondern auch ein Bundesfürst, der König von Preußen, vor das Forum des Reichstags geladen wurde und die verfassungsmäßigen Rechte des Königs von Preußen völlig verkannt wurden. Seiner Art gemäß, jeder drohenden Gefahr schon im Entstehen entgegenzutreten, fuhr Bismarck gegen diese Interpellation das schwere Geschütz einer Kaiserlichen Botschaft auf. Seine Hintergedanken, nämlich eine unitarische und liberale Richtung des künftigen Kaisers von vornherein zu erschweren, erläuterte er im Staatsministerium: „Mit einem jüngeren Monarchen, welcher nicht die Autorität des alten habe, ließen sich die Grenzen der Rechte der Krone schwerer wahrnehmen. Man komme über die Verlängerung des Sozialistengesetzes oder über die Militärfrage doch in einen Konflikt mit dem Reichstag, da sei es besser, die Provokation aufzunehmen, wo 168 Abgeordnete, also die Mehrheit der Anwesenden, damit komme.“[1] Nach diesem Programm handelte er in der Sitzung vom 1. Dezember:[2]

Ich habe zunächst dem Reichstage eine Allerhöchste Botschaft in Bezug hierauf mitzuteilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Den Verhandlungen des Reichstages mit Aufmerksamkeit folgend, haben Wir aus der Tagesordnung des 1. Dezember ersehen, daß eine Interpellation in Aussicht steht, welcher die Rechtsauffassung zugrunde liegt, als ob in Deutschland eine Reichsregierung bestände, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu tun, um die Durchführung von Maßregeln zu hindern, welche von Uns in Unserem Königreich Preußen bezüglich der Ausweisung ausländischer Untertanen angeordnet

[4] Bismarck erklärte (Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, Eintrag vom 29. November 1885) folgenden Tags im Staatsministerium, er sei aus der Reichstagsdebatte mit dem Unbehagen von Katzenjammer gegangen, als ob er sich in einer schmutzigen Kneipe mit Gesindel gebalgt habe. Es sei hart für ihn, noch die Berufspflicht zu haben, auf solche Kämpfe einzugehen.

[1] Vgl. Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen. Eintrag vom 29. November 1885.

[2] Vgl. auch: Gesammelte Werke, Bd. 8, S. 535 f.

worden sind. Die Tatsache, daß diese rechtliche Voraussetzung nach Ausweis der Unterschriften der Interpellation von der Mehrzahl der bisher anwesenden Mitglieder des Reichstags für richtig gehalten wird, legt Uns die Verpflichtung auf, derselben gegenüber Unsere Rechte im Königreich Preußen und die Rechte eines jeden Unserer Bundesgenossen in betreff der Landeshoheit ausdrücklich zu verwahren.

Wir haben gleich jedem der verbündeten Fürsten wesentliche und unbestrittene Hoheitsrechte der Einheit der deutschen Nation willig geopfert und dem Reichstage bezüglich Unserer Staaten weitgehende Rechte eingeräumt. Wir bereuen die von Uns gebrachten Opfer nicht. Wir haben die dadurch geschaffenen Rechte und Prärogative des Reichstags stets unverbrüchlich geachtet und Unsere gegen das Reich übernommenen Pflichten jederzeit bereitwillig erfüllt, auch den Frieden des Reichs mit Erfolg gewahrt und seine Wohlfahrt nach Kräften gefördert. Aber mit gleicher Gewissenhaftigkeit sind Wir auch entschlossen, die Rechte unserer angestammten Krone so, wie sie nach den Bundesverträgen zweifellos in Geltung stehen, nicht minder wie die eines jeden Unserer Bundesgenossen, unverdunkelt und unvermindert zu erhalten und sie zu schützen.

Die in der gedachten Interpellation vertretene Rechtsauffassung findet in keiner Bestimmung der Bundesverträge, der Verfassung oder der Gesetze des Reichs einen Anhalt. Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstags, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist. Wir dürfen das Zeugnis der durch Uns und Unsere Bundesgenossen geeinigten Nation dafür anrufen, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung von Uns und von den verbündeten Regierungen jederzeit sorgfältig geachtet worden sind; aber wir dürfen auch erwarten, daß der Reichstag mit gleicher Gewissenhaftigkeit die Rechte eines jeden der verbündeten Fürsten und Freien Städte achten werde. Auf dieser Gegenseitigkeit beruht das Vertrauen, welches die deutschen Stämme und ihre Fürsten und Obrigkeiten der Reichsverfassung entgegenbringen. Es ist Unser ernstes Bemühen, dieses Vertrauen allerseits ungeschwächt zu erhalten, und deshalb fühlen Wir Uns bewogen, dem Reichstage Unsere Überzeugung kund zu tun, daß die Rechtsauffassung, zu welcher die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten durch ihre Unterstützung der gedachten Interpellation sich bekannt hat, im Widerspruch mit dem deutschen Verfassungsrechte steht, und daß Wir etwaigen Versuchen einer Betätigung derselben nicht nur Unsere Mitwirkung versagen, sondern denselben gegenüber die Rechte einer jeden der verbündeten Regierungen nach Maßgabe des Bundesvertrags vertreten und schützen werden.

Gegeben Berlin, den 30. November 1885.

(gez.) Wilhelm.

(gegengez.) v. Bismarck.

Meine Herren, ich erlaube mir, den Text der Allerhöchsten Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen.

Die Verlesung der Allerhöchsten Botschaft ist beendet.

Ich habe dieser Verlesung auf Befehl meines Herrn, des Königs von Preußen, auch in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens eine Verwahrung des Rechts Seiner Majestät hinzuzufügen, in Seinen Staaten und insbesondere in deren Grenzprovinzen die deutsche Nationalität in ihrem Bestande und in ihrer Entwicklung vor jeder Beeinträchtigung durch fremdländische Elemente, und namentlich vor der weiteren Ausbreitung der seit Jahrzehnten dort im Gange befindlichen Polonisierung deutscher Volksstämme zu schützen.

Das einen Ausfluß der Landeshoheit bildende Recht, diesen Schutz in Seinen Staaten zu üben, ist eines der Rechte, zu deren Schutz der Bundesvertrag, welcher die Grundlage unserer Reichsverfassung bildet, geschlossen ist. Es heißt in der Einleitung des Vertrages, daß Seine Majestät der König von Preußen und die anderen Monarchen einen Bund schließen „zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts". Zu diesem gültigen Recht gehört das Hoheitsrecht des Königs von Preußen, welches ich vorhin bezeichnete. Der König von Preußen hätte daher einen Anspruch auf den Schutz des Reichs in der Ausübung dieses Rechts, wenn ihm dasselbe vom Auslande her bestritten würde. Das Ausland aber bestreitet dieses Recht in keiner Weise, sondern hat sich in wohlwollend nachbarlicher Freundschaft mit Seiner Majestät über die Handhabung des preußischen Landeshoheitsrechts in Bezug auf Ausländer in Verbindung gesetzt.

Statt dessen ist im Deutschen Reiche der Versuch gemacht, eine vorausgesetzte Reichsregierung zu einer Pression auf den König von Preußen zu Gunsten ausländischer Ansprüche und Interessen zu bewegen. Wenn dieser Versuch lediglich von den polnischen Abgeordneten ausgegangen wäre, so würde Seine Majestät schwerlich einen Anlaß gefunden haben, demselben mit dem gewichtigen Schritt eines Protestes der Krone Preußen entgegenzutreten. Die polnischen Abgeordneten haben ihren Ansichten über deutsches Verfassungsrecht und über dessen Ausbildung zu oft in dem Sinne der Interpellation Ausdruck gegeben, als daß dem anders als mit dem geläufigen geschäftlichen Widerspruch entgegengetreten worden sein würde. Auch wenn eine solche polnische Interpellation lediglich von der sozialdemokratischen Fraktion, allenfalls auch von den sonstigen ausländischen Elementen unterstützt worden wäre (o! links), — den mit dem Ausland sympathisierenden Elementen in unserer Landesvertretung, wie sie uns Dänemark, wie sie uns das Elsaß in Gestalt französierender Protestler liefert — so würde darauf nicht in dieser Form reagiert worden sein. Gewichtiger wird die Sache schon dadurch, daß die frühere Fortschrittspartei in Verbindung mit den ehemaligen Mitgliedern der nationalliberalen Partei, den Sezessionisten — mit einigen unter ihnen — ebenfalls ein wesentliches Kontingent zu den Unterschriften gestellt hat. Indessen hätte man in Erinnerung an die Tatsache, daß unsere Verfassung seit ihrer Geburt sich bei unseren freisinnigen Mitbürgern nur einer stiefmütterlichen Behandlung zu erfreuen gehabt hat, darüber hinweggehen können. Wenn aber eine so gewichtige und angesehene Partei, wie das Zentrum, so viel wir übersehen können, in der Gesamtzahl ihrer anwesenden Mitglieder eine solche Rechtsauffassung sich aneignet und unterstützt, so gibt das der Sache doch ein Gewicht, dem gegenüber ein voller und formeller Protest wohl angebracht ist.

Man hat bisher allgemein in dieser Partei — und namentlich haben die einzelnen verbündeten Regierungen es getan — eine sichere Stütze und einen Hort für diejenigen Rechte zu besitzen geglaubt, welche den einzelnen Regierungen und Landesherren durch die Ver-

fassung gesichert sind. Wenn nun auch das Zentrum die Hand dazu bietet, einen Weg zu betreten, in dessen weiterer Verfolgung die Möglichkeit einer Entwicklung des Reichstags in unitarischer Richtung liegt, zu einer Art von Konvent, welcher die Befugnis hätte, interpellando, das heißt unter Zuhilfenahme einer von der Majorität unterschriebenen Interpellation, die verschiedenen deutschen Landesherren, heute den König von Preußen, morgen den König von Bayern, übermorgen vielleicht den Großherzog von Baden oder von Hessen vor seine Schranken zu rufen, um sich zu rechtfertigen durch das Organ ihrer amtlichen Bevollmächtigten im Bundesrat über die Art, wie sie die ihnen zweifellos zustehenden Landeshoheitsrechte namentlich in Bezug auf Ausländer ausüben — meine Herren, das ist eine Entwicklung der Verfassung, die im Widerspruch mit den Bundesverträgen steht, auf denen die Verfassung beruht, eine Entwicklung, an der die verbündeten Regierungen sich nicht beteiligen können, und deshalb erkläre ich im Namen derselben, daß sie die Beantwortung dieser Interpellation ablehnen und sich an einer Erörterung über dieselbe nicht beteiligen werden. (Bravo! rechts.)

Vielfach vom Präsidenten unterbrochen, versucht Abg. Windthorst zur Interpellation zu sprechen, obwohl er selbst deren Absetzung von der Tagesordnung beantragt hat. Daraufhin verläßt Fürst Bismarck mit sämtlichen Mitgliedern des Bundesrats den Saal. Der Reichstag geht sodann zur zweiten Beratung des Etats über. Bei der Position: Etat des Reichskanzlers, kommt Abg. Windthorst trotzdem wieder auf die Ausweisungen der Polen zu sprechen, indem er die Kompetenz des Reichstags behauptet, da durch die Ausweisungen die Beziehungen zum Ausland aufs empfindlichste berührt würden. Auf Grund von Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten und des österreichisch-ungarischen Außenministers Grafen Kalnoky behauptet er, daß die Ausweisungen sich nicht gegen das polnische, sondern das katholische Element richten; deshalb sei diese Maßregel eine Episode des Kulturkampfes. Fürst Bismarck, der zur Etatsberatung wieder erschienen ist, erklärt:

Der Herr Vorredner hat, um nachzuweisen, daß er bei der Sache sei, als er durch Rufe unterbrochen wurde, die das Gegenteil behaupten, die Ansicht aufgestellt, daß es sich hier um die Besoldung des Reichskanzlers handle, und daß man deren Bewilligung doch davon abhängig machen könne, ob man mit seinen Leistungen zufrieden sei oder nicht. Ich will diese Anschauung nicht weiter bekämpfen, aber nur sagen, daß die Anstellung des Reichskanzlers nicht von dem Herrn Vorredner und seiner Zufriedenheit mit mir abhängt — sonst wäre ich es ja längst nicht mehr — sondern von Seiner Majestät dem Kaiser; wenn Sie mir mein Gehalt streichen, so werde ich einfach vor Gericht klagen, und das Reich wird verurteilt werden, so lange ich Reichskanzler bin, mir mein Gehalt zu bewilligen. (Heiterkeit.) Das ist also ein sehr durchsichtiger Vorwand, um eine Sache zur Sprache zu bringen, die eben nicht auf der Tagesordnung stand. Ich möchte die Herren im hohen Hause doch einmal darauf aufmerksam machen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn wir im Bundesrat nach denselben Grundsätzen verfahren wollten und nur denjenigen Beamten, die ihr Amt der Majorität des Bundesrats zu Dank versehen, die Gehälter bewilligten. Sie wollen nicht vergessen, daß, um eine Bewilligung herzustellen, die Zustimmung der Majorität des Bundesrats gerade so erforderlich ist wie die Ihrige. Es sind zwei bewilligende und gesetzgebende Körperschaften da, und der Bundesrat hat ganz dieselben Rechte. Wir sind aber bisher den Beamten gegenüber genau ehrlich und gesetzlich verfahren und haben die Bewilligung der Gehälter nie davon abhängig gemacht, wie die Beamten sich aufführten.

Der Herr Vorredner hat aber gerade zur Motivierung der Sachlichkeit seiner Behauptungen die Berechtigung in Anspruch genommen, mir, wenn ich die auswärtige

Politik nicht so treibe, wie er sie nützlich hält und einsieht, das Gehalt zu kürzen. Der Herr Vorredner wird einsehen, daß er damit seinen Einfluß und seine verfassungsmäßige Berechtigung weit überschätzt. Er kann mir keinen Pfennig von meinem Gehalt streichen, was mir zugesichert ist. Wenn diejenigen, die darüber zu entscheiden haben, mit meinem Dienste unzufrieden wären, so würde es für mich, in meinem Alter, eine große Erleichterung gewesen sein, wenn ich mich in den Ruhestand hätte zurückziehen können, den ich auch dem Herrn Vorredner, der ja noch drei Jahre älter ist als ich, dringend empfehlen möchte. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat sich darüber gefreut, mich als Partikularisten begrüßen zu können. Nun, das ist ja jederzeit mein Schicksal gewesen, daß ich, wenn ich auch genau nach Recht und Gesetz, nach der Verfassung handle, bald von der einen Seite, bald von der anderen als dem entgegengesetzten Extrem angehörig gekennzeichnet werde. Ich habe noch nie Anlaß gegeben, in der Nation für einen Partikularisten zu gelten, und ich glaube, der Herr Vorredner wird mit der Behauptung im ganzen sehr wenig Anklang finden. Aber wenn der König, mein Herr, nicht dessen sicher wäre, daß ich die Rechte Seiner Regierung vertrete, und die übrigen Bundesgenossen nicht dessen sicher wären, daß ich die Rechte ihrer Regierungen mit derselben Unparteilichkeit vertrete, wie die Rechte der Reichsgewalt, dann, glauben Sie mir, meine Herren, wäre in diesen achtzehn bis zwanzig Jahren die Reichsverfassung nicht so fest gewachsen, wie sie bisher ist; dann würden wir längst gefunden haben, daß die alten Velleitäten, durch welche die deutsche Geschichte in ihren traurigsten Phasen gekennzeichnet ist, sich bei den großen Stämmen und ihren Fürsten längst fühlbar gemacht hätten, nämlich das Bedürfnis, sich vor Vergewaltigungen über das Recht hinaus durch eigene Kräfte zu schützen. Und sehen Sie zurück auf die Zeit, seitdem der Norddeutsche Bund begründet ist, seitdem das Deutsche Reich besteht: liegt ein einziger Versuch vor oder auch nur der Verdacht eines Versuches, daß ein Minister, wie wir sie früher gehabt haben in Deutschland, mit dem Auslande praktieren könnte gegen das Reich? Ist auch nur der Schatten dieses Verdachtes jemals da gewesen? Glauben Sie, daß das der Fall wäre, wenn Seine Majestät der Kaiser, und ich auf Befehl des Kaisers, nicht auf das genaueste die verfassungsmäßigen Rechte gehandhabt hätten? Wo wäre das Reich, wenn es mit dem Mißtrauen des Königs von Preußen und mit dessen Unzufriedenheit groß geworden wäre, wenn der König von Preußen das Gefühl hätte: Ich war früher ein mächtigerer Monarch, als ich es jetzt bin — wenn er Anlaß hätte, die Opfer zu bereuen, die er gebracht? Wo bliebe dann das Deutsche Reich ohne Preußen? (Sehr wahr! rechts.)

Dem Herrn Vorredner muß ich erwidern: Er wird seine frühere Unschuld, die Vermutung der Unschuld — um nicht einen drastischeren Ausdruck zu gebrauchen — die er hiermit eingebüßt hat als Vertreter der Vertragsrechte, nicht wiedergewinnen dadurch, daß er nun einzulenken sucht und sagt, er wolle dem König von Preußen ja nichts tun, und am allerwenigsten anderen Monarchen. Ich kann ihm nur bezeugen, daß er mit den Grundsätzen, die er anbahnt, auf dem besten Wege ist, dem Reichstag die Bahnen vorzuzeichnen zu derjenigen Stellung eines unitarischen Konvents, die ich vorher kennzeichnete, und ich sehe den Herrn Vorredner schon vor dem Konvent als öffentlichen Ankläger der verschiedenen Monarchen. Und dazu sollen wir mitwirken?!

Der Herr Vorredner hat ferner gesagt, es schiene, als ob Preußen sich fürchte, diese Sache öffentlich zu verhandeln. Meine Herren, vor wem sollten wir uns denn fürchten?

Vor den Herren Unterzeichnern der Interpellation? Daß die unsere Gegner sind und unsere unversöhnlichen Gegner, das wissen wir ja längst. Oder vor dem Publikum? Wenn wir da ängstlich wären, wenn Seine Majestät der König sich scheute, gegenüber der demokratischen Presse des Auslandes und des Inlandes zu tun, was er für Seine Schuldigkeit gegen Sein Land und gegen die Monarchie hält, dann könnten wir weit kommen; und daß davon bei uns nicht die Rede ist, können Sie ja schon daraus schließen, daß wir die Maßregel in Preußen überhaupt getroffen haben. Wir sind uns der Tragweite des Widerspruchs vollständig bewußt gewesen. Wir haben die Maßregel vorbereitet bei unseren Nachbarn — nicht um deren Zustimmung zu haben, sondern um sie in die Lage zu bringen, daß sie die Ausgewiesenen aufnehmen können und nicht dadurch Verlegenheit entstehe, daß sie zu massenhaft auf einmal kommen. Die Maßregel wird durchgeführt werden; und daß ich mich fürchtete, mich zu ihr zu bekennen, und deshalb die Diskussion scheute — das können Sie mir doch wahrhaftig nicht sagen. Wir werden Ihnen im Preußischen Landtag, wo die Sache hingehört, den Beweis liefern, daß wir die Verantwortlichkeit für diese Maßregel voll auf uns nehmen.

Die Frage: „Weiß die Reichsregierung" — eine Behörde, die es gar nicht gibt — „weiß sie dies und das?" — ist doch eine Verhöhnung der Realitäten. Wie soll denn die Reichsregierung, sie mag gedacht werden wie sie will, zu der der Reichskanzler gehört, nicht von dem wissen, was der Ministerpräsident in Preußen getan hat? Also diese Art von Stilistik zeigt ja schon die Unaufrichtigkeit in der Tendenz dieser Interpellation. Sie haben eine Motivierung gebraucht und schwer gefunden. Deshalb haben Sie die Unmöglichkeit fingiert, daß Sie der Reichsregierung vielleicht eine große Neuigkeit mitteilten (Heiterkeit), indem Sie sie darauf aufmerksam machten: Sehen Sie mal, was die preußische Regierung für Unfug anrichtet; wissen Sie denn das? Und wenn Sie es wissen, hat der Bundesrat nicht längst den König von Preußen mit Exekution bedroht, falls er das nicht unterließe? So ungefähr. Das liegt darin.

Meine Herren, ich möchte doch dringend empfehlen, daß wir uns gegenseitig ernsthaft nehmen. Wenigstens ich nehme den Reichstag ernsthaft; aber ich bitte, nehmen Sie den Bundesrat und die Regierungen auch ernsthafter, als es nach dieser Fassung der Interpellation: „Weiß die Reichsregierung davon?" — wirklich der Fall zu sein scheint. Das ist wirklich — — doch ich will kein Wort mehr darüber aussprechen.

Also um auch meinerseits zu beweisen, daß wir die Verantwortung gar nicht scheuen, nachdem einmal der Herr Vorredner eine Tür geöffnet hat, durch die man ohne Kompetenzbedenken in einen Meinungsaustausch über die Frage treten kann, ebensogut wie früher über die Frankfurter Polizei, aber nicht ad hoc und expreß im Wege der Interpellation — da will ich ihm schon jetzt sagen, daß ich die Maßregel der preußischen Regierung für eine außerordentlich weise und notwendige halte und für sie eintrete und sie aufrechterhalten werde im Preußischen Landtage. Wenn uns das Ausland, so wie der Herr Vorredner zu wünschen scheint, was aber nicht der Fall ist, darin hemmen wollte, so rechnen wir auf die verfassungstreue Unterstützung des Reichs zu ihrer Durchführung. Dazu sind wir vollständig berechtigt durch die Verfassung.

Der Herr Vorredner hat diese Frage ganz analog wie die, die uns neulich beschäftigte, die Frage der französischen Missionäre, für Kulturkampfzwecke zurechtgestutzt. Es scheint sein Bedürfnis zu sein, sobald der Reichstag zusammenkommt und die parlamentarische

Tätigkeit beginnt, irgendwelche Drachenzähne zwischen die Regierungen und den Reichstag zu säen und nur Lärm und Staub aufzuwirbeln, damit ja nicht der Gedanke der Versöhnung und Beilegung aufkomme. Dazu scheut er kein Bündnis.

Die Koalition, die, 168 Köpfe stark, in der Interpellation uns gegenübertritt und der preußischen Regierung speziell, ist bei weitem die Mehrheit der bisher anwesenden Reichstagsabgeordneten. Es ist mir gemeldet worden, daß am vorigen Sonnabend 170 Abgeordnete anwesend gewesen sind — glücklicherweise wurde nicht ausgezählt —; 168 sind hier unterzeichnet. Es werden wohl einige darunter stehen, die gerade den Tag nicht da waren; aber es ist immer die Majorität. Der Herr Vorredner, der Führer des konservativen Zentrums, der Hort der monarchistischen Einrichtungen, tritt uns hier in der Unterschrift entgegen im Bunde mit 68 Mitgliedern des Zentrums und 35 Freisinnigen. Nun, das ist nicht einmal die vollständige anwesende Fraktion; einige Unterschriften fehlen: wahrscheinlich haben sich einige die staatsrechtliche Frage doch genauer überlegt als die übrigen. 21 Sozialdemokraten, also die ziemlich vollständige Fraktion hat der Herr Vorredner auch auf Seite seiner Theorie, ferner 15 Elsaß-Lothringer Protestler, wie natürlich; 7 Welfen — das ist nicht wunderbar — 3 von der Volkspartei, 1 Dänen und einen der Herren, die keiner Fraktion angehören; außerdem natürlich die 17 oder 18 Polen.

Mit dieser homogenen und nationalen Koalition (große Heiterkeit) tritt der Herr Vorredner dem Stifter und ersten Kaiser des Reichs entgegen in Seinen nationaldeutschen Bemühungen, um Seine Untertanen in verschiedenen Grenzprovinzen vor den außerordentlichen Fortschritten der Polonisierung sicherzustellen, die in den letzten vier Jahrzehnten, seit dem Beginn der Regierung Friedrich Wilhelms IV., unter der Förderung der lokalen Geistlichkeit polnischer und deutscher Zunge, gemacht worden sind. Der Herr Vorredner wünschte, daß die Polonisierung fortschreite; mit ihm seine sozialdemokratischen und elsaßlothringischen und polnischen Eideshelfer. Ja natürlich wünschen Sie das; aber wenn Sie einem Reichskanzler, der dieser Koalition nicht beitritt und bei der Polonisierung der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mit helfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir — um mit einem gemeinen Berliner Ausdrucke zu sprechen — die Reichsbude überhaupt nur zumachen (Heiterkeit); dann zerstören Sie das Gebäude, das mühsam und sorgfältig aufgerichtet ist durch die Arbeit der Regierung, durch die Versöhnlichkeit der Stämme, durch die Tapferkeit unserer Heere, mit deren Blut es gekittet ist; — Sie untergraben ganz einfach das Fundament. Und ich finde es wenig pietätvoll, wenn Sie das um einer so leichten Frage willen tun und die zentrifugalen Kräfte, die sehr gewalttätig, wenn sie auftreten, sich entwickeln, auf die Probe stellen — um der Ausweisung einiger russischer und galizischer Polen willen, die der König von Preußen nach den ihm zweifellos zustehenden Rechten für notwendig hält.

Ich habe gesprochen, nachdem die Diskussion über diese Sache von dem Herrn Vorredner — ich glaube, nicht zum Vorteil der Sache — fortgesetzt worden ist. Was er gesprochen hat, wird in der Öffentlichkeit mehr auf der nationalen Seite, die der Kaiser vertritt und ich auf Befehl des Kaisers hier vertrete, als auf der konfessionellen ins Gewicht fallen. Es ist ja — ich will es nicht einen Kunstgriff nennen — aber, nach einem Lieblingsausdruck des Herrn Vorredners, dieselbe rhetorische Verschiebung, die bei den Kamerunmissionären versucht wurde: daß es sich nämlich um konfessionelle Dinge handle, wo es sich doch wesentlich um nationale handelte. Damals wollten wir keine französischen Missionäre

haben; der Herr Vorredner aber meinte, auf die Nationalität käme es nicht an, sondern nur auf die katholische Konfession. Er sagte, ohne Jesuiten könne die katholische Kirche in Kamerun überhaupt ihre Missionstätigkeit nicht handhaben, und ohne französische Jesuiten namentlich nicht. Das wird nun hier auf diese Ausweisungen heute auch angewendet und gesagt, es seien Katholiken ausgewiesen. Ob die Herren katholisch sind? Ich bin überzeugt, es sind sehr viele Evangelische unter den Ausgewiesenen, wenigstens haben wir keinen nach der Konfession gefragt, sondern das Kennzeichen für die Ausweisung ist ausschließlich die Nationalität, und es ist unwahr und wirkt als eine — wie ich gern zugebe, von dem Herrn Vorredner vielleicht nicht beabsichtigte — Verleumdung der Intentionen der Regierung, wenn behauptet wird, daß der Katholizismus der Grund der Ausweisungen ist. Der Polonismus und die polnische Propaganda ist der Grund der Ausweisungen gewesen. Zufällig sind die meisten Polen Katholiken; aber ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit der Absicht, aus dieser Flasche wieder Öl auf die Lampe des Kulturkampfes zu gießen, bei unserer öffentlichen Meinung doch nicht durchkommen wird. Die Mehrzahl der Deutschen steht auf Seite des Reichs und nicht auf Seite der Polen. Das war in den Zeiten der politischen Unreife — ich erinnere mich, in den Jahren 1830 und 1832, wie ich auf der Universität war, da war deutsche sentimentale Polenschwärmerei, die Schwärmerei für jeden ausländischen, antideutschen Revolutionär, mochte er einen Namen haben, wie er wollte, ganz allgemein. Das war ganz allgemein in allen deutschen Kleinstädten. Der spießbürgerliche Liberalismus sang damals „jeszcze Polska“ usw., und überall gab es wehmütige und tränenreiche Lamentationen; es galt für liberal, gebildet und anständig, daß der nationale Deutsche, der Vertreter der deutschen Einheit, zunächst für den Polen schwärmte. Sie werden sich erinnern, daß es ebenso für die italienischen und französischen Revolutionäre der Fall war. Diese Ausländerei noch weiter mitzumachen und sie unter einem konfessionellen Vorwande, unter dem Vorwande, daß diese Ausländer nebenher Katholiken wären, bei uns einzuschwärzen, das, glaube ich, wird Ihnen nicht gelingen. Wenigstens die Regierungen und namentlich die preußische werden Sie damit nicht fortreißen. Ich freue mich, die Herren auf demselben fahlen Pferde im Preußischen Landtage wiederzusehen; da werden wir uns noch entschiedener aussprechen, als wie ich es hier vermag. (Bravo rechts.)

74. Sitzung des Deutschen Reichstags.

26. März 1886.

Da Fürst Bismarck mit dem Plan des Tabakmonopols nicht durchgedrungen war, andererseits aber die Höhe der direkten Steuern, besonders in Preußen, die Notwendigkeit neuer großer Einnahmen zeigte und dem Branntwein brennenden Großgrundbesitz geholfen werden sollte, der durch das Sinken der Branntweinpreise stark litt, entstand der Plan eines Branntweinmonopols. Man plante, die auf Preußen entfallenden Überschüsse des Monopols zur Überweisung der Grundgebäudesteuern an die Kommunalverbände zu gebrauchen; die Schullasten sollten von den Gemeinden an den Staat übergehen, die Gewerbesteuer sollte ermäßigt und das preußische Defizit beseitigt werden. Da ein staatliches Monopol dem Staate unkontrollierbare Einnahmen sichert, also das Budgetrecht der Volksvertretung mindert oder ausschaltet, da ferner zur Entschädigung der den Rohbranntwein verarbeitenden Fabriken und des Kleinhandels große Summen nötig waren, da ferner zahlreiche Parlamentarier Gegner der indirekten Steuern waren und man die berechneten Erträge des Monopols von 300 Millionen für viel zu hoch hielt,[1] war die Aussicht

[1] Die Denkschrift zur Begründung des Branntweinmonopols bei Horst Kohl: Die politischen Reden des Fürsten Bismarck Bd. 11, S. 314 ff.

auf Annahme der Vorlage denkbar gering, wie auch der Kanzler nicht bezweifelte.[2] Die erste Lesung im Reichstag vom 4. bis 6. März ergab schon die ablehnende Haltung des Reichstags. Trotzdem die vom Reichstag eingesetzte Kommission, wie Freiherr v. Hertling am 26. März zu Beginn der 2. Lesung mitteilte, die Vorlage verworfen hatte, spricht Fürst Bismarck für das Monopol:

Wenn ich jetzt in der zweiten Lesung das Wort für die Annahme des Monopols ergreife, so schmeichle ich mir natürlich nicht mit der Hoffnung, auf die Abstimmung damit einen wesentlichen Einfluß zu üben; ich halte es indessen doch für meine Pflicht, obschon es mir nach dem Zustande meiner Gesundheit schwer wird, vor dem Hause die Gründe darzulegen, welche mich bestimmt haben, den Antrag auf Einführung des Monopols auch meinerseits zu stellen und lebhaft zu unterstützen.

Daß ich damit auf die Annahme einen Einfluß üben könnte, dazu ist, wie gesagt, keine Aussicht. Nach der Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse werden wichtigere Fragen ja doch in der Regel entschieden, bevor sie überhaupt in die erste Lesung gelangen; sie werden entschieden innerhalb der Fraktionen. Wenn dort festgelegt ist, wie jede Fraktion sich dazu stellen will, so hat die erste Lesung oder die weitere Behandlung in der Regel einen mehr ornamentalen Charakter. Die Entscheidung über das Monopol, die in den Fraktionen bereits getroffen war — ja zum Teil bereits getroffen war, bevor die Vorlage überhaupt von irgend jemand gekannt sein konnte — ist ziemlich schnell erfolgt.

Ich will nun gar nicht von dieser letzteren Entscheidung sprechen, die vor der Vorlage erfolgte, und die eben nur mit dem bekannten Wort charakterisiert werden kann: „Ich kenne die Absichten der Regierung zwar nicht, aber ich mißbillige sie." Von dieser will ich nicht sprechen, sondern nur von der Besieglung, die sie erfahren hat. Schon am 4. März — am 4. März war die erste Lesung — konnte doch wohl jeder merken, daß das Schicksal dieser Vorlage entschieden war, entschieden in der kurzen Zeit vom 22. Februar, wo sie an das Haus gelangt ist, bis zum 4. März — also, mich dünkt, in zwölf Tagen. Eine Vorlage, an der die verbündeten Regierungen etwa sechs Monate mit großer Sorgfalt gearbeitet hatten, über die sie untereinander korrespondiert, die sie von ihren Technikern hatten prüfen lassen — die als vollständig unbrauchbar zu verwerfen, bedurfte das hohe Haus nur der Zeit von zwölf Tagen. Die Tatsache, daß die Vorlage in eine Kommission geschickt, eine Kommission zu ihrer Begutachtung gewählt wurde, ließ mich hoffen, daß in dieser eine weitere Prüfung der Sache dennoch ausnahmsweise stattfinden könnte. Der Zweck der Wahl einer Kommission ist doch in der Regel der, das Gesamtergebnis der Diskussion der ersten Lesung zu prüfen, namentlich nach den Tatsachen, den Zahlen, den Bedürfnisfragen, die geltend gemacht worden sind, um nachher dem Hause ein begründeteres Votum darüber geben zu können, als der einzelne sich bilden kann. Es ist früher auch in ähnlicher Weise verfahren worden. Ich erinnere mich, daß bei einer der wiederholten Steuervorlagen, die in den letzten sechzehn bis siebzehn Jahren gemacht worden sind — mich dünkt, 1869 war die erste, aber es war in einer der späteren — die gewählte Kommission die Finanzminister der größeren Staaten zu ihren Sitzungen einlud, dort die Bedürfnisfragen mit diesen eingehend prüfte, wobei jeder Finanzminister das Bedürfnis seines Staates darlegte, und danach zu einer Ansicht über die Bedürfnisfrage kam. Ist das Bedürfnis einmal verneint — ja, dann ist überhaupt die Vorlage unnütz; dann ist die Ver-

[2] Vgl. Gesammelte Werke, Bd. 8, S. 534 f.

werfung ja ganz natürlich. Wird das Bedürfnis aber bejaht, dann muß doch auf irgendeine Weise Rat geschafft werden; denn die Ausgaben im Deutschen Reich, in den Staaten und in den Gemeinden, zu denen das Bedürfnis nachgewiesen ist, für diese muß auf irgendeine Weise Fürsorge getroffen werden.

Untersuchungen der Art haben die verschiedenen Minoritätsanträge im Auge gehabt, wie zum Beispiel der von Herrn Oechelhäuser auf Einsetzung einer Subkommission; die Kommission hat aber nicht für angemessen gefunden, darauf einzugehen — ohne die Gründe dafür anzugeben.

Der Herr Finanzminister [3] hatte bei der ersten Vorlage den Reichstag gebeten, die Arbeit, die uns vorliegt, als eine gemeinsame zu betrachten, bei welcher Sie den Regierungen im Interesse des deutschen Volkes und der richtigen Verteilung der Lasten, die das Volk zu tragen hat, Ihre Mitwirkung nicht versagen möchten. Nun, meine Herren, diese Mitwirkung ist aber nach dem Verlauf der Sache ganz absolut versagt worden; Sie haben es abgelehnt, das Bedürfnis unserer Vorlage, die Richtigkeit der Angaben, die Richtigkeit der Ziffern irgend zu prüfen; Sie sind mit einer überraschenden Schnelligkeit damit fertig geworden. Sie haben es ferner abgelehnt, auch nur eine leise Andeutung über die Art und Weise zu geben, wie dem Bedürfnis, von dessen Vorhandensein die Regierungen überzeugt sind — das beweist die Vorlage — nach Ihrer Meinung abzuhelfen sei. Es ist der Versuch gemacht worden; darauf ist gesagt worden — ungefähr, mit anderen Worten —: Wir werden uns den Kopf der Regierung nicht zerbrechen und ihr nicht Steuervorlagen auf dem Präsentierteller entgegenbringen. Nun, meine Herren, ich nehme ein ähnliches Beispiel aus meinem täglichen, aus meinem ministeriellen Leben. Ein Rat, mein Untergebener, macht mir eine Vorlage für einen Zweck, den er als einen gemeinschaftlichen ansieht, und ich sage ihm: Ich teile Ihre Absicht überhaupt nicht — nun gut, dann ist die Sache erledigt. Wenn Sie das Bedürfnis bestreiten, ist es gut. Wenn ich diesem Rat aber sage: Ihre Arbeit taugt nichts, machen Sie eine andere, machen Sie andere Vorschläge! und er sagt: Ja, in welcher Richtung? Was sind die Fehler dieser Vorlage? und ich antworte ihm darauf: Das geht mich gar nichts an; ich erwarte von Ihnen Rat, aber ich bin nicht berufen, Ihnen welchen zu erteilen; Sie sind der Rat des Ministeriums, schaffen Sie mir eine andere Vorlage; das ist Ihre Sache — nun, dann wird der Rat vielleicht höflich schweigen, und wenn er die Tür hinter mir zumacht von meinem Arbeitszimmer, so wird er über mich in Ausdrücken denken oder sprechen (Heiterkeit), die parlamentarisch zu wenig anwendbar sind, als daß ich die Vergleichung auf die Kommission hier weiterführen könnte. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube, der betreffende Rat wird in seinem Urteil über mein Interesse für unsere gemeinschaftliche Aufgabe und über meine wohlwollende Höflichkeit, die ich meinen Untergebenen sonst gegenüber entwickelt habe, wohl die Zustimmung aller derer haben, die von diesem Vorgange Kenntnis bekommen; so glaube ich auch, daß die Urteile, die wir von der Regierungsseite aus Höflichkeit nicht aussprechen, aber innerlich uns doch bilden, auch im deutschen Volke ziemlich allgemein geteilt werden, überall da, wo man nicht das parlamentarische Interesse über das Interesse des Vaterlandes stellt. (Sehr richtig! rechts.) Man spielt mit uns; man läßt uns eine Art Blindekuh spielen. Wir wissen nicht, man sagt uns nicht, wie wir es etwa besser machen könnten; man läßt uns erraten. Es gibt ja solche

[3] Scholz.

Spiele, wo man jemanden herausschickt, um einen versteckten Gegenstand zu suchen; dabei gibt man ihm aber doch die Hilfe, daß die Musik sich verstärkt oder abschwächt, je nachdem er dem Ort näher kommt. Selbst diese kleine Aufmunterung wird uns hier vollständig versagt; man begnügt sich damit, wie es bei diesem Gesellschaftsspiel ja stets stattfindet, daß man mit Interesse die mehr oder weniger unbeholfenen oder geschickten Versuche desjenigen, den man suchen läßt, betrachtet und seine kritischen Bemerkungen darüber macht.

In dieser Weise, glaube ich auch, hatte ich die Aufforderung des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst[4] zu verstehen, mich an den Kommissionsverhandlungen zu beteiligen. Ich hätte dort ungefähr die Rolle gespielt, wie die Juden an den Wassern von Babylon: Lieber, singe uns ein Lied von Zion, damit wir uns an deinem Kummer erfreuen. (Heiterkeit rechts.) Diese Art von Zurückhaltung, von Imstichlassen des Ministeriums bei der Arbeit und bei dem Suchen nach den Mitteln, anerkannte Schäden in unserem öffentlichen Leben zu mildern, ist schwer erklärlich, wenn man nicht den Irrtum sich vergegenwärtigt, der fast allgemein unsere Verhandlungen beherrscht, als ob die Regierung die Verpflichtung hätte, ihrerseits mehr Patriotismus, mehr Fürsorge für das öffentliche Wohl zu haben und sich dafür abzumühen, als ob allen übrigen Mitarbeitern, dem gesamten Reichstag, nur die angenehme Aufgabe wäre, der Regierung je nach der Stimmung, die gerade die Mehrzahl beherrscht, je nach dem Fraktionsbedürfnis Nein zu sagen und sie abzuweisen, als ob die Regierungen und die Minister irgendein Interesse pro domo in der Sache hätten.

Meine Herren, wenn unser Vaterland geschädigt wird — wir können es ebensogut vertragen wie jedes Reichstagsmitglied und jeder Abgeordnete. Wenn uns das mehr zu Herzen geht als anderen, so spricht das für unsere Liebe zum Vaterland. Es wird jeder sich die Geschicke des öffentlichen Gemeinwesens in dem Maße zu Herzen nehmen, in dem er sein Vaterland liebt; und es ist ja eine schmeichelhafte Voraussetzung, die diesem ganzen Irrtum zugrunde liegt, daß die Regierungen mehr Interesse an dem öffentlichen Wohl nehmen, als ein Abgeordneter zu nehmen verpflichtet ist.

Indessen, meine Herren, Interessen pro domo haben die Minister nicht. Der einzige unter — ich glaube — fast allen deutschen Ministern, der bei dieser Vorlage irgendein persönliches Interesse haben könnte, bin ich, indem ich, wie der Herr Abgeordnete Richter bei irgendeiner Gelegenheit sagte, ein großer Brenner vor dem Herrn bin. Er hat solche Andeutungen ja neulich vervollständigt in der Weise, daß er sein Wort von der Schnapspolitik wiederholte und mir dabei schuld gab, daß ich in den Versammlungen der letzten Jahre — ich weiß nicht mehr, wie er sich ausdrückte, ich habe es hier; aber ich will Sie nicht aufhalten mit dem Nachsuchen — es ging ungefähr darauf hinaus, daß ich in der Gesetzgebung mein persönliches Interesse an der Brennereifrage betätigte.

Nun, meine Herren, es liegt doch in dieser Andeutung, die der Herr Abgeordnete Richter offen ausgesprochen hat, eine Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, mich in der öffentlichen Achtung herabsetzen müßte. Wenn der Herr Abgeordnete Richter das nicht unter dem Schutz des parlamentarischen Privilegiums, andere Leute beleidigen zu dürfen, gesagt hätte, so würde ich ihn einfach vor Gericht fordern und den Beweis der Wahrheit von ihm gewärtigen. Er würde ihm recht schwer zu führen sein, da meines Wissens analoge Verhandlungen, in denen ich diese Vorliebe für die Brennerei hätte beweisen können, in

[4] Vom 6. März.

den letzten Jahren gar nicht stattgefunden haben. Es ist einmal eine Branntweinbesteuerungsfrage im Landtage gewesen, soviel ich mich erinnere; aber eine Besteuerung der Brennerei ist hier noch nie in Frage gekommen.

Es wäre ja für mich ein leichtes, dergleichen grobe Injurien zu erwidern und auch den Herrn Abgeordneten Richter zu beschuldigen, daß er seine Stellung als Abgeordneter in seinem Privatinteresse ausbeute; indessen ich verzichte darauf. Ich finde es unter meiner Würde, mich auf einen Streit der Art einzulassen. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre ja bedauerlich — und der Herr Abgeordnete Richter wäre doppelt im Unrecht, dergleichen gesagt zu haben —, wenn er damit irgendwie Glauben fände. Es ist für das Ansehen und die Bedeutung des Deutschen Reichs ziemlich gleichgültig, was man in der Welt von dem Herrn Abgeordneten Richter denkt; es ist aber für das Deutsche Reich nicht gleichgültig, was man von dessen erstem Beamten, seinem Kanzler, denkt. (Sehr richtig! rechts.) Ich könnte deshalb mit sehr viel mehr Sicherheit, niemand zu schädigen, das, was ich etwa dem Herrn Abgeordneten Richter als Balken in seinem Auge vorzuhalten hätte, hier vortragen. Aber, wie gesagt, ich glaube, ich habe das nicht nötig; ich glaube, die Stellung, die ich mir im öffentlichen Leben seit dreißig Jahren erworben habe, ist zu fest, als daß der Herr Abgeordnete Richter mich aus derselben herunterzerren könnte. Sein Gewicht ist zu leicht dazu. (Bravo! rechts.)

Er hat in derselben Rede die ganze Monopolvorlage in der Hauptsache als ein Geschenk dargestellt, welches den schlesischen Magnaten, die er zum Teil namentlich aufführte, gemacht werden sollte; er hat sich bei dieser Aufzählung der einzelnen Kategorien des schlesischen Adels, wie ich aus dem stenographischen Bericht ersehen habe, eines mehrfachen Beifalls und großer Heiterkeit zu erfreuen gehabt, wie das sehr leicht in Deutschland in allen größeren Kreisen zu erreichen ist, wenn man Nachteiliges vom Adel spricht; nur muß es eben gerade der deutsche Adel sein. Das ist ein charakteristisches Zeichen, wie schwer es ist, den Beifall des Landsmanns zu erwerben, und wie richtig bei uns das Sprichwort ist, daß kein Prophet in seinem Lande gilt. Der fremde Adel, schon der böhmische und ungarische Magnat neben dem schlesischen — da hat man „alle Achtung“. (Heiterkeit.) Ein englischer Lord — da nimmt man den Hut ab nicht nur in England, sondern auch hier bei uns in Deutschland. Ein französischer Marquis — das hat doch ein gewisses historisches flavour von Rokoko und von Feinheit; das läßt man auch passieren; man ist nicht geärgert, mit einem Marquis zu verkehren. Ein spanischer oder italienischer duca — der hat etwas Exotisches; der hat schon an und für sich durch seinen ausländischen Charakter etwas Anziehendes. Aber ein deutscher Graf und gar ein „Reichsgraf“, wie der Abgeordnete wiederholte unter großem Beifall — das ärgert jeden Biedermann sehr, daß die auch Brennereien haben, und daß diese staatlich geschützt werden sollen.

Diese gerade! Wenn der Herr Abgeordnete Richter gesagt hätte: Ein Geschenk soll gemacht werden den kleinen Brennereien und den größeren, die auf unsicheren Füßen stehen, die verschuldet sind, die vielleicht vorweg verkaufen müssen, dann hätte er etwas nicht ganz so Unwahres gesagt; denen soll wirklich unter die Arme gegriffen werden. Die schlesischen Magnaten werden aber wohl meistens in der Lage sein, in der ich selbst bin, nämlich, daß sie auf den Jahresüberschuß ihrer Brennereien zum Leben nicht notwendig angewiesen sind, sondern daß sie die Krisis, welcher dieses Gewerbe unterliegt, ruhig abwarten können. In deren Interesse würde es — wenn sie ein eigenes Interesse verfolgten — im Gegenteil

liegen, daß man die Krisis wirken läßt, daß man sie nach Möglichkeit verschärft. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben ein naheliegendes Beispiel in der Zuckerindustrie. Da sind schon manche zugrunde gegangen, die weniger fest standen; die Wohlfundierten halten es länger aus. Wir haben viele Beispiele in Amerika, in England. Ich erinnere an die großen Operationen, die seit Jahrzehnten von englischen Industriellen in der Weise gemacht wurden, daß dieselben die Überproduktion begünstigten; die Krisis wurde dadurch verschärft; die stärksten und reichsten Fabrikanten verkauften mit Schaden immer wohlfeiler, und nachdem alle ihre Nebenbuhler zugrunde gegangen waren, gingen sie mit dem Preise in die Höhe und waren die Konkurrenz los. So würde auch, wenn gar nichts geschieht, die Krisis von selbst schon die Kontingentierung vollziehen, aber leider zu Gunsten der Reichen und zum Nachteil der Armen. (Sehr richtig! rechts.) Die schlesischen Magnaten werden nicht diejenigen sein, die leiden; unter den bürgerlichen Schlesiern, unter denen der Herr Abgeordnete Richter nur einiger Reicheren wohlwollend gedachte, ohne ihren Namen zu nennen, da werden gerade nur diese Reichen vielleicht die Krisis überstehen; die glücklichen Jahre, wo man zwischen den Gräbern der Konkurrenten sich etablieren, das Seinige besser ausbauen und ausbeuten kann, die werden eben nur diese reichen Fideikommißbesitzer und Grafen und Herren erleben. Ich dachte, der Herr Abgeordnete Richter wäre mit den Prozessen, wie sie sich im wirtschaftlichen Leben vollziehen, vertraut genug, um sich zu sagen, daß, wenn hier überhaupt ein Geschenk gegeben wird, dasselbe den ärmeren Gewerbetreibenden zuteil wird, indem durch die Staatsgesetzgebung die überwiegende Konkurrenz der Reichen gehemmt und wirkungslos gemacht wird. Warum ist denn niemand bei der Frage des Tabakmonopols darauf gekommen, daß in demselben ein Geschenk für den Tabakbauer läge, der sich doch mußte auch von der Regierung zu Preisen, bei denen er bestehen und leben kann, seinen gebauten Tabak abnehmen lassen, er mag reich oder arm sein? Wenn das nicht geschieht, so geht einfach diese Kultur, diese Industrie, aus der der Staat seine Rente zieht, ein. Das ist eine ganz natürliche Sache. Ich bedaure, daß diese Hetzerei gegen reiche Leute und gegen den Stand der schlesischen Edelleute hier Anklang gefunden hat. Für dergleichen ist ja Platz genug bei den Wahlen; hier hat es auch gar keinen Nutzen weiter, es stimmt ja niemand deshalb anders — nur der Klassenhaß wird einigermaßen verschärft und vertieft.

Es handelt sich aber hier gar nicht einmal um die Frage der Brennerei, sondern wesentlich um die Frage des Kartoffelbaues. Ich werde nachher noch auf die Preis- und Arbeitsverhältnisse näher zurückkommen; ich will hier vorläufig nur hervorheben, daß die Frage nicht so liegt: Branntweinbrenner gegen Schenkwirt, sondern Kartoffelbauer gegen Schenkwirt. Jede Verminderung unseres Kartoffelbaues um auch nur ein Hektar — ich will ganz obiter taxieren — entzieht einer Arbeiterfamilie den Boden ihrer Existenz, und jede Vermehrung unseres Kartoffelbaues um ein Hektar gibt die Möglichkeit, für eine Arbeiterfamilie mehr, zu leben, im Vergleich mit anderen Früchten, die an der Stelle gebaut werden können.

Diese sozialen und wirtschaftlichen Motive sind indes gar nicht die Hauptsache, die uns zur Vorlage veranlaßt hat, sondern die Hauptsache ist das finanzielle Bedürfnis, das vorliegt, und das von dieser Stelle aus schon mehr als einmal vertreten worden ist. Das Bedürfnis schien fast von allen Parteien anerkannt zu werden; von der freisinnigen Partei habe ich nichts gehört — aber auch vom Zentrum, das nachher so geschlossen gegen die Vor-

lage gestimmt hat, schien der Herr Abgeordnete v. Huene doch wenigstens das Bedürfnis zuzugeben, und von seiten der Nationalliberalen, wie mir schien, geschah es ungeteilt. Die Bedürfnisfrage aber ist, je älter sie wird, eine immer dringendere. Was die deutsche Nation in den verschiedenen Formen, in welchen sie ihr politisches Leben zur Erscheinung bringt, an Ausgaben bedarf, das muß in irgendeiner Gestalt doch aufgebracht werden, mag das Bedürfnis sich im Verwaltungsgebiet des Reiches, in dem der Einzelstaaten oder in dem der Gemeinden kundgeben; es schöpft das alles aus derselben Quelle und dient alles demselben Zweck, der deutschen Nation die Erfüllung ihres politischen Lebens zu ermöglichen.

Die meisten der Ausgaben, die durch neue Einnahmen aus dem Branntwein gedeckt werden sollen, werden bereits geleistet, aber in einer unbequemen und schwer tragbaren Weise. Es ist dies der alte Streit der direkten und indirekten Steuern, über den ich hier schon öfter das Wort zu nehmen in der Lage gewesen bin, und die Notwendigkeit, daß die Gemeinden — wenigstens in Preußen — dermalen ihre Bedürfnisse wesentlich auf dem Wege direkter Steuern aufzubringen genötigt sind.

In einer der jüngsten Verhandlungen des Herrenhauses hat Herr Minister Friedenthal vorgetragen:

> Die Summe der Kommunalabgaben betrage sicher 250 bis 300 Millionen Mark; in Prozenten der Klassen- und Einkommensteuer betrage die Belastung der Städle 229, die der Landgemeinden 585 Prozent; in Prozenten sämtlicher Staatssteuern betrage die Steuerlast 156 Prozent in den Städten und 165 Prozent in den Landgemeinden. Der Ausdruck „Notstand" sei also vollkommen gerechtfertigt. Die Kommission spreche nur von den dringenden Bedürfnissen; die Überweisung der gesamten Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen decke nur ein Drittel des gesamten Steuerbedürfnisses. Die Ausgestaltung der Selbstverwaltung, die Ausdehnung des Schulwesens auf dem Lande namentlich erfordere vielfach Mehrausgaben; aber die Grenze der Leistungsfähigkeit sei bereits erreicht, vielfach überschritten. Gegenüber den unaufhörlichen Anforderungen beginne sich schon ein passiver Widerstand zu organisieren. Die Volksschule, bisher ein Gegenstand der Liebe des Volkes, könnte sehr leicht ein Gegenstand der Abneigung werden. Man müsse die Kräfte der Gemeinde entlasten.

Es ist dies das Zeugnis eines Mannes, dem Sie gerade eine reaktionäre oder übertrieben gouvernementale Stellung doch nicht zutrauen werden. Um dies Zeugnis zu unterstützen, erlaube ich mir noch anzuführen, daß in Preußen die Steuerexekution, die Auspfändung wegen Gemeindelasten und wegen Schullasten, in den letzten drei Jahren die Ziffer von 4½ Millionen Fällen erreicht hat. Also im Durchschnitt der Jahre sind 1½ Millionen Leute in jedem Jahre ausgepfändet worden, weil sie die direkten Zuschläge zu den Staatssteuern, deren die Gemeinde und unter Umständen die Schule bedarf, nicht leisten können. Meine Herren, Sie haben ein so empfindliches Herz für die Leiden eines Schenkwirts, der nicht mehr mit derselben Bequemlichkeit sein Brot hat; — haben Sie denn gar keinen Sinn für die Tatsache, daß 1½ Millionen Preußen allein ausgepfändet werden, das heißt eine Beschlagnahme in ihrem Mobiliar in jedem Jahr vorgenommen wird, weil der Reichstag nicht eine Steuerquelle bewilligen will, durch welche der Not der Gemeinden in Preußen und den direkten Beiträgen, welche auf denselben lasten, abgeholfen werden könnte?

Die Gemeindelasten und die Schullasten sind nicht die einzigen Ursachen der Zuschläge zu den direkten Steuern, wie sie in Preußen erhoben werden. Sie haben aus den Angaben

des Herrn Friedenthal gehört, daß er sie zusammen auf 300 Millionen schätzt. Nun sind das Zuschläge zu Steuern, die mit den Vermögensverhältnissen des Besteuerten in gar keinem notwendigen Zusammenhange stehen; es sind Steuern, die unter den Einwohnern derselben Gemeinde eine ungleiche und ungerechte Verteilung der Abgaben erforderlich machen. Derjenige, der keinen Grundbesitz hat, bezahlt seine 3 Prozent Einkommensteuer; derjenige, der Grundbesitz hat, bezahlt einmal die 3 Prozent Einkommensteuer und dann noch, wenn er schuldenfreien Grundbesitz hat, 5 bis 6 Prozent aus seinem Grundsteuereinkommen, also im ganzen 8 bis 9 Prozent. Ist er aber verschuldet, auch nur zur Hälfte, so zahlt er 10 bis 12 Prozent an Grundsteuer von seinem Vermögen. Das sind Ungerechtigkeiten, die, wenn sie erträglich sind, schließlich doch die Geduld des dabei Beteiligten allmählich erschöpfen, die Verstimmungen erzeugen; und diese Verstimmungen finden nachher zu einer unbequemen Zeit einmal ihren Ausbruch. Gerade wenn das Reich der Teilnahme und des Wohlwollens seiner Angehörigen am dringendsten bedarf, kann einmal die aufgespeicherte Empfindlichkeit der ausgepfändeten und ungerecht besteuerten Preußen zum Ausdruck kommen in einer Weise, die ich bedauern würde.

Ich brauche auf die übrigen Bedürfnisfragen, zum Beispiel die Mietssteuer, die Schule, die Notwendigkeit, die Beamtenbesoldungen aufzubessern, nicht einzugehen. Die meisten der Überlastungen treffen ja das Stiefkind der Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten, die Landwirtschaft und den Grundbesitz; ich hatte namentlich von seiten des Zentrums ein etwas lebhafteres Entgegenkommen zur Abhilfe der hauptsächlich auf der Landwirtschaft in einem großen Teile Deutschlands lastenden Schäden erwartet; aber es ist mir nicht gelungen.

Nun will ich auf die Bedürfnisfrage nicht tiefer eingehen; ich will annehmen, daß die Mehrheit des Hauses das Bedürfnis nicht bestreitet. Wenn das Bedürfnis aber anerkannt wird, so handelt es sich nur noch um die Art der Aufbringung, um den Gegenstand der Besteuerung. Als ein solcher ist der Branntwein von vielen, namentlich auch von seiten der Fortschrittspartei in vielen früheren Äußerungen anerkannt worden, solange die Regierung nicht Vorschläge in der Richtung machte; sobald aber die Regierung bei dem Branntwein Vorschläge macht, dann ist es ganz etwas anderes (Sehr richtig! rechts), dann ist der Branntwein, der Branntwein des armen Mannes, tabu, an dem man nicht rühren darf; dann ist der Schenkwirt ein sehr einflußreicher Mann in der Welt. Ich glaube, daß kaum eine Kategorie in der wählenden Bevölkerung einem Abgeordneten, der wiedergewählt werden will, so gefährlich werden kann, wie der Schenkwirt. (Heiterkeit.) Gefährlich ist es deshalb, den Schenkwirt zu reizen. (Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, das kann doch für die Gesetzgebung einer großen Nation nicht maßgebend sein; Deutschland kann weder im Interesse der Schenkwirte regiert werden, noch viel weniger durch die Schenkwirte. Wenn das Übel erkannt würde, daß die Schenkwirte wegen ihres mächtigen Einflusses auf die Wahlen bei uns eine maßgebende Herrschaft bekämen, dann muß man Front machen gegen diese gefährliche Kauponokratie, die uns dort zu erwachsen droht. Ich glaube nicht, daß irgend jemand zugeben wird, daß er bei dieser Abstimmung über den Branntwein von Rücksichten auf seine Wiederwahl geleitet werde; aber im Lande wird man sich doch immer das seinige dabei denken, und die Folgen bleiben dieselben, aus welchen Gründen Sie das Gesetz auch ablehnen.

Wenn nun der Branntwein das richtige Material zur Besteuerung ist, so fragt es sich, in welchem Stadium die Besteuerung einsetzen soll, ob in dem der Produktion oder in dem

der Konsumtion. Um uns darüber ein Urteil zu bilden, müssen wir näher ins Auge fassen, wie sich der Erwerb in den beiden Stadien des zu besteuernden Objekts darstellt.

Wenn Sie einfach die Besteuerung im Stadium der Produktion verdreifachen wollen, so haben Sie dann statt zirka 50 Millionen Mark 150 Millionen, also 100 Millionen Mark mehr, als wir gegenwärtig besitzen, was, wenn alle die Ausgaben gemacht werden sollen, die darauf zu übernehmen sind, wenn die gesamte Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden überwiesen, die Mietssteuer abgeschafft werden und andere vorher charakterisierte Wohltaten erfolgen sollen — doch kaum für Preußen ein ausreichendes Quantum ergibt. Aber wie wirkt dann schon diese Verdreifachung der Steuer? Auf den Verbrauch so gut wie gar nicht. Jetzt trägt das Liter Alkohol etwa 15 Pfennige Steuer; es würde dann 30 Pfennige mehr tragen. Das würde den Preis von einem Glas Branntwein noch nicht um irgendeinen Bruchteil eines Pfennigs steigern.

Wie stellt sich aber die Sache für den Produzenten? Nehmen Sie eine Brennerei, die schon zu den großen und besser situierten gehört, die im Jahre 18 000 Zentner Kartoffeln verarbeitet — ich nehme gerade diese Ziffer der Einfachheit der Rechnung wegen, weil zur Herstellung von einem Hektoliter vollwichtigen Alkohols gerade ungefähr 18 Zentner Kartoffeln durchschnittlich erforderlich sein werden. Der Brennereibesitzer wird also von seinen 18 000 Zentnern Kartoffeln, die er verbrennt, 1000 Hektoliter Spiritus herstellen und wird dafür nach jetzigen Preisen 34 000 bis 35 000, im besten Verhältnis 36 000 Mark einnehmen. Dabei wird er 15 000 bis 16 000 Mark Steuer bezahlen; es werden ihm also zur Deckung seiner Brennerei und der Kosten des Kartoffelbaues zirka 20 000 Mark übrigbleiben. Ich will die Unkosten der Brennerei für den Zuschuß von Gerste, der sich nie bezahlt macht, weil die Gerste teurer ist, als sie verrechnet wird, und als sie hergibt, ferner für die Feuerung, für die Löhne, welche gezahlt werden, für die Verzinsung der ganzen Anlage, kurz und gut für den ganzen Betrieb, für das Verfahren, für das ganze Risiko nur 10 000 Mark als Brennereikosten auf die 18 000 Zentner berechnen; jeder Sachkundige, der gewohnt ist, Buch zu führen, wird mir sagen, daß das eine niedrige Rechnung ist. Dann erhält der Brenner für seine 18 000 Zentner Kartoffeln einen Bruttoertrag von 9000 Mark, das heißt also für den Zentner Kartoffeln 50 Pfennig, und da er, um 18 000 verbrennen zu können, doch mindestens etwa 21 000 bauen muß, ganz abgesehen von seinem Konsum, der apart ist, so hat er nur zwischen 40 und 50 Pfennig für den Zentner Kartoffeln Bruttoertrag.

Nun ist es ganz gewiß, daß man dafür den Zentner Kartoffeln bei heutigen Arbeiterpreisen nicht bauen kann, außer unter ganz außerordentlich günstigen Verhältnissen. Der Brenner hat also so gut wie gar keinen Reinertrag von seinem Kartoffelbau übrig, er muß aber 15 000 Mark Steuer gegenwärtig, und, wenn die Steuer verdreifacht wird, 45 000 Mark Steuer zahlen, und zwar vorweg unter allen Umständen zahlen, wenn auch seine Produktion nicht in dem gehofften Maße einschlägt. Nur sehr reiche, sehr große Brennereien können das aushalten; wie denn auch die Erfahrung zeigt, daß jede Steigerung der Produktionssteuer von einer überraschend starken Verminderung der Zahl der Brennereien, und zwar der kleinen und periklitierenden begleitet gewesen ist. Den reichen, großen Fabriken der schlesischen Magnaten, die dem Herrn Abgeordneten Richter vorschwebten, werden die Konkurrenten beseitigt. Verdoppeln Sie die Steuer, dann übernehmen Sie auch die Ver-

antwortung für die Klagen derer, die dadurch ruiniert werden; — die schlesischen Magnaten gehören nicht dazu.

Wie stellt sich nun daneben das gewerbliche Einkommen des Schenkwirts? Ich will die einfachsten Verhältnisse zugrunde legen, das heißt ländliche Preise, wie sie dicht am Tor der Brennereien in Gegenden von wenig Verkehr, wenig Konkurrenz und wenig Trinkern üblich sind, also beispielsweise wie ich sie aus meiner Varziner Begüterung kenne. Der Preis eines Liters Alkohol beträgt nach dem heutigen Preise ungefähr 3 Silbergroschen in altem Gelde, das heißt das Liter Alkohol zu 100 Prozent. Aus dem werden von Branntwein, wie er getrunken wird, 3 Liter hergestellt; es kostet also jedes Liter Branntwein 1 Silbergroschen. Aus einem Liter Branntwein schenken Sie, wenn ich den großen Schnaps des Varziner Kruges mir vergegenwärtige, 32 Gläser, das ist ein Viertel-Achtel, ein randvoll gegossenes Achtel zum vierten Teil. Das ist ein Glas, wie es in den Städten nicht geschenkt wird; da werden aus dem Liter 64 bis 70 Gläser geschenkt. Ich habe hier die Gläser probieren lassen, von denen gehen 50 auf das Liter. Ich will nun aber einmal bei dem hinterpommerschen Glase von 32 auf das Liter — oder vielmehr 33 — wegen der runden Rechnung mit 100 stehen bleiben. Dann schenken Sie also aus dem 3 Silbergroschen kostenden Liter reinen Alkohols genau 100 Schnäpse. Jeder einzelne davon kostet 5 Pfennig; mir ist ein niedrigerer Preis gar nicht bekannt. Wenn ich für die Vorlage, die wir Ihnen gemacht haben, einen Irrtum anerkennen muß, so ist es der, der nicht hier im Zentrum der preußischen Verwaltung liegt, sondern der in den Berichterstattungen der preußischen Behörden aus den Provinzen seinen Grund hat: daß nämlich ein viel zu niedriger Preis für den glasweisen Ausschank angenommen worden ist. Da ist zum Beispiel für Ostpreußen angegeben, daß bei dem glasweisen Ausschank das Liter ordinären Trinkbranntweins nur zu 40 Pfennig verwertet werde. Da müßte ja also das einzelne Glas nur etwas über 1 Pfennig kosten. Nun weiß ich nicht, warum es in Ostpreußen so viel billiger sein sollte wie in den mir bekannten pommerschen Krügen, wo unter 5 Pfennig nie ein Glas Branntwein ausgeschenkt wird. Wenn aber 32mal aus 1 Liter verdünnten Alkohols ein Glas à 5 Pfennig gegossen wird, so bringt man aus diesem Liter 16 Groschen, also 1,60 Mark heraus, und nicht, wie hier angegeben ist, 40 Pfennig.

Aus eigener Erfahrung sind mir ferner die Preisverhältnisse in Lauenburg und Holstein bekannt, und zwar um so genauer, als ich indirekt zu der von mir bekämpften Klasse der Schenkwirte gehöre — ich weiß nicht, in fünf oder sechs verschiedenen Gemeinden, wo ich zufällig die Lokalitäten mit dem Ankauf von Grund und Boden erworben habe, und das Geschäft seinen Fortgang hat. Davon zahlen mir einige, die nichts weiter als den Ausschank haben, doch eine Pacht, die mit die höchste Verwertung ist, die ich kenne — sie geht in die Tausende, und ich kämpfe gegen mein eigenes Fleisch, wenn ich der Schankwirtschaft entgegentrete. Dort gibt es zwei Preise für den Branntwein: einen für die Honoratioren, nämlich 15 Pfennig für das Glas, und einen auf der anderen Seite der Straße, wo der Krug für die gemeinen Leute ist, von 10 Pfennigen, also genau das Doppelte wie in Varzin. Da wird also das Liter gewöhnlichen Branntweins schon zu 3,20 Mark ausgebracht, und das Liter Alkohol ungefähr zu 10 Mark, da, wo es 10 Pfennig kostet. Nun sind die Kosten der Verdünnung durch Wasser ja sehr einfach. Die Krüge liegen ein halbes Kilometer von den großen Brennereien, sie haben keine Kosten in der Beischaffung; das Handwerkszeug, das sie brauchen, ist auch gering, und das Gewerbe hat viel Anziehendes, weil der Beteiligte

doch darauf rechnet, daß, wenn er nicht das Mitessen, doch das Mittrinken hat, und weil ihm der Verkehr mit den Gästen angenehm ist; es ist auch keine sehr angreifende Beschäftigung. Wird die Qualität dadurch veredelt, daß man ein vollkommen wertloses, in einem Bruchteil von Pfennigen gar nicht berechenbares Quantum von flüssigem Zucker oder ätherischem Öle irgendeiner Frucht hinzusetzt, dann steigt der Preis des Ausschanks unter Umständen, wie Ihnen allen bekannt sein wird, auf 25 Pfennig für ein Gläschen Likör. Ich darf also mit ziffermäßiger Sicherheit hieraus den Schluß ziehen, daß der Schenkwirt von seinem Geschäfte einen Vorteil von 1000 bis 3000 Prozent hat, und daß, wenn die Steuer irgendwo einsetzen soll, es wohl das Richtigste ist, mit ihm zu beginnen. Daß dabei die Schenkwirte nicht reich werden, das hat seinen einfachen Grund in dem ungeheuerlichen Andrang, der zu diesem bequemen und einträglichen Gewerbe vorhanden ist. Auf einem Dorfe reichen zwanzig Kunden ungefähr schon hin für einen Schenkwirt, da brauchen keine Säufer dabei zu sein, sondern nur Leute, die in der Woche ein Liter Branntwein verzehren, also im Jahre 50 Liter. An 1000 Liter ist schon ein ausreichender Profit zu machen, um als kleiner Besitzer, als Häusler, zu bestehen und zu den Honoratioren zu gehören; Sie sehen auch in Dörfern, daß der Krug, die Schnapsschenke, immer das am besten aussehende Etablissement im ganzen Orte ist. Mir sind Dörfer bekannt, aus eigener und persönlicher Anschauung, unter 300 Einwohnern mit zwei Schnapsschenken, die dabei die prosperierendsten Einrichtungen sind. Und es ist keineswegs — wie man gewöhnlich annimmt — eine Bevölkerung, die dem Trunke ergeben ist. Ich lebe in jedem Jahre mehrere Monate auf dem Lande; aber ich erinnere mich nicht, auf meinen Gütern und in den Dörfern, die ich berühre, jemals einen Betrunkenen gesehen zu haben im Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren. Die einzigen Betrunkenen, die uns in den Weg kommen, kommen aus der Stadt, sind Bauern, die vom Markte mit ihren Waren heimkehren; die haben sich in einer Mischung von Bier und Branntwein betrunken. Die Bevölkerung auf dem Lande ist bei weitem mäßiger, als man in der Stadt annimmt, und der Arbeiter namentlich; er nimmt zwei warme und zwei kalte Mahlzeiten am Tage. Zu den kalten Mahlzeiten nimmt nur der keinen Branntwein, der ihn nicht bezahlen kann; wer aber dazu den warmen Branntwein trinkt, hat mit seiner Frau zu tun und gilt für einen Menschen, der auf Abwege geraten ist; das ist schon eine Seltenheit. Der Trunk ist recht eigentlich — ich spreche immer nur von den Provinzen, die ich kenne — in den Städten zu Hause, wird dort ausgebildet, wird mit Bier großgezogen und endigt mit Branntwein. Er wird auch da mit viel mehr Nachsicht behandelt. Ich habe einmal einen Offiziersburschen sagen gehört: „Ja, wenn es den Herren mal passiert, dann heißt es: Sie sind heiter gewesen, und trifft es Unsereinen, dann heißt es: Das Schwein ist besoffen!“ (Heiterkeit.) So ungefähr ist die Beurteilung zwischen Stadt und Land. Wenn hier in Berlin zur Zeit des Bockbiers eine Niederlage auf den Straßen stattfindet, so daß der größte Teil der Bevölkerung, den man auf den Straßen sieht den Tag, als betrunken zu betrachten ist, dann heißt es: „Sie sind sehr heiter gewesen, sie haben dem Gambrinus glorios geopfert“; das wird mit Wohlwollen beurteilt. Wenn aber der ländliche Arbeiter sich betrinkt, das ist wieder ganz etwas anderes: er wird mit Verachtung dafür bestraft. Die Tatsache also, daß von zwanzig mäßigen Kunden ein Schenkwirt im Dorfe leben kann, ist noch kein Zeichen, daß in der Bevölkerung gerade der Trunk zu Hause ist; im Gegenteil, sie ist viel nüchterner als die hiesige. Wenn die Schenkwirte nicht reich werden, so beruht das, wie ich schon sagte, nur auf dem übermäßigen Zudrange zu diesem bequemen Gewerbe,

wie in jedem anderen Gewerbe, wo heutzutage etwas zu holen ist; da sind ja gleich die Begehrlichkeiten, wie die Fliegen am Honig, vorhanden. Wenn ich hier in Berlin mal in der Lage bin, irgendeinem Menschen aus der dienenden Klasse förderlich zu sein, so begegne ich nur dem Wunsche, hier in Berlin einen Keller zu etablieren, eine Wirtschaft, wo man mitessen, mittrinken und seine Gäste bedienen kann; es ist das ein außerordentlich beliebtes Gewerbe — ob für den Staat ein sehr nützliches, das ist freilich eine andere Frage. Wenn wir vor diesem Gewerbe gerade haltmachen und ihm zuliebe den Klassensteuerpflichtigen der Gemeinde weiter auspfänden lassen, ihm zuliebe die Ungleichheiten der Steuer, die Unzufriedenheiten in den Provinzen bestehen lassen und uns damit trösten, daß unseren Schenkwirten nichts zuleide geschieht, dann, glaube ich, sind wir auf falschem Wege: damit werden Sie die Zufriedenheit, das Wohlwollen der Bevölkerung, die Sie vertreten, auf die Dauer nicht verdienen können. Es dauert lange, ehe die Wahrheit durchkommt; aber wenn sie durchkommt, dann wird sich auch danach die Situation ändern.

Nun können Sie mir sagen: Es wird nicht alles glasweise verschenkt. Das ist ja sehr richtig, und es ist schwer nachzuweisen, wie viel im Detailverkauf flaschenweise, und wie viel glasweise verschenkt wird; aber jedenfalls ist der glasweise Verschank bei weitem der einträglichste und wirkt auf die Moralität und die Gesundheit am nachteiligsten. Den Haustrunk kontrolliert die Frau schon; und ehe nicht auch die verdorben ist, wird im Hause Ordnung gehalten, daß der Verbrauch kein zu großer ist. Der Trunk im Wirtshause ist recht eigentlich das, was die öffentliche Moralität schädigt, das Saufen und die Liederlichkeit fördert und das Familienleben zerstört. Also bin ich der Meinung, daß wir dort einsetzen sollten mit der Steuer, und wenn Sie uns, wie ich vermuten muß, das Monopol ablehnen — worüber wir erst die volle Quittung haben müssen, bevor wir die Verantwortlichkeit dafür übernehmen —, so werden wir Ihnen auch mit neuen Vorschlägen kommen, die darauf hinausgehen, den Konsum des Branntweins vorzugsweise zu besteuern; über die weiteren Details muß ich die Beschlüsse der verbündeten Regierungen abwarten. Es wird aber die Absicht sein, die Konsumtion vorzugsweise zu besteuern. Wir werden auch vielleicht in der Notwendigkeit sein, um uns das Erraten zu ersparen, Ihnen gleichzeitig mehr als eine Vorlage zu machen, unter denen dann die Kommission die Auswahl haben wird. (Heiterkeit.) Denn wenn wir in jedem Jahre nur eine Vorlage machen, und sie jedesmal angebrachtermaßen abgelehnt wird, dann können wir ein Methusalemsalter erreichen, ehe wir dem Reiche die Wohltaten geben, die zur Verbesserung seiner Finanzen genügen können. Wenn die Vertreter des Bundesrats sich jetzt nach dieser Ablehnung dazu herbeigelassen hätten, schon in der Kommission neue Vorschläge aus eigener Initiative zu machen — so würde man gesagt haben: Die Regierung selbst hat das Monopol unter den Tisch fallen lassen; wie man mir ja schon schuld gegeben hat, vielleicht um die eigenen Entschließungen dadurch zu decken, daß ich von der Sache zurückgetreten wäre. (Hört! rechts.)

Diese Vorlagen sind im Bundesrat bereits in Arbeit; wenn Sie inzwischen das Monopol noch annehmen wollen, so wird mir das große Freude machen (Heiterkeit), aber die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Monopols will ich keinesfalls mit Ihnen teilen; sie wird später vielleicht noch für den, der sie übernommen, nicht angenehm zu tragen sein. Wir werden Ihnen neue Vorschläge in der Richtung machen. Wenn ich eine gewisse Eile habe, dies zustande zu bringen, so liegt das einmal in der Länge der Termine von Jahr zu Jahr. Ich sehe schon in den Zeitungen und höre in der mündlichen Besprechung den Wunsch:

Laßt uns doch jetzt mit neuen Vorlagen in Ruhe. Ja, das heißt: Laßt uns in Ruhe bis zum Januar 1887. Ich weiß nicht, wer dann noch lebt; ich weiß nicht, wie dann die Welt aussehen wird. Ich habe das dringende Bedürfnis, weil ich die Zukunft eben nicht vorhersehen kann, an der Befestigung des Reiches zu arbeiten, solange es für mich Tag ist. (Bravo! rechts.) Ich bin alt und leidend und weiß nicht, ob ich noch lange dabei tätig sein kann. Aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen die Gründe, warum ich eilig bin, und warum ich Ihnen Eile in dieser Beziehung rate, doch noch näher auseinanderzusetzen.

Man hat mir oft den Vorwurf gemacht, daß ich nichts täte, um das Reich so zu festigen, daß, wenn ich in meinem Amt einen Nachfolger haben muß, es auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen könnte. Meine Herren, der Vorwurf ist sehr ungerecht; ich arbeite Tag und Nacht daran, und es ist die einzige Sorge, die ich auf dieser Welt noch habe. Aber auf dem Wege, auf dem die Herren, die mir das vorwerfen, es zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministerien, mit Schwächung der Regierung durch Spaltung, mit Beseitigung der Verantwortlichkeit durch Einführung der Kollegialität, mit stärkerer Herrschaft der Parlamentsmajorität — meine Herren, damit würden wir das Reich nicht festigen. (Sehr richtig! rechts.) Eine Festigung des Reiches suche ich in einem starken Kriegsheere, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen (Bravo! rechts), aber auch der Reichsangehörigen in den verschiedenen organischen Gebilden. Ich betrachte als Reichsangehörige den preußischen Staat, den bayerischen Staat, ich betrachte als Reichsangehörige die Bundesregierungen; und ihrer aller Zufriedenheit herbeizuführen ist meines Erachtens eine der Vorbedingungen für die Festigkeit des Reiches, wenn schwere Krisen eintreten sollten.

Man hat bei der ersten Lesung als einen besonderen Vorwurf der Monopolvorlage hervorgehoben, daß sie den Staat stärke. Man hat dabei wohl keine Neigung gehabt, auszusprechen, daß der Staat, um den es sich hier handelt, das Deutsche Reich ist; man hat vielleicht nicht den Mut gehabt, sich zu fürchten vor einer Stärkung des Deutschen Reichs. Aber den Staat stärken — ja, meine Herren, was heißt denn das? Ich fürchte, es werden noch die Jüngeren von Ihnen Zeiten erleben, wo sie sich nach einem starken Staat umsehen und sich vergebens dann danach umsehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich arbeite allerdings an der Stärkung des Staates, weil er die Kraft nicht hat, und weil auch ich im Reich die Festigkeit nicht finde, die ich vor fünfzehn Jahren in ihm zu finden und heutzutage zu finden hoffte. Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und Einheit des Reichs der Reichstag sein; ich hatte damals zu den Dynastien nicht das Vertrauen nach meinem ganzen Vorleben wie heute; aber auf den Reichstag hatte ich mein ganzes Vertrauen gesetzt.

Nun, meine Herren, wenn wir die Majorität des Reichstags ansehen, so werde ich zuerst nachdenklich gemacht durch den Umstand, daß die Majorität eine solche ist, daß die eingestandenen Intransigenten und dauernden Gegner des Reichs im Anschluß an sie ihre Rechnung zu finden glauben. Wenn ich sehe, daß diese Majorität den Beifall der Polen hat, die sich nie mit dem Deutschen Reich vertragen haben, den Beifall und die Unterstützung der Franzosenfreunde, den Beifall und die Unterstützung der Sozialdemokraten, die für uns unmögliche Ziele erstreben — dann werde ich bedenklich, ob ich in dieser Majorität, der alle, der diese und andere Nuancen, die ich anführen könnte, mit Hoffnung auf die Zukunft angehören — ob ich in der wirklich den sicheren Angelpunkt für die deutsche Einheit finden

kann. Er ist mir peinlich, dieser Zweifel; aber ich kann ihn nicht ganz abweisen. Ich will niemand unrecht tun und niemand verdächtigen, daß er sich der Konsequenzen, die ich aus diesem Bilde ziehe, auch seinerseits vollständig bewußt wäre.

Es ist uns aus der englischen parlamentarischen Tradition die hier bereitwillig angenommene Regel überkommen, daß man bei jedem Abgeordneten keine anderen Gründe seiner Abstimmung voraussetzen darf als diejenigen, die er selbst dafür angibt, und — um es kurz zu sagen — daß die Abgeordneten untereinander und die Regierung ihnen gegenüber verpflichtet ist, alle Welt für tugendhaft und vaterlandsliebend zu halten. Das ist eine ganz natürliche englische Tradition; die französische und italienische entspricht ihr nicht. Ich will gleich sagen, warum. In England haben die parlamentarischen Traditionen sich gebildet zu Gunsten einer Aristokratie, die in den beiden Parteien, Whigs und Tories, immer noch eine kleine regierende Minorität im Lande bildet. Die hatten das dringendste Bedürfnis, gegenüber der contribuens plebs ihr Ansehen nicht herabzusetzen, und waren stillschweigend darüber übereingekommen: Unter uns, und einer dem andern gegenüber, sind wir verpflichtet, uns für anständige Leute zu halten und öffentlich zu erklären — für vaterlandsliebende Leute, will ich lieber sagen. Man wird deshalb in England nie gefunden haben, daß einer dem anderen Mangel an Patriotismus vorwirft, weil es eben eine Minorität war, die regierte, und die das Bedürfnis hatte, auch das Ansehen des Gegners nicht zu sehr herabzusetzen, weil sie doch beide abwechselnd regieren.

Ob sich das in England nun weiter in den breiteren Formen der Vertretung halten wird, das wollen wir abwarten. Sicher ist, daß in Frankreich, wo die Gleichheit unbestritten ist, schon kein Mensch sich geniert, dem anderen ins Gesicht zu sagen, was er von ihm hält, und daß man in Frankreich auch gar nicht diese Art von Gerechtigkeit gegen den Gegner mehr übt, daß man ihn beispielsweise in die Kommission oder zu irgend etwas wählt. Sie werden bei der jüngsten Wahl im französischen Parlament gefunden haben, daß alle Parteien sich geeinigt haben, die Konservativen von den Kommissionen auszuschließen. Man ist unter sich, man debattiert mit mehr Leichtigkeit; es kürzt die Verhandlungen ja wesentlich ab. Es ist nicht im Interesse der Höflichkeit, der Liebenswürdigkeit, aber vielleicht — im Interesse des Landes, daß man auf diese Weise unmaskiert miteinander verkehrt. Wir werden uns mit der Zeit ja auch zu dieser Höhe vielleicht aufschwingen. (Heiterkeit.) In Italien ist es ebenso. Bei uns aber sind wir bisher noch in einem Stadium, daß es für unrecht und unparlamentarisch gilt, wenn man den Gegner nicht für tugendhaft und patriotisch hält; und ich will mich also nicht weiter aussprechen. Ich will nur sagen, daß eine Majorität im Reichstage, die gestützt ist auf notwendig und prinzipiell reichsfeindliche Fraktionen (Unruhe links), die deren freudige Unterstützung hat — nicht als die feste Stütze der Zukunft des Reiches angesehen werden darf, die ich vor fünfzehn Jahren geglaubt habe im Reichstage zu finden.

Wenn dies nun meine Überzeugung ist, so suche ich um so eifriger nach den Befestigungen der Reichseinrichtungen, wie ich sie vorher charakterisierte: die Armee, die Finanzen und Zufriedenheit. Ich halte es für das Reich nicht für nützlich, wenn es schlechte Finanzen hat; ich halte es nicht für nützlich, wenn es auf die Unterstützung der Einzelstaaten, auf deren Matrikularbeiträge irgendwie angewiesen ist. Man hat den geringschätzigen Ausdruck gebraucht: Die Einzelstaaten sollen nicht Kostgänger beim Reich sein. Ja, mein Gott, sie sind doch bei dem viel bescheideneren Zollverein Kostgänger gewesen und sind auch

Kostgänger des Reiches durch die lex Huene, und es ist ja doch dieselbe Nation, die davon lebt. Es ist ja eine ganz willkürliche Methode, die Formen, unter denen das Reich sich darstellt, zu personifizieren als Individuen, die verschiedene Interessen voneinander hätten. Ob das, was die deutsche Nation zur Betätigung ihres politischen Lebens gebraucht, in der Form von Kommunal-, von Einzelstaats- oder von Reichsabgaben aufkommt, ist vollkommen gleichgültig; es fragt sich bloß, wo es am bequemsten zu tragen ist. Und am bequemsten ist es in den indirekten Abgaben zu tragen, über die die Regierungen ihrer Zeit vertrauensvoll den Schlüssel dem Reichstag anvertraut haben.

Es fragt sich nun: Hat der Reichstag diesem Vertrauen, mit dem die Regierungen vor fünfzehn oder vor zwanzig Jahren ihm die wichtigsten Einnahmequellen ihrer Staaten überantwortet haben, entsprochen? Ich will darüber kein Urteil fällen. Aus dem, was ich vorher sagte, ergibt es sich von selbst. Ich bin wenigstens überzeugt, daß diejenigen, die unter der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände leiden, diejenigen, die ausgepfändet werden, die ungerechte Steuern zahlen müssen, die Gemeinden, die unerträgliche Lasten tragen müssen, die Beamten, die verkommen, der Meinung sein werden, daß das Verhalten des Reichstags dem Vertrauen, in welchem ihm die Schlüssel der Hauptrevenuen anvertraut sind, nicht entsprochen hat. Es ist dringend zu wünschen, daß nicht auch mächtigere Individualitäten, wie den König von Preußen, dasselbe Gefühl überkomme, daß die Opfer, die er seinerseits gebracht hat, indem er seine Immunitäten aus der Hand gab und sie in die Hand der vorher von mir in ihrer Zusammensetzung geschilderten Reichstagsmajorität legte — daß diese Opfer die Herren nicht gereuen. Wenn der König von Preußen oder von Bayern oder von Sachsen die Opfer, die er der Allgemeinheit gebracht hat, bereuen sollte — ja, meine Herren, davon ist bei einem König, der sein Volk liebt, das Bedürfnis und das Bestreben fast unzertrennlich, dasjenige, was er zum Nachteil seines näher angehörigen Volkes aus der Hand gegeben hat, wieder zurück zu gewinnen — natürlich auf gesetzlichem Wege, wie die Polen sagen (Ah! links), und wie das ja unter dem Beifall des Abgeordneten Dr. Windthorst und des Zentrums gesagt ist: Alles auf gesetzlichem Wege, natürlich! Glauben Sie nicht, daß es mir überhaupt, wenn ich diese Saite anschlage, die Haltbarkeit des Reichs, einfällt, mit einem Staatsstreich oder dergleichen zu drohen! Die beste Hälfte meines Lebens klebt an der Herstellung dieses Reichs, und ich habe keine Neigung, kurz vor meinem Abtreten aus dieser Welt Hand an das zu legen, woran ich selbst mitgearbeitet habe.[5] (Bravo! rechts.) Ich halte es nur für meine Pflicht, nach meiner langjährigen politischen Erfahrung in den Geschäften Ihnen auch meine Sorgen, die ich für die Zukunft hege, nicht zu verhehlen, und das, was ich befürchte, wenn der Reichstag seine Aufgabe auf diese Weise fernerhin auffassen wird.

Sie können mir ja darauf erwidern: Wenn der Reichstag den verbündeten Regierungen nicht konveniert, so kann er aufgelöst werden. Ja, auf dieses Mittel lege ich sehr wenig Gewicht; eine Auflösung würde wahrscheinlich nichts anderes als annähernd denselben Bestand, den wir heute vor uns sehen, wieder herbeiführen, und ich glaube, daß die Verminderung des Gewichts, das man auf Wahlen und Auflösung legte, immer allgemeiner werden wird, je mehr man erkennt, wie die Manipulationen bei den Wahlen zugehen, wie wenig bekannt der Wähler mit dem ist, was hier vorgeht, mit den Gründen und mit der ganzen

[5] Doch vgl. dazu das Buch von Egmont Zechlin: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. (1929), das wenigstens ernsthafte Pläne des Kanzlers in dieser Richtung für 1890 erweist.

Lage, weil er darüber nur einseitig durch seinen Abgeordneten unterrichtet wird, der natürlich das Bedürfnis hat, ihm die Sache so darzustellen, daß die Wähler sich selbst blamieren würden, wenn sie die Wahl eines anderen vornehmen wollten.

Daß die Wahlen nicht das Barometer der Gefühle und Empfindungen des Volkes im allgemeinen sind, das geht einmal schon aus den arithmetischen Verhältnissen hervor. Die Majorität des Reichstages, wie sie den Regierungen ablehnend und obstruierend augenblicklich gegenübersteht, vertritt doch ihrerseits nur etwas — nicht mal gar viel — über die Hälfte des Reichstages, und der ganze Reichstag vertritt in seiner Gesamtheit doch mit Notwendigkeit nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen. Also dieses Viertel der öffentlichen Meinung, welches in den Majoritätsabstimmungen zum Ausdruck kommt, ist nicht notwendig die Volksmeinung.

Wenn wir in unseren eigenen Erfahrungen zurückgreifen auf die Konfliktszeit in den Jahren 1859 bis 1866, da haben mehrere Auflösungen und Neuwahlen stattgefunden, und nach jeder kehrten dieselben Herren wieder, die Freunde der Regierung in verminderter Anzahl bis, ich glaube, zu elf herunter. Das war das Minimum in der kritischen Periode, und das Höchste waren dreißig oder sechzig; — ich weiß es nicht. Man sollte also glauben, daß die Politik, die die damalige preußische Regierung im Namen ihres Königs befolgte, von der Gesamtheit der öffentlichen Meinung, von der Volksmeinung auf das strengste verurteilt worden sei. Es wurde eine Probe darauf gemacht, die auf das klarste bewies, daß das nicht der Fall war. Schon mitten in der Konfliktszeit, vor und während des dänischen Krieges, konnte man sehen, daß die Truppen, auch die eingezogenen Landwehrleute und jeder, der dabei beteiligt war, mit derjenigen Begeisterung, die dem Preußen und dem Deutschen im Kampfe für seinen Herd, im Kriege gegen den Feind eigen ist, für denselben eintraten, und daß von irgendeiner Verstimmung, von irgendeinem Echo jener berüchtigten Worte: „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht" — auch nicht die Rede war. Viel schärfer zeigte sich das, als die Mobilmachung gegen Österreich war. Ein Krieg gegen Österreich war doch wirklich etwas, was vielen Leuten, vielen Deutschen und mir selbst gegen den Strich ging, und was unsere innersten Gefühle peinlich berührte. Ist dabei derselbe Geist, der doch, während die Feindseligkeiten im Gange waren, und nach abgeschlossenem Frieden in der Verwerfung der Reichsverfassung sich zeigte, irgendwie bei dem Volk in Waffen zum Ausdruck gekommen, auch nur mit einer gelegentlichen Äußerung, auch nur mit einem Zeitungsartikel? Ich habe davon nichts gehört, und ich habe seitdem auf die Frage, ob Auflösung oder Wahlen, nicht mehr dasselbe Gewicht gelegt wie früher, als ich Abgeordneter war. Da schien mir auch das Allerwichtigste, was in Frage kommen konnte, ob ich bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden würde, oder ob ein anderer mich aus meiner Stelle verdrängen würde.

Ich halte es für dringend wünschenswert und notwendig, daß die Politik der Regierung vor einer großen volksvertretenden Versammlung öffentlich beraten und besprochen werde, daß ohne deren Zustimmung nicht die Gesetze gemacht werden, die Steuern nicht auferlegt werden, kurz und gut, daß die Regierung durch das Veto einer Volksvertretung vor Torheiten und Einseitigkeiten bewahrt werde.[6] Aber das einzelne Votum des Reichs-

[6] Vergl. zu diesen Worten von der Notwendigkeit der Volksvertretung und der Unmöglichkeit des Absolutismus: Gedanken und Erinnerungen Bd. 2, Kap. 21: „Der Norddeutsche Bund".

tags kann unter Umständen, wie ich schmerzlich bedaure, einen Zeitverlust verursachen; aber das emotioniert mich nicht in dem Maße, daß ich an dem Werke, dem ich mein Leben gewidmet habe, mich vergreifen möchte. Meine Herren, das Deutsche Reich kann Gefahren ausgesetzt sein, die nicht unmittelbar aus unseren inneren Verhältnissen herrühren. Der frühere Deutsche Bund, der Frankfurter Bundestag, beruhte auch auf sehr bündigen Verträgen, gegen die sich gar nichts einwenden ließ, und schließlich widerstand er dem nicht sehr starken Winde von 1848 doch nicht vierundzwanzig Stunden; — ich nenne den Wind nicht sehr stark, weil kein Ausland hinter ihm war. Nichtsdestoweniger wäre der Bund im Jahre 1854 schon in die Brüche gegangen, wenn der Krimkrieg sich so weit entwickelt hätte, daß Österreich für die Westmächte Partei genommen hätte. Im Jahre 1866 wurde er von Preußen unter dem Beifall der großen Mehrzahl der deutschen Nation aufgelöst und beseitigt, weil er den Erwartungen, die die deutsche Nation von ihm gehegt hatte, nicht entsprach, weil er ihre Bedürfnisse nicht erfüllte, und vor allen Dingen, meine Herren, weil er die Realitäten nicht berücksichtigte, nämlich das Gewicht der Einzelstaaten, das Gewicht der Dynastien. Es waren ja damals im Jahre 1866 im wesentlichen noch vorwiegend dynastische Spaltungen, die Deutschland zersetzten, und Verstimmungen von Regierung gegen Regierung. Zu diesen Spaltungen sind, wenn wieder ähnliche Verhältnisse eintreten, andere innere nationale und internationale, solche, die die Nation und die verschiedenen Staaten durchsetzen, gekommen. Wir hatten damals, 1866, die sozialistische Bewegung nicht in diesem Maße entwickelt; wir hatten auch die nationale Zersetzung, den Haß zwischen Deutschen und Slawen, bei uns und bei unseren Freunden nicht in dem Maße entwickelt. Es können also größere europäische Bewegungen, die jetzt eintreten, in der sonderbarsten Weise kompliziert werden durch Spaltungen, von denen die Länder und die Völker in sich zerklüftet und zersetzt sind.

Ferner erinnere ich Sie an die Zeiten der ersten französischen Revolution — ich will sagen, an die Zeit vor hundert Jahren — als Friedrich der Große noch lebte und wenig Leute daran dachten, daß das tausendjährige Deutsche Reich seinem Ende so nahe wäre, wie es sich nachher betätigte. Die ersten französischen Kriege im Jahre 1792 waren von einer politischen Idee getragen, von der man zu Unrecht gesagt hat — aber man hat es doch gesagt — sie hätte le tour du monde gemacht, sie habe sich der Bewegung der ganzen Welt mitgeteilt. Immerhin ist aber so viel richtig, daß die bewegenden Ideen, welche die französischen Fahnen von 1792 ins Land brachten, der Kampf gegen Monarchie, gegen Geistlichkeit und gegen Adel, der Kampf für den dritten Stand, ein mächtiger geistiger Hebel der Siege der Franzosen waren. Wer steht Ihnen dafür, daß, falls wir wiederum einen Krieg mit demselben Lande haben sollten, nicht die Fortsetzung, gewissermaßen der vierte Teil desselben Werkes uns dargeboten werden würde, daß wir nicht an den Fahnen der feindlichen Armee, an ihren roten Fahnen die sozialistischen Ideen angebracht sehen würden? Heutzutage steht die französische Armee den Arbeiterbewegungen in Decazesville gegenüber. Wir wissen nicht, ob wir den Tatsachen mehr Rechnung tragen sollen, daß sie sie im Schach hält, oder den Andeutungen von ministerieller Seite her, daß der Soldat von heute Arbeiter von gestern, und der Arbeiter von heute der Soldat von gestern ist; wir wissen nicht, wer in Frankreich bei der Bewegung schließlich den Sieg davontragen wird. Kurz, wenn wieder große europäische Erschütterungen kommen sollten — sie werden sehr viel komplizierter sein als diejenigen, die wir hinter uns haben, und sie werden zum Teil

internationaler Natur sein — wenn solche Bewegungen kommen, so möchte ich, daß das Deutsche Reich mit der vollen Festigkeit, die wir ihm in der Friedenszeit zu geben vermögen, diesen Möglichkeiten entgegentritt. Wir haben fünfzehn Jahre Frieden gehabt, wir haben sie bisher, wenn ich von der Tätigkeit der Kriegsministerien absehe, meines Erachtens nicht so benutzt zur Festigung des Reiches, wie wir sie hätten benutzen können. Namentlich die Herstellung der Zufriedenheit durch Verminderung des Druckes der öffentlichen Lasten, die Durchführung der sozialen Reformen, die wir angefangen haben, von denen wir der kostspieligsten und schwierigsten, der Altersversorgung, noch gar nicht einmal nahe getreten sind — dazu hätten wir eine reichliche Zeit gehabt, und es ist noch tempus utile. Ich sehe noch keine Gefahr, die uns unmittelbar bevorstände, obschon ich sagen muß — vielleicht zum Schaden meiner diplomatischen Reputation — daß ich im Frühjahr 1870 auch nicht vorhergesehen habe, daß wir in wenigen Monaten in anderen Verhältnissen sein würden. Mir liegt — und deshalb eile ich mit den Reformen, die ich betreibe — vor allem am Herzen, daß, wenn solche Krisen eintreten, und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf Proben gestellt wird, wie sie deren bisher nicht bestanden hat — daß man dann sagen kann: Man hat in dem tempus utile des Friedens nichts versäumt, sondern das seinige getan, um alle Welt zufrieden zu stellen. Namentlich wünsche ich, daß in solchen Fällen die Unzufriedenen möglichst wenig zahlreich sind, und daß sich unter ihnen nicht etwa auch die Regierungen der Einzelstaaten, namentlich nicht der König von Preußen befinde — unter denen, die sich von den Ergebnissen und den Leistungen des Reichs, dem Seine Majestät der Kaiser viel Opfer gebracht hat, nicht befriedigt finden. Ich würde das für ein verhängnisvolles Ergebnis halten.

Die Bestrebungen, die deutsche Einheit herzustellen im Jahre 1848, sind hauptsächlich durch die Mißachtung der Realitäten in Deutschland zu Wasser geworden. Zu den Realitäten gehören die Regierungen und Dynastien, und ich möchte Ihnen empfehlen — nicht, weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, das wird ja hoffentlich in kurzer Zeit nicht mehr der Fall sein — aber ich möchte Ihnen im Interesse des Deutschen Reiches doch empfehlen, die Regierung und ihre Vorlagen nicht so geringschätzig zu behandeln, wie es diesmal in den Kommissionsverhandlungen der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie, mir diese Warnung nicht zu verübeln; ich weiß nicht, wann ich bei dem Zustand meiner Gesundheit wieder zu Ihnen werde sprechen können, und ob in diesem Jahre überhaupt noch einmal; die Zukunft steht ja bei Gott. Aber ich halte es für meine Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, die ich im Dienste des Reiches gemacht habe, Ihnen meine Besorgnisse nicht zu verhehlen. Ich würde Sie, wenn es nicht fast wie Ironie klingt, noch heute bitten: Nehmen Sie das Monopol an; durch das Monopol befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung des Monopols schädigen Sie das Reich. Wenn Sie das Monopol aber verwerfen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dem Reich und den Einzelstaaten diese Hilfsquelle abzuschneiden, dann, meine Herren, werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in kurzem zunächst eine neue Vorlage machen für ein Reichsgesetz behufs Besteuerung des Branntweins in seiner Konsumtion, aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden — was ich ja noch nicht weiß — zu einer Besteuerung der Interessenten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonifikation auf deren eigene Kosten zu verbessern. Wenn Sie uns das auch wieder angebrachtermaßen ablehnen — dann, meine Herren, glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Unter-

tanen, der Not, in der sie sich befinden, und der Tatsache, daß in seinen Staaten anderthalb Millionen Auspfändungen jährlich wegen Gemeindelasten noch stattfinden, nicht länger wird verschließen können; er wird zusehen müssen, was seine preußischen Hilfsquellen ihm erlauben aus einer Gewerbe- und Lizenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Überzeugung, daß er dann an der preußischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern versagt wird. (Bravo! rechts.)

Nach Reden der Abg. v. Helldorf, Langwerth v. Simmern und v. Fischer erhebt sich Abg. Richter zu einer großen Rede. Er bestreitet entschieden, dem Reichskanzler jemals persönliches Interesse am Brennereibetriebe vorgeworfen zu haben, führt eingehend die drückende Last indirekter Steuern für die großen Massen an, leugnet, daß das Reich auf die Gesundheit eines einzelnen Mannes gestellt sei, und hält es für undenkbar, daß die Fürsten aus Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Reichs ihre Souveränitätsrechte zurückfordern könnten; das wäre Verfassungsbruch und Revolution. Im Hinblick auf die vom Reichskanzler zitierten Gefahren der Zukunft müsse man die Volkskräfte schonen und das Monopol ablehnen. (Bravo und anhaltender Beifall links, Zischen rechts.) Fürst Bismarck entgegnet:

Bravo! Bravo! (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich teile ganz die Ansicht der Herren, die Bravo riefen; es war eine ausgezeichnete Rede; aber sie wird auch von dem Vorwurf getroffen, den der Herr Abgeordnete Richter mir gemacht hat: sie war nicht neu. Er sagt mir, ich hielte immer dieselbe Rede. Von dem Herrn Abgeordneten Richter habe ich in den letzten zehn Jahren auch nichts Neues gehört. Es ist immer dasselbe: Keine neuen Steuern! 120 Millionen Steuern! — mehr oder weniger pathetisch, je nach Bedürfnis vorgetragen.

Also, ich möchte dem Herrn Abgeordneten Richter doch empfehlen, daß wir, die wir — ich bin bald vierzig Jahre in der parlamentarischen Tätigkeit, Herr Richter mindestens weit über zwanzig; ich weiß nicht, wie lange wir noch zu leben haben — daß wir an uns nicht die Anforderung stellen, uns täglich etwas Neues zu sagen. Der Herr Abgeordnete ist ja viel fruchtbarer und viel geübter als ich, er hat ja nichts weiter zu tun als zu reden, er kann sich sehr sorgfältig darauf vorbereiten, und er bleibt auch in der Übung, denn er redet den Tag mehrmals (Abgeordneter Richter: Jetzt nicht mehr!), und wenn er nicht redet, dann schreibt er seine Reden; diese Übung kann ich mir leider nicht gestatten, ich rede mit Beschwerde; außerdem ist er gesund und kräftig; ich beneide ihn um seine körperliche Erscheinung — aber: etwas Neues hat er uns nicht gesagt.

Er hat zu verstehen gegeben, als hätte ich besondere Absichten trotz meiner ausdrücklichen Zusicherung kundgegeben, den Staat zu schädigen und fremde Verwicklungen herbeizuführen. Wer meine Rede liest, der wird finden, daß das nicht wahr ist; wer aber, wie es in den fortschrittlichen Wählerkreisen geschieht, nur die Rede des Herrn Abgeordneten Richter liest, wird allerdings vermuten, daß ich irgend etwas Ungeheuerliches gesagt hätte. Das ist auch eine der Schwächen unserer parlamentarischen Einrichtungen, daß die Leute, die jemand gewählt haben, über ihn eigentlich selten die Wahrheit erfahren, insoweit er nicht für gut findet, sie ihnen selbst zu sagen. Der Herr Abgeordnete Richter wird das vielleicht tun. — Ich habe Absichten von mir gar nicht kundgegeben, ich habe Befürchtungen ausgesprochen. Die Befürchtungen sind ja vielleicht unbegründet; der Herr Abgeordnete Richter teilt sie nicht. (Zuruf des Abgeordneten Richter.) Nun, er ist ja bei seinem Überblick über die europäische Politik sehr viel kompetenter in seinem Urteil, als ich zu sein mir jemals anmaßen kann; und wenn er sagt: Es ist nichts zu befürchten, und ich sage: Ich sehe einige schwarze Punkte, so bin ich ganz darauf gefaßt, daß man, wenigstens

in allen fortschrittlichen Kreisen, dem Herrn Abgeordneten Richter glauben wird; denn er ist eben die geborene Autorität dafür. Ich kann nichts weiter als meine Schuldigkeit und Pflicht tun; was darauf folgt, ist mir vollständig gleichgültig; und wenn Herr Richter durch seine Rede die Nachdenklichkeit, die ich über unsere Zustände zu erzeugen gesucht habe, wieder zerstört, so muß ich es mir gefallen lassen — ich kann ihm das nicht verbieten.

Der Herr Abgeordnete Richter hat demnächst gesagt: Wenn je die Fürsten sich unterstehen sollten, weil die Erwartungen durch die Reichstagsmajorität und namentlich durch die Politik, wie sie der Abgeordnete Richter verfolgt, nicht erfüllt würden, jemals auf dem bekannten welfischen und polnischen Wege des gesetzlichen Fortschritts den Versuch zu machen, wieder in den Besitz ihrer Rechte zu kommen, daß das eine revolutionäre und ganz unmögliche Sache sein würde. Das hat er mit besonderem Pathos, mit besonderer Erhebung der Stimme ausgerufen. Blicken wir etwas zurück in die Lehren der Geschichte, und zwar der Geschichte, die wir alle erlebt haben. Was ist denn 1866 anderes geschehen, als daß die Fürsten, die ihre Rechte verkannt sahen, in erster Linie der König von Preußen, eingriffen, den Zustand, der bis dahin bestanden hatte, unter dem Beifall aller Deutschen, wenigstens der Mehrheit von ihnen, beseitigten und andere Einrichtungen einführten? Der König von Preußen hat seinerseits doch das Hauptverdienst, dieses Reich geschaffen zu haben, und ist unter der Reichspolitik, die ich vertreten habe, der erste Leidende, insofern als er mit seinen preußischen Untertanen die Leiden mitfühlt.

Der Herr Abgeordnete Richter hat von Steuerüberbürdung gesprochen und uns beschuldigt, daß wir sie herbeiführen. Ich beschuldige ihn, daß er sie nicht erleichtern will. Die Steuerüberbürdung besteht in unseren preußischen Dorfgemeinden und Städten, und der Herr Abgeordnete Richter müßte das wissen und weiß es auch wahrscheinlich; ich klage ihn daher vor dem Volke an, daß er nicht die Hand dazu bieten will, diese Steuerüberbürdung bei seinen eigenen Wählern in den Gemeinden erleichtern zu helfen (Sehr richtig! rechts), sondern im Gegenteil, daß er im Interesse der Schenkwirte jede Erleichterung bekämpft.

Der Herr Abgeordnete Richter hat heute gesagt, die Schenkwirte wären eigentlich die Stütze der konservativen Partei. Nun, dann ist der Abgeordnete Richter ein sehr edler Politiker, der die Feinde liebt, da er die Schenkwirte so unter seinen Schutz und seine Ägide nimmt, wie er es getan hat. Diese Beförderer der Wahlen seiner Gegner hat der Herr Abgeordnete Richter fast mit derselben Energie und Hingebung — heute nicht so sehr, aber bei der ersten Lesung — verteidigt wie seinerzeit die Privateisenbahnen gegenüber der Verstaatlichung; da war ja auch der Herr Abgeordnete Richter der Vorkämpfer der Gegner der Verstaatlichung; er hatte ihnen seine Beredsamkeit zur Verfügung gestellt; damals sind wir über ihn hinweggekommen. Nun, vielleicht gelingt es uns auch diesmal — wenn nicht gleich, aber doch später.

Der Herr Abgeordnete Richter hat den Vertretern des Bundesrats in der Kommission vorgeworfen, daß er nie leichtere Reden gehört hätte als die dort gehaltenen. Der Herr Abgeordnete Richter hat vielleicht ein schlechtes Ohr für seine eigenen Reden; ich glaube, die sind leichter gewesen. Denn das, was er heute gesagt hat, war außerordentlich leichte Ware, vielleicht weil es so ganz aus dem Stegreif gesprochen war; aber er sollte doch die Frage nachgerade beherrscht und studiert haben.

Er hat uns dann Übereilung vorgeworfen in der Einbringung neuer Vorlagen. Nun, wenn diese neue Vorlage etwas ganz anderes, wie zum Beispiel eine Gewerbesteuer oder einen Zoll auf Apfelsinen, beträfe, dann wollte ich gar nichts sagen; aber seit sechs Monaten ist unter Leitung des Herrn Abgeordneten Richter die Presse dabei, die damals noch unbekannten Vorlagen, also in specie die Frage der Branntweinbesteuerung sorgfältig zu prüfen und zu analysieren nach allen Seiten hin. Die Herren müssen doch nachgerade wissen, was sie in der Sache wollen, oder sie wissen — davon bin ich überzeugt — was sie nicht wollen. Sie wissen vielleicht auch, was sie wollen, nur sagen sie es nicht; aber sie sind doch gewiß in der Lage, es zu sagen. Um das Monopol mit dieser Entschiedenheit, mit dieser Geringschätzung abzulehnen, müßte man doch die Frage einigermaßen studiert haben und beherrschen. Es ist dieselbe Frage: der Branntweinbesteuerung, oder ob an ihre Stelle etwas anderes zu setzen sei. Wenn diese Frage für den Herrn Abgeordneten Richter eine ganz neue ist, die er erst studieren muß, dann muß ich sagen, daß er sehr voreilig bei der Ablehnung in der Kommission gewesen.

Der Herr Abgeordnete hat mich dadurch in Nachteil zu setzen gesucht, daß er mir die zu machenden Vorlagen persönlich auf den Leib schreibt und es so darstellt, als hätte ich gesagt: Ich will und ich werde und ich mache die Sache so. Das ist vollkommen unwahr, und das bezeichne ich als eine Entstellung, die mir nicht nur hier, sondern in allen Sachen widerfährt, daß man nämlich mich als anmaßend und vorgreifend über die Entscheidung anderer darzustellen sucht, die ihrerseits ein Recht haben, mitzureden. Das ist durchaus nicht meine Art; man sucht keinen hinter Türen, hinter denen man nicht selbst steht. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter sagt, seine Absicht in der Ablehnung sei ja nur, das Reich zu stärken, das durch das Monopol geschädigt würde. Nun, in welcher Art die Partei des Herrn Abgeordneten Richter und seine Freunde das Reich von Anfang an gestärkt haben dürften, zu stärken suchten, dafür ist die beste Überschrift die Tatsache der Ablehnung der Reichsverfassung im Jahre 1867. (Sehr richtig! rechts.) Sie haben sich von Hause aus der Einführung der Reichsverfassung widersetzt, und seitdem die Reichsverfassung gegeben ist, haben sie getan, was irgend in ihren Kräften war, um den Gang der Maschine zu erschweren, und um jede Betätigung der Reichsverfassung zu hindern, und um jede Vorlage, die vorkam, zu beseitigen.

Der Herr Abgeordnete hat sich beklagt, daß man sich nicht nach seinem Willen und seinen Wünschen erkundige — in Anknüpfung eines Gleichnisses, das ich mit dem Rat und Minister gebrauchte —, daß man ihn gar nicht gefragt habe. Ja, wenn ich den Herrn Abgeordneten Richter fragen wollte, so weiß ich ganz bestimmt, was für eine Antwort ich bekomme; dessen Willen kenne ich ja ganz genau, da brauche ich mich gar nicht zu erkundigen: der will immer das Gegenteil von dem, was die Regierung will, und die braucht nur etwas zu wollen, dann weiß ich genau, was der Herr Abgeordnete will. Ich weiß ihn vollständig auswendig; so, wie ich mich kenne, weiß ich auch, was er ist: er ist immer das Komplement zu den Absichten der Regierung. Es gibt noch kein einziges Beispiel der Abweichung; und wenn Mitglieder seiner eigenen Fraktion hier unter Umständen, wie neulich bei der Kolonialfrage, sich herbeigelassen haben, den Bemühungen und Anstrengungen der Regierungen entgegenzukommen, so ist er gewiß nie dabei gewesen; er ist seinerseits vollständig intransigent jeder Vorlage der Regierung gegenüber. Also, was soll ich mich nach dessen Ansichten noch weiter erkundigen?

Der Herr Abgeordnete Richter hat mir vorgehalten — was ja auch ein erheblicher Beweis von Anmaßung meinerseits sei — als wäre ich der Meinung, daß das Reich auf meinen zwei Augen basiert wäre, und daß das, was überhaupt geschehen könnte zur Konsolidation des Reiches, jetzt zu meinen Lebzeiten geschehen müßte. Nun, da hat der Herr Abgeordnete Richter wohl nicht genau zugehört oder hat sich die Sache zurechtgelegt nach seinem Bedürfnis, was ich nach seinem Wunsch gesagt haben sollte. Ich habe nichts Derartiges gesagt, sondern ich habe nur die Eile, die ich überhaupt mit der Vorlage habe, entschuldigen und motivieren wollen — wenn Sie wollen — mit der Höflichkeitsentschuldigung, daß ich gern bei der Vollendung des Werkes, dem ich den größten Teil meines Lebens gewidmet habe, noch mitwirken möchte. Der Herr Abgeordnete Richter hat ja noch keine Eile; er hat noch eine große Zukunft vor sich. (Heiterkeit rechts.)

Er hat ferner gesagt, ich hätte die Konsumsteuer als eine schwere geschildert. Das ist mir nicht erinnerlich; ich weiß nicht, wie er darauf gekommen ist. Ich habe gesagt, das Monopol sei besser, einmal, weil es größere Erträge liefere, zweitens, weil es den Beteiligten für die Unannehmlichkeiten, die sie dadurch erleiden, eine größere Entschädigung gebe, und drittens, weil es geeignet sei, die ärmeren und periklitierenden Brennereien gegen die überlegene Konkurrenz der größeren und reicheren, die eintreten würde, wenn man die Konjunktur ruhig ihren Weg gehen ließe, zu schützen. Aber die Konsumsteuer deshalb nicht einzuführen — daß ich das gesagt habe, hat mir der Herr Abgeordnete untergeschoben.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, daß ich die Absicht hätte, die Besitzer durch Aufhebung der Grundsteuer zu erleichtern. Er hat sich nachher kurzerhand korrigiert, aber doch nicht ganz genau: er sah ein, daß das, was er zu sagen beabsichtigte, unzutreffend war, und schob mir unter, daß ich die Besitzer von den Zuschlägen befreien wollte. Ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ungerechte und ungleiche Besteuerungen zu denjenigen Institutionen gehören, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen verursachen. Zu den ungerechten Besteuerungen gehört zweifellos die Grundsteuer an sich; es ist aber nicht möglich, diese Ungerechtigkeit heutzutage durch Aufhebung der Grundsteuer wiedergutzumachen, weil man dadurch nur eine neue Ungerechtigkeit begehen würde. Wohl aber empfiehlt es sich zur Erhaltung des Gefühls, daß die verschiedenen Klassen bei uns gleichmäßig und gerecht besteuert werden, daß man diese Ungerechtigkeit der Grundsteuer nicht in jedem Jahre durch Zuschläge erneuere und eine neue Auflage dieser Ungerechtigkeit mit jedem Zuschlage mache. Zuschläge für Gemeindebedürfnisse sollten nur in dem Verhältnis zu dem Vermögen geleistet werden. Deshalb halte ich die Mietssteuer für eine Ungerechtigkeit, deshalb halte ich die Zuschläge zur Häusersteuer und Zuschläge zur Grundsteuer für eine Ungerechtigkeit; beide, wie ich schon vor dreißig Jahren geäußert habe — ich glaube, Herr Richter wird mir diese Wiederholung vielleicht auch wieder vorwerfen —, stehen zu dem Vermögen, der Steuerfähigkeit des davon Betroffenen ebensowenig im Verhältnis, wie etwa seine Körperlänge oder seine Haarfarbe; sie haben gar nichts damit zu tun, was der Mann leisten kann. Deshalb hätte ich gewünscht, daß die Ungerechtigkeit in den Zuschlägen zur Grund- und Häusersteuer und die in der Mietssteuer aus der Welt geschafft würden. Aber Herr Richter hält das für unmöglich, weil der von ihm verteidigte Diener der konservativen Wahl, der Schenkwirt, dadurch beeinträchtigt würde in seiner Existenz; er vertritt seinerseits die Schenkwirte — natürlich zum Vorteil der Konservativen.

Der Herr Abgeordnete hat mir wiederholentlich vorgeworfen, ich sagte immer dasselbe. Ja, er hat vieles von dem, was ich sagte, seinerseits nochmals gesagt. Ich habe ihm einmal in einer früheren Zeit vorgeworfen — was doch auch einen Beweis liefert, daß er nicht immer alle Tage etwas Neues sagt —: seine Motive und Gründe kämen mir vor wie der Triumphzug in der „Jungfrau von Orleans", wo immer dieselben Leute, die vorher kamen, noch einmal kommen. Dieser Vergleich hat ihn offenbar gewurmt, und heute brockt er mir das ein, daß ich auch nicht alle Tage was Neues sage. Meine Herren, ich mache nicht den Anspruch, ein Redner und ein Redekünstler zu sein, ich bin Minister, Diplomat und Staatsmann und würde mich für gekränkt halten, wenn man mich einen Redner nennte.

Der Herr Abgeordnete hat immer hervorgehoben, das „was ich will". Auf das, was ich will, kommt es hier gar nicht an, sondern es kommt darauf an, was rechtens und was vernünftig ist, und darüber können wir ja verschiedener Meinung sein. Wenn Herr Richter anderer Meinung ist, so wird er es ablehnen, und anderer Meinung als ich ist er jedesmal; ich brauche nur meine Meinung zu äußern, um die seinige festzulegen für das Gegenteil.

Wie leicht die Argumente des Herrn Richter waren, ist mir namentlich an der Stelle aufgefallen, die ungefähr dahin zu präzisieren ist: Preußen leidet Not — das mag ja sein; aber Preußen soll nichts haben, weil Sachsen nichts braucht; wenn also die Sachsen ihrerseits zufrieden sind, so sollen uns die Preußen nicht kommen; jeder soll sehen, wie er zu dem gelangt, was er braucht. — Ja, dann müßten nicht die Einzelstaaten und namentlich Preußen die Hauptsteuerquellen, die flüssigsten und die einträglichsten, an dieses Reich, an diese Majorität, die zum großen Teil von dem Herrn Abgeordneten Richter abhängig ist, abgetreten haben. Wenn der Herr Abgeordnete gegen die Regierung auftreten will, so hat er ja einen großen Vorsprung. Anträge gegen die Regierung finden im Reichstag immer sehr viel leichter eine Majorität als Anträge für die Regierung, weil letztere in der Notwendigkeit ist, sechzig oder achtzig Stimmen vorzugeben. Daß die Abgeordneten, die polnische, die französische Interessen verfolgen, daß Sozialdemokraten, daß Welfen unter allen Umständen gegen die Regierung stimmen, das ist ja gegeben. Also jemand, der seinerseits auch nur einen Span mit der Regierung hat, der findet ein ganz bereites Piedestal, auf das er treten kann, das ihm einen bedeutenden Vorsprung gibt. Der Herr Abgeordnete Richter braucht nur auf dieses Piedestal zu treten, und er überragt den ganzen Bundesrat wie König Saul um eine Kopfeslänge. Da ist ja in diesem Saale gar nicht dagegen aufzukommen, wenn man den Vorsprung aller geborenen Gegner der Regierung in Betracht zieht, also auch aller geborenen Gegner des Reiches, die das Reich überhaupt gar nicht wollen oder so, wie es ist, nicht wollen, die das Deutsche Reich perhorreszieren, und wenn man beachtet, was ich gerade als bedauerliches Kennzeichen der jetzigen Majorität des Reichstag angegeben habe, daß alle diese Intransigenten bei dieser Majorität ihre Rechnung finden und unter ihrem Dache sich weiter entwickeln und sich wohlfühlen.

Diese Vorwürfe der Wiederholung, die der Herr Abgeordnete mir macht, sind doch weiter nichts anderes, als daß er mir vorhält, ich hätte mich schon oft bemüht, dem Reich zu besseren Finanzen zu helfen und die preußische Finanznot zu mildern. Er sagt, bei dem Tabak hätte ich ganz dasselbe gesagt. Ja, wir waren in ganz derselben Lage; wir haben auch dieselbe Antwort bekommen. Wir stoßen immer auf dieselbe intransigente ablehnende Negation, die unter allen Umständen anderer Meinung als die Regierung ist.

Dann kann man mir doch nicht vorwerfen, daß ich immer wieder mit — ich möchte sagen — derselben Bettelei im Namen des Königs von Preußen komme. Der Herr ist sonst nicht gewohnt zu betteln. Es gibt andere Situationen, in denen mir von fortschrittlicher Seite vorgeworfen wird, daß ich den König von Preußen nach Canossa führe. Ja, meine Herren, ein demütigenderes Canossa als das, dem ich hier an dieser Stelle schon in der Steuerfrage im Reichstage ausgesetzt bin, gibt es für meinen Herrn, den König von Preußen, nicht: sein erster Minister muß seit sechzehn Jahren hier bettelnd an der Türe stehen und wird mit Steinen statt Brot und mit höhnischen Phrasen abgewiesen. (Oho! links. Bravo! rechts.)

Meine Herren, darüber lachen Sie; ich sage wieder: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Sie führen uns in eine Situation, wo Sie gar nicht mehr hier sein werden, und dann mögen Sie wo anders lachen. Aber hier werden Sie auf die Dauer über den König von Preußen nicht lachen können; das sage ich Ihnen gleich.

Das einzige Sachliche, was der Herr Abgeordnete Richter an mir kritisiert hat, das war die von mir ausgegangene Bemängelung einzelner Ziffern. Ja, wenn er weiter nichts gegen die Vorlage einwenden kann, als daß die Berichte der Behörden in Königsberg, in Posen, in Stettin über die Branntweinpreise in der Provinz ungenau gewesen sind, dann sollte er doch lieber erkennen, wie schwer es für die Zentralinstanz ist, sich die nötigen Mitteilungen richtig zu verschaffen, statt der Vorlage den Vorwurf zu machen, als ob sie leichtfertig gearbeitet wäre.

Ich muß schließlich doch noch zu der persönlichen Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter kommen in Bezug auf den Vorwurf, den ich ihm gemacht habe, daß er mir nämlich Dinge imputiert, wofür er, wenn er es anderswo täte, strafbar sein würde. Er hat die Sache vollständig richtig verlesen; er hat wohl nur darauf gerechnet, daß in der verzwickten Satzbildung, die er verlesen hat, die Zuhörer es so genau nicht verstehen würden. Er hat aber ganz genau bestätigt, was ich gesagt habe, nämlich, daß er mich beschuldigt, meinen amtlichen Einfluß zur Begünstigung des von mir betriebenen Brennereigewerbes in der Besteuerung verwandt zu haben. Davon will er mich freisprechen, daß ich die Leute zum Trinken verleiten lasse; das ist ja sehr gut von ihm. Ich glaube, er kann auch die Regierung davon freisprechen. Die eigentlichen Werber für die Völlerei im Trunk sind die 190 000 Schankwirte, die davon leben müssen, und die sich schon so in die Gesamtheit der Trinker geteilt haben, daß jeder in der Notwendigkeit, aber auch in der Leichtigkeit ist, seinen Gästen zuzureden, daß sie etwas mehr trinken. Dafür, daß er mich dessen nicht angeklagt hat, danke ich ihm.

Aber im Jahre 1883 bei der Erörterung der Spritklausel, „der Schnapspolitik“, hat der Herr Abgeordnete Richter davon in dem Sinne gesprochen, „daß unsere Wirtschaftspolitik, unsere Finanzpolitik in ganz hervorragender Weise beherrscht werde durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik“. Dies in Anknüpfung an meinen Namen und mit der Beschuldigung, daß ich Schnapspolitik treibe. Das Betreiben der Schnapspolitik durch mich erläutert der Herr Abgeordnete Richter dahin, daß unsere Finanzpolitik — die Vorlagen gingen von mir aus, sie sind mit meinem Namen unterzeichnet, und ich trage die Verantwortlichkeit dafür — in ganz hervorragender Weise beherrscht werde von einer Berücksichtigung des

Brennereibetriebes in der Steuerpolitik, und zwar in ganz hervorragender Weise — unterstrichen!

Nun ist das so, wie es hier steht, eine ganz aus der Luft gegriffene Unwahrheit, für die sich auch nicht einmal die Tatsache einer Verhandlung über den Gegenstand anführen läßt. Wenn der Herr Abgeordnete Richter mit mir ein Kompromiß eingehen will, daß er auf seine Immunitätsklausel, auf seine Berechtigung, mich hier zu injuriieren, straflos, verzichten will (Unruhe links), so möchte ich doch vorschlagen, daß wir uns einer gerichtlichen Entscheidung unterwerfen, ob nicht eine grobe Injurie und Verdächtigung meiner Ehrlichkeit liegt in dem, was er gesagt hat. Das überlasse ich jedem unparteiischen Menschen zu beurteilen, der den Text liest. Der Herr Abgeordnete Richter hat rasch darüber hinweggelesen und hat darauf gerechnet, daß in der Schnelligkeit diesem verzwickten Satz nicht gefolgt werden würde. Ich werde ihm dankbar sein, wenn er so gut sein wollte, auf seine Immunität für diesen Fall einmal zu verzichten; er bestreitet ja, daß er die Gefahr läuft, verurteilt zu werden — ich werde ihm sehr dankbar sein, wenn er darüber eine Erklärung abgibt und mir in diesem Falle erlaubt, eine Klage einzureichen. Insofern er mir das nicht erlaubt, werde ich immer behaupten, daß er mich auf die ungerechteste Weise unverdient gröblich injuriiert hat. (Bravo! rechts. Unruhe links.)

Die Monopolvorlage wird am nächsten Tage mit 181 gegen 3 Stimmen — die Konservativen enthalten sich der Abstimmung — abgelehnt.

78. Sitzung des Deutschen Reichstags.

31. März 1886.

Die notwendig gewordene Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes war am 18. und 19. Februar der ersten Beratung unterzogen worden. Da die Mehrheit des Reichstages die Notwendigkeit der Vorlage nicht sofort anerkannte, wurde diese einer Kommission überwiesen. Hier wurde sie ebenso verworfen wie Abänderungsvorschläge und zwei Resolutionen des Abg. Windthorst. Am 30. März empfahl Abg. Fritzen als Berichterstatter der Kommission die Verwerfung der Vorlage, die Minister v. Puttkamer verteidigte, und die der Pole Cegielski und der Abg. Bebel aufs heftigste bekämpften. Am 31. März beantragen die Abg. Windthorst und Hertling eine Verlängerung des Gesetzes um zwei Jahre. Nachdem für die nationalliberale Partei der Abg. Meyer-Jena für diese Frist gesprochen, greift Fürst Bismarck in die Debatte ein:

Die verbündeten Regierungen haben die Verlängerung des Gesetzes auf fünf Jahre beantragt in der Absicht, der Bevölkerung, namentlich der der großen Städte und der größeren Fabrikbezirke, diejenige Beruhigung zu gewähren, die mit der Sicherheit einer längeren Dauer der jetzt bestehenden Ausnahmeeinrichtungen verbunden ist. Das Gefühl der Sicherheit wird notwendig bei jeder Infragestellung der jetzigen Ausnahmemaßregeln nach kurzer Frist ein geringeres sein, als es sein würde, wenn man immerhin auf Zeit, aber doch auf einen längeren Zeitraum als bisher, die Verlängerung des Gesetzes ausspräche. Ich habe auch die Überzeugung gewonnen, ganz abgesehen von den Ereignissen in unserem Nachbarstaate,[1] die gestern hinreichend besprochen worden sind, insbesondere aus der gestrigen Diskussion, daß die Möglichkeit, ein Ausnahmegesetz der Art zu entbehren, uns ferner liegt, als ich angenommen hatte.

[1] Belgien.

Der Herr Abgeordnete Bebel ist mit der hervorragendste Führer der ganzen Bewegung, die wir bekämpfen. Ich muß ihm das Zeugnis geben, daß er sich bisher mit mehr Mäßigung über die Ziele, die er verfolgt, ausgesprochen hat, als in der gestrigen Rede — so, wie ich sie gelesen habe. In der gestrigen Rede hat er expressis verbis erklärt, daß er den politischen Mord und in specie den Fürstenmord doch nur innerhalb einer gewissen Grenze der Einrichtungen — einer Grenze, deren Ausdehnung er natürlich seiner eigenen Beurteilung vorbehält — für unzulässig halte. Er hat, so wie ich gelesen habe, gesagt, wenn unsere Zustände den russischen ähnlich würden, dann würde er glauben, daß auch ähnliche Gegenwirkungen wie die der Nihilisten — ich glaube, er hat den Ausdruck „Gewalttat" angewendet — eintreten würden, und er selbst würde der erste sein, der dazu riete oder dazu griffe. Auf den Wortlaut kommt es so genau nicht an; ich glaube, daß ich seinen Gedankengang richtig wiedergegeben habe. — Der Herr Abgeordnete billigt also die Mordtaten der Nihilisten in Rußland. Die schändliche Ermordung des Kaisers Alexander II. hat ihn in seinen Überzeugungen nicht erschüttert; die Ermordung einzelner pflichttreuer Beamten der russischen Regierung, deren Gegenstück[2] wir in Frankfurt erlebt haben, hat ihn in seiner Überzeugung nicht irregemacht, daß der einzelne berechtigt sei, wenn die Regierung nach Grundsätzen betrieben wird, die er seinerseits nicht billigt und für unerträglich hält, zum Meuchelmord zu greifen. Zu dieser Theorie hat sich der Abgeordnete Bebel, der Führer dieser Bewegung, bekannt; wir können also nicht daran zweifeln, daß seine Anhänger, und die mit ihm gehen, derselben Meinung sind, und daß sie auch es für erlaubt halten, bei uns in Deutschland zum Fürstenmord und zum Meuchelmorde überhaupt zu greifen, wenn unsere Einrichtungen an einer gewissen Grenze angekommen sind, die ihrer Meinung nach das Verbrechen rechtfertigt. Zu beurteilen, wo diese Grenze liegt, werden sie sich natürlich selbst vorbehalten. Sie werden nicht mich, den Kanzler, oder den Bundesrat fragen: Ist jetzt wohl die Grenze eingetreten, wo wir morden dürfen? (Heiterkeit) sondern sie werden selbst es beurteilen und werden nachher ebenso wie die russischen Nihilisten vor dem Richter sagen: Wir haben gefunden, die Grenze war da, wo man zum Meuchelmord und zum Dolch zu greifen die Berechtigung hat. Der Mord gehört zu den allgemeinen Menschenrechten. (Heiterkeit rechts.)

Ja, meine Herren, der Abgeordnete Bebel hat dieses gesagt, und nachdem er so lange jetzt diese Richtung vertreten hat und der hervorragendste Führer seiner Partei gewesen ist, ist es nicht wahrscheinlich, daß dies ein augenblicklicher Einfall von ihm gewesen ist; ich glaube, er hat seinen innersten Herzensgedanken mit einer Offenheit bekannt, die ja in seinem Charakter im allgemeinen liegen mag; aber wir müssen auch daraus schließen, welches die letzten Ziele dieser Herren sind. Wollen wir nun diese eventuellen Mordgelüste, die sich nur so lange, wie sie die Einrichtungen für vernünftig halten, den Fürstenmord versagt haben, auf fünf Jahre oder auf drei Jahre oder auf zwei Jahre binden? So liegt die Frage, nachdem der Herr Abgeordnete Bebel den Meuchelmord zum Programm der Partei unter gewissen Umständen ausdrücklich erklärt hat, was er früher immer geleugnet hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) — Ich berufe mich auf den Wortlaut, und ich glaube, daß wir in der Unmöglichkeit sein werden, nach einem Ablauf von zwei Jahren den eventuellen Meuchelmord in unsere poli-

[2] Ermordung des Polizeirats Rumpf.

tischen Theorien aufzunehmen. Es liegt in dieser Äußerung des Herrn Abgeordneten Bebel eine Aufforderung für die gesetzgebenden Versammlungen, sich die Frage vorzulegen, ob nicht solchen Theorien gegenüber das Ausnahmegesetz in ein definitives verwandelt werden sollte. (Sehr richtig! rechts.)

Aber, meine Herren, natürlich kann die Regierung, wenn Sie ihr dasjenige, was sie auf fünf Jahre verlangt, nur für drei Jahre oder gar nur für zwei Jahre bewilligen wollen, ihrerseits daraus keine Frage auf Tod und Leben für dieses Gesetz machen; sie wird mit Bedauern das Minus annehmen müssen, aber sie wird das Gesetz nicht fallen lassen oder zurückziehen, wenn Sie bis auf zwei Jahre zurückgehen. Sollte aber der Termin noch kürzer, auf ein Jahr gegriffen werden — ja, meine Herren, dann fände ich es wirklich kaum der Mühe wert; denn wenn wir heute übers Jahr wieder dieselbe Diskussion erneuern sollen, dann — möchte ich sagen — ist die Überzeugung, daß dieses Gesetz zur Erhaltung unserer inneren Sicherheit und zur Sicherstellung unserer künftigen Entwicklung ein notwendiges sei, noch nicht tief genug in unsere Bevölkerung, in unsere Wähler eingedrungen; dann leben wir lieber noch ein Jahr ohne dieses Gesetz, und dann wollen wir es wieder bringen. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel betont, daß der Reichskanzler seine Äußerungen falsch ausgelegt habe. Es hänge von dem Maß des Despotismus in Deutschland ab, wann und ob die Sozialdemokratie nach dem Muster der russischen Nihilisten vorgehen werde. Die Sozialdemokratie sei ein notwendiges Produkt der modernen Verhältnisse und deshalb unabhängig von einzelnen Führern. Das beweise die Erstarkung der Sozialdemokraten nach Lassalles und Marx' Tode. Zur Verteidigung der sozialdemokratischen Ehe-Auffassung verweist er auf Bismarck, der durch Einführung der Zivilehe eine wesentliche Umgestaltung der Form der Ehebündnisse heraufgeführt habe. Fürst Bismarck erwidert:

Ich könnte mich einfach auf den Anfang der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel beziehen, um das zu bestätigen, was ich, als ich zuletzt sprach, behauptet habe, und sagen: Habemus reum confitentem. Aber hinter dem, was der Abgeordnete Bebel in Bezug auf meine Anschuldigung ihm gegenüber gesagt hat, kam so viel anderes, daß es darüber vergessen werden könnte.

Ich halte es deshalb für erforderlich, zum Beweise, daß ich nicht ein Wort zu viel gesagt habe in meiner ersten Äußerung, den mir jetzt vorliegenden stenographischen Bericht von gestern zu verlesen.

Herr Bebel hat danach gesagt:

> Herr v. Puttkamer glaubte hier insbesondere wieder auf eine Rede aufmerksam machen zu müssen, die ich einmal vor Jahren, wenn ich nicht irre, bei Beratung des Sozialistengesetzes im Jahre 1881, wenige Tage nach der Ermordung des Zaren in Petersburg in diesem Hause gehalten habe. Nun, das beweist zum mindesten, daß, wo die Gelegenheit sich bietet, niemand von uns sich scheut, seinen Standpunkt, was immer für einer Frage gegenüber, auszusprechen. Habe ich aber damals, wie Herr v. Puttkamer mir unterstellt, den Fürstenmord verherrlicht? (Zuruf des Staatsministers v. Puttkamer.) — So?! Da wäre mir sehr interessant, wenn Sie die Stelle wörtlich genau zitieren könnten.
>
> Ich habe damals — und der Angriff des Herrn v. Puttkamer richtete sich auch gegen einen Artikel des „Socialdemokrat", ganz wie das heute ähnlich bei einer anderen Gelegenheit geschah, in dem ausgeführt ward, daß das System, das in Rußland herrsche, mit Notwendigkeit den Nihilismus geboren habe, mit Not-

wendigkeit zu Gewaltmitteln führe, wie sie in dem Zarenmord ihren Ausdruck gefunden hätten — ich habe damals die Ausführungen des „Socialdemokrat" akzeptiert, indem ich erklärt habe: Das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Notwendigkeit zu solchen Mitteln führen.

Nun, meine Herren, das ist noch nicht das Schlimmste; ich habe schon von einer anderen, konservativen Seite in Bezug auf das Attentat von Kullmann auf mich, in Bezug auf die polnische Bewegung ziemlich analoge Äußerungen gehört — ich glaube, es war vom Herrn Abgeordneten Windthorst — daß eine solche Politik solche Taten wohl zu erzeugen geeignet sei. Also das will ich noch nicht so scharf angreifen; es kommt noch besser. Herr Bebel sagt weiter:

> Die Monarchie würde freilich getroffen werden, wenn Sie die Mittel anwendeten, die jetzt in Rußland üblich sind. (Große Unruhe rechts.) — Ganz gewiß, mit Notwendigkeit!

Die „Monarchie", das ist bei uns doch der „Monarch", und in unmittelbarem Anschluß an die vorher geschehene Erwähnung der Ermordung des Kaisers Alexander doch die direkte Drohung mit der Ermordung des deutschen Monarchen! (Oho!) — Ich höre da rufen von der sozialdemokratischen Seite: Oho! Ich brauche nicht weiter zu plädieren. Es ist die direkte Drohung mit der Ermordung des Kaisers, mit der Wiederholung des Hödelschen und des Nobilingschen Attentats, das Sie von sich abzuwälzen suchen. Es hängt nur von Ihrer theoretischen Beurteilung ab, ob unsere Einrichtungen hinreichend „russisch" sind, um einen Kaisermord zu begründen. Sie setzen es in das individuelle Urteil des einzelnen über den Staat, über die Monarchie, über das Herkommen und über unsere gesamten Einrichtungen, über unsere Gesetze. Sie halten den einzelnen unter Umständen berechtigt zum Morde. Das ist der ungeheure Unterschied, der Sie von der übrigen Menschheit trennt, und der Sie als Objekt der Ausnahmegesetze qualifiziert. Niemand außer Ihnen hält den Mord für erlaubt; Sie halten ihn für erlaubt unter gewissen Umständen. Ob diese Umstände da sind, das wollen Sie Ihrer eigenen persönlichen Beurteilung, auch der Beurteilung der jüngsten und unreifsten Mitglieder Ihrer Partei vorbehalten, und Sie ermuntern durch solche Reden, wie die des Abgeordneten Bebel, in der derselbe mit seiner Autorität in der Partei den Fürstenmord unter Umständen als erlaubt hingestellt hat — dadurch ermuntern Sie geradeaus dazu. Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Bebel, wenn er das nicht hier im Reichstage geäußert hätte, sich dem Staatsanwalte gegenüber hinreichend würde salvieren können wegen eventueller Aufforderung zum Verbrechen (Oho! links. — Sehr richtig! rechts), indem er den Fürstenmord als erlaubt erklärt durch die Umstände.

Er sagt:

> Ganz gewiß, mit Notwendigkeit! Und ich stehe nicht an, daß ich in diesem Falle einer der ersten wäre, der dazu die Hand böte, wenn die Zustände hier so wären —

Es brauchten hier also die Zustände nicht absolut so zu sein, sondern nur nach dem Urteil, nach den Ansichten des Herrn Abgeordneten Bebel. Wir haben ja vorhin schon gehört, daß er sagte, „so ganz russisch" wären die Zustände noch nicht; aber er schien doch anzudeuten, daß sie die Grenze streiften. Sobald also die Grenze überschritten ist, ist der Fürstenmord, der Kaisermord nach der Ansicht Bebels erlaubt und geboten. Da ist gar kein Zweifel nach seiner Äußerung.

Er sagt:

> daß ich in diesem Falle einer der ersten wäre, der die Hand dazu böte, wenn die Zustände hier so wären. (Hört! hört!) Ich wiederhole, wenn die Zustände hier so wären. (Große Unruhe rechts.)

Dann kommt ein hartes Urteil über die russische Regierung, das ich nicht wiederholen will; er nennt sie eine gewalttätige — das ist das mildeste Epitheton; er behauptet von dem System, das in Rußland existiert: „ein schlimmeres könne in keinem anderen Lande gedacht werden“,

> Und einem solchen System gegenüber kenne ich keine Rücksicht, dem gegenüber sind alle Mittel berechtigt, wie dieses System uns gegenüber alle Mittel für erlaubt hält. Ich denke, was ich Ihnen sage, ist so klar wie möglich;

— ja, das glaube ich auch (Heiterkeit.)

> da hätten Sie keine Ursache, zu glauben, daß wir unsere wahre Meinung versteckten.

Nun, ich glaube, das genügt, um die Berechtigung meiner ersten Äußerung vollständig nachzuweisen.

Ich wende mich noch gegen einige andere Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Bebel, obschon ich an und für sich das Bedürfnis, in diese Debatte einzugreifen, nicht hatte, da ich vermute, daß die Abstimmung eines jeden doch schon in den Fraktionsbeschlüssen festliegt, und meine Stimmmittel nicht mehr so sind, daß ich sie unnütz verwenden dürfte; aber es sind gewisse Andeutungen, die mich persönlich betreffen, und die ich nicht unwiderlegt lassen kann.

Der Herr Abgeordnete hat mir schuld gegeben, ich hätte die Zivilehe eingebracht, wie er sich ausdrückte. Dies ist eine tatsächliche Unwahrheit. Ich habe sie nicht eingebracht; als sie beschlossen wurde im Ministerium, bin ich gar nicht hier anwesend gewesen, sondern war krank und beurlaubt; das habe ich schon öfter wiederholt. (Oho! links.) — Meine Herren, aus unartikulierten Tönen kann ich nichts anderes entnehmen, als daß Sie nicht meiner Meinung sind; das weiß ich ohnehin. Sie brauchen diese ungewöhnliche Kundgebung deshalb gar nicht in Szene zu setzen. — Ich habe schließlich lieber der Zivilehegesetzgebung zugestimmt, als mich, krank und abwesend, wie ich war, der Möglichkeit auszusetzen, daß vier Ministerportefeuilles vakant werden würden; ich war nicht imstande, Seiner Majestät im damaligen Zustande Nachfolger zu verschaffen. An und für sich erachte ich die Sache nicht für so schlimm, wie sie in unserer öffentlichen Meinung gehalten wird; ich halte die Eheschließung mit Luther, den ich, glaube ich, auf meiner Seite habe, für eine bürgerliche Institution, von der allerdings zu wünschen ist, daß sie auch des kirchlichen Segens nicht entbehre. Daß ich aber hierdurch Tür und Tor geöffnet hätte zur sozialdemokratischen Ehe, zur Ehe auf Kündigung, ist doch gewiß eine ungerechte Beschuldigung, die der Herr Abgeordnete Bebel gegen mich ausgesprochen hat. Die Abschaffung der Ehe ist ja in einem bestimmten Programm der Sozialdemokraten, soviel ich gelesen habe, nicht ausgesprochen. Wir haben ja überhaupt kein bestimmtes Programm (Zuruf von den Sozialdemokraten: Doch) der Sozialdemokratie; — außer dem Fürstenmord kenne ich kein so genau akzentuiertes. (Oho! und Lachen bei den

Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß ich schon bei früheren Gelegenheiten getadelt habe, daß Sie sich vor einer Offenbarung der letzten Konsequenzen Ihres Systems so fürchten, daß Sie sich nicht getrauen, Ihr Programm vollständig vor der Öffentlichkeit darzulegen. Ich erlaubte mir, Sie nach einem Gedicht von Thomas Moore mit dem verschleierten Propheten zu vergleichen, dessen Macht darauf beruhte, daß er die Häßlichkeit seines Gesichts durch einen Schleier verbarg und im übrigen einen mächtigen geistigen Einfluß auf die Völkerschaften übte, die er führte. Diese Unschönheit, dieses Unsympathische der Ziele, die Sie erstreben, verbergen Sie sorgfältig. Ich kann diese Ziele ungefähr ausgesprochen finden in Goethes Faust, in alle dem, was Faust in seinem Zorn verflucht; er flucht dem, was als Weib und Kind und als Besitz uns schmeichelt; er flucht der Hoffnung und dem Glauben und vor allem der Geduld. Wenn jemand die Stelle — ich weiß sie nicht ganz auswendig — nachlesen will, so wird er in dem Fluche, den Goethe dem Faust in den Mund legt, ziemlich genau das sozialdemokratische Programm finden, das heißt die Negation von allem, was das Leben überhaupt wertvoll macht. Der Herr Abgeordnete Bebel warf hier mit einem gewissen drohenden Tone die Worte hin: Wenn dies und das geschähe, dann würde die Mordfreiheit eintreten; Sie wollen also selbst ermessen, ob es zweckmäßig ist, russische Zustände bei uns einzuführen. Solche Drohungen schrecken uns nicht; denn wenn Ihre Zustände eingeführt würden, ist das Leben so wenig wert, daß ich dem danken würde, der es mir abnimmt; dann würde der Selbstmord epidemisch werden, zu einer grassierenden Krankheit. So scheußlich würde in dem Zuchthaus, das Ihnen als letztes Staatsideal vorschwebt, die Existenz für jedermann sein; also ehe Sie dahin kommen, schießen Sie mich ab und alle Leute, die es mit uns wohl meinen.

Herr Bebel hat ferner Lassalle aufgerufen für seine Verteidigung, vielleicht in Anknüpfung an die persönlichen Beziehungen, in denen ich zu Lassalle gestanden habe. Ich glaube, Lassalle hat noch niemand beschuldigt, daß er Mörder wäre und den Mord gepredigt hätte, und ich glaube, er würde die Herren, die sich jetzt auf ihn berufen, auf das schärfste verurteilen. Ich habe das schon vor Jahren gesagt.

Er hat sich auch auf Marx berufen. Nun, ob Marx nicht in der Tat Mörder züchtete,[3] das weiß ich nicht; denn soviel ich gehört habe, war der Mann, von dessen Schüssen ich die Narben noch an mir trage, Blind, doch ein Zögling von Marx. (Abgeordneter Bebel: Gott bewahre! Nein!) — Nicht? Nun, Sie werden das besser wissen; ich bin darin wenig bewandert. (Heiterkeit.) Ich habe die Verbrecherstatistik so genau nicht studiert; die Herren werden genauer damit vertraut sein.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat selbst gesagt, wenn das richtig wäre, was ich gesagt habe — und ich glaube, die Richtigkeit davon ist durch die Verlesung des stenographischen Berichtes vollständig bestätigt — dann begriffe er nicht, warum ich nicht eine längere, eine immerwährende Dauer dieses Gesetzes, und nicht sehr viele Verschärfungen dazu beantragt hätte. Ja, ganz einfach deshalb, weil ich dafür nach den bisherigen Erfahrungen die Majorität nicht bekommen würde. Für dasjenige Maß von Schutz der staatlichen Gesellschaft, das ich für notwendig halte, habe ich keine Hoffnung, hier die Majorität in diesem

---

[3] Vgl. zu dieser Stelle und zu der Wirkung, die sie auf die Nachkommen von Marx ausübte: F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 4, S. 278.

Hause zu bekommen, und deshalb bin ich froh, wenn wir den mäßigen Schutz, den wir der Sicherheit der Bürger nach diesem Gesetz gewähren können, von Ihnen bewilligt erhalten auf fünf Jahre, wenn es sein kann. Wollen Sie ihn uns nur auf zwei Jahre geben, so sind wir nicht berechtigt, den Bürger, der über zwei Jahre wieder möglicherweise schutzlos sein würde, schon heute der Schutzlosigkeit, den Umtrieben preiszugeben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Die Regierungsvorlage wird sodann abgelehnt, dagegen nach dem Antrag Hertling die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf zwei Jahre verlängert.

Preußischer Landtag.

14. Januar bis 30. Juni 1886.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags.

14. Januar 1886.

König Wilhelm eröffnet den Landtag mit folgender Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem Ich Sie am Eingange einer neuen Legislaturperiode willkommen heiße, ist es Meinem Herzen Bedürfnis, von dieser Stelle nochmals Meinen Königlichen Dank zu sagen für den einmütigen und erhebenden Ausdruck der Liebe und Anhänglichkeit, der mir zu dem Tage entgegengebracht wurde, an welchem ich auf die fünfundzwanzigjährige Dauer einer durch Gottes Gnade nach Innen und Außen reich gesegneten Regierung zurückblicken konnte.

Zu gleicher Befriedigung hat es Mir gereicht, daß bei dieser Gelegenheit auch außerhalb der Grenzen des Vaterlandes ein Maß von wohlwollender Teilnahme an Unserer Feier zu Tage getreten ist, welches den freundlichen Beziehungen des Reiches zu allen auswärtigen Regierungen und Meinem vollen Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens entspricht.

Im übrigen will Ich hiermit den Präsidenten Meines Staatsministeriums beauftragen, Ihnen weitere Mitteilungen über die Lage des Staatshaushaltes und über die auf dem Gebiete der Gesetzgebung an Sie herantretenden Aufgaben zu machen.

Fürst Bismarck:

Die Finanzlage des Staates hat sich gegen das vorige Jahr, wo ihre Unzulänglichkeit angesichts einer notwendigen Erhöhung der Matrikularbeiträge sich in erheblichem Maße geltend machte, wieder günstiger gestaltet.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr zeigt auf fast allen wichtigeren Verwaltungsgebieten erfreuliche finanzielle Ergebnisse. Wenn dasselbe gleichwohl keinen für das kommende Etatsjahr verfügbaren Überschuß hinterlassen hat, so ist dies die Folge der gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung, nach welchen der beträchtliche, über die Voranschläge erzielte Überschuß des Jahres auch in der Rechnung eben dieses Jahres schon zu entsprechender Mehrtilgung der Staatseisenbahnschuld hat in Ausgabe gestellt werden müssen.

Von dem laufenden Jahre sind nach den bisherigen Wahrnehmungen ganz so günstige Ergebnisse nicht zu erwarten, insbesondere wird der Überschuß der Eisenbahnverwaltung unter dem Einfluß einer verminderten Verkehrsentwicklung den Voranschlag vielleicht nicht voll erreichen. Dessenungeachtet erscheint die Hoffnung berechtigt, daß das Gesamtergebnis auch des laufenden Jahres kein ungünstiges sein werde.

Für das nächste Jahr fällt ins Gewicht, daß inzwischen durch die gesetzliche Überweisung von Zollerträgen an die Kommunalverbände und durch die Pensionierung der Lehrer an den Volksschulen die ersten Schritte getan sind zur Befriedigung der auf dem Gebiete der Kommunal- und Schullasten seit Jahren hervorgetretenen Bedürfnisse, für welche aus den bisherigen Einnahmequellen des Staates die erforderlichen Mittel weder zu beschaffen waren, noch in Aussicht stehen. Die Mehrausgaben infolge jener beiden Gesetze nehmen die Mehreinnahmen, welche der Staatskasse inzwischen durch die Reichsgesetzgebung neu zugeführt worden sind, zum größeren Teile in Anspruch, während der Reichshaushalt eine erneute Steigerung der Matrikularbeiträge für das nächste Jahr vorzusehen nötigt. — Unter diesen Umständen können auch die größeren Überschüsse, auf welche bei den meisten Betriebsverwaltungen des Staates nach den sorgfältig aufgestellten Voranschlägen wiederum zu rechnen sein wird, und die beträchtliche Erleichterung der Zinslast des Staates, welche durch die Umwandlung bisher höher verzinslicher Schulden in vierprozentige gesichert ist, bei aller Sparsamkeit und Beschränkung in der Berücksichtigung neuer Bedürfnisse nicht hinreichen, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben im nächstjährigen Staatshaushaltsetat herzustellen.

Es wird daher, wenn auch in geringerem Umfange wie für das laufende Jahr, abermals der Staatskredit zur Deckung des Fehlenden in Anspruch zu nehmen sein.

Die Regierung hat hierin und in der Überzeugung, daß es bei den geringen Anfängen einer Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schullasten und dem Aufschube der Verbesserung der Beamtenbesoldungen nicht etwa sein Bewenden haben kann, erneuten Anlaß gefunden, auf die Weiterführung der Reichssteuerreform hinzuwirken; insbesondere hat sie sich angelegen sein lassen, reichsgesetzliche Bestimmungen zur Einführung des Branntweinmonopols vorzubereiten und zu beantragen, von deren Annahme sie ausreichende Erträgnisse zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse in Staat und Reich und günstige Folgen für Moral und Gesundheit erhofft.

Die Entwürfe des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur Ergänzung der nächstjährigen Einnahmen des Staates werden Ihnen alsbald vorgelegt werden.

Auf dem Gebiete der industriellen Tätigkeit macht sich in einzelnen Betriebszweigen eine Stockung des Absatzes bemerkbar.

Diese Erscheinung läßt sich auf eine durch die bisherigen günstigen Erfolge der gewerblichen Arbeit angeregte Steigerung der Betriebsamkeit und auf den Wunsch zurückführen, dem deutschen Fabrikat im Wettbewerb mit den konkurrierenden Industriestaaten den Vorsprung zu sichern. Eine Abhilfe hiergegen liegt außerhalb des Bereiches unserer Gesetzgebung. Nur die Zurückführung unserer Produktion auf das Maß des Bedürfnisses wird die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen fernzuhalten vermögen, welche eine Anhäufung nicht absatzfähiger Erzeugnisse nach sich zieht.

Die erfreulichen Ergebnisse unserer Eisenbahnpolitik gestatten, Ihnen auch in diesem Jahre die Herstellung einer Reihe von Schienenverbindungen in verschiedenen Teilen des Landes vorzuschlagen, durch welche wichtige Verkehrsgebiete erschlossen und erhöhter wirtschaftlicher Entwicklung entgegengeführt werden sollen.

Von der Fürsorge für die Förderung der Binnenschiffahrt wird neben den weiteren beträchtlichen Forderungen für Stromregulierungen und Schiffahrtsanlagen in dem

Staatshaushaltsetat eine Vorlage Zeugnis ablegen, welche die im Jahre 1883 ohne Erfolg vorgeschlagene Anlage eines Kanals von Dortmund nach den Emshäfen unter zweckmäßiger Erweiterung des Projekts und zugleich den dem gegenwärtigen Verkehrsbedürfnis entsprechenden Ausbau der Wasserstraße von der mittleren Oder nach Berlin bezweckt.

Nachdem infolge der jüngst ergangenen Kreis- und Provinzialordnungen die Einführung der Verwaltungsreform sich in der Provinz Hannover in erwünschter Weise vollzogen hat und für die Provinz Hessen-Nassau in nahe Aussicht gerückt ist, bleibt die Vollendung des in seinen Grundzügen gesicherten und bewährten Reformwerkes für noch vier Provinzen der Monarchie eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung. Zu diesem Behufe ist zunächst der Entwurf einer Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen ausgearbeitet worden, welche Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werden wird.

Das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen geeignet sind. Die zu diesem Zweck in Arbeit befindlichen Vorlagen werden Ihnen seiner Zeit zugehen.

König Wilhelm spricht dann folgende Schlußworte:

Geehrte Herren!

Sie ersehen aus dem Verlesenen, daß der Landesvertretung wiederum ein ausgedehntes Feld wichtiger Tätigkeit eröffnet ist. Ich hoffe, daß Ihre Arbeit auf demselben sich auch in diesem Jahre zu einer fruchtbringenden und unter Gottes Segen für die Wohlfahrt des Landes förderlichen gestalten werde.

8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

28. Januar 1886.

Die folgende Rede ist Bismarcks größte und bedeutungsvollste Polenrede.[1] Zum Verständnis der Haltung des Kampfes müssen wir uns daran erinnern, daß Bismarck von Jugend auf in Polen und der polnischen Bewegung der Ostprovinzen den gefährlichsten Feind erblickt hat, und daß er mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit von Anfang an die preußisch-russische Freundschaft als unentbehrlichen Schutzwall gegen diese Gefahr betrachtete, genau so, wie er andererseits zur Verstärkung der polenfeindlichen Tendenzen getrieben wurde durch die Rücksicht auf die auswärtige Politik: solange Preußen an seiner energischen Polenpolitik festhielt, konnte es mit Erfolg den Zaren an seiner Seite festhalten und von Frankreich entfernen. Erinnert sei hier auch an die Tatsache, daß gerade die Erwägungen der polnischen Seite der katholischen Aktion den Kulturkampf in seinen Anfängen bestimmt haben. Deshalb ist es erklärlich, daß die Intervention des Reichstages gegen die von Preußen verfügten Polenausweisungen ihn erbitterte und daß er sehr erfreut war, als die preußischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen am 23. Januar im sogenannten „Antrag Achenbach" der Regierung versprachen, die von ihr für notwendig erkannten Maßnahmen in den Ostprovinzen zu unterstützen, besonders auf dem Gebiet der Schule, der allgemeinen Verwaltung und der Niederlassung deutscher Landwirte und Bauern. Dieser Antrag Achenbach steht auf der Tagesordnung am 28. Januar, gegenüber dem Antrage Windthorst und Szuman, die Übergang zur Tagesordnung wünschen. Nachdem Abg. v. Rauchhaupt den Antrag Achenbach befürwortet hat, führt Fürst Bismarck aus:

Der Passus der Thronrede, an welchen der uns heute beschäftigende Antrag anknüpft, enthält den Ausdruck der Überzeugung der Königlichen Regierung, daß in den

[1] Vgl. dazu: H. Wendt: Bismarck und die polnische Frage (1922), S. 57 ff.

Grundsätzen, nach welchen seit dem Jahre 1840 in den Landesteilen, deren Bevölkerung polnisch spricht, regiert und verwaltet worden ist, eine Änderung absolut notwendig sei. Wir haben durch die Geschichte die Erbschaft überkommen — Sie werden verzeihen, wenn ich bei einer Frage, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, auch einen Rückblick auf die Vergangenheit tue — wir haben die Erbschaft überkommen, uns mit zwei Millionen polnisch sprechender Untertanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des Preußischen Staates umschließen, einzuleben. Wir haben diese Situation nicht gemacht; unsere Politik kann von sich dasselbe sagen, was, ich weiß nicht mehr, auf welcher Forstakademie, geschrieben stand: Wir ernten, was wir nicht gesäet haben, wir säen, was wir nicht ernten werden.

So stehen wir auch zu der Vergangenheit, die vor 1815 liegt. Das Jahr 1815 hat dem Preußischen Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zur Verbindung zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl wie zu seiner Verteidigung und seiner Sicherheit. Ich kann es nur als eine politische Verirrung ansehen, wenn im Jahre 1848 deutsche Politiker sich gefunden haben, die glaubten, sie könnten diese Grenze um, ich weiß nicht, welchen schmalen Grenzstreifen, mit dem der polnischen Nation auch nicht gedient sein würde, zurückverlegen.

Im Jahre 1815 hat man zuerst sich die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt, wohl hauptsächlich, weil damals auf die Stimmung der Einwohner mehr Gewicht gelegt wurde, als auf die der Staatsmänner. Die Staatsmänner, die 1815 bei uns am Ruder standen, der Fürst v. Hardenberg in erster Linie, und, ich glaube, damals der erste Präsident der Posenschen Regierung, Herr v. Zerboni, der bedeutende Besitzungen in Südpreußen jenseits der heutigen Grenze besaß, lebten noch mehr unter dem Eindruck der kurz vorher stattgehabten Verhandlungen, in welchen Preußen ein größeres polnisches Gebiet erstrebt hatte. Herr v. Zerboni besaß große Güter in demjenigen Teil von Südpreußen, welcher nicht wieder zu Preußen gekommen war. Der Wunsch, der damals vorherrschte, vielleicht bei einem späteren Ausgleich noch eine weitere Verrückung unserer Ostgrenze gegen die Weichsel hin zu gewinnen, der Wunsch, zu diesem Behufe in der polnischen Bevölkerung der zum Königreich Polen geschlagenen Landesteile Propaganda für Preußen zu machen, hat einigermaßen die Sprache diktiert, die der Fürst v. Hardenberg damals dem Könige, seinem Herrn, den neu erworbenen polnischen Untertanen gegenüber angeraten hat. Es war das eine Politik, die wir heutzutage gewiß mißbilligen können; sie war ungeschickt. Sie hatte indessen damals zu keinem vertragsmäßigen Abkommen irgendeiner Art geführt. Die Proklamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Teilen Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Untertanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen (Oho! bei den Polen), und die Versprechungen, die ehrlich vom Könige gegeben, von seinen Dienern vielleicht nicht ganz in derselben Stimmung gemeint worden, sind seitdem durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden. (Lebhafter Widerspruch bei den Polen. Sehr wahr! rechts.) Ich gebe meinesteils keinen Pfifferling auf irgendeine

Berufung auf die damaligen Proklamationen. (Große Unruhe bei den Polen und im Zentrum.)

Der Glaube, sich mit den Polen einleben zu können, und die Abneigung, die Schwierigkeiten davon zu untersuchen, gewannen auch einen Anhalt in der Tatsache, daß man in Schlesien mit einer Million polnisch redender Untertanen ohne jede Schwierigkeit lebte, sowie in der Erinnerung an die Zeit vor 1806, in der die Leidenschaften international nicht in dem Maße aufgeregt waren, in der ein sozial erträgliches Verhältnis zwischen Deutschen und Polen stattfand, vielfacher Verkehr der Polen hier in Berlin und in der Gesellschaft.

Diese Art von Vertrauensseligkeit wurde plötzlich gestört durch den Aufstand in Warschau von 1830 und durch das Auftauchen einer polnischen Frage im europäischen Sinne unter Beteiligung und Mitwirkung anderer Nationen, die seitdem nicht wieder von der Bildfläche vollständig verschwunden ist.

Welchen Eindruck dieses damals auf die preußischen Autoritäten machte, darüber haben wir ein Votum, welches der damalige kommandierende General in Posen, Herr v. Grolman — ein Name, der keineswegs an reaktionäre Tendenzen erinnert —, über die Situation in Polen einreichte und welches das Datum vom 25. März 1832 trägt. Es liegt nicht in meiner Absicht, Sie mit der Vorlesung dieses ganzen Votums zu belästigen; ich will nur zur Charakterisierung der damaligen Situation die erste Seite vorlesen:

> Als der geringe Teil der ehemaligen preußischen Besitzungen in Polen im Jahre 1815 unter dem Namen eines Großherzogtums Posen wieder mit dem Preußischen Staate vereinigt ward, zählte dieses von ungefähr 800 000 Einwohnern bewohnte Land 350 000 Teutsche und 450 000 Polen und Juden. Durch seine Lage im Herzen des Preußischen Staates, auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern, nur achtzehn Meilen von Berlin entfernt, gehört dieses Land so innig zum Preußischen Staate, daß jede Idee einer Trennung von demselben als wahrer Hochverrat angesehen werden muß, und jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, nicht allein um dieses Land dem preußischen Vaterlande zu erhalten, sondern es auch gutgesinnt, das heißt teutschgesinnt zu machen.

Ich lese noch eine Seite, die mir besonders prägnant erscheint, und die bereits einen Anklang bietet für die Maßregeln, die wir jetzt vorhaben:

> Im Großherzogtum Posen befinden sich einige hundert polnische Güter besitzende Edelleute, die mit ihrem Besitz, ihrem Anhange von Vettern, Schlachtschitzen, Woiwoden, Vögten und Hausbedienten einige tausend Köpfe bilden, die das böse Prinzip der Provinz sind,

— sagt der General Grolman —

> und deren allmähliche Entfernung von dem wesentlichsten Nutzen sein würde, da noch Generationen darüber hingehen, ehe ihre polnische Natur sich zu einer staatsbürgerlichen preußischen ausgebildet haben wird. (Sehr gut! bei den Polen.)

Der anliegende Aufsatz entwickelt einige Ideen, wie Preußen von diesen gefährlichen Menschen, ohne Ungerechtigkeiten zu begehen, zu befreien ist, die mir einer Beherzigung wert scheinen, und die ich deswegen beifüge. Es ist wohl kein Zweifel, daß, wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnische Insurrektion gekostet haben, in den letzten fünfzehn Jahre verwendet hätte, um die polnischen Gutsbesitzer auszukaufen, das Großherzogtum Posen eine ganz sichere preußische Provinz wäre, statt daß wir jetzt durch jeden unvorgesehenen Zufall und vielleicht unter viel schlimmeren Verhältnissen als bisher noch zu viel größeren Opfern genötigt sein werden usw.

Das Aktenstück eignet sich wegen seiner, wie Sie schon aus dieser kleinen Probe ersehen haben, scharfen und polemischen Fassung nicht zur vollständigen Veröffentlichung; aber ich werde dasjenige, was ohne Unhöflichkeit gegen lebende Leute veröffentlicht werden kann, doch der Presse demnächst anheimgeben. Ich verzichte deshalb auf eine weitere Verlesung.

Das Ergebnis dieser in dem Grolmanschen Elaborat keimenden Auffassung war das, was man heutzutage die Flottwellsche Politik nennt. König Friedrich Wilhelm III. war diesem Gedanken zugänglich, und es wurde von seiten des Königs und des Finanzministers eine nicht sehr erhebliche Summe bewilligt, für welche Güter aus polnischen Händen aufgekauft wurden, um sie zur Vermehrung der deutschen Bevölkerung in der Provinz weiter zu veräußern. Wenn auch diese Operationen nicht überall und in jedem einzelnen Fall und mit Geschick und namentlich späterhin auch nicht unter Festhaltung der ursprünglichen Bestimmung betrieben worden sind, so haben sie doch, solange dieses System das herrschende in der Verwaltung war, einen erheblichen Zuwachs der deutschen Bevölkerung geschaffen. Das System wurde aber außer Kraft gesetzt, als im Jahre 1840 der hochselige König zur Regierung kam, der seinerseits der Meinung war, daß die wohlwollenden Gefühle, welche Er für Seine polnisch sprechenden Untertanen hatte, das Vertrauen, welches Er zu ihnen hatte, auf der anderen Seite durch analoge Gefühle vollständig erwidert würde, und der in diesem Glauben bestärkt wurde durch eine Rundreise, die er bald nach seiner Thronbesteigung in der Provinz bei den hervorragendsten Edelleuten der polnischen Nation machte; er glaubte — ein altes Sprichwort sagt: „Zutrauen bewirkt Edelmut" —, man habe die Polen nur unschuldig gekränkt, sie würden treue Untertanen ihres wohlwollenden Königs sein, wenn man ihnen mit Vertrauen entgegenkäme, und die Wohltaten der preußischen Regierung im Vergleich mit den Zuständen, in denen sich die Bevölkerung früher befand — ja, ich kann, ohne unsere Nachbarn zu verletzen, wohl sagen, in denen sich auch die jenseits der Grenze lebenden Polen befanden —, würden allmählich die Herzen gewinnen. Der hochselige König wurde aus diesen vertrauensvollen Empfindungen in einer gewissen unangenehmen Weise gestört durch die insurrektionellen Bewegungen, die vom Jahre 1846 bis 1848 in den verschiedensten Phasen stattfanden. Er mußte erleben, daß im Jahre 1848 auf den Barrikaden von Berlin ein Bündnis zwischen der preußischen und ausländischen Demokratie und den Polen geschlossen wurde, was zur Folge hatte, daß kurze Zeit darauf mehrere tausend preußische Untertanen, teils polnisch-, teils deutschredende, im Großherzogtum Posen in gegenseitigen Kämpfen erschossen oder verwundet wurden. Indessen das Ergebnis der damaligen Ereignisse war doch immer ein gesetzlicher Zustand, der den polnischen Bestrebungen dieselbe Freiheit der

Bewegung verfassungsmäßig und gesetzmäßig verschaffte, welche den deutschen Untertanen gewährt war. Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren; im Gegenteil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, das heißt eine einseitige Verschärfung auf der polnischen Seite. Der Entwicklung derselben kam die Eigentümlichkeit des deutschen Charakters in manchen Hinsichten entgegen, einmal die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, eine Art von Neid, mit dem unsere Landsleute denjenigen betrachten, der im Auslande gelebt und gewisse ausländische Allüren angenommen hat, und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war (Hört, hört! rechts), endlich die eigentümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren (Heiterkeit) und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner, kurz und gut etwas der Art zu werden. Ich erinnere mich aus meiner Kindheit: die populärsten Melodien in Berlin, die ich gelernt habe, waren polnische vom alten Feldherrn:[2]

Denkst du daran, mein tapferer Lagienka; (Heiterkeit.)
Fordere niemand mein Schicksal zu hören;
Mein Vaterland . . .

das war aber nicht etwa das deutsche Vaterland, sondern das polnische, was der Berliner Leierkastenmann damit beklagte. Es hatte das seinen entsprechenden Zwilling in dem Interesse für alles Französische. Wer hat, der mit mir gleichalterig ist, nicht „Bertrands Abschied" zum Beispiel mit Begeisterung vortragen hören, oder die Poesien des Freiherrn v. Gaudy oder anderer zur Verherrlichung Napoleons I., der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisieren mag. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere an die Bewunderung des fremden Waffenglanzes in der „Mitternächtigen Parade";[3] kurz an alle diese Schwächen der Deutschen. — Ich entsinne mich meiner Universitätszeit in Göttingen im Jahre 1832, wo eine Art Depot für polnische Flüchtlinge aus dem Aufstande vom Jahre 1831 sich damals befand. Ich lernte damals als junger Mensch einige der hervorragenden Leute des damaligen polnischen Reichstages kennen. Es waren interessante, liebenswürdige Leute, aber das, was mich im Augenblick daran interessiert, ist die Erinnerung an die Begeisterung, mit der diese Polen in allen Städten Mitteldeutschlands empfangen wurden. Ich habe nachher den Empfang unserer aus siegreichen und gerechten Kriegen zurückkehrenden Armee erlebt; aber so warm war er kaum, wie der Empfang dieser polnischen Flüchtlinge in jeder deutschen Stadt (Oho!), die dadurch — ich habe sie selbst gesprochen — keineswegs in ihren Bestrebungen entwaffnet, gegen Deutschland und Deutsche umgestimmt wurden. Ich entsinne mich, daß ich mit einem der Herren zufällig über die slawischen Reminiszenzen sprach, die in den Namen vieler Ortschaften meiner Heimat sich zeigten aus den früheren wendischen Zeiten her, und daß mir der sagte — die

[2] Von Holtei.
[3] Nächtliche Heerschau; von Zedlitz.

Unterredung wurde französisch geführt —: Attendez, nous leur rendrons bientôt leurs noms primitifs. Sie finden es ja auch in den Aufrufen aus den Revolutionen von 1846 und 1863 bestätigt, daß die Hersteller Polens auch nicht auf eine einzige Dependenz verzichten — die Woiwodschaft Pommern gehört gerade so gut dazu wie Pommerellen, und Pommerellen gerade so gut wie Warschau selbst. Ich habe schon erwähnt, wie groß das Entgegenkommen der Bewohner der heutigen deutschen Residenz damals im Jahre 1848 gegen die Polen war. Ich erinnere mich, daß ich an der Ecke der Charlottenstraße und Linden im Publikum den Zug der Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer angesehen habe, und daß dabei in einigem Widerspruch zu einer Trauerfeierlichkeit auf einem reich geschmückten Wagen in einem malerischen polnischen Kostüm Mieroslawski stand, der der eigentliche Held des Tages war. Sein Aufzug — und er sah sehr gut aus, kann ich Ihnen versichern (Heiterkeit) — machte auf die Berliner fast mehr Eindruck, beschäftigte die Gemüter fast mehr als der des Königs, durch den die Absicht kundgegeben wurde, daß Preußen in Deutschland aufgehen sollte. Also die deutsche Nationalität ging damals spurlos vorüber, obschon sie durch den höchsten Träger der preußischen Nationalität repräsentiert war.

Am allerstärksten betätigten sich die Sympathien für Polen noch einige Zeit später, wie ich bereits an dieser Stelle als preußischer Minister stand. — Es wird im nächsten Monat genau dreiundzwanzig Jahre, daß ich von dieser selben Stelle her eine Polendebatte[1] zu führen hatte von einer Lebhaftigkeit, die, wie ich hoffe, die heutige nicht erreichen wird. Ich war damals hierhergekommen und hatte das Ministerium übernommen, in der Hauptsache, um Seiner Majestät dem König meine Dienste im Kampfe für die Monarchie gegen die damals erstrebte Herrschaft der Fortschrittspartei zu leisten. Wenn ich außerdem noch persönliche und positive Nebenzwecke hatte, so waren es die, von dieser einflußreichen Stelle aus der Entwicklung der deutschen Nationalität nach Möglichkeit zu dienen. (Bravo!) Die Veröffentlichungen, die über meine Tätigkeit in Frankfurt a. M. seitdem stattgefunden haben, werden mich überheben, die Tatsache näher nachzuweisen, daß ich die Absicht, Deutschland auf nationalem Wege zu dienen, in diese Stellung hineinbrachte und mich durch keine Anfeindung darin habe irremachen lassen. Ich wurde empfangen mit Entrüstung darüber, daß man „diesem Menschen" die wichtigste Stellung in Deutschland beilegte — dieses Epitheton habe ich damals ertragen müssen. Ich zweifle gar nicht, daß unter meinen Gegnern sehr viele mit mir dieselben Ziele erstrebten; aber ich weiß nicht, ob nicht mit der Art, wie sie sich die Erreichung dieser Ziele dachten, doch immer der Nebengedanke verbunden war, daß sie entweder persönlich oder durch die Partei, der sie angehörten, eine hervorragende Rolle bei dem Übergang in das neue Verhältnis spielen würden; vielleicht war ihnen der Gedanke unerträglich, daß ein Fremder ihnen ihre Aufgabe vorweg nähme, und zwar jemand, mit dem viele von ihnen kurze Zeit vorher in diesen selben Räumen im scharfen parlamentarischen Kampfe gestanden hatten. Es ist mir erinnerlich, daß damals jemand, den ich vollständig eingeweiht hatte in meine Absichten, die ich damals unmöglich sagen konnte, ohne sämtliche Großmächte zu entfremden und den europäischen Seniorenkonvent schleunigst gegen uns aufzubringen, daß dieser Herr — er lebt nicht mehr, sonst würde ich davon nicht sprechen —, der nach

[1] 18. Februar 1863.

seiner amtlichen Stellung verpflichtet war, mir beizustehen damals, so wie ich ihn eingeweiht hatte, zu anderen in meiner Abwesenheit sagte: „Nun macht dieser Mensch meine Politik und macht sie falsch!“ (Lebhafte Heiterkeit.) Das Gefühl hatten sehr viele von den Herren, die mir damals in diesen Räumen feindlich entgegenstanden. Ich kann nicht dafür, daß ich damals nicht verstanden worden bin; ich habe mich namentlich in den bekannt gewordenen, und zwar nicht ganz richtig bekannt gewordenen Äußerungen, die durch die Worte „Blut und Eisen“ gekennzeichnet waren, recht deutlich darüber ausgesprochen, deutlicher fast vielleicht, als es gut war damals. Es handelte sich um militärische Fragen, und ich hatte gesagt: Legt eine möglichst starke militärische Kraft, mit anderen Worten möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die Ihr wünscht; mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch „Blut und Eisen“. (Bravo! rechts.) Das ist die Sache. Ich wäre vielleicht verstanden worden, wenn ich nicht zuviel Rivalen auf diesem Gebiete, Deutschland herzustellen, damals gehabt hätte. (Heiterkeit.) In dieser Lage also befand ich mich mit einer bewußten Absicht, die ich noch nicht aussprechen durfte, weil, wenn ich es getan hätte, mir eine Unterstützung weder bei Rußland noch Frankreich, weder bei Österreich noch auch bei England anders als bei dem letzten mit Worten und bei den anderen auch nicht einmal mit Worten zuteil geworden wäre. — Die Saat, die ich sorgfältig kultivierte, wäre im Keim erstickt worden durch einen kombinierten Druck des gesamten Europas, das unseren Ehrgeiz zur Ruhe verwiesen hätte, denn aus Liebe für uns hätte keiner etwas für die deutsche Sache getan, auch nicht einmal aus Interesse.

In diesen Erwägungen befand ich mich bereits, als ich Gesandter in Petersburg war, wo ich doch berufen war, an der Auswärtigen Politik nicht bloß, sondern auch an der deutschen Politik des Preußischen Staates einen persönlichen Anteil zu nehmen, und ich hatte dort die russischen Verhältnisse Polen gegenüber ziemlich aus nächster Nähe beobachten können, infolge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Überzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinett zwei Prinzipien tätig waren: das eine, ich möchte sagen, das antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte, und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakoff und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener seinen Sitz hatte, das auf dem Bedürfnis beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Umständen festzuhalten — und man kann sagen: eine preußenfreundliche antipolnische, und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinett. Wer die Verhandlungen der damaligen Zeit gelesen hat, wird sich der berüchtigten Konvention vom 8. Februar, der sogenannten Seeschlange, erinnern, die, wie der Erfolg gezeigt hat, praktisch gar kein Resultat hatte — militärisch; aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der Kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.

Deshalb war meine Stellung als Auswärtiger Minister dem russischen Kabinett gegenüber einigermaßen vorbereitet, und von allen europäischen Kabinetten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch ein tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen

zu Petersburg besonders zu pflegen. Wenn ich mir bewußt war, mit der Mehrzahl meiner Landsleute in diesem Raume der Volksvertreter ein und dieselben nationalen Ziele zu erstreben, so war es hart für mich, daß ich für die Erreichung dieser Ziele auch von keinem einzigen eine Unterstützung, eine Mitwirkung zu diesem Zweck zu erwarten hatte; im Gegenteil, die eigentümliche Lage, in die wir durch eine geheime Konvention, der gegenüber man einen Bruch des zugesicherten Geheimnisses von mir zu erpressen suchte, gebracht waren, lieferte die Mittel, die übrigen europäischen Kabinette gegen uns zu verhetzen, ihnen gewissermaßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern, die diesseits begangen wären, uns — ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten, und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, indem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere Hände fiel, Indizienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. (Hört! hört! rechts.) Ich werde das Geheimnis darüber auch ferner bewahren, weil ich eine Veröffentlichung nicht nützlich halte. Es sind seitdem dreiundzwanzig Jahre vergangen und manche politische Auffassung hat sich geändert, und alle haben in der Politik etwas gelernt seitdem; die politische Bildung ist heute eine andere.

Also es war für uns eine sehr bedenkliche, vollkommen isolierte Lage, in der wir uns bei der damaligen polnischen Debatte in diesen Räumen befanden. Beim Beginn der polnischen Insurrektion fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurteilung; man war dort mehr antirussisch als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewissermaßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne, wie das englische Sprichwort sagt: Hit him, he has no friend (haut ihn, er hat keinen Freund) — in der Art wurden wir denunziert in Paris — da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unfreundlichen Weise. Und daß wir nicht infolge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Österreich vereinigt waren, und die nur entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufnahme eines Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnte, das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russel in England noch hatte. England lehnte es ab, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. In der Gefahr befanden wir uns isoliert, und Preußen war damals nicht so stark, wie jetzt, wir hatten den Deutschen Bund nicht hinter uns. Ich stand genau an dieser selben Stelle und wurde in diesen Räumen von der fast einstimmigen Versammlung mit einer Flut voll Hohn und Haß überschüttet, wo ich dachte: Nun, da ist der englische und der französische Botschafter doch noch weniger gehässig und feindlich gegen mich, als meine Landsleute im Preußischen Landtage. (Hört, hört! rechts. Unruhe links.)

Ja, meine Herren, Sie finden das jetzt lächerlich. Sie haben nicht an meiner Stelle gestanden, Sie haben nicht Tag und Nacht das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke des Landes umhergetragen, was mich keine Minute verlassen hat in jener Zeit; seien Sie versichert davon.

Ich möchte Ihnen zur Bewahrheitung dessen doch von den ungeheuerlichen Aktenstößen, die ich, um keinen Irrtum zu begehen, in diesen Tagen durchgesehen habe, ein paar Telegramme anführen.

Eines ist vom 6. März von dem preußischen Botschafter in London, Graf Bernstorff:

> Baron Brunnow, der heute Lord Russell gesehen, hat mir eben noch bestätigt, daß das englische Kabinett die verdächtigen Absichten Frankreichs durchschaut und sich nicht von ihm will mit fortreißen lassen, sondern daß es die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands trennt und die erstere jetzt als beseitigt ansieht, wenn nicht noch eine Intervention von anderer Seite stattfindet.

Ein Telegramm aus London, etwas älter, vom Februar, lautet:

> Zwei telegraphische Depeschen von gestern und eine von heute erhalten. Lord Russell erkennt an, daß Ew. Exzellenz' Erklärung im Abgeordnetenhause die Bedeutung der Verabredungen mit Rußland abgeschwächt, glaubt aber doch nicht ganz auf die Depesche verzichten zu können, so lange die Königliche Regierung nicht erklärt, daß sie die Konvention nicht ausführen will.

Das war also doch eine für jede unabhängige, großmachtliche Regierung demütigende Zumutung, daß wir das zurücknehmen sollten; darauf konnten wir auf keinen Fall eingehen. Sie finden von dieser Depesche zu der ersten einen Fortschritt in der Entwicklung der Preußenfreundlichkeit Englands. Nachdem letzteres gesehen hatte, daß es Frankreich ernst werden wollte, wollte es doch nicht gegen den alten Verbündeten von Waterloo Arm in Arm mit Frankreich auf diese Weise auftreten.

Unsere Situation war nicht ganz so aussichtslos, wie es den Anschein hatte, wenn man nur die drei Kaisermächte, die damals, England-Indien mit eingerechnet als Kaisermacht, die polnische Bewegung unter ihren Schutz nahmen, betrachtet. Die russische Politik war sehr geneigt, den Degen zu ziehen, und ist im Laufe des Sommers 1863 nur durch die Abmahnungen Seiner Majestät des regierenden Kaisers davon abgehalten worden. Es würde auch diese Absicht wahrscheinlich nur ausgeführt worden sein, wenn Rußland auf das Bündnis Preußens, auf das gleichzeitige Losschlagen Preußens hätte rechnen können.

Man glaubt vielleicht, daß durch einen solchen Krieg, bei all den Beschwerden, die wir damals gegen unsere deutschen Mitverbündeten hatten, eine zweckmäßigere Erledigung der deutschen Angelegenheiten oder wenigstens Förderung viel früher hätte stattfinden können, als nachher geschehen ist. Seine Majestät der König hat es sich aber stets versagt, die deutsche Frage anders als mit eigener Macht zu lösen und auch seine Zwistigkeiten mit Österreich anders als unter vier Augen — ich meine, im weitesten Sinne des Wortes — kurz und gut ohne fremde Hilfe zu erledigen. Diese Erwägung, das Bedürfnis, der deutschen Entwicklung einen rein selbständigen Charakter zu bewahren und keiner auswärtigen Macht für irgendwelche Förderung in dieser Richtung Dank schuldig zu sein, hat uns abgehalten, auf diese Richtung einzugehen. (Bravo!)

Das oben erwähnte Telegramm vom Februar fährt fort:

> Eine Sommation durch identische Noten wird nicht beabsichtigt. Das englische Kabinett will überhaupt weder Preußen drohen, noch sonst verletzen; es weiß aber, daß die öffentliche Meinung ihm nicht gestatten würde, Preußen beizustehen, wenn Frankreich es angriffe, und wünscht daher dringend, daß die König-

liche Regierung durch Beobachtung völliger Neutralität der französischen Regierung jeden Vorwand entziehe.

Nun, diese öffentliche Meinung in England war doch nicht zum geringsten Teil aufgeregt durch die Debatten und die Äußerungen, die hier stattgefunden hatten, und durch die Art, in der sie von hier aus angerufen war, wie auch die Verhandlungen des englischen Parlaments und der französischen parlamentarischen Regierung hier die Hauptrolle eigentlich in den Debatten spielten.

Bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen ist dies nicht ganz in dem Maße geschehen und auch nicht möglich gewesen. Denn unsere Stellung ist nicht mehr eine so exponierte, wie sie es damals war; auch haben wir mehr Freunde im Ausland. Aber ich muß doch daran erinnern, daß eigentlich die Hauptargumente, die von unseren Gegnern im Reichstag geltend gemacht wurden, den Verhandlungen einer zwar befreundeten, aber immer auswärtigen Macht, der österreichischen, entnommen waren; es war immer ein Anklang, ein milder Anklang an die Debatten von 1863. Nun, die Zeiten sind ja überhaupt besser geworden. (Heiterkeit.)

Ein anderes Telegramm aus London vom 23. Februar lautet:

> Die öffentliche Meinung ist mehr und mehr aufgeregt wegen Polen, und auch die Freunde Preußens bedauern lebhaft die Unterstützung, welche es Rußland gewährt. Die Sprache der französischen Blätter, namentlich des „Constitutionnel", erschreckt hier im Publikum und läßt eine Einmischung Frankreichs befürchten. Heut ist wieder Interpellation im Unterhause.

Ich verlese Ihnen dies Telegramm, damit Sie vollständig die Stimmung würdigen können, mit der ich damals hier die Angriffe im Interesse Polens abzuwehren hatte.

Hier ist noch ein Bericht aus Paris vom 5. März, von dem ich nur die Anfangszeilen verlese:

> Schon seit einigen Tagen war es nicht mehr zu bezweifeln, daß der von Frankreich gemachte und in der hiesigen Presse bereits als eine vollendete Tatsache bezeichnete Versuch, aus Anlaß der von der Königlichen Regierung mit Rußland getroffenen Verabredungen im Verein mit Österreich und England eine diplomatische Kollektivaktion gegen Preußen einzuleiten, gescheitert sei.

— Auch am Widerstande Englands! — Hier sind noch die Mitteilungen, die wir darüber an die deutschen Regierungen gerichtet haben; die verlese ich nicht. Ich werde sie vielleicht der Presse übergeben.

Ich habe noch einige Beispiele zu zitieren, die meine Äußerungen über die Analogie zwischen der damaligen und jetzigen Situation im Reichstage bestätigen. Es sind inzwischen dreiundzwanzig Jahre politischer Zivilisation über uns hinweggegangen, und wir sind so bösartig doch nicht mehr wie damals. Also beispielsweise ein Herr, der noch unter uns lebt und tätig ist, der Abgeordnete Virchow, hielt damals eine Rede, die von Anfang bis zu Ende nur Bezug nimmt auf die Vorgänge im Auslande, auf „die Mitteilungen, welche wir teils durch das englische Parlament, teils auf dem Umwege durch den französischen Senat erhalten haben", auf die scheinbar zuverlässigen Erklärungen der englischen und französischen Regierung, die Äußerungen der „Times", und die offiziellen Depeschen, welche die französische Regierung inzwischen publiziert hatte. In der Rede heißt es:

> Gegenüber den Angriffen des „Staatsanzeigers" und der Amtsblätter ist es gewiß nicht ohne Wert, daß wir nun sowohl von London als Paris aus erfahren haben, daß zu jener Zeit, wo der Herr Ministerpräsident es immer noch ablehnte, irgendwelche Vorstellungen von auswärtigen Regierungen erfahren zu haben, der englische Botschafter Vorstellungen erhoben hat und daß der französische Botschafter beauftragt wurde, Position zu nehmen gegen das preußische Kabinett.

— Es wurde dies mit einem gewissen Triumphe gesagt, um den eigenen Minister einer Unwahrheit ungerechtfertigterweise zu zeihen. —

> Es ist für dieses Haus kein Gegenstand großer Befriedigung, aus der Rede des französischen Ministers gehört zu haben, daß die Haltung, welche dieses Haus in der Frage angenommen hat, von entscheidendem Wert gewesen ist.

— Also diese Schmach — kann ich nur sagen — wurde uns angetan, daß der französische Minister damals offen anerkannte, die Verhandlungen im Preußischen Abgeordnetenhause wären ihm bei den feindseligen Absichten gegen Preußen von ganz besonderem Nutzen und Wert. (Hört, hört! rechts.)

> Wir brauchen diese Zeugnisse des Auslandes nicht; aber immerhin scheint es mir doch, daß, wenn selbst auswärtige Minister anerkennen, daß in einer Frage, welche die öffentliche Ruhe Europas in einem so hohen Maße bedroht, die Haltung dieses Hauses ganz entsprochen hat den Grundsätzen einer gesunden Politik, den Grundsätzen einer Politik, welche ebenso sehr die Interessen des eigenen Landes, wie die Interessen des europäischen Friedens wahrte — daß dann wohl dieses Haus einmal Anspruch erheben dürfte, von der Königlichen Regierung andere Arten von Mitteilungen entgegenzunehmen, als es bis jetzt geschehen ist.

Es geht weiter in diesem Ton:

> Dasselbe erklärt jetzt der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, indem er geradezu in einer Depesche an den französischen Gesandten in Berlin sagt: In unseren Augen jedoch ist der größte Übelstand der von Preußen gefaßten Beschlüsse der, daß sie gewissermaßen die polnische Frage selbst wieder ins Leben rufen.

Erst durch den Lärm also, der hier im Hause geschlagen wurde über die Konvention — die, ich weiß nicht durch welche Indiskretion bekannt geworden war, vielleicht durch eine russische, denn dem Fürsten Gortschakoff war sie äußerst unangenehm, er beklagte sie, der Kaiser hatte sie aber befohlen — erst durch den Lärm, der hier im Hause geschlagen wurde, wurde Europa aufmerksam gemacht, daß es hier einen Vorwand finden könnte, und erst seitdem hatten wir die französischen Verstimmungen.

Herr Virchow schloß seine vorher zitierte Rede mit den Worten:

> so daß wir die Besorgnis hegen müssen, es würde nicht mehr lange dauern, wo auf das zweite Warschau ein zweites Olmütz folgen wird.

Sie wissen, daß sich diese Prophezeiungen nicht bestätigt haben. (Heiterkeit.)

Ich muß doch, gerade weil der Rückblick auf diese damaligen Vorgänge für die Beurteilung, die die heutige Haltung einiger Parteien im Lande finden wird, nicht ohne Wirkung sein wird, noch einige weitere Auslassungen von damals zitieren. Da war der Abgeordnete v. Unruh, derselbe Herr, der mir gegenüber früher einmal, als ich Gesandter

in Petersburg war, im vertrauten Gespräch die Äußerung getan: „Für ein deutsches Parlament geben wir alle eine Diktatur“ — ich glaube, er hatte seine eigene darunter verstanden (Heiterkeit) — mir wurde nachher, als wir dieses System hatten, die Diktatur niemals angeboten. (Heiterkeit.)

Herr v. Unruh sagte:

> Der Herr Ministerpräsident hat die Beantwortung der Interpellation abgelehnt; wir haben dennoch Veranlassung und Stoff genug, eine so brennende Frage hier zur Sprache zu bringen.

Ich habe kein Bedürfnis, alle die Injurien zu wiederholen, die mir gesagt sind, aber die eine ist immer für gewisse politisierende Herren merkwürdig:

> Die russische Politik ist eine sehr weitsichtige und dadurch unterscheidet sie sich leider von der preußischen. (Heiterkeit.)

Die russische und die preußische Politik einigten sich nun aber gerade, und dieser Keim von Einigkeit ist uns nachher in mancher anderen Beziehung recht nützlich gewesen. — Ich will nun zur Kennzeichnung der Tonart in der damaligen Zeit nur eine Äußerung des Abgeordneten Waldeck, die mir erinnerlich ist, zitieren. Ja, de mortuis nil nisi bene, aber wahrscheinlich hielt er das doch für gut, was er gesagt hat. Er sagte in diesen Räumen:

> Wem die Tatsache, daß Preußen die Gendarmendienste für Rußland tut, nicht die Schamröte auf die Stirn treibt, ist nicht wert, ein Deutscher, nicht wert, ein Preuße zu sein.

Damit hatte ich mein Urteil. (Heiterkeit.) Das alles — erinnern Sie sich an den Ton und die Art, in der dergleichen vorgetragen wurde — machte hier im Hause einen niederschmetternden Eindruck — für meine Freunde vielleicht, für mich persönlich nicht. (Heiterkeit.)

Ich habe mir damals nur erlaubt, mich mit stumpfen Nägeln zu wehren, weil ich doch über die auswärtigen Dinge keine unnötigen Händel beginnen wollte, was ich aber doch nicht verlesen will. Es war der Streit über die Frage der Präsidialmacht, betreffend die Unterbrechung des Ministerpräsidenten. Es saß damals auf dem Präsidialsitz der Abgeordnete Behrend (Danzig). Ich habe nur geltend gemacht, daß man, gegenüber von auswärtigen Schwierigkeiten, bei der Beschimpfung der eigenen Minister, vielleicht doch auch nach dem Urteil der Herren, eine gewisse Grenze einhalten könnte. Es hat dabei an Warnungen für die Herren von jener Seite, auch von seiten ihrer Freunde, nicht gefehlt. Namentlich hielt der Abgeordnete v. Vincke eine meisterhafte Rede in der Art, wie sie allen, die ihn gekannt haben, noch in der Erinnerung sein wird. Er drückte darin den Wunsch aus, daß das Ministerium den Platz räumen möchte, ohne daß er die Absicht hätte, ihm nachzufolgen: aber in der Sache selbst zitierte er doch Äußerungen der ministeriellen Gegner, die seinem richtigen politischen Urteil alle Ehre machen. Er sagte:

> Aus früheren Vorgängen sind wir glücklicherweise in der Lage, ungefähr zu wissen, wie die Herren —

die Polen nämlich —

> darüber denken.

Ich will mir erlauben, ein Mitglied zu zitieren, das sich neulich bei der Interpellation in den Vordergrund gestellt hat, es war das das Mitglied für Inowrazlaw. Derselbe hat uns bei einer früheren Verhandlung gesagt:

> Nun, meine Herren, was unsere Losung ist, was wir im Herzen, im Gemüt, im Gefühl und in der Hoffnung tragen, erlauben Sie, daß das unsere Sache ist, und wäre es auch Polen in den Grenzen des Jahres 1772. Niemand kann uns das zum Vorwurf machen.

Zu meinem Bedauern hat bei der neulichen Reichstagsdebatte gerade diese Äußerung eines Polen eine Bestätigung durch den Herrn Abgeordneten Windthorst gefunden. Derselbe sagte am 16. Januar 1886 — nicht etwa 1863 —:

> Wenn man eine derartige Maßregel so verteidigt, dann sind wir allerdings weit gekommen. Sind denn unsere polnischen Mitbrüder außerhalb des Völkerrechts gestellt? Haben sie nicht auf Grund der Verträge, nach denen sie zu uns gehören, das Recht, das zu tun und zu erstreben, was sie tun?

— also das Polen von 1772 zu erstreben! — (Widerspruch im Zentrum und bei den Polen.) Ich lese noch weiter, meine Herren:

> Die Sache ist einfach: Sie dürfen von alledem, was sie wünschen und erstreben,

— von alledem, beherzigen Sie wohl! —

> nichts durch ungesetzliche Mittel tun.

— gerade wie die Welfen. —

> Wenn sie aber übrigens an ihr altes Vaterland denken und wünschen, daß es wieder hergestellt werden möge, dann kann ihnen das niemand verwehren (Sehr richtig!), und ich muß gegen derartige Exzesse deutschnationaler Gesinnung, wie sie hier zutage gekommen sind, meinesteils Protest einlegen.

— Deutschnationale Gesinnung! Zu meinem Bedauern sind wir zu dieser Gesinnung nur sehr selten gelangt; ich würde mich freuen, wenn ich nach dieser Seite hin ein gewisses Rumoren und Radschlagen in Deutschland bemerkte (Heiterkeit) — das ist mir aber bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Der Herr Abgeordnete Windthorst gibt also noch heute damit zu, was der Herr Abgeordnete v. Vincke schon damals nicht zugab, obwohl er mein persönlicher Gegner war; er findet, daß man rebus sic stantibus sich über derartige Sachen nicht verwundern dürfe. Ich erinnere mich, daß bei einer Diskussion im Reichstag über das Kullmannsche Attentat auf meine Person der Herr Abgeordnete Windthorst sich ungefähr in derselben Art aussprach, ich vergesse ihm das nicht; wem mein Leben und meine Gesundheit so vollständig gleichgültig ist, macht mir damit immer einen Eindruck (Heiterkeit), und ich habe immer ein gewisses Andenken an diese Zeit gehabt. Der Herr Abgeordnete Windthorst sagte damals — ihm selbst wird ja seine Äußerung genau in der Erinnerung sein, und der stenographische Bericht wird dies ja bestätigen — wenn man sich so benehme, dann dürfe man sich über solche Folgen nicht so sehr verwundern. (Heiterkeit rechts.) Also ungefähr dasselbe.

Der Abgeordnete v. Vincke fährt in seiner Rede weiter fort:

> Wenn Ihnen das noch nicht bestimmt genug sein sollte, so will ich Ihnen noch ein anderes hervorragendes Mitglied zitieren, das zu meinem innigsten Bedauern, ich

weiß nicht warum, hier nicht anwesend ist. Es ist der Herr v. Niegolewski. Am 22. April 1861 hat er uns gesagt:

> Glauben Sie aber nicht, daß wir unsere Hoffnungen auf die Wiederherstellung Polens aufgeben werden. Diese unsere Hoffnung versteht sich von selbst, sie ist unser Evangelium.

— Sie gehört also zu den Hoffnungen, die auch der Herr Abgeordnete Windthorst hegt. Also aus dem eigenen Lager hat eine Stimme, die weniger durch den Haß, der damals geschürt wurde, eingenommen war, die Warnung erteilt!

Aber meine Herren, wie ich schon erwähnt habe, es sind, seit ich auf dieser selben Stelle stand und die Äußerungen, von denen ich einige zitiert habe, gefallen sind, dreiundzwanzig Jahre vergangen; die Leidenschaften sind kühler geworden. Ich habe den Eindruck, daß unsere deutsche Volkserziehung für die europäische Politik doch zu spät begonnen hat, als daß sie 1863 schon hätte vollendet sein können. Wenn wir bedenken, wie viel milder und ruhiger wir uns gegenseitig beurteilen, als nach den Echantillons aus der gereizten Zeit, die ich zitiert habe, der Fall war, so dürfen wir uns die Hoffnung nicht versagen, daß wir auch ferner Fortschritte in der Versöhnung und gegenseitigen Anerkennung machen werden. Nur bitte ich, daran nicht die Hoffnung zu knüpfen, daß ich jemals den Anspruch unserer polnischen Kollegen hier auf Wiederherstellung irgendeines polnischen Reiches innerhalb preußischer Grenzen anerkennen werde, das werde ich nie und unter keiner Bedingung. (Bravo! rechts.) Wir werden ihnen den Schutz gewähren, auf den sie von der Obrigkeit Anspruch haben, aber sobald sie innerhalb der preußischen Grenzen eine polnische Frage anregen, so sage ich auch mit meinem früheren und vielleicht späteren Kollegen, dem Minister Gladstone: Hands off, Hände weg! Auch nicht um eines Haares Breite Konzessionen! (Bravo! rechts.)

Seit 1866 haben wir vom Auslande her eine Unterstützung der polnischen Bestrebungen bei uns nicht weiter zu erleben gehabt, vielleicht deshalb, weil wir stärker geworden sind, als wir damals waren, vielleicht deshalb, weil Frankreich, das das Hauptinteresse an der Wiederherstellung Polens hatte — weil eine polnische Armee immer ein französisches Korps an der Weichsel sein würde — weil Frankreich einstweilen in der Politik andere Gedanken hat als die polnische Frage; das Ziel seiner Gedanken liegt viel näher: es denkt mehr an Deutschland, es denkt direkt an uns, während es früher indirekt dachte. Es sind keine französischen Bestrebungen, wie sie unter Kaiser Napoleon, wie sie unter Louis Philipp ziemlich harmlos stattfanden, zu Gunsten Polens weiter im Auslande bemerkbar gewesen; auch ist die europäische Politik durch die Ereignisse von 1866 und 1870 hinreichend beschäftigt gewesen, um auf Polen nicht einzugehen. Trotzdem ist aber der Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen, die auf dieselbe Scholle angewiesen sind, unvermindert, man kann sagen, mit verstärkten Kräften fortgeführt. Die Zeit der Ruhe ist auf polnischer Seite keine Zeit der Versöhnung und des Einlebens gewesen, und das Eigentümliche ist, daß in diesem Kampf nicht etwa, wie man im Auslande vielfach glaubt und wie unsere Optimisten meinen, die deutsche Bevölkerung die Siegerin ist und der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt; die polnische Bevölkerung macht ganz zweifellose Fortschritte und man fragt sich, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von seiten der Regierung hat, möglich ist. Ja, meine Herren, vielleicht lehrt das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von seiten der

Opposition haben, stärker ist wie dasjenige, was die Regierung nach der heutigen Verfassung leisten kann; aber die Tatsache, daß die Polen von sich sagen können: Vexilla regis prodeunt, unsere Fahnen rücken vor — die ist ja ganz unzweifelhaft.

Wenn man über die Gründe dafür nachdenkt, so fällt mir vorzugsweise die damalige katholische Abteilung ein, die ihrerseits schließlich bis zu ihrer Aufhebung nach meiner unmittelbaren Erfahrung, die ich als Ministerpräsident zu machen Gelegenheit hatte, rein den Charakter eines polonisierenden Organes innerhalb der preußischen Verwaltung hatte. (Unruhe im Zentrum und bei den Polen.) Sie war unter der Leitung des Herrn Krätzig, von dem ich hoffe, daß er noch lebt, ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden, in deren Dienst sich diese Behörde behufs Polonisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten gestellt hat. Deshalb trat mir die Notwendigkeit nahe, auch meinerseits den Anträgen auf Aufhebung dieser Abteilung zuzustimmen, und das ist eigentlich der Grund, aus dem ich überhaupt in den Kulturkampf geraten bin. Für meine persönliche Auffassung hätte es wohl gar keinen Kulturkampf gegeben. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) — Ja meine Herren, was Sie dagegen sagen können — ich lasse Ihnen Ihre Zweifel daran; es wird einige Leute vielleicht geben, die mir glauben, es ist mir aber ziemlich gleichgültig, ob mir überhaupt jemand glaubt; aber ich habe doch das Bedürfnis, jedem, der sich darüber informieren will, meine persönliche Meinung zu sagen. Wer mich in den Kulturkampf hineingezogen hat, das ist Herr Krätzig, der Vorsitzende der katholischen Abteilung, derjenigen Abteilung, die innerhalb der preußischen Bürokratie die Rechte des Königs und der Kirche zu wahren gebildet war, die aber ausschließlich eine Tätigkeit in der Richtung entwickelte, daß sie die Rechte der römischen Kirche sowohl, wie namentlich aber die polnischen Bestrebungen gegenüber dem König mit seiner Autorität und unter seinem Siegel wahrnahm. Und deshalb mußte sie aufgelöst werden. (Oho! im Zentrum und bei den Polen.)

Eine zweite Erklärung für den Fortschritt der Polen liegt in der Leichtigkeit, die sie für die Agitation durch die Einführung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze über Presse und Vereine gewonnen haben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller der Gesetze, die im Deutschen Reiche und in Preußen gegeben waren. Sie erkennen sie ihrerseits nicht an; sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung und zwar auf vierundzwanzigstündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen vierundzwanzigstündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. (Große Unruhe bei den Polen.) — Ja, meine Herren, ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist (Große Heiterkeit), daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich. (Heiterkeit.) Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrtum — meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht. (Heiterkeit.)

Also das zweite ist eben die reichliche Agitationsmöglichkeit, welche die Reichsgesetze geben, und die für die deutschen Abgeordneten im Reich ein Bedürfnis war, um mit den nötigen Kampfmitteln gegen die eigene Regierung ausgerüstet zu sein. Gerade in dieser Abneigung, in diesem für alle deutschen Generationen vielleicht traditionellen Bedürfnis des Kampfes und der Kritik gegen die eigene Regierung finden die Polen wiederum eine

sehr kräftige Anlehnung. Sie eignen sich alles an, was von irgendeiner Seite der preußischen Regierung vorgeworfen wird, weil deren Schwächung ja das erste ist, was sie hier innerhalb der preußischen Grenzen überhaupt zur Realisierung und Wiederherstellung der polnischen Republik zu leisten haben.

Dann hat ihnen die Reichsverfassung eine starke Anlehnung an verschiedene Parteien gegeben, die ihrerseits ebenfalls bereit sind, die Regierung unter allen Umständen zu bekämpfen; in dieser Negative findet sich ja eine beträchtliche Anzahl, unter Umständen sogar die Majorität im Reichstag zusammen, eine Majorität, die ganz unfähig ist, eine positive Regierung zu bilden, eine Majorität, deren leitende Prinzipien in den letzten Fällen, die vorlagen, von der polnischen und von der sozialdemokratischen Fraktion bestimmt wurden und allenfalls noch von den übrigen — ich kann wohl sagen fenischen, nihilistischen Fraktionen —, womit ich keine kränkende Bezeichnung brauchen will; ich meine nur eine Fraktion, die unter allen Umständen die jetzige Regierung nicht nur, sondern die jetzigen Reichseinrichtungen negiert und die sie nicht will, eine Fraktion, auf welche ich ein Sprichwort anwenden möchte, das mir aus meiner Zeit als Deichhauptmann in Erinnerung ist: Wat nicht will dieken, dat mut wieken, Was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will an dem Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat. So barbarisch sind wir nicht mehr, daß wir die Leute austreiben, aber es wäre eigentlich die gerechte Antwort gegen alle diejenigen, die den Staat und seine Einrichtungen negieren, daß ihnen auch ihrerseits der staatliche Schutz in allen Beziehungen entzogen würde, desjenigen Staates, den sie negieren. Das nannte man im alten Deutschen Reich: Bann und Acht; es ist ein hartes Verfahren, zu dem wir heute zu weichmütig sind. Aber es ist kein Grund, denjenigen Rechte am Staat einzuräumen, die ihrerseits alle Pflichten negieren. Diese Anlehnung an andere Parteien bedingt gerade die verhältnismäßige Gefährlichkeit, die ich der polnischen Opposition zuschreibe. Wenn die zwei Millionen ganz allein ständen, würde ich sie nicht fürchten, zumal unter der Million Oberschlesier doch die Feindseligkeit gegen den Preußischen Staat nicht so entwickelt ist wie die Leiter der Agitation es wünschen; aber in der Anlehnung an andere Staaten, an andere Parteien, die auch den Staat negieren und die ihn auch bekämpfen, da bilden sie eine erkleckliche Macht, eine Majorität, von der ich für die weitere Entwicklung des Deutschen Reiches wenig Heil in Zukunft erblicken kann.

Ein anderes Motiv, welches den Polen zugute gekommen ist, habe ich schon vorhin gekennzeichnet, das ist die schwache Entwicklung des nationalen Gefühls Deutschlands und eine gewisse Ausländerei, die uns noch immer eigentümlich ist. Wenn Sie die früheren Zeiten mit heute vergleichen, so finden Sie, daß die deutsche Sprache in allen Ländern Plätze geräumt hat, die sie früher einnahm; in den nordischen Reichen war Deutsch früher die Geschäftssprache, in Dänemark ganz gewiß, in Schweden wenigstens Verkehrssprache der gebildeten Leute. Der deutsche Buchstabendruck ist dort noch zum Teil geblieben, wird aber von denen, die uns nicht lieb haben, bekämpft. Das schlagendste Beispiel liefert Elsaß, dieser kerndeutsche Stamm, der schließlich doch nicht der Versuchung widerstehen kann, dem benachbarten Schwaben zu sagen: Wir sind vornehmer wie ihr, denn wir sind in Paris gewesen, wir gehören zu Paris, das sind wir; Ludwig XIV., das sind wir, wir haben mit Mélac schon die Pfalz verbrannt und mit Napoleon I. sind wir siegreich in

alle Hauptstädte eingezogen. — Daß dessen überhaupt ein Deutscher sich rühmen kann, das bildet auch den Stolz des antideutschen Ausländers. Dieser Bedientenstolz auf die glänzende französische Livree, der den benachbarten Bruder Bauer, der sein Stammverwandter und Vetter ist, mit Verachtung ansieht und sagt: Wir Franzosen sind vornehmer! Kein Deutscher bringt es über seine Lippen, daß er sich deshalb über seine Landsleute überhebt, weil er vielleicht an dem siegreichen deutschen Krieg teilgenommen hat oder in Berlin gewesen ist. Aber denken Sie ein jeder an seine eigenen Erlebnisse — ein Deutscher, der in Paris gewesen ist, ist der nicht in seinen Umgebungen ein höheres Wesen? (Widerspruch) ich meine gegenüber allen denjenigen, die nicht in Paris gewesen sind; — er hat wenigstens die Unteroffizierstressen. Das ist eine Kleinmütigkeit, die ich im höchsten Grade bedaure. In Böhmen, Ungarn — Herr v. Rauchhaupt hat das schon vorher erwähnt — überall geben die Deutschen ihren Besitzstand auf, ja in Polen sogar, sie sind stolzer, wenn sie als Polen zurückkommen. Wie viele, mit die schärfsten Widersacher vom nationalen Standpunkt unter den Polen, tragen deutsche Namen — ich will gar nicht von den Huttens, Kalksteins, von den Rautenbergs sprechen, die haben sich seit langem die Freiheiten des polnischen Adels gewöhnt höher zu schätzen, als ihr ursprünglich deutsches Blut. Aber nehmen Sie die Leute, die kurze Zeit in Polen gewesen sind. Wenn jemand nach drei Jahren aus Amerika zurückkommt und spricht von: „Bei uns drüben“ oder gebraucht englische Ausdrücke — dann imponiert er seinen Landsleuten damit und fühlt sich, wie man sagt, forscher als Ausländer. (Heiterkeit.) Wenn aber jemand mit einem echt deutschen Namen nach Polen geht und kommt nachher zurück, ein Krauthofer als Krotowski, ein Schumann mit einem Sz geschrieben, ein Wollschläger mit einer polnischen Orthographie, ja, meine Herren, dann muß ich sagen: Es liegt darin eine Gefahr. Wenn man sich unter den übrigen Nationen umsieht, wird man keine finden, die sich avanciert vorkommt, wenn sie ihre Namen mit ausländischer Orthographie schreibt, die sich vornehmer, gewissermaßen edelmännischer dünkt, wenn sie den Nimbus des Ausländischen an sich hat. Ja, ich wette, das ist eine schwache Seite, die unseren Gegnern manche Blöße bietet. Zunächst in Oberschlesien — wie hat sich da das polnische Element ausgebreitet! In meiner Jugend kannte man gar keine polnischen Bestrebungen in Oberschlesien. Das erste, was ich in dieser Richtung erlebt habe, ging von geistlicher Seite aus. Es war damals im Abgeordnetenhause und ich saß dort (nach rechts zeigend), und hier (nach links zeigend) saß ein Geistlicher namens Schaffranek oder er stand vielmehr in der Regel an dieser Stelle; er hatte nämlich seinem Vorgesetzten versprochen, nicht mehr auf der Linken zu sitzen, aber nicht auf der Linken zu stimmen und zu stehen, das hatte er nicht versprochen (Heiterkeit. — Oho!), und wenn die Sitzung sechs Stunden dauerte, so stand er wie eine Statue mit einer Kraft in den Stehwerkzeugen, die ich oft bewundert habe. (Heiterkeit.)

Das war hier der erste polnische Ton für Oberschlesien. Wenn jemand hier sein sollte, der schon damals mit mir im Landtage gewesen ist, so erinnere ich daran, daß er polnisch lang und breit sprach und namentlich von dieser Stelle ein polnisches Sprichwort zitierte, das ungefähr so lautete: Wie dies und jenes unmöglich ist — es war ein aus dem Tierreich entnommenes Bild —, so ist es unmöglich, daß der Deutsche und Pole Freunde werden. Das war der erste Ton, den ich hier gehört habe. Es war damals bei Ultramontanen noch nicht Gebrauch, gegen die Regierung zu stimmen — zum Beispiel die Führer

der katholischen Fraktion, die Gebrüder Reichensperger, haben stets mit der Regierung, sogar in der Minorität von zwanzig Stimmen votiert; aber Schaffranek zeigte schon den Finger der Zukunft. — Wie das augenblicklich sich gestaltet, das zeigt mir unter hundert anderen Dokumenten, die ich produzieren könnte eines, das ich deshalb vorlege, weil es mir gerade heute früh, vom 27. Januar datiert, zugekommen ist, und welches eine Meldung über einen Geistlichen Johann Marchwinski enthält. Derselbe hat vor einiger Zeit die Annahme des Anton Stankowski und des Johann Strozynski zum Konfirmandenunterricht abgelehnt, solange dieselben bei Deutschen im Dienstverhältnis verblieben. Es wird also dort — ich schließe das nicht aus diesem einen Indizium, sondern wir haben Hunderte und Tausende der Art — die strengste Scheidung zwischen den Nationalitäten gemacht, eine Art der Verfemung derjenigen, die sich überhaupt mit Deutschen einlassen. Ich will gar nicht von dem Grafen Czarnecki, glaube ich, hieß er, sprechen, der auf seine Windfahne einschreiben ließ: Tod den Deutschen!

Das sind Aufforderungen, die auch charakteristisch sind; aber es wird die Scheidung auch so betrieben und so erzwungen, daß für jede Benutzung eines deutschen Wortes in Gesellschaften eine Geldstrafe eintritt.

Also der genannte Geistliche verweigert den Kindern den Konfirmandenunterricht, solange sie bei Deutschen im Dienstverhältnis blieben. Die betreffende Eröffnung machte derselbe in Gegenwart aller seiner Konfirmanden.

Ferner hat der Marchwinski in einer vor acht Wochen gehaltenen Predigt geäußert, es sei eine Sünde, wenn katholische Dienstboten bei deutschen Herrschaften Dienste annähmen und bei denselben verblieben.

Da soll man uns doch nicht beschuldigen, daß wir den Kulturkampf in diese Sache hineinmischen. (Unruhe im Zentrum.) Meine Herren, mit diesem unartikulierten Ausdruck der Entrüstung widerlegen Sie mich doch nicht. — Also wir haben ihn nicht hineingemischt. Man hat uns im Reichstage vorgeworfen, wir hätten die Juden ausgewiesen. Nun, meine Herren, wir würden konfessionell verdächtig geworden sein, wenn wir gesagt hätten: Alle Polen werden ausgewiesen, mit Ausnahme derer, die jüdisch sind, oder wenn wir gar die evangelischen hätten ausnehmen wollen; wir haben eben nur die Nationalität im Auge, die wir bekämpfen. Die Konfession — mein Gott, wir weisen doch keinen um seines christlichen Bekenntnisses willen aus anderen Provinzen aus, warum gerade aus Posen? — Also der genannte Geistliche hat in der Predigt geäußert, es sei Sünde, wenn katholische Dienstboten bei evangelischen Herrschaften Dienste annähmen. Da sehen Sie, von welcher Seite her der Kulturkampf hineingezogen wird! Es wird eben den Polen gesagt: Ihr sollt eure Religion verlieren!" Es wird der Irrtum der polnischen Sprache, die statt „evangelisches" Bekenntnis sehr häufig „deutsches" Bekenntnis sagt, sorgfältig benutzt, um zu sagen: „Ihr sollt eurer Religion entsagen." Auf diese Weise wird gehetzt.

Meine Herren, wenn Sie das bestreiten — ja, ich kann Ihnen eine ganze Pandorabüchse, einen ganzen Sack ähnlicher Dokumente geben, die viel verdrießlicher für Sie sein werden wie dieses, nach welchen die Beteiligung der Geistlichen noch viel weiter geht. Um dies zu vermeiden, habe ich es nur berührt, aber wenn Sie glauben, dergleichen offenkundige Sachen vor dem Publikum durch Ihre Hohnrufe in Parenthese diskreditieren zu können,

dann irren Sie sich, ich will Sie mit Beweisen überschütten, daß Sie an der Hälfte genug haben. (Sehr gut! rechts. Rufe im Zentrum: Nur zu!)

Als Beweis, welche Wirkung das in der Gemeinde hervorgerufen hat, hat das Dienstpersonal mehrerer jüdischer und deutscher Brotherrschaften diese bereits verlassen — sie haben also gehorcht.

Meine Herren, Sie werden mir das Zeugnis geben müssen, daß ich in meiner langen Auseinandersetzung den Kulturkampf und die Stellung, die das Zentrum genommen hat — Ehre, dem Ehre gebühret: immer, mit Ausnahme des Abgeordneten Windthorst — so wenig wie möglich berührt habe, und ich würde auch den Fall Marchwinski nicht erwähnt haben, wenn er mir nicht gerade jetzt und heute mitgeteilt wäre. Unser Eindruck ist nach alledem, in Erwägung all der Erlebnisse, die ich mich bemüht habe zu rekapitulieren, derjenige gewesen, daß das Bestreben, die polnische Bevölkerung, wenigstens deren Führer, den polnischen Adel, für die preußischen Staatsideen wohlwollend zu gewinnen, ein Mißgriff gewesen ist, ein Irrtum, dem wir auf die Initiative des hochseligen Königs fünfundvierzig Jahre gefolgt sind, von dem uns loszusagen aber wir für unsere Pflicht gegen unser Land und Deutschland halten (Bravo! rechts), und deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst bessern zum Vorteil der Deutschen, um wie der General Grolman 1832 sagte, sichere Leute, die am preußischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen. Diese Verhältniszahl zu bessern ist einerseits durch Vermehrung der deutschen Bevölkerung möglich, anderseits durch Verminderung der polnischen. Für den letzteren Zweck stehen uns gesetzliche Mittel weiter nicht zu Gebote, als die Ausweisung derjenigen Polen, welche dem Lande nicht angehört haben und welche kein Recht haben, im Lande geduldet zu werden. Wir waren der Überzeugung, daß wir an unseren eigenen Polen genug haben, und daß wir die Ziffer der polnischen Agitatoren um die Kopfzahl der fremden, die bei uns im Lande sind, vermindern müssen.

Es konnte uns außerdem nicht entgehen, daß unter diesen fremden Elementen zwar sehr viele nützliche und unbefangene Arbeiter sind; aber doch auch sehr viele solche, die das Geschäft der Agitation für polnische Zwecke auf preußischem Gebiet unter dem Schutz der preußischen Gesetze, unter der breiten Duldung der preußischen Behörden geschickter betreiben können als von ihrer russischen Heimat aus. In Österreich können sie es auch, aber deshalb kommen zu uns gerade aus Russisch-Polen eine erhebliche Anzahl von recht tätigen Agitatoren und Elementen, die im Vereinswesen und in der Presse die Gastfreiheit, die ihnen der Preußische Staat gewährt, benutzen, um ihre Landsleute diesseit und jenseits der Grenze gegen denselben zu verhetzen. Die russische Regierung leidet ebenfalls unter dieser Agitation, die von preußischen Ortschaften ausgeht und ihr eigentliches und nächstes Ziel auf russischem Boden hat. Von den Mitteln, die wir anwenden wollen, um die Stellung in Posen zu kräftigen, war das nächstliegende dasjenige, das wir ohne weiteren gesetzlichen Beistand direkt durch Verfügung der Regierung anwenden können, die Ausweisung. Die statistischen Daten ergeben, daß infolge der außerordentlichen Nachsicht der preußischen Behörden die Schullasten unserer eingeborenen Gemeinden sich erhöht haben, weil die Kinder der lästigen Einwanderer beschult wurden. Aber dies brauche ich nicht als Vorwand, sondern ich bezeichne die Ausweisung als eine politische Maßregel: Wir wollen die fremden Polen los sein, weil wir an unseren eigenen genug haben. (Bravo! rechts.)

Deshalb werden wir auch an dieser Maßregel mit unablässiger Energie festhalten und sind über dieselbe mit unserem Nachbar drüben völlig einig. Es können noch zwanzig Reichstagsbeschlüsse, in der Art in die preußischen Gerechtsame übergreifend, gefaßt werden, das wird uns nicht ein Haar breit irremachen in unseren Entschließungen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Die Gefahren, die wir in Posen hauptsächlich zu befürchten haben, sind nicht so zahlreich, wie die Ziffer von zwei Millionen anzeigt; ich habe schon vorhin gesagt, daß die Hälfte dieser zwei Millionen in Schlesien wohnt, wo wir doch heute noch ohne einen einschneidenden Beistand der Sache gewachsen sind; aber in der Provinz Posen und in den polnischen Teilen von Westpreußen beruht das Widerstreben gegen die Assimilierung, gegen das Zusammenwirken mit Deutschen, die Vertiefung der Kluft, die beide Nationen trennt, doch fast ausschließlich auf dem Adel. Denn — wie auch schon das Grolmansche Elaborat sagt — der Adel mit seinem Gefolge, mit seiner zahlreichen Dienerschaft, mit seinen Dworniks und seinen Beamten liefert hauptsächlich die Elemente zur Unterhaltung der Agitation.

Nun besitzt der polnische Adel im Großherzogtum Posen gegenwärtig noch etwa 650 000 Hektare. Die Hektare der Königlichen Domänen bringt im Regierungsbezirk Posen 20 Mark Pacht ein. Das ist durchschnittlich reiner Acker und Wiese; wenn man Heide und Wälder und Unland mit hinzurechnet, so vermute ich, daß diese 650 000 Hektare im ganzen doch nur einen Ertragswert von 15 Mark für die Hektare haben werden, also von 5 Talern, also 5 Taler Rente. Fünfmal 600 000 wären 3 Millionen, das wären 3 Prozent von 100 Millionen Talern. Nun fragt sich, ob Preußen in seinem und des Deutschen Reiches Interesse nicht unter Umständen in der Lage sein könnte, 100 Millionen Taler auszugeben, um die Güter des polnischen Adels dafür zu gewinnen — kurz und gut, um den Adel zu expropriieren. (Oho!) Das klingt ungeheuerlich, aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriieren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe durchbrechen, lediglich zur Bequemlichkeit der Eisenbahngesellschaft, wenn wir expropriieren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriieren, wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen abbrechen: warum soll dann nicht unter Umständen ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe loszuwerden — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als der Verkehr, ist die Sicherheit für die Gesamtheit nicht ein höherer Zweck wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll denn nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten? Es wird ja keine Ungerechtigkeit verlangt, es soll nach dem vollen Wert bezahlt werden, und die Herren würden vielleicht zum Teil sehr vergnügt sein, mit dem Gelde, was sie dafür bekommen, sich in Galizien anzukaufen, oder jenseits der russischen Grenze, da sind sie viel mehr unter sich, und es würden auch viele von ihnen vorziehen, mit diesem Vermögen sich nach dem Westen zu begeben, nach Paris oder nach Monaco. (Heiterkeit.)

Meine Herren, also so ganz ungeheuerlich, wie es auf den ersten Anblick erscheint, ist das nicht. Auch die Kosten sind nicht so groß; ich bin überzeugt, der Domänenfiskus würde nicht sehr viel dabei verlieren, und wenn er dabei 10 Prozent verliert, so glaube ich, könnte man in dem Bewußtsein, daß wir endlich an unserer Ostgrenze Ruhe haben und daß wir sicher sind, dort Leute zu haben, die nicht nur auf Kündigung, die nicht nur so lange Preußen sind, bis sich eine günstige Gelegenheit zum Abfall bietet, den Rentenverlust wohl ertragen.

Aber die Regierung beabsichtigt gar nicht, im jetzigen Augenblick so weit zu gehen; ich nenne diese Möglichkeit nur, damit man sich im Publikum überlegt und darüber nachdenkt, ob es nicht nützlich ist, und damit auch die Herren in Polen, die so ungern unter der preußischen Regierung leben, ihrerseits darüber nachdenken, ob sie nicht selbst einmal den Antrag stellen sollen: Findet uns ab! (Heiterkeit.) Unser Verlangen geht so weit noch nicht, wir werden Ihnen Maßregeln vorschlagen und zu dem Behufe Geldbewilligungen verlangen, über deren Höhe mit dem Herrn Finanzminister verhandelt wird, um zu dem früher charakterisierten Flottwellschen System zurückzukehren und diejenigen Güter, die freiwillig zum Verkaufe kommen, und auch diejenigen Domänen, welche sich dazu etwa eignen, zu benutzen, um auf ihnen Deutsche unter solchen Bedingungen anzusiedeln, die uns die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit gewähren, daß sie Deutsche bleiben, also Deutsche mit deutschen Frauen, nicht mit polnischen Frauen. Wir wollen die Sache so weit in Händen und unter Aufsicht haben, als es erforderlich ist, um die Erreichung des Zweckes zu sichern. Zu diesem Behufe würden wir das Bedürfnis haben, ähnlich wie das bereits unter Friedrich dem Großen bei seinen Kolonisationen geschehen ist, einmal eine Immediatkommission zu bilden, die unter dem Staatsministerium steht, die aber von beiden Häusern des Landtages gewählte Vertreter in ihrer Mitte zählen würde, damit beide Häuser sowohl eine Einwirkung als eine Kontrolle dessen haben, was da geschieht. Diese Kommission würde ihrerseits die Verwendung der erworbenen Güter in eine Richtung zu leiten haben, bei der der Zweck, Deutsche dort anzusiedeln, sei es als Pächter, als Zeitpächter, gesichert wäre. Wir brauchen dazu nicht einmal die Wiederherstellung der Erbpacht; eine Erbpacht, die so berechnet ist, daß nach fünfundzwanzig oder fünfzig Jahren das Gut in das Eigentum des Pächters übergeht, würde völlig den Bedarf decken, denn jenseits fünfzig Jahre noch zu rechnen, das überschreitet menschliche Möglichkeit. Wir werden also von Ihnen in der Hauptsache einen Kredit verlangen müssen, um Güter zu kaufen — leider bei der jetzigen gedrückten Lage der Landwirtschaft auch Güter, die in deutschen Händen sind und sich nicht mehr halten können; aber wir müssen zur Verwirklichung unseres Zweckes nehmen, was wir vorfinden. Außerdem haben wir verschiedene andere Maßregeln, die teils mit, teils ohne Novation in der Gesetzgebung ausgeführt werden können im Sinne und die hauptsächlich darauf hinausgehen, daß wir dem Polen als Beamten und als Soldaten möglichst viel Gelegenheit geben, sich in deutschen Provinzen umzusehen (Bravo!) und zu lernen, welches die Segnungen deutscher Zivilisation sind, und daß wir den deutschen Truppenteilen und den deutschen Beamten Gelegenheit geben, einmal außerhalb Posens und immer unter der Bedingung, daß sie keine Polinnen heiraten (Heiterkeit), so viel Polnisch zu lernen, daß sie innerhalb der Provinzen Posen und Westpreußen sich mit Nutzen bewegen können.

Sie werden von mir nicht verlangen — ich habe Ihre Geduld schon zu lange ermüdet — daß ich das weiter auseinandersetze — aber das sind die Hauptzüge der Vorlage, die wir Ihnen zu machen beabsichtigen, durch Kauf, Schule, Militärdienst eine Wandlung in dem jetzigen peinlichen Zustand, in dem beide Nationen sich gespannt fortwährend gegenüberstehen, auf eine gesetzliche und friedliche Weise herbeizuführen.

Es ist das eine der Verbesserungen unserer Lage, die wir ja ohne Bewilligungen seitens des Reichstages machen können, und in Bezug auf welche die Quellen der Finanzen noch nicht unter dem Verschluß der jetzigen Reichstagsmehrheit liegen. Wir können uns da noch in Preußen selbst helfen, im Wege einer Anleihe. So lange die Obstruktion unserer

Finanzquellen im Reichstage fortdauert, haben wir ja überhaupt darüber nachzudenken, wie der Preußische Staat imstande sein wird, sich selbst ohne Reichstagsmajorität zu helfen.

Die Situation habe ich Ihnen mit einem langen Rückblick auf die Vergangenheit dargelegt. Wenn ich nun noch einen Blick vorwärts in die Zukunft werfen soll, so muß ich sagen, daß der nicht ganz frei von Besorgnis ist, nicht vor auswärtigen Gefahren — ich halte keine Störung des auswärtigen Friedens für wahrscheinlich — aber in Bezug auf die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse. Nach der Art, wie sie eine Reichstagsmajorität nicht vorwärts kommen läßt, können wir weder auf den Beistand der Sozialdemokraten rechnen, noch auf den der Polen, noch der Elsässer, noch auf den einzelner anderer Kategorien. Ob auf den des Zentrums, das weiß ich ja nicht; da wird doch immer besorgt: das Reich möchte stärker werden, als die Partei ist, und wir müssen danach streben stärker zu werden, das ist unsere Aufgabe, unsere Pflicht, dahin zu wirken. Also ich muß sagen, daß ich nach der Richtung hin etwas trübe in die Zukunft sehe.

Es ist ja möglich, daß die Vorsehung nach der Art, wie wir die außerordentliche Gunst, die uns in den letzten zwanzig Jahren zuteil geworden ist, aufgenommen und verwertet haben, ihrerseits findet, daß es nützlich sei, den deutschen Patriotismus noch einem Feuer europäischer Koalitionen größerer benachbarter antideutscher Nationen, noch einem härtenden und läuternden Feuer auszusetzen, mit anderen Worten, daß wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Große nach dem ersten und zweiten schlesischen Kriege, uns noch gegen Staatenkoalitionen zu verteidigen, die in unserer inneren Zwietracht ja auch immer noch eine gewisse Aufmunterung finden (Sehr wahr! rechts) — die Leute kennen unsere inneren Zustände ja nicht, sie wissen nicht, daß das Volk nicht so denkt, wie die Majoritäten in den Parlamenten votieren. Man hat das zwar 1866 schon erlebt, wo wir, belastet mit dem Zorne der Mehrheit, in diesen sogenannten Bruderkrieg, der ganz unentbehrlich war zur Schlichtung der deutschen Frage, hineingingen. Aber so denkt das Ausland nicht, das Ausland rechnet damit: Die Sache geht auseinander, sie hält sich nicht, sie ist schwach. Es wird auch auf uns die Redewendung von den tönernen Füßen angewendet, und unter den tönernen Füßen wird man die Reichstagsmajorität verstehen. Man wird sich aber irren, denn dahinter stehen noch eiserne. (Bravo! rechts.)

Es kann ja auch sein, daß unsere inneren Verwicklungen den verbündeten Regierungen die Notwendigkeit auferlegen, ihrerseits — und Preußen an ihrer Spitze — danach zu sehen, ne quid detrimenti res publica capiat, die Kraft einer jeden einzelnen unter ihnen und den Bund, in dem sie miteinander stehen, nach Möglichkeit zu stärken und sich, soweit sie es gesetzlich und verfassungsmäßig können, von der Obstruktionspolitik der Reichstagsmajorität unabhängig zu stellen. (Hört, hört! rechts.) Ich gehöre nicht zu den Advokaten, noch nicht zu den Advokaten einer solchen Politik, und sie läuft meinen Bestrebungen aus den letzten Jahrzehnten im Grunde zuwider. Aber ehe ich die Sache des Vaterlandes ins Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Seiner Majestät dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Ratschläge geben und auch für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich wenigstens werde bereit sein, zu leiden, was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewissermaßen, ähnlich wie das in unseren westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Teil der Fall ist, das Erbe einer großen

Zeit und die Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Friktionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegenzuwirken. Einstweilen bin ich dankbar für das Entgegenkommen, das ich durch den Antrag, über den wir verhandeln, in dieser Versammlung gefunden habe, und Sie können darauf rechnen, daß wir in gegenseitigem Vertrauen mit Ihnen Hand in Hand gehen werden. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen links und im Zentrum.)

9. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

29. Januar 1886.

Auf eine heftige Rede des Abg. Windthorst vom Tage vorher, in welcher er die Behauptung aufstellte, es handle sich um einen Kampf gegen das Vordringen des Katholizismus, die katholische Abteilung des Kultusministeriums sei ganz schuldlos gewesen, die Bestrebungen der Polen seien durchaus zu verstehen, allerdings werde er der erste sein, der Gewalt verurteile — und auf eine Rede des Abg. v. Stablewski, der den Sieg der Machtpolitik über Humanität, Christentum und Freiheit erblickt, erwidert zunächst der Minister v. Puttkamer und der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf; ihnen folgt Fürst Bismarck:

Ich bin gestern in der Unmöglichkeit gewesen, dem Herrn Abgeordneten Windthorst, der nach mir sprach, zu antworten, weil der geehrte Herr in der Richtung von mir abgewandt sprach; infolgedessen geht, wie ich schon öfter bemerkt habe, auf dem Ministersitz hier mehr als die Hälfte dessen, was dorthin gesprochen wird, verloren. Es war mir unmöglich, ihm zu folgen, und ich bitte ihn, darin den einzigen Grund zu sehen, warum ich ihn nicht bis zu Ende angehört habe. Ich habe mich auf das unvollkommene Stenogramm beschränken müssen, das ich seitdem über seine Rede habe erhalten können; dasselbe gibt mir in einigen Punkten Anlaß zu einer Erwiderung, auf die ich indessen verzichtet haben würde, wenn nicht auch solche Punkte darin wären, die mich in meiner Stellung als Minister zu einer Berichtigung notwendig zwingen.

Zu den ersteren rechne ich die Tatsache, daß der Herr Abgeordnete, als er zu sprechen begann, ein gewisses Gefühl der Überraschung und der Neuheit kundgab, indem er sagte, daß er sich heut hier in der Defensive befinde. Ich bitte daraus zu entnehmen, wie sehr er an die Aggressive gewöhnt ist (Heiterkeit), daß das sein eigentlich natürliches, gewöhnliches Fahrwasser ist. (O, o! im Zentrum.)

Mit der Erwägung wird er auch zugleich eine Antwort auf die Frage finden, die im Laufe seiner Erörterungen vorkommt, womit er eigentlich meinen Zorn auf sich gezogen habe. Er hat den gar nicht auf sich gezogen; aber man wird doch von jedermann verlangen, daß er, wenn er angegriffen wird, sich einigermaßen wehre; und wenn ich die Angriffe, mit denen er mich seit einigen Jahren beehrt, mit Stillschweigen strafen wollte, so würde das eine Unterschätzung seiner Person und ihrer Bedeutung sein. (Heiterkeit rechts.)

Also der Herr Abgeordnete ist gewohnheitsmäßig in der Aggressive begriffen, natürlich gegen mich. Was ihn augenblicklich davon abhält, auch hier den Vorstoß seinerseits mit dem Angriff zu parieren, hat er einigermaßen angedeutet durch die Erwähnung des Herrn v. Schlözer, unseres Gesandten bei der päpstlichen Kurie, dessen Verhandlungen er nicht

stören wolle. Vielleicht ist also die Enthaltsamkeit von dem ganz unprovozierten Angriff noch obenein eine nicht ganz freiwillige. (Ach! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete hat dann — und das habe ich das Bedürfnis, richtigzustellen — von stillen Versuchern, die ihm häufig nähergetreten wären, gesprochen. Wenn ihm die nahegetreten sind, so bitte ich ihn, überzeugt zu sein, daß ich in keinem Kausalnexus mit dieser Operation irgendwie gestanden habe. (Heiterkeit rechts.) Ich habe viel zu viel zu tun, um mich auf solche unfruchtbaren Bemühungen, wie die Bekehrung des Herrn Abgeordneten zu meinen Ansichten, jemals einzulassen. Ich halte ihn für absolut intransigent, gepanzert durch das dreifache Erz des Welfen (Ruf: Polen! Große Heiterkeit) — auf diese Weise wären es vier, so lange waren es drei — ich wollte sagen, des Welfen, des Führers im Kulturkampf und seiner fortschrittlichen Sympathien. Der Herr Abgeordnete würde meines Erachtens, wenn er nicht im Zentrum säße, keineswegs der konservativen Partei, sondern der fortschrittlichen angehören. Ich erinnere mich, daß er schon, als er hannoverscher Minister war, von seinen Kollegen als das liberale Mitglied des Ministeriums bezeichnet wurde. (Ah! im Zentrum.) Ich beabsichtige nicht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Ich sage nur, dies alles hält mich ab, einen so aussichtslosen Versuch, wie er ihn hier mit den „stillen Versuchern“ andeutet, ihm gegenüber zu machen. Daran bin ich vollständig unschuldig, ich habe ihn aufgegeben. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner im Verlauf seiner Rede gesagt: „Wollten die Polen die Erfüllung ihrer Herzenswünsche durch Gesetzlosigkeiten erreichen, so würde ich das zu allererst verurteilen und bekämpfen.“ Also ganz so, wie die Welfen, die ja auch von sich sagen, sie wollten die Selbständigkeit des Königreichs Hannover nur auf gesetzlichem Wege erstreben. Nun, der Herr Abgeordnete bekennt sich dadurch teils direkt, teils indirekt doch immer als einen unbeteiligten, wenn nicht wohlwollenden Zuschauer bei dem Bestreben einer starken Fraktion, die legale Zersetzung unserer Verfassungszustände herbeizuführen (Ah!); die legale Zersetzung entweder auf der einen Seite oder auf der anderen, die wird geduldet. Man sagt: Wir werden mit legalen Mitteln unsere Zwecke durchsetzen, die Losreißung von Provinzen im Osten und im Zentrum des Reichs; aber gewiß werden wir keine Gewalt brauchen; wir werden uns legal bemühen. Meine Herren, die Möglichkeit, da zu scheiden, sich der Verurteilung eines Strebens nach legaler Zersetzung des Reichs und des eigenen Vaterlandes vollständig zu enthalten und dennoch zu behaupten, daß man die Tendenzen nicht begünstige — die Möglichkeit leuchtet mir nicht ein. Jedenfalls bin ich in der Notwendigkeit, diese legale Zersetzung ebenso wie die Gewalttätigkeit nachdrücklich zu bekämpfen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner: „Die Polen sind vollberechtigte preußische Untertanen.“ Das bestreite ich ja gar nicht; das sind die Sozialdemokraten auch. Die Polen sind aber unsichere preußische Untertanen (sehr richtig! und Heiterkeit rechts), und inwieweit einer, der sich selbst dazu bekennt, ein unsicherer Untertan, wie ich es gestern nannte: auf tägliche Kündigung preußischer Untertan zu sein, vollberechtigt ist und den Anspruch darauf hat, das ist ja eine Erwägung der Regierung. Sie sehen, wir leben nicht in einem Staat von richterlicher Regierung, sondern in einem Staat, der monarchisch und vernünftig regiert wird, so regiert wird, wie es nötig ist, ihm die Ruhe und den Frieden seiner Bürger zu erhalten, ihn gegen innere und äußere Gefahren zu schützen. Und da können wir nicht immer die volle Gleichberechtigung eines jeden anderen zum Ausdruck bringen.

Der Herr Abgeordnete sagt weiter: „Wenn sie in ihren Rechten beeinträchtigt werden, so verteidigen wir dieselben so energisch wie unsere eigenen." Was nennt der Redner seine eigenen Rechte? Doch wohl die der Deutschen. Nun, ich behaupte, er verteidigt die Rechte der Polen energischer wie die der Deutschen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich habe nicht gefunden, daß er die deutsche Nationalität mit derselben Energie und derselben Begeisterung hier vertrete wie die polnische und ihre dem Lande schädlichen Ansprüche mit derselben. (Ruf: Zur Sache!) — Ich glaube, da rief mich einer der Herren zur Sache. Ich weiß nicht, wer es war. Ich will dem Herrn bemerken, daß er gar kein Recht hat, mich zur Sache zu rufen; ich spreche hier, was ich will, ich spreche kraft meines verfassungsmäßigen Rechtes, hier zu reden, und ob ich bei der Sache bin oder nicht, das kann der Herr, der das ausrief, von seinem Standpunkte aus gar nicht beurteilen. (Bravo! rechts.) Es wäre mir lieb, wenn der Herr sich nennte; hier über zehn Köpfe weg mich auf dieser Stelle, in dieser Weise anzurufen, das kann ich mit den gewöhnlichen Gebräuchen der Höflichkeit nicht in Übereinstimmung bringen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich vermisse an dem Herrn das Maß von landesüblicher Schüchternheit, das wir bei den Leuten, mit denen wir zu verkehren haben, doch nur ungern vermissen.

Der Abgeordnete, der mich genötigt hat, hier heute zu erscheinen und das Wort zu ergreifen, hat gesagt: „Heute haben wir freilich gehört, daß die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling wert sei."

Meine Herren, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß die Berufung jener Herren auf die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling wert sei. (Sehr richtig!)

Nun, ist dies Wort nicht sehr wesentlich? Hat der Abgeordnete mit seinem scharfen Judizium diesen wesentlichen Unterschied nicht aufgefaßt, oder liegt hier etwas vor, was an die bekannte Redensart aus dem Wallensteinschen Gastmahl Schillers erinnert: „Vor Tische las man es anders?" (Heiterkeit.)

Durch diese kleine Wendung sieht es ganz so aus und kann namentlich im Lande — bezüglich Seiner Majestät des Königs habe ich keine Besorgnis, der kennt mich zu lange — aber es könnte ja im Lande den Eindruck machen, als hätte ich mich unehrerbietig über die Monarchie und die Vorfahren des Monarchen ausgedrückt. Hat der Abgeordnete die Absicht gehabt, dies zu erreichen, ja, so wird er bei den Leuten, an denen mir etwas liegt, wahrhaftig wenig Glauben finden. Ich bin aber nichtsdestoweniger der Pflicht nicht überhoben, dies richtigzustellen. Ich habe gesagt: Die Berufung darauf ist keinen Pfifferling wert. Und um Ihnen dies noch näher zu dokumentieren, habe ich die Proklamation von damals mitgebracht. Die meisten Leute sprechen davon, ohne sie zu kennen. Ich habe gestern gesagt, dieses Aktenstück enthält weiter nichts als ein Programm, nach welchem Seine Majestät der damalige König zu regieren beabsichtigte: er tat seinen wiedererworbenen Untertanen kund, daß er diese Absichten habe. Ich habe aber hinzugefügt, daß damit keineswegs eine Verpflichtung ausgesprochen war, an diesen Absichten unentwegt und unter allen Umständen, wie auch die Polen sich benehmen möchten, festzuhalten. Es ergibt sich dies schon daraus, daß die Proklamation kein zweiseitiges Aktenstück irgendwelcher Art ist. Sie enthält keinen Vertrag, sie ist durchaus keine magna charta für Verschwörungen jeder Art, und wenn der Abgeordnete Windthorst das Wort Verträge

gebrauchte, indem er von der Proklamation sprach, so kann ich zu seiner Entschuldigung nur annehmen, daß er selbst das Aktenstück nicht gelesen hat. Von einem Vertrage zwischen dem König Friedrich Wilhelm III. und den Polen — es waren damals, wie wir aus dem Grolmanschen Votum ersehen, zirka 450 000 in der Provinz Posen vorhanden — ist gar nicht die Rede, es wäre auch gar nicht möglich gewesen. Der König hatte damals für jede neu- oder wiedererworbene Stadt oder Provinz ein ähnliches Besitzergreifungspatent erlassen — er würde dann durch fünfzehn bis zwanzig verschiedene Verträge nach verschiedenen Richtungen hin gebunden gewesen sein und hätte dem einen und dem anderen gerecht werden müssen. Gleich hinter dieser Proklamation an die Einwohner des Großherzogtums Posen folgt die Proklamation an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Danzig, des Kulmschen und des Michelauschen Kreises und an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Thorn, ebenfalls vom 15. Mai. Hat denn die Stadt Danzig darum ein Sonderrecht gegenüber anderen im preußischen Lande, worauf sie sich berufen könnte, wenn die Gesetzgebung geändert werden sollte? Auf diesen Unsinn wird wohl kein Mensch kommen.

Um den ewigen Berufungen auf die Rechte, die aus dem Patent und der Proklamation hergeleitet werden sollen, ein Ende zu machen, erlaube ich mir, beide hier zu verlesen. Das Patent wegen der Besitznahme des an Preußen zurückfallenden Teiles des Herzogtums Warschau vom 15. Mai 1815 lautet:

> Vermöge der mit den am Kongresse zu Wien teilnehmenden Mächten geschlossenen Übereinkunft sind mehrere Unserer früheren polnischen Besitzungen zu Unseren Staaten zurückgekehrt. Diese Besitzungen bestehen in dem zum Herzogtume Warschau gekommenen Teile der preußischen Erwerbungen vom Jahre 1772, der Stadt Thorn mit einem für dieselbe neu bestimmten Gebiete, in dem jetzigen Departement Posen, mit Ausnahme eines Teils des Powitzschen und des Peyserschen Kreises; und in dem bis an den Fluß Prosna belegenen Teile des Kalischer Departements, mit Ausschluß der Stadt und des Kreises dieses Namens.
>
> Von diesen Landschaften kehrte der Kulm- und Michelausche Kreis in den Grenzen von 1772, ferner die Stadt Thorn nebst ihrem neu bestimmten Gebiete zu Unserer Provinz Westpreußen zurück, zu welcher auch, wegen des Strombaues, das linke Weichselufer, jedoch bloß mit den unmittelbar an den Strom grenzenden oder in dessen Niederungen befindlichen Ortschaften, gelegt wird.

Sie sehen schon aus der Natur dieser Details, daß von der Kundgebung irgendeiner Verpflichtung, namentlich von einem vertragsmäßigen Verhältnis, in diesem Patent keine Rede ist. Dann heißt es:

> Dagegen vereinigen Wir die übrigen Landschaften, welchen Wir von Westpreußen den jetzigen Cronschen und den Caminschen Kreis als ehemalige Teile des Netzedistrikts hinzufügen, zu einer besonderen Provinz, und werden dieselbe unter dem Namen des Großherzogtums Posen besitzen und nehmen auch den Titel eines Großherzogs von Posen in unseren Königlichen Titel und das Wappen der Provinz in das Wappen Unseres Königreichs auf.
>
> Indem Wir Unserem Generalleutnant v. Thümen den Befehl gegeben haben, den an Uns zurückgefallenen Teil Unserer früheren polnischen Provinzen mit Unseren Truppen zu besetzen, haben Wir ihm zugleich aufgetragen, denselben in Gemeinschaft

mit Unserem zum Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen ernannten Wirklichen Geheimen Rate v. Zerboni di Sposetti förmlich in Besitz zu nehmen.

Da die Zeitumstände es nicht gestatten, daß Wir die Erbhuldigung persönlich empfangen,

— es ist also nicht mal ein Huldigungsrevers oder etwas der Art vorgekommen —

so haben Wir zur Annahme derselben den zu Unserem Statthalter im Großherzogtum Posen ernannten Herrn Fürsten Anton Radziwill Liebden ausersehen und ihn bevollmächtigt, in Unserem Namen die deshalb nötigen Verfügungen zu treffen. Des zu Urkund 2c. 2c.

Daß hier nichts von einem Vertrag drin steht, werden Sie mir zugeben.

Vom gleichen Tage ist ohne Bezeichnung als Besitzergreifungspatent, lediglich als eine Aussprache des Wohlwollens des Königs in Bezug auf Seine Provinz Posen an die „Einwohner des Großherzogtums Posen“ das folgende bekanntgegeben mit der Unterschrift: „Friedrich Wilhelm“.

Indem Ich durch Mein Besitznahme-Patent vom heutigen Tage denjenigen Teil der ursprünglich zu Preußen gehörigen, an Meine Staaten zurückgefallenen Distrikte des bisherigen Herzogtums Warschau in ihre uralten Verhältnisse zurückgeführt habe, bin Ich bedacht gewesen, auch Eure Verhältnisse festzusetzen; auch Ihr habt ein Vaterland, und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen, Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche Ich Meinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtigte,

— das ist geschehen —

und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten.

Eure Religion soll aufrechterhalten und zu einer standesmäßigen Dotierung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigentum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Beratung Ihr künftig zugezogen werden sollt.

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeit der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern des Großherzogtums, sowie zu allen Ämtern, Ehren und Würden Meines Reiches offen stehen.

Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residieren.

— Ist das auch etwa eine ewige Einrichtung? —

Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen, und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.

— Dazu ist die Einleitung, die ich schon verlas. —

Euer Mitbürger, Mein Oberpräsident — das war Herr v. Zerboni — wird das Großherzogtum nach den von Mir erhaltenen Anweisungen organisieren

— also auch keine bestimmte Organisation ist versprochen worden —

und bis zur vollendeten Organisation in allen Zweigen verwalten. Er wird bei dieser Gelegenheit von den sich unter Euch gebildeten Geschäftsmännern den Gebrauch

machen, zu dem sie ihre Kenntnisse und Euer Vertrauen eignen. Nach vollendeter Organisation werden die allgemein vorgeschriebenen Ressortverhältnisse eintreten.

Es ist mein ernstlicher Wille, daß das Vergangene einer völligen Vergessenheit übergeben werde.

— Das ist wohl nicht der Fall gewesen. — (Heiterkeit.)

Meine ausschließliche Sorgfalt gehört der Zukunft; in ihr hoffe Ich die Mittel zu finden, das über seine Kräfte angestrengte, tief erschöpfte Land noch einmal auf den Weg zu seinem Wohlstande zurückzuführen.

Wichtige Erfahrungen haben Euch gereift. Ich hoffe, auf Eure Anerkenntnis rechnen zu dürfen.

Nun, in dieser Hoffnung hat der König sich vollständig getäuscht. (Heiterkeit rechts.) Das ist nichts weiter als der Ausdruck eines für Seine Untertanen wohlwollenden Königlichen Herzens über die Art und Weise, wie er seine Polen regieren wollte. Wie Sie mir aber ein juristisches Titelchen zur Unterlage irgendeines Anspruchs daraus herleiten können, das möchte ich noch erst mal erleben. Ich habe mir absichtlich, so sauer es mir wird, die Mühe gegeben, den Wortlaut zu verlesen, damit dieses in dunklen Nimbus gehüllte Aktenstück, „Besitzergreifungspatent“, wie es immer genannt wird, mehr als bisher bekannt werde. — Also ich wiederhole, daß die Berufung, von der ich gestern sprach, auf die Behauptung sich bezieht, die Polen könnten aus der Proklamation Rechte herleiten. Vor der Proklamation habe ich alle Ehrerbietung, die ich meinem Monarchen schuldig bin; darüber wird kein Zweifel sein.

Ebenso hat der Herr Abgeordnete meine ehrerbietige und dankbare Gesinnung für den König Friedrich Wilhelm IV. in Zweifel zu ziehen gesucht, indem er sagte: Nennt man doch jetzt schon die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. einen Mißgriff. Nun, meine Herren, wo habe ich das gesagt? Ich habe gesagt: Der Glaube, der 1840 den hochseligen König bewog, das Flottwellsche System zu unterbrechen und ein anderes, der polnischen Aristokratie wohlgefälligeres einzuführen, war der Irrtum eines edlen Herzens — so ungefähr habe ich mich ausgedrückt. Aber wie weit davon ist der Sprung bis zu der Behauptung, es würde jetzt — also doch wohl von mir — die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. als ein Mißgriff bezeichnet! Das erinnert mich wieder an das: „Vor Tisch las man es anders“. — Aber vielleicht, semper haeret aliquid. Wir haben — der Herr Abgeordnete Windthorst und ich — immer in so großen und bedeutsamen Verhältnissen miteinander zu kämpfen, wir sind beide alte Leute und kennen uns lange: ich sollte meinen, wir könnten uns gegenüber auf solche kleinen Kniffe und Pfiffe, dem andern eins anzuhängen, doch wohl verzichten. (Große Heiterkeit.) Ich möchte wenigstens mich dagegen verwahren, daß ich meinerseits die persönlichen Eigenschaften meines Gegners jemals in einer ähnlichen Weise verdächtigt habe. Ich habe immer nur seine politische Richtung bekämpft; ich habe nicht einmal die Gesinnung, mit der er auf seinen jetzigen Monarchen sieht, einer Kritik zu irgendeiner Zeit zu unterziehen versucht.

Der Herr Vorredner sagt ferner:

In der Verfassung steht: Die Preußen, also auch die polnischen Preußen, sind vor dem Gesetze gleich. Es ist hier ein mit der Verfassung unvereinbarer Ausnahmezustand proklamiert worden.

Nun, meine Herren, diese Gleichheit vor dem Gesetz erleidet doch manche Unterschiede. Man könnte mit demselben Recht sie auch in dem Falle anwenden, daß wegen einer Eisenbahn ein preußischer Untertan expropriiert wird; derselbe könnte nun verlangen, daß alle Preußen, die ja vor dem Gesetze gleich sind, auch expropriiert werden sollen. (O, o! im Zentrum.) Ganz genau stimmt das mit dieser Logik. Ich habe von der Möglichkeit gesprochen, den polnischen Adel zu expropriieren — und ich glaube, darauf bezieht sich das „vor dem Gesetz gleich". Auch die Sozialdemokraten haben ganz gewiß vollen Anspruch auf die Gleichheit vor dem Gesetze; man könnte nun umgekehrt schließen, daß die Polen auch den Anspruch auf ein ähnliches Verfahren der Gesetze, wie es den Sozialdemokraten gegenüber besteht, deduzieren können. So weit sind wir nun gar nicht gegangen. Aber das ist doch wohl nur eine ornamentale Phrase und kein durchschlagendes Argument.

Dann sagt der Herr Abgeordnete weiter in Bezug auf die Möglichkeit der Expropriation des gesamten polnischen Adels, über die ich mich aussprach: „Wo bleibt denn da die Rechtssicherheit in Deutschland und in Preußen?"

Die ist ja noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ja, wenn wir einfach konfiszieren wollten, wie man das in anderen Ländern wohl tut, wenn man die Güter unentgeltlich einzöge! Das ist ja viel, viel wohlfeiler. (Heiterkeit.) Ich sehe nicht ein, wie er darauf kommt. Es ist dies ein Akt der Notwendigkeit, in dem der preußische Staat sich befindet dem polnischen Adel gegenüber. Im Kriege geschieht auch manches, wobei man die Gleichheit vor dem Gesetz vollständig aus den Augen verliert. Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Geleisen zu halten, und darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor etwa zwanzig Jahren mit den Worten schildert: C'est la légalité qui nous tue. — Wir halten an dem Gesetz fest und wenn wir darüber zugrunde gehen. Dieses „la légalité nous tue" hat eben sein Gegengewicht in dem Notwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel gerät.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wünsche durchaus nicht, daß in irgendeinem Landesteil das deutsche Element zurückginge. Ja, er wünscht eine Menge Sachen nicht, er wünscht auch Attentate auf meine Person nicht; er wünscht nicht, daß die deutsche Nationalität irgendwie zurückgehe, aber er läßt es zu und er tut tatsächlich alles, was dieses Zurückdrängen des deutschen Elementes zu erleichtern und möglich zu machen geeignet ist. Also ich finde da doch keine vollständige Entschuldigung seines Verhaltens. Manche Leute sagen schon: Tut nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken; der Abgeordnete aber verlangt sogar: Beurteilt mich nach meinen Worten, aber sehet meine Werke gar nicht an. Ich kann mich damit nicht begnügen, ich bin gewohnt, dem Gegner auf die Finger zu sehen.

Nur beiläufig will ich bemerken, daß der Redner mich doch bei den polnischen Damen nicht in Verdacht bringen möge, als hätte ich ihre Liebenswürdigkeit bezweifelt; im Gegenteil, es gibt keine höhere Anerkennung dieser Eigenschaft, als die, daß ich von der Bedeutung ihres politischen Einflusses spreche und von den gefährlichen Wirkungen ihrer Liebenswürdigkeit. Diese Bewunderung der polnischen Damen teile ich vollkommen, aber an der Regierung des Preußischen Staates möchte ich ihnen doch so wenig wie möglich Anteil gönnen. (Große Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Vorredner wieder, wie schon oft, die Andeutung gemacht, die Polen, das 18. Regiment habe sich bei Düppel und das V. Armeekorps in Frankreich tapfer geschlagen, habe man das vergessen? Nein, meine Herren, das hat man gewiß nicht vergessen. Der Herr Kriegsminister hat schon vorher in dem Sinne gesprochen, und ich brauche seiner Anerkennung der Polen als Soldaten nichts hinzuzufügen; vor Düppel liegt gewiß eine Menge polnischer Soldaten und Bauern begraben, aber ich frage: Liegt da ein einziger polnischer Edelmann begraben, und liegt in Frankreich ein polnischer Edelmann begraben? (Zuruf: Ja!) Hat der polnische Adel in demselben Maße wie der polnische Bauern- und Bürgerstand sich mit seinem Blut an der Verteidigung des Preußischen Staates nach allen Seiten hin beteiligt? Darüber erwarte ich doch noch einen Beweis, und bis zum erfolgten Beweis bestreite ich das. Er hat seine Tapferkeit überall, über alle Bedenken erhaben, nach allen Seiten hin bewiesen, aber leider selten oder nie im Interesse des Preußischen Staats, sehr häufig im entgegengesetzten Interesse. Sie haben aus meiner gestrigen Äußerung gesehen, daß ich alle die Maßregeln, die ich vorschlage, nicht gegen Polen im allgemeinen richte. Den polnischen Bauer halte ich im Gegenteil für einen treuen preußischen Untertan, wenn er nicht durch andere Einflüsse künstlich zu anderer Meinung verleitet wird. Der polnische Bauer weiß sehr gut, wie es seinem Vater und Großvater ergangen ist, und wie es in anderen Ländern geht, er wünscht keine Rückkehr zu einem unabhängigen Polen und zu einer neuen Adelsrepublik; deshalb hängt er in letzter Instanz immer an seinem preußischen König und Herrn. Wir haben über den nicht zu klagen; wir wollen seine Sprache nicht anfeinden, wir wollen ihm nur die Möglichkeit geben, Deutsch zu verstehen und ihm die Vorteile der Zugehörigkeit zum Preußischen Staat durch das Organ, durch das Licht, das von deutscher Seite hineinfällt, noch mehr vor Augen führen.

Ich bitte doch, da einen strengen Unterschied zu machen, dies festzuhalten und mir nicht wieder mit dem Argument zu kommen, daß die polnischen Soldaten für Preußen ihr Blut vergossen haben und daß es eine Undankbarkeit wäre, wenn man nicht in Anerkennung dessen die Hand dazu bieten wollte, die erste Stufe zur Wiederherstellung der polnischen Republik und Adelsherrschaft ihnen selbst zu erbauen.

Das Argument ist gerade so hinfällig, wie das analoge, das von seiten der Zentrumspartei uns mitunter vorgehalten wird: die katholischen Soldaten hätten ebensogut für Deutschland gekämpft wie die protestantischen. Ja, meine Herren, das hat niemand anders erwartet, und das ist sehr natürlich. Haben Sie irgendwie je die Befürchtung gehabt, daß, wenn das Vaterland in Gefahr wäre, unsere katholischen Landsleute zu Hause bleiben würden? Ich habe sie niemals gehabt, weder für die katholischen noch für die polnischen. (Bravo! rechts.) Aber ein Argument für unsere Gesetzgebung kann ich aus der Tatsache, daß jeder von uns als Soldat seine Schuldigkeit tut, doch nicht entnehmen.

Die übrigen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Windthorst will ich mit Stillschweigen übergehen; nur insoweit, als sie sich decken mit einer Äußerung, die der Abgeordnete Richter gestern im Reichstag machte, muß ich noch auf dieselben zurückkommen. Wenn der Bericht richtig ist, so hat der Abgeordnete Richter die Auszählung der Präsenzzahl im Reichstag damit motiviert, daß der Reichskanzler im Landtage mit dem Staatsstreich drohe, um das Branntweinmonopol durchzubringen. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie werden das alle gleich mir gelesen haben. Ich habe es ja nicht gehört, aber in allen Zeitungen steht's, auch in dem mir hier vorliegenden Berichte:

Abgeordneter Richter (zur Geschäftsordnung): In diesem Augenblick bedroht der Herr Reichskanzler im Abgeordnetenhaus für den Fall, daß der Reichstag Obstruktionspolitik treibt, also das Branntweinmonopol ablehnt, den Reichstag mehr oder minder deutlich mit Staatsstreichen. (Hört, hört!)

Nun, meine Herren, inwieweit das wahr ist, was der Herr Abgeordnete Richter gesagt hat, dafür habe ich ja hier drei- bis vierhundert Zeugen; dieselben werden mir bekunden, daß der Abgeordnete Richter eine objektive, ihm selbst ohne Zweifel als solche nicht bekannte Unwahrheit ausgesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe von Staatsstreichen überhaupt nicht gesprochen. Nachdem der Herr Abgeordnete dieses Thema einmal hier mit der gegenwärtigen Debatte verknüpft hat, ja, könnte ich doch viel eher ihn anklagen, daß er für seine Schnapspolitik — er hat das Wort auf mich einmal angewendet, aber ich kann ihm dasselbe jetzt mit vollem Recht zurückgeben, da er an der Spitze der alliierten Schenkwirte Vorlagen der Reichsregierung, die sie noch gar nicht gemacht hat — daß er dafür im Lande wirkt und das Wohl des Landes dadurch mehr gefährdet, als ich durch meine angebliche Staatsstreichdrohung.

Ich habe eine solche Drohung nicht ausgesprochen und bin überzeugt, der Abgeordnete Richter kann doch kaum einen anderen Grund gehabt haben, dies zu sagen, als damit es mit dem Reichstagsprotokoll in die Zeitungen komme. Das wird auch geschehen — ich muß also auch meine Widerlegung dagegen in die Zeitungen bringen.

Ich habe gestern weiter nichts getan, als einen besorglichen Blick in die Zukunft zu werfen, wie es mit uns werden werde, wenn im Reichstage die Majorität, die jetzt da ist, die herrschende bleibt. Vom Branntweinmonopol sehe ich dabei ganz ab; wenn die Herren das ablehnen, dann werden wir es nicht haben, wir werden auch die Gelder nicht haben, die wir davon erwarten; wir werden die Bedürfnisse nicht befriedigen, wie wir erwartet haben, wir werden auch den Gemeinden nicht zu Hilfe kommen, die Not leiden, und wir werden die direkten Steuern nicht mindern. Das alles ist ja für uns sehr bedauerlich, aber es trifft die Personen, die gerade in der Regierung sind, nicht viel härter als die anderen; wir müssen uns das Übel gefallen lassen, wir gehören zu den Achivi, die plectuntur, wenn der Reichstag solche Beschlüsse faßt. (Heiterkeit.)

Der Punkt, auf den ich gestern hindeutete — der Abgeordnete Richter nennt es Staatsstreich, während ich behaupte, daß in einem besseren als in dem Windthorstschen Sinne dieser Staatsstreich sich in ganz legalen Bahnen bewegen werde —, der Punkt ist der, daß, wenn der Reichstag die Erwartungen nicht erfüllt, die Deutschland von ihm hegt, die verbündeten Regierungen ihrerseits sehen müssen, wie sie sich helfen können, ohne der Verfassung und dem Reichstage Gewalt anzutun. Das nächstliegende Mittel ist, daß sie sich ihren eigenen Landtagen wieder mehr nähern, die Beziehungen zu ihnen pflegen und stärken und sich von den vergeblichen Bemühungen, beim Reichstage irgend etwas im Interesse des Reichs zu erreichen, ausruhen. Wir haben keine Verpflichtung, uns im Reichstage vertreten zu lassen; von der Berechtigung, die wir dazu haben, würden wir dann vielleicht einen spärlicheren Gebrauch machen als bisher, und ich würde öfter die Freude haben, in diesen Räumen Sie wiederzusehen. (Bravo! rechts.) Wir werden uns dann vielleicht an Ihr Wohlwollen wenden müssen, mit einer ähnlichen Vorlage, wie wir sie vor drei Jahren schon einmal gemacht haben, um zu sehen, ob wir den Schnaps, dessen Besteuerung uns der Reichstag in der von uns vorgebrachten Form verweigert, nicht etwa

in der Form einer Lizenzsteuer, als Gewerbesteuer treffen können — oder etwas dem Annäherndes. (Hört!) Es wird, glaube ich, für die dabei zunächst beteiligten Schenkwirte nützlich sein, zu erwägen, daß, wenn es gelingt, den Monopolstrom aufzuhalten, man sich naturgemäß in Preußen in erster Linie gegen die Schenkwirte wenden wird, und zwar nicht nur gegen diejenigen, die Branntwein ausschänken, sondern gegen das Gewerbe im allgemeinen. Wir werden bis zu einem gewissen Grade die Gewerbesteuer so weit steigern können, daß wir eine Erhöhung des Branntweinpreises damit erzwingen und eine Verminderung des Verbrauches. Wir werden auf dem Wege der preußischen Gesetzgebung und der preußischen Instruktion die Bedürfnisfrage so stellen können, daß wir nicht mehr auf 190 oder gar 150 Einwohner eine Schankwirtschaft behalten, ohne daß deshalb der Ertrag der Gewerbesteuer, die die Schenkwirte zu zahlen haben, vermindert wird. Die übrigbleibende Zahl der Schenkwirte würde immer dieselbe Masse Steuern aufbringen müssen, die verlangt wird, und diese Steuer würde so hoch sein, daß sie den Branntwein, wenn nicht um den vollen Betrag der Monopolpreise, doch so erheblich steigerte, daß wir anstatt des Betrages von 14 Millionen, den wir bei der geringen Lizenzsteuer vor drei Jahren ins Auge gefaßt hatten, vielleicht den zehnfachen Betrag erwarten können. (Sehr richtig!) Das würde uns schon erheblich weiter helfen. Ich glaube, daß dann doch die Schenkwirte sich nach der Monopolmöglichkeit, die ihnen geboten war, zurücksehnen werden, da das Monopol doch den Hauptgegenstand des Schankbetriebes, das Bier, vollständig frei läßt. Eine Gewerbesteuer von dieser Höhe auf die Schenkwirte gelegt, bei der gemeinsamen Haftbarkeit für den Gesamtbetrag, der den Preis des Liters Branntwein auf eine rentable Höhe steigern würde — das würde, glaube ich, den Herren noch unbequemer werden.

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Abgeordneten Richter diese Darlegung meiner Absichten genügt. Der Abgeordnete Windthorst hat, glaube ich, gesagt, man habe das Recht, zu fordern, daß den dunklen Drohungen, die ich ausgesprochen habe, ein etwas deutlicherer Ausdruck gegeben werde. Das ist vorderhand klar genug. (Ruf des Abgeordneten Dr. Windthorst: Vorderhand!) In anderer Beziehung werden wir, da der Reichstag die Hilfe, auf die wir, glaube ich, verfassungsmäßig und nach der Überzeugung der Nation einen Anspruch haben, in einer unseres Erachtens unbilligen Weise versagt hat, eben andere Wege finden. Es werden dadurch, was ich sehr beklage — denn ich muß ja der Politik, die ich bisher verfolgt habe, einigermaßen Halt gebieten —, es werden dadurch die Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindern, ihr Bett wird etwas trockener gelegt werden, als es bisher der Fall ist. Die Hoffnungen, die wir an die Belebung gerade dieses Organes des Reiches geknüpft haben, haben sich eben nicht verwirklicht. Wenn auf diese Weise die Lebendigkeit der Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindert und wenn das lange dauert, dann kann es in der Tat bedenkliche Folgen haben. Solche Sachen rosten dabei ein und veralten, und es wird kaum möglich sein, trotz aller Bestrebungen der verbündeten Regierungen das Ansehen des Reichstages auf der Höhe zu erhalten, auf der wir es zu erhalten wünschen, wenn der Reichstag uns nicht Gelegenheit gibt, Geschäfte mit ihm zu machen. (Heiterkeit.)

Die Beispiele des Auslandes sind ja darin oft recht lehrreich. Wir sind bei uns nach den Parteiverhältnissen in einer sehr ähnlichen Situation, wie die englische Nation. Dort ist auch eine Basis intransigenter Opposition in Gestalt einer nationalen Oppositionspartei, der Irländer, der Parnelliten, die ihrerseits als ersten Wunsch betrachten, vom britischen

Reiche getrennt zu werden, und die deshalb auf die Schicksale, auf die Art, wie es dem britischen Reiche in seiner jetzigen Zusammensetzung ergeht, nicht ein so sehr großes Gewicht legen. Gedeiht es dem Lande zum Schaden, dann machen sie sich nicht viel daraus; ihr Hauptziel ist: Los von England!

Diesen Parnelliten analog haben wir bei uns eine Anzahl Intransigenten, die teils vermöge ihrer Neigung zur Wiederherstellung Polens, teils vermöge ihrer Neigung zu Frankreich, teils — — (Oho! links.) Sie fühlen sich getroffen, meine Herren? Das hätte ich kaum erwartet (Große Heiterkeit rechts), ich bin überrascht. Wen's juckt, der kratzt sich unwillkürlich. (Heiterkeit rechts.) Ich hatte nicht die Absicht, diese Worte an Sie zu richten; hätten Sie mit Ihrem Oho! etwas gewartet, so wäre es herausgekommen, daß ich die Elsasser meinte; — aber so? Sie gehören auch dazu? Das ist mir neu. (Heiterkeit.)

Also kurz und gut: Wir haben eine Anzahl von intransigenten Parteien, die man wohl unsere Fenier nennen könnte, weil sie eben denselben staatlichen Zweck mit uns nicht anerkennen und nicht verfolgen. Sie sind ja an sich nicht mächtig genug, weder in England die Parnelliten, noch hier die Polen und sonstigen Auslandsliebhaber bei uns; aber nun treten ihnen gewisse Elemente hinzu, die zwar nicht den gleichen Zweck des Nihilismus und so weiter mit ihnen verfolgen, die aber doch lieber noch eine Zeitlang mit ihnen gehen wollen, als daß sie anderen das Regieren möglich machten oder erleichterten. So tritt dort die englische — Fortschrittspartei kann ich sie nur nennen — auf die Seite der Parnelliten; dadurch entsteht eine Majorität, die, wie wir in diesen Tagen gesehen haben, wieder einen Regierungswechsel herbeiführt. Ganz ähnliche Verhältnisse haben wir bei uns: Wir haben einen gewissen Stock von Intransigenten uns gegenüber, ein Piedestal, auf das jeder springt, der der augenblicklichen Regierung Verlegenheiten bereiten und sie angreifen will. Der hat dann die Herren immer zu seiner Verfügung. Daß nun bei uns das Zentrum dieser Versuchung nicht widersteht, das wundert mich so sehr nicht; denn in konfessionellen Fragen gehen die Leidenschaften so hoch, daß sie das Urteil für die Stellung, die der Gegner einnimmt, doch in sehr hohem Grade trüben. Um so mehr wundert es mich selber, daß unsere Fortschrittspartei, und namentlich diejenigen Herren darunter, die früher das schöne Wort „nationalliberal“ für sich in Anspruch nahmen, auf diese Weise mitgehen, und ich darf wohl sagen, auf dem Rechtsboden des Deutschen Reiches in einer Weise loswirtschaften, daß ich mich freuen will, wenn er das auf die Dauer aushält. In England ist das Mittel gegen eine derartige Opposition sehr leicht gegeben: man sagt zu den Führern der beteiligten Opposition: Gut, ich trete zurück; sei du so gut und übernimm das Ministerium. In England gilt es für unpatriotisch, ja, ich kann sagen, für unanständig, Opposition zu machen, wenn man nicht bereit ist, denjenigen, denen man opponiert, die Regierung aus der Hand und sie selbst zu übernehmen, um es besser zu machen. Ich befinde mich nun seit bald einem Vierteljahrhundert ausschließlich einer unfruchtbaren, negierenden Kritik gegenüber, und noch nie bin ich in der Lage gewesen, meine Gegner mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg auffordern zu können: Nun gut, versuchen Sie es mal; ich will mich mal auf die Bank der Opposition setzen (Bewegung) — spielen Sie das Stück auf der Bühne weiter, ich will ins Parkett gehen und zusehen und klatschen oder zischen. Das ist ja bei uns anders. Es ist so leicht, so unfruchtbar, alles zu negieren, alles schlecht zu finden — jedes Ding hat ja zwei Seiten — und sicher zu sein, daß man nie auf die Probe gestellt werden

kann, selbst zu versuchen, es besser zu machen. La critique est aisée, et l'art est difficile. Ein Kritiker, wie Lessing, hat sich noch nie damit geschmeichelt, daß er selbst, wenn er Laokoon kritisierte, imstande wäre, irgendein Bildhauer zu sein. Ich kann versichern, die Politik ist keine Wissenschaft, die man lernen kann, sie ist eine Kunst, und wer sie nicht kann, der bleibt besser davon! (Heiterkeit.)

In England ist das anders, und Gladstone wird jetzt zum zweiten- oder drittenmal zeigen, ob er imstande ist, den Staatswagen zu fahren; wenn sich ihm eine Majorität dafür versagt, oder wenn er nicht imstande ist, die Parnelliten zu befriedigen, so wird wiederum vielleicht Salisbury eintreten. Ich habe diese Ablösung hier nicht. Sie würden es kaum für ernsthaft halten, wenn ich sie im Reiche oder hier versuchte. Im Reiche könnte ich doch nur den Herrn Abgeordneten Windthorst als den Hervorragendsten der Opposition bitten, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. (Heiterkeit. Sehr gut!) Ich würde mich freuen, ihn im Amte zu sehen, ich fürchte aber, er nimmt es nicht an (Heiterkeit), und ich fürchte noch eins: Seine Majestät der Kaiser hat vielleicht nicht dieselbe Überzeugung von seiner Zuverlässigkeit und seiner Begabung wie ich. Ich habe wenigstens auf meinen Sondierungen bei Seiner Majestät früher einmal keine Neigung dafür gefunden. (Große Heiterkeit.) Ich habe Seine Majestät ernstlich gebeten, mir die Genugtuung zu gewähren, meinen Gegnern doch einmal das Ministerium anzubieten, ihnen Gelegenheit zu geben, daß sie alle die Fehler und Missetaten, deren sie mich anklagen, ihrerseits nun vermeiden und den Staat zur Befriedigung der Mehrzahl seiner Einwohner regieren. Aber ich kann meinen Allergnädigsten Herrn gegen Seinen Willen nicht zwingen. Er hat mir gesagt, er sei zu hoch bei Jahren, um Experimente zu machen. (Heiterkeit.)

Ebenso ist es hier im Abgeordnetenhause; wenn die höchste vertretende Körperschaft im Lande, der Reichstag, ohne allen Beruf und Anlaß dem preußischen Ministerium ein Mißtrauensvotum gibt, ohne irgendwie provoziert zu sein, lediglich unter dem Eindruck der aggressiven Triebkraft, von der der Abgeordnete Windthorst Zeugnis ablegte, dann wäre es bei regelmäßigen konstitutionellen Verhältnissen doch natürlich, daß ein preußisches Ministerium, dessen Präsident zugleich Reichskanzler ist, und der zugleich die preußischen Stimmen im Reich zu führen und zu vertreten hat, zurücktritt. Es ist nun möglich, daß Sie hier, der Abgeordnete Windthorst immer voran, bereit sind, meine Stelle als Ministerpräsident zu übernehmen und dann als Führer der Majorität an der Spitze zu stehen, dem Abgeordneten Bebel vielleicht dann das Ministerium des Innern anzuvertrauen, den Abgeordneten Richter und Rickert das Finanz- und Handelsministerium zu geben. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das wäre doch eine ganz natürliche Sache, wer sollte es denn anders tun? Wenn man nicht die Nachfolger aus diesen Herren, die das Regieren unmöglich machen oder erschweren, nimmt, dann kann man sie ja gar nicht in die Lage bringen, zu zeigen, daß sie es besser können; dann kommt das Volk ja gar nicht zu seiner Rechnung; dann sieht es nicht, ob diese großen und lichtvollen Kritiker imstande sind, irgend etwas besser zu machen, als die bisherigen Minister. Damit das Land sich die Folgen und die Verantwortlichkeit seiner Wahlen klar vor Augen hält, würde ich noch heute, wenn ich irgend Seine Majestät dazu vermögen könnte, was ich leider bis jetzt nicht konnte, darauf bestehen, daß dieser Versuch gemacht werde; das Land würde dann sehen, wohin es mit den von ihm und seiner Majorität gewählten Staatsmännern kommt, und wir selbst würden es sehen. Vielleicht irren wir uns in ihnen, vielleicht machen sie es so

ausgezeichnet, daß ich der erste bin, der zu dem Herrn Windthorst sagt: Pater peccavi, bleiben Sie an Ihrer Stelle. Daß dieser Versuch nie gemacht werden kann, ist eine Härte für mich, die Sie zu etwas mehr Schonung, ich will nicht sagen, für meine Person, aber in Ihren Angriffen auf die Konsistenz und Weiterentwicklung des Reiches veranlassen sollte; ein Sicherheitsventil, wie der Ministerwechsel in England, ist nun einmal bei uns nicht vorhanden, wenigstens für den Augenblick funktioniert es nicht.

Nun, ich hoffe, Herr Richter und seine Freunde werden sich nun einigermaßen über die gefährlichen Gedanken meines Staatsstreiches zur Durchführung des Monopols beruhigt haben, und ich erwarte von ihm, daß er nun auch die Ehrlichkeit haben werde, in den vielen Blättern, die von ihm abhängig sind, kundzugeben, er habe sich geirrt in seiner Behauptung, als er ohne Grund vor dem Reichstage in das Sprachrohr gestoßen. Ich beabsichtige keinen Staatsstreich in Bezug auf das Monopol, nicht einmal eine Auflösung, kann ich Ihnen sagen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Debatte wird am 30. Januar fortgesetzt und der Antrag Achenbach schließlich angenommen. Vor der Abstimmung haben die Mitglieder der deutschfreisinnigen, der Zentrums- und der polnischen Fraktion den Saal verlassen.

Preußischer Landtag.

14. Januar bis 30. Juni 1886.

Die folgende Sitzungsperiode des Preußischen Landtags vervollständigte den Friedensschluß des Preußischen Staates mit der Römischen Kirche.

Schon in der Hitze der heftigsten ersten Kämpfe hatte Fürst Bismarck niemals den Kampf als solchen, sondern einen annehmbaren Frieden, einen neuen Waffenstillstand in dem ewigen Streit zwischen König und Priester erstrebt. Das entscheidungsvolle Jahr 1879 brachte auch hier die Wendung. Nicht nur, daß kurz zuvor ein friedlicher Papst, Leo XIII., gewählt war; mit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 verschwand auch die Gefahr einer großen europäischen Koalition der katholischen Mächte gegen das evangelische Kaisertum; und gleichzeitig stimmte das Zentrum für die neue Wirtschaftspolitik und fand das Finanzproblem eine vorläufige Lösung durch die Annahme der „Klausel Franckenstein“.

Unterdessen hatte die Kurie ihrerseits Entgegenkommen gezeigt. Auf die Gasteiner Unterredungen zwischen Bismarck und dem Wiener Nuntius Jakobini von 1879 folgte 1880 das bedeutungsvolle Schreiben des Papstes an den früheren Erzbischof Melchers von Köln, in welchem Leo XIII. Zugeständnisse der Kurie bezüglich der Anzeigepflicht — wenigstens scheinbar — in Aussicht stellte. Und Bismarck beschloß, um den Friedenswillen des Staates zu zeigen, seinerseits die entscheidenden Schritte zum Abbau der Kulturkampfgesetzgebung. So entstanden die Milderungsgesetze von 1880, 1881 und 1882. Danach wurden zahlreiche verwaiste Pfarreien wieder besetzt, indem die Regierung ermächtigt wurde, von der Anwendung der Maigesetze abzusehen. Ferner wurde eine Reihe von Bistümern neu besetzt; es wurde Herr v. Schlözer 1882 zum preußischen Gesandten beim Vatikan ernannt; es wurde das Einspruchsrecht des Staates für Hilfsgeistliche aufgehoben und die Kompetenz des Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten beschränkt. Ein äußerst geschickter Schachzug Bismarcks war der Besuch des Kronprinzen beim Papst im Jahre 1883 und vor allem die Übertragung der Schiedsrichterrolle zwischen Deutschland und Spanien über die Karolinen an Leo XIII., der darauf hocherfreut eine Münze schlagen ließ.

Aus dieser Atmosphäre echter Friedensbereitschaft ging im Frühjahr 1886 das erste wirkliche Friedensgesetz hervor. Es sollten danach gewisse Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen aufgehoben werden; es wurde die bischöfliche Jurisdiktion wieder-

hergestellt; es wurden die Priesterseminare wieder eröffnet, endlich das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente durch Mitglieder fremder Orden freigegeben.

Als diese Vorlage am 15. Februar 1886 dem Herrenhause zuging, erwartete Bismarck als Gegengabe des Papstes die uneingeschränkte Anzeigepflicht und die Anerkennung des Einspruchsrechts des Staates bei der Anstellung von Geistlichen.

Da hierin zweifellos das Kern- und Hauptstück der ganzen Kulturkampfgesetzgebung lag, worauf der Staat nicht verzichten konnte, war hier der Prüfstein für den Friedenswillen Roms gelegen. Der Papst aber tat das Erwartete nicht, sondern konzedierte die Anzeigepflicht nur für die vakanten Pfarreien. Daraufhin entsandte Bismarck den Herzog von Trachenberg nach Rom mit der Weisung, dem Heiligen Vater vorzustellen, daß zu Lebzeiten des alten Kaisers der Friede wohl zu schließen sei, daß aber kein Mensch wisse, „was nach uns kommt“. Leo XIII. weigerte sich, schon vor dem weiteren Abbau der Maigesetze diese Konzession zu machen, deutete aber seine Bereitwilligkeit für später sehr bestimmt an. Daraufhin setzte sich Bismarck mit voller Wucht für das Friedensgesetz im Landtag ein; und er hatte recht getan, Vertrauen zu zeigen: durch Notenwechsel zwischen Staat und Kurie vom 4. und 23. April 1886 versprach der Staat weiteren Abbau und der Papst die Anerkennung der Anzeigepflicht.[1]

---

[1] Vgl. dazu den glänzenden Vortrag S. v. Kardorffs „Fürst Bismarck und der Kulturkampf“ in seinem „Bismarck“ (1929). Die Einzelheiten bei Horst Kohl, Die Politischen Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 12, S. 3 bis 74.

13. Sitzung des Herrenhauses.

12. April 1886.

Der zur Beratung des Friedensgesetzes eingesetzten Kommission des Herrenhauses war am 8. April die Note des Kardinalstaatssekretärs Jakobini vom 4. April mitgeteilt worden, in welcher die Kurie die Konzession der Anzeigepflicht für später in Aussicht stellte. Am 12. April steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs vor dem Plenum auf der Tagesordnung des Herrenhauses. Der Fuldaer Bischof Dr. Kopp beantragt, auch das Messelesen und Spenden der Sakramente nicht den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. und 12. Mai 1873, 21. Mai 1874 und 22. April 1875 weiter unterliegen zu lassen. Von den Herren v. Bernuth und Dr. Beseler wird folgende Entschließung beantragt: Das Herrenhaus wolle beschließen: Der Königlichen Staatsregierung seine fortdauernde Bereitwilligkeit zu erklären, bei einer abschließenden Revision der kirchlichen Gesetzgebung, so weit die unveräußerlichen Rechte des Staates dieselbe zulassen, behufs Herbeiführung eines friedlichen Verhältnisses zu der römisch-katholischen Kirche mitzuwirken, und ersucht die Staatsregierung, unter dieser Voraussetzung und zu diesem Zwecke einen anderweiten Gesetzentwurf vorzulegen. Nachdem der Berichterstatter der Kommission Adams die Annahme der Gesetzesvorlage und der Koppschen Anträge empfohlen und Bischof Kopp seine Position verteidigt hat, spricht sich Dr. Beseler gegen die Gesetzesvorlage aus, nachdem die Situation so verfahren sei. Nach ihm erhebt sich Fürst Bismarck zu folgender Friedensrede:

Meine Herren, der Herr Vorredner ist als Mitglied dieses Hauses im Vergleich zu mir in der günstigen Lage, vollberechtigt seiner persönlichen Ansicht, und nichts als dieser, ohne Rücksicht auf die Frage, welchen Eindruck sie auf Andersdenkende machen kann, Ausdruck zu geben. Ich bin durch meine ministerielle Stellung daran verhindert, das gleiche zu tun; ich muß meine persönlichen Ansichten mannigfach der Staatsräson und der Rücksicht auf die Gesamtheit unseres Staatslebens unterordnen, und in diesem Augenblick verbietet mir die Entschließung des Staatsministeriums, sich die Entscheidung über seine Stellung zur Vorlage und die Anträge an Seine Majestät noch vorzubehalten, in die Einzelheiten des Vortrages des Herrn Vorredners polemisch einzugehen. Ich ergreife vorzugsweise das Wort, weil ich zu dem Rückblick auf die Vergangenheit und die Entstehung der Gesetze, die uns beschäftigen, eine besondere Berechtigung habe, indem ich der einzige unter den jetzigen Staatsministern bin, der bereits bei Erlaß der Kirchengesetze im Amte war, und also ein gültiger Zeuge über die Tendenzen und die Absichten, die damit verbunden waren. Ich kann aus diesem Umstande vielleicht auch den Beruf herleiten, als Vertreter der damaligen Intentionen der Regierung aufzutreten. In meiner Qualität als Zeuge will ich ganz besonders eine Verwahrung einlegen gegen so manche Irrtümer und Entstellungen, die in böswilliger Absicht erfunden und in menschlicher Dummheit geglaubt werden (Heiterkeit) über die Tendenz und Bedeutung der Maigesetze. Ich habe ja überhaupt mit dem Übelstande zu kämpfen, daß meine Gegner, um mir die Schuld an allen möglichen Übeln der Welt aufbürden zu können, meinen Einfluß und meine Macht in weltlichen Dingen bei weitem übertreiben; ihnen erwächst daraus der Vorteil leicht-

gläubigen Leuten gegenüber, bei jedem unerfreulichen Ereignisse zu sagen, daß mir die Schuld daran hauptsächlich beiwohnt. Ich bin an der Entstehung dieser Gesetze nicht als Ressortminister beteiligt, auch nicht einmal als Ministerpräsident, wohl aber als Mitglied des Staatsministeriums. Zu der Zeit, als die Gesetze zuerst entstanden, war Graf v. Roon Ministerpräsident. Ich bin nachher auch in der Lage gewesen, mich in inneren Angelegenheiten vertreten zu lassen, weil die äußeren meine Tätigkeit voll und darüber hinaus in Anspruch nahmen, bis zu einer späteren Periode, auf die ich nachher zurückkomme. Indessen will ich daraus nicht das Recht herleiten, mich von der Verantwortlichkeit loszusagen; ich will meine Verantwortlichkeit nur dahin definieren, daß ich für die Richtung und für die Tendenz der Maigesetze als Kampfgesetze die Verantwortlichkeit vollständig mittrage, noch heute aufrechthalte und dafür einstehe, daß es nützlich und zweckmäßig war, Gesetze in dieser Richtung zu geben. Etwas anderes ist die Verantwortlichkeit für alle Einzelheiten dieser Gesetze — die berühren die Juristen des Ressorts — für alle Arabesken, für dieses technisch vollendete Gebäude, in dem ich noch heute nicht alle Winkel kenne und welches genau durchzustudieren einen Mann von Fach und mehr Zeit erfordert, als ich dazu habe. Aber einer Auslegung dieser ganzen Gesetzgebung, die heute in den öffentlichen Blättern sich breit macht, muß ich doch mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Da wird es so dargestellt, als ob die Maigesetze nicht eine bedauerliche Notwendigkeit gewesen wären — wenn ich sage „Maigesetze“, so weiß ich sehr wohl, daß nicht alle im Mai entstanden sind, aber es ist einmal die übliche Bezeichnung — sondern daß man in ihnen eine Art von Palladium des Preußischen Staates zu verehren hätte, an das unter keinen Umständen gerührt werden dürfe, wenn man nicht die Ehre des Staates verletzen wolle.

Nun muß ich sagen, meine Herren, eine Ehrenfrage liegt hier in keiner Weise vor; sie hineinzubringen wird mit — ich weiß nicht, wie viel Zeit und Kraft — namentlich von der Richtung versucht, die man in dem Kirchenstreit vorzugsweise als tertius gaudens duobus litigantibus bezeichnen kann, in den Blättern der Fortschrittspartei. Für die ganze Stellung der Fortschrittspartei und für ihre Bedeutung ist es von ungeheurer Wichtigkeit, ob zwischen Staat und Kirche Streit oder Friede ist, und die Fortschrittspartei muß sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß der Streit zwischen Zweien, an dem sie als Dritter ihre Freude, ihre Genugtuung, ihre Herrschaft, ihre Unterstützung, ihre Anlehnung findet, irgendwie auch nur abgestumpft oder gemäßigt werde. Von diesen Hetzereien, die Sache auf den Ehrenpunkt zurückzuführen, habe ich nur den einen Eindruck, daß man vom Feinde lernen soll.

Ich bin in meiner Stellung zur Sache, kann ich wohl sagen, wesentlich befestigt worden durch die leidenschaftlichen und unwahren Angriffe, welche die Möglichkeit von Konzessionen der römischen Kirche gegenüber in den fortschrittlichen Blättern erfahren hat. In meiner langen Amtszeit habe ich stets gefunden, daß ich auf dem rechten Wege bin, wenn die fortschrittlichen Blätter mich angreifen, und daß ich in der Regel wohl tue, wenn ich selbst zu einer festen Meinung nicht gelangen kann, das Gegenteil von dem zu tun, was in den fortschrittlichen Blättern steht. (Heiterkeit. Bravo!)

Es ist eine der äußersten Absurditäten, ein Beweis dafür, was man den Lesern dieser Blätter einbilden kann, wenn man aus dieser Sache eine Ehrenfrage macht. Bei Streitig-

keiten im Innern, unter Landsleuten, besteht die Ehre der Regierung in ihrer Friedfertigkeit, aber nicht in ihrer Händelmacherei. Bei Streit mit Fremden ist es ja etwas anderes. Sind wir vor fünfzehn Jahren, wo wir noch keine Kirchengesetze hatten, etwa ehrlose Leute gewesen? Fühlten wir uns erst geehrt, seitdem wir sie haben, und müssen wir ihren Verlust als Verlust unserer Ehre ansehen? Ja, wenn der Papst im Gefolge einer französischen Armee an unserer Grenze stände, oder eine polnische Armee im Sinne des Papstes gleichzeitig uns von Osten bedrohte, dann könnte man von Ehrenpunkten sprechen, dann gälte es gegenüber der Gewalt, die der preußischen Gesetzgebung angetan werden soll, bis auf den letzten Mann und Blutstropfen zu fechten. Aber die Gewalt, die hier der preußischen Gesetzgebung angetan wird, entsteht ja nur aus dem Bedürfnis Seiner Majestät des Königs, seinen katholischen Untertanen näher zu kommen; ich will nicht sagen, ihnen gerecht zu werden, da ich nicht anerkennen würde, daß dies bisher nicht der Fall gewesen, aber die Hand zur Versöhnung zu reichen. Die Hetzereien, die sich auf den Ehrenpunkt beziehen, glaube ich hiermit abgetan zu haben; ich kann den Gegnern, die diese Tonart anschlagen, nur zeigen, daß gerade ihr Zorn mir den rechten Weg in der Sache noch klarer vorgezeichnet hat.

Die Maigesetze waren, wie schon erwähnt, Kampfesgesetze, womit ja selbstverständlich gesagt ist, daß durch sie nicht eine dauernde Institution habe geschaffen werden sollen, die mit verfassungsartigem Ansehen den Preußischen Staat beherrschte. Sie waren eben Kampfmittel, um zum Frieden zu gelangen. Wie dieser Friede beschaffen sein würde, hat damals mitten im Kampfe keinem vollständig klar vorgeschwebt. Daß aber die Friedensidee uns bei dem Entstehen der Maigesetze von Haus aus vorgeschwebt und uns nie verlassen hat, zum Beweise dafür erlaube ich mir, einige Stellen aus damaligen Reden von mir — ich würde auch solche meiner Kollegen anführen, möchte aber Ihre Zeit nicht zu viel in Anspruch nehmen — zu zitieren. Gleich bei der ersten, die ich aufschlage, muß ich nochmals hervorheben, daß ich nicht aus konfessionellen Rücksichten, sondern aus politischen in diesen Kampf zuerst eingetreten bin, wie Sie aus dem kurzen Satz einer Rede vom 9. Februar, gehalten im Abgeordnetenhause, ersehen werden; es ist das die erste Betätigung meiner Teilnahme an dem Kampfe, die ich habe auffinden können. Damals habe ich den Herren vom Zentrum gesagt: „Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen, und wenn Sie in Ihre Mitte namentlich welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemein, wohl aber das Bedürfnis haben, daß in unserem friedlichen Lande Streit entstehe, denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrscht . . . Ich komme damit auf den dritten Bundesgenossen, den Sie haben, der des Streites und Kampfes bedarf, das sind die Bestrebungen des polnischen Adels. Tatsache ist, daß im allgemeinen die katholische Geistlichkeit — auch deutscher Zunge — die Bestrebungen des polnischen Adels, sich von dem Deutschen Reiche und der preußischen Monarchie zu lösen und das alte Polen in seinen früheren Grenzen wiederherzustellen, begünstigt, mit Wohlwollen behandelt, und das ist einer der empfindlichsten Punkte, in denen der Kampf von seiten der katholischen Kirche gegen die Staatsregierung zuerst eröffnet worden ist, und wo jeder Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, dahin sehen muß, daß der Staat in Zukunft davor bewahrt werde.

Die Beschwerde, die wir gegen die geistlichen Schulinspektionen in den Provinzen haben, wo das Polnische geredet wird, ist die, daß sie die deutsche Sprache nicht zu ihrem gesetzlichen Recht kommen lassen, sondern dahin wirken, daß die deutsche Sprache vernachlässigt und nicht gelehrt werde, daß der Lehrer, dessen Schulkinder Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht haben, von seinem Geistlichen keine günstige Zensur bekommt."

Dies gehört seinem Inhalte nach in eine andere Diskussion, die ja das Haus bald beschäftigen wird. Ich führe es hier nur an, um die Handhaben wieder in Erinnerung zu bringen, an denen ich wenigstens in diesen sogenannten Kulturkampf hineingezogen worden bin. Daneben bestand noch die Handhabe der Kameradschaft mit meinen übrigen Kollegen. So lange man zusammen in einem Ministerium ist, kann nicht jeder die Punkte über dem i und die letzten Wurzeln der Entschließungen seiner Kollegen kritisieren, man hat eben nicht die Meinungsfreiheit, von der der Herr Dr. Beseler Gebrauch macht, sondern man steht seinen Kameraden bei und ficht einen gemeinsamen Kampf aus.

Ich bitte um Verzeihung, wenn ich noch einige weitere Sätze aus älteren Äußerungen verlese, um zu beweisen, daß die Hoffnung auf Frieden, das Bedürfnis, durch die Maigesetze zum Frieden zu gelangen, uns schon damals nie verlassen hatte, daß es also eine Entstellung der Tatsachen ist, von einem Ehrenpunkt zu sprechen, der darin liegen könnte, etwas aufzugeben, was man überhaupt nur provisorisch in Aussicht genommen hat. Zunächst möchte ich aber noch bemerken, daß ich mit dem Herrn Vorredner darin vollständig einverstanden bin, daß der tausendjährige Kampf des Priestertums mit dem Königtum sich durch einzelne Resolutionen einzelner Häuser nicht zu einem definitiven Frieden wird umgestalten lassen, daß der definitive Frieden — sagen wir: nicht nur zwischen einem Deutschen Kaiser und der katholischen Kirche, sondern der Frieden zwischen König und Priester immer die Zirkelquadratur bleiben wird, der man nahe kommt, die man aber nicht vollständig erreichen kann. Im Jahre 1873 sagte ich in diesem Hause: „Der Kampf des Priestertums mit dem Königstum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem Deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben."

Also Sie sehen auch da den Blick auf die Zukunft gerichtet, in der man hofft, zu einer Verständigung zu gelangen. Noch bestimmter liegt der Gedanke ausgedrückt in der Äußerung im Jahre 1875, wo man sich doch schon in ziemlichen Zorn hineingekämpft hatte, das Auge aber dennoch unverrückt auf den Frieden gerichtet war; damals habe ich im Hause der Abgeordneten gesagt: „Meine Verbindungen beschränkten sich auf den, wie gesagt, gescheiten, jetzt aber leider einflußlosen Kardinal Antonelli, indes bewahre ich die Hoffnung, daß der päpstliche Einfluß auf das Zentrum sich erhalten werde.

Denn wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen, der bereit ist, auch andere Leute leben zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich Frieden schließen lassen wird; darauf ist meine Hoffnung gerichtet, und dann hoffe ich, wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen."

Überall, auch damals im heftigsten Kampfe, ist diese Zuspitzung auf den Frieden hin, also die Natur der Maigesetze als Kampfgesetze, niemals aus den Augen verloren worden. Und doch hält man mir jetzt vor — in den Blättern habe ich es gelesen — seit Olmütz wäre dem Staate niemals etwas Unwürdigeres zugemutet. Kanossa ist das dritte Wort, das mir vorgehalten wird. Aus derselben Rede, in der ich äußerte, „Nach Kanossa gehen wir nicht“, ein Wort, das ich auch noch heute wiederhole, ergibt sich, wie dieses Kanossa zu verstehen ist, was es für eine Tragweite hat. Ich habe damals gesagt: „Die Regierungen des Deutschen Reiches suchen emsig, suchen mit der ganzen Sorgfalt, die sie ihren katholischen wie ihren evangelischen Untertanen schulden, nach den Mitteln, um in einer möglichst friedlichen, in einer die konfessionellen Verhältnisse des Reiches möglichst wenig erschütternden Weise aus dem jetzigen Zustande in einen annehmlicheren zu gelangen. Die Regierung schuldet den katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden könne.“

Die Hoffnung, daß ein dem Frieden geneigter Papst zur Regierung gelangen werde, erfüllte sich etwa drei Jahre nach der letzten Äußerung: ich berufe mich hier auf eine der ersten Kundgebungen des Papstes Leo XIII. aus dem Jahre 1878 bald nach seinem Regierungsantritt. Dieselbe lautet:

> „So werden Wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken inmitten der Hindernisse aller Art; denn Unsere Seele wird niemals Ruhe finden, so lange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist.“

Ich glaube, meine Herren, dieses Verlesene reicht hin, um jeden Gedanken daran zu entkräften, als hätten wir jemals die kirchlichen Kampfgesetze als eine Basis für die dauernde Zukunft des Reiches oder Preußens betrachtet. Im Sinne des Gesagten habe ich auch, sobald der jetzige Papst zur Regierung kam, Verbindungen angeknüpft, die publici juris sind. Wir haben in Kissingen mit dem Nuntius Masella Verhandlungen gehabt, die alle Aussicht auf Erfolg versprachen, bis zu dem Moment, wo der Kardinalstaatssekretär Franchi eines plötzlichen Todes starb und die Verhandlungen sich vertagten. Ich habe mit dem jetzigen Kardinalstaatssekretär Jakobini in Gastein verhandelt, wir haben in Wien verhandelt, also wir haben an dem Frieden fortwährend unermüdlich gearbeitet, ohne wesentliche Erhitzung der Gemüter vielleicht auf beiden Seiten. Bei der Entschlossenheit so vieler Parteien, die als tertii gaudentes neben den Streitenden standen, haben wir wenig Fortschritte gemacht. Es lag mir also nahe, zu versuchen, was wir einseitig im Entgegenkommen an die katholischen Untertanen des Königs tun könnten, mit anderen Worten ausgedrückt: was wir gratis und ohne Entgelt im Wege der Gesetzgebung tun könnten. Infolge des Studiums dieser Frage bin ich veranlaßt worden, auch den Details der Maigesetze näherzutreten, als mir bis dahin nach meiner anderweitigen Beschäftigung, die zu meinem engeren Ressort gehört, überhaupt möglich gewesen war. Bei Prüfung des status quo, zu dem der Kampf gelangt war, habe ich mich überzeugt, daß wir, wie das im Kampf ja immer geht, manche feindlichen Gebietsteile okkupiert hatten, die uns eigentlich ziemlich wertlos waren, wenn man näher zuschaute. Ich habe sie auf ihren Wert zu prüfen gesucht, um mir erst in meinem inneren Forum die Linie festzulegen, bis

zu der ich glaubte, daß der König von Preußen seinen katholischen Untertanen gegenüber freiwillige, unentgeltliche Konzessionen machen könne, ohne seine eigene Autorität und die staatlichen Sicherheiten und Rechte zu schädigen. Dabei war auch zu erwägen, daß ein Kampf mit inneren Feinden noch andere Regeln hat als ein solcher mit äußeren. Wenn man mit auswärtigen Feinden kämpft, so sagt man: Schade um jeden Schlag, der vorbeifällt! Bei inneren Streitigkeiten muß man sich bei jedem Schaden, den man dem Gegner tut, immer auch die Frage vorlegen, ob er im Verhältnis zu dem anderen Schaden steht, den man abwehren wollte, mit anderen Worten: zu dem Nutzen, den die Gegenpartei davon erwartet. In allen inneren Kämpfen soll wenigstens ein leitender Minister das Ganze, die Folgen für das Ganze niemals aus dem Auge verlieren, und ich habe das auch in schwereren inneren Kämpfen als diese, in Kämpfen, die diesen vorhergingen, meines Wissens niemals getan. Nie bin ich Parteimann gewesen, ich bin immer der Mann des Staates und des Königs geblieben.

Unter den Bestimmungen, die ich für den Staat nach meinem persönlichen Urteile für minderwertig halte, liegt namentlich ein großer Teil derjenigen, welche sich auf die Erziehung und Anstellung der Geistlichen beziehen, das, was der Herr Vorredner bezeichnete als die Aufsicht über die Bildungsanstalten, die Rechte des Staates den Priestern gegenüber in seiner Jurisdiktion, kurz und gut die ganze Konkurrenz, die in den Kirchengesetzen von staatlicher Seite gegenüber der römischen Kurie versucht ist in Bezug auf die Leitung und Anstellung der katholischen Priester. Von all diesen Bestimmungen fällt für mich nach meiner privaten Überzeugung ein großer Teil in das Gebiet dessen, ich weiß im Augenblick keinen adäquaten Ausdruck dafür im Deutschen, der Engländer nennt es wild goose chase, eine Jagd hinter wilden Gänsen zu Pferde, eine Jagd, die nie zum Ziele führt. Der katholische Priester ist von dem Augenblick, wo er Priester ist, ein einregimentierter Offizier des Papstes; er würde an die Wand gedrückt und vernichtet werden, wenn er Priester bleiben und inzwischen gegen den Papst und gegen seinen Vorgesetzten kämpfen wollte. Einen Priester in seinem Widerstande gegen seinen Vorgesetzten bestärken zu wollen, halte ich für ein Bemühen, das in den wenigsten Fällen einen Erfolg haben wird. Denken Sie sich die uns näher liegende Stellung eines Offiziers des Königs von Preußen, der von der Ungerechtigkeit des Krieges, in dem er mitfechten soll, überzeugt ist. Es wird darauf gar nicht ankommen, er wird tun, was befohlen ist, und er würde als Offizier ehrlos, seine Stellung nicht haltbar sein, wenn er seiner, in seinen Augen besseren und richtigeren Überzeugung über den Dienst, den er zu leisten hat, Ausdruck geben wollte. Es ist sehr fraglich, wie weit und ob so weit, wie es in den Maigesetzen versucht worden ist, die Unterstützung eines katholischen Priesters gegen seinen Vorgesetzten überhaupt theoretisch gehen sollte; aber in Bezug auf den Effekt ist es mir nicht zweifelhaft, daß die Maigesetze ziemlich wirkungslos gewesen sind.

Außerdem, es ist niemand gezwungen, Priester zu werden. Jeder, der es wird, weiß, was ihm bevorsteht. Er weiß, daß er sich in die Botmäßigkeit einer Behörde von Vorgesetzten begibt, deren Tendenzen, deren ganze Vergangenheit ihm ja gegeben ist sehr genau zu studieren. Er kann nicht Priester werden, ohne daß er sehr genau weiß, was ihm bevorsteht; wenn er nachher nun Unannehmlichkeiten erleidet und dann an die weltliche Behörde kommt und sagt: Hilf mir! dann sage ich doch nur: „Tu l'as voulu!" (Sehr richtig!)

Denn es ist seine Sache — warum wird er Priester? Gezwungen ist er dazu nicht. Wird er es einmal, dann muß er auch tragen, was daraus folgt — bis zu einem gewissen Grade. Es geht ja nicht bis in die schutzlose Preisgabe gegen jede Gewalttat: das wird auch nicht nötig sein, es wird nicht jede Gewalttat geübt werden.

Ähnlich steht es mit der Erziehung der Priester. Wenn man, wie in diesem Kampfe, die Kirche als Gegner betrachtet, so stärkt man doch nur den Gegner, wenn man ihr einen gebildeteren, besser erzogenen Priester liefert, als sie ihn würde liefern können. Von dem Augenblick, wo er Priester ist, verliert man den Einfluß; das Bestreben, auf den Priester einen Einfluß von seiten des Staates zu üben, von seiten unserer Bürokratie in Konkurrenz zu treten mit den kirchlichen Vorgesetzten bis zum Papst hinauf, das ist das πρῶτον ψεῦδος der ganzen Maigesetzgebung, das ist, was den ganzen Bestrebungen des Staates etwas Ärgerliches, Verbitterndes anhängt — ein Streben mit großen Mitteln nach kleinen Erfolgen — und was eine erhebliche Verstimmung und Erbitterung des Kampfes erzeugt, weil man ein, meiner Überzeugung nach, nach der Natur der Dinge unerreichbares Ziel erstrebt hat. Das Mitreden in Bezug auf den Priester neben der katholischen Kirche wird immer, wie man sagt, im Hintertreffen bleiben, um es parlamentarisch auszudrücken, immer in der Minoritätslinie sich befinden. Namentlich, wenn der Staat befehlend, beeinflussend in Verbindung mit dem Strafrichter auftreten will, so hat der geistliche Vorgesetzte des Priesters immer, wie man im gemeinen Leben sagt, die Windkante, und der Staat schlägt damit einen Weg ein, auf dem er seine Macht niemals vollständig wird entwickeln können. Ich will gar nicht berühren, inwieweit diese meine Betrachtungen, die ich bei näherem Studium der Maigesetze machte, praktisch auf unsere Vorlage einwirken. Das ist eine cura posterior. Ich will jetzt nur im Gegensatz zu dem, was der Herr Vorredner gesagt hat, meine Überzeugung begründen, daß die Kirchengesetze auf diesem Wege Ziele erstrebten, die sie nach der Natur der Sache nicht erreichen können, und daß deshalb dies ein Feld ist, auf dem ich persönlich zu Konzessionen geneigt bin. Ob ich diese Neigung amtlich werde betätigen können, weiß ich noch nicht. Auch der appel comme d'abus, hat der da, wo er am meisten zu Hause ist, in Frankreich, jemals eine Wirkung gehabt? Sie sehen heutzutage, daß er eingelegt wird, und wie ein Degenstich ins Wasser, wie der Franzose sagt, spurlos vorübergeht. Es ist, ich möchte sagen, wie mit dem Ordnungsrufe bei einer erregten parlamentarischen Debatte. Er wird ruhig eingesteckt, und man spricht weiter.

Wir haben vor kurzem eine Sitzung in einer anderen Versammlung erlebt, wo achtzehn bis zwanzig Ordnungsrufe auf diese Weise vorübergingen. Viel andere Wirkung hat der appel comme d'abus auch nicht. Es ist ein Tadel, aber kein Recht, das so wertvoll wäre, daß man um seiner Ausdehnung oder Einschränkung willen versucht sein sollte, den Frieden im Lande zu verzögern. (Hört, hört!)

Ja, meine Herren, ich spreche hier als Mitglied des Herrenhauses. Was ich als Minister tue, weiß ich noch nicht (Heiterkeit) und möchte durch meine Abstimmung nicht präjudiziert sein für die Entschließung des Staatsministeriums. Ich komme darauf noch weiter zurück.

Das Bedürfnis solcher Gesetzgebung und solchen Einflusses auf die Priester ist bei uns vielleicht stärker gewesen und stärker hervorgetreten wie in anderen Nationen, aus dem von mir immer beklagten Grunde, weil in dem Deutschen das Nationalgefühl weniger

entwickelt ist. Die spanischen, französischen, italienischen und irländischen Priester bleiben immer Spanier, Italiener, Franzosen, Iren in erster Linie und sind erst in zweiter Linie Priester. Der deutsche Priester ist, was seiner Religiosität alle Ehre macht, weil sein Nationalgefühl schwach entwickelt ist, in erster Linie Priester und dann erst Deutscher. Aber je geringer die Gewalt ist, die der nationale, der staatliche Gedanke auf den Priester ausübt, um so wirkungsloser werden die Mittel sein, mit denen der Staat seine Gewalt ausüben will. Gegen die Schäden hilft nichts weiter, als die allmähliche Kräftigung des Nationalbewußtseins in jedem Deutschen, auch in dem, der den Priesterrock trägt, in höherem Maße, als es bisher der Fall ist. Ich habe bei Prüfung der Situation behufs Festlegung der Linie, bis an die wir mit Konzessionen gehen können, mich überzeugt, daß vieles von dem, was man für Säulen des Staates zu erklären geneigt ist und im Kampfe deshalb als solche behandelt, nur Stuck und Mauerputz ist, der für die Existenz des Preußischen Staates nicht absolut notwendig, ja geradezu entbehrlich sein würde; wir werden in unserer Sicherheit und in unserem Zusammenleben an ihm nichts verlieren. Meine ganze Stellung zu der Frage darf keine konfessionelle sein; sie ist eine rein politische. Ich kann in der Stellung, in der ich bin, nicht den Gesichtspunkt irgendeiner Konfession noch irgendeiner Partei annehmen. Ich muß mich so dazu stellen, daß auch, wenn ich gläubiger Katholik wäre, ich als Ministerpräsident Seiner Majestät dem König dasselbe vorschlagen könnte, was ich jetzt vorschlage. Mein letzter Vorgänger im Amte, der verewigte Fürst von Hohenzollern, war ja Katholik, und an ihn hätte ja leicht dieselbe Aufgabe herantreten können. Ich muß mich von den Konfessionen und dem Kampfeszorn der Parteien ganz unabhängig stellen. Es ist nicht leicht, den Kopf in dem Maße kühl und klar zu halten von all dem Lärm des Streites, der auf mich eindringt. Ich muß es aber versuchen.

Bei diesen Erwägungen bin ich in Verbindung mit meinem Herrn Kollegen, dem Kultusminister, zu bestimmten Vorschlägen im Staatsministerium gelangt, deren Niederschlag Sie schließlich in der Regierungsvorlage vor sich sehen. Wir würden die darin beabsichtigte, unentgeltlich herzustellende Grenzlinie noch viel weiter vorrücken, wenn es möglich gewesen wäre, zwischen den deutschen und polnischen Landesteilen einen Unterschied in der Gesetzgebung zu machen. Die Rücksicht auf die Tatsache, daß die polnische Geistlichkeit ihre kirchliche Freiheit leider in hohem Maße ausgebeutet hat, um polnische Nationalitätszwecke, in unserem Sinne revolutionäre Zwecke, zu befördern und zu begünstigen, hat es uns unmöglich erscheinen lassen, in den polnisch redenden Landesteilen manches zu bewilligen, was in den deutsch redenden keinen Anstoß bei uns gefunden haben würde. Ich bin auch geneigt, in dieser Beziehung, nicht in Bezug auf die jetzige Vorlage, aber im Blick auf die Zukunft einer anderen Auffassung Raum zu geben. Wenn es uns gelingt, den Polonismus auf dem Wege zu bekämpfen, den wir neuerdings versucht haben, so gibt uns das einen Ersatz für manche Streitmittel, die wir auf dem kirchlichen Gebiete nicht entbehren konnten, und ich glaube, einen milderen und weniger einem Kampf ähnlich sehenden Ersatz, indem wir suchen, mit dem Mammon zu machen, was mit dem Zwang des Gesetzes nicht zu machen war. Also diese Erwägung, der Hinblick auf eine anderweitige Hilfe gegen den Polonismus macht mich geneigt, in manchen Punkten weiter zu gehen, als dies bei Entstehung der Regierungsvorlage möglich war.

Nachdem wir uns über die Regierungsvorlage im Ministerio verständigt und die Genehmigung Seiner Majestät des Königs für dieselbe eingeholt hatten, fragte es sich, welchen Weg wir einschlagen wollten, um die Tendenzen derselben zu verwirklichen, das heißt, um den katholischen Untertanen des Königs von Preußen das richtige Verständnis der Absichten der Regierung zu eröffnen. Es waren zwei Wege: einmal der der einfachen gewöhnlichen Gesetzgebung, dann der der vorgängigen Verhandlung mit der römischen Kurie. Ich habe den letzteren aus mannigfachen Gründen vorgezogen — nicht daß ich eine zweiseitige Verhandlung erstrebt oder geführt hätte, aber ich habe es für nützlich gehalten, die Vorlage, die wir dem Preußischen Landtage zu machen beabsichtigen, zur Kenntnis Seiner Heiligkeit des Papstes zu bringen und sein Urteil darüber zu hören, ohne zu versprechen, daß wir unsere Entschließung dem Urteil gemäß ändern würden. Ich habe diesem Weg den Vorzug gegeben, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei dem Papste Leo XIII. mehr Wohlwollen und mehr Interesse für die Befestigung des Deutschen Reiches und für das Wohlergehen des Preußischen Staates finden würde, als ich zuzeiten in der Majorität des Deutschen Reichstages gefunden habe. (Hört!)

Ich halte den Papst für deutschfreundlicher als das Zentrum. Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedliebender Herr. Ob man das von allen Mitgliedern der Reichstagsmajorität sagen kann, lasse ich dahingestellt sein. (Heiterkeit.)

Der Papst ist außerdem nicht Welfe, er ist nicht Pole und ist auch nicht deutschfreisinnig. (Heiterkeit.) Er hat auch keine Anlehnung mit der Sozialdemokratie. Kurz, alle die Einflüsse, die im Parlament die Situation fälschen, finden in Rom nicht statt. Der Papst ist rein Katholik und nichts als Katholik. Dadurch, daß er es ist, werden ja eine Anzahl Schwierigkeiten an sich geboren, aber die Schwierigkeiten werden nicht kompliziert durch das Bedürfnis der Anlehnung und des Empfanges und der Vergeltung von Liebesdiensten anderer Parteien. Der Papst ist frei und repräsentiert die freie katholische Kirche; das Zentrum repräsentiert die katholische Kirche im Dienste des Parlamentarismus und der Wahlumtriebe, und deshalb habe ich es vorgezogen, mich an den von allen Bundesgenossen, die mit dem Zentrum die Majorität im Reichstage bilden, vollständig freien Papst, an die Kurie zu wenden, um dort die Verständigung zu suchen, und ich bin auch entschlossen, in den weiteren Phasen auf diesem Wege fortzufahren, da ich von der Weisheit und Friedensliebe Leos XIII. mehr Erfolg für den inneren Frieden Deutschlands erwarte, wie von den Verhandlungen im Reichstage, und weil ich der Zentrumspartei, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, nicht gegenübertreten will, ohne den katholischen Preußen die Gewißheit vorher zu geben, daß ich im Einverständnis bin mit dem Papst, der höchsten Autorität ihres Bekenntnisses. Die Regierungsvorlage, für die treten wir natürlich ein, so wie wir sie eingebracht haben, unter allen Umständen, auch wenn die Zusätze, die sie in der Kommission und durch die neuesten Amendements erhalten hat, nicht die Genehmigung des Hohen Hauses finden sollten — die Regierungsvorlage enthält das, was die Staatsregierung geglaubt hat, unentgeltlich und freiwillig gewähren zu können, und es ist unmöglich für die Regierung, das, was sie vor drei Monaten den katholischen Preußen glaubte konzedieren zu dürfen, mag es wenig oder viel sein, jetzt nicht geben zu wollen, weil man sich inzwischen über weitergehende Konzessionen geärgert und gestritten hat — also für die Regierungsvorlage tritt die Staatsregierung ganz unbedingt ein und richtet an

jeden einzelnen die Bitte, in der Ablehnung der versöhnlichen Vorschläge doch wenigstens nicht hinter die Vorlage zurückzugehen, auch schon um deshalb, weil es für die Regierung unbedingt notwendig ist, die freien Äußerungen beider Häuser des Landtags zu dieser Frage zu hören, ehe sie ihre eigene Entschließung faßt. Sie hat durch den Mund des Herrn Kultusministers die Absicht schon ausgesprochen, ihre definitive Entschließung zu vertagen, und sie hat das in dem Bedürfnis getan, sich das Vertrauen derjenigen Richtungen und Parteien im Lande zu erhalten, zu denen sie selbst Vertrauen hat bei der Sicherstellung der Zukunft des Preußischen Staats wie des Deutschen Reichs; sie kann sich der Gefahr nicht aussetzen, für nationalgesinnte Mitarbeiter solche eintauschen zu müssen und auf die Hilfe solcher angewiesen zu sein, die zu Gunsten der polnischen Nationalität freiwillig Partei genommen haben im Widerspruch mit der deutschen und mit den Bemühungen der deutschen Regierung, die deutsche Nationalität zu kräftigen: sie würde nicht das Vertrauen haben auf einen Beistand, den sie dadurch gewinnen könnte, daß sie sich die Mittelparteien entfremdete. Sie kann ihr Vertrauen für die Zukunft auf den Beistand, den sie dafür eintauschen könnte, nicht begründen.

Zur Vervollständigung der Erklärung der Regierung habe ich nur noch hinzuzufügen, daß die Revision der Maigesetze, von welcher die letzte römische Note die Gewährung der vollen Anzeigepflicht abhängig macht, von der Regierung meiner Überzeugung nach ohne Schwierigkeit wird zugesagt werden können (Hört, hört!), da eine solche Revision jederzeit in der Absicht der Regierung sowohl, wie, soviel ich weiß, in der Absicht der meisten Parteien gelegen hat; es wäre ja geradezu tendenziös, wenn wir die oft zugegebene Absicht, die Maigesetze zu revidieren, das Entbehrliche auszuscheiden und über Konzessionen zu verhandeln, gerade in diesem kritischen Augenblick zurückziehen wollten. Nein, wo uns von der Gegenseite ein Angebot gemacht wird, können wir doch unmöglich sagen, jetzt wollen wir keine Revision mehr, weil uns ein Preis angeboten wird. Also diese Zusicherung zu geben, wird die Regierung ohne weiteres in der Lage sein. Ich will auf die Auslegung, die der Herr Vorredner den Intentionen der Kurie gab, nicht weiter eingehen, als indem ich die volle Überzeugung ausspreche, daß, wenn wir über den Frieden verhandeln und ihm näher treten, von beiden Seiten loyal, ehrlich und mit Vertrauen verhandelt werden wird, daß wir unsererseits dieselbe Zuverlässigkeit und Loyalität auf der anderen Seite voraussetzen, mit der wir solchen Verhandlungen nähertreten würden. Ich bitte Sie, meine Äußerung vorzugsweise anzunehmen als eine Richtigstellung der Auffassung der Vergangenheit, über die ich ein klassischer Zeuge sein darf, weil ich an ihr mitgearbeitet habe, und mir zu gestatten, daß ich über die Stellung, die die Regierung zu den einzelnen Punkten nehmen wird, mich demnächst zu einem Zeitpunkt äußere, wo die Regierung in der Lage sein wird, zu übersehen, welches die Gesamtwirkung in allen Parteien des Landes sein wird, und bis zu welcher Linie der Konzession zu gehen ihr die Majorität des gesamten Landes erlauben wird. Sie wird bis zu dieser Grenze bereitwilligst gehen; es kann aber nicht verlangt werden, daß sie sich mit der Majorität aller Parteien in Unfrieden setzen sollte.

Nicht an der öffentlichen Meinung, sondern an dem Ausdruck der Stimmung des Volkes, wie er in den beiden Häusern des Landtages die Möglichkeit hat, sich amtlich zu

erkennen zu geben, wird es sein, die Grenzlinie zu bestimmen, bis zu welcher die Staatsregierung gerne und bereitwillig gehen wird.

Herr v. Kleist-Retzow spricht dem Fürsten Bismarck seinen Dank für die Vorlage aus, durch die Staat und Kirche aus einem Kampf herauskommen, der beide gleichermaßen zerfleischte, ja, dem Staate wohl noch tiefere Wunden schlug. Ihm erwidert Fürst Bismarck:

Ich muß dem Herrn Vorredner in einer seiner Anführungen widersprechen, weil ich glaube, daß dieselbe auf einem tatsächlichen Irrtum beruht.

Er hat gesagt, daß durch den Kampf, so wie er bisher verlaufen ist, der Staat seiner Meinung nach mehr geschädigt sei als die Kirche. Das ist eine Ansicht, die ich nicht teile; es könnte daraus sich der wesentliche Irrtum entwickeln, als ob der Staat in den Anerbietungen, mit denen er der Kirche und seinen katholischen Mitbürgern entgegenkommt, irgendeiner Notlage Ausdruck gäbe, in der er sich befinde, als ob sie nicht der reine Ausfluß des Friedensbedürfnisses Seiner Majestät des Königs Seinen katholischen Untertanen gegenüber wäre, von dem Augenblick an, wo der Friedenswunsch von Rom aus unzweideutigen Ausdruck gefunden hat. Der Herr Vorredner wird sich selbst überzeugen, daß diese Auffassung eine irrtümliche ist, wenn er auf die parlamentarische Seite des gegenwärtigen Streits im Vergleich gegen frühere Zeiten zurückblickt. Wie lange ist es her, daß wir in Preußen nicht eine Situation gehabt haben, so günstig wie die heutige im Abgeordnetenhause! Die konservative Partei in sich einig, in einer fruchtbaren Fühlung mit der nationalliberalen Partei, kurz, die drei nationalen Parteien in einer großen Majorität und demgegenüber das Bündnis von Zentrum und Fortschritt in einer Minorität. Diesen Zustand hat sich der Herr Vorredner nicht vergegenwärtigt. Ich kann im Augenblick nicht nachrechnen, wie lange es her ist, daß eine so günstige parlamentarische Lage in Preußen vorhanden war. Wenn irgend etwas durch den Kulturkampf Schaden gelitten hat, so ist es das Deutsche Reich und das Ansehen und die Wirkung des Reichstags. Das liegt aber auch nicht wesentlich am Kulturkampf, sondern das liegt an den Bundesgenossen, die das Zentrum im Reich gefunden hat. Nehmen Sie an, daß im Reichstag das Zentrum dastände ohne die Fortschrittspartei! Die Siege, die das Zentrum glaubt erfochten zu haben, sind mit Siege der Fortschrittspartei. Ohne diesen Bundesgenossen befände sich das Zentrum im Reichstage in derselben Minorität wie im Preußischen Abgeordnetenhause, ungeachtet der bedenklichen Bundesgenossen, die es außerdem zur Seite hat, in Gestalt der Sozialdemokraten, der Elsaß-Lothringer Franzosenfreunde und der Polen. Ungeachtet dieser bedauerlichen Verbindung würde es ohne die Fortschrittspartei die Majorität nicht haben. Also, was uns diese Unbequemlichkeiten im Reich verursacht, lege ich nicht sowohl dem Zentrum zur Last als der Fortschrittspartei, so weit sie im Zentrum vertreten ist, was ja sehr bedeutend ist, und insoweit sie selbständig ist. Die Fortschrittspartei hat die eigentümliche Rolle gespielt, daß sie im Anfang des Kirchenstreites denselben mit der größten Sorgfalt geschürt hat und ihn jetzt in jeder Weise verleugnet. Die schärfsten und erbittertsten Reden im kirchlichen Streit sind von Mitgliedern der Fortschrittspartei gehalten worden, und nachdem sie das Feuer recht in Brand gebracht hatten und Staat und Kirche gegeneinander verhetzt, gingen sie mit fliegenden Fahnen in das Lager des

Zentrums über und beschossen den Staat von da aus. Sie benutzten die Anlehnung, um unter dem Deckmantel der Kirchenpolitik staats- und reichsfeindliche Politik mitzutreiben. Und diese Partei spricht in ihren Organen jetzt von politischer Ehre. (Bravo!)

14. Sitzung des Herrenhauses.

13. April 1886.

Zu der vom Bürgermeister Struckmann von Hildesheim gestellten Frage, wie die Kurie jetzt die Anzeigepflicht auffasse, erklärt Fürst Bismarck:

Ich nehme das Wort nur, um einen tatsächlichen Irrtum zu berichtigen, zu welchem die Erklärung der Staatsregierung, wie sie in der Kommission abgegeben worden ist, Anlaß gegeben hat. Ich gebe zu, daß man dieselbe so verstehen kann, wie der Herr Vorredner sie verstanden hat, nämlich in Bezug auf die Note des Kardinalstaatssekretärs vom 26. v. M. Die Wendung, welche die ministerielle Erklärung braucht, kann so ausgelegt werden, als ob die Korrespondenz in ihrer Totalität, speziell auch diese Note ein nicht amtliches Aktenstück wäre. Die Note des Kardinalstaatssekretärs vom 26. März ist aber ein unzweifelhaft amtliches Aktenstück. Die Anregung, durch welche sie hervorgerufen worden ist, war eine nicht amtliche Anfrage, die der Königliche Gesandte in Rom aus eigenem Antriebe an den Kardinal gerichtet hat; der Kardinal hat darauf in dieser nach Form und Inhalt zweifellos amtlichen Note geantwortet. Ich wollte dies nur richtigstellen, damit bei den weiteren Verhandlungen in diesem und, wie ich denke, im anderen Hause kein Mißverständnis bestehe.

Dann hat der Herr Vorredner eine Frage an den Herrn Kultusminister gerichtet und um deren Beantwortung gebeten, eine Frage, die das Staatsministerium nach der Zurückhaltung, die es sich in diesem Stadium der Verhandlung zur Pflicht gemacht hat, nicht zu beantworten gesonnen ist. Aber auch, wenn diese Zurückhaltung nicht wäre, so ist das Staatsministerium doch nicht berufen, den Gesinnungen, Auffassungen und Intentionen der Kurie seinerseits eine bestimmte Auslegung unterzulegen. Das Staatsministerium wird, wenn Differenzen über eine solche Auslegung entstehen sollten, nach seinen eigenen Auffassungen sie zu behandeln und zu verfahren haben. Ich glaube nicht, daß die Absichten und Intentionen, die der Herr Vorredner bei dem Papste befürchtet, zutreffend sind, ich bin mehr geneigt, in der Beziehung den bischöflichen, der Kurie näherstehenden Abgeordneten[1] für den richtigen Interpreten der päpstlichen Intentionen zu halten. (Bravo!) Am allerwenigsten möchte ich ein Blatt wie die „Germania" als einen solchen Interpreten ansehen. (Lebhaftes Bravo!) Wenn die „Germania" ein richtiger Interpret der Absichten der Kurie wäre, dann würde es weder mir noch irgendeinem preußischen Minister überhaupt einfallen, auch nur den Versuch zu machen, den Frieden mit der Kurie zu erstreben (Bravo!), wir würden die Überzeugung haben, wenn wir ihn gewonnen hätten, so würde er uns nicht gehalten werden. Die „Germania" ist ein Organ von Leuten, die der Unzufriedenheit und des Unfriedens im Lande bedürfen und deshalb den Unfrieden nach Möglichkeit schüren, ohne auf die Wahrheit bei dieser Aufgabe stets die wünschenswerte Rücksicht zu nehmen. Die „Germania" will den Unfrieden, der Papst will den Frieden, sie sind himmelweit verschieden voneinander. (Lebhaftes Bravo.)

---

[1] Bischof Kopp.

16. Sitzung des Herrenhauses.

15. April 1886.

Auf der Tagesordnung steht die vom Abgeordnetenhause schon bewilligte Vorlage, in welcher 100 Millionen Mark zur Unterstützung des Deutschtums in Posen und Westpreußen gefordert werden. Oberbürgermeister Miquel empfiehlt die Annahme der Vorlage. Auf die Angriffe des Polen v. Koscielski erwidert Fürst Bismarck:

Ich will mich nur auf eine kurze Erwiderung gegen die Darstellung, die der Herr Vorredner von der Natur und der Tragweite unserer Vorlagen gemacht hat, beschränken. Er stellt sie als wesentlich aggressiv dar, als ob sie zur Ausrottung, wie er sich ausdrückte, des polnischen Elements bestimmt wären. Ich glaube, er hat die Verhandlungen im anderen Hause nicht mit der wünschenswerten Aufmerksamkeit verfolgt, sonst würde es ihm nicht entgangen sein, daß unsere Vorlagen wesentlich defensiver Natur sind. Wir wollen nicht das Polentum ausrotten, sondern wir wollen das Deutschtum davor schützen, daß es seinerseits ausgerottet werde. Es liegt die Tatsache vor, daß diese Ausrottung nicht, wie der Herr Vorredner als die einzige Möglichkeit bezeichnete, durch Feuer und Schwert erfolgt — wie die Wenden ihrer Zeit vertilgt wurden —, sondern durch die Mittel der Sanftmut, der Schule, des Gottesdienstes, des religiösen Unterrichts und durch das Übergewicht der gesellschaftlichen Stellung des Polonismus. Diese Ausrottung ist eine langsame, unauffällige, welche aber seit der Beseitigung des Flottwellschen Systems durch den Landtagsabschied von 1842 doch stetig einen fortschreitenden Weg zurückgelegt hat. Der Herr Vorredner hat zu Unrecht und ohne Grund das traurige Schicksal der polnischen Arbeiterbevölkerung geschildert, die nach seiner Behauptung da, wo der Staat Güter erwerben werde, nun keine Verwendung weiter haben würden. Wir haben keinen Überfluß an Arbeitern, namentlich an ländlichen; das zeigt noch immer der starke Zuzug, der aus Russisch-Polen stattfindet. Die Arbeiter polnischer Nationalität werden auf den etwa angekauften Gütern reichlich ihre Verwendung finden. Es ist, ich wiederhole es, und es ist der einzige Grund, warum ich das Wort nehme, durchaus nicht die Tendenz der Regierung, die polnische Nationalität auszurotten oder überhaupt zu beseitigen, sondern sie will nur die Deutschen davor schützen, daß sie noch weiter, als es bisher in dreißig Friedensjahren geschehen ist, unter der Wirkung unserer heutigen Verfassungsinstitutionen, die von dem polnischen Adel mit großem Geschick für seine Zwecke ausgebeutet worden sind, zurückgedrängt, ausgerottet werden. Ich habe nur das Wort ergriffen, um den defensiven Charakter unserer Vorlage zu vindizieren, und um als deren Bestimmung hinzustellen, daß der unter der Führung der Geistlichen und des Adels fortschreitenden Polonisierung des gemeinen Mannes in unseren polnisch sprechenden Landesteilen ein Halt geboten werde, ein „Bis hierher und nicht weiter!“ Wir wollen einen Damm deutscher Bevölkerung diesem Polonisierungswerke dadurch entgegenwerfen, daß wir die Zahl der in den polnischen Provinzen vorhandenen Deutschen wesentlich vermehren, daß wir Maßregeln ergreifen, um uns zu schützen vor der Polonisierung. Wir wollen nicht den Polen ihre Nationalität nehmen, sondern innerhalb des Deutschen Reiches den, ich kann wohl sagen, skandalösen Erscheinungen für die Zukunft vorbeugen, daß in ganzen Gemeinden mit urdeutschen Namen heutzutage, wie sich aus den Massenunterschriften nachzählen läßt, kein einziger mehr behauptet, deutsch zu sein, daß die Leute kein Deutsch mehr können, während ihre Großväter noch jede Zumutung, etwas anderes als ein Deutscher zu sein,

als eine Kränkung aufnahmen und mit Entschlossenheit zurückgewiesen haben. Dieser allmählich krebsartig um sich fressenden Polonisierung der deutschen Einwohner jener Provinzen hoffen wir durch dieses Gesetz, durch die Verwendung der von uns geforderten Mittel einen Damm entgegenzusetzen und Halt zu gebieten. Aber von der Absicht, die polnische Bevölkerung auszurotten, ist dabei nicht die Rede, nur von der, die Deutschen zu erhalten. (Bravo!)

65. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

4. Mai 1886.

Auf der Tagesordnung steht der kirchenpolitische Gesetzentwurf der Regierung, den das Herrenhaus am 13. April angenommen hat. Am 1. Mai ist dem Abgeordnetenhause durch den Unterstaatssekretär Lucanus Mitteilung gemacht von einer entgegenkommenden Note der Kurie vom 25. April, in welcher der Papst die Absicht äußert, die Anzeigepflicht für die vakanten Pfarreien schon von jetzt ab beginnen zu lassen. Trotzdem erklärt Abg. Gneist für die Nationalliberalen die Bedenken für überwiegend und fordert Ueberweisung an eine Kommission. Abg. Windthorst erklärt für das Zentrum die Annahme der Vorlage; für die Konservativen folgt ihm Abg. v. Rauchhaupt, während Abg. v. Cuny für die Nationalliberalen noch einmal die ablehnende Haltung erklärt. Fürst Bismarck erhebt sich in der Diskussion zu folgender Rede:

Meine Herren, ich will nur mit wenigen Worten einem Irrtum in Beziehung auf zwei verschiedene Seiten der Sache vorbeugen, der sich an eine Äußerung des Herrn Vorredners knüpfen könnte. Der Herr Vorredner hat einmal gesagt, daß durch die neueste Note des Kardinalstaatssekretärs — ich weiß das Datum im Augenblick nicht —, die gestern mitgeteilt worden ist, die Situation zum Nachteil der Regierung hinter diejenige zurückgedrängt worden sei, welche zur Zeit der Verhandlung im Herrenhause bestanden habe. Damals habe die Note vom 4. v. M. die ständige Anzeige in Aussicht gestellt, während die jetzige Note sich nur auf die Anzeige in Bezug auf die jetzt vakanten Pfarrstellen beziehe. Letzteres ist ja ganz richtig, aber diese jüngste Note ist ja auch durchaus nicht der definitive Abschluß; es ist nicht diejenige Erklärung, die wir von der Kurie zu erwarten haben nach der Zusage vom 4. April, die wir zu erwarten haben, nachdem das jetzt in Beratung befindliche Gesetz verabschiedet und promulgiert sein wird, sondern es ist, wenn man will, eine Abschlagszahlung, die von der Kurie geleistet ist in der Absicht, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und das Mißtrauen, das hier ja gegen die Absichten der Kurie ausgesprochen ist, abzuschwächen durch eine teilweise Erfüllung.

Man kann ja sagen, daß ebensowohl die volle Anzeigepflicht hätte bewilligt werden können; ja, wenn man in Rom volle Sicherheit gehabt hätte, daß in diesem Hause die Beschlüsse des Herrenhauses angenommen werden würden, es wäre dann nicht zweifelhaft gewesen, daß die Regierung die Promulgation der Gesetze geleistet haben würde, und daß dann diejenigen Bedingungen, an die der Papst die Bewilligung der vollen Anzeigepflicht geknüpft hat, erfüllt werden würden.

Wenn die Kurie noch jetzt in diesem Augenblick einen entgegenkommenden Schritt, eine teilweise Erfüllung ihrer Zusage, aber nicht die vollständige, für angezeigt gehalten hat, so denke ich mir, sie hat damit vielleicht auf eine möglichste Einstimmigkeit der Beschlüsse dieses Hauses hinwirken wollen (Heiterkeit); sie hat vielleicht gehofft, daß nach einem solchen Beweise von bona fides auch die Freunde des Herrn Vorredners das Miß-

trauen, von dem er sich beseelt erklärt, würden fallen lassen — ein Mißtrauen, das er gegen die Kurie ausgesprochen hat, das ich aber gegen Seine Heiligkeit den jetzt regierenden Papst Leo XIII. in keiner Weise teile. (Bravo! im Zentrum.)

Im Gegenteil, ich habe Vertrauen zu ihm, ohne daß ich deshalb von dem Herrn Vorredner so weit divergierte, daß ich zu den Bestrebungen der römischen Hierarchie immer und unter allen Umständen und in Bezug auf alle Personen Vertrauen gehabt hätte. Zu dem jetzt regierenden Papst aber habe ich Vertrauen.

Ich will also hiermit dem Irrtum vorbeugen, als habe die Kurie in der jüngsten Note eine Erfüllung der Zusage erblickt und erblicken können, die am 4. April für den Fall gegeben worden ist, daß dieses Gesetz promulgiert und außerdem von uns die Zusage einer weiteren Revision erteilt sein würde, die ja inzwischen erteilt worden ist.

Der Herr Vorredner hat dann die zweite irrtümliche Voraussetzung ausgesprochen, daß die Autonomie der preußischen Gesetzgebung durch irgendein zweiseitiges Geschäft hier beschränkt und beeinträchtigt worden wäre. Wir haben keine Vorlagen machen wollen, wenn wir hätten befürchten müssen, daß durch sie der Zweck, uns dem Frieden näher zu bringen, von Hause aus nicht erreicht werden könnte, daß jener Zweck vielmehr infolge des Widerspruchs der Kurie absolut abgeschnitten worden wäre. Daher haben wir sondiert, ob die Vorlagen, die wir zu machen beabsichtigten, als ein Entgegenkommen bei der Kurie aufgefaßt und einen dem Frieden günstigen Eindruck dort machen würden, oder ob die Kurie sich wiederum verpflichtet halten würde, gegen ein Entgegenkommen, das nicht alle ihre Wünsche und Forderungen erfüllte, ihrerseits Front zu machen. Daß wir uns also vergewisserten, ist eine ganz natürliche diplomatische Vorsicht. Außerdem ist es höchst erfreulich gewesen, daß sich daran ein Ideenaustausch geknüpft hat, der uns beiderseits die Überzeugung unserer friedlichen Gesinnung und das Maß von Vertrauen verliehen hat, das durchaus notwendig ist, wenn wir zum Frieden kommen wollen. Denn, meine Herren, täuschen wir uns über die Natur dieses Friedens nicht. Das ist ja kein Frieden wie zwischen zwei fremden Staaten, die miteinander Krieg geführt haben und nachher bei dem Friedensschluß nun die Grenze soundso feststellen — die liegt dann auf 1½ Meter ganz genau fest, man weiß, wo sie liegt, die gegenseitigen Verpflichtungen, Zahlungen, Räumungen, alles dergleichen läßt sich ganz genau ausdrücken. Anders liegt die Sache, wenn man im Innern eines Landes und namentlich bei uns in Deutschland zwischen Staat und Kirche zu einem Friedensschluß gelangen will. Da können uns die gesetzlichen Formen, zu denen wir kommen, an sich blutwenig helfen, sie liefern nur das Gefäß, in welches die Stimmung und das Maß von Vertrauen, das herrscht, der gute Wille derjenigen, an denen die Ausführung liegt, nachher die Füllung liefern; und diese Gefäße, die wir mit kirchenpolitischen Gesetzen und deren Änderung schaffen, ja, die können gefüllt werden mit der „Milch der frommen Denkungsart“, wenn auf beiden Seiten Wohlwollen, Wunsch nach Frieden und Vertrauen vorhanden ist; sie können aber auch mit „gärend Drachengift“ sich füllen, sie mögen beschaffen sein, wie sie wollen, wenn böser Wille vorhanden ist. (Sehr wahr!) Der Friede, den wir erstreben, läßt sich in bestimmte Paragraphen nicht fassen. Die toten Paragraphen allein helfen uns wenig, es gehört dazu, daß von beiden Seiten in der Ausführung der Bestimmungen ein guter Wille vorhanden ist. Es muß nicht nur bei dem einen Papst und bei dem halben Dutzend Bischöfen, nein,

es muß bei Hunderten, ja bei Tausenden von einzelnen Persönlichkeiten, die mitzuwirken haben bei der Erfüllung und Erhaltung und täglichen Beobachtung dieses Friedens, der gute Wille vorhanden sein, es muß das Vertrauen vorhanden sein und der Wunsch, sich gegenseitig anzunähern, der Wunsch, eine Wiederholung, einen Rückfall in den Kampf nach Möglichkeit zu meiden. Wenn dieser Wunsch nicht vorhanden ist, helfen uns alle unsere Beschlüsse, alle Beseitigungen von Maigesetzen nicht. Es wird Platz genug bleiben, um dem Zorn der Parteikämpfe die nötigen Schlachtfelder zu liefern. Es kann deshalb auch nicht die Tendenz der neuen Vorlage sein, nun mit Sicherheit in ähnlicher Weise, wie der Frankfurter Friede oder der Hubertusburger Friede, einen festen, klaren Friedensschluß zu schaffen, der sich a priori als solcher ganz bestimmt verwerten und übersehen läßt. Täuschen wir uns darüber nicht, meine Herren, es bleibt jeder Friedensschluß ein modus vivendi, das heißt ein Versuch, miteinander in Frieden zu leben. Geht man in diesen Versuch mit gutem Willen hinein, so wird das friedliche Einleben mit jedem Tage leichter werden; geht man mit Zorn und Erinnerungen an vergangene Kämpfe hinein, dann werden diese sehr bald wieder aufleben. Die Aufgabe der Regierung ist deshalb nicht, Ihnen eine bestimmte Formel vorzuschlagen, welche das Geheimnis der Grenzlinie zwischen Staat und Kirche in ihrem tausendjährigen Kampfe nun enthielte, sondern die Aufgabe ist, nach Möglichkeit die Stimmung der Gemüter loszulösen von dem Kampfe der Vergangenheit und das Vertrauen allerseits wieder zu erwecken, von dem meiner Überzeugung nach Seine Heiligkeit der Papst durch die jüngste Zusage der Leistung der Anzeigepflicht eine eklatante Probe gegeben hat.

Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, doch diese einmalige faktische Anzeige nicht zu unterschätzen; sie liefert den klaren Beweis, daß die Kurie der Meinung ist, daß sie ohne Schädigung der Kirche die Anzeigepflicht überhaupt leisten kann, und was sie einmal leisten kann, wird sie auch ohne Schädigung der Kirche immer und dauernd leisten können. Der Beweis ist hiermit geliefert, denn die römische Kirche hat nicht die Gewohnheit, einzelne Ausnahmen von den Regeln, die sie für unumstößlich hält, nach Belieben zu machen, und am anderen Tage wieder eine andere Theorie aufzustellen. Ich möchte also doch empfehlen, diesen Schritt nicht zu unterschätzen, sondern auch unsererseits zu tun, was wir können, um das Mißtrauen und den Kampfeszorn aus unseren eigenen Herzen los zu werden und auch dem Herzen der Gegner nach Möglichkeit den Stachel zu nehmen. Wer nicht Minister ist, der kann sich ja den Luxus erlauben, eine eigene Parteiansicht öffentlich und amtlich zu vertreten; in ministerieller Stellung, in der eines leitenden Ministers bin ich nicht in der Möglichkeit, mich auf einen Parteistandpunkt dauernd zu stellen; ich kann vorübergehend den einen wie den anderen zu akzentuieren für das Vaterland für nützlich halten, aber ich kann dauernd keiner Partei angehören, sondern ich muß mich immer fragen, was ist in diesem Augenblick, rebus sic stantibus, der Gesamtheit des Vaterlandes nützlich, zweckmäßig, was kann zu seinem Frommen dienen? — und danach werde ich meine Vorschläge machen müssen, unbeirrt durch die zum Teil bitteren und ungerechten Angriffe, denen ich selbst von Freunden ausgesetzt bin, aber noch unbeirrter durch diejenigen Angriffe, die meine und der Regierung Gegner in diesem Kampfe und in jedem Kampfe gegen mich in der Presse und Öffentlichkeit ins Werk setzen. Diese Angriffe verstehe ich vollkommen. Die freisinnige Partei verliert ja mit dem Kulturkampf, um ihn kurz so zu bezeichnen, die vierzig Points, die sie in der Partie dadurch immer vor hat

gegen die Regierung, daß sie den Streit schon vorfindet und sich nur auf seiten der Gegner der Regierung zu stellen braucht. Wenn man im Reichstage dazu die intransigenten Elemente zählt, so hat ja jeder Gegner der Regierung, solange der konfessionelle Unfrieden dauert, einen solchen Vorsprung, wie ich ihn eben mit der Vorgabe einer gewissen Anzahl Points bei der Billard- oder Schachpartie bezeichnete.

Also daß die Herren von der fortschrittlichen Partei in einen großen Zorn über die Möglichkeit geraten, daß die Annehmlichkeit des Kampfes gegen die Regierung ihnen genommen werden solle, das begreife ich vollkommen. Sie sind ja ursprünglich mit die schärfsten Förderer, wenn nicht die Urheber des ganzen konfessionellen Streites gewesen (Hört, hört!), und nachdem sie ihn in recht helle Flammen angeblasen hatten, haben sie gefunden, daß sie eigentlich die preußische Regierung doch noch mehr hassen wie den Papst, und haben sich dann auf die andere Seite gestellt und sind ihrem größeren Hasse gefolgt. (Heiterkeit und Bewegung.)

Ich möchte die Herren, welche das Vorgehen der Regierung tadeln, bitten, doch ihrerseits dasjenige oder diejenigen Gesetze genau zu bezeichnen, deren Abschaffung wir beantragen, die sie aber für den Preußischen Staat absolut und dauernd für unentbehrlich halten, dieselben auszusondern und nachher zu sagen, vielleicht durch Amendements: Dies und das müssen wir haben, ohne das kann der Preußische Staat nicht leben. Auf dergleichen Amendements beabsichtige ich nicht einzugehen, sondern ehrlich zu versuchen, ob wir den Frieden auf dem Wege, den wir jetzt eingeschlagen haben, finden oder wenigstens doch ihm näher kommen, so daß er Wurzel schlagen und sich entwickeln kann. Wenn aber die Herren dann nachher die Überzeugung erhalten, daß in dem Zustand, der nach Annahme der Regierungsvorlage oder vielmehr des Herrenhausbeschlusses eintreten wird, uns ein Gesetz fehle, das zum Wohl, zur Ehre und zur Würde des Preußischen Staates ganz unentbehrlich sei — ja, meine Herren, dann wird sich ja für die Wiederherstellung eines solchen Gesetzes ebensogut wiederum eine Majorität finden, wie sie sich im Jahre 1873 für die Maigesetze überhaupt gefunden hat; wenn die Überzeugung nicht nur eine einzelne Marotte ist, werden die Herren, die das glauben, doch in keiner Session ruhen, sondern die Wiederherstellung eines solchen Gesetzes ihrerseits anregen, und ist das wirklich richtig, ist es die Wahrheit, die sie vertreten, dann werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit die Mehrheit in diesem und dem anderen Hause dafür finden. Es ist ja dann die Möglichkeit, den Kulturkampf ganz von vorn anzufangen, nicht ausgeschlossen. (Heiterkeit.)

Es kann von mir nicht verlangt werden, daß ich ihn nochmals wieder durchfechte; aber die Herren, die in unserer Vorlage irgendeinen giftigen Stachel für den Preußischen Staat finden, werden ihn auf diese Weise immer wieder ausziehen können.

Es hat sich eine, ich möchte sagen, komische Zeitungspolemik darüber erhoben, ob ich vor sechs Jahren einmal das Bild gebraucht hätte: wir wollten die Waffen nur auf dem Fechtboden niederlegen, um sie jeden Tag wieder aufnehmen zu können. Nun, meine Herren, ich bestreite das nach meinem inneren Gefühl und nach meinem Geschmack; ich kann ja nicht alle Worte im Gedächtnis haben, die ich seit sechs Jahren gesagt habe; aber daß ich dieses Bild jemals gebraucht haben kann, das bestreite ich. Was ein Fechtboden ist, ist mir von Göttingen her sehr genau bekannt. (Heiterkeit.) Ich würde niemals auf den Gedanken kommen, da politische Waffen niederzulegen. Dieses Bild habe ich nie

gebraucht, es besteht für mich nicht. Ebensowenig habe ich das Bild gebraucht von demselben Faden, der in einer anderen Nummer weiter gesponnen wird. Ich bin nicht Spinner genug, um die Richtigkeit dieses Bildes auch nur zu verstehen. Also auch das ist unwahr und mir untergelegt, um nachher herumzunörgeln in einer ganz frivolen und, ich muß sagen, absolut lächerlichen Weise; wenn für solche, in gesellschaftlichen Kreisen gefallene Äußerungen große Zeitungsblätter noch ihre Spalten hergeben — nun, so etwas begreift sich, wenn es im Monat Juli oder August ist, aber jetzt ist es doch noch nicht warm genug (große Heiterkeit); das hat nur den Zweck, die Zeit totzuschlagen.

Ich mache diesen Versuch in dem von Seiner Majestät dem König geteilten und angeregten Vertrauen nicht nur zu Seiner Heiligkeit dem Papst, sondern auch zu unseren katholischen Landsleuten, daß sie ehrlich die Hand dazu bieten werden, auf dem Raume, welchen wir frei machen von dem Schutt, den die Maigesetze darauf gelassen haben — denn Trümmer sind sie ja nur noch — den Friedenstempel mit uns errichten und die Friedenseiche mit uns ehrlich pflanzen, begießen und pflegen wollen. Ich meinerseits werde aufrichtig die Hand dazu bieten. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.) Führt uns das nicht zum Ziel, so werden diejenigen, die das Heil des Staates und seine Sicherheit nur im fortgesetzten und erneuten Kampfe finden, sobald sie eine parlamentarische Mehrheit dazu aufbringen können, ja toto die in der Lage sein, eine ganz neue Auflage von Kirchengesetzen, Kampfgesetzen und Maigesetzen zu machen; dann aber hoffe ich, daß sie etwas politischer und weniger juristisch ausfallen wie die vorigen (Heiterkeit), die nur ein pretium affectionis haben; einen wirklichen faktischen Wert kann ich demjenigen, was wir hier aufgeben, von meinem Standpunkte als Vertreter der preußischen Regierung nicht beilegen; deshalb würde ich dankbar sein, wenn wir ohne zu große Polemik und auch ohne Verweisung an die Kommission — denn das ist immer eine Alimentation der Polemik — die Vorlage so, wie sie uns vom Herrenhause einmal gekommen ist, gut oder schlecht, als einen Versuch, von dem wir mit Gott eine Entwicklung unseres inneren Friedens, der uns bisher fehlte, erwarten — als einen solchen Versuch akzeptieren und in gegenseitigem Vertrauen diesen Boden getrost betreten. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Nachdem Abg. Freiherr v. Zedlitz-Neukirch für die Freikonservativen die Ablehnung der Vorlage begründet hat, spricht als dritter Redner für die Nationalliberalen Abg. Seyffardt und warnt vor dem Vertrauen der Regierung in die Kurie. Es sei Sache des Staates, die Grenzen zwischen Staat und Kirche zu ordnen. Es sei eine Illusion, zu glauben, man könne durch Konzessionen die politische Zusammengehörigkeit der Interessenverbrüderung des Zentrums lockern. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich will zunächst bemerken, daß ich mit meiner Äußerung über den Luxus einer unabhängigen Meinung durchaus keine Kritik und keinen Tadel verbunden habe, sondern eher den Ausdruck einer Art von Neid über die Freiheit der Bewegung, die den Herren eigentümlich ist, und auf die ich verzichten muß. Sodann muß ich aber auch einige Ansichten des Herrn Vorredners richtigstellen.

Er fragt mich, ob ich denn wirklich Vertrauen habe zu den Mächten, mit denen wir kontrahieren. Wir haben keinen Vertrag gemacht, wie ich schon vorhin bemerkte, ein Kontrahieren ist nicht vorhanden, und wieweit ich Vertrauen habe, habe ich vorher auch gesagt: Ich habe Vertrauen zu dem jetzt regierenden Papst. Daß wir, daß auch ich wie jeder andere Kluge an Klugheit im Vatikan meinen Meister finde, bestreite ich hier gar

nicht; ich strebe auch gar nicht, mit dem Vatikan an Klugheit oder an Schlauheit zu wetteifern. Mein Ziel ist nur, auf einem Gebiete meinen Meister nicht zu finden, auf dem der Fürsorge für das Wohl meines eigenen Vaterlandes (Bravo!), und in diesem Sinne handle ich, in diesem Sinne mache ich den Versuch, den der Herr Vorredner als eine Illusion bezeichnet. Nun, ich bin Illusionen sehr schwer zugänglich, ich mache mir auch hier keine unbedingte Illusion, indessen ich will die Hoffnungen nicht entmutigen; auch wenn ich ganz frei von jeder Illusion wäre, so würde mich diese Freiheit doch nicht von der Pflicht dispensieren, diesen Versuch, ob wir zum Frieden des Vaterlandes kommen können, zu machen. Wenn er nicht gelingt, dann werden wir andere Entschließungen zu fassen haben — ich habe das Vertrauen, es werde gelingen.

Der Nachhall des Kampfes, der aus der Tonart des Herrn Vorredners sprach, ist mir vollständig erklärlich und nicht unsympathisch; ich könnte ihn teilen, wenn ich nicht Minister wäre, aber da ich Minister bin, muß ich meine Gefühle und mich vor allen Dingen, aber wenn möglich auch meine Landsleute und Mitarbeiter loslösen von dem Zusammenhange mit dem Kampfeszorn der Vergangenheit; ich möchte diese jetzige Situation freimachen von dem Einfluß der Erinnerung.

Die Illusion, daß wir bei dieser Gelegenheit nun die Grenze zwischen Staat und Kirche genau und dauernd juristisch kenntlich und verbindlich für jedermann würden festlegen können, die teile ich nicht, wie ich schon in meinen ersten Worten äußerte, indem ich daran erinnerte, daß der Friedensschluß im Innern ein ganz anderer sei, wie der mit einer fremden Macht, wo man die Grenzen festlegt. Die Grenzen zwischen Staat und Kirche lassen sich nicht festlegen, weil beide Teile von Hause aus von verschiedenen Überzeugungen dabei ausgehen. Die Grenze, die der Staat für eine gerechte hält, ist notwendig und immer, nicht nur im Christentum, sondern auch in heidnischen Ländern, auch in jüdischen Staaten, wo immer Priester und König miteinander gekämpft haben, streitig gewesen und geblieben und wird es auch immer in der Theorie bleiben. Es handelt sich nur darum, ob es uns nicht gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Richter erklärt für die Freisinnigen die Annahme der Vorlage, benutzt aber seine ausführliche Rede zu allen nur möglichen Gehässigkeiten gegen den Kanzler: dieser trage die Schuld am Ausbruch des Kulturkampfes; er habe trotz aller Diplomatie lange auf den Erfolg warten müssen; die Unterscheidung zwischen Papst und Zentrum sei eine Fiktion wegen der dauernd engen Beziehungen Windthorsts zur Kurie; deshalb erhalte der Kanzler schließlich doch zuletzt nur den Bescheid des Zentrumsführers. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Vorredner sieht natürlich mit einer gewissen Sorge und Kummer — ich erinnere an das Bild, wie der Lohgerber die Felle fortschwimmen sieht — auf diese Vorlage und deren Annahme; es geht ihm der fundus instructus der parlamentarischen Taktik verloren, wenn, wie ich hoffe, der Frieden zustande kommt, dem er einen schmerzlichen Blick in seiner eben vollendeten Rede gewidmet hat. Er hat dabei aus der Frage das Gift tropfenweise herauszudrücken gesucht, das sich in der gegenwärtigen Situation noch finden läßt. Das ist ja natürlich nicht weiter verwunderlich, und ich möchte nur, daß Diplomaten von Fach und wirklich praktische Politiker Zeit hätten, die Rede des Herrn Abgeordneten zu lesen, die er soeben gehalten; ich möchte meine Herren Kollegen im Auslande darum bitten,

sie sich übersetzen zu lassen, damit sie sehen, mit was für Leuten, mit was für Ansichten, mit was für Welterfahrungen ich hier zu rechten und zu kämpfen habe. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter kritisiert mein diplomatisches Verfahren in einer Weise — ich möchte sagen, als wenn ein Landpastor eine diplomatische Note zerpflückt mit seinen ländlichen Nachbarn. Er zählt auf, was ich für schreckliche, unglaubliche Dinge getan habe, und was ist es schließlich? Die einfachste, natürlichste, höfliche Diplomatie habe ich getrieben. Ich habe dabei diejenigen Argumente verwandt, welche geeignet sind, meine Wünsche zu unterstützen; es sind Noten geschrieben worden, und schrecklich, die Noten haben Gründe gehabt, die darauf berechnet waren, das Ziel zu erreichen, das die Regierung sich gesteckt hatte. Darüber hat der Herr Abgeordnete beinahe eine halbe Stunde zu meiner Heiterkeit und zur Heiterkeit jedes Diplomaten, der das lesen wird, gesprochen und damit dokumentiert, daß dasjenige, was im politischen Leben tägliches Brot ist, ihm als etwas ganz unglaublich Schreckliches erscheint, was er offen darlegen müsse, um die Schlechtigkeit der von ihm bekämpften Regierung an den Pranger zu stellen. Ich bin dem Herrn Abgeordneten dankbar, daß er so seine kandide Unbekanntschaft mit der Art, wie politische Geschäfte überhaupt sich entwickeln, einmal öffentlich an den Tag gelegt hat. Es kann ihm unmöglich in seinem Ansehen im Lande förderlich sein, wenn man sieht, wie kindlich er die Verhältnisse auffaßt. (Bravo! und Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat angenommen, ich hätte behauptet, er hätte mich seinerzeit verführt. Nun, meine Herren, die Verführung ist mir immer in einer anderen äußeren Erscheinung vorgekommen. (Große Heiterkeit.)

Es ist nicht nötig, ein heiliger Antonius zu sein, um da zu widerstehen. Aber abgeschreckt hat er mich diesmal auch nicht, aus Gründen auf die ich kommen werde, ich weiß ja, er muß so stimmen, wie er stimmt, und tut auch ganz recht.

Ich will mich nun noch bei dem aufhalten, wofür ich ihm dankbar bin; das ist, daß er in seiner Kritik der diplomatischen Seite dieser Sache auseinandergesetzt hat, wie schwierig meine Aufgabe, wie dornenvoll, wie reich an Opfern, Arbeit und Entsagung, wie kümmerlich mitunter der Erfolg war, wie wenig ermüdet ich gewesen bin durch irgendeinen Mißerfolg, wie ich diese, meines Erachtens dem Vaterlande nützende Sache immer von neuem angeknüpft habe. Ich bin dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar, daß er diese meine entsagungsvolle, ehrliche, gewissenhafte und sehr häufig erfolglose Arbeit der Öffentlichkeit auf diese Weise geschildert hat. Man glaubt ja leider sehr häufig, daß unsere Aufgaben leichter wären als sie in der Tat sind.

Er hat mir dann vorgeworfen, daß ich dem Papste schmeichle. Er scheint gewünscht und erwartet zu haben, daß ich den Papst meinerseits brüskierte, ärgerte, kränkte und mit einer gewissen kulturkämpferischen Grobheit dem Haupte der katholischen Kirche gegenüberträte. (Heiterkeit.)

Nun, daß er sich darüber wundert, daß ich mit einem fremden Souverän, mit dem wir in Freundschaft leben wollen, mit dem wir Freundschaft anstreben, in höflichen Ausdrücken spreche, das überrascht mich; er ist ja selbst in derselben Lage dem Herrn Abgeordneten Windthorst gegenüber, dem schmeichelt er (Heiterkeit rechts), mehr, als der Herr Abgeordnete Windthorst dem Abgeordneten Richter schmeichelt. Und mit vollem Recht, denn

er rechnet ja natürlich auf die Unterstützung dieses einflußreichen Parteichefs bei den nächsten Wahlen. — (Sehr gut! Heiterkeit rechts. Abgeordneter Richter: Sie noch viel mehr.) Ich bin leider nicht wählbar. (Heiterkeit.)

Aber es ist ganz natürlich, daß der Herr Abgeordnete Richter, der ja in fraktioneller Beziehung ein sujet mixte ist, und der ohne Beihilfe der Zentrumswähler in Hagen nicht gewählt worden wäre . . . (Sehr richtig! rechts) Abgeordneter Richter: Ist nicht wahr!) Es ist ja ziemlich zweifellos, ich kann ja immer den Beweis antreten. Einer der hervorragendsten Führer des Zentrums hat das in meiner Gegenwart einmal im Reichstage dem Herrn Abgeordneten Richter ohne seinen Widerspruch vorgeworfen mit der Drohung, man würde ihm die Subsidien entziehen, und dann würde er das nächste Mal für Hagen nicht erscheinen. Der Herr Abgeordnete Richter hat bei dieser Abstimmung seine Lehnspflicht zu leisten dem Souverän, von dem er als Abgeordneter abhängt, und der ihn verschwinden lassen kann in der Versenkung. (Große Heiterkeit.) Deshalb wirkt die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Richter diesmal für mich in keiner Weise abschreckend; ich weiß ja, warum er so stimmt, er kann nicht anders, wenn er Abgeordneter bleiben will. (Zuruf des Abgeordneten Richter: Ich bin in Berlin gewählt!) Warum haben Sie da nicht angenommen, da gehörten Sie mehr hin.

Ich glaubte, ich würde meine Blumenlese noch weiter vervollständigen können, aber ich sehe zu meinem Bedauern, daß ich mit meinen Notizen zu Ende bin. Vielleicht dauert die Diskussion noch lange genug, um aus dem stenographischen Bericht noch Gelegenheit dazu zu finden. Ich unterhalte mich zu gern mit dem Herrn Abgeordneten Richter, namentlich wenn er sich in der Lage sieht, für das Zentrum zu stimmen. Es hat das ja für mich als Jäger gewisse Erinnerungen ohne Vergleich, wenn man in Verlegenheit kommt, aus denen man sich mit großem Geschick und großer Gewandtheit — das kann ich nicht leugnen — herauszieht, aber so ganz ohne Schwierigkeit und ohne Schaden an der Stellung doch nicht; ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter hätte im Interesse seiner Wiederwahl und seines Ansehens vor seinen Wählern besser getan, gerade in dieser Sache, wenn er nicht an seine Lehnspflichten mit großer Schärfe und Drohung gemahnt sein wollte, nicht das Wort zu ergreifen. Ich hätte es in seiner Stelle nicht getan und wäre in dieser Situation lieber krank geworden. (Große Heiterkeit.)

Es liegt ja in der Zeit, es ist auch kein ungewohntes Mittel bei seinen Fraktionsgenossen bei anderen Gelegenheiten, daß man nicht vorhanden ist; man hat dringende Geschäfte oder wird unwohl. Bei dieser Gelegenheit wäre ich an des Abgeordneten Richter Stelle unwohl geworden. (Heiterkeit rechts. Zuruf des Abgeordneten Richter: Sehr schwach!)

Abg. Richter bemerkt: Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat mich in einer Weise persönlich angegriffen, wie ich es ihm gegenüber nicht tun könnte, ohne der Zensur des Herrn Präsidenten zu verfallen. Ich meinerseits kann darin nur seine Verlegenheit erkennen, mir etwas Sachliches zu erwidern. (O! o! rechts.) Wenn der Herr Reichskanzler es so dargestellt hat, als ob ich irgendwie in meiner Haltung, in meiner Abstimmung von äußeren Verhältnissen, von etwas anderem abhängig wäre als von meiner inneren Überzeugung, so kann ich das nur mit derjenigen Mißachtung zurückweisen, die solchen Insinuationen gebührt. (Oho! Unruhe rechts. Bravo! links.) Fürst Bismarck erwidert:

Zu einer sachlichen Erwiderung gibt mir die Rede des Herrn Abgeordneten Richter nicht den mindesten Anlaß, dazu habe ich keinen Grund. Was die Mißachtung betrifft, in der ich bei dem Herrn Abgeordneten Richter stehen sollte — ich kann mir das kaum denken —, so will ich meine korrespondierenden Gefühle lieber verschweigen. Meine Er-

ziehung und meine parlamentarischen Gewohnheiten (O, o! links) erlauben mir nicht, ihnen den vollen Ausdruck zu geben. Der Herr Abgeordnete Richter ist ja mit mir sehr oft verschiedener Meinung, aber er hat eine so liebenswürdige, gewinnende Art, sich auszudrücken, daß ich im tiefsten Herzen immer ein gewisses Wohlwollen für ihn gehegt habe, namentlich wenn er so antwortet wie heute. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird am 10. Mai in dritter Lesung angenommen.

Deutscher Reichstag.

25. November 1886 bis 14. Januar 1887.

Diese Reichstagssession stand vollständig im Zeichen der Frage der deutschen Heeresverstärkung und der drohenden auswärtigen Lage.

Bismarcks Hoffnung, den Dreikaiserbund aufrechterhalten zu können, verwirklichte sich nicht. Denn über Bulgarien, das Rußland als seine Domäne betrachtete, und das sich im Hinblick auf Oesterreich emanzipieren wollte, kam es zu ernsten Differenzen zwischen den beiden Kaisermächten, die von den russischen Panslavisten aufs äußerste ausgenutzt wurden, um die verhaßten Mittelmächte zu bekriegen. Die Lage war deshalb so gefährlich, weil gleichzeitig in der Person des Kriegsministers Boulanger in Frankreich ein Mann erstanden war, der die revanchelüsterne Stimmung des Landes aufpeitschte und so den Frieden aufs ernsteste bedrohte.

In dieser Lage der Dinge sah Bismarck nur zwei Möglichkeiten, um den Krieg zu verhindern. Einmal, die deutsche Rüstung zu verstärken. Deshalb ging dem Reichstage am 25. November 1886 die sog. Septennatsvorlage zu, die für die Dauer von sieben Jahren die Stärke des Heeres um 41 000 Mann erhöhte.

Die zweite Möglichkeit, den bedrohten Frieden zu erhalten, sah der Kanzler in dem Entgegenkommen an russische Vertragswünsche. Da der im Juni 1887 ablaufende Dreikaiserbund doch nicht zu erneuern war, zeigten die Russen, d. h. Kaiser Alexander III. und Herr v. Giers Geneigtheit, unter Umständen mit Deutschland einen Vertrag zu Zweien abzuschließen, ja unter Umständen eine gegen Österreich gerichtete Bündnispolitik mit Deutschland zu verfolgen. Wenn Bismarck diese Wünsche auch strikte ablehnte, so konnte er den Russen doch weite Zugeständnisse machen. Getreu seinem Grundsatz von der Uninteressiertheit Deutschlands im Orient und gewillt, den vertragswidrigen Ansprüchen Österreich-Ungarns auf deutsche Unterstützung auf dem Balkan entgegenzutreten, konnte der Kanzler den Russen Bulgarien als ihre Einflußsphäre anerkennen, wie auch die Berechtigung ihres Wunsches, in der Gestalt des Bosporus und seines eventuellen russischen Verschlusses den Hausschlüssel ihres Reiches in der Hand zu halten. Da über diese Punkte zwischen Bismarck und Peter Schuwalow am 10. Januar 1887 verhandelt war, stellt seine große Rede am 11. Januar im Grunde eine Umschreibung dieser seiner Ansichten für die Person des Zaren dar.

Die Aufnahme der Septennatsvorlage im Reichstage war nicht ermutigend. Der Freisinn lehnte die Vorlage ab, während das Zentrum sie annehmen wollte unter der Bedingung, daß sie statt für sieben nur für drei Jahre gelten sollte, um dem Parlament sein Recht zu wahren. Diese Haltung des Zentrums benutzte Fürst Bismarck zu einem diplomatischen Schritt von großer Kühnheit. Gerade in dieser Zeit bereitete er ein zweites Friedensgesetz mit Rom vor, das die Wiederkehr der Orden bringen sollte. Während das Zentrum unter Windthorsts Führung die Frage des Septennats als ein Druckmittel auf die Regierung anzuwenden drohte, forderte Bismarck die Kurie auf, sich den Ruhm des Friedensschlusses nicht von Windthorst nehmen zu lassen. Um den Friedensschluß mit dem Staate zu sichern, forderte der Kardinalstaatssekretär Jakobini am 3. Januar 1887 die Zentrumsführer Windthorst und Freiherrn v. Franckenstein auf, für das Septennat zu stimmen. Diesen gegen das Ansehen der Partei gerichteten Schlag parierten die beiden Führer, — sie mußten die Selbständigkeit des Zentrums auch gegenüber dem Papst in weltlichen Dingen wahren — indem sie offenbar nur die Mitglieder der Reichstagskommission einweihten. Deshalb stimmte das Zentrum in der ersten Lesung gegen die siebenjährige Dauer, und Bismarck löste den Reichstag sofort auf,[1] in der Hoffnung, bei dem bevorstehenden Wahlkampf nicht nur die Freisinnigen entscheidend zu schwächen, sondern auch das Zentrum vielleicht sprengen zu können. Vor allem aber war das Ziel des Wahlkampfs, eine feste nationale Mehrheit zu bilden, die bei dem nahe bevorstehenden Thronwechsel ihm unter einem liberalen Kaiser eine parlamentarische Stütze sein konnte.[2]

---

[1] Nach Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen 9. Januar 1887 wünschte er gar nicht, daß das Zentrum für das Septennat stimme.

[2] Vergl. dazu: Lucius v. Ballhausen, a. a. O.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

25. November 1886.

Staatssekretär v. Boetticher eröffnet die Session mit folgender Rede:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, den Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen zu eröffnen.

Die wichtigste Aufgabe, welche den Reichstag beschäftigen wird, ist die Mitwirkung bei der ferneren Sicherstellung der Wehrkraft des Reiches.

Durch das Gesetz vom 6. Mai 1880 ist die Friedenspräsenzstärke des Heeres bis zum 31. März 1888 festgestellt worden. Der Bestand unseres Heerwesens bedarf daher der Erneuerung seiner gesetzlichen Grundlage. In der Armee liegt die Gewähr für den dauernden Schutz der Güter des Friedens, und wenn auch die Politik des Reiches fortgesetzt eine friedliche ist, so darf Deutschland doch im Hinblick auf die Entwicklung der Heereseinrichtungen unserer Nachbarstaaten auf eine Erhöhung seiner Wehrkraft und insbesondere der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke nicht länger verzichten. Es wird Ihnen eine Gesetzvorlage zugehen, nach welcher diese Heeresverstärkung bereits mit dem Beginn des neuen Etatsjahres eintreten soll. Seine Majestät der Kaiser hegt in Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen die Zuversicht, daß die Notwendigkeit dieser im Interesse unserer nationalen Sicherheit unabweislichen Forderung auch von der Gesamtheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter mit voller Entschiedenheit anerkannt werden wird.

Eine zweite Vorlage, welche Sie beschäftigen wird, betrifft die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Angehörigen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine. Das Bedürfnis dieser Fürsorge ist bereits früher anerkannt worden. Die verbündeten Regierungen glauben nunmehr auf das Zustandekommen dieses Gesetzes um so sicherer rechnen zu dürfen, als die neue Vorlage den hinsichtlich einzelner Modalitäten im Reichstag geäußerten Wünschen wesentlich entgegenkommt.

Bei der Bemessung der durch diese Vorlagen bedingten Mehrkosten, wie des im Reichshaushaltsetat veranschlagten Ausgabeerfordernisses überhaupt sind die Rücksichten auf die finanzielle Lage nicht außer acht gelassen. Gleichwohl wird sich eine Erhöhung der Matrikularbeiträge und der im Wege des Kredits bereit zu stellenden Mittel nicht vermeiden lassen. Neben der durch die Verstärkung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande gebotenen Vermehrung der Ausgaben und den auf rechtlicher Verpflichtung beruhenden Mehraufwendungen auf dem Gebiete der Reichsschuld und des Zensionswesens bedarf ein bedeutender Ausfall an Zuckersteuer aus dem Vorjahre der Deckung.

Unter diesen Umständen dauert das dem Reichstage wiederholt dargelegte Bedürfnis einer anderweiten Verteilung der Lasten durch Vermehrung der indirekten Steuern nicht nur fort, sondern dasselbe wird infolge der Erhöhung der Matrikularumlagen noch dringlicher empfunden werden als bisher. Gleichwohl haben die verbündeten Regierungen aus den vom Reichstage über ihre bisherigen Steuervorlagen abgegebenen Voten den Eindruck gewinnen müssen, daß ihre einstimmige Überzeugung von der Notwendigkeit einer Änderung in der Art der Beschaffung des öffentlichen Geldbedarfs von der Mehrheit der Bevölkerung und der Vertretung derselben zur Zeit nicht in dem Maße geteilt wird, daß übereinstimmende Beschlüsse der beiden gesetzgebenden Körperschaften des Reiches mit mehr Wahrscheinlichkeit wie im Vorjahre in Aussicht genommen werden könnten.

In der Erwägung, daß die Regierungen kein anderes Interesse haben als das der Nation, verzichtet Seine Majestät der Kaiser darauf, die eigene Überzeugung von der Notwendigkeit der bisher vergebens erstrebten Steuerreform von neuem zur Geltung zu bringen, solange das Bedürfnis nicht auch im Volke zur Anerkennung gelangt sein und bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden haben wird.

Die Weiterführung der auf Grund der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 in Angriff genommenen sozialpolitischen Gesetzgebung liegt Seiner Majestät dem Kaiser und Seinen hohen Bundesgenossen unablässig am Herzen. Mögen auch einzelne Bestimmungen der über die Kranken- und Unfallversicherung erlassenen Gesetze verbesserungsfähig sein, so darf doch mit Genugtuung anerkannt werden, daß die Wege, welche das Deutsche Reich auf diesem Gebiete, anderen Staaten voran, zuerst beschritten hat, sich als gangbar erweisen, und daß die neuen Einrichtungen im allgemeinen sich bewähren. Die nächste Aufgabe für die Entwickelung dieser Einrichtungen besteht darin, die Wohltaten der Unfallversicherung auf weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung zu erstrecken. Zu diesem Zwecke werden Ihnen zwei Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Der eine regelt die Unfallversicherung für die Seeleute, der andere für die bei Bauten beschäftigten Arbeiter, soweit dieselben von der bisherigen Gesetzgebung noch nicht erfaßt worden sind. Erst wenn die Unfallversicherung der Arbeiter hierdurch in einem weiteren erheblichen Maße der Durchführung näher gebracht sein wird, kann dazu übergegangen werden, auf der Grundlage der neu geschaffenen Organisationen den arbeitenden Klassen ein entsprechendes Maß der Fürsorge auch für den Fall des Alters und der Invalidität zuzuwenden. Zur Erreichung dieses Zieles aber werden Aufwendungen aus Reichsmitteln erforderlich werden, welche bei unserer derzeitigen Steuergesetzgebung nicht verfügbar sind.

In voller Würdigung der Bedeutung des Handwerkerstandes für die allgemeine soziale Wohlfahrt sind die verbündeten Regierungen mit Interesse den Bestrebungen gefolgt, durch welche das deutsche Handwerk seine korporativen Verbände zu stärken und seine wirtschaftliche Lage zu heben trachtet. Über die Wege, welche die Gesetzgebung in dieser Richtung einzuschlagen hat, schweben Erwägungen, welche zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangt sind, welche aber die Aussicht eröffnen, daß es gelingen werde, zu einem den berechtigten Interessen dieses Standes entsprechenden Ergebnis zu kommen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Servistarifs und der Klasseneinteilung der Orte ist in der letzten Session des Reichstags nicht mehr zum Abschluß gekommen. Die darauf bezügliche Vorlage wird Ihnen daher aufs neue zur Beschlußfassung zugehen.

Auch der in der vorigen Session nicht zur endgültigen Beratung gelangte Gesetzentwurf über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen wird alsbald wieder eingebracht werden.

Der Reichstag hat seinen auf eine Ermäßigung der Gerichtsgebühren und eine Revision der Gebührenordnung für Rechtsanwälte gerichteten Wünschen wiederholt Ausdruck gegeben. Die angestellten Ermittelungen haben, abgesehen von einzelnen Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes über die Wertfestsetzung, das Bedürfnis einer Änderung der bestehenden Gerichtskostensätze nicht erkennen lassen. Dagegen teilen die verbündeten Regierungen die Ansicht, daß die Gebührenordnung für Rechtsanwälte ohne Beeinträchtigung der berechtigten Interessen dieses Standes in einigen Ansätzen eine Ermäßigung erfahren kann. Es wird Ihnen daher ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen auswärtigen Staaten sind freundlich und befriedigend. Die Politik Seiner Majestät des Kaisers ist unausgesetzt dahin gerichtet, nicht nur dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens zu bewahren, sondern auch für die Erhaltung der Einigkeit aller Mächte den Einfluß im Rate Europas zu verwerten, welcher der deutschen Politik aus ihrer bewährten Friedensliebe, aus dem durch diese erlangten Vertrauen anderer Regierungen, aus dem Mangel eigener Interessen an schwebenden Fragen und insbesondere aus der engen Freundschaft erwächst, welche Seine Majestät den Kaiser mit den beiden benachbarten Kaiserhöfen verbindet.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

18. Sitzung des Deutschen Reichstags.

11. Januar 1887.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Septennatsvorlage. Nachdem der Referent der Kommission v. Huene und Abg. Buhl gesprochen haben, nimmt zunächst Feldmarschall Graf Moltke das Wort, indem er in ernsten und beweglichen Worten die Notwendigkeit der Vorlage im Interesse des Friedens und der Sicherheit betont. Nachdem dann Abg. Schenk v. Stauffenberg für die Freisinnigen die dreijährige Bewilligung als äußerstes Entgegenkommen bezeichnet hat, erhebt sich Fürst Bismarck zu seiner hochbedeutsamen Rede zur Außenpolitik, die vor allem auf die Person des Zaren gemünzt ist.[1]

Die verbündeten Regierungen haben durch ihre Vorlage der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Verteidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Diese Überzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urteil, durch das einstimmige Urteil aller militärischen Autoritäten in Deutschland, Autoritäten, deren Kompetenz in ganz Europa sonst anerkannt wird mit der alleinigen Ausnahme des Deutschen Reichstags (Bewegung. Oho! links), wo dem militärischen Urteile dieser Autoritäten, die, ich wiederhole es, sich der Anerkennung Europas erfreuen, dasjenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger entgegengetreten ist. (Zuruf: Ah!) — Meine Herren, ist das

[1] Vergl. dazu: H. Prösch: Bismarcks Reichstagsreden zur auswärtigen Politik. (Hamburger Diss. 1928), S. 52 ff.

ein Irrtum, so müßten die Druckberichte, die ich zu Hause gelesen habe über Ihre Verhandlungen, doch unrichtig sein. Ich habe sie hier; aber ich will Ihre Zeit weiter nicht aufhalten durch Bezugnahme darauf.

Es handelt sich hier vorwiegend um die militärische Vorlage. Ich kann nun in der Tat nicht glauben, daß die Herren, die ich eben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urteil in militärischen Fragen über das des Feldmarschalls Grafen Moltke, den wir hier sehen, über das eines kriegserfahrenen Kaisers, über das sämtlicher deutscher Generalstäbe und Kriegsministerien zu stellen. Es ist doch kaum möglich, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Zivilist der Meinung sein könnte. Ich bin also genötigt, anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Vorlage noch andere Gründe haben als die Zweifel an der Autorität des militärischen Urteils derjenigen Stellen, die ich namhaft gemacht habe. (Murren.) — Aus dem leisen Murren im Hintergrunde ziehe ich den Schluß, daß Sie bei dieser meiner Andeutung etwas ganz anderes vermuten, als ich zu sagen beabsichtige. Ob das ein Zeichen ist, daß irgend jemand sich getroffen fühlt von der anderweiten Vermutung, lasse ich hier unentschieden, das ist mir gleichgültig. Ich fürchte aber, Sie setzen bei den Regierungen andere Motive für deren Antrag voraus als wie das ausschließliche Bedürfnis unserer defensiven Wehrkraft. Es sind ja in der Presse Äußerungen gefallen, als ob diese ganze Militärvorlage keinen Zweck weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld, zu erheben. Das war der Fall in denselben entlegenen Teilen der Preßpolitik, wo die abenteuerlichsten, die kindischsten Gerüchte, wenn sie über Nacht ausgeschrien werden, sofort Glauben finden. Es ist das ein so absurder Gedanke, daß wir mit einer Forderung von 20 bis 30 Millionen eine Grundlage für neue exorbitante Steuervorschläge gewinnen wollten, daß ich mich weiter gar nicht damit aufhalte. Was den moralischen Wert einer solchen Insinuation betrifft und ihre Bedeutung, so will ich doch nur darauf aufmerksam machen, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würde mit der anderen, wenn wir sagen würden, der Widerstand gegen unsere Vorlage sei eingegeben von dem Wunsche, daß Deutschland im nächsten Kriege nicht glücklich sein möge. (Murren.) — Das steht ungefähr auf derselben moralischen Höhe wie ihre Verdächtigungen (Murren) — nicht Ihre, sondern die Preßverdächtigungen gegen die Intentionen der Regierung. Jene andere Verdächtigung hat doch noch mehr Haltbarkeit, da sich nicht leugnen läßt, daß es viele Einwohner Deutschlands gibt, die das Deutsche Reich und seine Fortexistenz negieren. Ich komme vielleicht auf diese Frage nachher noch weiter zurück.

Ein glaublicheres Motiv, daß die Regierungen und namentlich die Vertreter des Kaisers ihre Pläne nicht eingestehen, könnte in der Richtung gesucht werden, daß eine Verstärkung des deutschen Heeres etwa gewollt werde aus denselben Gründen, aus denen mancher eroberungs- oder kriegslustige Monarch eine starke Armee erstrebt hat, nämlich in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es, um bestimmte Zwecke durchzusetzen, sei es, um irgend etwas zu erobern, sei es des Prestiges und des Bedürfnisses wegen, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, also zum Beispiel die orientalische Frage von hier aus zu regulieren. Ich glaube aber, auch dies wird als vollständig unbegründet gefunden werden von jedem, der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik Seiner Majestät des Kaisers bisher seit sechzehn Jahren gewesen ist. Es ist ja wahr,

der Kaiser hat sich genötigt gesehen, zwei große Kriege zu führen, aber diese beiden Kriege waren ein uns überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte. Sie werden die Tatsache nicht bestreiten, daß der Gordische Knoten, unter dessen Verschluß die nationalen Rechte der Deutschen lagen, das Recht, als große Nation zu leben und zu atmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte — (Zustimmung) leider, und daß auch der französische Krieg nur eine Vervollständigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herstellung der deutschen Einheit, das nationale Leben der Deutschen geschaffen und sichergestellt werden mußte. Also man kann daraus nicht auf kriegerische Gelüste schließen. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den — was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten; und außerdem wenn das der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Tätigkeit — und ich sage das ebensogut nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstage — der Kaiserlichen Politik in den letzten sechzehn Jahren.

Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik — weil wir den Mut gehabt hatten, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen — daß wir eine Situation geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von vier, fünf, vielleicht drei Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Meine Herren, es ist gelungen, wenn auch nicht, ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit sechzehn Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Kriege geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Die Absicht und das Bedürfnis, dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866, und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Österreich wiederzugewinnen, die wir vor 1866 nur scheinbar und buchstäblich hatten, die wir jetzt in der Wirklichkeit vollständig besitzen. (Bravo! rechts.) Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im Heiligen Römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist (Bravo! rechts), nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Es war die Aussöhnung mit Österreich aber nicht allein das Ziel, welches unsere Friedenspolitik erstrebt hat. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa, wenn sie auch manche verdrießlichen Folgen für die öffentliche Meinung und andere Staaten gehabt haben mag, doch Europa über dreißig Jahre lang den Frieden bewahrt hat, den Frieden in einer Epoche, in der die Quellen entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaftlichen Aufschwung, die gesamte wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung Europas befruchtet und befördert haben. Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in welchem die übelberufene Heilige Allianz uns den Frieden erhalten hat. Es wird das jedermann unwiderleglich einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer heutigen wirtschaftlichen Situation von 1886 und zwischen dem Maße von Wohl-

habenheit und zivilisatorischer Entwicklung, das in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland, im Jahre 1816 herrschte. Der Unterschied ist ein so ungeheurer, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in einer gleichen Epoche stattgefunden hat; der Fortschritt zum Günstigen, zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein gewaltiger gewesen.

Nun, ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wiederum eine Friedensepoche von derselben Länge, das heißt von mehr als dreißig Jahren, herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig; vor allem aber brauchen wir dazu ein starkes Heer, ein Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicherzustellen. (Sehr richtig.) In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen drei Kaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört!) Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik. — Wenn ich das so unbefangen ausspreche, so kann ich der Vorlage dadurch möglicherweise die Stimmen der polnischen Abgeordneten entfremden, die sonst ja doch ganz gewiß für die möglichste Stärkung der deutschen Macht gegen russische Angriffe stimmen würden, da sie bei einem russischen Siege nichts zu erwarten haben. Aber ich muß doch der Wahrheit die Ehre geben und sagen: Alle die Motive für die Vorlage, die man aus unseren Beziehungen zu Rußland entnommen hat, sind nach meiner politischen Auffassung hinfällig. Wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung wie unter dem hochseligen Kaiser[2], und diese Beziehung wird meinerseits auf keinen Fall gestört werden. Was hätten wir denn für ein Interesse daran, Händel mit Rußland zu suchen? Ich fordere jeden heraus, mir eins nachzuweisen. Die bloße Rauflust kann uns doch unmöglich dazu bringen, mit einem Nachbar, der uns nicht angreift, Händel zu suchen. Solchem barbarischen Instinkte sind die deutschen Regierungen und die deutschen politischen Auffassungen unzugänglich. Also unsererseits wird der Friede mit Rußland nicht gestört werden, und daß man uns von russischer Seite angreifen werde, glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit den Mut seiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutschland in unfreundliche Beziehung zu treten beabsichtigte, so ist er der erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten. Alle Argumente also, die für unsere Vorlage daraus entnommen sind, daß wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, die assumiere ich meinerseits nicht, und unsere Stärke ist darauf ja auch nicht zu berechnen. Wir könnten sie ebensogut auf eine Koalition zu Dreien, wie sie im Siebenjährigen Kriege gegen uns stattgefunden hat, berechnen wollen, denn die Möglichkeit ist ja nicht aus-

---

[2] Kaiser Alexander II. Daß aber Bismarck in Wahrheit die Lage sehr viel ernster ansah und diese Worte nur auf den Zaren berechnet hatte, drückte er gleich darauf in einem Erlaß an die deutschen Missionen aus. Siehe denselben in Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914 Bd. V. 116 ff.

zuschließen, daß wir, wie Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege die Errungenschaften der beiden ersten schlesischen Kriege zu verteidigen hatte, auch unsere Errungenschaften in einem noch größeren Kriege als in den vorhergehenden zu verteidigen haben würden; — womit ich übrigens nicht auf das Septennat anspielen will. (Heiterkeit.) Ich meine nur, die Analogie mit den beiden ersten schlesischen Kriegen und dem großen Kampfe, in dem König Friedrich II. seine Errungenschaften gegen große Koalitionen zu verteidigen hatte, ist historisch nicht ganz zu verwerfen; für den Augenblick aber liegt sie nicht vor — es müßten große Veränderungen in den Konstellationen eintreten, ehe dergleichen zu befürchten wäre. Wir werden Händel mit Rußland nicht haben, wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen. (Heiterkeit.)

Es ist merkwürdig, daß die Presse derselben Partei, die jetzt der Verstärkung unserer Armee widerspricht, vor wenigen Monaten alles Mögliche getan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. (Sehr richtig! rechts.) Diese Übereinstimmung ist in der Tat eine auffällige. Ich habe vorher gesagt, daß ich auf die Frage, über die dort gemurrt worden ist, vielleicht zurückkommen würde; ich will es nur mit dieser Andeutung: es ist das auffällig.

Damals bin ich ganz erstaunt gewesen, zu lesen, mit welchen leidenschaftlichen Argumenten seitens der oppositionellen Presse auf einen Bruch mit Rußland hingearbeitet wurde; — ich habe ein ganzes Konvolut von Zeitungsausschnitten aus der Zeit aus dem „Berliner Tageblatt“, aus der „Freisinnigen Zeitung“, aus der „Volkszeitung“, aus der „Germania“ vor allen; eines überbietet immer das andere an Beschimpfungen der Regierung, weil sie nicht für Bulgarien und seinen damaligen Fürsten [3] Rußland gegenüber den Handschuh aufnehmen wollte. Der erste aus dem „Berliner Tageblatt“ fängt gleich damit an:

> Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß derselbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann ist doch eine Frage berechtigt, ob nicht ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden vorzuziehen sei. (Heiterkeit rechts.)

So waren die Herren damals gestimmt. — Die „Germania“ predigt nicht so geradezu den Krieg, aber sie ist ihrer Natur nach viel schärfer und bitterer in den Beschimpfungen der Regierung über ihre Feigheit.

Nun, meine Herren, als ich das gelesen habe, ich muß sagen, hat es mir zunächst den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrats vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen (große Heiterkeit), und es hat mich damals auch wenig verdrossen; wir waren ja die Herren, zu tun und zu lassen, was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen solchen Aufwand von Pathos in der deutschen Presse zu finden, um uns womöglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich diese Deklamationen zuerst las — sie sind zum Teil weiner-

[3] Alexander von Battenberg.

lich, zum Teil pathetisch — so fiel mir unwillkürlich die Szene aus „Hamlet“ ein, wo der Schauspieler deklamiert und Tränen vergießt über das Schicksal von Hekuba — wirkliche Tränen — und Hamlet sagt — ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Virchow das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat, den Ausdruck von „Schuft“ —: „Was bin ich für ein Schuft?“ oder benutzt er ein anderes Beiwort? — kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Hekuba?“ — Das fiel mir damals sofort ein. Was sollen diese Deklamationen heißen? Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird[4] — das wiederhole ich hier; ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.[5] (Bravo rechts.) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeits rechts.)

Ich kann also wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, welche ich zuerst faßte, als es erreicht war, die Monarchen hier in Berlin im Jahre 1872 zusammenzubringen — die hat sich insoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder mit Rußland in Händel zu kommen; es liegen gar keine direkten Motive vor, die unseren Frieden mit diesen beiden gefährden könnten. Aber der Schutz, den der Frieden durch diese Verbindung zu Dreien — ich möchte sagen, durch das trianguläre Carré, welches die drei Kaiserreiche unter sich formieren, wenn der Ausdruck nicht unsinnig wäre — gewinnt, ist eben stärker zu Dreien als zu Zweien, und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Österreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Österreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders. Es gibt wirklich rivalisierende und miteinander konkurrierende Interessen, die diesen beiden, unseren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Ich brauche diese Erregungen nicht näher zu bezeichnen; die Presse beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon[6] bilden die Gegenströmungen und Schwierigkeiten, mit denen wir bei unseren Bemühungen, sie zu überwinden und den Advokaten des Friedens in beiden Kabinetten zu machen, rechnen müssen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Österreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, so wollen wir uns das auch gern gefallen lassen.

Nicht minder aufrichtig und angestrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen; ob sie ganz so glücklich

[4] Das ist zugleich eine Mahnung an Österreich.
[5] Diese Bemerkung umschrieb den Inhalt des künftigen Vertrages mit Rußland, wurde aber in Österreich-Ungarn sehr mißliebig aufgenommen.
[6] Besonders der ungarische Reichstag.

gewesen sind wie im Osten, das weiß ich nicht. Wenn wir mit den Verhältnissen im Osten allein zu rechnen hätten, so würden dieselben uns nicht zu einer Vorlage dieser Art bestimmt haben. Bezüglich Frankreichs liegt es aber anders; ich kann ja nur nach meinem politischen Urteile sprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich seit — ich glaube — jetzt sechsunddreißig Jahren in der großen europäischen Politik tätig bin, und daß ich mich auf manche Epochen und Vorgänge berufen kann, in denen mein politisches Urteil das richtige gewesen ist und namentlich richtiger als das der parlamentarischen Opposition, die ich mir gegenüber fand. (Sehr richtig! rechts.)

Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft stehen werden, ist für mich eine minder sichere. Ich habe nicht das Bedürfnis, alle europäischen Mächte durchzugehen; ich spreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Unsere Beziehungen zu den beiden sind der Art, daß ich sie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unserer Streitkräfte — sie sind in jeder Hinsicht freundschaftlich. Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da eben ein langwieriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt: das ist die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und streitig geworden ist von dem Zeitpunkt an, wo Frankreich seine volle innere Einigkeit und Königliche Macht, ein abgeschlossenes Königtum, erreicht hat.

Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im historischen, pragmatischen Zusammenhang auffassen wollen, mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Das ist eine vergessene Tatsache, und ich erwähne sie nur des historischen Zusammenhanges wegen. Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wiederzuerobern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen, oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermutung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen französischen Grenzverhältnisse ändern.

Wir haben unsererseits alles getan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nicht nur in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im übrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufrieden zu stellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. (Bravo!) Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht wert, und namentlich nicht unser zweifelhaftes Garnisonrecht, nachdem der Bund erloschen war. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: Das ist vielleicht

möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. (Bravo!) Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später doch geführt werden muß. Er kann vielleicht nach Gottes Willen, wenn er später geführt wird, unter für uns günstigeren Verhältnissen geführt werden, wie das mit Frankreich der Fall gewesen ist. Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir 1867 gekonnt hätten; aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.

Also das führe ich nur an, um meine Überzeugung zu begründen und auch anderen im Auslande glaublich zu machen, daß wir Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. (Lebhafter Beifall.) Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annektieren? Ich bin schon — ich muß das aufrichtig sagen — 1871 nicht sehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militärischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß. Es war — wenn Sie mir diese historische Episode verstatten wollen — Herr Thiers, der mir sagte: „Eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen." Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von diesen bekamen. Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genötigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militärischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir sitzenden Freunde[7] besprochen: Können wir darauf eingehen, eins von beiden zu missen? — und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort ja! Metz ist 100 000 Mann wert; die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht, oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz! (Heiterkeit.) Sie stehen jetzt, meine Herren, vor derselben Frage, ob Sie, wenn der Krieg mit Frankreich vielleicht in sieben Jahren wieder ausbricht, 100 000 Mann schwächer sein wollen oder nicht. Mit anderen Worten: Es ist ganz von derselben schweren Bedeutung für unsere zukünftige Sicherheit, ob Sie Metz aufgeben wollen, als ob Sie uns 100 000 Mann verweigern, die durch die jährliche Ausbildung von 16 000 Mann Soldaten geschaffen werden sollen bis dahin, wo der Krieg möglicherweise ausbricht. Also wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzosen sagen: Seid doch gut, wir geben euch Metz, wenn ihr ferner stillesitzen wollt — so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie uns jetzt die Verstärkung der Armee, die wir nach unserem militärischen Urteil zu gebrauchen glauben, versagen. (Bewegung.)

Also ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es gibt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele gibt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populär ist. Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir recht geben, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer

[7] Feldmarschall Graf Moltke.

durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind. Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche zu unterhalten, die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours! — und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wer werden Frankreich nicht angreifen.

Nichtsdestoweniger wird damit dem friedliebenden Franzosen Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, vorgeredet, daß der ruchlose Deutsche es ist, der ihm womöglich — ich weiß nicht was abnehmen wollte. Die Franzosen haben ja gar nichts, was für uns irgendwie begehrenswert wäre. Das fortwährende Unterhalten und Schüren dieses feu sacré ist mir im höchsten Grade bedenklich. Ich habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Flourens sind nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; sie haben die Absicht, ehrlich mit uns zu leben. Ebenso war es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry; alle diese Herren waren friedlich, solange sie am Ruder waren. Und wenn Sie mir deren Regiment auf längere Zeit verbürgen könnten, so würde ich sagen: Sparen wir unser Geld! — Aber sparen wir es nicht für den Fall, daß wir vielleicht feindliche Kontributionen zu zahlen haben! Wie die Sachen liegen, kann mich dieses Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Teils der französischen Bevölkerung aber nicht zu dem Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Überzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs; ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann; das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich ist.

Als die letzte Regierung, die Regierung Freycinet, zum Rücktritt genötigt wurde — hat vierundzwanzig Stunden vorher jemand eine Ahnung davon gehabt? Ich wenigstens nicht, und ich glaube, daß ich ziemlich gut unterrichtet war. Hat nachher acht oder vierzehn Tage lang hier irgend jemand gewußt, wer in Frankreich ans Ruder kommen würde? In welcher Verlegenheit die Parteien mit ihrer Parlamentsherrschaft waren, um zu bestimmen, wer nun regieren sollte, das haben wir alle gewußt; aber was daraus werden würde, das hat keiner vorhersagen können. Es konnte auch noch anders kommen, es konnte auch ein weniger friedliches Kabinett als das des Herrn Goblet aus dieser Krisis hervorgehen. Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen — ebensowenig, wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlament versichert wird: Wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Taler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein. Das sind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone, und wenn wir den Feind im Lande haben und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. (Heiterkeit rechts.)

Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendigt ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Wir sind gegenwärtig im Besitz des streitigen Objekts, wenn ich das Elsaß als solches bezeichnen soll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach dessen Wiedereroberung nicht strebt, kann keiner behaupten, der sich irgendwie um die französische Presse bekümmert. Hat es schon irgendein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen, öffentlich und bedingungslos zu sagen: Wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir akzeptieren die Situation des Frankfurter Friedens gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 akzeptiert haben, und wir beabsichtigen keinen Krieg wegen Elsaß zu führen — gibt es in Frankreich ein Ministerium, welches den Mut hätte? Nun, warum gibt es das nicht? An Mut fehlt es den Franzosen doch sonst nicht! Es gibt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen einer mit Dampf bis zur Explosion gefüllten Maschine gleicht, wo ein Funke, eine ungeschickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil in die Luft zu sprengen und — mit anderen Worten — einen Krieg herzustellen. Es wird das Feuer so sorgfältig geschürt und gepflegt, daß man die Absicht, es zunächst nicht und auch nach menschlichem Gedenken nicht zu benutzen, um es ins Nachbarland hineinzuwerfen, in keiner Weise vorauszusetzen berechtigt ist.

Nun ist ja die Frage: Ist die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden, an sich ein ausreichender Grund, um diese Vorlage zu bewilligen? Ich habe bei meiner Motivierung keine Koalitionen, keine Kombinationen und Konjekturen im Auge, sondern die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenossen im freien Felde einander gegenüberstehen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg, ganz unabhängig von dem Ausgange desselben, zu sagen hat! Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen würden sämtlich lahmgelegt sein; — ich brauche das wohl nicht zu schildern, Sie haben es selbst erlebt. Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung als die heutige Frankreich irgendeinen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher. Diese Überzeugung kann beruhen auf Bündnissen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß solche Bündnisse stattfinden werden; es ist eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu streben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündnisse zu haben, wenn dies eintritt. Ich will bloß das Duell zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen.

Das kann also eintreten, sobald Frankreich stärker ist als wir: einmal durch Bündnisse oder auch durch die Überlegenheit seiner Bewaffnung. Diese rein technische Frage überlasse ich meinem militärischen Kollegen; ungeachtet der Uniform, die ich trage, fällt es mir nicht ein, habe ich nicht die Unbescheidenheit, meine Autorität in dergleichen Sachen über die der Herren zu stellen. (Heiterkeit.) Aber wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre

Armee zahlreicher ist, daß die Masse ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher ist als die der unsrigen, daß ihre Artillerie zahlreicher ist, oder vielleicht, daß ihr Gewehr besser ist — wie es 1870 besser war —, oder daß ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige Pulver zu einem kleinkalibrigen, schnellschießenden Gewehr früher haben als wir —, das sind alles Sachen, die unter Umständen die Entschließung der französischen Regierung für den Krieg bestimmen können; denn sobald sie glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Überzeugung, und Sie mögen mehr Erfahrungen in der Politik und im Urteil haben als ich — ich kann nur nach meiner Überzeugung handeln.

Ich sage also: Wir müssen auf den Fall eingerichtet sein, daß wir in einem solchen Krieg unterliegen sollten; ja, ich bin nicht furchtsam genug, das vorauszusehen; aber die Möglichkeit kann doch niemand bestreiten. Bis jetzt sind es nur mutige Zivilisten (Heiterkeit), die meinen, keiner Verstärkung zu bedürfen; diejenigen Generäle und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unseren Souveränen, die persönlich Fühlung mit der französischen Klinge gehabt haben, die sind durchaus anderer Meinung. Wenn so furchtlose Leute der Meinung sind: Wir brauchen, um den nächsten Krieg mit Frankreich sicher zu bestehen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, die und die Verstärkung — dann finde ich es einen traurigen Mut, demgegenüber zu sagen: Sie irren sich, wir brauchen sie nicht, wir sind so stark genug. Ich sage: einen traurigen Mut, weil dieses mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der sagt: Wir schlagen die Franzosen auch sowieso. Meine Herren, da irren sie sich, die parlamentarischen Strategen! Sie unterschätzen die Macht von Frankreich: Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir, Frankreich hat ein kriegerisches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Sie unterschätzen die Franzosen in der allerirrtümlichsten Weise, und es wäre eine Überhebung, zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht.

Wenn aber die Sachen so zweifelhaft sind nach dem Urteil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menschlicher Berechnung vorhanden ist, daß wir geschlagen werden können — ja, meine Herren, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Votum tragen könnte. Es ist viel von ministerieller Verantwortlichkeit die Rede, aber ich habe nie gehört — vielleicht wird es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen —, daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen teilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richter unterliegen. (Bravo! rechts.) Wenn sie bewußterweise unser Land für den Krieg schwächen, dann halte ich ein solches Gesetz für ein Bedürfnis; ich werde beantragen, daß es eingebracht wird. Wenn wir unterliegen — ich wage diesen Gedanken ja gar nicht auszudenken; aber die Möglichkeit werden Sie mir doch nicht bestreiten, daß ebensogut, wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat und mit der größten Bereitwilligkeit und Hingebung der Regierung jede Kosten bewilligt hat, ohne auch nur je eine Sekunde darüber zu diskutieren. Ich erinnere Sie daran, daß mit gewissem Mitleid die französischen Blätter auf die Vorgänge im Deutschen Reichstag, und mit was für Schwierigkeiten die deutsche Regierung zu kämpfen hätte, wenn sie ihr Vaterland stärken wollte, hingedeutet haben.

Frankreich ist also unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir es einmal geschlagen haben, so liegt darin gar keine Bürgschaft, daß wir es wieder schlagen werden; wir müssen diese Bürgschaften, sobald sie nach dem Urteil unserer kompetenten Militärbehörden unzulänglich sind, verstärken. Wenn sie unzulänglich blieben, und wenn wir geschlagen würden, wenn der siegreiche Feind in Berlin stände, wie wir in Paris gestanden haben, wenn wir genötigt wären, seine Bedingungen des Friedens anzunehmen — ja, meine Herren, was würden dann diese Bedingungen sein?

Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut — wie die Franzosen sagen: Saigner à blanc, das heißt solange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten dreißig Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsräson und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rate zögen, wie das kriegführende Frankreich das gewohnt ist, 1870 ebensogut tun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später getan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der Fremdherrschaft im Lande angehört hätten — ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Aber das Geld ist ja das wenigste; man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein soviel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum dazu verlangen den Rhein abwärts. Auch das würde nicht genügen; man würde vor allen Dingen die Herstellung des Königreichs Hannover verlangen. (Bewegung.) Allein auf diesem Wege und auf keinem anderen ist das, was mir einer[8] von den Herren Welfen sagte, die Herstellung des welfischen Staates auf gesetzmäßigem Wege, möglich; denn der Friedensvertrag, den wir mit Frankreich — wenn wir überwunden sind, mit dem Sieger — abschließen, kommt ja in die Gesetzsammlung (Heiterkeit), und dann ist Hannover auf gesetzmäßigen Wege hergestellt. Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren. Uns in Polen lästige und erschwerende Bedingungen aufzuerlegen, ist solange recht schwierig, als man nicht mit Rußland einverstanden ist, und dieses Einverständnis, glaube ich, liegt sehr fern für Frankreich. Aber man könnte doch uns immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Garant derjenigen Rechte ist, welche der König von Preußen seinen polnischen Untertanen zu gewähren hat. Man könnte in dieser Garantie noch weitergehen nach anderen Richtungen.

Ich will das nicht weiter verfolgen; ich will Ihnen bloß die Möglichkeit schildern, der wir bei einem unglücklichen Kriege ausgesetzt sind. Halten Sie das für übertrieben? Meine Herren, Sie kennen die Zukunft doch nicht; was die Entschließungen eines supponierten französischen Siegers sein würden, das können Sie doch unmöglich wissen. Wir würden,

[8] Abgeordneter Dr. Windthorst.

wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf dreißig Jahre außerstand zu setzen, uns anzugreifen, und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht, wann — in seinen Wirkungen für Frankreich. (Bravo!) Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner à blanc.

Nun, meine Herren, ich kann mir danach nicht denken, wer überhaupt sich stark genug fühlt, die Verantwortung für die Möglichkeit des Eintritts solcher Zustände zu übernehmen. Die verbündeten Regierungen sind es ganz sicher nicht; die werden die Verantwortlichkeit dafür nicht tragen. Die verbündeten Regierungen haben — nach dem Eingang zur Bundesverfassung ist der oberste Zweck des Bundes der Schutz des Bundes und des Bundesgebietes —, sie haben dem Volk gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jederzeit vorhanden sei; der kann nicht improvisiert werden je nach dem Belieben einer parlamentarischen Majorität durch ein Budgetvotum, der muß dauernd vorhanden sein, der ist eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. (Bravo! rechts.) Und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortung dafür nicht zu tragen, sondern sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität und ihrer verfassungsmäßigen Rechte dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht minder geschützt bleibe, als es seinen Kräften nach sein kann. Das, was einstweilen nach dem militärischen Urteil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesatzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 16 000 Mann; also in der Dauer eines Septennats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um soviel stärker; es ist ein Gewicht, das einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben. Wollen Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen, daß dies Gewicht nicht zur Verfügung sei? Wir wollen es nicht, und ich bin überzeugt, es wird uns möglich sein, es zur Verfügung zu erhalten, mag Ihr Votum ausfallen heute, wie Sie wollen. (Bravo! rechts.)

Ob diese Einrichtung nun für längere oder kürzere Zeit getroffen werden soll, das ist eine Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in der jüngsten Zeit ja vorwiegend bewegt hat. Wir haben sie auf sieben Jahre verlangt aus keinem anderen Grunde, als weil die Ziffer von sieben Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war; weil wir der Überzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben überhaupt aus einer Reihe von Kompromissen besteht, und weil wir gern an ein früheres Kompromiß anknüpfen, so haben wir es unverändert aufrechtzuerhalten gesucht. Jede Ziffer ist mehr oder weniger willkürlich. Je länger die Dauer ist, um desto größer ist die Zahl der ausgebildeten Soldaten, die in Aussicht genommen wird, und um so weiter von uns entfernt liegt die innere Gefahr, daß wir in Krisen und Streitigkeiten über diese Frage gelangen. Es kann ja niemand entgehen, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund des Artikels 60 der Verfassung

ein neues Gesetz über die Präsenzzeit zu machen, sich aller unserer Schichten und Parteien eine gewisse Aufregung bemächtigt, die bedauerlich und unter Umständen auch eine gefährliche ist. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion dieser Frage eine gewisse Krisis — ich will nicht sagen ein Konflikt, aber die Besorgnis vor einem Konflikt. Es entsteht jedesmal die Frage: Was ist denn rechtens, wenn eine Vereinbarung nicht zustande kommt? — Nun, ich glaube, der Reichstag wird sich nicht darüber beschweren können, daß der Bundesrat bisher einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht hätte von seinem zweifellosen verfassungsmäßigen Rechte, jedem Gesetzentwurfe, der ihm vom Reichstage zugeht, seine Zustimmung zu versagen — auch solchen Gesetzentwürfen, deren Zustandekommen in der Verfassung vorausgesetzt ist. Der Bundesrat hat von diesem zweifellosen Rechte, der voll- und gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung zu sein, von der Tatsache, daß kein Budgetgesetz ohne seine Zustimmung zustande kommen kann, von der Tatsache, daß kein Gesetz über eine Präsenzzahl ohne seine Zustimmung zustande kommen kann, nie einen unbequemen Gebrauch gemacht; er ist, wie der Kaufmann zu sagen pflegt, kulant in dieser Beziehung gewesen. Wir haben Vorlagen recht unerfreulich verkümmert und verändert zurückkommen sehen, wir haben es ruhig hingenommen; aber es gibt im Interesse des Vaterlandes Grenzen, über die der Bundesrat dabei nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Grenze zu ziehen ist die Sorge, die in erster Linie den verbündeten Regierungen obliegt, wenn die auswärtige Sicherheit des Deutschen Reiches in Frage steht. (Bravo! rechts.) Sobald die ins Spiel kommt, werden wir haarscharf in der Benutzung unserer verfassungsmäßigen Rechte gegenüber Ihren Beschlüssen sein. Und ein Beschluß, der das Deutsche Reich wehrloser macht, als es nach unserer Überzeugung sein könnte, hat nie auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. (Bravo! rechts.) Daß bei den Verhandlungen einer so wichtigen Frage, bei der es sich gewissermaßen um Kopf und Kragen für Deutschland handelt, daß dabei der Bundesrat so kulant und entgegenkommend sein und ein Auge zudrücken wird und die Punkte auf das i nicht setzen wird, das erwarten Sie in einer solchen Frage nicht! Warum wollen Sie nun solche Krisen vervielfältigen, indem Sie sie womöglich alle Jahre herbeiführen oder doch alle drei Jahre? Wir haben eine Abneigung gegen solche Krisen und Konflikte. Wir wünschen Kompromisse und halten an dem Kompromiß von früher fest, und deshalb haben wir das Septennat vorgeschlagen.

Wenn dasselbe abläuft, so kommt immer die Frage: Was ist denn rechtens, wenn über das Präsenzgesetz nach Artikel 60 keine Vereinbarung der beiden Faktoren der Gesetzgebung stattfindet? oder was ist denn rechtens, wenn über das Budget keine Vereinbarung beider Faktoren herbeigeführt wird? Die zweite Frage will ich gar nicht berühren; sie liegt nicht vor, und ich halte es nach meiner diplomatischen Gewohnheit nicht für nötig, mich mit Fragen zu beschäftigen, die augenblicklich nicht brennend sind. Ich will bloß sagen: Was ist rechtens, wenn wir über die Präsenzziffer uns nicht einigen? Hört deshalb die Armee auf zu existieren? Das werden Sie selbst nicht behaupten wollen. Dann treten diejenigen Bestimmungen der Verfassung wieder in volle Kraft, die durch das auf Grund der Zusage von Artikel 60 gegebene Gesetz beschränkt sind. Das Gesetz auf Grund des Artikels 60 zieht die obere Grenze der Zulässigkeit der Präsenzziffer; der Kaiser kann nicht darüber hinausgehen. Nach diesem Gesetze dauert sie noch bis zum nächsten Jahr,

1888; wenn dieses Gesetz schwindet, ein neues nicht zustande kommt, dann sind wir weit entfernt davon, daß diese Grenze sinkt oder die Armee verschwindet, sondern es steigt die obere Grenze der berechtigten Präsenzstärke der Armee bis zu dem Satze des Artikels 59 der Verfassung: Jeder wehrfähige Deutsche hat drei Jahre lang bei der Fahne zu dienen.

Das ist dann unsere Präsenzziffer (Heiterkeit rechts), die wir erreichen dürfen. Das ist eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militärische Unbequemlichkeit, und deshalb hat die Verfassung, schon bevor das Versprechen im Artikel 60 entstand, durch den vierten Absatz des Artikels 63 das Moderamen gegeben, daß der Kaiser den Präsenzstand der Kontingente des Reichsheeres bestimmen soll. Also der Kaiser ist dann der Moderator, der allein zu sagen hat, wie hoch unter dem von Artikel 59 gegebenen Präsenzstand der letztere sein soll. Wenn wir nach Kaiserlicher Machtvollkommenheit strebten, dann wäre dieser Zustand für uns außerordentlich erwünscht, und wir könnten nur sagen: Stellen Sie die Sache so kurz wie möglich, es ist zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht schon da ist, dann würden wir uns wahrscheinlich nicht einigen können über den Inhalt des Gesetzes, welches auf Grund von Artikel 60 gemacht werden soll, und es würde dann der alte verfassungsmäßige Zustand wieder eintreten.

Es ist auch dann nicht die Möglichkeit, durch das Budgetrecht im Ausgabeetat dem entgegenzuwirken; denn in dem vierten und letzten Alinea des Artikel 62 ist ausdrücklich gesagt worden: Bei der Feststellung des Militärausgabeetats wird die auf Grund dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zugrunde gelegt.

Sie könnten uns also, ohne Ihrerseits sich vom Boden der Verfassung zu entfernen, gar nicht verweigern, wenn eine Präsenzziffer überhaupt nicht nach Artikel 60 der Verfassung gesetzlich festgelegt ist, das Ausgabenbudget dementsprechend einzurichten.

Wenn also keine Verständigung, die für die verbündeten Regierungen annehmbar ist im Hinblick auf die äußere Sicherheit des Deutschen Reiches, zustande kommt, so liegt durchaus kein Zustand vor, in dem die deutsche Armee von der Bildfläche zu verschwinden hätte; sondern es tritt ganz einfach die größere Kaiserliche Machtvollkommenheit, die die Verfassung stipuliert, wieder in Kraft. Um dem Reichstage die Mitwirkung dabei zu bewahren, ist der Artikel 60 geschaffen, und ist das Gesetz versprochen, das die Präsenzstärke, die der Kaiser nicht überschreiten darf, mit Zustimmung des Reichstags, das heißt durch ein Gesetz, feststellen soll. Diese Bindung existiert augenblicklich bis 1888 und existiert nur durch dieses Gesetz. Lesen Sie in allen Ihren gesinnungsbefreundeten Rechtsbüchern darüber nach: Rönne, Laband, lesen Sie andere — Sie werden immer finden, daß die Mitwirkung des Reichstags, der Einfluß des Reichstags auf die Höhe des Heeres allein beruht auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund von Artikel 60 gemacht werden, und die dem Kaiser in seiner Machtvollkommenheit eine niedrigere Grenze ziehen, als er nach der Verfassung haben würde.

Meine Herren, das ist doch eigentlich gar kein Grund, warum Sie so lüstern nach Krisen sind und alle drei Jahre, ja sogar jedes Jahr denselben Streit haben wollen, ob das deutsche Heer bestehen soll oder nicht; denn wenn Sie in diesem Streite anderer Meinung bleiben als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach dem Inhalte der Verfassung von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittieren sich ganz ohne Not darüber in einer Richtung, in der Ihren Willen durchzusetzen Sie nicht die

Macht haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben. Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen ohne Rücksicht auf den Kaiser und auf sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht, und demzufolge er befugt ist, in Sachen der Militärgesetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten: „Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Angelegenheiten gibt die Stimme des Präsidiums des Bundesrats bei Meinungsverschiedenheiten desselben den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht." Die bestehende Einrichtung ist doch immer die Präsenzziffer des vorigen Jahres und würde infolge des ausschlaggebenden Votums des Kaisers immer in Geltung bleiben, selbst wenn, was nicht denkbar ist, die Majorität des Bundesrats dagegen stimmte. Die verbündeten Regierungen werden aber vollkommen einstimmig sein, und ein solches Gesetz wird nie und in keinem Jahre zustande kommen, welches uns eine unzulängliche Armee durch das Budget oktroyieren wollte. Ich weiß nicht, warum Sie ein Bedürfnis haben, diese Krisen, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzurufen, als sie nach dem Kompromiß alle sieben Jahre stattfinden. Wir haben dieses Bedürfnis nicht; wir wünschen keine Krisen und keine Konflikte; wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten, das da ist. Über dieses hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben, und weichen keinen Nagel breit davon ab. (Bravo! rechts.)

Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstags nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammengesetzt wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixierung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstags abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! (Bravo! rechts.) Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemeinsamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe, wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zustande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf!

Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heeres von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also — mit anderen Worten — aus dem Kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben (Heiterkeit links), wird nicht gelingen. Mit anderen Worten: Dieses Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeit, und die Tatsache, die bei diesen Verhandlungen zur Kenntnis gekommen, daß es bei uns Leute gibt, die danach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein schon, über diese Frage an das Volk, an die Wähler zu appellieren, ob das wirklich die Meinung der Wähler ist.

— (Bravo! rechts. — Aha! links.) Ja, meine Herren, „Aha!“ haben Sie denn daran gezweifelt — das wäre ja vollkommen wunderlich — (Heiterkeit), daß wir an die Wähler appellieren werden, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlaments in jedem Jahr abhängt, daß die Hälfte der Armee entlassen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das, was die Sozialdemokraten noch bewilligen? Es ist ja auch eine sozialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich. — Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren. Wir wollen die Krisen und die Gefahr der Konflikte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einseitig ohne die Mitwirkung des Bundesrats und des Kaisers über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen. Gegen diesen Gedanken allein würden wir schon an die Wähler appellieren, ob dies der Wille des Volkes ist; und die verbündeten Regierungen sind ihrerseits entschlossen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses im Reiche und im Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit und des Heeres einzutreten. (Bravo!)

Von Seiner Majestät dem Kaiser werden Sie doch unmöglich erwarten, daß er in seinem neunzigsten Lebensjahre nun das Werk desavouiert und zu seiner Zersetzung mitwirkt, dem er die letzten dreißig Jahre seines Lebens gewidmet hat, der Schöpfung des Deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgend durch Ihr Verhalten uns die Überzeugung geben, daß Sie dahin streben, wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage, als den ich hier vor mir sehe, mit Aussicht auf mehr Erfolg fortzusetzen. (Bravo!)

Und dieser Entschluß liegt seiner Ausführung sehr viel näher, als Sie annehmen. Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch Verschleppung und Verzögerung möglicherweise setzen können — ich sage nicht: notwendigerweise —, wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Huene verteidigt die Kommission gegen die Angriffe des Reichskanzlers. Der Reichstag wolle die Heeresverstärkung bewilligen, nur die Zeitfrage wolle er anders festsetzen. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Referent ist im Irrtum, wenn er annimmt, ich hätte die Absicht gehabt, die Kommission anzugreifen und speziell den Herrn Referenten. Ich bin dazu um so weniger imstande gewesen, als es mir nicht möglich gewesen ist, den Bericht der Kommission überhaupt bisher kennen zu lernen. (Hört! Hört! — Bewegung.) Ja, meine Herren, Sie unterschätzen die Geschäfte, die ich habe. Außerdem muß ich sagen, daß mir der Kommissionsbericht und damit die Möglichkeit, ihn kennen zu lernen, nicht früher zugegangen ist als heute früh im Bette; da habe ich ein Konvolut von 64 gedruckten Seiten erhalten,

und ich habe seitdem nicht die Möglichkeit gehabt, dasselbe durchzulesen; ich habe eine Menge anderer Nebengeschäfte, das werden Sie mir zugeben (Heiterkeit), außerhalb meiner Reichstagstätigkeit. — Also der Gedanke, die Kommission und vor allem den von mir verehrten Referenten anzugreifen, hat mir ganz außerordentlich fern gelegen.

Was der Herr Referent sonst angeführt hat, daß ich eine Kritik über die Gegner gefällt hätte, das beruht ja doch auf einzelnen Meinungsverschiedenheiten. Was ist Wehrhaftigkeit? Und wann ist Wehrhaftigkeit vorhanden? Ist darüber die Kommission oder der Generalstab hier die entscheidende Behörde? Wenn der Herr Referent uns sein Referat gemacht hätte mit einem Artikel 1 in der Tasche, der in dem Enwurf weggefallen ist, dann hätte das Ding mehr Hand und Fuß. Aber was ist denn das Referat? Es ist ja die Schuld von niemand; es ist die Schuld der Divergenz der Ansichten, daß der Kopf, das eigentlich Entscheidende der Vorlage, gar nicht hier zu unserer Entschließung kommt. Darüber kann ich aber dem Herrn Referenten und auch selbst der Kommission gar keine Vorwürfe machen; denn ich kann die Kommission von der Notwendigkeit, heterogen zusammengesetzt zu sein, die in der Zusammensetzung des Reichstags liegt, nicht befreien. Also das ist ein Unglück, aber kein Vergehen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Hobrecht (nationall.) verteidigt die Regierungsvorlage und namentlich die siebenjährige Dauer in warmen Worten. Nach ihm erhebt sich Fürst Bismarck noch einmal:

Ich habe in der Hauptsache noch mal um das Wort gebeten, um eine Vergessenheit wiedergutzumachen, die ich vorher bei der Reichhaltigkeit des Stoffs begangen habe. Ich habe die Fälle, in denen wir meiner Ansicht nach unter Umständen einen Angriff von Frankreich zu erwarten haben, nicht so vollständig klargestellt, wie ich beabsichtigte; ich habe nur den Fall erwähnt, daß eine französische Regierung ans Ruder kommen könnte, die glaubte, uns an Rüstungen und Kraft so weit überlegen zu sein, daß sie des Sieges sicher wäre — wenigstens dieselbe Sicherheit hätte, welche die französische Armee im Jahre 1870 hatte, als sie gegen uns in den Krieg zog; ich habe aber einen anderen Fall, bei dem eine solche Siegessicherheit gar nicht so absolut notwendig ist, und den ich erwähnen wollte, übergangen, einen Fall, der doch auch ein ziemlich breites Feld in den Konjunkturen einnimmt, die wir machen müssen, wenn wir auf alles gerüstet sein wollen. Das ist der Fall, daß ähnlich wie unter dem dritten Napoleon die Unternehmungen nach außen hin als ein Sicherheitsventil für die inneren Angelegenheiten dienen sollten (Sehr richtig! rechts), daß man im Innern gewissermaßen nicht mehr weiß, wo aus noch ein, daß man in der Verlegenheit ist, aus der man sich dadurch zu ziehen sucht, daß man auf seinen friedliebenden Nachbar einhaut. Es wäre das namentlich ja möglich, wenn in Frankreich eine Regierung von militärischen Neigungen ans Ruder käme. (Hört! hört! rechts.) Ich will noch gar nicht sagen: eine militärische Diktatur, aber doch eine Regierung, die sich sagte: Ich weiß nicht, ob wir uns, wenn wir lediglich die inneren Fragen ansehen, hier werden halten können; wenn es uns aber gelingt, einen populären Krieg zu entzünden, so haben wir immer noch die Chance, daß wir uns halten, wenn wir siegen; werden wir geschlagen, dann ist es nicht schlimmer, als wenn wir so zur Abtretung genötigt werden, und wir haben dann wenigstens die ganze große Tragfähigkeit des französischen Patriotismus, der auch für eine geschlagene Regierung unter Umständen Partei nimmt, und der sich entzündet, wenn Frankreich im Kriege ist. In Frankreich ist eine Redensart: Dieser Regierung keinen

Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht! — ja absolut unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Da stellt sich jeder Franzose; der päpstliche Zuave und der Sozialdemokrat dienen alle unter einem Regiment, sowie das Vaterland in Gefahr ist. Bei uns — ich kann's nicht finden! (Unruhe im Zentrum und links.) Doch? Glauben Sie? Ich will es abwarten.

Also diese Möglichkeit liegt doch auch vor. Wenn Napoleon III. den Feldzug 1870 gegen uns, einen großen und schweren Krieg, der ihm den Thron kostete — in keiner Weise durch das Ausland genötigt — unternahm, lediglich weil er glaubte, daß das seine Regierung im Inlande befestigen würde — warum sollte dann nicht zum Beispiel der General Boulanger, wenn er ans Ruder käme, dasselbe versuchen? (Sehr richtig! rechts.) Ich würde ihm gar nicht einmal ein Verbrechen daraus machen, ich würde ihn gar nicht einmal beschuldigen, daß er dabei persönlichen Instinkten folge; ich würde immer annehmen, was ich von jedem französischen Offizier voraussetze — und auch jedem deutschen natürlich — daß er glaubte, auf diese Weise seinem Vaterlande besser zu dienen, als wenn er es unterließe. Ich würde ihm persönlich einen Vorwurf nicht machen. Aber das kann uns nicht abhalten, uns auch für den Fall einzurichten, daß Frankreich uns nicht überlegen zu sein glaubt, aber doch die Chance ausnutzen will, ob eine Regierung sich nicht durch einen Krieg noch halten kann, wenn sie durch den Frieden nicht haltbar wäre. Napoleon hat das gemacht; warum sollte es sein Nachfolger nicht machen, wenn wir uns eine Militärdiktatur in Frankreich als möglich denken — und sie ist oft dagewesen — warum sollte es nicht sein?

Nachdem ich einmal das Wort genommen habe, möchte ich dem Herrn Vorredner noch auf eine Frage erwidern, die er sich nicht angeeignet hat, aber die er doch wiederum gestellt hat: warum eigentlich das Ende des Septennats nicht abgewartet werde. Nun, es ist ja das eigentliche Septennat an sich doch mit der Augmentation, die wir haben wollen, nur eine Berechnung auf eine Zukunft, die wir möglichst fern wünschen, der gegenüber wir aber gewappnet sein müssen. Aber eins glauben wir gleich vom 1. April 1887 in Aussicht nehmen zu sollen: das ist die Verstärkung unserer Grenzbewachungen, die stärkere Besetzung der Vogesen-, Jura- und anderer Pässe und namentlich auch der Schwarzwaldpässe gegen den möglichen Einbruch über das, was wir die trouée de Belfort nennen. Diese Verstärkung schon vom 1. April dieses Jahres ab in Wirksamkeit treten lassen, das können wir budgetmäßig nicht, wenn wir nicht Ihre Bewilligung haben; die Mittel dafür, um so viel mehr Urlauber, Dispositionsurlauber heranzuziehen, haben wir nicht. Wenn durch eine Auflösung, die dazwischenträte, die Zeit vergehen sollte, so würde die Regierung vielleicht sich genötigt sehen, von den Möglichkeiten, die ihr das Militärgesetz bietet, momentan, weil sie fürchtet, die Kriegsgefahr zu verstärken, Gebrauch zu machen und nachher die Indemnität dafür zu fordern haben. Ich habe vorher schon gesagt, der Ausbruch des Krieges kann zehn Jahre dauern, er kann aber auch in zehn Tagen eintreten. Wenn er nun in zehn Wochen eintritt, dann müßten wir schon die 40 000 Mann zur Verfügung haben, und selbst wenn wir uns mit diesem Reichstage über das, was wir für unentbehrlich halten für die Sicherheit Deutschlands, nicht einigen sollten, würden wir doch gewisse Vorkehrungen schon treffen müssen, wenn gegen unsere Überzeugung das gegenwärtige friedlich gesinnte Ministerium in Frankreich früher abtreten sollte, als wir

wünschen. Wir wünschen ihm eine möglichst lange Dauer, weil wir glauben, daß, solange dies Ministerium dauert, wir Friedensstörungen nicht zu befürchten haben. Sie können mir darauf vielleicht mit einigem Recht erwidern: Wenn eine so wichtige Frage vorliegt, wo die Sicherheit des Reichs auf dem Spiele steht, dann hätte man die Bevölkerung schon früher darauf vorbereiten müssen, vielleicht schon vor zwei Jahren bei den Wahlen. Wir hatten aber immer noch die Hoffnung, daß es uns gelingen würde, die Stimmung in Frankreich zu besänftigen; nachdem wir indes sechzehn Jahre uns vergeblich bemüht haben, die Revancheideen zu beruhigen, und abgewartet haben, ob nicht endlich eine Regierung sich fände, die den Mut und die Kraft habe, den status quo, wie er ist, als einen dauernden zu akzeptieren, haben wir uns schließlich doch sagen müssen, daß es love's labour's lost wäre, daß unsere Liebesbemühungen ganz umsonst gewesen sind. Wir haben uns schwer dazu entschlossen, und diese ganze Äußerung, die ich heute ausspreche, hätte ich lieber zurückgehalten; wenn sie nicht notwendig gewesen wäre, um die Zustimmung des Reichstags zu gewinnen, wäre es mir lieber gewesen. Ich weiß auch nicht, ob ich sie gewinnen werde. Sie hätten also vielleicht verlangen können, wir hätten früher auflösen sollen, ad hoc für diese Frage, damit die Wähler in der Lage seien, zu wissen bei den Neuwahlen: Es handelt sich darum, ob die Sicherung gegen auswärtige Angriffe verstärkt werden soll, oder ob sie nur die gegenwärtige unzulängliche bleiben soll. Es ist ganz richtig, man muß für eine so wichtige Frage eigentlich vorher auflösen und die Neuwahlen ad hoc veranlassen. Wir sind überhaupt viel zu ängstlich in Bezug auf die Auflösungen. (Heiterkeit.) In England löst man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, mit dem Nachfolger sich leichter verständigen zu können als mit dem gegenwärtigen. Darauf bin ich jedoch nicht gekommen. Ich rechne auf gemeinsame Arbeit, nicht auf Parteieinflüsse. Unterblieben ist die Auflösung hauptsächlich deshalb, weil wir gar nicht darauf gefaßt waren, daß diese mäßigen Forderungen für die Verstärkung der Wehrkraft überhaupt auf Widerstand stoßen würden. Hätten wir das vorher mit einiger Sicherheit wissen können, so hätten wir allerdings mehr Zeit gewonnen, wenn wir uns in einer Kaiserlichen Proklamation an das Volk gewandt hätten, auf die Bedenken der militärischen Autoritäten darin aufmerksam gemacht und die Wähler klar vor die Frage gestellt hätten: Wollt Ihr, daß Deutschland stärker geschützt werde, als es bisher gewesen ist, oder wollt Ihr es nicht? Das ist nicht geschehen. Es wird aber unzweifelhaft geschehen müssen, wenn Sie uns nicht in den Stand setzen, diesen Schutz zu verwirklichen. (Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst leugnet zunächst, die Selbständigkeit Hannovers je aus der Hand des Auslandes empfangen zu wollen und verteidigt dann die dreijährige statt der siebenjährigen Dauer. Darüber sei man uneinig, über die Erhöhung der Präsenzziffer des Heeres in keiner Weise! Er begrüßt die guten Beziehungen der drei Kaisermächte, erklärt aber die Interessen Österreichs im Orient als identisch mit den deutschen. Die Frage der Zeit — drei oder sieben Jahre — sei keine Parole zur Auflösung des Reichstags. Fürst Bismarck entgegnet:

Die Rede des Herrn Vorredners war in der Hauptsache eine Widerlegung der Behauptung, mit der er sie einleitete, nämlich der Behauptung, daß er viel zu bescheiden wäre, um sein militärisches Urteil gegenüber dem des Feldmarschalls Moltke ins Gewicht zu legen. Die ganze Rede hat doch eigentlich eine Tragweite nur, wenn angenommen wird, daß in militärischen Dingen, in der Beurteilung der Frage, ob das, was Sie bewilligen wollen, der Forderung äquivalent ist, in der Beurteilung der Frage, was damit zu leisten

ist — wenn in diesen Fragen der Abgeordnete Windthorst dem Grafen Moltke, wie man sagt, „über“ ist. Wenn das der Fall ist, ja, dann hat das alles Hand und Fuß, was der Herr Abgeordnete soeben gesagt hat. Wenn aber das, was ich hier kurz mit „Graf Moltke“ bezeichne, das heißt die Gesamtheit militärischer Autoritäten, die für die Vorlage eintreten, wenn die recht haben, so ist eben die Sicherheit, die wir suchen, nur in der vollen Vorlage zu finden und nicht in dem, was die Herren uns anbieten. Den Unterschied zwischen dem Angebot und der Forderung nachzuweisen, das überlasse ich den militärischen Autoritäten, darüber bin ich nicht so kompetent.

Im übrigen gibt mir der Herr Abgeordnete Windthorst doch Veranlassung zu manchen Kritiken und Verwahrungen gegen das, was er gesagt hat. Er hat gesagt, wenn gewisse Verhältnisse eintreten, das heißt, wenn Hannibal ante portas sich befände, dann würde er ich weiß nicht was tun; ja — dann würde man den Beweis liefern, daß es in Deutschland keine Parteien gebe. — Es wäre mir viel lieber, wenn Sie heute schon den Beweis liefern wollten (Heiterkeit), daß es in Deutschland keine Partei gibt, sondern daß, wenn es sich um die Verteidigung des Landes, seine Unabhängigkeit gegen das Ausland, seine Sicherheit handelt, hier alles so einig ist wie in Frankreich und Italien, daß dann gar nicht viel gemäkelt und genörgelt, sondern einfach das, was die militärischen Autoritäten des Landes für unentbehrlich halten, bewilligt wird. Wenn dieses Maß von Patriotismus bei uns vorhanden wäre, dann würde ich gar nicht weiter das Wort ergriffen haben.

Dann hat der Herr Abgeordnete gesagt, wir lösten auf wegen der Frage, ob das Ganze, was er zu bewilligen behauptete, auf sieben Jahre oder auf drei Jahre bewilligt werde — überhaupt wegen der Zeitfrage. Das ist doch nicht ganz richtig. Wenn wir auflösen, das heißt, wenn Sie die Vorlage ablehnen — daß wir dann auflösen, darüber, habe ich doch gehofft, jedes Mißverständnis zu beseitigen durch meine erste Äußerung (Heiterkeit) —, also wenn wir auflösen, so ist es nicht wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Prinzipienfrage, ob das Deutsche Reich durch ein Kaiserliches Heer oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll! (Lebhaftes Bravo! rechts. O, o! links.) Das schreiben wir auf unsere Fahne bei der Auflösung; ob die wechselnde Majorität, die ich nur als die Majorität Windthorst-Richter (Rufe: Grillenberger!) bezeichnen kann — ich möchte das übrige, was zur Verfügung, zur vasallitischen Verfügung des Herrn Windthorst steht, gar nicht weiter aufzählen —, ob die alle Jahre oder alle zwei oder drei Jahre darüber bestimmen soll, ob Deutschland seine Armee, wie sie in der Verfassung grundrechtlich niedergelegt worden ist, behalten soll, oder ob sie reduziert werden kann, darüber werden wir abstimmen, darüber werden wir wählen. (Zuruf: Marine!) — Nun, meine Herren, die Marine ist nie angefochten worden, sie hat immer ein liberales Wohlwollen für sich gehabt. Sie hat von Anfang an zum Beispiel den Herrn Abgeordneten Rickert für sich gehabt; das ist doch schon etwas wert. (Heiterkeit rechts.)

Der Abgeordnete Rickert hat früher den General v. Stosch als Chef der Marine in einer Weise unterstützt — ja, wenn er den Kriegsminister so unterstützte, so würden wir auch in Bezug auf die Landarmee ein anderes Vertrauen zum Reichstag haben können. Unser Vertrauen ist überhaupt zum Reichstag vor Jahren größer gewesen, es hat allmählich abgenommen. Es hat den schwersten Stoß bekommen, als wir in diesem

Reichstag eine polnische Majorität gegen deutsche Interessen erlebten. (O, o! links.) Es hat den schwersten Stoß bekommen durch einen Eingriff zu Gunsten der polnischen Nationalität in die Unabhängigkeit der preußischen Verwaltung. Da, meine Herren, habe ich die Hoffnung auf Sie aufgegeben; wir hätten damals auflösen sollen wegen Ihres Polonismus, dann wäre der ganze Bulgarismus nachher nicht gekommen. (Heiterkeit.) Ich bin der Sache nur deshalb nicht nähergetreten, weil wir den Polonismus noch eine Zeitlang aushalten können; aber Wehrlosigkeit können wir nicht zehn Minuten aushalten. Werden wir da an die Wand gedrückt, so werden wir uns wehren mit der ganzen Entschlossenheit, die uns das Gefühl einer gerechten Sache gibt.

Der Herr Abgeordnete hat gemeint, wir verlangten durch die Auflösung, daß Männer gewählt werden sollten, die alles unterschrieben, die alles akzeptieren, was der Reichskanzler will. Das ist ja eine Übertreibung, die ich von dem Herrn in seinen Jahren doch kaum noch vermutet hätte. (Heiterkeit rechts.) Übertreibungen lassen sich bei jugendlichen Leuten rechtfertigen, aber so alt, wie wir beide sind, sollten wir uns doch mit dergleichen verschonen. Es kommt uns nur darauf an, Leute gewählt zu sehen, die mit demselben Patriotismus, mit derselben Zurückstellung der Parteifragen gegenüber der Frage des Patriotismus für unsere Wehrhaftigkeit stimmen, wie das in allen anderen Ländern mit alleiniger Ausnahme von Deutschland, der Fall ist, soweit parlamentarische Einrichtungen bestehen. (O, o! links. Bravo! rechts.) Die Nörgelei des Parlaments gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigentümlichkeit; ich weiß nicht, ob ich ihr verfallen würde, wenn ich Abgeordneter wäre; ich glaube nicht. Meine Herren, Sie sind damit auf einen falschen Strang geraten; überhaupt, ich rate Ihnen: Bremsen Sie so früh wie möglich. Die politischen Wege sind nicht so, wie wenn man sich auf freiem Felde zu Fuß begegnet. Da ist das Ausweichen unter Umständen nicht mehr möglich, und namentlich nicht mehr möglich, wo es sich um unsere Sicherheit handelt.

Der Herr Abgeordnete hätte gewünscht, daß die deutsche Politik ganz und voll mit Österreich ginge; er hat das nachher nach der Richtung noch erläutert, daß wir uns für die orientalische Frage mehr interessieren sollten, als wir bisher getan haben. Meine Herren, unsere Beziehungen zu Österreich beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle großmächtliche Existenz des anderen eine Notwendigkeit für den einen ist, im Interesse des europäischen Gleichgewichts; aber sie beruhen nicht auf der Grundlage, wie man es im ungarischen Parlament unter Umständen ausgelegt hat, daß eine von beiden Nationen sich und ihre ganze Macht und Politik vollständig in den Dienst der anderen stellen kann. Das ist ganz unmöglich. Es gibt spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen können; es gibt spezifisch deutsche Interessen, für die Österreich sich nicht einsetzen kann. Österreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibt; Deutschland hat dasselbe Interesse in Bezug auf Österreich; aber wir können uns nicht unsere Sonderinteressen gegenseitig aneignen. Wir haben von Österreich niemals verlangt und haben auch keinen Anspruch darauf, daß es sich in unsere Händel mit Frankreich mische. Wenn wir Schwierigkeiten haben mit England in Kolonialfragen, oder wenn wir mit Spanien über Lumpereien wie die Karolinen in Händel kommen (Heiterkeit), haben wir nie an Österreich einen Anspruch gemacht auf

Grund unseres freundschaftlichen Verhältnisses. Soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie und mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen. Aber was Österreich in Konstantinopel für Interessen hat, das wird Österreich allein zu beurteilen haben; wir haben dort keine — ich wiederhole das. Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst einmal mein Nachfolger sein wird, dann wird er ja entscheiden können, daß wir in Konstantinopel Interessen haben, die uns unter Umständen einen so schweren Krieg wie den mit unserem zweihundertmeiligen Grenznachbar, Rußland, ertragen lassen können; wir hätten nachher doch dafür die Genugtuung, daß am Bosporus das Regime herrschte, das wir gewollt und gewünscht haben; dafür können wir schon ein paar hunderttausend Menschen und ein paar Milliarden opfern! Denn, glauben Sie doch nicht, daß, wenn man solche Politik einmal falsch instradiert, man auf jeder Station umkehren kann; das ist nicht möglich. Wenn wir einmal das gegenseitige Mißtrauen erwecken, dann geht es auch, wenn keiner von beiden sich blamieren will, unaufhaltsam vorwärts. Die Politik zweier Großstaaten nebeneinander kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht kennen, in einem wüsten Walde, von denen keiner dem anderen vollständig traut; wenn der eine die Hand in die Tasche steckt, dann spannt der andere schon seinen Revolver, und wenn er den Hahn des ersten knacken hört, feuert er schon. So ist es bei Mächten, von denen jede Einfluß auf die Entscheidungen der anderen hat; da muß man das erste Mißtrauen und die erste Verstimmung der anderen sehr sorgfältig vermeiden, wenn man die Freundschaft bewahren will. Das alles wird der Herr Vorredner besser wissen als ich, wie ich überhaupt bedaure, daß er den Platz, den ich einnehme, nicht einnimmt; aber ich kann gegen den Willen des Kaisers nicht aufkommen.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, was wir denn zu befürchten hätten, wenn Rußland unser Verbündeter sei. Ich weiß nicht, woher er weiß, daß Rußland unser Verbündeter ist. Wenn er geheime Nachrichten aus Petersburg hat, daß Rußland mit uns ein Bündnis gegen Frankreich abschließen will, so würde ich ihm dankbar sein, wenn er mir das mitteilen wollte; das wäre patriotischer, als hier in die Öffentlichkeit solche Nachrichten zu lancieren, die ich für irrtümlich halte. Ich habe gestern noch die Ehre gehabt, mit dem russischen Botschafter zu Mittag zu essen; mir hat er nichts davon gesagt, daß er ein Bündnis vorschlüge. Ich habe mein Vertrauen dazu ausgesprochen, daß Rußland uns nicht angreife und nicht konspiriere mit anderen Mächten, daß es kein Bündnis gegen uns suche. Wir haben aber auf kein Bündnis zu rechnen, wenn wir mit Frankreich kämpfen. Das ist also eine irrtümliche Nachricht, zu deren zeitiger Widerrufung ich durchaus genötigt bin.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, das Verhältnis zu Frankreich sei 1881 schon dasselbe gewesen. Nun, meine Herren, das will ich politisch nicht bestreiten — wir haben immer friedliche Ministerien gehabt —, aber militärisch ist die Sache doch ganz anders. Die französische Armee war 1881 nicht so schlagfertig und nicht so stark wie heute; sie war es noch weniger 1874. Wir sind auch nicht die Leute, die gleich auf den ersten Eindruck, daß die Franzosen ein paar Bataillone mehr einziehen, nun an den Reichstag gehen und sagen: Der bedroht uns, wir verlangen mehr — sondern wir warten unsere Zeit ab. Wir haben in den letzten sechzehn Jahren — 1875 entstand ein falscher Kriegslärm, das Ergebnis einer künstlich aufgebauschten Intrige — nie die Absicht gehabt,

Frankreich anzugreifen, in den ganzen sechzehn Jahren auch nicht einen Augenblick; es ist eine elende Lüge gewesen, bei der fremde Intriganten tätig waren, daß wir jemals die Absicht gehabt hätten. Aber die französische Armee ist doch seit der Zeit eine ganz andere geworden. Das ist wieder eine Frage, in der es darauf ankommt, zu entscheiden, ob in dem Urteil über die Leistungsfähigkeit der französischen Armee der Graf Moltke oder Herr Windthorst der Kompetentere sei, und eine Widerlegung des Einleitungssatzes des Abgeordneten Windthorst, daß er sich mit dem Grafen Moltke nicht in Parallele stellen wolle.

Herr Windthorst hat an einer anderen Stelle gesagt und wiederholt, er glaube, daß wir Frankreich nicht nur gewachsen, sondern auch überlegen seien. Ich wiederhole, der Herr Abgeordnete wird doch nicht in die Rolle eines miles gloriosus verfallen wollen und mit dem sicheren Siege über Frankreich hier in diesen Räumen prahlen. Wenn so gewiegte Strategen, wie in den Regierungskreisen vorhanden sind, dem widersprechen und sagen: Es ist nicht unzweifelhaft — dann würde ich doch an Stelle des Abgeordneten, falls er wirklich glaubt, daß der Graf Moltke diese militärischen Sachen besser versteht, auf dies Thema nicht mehr zurückkommen.

Also daß das Verhältnis zu Frankreich militärisch nicht mehr dasselbe ist, das überlasse ich unseren militärischen Autoritäten zu beweisen. Den Angriff Frankreichs, muß ich sagen, ermutigen diese Verhandlungen schon. Welche materielle Macht hinter den Abgeordneten Windthorst und Richter steht, inwieweit das unsere Aktionen lähmt, darüber hat ein Franzose, namentlich in der Provinz, ein sehr unvollständiges Urteil, und die Möglichkeit, daß der Krieg entsteht, weil man uns unterschätzt, ist durch die Verschleppung der Verhandlungen, die in anderen Parlamenten in acht Tagen, in drei Tagen, in zwei Stunden erledigt würden (Oho! links), schon erheblich gesteigert. Wenn wir jetzt die französischen Angriffsneigungen ermutigt haben, dann weise ich den Herren, die uns solange aufgehalten haben, schon einen erheblichen Anteil an der Verantwortung für die Kalamität eines ausbrechenden Krieges zu. (Bravo! rechts. Unruhe links und im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner — er hat die finanzielle Frage nur leicht gestreift — Bezug genommen auf die schwere Lage, in der wir uns doch besonders hüten sollten. Zu deren Beleuchtung habe ich ein kleines Material hier mit; das ist eine Statistik über die Situation der Sparkassen in Preußen und über die Steigerung der Einlagen in den Sparkassen seit 1878, also seitdem die jetzige Gesetzgebung über den Schutz der inländischen Arbeit in Geltung ist. Ich erlaube mir, Ihnen darüber einige Mitteilungen zu machen, die Ihnen die Überzeugung geben werden, daß es so ganz schlecht mit dem Fortgang unserer Wohlhabenheit doch nicht bestellt ist. Nur die weniger Begüterten legen ihre Ersparnisse in den Sparkassen an, der Reichere legt sie in Papieren an und möglichst in den fremdartigsten vom Orient oder von Amerika, mancher auch in deutschen Konsols; bei der Sparkasse ist er nicht beteiligt. Etwa 1200 Millionen Rubel sind bei uns in den letzten Jahrzehnten in russischen Papieren investiert worden, diese und die Summen, die in unzähligen Papieren, inländischen und ausländischen — ich will keines nennen, um niemanden zu ärgern —, angelegt sind, sind ja sehr viel größer als alle die Summen, die in den

Sparkassen sich befinden. In die Sparkassen legt im allgemeinen nur der Arbeiter und der bäuerliche Besitzer, der Handwerker ein. Wenn Sie mir gestatten, Ihnen zu sagen, wie diese Einlagen seit 1878 sich gesteigert haben, so werden Sie zugeben, daß ein Rückschritt und ein sehr brennender Notstand nicht vorhanden ist. Im Jahre 1878 betrugen die gesamten Einlagen in den Sparkassen 1385 Millionen Mark im Preußischen Staate. Wenn ich annehme, daß der Preußische Staat sich zum Deutschen Reich verhält wie 3 : 5 — ich weiß im Augenblick das Verhältnis nicht genau —, so können Sie sich die Verhältniszahlen, wie sie für das Deutsche Reich gelten, ungefähr ausrechnen; denn im ganzen sind die Provinzen des Preußischen Staates nicht unbedingt die wohlhabendsten im Deutschen Reiche. Also die Einlagen betrugen zur Zeit, wo wir die jetzige Gesetzgebung über den Schutz der deutschen Arbeit einführten, 1385 Millionen. Die Gesamteinlagen betragen heute 2261 Millionen Mark in runder Summe, sie haben sich also seit der Zeit von 1878 gesteigert um 975 Millionen. Pro Kopf, jeden Säugling eingeschlossen, kamen an Sparkasseneinlagen im Jahre 1885 — bis dahin läuft meine Berechnung — in runder Summe 80 Mark, das macht also, wenn man eine Familie durchschnittlich aus vier oder fünf Mitgliedern bestehen läßt, zirka 400 Mark auf jede Familie; die hat sie zurückgelegt in der Zeit von sieben Jahren, von 1878 bis 1885. Ich will daran weiter keine Bemerkung knüpfen als die Behauptung, daß die Angabe des Herrn Abgeordneten Windthorst über die schwierige Lage eine Fiktion und eine unrichtige Angabe ist. Alle anderen Klassen, abgesehen von denen, die in die Sparkassen die Gewohnheit haben einzulegen, den Arbeitern, kleinen Landwirten und Handwerkern, sind in demselben Falle. Zu welchem Zwecke wird also die Fiktion immer benutzt in der Presse und von den Gegnern der Regierung, als wenn Deutschland durch ungeschickte Gesetzgebung der Regierung einer immer fortschreitenden Verarmung entgegengeführt werde? Das ist eine Entstellung, eine dreiste Lüge; sie wird durch diese ziffernmäßigen Angaben auf das klarste entkräftet.

Der Herr Abgeordnete hat ferner sich gewundert, warum wir an den sieben Jahren festhalten. Ja, ich habe ganz klar gesagt: Wir wollen keine Häufung der Krisen. Es wäre vielleicht noch nützlicher, wenn wir einen längeren Termin gewählt hätten. (Zuruf: Äternat.) — Auf ein Äternat würde ich nie eingegangen sein, weil das Äternat dem Kaiser in seinem Einflusse auf die Armee eine viel zu starre Grenze setzt. — Es wird die Armee wahrscheinlich, solange die anderen Mächte fortschreiten, fortschreiten müssen; die Bevölkerung schreitet ja auch fort. Wir haben einen längeren Termin nicht gewollt aus Achtung vor der Bestimmung der Verfassung im Artikel 60, der einen Einfluß, wie der Herr Abgeordnete sich ausdrückt, des Reichstags auf diese Angelegenheiten wünscht, nur darf der Einfluß nicht darin bestehen, wie er sagte, auf Reduktionen zu drängen. Er sagte, sie würden auf Reduktion nur drängen, wenn ein Mehr nicht nötig wäre. Aber das ist ja eine petitio principii, denn das Urteil, ob ein Mehr nötig ist, legen Sie ja den Drängern bei. Sie wollen uns also, wenn Sie glauben — ungeachtet der gegenteiligen Überzeugung der Regierung —, daß weniger nötig sei, zwingen, die Armee zu reduzieren. Dazu werden sich die Regierungen, denen die Sicherheit des Vaterlandes zu sehr am Herzen liegt, niemals hergeben: sie werden sich niemals von Ihnen reduzieren lassen.

Das Septennat also halten wir fest, um den Anlaß zu Krisen nicht zu häufen. Ich sagte vorher: Sind Sie, meine Herren, denn so lüstern nach Krisen, wollen Sie diese alle

Jahre haben — nun, solange ich lebe, kommen Sie heran! —, Sie werden einen Fels im Meere finden bei allen Ihren Krisen!

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, es sei eine unberechtigte Andeutung, die ich gemacht hätte in Bezug auf die Möglichkeit der gesetzmäßigen Herstellung des welfischen Königreiches. Es ist hier in diesen Räumen gesagt: Eine Wiederherstellung des Welfenreiches ist nur auf gesetzmäßigem Wege zu erstreben. Ein anderes Mittel, das gesetzmäßig zu erreichen, als das von mir angedeutete, sehe ich aber kaum, und daß Herr Windthorst den Gedanken daran so weit von sich weist, es als eine Art Beleidigung betrachtet, wenn man sagt, dabei werde auf französischen Beistand gerechnet, dem steht doch die Erinnerung entgegen, die uns allen lebendig sein wird, die Erinnerung an die welfische Legion innerhalb Frankreichs. Die hat ja, wie ich glaube, Jahr und Tag dort garnisoniert, wartend auf den Moment, wo Napoleon auf Deutschland losschlagen würde, um in seinem Gefolge auf die deutschen Brüder loszuhauen; und das ist nicht etwa eine rein zufällige Erscheinung. In authentischen Briefen von König Georg, die mir vorgelegen haben, ist ausdrücklich geschrieben, daß er hoffte, durch Kaiser Napoleon in sein Reich wieder eingesetzt zu werden. (Hört, hört! rechts.) Also seien Sie nicht so empfindlich. Es ist Ihnen nicht angenehm, aber die Leute leben noch meist alle, die das alles mitgemacht haben. Haben die ihre Gesinnungen seitdem vollständig geändert? Ein Zeugnis haben sie uns gegenüber noch nicht abgelegt, wir sehen sie uns gegenüber in derselben Zurückhaltung, sie folgen dem Führer der Opposition, dem Abgeordneten Windthorst, in allen seinen Angriffen auf die Reichsregierung zu keinem anderen Zwecke, als um uns die Existenz sauer zu machen; unmöglich können sie doch dabei eine andere Absicht haben.

Ich glaube, ich kam schon darauf, daß der Abgeordnete wiederholt die französische Armee unterschätzt und geglaubt hat, er könnte sie leicht schlagen; ich möchte vor dieser Unterschätzung doch außerordentlich warnen. Es zeigt die volle Unerfahrenheit des Zivilisten in militärischen Dingen, wenn man glaubt, daß die französische Armee ein Gegner sei, über den man so leicht zur Tagesordnung übergehen könnte mit ein paar Redensarten. Ich habe schon vorhin gesagt, wenn Worte Soldaten wären — in der Beredsamkeit ist der Herr Vorredner jedem Franzosen überlegen; aber in Beziehung auf militärische Leistungsfähigkeit glaube ich es nicht. Ich habe in Frankreich gelebt und kenne die Franzosen ziemlich genau: ich wünsche nur, daß wir ihnen ebenbürtig bleiben. In manchen Beziehungen sind wir überlegen, in der Zahl sind sie uns aber überlegen; Sie unterschätzen ihre militärische Qualifikation. Aber der Abgeordnete Windthorst glaubt ja auch hier den Leuten, die gegen die Franzosen gefochten haben, überlegen zu sein in seinem Urteil.

Er hat ferner damit begonnen, daß er sagte: Endlich sind uns Mitteilungen gemacht. Nun, wo hätte ich die Mitteilungen machen sollen? Der ersten Beratung beizuwohnen, wenn noch zwei bevorstehen, ist mit meinem Alter und Gesundheitszustand nicht immer verträglich. Auf Verhandlungen in der Kommission aber in wichtigen Fragen mich einzulassen, halte ich für taktisch nicht angezeigt. Die Kommission ist ja doch nur die Marterkammer für die Regierungskommissarien, in der versucht wird, was man ihnen abpressen kann, ohne sich seinerseits zu irgend etwas zu verpflichten. Die Kommission ist gar nicht imstande, ein zweiseitiges Geschäft abzuschließen mit den Vertretern der Regierung, und dazu bin ich ein zu alter Diplomat, um mit jemandem, der keine Vollmacht hat, mich in

Verhandlungen einzulassen. Alles, was ich gesagt habe, steht bombenfest. Aber alles, was die Herren in der Kommission sagen, die Versicherungen, die sie geben über die Geneigtheit, jeden Pfennig und jeden Mann zu bewilligen, können mir nachher gar nichts mehr helfen; das verschwindet alles im Plenum, daran ist niemand gebunden. Darum ist die Kommission ein so ungünstiger Kampfplatz für die verbündeten Regierungen. Da, wo wirklich ernsthafte, schwere, und, ich möchte sagen, Interessen, die an Kopf und Kragen gehen, zu verhandeln sind, da werde ich mich auf Kommissionsverhandlungen niemals einlassen. Es ist von Ihnen eine Ungerechtigkeit, daß Sie uns erst einmal, wie man das im Handel und Wandel, ich möchte sagen, im Pferdehandel versucht, jemanden, dessen Äußerungen zu nichts verpflichten, auf den Leib schicken, um von uns herauszupressen, was Sie irgend herauspressen können, und dann nachher sagen: Alles, was wir gesagt haben, gilt nichts mehr, wir schließen uns dieser oder jener Äußerung an. Ihre Geschäftsordnung erlaubt Ihnen das, aber Ihre Geschäftsordnung hat für uns gar keine Verbindlichkeit, wenigstens glaube ich durch mein früheres Verhalten auch schon gezeigt zu haben, daß ich mich in ernsten Fragen auf Kommissionsverhandlungen nicht einlasse. Ich habe in der Kolonialsache einmal eine Ausnahme gemacht; „exceptio firmat regulam". In der Kommission, wo sich ein bündiges Abkommen in keiner Weise erreichen läßt, erscheine ich nicht; ich bin zu alt und zu matt, um dort meine Kräfte nutzlos zu vergeuden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

19. Sitzung des Deutschen Reichstags.

12. Januar 1887.

Nach Reden der Abg. v. Helldorf, Graf Behr (kons.), Hasenclever (Soz.) und des Kriegsministers v. Bronsart hält Abg. Windthorst eine längere Rede, in welcher er die Behauptungen des Kanzlers über König Georg V. von Hannover entrüstet zurückweist und Bismarcks Bündnis mit Italien 1866, seine Beziehungen zu den aufständischen Ungarn damit vergleicht. Bezüglich der Heeresverstärkung wiederholt er ausdrücklich, daß Zentrum und Freisinn jeden Mann und jeden Groschen bewilligen wollen, nur an der dreijährigen Bewilligung festhalten. Er tadelt dann Bismarcks Bezeichnung „Kaiserliches" Heer als verfassungswidrig. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Vorredner sagt: „Ich bewillige jeden Mann und jeden Groschen auf drei Jahre; dann werden wir wieder zusammenkommen und sehen, ob das noch nötig ist; und wenn wir, die Abgeordneten, finden, daß es nicht mehr nötig sei, so werden wir — wie er in seiner gestrigen Rede sagte — darauf dringen, daß das Heer vermindert werde." Der Herr Vorredner mutet uns also zu, daß wir das Vertrauen nicht nur auf den guten Willen, sondern auch auf die militärische Einsicht desjenigen Reichstags haben sollen, welcher über drei Jahre hier wiederum versammelt sein wird. Weiß denn der Herr Vorredner, wie der beschaffen sein wird? Ist denn die Majorität, über die der Herr Vorredner jetzt disponiert, so gleichartig, so sicher, so unanfechtbar, daß er auch nur auf ein gleiches Verhältnis wie jetzt rechnen kann? Diese Majorität, das Konsortium, welches die oppositionellen Parteien gegen die Regierungen im Reichstage bilden, setzt sich doch aus den heterogensten Elementen zusammen und kann sehr leicht durch den Abfall von einem dieser Elemente vollständig erschüttert und verkehrt werden. Wenn zum Beispiel auch nur die

25 Sozialdemokraten unter der Führung des Redners[1], den wir heute hörten, zu einer anderen Seite übergingen oder sich lossagten von dieser jetzigen Majorität, wenn die zum Beispiel gouvernemental würden, so würde das einen Unterschied von 50 Stimmen machen, da auf der einen Seite 25 abzuziehen, auf der anderen 25 zuzurechnen wären. Wenn auch nur die Polen und Protestler, Leute aus dem Elsaß, dasselbe Manöver machen, so leidet die Majorität auch schon Schaden. Ich will von den Welfen gar nicht reden, die ja aber finden könnten, daß es des Kulturkampfes genug wäre, und daß sie sich mal mit ihren eigenen Angelegenheiten ohne die Leitung des Herrn Abgeordneten Windthorst beschäftigen wollten. Noch größer wäre die Bresche in diese Majorität, wenn beispielsweise die fortschrittliche Satrapie dem zentralen Sultanat den Gehorsam aufkündigte. Die Majorität besteht ja nur auf dieser ganz eigentümlichen Verschmelzung der heterogensten und untereinander widerspruchsvollsten Elemente, die zufällig in der Negation und in der Abneigung gegen die Persönlichkeiten der jetzigen Regierung einig sind; une haine commune vous unit, sobald dies aufhört, sobald Sie irgend etwas Positives schaffen sollen, so sind Sie ja vollständig uneinig, so sind Sie ja keine Majorität. Sie können gar nicht wissen, wie diese Majorität nach drei Jahren sein wird, und auf diese geben Sie uns eine Inblankoanweisung! Auf die Majorität, die dann vorhanden sein wird, sollen wir das Vertrauen haben, welches notwendig ist, um in ihre Hände, in die Hände dieser Majorität, die Verfügung zu legen über das Palladium des Reiches, wie der Herr Abgeordnete selbst am Schlusse seiner Rede sehr würdig und richtig sagt! Ohne die Armee ist das Reich, ist die Ordnung nicht denkbar, ohne diese Grundlage des Rechtsschutzes würde die ganze Verfassung nicht zustande gekommen sein, wie ich gestern schon gesagt habe, der Schutz des Bundes ist unsere erste Aufgabe. Auf eine solche Majorität will uns der Herr Vorredner die Anweisung geben, daß wir auf sie Vertrauen haben sollen, und daß wir uns dem aussetzen sollen, daß sie nach drei Jahren schon wieder drängt?

Meine Herren, vielleicht ist die Majorität nach sieben Jahren ebensowenig berechenbar; aber weil gerade jedesmal eine schwere Krisis damit verbunden ist, weil es eine unsichere Rechnung ist, weil dem Artikel 60 der Verfassung Genüge geschehen muß mit irgendeinem Termine, und weil wir das Aternat nicht wollen, das eine Fessel für den Kaiser wäre, falls er mehr braucht, als bewilligt ist, während der Ewigkeit — aus diesen Gründen haben wir uns an sieben Jahre gehalten; auch nach dem Grundsatz, daß das konstitutionelle Leben eine Reihe von Kompromissen ist. Wir haben dieses Kompromiß einmal gemacht 1874, als es zuerst zustande kam — ich lag schwer krank im Bette, und in meinem Krankenzimmer haben die Verhandlungen stattgefunden sowohl mit den Ministern wie mit Seiner Majestät dem Kaiser, den Abgeordneten, die zu mir kamen —, es war namentlich der Herr Abgeordnete Miquel, der die Verhandlungen mit mir geführt hat. Wir haben sieben Jahre vorgeschlagen, wir hätten ebensogut zehn oder elf Jahre vorschlagen können oder, wie die Dienstpflicht im Heere es mit sich bringt, zwölf Jahre. Ich hatte mich zu entschließen; ich war der einzige, dem im leidenden Zustande die Verantwortlichkeit dafür oblag, ob damals auf eine solche Frage hin aufgelöst werden sollte oder nicht, und im Interesse des Friedens bin ich auf die sieben Jahre, wie sie mir gebracht waren, eingegangen; aber doch nicht in der Absicht, diese Konzession immer wieder als die Basis

[1] Hasenclever.

zu einer neuen Forderung gelten zu lassen. Dann können wir nicht wieder zu Kompromissen kommen. Im Interesse der Kompromisse halte ich an den sieben Jahren unbedingt fest. Wir haben sie, zwei siebenjährige Perioden, gehabt, wir sind bereit, diese siebenjährige Periode weiter zu geben, aber auf eine kürzere nicht einzugehen, wie ich das schon gesagt habe.

Der Herr Vorredner ist seiner Sache mit den künftigen Majoritäten sicherer, als ich glaube, daß er sein könnte. Die Verhältnisse sind weder bei uns, noch in England, noch in Frankreich so, daß bei der Zerfahrenheit der Parteien irgend jemand auf eine feste und klare Majorität in der Zukunft rechnen könnte. Hätten wir bei uns zwei große Parteien, wie es früher in England Whigs und Tories waren, und zwei Parteien, deren jede doch immer den Fall im Auge hatte, wenn sie in der Opposition lebte, daß sie auch mal wieder regieren könnte — die waren vollkommen vertrauenswürdig eine für die andere. Mit unseren, ich weiß nicht, neun oder zehn Parteien, aus denen sich das Konsortium der Majorität künstlich aufbaut, ist gar kein Bund und Rechnung auf die Zukunft möglich. Die lange Dauer des Kulturkampfes hat im Zentrum zufällig Elemente von heterogener politischer Richtung lange Zeit vereinigt. Sind Sie gewiß, daß auch nur das Zentrum fortdauern wird, wenn der Kulturkampf vollständig beseitigt ist? Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst ist vielleicht der Meinung, daß man, um das Band der Partei, an deren Spitze er steht, zu erhalten, auch etwas Kulturkampf im Feuer behalten muß. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Windthorst: Nein, nein!) Er hat uns auch schon den Kampf wegen der Schule angekündigt, der an Heftigkeit und Bedeutung den bisherigen weit hinter sich lassen würde.

Nun, dieses Band, was Sie bisher vereinigt hat — sind Sie darüber ganz zweifellos, daß das halten wird? Der Herr Abgeordnete ist bei den Neuwahlen der Wiederwahl aller bisherigen Fraktionsgenossen sehr sicher. Ich möchte nur auf eine der wichtigsten Provinzen seines Reiches in der Wahl verweisen; das ist auf Bayern. Der bayrische Wähler ist in seiner großen Mehrheit monarchisch und katholisch gesinnt. Solange er die Übezeugung hat, daß sein König und dessen Rechte und die Rechte des bayrischen Staates überhaupt bedroht sein könnten; sobald er die Überzeugung hat, daß die katholische Kirche bedroht sei, und daß dieselbe Empfindung in Rom geteilt wird — solange mag er für Sie wählen. Wenn er aber zweifelhaft darüber werden sollte, ob die Dynastie, ob der König, ob der römische Stuhl ferner diese Opposition billigt — ich weiß nicht, ob darüber Zweifel sein können —, aber wenn sie entstehen, sind Sie dann Ihrer Wähler ebenso sicher, wie Sie es waren? — Ich wundere mich, von dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst das sonst so bereite Ja nicht zu hören. (Heiterkeit.)

Ähnliche Irrungen in der Berechnung können doch auch noch anderswo vorliegen. Wir können die Wahl ja nicht voraussehen. Auf die Haltung der Regierungen können die Wahlen ja keinen Einfluß haben; die Regierungen haben ihre Überzeugung festgelegt nicht nach dem Wunsch des Reichstags oder nach dem Ausfall der Wahlen, sondern ausschließlich nach ihrem Pflichtgefühl, nach ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes und für seine Unabhängigkeit und die Integrität unseres Landes. Diese Erwägungen werden dieselben bleiben, auch wenn genau derselbe Reichstag, mit derselben Majorität, wieder vor uns steht. Durch ein nochmaliges

Urteil des Reichstags kann die Verpflichtung der Regierung, ihrerseits als dauerndes und nicht wechselndes Element für die dauernde, fundamentale Institution unserer Verfassung, das Heer, zu sorgen, nicht erledigt werden; — die Verpflichtung bleibt auf den Regierungen lasten.

Keine Verfassung kann ohne Kompromiß existieren. Wenn Sie vom Kompromiß abgehen, wie wir dasselbe Ihnen wiederum anbieten, so schaffen Sie eine Situation, die immer von neuem auf den Konflikt mit Notwendigkeit hindrängt. Sie verlangen wegen des Ausfalls der Wahlen, wenn diese nach Ihren Wünschen ausfielen, daß die Regierungen ihre Überzeugungen ändern und dann sagen sollen: Alles das, was wir vor einigen Monaten behauptet haben — wir geben zu, daß es ein Irrtum ist; oder daß wir sagen: Wir geben es nicht zu, wir halten es für die volle Wahrheit, wir sind nach wie vor bedroht; aber aus Feigheit vor dem neugewählten Reichstag tun wir unsere Pflicht nicht und wollen das deutsche Volk minder wehrhaft sein lassen, als es sein kann. Das können Sie von den Regierungen nicht, und namentlich nicht von so starken, monarchischen Regierungen, wie sie im Bundesrat sitzen, erwarten. Ich wiederhole, was ich gestern sagte: Sie kompromittieren sich ganz unnütz für ein Spiel, in dem der Trick für Sie gar nicht in den Karten steckt, wo gar nichts zu gewinnen ist.

Der Abgeordnete Windthorst hat vorhin, um den Mangel an zutreffender Schärfe in seiner Deduktion auszugleichen, mit sehr gehobenem Tone seinen Entschluß kundgegeben, für die Verfassung und für die Volksrechte einzutreten. Ja, meine Herren, das sind gerade wir, die hier für die Verfassung und für die Volksrechte eintreten; die Verfassung ist auf unserer Seite und das Wohl des Volkes. — Ich weiß nicht, ich hörte einen unartikulierten Ton, der vielleicht einen Zweifel an dem ausdrückte; aber ich bin ganz bereit, darüber Rede zu stehen. Ich habe das gestern schon entwickelt: Die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite; und der Herr Vorredner hat auch, um die Schwäche seiner Argumentation — trotz des gehobenen Tones blieb sie erkennbar— zu verdecken, plötzlich die Preußische Verfassung herangezogen und die Tatsache, daß die beschworen wäre. Ja, die wird bestehen bleiben; auch die Deutsche Verfassung wird bestehen bleiben. (Bravo!)

Das sind ja eben Sie, die dagegen ankämpfen, gegen die verfassungsmäßige Institution einer Kaiserlichen und dauernden Armee; Sie wollen sie zu einer Parlamentsarmee machen. Ich nenne eine Parlamentsarmee eine solche, deren Bestand von der wechselnden Majorität des Parlaments abhängig ist. Das hat die Verfassung nicht gewollt. Hätten wir das, als die Verfassung gemacht wurde, gewußt, daß wir je einem Reichstag mit einer solchen Majorität uns gegenüber befinden würden, oder daß diese Forderung jemals aufgestellt werden würde von einem Reichstag, dessen Majorität für die polnischen Interessen gegen die deutschen gestimmt hat — hätten wir das voraussehen können, dann hätten wir dem Reichstag nicht, als wir die Verfassung machten — ich habe den ersten Entwurf gemacht —, solche Rechte, wie wir ihm gegeben haben, bewilligt, weil wir gefürchtet hätten, das Vaterland in Gefahr zu bringen. Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstags gerechnet, auf eine ganz andere Wirkung der Institution und der erhebenden, begeisternden Tatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten des Leidens endlich einmal einig ist, sicher in ihrer politischen Existenz, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen

das Ausland, sicher, in Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten beraten zu können; wir haben geglaubt, daß das so erhebend wirken werde auf Leute, die die Entbehrungen von allen diesen Dingen auf sich haben lasten gefühlt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten, wie sie hier vorliegen, nie gelangen würden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Darin haben wir uns geirrt! Auch das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat, um die Rolle zu spielen, die Sie jetzt spielen. (Bravo! rechts. Zischen im Zentrum und links.)

Also die Verfassung, ich wiederhole es, ist auf unserer Seite; das Volksrecht, der Volksschutz ist auf unserer Seite. Wir wollen das Volk schützen, wir wollen den Frieden schützen; Sie wollen es darauf ankommen lassen, Sie sagen: O wo, vielleicht wird es doch nicht Krieg, und wenn es Krieg gibt, so werden wir siegen, ganz gewiß siegen; — das hat der Herr Vorredner gesagt; dabei spielt er doch immer wieder den Zivil-Moltke, das ist doch nicht zu leugnen. (Große Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat mich kritisiert, weil ich die Armee eine Kaiserliche nannte, und gesagt, eine Kaiserliche hätten wir gar nicht. Nun, die Anfechtbarkeit dieses Ausdrucks von jemand, der eine kritische Spitze probieren will, ist mir ja von Hause aus ganz klar gewesen, und ich gebe ihm gern zu, daß, wenn ich Kaiserliche Armee sage — ich habe schon gestern mit jemand darüber gesprochen —, ich mir sehr wohl bewußt bin, daß der Ausdruck nicht genau der Verfassung entspricht; ich habe ihn nur der sprachlichen Kürze wegen gebraucht. Soll ich jedesmal sagen: Die Königlich preußische, Königlich bayrische, Königlich württembergische, Königlich sächsische Armee, die vereinigt sind zu einem Reichsheer? — Das würde ja Ihre Zeit unendlich ermüden. Mit diesen kleinen Erinnerungen gegen sprachliche Ausdrücke bringen wir wirklich die Sache nicht vorwärts; mögen Sie die Armee Kaiserliche nennen oder wie — ich hätte sie monarchische nennen können; aber das hat auch wieder sein Bedenken: wir haben Republiken in Deutschland, die Hansestädte, und außerdem macht das so den Eindruck, als ob ich die Armee als rein im Dienste der Monarchie gegen die Demokratie oder gegen sonst jemand gedacht hätte — kurz, ich bleibe dabei — der Herr Abgeordnete möge es mir nicht übelnehmen — ich werde auch ferner den Ausdruck Kaiserliches Kriegsheer und Kaiserliche Armee gebrauchen; ich werde niemand damit zu nahe treten, und ich glaube, ich habe erläutert, was ich damit meine. Es ist eine sprachliche Kürze. Wir reden ohnehin beide vielleicht mehr, als notwendig ist; lassen Sie uns also doch wenigstens den Vorteil, die Sache etwas abzukürzen. Außerdem wird die Armee doch unter gewissen Umständen eine rein Kaiserliche; einmal sobald Krieg ist, dann namentlich, sobald von Präsenzziffer die Rede ist. Nach Artikel 63, viertes Alinea, hat der Kaiser die Verpflichtung — ich habe das schon gestern gesagt — hat der Kaiser den Präsenzstand zu bestimmen, den Präsenzstand der Kontingente des Reichsheeres. Nun, das ist doch eine Kaiserliche Funktion, die in Bezug auf das ganze deutsche Heer geübt wird. Dem Herrn Abgeordneten ist es vielleicht entfallen, daß das in der Verfassung steht. Es ist überhaupt eine fleißigere Lektüre der Verfassung zu empfehlen — er hat neulich gesagt, er könne nicht mehr lesen; aber wenn er sich die Verfassung öfter vorlesen ließe (Heiterkeit), dann würde er auf den Gedanken nie kommen, daß die Verfassung auf seiner Seite sei.

Der Herr Vorredner und auch andere Redner haben erwähnt, die Marine passiere doch in jedem Jahre ganz ruhig die Szylla und Charybdis der Bewilligung. Ich habe schon gesagt: Das ist erfreulich. Ich möchte aber doch auch sagen, wie der französische Dachdecker: Cela va bien, pourvu que cela dure. Wenn Sie auf den Gedanken kommen sollten, uns Schiffe auf ein Jahr oder drei Jahre zu bewilligen, die nachher wieder im Aufstreich zu verkaufen sind oder wieder abzuschaffen oder wieder abzulehnen, dann würde auch die Glätte, mit der bisher die Marinebudgetverhandlungen sich entwickelt haben, doch sehr bald aufhören. Ich weiß nicht, warum Sie zu Wasser kulanter und militärisch einsichtiger sind als zu Lande. Aber hier sind wir nun einmal zu Lande, und ich kann mich auf Ihre Liebenswürdigkeit und Urteilsfähigkeit, die Sie zu Wasser entwickeln, nicht einlassen. (Heiterkeit.)

Die kürzeren Fristen haben alle den Hintergedanken, die Entscheidung über die Stärke des Heeres nicht nur in die Majorität des Reichstags zu legen, sondern den Irrtum, die Legende zu erzeugen, als ob sie bereits in derselben läge. Sie wollen unvermerkt unter dem Vorwand, daß Sie es immer gehabt hätten, eine Besitzergreifung vollziehen. Die würde vollzogen sein, wenn wir uns jetzt von unserer traditionellen Vorlage des Septennats durch Sie herunterdrücken ließen auf drei Jahre, und schon aus dem Grunde tun wir es unter keinen Umständen. Eine Veränderung des Reichsstaatsrechts und des Begriffs desselben in der ganzen Nation ist es, wenn die verbündeten Regierungen sich auf das einlassen, was die Majorität uns vorschlägt, und wenn sie sich zurückziehen von dem, wofür die Vorlage ursprünglich eingetreten ist.

Der Herr Vorredner hat mir nachher verschiedene Vorwürfe gemacht, auf die ich doch noch mit einer Erwiderung eingehen muß. Er hat mir vorgeworfen, wie ja öfter, persönliche Anfechtungen, die ich gestern ihm gegenüber ausgeübt hätte. Ich habe, soviel ich mich erinnere, gar keine Kritik des persönlichen Verhaltens des Herrn Vorredners gestern ausgesprochen; ich habe seinen Namen meines Wissens überhaupt immer nur genannt als Parteiführer. Das ist auch lediglich ein Bedürfnis sprachlicher Kürze. Wenn ich „Windthorst" sage, die Partei Windthorst, so meine ich immer Herrn Richter mit (Heiterkeit) und das ganze Heergefolge. Ich kann sie unmöglich immer aufzählen, ich weiß sie kaum auswendig, alle die Völkerschaften, die hinter Herrn Windthorst marschieren. Also bitte ich, mir die sprachliche Kürze zu gestatten, daß ich die gesamte heutige Opposition, die auch zum Teil aus dem Zentrum besteht, das Zentrum im engern Sinne, die Welfen, die Polen, die Elsaß-Lothringer, soweit sie nicht konvertiert sind, die Sozialdemokraten und die Volkspartei unter dem Namen des Führers der Opposition begreife.

Der Herr Abgeordnete hat vorher gegen die Tatsache protestiert, daß er in Verbindung mit den Sozialdemokraten und mit dem Abgeordneten Grillenberger genannt worden ist und hat gesagt, er verkehre sehr freundschaftlich mit diesem Herrn zwar — (Abgeordneter Dr. Windthorst: Das habe ich nicht gesagt!) aber er wünschte nicht, immer mit demselben identifiziert zu werden. Ich weiß nicht, ich habe ihn so verstanden, als ob er im bürgerlichen Leben doch nicht mit ihm einig wäre. (Zuruf.) — In den politischen Grundsätzen — richtig! das war es, da ist er nicht einig. In der Theorie mag er nicht einig sein, aber in der Praxis gehen sie immer Hand in Hand. Die ganze Fraktion Windthorst einschließlich der Sozialdemokraten marschiert in geschlossener Kolonne. Die Po-

litik, die der Führer verfolgt, ist eben so, daß die Sozialdemokraten sie mit Vergnügen mitmachen können (Heiterkeit); sie ist geeignet, das Bestehende zu erschüttern, in Bresche zu legen und in Zweifel zu setzen; (Abgeordneter Dr. Windthorst: Ich bitte ums Wort!) und das können die Sozialdemokraten immer mitmachen. Es mag geschehen, aus welchen Gründen es wolle, Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten nie in die Lage kommen, anders zu stimmen als wie das Zentrum. (Widerspruch im Zentrum. Ruf: Oho!) — Es muß so lange her sein, daß mir kein Fall erinnerlich ist. (Zuruf: Getreidezölle!)

In der polnischen Frage — ich bekümmere mich ja mehr um das Auswärtige als um das Innere — in der polnischen Frage, in der bulgarischen Frage waren sie einig; da hätten die Sozialdemokraten beinahe sogar die Führung übernommen, aber doch immer gestützt auf die „Germania", die doch nicht ganz ohne Fühlung mit dem Zentrum sein kann — sonst wäre die Reputation, deren sich dies Blatt erfreut, eine sehr ungerechte. Aber in allen auswärtigen Fragen, wo die Sicherheit und das Ansehen des Reiches am meisten interessiert ist, da haben die Sozialdemokraten nie einen Anlaß gehabt, einen anderen Weg zu gehen, als er ihnen vom Zentrum vorgezeichnet war. Ist das nicht richtig? Ist das nicht jetzt wieder der Fall? Es mag in einzelnen Fällen vorgekommen sein, daß sie dissentiert haben; aber ich kann mich im Augenblick keines Falles erinnern, wo die Opposition des Zentrums gegen die Regierung von der Art gewesen wäre, daß die Sozialdemokraten sie nicht hätten mitmachen können, oder wo das Zentrum der Regierung so nahe getreten wäre, sie zu unterstützen, daß die Sozialdemokraten einen andern Weg gegangen wären. Klären wir uns einmal darüber auf; ich lasse mich ja gern belehren. (Zuruf: Zölle!) — Die Zölle haben die Sozialdemokraten zum Teil mitbewilligt. (Widerspruch.) — Das tut mir leid; das ist aber doch schon recht lange her. Das war 1878. (Zuruf: 1884!) — Ich glaube, es war 1878 oder 1879, und wir schreiben jetzt 1887. Also wenn Sie kein neueres Datum mir anzuführen wüßten — — (Zuruf: 1884!) Wir wollen das Zwiegespräch nicht fortsetzen, das möchte den Herrn Präsidenten beunruhigen. Ich behaupte nur, daß ich persönliche Anfechtungen gegen Herrn Abgeordneten Windthorst gestern nicht gemacht habe; ich habe ihn nur als Zentrumspartei, als Opposition im allgemeinen genannt; ich sehe in ihm die Negation verkörpert, und das habe ich nur bezeichnen wollen.

Dann hat er mir gesagt, er habe keine Ambition, Minister zu sein. Ja, ich klebe noch immer etwas an den ersten Traditionen, die ich auf der Universität eingesogen habe über die Kriterien eines konstitutionellen Regiments, das ja hauptsächlich nach englischem Muster sich richtete — es ist schon lange her; da wurde im allgemeinen der Grundsatz aufgestellt: Man hat nur insoweit das Recht, Opposition zu machen, als man bereit ist, wenn die Regierung sich nicht darauf einläßt oder deshalb zurücktritt, die Regierung selbst zu übernehmen. Das mag ja heute nicht mehr gelten. Der Herr Abgeordnete sagt, er hat nicht den Ehrgeiz, Minister zu werden; aber er hat vielleicht doch den Ehrgeiz oder die Absicht, denen, die es sind, das Gewerbe möglichst zu erschweren; wenn er dabei sich ganz außerstande fühlt, es seinerseits besser zu machen, und absolut darauf verzichtet, so ist es eigentlich kein gemeinnütziges Gewerbe, nur den öffentlichen Dienst zu erschweren, ohne in sich die Fähigkeit und die Absicht zu verspüren, es jemals besser zu machen. Wenn ich mich darauf berufe: Werden Sie doch Minister an meiner Stelle! — so habe ich nur sagen

wollen: Ich werfe Ihnen die unkonstitutionelle Auffassung vor, daß Sie es für erlaubt halten, einem Minister in Lebensfragen, wie diese ist, so das Leben schwer zu machen, ihn vielleicht in die Unmöglichkeit einer Weiterführung der Geschäfte zu versetzen, ohne daß Sie — die Fähigkeit ist ja bei dem Herrn Vorredner vorhanden — die mindeste Lust verspüren, die Bürde, die Sie dem anderen unerträglich machen, ihm nachher abzunehmen. (Abgeordneter Dr. Windthorst: Wollen noch darüber sprechen!)

Dann hat der Herr Abgeordnete eine Bürgschaft übernommen, die ich doch nicht in meiner amtlichen Stellung akzeptieren kann: das ist die Bürgschaft für die Friedensliebe Frankreichs. Er hat offen erklärt, daß die Franzosen uns nicht angreifen werden. Nun, er mag ja die französischen Verhältnisse und Neigungen durch die vielen Quellen, die ihm seine katholischen Beziehungen geben, vielleicht genauer kennen als ich; aber sind diese Quellen auch ihrerseits vollständig gut unterrichtet, so, daß sie die Stimmung dort kennen? Ist es nicht vielleicht mehr das geistliche und gläubige Frankreich, mit dem er Beziehungen haben kann? Das amtliche Frankreich, wie es augenblicklich beschaffen ist, ist ja auch friedlich gesinnt. Ich habe da mehr mein eigenes Urteil, ich möchte sagen, naturwissenschaftliches und historisches Urteil über das Naturell der Franzosen. Ich glaube, wie ich gestern schon sagte, daß sie uns angreifen, wenn sie entweder des Sieges sicher zu sein glauben, oder wenn sie finden, daß sie im Inlande nicht mehr aus noch ein wissen und versuchen wollen, wenn sie mit dem patriotischen Sturm auf das Ausland losgehen, ob das ihnen nicht eine stärkere Haltbarkeit ihrer heimischen Zustände wieder verleiht. Es ist ja schon mancher Krieg gemacht in der Absicht, die inneren Verhältnisse zu befestigen, warum sollten die Franzosen das nicht auch tun? Der Herr Abgeordnete Windthorst ist der Meinung, das sei nicht der Fall. Wenn es nun doch geschieht, was tun wir mit ihm? Sollen wir ihn den Franzosen ausliefern? (Heiterkeit.) Jedenfalls ist er dann verantwortlich.

Er hat dann trotz aller Proteste wieder in der Frage, ob die Franzosen gefährliche Gegner für uns wären, es besser gewußt als der Graf Moltke; er hat wieder gesagt: Sie sind vollständig ungefährlich. Der Herr ist immer entrüstet, wenn ich ihm sage, er glaube die Sache militärisch besser zu verstehen, in welcher ich mir kein Urteil anmaße. Wenn Graf Moltke mir sagt: Wir sind wohl sicher, die Franzosen zu schlagen — so bescheide ich mich; wenn er mir aber sagt: Es ist doch nützlich, daß wir uns etwas stärker machen, wir können nicht wissen, es ist eine ganz ausgezeichnete Armee, hat sich sehr gut im Felde geführt, wir müssen unsere Verstärkung im Auge haben — so glaube ich ihm auch, und ich möchte gern den Herrn Abgeordneten zu demselben Maß von Bescheidenheit auf militärischem Gebiete herunterdrücken, das ich habe.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir vorgeworfen, ich hätte die Karolinenfrage einmal für sehr wichtig gehalten, und dann hätte ich sie eine Lumperei genannt. Der Herr Abgeordnete verwechselt dabei zwei Dinge, die ja heute zusammengehören, die aber damals nach meiner Meinung nicht zusammengehörten: das sind die Karolinen und Spanien. Ich halte die Karolinen noch heute für eine Lumperei, das, was wir dort erwarten und erstreben konnten, war ein Geschäft von ungefähr — ich glaube mich zu erinnern — 60 000 Mark jährlich. Die deutschen Kaufleute, die da waren, setzten, entweder einer oder alle zusammen, 60 000 Mark oder vielleicht 120 000 Mark um; — wie viel dabei

reiner Gewinn war, weiß ich nicht. Wegen dieser Sache mit Spanien Krieg zu führen, wäre mir nie im Traume eingefallen; und hätten wir eine Ahnung haben können, daß Spanien, welches 1877 amtlich zugegeben hatte, auf unsere und die Anfrage Englands amtlich erklärt hatte, daß es keinen Anspruch auf die Karolinen mache — hätten wir ahnen können, daß Spanien mit seinem Anspruch plötzlich hervortreten würde, so hätten wir von diesem ziemlich wertlosen Besitze — es war das Geschäft zweier Handelshäuser — die Finger gelassen. Denn ein Krieg mit Spanien ist zwar nicht gefährlich für unsere innere Sicherheit — wir wohnen zu weit voneinander entfernt; aber es wäre doch immer eine sehr kostspielige Sache gewesen, und unser Handel mit Spanien, der sehr erheblich ist, hätte sehr darunter gelitten. Also ich bezeichne die Karolinen noch heute als eine Lumperei, und gerade weil es eine Lumperei ist, habe ich mit Spanien deshalb Frieden haben und den Krieg nicht herbeiführen wollen. Weil Spanien die Sache aus einem sehr viel höheren Tone nahm, als wir voraussetzen konnten, und uns zum Teil durch Verletzungen und Beleidigungen das Erhalten des Friedens sehr erschwerte — nach französischen Traditionen hätte man vielleicht einen vollen Kriegsanlaß daraus genommen — haben wir uns an die Weisheit und Friedensliebe Seiner Heiligkeit des Papstes gewendet, und der hat uns vertragen und auseinandergesetzt. Dadurch sind wir die Lumperei der Karolinen allerdings wieder losgeworden; aber wir sind dadurch der sehr wichtigen Frage der Möglichkeit eines Krieges mit Spanien, in dem wir nichts weiter zu gewinnen hatten als eben die Interessen der Firma Gernsheim und irgendeiner anderen, aus dem Wege gegangen. Das war durchaus eine sehr ernsthafte Sache, für die wir dankbar sein können. Ich weiß nicht, warum der Herr Vorredner diese Sache wieder aufgewärmt hat. Er stand da wieder in Sympathie mit einer anderen sonst nicht reichsfreundlichen Partei, der Volkspartei. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Payer war derjenige, der auch von den Karolinen sprach, wenn ich nicht irre, bei der ersten Diskussion; ich erinnere mich, das gelesen zu haben. Also der Führer dieser bunten gesamten Opposition, dieses Konsortiums, hat doch Fühlung mit allen einzelnen Teilen seines Heeres, und so auch mit der Volkspartei hier wieder bei den Karolinen.

Der Herr Abgeordnete hat ferner auch mit einem gewissen Pathos, das mir bewies, daß er darauf Wert legte, gesagt, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern, und hat dadurch einen gewissen sozialistischen Ton angeschlagen, den wir neuerdings in den Zeitungen, besonders in der „Germania“, gefunden haben. In der „Germania“ geht es ja bis zum Hetzen zum Klassenhaß. Ich hatte den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete, als er das sagte, sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrte und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte, daß er die Arbeiterfrage nur einschieben wollte, weil die Arbeiter eine ganze Menge Stimmen haben. Er sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich sehe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so gibt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es gibt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand gibt, mich bittet, hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht,

daß ich mich setzen möchte. Ich kenne deshalb die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wie viel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört; das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne: für die Sicherheit des Reiches einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit jeden Tag und alle ohne Ausnahme. (Bravo!) Sie beurteilen unsere Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finasserien über den Gewinn von parlamentarischem Übergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter, beherrscht zu werden als von der Regierung des Königs. Das sind alles Irrtümer, und das haftet bei den Leuten auch nicht, das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurteilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten, und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben — eigentliche Arbeiter sind sie nicht mehr.

Nun hat mir der Herr Vorredner vorgeworfen, daß ich gestern die Toten noch beunruhigt hätte — auf eine für die siegende Seite wenig chevalereske Weise, indem ich den Schatten des Königs Georg zitiert hätte. Er hat getan, als wenn ich das mutwillig herbeigebracht hätte, und hat gesagt, er würde das nicht zur Sprache bringen, wenn er nicht angegriffen wäre. Ja, ich habe ihn gar nicht angegriffen. Ich habe nur die Folgen geschildert, die eine volle Niederwerfung des Deutschen Reiches durch die Franzosen haben würde, und habe unter den Folgen die Wiederherstellung des Königreichs Hannover genannt. Das ist doch das Wahrscheinlichste und Nächstliegende, was die Franzosen tun würden, um das Deutsche Reich in seinem Zusammenhange und Preußen als Hauptglied des Reiches zu schwächen. Auch Holstein würden wir abtreten müssen und einiges andere. Darauf hat der Herr Abgeordnete in seiner Rede gesagt, ich sollte ihm irgendeinen Hannoveraner nennen, der jemals beabsichtigen könnte, mit den Franzosen zusammen gegen Deutschland zu marschieren. Da habe ich ihm zugerufen: König Georg V.! Der Herr Abgeordnete hat mich provoziert, er hat das Bedürfnis, jedesmal seinerseits tapfer für sein Welfentum einzutreten. Er hat gesagt: Nennen Sie mich immerhin einen Welfen, ich bin stolz darauf. Ich akzeptiere die Erlaubnis und werde ihn in Zukunft immer einen Welfen nennen und für einen Welfen halten.

Er hat angedeutet, als ob durch meine Äußerung die Verdienste des X. Armeekorps irgendwie geschmälert würden, die diese ausgezeichnete tapfere Truppe sich im Kriege erworben hat. Ja, meine Herren, das ist doch auch wohl nur gesagt, um eine Unzufriedenheit anderer und vielleicht des X. Armeekorps zu erregen, was nicht gelingen wird. Die Taten des X. Armeekorps sind ja ganz andere, sie bewegen sich in einer ganz anderen reichstreuen Richtung, als die Haltung der Welfenpartei sowohl hier im Hause als im Lande. Das X. Armeekorps, die Hannoveraner im ganzen, sind eine Stütze des Reiches; das kann ich doch von der Welfenpartei hier im Hause nicht sagen, und ich habe Vorwürfe über diese, wie sie der Herr Abgeordnete vorgebracht, gar nicht gemacht. Ich habe nur Tatsachen angeführt, und die Tatsachen sind ganz unwiderlegbar. Die Verteidigung war vielmehr auf meiner Seite. Herr Windthorst hat die Neigung der Hannoveraner, ich meine das hannoversche Haus, sich durch Frankreich wieder in den Besitz setzen zu

lassen, damit entschuldigt, daß wir die Verhandlungen mit dem König Georg in Nikolsburg und hier in Berlin „schnöde" abgewiesen hätten. Nun, das Wort „schnöde" hat der Herr Präsident schon moniert. Wir haben sie abgewiesen; das ist richtig; aber noch viel — ich will nicht sagen schnöder, aber schärfer sind unsere Bestrebungen abgewiesen worden, im Frühjahr 1866 mit Hannover zu verhandeln. Wir haben der hannoverschen Regierung, dem König Georg, damals angeboten: Wir sehen den Krieg voraus mit Österreich, versprecht uns, neutral zu bleiben, dann habt Ihr das Wort des Königs von Preußen, daß Euch nichts geschieht; wir verlangen nicht Euren Beistand, wir verlangen nicht, das Verhältnis im Siebenjährigen Kriege zu wiederholen — wo die hannoveranischen Truppen an unserer Seite gefochten haben —, wir verlangen nur Euer Wort, daß Ihr stillsitzen wollt, dann werden wir Euer Territorium respektieren und Euch als neutrale Macht betrachten, und der Krieg mag ausfallen, wie er will, Ihr werdet sicher sein, in Eurem Besitz zu bleiben. Es wurde darauf eingegangen, und das Verhältnis war eine Zeitlang sogar so freundlich, daß eine Verlobung einer hannöverschen Prinzessin mit einem preußischen Prinzen im ersten Frühjahr 1866 in Verhandlungen mit dem Grafen Platen, der damals mich zu diesem Zwecke besuchte, geplant wurde und soweit zustande kam, daß die jungen Herrschaften sich bloß noch einmal sehen sollten, um zu entscheiden, ob sie sich konvenierten. So vertraut und freundschaftlich war unser Verhältnis. Da kamen plötzlich verschiedene einflußreiche Persönlichkeiten — ob mit oder ohne Auftrag von Wien, das weiß ich nicht —, die den König Georg umgestimmt haben. Er fing an zu rüsten und Truppen auszuheben (Abgeordneter Dr. Windthorst: Im Generalstabswerk steht's anders!), in der Absicht, seine Armee zu verstärken, eine Absicht, die mit der Neutralität nicht verträglich war. Wir erkundigten uns nach den Gründen — es war im Frühjahr —, und es wurde uns geantwortet, wegen der möglicherweise bevorstehenden Teuerung der Preise wollte man statt des Herbstmanövers ein Frühjahrsmanöver machen. — Sie kennen die bekannte Phrase: Zum Frühjahr wird der alte Fritz ein Herbstmanöver machen — und so wurde uns auch damals geantwortet. Die Antwort kann ich wohl, ohne zu weit zu gehen, eine schnöde nennen. Inzwischen war ein hoher Herr und Verwandter des hannoverschen Hauses[1] nach Hannover gekommen und hatte dort Anerbietungen gemacht, auf die ich nicht zurückgreifen will, hatte von 800 000 Österreichern gesprochen und hatte den König überzeugt, daß der österreichische Sieg ganz sicher sein würde. Er hatte gesagt: Wer weiß, wie es ausfällt, wenn die Österreicher siegen — während wir sagten: Wenn Ihr mit Preußen geht oder auch nur neutral bleibt — denn mehr als das verlangen wir nicht —, so seid Ihr ja ganz sicher nach dem Ausgange — einen Bundesgenossen und ebensosehr einen Neutralen, der das Wort des Königs hat, kann Preußen ja gar nicht anfassen und wird es auch nicht; mit dem muß es nachher unterhandeln —; unterliegen wir, dann könnt Ihr immer sagen: So wie wir nach der geographischen Lage von Hannover zwischen Magdeburg und Minden liegen, war es uns ganz unmöglich, wir haben die Neutralität akzeptieren müssen. Das konnte dem König von Hannover niemand zum Vorwurf machen. Nichtsdestoweniger hat man Neigung gehabt, über uns herzufallen, und vielleicht in der Absicht — die Zeugen, die ich dafür habe, kann ich nicht nennen, deshalb will ich es nicht sicher behaupten — eine territoriale

[1] Prinz Solms, Halbbruder Georgs V.

Vergrößerung im Falle des Unterliegens Preußens zu gewinnen, in der Absicht hat man sich schließlich auf österreichische Seite gestellt.

Nun, das nenne ich in der Tat eine doch wenigstens unfreundliche Zurückweisung und insbesondere, nachdem die Verhandlungen einmal soweit gediehen waren, daß wir glaubten, der Neutralität sicher zu sein, und nahe daran waren, unsere fortdauernde Freundschaft durch eine Familienverbindung zu befestigen. Gerade wenn man in der geographischen Lage des Königreichs Hannover war, so mußte man Preußen nicht in diese Versuchung führen. Es war ganz ähnlich mit Seiner Hoheit dem Herzog von Nassau, der eine Politik führte, die überall möglich gewesen wäre, nur nicht unter den Kanonen von Ehrenbreitstein. Auch die Politik, wie sie Hannover führte, eine aktiv gegen Preußen eingreifende Politik, war überall möglich, nur nicht zwischen Minden und Magdeburg, in unserem Rücken, während wir mit Österreich zu tun hatten. Es ist da wenigstens nicht klug operiert worden. Ich habe zu all diesen nachträglichen historischen Reminiszenzen gar keinen Anlaß als den starken Ausdruck sittlicher Entrüstung, den ich hier vorhin auf der Tribüne gehört, und der mich wenig berührt hat.

Nun, meine Herren, kann ich Ihnen nach diesem Exkurs, in dem ja viele Wiederholungen sind von dem, was ich gestern gesagt habe, nur nochmals die dringende Bitte aussprechen: Entschließen Sie sich, schon in der zweiten Lesung die volle Vorlage mit dem Septennat anzunehmen.

Ich wiederhole Ihnen, daß wir das, was der Abgeordnete Windthorst „jeden Mann und jeden Taler“ nennt, auch dann auf drei Jahre nicht annehmen würden, wenn das eine wirkliche Wahrheit wäre, daß wir jeden Mann und jeden Taler erhalten, und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht das Beispiel geben wollen, Kompromisse, die einmal beschlossen sind, wieder zu lösen und zu verlassen; wir wollen Sie auf diesem Wege nicht ermutigen, und wir wollen die Anlässe zu Konflikten und Verstimmungen nicht häufen.

Die Auflösung eines Reichstags ist ja ein vollständig verfassungsmäßiges Mittel. (Zuruf: Gewiß!) Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst sagt, daß ich dabei Leute zu erreichen hoffte, die zu allem Ja sagen, was ich wünsche, so macht er den Wählern ein falsches Bild von meinen Wünschen. Ich glaube, ich habe mich nie in der Welt als einen unbilligen und bis zur törichten Überhebung unbilligen Menschen gezeigt, und bei jedem, der mich kennt, wird der Abgeordnete Windthorst mit dieser Charakteristik von meiner Person keinen Glauben finden. Ich habe mit der konservativen Partei ja manchen Strauß gehabt, und die Galle ist mir in meinem Leben sehr viel öfter übergegangen über meine Freunde als über meine Gegner; aber nichtsdestoweniger habe ich mich nie dazu veranlaßt gesehen, irgend jemandem wegen Meinungsverschiedenheiten Vorwürfe zu machen. Ich glaube im Gegenteil, die Herren Führer der Opposition sind durch den blinden Gehorsam, den sie als Herrscher über gebogene Knieen in ihren Fraktionen zu finden gewohnt sind, ihrerseits so verwöhnt (Oho! links und im Zentrum), daß sie auch den Widerspruch der Regierung nicht mehr vertragen. Ich bin vielleicht der einzige Mensch, der im Laufe des ganzen Jahres es wagt, dem Abgeordneten Windthorst zu widersprechen. (Große Heiterkeit.) Ist hier im Reichstage irgendeiner, der die Courage dazu hat — außer den Sozialdemokraten? Diese haben den Mut —, aber von den übrigen sind alle in der Furcht vor dem Herrn Parteichef, und der ist seinerseits keinen Widerspruch gewohnt

und gerät in Zorn und sittliche Entrüstung, nur weil ich anderer Meinung bin als er über die Auflösung. Darum keine Feindschaft! Kommen Sie alle wieder, dann werden wir uns ganz dieselben Reden über drei Monate hier halten, die wir heute gehalten haben; aber die Überzeugung der verbündeten Regierungen und ihre feste Entschlossenheit, in Bezug auf die Wehrhaftigkeit des Volkes, die sie für notwendig halten, nicht um ein Haar breit nachzulassen, wird in drei Monaten dieselbe sein wie heute. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

20. Sitzung des Deutschen Reichstags.

13. Januar 1887.

Nachdem Abg. v. d. Decken für die Bewilligung der Heeresverstärkung, aber nur für ein Jahr gesprochen und die Hoffnung auf gesetzmäßige Wiederherstellung Hannovers durch Preisgabe der preußischen Annexionspolitik ausgedrückt, verteidigt Abg. Richter zunächst die unabhängige Presse gegen den Vorwurf des Kanzlers, zum Kriege mit Rußland gehetzt zu haben; sie habe nur der allgemeinen Empörung über den Schurkenstreich gegen den regierenden Fürsten von Bulgarien Ausdruck gegeben. Er behauptet dann, der Zweck der kommenden Auflösung des Reichstags sei, ein willfähriges Parlament zu gewinnen, das als „Bewilligungsmaschine" der absolutistischen Regierung Deckung gewährt. Er sieht eine Verfassungsänderung voraus und hofft trotz allem auf den Sieg der Freisinnigen. Nachdem Abg. Buhl noch gewarnt hat, die Militärfrage zu einer Wahlparole zu machen, erklärt Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete Richter hat, wie ich vernehme, in seiner heutigen Äußerung, die ich zu meinem Bedauern nicht gehört habe, gesagt, es wäre nicht wahr, daß in der bulgarischen Frage im letzten Herbst die Presse der verschiedenen Oppositionsparteien die Regierung beschimpft hätte wegen ihrer friedlichen Politik; es sei Entstellung, daß die Presse zum Kriege mit Rußland aufgefordert hätte. Er hat ferner gesagt — nach meiner Version —: Der Reichskanzler ist der bulgarischen Justiz durch eine diplomatische Note in die Arme gefallen, um zu verhindern, daß die Hochverräter usw.

Nun, diese Äußerungen nötigen mich, Ihre Zeit, die, wie ich glaube, ja sehr kostbar und gemessen ist (Heiterkeit), doch mit retrospektiven Mitteilungen in Anspruch zu nehmen, die ich ursprünglich nicht beabsichtigt habe. Ich erlaube mir hiermit, der Öffentlichkeit diejenigen amtlichen Depeschen zu übergeben, die wir in Bezug auf das „In-den-Arm-Fallen der Justiz" damals mit Sofia gewechselt haben. Das eine ist eine Instruktion aus Berlin vom 1. September an Herrn v. Saldern in Sofia:

> Suchen Sie nach Möglichkeit zu hindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Die friedliche Erledigung der Krisis würde durch solche wesentlich erschwert werden.

Das ist alles, und das ist ungefähr in der Hauptsache auch alles geblieben.

Die Antwort darauf, unterzeichnet: Freiherr v. Thielmann, lautet:

> Sofia, den 20. September 1886.
>
> Ich habe die erforderlichen Schritte, um Hinrichtungen zu verhindern, getan und günstige Aufnahme gefunden. Jedenfalls bis zur Ankunft des Generals v. Kaulbars wird nichts Entscheidendes geschehen.

Diese Antwort kreuzte sich mit einer diesseitigen Mitteilung vom 19. September:

> Der russische Geschäftsträger hat hier unter Mitteilung, daß die bulgarische Regentschaft die in die Verschwörung vom 21. v. M. verwickelten Offiziere vor

> ein Kriegsgericht stellen und deren Aburteilung und Exekution womöglich noch vor Ankunft des Generals Kaulbars herbeiführen will, um Gegenvorstellungen in Sofia gebeten.
>
> Ew. Hochwohlgeboren wollen sich, nach Einvernehmen mit Ihrem österreichischen Kollegen, mündlich im Sinne meiner früheren Weisungen abmahnend aussprechen.

Dann ein weiteres Aktenstück, ein Bericht des Herrn v. Thielmann an mich vom 25. September, aus dem die Natur seiner Instruktion ersichtlich ist. — Nein, erst folgt ein — ich habe in der Geschwindigkeit die Sachen nicht so ordnen können — eine Äußerung von hier; die Antwort kommt nachher. — Also:

> Berlin, den 25. September.
>
> Aus Ihrem Telegramm vom 22. d. M. hat der Herr Reichskanzler mit Befriedigung ersehen, daß die Gefahr der Ausführung von Hinrichtungen

— Ausführung unterstrichen —

> beseitigt ist. Der Zweck der Ew. Hochwohlgeboren erteilten Instruktionen ist damit vollkommen erreicht, da dieselben von Anfang an nur die Verhütung von Exekutionen im Auge hatten.

Ich begreife nicht, wie die Gegner der Todesstrafe uns daraus ein so schweres Verbrechen machen können; ich glaube, die meisten der Herren waren damals gegen die Todesstrafe. (Heiterkeit.)

> Nach Ihren bisher hier vorliegenden Meldungen darf ich annehmen, daß Sie sich bei Ihren Äußerungen innerhalb dieses Rahmens gehalten haben. Um den falschen Mitteilungen ausländischer und fortschrittlicher Blätter, daß Sie anders und schärfer aufgetreten wären, entgegentreten zu können, bitte ich Ew. Hochwohlgeboren, mir ausdrücklich schriftlich zu bestätigen, daß Sie sich in ihren Aussprachen genau in den Grenzen der Ihnen erteilten Weisungen gehalten und sich demgemäß darauf beschränkt haben, von Hinrichtungen abzuraten.

Wir sind auf diese Weise genötigt, uns schon gewissermaßen mit gerichtlichen Attesten gegenseitig vom Ministerium und diplomatischen Agenten zu versehen und zu vergewissern gegen die unglaubliche und alles Maß übersteigende Verlogenheit dieser Sorte von Presse. (Sehr richtig! rechts.)

Darauf erfolgte die Antwort am 3. Oktober:

> Auf den hohen Erlaß vom 25. v. M. beehre ich mich zu erwidern, daß ich mich genau im Rahmen meiner Instruktionen gehalten habe. Irgendwelche weitere Anforderungen habe ich der bulgarischen Regierung nicht gestellt, sondern mich in anderen Fragen in Übereinstimmung mit meinem österreichischen Kollegen gänzlich zurückgehalten.

— Beide Regierungen, unsere sowohl wie die österreichische, sind in dieser Frage ausnahmslos Hand in Hand gegangen. —

> Die Hinausziehung des Verfahrens ist uns lediglich als Mittel zum Zweck nützlich erschienen; denn wenn jetzt Verurteilungen zum Tode stattgefunden hätten, so wäre bei der Aufregung des Offizierkorps für das weitere nicht zu bürgen gewesen. Zu Drohungen und zu scharfer Sprache hätte ich, auch wenn ich Auftrag dazu gehabt,

nicht einmal Gelegenheit gehabt; denn Herr Karaweloff ging ohne weiteres auf meine Anregung ein. Dem Minister des Auswärtigen gegenüber habe ich lediglich mein Gespräch mit Herrn Karaweloff wiederholt. Herr Stambuloff sagte mir drei Tage später spontan, daß er von jeher für Amnestierungen gewesen sei. (Hört, hört! rechts.) Mit anderen Bulgaren habe ich über die Sache überhaupt nicht gesprochen. (gez.) v. Thielmann.

Es ist also eine gänzlich aus der Luft gegriffene Erfindung, die als Unterlage für viele Entstellungen und Verleumdungen der deutschen Regierung benutzt worden ist, die der Abgeordnete Richter zu meinem Bedauern aus der Presse, in der er sie wahrscheinlich gelesen, reproduziert hat; ihm selbst schreibe ich natürlich diese Erfindung nicht zu.

Was dann die Behauptung betrifft, daß die Presse nicht zum Kriege gegen Rußland gehetzt hätte — ja, da liegt mir die mir noch widerstrebendere Aufgabe vor, einige von den Artikeln, die ich Ihnen vorgestern erspart habe, nun doch als Überführungsstücke, als Beweisstücke, hier in die Öffentlichkeit zu bringen, und ich behalte mir vor, die ganze Serie zu veröffentlichen, die ich zu Hause habe — dies ist vielleicht der zehnte Teil davon; ich habe nicht einmal ausgesucht, ich habe die Zeit dazu nicht gehabt, als ich hörte, daß der Abgeordnete Richter mich en demeure gesetzt habe, auf diese Sache noch einmal zurückzukommen. Ich habe das mitgenommen, was obenauf lag; ich bin überzeugt, es findet sich noch viel Prägnanteres.

Also das eine las ich schon vorgestern vor aus dem „Berliner Tageblatt“, daß sie einen gesunden Krieg einem so krankhaften Frieden vorziehen. Das folgende habe ich noch nicht vorgelesen.

Also wieder aus der „Freisinnigen Zeitung“ vom 28. August:

> Weicht man vor Rußland zurück — so wird der klerikalen „Deutschen Reichszeitung“ aus Berlin geschrieben — (Hört, hört! links.)

— der klerikalen! ja, das ist das Geschwisterkind mit der „Germania“; oder nicht? Ist die „Germania“ nicht einmal klerikal? Dann hat sie gar keinen Wert? — (Heiterkeit rechts.)

> weil man im jetzigen Moment keinen Krieg will oder keinen führen kann, so mögen die Offiziösen es sagen. Zum mindesten aber mögen sie schweigen und nicht unser Volk in der Art verwirren und an allem irremachen, was ihm lieb ist.

Also nicht zurück — das wäre der Krieg, wenn man nicht zurückweicht. „Weil man im jetzigen Moment keinen Krieg will“ — da ist doch unzweideutig der Wunsch ausgesprochen, daß der Krieg jetzt geführt werden möchte.

Dann „Freisinnige Zeitung“ vom 25. August:

> Wenn die Unterwerfung unter den Willen des Zaren den Weltfrieden bedeutet, so mag das richtig sein. Aber es gibt eine Grenze, wo diese Unterwerfung aufhören muß, und dieser Grenze nähern wir uns um so mehr, je mehr die russische Herrschsucht und der Panslawismus durch Erfolge auf der Balkanhalbinsel zu neuen Abenteuern für immer weiter gesteckte Ziele ermuntert werden.

Also wir sollen Halt gebieten — das heißt doch: wir sollen Krieg führen mit Rußland. (Widerspruch links.) Glauben Sie denn, daß man mit solchen vollmündigen Phrasen

wie: „Jeden Groschen und jeden Mann“ Rußland auf seiner Bahn aufhalten, dieses Reich von 100 Millionen mit einer sehr starken Armee einschüchtern könne? Die Leute erfahren das ja gar nicht, sie lesen Ihre Reden gar nicht, das fällt ihnen gar nicht ein. (Heiterkeit.)

Die „Volkszeitung“ vom 7. September sagt:

> Die türkische Weltherrschaft wurde eben nur dadurch gehindert, daß es gegen die Türkei ein Europa gab, daß vor allem deutsche Schwerter die Türken aus der gesitteten Welt herausschlugen, bis sie, in ihrem europäischen Besitzstand mehr und mehr beschränkt, der unaufhaltsamen Verkümmerung verfielen. Gegen Rußland besteht, wie die beiden letzten Wochen mit drastischer Unwiderleglichkeit bewiesen haben, augenblicklich kein Europa; darf es seinen Raubzug nach Konstantinopel ungehindert vollführen, dann gibt es für Europa nur noch eine Alternative: die unumschränkte Herrschaft der Knute und des Rubels oder ein Zeitalter von Kriegen, von denen die Türkenkriege früherer Jahrhunderte nur einen verhältnismäßig schwachen Vorgeschmack gegeben haben.

Nun, es ist dieselbe Tonart und Übertreibung, als wenn man uns hier sagt: Wenn wir auflösen, weil wir Leute, die eine andere Meinung hätten wie Graf Moltke und ich, hier gar nicht brauchen könnten; wir könnten nur Leute gebrauchen, die Ja sagen. Das ist dieselbe Deklamation, die in der „Volkszeitung“ die praktische Spitze hat: Ebenso wie das deutsche Schwert die Türken aus Europa geschlagen hat, soll es jetzt die Russen aus Europa hinausschlagen. Etwas anderes bedeutet das nicht.

Dann die „Volkszeitung“ vom 30. August sagt:

> Wir haben es kaum anders erwartet, glauben aber, daß die Gewalt der Tatsachen stärker sein wird als das Mißwollen und die Unentschlossenheit der Zunftdiplomaten,

— ist das eine Annehmlichkeit, eine Schmeichelei, die uns gesagt wird? Ich gehöre auch dazu. — (Heiterkeit.)

> und daß die männliche Energie, die sich in dem Battenberger verkörpert, und die flammende Entrüstung, welche sich angesichts eines unerhörten Ränkespiels des gesamten deutschen Volkes bemächtigt hat, den moralischen und tatsächlichen Sieg über alle „Wenns und Abers“ der hohen Politik davontragen werden.

Das ist es, was mich erinnert an Hekuba, an die weinerlichen Deklamationen, die jemand in einer Sache aufwenden kann, die ihm im Herzen gleichgültig ist. Wer soll denn glauben, daß diese Artikelschreiber irgendeine Begeisterung für Bulgarien hätten? Ich will gar nicht einmal behaupten, daß sie finanziell angeregt worden sei, diese Begeisterung. (Heiterkeit.) Das Üble will ich ihnen gar nicht antun; es wäre aber zu bedauern, wenn für wenige Mark auf diese Weise das deutsche Volk beeinflußt werden könnte. Ich meine, es ist alles die volle Überzeugung der Herren, die auf diese Zeitungen Einfluß haben; sonst würde ich mich gar nicht damit beschäftigen. Wenn irgendeiner der — um mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Virchow zu reden — bestochenen, bezahlten Schufte, die dafür tätig sind, dies allein auf sein Konto geschrieben hätte, dann wäre es gar nicht der Rede wert. Aber ich muß doch annehmen, da dies nie desavouiert ist, und da so viele angesehene liberale und klerikale Zeitungen alle dasselbe gesagt haben, daß das die volle ernste Meinung von denjenigen Leuten ist, die in der Opposition die staatsmännische Füh-

rung haben, die augenblicklich die Majorität bilden, und die vielleicht ja auch in drei Jahren die Majorität bilden werden, so daß wir uns in drei Jahren vielleicht einer Majorität gegenüber finden, die auf diese Melodie hin sagt: Jetzt führt Krieg gegen Rußland, oder wir streichen Euch soundsoviel aus der Armee! (Widerspruch links und im Zentrum.) Ist das nicht sehr wahrscheinlich? Glauben Sie, daß diese Herren in drei Jahren ihre Überzeugung ändern? Die Majorität ist vertreten in diesen Artikeln; es sind die Blätter aller der Fraktionen, die heute die Majorität bilden. Und ich war darauf gefaßt, als wir im September den kurzen Reichstag hatten, daß diese Majorität eine lawinenartige Interpellation gegen die Regierung loslassen würde zu Gunsten des Prinzen von Battenberg und für Bulgarien. Ich war erstaunt, daß, als der kleine Ursprung in Gestalt der sozialdemokratischen Partei bereit war, sich loszulösen, die übrige Masse sie nicht vervollständigen wollte. Soviel ich mich erinnere, war damals schon der Mut so gesunken, daß man sich zu einer Interpellation doch nicht mehr verstehen wollte, weil man das — ich will nicht sagen: Absurde — Unhaltbare dieser Theorie allmählich erkannt hatte. Nun, die Majorität war ja aber vorhanden; eine volle Reichstagsmajorität steht hinter dieser Presse, eine Majorität, die so schnell ihre Ansichten wechselt — heute tritt kein Mensch mehr außer dem Herrn Abgeordneten Richter hier für Bulgarien auf, jetzt haben Sie Bulgarien vollständig fallen lassen.

Ich komme nachher noch auf einige „Germania"-Artikel von derselben Kategorie zurück, deren ich wenigstens vierzig zu Hause habe. Also auf ein so schwankes Rohr, wie die Stimmung der Majorität, die doch über die Abstimmung jedesmal entscheidet, können wir die Existenz unserer Armee nicht aufbauen, wenn das nicht anerkannt ist, daß die Existenz der Armee nur in denjenigen Zeiträumen diskutiert werden soll, mit denen der Kaiser und der Bundesrat einverstanden sind. Wenn die Theorie, die Fälschung der Verfassung, überhaupt im Volke Terrain gewinnt und Anerkennung findet, daß von einer Reichstagsmajorität in jedem Jahre der Stand der Armee abhängt, wie in England etwa durch die Mutinybill — theoretisch; praktisch würde es auch dort nicht so der Fall sein —: dann, meine Herren, ist keine Sicherheit vorhanden; dann heißt es allein: videant Consules oder videat Imperator, ne quid detrimenti capiat res publica, dann ist salus publica suprema lex. — Verzeihen Sie, daß ich in fremden Zungen mich bewege, es wird mir schwer genug.

Dann hier eine „Volkszeitung" vom 28. August:

> Die brutalsten Rechtsbrüche des zarischen Despotismus ruhig hinnehmen, weil ihnen die „Gewissenlosigkeit" fehlte, einen „Krieg mit Rußland zu führen", das konnten die Diplomaten des Deutschen Bundes wirklich auch.

Nun, das konnten sie nicht einmal, denn sie waren dem gar nicht ausgesetzt, sie kamen gar nicht zur Geltung dabei. Ich bin ja selbst als Diplomat dort gewesen, wir haben mit Rußland direkte Korrespondenzen eigentlich nicht gehabt, aber damit hat doch der Verfasser mit das Kränkendste sagen wollen, was in seiner Macht lag.

> Wenn Deutschland in der Weltpolitik auf diese bescheidene Rolle sich beschränken wollte, dann hätte das deutsche Volk sich die Ströme von Blut und Schweiß sparen können, welche dazu gehörten, das Deutsche Reich zu gründen.

Also wozu brauchen wir ein Deutsches Reich, wenn wir es nicht für Bulgarien einsetzen wollen? Nur dazu ist es geschaffen. Und solche Herren bilden die Majorität der Ab-

stimmung, die dergleichen schreiben und denken! (Lachen links.) Wenn irgendein Zusammenhang oder eine Identität zwischen diesen Kundgebungen und den Herren hier besteht (Zwischenruf), kann ich da mit Sicherheit annehmen, daß die „Volkszeitung" ganz außer Zusammenhang mit irgendeinem der hier Abstimmenden steht? Ich möchte es wünschen.

In der „Vossischen Zeitung" vom 26. August heißt es:

> Wenn aber alle diese Zugeständnisse nur den Erfolg haben, daß man den frechsten Verletzungen der Friedensbedingungen um des Friedens willen keinen Widerstand entgegensetzt, wenn also der Friede nur dadurch aufrechterhalten wird und werden kann, daß man derjenigen Macht, welche man erst vor acht Jahren zum Frieden gezwungen hatte, gestattet, diesen Frieden auf den Kopf zu stellen und gerade diejenigen Übergriffe durchzuführen, welche derselbe zu verhindern bestimmt war, dann kann der also zusammengefügte Friede kaum noch auf den Wert des Papiers Anspruch machen, auf welchem er niedergeschrieben und besiegelt worden ist.

Ich sagte gestern schon: Wir, die Regierung, treten für den Frieden ein; die Politiker dieser Richtung wollen es ankommen lassen auf einen kleinen Krieg mit Rußland, darauf einzugehen, sind sie sehr bereitwillig. Es ist zwar schon vier Monate her, diese Bereitwilligkeit und diese todesverachtende, todesmutige Überzeugung, die sich hier ausspricht. Vier Monate sind ja für die Stimmung in der Politik eine recht lange Zeit; aber es könnte doch sein, daß wir nach drei Jahren noch auf diesen selben Schlag von Politikern hier in der Mehrheit stoßen könnten.

Wir sollen dann nach der „Vossischen Zeitung" weiter dem Zaren einen verstärkten Damm entgegensetzen, daß er nicht nach Konstantinopel geht usw.

Die „Germania" vom 1. September sagt:

> In letzter Instanz könnte vielleicht sogar Frankreich gewonnen werden, da letzteres an sich die Stärkung der christlichen Mittelstaaten auf der Balkanhalbinsel nur wünschen und fördern kann und bloß durch die Aussicht auf ein russisches Revanchebedürfnis zu einer anderen Politik getrieben werden könnte, einer Politik, die ja aber doch jener obigen Kombination gegenüber aussichtslos wäre.

Das ist ein Irrtum, auf Frankreich ist in dieser Beziehung nicht zu rechnen; Frankreich wird nichts tun, wodurch es sich mit Rußland in Ungelegenheiten bringen kann; und solche Insinuation zeugt eben nur von der Unkenntnis der politischen Lage und dem Mangel an Urteilskraft in europäischen politischen Fragen.

> Wir glauben also, ein großer Moment ist jetzt wieder einmal für den deutsch-österreichischen Bund gekommen — die Versperrung der Straße nach Konstantinopel gegen Rußland ist möglich.

Also dazu sollen wir deutsche Truppen hergeben, um den Russen die Straße nach Konstantinopel zu versperren? Wenn wir nicht mit Rußland zusammengrenzten, so würde schon jedermann eine Absurdität darin finden. Sollen wir auf Schiffen 100 000 Mann nach Konstantinopel bringen und die Russen zurückhalten? Das würde uns keiner zumuten, einen Krieg in so weiter Ferne zu führen. Dadurch aber, daß wir mit Rußland zweihundert Meilen offene Grenze haben, wird die Frage eine viel ernstere und schwerere,

als wenn wir von Rußland so weit ab wohnten wie England. England kann sich mit Rußland schlagen, ohne daß es zu befürchten braucht, daß es in England selbst in einer irgendwie ernsthaften Weise durch russische Kräfte belästigt wird; es hat nur Gefahren für seine Kolonien, für Indien zu befürchten. Aber für uns ist das was anderes; den Frieden zwischen zwei benachbarten Nationen zu stören, in deren Masse schon so manche Verstimmung künstlich gemacht und geschürt wird durch die verschiedensten sich kreuzenden Interessen — das ist eine große Ruchlosigkeit, zu der man gar keinen Grund hat.

Als zuerst im Jahre 1867 die Gefahr eines französischen Krieges hervortrat wegen der Luxemburger Frage, habe ich unter den Gründen, die dagegen sprachen, daß wir sie Frankreich gegenüber kriegerisch aufnehmen sollten, namentlich auch geltend gemacht: Ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist ja mit einem Feldzug nicht abgemacht[1]; derjenige, der im ersten Feldzuge, der im ersten Kriege geschlagen wird, wird nur darauf warten, um seine Kräfte zu sammeln, um den zweiten Krieg anzufangen und seine Revanche zu nehmen. Wären wir geschlagen worden, so hätte ich vorausgesetzt, daß wir dasselbe täten, was jetzt Frankreich tut. Ich habe damals im Rate des Königs gesagt: Es handelt sich hier nicht um einen einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen, die vielleicht ein halbes Jahrhundert hindurch dauern. Ob und inwieweit ich recht gehabt habe, darüber diskutieren wir, und das überlasse ich Ihrem Urteil. Aber ein ähnliches Verhältnis der Spannung und des dauernden Hasses und eine neue Revancherichtung durch einen Krieg mit Rußland einzurichten neben der französischen, dazu gehört ganz notwendig, daß wir von Rußland in ruchloser Weise angegriffen werden und uns schlagen müßten; dann würden wir uns verteidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen Koalition augenblicklich unterliegen sollten, würde eine Nation wie die deutsche niemals zugrunde gehen, und wenn sie zugrunde geht, ist es doch immer besser, mit Ehren unterzugehen, als mit Schande zu leben. (Bravo! rechts.) Das sind aber Sachen, von denen man wohl gelegentlich, wenn man die vorsichtige Politik der Regierung angreift, in renommistischer Weise reden kann, die aber nach Kräften zu verhindern die Aufgabe einer vaterlandsliebenden und ehrliebenden Diplomatie ist. Und wegen Bulgarien, wegen Hekuba, werden wir unser Verhältnis mit Rußland nicht brouillieren, und überhaupt werden wir keinen Krieg führen mit einem Nachbar, mit dem wir keine streitigen Interessen haben. Rußland wünscht kein deutsches Land zu erobern, und wir wünschen kein russisches; es könnten nur polnische Provinzen sein, von denen haben wir schon mehr, als für uns bequem ist. Es ist also nicht der mindeste Grund, diese für manche unserer inneren Politiker fehlende Zwietracht mit Rußland künstlich erzeugen oder schüren zu wollen.

Ich kann solche Kriegshetzerei gegen Rußland auch nicht anders erklären, als wie ich mir manchen französischen Krieg erkläre: wegen der Rückwirkung auf die innere Politik. Leben wir mit Rußland in Feindschaft, so stellt sich manches in der inneren Politik doch noch anders, und die Regierung ist ja natürlich im ganzen schwächer. Aber das ist doch nur eine theoretische Berechnung, daß sie schwächer wird; ihren eigenen Landsleuten gegenüber ist eine Regierung sehr viel stärker. Wenn sie in einem schwierigen Kriege sich

[1] So sprach Bismarck wörtlich zum Kronprinzen nach dessen Tagebuch von 1867.

befindet, dann gilt Notrecht, dann ist vieles erlaubt, was im Frieden oder in einem leichteren Kriege schon nicht möglich ist. Also auch diese Rechnung wäre fehlerhaft. Ich kann mir denken, daß Leuten, die eine Änderung der Zustände bei uns wünschen — zum Beispiel die polnischen Bestrebungen —, daß denen mit einem Kriege gegen Rußland gedient wäre; aber sie könnten doch nur dann ein günstiges Resultat davon hoffen, wenn der Gegner Rußlands stärker wäre. Wenn Rußland siegt im Kriege wegen der Schwäche seiner Gegner, weil diesen die Mittel fehlen, deren Bewilligung wir heute von Ihnen verlangen, dann, glaube ich, würde es den Polen noch viel schlechter gehen in den preußischen und österreichischen Provinzen als heutzutage (Sehr richtig! rechts), wenn also Galizien oder das Großherzogtum Posen dem Weichselgouvernement zugeschlagen würde; — das wäre ungefähr der Kampfpreis, den die Polen in diesem Kriege davontragen könnten, wenn sie auf die Schwächung Deutschlands hinarbeiten.

Die „Germania" sagt ferner am 29. August:

> Und dieser Gedanke, ob die Lage Europas derartig sei, daß man den Frieden fort und fort durch Trinkgelder an Rußland, und zwar oft durch sehr beträchtliche, erkaufen müsse — dieser Gedanke macht sich fort und fort immer deutlicher in der Presse geltend. So heißt es zum Beispiel in dem sehr regierungsfreundlichen „Hamburger Correspondenten".

Nun, die Regierungsfreundlichkeit des „Hamburger Correspondenten" kennen wir. Wenn ein Blatt, wie die „Germania", so bemüht ist, den Russen Feinde zu schaffen und zwischen Rußland und dem jetzigen Deutschen Kaisertum Feindschaft zu stiften, so drängt sich einem ganz unwillkürlich die Frage auf: Würde die „Germania" ebenso eifrig dahin arbeiten, wenn Rußland ein katholisches Land wäre oder ein katholisches Herrscherhaus hätte? Rußland ist heterodox, und da gibt es so manche leidenschaftliche Politiker, die, wenn Griechen und Protestanten sich etwa in die Haare gerieten, sagen würden: Schade um jeden Schlag, der vorbeifällt.

Die „Germania" sagt ferner in einem Artikel vom 26. August:

> Das alles hat sich nun mit einem Schlage vollständig verändert; Europa hat sich vor Rußland rückwärts konzentriert, und zwar auf die bloße Drohung des Losschlagens hin.

— Demgegenüber sollten wir uns also vorwärts konzentrieren; dann wäre ja der Krieg da. —

> Europa verbeugt sich vor der vollendeten Tatsache, vor der Übermacht des Moskowitertums ... Wenn die Drohung mit einer Kriegstat genügt, um ganz Europa dem Willen Rußlands dienstbar zu machen — wollen wir dann nicht den ganzen haltlosen Widerstand gegen den Panslawismus aufgeben? Bulgarien und Ostrumelien sind jetzt in den Händen der Russen. Daß Mazedonien auch dazu gehört, hat noch dieser Tage das Organ Zankows, des Hauptanstifters der Revolution, förmlich erklärt. Österreich wird ebensowenig die mazedonischen wie die bulgarischen Kastanien aus dem Feuer zu holen wagen.

Ich frage: Sind dies Kriegshetzereien oder nicht? Darf man daraus schließen, daß die Staatsmänner, die hinter diesen Blättern stehen, den Wunsch gehegt haben, uns mit Rußland in einen Krieg zu führen? — Dann wäre es ein sehr eigentümliches Zusammen-

treffen, auf welches ich schon aufmerksam gemacht habe: daß dieselben Parteien, die so bereitwillig sind, uns in einen Krieg zu stürzen, hier die Mittel, den Krieg zu führen, uns hartnäckig versagen oder doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen; woran sich doch immer die Neigung knüpft, die Krisis, die jedesmal mit diesen Verhandlungen verbunden ist, nicht zu lange aufzuschieben. Sieben Jahre der inneren Ruhe, des inneren Friedens — das kann keine eifrige Parteipolitik ertragen; solche Gemütsbewegungen und Kämpfe, bei denen der Rechtsboden der deutschen Verfassung funditus erschüttert wird, brauchen Sie öfter zu Ihrer — ob Gallenbewegung, ich weiß es nicht. Aber wir wünschen Ruhe und Frieden im Innern wie nach außen und wünschen nicht, daß alle drei Jahre, sondern höchstens alle sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Armee, das heißt das Deutsche Reich und die Verfassung — denn ohne Armee sind beide, wie Herr Windthorst anerkennt, nicht denkbar — fortbestehen sollen, und mit welchem Grade von Sicherheit — wir wollen, daß diese Frage nur alle sieben Jahre erörtert wird. Wer konfliktslüsterner ist als wir, dem werden wir nicht zustimmen und werden ihn in seiner Kampfbegierde allein lassen und ihm sagen: Wenn Sie Händel brauchen, so suchen Sie sich dieselben wo anders auf; bei uns sind sie nicht zu finden.

Ich weiß nicht, von welcher Seite,[2] ich habe nur die Notiz gemacht, daß es gesagt wurde — ist man auch wieder zurückgekommen auf die hannoversche Frage, und sie ist dargestellt in einer ähnlichen Weise wie gestern von dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst. Es ist ja einerlei, wie der Wortlaut der Äußerung gewesen ist. Ich wollte nur Gelegenheit nehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß es doch kein ganz zutreffender Vergleich ist, den Bund zwischen dem ehemaligen Königreich Hannover und dem französischen Kaisertum, wie der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst das gestern tat, auf eine Linie zu stellen mit dem italienisch-preußischen Bündnis im Kriege 1866. Die Herstellung des Königreichs Hannover durch die hannoversche Legion im Gefolge des französischen Kaisers war doch nur denkbar, wenn gleichzeitig dabei das linke Rheinufer für uns verloren ging, oder was Napoleon uns sonst abnehmen wollte. Aber das Bündnis Preußens mit Italien hätte in keinem Falle Folgen nach dieser Seite hin haben können. Es wäre kein Rheinufer dabei ins Spiel gekommen und kein deutsches Land, es war höchstens italienisches Land; ob es für Österreich ein Segen war, in Italien zu herrschen, das ist in Österreich selbst eine sehr zweifelhafte Frage. Aber von deutschem Lande war in dem Bündnis keineswegs die Rede.

Die Herren werden mir zugeben, daß ein siegreiches Frankreich, welches uns Hannover hergestellt haben würde, sich damit nicht begnügt haben würde; sondern es würde doch auch gedacht haben: selber essen macht fett, wie das Sprichwort sagt; es würde für Frankreich selbst direkt das Rheinufer genommen haben, und so, wie wir damals die französischen Wünsche kannten — sie sind ja aus den Benedettischen Verhandlungen bekannt —, so deckte sich das ungefähr mit dem Winkel, der vom rechten Moselufer und vom linken Rheinufer eingeschlossen wird einschließlich Koblenz; denn das war ja, was man uns als einen Preis im Frieden abforderte. Wenn das schon damals der Fall war, so ist es doch also wohl sicher, daß Napoleon in einem siegreichen Kriege, wenn er den Frieden diktieren konnte, das ganze linke Rheinufer genommen haben würde.

---

[2] Abg. v. d. Decken.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst oder der Herr, der heute in diesem Sinn über diese Frage gesprochen hat, mir nicht nachweisen kann, daß in dem preußisch-italienischen Bündnis eine ähnliche Klausel oder unabweisliche Bedingung zum Nachteil Deutschlands gesteckt hat, dann wird er zugeben müssen, daß sein Vergleich nicht zutrifft, und daß die entrüstete und schmerzliche Bewegung, die sich bei ihm in Erinnerung an die Vergangenheit gestern erkennbar machte, ihn veranlaßt hat, die Sache in einem unrichtigen Lichte zu sehen und darzustellen.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob die weitere Diskussion mir noch heute zu weiteren Äußerungen Veranlassung geben wird; ich will es einstweilen abwarten. (Bravo! rechts.)

Abg. Windthorst bezweifelt, daß die Erhöhung der Sparkasseneinlagen ein Beweis für den steigenden Reichtum ist; erklärt Österreichs Lebensinteressen im Orient engagiert, also müsse auch Deutschland Interessen dort haben, wenn der angebliche Bündnisvertrag auch unbekannt sei. Das Verhältnis des Reichstags zur auswärtigen Politik sei ungesund; diese werde vielmehr allein vom Kanzler gemacht. Aus der Absicht der Auflösung glaubt er reaktionäre Absichten der Regierung herauslesen zu können und kommt, nachdem er unter Berufung auf Onno Klopps Geschichtswerke sich mit der hannoverschen Frage befaßt hat, noch einmal auf die Absicht des Kanzlers, die Verfassung zu ändern. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Gesetz und Recht von den Regierungen vollständig beachtet werden würden. Ich kann ihm darüber nochmals die bündigste Zusicherung geben: Wir werden uns innerhalb unserer verfassungsmäßigen Berechtigung bewegen; wir haben dabei aber die Hoffnung, daß auch die Majorität des Reichstags dasselbe tun werde.

In seiner Zusammenstellung derjenigen Bestimmungen, die die Verfassung über die Armee hat, hat der Herr Vorredner vorher vergessen, einen ganz wesentlichen Satz vorzutragen: das ist das vierte Alinea des Verfassungsartikels 62, das da lautet:

> Bei der Feststellung des Militärausgabeetats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zugrunde gelegt.

Was ist nun die „auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation"? Das ist der Artikel 59 und der Artikel 63 im Absatz 4. Artikel 59 bestimmt die Präsenzzeit eines jeden wehrfähigen Deutschen bei der Fahne auf drei Jahre, und Artikel 63 enthält das Moderamen, daß der Kaiser den Präsenzstand bestimmt. Das liegt so einfach und klar wie möglich. Es ist alteriert, solange das Septennatsgesetz gelten wird, bis 1888. Es wird den verbündeten Regierungen und Seiner Majestät dem Kaiser nicht einfallen, vorher unter Ignorierung der Grenze, die durch das Septennatsgesetz gezogen ist, die aber schwindet, wenn das Septennatsgesetz abgelaufen ist, etwa den gesetzlichen Präsenzstand überschreiten zu wollen. Es ist ja möglich, daß — namentlich wenn die Auflösung eintritt — ein Zeitraum verläuft, in dem wir den Reichstag nicht gegenwärtig haben; es ist auch möglich, daß wir dauernd vom Reichstage die Mittel nicht erhalten können, die zum Schutz unserer Grenzen vorsichtshalber uns notwendig scheinen.[3] Dann, glaube ich, wird dem Kaiser als König von Preußen immer noch die Möglichkeit offen stehen, sich vertrauensvoll an Seinen Preußischen Landtag zu wenden und zu sehen, ob er von dem die Mittel zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes nicht erlangen kann (Bravo! rechts.

---

[3] Vergl. dazu Bismarcks Unterredung mit Moritz Busch am 27. Januar 1887. Ges. Werke Bd. 8, S. 551.

Bewegung); ich bin überzeugt: dort werden wir nicht solange zu bitten und zu unterhandeln brauchen.

Der Herr Abgeordnete hat in dürren Worten angedeutet, daß die Regierung, wenn sie die drei Jahre ablehne, doch noch Hintergedanken haben müsse, die sie nicht ausspricht. Diese Beschuldigung gebe ich vollständig zurück: Wenn Sie die sieben Jahre ablehnen, so müssen Sie durchaus Hintergedanken haben; Sie können sie ebensogut annehmen, Sie rücken damit jede Konfliktsmöglichkeit wieder etwas weiter hinaus. Wenn ich Ihre Hintergedanken ebenso erläutern soll, wie der Herr Vorredner unsere angeblichen Hintergedanken erläutert hat, so bezeichne ich sie als eine Intention, die von der Verfassung gezogenen Grenzen zwischen der parlamentarischen und der Regierungsgewalt verrücken zu wollen, verschieben zu wollen in dem Urteil und in der Auffassung der öffentlichen Meinung des Reichs und in der Praxis. Und darauf, wiederhole ich, werden wir uns nicht einlassen. Die Machtverteilung so, wie sie durch die Verfassung gegeben ist, werden wir festhalten, die werden wir gewissenhaft beobachten; aber ich fürchte, daß Sie nicht, wie ich vorgestern sagte, zu den saturierten Mächten Ihrerseits gehören. Sie wollen erobern, wir wollen behalten den Besitzstand; Sie wollen neue Kompromisse, wir wollen an den alten Traditionen festhalten; wir scheuen die Krisen, ihre häufigen Wiederholungen und die Möglichkeit der Konflikte, Sie gehen diesen bereitwillig und frohen Mutes entgegen. Sie verhalten sich einigermaßen zu uns wie die Franzosen gegen Deutschland; wir sind die Konservativen, Friedliebenden, und Sie sind die, die erobern wollen, die uns das uns verfassungsmäßig gebührende Elsaß wieder abnehmen wollen. (O, o! links und im Zentrum.)

Der Herr Vorredner hat sich in Bezug auf die hannoversche Frage auf die Kloppschen Werke berufen und hat sie Geschichtswerke genannt; ich habe sie bisher als unparteiische Geschichtswerke noch von keiner Seite darstellen hören. (Heiterkeit rechts. Abgeordneter Dr. Windthorst: Die Dokumente sind unparteiisch.) — Gut, den Dokumenten gegenüber werde ich demnächst eine Darstellung, die ich längst beabsichtigt habe, aber aus Rücksichten, um alte Empfindungen nicht wieder aufzuwärmen, bisher unterlassen habe, meinerseits, wenn der Kaiser es genehmigt, der Öffentlichkeit übergeben; dann werden Sie sehen, was Onno Klopps Dokumente dagegen wert sind. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er meine Data wegen der Sparkassen teils angezweifelt hat, teils sie in Widerspruch zu bringen gesucht hat mit den finanziellen und wirtschaftlichen Beschwerden, über die im Preußischen Landtag so häufig und auch von meiner Seite geklagt wird. Ja, meine Herren, diese Sparkasseneinlagen sind ja, wie ich schon vorgestern bemerkt habe, kein Beweis dafür, daß die ganze Nation reich ist; aber daß derjenige Teil der Nation, der in die Sparkassen einzulegen pflegt, in seiner Wohlhabenheit gestiegen ist und in den letzten acht Jahren in erheblichem Fortschritt (Widerspruch links. Zustimmung rechts) — sehr erheblich, das beweisen sie ganz unzweifelhaft meiner Überzeugung nach. Wir haben ja arm und reich bei uns. Arm ist be uns in Preußen vor allen Dingen der Fiskus; die Hauptsteuerobjekte sind dem Reich übergeben worden, und in Benutzung derselben steht uns eine Obstruktionspolitik gegenüber, die wir bisher nicht haben überwinden können. Daß die landwirtschaftlichen Interessen, also die Interessen der großen Mehrheit — von drei Fünftel bis zwei Drittel der Bevölkerung — nicht in einem blühenden Zustand sind, das werden Sie aus meiner

Statistik ersehen. Wenn ich die Durchschnittsziffer der Spareinlagen ziehe — ich habe hier die Einlagen nach den verschiedenen Provinzen geschieden —, so werden Sie finden, daß am tiefsten unter dem mittleren Durchschnitt die rein ackerbautreibenden Provinzen stehen und am höchsten die industrie- und handeltreibenden Provinzen.

Es kommt auf die Gesamtheit im Durchschnitt auf jeden Kopf — auch das Kind in der Wiege — 80 Mark Sparkasseneinlage in der ganzen preußischen Monarchie. Ich werde Ihnen nun diejenigen Angaben machen, die erheblich darunter sind. Da ist erstlich einmal Ostpreußen mit 15 Mark im Durchschnitt, Westpreußen mit 22 Mark; Brandenburg mit 54 Mark erreicht den Durchschnitt der Gesamtheit auch nicht; Posen zählt 15 Mark gleich Ostpreußen, als eine industriearme und wenig Handelsverkehr habende Provinz; Schlesien 44 Mark; dann kommen Sachsen mit 104 Mark, Schleswig-Holstein mit 241 Mark, weil es Handel, Seefahrt, also Wohlhabenheit hat. Ich gebe zu, Schleswig-Holstein ist ebensowohl eine Ackerbauprovinz; aber gerade der Großgrundbesitz, der gewöhnlich die Scheibe bildet, nach der geschossen wird, der ist in Schleswig-Holstein doch so gering vertreten, wie kaum in den anderen Provinzen — der Besitz ist vorwiegend ein bäuerlicher. Hannover hat 150 Mark, Westfalen 192 Mark pro Kopf und Hohenzollern — wieder rein ackerbautreibend — 50 Mark. Sie werden daraus ersehen, daß die rein ackerbautreibenden Provinzen sich lange nicht einer so blühenden Situation in Bezug auf die Sparkasseneinlagen erfreuen wie die rein industriellen und merkantilen, und daß eben unter dem heutigen Regime sich die Güter dieser Welt ungleich verteilen.

Aber vor allen Dingen geht daraus hervor, daß die arbeitende Klasse — von der, wie ich mich erkundigt habe, die Haupteinlagen im ganzen herrühren — sich seit der Einführung der Schutzzölle, seit 1879, in einer ununterbrochen fortschreitenden Sparkassenwohlhabenheit befindet. Ich kann in die Häuser nicht hineinsehen; aber ich kann mir nicht denken, daß die Arbeiter irgend etwas Unentbehrliches entbehrt haben werden, um diese Gelder in die Sparkassen zu tragen. Ich berufe mich da auf das, was aus den amtlichen Listen ersichtlich ist.

Der Herr Vorredner hat ferner jeden Zusammenhang von Reichstagsmitgliedern mit den Zeitungen, die ich zitiert habe, ganz bestimmt zurückgewiesen. Er hat damit vielleicht einzelne hervorragende Persönlichkeiten im Auge gehabt, also zum Beispiel seinen ihm nächststehenden Geschäftsfreund, den Abgeordneten Richter. Der hat ja wohl gewiß keine Beziehungen zur öffentlichen Presse, obwohl ich nicht weiß, ob er nicht im Kalender als dieser Richtung der Tätigkeit angehörig angegeben ist. Er hat damit jedenfalls zugegeben, daß das, was die „Germania" schreibt, ohne jedes Fundament irgendeiner höher stehenden Autorität ist, daß das nur die bedauerliche Tagesleistung der Redaktion ist, daß sie also gar keinen Kredit dafür hat, daß nicht eine auch nur soweit in der Politik eingeweihte Autorität hinter ihr steht, als es ein Abgeordneter sein muß. Ich weiß nicht, ob es der „Germania" ganz lieb sein wird, wenn das öffentlich bekannt wird, daß sie ganz auf eigenen Füßen steht und vom Abgeordneten Windthorst zurückgewiesen wird in ihres nichts durchbohrendes Gefühl. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete hat außerdem gesagt, daß es mit mir ganz anders sei: ich stände — ich weiß nicht mit wie vielen Zeitungen in einer solchen Verbindung, daß ich nicht nur schreiben lasse, sondern selbst darin schriebe; er hat meinen Stil darin wiedererkannt.

Es ist mir sehr schmeichelhaft, wenn man das findet. Die Zeitungen schreiben einen sehr viel besseren Stil als ich. So viel ich mir auch Mühe gebe, so kann ich den Schwung der Phrase, die überhaupt nicht meine Form ist, nicht herausbringen, wie ich sie so oft in diesen Zeitungen mit Vergnügen lese. Es wäre mir also schmeichelhaft, wenn man mich darin erkennte. Er irrt sich aber, wenn er glaubt, ich hätte die Zeit dazu. Bedenken Sie doch, meine Herren, welche Geschäftslast auf mir ruht, und für einen ganz gewissenlosen Arbeiter im Dienst werden mich selbst meine Gegner nicht halten. Diese Gegner dagegen haben ja gar nichts auf der Welt zu tun, als mir das Leben sauer zu machen in der Presse oder hier im Reichstage. Das ist ihre ganze Beschäftigung, und wenn sie das besorgt und ihre Uhr aufgezogen haben, sind sie fertig mit ihrer Arbeit. (Zuruf: Wie wissen Sie das?) Also glauben Sie nicht, daß ich so viel Zeit, ein solches — ich möchte sagen — unberechtigtes Maß von Zeitüberfluß habe, daß ich mich noch mit der Presse selbsttätig beschäftigen könnte. Ich bestreite ja gar nicht, daß ich mitunter Auftrag gebe, einen solchen Artikel zu schreiben, und ihn mir vorlesen lasse, um zu sehen, ob er nicht eine Unhöflichkeit gegen den Reichstag enthält (große Heiterkeit), oder gegen sonst jemand. Diejenigen Artikel, die dergleichen enthalten sollten, haben sich sicherlich meiner Zensur entzogen; das bitte ich ein- für allemal anzunehmen. Aber ich kann doch unmöglich für jeden Inhalt irgendeiner Redaktion verantwortlich sein. Es passiert mir, wie ich schon früher gesagt habe, vielleicht nur in vierzehn Tagen einmal, daß ich ein derartiges Erleichterungsbedürfnis habe, was ich nicht zurückdrängen könnte.

Der Herr Abgeordnete hat zu verstehen gegeben, er wüßte nicht recht, was in dem österreichischen Bündnisvertrage stehe und was überhaupt noch darin stehen könnte. Ja, da möchte ich ihn nur bitten, sich mit dem alten Goetheschen Spruche zu beruhigen: „Allwissend bin ich nicht, doch ist mir viel bewußt.“ Ihm ist sehr viel bewußt, aber es muß auch einiges geben, was er nicht weiß. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner — er schien es als eine sehr schwere Anklage zu akzentuieren, was ich als eine solche gar nicht akzeptieren kann — er hat gemeint: wir, die verbündeten Regierungen, wären der Ansicht, daß mit einem so komponierten Reichstage es nicht ginge. Das ist allerdings unsere Meinung; das ist aber kein Lossagen vom Boden der Verfassung. Wir bleiben auf dem Boden der Verfassung, wenn wir durch eine Auflösung zu einem anderen Beschluß zu gelangen suchen, und wenn wir inzwischen nach Material suchen, um die Wähler zu überzeugen, daß gerade unsere Ansicht die richtige ist. Das ist außerordentlich schwierig, da nicht viele Leute mehrere Zeitungen lesen, sondern nur eine. Aber so schwierig es auch sein mag, müde werden wir darin nicht werden, und zuletzt wird es uns doch gelingen; Recht muß doch recht und Wahrheit muß doch schließlich wahr bleiben, und darauf verlassen wir uns. (Bravo rechts.) Und wir werden auch schließlich die Wähler überzeugen, wo wahrer Patriotismus, und wo die Sorge für die Sicherheit, für das Gedeihen des Deutschen Reiches und seine Einigkeit zu suchen ist. Ich bezweifle das gar nicht.

Der Herr Vorredner hat ferner wieder den Akzent darauf gelegt, daß zwischen drei und sieben Jahren prinzipiell doch eigentlich gar kein Unterschied wäre. Nun, prinzipiell ist der Unterschied allerdings nicht so groß wie materiell. Vier Jahre gewonnene Ruhe und Frieden ist doch immer ein ganz erheblicher Gewinn. Hauptsächlich aber wollen wir die Tradition des Kompromisses unsererseits nicht känken und schädigen, weil es in der

Tat die einzige Möglichkeit ist, in konstitutionellen Verfassungen dauernd in Frieden zu leben. Es gibt keine Verfassung — und wenn die geschicktesten Leute sie redigiert hätten, und je geschickter, desto seltener gibt es deren vielleicht — außer der englischen, die gar nicht geschrieben ist, sonst gibt es keine Verfassung, die nicht Lücken hätte, wo nicht die Lückentheorie in hundert Fällen Anwendung findet, die immer nur durch Kompromiß überwunden werden können. Wir haben in unserer Friedensliebe 1874 diesen Kompromiß auf sieben Jahre lang abgeschlossen und sind bereit, alle sieben Jahre wieder in diese qualvollen Diskussionen einzutreten, aber nicht öfter. Sie wollen sich nun von dem Kompromiß lossagen und sagen: Nicht sieben Jahre, alle drei Jahre sollen wir das. Wenn Sie drei Jahre haben werden, werden Sie sagen: Alle zwei Jahre — warum nicht alle ein Jahr — und wir werden die Unruhe darüber dann gar nicht los. Es gibt ja Herren, die so konfliktlüstern sind, daß sie in jedem Jahr das Sicherheitsventil unserer verfassungsmäßigen Zustände auf die Probe des Springens stellen wollen, und die Probe des Springens nenne ich die Abschaffung der Armee.

Nun, meine Herren, es gibt außerdem noch einen für mich ganz persönlichen Grund, weshalb ich für die sieben Jahre bin. Ich hoffe, in drei Jahren noch zu leben, in sieben Jahren aber nicht mehr; da hoffe ich, all dieses Elendes überhoben zu sein, und ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Windthorst — ich wünsche ihm, daß er noch zehn Jahre lebt; aber er ist doch in denselben Jahren wie ich — und wenn wir beide weg sind, werden Sie sich vielleicht besser vertragen. (Bewegung.)

21. Sitzung des Deutschen Reichstags.

14. Januar 1887.

Nachdem die Abstimmung des Hauses ergeben hat, daß die Mehrheit von 186 gegen 154 Stimmen an der Bewilligung der Präsenzstärke für drei statt der geforderten sieben Jahre festhält, erhebt sich Fürst Bismarck zu folgenden Sätzen:

Ich habe dem Reichstag eine Kaiserliche Botschaft mitzuteilen. Sie lautet, wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser und König von Preußen, verordnen auf Grund des nach Art. 24 der Reichsverfassung vom Bundesrat unter Unserer Zustimmung gefaßten Beschlusses im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst.

(Bravo links.)

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, den 14. Januar 1887.

(gez.) Wilhelm.

(L. S.) (gegengez.) v. Bismarck.

Auf Grund dieser Kaiserlichen Verordnung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags für geschlossen.

Preußischer Landtag.

15. Januar bis 14. Mai 1887.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags.

15. Januar 1887.

Minister v. Puttkamer eröffnet als Vizepräsident des Staatsministeriums den Landtag mit folgender Rede:

Erlauchte, edle, und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzlage des Staates hat die mannigfach erstrebte und namentlich im vorigen Jahre von einer Reform der Branntweinbesteuerung erhoffte weitere Besserung durch die Reichsgesetzgebung nicht erfahren.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr vom 1. April 1885/86, für dessen Etat nach einmaliger Unterbrechung zuerst wiederum die Notwendigkeit einer Anleihe zur Herstellung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben hervorgetreten war, hat, abgesehen davon, ein befriedigendes Ergebnis geliefert.

Ungeachtet nicht unerheblicher Ausfälle bei der Bergwerksverwaltung und der Eisenbahnverwaltung hat dasselbe infolge reichlicher Mehrerträge anderer Einnahmezweige und größerer Überweisungen aus dem Ertrage der Zölle und der Reichsstempelabgaben einen Gesamtüberschuß von mehr als 7 Millionen Mark ergeben, welcher indessen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß auch bereits in der Rechnung jenes Jahres zu einer Mehrtilgung der Staatseisenbahnschuld hat verwendet werden müssen.

Das laufende Rechnungsjahr wird mit Hilfe der im Etat vorgesehenen ergänzenden Einnahme aus Anleihe nach allen bisherigen Wahrnehmungen in ähnlich befriedigender Weise abschließen.

Für das nächstfolgende Jahr können die Erträge einiger Betriebsverwaltungen, namentlich auch der Eisenbahnverwaltung, nicht ganz in der bisherigen Höhe und die Einnahmen des Staates insgesamt nur zu einem Betrage angeschlagen werden, welcher um nahezu 2½ Millionen Mark hinter dem im Etat des laufenden Jahres ohne die ergänzende Anleihe angenommenen Betrage der Einnahmen zurückbleibt. Anderseits ist, bei aller Sparsamkeit und Beschränkung auf die dringendsten Bedürfnisse, eine Vermehrung der Ausgaben an vielen Stellen des Etats unvermeidlich und war namentlich nach dem dem Reichstage vorgelegten Entwurf des Reichshaushaltsetats für das nächste Jahr eine abermalige Steigerung des Matrikularbeitrags Preußens um rund 19 Millionen Mark vorzusehen.

Unter diesen Umständen erhöht sich der Anleihebetrag, dessen der Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1887/88 wiederum zur Ergänzung der Einnahmen bedarf, auf nahezu 28½ Millionen Mark.

Daß bei einer solchen Finanzlage die Notwendigkeit vorliegt, die Art der Beschaffung des öffentlichen Geldbedarfs zu ändern, werden Sie in Übereinstimmung mit der Staatsregierung um so mehr anzuerkennen geneigt sein, als über die gesicherte dauernde Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushaltsetat hinaus ein viel weitergehendes Bedürfnis nach besserer Verteilung der Lasten, namentlich der Kommunal- und Schullasten, obwaltet, welches von der Bevölkerung immer drückender empfunden wird, in Ihren Verhandlungen wiederholt als solches anerkannt ist und anders als auf dem Wege der weiteren Entwicklung der der Reichsgesetzgebung überwiesenen indirekten Steuern schwerlich jemals befriedigt werden kann.

Wenn die Staatsregierung gleichwohl zur Zeit darauf verzichtet hat, durch erneute Anträge beim Reich auf eine Förderung in dieser Hinsicht hinzuwirken, so hat sie sich hierzu durch die abweisende Aufnahme ihrer bisherigen Anträge und in der Erwägung genötigt gesehen, daß die Bedürfnisse, um die es sich handelt, sich bei den Wählern und den Gewählten zum Reichstage nachdrücklicher werden geltend machen müssen, bevor auf zum Ziele führende Verhandlungen mit dem Reichstage gehofft werden kann.

Der Entwurf des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur Ergänzung der nächstjährigen Staatseinnahmen wird Ihnen alsbald vorgelegt werden.

Auch in diesem Jahre werden Ihnen Vorlagen zugehen, welche die Erweiterung und günstigere Gestaltung des Staatseisenbahnnetzes im Interesse der Landeswohlfahrt durch Herstellung wichtiger neuer Linien, wie durch Überführung noch einiger Privatbahnen in den Staatsbesitz zum Gegenstande haben.

Die Durchführung der Verwaltungsreform wird auch in der bevorstehenden Session Ihre Tätigkeit in Anspruch nehmen. Nachdem durch die in der vorigen Session vereinbarte Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Westfalen die neuere Verwaltungsgesetzgebung auf diese Provinz ausgedehnt worden ist, werden Ihrer Beschlußfassung zu dem gleichen Zwecke die Entwürfe einer neuen Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz, deren hierbei in Betracht kommende Verhältnisse mit denjenigen der Provinz Westfalen im wesentlichen gleichartige sind, unterbreitet werden.

Die Maßregeln, welche unter Ihrer Mitwirkung in den Landesteilen mit polnischer Bevölkerung ergriffen worden sind, befinden sich in Erfolg verheißender Ausführung und lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß sie der Entwicklung der deutschen Bevölkerung einen kräftigen Aufschwung geben werden. Um diesen Erfolg nach allen Seiten hin sicherzustellen und zugleich für die Erhaltung des deutschen Bestandes wie für die Förderung der deutschen Bestrebungen einen vermehrten Schutz zu gewinnen, erweist es sich als notwendig, die in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung zum Teil zu umfangreichen landrätlichen Kreise in diesen Landesteilen zu vermehren. Es wird Ihnen daher zu diesem Zwecke ein Gesetzentwurf über die Teilung von Kreisen in den Provinzen Westpreußen vorgelegt werden.

Durch die kirchenpolitische Novelle vom 21. Mai 1886 haben die freundlichen Beziehungen, welche sich zur lebhaften Befriedigung Seiner Majestät des Königs zwischen

Allerhöchst Ihrer Regierung und der römischen Kurie immer mehr befestigt haben, eine Betätigung gefunden, welche je länger desto mehr auf vielen und wichtigen Gebieten des kirchlichen Lebens für die Interessen der katholischen Untertanen Seiner Majestät sich als segenbringend erweist. Es ist damit der Weg geebnet, durch eine weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze, über welche die vorbereitenden Verhandlungen mit der römischen Kurie schweben, das Verhältnis zwischen dem Staate und der katholischen Kirche zu beiderseitiger Zufriedenheit auszugestalten. Die Staatsregierung wird Ihnen eine entsprechende Vorlage machen und Seine Majestät geben Allerhöchst Sich gern der Hoffnung hin, daß dieselbe gleich dem Ihnen im vergangenen Jahre unterbreiteten Revisionsentwurf Ihrer bereitwilligen Förderung begegnen wird.

Es wird Ihnen ferner ein Gesetzentwurf zur Beratung vorgelegt werden, welcher bezweckt, bei der Feststellung der Leistungen für Volksschulen die Mitwirkung der Selbstverwaltungsbehörden in erweitertem Umfange in Anspruch zu nehmen.

Zur Durchführung der im Reichsgesetze vom 5. Mai v. J. vorbehaltenen landesgesetzlichen Regelung wird Ihnen eine Vorlage zugehen, nach welcher die Unfallversicherung auch für die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen mittels einer möglichst einfachen und die Steuerkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung schonenden Organisation und Verwaltung alsbald in Wirksamkeit treten soll.

Um die Agrargesetzgebung ihrem Abschlusse entgegen zu führen, werden zwei Vorlagen erfolgen, von welchen die eine für die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Anlagen eine dauernde Vertretung ordnen soll, während die andere für die Güterkonsolidationen im Regierungsbezirk Wiesbaden Erleichterung der Kosten und Vereinfachung des Verfahrens anstrebt.

Meine Herren! Indem ich Sie im Auftrage Seiner Majestät begrüße, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und spreche im Namen der Staatsregierung die Hoffnung aus, daß Ihre Tätigkeit auch in der neuen Session unter Gottes Segen zu einer fruchtbringenden sich gestalten wird.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

6. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

24. Januar 1887.

Die Auflösung des Reichstages über der Frage des Septennats versetzte die Parteien in die größte Erregung und führte auch im preußischen Abgeordnetenhause zu Versuchen, von dieser Tribüne aus die Wähler zu beeinflussen. So wurde von Zentrum und Freisinn die Behauptung ausgesprochen, daß die Verfassung bedroht sei und daß diese Änderung der Verfassung, nicht das Septennat der eigentliche Grund der Auflösung sei. Um angesichts dieser Agitation selbst Gelegenheit zu haben, die Wähler aufzuklären, veranlaßte Bismarck den Grafen Limburg-Stirum, bei der Beratung der Etatposition Gesandtschaften an den deutschen Höfen eine Rede zu halten, die ihm Gelegenheit zum Eingreifen bot. Graf Limburg-Stirum führt aus, daß die Bundesregierungen der Hort der Einheit seien, der sterile Reichstag in Lebensfragen des Reichs sich aber ablehnend verhalte. Sofort erhebt sich Fürst Bismarck und erklärt:

Meine Herren, Sie werden es erklärlich finden, wenn ich als Auswärtiger Minister Seiner Majestät bei dieser Gelegenheit dem Hause einige Mitteilungen über die Politik mache, die ich in dieser Eigenschaft im Namen Seiner Majestät des Königs im Reiche zu vertreten habe und namentlich bei den verbündeten Regierungen mit Erfolg vertreten habe.

Die verbündeten Regierungen haben bei Abschluß des Bundesvertrages, auf dem unsere Verfassung beruht, sehr wesentliche Rechte, die ihnen ganz zweifellos zustanden — und zwar nicht nur der König von Preußen an den letzteren in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser — abgetreten, für deren Wahrung und Ausübung im Interesse des Reiches der König von Preußen als Deutscher Kaiser verantwortlich bleibt. Der Deutsche Kaiser hat nicht das Recht, dieses ihm von seinen Bundesgenossen anvertraute Gut nach Belieben an Dritte zu übertragen, also beispielsweise an eine wechselnde Reichstagsmajorität, am allerwenigsten, wenn eine solche ihm für die Ausübung der anvertrauten Rechte so wenig Vertrauen einflößt wie die heutige Reichstagsmajorität. (Heiterkeit. — Ruf im Zentrum: Gibt es nicht mehr!)

Es sind das hauptsächlich diejenigen Rechte der verbündeten Regierungen, auf denen ihre Möglichkeit und ihre Pflicht, Deutschland gegen auswärtige Feinde zu schützen, beruht. Die Verfügung über die Mittel dazu haben sie nach der Urkunde der Verfassung Seiner Majestät dem Kaiser, aber nicht der Majorität des Reichstags, am allerwenigsten den einzelnen Führern anvertrauen wollen, welche diese Majorität (Bewegung links. Bravo! rechts) mit einem strengeren Absolutismus beherrschen, als es in unserem Vaterlande jemals gewesen ist. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.)

Das Zedieren der Rechte der Regierungen an den Reichstag in höherem Maße und weiter hinaus, als die Verfassung es vorschreibt, liegt daher ganz außerhalb der Berechtigung, die Seiner Majestät dem Kaiser verfassungsmäßig den verbündeten Regierungen

gegenüber zusteht. Es ist ein Fideikommiß, dessen Seine Majestät sich zu entäußern weder die Absicht noch die Berechtigung hat.

Das, was ich hiermit ausspreche, dient zugleich zur Beleuchtung der Frage, ob die preußische Politik, wie sie im Bundesrate vertreten wird, eine zu große Hartnäckigkeit gegenüber den Forderungen der Reichstagsmajorität bewiesen hat, eine Hartnäckigkeit, bei der sie sich in ausnahmsloser Übereinstimmung mit allen ihren Bundesgenossen befunden hat. Die Presse hat vielfach den Unterschied zwischen drei und sieben Jahren als einen bedeutungslosen dargestellt. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß uns die drei Jahre nicht bewilligt worden wären, sind sie für uns absolut unannehmbar gewesen, schon nach der Art, wie sie angeboten und motiviert wurden, durch Gründe und in Reden, die nur dann eine Berechtigung hätten, wenn man zugeben wollte, daß der Reichstag einseitig im Wege der Budgetbeschlüsse befugt wäre, die Höhe der Streitkräfte, auf denen Deutschlands äußere Sicherheit beruht, nach seinem Belieben einseitig festzulegen, und niemand etwas weiter mitzureden hätte. Schon der Vorschub, den dieser große Rechtsirrtum, diese verderbliche und gefährliche Auslegung der Verfassung, damit bekommen hat, würde uns abgehalten haben, auf jenes Anerbieten einzugehen.

Vor zwölf Jahren, 1874, in der Zeit, als zum erstenmal die Präsenzzifferfrage verhandelt wurde, war es den verbündeten Regierungen in keiner Weise zweifelhaft, daß die Verfasser der Reichsverfassung, welche in ihrem Artikel 60 bestimmt, daß die Höhe der Präsenzzahl im Wege der Gesetzgebung fest bestimmt werden soll, damit die gewöhnliche Gesetzgebung im Auge gehabt haben, welche Gesetze schafft, die solange gelten, bis sie durch andere Gesetze aufgehoben werden; denn sonst würden sie ausdrücklich gesagt haben: „periodisch durch Gesetzgebung oder durch Bundesgesetz festgestellt.“ Bei ehrlichen Auslegern ist darüber kein Zweifel, daß das die Absicht gewesen ist. Die Regierungen würden also vollkommen in ihrem Recht gewesen sein, wenn sie 1874 dabei beharrt hätten, daß verfassungsmäßig ein Gesetz gemacht werden müßte von der gewöhnlichen Natur und Dauer der Gesetze, das heißt ein sogenanntes Äternat. Um den Wünschen der damaligen Mehrheit des Reichstags entgegenzukommen — die es, wenn die Regierungen zu einer Auflösung geschritten wären, wahrscheinlich nicht geblieben wäre — zu dem Zweck, um dem Deutschen Reich und seiner Verfassung eine friedliche, stetige Fortentwicklung zu sichern — lediglich deshalb haben die Regierungen sich damals auf die Initiative Seiner Majestät des Kaisers zu einer periodischen Bewilligung auf sieben Jahre verstanden. Damit haben sie einen Kompromiß zu schaffen beabsichtigt, der demnächst uns einen Anhaltspunkt geben sollte für die Verhandlungen, die jedesmal die Grundlagen unseres deutschen Verfassungslebens bis ins unterste erschüttern.

Wenn die Regierungen diese Nachgiebigkeit damals geübt haben, so ist es nicht ihre Absicht gewesen, die damalige Konzession nun zu einem Ausgangspunkte für fortlaufende neue Konzessionen zu machen. Die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß dies eine einmalige prinzipielle Konzession, ein einmaliger Verzicht auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht einer dauernden Armeeeinrichtung gewesen ist, über den hinaus sich nicht drängen zu lassen sie fest entschlossen sind. Darin beruht der große Unterschied für unsere innere Politik zwischen Septennat und Triennat; es ist die Frage: Soll unsere Verfassung flüssig und zweifelhaft bleiben, oder soll sie durch feste Tradition im Wege

der Kompromisse sich einleben und im friedlichen, gegenseitigen Einverständnis weitergebildet werden? Mit der Idee, daß man im Wege des Budgets alles erzwingen und alles versagen kann, da kommen wir nicht weiter; dem steht das vollkommen gleichberechtigte Budgetrecht des Bundesrats gegenüber. Der Bundesrat kann gewissenhafterweise keinem Budget die Zustimmung geben, das seiner Überzeugung nach die Verteidigung des Deutschen Reiches nicht sicherstellt. Also die Regierungen sind es, die diesen in die Gegend der Konflikte führenden Weg scheuen, und die dringend gebeten haben, ihn nicht zu beschreiten; sie raten davon ab und werden ihrerseits nicht mitgehen. Mich dünkt, das ist schon ein hinreichender Unterschied zwischen Septennat und Triennat: die Sicherstellung und ruhige, friedliche Entwicklung unserer Verfassung oder die Gefährdung der Verfassung alle drei Jahre. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind die Verfassungstreuen, die Regierungen; und der Verfassung dienen die Gesandten, deren Gehälter wir hier diskutieren. Diejenigen, die jeden Augenblick, wo Gefahren für unseren Frieden nicht ausgeschlossen sind, dazu ausnutzen wollen, um kleine Grenzverrückungen zu machen zwischen dem Parlament und den Fürsten, das sind nicht die wohlwollenden Diener des Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren erinnern mich durch die Verfassungsstreitigkeiten an den Regensburger Reichstag, in dem, wie mir gestern beim Lesen einer Zeitung wieder in Erinnerung gebracht wurde, zur Zeit, als die Türken Wien belagerten und die Franzosen Straßburg wegnahmen, Rangstreitigkeiten zwischen den Kurfürstlichen und Fürstlichen Gesandten geführt wurden. (Heiterkeit rechts.) Ebenso klein scheint mir das Bestreben, daß in dieser Zeit, wo uns äußere Gefahr droht, die Herren dem Kaiser und den verbündeten Fürsten, die sich wahrlich doch in diesen sechzehn Jahren des Bestehens der Verfassung verfassungstreu, ehrlich in der Fortentwicklung, und konfliktsscheu, kann ich sagen, benommen haben, nach Art der Wucherer etwas abdrücken wollen in einem Moment, wo die Regierungen den Beistand der Parlamente brauchen, wo sie die Überzeugung haben, daß die Nation diesen Beistand fordert, seiner bedarf. (Bravo! Sehr gut! rechts.) Wir halten schon aus Gründen der inneren Politik an dem Septennat fest, damit man nicht etwa auf den Gedanken kommen könnte, wir wären dieser Politik zugänglich, und man könnte auf weitere Nachgiebigkeit in dieser Richtung rechnen. Vor diesem Gedanken zu warnen, ist hauptsächlich der Grund, aus dem ich nochmals das Wort ergriffen habe.

Es gibt aber auch einen Unterschied nach außen hin zwischen Septennat und Triennat, der sehr ins Gewicht fällt.

Die Vorlage ist dazu bestimmt, nicht nur heute unsere Präsenzziffer zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Gefahren, die nach der europäischen Konstellation im nächsten halben Menschenalter Deutschland bevorstehen, haben wir den Wunsch, daß die Zahl der wehrfähigen ausgebildeten Deutschen innerhalb dieser Jahre um 200 000 Mann vermehrt werde. Zwölf Jahre dauert die verfassungsmäßige Heeresverpflichtung, und zwölfmal 16 000 Mann ausgehoben, geben nach Ablauf von zwölf Jahren gegen 200 000 Mann mehr, als wir gegenwärtig haben in der buchmäßigen Rechnung, und bei uns doch auch größtenteils in Wirklichkeit.

Das Anwachsen der deutschen Streitkraft und Wehrhaftigkeit halte ich für ein wesentliches Element des Friedens, weil es den Eindruck auf das Ausland macht, daß wir um so viel, um 100 000 bis 200 000 Mann, stärker sind.

Ich will in diese Diskussion nicht weiter eintreten, ich habe das schon im Reichstage erörtert. Für das Ausland in seiner grundlegenden Einrichtung für die spätere Zeit, in dem Aufgeben der übertriebenen Rüstungen, die gegen uns gemacht werden, macht es doch einen erheblichen Unterschied, ob wir eine Verstärkung von nur 48000 Mann, das heißt eine dreijährige Aushebung von 16000 Mann, für uns in Aussicht nehmen, oder ob wir, überzeugt von dem Ernst der Lage, in die wir geraten können, auf sieben Jahre diese selbe Verstärkung der Armee fordern.

Es ist hier in einer Diskussion neulich angedeutet worden, als könnten wir mit der Auflösung des Reichstages, die auf Antrag der preußischen Regierung und unter ihrer Zustimmung beschlossen ist, andere Zwecke als die Verstärkung des Heeres verbunden haben — etwa diejenigen, die man ja auch in all den auf die Wähler, und zwar auf die urteilslosen Teile der Wähler berechneten Zeitungen findet (Heiterkeit), als sollte ein Reichstag geschaffen werden, der nachher geneigt sein würde, Monopole zu bewilligen.

Meine Herren, ich kenne das Maß von Urteilskraft der fortschrittlichen Wähler allerdings nicht; aber von denjenigen, die zu den anderen Parteien gehören, bin ich ganz sicher, daß sie zwischen einem Abgeordneten, der Monopole bewilligen wird, und einem Abgeordneten, der nur die Heeresvermehrung bewilligen wird, sehr wohl zu unterscheiden wissen. So dumm sind die Leute nicht (Heiterkeit), daß sie nicht imstande wären, einen Kandidaten aufzustellen und sich darüber zu vergewissern, ob der nicht etwa, nachdem er gewählt ist und die Militärvorlage bewilligt hat, nachher allerhand reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung planen wird; (Heiterkeit) solche Leute werden sie eben nicht wählen. Das Wort Reaktion, das ja immer sich einstellt, wo Begriffe fehlen, (Heiterkeit) ist auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Blättern, die mit Reichstagsabgeordneten in naher Beziehung stehen, vielfach gehört worden: es ist eine Verleumdung der Regierung, an die, wie ich hoffe, die ehrlichen Untertanen des Königs nicht glauben werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir sind und bleiben verfassungstreu. Möglich wird es uns bleiben trotz der Schwierigkeiten, die Sie uns in den Weg legen. Ich wünsche aber, daß Sie uns dabei helfen, daß Sie auf die Dauer uns helfen, nicht nur durch einmalige Mitarbeit.

Der Herr Finanzminister[1] ist hier mit der Monopolfrage katechisiert worden. Ich bedaure nur, daß er den Abgeordneten Windthorst nicht gefragt hat, ob derselbe seinerseits sein Wort an Eides Statt hier abgeben könne, daß er nicht die Herstellung des Königreichs Hannover anstrebt — das wäre ungefähr dasselbe. (Heiterkeit. Oho! im Zentrum.) Monopole — ja, die werden kommen, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben und infolgedessen in unseren Finanzen und Leistungsmitteln so erschöpft sein würden, daß wir zu jedem Mittel die Zuflucht nehmen müßten Dann werden nicht nur Monopole, sondern viel härtere Steuern kommen, als sie jetzt überhaupt bekannt sind, gegen die wir jetzt eine Art Assekuranz, eine Verstärkung der Deiche, im Reichstage vorgeschlagen haben; dann wird es Zeit sein, an Monopole zu denken. Wenn wir militärisch schwach sind, so werden wir als Geschlagene schließlich die Monopole uns auferlegen müssen, um die feindlichen Kontributionen zu bezahlen, die uns auferlegt werden. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Also dieses ist die Möglichkeit, die weder ein Finanzminister, noch

[1] Scholz.

auch die heftigsten Monopolfeinde in Abrede stellen können. Dann heißt es: Friß, Vogel, oder stirb!

Ich habe vorher gesagt, daß Seine Majestät der Kaiser zu der gegenwärtigen Reichstagsmajorität nicht das gehörige Vertrauen habe, um ihre Rechte in irgendeiner Weise zu erweitern, und deshalb in seiner Eigenschaft als König von Preußen die Auflösung beantragt und herbeigeführt habe. Ich glaube, daß dieses Mißtrauen gegen die Absichten und Tätigkeit der Reichstagsmajorität bei Seiner Majestät dem Kaiser vollständig berechtigt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu dem Zustandekommen dieser Majorität ganz zweifellose — nach eigenem Geständnis — zweifellose Feinde der Monarchie und des Deutschen Reiches, intransigente Gegner des Reiches, unentbehrlich sind. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ziehen Sie die ab; es haben diese Intransigenten ungefähr 70 Stimmen — ich weiß nicht, ob 70 oder 71 — im Reichstag, einige weiß ich auswendig: es sind 25 Sozialdemokraten, es sind 15 Polen und ebensoviel Elsaß-Lothringer, Franzoslinge, das macht schon 55; dann sind die Welfen, wenn ich mich nicht irre, 11; endlich die Volksparteiler. Sie werden mir zugeben, da kommen die 70 sicher heraus. Diese 70 sind aber das entscheidende Element der Majorität. Ziehen Sie die ab von der Majorität, dann haben Sie die Fortschrittspartei, wenn ich mich nicht irre, mit 64, und das Zentrum mit 99; das wäre zusammen 163. Dem gegenüber haben Sie die nationalliberale und die beiden konservativen Parteien mit etwa 150. Die balancieren sich also ziemlich, und die 70 intransigenten und antimonarchischen Reichsfeinde entscheiden über die Majorität. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wie soll der Kaiser zu dieser Majorität Vertrauen haben, und wie soll er die Zukunft unserer Wehrkraft in die Hände einer solchen Majorität legen? (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nun ist es ja den Führern dieser Parteien, die die absoluten Herrscher über die Abstimmungen sind, möglich gewesen, ihre Instruktionen so auszugeben, daß die Fortschrittspartei in der Lage ist, für dasselbe zu stimmen, wofür die Sozialdemokraten, wofür die Polen, wofür die Intransigenten stimmen. Und wiederum ist der Abgeordnete Windthorst als Führer des Zentrums in der Lage, sich jedem Schritte, den die Fortschrittspartei ihrerseits tut, anzubequemen, so daß er schließlich der Führer einer heterogenen Masse ist, die nur durch den gemeinsamen Haß zusammengehalten wird, einen Haß, der mich daran erinnert, wie Herodes und Pilatus sich zusammenfanden. Ich will den Vergleich nicht weiter ausdehnen (Heiterkeit), aber die beiden liebten sich bekanntlich auch nicht untereinander; (Heiterkeit) nur um einem anderen Schaden zu tun, fanden sich die „schönen Seelen". (Unruhe im Zentrum und links.)

Nun, meine Herren, ich habe von derselben Freiheit Gebrauch gemacht, die von der Opposition ja so häufig benutzt wird, um bei Gelegenheit einer Budgetposition in sehr viel weiter hergeholter Weise ihr Herz zu erleichtern und der Regierung diejenigen Unannehmlichkeiten zu sagen, die sich dabei anbringen lassen. Ich habe meinerseits niemand eine Unannehmlichkeit sagen wollen (Lachen links) — es würde mir leid tun, wenn es geschehen wäre — (Heiterkeit) ich habe nur nochmals die volle bona fides, die Vaterlandsliebe und die Verfassungstreue feststellen und klarlegen wollen, die die alleinigen, aber auch zwingenden Motive der Regierung sind, die uns auf eine Bahn weisen, auf der für sie keine

Umkehr und kein Nachgeben möglich ist. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen links. Wiederholtes lebhaftes Bravo und Zischen)

Abg. Windthorst verlangt angesichts des offenbar eingespielten „Duetts“ Limburg-Bismarck vom Kanzler die klare Zusicherung, daß er nicht an das allgemeine Wahlrecht rühren wolle. Nach einer Rede des Freikonservativen Abg. v. Zedlitz-Neukirch erwidert Fürst Bismarck:

Wenn ich dem Abgeordneten Dr. Windthorst nicht sogleich geantwortet habe, so liegt das in meinem körperlichen Zustande, der mir das Reden schwer macht.

Der Herr Vorredner hat seitdem in so beredter Weise einen großen Teil dessen, was ich vorbringen wollte, gegen Herrn Dr. Windthorst bereits gesagt, daß ich darauf verzichten kann; ich würde überhaupt schweigen, wenn nicht Herr Windthorst mich durch persönliche Insinuationen en demeure in die Notwendigkeit gesetzt hätte, ihm persönlich zu antworten und ihm Versicherungen zu geben, die er von mir gefordert hat. Als der Abgeordnete das Wort nahm, sagte ich mir: Das ist der Führer, dem die Majorität des Reichstages auf jeden Wink gehorcht, der Mann, der im Reichstage das Volk sozusagen vertritt, er wird mir also etwas Gründliches und Sachliches erwidern, das der Höhe der Situation würdig ist.

Statt dessen mußte ich erleben, daß er, anstatt Gründe für seine Überzeugung zu geben, zu der bedenklichen Waffe der Gerüchte gegriffen hat. Er fing damit an, es beständen Gerüchte, wir wollten das Wahlgesetz angreifen. Nun, das liegt in derselben Gegend wie die Beschuldigung, die Regierung wolle die Reaktion, sie wolle Monopole, sie wolle das Wahlgesetz ändern; es fehlt nur noch die Leibeigenschaft, (Heiterkeit) die gehört doch auch mit in diese Kategorie. Der Herr Abgeordnete Windthorst wird das vielleicht der Fortschrittspartei überlassen, das schlägt mehr in ihr Fach. (Heiterkeit.)

Der Abgeordnete hat von mir ein Bekenntnis zu dem bestehenden Wahlgesetze verlangt und die Versicherung, daß ich mich mit Zerstörungsplänen für dieses Wahlgesetz nicht trüge. Wenn ich also geschwiegen hätte, so würde der Abgeordnete nachher in seinen Wahlreden und seinen Zeitungen sagen: Darauf hat der Reichskanzler seinerseits nicht geantwortet. Er nötigt mich also, trotz meines leidenden Zustandes, die Versicherungen, die er verlangt hat, noch zu geben. Ich kann sie mit der Versicherung einleiten, daß ich in einem viel logischeren und viel wohlwollenderen Verhältnis zu dem Wahlgesetz stehe, als der Herr Abgeordnete. Er hat gesagt, er habe ursprünglich das Wahlgesetz nicht gebilligt. Ich habe es ursprünglich gebilligt, ich habe es vorgeschlagen. Daß ich mir dabei von der Leichtgläubigkeit vieler Wähler, von dem ungeheuren Maße der Verlogenheit der Wahlagitationen die richtige Vorstellung gemacht habe, bringt mich noch nicht auf den Irrtum, daß ich das deutsche Volk überschätzt hätte. Ich rechne auf den Fortschritt, auf die Entwicklung, auf die Schärfung des Urteils durch die Schule nach ihrer vollständigen Emanzipation. (Sehr gut! hört! hört!)

Der Abgeordnete sagt dann, er hätte dieses Wahlrecht nicht für vernünftig, er hätte es für sehr gefährlich gehalten, aber gerade deshalb, scheint es, gönnt er es dem Deutschen Reich. Ich muß also annehmen, daß ihm das allgemeine Wahlrecht für Parteizwecke nützlicher als wie für Reichszwecke erscheint. (Heiterkeit.)

Ich bekenne mich vor der Nation als den schuldigen Urheber dieses Wahlrechts, und ich habe es als mein Kind gewissermaßen zu vertreten. Ich gebe deshalb dem Abgeord-

neten die von ihm verlangte Versicherung voll und unumwunden: Im Schoße der verbündeten Regierungen ist von einer Anfechtung des gültigen Wahlgesetzes in keiner Weise die Rede. Nur der Herr Abgeordnete spricht davon; er hält es für schädlich, er hält es für nachteilig, er sagt, er würde es nicht gegeben haben; und da ich nun voraussetzen muß, daß er denselben Maßstab an sich legt, den er auch an den Herrn Finanzminister legte, von dem er nach dem Grundsatz: vir tenax propositi verlangte, daß er für das, was er einmal öffentlich erklärt, auch kämpfen müßte, so verlange ich von ihm als von einem Ehrenmanne, daß auch er gegen das Wahlgesetz nun dauernd auftrete, gegen das Wahlgesetz, wie es ist, und ebenso dauernd auch für das Königreich Hannover, wie es jetzt nicht mehr ist, sondern wie es war. (Große Unruhe im Zentrum.)

Das verlange ich von ihm, das verlangt die Theorie, die er dem Finanzminister gegenüber entwickelt. Er hat sich öffentlich und amtlich noch neulich im Reichstag unumwunden als Welfe bekannt, also habe ich das Recht, ihn nach seinem eigenen Ausspruch und nach seiner eigenen Einschätzung für einen Welfen zu erklären. Nach dem Maßstab, den er an den Finanzminister legte — und er wird doch mindestens von sich eine ebenso gute Meinung haben wie von dem Herrn Finanzminister — (Heiterkeit) muß ich annehmen, daß der Herr Abgeordnete nach wie vor bei seiner Bekämpfung des jetzigen Wahlgesetzes beharren wird, daß er nur wünscht, es durch andere zu Fall zu bringen, und daß er bei seiner Absicht, das Königreich Hannover herzustellen — auf dem angeblich gesetzmäßigen Wege — (Unruhe im Zentrum) gleichfalls bleiben wird. Jeder verfassungsfeindliche Mann sagt, ich will die Verfassung ändern, allerdings auf gesetzlichem Wege. Wir aber wollen sie gar nicht ändern, auch auf gesetzmäßigem Wege nicht, sondern wir wollen sie halten und ausbilden.

Der Abgeordnete erklärte ferner die Sicherheit der Dynastie dadurch bedroht, daß die Sozialdemokratie sich verdoppeln und vervierfachen würde. Nun, die Bestrebungen des Zentrums und der Fortschrittspartei bei den Wahlen sind allerdings darauf gerichtet, durch Wahlkompromisse mit den Sozialdemokraten die sozialdemokratische Partei zu vermehren (Große Unruhe im Zentrum. Rufe Umgekehrt!) und durch Erschütterung jeder Autorität im Lande die Feindseligkeit gegen die Regierung, die in der Sozialdemokratie herrscht, nach Kräften vorzubereiten und zu unterstützen. Ich habe früher schon einmal gesagt, der Fortschritt ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie, indem er alle Achtung vor der Obrigkeit und vor der Kaiserlichen Regierung vorher untergräbt (Oho! links. — Sehr richtig! rechts), vorher untergräbt und auf diese Weise auch im Gemüte des einfachen Wählers tabula rasa, herstellt, die die Sozialdemokraten brauchen. Die Anfechtungen, die wir aus dem Zentrum erfahren, bewegen sich auf einem anderen Boden. Da habe ich hauptsächlich zu klagen über die Unterstützung, die die Sozialdemokratie bei den Kompromißwahlen, bei den Stichwahlen empfängt.

Die meisten Sozialdemokraten sind ja erst durch die Unterstützung des Zentrums (lebhafter Widerspruch im Zentrum) in den Stichwahlen gewählt worden. Das ist auch nicht so auffällig. Es kann ja kein Zweifel bestehen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, in dessen Namen das Zentrum es liebt aufzutreten, diese Praktiken nach zweifellosen und allbekannten Aussprüchen unbedingt verdammen muß, diese Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie, in der das Zentrum sich bei uns bewegt, sowohl bei den Wahlen als auch bei den Abstimmungen. (Oho! im Zentrum.)

Ich glaube auch, daß Sie (zum Zentrum) für Ihr weiteres Vorgehen in Rom die Bewilligung nicht finden, die Sie den Wählern einreden, und ich glaube ferner, daß der Wähler noch vor den Wahlen darüber ins klare kommen wird, ob und inwieweit Sie die Stimme der römischen Kurie für das Umsturztreiben, das Sie begünstigen — nicht betreiben — gegen das Deutsche Reich auf Ihrer Seite haben. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Papst ist ein Mann des Friedens und des Erhaltens, und ihm ist nicht damit gedient, daß in die bestehenden Autoritäten Bresche gelegt wird. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn der Wähler sich erst davon überzeugt, dann, glaube ich, wird er auch unter dem bloßen Vorwande eines Kirchenkonfliktes sich zu einem Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht hergeben.

Dann wurde ferner eine Andeutung gemacht, als ob wir das Etatsrecht beeinträchtigten. Es handelt sich aber bei diesem ganzen Auflösungskonflikt um gar keine Etatsfrage, sondern um eine Frage der Gesetzgebung auf Grund des Artikels 60 der Verfassung. Artikel 60 der Verfassung hat ein Aternat im Sinne. Wir haben uns auf ein Septennat verglichen, und die Gegner der verbündeten Regierungen fechten diesen Vergleich an; sie suchen, weil ihnen die Existenz des Reiches an sich oder so wie es ist, nicht konveniert, den Spielraum, den dieser Artikel in der Gesetzgebung nach seiner Fassung läßt, zu benutzen, um das Reich in seinen Fugen und Fundamenten zu erschüttern. Der Herr Abgeordnete hat selbst schon zu erkennen gegeben, wie rasch die periodische Bewilligung heruntergeht. Ich habe vorhin gesagt, die Regierung wollte sich dem nicht aussetzen, daß das Septennat als Ausgangspunkt neuer Bewilligungen, neuer Konzessionen von seiten der Opposition benutzt würde, der Kaiser könne das ihm anvertraute Depot der Regierungsrechte nicht auf diese Weise ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen weiter zedieren an den Reichstag. Wir sehen jetzt, daß die drei Jahre Herrn Windthorst schon nicht mehr genügen; er plädiert als für etwas ganz Natürliches, daß wir jedes Jahr einen Konflikt haben müssen. Gehäufte Konflikte — je näher sie liegen, desto unsicherer die Existenz des Deutschen Reiches. Ob dem Herrn Abgeordneten damit gedient ist, weiß ich nicht, und was ich innerlich glaube, habe ich keine Verpflichtung hier auszusprechen. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat sich dann, nachdem er das Gebiet der Gerüchte verlassen hatte, auf das Gebiet der Schlagworte geworfen, dahin rechne ich die Redensart: „Ja, wenn die Regierung das nicht will, dann bleibt gar nichts übrig als die absolute Monarchie" — Ja, meine Herren, das ist eine Redensart, die wirklich tief unter der Würde eines so angesehenen Herrn, ehemaligen Ministers und großen Staatsmannes steht, wie es der Herr Abgeordnete Windthorst ist. Das ist ja eine unglaubliche Übertreibung. Was uns übrigbleibt, das betreiben wir eben in diesem Augenblick von beiden Seiten: den Wähler darüber zu belehren, wohin ihn seine Abgeordneten von der Reichstagsmajorität führen, wenn er dieselben wiederwählt, wenn er sich deren Politik mit gebundenen Händen hingibt und deren Zeitungen glaubt. Es bleibt uns übrig ein anderer Reichstag mit einer anderen Majorität. Hätte der Reichstag eine nationale Majorität anstatt einer reichsfeindlichen — ich werde den Ausdruck, den der Herr Abgeordnete angefochten hat, gleich nachher erläutern —, dann wäre sehr viel mehr Vertrauen berechtigt: dann wäre das richtig, was der Herr Abgeordnete vorhin sagte. Ein „verständiger" Reichstag — wohlgemerkt, das Wort unterstrichen — ein „verständiger" Reichstag wird ja nicht die

Beibehaltung oder Verstärkung der Armee ablehnen, wenn das Bedürfnis vorhanden ist. Gewiß, ein verständiger Reichstag wird beurteilen, ob das Bedürfnis vorhanden ist, und ist er wirklich verständig, das heißt, ist er wirklich reichsfreundlich, so wird er wahrscheinlich ebenso urteilen wie die Regierungen; denn die haben auch kein Vergnügen daran, noch mehr Soldaten zu haben, noch mehr Steuern zu erheben; Paradezwecke haben sie nicht. Aber wenn nun der Reichstag nicht reichsfreundlich wird — ich meine die Majorität?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: Wir fechten eine der wesentlichsten Reichsinstitutionen mit Geringschätzung an. Aber alles, was wir sagen, richtet sich doch nur gegen die augenblickliche Majorität, und diese besteht in der Hauptsache aus notorischen Reichsfeinden, die selbst das Zeugnis des Abgeordneten Windthorst, daß sie reichstreu seien, nicht akzeptieren. Es ist ja für die parlamentarischen Einrichtungen ganz nützlich, wenn man ein gewisses stillschweigendes convenio hat: Wir wollen uns alle gegenseitig für tugendhaft halten, und ein Schuft, wer das Gegenteil tut! Das heißt, die Geschäftsordnung soll den strafen, der überhaupt sich erlaubt, an der Tugendhaftigkeit und ehrlichen Reichstreue des anderen zu zweifeln. Nun, meine Herren, die Geschäftsordnung mag den Abgeordneten das ja vorschreiben, und sie werden danach handeln; für mich, für die Redefreiheit, die ich im Namen des Königs und der Regierung habe, ist die Geschäftsordnung aber nicht bindend; ich habe nicht die Verpflichtung, jeden für reichstreu und königstreu zu halten, der sich dafür ausgibt; namentlich die Kryptorepublikaner in der Fortschrittspartei habe ich nicht die Verpflichtung, für königstreu zu halten. Ich glaube nicht, daß es auf den Eingeweihten noch irgendwelchen Eindruck macht, wenn die königsfeindlichsten Aufforderungen mit einem: „Es lebe der König und das ganze Königliche Haus!" begleitet werden. In der Provinz, da mag es einen gewaltigen Eindruck auf die Leute machen, weil sie die parlamentarische Tätigkeit dieser Herren nicht kennen und nie kennenlernen. Die lassen sich durch solchen Royalismus betören. Der gemeine Mann in Preußen — das erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Windthorst auf seine Befürchtungen für die Dynastie — läßt sich nur durch Versicherungen im Namen des Königs täuschen und verführen, und die werden ja allerdings von den Herren reichlich gegeben; sie beteuern ihre Königstreue durch die Hochs, die sie ausbringen, durch ihre Versicherungen, und sagen: Richtet euch nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken; meine Werke mögen dem Könige und seiner Regierung feindlich sein, aber die Worte werden alles decken und machen alles gerecht.

Ich stehe also nicht an, die Zwecke und die letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen, als antimonarchisch und als krytorepublikanisch. (Bravo! rechts.)

Wir sind weit davon entfernt, der absoluten Monarchie zuzustreben; ich halte dieselbe überhaupt für eine unmögliche Einrichtung, denn dann regiert entweder der Bürokrat oder der Generaladjutant oder irgend jemand, der das Geschäft nicht kennt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Monarchie temperiert werde und durch die Freiheit der Presse, durch die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Änderung des gesetzlichen status quo, das heißt also, daß die gesetzgebende Gewalt geteilt werde, und daß Vertreter des Volks und eine freie Presse imstande seien, ohne Furcht und ohne Rücksicht den König und seine Regierung

auf jeden irrtümlichen Weg, den er einschlägt, aufmerksam zu machen. Darüber hinaus liegt ein Bestreben, das mit der Preußischen Verfassung nicht übereinstimmt: das ist das Mitregieren und alle Versuche, die in Preußen und im Reich dem Satz der Preußischen Verfassung widersprechen: die vollziehende Gewalt ruht beim König allein.. Ich spreche dieses politische Glaubensbekenntnis aus, um den Gedanken zu bekämpfen, als ob ich ein Freund des Absolutismus und der unbeschränkten Gewalt wäre. Der Absolutismus herrscht in den parlamentarischen Fraktionen; er herrscht auch dann, wenn eine Majorität ihn ausübt, eine Majorität von einer Stimme. Dann ist er viel gröber, als wenn ein einzelner ihn ausübt. Ein einzelner hat immer Rücksicht zu nehmen auf Meinungen; eine Majorität hat gar keine Rücksichten zu nehmen: stat numerus pro ratione. Es ist ja für den Bundesrat eine außerordentliche Erleichterung, daß er, wenn er die Beschlüsse des Reichstags ablehnen muß, nicht mehr Gründe anzuführen braucht, sondern einfach zu sagen berechtigt ist — er tut es nicht immer, aber er ist doch dazu berechtigt —: Dieser Beschluß des Reichstags hat die Majorität im Bundesrat nicht gefunden; und damit ist es gut. Es ist das eine vortreffliche Einrichtung, um die ich die Parlamente immer beneidet habe. Jetzt haben wir sie in Deutschland auch.

Der Herr Abgeordnete hat mir wiederum vorgeworfen, ich verhöhne die Hannoveraner als ein königstreues Volk. Eine solche Verhöhnung liegt mir vollständig fern. Wenn ich etwas — nicht zu verhöhnen, aber anzugreifen geneigt bin, so ist es das Verfahren derjenigen, die mit den königstreuen Gefühlen dieser ehrlichen Bevölkerung des Lüneburger Landes für ihre ehrgeizigen Parteibestrebungen Geschäfte zu machen suchen. (Hört! hört! rechts.) Das tadle ich in der Tat aufs höchste, das verhöhne ich, wenn ich es kann.

Nun, meine Herren, ich habe dem, was ich sagte, nichts weiter hinzuzufügen; ich freue mich, diese Debatte angeregt zu haben. (Hört! hört!)

Wenn der Herr Abgeordnete vorhin gesagt hat, es mache ihm den Eindruck, daß ich mich mit dem Herrn Grafen Stirum verabredet hätte — er sprach von dem Duett Bismarck-Stirum —, so kann ich ihm darin vollständig recht geben. Ich habe mich mit dem Herrn Grafen Stirum verabredet und möchte den Herrn Abgeordneten Windthorst fragen, ob er eine solche Verabredung für verfassungswidrig hält. (Heiterkeit.)

Er trug das vor mit dem Tone der sittlichen Entrüstung, den er so schön anzuschlagen weiß, als ob er mir damit eine ganz schändliche Handlung vorwerfen wollte. Ich gehe noch viel weiter; ich habe erst in der vergangenen Nacht, schlaflos wie ich war, die Rede des Abgeordneten Windthorst gelesen, namentlich die Rede von den Monopolen, ich weiß nicht gerade welche, und da dachte ich mir, das kann so nicht hingehen, das kann nicht unwidersprochen bleiben, das ist nur zu den Wählern geredet, dagegen muß etwas geschehen. Darum habe ich den Herrn Grafen Stirum gebeten, mir die Ehre seines Besuches zu schenken, und mit ihm verabredet, daß wir da doch einschreiten müßten. Dazu bin ich doch vollständig berechtigt. Hat der Landtag, das Abgeordnetenhaus nicht das Recht, davon unterrichtet zu sein, welche Politik durch die Gesandten, deren Gehälter es bewilligt, vertreten wird? — Und ist es überhaupt für die Abgeordneten in Preußen so ganz gleichgültig, ob sie erfahren, was ihr König im Reichstag für eine Politik vertreten läßt? Ich habe mir die Sache in einer zweckmäßigen Weise einzurichten gesucht, um mir die Möglichkeit zu gewähren, mich über diese Frage auszusprechen. Daraus mache ich gar

kein Geheimnis und protestiere dagegen, daß irgend etwas anderes darin gelegen hätte als die Bereitwilligkeit, meinem Lande in möglichstem Einverständnis mit seinen Vertretern diejenigen Dienste zu erweisen, die nach meinen schwachen Kräften hier möglich sind. Dazu rechne ich auch die Klarlegung des Reichtagskonfliktes in dem Preußischen Landtag, der drei Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reiches vertritt. Es wäre fast eine Vernachlässigung dem gegenüber, wenn ich es unterlassen hätte, die ich nur mit meinem Gesundheitszustand hätte entschuldigen können. Darum bitte ich auch um Nachsicht, wenn ich diese Debatte, zu der ich noch viel sagen könnte, falls meine Kräfte es mir gestatteten, für diesen Augenblick nicht fortsetze. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Richter sieht trotz aller Versicherungen den Monopolgedanken bei günstiger Gelegenheit wieder auftauchen. Auch glaubt er nicht an die Verfassungstreue des Kanzlers, denn er liebe es, seine eigenen Kinder zu verzehren. Die Krone werde nicht durch den Freisinn bedroht, sondern durch die Machtstellung des Reichskanzlers. Fürst Bismarck erwidert:

Ich wünsche nur, daß der Herr Abgeordnete Richter als Wahlparole für die Fortschrittspartei die Gefahr ausgebe, in welche die Krone Preußens durch die Macht des Kanzlers gesetzt worden ist; da bin ich ihm sehr dankbar; dann braucht er sich weiter gar nicht zu bemühen. Ich will ihm nur wünschen, oder vielmehr ich will dem Herrn Abgeordneten Windthorst nur wünschen, daß der Abgeordnete Richter ihm ebenso gehorsam bleibe, wie ich es unter allen Umständen dem König von Preußen bin. (Heiterkeit.) Ich kann das mit Heiterkeit sagen, denn es unterliegt keinem Zweifel; der Zweifel daran verfällt notwendig der Lächerlichkeit. Ich habe aber noch einige rebellische Gedanken von der Fortschrittspartei gegen das Zentrum aus der retrospektiven Kritik über die Zollgesetzgebung aus der Rede des Abgeorneten Richter hervorleuchten sehen, und ich möchte Herrn Windthorst empfehlen — principiis obsta —, beizeiten darauf zu sehen, daß das nicht in die Saat schießt; sonst wird die Einigkeit zwischen den beiden Fraktionen doch schließlich in die Brüche gehen.

Ich habe den Eindruck gehabt, daß Herr Richter sich heute gegen den Abgeordneten Windthorst, einstweilen nur konditionell und im Rückblick auf die Vergangenheit, auflehnt, und das hat mich überrascht.

Der Abgeordnete Richter hat es unanständig gefunden, den König in unserer Debatte zu erwähnen. Dann muß er auch die Verfassung unanständig finden, denn in einzelnen Artikeln sagt sie vom König: Der König tut dies oder das. (Oho! links.) Ja, dann lesen Sie doch die Verfassung, Sie scheinen das nicht zu glauben; ich kann überhaupt die Lesung der Verfassung nur sehr empfehlen, auch hier, wie im Reichstage; die Verfassungen sind viel besser, wie die parlamentarischen Theorien.

Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll, der hat das Bedürfnis, die Königliche Gewalt in Vergessenheit geraten zu lassen; (Oho! und Zustimmung) ja, das sitzt dahinter, wenn man sagt, davon darf nicht gesprochen werden. Wir haben ja in ostasiatischen Ländern solche verehrten Personen gehabt, die so hoch waren, daß sie nicht gesehen und von ihnen nicht gesprochen werden durfte. Wir haben in England die Theorie, daß vom König nicht geredet werden darf, weil das die Aristokratie in den Schatten gestellt hätte. Und bei uns stellt es einen Parteichef in den Schatten, wenn vom König zu viel geredet wird. (Sehr gut! rechts.)

Nun, bei uns in Preußen ist der König, Gott sei Dank, ein mächtigerer Mann und eine ansehnlichere Potenz, mit der jeder rechnen muß. Daß hier und da von einer Gefährdung der Krone die Rede sei, daran glauben ja die Herren selbst nicht, sie sind sich dieser Schwäche bewußt und wollen nur, daß von der Stärke des preußischen Königtums möglichst wenig die Rede sei, dann sind sie schon froh. (Sehr gut! rechts.)

Ich halte das nicht für unanständig, ich halte mich an die Verfassung und werde von dem König reden, so oft als ich berufen bin, seinen persönlichen Willen geltend zu machen, der für mich ein wesentlicher Entscheidungsgrund ist.

Der Abgeordnete hat für seine Verfassungstheorie sich nicht mit der Verfassung an sich behelfen können, sondern er hat eine Art Abstraktion, ein Destillat daraus gezogen, was er deren „Wesen" nennt. Er sagt — es sind nicht genau seine Worte — es handle sich nicht um den Wortlaut, aber um das Wesen der Verfassung, die dem gegenübersteht. Er sagt, die Theorie, die ich von der Reichsverfassung entwickelt hätte, stehe mit dem Wesen der Verfassung in Widerspruch. Ich kann mich auf das „Wesen" nicht einlassen, das ist eine fortschrittliche Phantasie, ein fortschrittliches Destillat, das kann man zu Nutz und Frommen der Fraktion zurecht machen, ich halte mich aber an den Wortlaut und an den Inhalt der Verfassung, dem will ich vollständig treu bleiben. Danach ist Artikel 59 der Reichsverfassung maßgebend für die Präsenzstärke im Heere, wenn ein Gesetz und solange dieses Gesetz auf Grund des Artikels 60 nicht zustande gekommen ist. Dieses Verhältnis lag vor bis 1874, und deshalb hat man sich damals mit dem Notbehelf genügen lassen auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zustande zu bringen. Im Jahre 1874 ist es zustande gekommen. Der Abgeordnete und viele mit ihm glauben, daß damit diejenige Grenze dargestellt sei als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser berechtigt sei zu gehen, während umgekehrt nach der ganzen Genesis der Verfassung es eine Minimalgrenze bildet, bis zu der zu bewilligen der Reichstag nach der Verfassung verpflichtet ist. Das werden Sie in Artikel 62 und 63, wo die Anleitungen für die Ausgabenbewilligung des Militäretats enthalten sind, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das wird modifiziert durch das jetzt geltende Septennat, das im Jahre 1888 im Frühjahr abläuft und das wir vollständig bereit sind, auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit der der Kaiser zufrieden sein muß trotz seiner außerordentlichen Prärogative, die die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des überstandenen Krieges in die Hände des Kaisers gelegt hatte und die durch das auf Grund des Artikels 60 zu gebende Gesetz modifiziert werden sollten. Die Herren wissen wohl, daß dies die Minimalgrenze ist, bis zu der der Kaiser das Recht hat, daß ihm bewilligt werde. Das schließt nicht aus, daß der Kaiser unter Umständen, wenn gefährliche oder veränderte Zustände eintreten, ein majus im Reichstag beantragt, das er, solange er an diese Minimalgrenze gebunden ist, mit der er zufrieden sein muß, ohne Zustimmung des Reichstags nicht ereichen kann. Und deshalb ist der Abgeordnete sehr im Unrecht und im Irrtum gewesen, wenn er aus den Vorgängen, die mit dieser Deduktion im Zusammenhang stehen, die Argumentation hat herleiten lassen, die Regierung selbst habe das Kompromiß nicht gehalten. Die Regierung hat das Kompromiß sehr wohl gehalten; aber das Kompromiß schloß gar nicht das Bestreben der Regierung aus, nach Bedürfnis die Zustimmung des anderen Faktors zu einer Erhöhung nachzusuchen. Das war das bestehende Gesetz, nur eine Minimalgrenze, mit der der Kaiser zufrieden sein muß, solange

das Gesetz in Gültigkeit ist. Ist die Gültigkeit desselben abgelaufen, so tritt der ursprüngliche Zustand ein, der da war, ehe das Gesetz zustande gekommen war. Die Verfassung wollte ursprünglich die Sicherstellung des Heeres vor allen Schwankungen. Das war ohne eine gewisse kaiserliche Willkür nicht möglich. Diese kaiserliche Willkür wurde zuerst in die Verfassung hineingebracht dadurch, daß die dreijährige Präsenzzeit bei der Fahne aller wehrfähigen Deutschen im Artikel 59 bestimmt wurde. Im Artikel 63 wurde sodann dem Kaiser das Moderamen in die Hand gelegt, die Präsenzziffer zu bestimmen; er bekam also das Recht, die ungemessene und unausführbar hohe Präsenzziffer zu reduzieren. Es handelt sich bei Artikel 63 nur um eine Beschränkung dieser ungemessenen kaiserlichen Gewalt nach unten in der Ziffer; der Antrag der verbündeten Regierungen bricht also in keiner Weise das Kompromiß, wie der Abgeordnete mit einigem Pathos, um die Regierung ins Unrecht zu setzen, behauptet hat.

Aus dem Beginn der Rede des Abgeordneten habe ich mit erneuter Verwunderung entnommen, ein wie wichtiges Element in unseren Verfassungs- und Gesetzgebungsverhältnissen der Schenkwirt ist. Die Herren bilden sich ein, daß mit der Monopolfrage, die für die Schenkwirte so wichtig ist, eine große Masse Wähler geängstigt werden könne, und darum heben sie dieselbe immer wieder von neuem hervor und sagen: Die Regierung beabsichtigt das doch usw. Sie denken, wenn Sie die Schenkwirte auf ihrer Seite haben, dann haben sie auf ihrer Seite alles, das Deutsche Reich, die Militärfrage, die Verfassung. (Unruhe links.)

Das ist überhaupt ihre Politik, daß sie die Schenkwirte für sich zu gewinnen suchen, indem sie immer wieder von Monopol und von Monopol sprechen, damit der Schenkwirt geängstigt werde und bei den Wahlversammlungen, die in seinem Lokale stattfinden, für die Schnapspolitik der Wahlunternehmer Partei nehme. Ich halte die Schenkwirte für eine achtbare Klasse von Menschen, aber dieser vorwiegende Akzent, der — von seiten der Fortschrittspartei wundert es mich ja nicht — aber auch von seiten der Zentrumspartei auf die Monopolfragen gelegt wird, vergegenwärtigt mir doch immer, daß sehr viel Wert von diesen beiden Parteien auf den Beistand der Schenkwirte gelegt wird. Anders kann ich mir dieses ewige Zurückkommen auf die Monopole nicht erklären, als daß es bestimmt ist, vor den Wahlen einzuwirken auf diese einflußreiche Menschenklasse, gegen deren Sympathie alle Gründe der auswärtigen Sicherheit des Reichs, der Befestigung der Reichsverfassung und der Entwicklung von Kompromissen nichts gelten; das fällt alles weg, wenn nur der Schenkwirt gewonnen wird durch seine Furcht vor dem Monopol.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, daß ich ebenso wie der heidnische Gott Saturn meine eigenen Kinder verzehrte, und dies erläutert an dem Beispiel der Kirchengesetze. Nun muß ich die Vaterschaft für die Kirchengesetze auf das Entschiedenste in Abrede stellen. In diesem Hause, in Preußen, ist in erster Linie der Ressortminister für diese Gesetze verantwortlich, in zweiter Linie seine Kollegen. Ich lehne die Verantwortlichkeit für die Gesetze hier durchaus nicht ab von mir, ich bin dafür eingetreten, aber die Vaterschaft stammt durchaus nicht von mir. Ich wäre gar nicht imstande gewesen, ein so juristisch fein ausgearbeitetes Gesetz zu spinnen. Ich war damals abwesend, ich war nicht einmal Ministerpräsident. Ich bin einigermaßen verwundert gewesen über die Künstlichkeit des Gespinstes, ich bin nachher, namentlich als die Fortschrittspartei anfing, des

Kulturkampfes satt zu werden und ihrerseits teils furtim, teils mit fliegenden Fahnen überging in das Lager des Zentrums, zweifelhaft gewesen, ob man wirklich einem öffentlichen Bedürfnis entspräche, wenn man die damalige Kirchengesetzgebung weiter und fester verträte. Ich habe damals angefangen — insofern ist das Verhalten der Fortschrittspartei für mich sehr lehrreich gewesen; es war mir sehr verwunderlich, wie Leute so heterogener Auffassung doch plötzlich in das ultramontane Lager übergehen konnten — ich habe damals angefangen, die Sache zu studieren, und habe gefunden, daß jene Gesetzgebung eine große Menge von Bestimmungen enthielt, die es gar nicht wert waren, um ihretwegen zu fechten; ich habe außerdem gefunden, daß eine solche Reform, die in das geistige Gebiet übertrat, nur durchzuführen ist, wenn sie durch die öffentliche Meinung der Mehrheit der Nation mit zwingender Gewalt getragen wird. Das war nicht der Fall, es schien eine Zeitlang zu sein, aber die Fortschrittspartei hot sich die Bekämpfung des Reichskanzlers, nicht die Bekämpfung des Papstes angelegen sein lassen. Infolgedessen ging sie in das andere Lager über, und es bildete sich eine starke Majorität gegen uns. Der Abgeordnete Richter hat mir ja jede konstitutionelle Fakultät für Berücksichtigung der Mehrheit meiner Mitbürger abgesprochen. Aber ich muß doch sagen, daß ich den erwähnten Tatsachen gegenüber zu einer Prüfung der Sache, die ganz außerhalb meines Reviers und meiner Aufgaben lag, gekommen bin. Wenn Sie wüßten, quantae molis es gewesen ist, durch die beinahe fünfundzwanzig Jahre die auswärtigen Verhältnisse, die Beziehungen zum Auslande zu erhalten, so würden Sie die Verantwortung für jeden einzelnen Gesetzesparagraphen, der in diesem Hause zur Annahme gekommen ist, von mir nicht verlangen; es ist das nur eine der Ungerechtigkeiten, die man gegen einen politischen Feind mit Vergnügen übt, und deren Ablehnung mir nicht viel hilft. Ich bin darauf gefaßt; aber ich bin durch die dauernde Mißhandlung fünfundzwanzig Jahre hindurch hinreichend abgehärtet, um auch das tragen zu können. Nachdem ich das Bedürfnis der Revision der Kirchengesetze erkannt habe, bin ich ganz offen vorgegangen, und ich gestehe ganz offen, ich würde es noch weiter tun, wenn ich den Beistand aller meiner Herren Kollegen dazu hätte haben können.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, daß andere Einrichtungen meine Ideale sind. Das muß ich als eine objektive Unwahrheit ganz entschieden zurückweisen. Mein Ideal sind nur andere Wahlen, eine andere Majorität. Mit dieser Majorität ist auf die Dauer nicht zu leben; — so lange sie da ist, muß das Reich verkrüppeln und verkommen und von seinen Nachbarn nicht mehr mit dem Ansehen betrachtet werden, auf das es Anspruch hat. Ich werde sorgfältig nach dem Ziele hinarbeiten, andere Wahlen und andere Majoritäten zu erlangen. Andere Einrichtungen, andere Wahlgesetze, alles das erstreben wir nicht; das ist auf gesetzmäßigem Wege nicht zu erlangen, und wir sind gesonnen, auf gesetzmäßigem Wege zu bleiben. Aber wenn Sie, die Opposition, glauben, uns gewissermaßen auszuhungern durch Geduld, so haben Sie doch eine zu geringe Meinung von der Geduld, die unsererseits vorhanden ist, und von der Härte des Entschlusses, auf die Sie bei uns stoßen werden.

Ich werde etwas getröstet in diesen Betrachtungen, wenn ich auf die Vergangenheit der letzten fünfundzwanzig Jahre zurückblicke, in denen ich von dieser Stelle oft gesprochen habe. Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preußischen Monarchie und des Deutschen Reiches von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das Bitterste und Schärfste bekämpft worden ist. (Sehr richtig! rechts.)

Es fing das an, als ich zuerst herkam; da fand ich die Frage der Militärorganisation im vollsten Brand und wurde als eine Art Landesverräter behandelt. Man drohte mir mit dem Schicksal Straffords und mit noch schlimmeren Dingen: schließlich ist die Militärorganisation doch eine Wirklichkeit geworden.

Darauf kam eine schwierige auswärtige Frage; es war die polnische, in der ich ganz entschlossen für Rußland Partei nahm; die ganze mir gegenüberstehende Fortschrittspartei, die damals die Majorität hatte, nahm für die Polen Partei: wir sind doch schließlich mit Rußland Freund geblieben und nicht die Freunde der Polen geworden.

Es kam nachher der dänische Feldzug. Den hat die Fortschrittspartei mit allen Mitteln der persönlichen und politischen Schikane erschwert: er wurde dennoch ohne Bewilligung von irgendwelchen Mitteln in Szene gesetzt und die Befreiung Holsteins und Schleswigs von Dänemark erreicht, die wir erstrebt hatten, die die Fortschrittspartei uns aber nicht gönnte. Ich weiß nicht, ob sie sie ihrerseits wollte; wenn ich an den Herrn Abgeordneten Hänel denke, so möchte ich glauben, es wäre der Fall gewesen. Jedenfalls standen Sie damals, als wir den Krieg anfingen, mit Ihren Sympathien mehr auf dänischer Seite und hofften, es würde uns nicht gelingen; Sie hofften nicht auf den preußischen Sieg — kann ich wohl sagen, ohne den Herren zu nahe zu treten. Die Befreiung von Holstein haben Sie bekämpft.

Den Krieg mit Österreich, welcher die Vorbereitung zur Herstellung des Norddeutschen Bundes war, haben wir contre vent et marée geführt; wir haben den bedauerlichen Gordischen Knoten, wie ich im anderen Hause ihn genannt habe, mit dem Schwerte zerhauen müssen. Da hat uns die Fortschrittspartei nicht beigestanden; sie hat bis zum letzten Augenblick uns diese Lösung der deutschen Frage mit dem Schwerte erschwert und uns dabei gehindert. Sie hat gegen den Norddeutschen Bund gestimmt; sie hat die Bildung des Norddeutschen Bundes erschwert.

Sie hat uns bekämpft, in jeder möglichen Weise in der Richtung gegen Frankreich, obwohl jedermann, der überhaupt einen politischen Blick hatte, voraussehen mußte, daß die Schlacht von Sadowa einen Kampf mit Frankreich nach sich zöge. La revanche pour Sadowa war damals das französische Schlagwort, und aus dem Schoße der Fortschrittspartei wurde im Jahre 1869 ein Abrüstungantrag gestellt, (Heiterkeit rechts) wie ich gehört habe, aus Anlaß eines Franzosen von europäischer Berühmtheit. Nun, wie man im Scherz sagt, „so ein bißchen Französisch, das ist doch gar zu schön“, (Heiterkeit rechts) und wenn es ein berühmter Mann, wie Herr Garnier-Pagès ist, da ist ein Deutscher vollständig entwaffnet und folgt ihm. So wurde im Jahre 1869 aus dem Schoße der Fortschrittspartei ein Abrüstungsantrag gestellt. Der Krieg mit Frankreich wurde uns außerdem auch noch erschwert durch die schließlich auf juristischem Gebiet noch verfolgten landesverräterischen Umtriebe von Mitgliedern der Fortschrittspartei; so nenne ich nur den Namen Jakoby, der, während wir mitten im Kriege waren, die Sympathien der deutschen Fortschrittspartei für Frankreich laut zu erkennen gab. (Hört! Hört! rechts.)

Nun, was wir weiter von der Fortschrittspartei für Hemmschuhe und Hindernisse gehabt haben — ich brauche nur die Reichsverfassung zu nennen, gegen die die ganze Fortschrittspartei gestimmt hat, nachher die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wo die Fortschrittspartei bis zuletzt gegen die Staatsinteressen die großen Privatkapitalisten vertreten

hat, den Schutz der inländischen Arbeit, bezüglich dessen der Herr Abgeordnete Richter noch heute sich seines Widerstandes rühmt — also kurz und gut: Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden, (sehr richtig rechts) und ist doch immer zustande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortschrittspartei unser Gegner ist, doch die Militärvorlage zustande kommen wird. (Lebhaftes Bravo rechts.)

5. Sitzung des Herrenhauses.

15. Februar 1887.

Um den Organen der Selbstverwaltung eine Mitwirkung bei der Feststellung des Bedürfnisses und der Aufbringung der Leistungen für Volksschulen zu sichern und das freie Ermessen der Schulaufsichtsbehörden möglichst einzuschränken, ferner, um den zum Unterhalt der Volksschulen Verpflichteten einen Schutz zu bieten, legte die Regierung zunächst dem Herrenhause einen Gesetzentwurf betr. die Feststellung der Leistungen für die Volksschulen vor. Danach sollten bei jeder Steigerung der Leistungen im Falle des Widerspruchs der Verpflichteten der Kreis- bzw. der Bezirksausschuß entscheiden. Der von der Kommission amendierte Gesetzentwurf steht am 15. Februar auf der Tagesordnung. Herr v. Kleist-Retzow begründet seine Anträge auf weitere Entlastung der Gemeinden; er fordert eine prinzipielle Regelung der ganzen Angelegenheit, nämlich die Übernahme der Schullasten durch den Staat. Er tadelt, daß die Steigerung der drückendsten Lasten, der Baulasten, ausgenommen ist und nennt die Vorlage eine lex imperfecta. Fürst Bismarck tritt, wie der Kultusminister v. Goßler, für die Regierungsvorlage ein:

Herr v. Kleist hat die Vorlage eine lex imperfecta genannt. Ich gebe ihm das auch in dem weitergehenden deutschen Sinne zu, es ist ein sehr unvollkommenes Gesetz, aber es ist eben nur ein provisorisches Gesetz, ich möchte sagen, ein Flickwerk, bis zu der Zeit, wo wir imstande sein werden, das durch die Verfassung vorgeschriebene Schulgesetz bringen zu können. Augenblicklich sind wir dazu nicht imstande, weil nach allen fehlgeschlagenen Versuchen, die wir im Reichstage gemacht haben, für das Reich neue Geldquellen zu eröffnen, die preußischen Finanzen jetzt unmöglich über die Mittel disponieren können, die erforderlich sind, um das Schulgesetz, wie es beabsichtigt war, durchzuführen. Die Lösung dieser Frage, die gründliche Lösung, will ich sagen, hängt von uns hier in Preußen allein nicht ab; wir sind darauf angewiesen, zu warten, bis im Reichstage die jetzt unsere Finanzquellen obstruierende Politik nicht mehr in der Majorität sein wird, und dazu kann die Königliche Regierung ihrerseits wenig tun. Die Aufgabe eines provisorischen Gesetzes ist um so schwieriger und man erfüllt sie um so unvollkommener, je tiefer die Übelstände, denen abgeholfen werden soll, eingerissen sind. Die Verfassung betrachtet die Schule ursprünglich als eine Staatseinrichtung, und nach Artikel 23 und 24 gibt sie den Lehrern die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten. Der Staat übernimmt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sie auskömmlich dotiert sind. In der Verfassung steht nicht, daß der Staat es übernommen habe, diese seine Pflichten auf Kosten der jedesmaligen Gemeinde zu erfüllen; es ist aber tatsächlich der Fall gewesen, und dadurch verteilt sich die Schullast so außerordentlich ungerecht. Der Herr Referent hat in dem, was er vor seiner amtlichen Äußerung verlas, wenn ich ihn richtig verstand, dieses Thema schon berührt, das Thema der Ungleichheit, mit welcher die Schullasten treffen, wenn zwei Gemeinden, von denen die eine sehr arm und die andere sehr reich ist, beide ein und dieselbe Anzahl von Schulkindern haben. Es ist

anzunehmen, daß die ärmere Gemeinde die größere Anzahl von Kindern haben wird; aber selbst wenn die Anzahl gleich ist — ihre Leistungsfähigkeit ist nicht die gleiche, und doch wird von ihnen dasselbe gefordert: von der armen wird so viel gefordert wie von der reichen, und die Beitragsverhältnisse verteilen sich mitunter außerordentlich ungünstig. Wir haben im Staatsministerium seit Jahren vielfach beraten wie wir diesem Übelstande einigermaßen abhelfen könnten, ohne die Entwicklung, die das Schulwesen faktisch genommen hat, und die Herr v. Kleist auch nicht anfechten will, geradezu zurückzuschrauben. Diese Entwicklung steht ursprünglich auf keiner sehr starken Grundlage, nämlich nur auf einem Ministerialreskript von 1852 — ich glaube, es war von Herrn v. Raumer — welches zuerst den Satz als Vorschrift für die preußische Verwaltung einführte, daß der Kultusminister befugt sei, die Bedürfnisfrage, die Beitragspflicht, kurz und gut zu bestimmen, wie hoch das Gehalt der Lehrer und die Leistungen sein sollten, ohne durch irgendeine Kontrolle der Bewilligung oder die Konkurrenz eines Finanz- oder sonstigen Ministers, der zum Schutze der Belasteten berufen worden wäre, beengt zu sein; der Kultusminister allein bestimmte. Es ist das ein Verhältnis, das, wenn dieses Portefeuille in den Händen eines so billig denkenden Kollegen ist, wie der, der neben mir sitzt, wohl getragen werden kann; aber es denken nicht alle, die ihm vorangegangen sind oder ihm nachfolgen, gleich darüber, und im ganzen muß man doch nach unseren deutschen Gewohnheiten hier sagen: fata trahunt, oder ich will richtiger sagen: officium trahit, wer das Kreuz hat, segnet sich. Wenn man sich zum Beispiel den Fall denkt, daß der Kriegsminister die Militärlasten allein zu bestimmen hätte, ohne Konkurrenz des Finanzministers oder des Reichstags, oder einer parlamentarischen Versammlung, so glaube ich, daß unsere Militärlasten bei väterlichem Regiment doch noch ganz andere sein würden, als wir sie heute tragen. Oder wenn ich als Auswärtiger Minister allein zu bestimmen hätte, wie hoch die Botschaftergehälter sein sollen, so weiß ich nicht, ob ich mich dem Andrängen auf Gehaltserhöhung so entschieden hätte widersetzen können wie jetzt, wo ich die Bewilligung dazu brauche. Oder wenn der Justizminister allein zu bestimmen hätte, wie hoch die Gerichtskosten und die richterlichen Gehälter sein sollen, so würde man auch da sagen können: officium trahit. Es ist das kein wünschenswerter und haltbarer Zustand auf die Dauer; für die Verantwortlichkeit des beteiligten Ministers ist er ein peinlicher, wie mein Herr Kollege mit Recht vorher gesagt hat; es richtet sich ein gewisses Maß von Odium gegen die Verwaltung, gerade weil sie unkontrolliert ist, was der Minister auf die Dauer zu tragen nicht verpflichtet sein kann.

Ich möchte also die Herren bitten, von diesem Gesetz nicht zu viel zu verlangen, und seine Annahme im anderen Hause und durch die Staatsregierung nicht dadurch zu hindern, daß Sie auch hier wiederum das Beste des Guten Feind sein lassen. Wir haben nicht ohne Mühe nach Anhörung der beteiligten Provinzialbehörden, nach Anhörung des Staatsrats die Ihnen vorliegende Fassung kombiniert. Dieselbe ist ja sehr verbesserungsfähig; aber daß das, was Herr v. Kleist als Amendement beantragt hat, die Verbesserung eines Provisoriums sei, kann ich nicht zugeben. Wir haben die Absicht, soweit Geld dazu vorhanden ist, eine gerechtere Verteilung der Schullasten zu bewirken und eine Überweisung von direkten Staatssteuern zu Gemeindezwecken herbeizuführen. Ob sich das verwirklichen läßt, kann ich nicht wissen. Aber ich möchte doch nicht, daß Sie den ungleichen Druck von der Stärke, wie er jetzt ist, obgleich er sich durch ein pro-

visorisches Gesetz — allerdings nur mäßig — beseitigen läßt, um ein Jahr länger bestehen lassen, was geschehen würde, wenn das Gesetz nicht zustande kommt. Um gleich vorzugreifen auf die folgenden Paragraphen, so möchte ich von regierungsseite eine Zustimmung auch dann nicht in Aussicht stellen, wenn von den Wohltaten, den Milderungen, die dieses Gesetz beabsichtigt gegenüber gewissen zu weit gehenden — ich will sagen — gouvernementalen Ansprüchen, gewisse Provinzen ausgeschlossen werden sollten, weil sie durch die Langsamkeit der Gesetzgebungsmaschine gewisse vorbereitende Gesetze noch nicht besitzen. Eine solche Verstümmelung des Geltungsbereichs würde das Gesetz unannehmbar für die Regierung machen. Wir haben das Bedürfnis, die Berechtigung, übertriebene Lasten abzuwehren, allen Provinzen gleichmäßig zuteil werden zu lassen. Dann erlaube ich mir noch eine Bemerkung, ein Detail aufzuklären in Bezug auf § 2 der Regierungsvorlage; derselbe lautet:

> Über jede von den Schulaufsichtsbehörden fortan beanspruchte Steigerung derjenigen Leistungen, welche von den zur Unterhaltung der Volksschule Verpflichteten bisher aufgebracht worden sind, beschließt, bei Widerspruch der Verpflichteten, für Landschulen der Kreisausschuß und für Stadtschulen usw.

Da steht nicht, daß der Kreisausschuß über die Frage der Leistungsfähigkeit beschließt, sondern er beschließt überhaupt. Wenn nur über jene Frage beschlossen werden sollte, dann brächte uns das vorliegende Gesetz wenig weiter, als wir schon jetzt sind. Wenn die Zahlungsfähigkeit in Abrede gestellt wird, so tritt schon heute das ein, daß der Staat entweder die Lasten übernimmt, wenn er das Geld hat, oder wenn er es nicht hat, auf die Steigerung verzichtet. Früher war es anders; da streckte sich die Schulverwaltung nach der Decke, die sie hatte, da war eine herkömmliche Dotation, und was daraus nicht zu bestreiten war, das unterblieb. Infolgedessen blieben die Schuleinrichtungen hinter dem, was heute geleistet wird, sehr zurück, und der Vorsprung, den die heutigen Leistungen vor den damaligen haben, ist vielleicht größer, als er für zweckmäßig, für notwendig gehalten werden kann. Gewiß ist aber, daß die damaligen Leistungen unvollständig waren. Das Raumersche Reskript vindizierte dem Staat das Recht, die Kommune willkürlich zu belasten; bis dahin hatte man das überhaupt nicht geglaubt; das ist ein Rechtsbegriff, der erst seit einigen dreißig Jahren durch dieses Ministerialreskript in unser Staatsrecht übertragen worden ist. Indes er hat eine Berechtigung durch Verjährung erlangt, er ist vorhanden, und es handelt sich jetzt nur darum, wie man den Gemeinden einen Schutz geben soll gegen zu weit getriebene Ansprüche, die ihre Leistungsfähigkeit bis auf den letzten Pfennig erschöpfen.

Ich muß daher die Auffassung Herrn v. Kleists berichtigen, wenigstens dahin, daß ich bei der Abfassung des Gesetzes nicht die Auffassung gehabt habe, daß die urteilende Lokalverwaltungsbehörde nur über die Leistungsfähigkeit und die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden zu entscheiden hat. Vielmehr ist, wie schon der Herr Kultusminister bemerkte, derselben überhaupt die Entscheidung in der Allgemeinheit zu belassen.

Ich möchte den Herren empfehlen, mit Rücksicht auf das Provisorium, welches für die Geltung dieser Vorlage beabsichtigt ist, keinen zu scharfen Maßstab an dieselbe anzulegen, die Sache nach Möglichkeit, so wie sie vorgelegt ist, anzunehmen und dadurch auch vielleicht die schnelle einheitliche Beschließung im anderen Hause zu erleichtern. Je

mehr von der Regierungsvorlage abweichende Wünsche hier auftauchen und zur Geltung kommen, desto sicherer können wir erwarten, daß im anderen Hause sich an die dorthin zu bringende Vorlage neue Wünsche einzelner Persönlichkeiten und Fraktionen knüpfen werden. Ich möchte daher den Herren nahe legen, nicht nur die jetzt zur Diskussion stehenden Paragraphen, sondern auch — vielleicht werde ich nachher nicht mehr hier sein — die weiteren nach den Vorschlägen der Regierung annehmen zu wollen. (Bravo!)

9. Sitzung des Herrenhauses.

23. März 1887.

Am 20. Februar 1887 ging dem Herrenhause das zweite „Friedensgesetz" mit der Kurie zu, die fünfte und letzte kirchenpolitische Novelle, die bestimmt war, die letzten Reste der Maigesetzgebung zu beseitigen. Danach wurde jetzt die vom Papst gegen den Widerstand hoher deutscher Geistlicher und Zentrumsführer akzeptierte Anzeigepflicht gegenüber dem Staate geregelt, wogegen der Staat in der Frage der Ausbildung des geistlichen Nachwuchses durch Duldung von Priesterseminaren in den Diözesen Osnabrück und Limburg, in der Frage der Spendung der Sakramente und Abhaltung von Messen durch Ausländer, in der Angelegenheit der Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Strafen und in der Zulassung von Orden nach Deutschland entgegenkam. Fürst Bismarck setzte sich für den Friedensschluß mit der Kurie mit solcher Energie ein, daß er den Parteien für den Fall der Ablehnung der Vorlage mit seinem bestimmten Rücktritt drohte. Das Zentrum stimmte für Annahme auf ausdrückliche Weisung des Kardinals Galimberti, der dem Führer Windthorst persönlich riet, nicht päpstlicher zu sein als der Papst. Das Zentrum nämlich betrachtete diesen Friedensschluß zwischen Staat und Rom, wobei der Papst die Anzeigepflicht ausdrücklich anerkannte als eine tieftraurige Niederlage der Kirche, während die Protestanten ihrerseits von Bismarcks Gang nach Canossa sprachen. Eine eingehende Betrachtung[1]) kann indes nur ergeben, daß es ein Friede ohne Sieger und Besiegte war, weil der Staat die wesentlichsten Errungenschaften der Kulturkampfgesetzgebung festhielt, so das Schulaufsichtsgesetz, den Kanzelparagraphen, das Jesuitengesetz, die Vorbildung der Geistlichen, die obligatorische Zivilehe, die Anzeigepflicht der Kirche und das Einspruchsrecht des Staates bei der endgültigen Besetzung von Pfarreien. Daß Bismarck so energisch auf den Frieden drang, lag zum Teil in der drohenden außenpolitischen Lage begründet, die eine Zufriedenheit der deutschen Katholiken dringend wünschenswert machte, andererseits durch diese das Bündnis mit dem katholischen Österreich noch vertiefte. Sodann glaubte und hoffte Bismarck damals wohl den konservativen Flügel des Zentrums abspalten und auf seine Seite ziehen zu können, vielleicht überhaupt das Zentrum für die Zukunft zu einer Regierungspartei zu machen, was angesichts der sozialistischen und demokratischen Gefahr sehr wünschenswert war. Am 23. März steht das Friedensgesetz zur zweiten Lesung auf der Tagesordnung. Bischof Kopp begründet eine Reihe von Zusätzen, während Prof. Beseler den Entwurf verurteilt, er glaubt, daß der bevorstehende Friedensschluß weder ehrenvoll noch dauernd sein wird. Darauf erhebt sich Fürst Bismarck zur Verteidigung der Vorlage:

Es war ursprünglich nicht meine Absicht und ist auch nicht meine Aufgabe, in die Spezialdiskussion und in die Einzelheiten unserer Gesetzesvorlage einzugehen. Ich weiß indessen nicht, ob ich immer in der Möglichkeit sein werde, der Spezialdiskussion beizuwohnen, und benutze deshalb die Gelegenheit, um wenigstens auf einige der Übergriffe in die Spezialdiskussion, die der Herr Vorredner in der Generalbesprechung gemacht hat, hier zu antworten. Meine Stellung zur Sache ist ja im wesentlichen eine andere als die des Herrn Vorredners. Ich kann weder eine konfessionelle Stellung, noch eine vom Parteistandpunkte influenzierte, noch eine juristische einnehmen. Meine Stellung ist eine rein politische, und für mich ist der Friede mit dem Papst ein Friede wie mit jeder anderen auswärtigen Macht, die im Inlande erhebliche Interessen hat. Ich stehe, wenn Sie

[1] Vgl. neuerdings: Siegfried v. Kardorff: Bismarck, S. 202 f.

wollen, der Sache opportunistisch gegenüber, der Herr Vorredner theoretisch. Ich habe mehr als diesen noch in nuce befindlichen Friedensschluß in meinem Leben abgeschlossen. Es ist dabei vielleicht nie oder doch selten der Fall gewesen, daß jedermann davon befriedigt gewesen ist. Namentlich glaube ich nicht, daß es mir jemals gelungen ist, das volle Einverständnis des Herrn Vorredners zu irgendeinem Vorgehen in meinem Leben zu erlangen. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner ist im wesentlichen kritisch nach seiner Stellung und seinem Temperament angelegt. Ich bin seit fünfundzwanzig Jahren unter sein Seziermesser geraten und Gegenstand seiner Kritik gewesen; aber eines vollen Beifalls hat sich noch keine Handlung in meinem Leben von seiner Seite erfreut. Ich muß also auch hier darauf gefaßt sein und finde in meiner Friedensunterhandlung in dieser Lage außerordentlich viel Analogie mit derjenigen des Jahres 1866 mit dem österreichischen Kaiserstaate. Da habe ich harte Worte hören müssen über das geringe Resultat, was wir Österreich gegenüber erreicht hätten, und ich habe mich beim Abschluß vollständig allein auf meine eigene Entschließung verlassen müssen. Es gab ziemlich weitverbreitete Kreise, in denen man mich den „Questenberg im Lager" nannte, und nichtsdestoweniger glaube ich, wenn wir heute auf die Sache zurückblicken, werde ich mehr Anerkennung für das erwerben, was damals geschehen ist.

Der Herr Vorredner hat von dem Frieden verlangt, er solle ehrenvoll und dauerhaft sein. Nun, einen anderen als einen ehrenvollen Frieden habe ich in meinem Leben noch nicht unterzeichnet oder unterhandelt, (lebhaftes Bravo!) und dafür bin ich für mein Verhalten mein eigener Richter. Was aber die Dauer anlangt, so mache ich den Herrn Vorredner, der ein langes Leben — ich glaube, eben so langes wie ich — hinter sich hat, darauf aufmerksam, daß nichts in der Welt dauernd ist, weder die Friedensschlüsse noch die Gesetze; sie kommen und gehen; sie wechseln: tempora mutantur et nos mutamur in illis. Wie lange der Frieden oder der Ansatz zum Frieden, die Annäherung an den Frieden, die wir heute mit der römischen Kurie erstreben, wie lange sie dauert und währt, wenn sie gelingt, das kann ja niemand voraus berechnen. Wir tun eben unsere Schuldigkeit in der Gegenwart, rebus sic stantibus, und das, was wir Günstiges und Zufriedenstellendes für das Land erlangen können, das nehmen wir an: — ob es dauert, das steht bei Gott. Also für die Dauer übernehme ich keine Verantwortlichkeit. Der Herr Vorredner hat nachher — wenn ich die Einzelheiten behandeln darf, die er berührt hat — bei der Zulassung von Orden sich namentlich auf das protestantische Gefühl berufen, was dem widerspräche, auf die Abneigung, auf den unangenehmen Eindruck, den dies mache; er hat gesagt: Die Orden sind den Protestanten verhaßt. Meine Herren, darauf kommt es nicht an; es kommt hier nicht darauf an, ob irgend etwas dem einzelnen in seinem Innern unangenehm oder ärger ist, sondern es kommt darauf an, den Frieden der Gesamtheit der Nation in ihrem Innern und des Staates herzustellen. Ich kann auch nicht denken, daß die Mehrzahl meiner Glaubensgenossen so reizbar sein sollte, daß der Anblick einer schwarzen Kutte ihnen Haß und Galle errege; es gibt vielleicht einzelne, welche derartig empfinden, aber wir können in der Gesetzgebung auf solche Gefühle keine Rücksicht nehmen. Es kommt vielmehr darauf an, ob unsere katholischen Landsleute glauben, ohne ein gewisses Quantum von Ordensgeistlichen und prinzizielle Zulassung derselben mit uns in Frieden leben zu können oder nicht. Wenn

sie das wirklich glauben, so kann ich von meinem evangelischen Standpunkt ihnen ja unrecht geben; aber es wird mir nicht einfallen, in der Ausdehnung, wie es der Herr Vorredner getan hat, auf eine Kritik der Frage einzugehen, ob es überhaupt vernünftig ist, daß es Mönche oder Nonnen gibt oder nicht. Das muß jeder mit seinem Gewissen abmachen, und solche Gravamina der Verdrießlichkeit von einzelnen unserer Landsleute, denen schwer etwas recht zu machen ist, abzustellen, dazu ist die Gesetzgebung und die Politik überhaupt nicht da. Für mich ist entscheidend, daß von katholischer Seite man daran hängt.

Ich habe auch bei Friedensschlüssen mit fremden Mächten meinerseits mir nicht die Frage vorzulegen gehabt, warum mag Österreich, Frankreich, Dänemark diese oder jene Forderung mit der Bestimmtheit stellen; ich habe mich darauf einlassen müssen, daß es eben gefordert wurde. Welches Bedürfnis an Orden wir haben, das ist eine Sache, die schließlich von dem Urteil unserer katholischen Landsleute abhängt.

Der Herr Vorredner hat auch in Bezug auf andere Punkte die Fragen aufgeworfen. Warum sollen wir denn nicht Punkte aufgeben, die meines Erachtens für uns ganz ohne Wichtigkeit sind? Ich glaube, es bezog sich auf die Strafgewalt der Geistlichen. Ob ein katholischer Geistlicher strenger oder gelinder behandelt wird, ist für den Staat vollkommen gleichgültig, der Geistliche weiß, was ihm bevorsteht, und muß sich, wenn es zu hart ist, selbst anklagen, der Staat kann nicht einmal in dem viel näher zutage liegenden Verhältnis zwischen Lehrern und Kindern eingreifen, da wird auch oft das Züchtigungsrecht überschritten, dagegen läßt sich nicht schützen; — wer die Disziplin der katholischen Geistlichen nicht erträglich findet, der soll nicht Geistlicher werden, ebenso wer die militärische Disziplin nicht ertragen kann, soll nicht Soldat werden, wo er es vermeiden kann; für die Zeit, wo er eben Soldat sein muß, kann er es nicht.

Der Herr Vorredner hat ähnliches in Bezug auf die Priestererziehung bemängelt, und er legt dieser Seite der Sache einen Wert bei, den ich für übertrieben halten muß. Daß die Priester gut und richtig erzogen werden, daran wird dem Papste und den Bischöfen sehr viel liegen, aber den Gedanken, der der Maigesetzgebung zum Teil zugrunde lag, durch die Priestererziehung nun auf das künftige Verhalten der Priester zu den Laien und ihre Toleranz gegen Andersgläubige im Wege der Erziehung und Vorbildung einwirken zu wollen, halte ich für verfehlt; es hängt von der Erziehung gar nicht so ab, wie von den späteren Erlebnissen, von den Einwirkungen der Vorgesetzten, ich möchte sagen, von der ganzen Witterung, die in Bezug auf diese Dinge in der Zeit herrscht, in der einer lebt, und wir können in der Erziehung eines Priesters, mag sie nun sehr freisinnig und weitgebildet sein, gar keine Garantie suchen, daß der Geistliche später nicht staatsfeindlich auftritt und gerade die besseren Waffen, mit denen er durch die staatliche Erziehung ausgebildet ist, gegen den Staat verwendet. Meiner Überzeugung nach — ich kann nach meinen Erfahrungen aus den jüngsten Tagen, wo ich etwas in die Statistik und Genesis der einzelnen unserer Gegner hineingegangen bin, nicht verschweigen, daß unsere schärfsten und bittersten Gegner Zöglinge der Universitäten und nicht der Seminarien gewesen sind. Ich will einzelne Universitäten nicht nennen; das Material hat für mich genügt, um den Beweis zu liefern, daß die Nötigung zum Universitätsstudium mit Abschneidung der Seminarien kein Mittel ist gegen die Schäden, die wir bekämpfen wollen. Ein Seminar bei einem friedliebenden, wohlwollenden, deutsch gesinnten Bischof ist mir lieber als das Studium auf der Universität, wo niemand eigentlich für die Erziehung verantwortlich ist, bei allen Einflüssen, die

sich unkontrolliert an den Studenten heranmachen. Also auf die Seminarfrage lege ich so sehr viel Wert nicht, und ebenso bin ich nicht gleicher Meinung mit vielen meiner Freunde über den Wert der Garantie, welche in der Anzeigepflicht liegt. Ich schöpfe auch da mein Urteil mehr aus dem Leben wie aus der Theorie. Wir haben erlebt, daß gerade Geistliche, die wir seit längerer Zeit genau kannten, die zu keinerlei Beschwerden Anlaß gegeben hatten, die wir selbst empfohlen haben, von dem Augenblick an, wo sie im Sattel saßen, die schärfsten Gegner geworden sind. Ich erinnere nur an jemand, der jetzt nicht mehr lebt und dem deshalb die Kritik nichts schadet, an den verstorbenen Fürstbischof[2] von Breslau, der hat fünfzehn Jahre amtiert unter den Augen aller Behörden, und es wird wohl selten vorkommen, daß man einen Priester vor der Anstellung so genau kennt, wie man diesen kannte, und die Regierung hat nachher über wenig Prälaten in Preußen stets so viel Klagen gehabt, wie gerade über diesen Herrn, unter dessen Leitung in Schlesien sich die Dinge in einer Richtung entwickelt haben, die früher der Bevölkerung völlig fremd und unnatürlich gewesen wäre. (Sehr gut!)

Also das zeigt nur, daß man den Wert der Anzeigepflicht leicht überschätzen kann. Man steckt in dem angestellten Priester doch nicht drin, und mit dem Papst und der Kirche eine Art von Wettlauf in der Beeinflussung der angestellten Priester anzustellen, halte ich eben auch für ein verfehltes Unternehmen. Da werden wir eine gleich starke Einwirkung niemals erreichen können. Sobald der Geistliche angestellter Priester ist, wird er seinen Oberen gehorchen oder er wird seine Stellung ruinieren, und ebenso wie beispielsweise ein Offizier, der mit einem Kriege, den man führt, nicht einverstanden ist, wird er ganz ruhig seine Schuldigkeit in der Stellung tun, wie sie ihm von oben gegeben wird, und es wird uns nichts helfen, wenn wir einen Geistlichen in eine Stellung bringen, der uns wohlgesinnt ist; er wird es für die Dauer nicht bleiben, wenn seine Vorgesetzten und die ganze Temperatur, die ihn umgibt, in entgegengesetzter Richtung auf ihn einwirkt. Ich habe von Anfang an, seit ich den Fragen näher getreten bin — ich will gleich nachher darauf kommen, wann das der Fall gewesen ist — nicht die Überzeugung gewinnen können, daß die Anzeigepflicht dem Staate die Bürgschaft gewährt, die man davon erwartet, und daß es deshalb der Mühe wert sei, mit Schärfe und Hartnäckigkeit für ihre größere oder geringere Ausdehnung zu kämpfen. Wenn ich meine Privatmeinung sagte, also wenn ich lediglich als Mitglied des Herrenhauses spräche, dann würde ich sagen: Ich frage nach der ganzen Anzeigepflicht nicht, aber ich kann meiner Privatmeinung nicht Geltung verschaffen, ich spreche im Namen einer Regierung, die ihre Entschlüsse gemeinsam faßt, und im Namen derjenigen Freunde und befreundeten Elemente, von denen die Regierung ihre Unterstützung bezieht und auch in Zukunft beziehen muß; ich habe daher kein Recht, meiner Privatmeinung in dieser Beziehung Ausdruck zu geben — sie mag ja auch irrig sein — und da sage ich mir: Was deines Amtes nicht ist, davon laß deinen Fürwitz. Zur Beantwortung der Kritiken, die von der Idee ausgehen, als ob wir staatliche und Hoheitsrechte überhaupt aufgeben, wie auch der Herr Vorredner getan hat, erwähne ich nur, daß jemand, wie ich, dessen Patriotismus und dessen Gefühl für die Würde des Königs und Staats nicht angezweifelt werden kann, nicht umhin kann, in dieser Frage noch weiter zu gehen, weil sie nicht so nützlich und wertvoll erscheint, um den Frieden deshalb

---

[2] Robert Herzog. † 1886.

noch weiter zu gefährden. Die Behauptung, als ob der Staat bisherige Hoheitsakte aufgebe und dadurch an seiner Würde verlöre, hat der Herr Vorredner im Anfang seiner Rede, ich habe es mir wenigstens zuerst notiert, ausgesprochen; ich muß ihn aber doch daran erinnern, daß wir auch bis zum Jahre 1871 bis kurz vor der Maigesetzgebung unter Umständen gelebt hatten, wo alle diese Hoheitsrechte, wie er es nennt, die wir jetzt aufgeben, noch gar nicht bestanden und viele andere auch nicht, die wir jetzt behalten, und wo wir von der Verfassung selbst in der Staatshoheit in einer Weise eingeschränkt waren, die heutzutage nicht mehr besteht.

Nichtsdestoweniger glaube ich, daß niemand das Recht hat zu bezweifeln, daß der Preußische Staat seine Hoheitsrechte und seine Würde auch vor der Maigesetzgebung vollständig gewahrt hat. Es haben damals viele Einrichtungen bestanden, die der römischen Kirche noch bedeutendere Rechte gaben und die in der Tat Beschränkungen der Hoheitsrechte des Königs waren. Ich brauche nur an die katholische Abteilung zu erinnern und an manches andere, was in der Verfassung stand, und wir haben uns doch nicht für schlechter gehalten als heutzutage, obschon wir mit solchen Hypotheken, will ich mal sagen, belastet waren. Ein jedes Gesetz ist ja ein Verzicht des Staates auf ein Hoheitsrecht in dem konstitutionellen Staat; es bindet ja den Staat in einer gewissen Weise — ob dem Landtage gegenüber oder in anderer Weise, das ist ja eine Frage für sich.

Bei der Erwähnung der Orden habe ich noch übersehen, daß der Herr Vorredner einen Grund seines Widerspruches aus der Abhängigkeit von ausländischen Oberen motiviert hat. Nun, das kann ja unter Umständen unbequem sein, aber meiner Überzeugung nach ist die Abhängigkeit unserer Reichsgenossen von inländischen Oberen viel beklagenswerter (Bravo! Heiterkeit) — und es gibt eine Menge von Fraktionen und politischen Richtungen, die ich gerne dafür hingeben würde, um dafür einen ausländischen Orden einzutauschen (Große Heiterkeit. Bravo!) und bei denen das System des unbedingten Kadavergehorsams und des sacrificium intellectus viel ausgebildeter ist wie bei den Klosterorden. Die propagandistische Tendenz, die der Herr Vorredner von den religiösen Orden befürchtet, wird von den inländischen Orden mit parlamentarischen Oberen, von den parlamentarischen Fraktionsorden mit sehr viel größeren, mit anderen Mitteln betrieben (Heiterkeit) und allein aus dem Grunde müßte man viel schärfer in das Vereinsrecht eingreifen, und namentlich bei den Fraktionen mit inländischen oder ausländischen Oberen — sehr viele von den Fraktionen haben auch ausländische Obere! (Große Heiterkeit.)

Aber dies berührt alles nicht meine politische Stellung zu der Gesamtvorlage, und ich glaube, ich kann darüber nicht besser Klarheit verbreiten, und auch über den Weg, auf dem wir dazu gekommen sind, als wenn ich mit der Verlesung einer Äußerung beginne, die ich in einer Zeit getan habe, wo die Wogen des Kulturkampfes gerade am höchsten gingen, im Frühjahr 1875, und aus der unwiderleglich hervorgeht, daß wir doch damals die ganze Gesetzgebung, die der Grund des Kampfes und des Streites war, lediglich als eine Kampfgesetzgebung und als eine Waffe, um den Frieden zu erkämpfen, betrachteten. Wir haben damals unsere Arsenale gefüllt, aber doch nicht dauernde Einrichtungen damit erstrebt, die ewig dauern sollten. Wenn man glaubt, am Vorabend eines Krieges zu stehen, sich Vorräte von Melinit und anderen explosiven Körpern anlegt, wird man das doch nicht dauernd als Mobiliar in der eigenen Wohnung betrachten wollen. (Heiterkeit.)

Und so halte ich einen großen Teil der Gesetze, die wir damals gegeben haben, mit Ausnahme derjenigen, die einige Fehler der Verfassung wieder gut machten, für solche, die man in Streit und Kampf machte, aber daß ich nicht der Ansicht war, daß dies eine dauernde Institution sein werde, das geht vollständig klar aus einer Äußerung hervor, die ich am 10. April 1875 getan habe. Sie bezog sich auf eine ältere Friedensverhandlung, die schon im Jahre 1871 stattfand, also zu einer Zeit, wo der Staat noch gar nicht eigentlich an Kämpfe dachte, wir aber doch schon die Gefahren vorausgesehen hatten, die aus der Bildung einer konfessionellen Fraktion auf politischem Gebiete für unseren kirchlichen Frieden sich entwickeln könnten, und eine Vorstellung an den damaligen Kardinal Antonelli gemacht hatten. Auf unsere Vorstellung wurde uns geantwortet, daß der Kardinal das Vorgehen des Zentrums mißbillige — daß der Papst selbst das Auftreten der katholischen Partei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt habe. In einem Berichte aus Rom vom 21. April 1871 wird gemeldet: „Der Kardinal Antonelli erklärte mir, daß er die Haltung der katholischen, der sogenannten Zentrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage."

Diese Stimmung des Kardinals hielt nur so lange aus, bis ein süddeutscher Standesherr, Fürst Löwenstein, im Auftrage des Zentrums nach Rom reiste und wir von dort aus eine andere, weniger ungünstige Stimme in Bezug auf das Zentrum zu vernehmen hatten. Darauf ging der Kampf seinen Weg, und im Jahre 1875[3] äußerte ich folgendes:

> Daß ich damals mit dem Papst selbst in Verbindung gestanden hätte, ist ja nach der Form der diplomatischen Geschäfte gar nicht annehmbar, meine Verbindungen beschränken sich auf den, wie gesagt, gescheiten, jetzt aber leider einflußlosen Kardinal Antonelli. Indessen bewahre ich die Hoffnung, daß der päpstliche Einfluß auf das Zentrum sich erhalten werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht in dem Maße bestätigt, wie ich sie damals hegte. (Heiterkeit.)

> Denn wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen, der nicht lediglich das Produkt der Wahl des italienischen Klerus zur Weltherrschaft erheben will, sondern der bereit ist, auch andere Leute leben zu lassen nach ihrer Art, und mit dem sich Frieden schließen lassen wird; — darauf ist meine Hoffnung gerichtet, und dann hoffe ich, wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen.

Dies verlese ich nur, um die logische Konsequenz der späteren Haltung der Regierung daran zu knüpfen. Der Fall, auf welchen hin ich diese Hoffnung aussprach, trat ein im Jahre 1878. Als der jetzt regierende Papst sein Amt antrat, ließ sich sehr bald merken, daß der Herr die Neigung hatte, den Streit aus der Welt zu schaffen und als eine der Aufgaben seiner hohen Mission die Herstellung des äußeren und inneren Friedens der Welt auffaßte. Ich habe infolgedessen schon damals ein Programm vertreten in unseren Vorbereitungen zur Gesetzgebung, welches ziemlich genau übereinstimmt mit der Gesamtheit dessen, was seitdem an Konzessionen vorgelegt wurde, mit Einschluß dessen, was wir heute beantragen. Aber es ist ein richtiger Beweis dafür, wie irrtümlich die Erzählungen von

[3] Am 16. April.

einem allmächtigen Minister sind, wenn ich sage, daß ich fast zehn Jahre gebraucht habe, um dieses Programm allmählich der Ausführung näher zu bringen, und notwendig so lange brauchen mußte, wenn ich Krisen und Gefahren für die ganze Stellung der Regierung vermeiden wollte. Wie ich schon vorher sagte, wir haben nötig, nicht nur unter uns uns zu verständigen, sondern auch in Fühlung zu bleiben mit denjenigen Elementen im Lande, auf deren Unterstützung wir zählen und rechnen, und danach unser Verhalten zu bemessen. Kurz, ich habe seitdem dasselbe Ziel verfolgt, für das ich heute hier eintrete, eines Friedensschlusses mit Rom, mit dem Papste. Ob das nun ein definitiver und ein dauernder sein muß, ja, dafür bin ich nicht verantwortlich. Aber selbst ein provisorischer, wenn er wieder angefochten würde, ist mir lieber als gar keiner! Und sollten die Herren finden, daß die Zustände, die nach diesem Frieden eintreten, ganz unerträglich sind und daß es sich unter denselben nicht leben läßt, so steht gar nichts im Wege, daß dieselben Kräfte, die früher die Maigesetze zustande gebracht haben, neue Maigesetze machen, ganz dieselben, wenn Sie wollen. Wenn Sie glauben, daß dies dem Frieden dienlicher und der Würde entsprechender ist, so lassen sich Gesetze ebenso aufheben, wie neue machen. Sie sind nicht für die Ewigkeit geschaffen.

Ich habe nun den Versuch, zum Frieden zu gelangen, schwieriger gefunden, als ich mir vorstellen konnte, weil ich in der Zwischenzeit mehr anderen auswärtigen Geschäften als den inneren Dingen gelebt habe. Ich fand, daß die gegenseitige Verbitterung zu einem hohen Grade gestiegen war, beeinflußt durch die parlamentarischen Kämpfe, durch die sich kreuzenden Fraktionsinteressen, durch Bündnisse und Gegenbündnisse, durch den Kampfeszorn, in den der Deutsche sich mit Vorliebe versetzt, namentlich, wenn es sich um theoretische, um Glaubensstreitigkeiten handelt. (Heiterkeit.)

Die Verbitterung war auf beiden Seiten sehr lebhaft vorhanden und sehr erklärlich durch die Hitze und die Dauer des Gefechtes, das geführt war, durch die Vergiftung der eigentlichen, ursprünglichen Streitgegenstände, durch das Hineinziehen sehr vieler anderer, hauptsächlich aber dadurch, daß die Zentrumspartei aufhörte, eine rein konfessionelle zu sein, und es nützlicher fand, eine antistaatliche Partei zu sein, den Staat überhaupt zu bekämpfen unter Zuhilfenahme aller Elemente, die dazu bereit waren. Ich rechne dazu zunächst die Welfen, die den Zustand negierten, der im Jahre 1866 geschaffen wurde; ihnen fiel sogar ein wesentlicher Anteil an der Führung dieser Fraktion zu; dann die polnische und französische Partei, die allmählich bei uns entstanden. Eine zufällige Unterstützung für Regierungsgegner wurde durch die sozialistischen Stimmen gegeben und schließlich auch durch die Fortschrittspartei, die sich dem Zentrum anschloß, weil ihr Haß gegen die Regierung größer war als ihre Abneigung gegen den Papst und die katholische Kirche. Auf diese Weise entstand eine regierungsfeindliche Majorität, von der die Regierung mit allen Waffen, die jeder einzelnen der sie bildenden Parteien zu Gebote standen, bekämpft wurde, und infolgedessen eine sehr wesentliche Verbitterung. Bei der ersten Entstehung des Zentrums war der Streit noch nicht so schwer beizulegen. Ich möchte sagen, es schien mir damals mehr die Absicht vorzuliegen, das Deutsche Reich und dessen Verfassung zu benutzen, um der katholischen Kirche in den außerpreußischen Ländern eine bessere Stellung zu verschaffen. Ich erinnere mich, daß beispielsweise Bischof Ketteler mit mir darüber verhandelte, ob man nicht der katholischen Kirche günstige Bestimmungen der Preußischen Verfassung in die Reichsverfassung aufnehmen könnte. Andere Verhand-

lungen gingen auf territoriale Fragen der päpstlichen Landeshoheit hinaus. Kurz, man war weit entfernt, die Reichsregierung als ein feindliches Element zu behandeln. Man hoffte auf unsere Unterstützung. Wir konnten diese Unterstützung nach mehreren Richtungen hin nicht gewähren, und allmählich gewannen die Elemente Oberhand, die nicht nur der Religion wegen und zur Erhöhung des Ansehens der katholischen Kirche dem Zentrum beigetreten waren, sondern die besonderen Grund zur Abneigung gegen die Reichsregierung oder einzelne Personen hatten. Beispielsweise war mein früherer Freund und Amtsgenosse v. Savigny eins der tätigsten Werkzeuge bei der Herstellung und Gründung des Zentrums, nachdem wir in persönlichem Unfrieden voneinander geschieden waren, aus Gründen, die nicht hierher gehören, und so mehrere andere Elemente, vor allem die Welfen. Sie gaben allmählich dem Zentrum eine Färbung und eine Feindseligkeit gegen die Regierung und die Personen, welche gerade die Regierung zusammensetzten, die ursprünglich nicht mit Notwendigkeit in dem alten Kampf zwischen Priester- und Königsherrschaft gelegen hatten, der auch hier zutage trat. Also ich fand die Schwierigkeiten, mit denen ich zu kämpfen hatte, sehr viel größer, als ich dachte. Ich habe mich nun immer nur gefragt — nicht, was können wir erstreben und erlangen, was ist wünschenswert — sondern: was braucht der Staat absolut, um seine Funktionen weiter zu führen? Innerlich habe ich stets zugegeben, daß das, was er nicht absolut braucht, nachgegeben und konzediert, abgeschafft werden könne, wenn der Gegner großen Wert darauf lege. Zu den absoluten Bedürfnissen konnte ich nun, wie ich schon erwähnte, eine Anzahl Einrichtungen, wie Priestererziehung, Ordenssachen, nicht rechnen. In Bezug auf alle Gravamina möchte ich den Gegnern, die auf demselben Standpunkte wie der Herr Vorredner stehen, antworten: wir haben uns gar nicht zu fragen: was ist wünschenswert, was verdrießt uns in der ganzen Sache, was hätten wir anders gewünscht? sondern da, wo es sich um Aussöhnung zwischen zwei großen Bruchteilen des deutschen oder hier im speziellen des preußischen Volks handelt, da müssen wir unseren katholischen Mitbürgern abgeben, was für uns entbehrlich ist. Nun, diese Stellung zur Sache habe ich nicht nur aus toleranter Denkungsweise, sondern sie drängt sich mir auf als Politiker; ich habe das Bedürfnis, die gemäßigten Katholiken, die den Streit lediglich um kirchlicher Glaubenssachen und nicht aus Fraktionszorn, aus Umsturzbedürfnissen führen, diese deutschfreundlichen und staatsfreundlichen Katholiken zufrieden zu stellen, wenn sie nicht zufrieden sind. Das ist für mich ein Grund, ihren Wünschen möglichst näherzutreten, auch wenn ich gar nicht einsehe, warum, da ich nicht dieselben Glaubensbedürfnisse habe. Mein Streben ist dabei lediglich das der Prophylaxis, der Befestigung der Einheit unserer gesamten deutschen Nation, im Hinblick auf die Gefahren, denen sie ausgesetzt sein wird in nicht zu langer Zeit, und im Hinblick auf die Versuche zu zentrifugalen Bestrebungen, die in kritischen Zeiten gemacht werden können, wenn Gründe vorhanden sind, welche die Einigkeit nicht gerade direkt stören, aber doch den Parteien, die durch und durch landes- und reichsfeindlich sind, Handhaben zur Einmischung geben. Die Frage, ob wir mit unseren katholischen Landsleuten einig sind oder nicht, ist nicht auf das Innere beschränkt, sondern wirkt auch auf unsere äußeren Verhältnisse zurück. Daß unsere Verhältnisse zu Österreich besser sind, wenn bei uns keine konfessionelle Streitfrage existiert, als sie auf die Dauer sein werden und sein können, wenn sie existiert, liegt auf der Hand. Ich will auf diesem Gebiete nur die eine Andeutung machen, die jeder, der die europäische Lage kennt, weiter durchdenken

kann. Also auch das ist für mich ein Grund, nicht persönlich, sondern nach meinem Pflichtgefühl als verantwortlich für die Gesamtpolitik des Landes meinem Herrn gegenüber — auch das ist ein Grund, warum ich den Frieden suche mit jedem Opfer, das ich vernünftigerweise bringen kann. In dieser Richtung hat sich eine lange Reihe von Korrespondenzen seit 1878 mit verschiedenen Kardinälen, mit Masella und Jacobini, bewegt, namentlich aber eine direkte Korrespondenz, mit der mich Seine Heiligkeit der Papst beehrt hat, und in der man allmählich den Friedensbestimmungen so weit nahe gekommen ist, daß wenigstens unnötige Hindernisse von keiner Seite mehr beigebracht wurden. Berechtigt ist ja allerdings der Einwand, den man mir macht, daß ich keine Bürgschaft dafür gewähren könne, daß der Friede mit dem Papst und mit der römischen Kurie uns auch den Frieden im Lande gewähren werde. Das haben die jüngsten Vorgänge gezeigt, und die Führer des Zentrums haben ja schon den zwischen uns und dem Papst vorbereiteten Frieden von Hause aus verurteilt; sie haben in sehr harten und dürren Worten die Konzessionen, welche der Staat zu machen geneigt sei, als unannehmbar und ungenügend bezeichnet nach dem Rezept: Entweder alles oder gar nichts. Unter „allem“ verstehen sie natürlich die ausschließliche Herrschaft über unser Land, und die können wir ihnen nicht gewähren. Also wir sehen, daß gegen die Friedensbemühungen des Papstes im Zentrum und — bei dessen Wählern will ich nicht sagen — sondern bei dessen Wahlunternehmern, bei dem ganzen Gebäude oder Gewirre von Verbindungen, das bei den Wahlen entstanden ist, daß da eine Opposition gegen den Papst sich fühlbar gemacht hat. Man kann also sagen: Was hilft uns der Friede mit dem Papst, wenn Windthorst entschlossen ist, mit seinem Gefolge den Kampf in der bisherigen erbitterten Weise fortzusetzen und ihn, wenn hier Friede ist, auf dem Gebiete der Schule und sonst wieder anzufachen? Nun, da muß ich denn doch sagen, wenn wirklich ein Kampf vorhanden ist, wenn auf der einen Seite der Papst Leo XIII. für den Frieden und für das Deutsche Reich eintritt, auf der anderen Seite das Zentrum und eine Anzahl mehr oder weniger demokratisierender Geistlicher sich den Wünschen des Papstes entgegenstellt — wenn ich das als einen Kampf innerhalb der katholischen Kirche ansehen darf, so ist mir der Sieg des Papstes über kurz oder lang gar nicht zweifelhaft. (Bravo!)

Es ist dazu nur notwendig, daß die regendichte Decke, möchte ich sagen, die eine Koalition zwischen der Wahrheit, die von oben kommt und der misera contribuens plebs zu ziehen imstande ist, allmählich durchweicht und die wählenden Massen dazu kommen, einzusehen, daß sie über die Wünsche, die Absichten des Papstes entweder wissentlich getäuscht oder sorgfältig im dunkeln gehalten werden. Sobald sie das erkennen werden, wird die Opposition gegen den Papst, die jetzt in einzelnen Köpfen, ich möchte sagen, bis zu einer demokratischen Priesterrepublik sich aufbäumt, hinfällig werden; der Papst wird als Sieger im Felde bleiben, und wir haben ihn in diesem Kampfe meiner Überzeugung nach im Interesse der Autorität und Ordnung zu schützen und ihm beizustehen. (Bravo!)

Ich habe bei einer anderen Gelegenheit gesagt, daß die Fortschrittspartei eine sehr gute Vorfrucht für die Sozialdemokratie sei. Wenn die Fortschrittspartei alle Mittel der klerikalen Agitation — ganz abgesehen von der Kaplanspresse oder auch der niedrigen Geistlichkeit — in die Hand bekommt, dann hat sie noch viel wirksamere Mittel, die klerikale Fortschrittspartei oder die klerikale Demokratie, die staatliche sowohl wie die päpstliche Autorität zu untergraben. In das Vakuum, welches dann eintritt, wenn

die Autorität fehlt, tritt teilweise die priesterliche Gewalt des demokratisierenden Priesters; zum großen Teil aber tritt an die Stelle der päpstlichen Autorität die Sozialdemokratie, wo der Glaube geschwunden ist. Nun hat die Kaplanspresse eine langjährige Tätigkeit entwickelt, die weiter keinen Zweck hatte, als die preußische Regierung als unwürdig und unehrlich darzustellen und ihr die Autorität zu rauben. Die Leute, die diesen Raub an der Autorität begehen, sind nicht in der Lage, die Erbschaft anzutreten, sondern schaffen nur eine leere Hütte, in die die Sozialdemokratie eintritt; in dieser Beziehung halte ich die subversiven Tendenzen, das Unterwühlen der Autorität für vollständig gleichbedeutend, mag es von geistlicher oder weltlicher Seite, von Sozialdemokraten oder demokratisierenden Geistlichen ausgehen. Papst und Kaiser haben in dieser Beziehung das gleiche Interesse und müssen gegen Anarchie und Umsturz gleichmäßig Front machen. (Bravo!)

Von dieser Überzeugung bin ich geleitet gewesen, wenn ich gegenüber den Wünschen des heutigen, friedliebenden, weisen und mit hoher politischer Einsicht begabten Papstes nachgiebiger gewesen bin, als ich voraussehen konnte, daß vielen meiner politischer Freunde lieb sein würde. Ich stehe für meine politische Überzeugung und meinen politischen Ruf ein, ohne in Abrede zu stellen, daß ich mich darin irren kann. Aber ich kann nur nach meiner Überzeugung handeln, und ich bin oft in meinem Leben in der Lage gewesen, daß ich einen anderen Ratgeber als mich selbst nicht gehabt habe. Das Zentrum an sich wäre, wenn es mit uns weiterkämpfen wollte, keine Majorität. Die Majorität, der Druck, den die Fraktion Windthorst auf die Regierung ausüben könnte, beruht ja mit auf dem Gewicht der politischen Intransigenten oder, wie man sie nannte, der Non-valeurs, die zu jedem Feind der Regierung zu stehen bereit sind, und auf dem Bündnis der Fortschrittspartei. Nach Abzug der Fortschrittspartei schwand die beherrschende Stellung ihres Chefs, des Dr. Windthorst. Nun ist ja ein Majoritätsverhältnis eingetreten, bei dem dieser Windthorstliche Druck von der Reichsregierung genommen ist. Aber wer möchte dafür bürgen, daß wir über drei Jahre das wieder haben?

Bei der Leichtigkeit, das Volk zu belügen, bei der ungeheuren Gewissenlosigkeit im Belügen des Volkes, bei diesem ganzen Arbeiten der Wahlmaschine — wer bürgt uns, daß nicht irgendeine verlogene Behauptung gegen die Regierung gerade bei den nächsten Wahlen aufkommt, und daß es dann nicht wieder anders steht? Wir können darauf keine Häuser bauen, und ich kann daraus, daß inzwischen die Majorität im Reichstage eine regierungsfreundliche geworden ist, keinen Grund entnehmen, dem Papst nicht Wort zu halten — wenigstens ich für meine Person — in allem, was ich ihm zur Zeit einer anderen, regierungsfeindlichen Majorität konzediert hätte. Das ändert in dem Verhalten der Regierung nichts, ob wir jetzt eine Majorität haben oder nicht. Ich sehe voraus, daß wir im anderen Hause, und vielleicht auch in diesem, harten Tadel darüber auszuhalten haben werden. Ich hoffe aber, daß das nicht tiefer wirken wird, als zur Befriedigung des Bedürfnisses einer überzeugten Kritik, die der Aussprache bedarf.

Ich muß in Bezug auf das Verhalten der deutschen Geistlichkeit in diesem Kampf noch erwähnen, daß wir, als wir das Vatikanum kommen sahen und es bekämpften, uns sagten: Der Schaden, den wir dadurch erleiden, besteht darin, daß unsere deutschen Bischöfe unselbständiger werden, und von diesen erwarten wir doch da, wo das Interesse des Preußischen Staats in Frage kommt, vorzugsweise eine Vertretung desselben gegen

päpstliche Übergriffe. Wir hatten damals ein Vertrauen zu unserem deutschen Episkopat, welches sich leider nicht in allen Fällen bewährt hat. Wir sind jetzt in der umgekehrten Lage, daß wir die Hilfe des Papstes in Rom gegen Einwirkungen unseres deutschen Episkopats brauchen. Der Landsmann läßt den Landsmann im Stich. Es ist ja alte historische und betrübende Wahrheit, daß es eine größere Kampfesfreude für den kampfesmutigen Deutschen überhaupt nicht gibt, als den Streit mit dem eigenen Landsmann.

Mit der römischen Kurie zweifle ich nicht an der Versöhnung; aber wenn der unbeschäftigte deutsche Landsmann, wozu ich... nun, ich will nicht aufzählen, wen ich dazu rechne, (Heiterkeit) wenn der einen ihm teuer gewordenen Streit und Zorn aufgeben muß und die Hand zur Versöhnung bieten, dann wird ihm die Freude am Leben verdorben. (Heiterkeit.) Der Streit mit dem Landsmannn ist ja ein nationaler Sport, wie bei uns, so auch bei anderen Völkern der Welt; ein Bürgerkrieg ist immer das Fürchterlichste, was man haben kann, in allen Ländern; aber bei uns Deutschen noch fürchterlicher, weil er von uns mit mehr Liebe durchgefochten wird, wie jeder andere Krieg. Deshalb weiß ich auch nicht, ob wir durch den Frieden mit Rom zum Frieden mit dem Zentrum kommen. Aber wenn wir den Frieden mit Rom entweder vollständig haben, oder so weit, daß wir eben von beiden Seiten den Raum, der uns trennt, vollständig übersehen können als etwas weniger ins Gewicht Fallendes, dann fürchte ich den Kampf mit dem Zentrum und Welfen nicht mehr — ich fürchte ihn überhaupt nicht — aber er ist mir dann nicht mehr von der Wichtigkeit, daß ich deshalb irgendwie die Gesetzgebung in Anspruch nehmen sollte Ich glaube, er wird austrocknen wie eine Hochflut nach dem Gewitter, und ehrbare und friedliche Leute werden sich allmählich von diesem Kampfe zurückziehen. Wenn wir auch nicht den Frieden auf einmal von einem bestimmten Datum erlangen, so glaube ich doch, daß, sobald Papst und König ihrerseits über die Beziehungen einig sind, wie sie es heute in der Hauptsache sind, daß wir dem, was uns Windthorst und das Zentrum an Kampf zu bringen hat, mit Ruhe entgegensehen können. (Bravo!)

Zu dieser Ruhe zu gelangen, möchte ich das Hohe Haus um die Annahme der Vorlage und derjenigen Amendements bitten, die der Herr Kultusminister befürworten wird, da ich mich auf diese Spezialverhältnisse nicht einlassen will. (Lebhafter Beifall.)

Nach weiterer Debatte wird am 24. März die Vorlage mit einigen kleinen Veränderungen vom Herrenhause angenommen.

37. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

21. April 1887.

Bei der ersten Lesung des Friedensgesetzes erklärt Abg. Gneist die ablehnende Haltung der Nationalliberalen; Abg. Windthorst spricht sich in einer schriftlich formulierten Erklärung für die Annahme aus in Rücksicht auf die Wünsche des Papstes. Im Gegensatz dazu wendet sich Abg. Richter in einer großen Rede gegen die Vorlage und tadelt die Hereinziehung des Papstes in den innerdeutschen Streit, des Ausländers. Nachdem er die Neigung des Kanzlers zum Absolutismus und die Praktiken des Wahlkampfes getadelt hat, erwidert Fürst Bismarck:

Die Vorlage, welche uns beschäftigt, ist in der Presse und hier im Hause in diametral entgegengesetzter Richtung von verschiedenen Seiten angegriffen worden. Dem einen ging sie nicht weit genug in ihren Konzessionen an die katholische Kirche, dem anderen ging sie zu weit.

Die erstere Meinung ist nach dem, was wir heute hier gehört haben, eingestandenermaßen nur durch die Fortschrittspartei und deren Organ, den Abgeordneten Richter, vertreten. Herr Richter findet, daß die Vorlage so, wie sie liegt, in den Konzessionen, auf welche die katholische Kirche Anspruch hat, nicht weit genug gehe: er ist also seinerseits „katholischer als der Papst". (Heiterkeit.) Dem Papst ging sie weit genug. Ich weiß nun nicht, ob Herr Richter bei dieser Darlegung in seiner Eigenschaft als unabhängiges selbständiges Parteihaupt oder ob er noch unter der Einwirkung seines auf Wahleinflüssen beruhenden Lehnsverhältnisses zu einem Teile des Zentrums gesprochen hat. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Daß das letztere der Fall ist, daß Herr Richter das Mundstück für Äußerungen ist, die man von seiten der Zentrumsabgeordneten, die ihm Bravo zuriefen, als er sich setzte, dem Papst gegenüber und seinen öffentlichen Kundgebungen nicht hat selbst in den Mund nehmen wollen, das wird mir dadurch wahrscheinlich, daß ich einen großen Teil dessen, was Herr Richter heute gesagt hat, schon vorher in der „Kölnischen Volkszeitung", im „Westfälischen Merkur" und anderen Blättern dieser Richtung gelesen zu haben glaube. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts.) Selbst in den Details hat Herr Richter — er hat ja ein gutes Gedächtnis — den Wortlaut beibehalten. Ich habe hier die „Kölnische Volkszeitung", wo gesagt ist:

> Zahlreiche Zuschriften, die uns und anderen katholischen Blättern zugehen, zeigen deutlich die Erbitterung, von welcher die Geistlichkeit bei der Aussicht erfüllt ist, unter die Kontrolle der Gendarmen und Ortsvorsteher zu kommen. (Große Heiterkeit rechts.)

Ich habe nicht alle diese Sachen bei der Hand, aber im „Westfälischen Merkur" glaube ich auch die Anspielung auf meine Person gelesen zu haben, welche Stellung ich zu Sachen hätte, ganz wie Herr Richter es als gelehriger Schüler seiner Lehnsherren (Heiterkeit) hier vorgetragen hat. Ich habe seine Selbständigkeit früher höher taxiert, und wenn ich bei dem geringen Maße, das er selbst sich beilegt, nach seinem heutigen Auftreten auch für die Sache keinen erheblichen Vorteil mir davon verspreche, ob ich ihn hier widerlege oder nicht, so nötigen mich doch einige direkt an mich persönlich gerichtete Äußerungen von ihm, auf das, was er gesagt hat, einzugehen. Ich kann ihm hierbei das Zeugnis geben, daß er die Absichten seiner, wie ich glaube, kirchlichen, verschämten Auftraggeber doch nicht vollkommen richtig versteht und würdigt, wenn er sich hier so bitter darüber ausläßt, daß der Einspruch der Staatsbehörde gegen die Ernennung von Geistlichen wesentlich aus politischen Motiven entnommen werden sollte. Aus welchen soll er denn sonst entnommen werden? Etwa aus dogmatischen? Soll denn der Staat sich zum Glaubensrichter machen über die Geistlichkeit? Ist es Herrn Richter denn nicht bekannt, daß seit Jahrzehnten, wenn nicht länger, es anerkannter Grundsatz der katholischen Kirche ist, daß da, wo sie das Einspruchsrecht überhaupt zugibt, es ob causas civiles et politicas zulässig ist? Also der Herr Abgeordnete Richter hat noch nicht die hinreichenden Weihen empfangen, (Heiterkeit rechts) um klerikale oder selbst auch nur klerikal-demokratische Interessen hier mit Sicherheit zu vertreten; sonst würde er diesen bis zur Abgedroschenheit bekannten Satz nicht angefochten haben, daß nur politische Gründe das Einspruchsrecht der Regierung motivieren können. Es wird von demselben wie bisher so auch in Zukunft ein sehr spärlicher Gebrauch gemacht werden; mit Dogmatischem werden wir uns sicher nicht befassen.

Der Herr Abgeordnete hat in einer Anwandlung von ihm sonst nicht eigener, wenigstens bei ihm selten hervortretender nationaler Entrüstung (Heiterkeit rechts) sich darüber ausgesprochen, daß wir einen Ausländer zur Hilfe gerufen hätten in deutschen Angelegenheiten; er hat gesagt, so etwas würde in England, in Frankreich — ich weiß nicht, was er sonst noch nannte — nicht vorkommen. Der Herr Abgeordnete muß kaum so viel Zeitungen lesen, als er selbst schreibt oder schreiben läßt, (Heiterkeit rechts) sonst würde er doch wissen, daß in der französischen Politik die Frage der Haltung Rußlands eine ganz bedeutende Rolle spielt, und daß selbst in den nationalsten russischen Blättern die Frage, was Frankreich tut, und ob Frankreich Freund oder Feind einer gewissen Richtung der Politik sein wird, eine hervorragende Rolle spielt. England führte der Herr Abgeordnete ferner namentlich an, mit großer Emphase, die sich recht hübsch ausnimmt, wenn das, was der Vortragende anführt, richtig ist; wenn er aber so unterstreicht, dann muß er doch auch die politischen Situationen und Erlebnisse unserer jüngsten Zeit einigermaßen verstehen. Es ist gar nicht zweifelhaft, daß die englische Regierung von Wünschen den päpstlichen Beistand früher gegen die Fenier, später gegen die Parnelliten zu gewinnen, lebhaft beseelt gewesen ist und daraus auch kein Hehl macht.

Aber selbst wenn dieses Beispiel und dieser Irrtum des Herrn Vorredners nicht vorläge, so würde ich mich doch nie bedacht haben, den Beistand eines Ausländers, wie der Herr Vorredner den Papst nannte, in unseren deutschen Angelegenheiten da zu akzeptieren, zu erbitten, wo ich glaube, daß er für unsere deutschen Interessen nützlich ist. Das ist ja doch gerade das Wesen der Diplomatie, an deren Spitze ich bei uns stehe, daß man sich Freunde im Auslande verschafft.

Wenn er nun den Papst als Ausländer bei uns so bestimmt bezeichnet — ja, das mag er als Protestant tun; aber da, glaube ich, ist er wieder nicht der getreue Mandatar seiner katholischen Vollmachtgeber; denn wenn ich Katholik wäre, glaube ich nicht, daß ich die Institution des Papsttums als eine ausländische betrachten würde; und von meinem paritätischen Standpunkt, den ich als Vertreter der Regierung innehalten muß, gebe ich das zu, daß das Papsttum eine nicht bloß weltallgemeine ist, sondern weil sie eine weltallgemeine ist, auch eine deutsche Institution für die deutschen Katholiken ist. Also auch da fällt Herr Richter durch das theologische Examen. (Heiterkeit.)

Wenn dieser Ausländer unser Freund ist, so ist seine Unterstützung mir jedenfalls willkommen, und ich würde glauben, die Interessen meines Landes aus rein nationalem Hochmut, wie er dem Herrn Richter sonst doch nicht eigentümlich ist, (Heiterkeit) zu schädigen, wenn ich die Unterstützung eines ehrlichen und mächtigen Herrn, wie es der Papst ist, deshalb ablehnte, weil er eben in Rom wohnt.

Der Herr Abgeordnete hat sich darüber beschwert, daß durch preußische Behörden, durch Landräte, die Jacobinischen Noten ausdrücklich und amtlich mitgeteilt wurden. Er hat das als etwas Strafbares, gewissermaßen als ein pudendum, was er hier vor der Öffentlichkeit bloßstellen müsse, dargestellt. Meine Herren, diese Veröffentlichungen sind von der Regierung angeordnet, und die Anordnung ist von mir angeregt worden, weil ich fand, daß die katholischen Wähler über den Inhalt der Jacobinischen Noten in einer so schamlosen Weise belogen wurden, (Unruhe) daß ich es für die Pflicht der Regierung hielt, die amtliche Aussprache des Oberhaupts der katholischen Kirche zur Kenntnis der

preußischen Katholiken zu bringen, so viel an mir lag. Von anderer Seite ist diese Bestrebung, den Katholiken, den katholischen Wählern die Ansichten des Papstes mitzuteilen, nach Möglichkeit gehindert worden, die Jacobinischen Depeschen sind verkürzt worden, entstellt worden, und da, wo die Bevölkerung des Landes der deutschen Sprache unkundig war, falsch übersetzt worden. Das alles ist vorgekommen, und dem gegenüber hatte die Regierung die ehrenvolle Aufgabe, die Wahrheit gegen die Lüge zu vertreten. (Bravo! rechts.)

Wenn Herr Richter irgendeine Autorität über sich anerkennte, die ich anrufen könnte gegen die Angriffe, die er und seine Partei auf das Bestehen und den inneren Frieden des Deutschen Reiches richten — es wäre ja natürlich keine geistliche Autorität, (Heiterkeit) aber wenn er eine solche respektierte — möchte es ein Ausländer oder ein Inländer sein — ich würde mich sicher an den Papst, den Herr Richter anerkennt, wenden, um dessen Beistand anzurufen gegen die subversiven Angriffe, die seine Fraktion (Oho! links) gegen das Bestehen unseres Reiches richtet. Aber eine solche Autorität besteht nicht. Die Klerikaldemokratie erkennt eine solche glücklicherweise an, und ich freue mich, daß beide Autoritäten, die weltliche und die geistliche, im Kampf gegen die Demokratie hier Hand in Hand gehen.

Der Herr Abgeordnete hat von Wahlkunststücken der diesjährigen Wahlen gesprochen, er hat auch in einem anderen Hause schon gesagt, die ganze Wahl wäre ein Produkt der Angst. Wer die meisten Kunststücke bei dieser Wahl gemacht hat, diejenigen, die eine althergebrachte Routine darin haben, oder diejenigen, die als Wähler — der Herr Abgeordnete führte, ich weiß nicht, welche Zahl an — neu eingetreten sind, die mehr gewählt haben, als das vorige Mal, das lasse ich dahingestellt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die alten Routiniers und Werbeoffiziere, die das Wahlgeschäft kennen, die meisten Kunststücke gemacht haben. Der Herr Abgeordnete will sich gar nicht mit der Tatsache befreunden, daß das Resultat, das ihm unerwünschte Resultat der jüngsten Wahlen gar keinen anderen Grund hat, als die nationale Entrüstung, die sich der Deutschen bemächtigt hat über die Haltung der fortschrittlichen Opposition. (Bravo! rechts.) Gerade die fortschrittliche Partei hat den größten Nachteil davon gehabt. Sie hatte es möglich gemacht, daß im Reichstag sich auf der Basis des Kirchenstreits eine Art von babylonischer Turm aufbaute.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, nach meinen Äußerungen im Herrenhause, daß ich der jetzigen regierungsfreundlichen Majorität im Reichstag doch nicht so sicher wäre für die Zukunft. Ja, ich bin überhaupt nicht ein Mensch, der von dem in den Tag hineinlebt und mit dem Augenblick zufrieden ist, der sich freut und glücklich ist und Torheiten begeht, wenn er sich an der Spitze der Majorität befindet, sondern ich habe gelernt, mit der Zukunft zu rechnen und sie sorgfältig zu prüfen. Die Möglichkeit ist ja vorhanden, daß mal wieder eine andere Majorität kommt. Es wäre ein großes Unglück, wenn das wiederum eine demokratische wäre; aber man muß auch damit rechnen, und meine Schuldigkeit ist doch, an meiner Stelle — ich würde sonst die mir anvertrauten Interessen verraten — dagegen beizeiten zu tun, was ich kann, und vorsorgend dem entgegen zu wirken. Und dessen schäme ich mich ja auch gar nicht. Wenn der Herr Abgeordnete daraus ableiten will, daß ich Furcht vor Majoritäten habe, so habe ich allerdings

Furcht, aber der Gegenstand, den sie betrifft, ist doch ein anderer; es ist nicht die Majorität, sondern die Schädigung des Landes durch eine landesfeindliche und gewissenlose Majorität. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner eine Spitze gegen mich gewandt, die ich geradezu als eine kümmerliche bezeichnen muß. Er hat als Grund, warum ich nach einer Majorität strebte, meinen Wunsch, im Amte zu verbleiben, angeführt. Nachdem ich fünfundzwanzig Jahre dies Vergnügen genossen habe, glaube ich doch in meinem dreiundsiebzigsten Jahre des Verdachtes überhoben sein zu können, daß die Frage irgendwie auf mich einwirkt. Jedermann, der mich kennt, weiß, wie glücklich und wie froh ich sein würde, wenn ich mit Anstand aus der Stellung zurücktreten könnte, in der ich mich augenblicklich befinde, wenn ich die Bürde des Amtes auf andere übertragen könnte. Also das berührt mich nicht und ist bloß ein Beweis des üblen Willens und der Neigung, mir unwürdige Motive unterzuschieben, die ja den Herrn Abgeordneten Richter charakterisieren. Es wird das auch niemandem etwas Neues sein. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, ich strebte danach, eine Majorität zu gewinnen, die das täte, was ich wünschte. Nun, soll ich etwa nach einer Majorität streben, die das Gegenteil will von dem, was ich für nützlich und zweckmäßig und für notwendig für den Staat halte? Das ist doch natürlich, so lange ich Minister bin, daß ich mich bemühe, die Maßregeln und Einrichtungen durchzusetzen, von denen ich nach meiner Überzeugung glaube, daß sie dem Lande nützlich sind, und so lange ich eben Minister bin, kann ich nur nach meinen Ansichten und nicht nach denen des Herrn Abgeordneten Richter handeln.

So wie die Sache liegt, habe ich heute eigentlich kein Bedürfnis, die geringen Kräfte, über die ich verfüge, an den Herrn Abgeordneten Richter zu verwenden. Ich kam hierher hauptsächlich in der Absicht, diejenigen Mitglieder des Hauses, welche ich Freunde der Regierung nennen kann, davor zu warnen, daß sie durch ihr Verhalten die jetzige Vorlage zu Fall bringen. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder der nationalen Parteien mit mir darüber einig sind, daß wir unseren katholischen Mitbürgern diejenigen Konzessionen, die wir ohne Schaden für den Staat machen können, auch machen sollen. Wir können nur in Meinungsverschiedenheit sein über die Grenze für die Bewilligung des Staats.

Die Königliche Regierung ist nun der Meinung, daß diese Grenze durch die Vorlage, wie sie aus dem Herrenhaus kommt, nicht überschritten wird, und wenn sie auch das eine oder andere in dieser Vorlage anders gewünscht hätte, so hat sie doch ihrerseits die Pflicht — und ich glaube, meine Herren, Sie haben sie auch — den Schaden, der auf die eine oder andere Weise dem Lande und seinem Frieden zugefügt werden kann, gegeneinander abzuwägen und das kleinere Übel zu wählen; sich zu fragen: ist der größere Schaden und das größere Übel in der Fortdauer des Kampfes, dessen weitere Entwicklung niemand vorher beurteilen kann, oder ist der größere Schaden in den, ich möchte sagen: mäßigen Konzessionen, durch welche ein modus vivendi, nach welchem wir lange gesucht haben, erreicht ist?

Wenn Sie diese Vorlage zu Fall bringen, oder, wie wir aus den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst entnehmen können, auch nur amendieren und sie durch die Veränderung zu Fall bringen, so zerstören Sie der Regierung die Frucht einer

langjährigen und mühsamen Arbeit, die in diesem jetzt mit der Kurie gewonnenen Kompromiß ihre Krönung gefunden hat. Sie können nicht voraussehen, welche Wendung der Streit nachher nimmt, wenn der jetzige Moment zu dem beantragten Abschluß nicht benutzt wird.

Ich begreife, daß ein so heftiger Kampf, wie er seit fünfzehn Jahren uns beschäftigt hat, gewisse Rückstände von Kampfeszorn und Erbitterung hinterläßt, die es einem deutschen Gemüte vorzugsweise schwer machen, dem Gegner zu irgendeiner Zeit die Hand zu reichen und den gewohnten und liebgewonnenen Beschäftigungen des Kulturkampfes zu entsagen.

Aber, meine Herren, die Regierung darf an diesen Rückständen keinen Teil haben, sie darf sich nur fragen: Was ist für unseren inneren Frieden und für den gesamten Staat nützlich?

Der Herr Abgeordnete Gneist hat in seiner wissenschaftlichen Weise die Gefahren und Schäden entwickelt, die bei Annahme der jetzigen Vorlage für den Staat erwachsen würden. Ich halte das Bild, das er uns davon entworfen hat, doch für etwas übertrieben, und er wird mir darin recht geben müssen, daß wir vor dem Jahre 1871 unter Zuständen gelebt haben, bei denen die katholische Kirche mindestens alle diejenigen Rechte hatte, die ihr heute gewährt werden sollen (sehr richtig!) ohne daß wir, die Evangelischen, glaubten, dadurch zu kurz zu kommen. (Sehr gut!) Alle diejenigen, die sich dieser Zeit erinnern — und das werden doch die meisten unter uns — werden mit mir darüber einig sein, daß von evangelischer Seite und von staatlicher Seite damals eigentlich keine Klage stattgefunden hat, — ich erinnere mich keiner — daß sie sich durch die Rechte der katholischen Kirche, die noch um einiges bedeutender waren als diejenigen, die ihr jetzt wieder gewährt werden, beengt fühlten, und daß der Staat seine Aufgabe nicht habe lösen können. Wir haben sie bis 1871 gelöst, und zwar große Aufgaben; wir haben in diesem Zustande die deutsche Einheit hergestellt, große Kriege geführt, wir haben eine große innere Entwicklung gehabt. Wo sind denn da die Gefahren gewesen, die jetzt an die Wand gemalt werden als wahrscheinlich eintretend, wenn wir diese Vorlage annehmen? Ich kann mich ihrer nicht entsinnen, und ich glaube, dieser Vergleich mit der damaligen Zeit vor 1871 wird die Zukunft als eine minder gefährliche erscheinen lassen — auch in den Augen des ersten Herrn Redners; und ich glaube, daß, wenn der Herr genötigt würde, sich die Frage, ob Ja oder Nein, mit demselben Gefühl von Verantwortlichkeit vorzulegen, wie ich dazu gezwungen bin durch meine Stellung, er auch mit mir für Ja stimmen würde. In der Stellung eines Abgeordneten und eines gelehrten Herrn kann er allerdings sich den Luxus einer abweichenden Ansicht erlauben, ohne sich wesentlich für die Folgen verantwortlich zu machen. Er hat zwar diese Verantwortlichkeit auf sich und seine politischen Freunde genommen in seiner Rede; aber was hilft mir das? Wenn die Übel eintreten, kann ich mich nicht an die Herren halten. (Sehr gut! rechts.) Ich weiß nicht, was ich damit machen soll, und ich möchte die Herren bitten, sich zu erinnern, daß das Beste des Guten Feind ist.

Die Staatsregierung muß sich von Kampfesreminiszenzen, wenn es sich um den Friedensschluß handelt, vollständig frei halten, und sie kann weder doktrinäre noch konfessionelle Motive ihrer Haltung unterlegen, sondern nur politische, ausschließlich politische, und auf die Gefahr, dem Herrn Abgeordneten Richter bei seiner Abneigung gegen politische

Motive wiederum Grund zur Kritik zu geben, muß ich doch eingestehen, daß meine ganze Stellung zur Sache von Anfang an nur eine politische gewesen ist, und in keiner Weise eine dogmatische.

Es ist ein landläufiges Mißverständnis, daß unser ganzer Kirchenstreit sich an das vatikanische Konzilium und den Beschluß der Unfehlbarkeit geknüpft habe. Ich habe gerade dieses Mißverständnis durch die Veröffentlichung verschiedener Depeschen, welche ich angeordnet habe, zu beseitigen gesucht, und der Herr Abgeordnete Richter hat aus diesen Depeschen mit Befriedigung gesehen, daß ich nicht hochtrabende und prinzipielle doktrinäre Politik getrieben habe, sondern einfach hausbackene diplomatische Politik. Wenn er glaubt, mich dadurch in meinem Selbstgefühl herunterzudrücken, dann irrt er sich. Ich würde mich schämen, wenn ich überhaupt in meiner Stellung ein Doktrinär sein wollte; und wenn Sie mich einen Opportunisten nennen, nehme ich auch diese Bezeichnung dankbar an; denn was ist ein Opportunist? Es ist ein Mann, der die günstigste Gelegenheit benutzt, um das durchzuführen, was er für nützlich und zweckmäßig hält, und das ist ja eben die Aufgabe der ganzen Diplomatie; und wenn ich mich hätte konfessionell oder doktrinär in diesen Streit hineinziehen lassen, dann verdiente ich nicht das Vertrauen meiner Landsleute in der doch gewiß von konfessionellen Ansichten notwendig freien Stellung, in der ich mich befinde. Das Vatikanum ist uns damals — ich werde die Veröffentlichung der Depeschen jener Zeit zur Freude des Abgeordneten Richter noch weiter fortsetzen — nicht als eine Gefahr für den Staat erschienen, vielleicht eher für die Kirche — aber das ist nicht unsere Sache, dafür zu sorgen — aber wir hatten nichts davon befürchtet, sind auch nicht einmal wesentlich verstimmt darüber gewesen; es wäre uns allerdings in damaliger Zeit lieber gewesen, wenn es nicht geschehen wäre, und ich kann überhaupt von meinem persönlichen Eindruck sagen: Auch ich habe damals nichts wesentlich befürchtet, sondern ich habe das als dogmatische Frage innerhalb der katholischen Kirche angesehen, mit der wir uns abzufinden haben würden, wenn sie sich irgendwie in Fragen der inneren Politik bei uns übersetzte und darstellte. Ich habe auch nach dem Vatikanum noch während des ganzen französischen Krieges in einem politisch befreundeten Verhältnisse mit dem jetzigen Kardinal Grafen Ledochowski gestanden; und noch als wir aus Frankreich zurückkamen, habe ich in ähnlichen Beziehungen zu dem damaligen Bischof von Mainz, Freiherrn von Ketteler, gestanden.

Alles das wird Ihnen beweisen, daß ich damals noch durch keine Furcht vor dem Vatikanum angekränkelt war und eine solche Krankheit auch von diesen hochstehenden Prälaten bei mir nicht entdeckt wurde.

Die Frage, wie ich dennoch in den Streit verwickelt worden bin, werde ich gleich berühren. Auch der Streit in Braunsberg — wenn ich nicht irre, war es der des Lehrers Wollmann — hat mich noch nicht berührt; ich habe das als Ressortsache des Kultusministeriums betrachtet und bin erst hineingezogen worden, wie Herr Abgeordneter Richter sehr richtig bemerkte, durch den Angriff einer starken und auf achtbaren Fundamenten gegründeten Fraktion, durch den Angriff, den das Zentrum bei seiner Entstehung, bei seinem ersten Auftreten auf die Reichsregierung machte in dem Moment, wo die Risse, welche die Bestandteile des Reiches bis dahin getrennt hatten, noch nicht vernarbt waren, und wo das Reich noch auf neuen und schwachen Fundamenten stand, und wo uns von seiten

der Zentrumspartei sofort in der ersten Adreßdebatte damals schwierige Fragen und Anträge gestellt wurden, die gerade ein Wohlwollen und eine Neigung, das Reich zu unterstützen, gar nicht verrieten. Es war dies schon damals das für die Deutschen eigentümliche Interesse für die polnischen Bestrebungen — wie die Herren, die das noch mitgemacht haben, sich erinnern werden — es war der Wunsch, die Grundrechte der Preußischen Verfassung vom Jahre 1848 in die Deutsche einzubürgern, und auch die Neigung, uns zu einem Römerzuge zu bestimmen, (Widerspruch im Zentrum) den kaum geschlossenen Frieden Europas wieder in Frage zu stellen. Wir konnten darauf nicht eingehen.

Daß ich auf dieses Verhalten der Zentrumspartei nicht gefaßt war, dafür erlaube ich mir einige kurze Stellen aus älteren Äußerungen von mir anzuführen im Januar 1872 bei der Diskussion in diesen Räumen hier, wo ich Zeugnis abgelegt habe über die Stellung, mit der ich also neun Monate früher dem neugebildeten Zentrum gegenüber gestanden habe. Ich sagte damals:

„Wenn dieses streitbare Korps, welches zweifellose Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine solche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreisen niemals gesehen waren, durch einfachen Befehl von hier aus durchsetzt — wird dieses streitbare Korps der Regierung verbündet sein, wird es ihr helfen wollen oder wird es sie angreifen?"

Ich erklärte, ich wäre zweifelhaft gewesen damals:

„Ich bin, als ich aus Frankreich zurückkehrte, unter dem Eindruck und in dem Glauben gewesen, daß wir an der katholischen Kirche eine Stütze für die Regierung haben würden — vielleicht eine unbequeme und vorsichtig zu behandelnde —; ich bin in Sorge gewesen, wie wir es anzufangen haben würden, vom politischen Standpunkte aus, etwa exigeante Freunde so zu befriedigen, daß wir mit ihnen auf die Dauer leben können, und daß wir dabei die nötige Fühlung mit der Mehrheit des Landes behielten."

Diese Sorge hat mich damals in erster Linie beschäftigt. Dann sagte ich:

„Wir haben gehofft, an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze für die Regierung zu gewinnen, die dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist, die die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß die Regierung irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch weniger unterrichteten gemeinen Mannes, der Masse, zu erhalten sucht."

Also, da habe ich die Gefühle ausgesprochen, im ganzen doch wohlwollend und vertrauend, die mich für das Zentrum damals beseelten. Das erste Auftreten desselben enttäuschte mich darüber. Jedenfalls ist das, was ich verlesen und angeführt habe, ausreichend, um zu beweisen, daß es rein politische Motive waren, die mein Verhalten dem Zentrum gegenüber bestimmt haben, keine dogmatischen, keine doktrinären und keine von der hochtrabenden Richtung, in der der Abgeordnete Richter das Verdienst politischer Motive hauptsächlich zu suchen pflegt, einer Richtung, die für oratorische Effekte ganz richtig sein mag, die aber das Land ins Verderben führte, das sie sich aneignen wollte.

Diese Beziehungen wurden nun von der Kurie dadurch übertragen, daß wir uns — die Regierung nämlich — in Rom über das Verhalten einer Partei beschwerten, die nur auf der Basis der päpstlichen Autorität, die sie zu vertreten beabsichtigte, die Wahlstimmen erhalten hatte. Wir hatten, wie bekannt, zur Zeit Antonellis zu Anfang gün-

stige, später infolge von deutschen Einflüssen, die von hier aus in Rom geübt waren, ablehnende Antworten erhalten. Wir sahen auf diese Weise in der Kurie damals einen Bundesgenossen einer inneren Fraktion, gegen die wir glaubten uns wehren zu müssen, weil sie das Reich in seinen Fundamenten angriff.

Defensiv kann das erste Auftreten des Zentrums damals schwerlich gewesen sein. In der ganzen Politik des Norddeutschen Bundes, die jener Epoche voranging, hatte nichts gelegen, was die katholische Kirche irgendwie für ihren Besitzstand besorgt machen konnte. Der Zuwachs von katholischen Wählern, der durch den Beitritt von Süddeutschland zum Bunde erfolgte, erzeugte die Versuchung, nun mit einer an Zahl stärkeren katholischen Partei, als sie bisher im Norddeutschen Bunde gewesen war, auf Machterweiterung auszugehen, und zunächst betätigte sich das in dem Antrage, den mir der Bischof von Mainz stellte, die preußischen kirchenpolitischen Gesetze im Reichstage als Reichsgesetze in Antrag zu bringen, um sie in die kleineren, nichtpreußischen Staaten einzuführen. Wir befanden uns also in der Abwehr eines Angriffs.

Man hat in der Presse, um meinem Auftreten in diesem ganzen Streit einen konfessionellen Charakter beizulegen, darauf Bezug genommen, daß ich laut bekannten Publikationen schon in Frankfurt antikatholisch gewesen wäre. Ich weiß nicht, aus welchen veröffentlichten Briefen man das folgert. Jedenfalls ist es eine Unwahrheit und trifft nur insofern zu, als der damalige Gegner der preußischen Politik Österreich war, so wie es 1871 das Zentrum war und die katholische Geistlichkeit, soweit sie auf die Bundesverhältnisse Einfluß hatte, die Partei für Österreich nahm.

Aus ganz ähnlichen Motiven, in dem Kampf für preußische Interessen, bin ich veranlaßt gewesen, manche katholische Geistliche und ihre Bestrebungen als Gegner zu behandeln. Ich habe darüber in einer, ich glaube, in derselben Rede gesagt:

> „Ich habe immer den Grundsatz nützlich gefunden, des Freundes Freund und des Gegners Gegner zu sein,“

— und so erklärt sich auch mein Verhalten —

> „und Konzessionen in der jetzigen Lage zu machen, ist mir deshalb wie die alte Fabel vom Wanderer, seinem Mantel und der Sonne und dem Winde vorgekommen. Der Wind konnte ihn nicht nehmen, die Sonne gewann es ihm ab, und mit der Sonne würden die Herren auch weiter gekommen sein.“

Als den Mantel, den abzunehmen damals der Wunsch sein konnte, betrachte ich die Maigesetze in ihrem vollen Umfange, wie sie nachher gewesen sind. Aber — ich möchte das Gleichnis auch heute anwenden — wenn nun anstatt des früheren Sturmwindes, anstatt der Unterstützung durch stürmische Anträge von Parteien im Reichstage jetzt die Sonne des Wohlwollens, des friedlichen Entgegenkommens nach dem Regierungswechsel im Vatikan vor uns steht, so ist auch der Moment für mich eingetreten, den ich damals schon vorausgesehen habe, die dargebotene Hand nicht zurückzuweisen. Ich kann für das, was ich über die Braunsberger Frage sagte, wie gleichgültig sie mir wäre, auch meine Worte vom Januar 1872 anführen:

> „Der Weg wird nicht in kleinlichen Maßregeln, in Schikanen liegen, und ich bedaure, daß die Braunsberger Angelegenheit, vermöge der Schwierigkeiten, mit welchen jede Änderung der Staatsgesetzgebung bis in kleinlichste Konsequenzen verbunden

ist, und gegenüber der Heftigkeit, mit der aggressiv von der anderen Seite aufgetreten wurde, zu gesetzlichen Konflikten hat führen müssen . . . . Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viele Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein."

Nun, meine Herren, ich glaube, das genügt, um nachzuweisen, daß ich bisher an eine konfessionelle Seite der Sache nicht geglaubt habe, sondern daß ich nur aus politischen Gründen die Rechte des Staates einer aggressiven Partei gegenüber geglaubt habe verteidigen zu müssen. Wenn ich auf die Genesis des Kulturkampfes einigermaßen eingegangen bin, so habe ich damit nicht die Absicht, jetzt Rekriminationen gegen das Zentrum zu machen. Ich bin nicht der Meinung, daß solche Kampfperioden in der Geschichte eines Landes durch die Willkür einzelner Menschen erzeugt werden; sie sind eben Bruchstücke eines breiten historischen Stromes, der sich durch unser ganzes Volksleben durch Jahrtausende hindurchzieht, und dessen Wellenschlag ab und zu auftaucht, je nachdem einzelne Persönlichkeiten oder Angriffe dazu Gelegenheiten geben. Ich bin weit entfernt, die einzelnen Personen des Zentrums für alle Folgen eines solchen Streites, den ich für ein Stück historischer Entwicklung halte, verantwortlich zu machen; im Gegenteil, ich glaube, daß das Deutsche Reich dem Zentrum manchen Dank schuldig ist, (Abgeordneter Richter: Sehr richtig! Heiterkeit) indem es vermöge der Art, wie es die Rechte vertrat, die man früher „berechtigte Eigentümlichkeiten der Einzelstaaten" nannte — böswillige Menschen nannten es „Partikularismus" — indem es durch seinen Partikularismus einem übereilten und zu weit gehenden Streben in unitarischer Richtung einen Hemmschuh anlegte. Wenn dieser Hemmschuh nicht dagewesen wäre, so ist es sehr leicht möglich, daß wir mit den Einzelregierungen in stärkeren Konflikt geraten wären, als es bisher der Fall gewesen — die einzelnen Regierungen unter sich und das Reich in seinen unitarischen Bestrebungen —; wir würden dann vielleicht nicht das Vertrauen aller deutschen Regierungen zueinander und zu dem Reiche und seiner Politik als die sicherste und festeste Basis des Reiches heutzutage besitzen, wenn wir diesen zentralen Hemmschuh nicht an unserem Staatsschiffe gehabt hätten. (Heiterkeit.)

Außerdem ist das Zentrum, da es vermöge seiner Wahleinflüsse hauptsächlich auf die Stimmen der ländlichen Bevölkerung angewiesen war, zugleich ein Mittel gewesen, die Ansprüche der ländlichen Bevölkerung gegenüber der großstädtischen in manchen wirtschaftlichen Fragen erfolgreich zu vertreten. Also Sie sehen, daß ich nicht undankbar für die guten Seiten des Zentrums bin (Heiterkeit) und das Bravo, das mir vorhin vielleicht ironisch (Zuruf aus dem Zentrum: Nein!) gezollt wurde, verdiene.

Ich glaube das Mißverständnis, daß es sich hier um konfessionelle Fragen gehandelt habe, beseitigt zu haben und damit auch die Befürchtungen des Herrn Abgeordneten Gneist widerlegt zu haben, daß die protestantische Kirche von der jetzigen Vorlage irgend etwas zu fürchten habe oder an die Annahme derselben ihrerseits Ansprüche zu knüpfen genötigt sei, die sie vor 1871 ihrerseits nicht auch schon gehabt habe. Sie hat Ansprüche auf Verbesserung ihrer Lage damals gehabt und hat sie noch heute; aber ich möchte, daß sie

nicht gerade die absolute Parität und den Vergleich mit der katholischen Kirche dabei zur Grundlage nehme und sich zurückgesetzt fühle, wenn der katholischen Kirche irgendwelche Konzession gemacht wird, die Sie wie ich glaube, mit keinem gerechten Maßstab messen. Das Normaljahr, von dem Sie ausgehen, ist falsch; es ist mitten aus der Kampfzeit gegriffen, etwa 1877 oder jedenfalls schon vor der ersten reformierenden Novelle.

Eine Gleichheit der beiden Kirchen im Preußischen Staate ist ja nach ihrer ganzen Beschaffenheit nicht möglich: sie sind inkommensurable Größen. Wollen Sie die volle Gleichheit haben, dann müssen Sie dem höchsten Oberhaupte der katholischen Kirche im Preußischen Staate dieselben Rechte zuteilen, wie dem höchsten Oberhaupte der evangelischen Kirche, mit anderen Worten: dieselben, die unser König besitzt. Das ist ja eine vollständige Unmöglichkeit. So lange das Oberhaupt der protestantischen Kirche das volle Drittel im Anteil an unserer Gesetzgebung hat und im absoluten und alleinigen Besitz der vollziehenden Gewalt ist, mit anderen Worten: so lange der König von Preußen Oberhaupt der evangelischen Kirche ist, ist von einer formalen Gleichheit zwischen beiden Kirchen gar nicht zu sprechen.

Außerdem steht noch im Wege, daß beide Kirchen auf ganz anderen Fundamenten stehen: Die katholische Kirche ist durch ihre Geistlichkeit, durch den Klerus vollständig hergestellt und abgeschlossen; sie könnte ohne Gemeinde bestehen, die Messe kann gelesen werden ohne Gemeinde; die Gemeinde ist ein nützliches Objekt der Betätigung des christlichen Sinnes der katholischen Kirche, aber sie ist zur Existenz der Kirche durchaus nicht erforderlich; in der protestantischen Kirche aber ist die Gemeinde durchaus die Grundlage der Kirche; der ganze Gottesdienst ist ohne Gemeinde undenkbar, und die ganze protestantische Kirchenverfassung beruht ursprünglich dem Kirchengedanken gemäß auf der Gemeinde. Was heißt denn ἐκκλησία anders, als Volksversammlung? Was heißt ἐκκλησιάζειν? Zur Volksversammlung reden. Ich ekklesiastiziere in diesem Augenblick im alten griechischen Sinne des Wortes. (Heiterkeit.)

Der protestantischen Kirche kann damit nicht geholfen werden, daß man das Gewicht der Gemeinde in ihr vermindert und das Gewicht der Geistlichkeit in ihr verstärkt; (sehr wahr!) auch dadurch nicht, daß innerhalb der Geistlichkeit und innerhalb der kirchlichen Obrigkeiten überhaupt der Schwerpunkt verschoben wird; ihr kann geholfen werden durch reichlichere, bessere Dotation, (sehr wahr!) durch bessere Ausstattung, (Bravo!) aber nicht durch einen gesetzgeberischen Eingriff in ihre Verfassung. (Sehr wahr!)

Also glaube ich, daß die evangelische Kirche von diesen Konzessionen und selbst von größeren, wenn wir sie der katholischen Kirche zu machen genötigt werden, in ihrer unabhängigen Bedeutung im Preußischen Staat nichts zu fürchten hat. Die evangelische Kirche ist im Preußischen Staat ursprünglich im Gastrecht gewesen, und daraus ist allmählich ein Mitbesitzer des Hauses geworden, aber der ursprüngliche Besitzer ist immer der Preußische Staat gewesen, und eine solche Gleichstellung führt uns zum Nonsens. Ich sage das nur für diejenigen meiner Glaubensgenossen, die das Wort Gleichstellung und Benachteiligung der evangelischen Kirche durch Bewilligung an die katholische Kirche im Munde führen.

Es kommt nun noch darauf an, den Freunden der Regierung den Nachweis zu führen, daß mit den Konzessionen, die heute die Regierung von Ihnen für die katholische

Kirche erbittet, ein Verlust für den Staat, wie er 1871 vor dem Kampfe dagestanden hat, in keiner Weise verbunden ist.

Wie schon gesagt, die Meinungsverschiedenheit wird dadurch begründet, daß Sie ein anderes Normaljahr annehmen als wir. Sie gehen davon aus, daß alles, was wir von dem Status vor 1877 abgebröckelt haben, daß das schon Konzessionen sind. Das sind meines Erachtens nur Präliminarien zum Friedensschluß im Kampfe, der 1871 begonnen ist, und es ist nicht möglich, in solchen inneren Fragen, wo hundert und vielleicht tausend Köpfe, wenn man alle Parlamente zusammenzählt, in der Gesetzgebung mitzuwirken haben, einen Friedensakt aus einem Guß herzustellen, der in zwei Tagen redigiert, unterzeichnet und abgeschlossen wird. Die heutige Vorlage bildet das Ergebnis von dem, was in Preußen die Regierung nach achtjährigen Erwägungen und Unterhandlungen in der Sache glaubt gewähren zu können, ohne ihre Stellung im eigenen Lande zu gefährden. Daß das in Form von fünf oder sechs Novellen geschehen ist, ist nicht unsere Schuld. Meine Überzeugung ist 1878 dieselbe gewesen wie heut'; aber es ist nötig, daß man auch die Überzeugung anderer dafür gewinnt, und namentlich, daß man die Bereitwilligkeit des anderen Teiles gewinnt — ich will nicht sagen des Gegners, aber des andern Paziszenten. Das habe ich versucht von dem Augenblick ab, wo ich es für möglich hielt. Ich habe den Kampf als solchen mit mehr oder weniger Teilnahme, je nachdem meine Anwesenheit oder der Zustand meiner Gesundheit es erlaubte, geführt bis zum Jahre 1878, wo — ich glaube, es war im Februar — der Thronwechsel auf dem päpstlichen Stuhl eintrat. Von dem Augenblick an habe ich die Hoffnung auf Frieden gehabt, und ich habe keine Gelegenheit versäumt, den Frieden anzubahnen. Die Verhandlungen, die wir darüber in Kissingen, in Gastein, in Wien geführt haben mit Masella, Jacobini, sind ja publici juris. Es war schwer, zu einem definitiven Resultat zu kommen. Und nachdem wir jetzt endlich erreicht haben, daß wir wenigstens über einen modus vivendi uns zur Zeit verständigt haben, so möchte ich doch an die befreundeten Fraktionen, an die nationalen Fraktionen möchte ich sagen, die dringende Bitte richten, die Benutzung dieses guten Moments zum Friedensschluß — oder wie der Herr Abgeordnete Windthorst sich ausgedrückt hat: zur Anbahnung des Friedens — das sind Worte, über deren Bedeutung ich hier nicht streiten will — aber zur Herstellung eines modus vivendi den günstigen Moment nicht zu versäumen und die Regierung nicht in die Unmöglichkeit zu setzen, ihn ihrerseits zu benutzen. Die Herren sollten doch erwägen, daß eine richtige, den Moment wahrnehmende Politik leichter zu stören als zu machen und durchzuführen ist; und ich möchte Sie bitten, sich nicht dem Gedanken hinzugeben, daß das Resultat, welches hiermit erreicht wird, dem Bemühen eines dreizehn- oder vierzehnjährigen Kampfes nicht entspreche.

Erinnern Sie sich, daß Friedrich der Große den Siebenjährigen Krieg mit schweren gewonnenen und verlorenen Schlachten, mit Verheerung ganzer Provinzen und mit Eroberung und mit Verlust mancher festen Städte geführt hat und nach siebenjährigen Schlachten den Frieden auf dem status quo ante geschlossen hat. Nichtsdestoweniger war der Hubertusburger Friede ein ehrenvoller, wenn er auch nur die volle Abwehr des auf Preußen gerichteten Angriffs bestätigte.

In unserem Kampfe ist glücklicherweise kein Blut vergossen, sind keine Städte zerstört worden, es hat nur Redeschlachten gegeben. (Zurufe.) Es ist viel Atem verbraucht

und viel Tinte vergossen worden; aber wir haben auf keine verheerten Gefilde und verlorenen Provinzen zu blicken; und ich sage den Herren, die namentlich dem Papste gegenüber sich auf das Pferd setzen: Wir haben so lange gekämpft und uns geopfert und waren in Gefahr — denen sage ich: Was haben Sie denn für Gefahren gehabt, was haben Sie für Opfer gebracht? Sie haben große Reden gehalten und starke Reden gehalten. (Zuruf: Zwei Jahre Gefängnis.) — Darf ich bitten deutlicher zu reden? Nachher kommt diese Unterbrechung in das Protokoll, und wenn man nicht darauf geantwortet hat, so sieht es so aus, als ob man nicht — Also: Zwei Jahre gesessen. Das kommt ja auch vor; im Siebenjährigen Krieg haben viele viel länger gesessen. Das ist doch nicht ein so großes Opfer, daß Sie deshalb verlangen können, daß der Friede der ganzen Nation deshalb gestört bleibt, und daß ein hoher Herr, der vor allen Dingen Friedensfürst ist, nun deshalb, weil einer seiner Anhänger zwei Jahre gesessen hat — was jedem passieren kann — (große Heiterkeit) den Kampf fortsetzt. Das zu verlangen, ist eine Übertreibung, die mit den Opfern, die Sie durch Fortsetzung des Kampfes Ihren Landsleuten auferlegen, in gar keinem Verhältnis steht.

Also, ich glaube: Wir können von beiden Seiten, von der protestantischen wie von der katholischen, zufrieden sein, wenn es uns jetzt gelingt, zu einem modus vivendi zu gelangen, ohne damit zu behaupten, daß die Opfer, die wir von beiden Seiten gebracht haben, außer Verhältnis stehen zu dem Resultate. Blut hat dieses Resultat nicht gekostet, nur Reden, Schriften und, wie ich allerdings zu meinem Bedauern höre, Gefängnisstrafen.

Meine Herren, wenn ich mich entschlossen habe, Seiner Majestät dem König zur Genehmigung einer Einigung mit der Kurie, wie sie jetzt im vollen Einverständnis vorliegt, zu raten, so habe ich das nicht getan, ohne einen Blick in unsere Zukunft und in unser eigenes Lager zu tun. Niemand von uns kann die Zukunft voraussehen, und auch der mächtigste Monarch und der geschickteste Staatsmann kann sie nicht beherrschen und leiten. Es bildet die geschichtliche Entwicklung unseres Landes einen zu gewaltigen und zu breiten Strom, als daß ein einzelner und selbst der Herrscher des Landes ihn vorher bestimmen kann. Die ganze Weltgeschichte läßt sich überhaupt nicht machen; auf ihrem Strom kann man ein Staatsschiff steuern, wenn man sorgfältig auf den Kompaß der salus publica blickt und diese richtig zu beurteilen weiß. Wenn Sie nun zu mir das Zutrauen haben, daß ich nach fünfundzwanzigjähriger Probezeit in diesem Gewerbe des Steuerns einige Erfahrung und Einsicht gewonnen habe, dann bitte ich: Betätigen Sie dieses Zutrauen dadurch, daß Sie einstimmig ohne Amendements — wenn ich „einstimmig" sage, so nehme ich immer den Herrn Abgeordneten Richter aus — (große Heiterkeit) die Vorlage, wie sie aus dem Herrenhaus gekommen ist, annehmen.

Wenn Sie das Vertrauen zu mir nicht haben, daß ich dies leisten könnte, daß mein Blick der richtige gewesen wäre, wenn ich Ihnen rate, so vorzugehen — wenn mich meine Freunde bei dem Zustandebringen, bei dem Abschluß dieses langen mühsamen Werkes wirklich im Stiche lassen sollten — was ich nicht hoffe — so wird es mir auch unmöglich sein, an einem Staatswesen, daß mir solche Erfahrungen bietet, ferner mitzuwirken; ich würde mich aus dem preußischen Staatswesen vollständig herausziehen müssen und nur noch meine Erfahrungen im auswärtigen Dienste dem Kaiser zur Verfügung stellen, das heißt im Reichsdienst. Ich würde dazu genötigt sein, nicht aus Verstimmung, sondern im Interesse meines eigenen politischen Ansehens und meiner politischen Ehre. In Deutschland ist

es ja möglich, daß die besten Freunde unter Umständen wegen einer persönlichen Meinungsverschiedenheit gegeneinander stimmen, außerhalb Deutschlands aber wird mir das niemand glauben, wenn die mir zunächst stehenden Freunde gegen die Vorlage stimmen, die ich mit dem Papste verabredet habe, die ich im Herrenhause vertreten habe, daß das gegen meine heimliche Billigung geschehen ist. Deshalb sage ich: Meine politische Ehre ist dafür engagiert; ich kann an einem Staatswesen nicht länger teilnehmen, welches mich in dieser Richtung kompromittiert, schon deshalb, weil auf dem Vertrauen meiner politischen Rechtlichkeit und Zuverlässigkeit ein wesentlicher Teil des Einflusses beruht, den ich in Europa übe. Wir können schweren Prüfungen entgegengehen in auswärtigen Kämpfen und in inneren Kämpfen gegenüber Umsturzparteien verschiedener Kategorien. Mein Bedürfnis ist gewesen, ehe wir diesen Prüfungen ausgesetzt werden, alle inneren Streitigkeiten von uns abzutun, die in der Tat entbehrlich für uns sind. (Bravo! rechts.) Und für entbehrlich halte ich den Kirchenstreit, wenn er hiermit beigelegt werden kann, weshalb ich die Annahme der Vorlage empfehle. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Namens der Konservativen erklärt Graf Schwerin-Putzar die Zustimmung zur Vorlage, hofft aber zugleich, daß die Regierung sich den Wünschen der evangelischen Kirche auf freiere Bewegung zugänglich zeigen werde. Dann hält Abg Virchow eine große Rede, in welcher er den Reichskanzler heftig angreift. Er protestiert gegen die Ausdrücke „gewissenlose Opposition“ und „subversive Tendenzen“, die jeder auf die freisinnige Partei beziehen müsse. Er spricht dann von der Unterstützung der Regierung gegen die Kirche während des Kulturkampfs und bekennt in Bismarcks Haltung ein volles Canossa zu erblicken, sich ergebend aus der opportunistischen Politik des Kanzlers, der Grundsätzliches preisgebe. Er lehnt schließlich die Verantwortung für das ganze vorliegende Flickwerk ab. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Abgeordnete hat eine Frage zur Sprache gebracht, von der ich bisher nicht glaubte, daß sie interessiert, das ist mein persönliches Seelenheil. (Heiterkeit.)

Er hat angeführt, ich hätte bei irgendeiner Gelegenheit erklärt, daß dasselbe abhängig sei von der Annahme oder Ablehnung irgendeines Gesetzes. Nun, auf eine so unsichere Basis, wie eine Majoritätsabstimmung über ein Gesetz ist, möchte ich doch nicht gern mein zukünftiges Seelenheil setzen. Ich glaube, er irrt sich darin; ich werde wahrscheinlich gesagt haben, daß ich an meiner Seele Schaden leiden könnte, wenn ich meine Schuldigkeit im Dienst nicht täte, oder wenn ich meine religiösen Überzeugungen verleugnete, indem ich sie anderen Rücksichten unterordnete. Aber ich glaube, der Herr Vorredner wird besser tun, die Sorge für diesen Gegenstand mir ausschließlich zu überlassen und sich nicht weiter um mein Seelenheil zu bekümmern.

Der Herr Vorredner hat außerdem mein ganzes politisches Verhalten und meine Persönlichkeit einer Kritik unterzogen, an die ich nun seit einigen zwanzig Jahren bei ihm gewöhnt bin. Er hat mir schon zur Zeit der dänischen Frage, zu Zeiten der österreichischen Händel, des französischen Krieges immer nur eine mäßige Dosis von politischem Urteil und Voraussicht zugetraut; ja, er hat sich sehr hart über meine Befähigung zur auswärtigen Politik ausgesprochen. Da er in seinem Lehramte gewohnt ist, Zensuren ohne Widerspruch zu erteilen, so will auch ich ohne Widerspruch die Zensur entgegennehmen, (Bravo rechts) daß ich meinen Mangel an Befähigung für größere politische Fragen in einer für den Herrn Vorredner überzeugenden Weise bewährt habe.

Der Herr Vorredner hat mir, wie so oft und so mancher, namentlich aus seiner Partei, Mangel an Konsequenz vorgeworfen. Ja, Konsequenz für einen Politiker, für einen Staatsmann ist um so leichter, je weniger politische Gedanken er hat. Wenn er nur einen

hat, ist es Kinderspiel, und wenn er den immer wieder vorbringt, so ist er der Konsequenteste. (Heiterkeit! Bravo! rechts!)

Jemand, der die Situationen und die Fragen, mit denen er sich zu beschäftigen hat, an jedem Tage, in jedem Jahre wiederholt wechseln sieht, kann unmöglich unter verschiedenen Umständen immer dasselbe tun.

Wenn ich in der heftigsten Phase dieses kirchlichen Kampfes Worte gebraucht habe, die hart und schneidend waren, so waren das eben doch nur rhetorische Kämpfe, auf die es beim Friedensschluß ebensowenig ankommt, wie auf die Kanonenkugeln, die die Armeen untereinander ausgetauscht haben, und diese Redekämpfe sind doch ziemlich unschuldig.

Daß ich damals den Papst als Ausländer bezeichnet habe, ist ja in gewissem Sinne möglich. Wenn der Herr Vorredner mir aufmerksam zugehört hätte, so würde er sehen, daß ich auch jetzt noch als Protestant den Papst nicht als Inländer bezeichne, daß aber für den Katholiken die päpstliche Institution — der Papst kann ja im Auslande geboren sein, ebenso wie der König von Rumänien, der doch ein Rumäne ist, obwohl er im Ausland geboren ist — daß für den deutschen Katholiken die Institution eine deutsche ist. Der Herr Vorredner ist doch vermöge seiner wissenschaftlichen Bildung mit der kirchlichen Auffassung so vertraut, daß er mir das zugeben muß. Im übrigen, wenn er es nicht glaubt, verweise ich ihn an die Herren vom Zentrum, die werden ihm klarmachen, ob der Papst, die pästliche Institution, die Kurie eine ausschließlich ausländische oder eine dem Inlande zugehörige Institution ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Vorredner hat mir Stein als Muster vorgehalten, der hätte Widerspruch ertragen können. Meine Herren, Stein hatte kein Parlament; (Heiterkeit) der Widerspruch, den er ertragen hat, das war höchstens der eines vortragenden Rats, der ja mitunter eine bessere Einsicht hat von einer Sache als sein Chef, auf dessen Anträge sein Chef mitunter auch eingeht. Aber nach dem, was ich von dem Charakter dieses Herrn, den der Herr Abgeordnete als meinen Vorgänger bezeichnet hat, weiß, möchte ich doch glauben, so leicht zu nehmen war er auch nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß der Vorredner Stein gegenüber mit einer so ruhigen Erwiderung abgekommen wäre, das wird er selbst kaum zu behaupten wagen, wenn er Steins Geschichte und Charakter einigermaßen studiert hat. Ich glaube, daß ich neben dem ein gutmütiger und versöhnlicher Minister zu nennen bin. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat mir ferner auch — und das ist mir nicht neu, das habe ich schon mehrfach zu verzeichnen gehabt — das Gewerbe der Penelope vorgeworfen, daß ich das Gewebe, das ich bei Tage machte, über Nacht wieder auflöste. Nun ganz so schnell geht es doch wohl nicht; aber er geht dabei wieder von dem Irrtum aus, den ich glaubte vorher widerlegt zu haben, daß ich jemals die Maigesetze als eine definitive, dauernde Institution für uns betrachtet hätte. Ich habe das vorhin, glaube ich, nachgewiesen, daß ich jederzeit — und wenn der Herr Vorredner mir aufmerksam zugehört hätte, oder wenn er sich nur unserer parlamentarischen Debatten erinnerte, so müßte meine Darlegung ihn überzeugt haben — daß ich sie jederzeit als Kampfgesetze betrachtet habe, als Mittel eines Kampfes, durch den ich den Frieden mit einem friedlichen Papst zu schließen mich bestrebte, nicht ganz in derselben Kategorie, aber doch in einer ähnlichen, wie etwa die Sozialistengesetze ein Kampfmittel gegen die Angriffe bilden, welche die Sozialdemokratie gegen Staat

und Reich richtet. Bisher hat weder der Herr Abgeordnete noch irgendein anderer Reichspolitiker diese letzteren Gesetze als eine dauernde Institution betrachtet, und wenn der Herr Vorredner nochmals in die Lage käme, im Reichstage wiederum über die Beibehaltung der Sozialistengesetze seine Meinung zu äußern, und ich stimmte der Aufhebung dieser Gesetze zu, würde er mir dann vorwerfen, daß ich das Gewerbe der Penelope betriebe und das mühsam hergestellte Gewebe mutwillig auflöste und verlangte, man solle mir darin folgen? Das wäre gerade so gerecht oder ungerecht wie der jetzige Vorwurf, daß ich ein Kampfgesetz, nachdem der Zweck des Kampfes, nämlich der Friede, annähernd erreicht ist, nicht mehr festhalten wollte. Indessen, ich bin ja an Ungerechtigkeiten gewöhnt in der Behandlung von seiten des Herrn Vorredners, wenigstens seit einem Vierteljahrhundert, nicht an Gerechtigkeit und Wohlwollen.

Der Herr Vorredner hat mir auch wieder wie der Herr Abgeordnete Richter vorgeworfen, daß ich Politik nach meinen Ansichten triebe, und daß ich suchte, durch alle parlamentarisch erlaubten Mittel mir die Majorität zu gewinnen. Ja, ich habe schon vorher gesagt: Verlangen Sie etwa von mir die Kinderei, daß ich gegen meine eigene Ansicht, daß ich nach den Ansichten des Herrn Abgeordneten Dr. Virchow Politik treibe, wenn ich überzeugt bin: sie sind fehlerhaft, nachdem ich mich Jahrzehnte hindurch überzeugt habe, daß seine Beurteilung und seine Vorhersagungen in der großen Politik immer unrichtig gewesen sind? (Heiterkeit und Bravo! rechts.) Wie soll ich also da seiner Meinung und seinen Wünschen meine bessere Überzeugung unterordnen? Da würde ich wirklich mein Seelenheil gefährden. (Heiterkeit rechts.)

Ich kann die Politik nur nach meiner Überzeugung machen, aber — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, aber er schwebt mir auf der Zunge — es ist für erwachsene Leute nicht angebracht, sich gegenseitig vorzuwerfen, daß sie nach ihrer Überzeugung handelten.

Wenn der Abgeordnete nun mit dem ihm eigenen Scharfblick in die Zukunft voraussieht, daß hieraus neue Verwirrungen und Verwicklungen hervorgerufen würden, so würde ich das lebhaft bedauern, aber ich würde ebenso lebhaft bemüht sein, sie wiederum beizulegen, wie ich dies zu tun jetzt bemüht bin.

Der Herr Abgeordnete hat dann die Begriffe „Parität“ und „Geistlichkeit“ in einer Weise verwechselt, die ich bloß streifen will, ohne sie weiter zu widerlegen. Parität erstreben wir allerdings, das heißt, daß die verschiedenen Bekenntnisse in den politischen Rechten, die jemand auszuüben hat, keinen Unterschied machen, aber Gleichheit in der staatsrechtlichen Situation beider Kirchen — daß die nicht möglich ist zu erstreben, glaube ich vorhin ohne Widerspruch konstatiert zu haben.

Der Herr Abgeordnete hat ferner die Frage aufgeworfen, warum wir Konzessionen in Bezug auf die Orden machen und auf andere Dinge. Ja, ich möchte ihn bitten, sich danach beim Zentrum und den Katholiken zu erkundigen, oder vielleicht wird auch sein politischer Freund, der Abgeordnete Richter, hinreichend informiert sein, um darüber Auskunft zu geben, warum die Katholiken das verlangen. Das ist ihre Sache, ihre Glaubenssache; sie glauben der Orden zu bedürfen, sie glauben anderer Konzessionen zu bedürfen — gut, ich habe nicht danach zu fragen, ob ich ihren Glauben teile oder für berechtigt halte. Mein

Bestreben ist in diesen ganzen Verhandlungen nur das gewesen, die Friedliebenden unter unseren katholischen Mitbürgern zufriedenzustellen. Wenn sie nun das zu ihrer Zufriedenheit Erforderliche bezeichnen, so würde der Sache wenig gedient sein, wenn ich sagen wollte: „Ihr irrt euch, das braucht ihr nicht." Das Maß dessen, was die friedliebenden, versöhnlichen Katholiken unter diesen wirklich zu gebrauchen glauben, das ist für mich die Grenze gewesen, bis an die zu gehen ich geneigt bin. Wenn mir Leute, an deren Patriotismus, an deren Hingebung für unsere staatlichen Zwecke, an deren Anhänglichkeit an unsere Dynastie, an deren politischer Einsicht ich nicht die mindesten Zweifel habe — wenn mir die sagen: Wir brauchen dieses notwendig nach unseren Glaubensartikeln, ja, dann sage ich: Ich kann das nicht beurteilen, aber ich konzediere das, ich will mich bemühen, es euch zu verschaffen, damit ihr zufrieden seid. Es gibt ja unter unsern Landsleuten solche, die ich nicht glaube jemals zufriedenstellen zu können, weil überhaupt Zufriedenheit nicht der Zustand ist, den sie anstreben. Aber es gibt unter den Katholiken, unter den Untertanen des Königs von Preußen, Gott sei Dank eine große Mehrheit, die in den Punkten, an denen, wie sie glaubt, ihr Seelenheil hängt, zufriedenzustellen ist; aber die Sorte Frieden, welche der Abgeordnete Virchow für die definitive erklärt, halte ich für ganz unannehmbar, und ich glaube, er befindet sich ebenso auf der Jagd nach dem Ideal, was überhaupt auf dieser Welt nicht zu finden ist. Der Kampf zwischen der Priestergewalt und der Staatsgewalt, ich will sagen, der Königlichen Gewalt, ist uralt und älter als unsere jetzigen Bekenntnisse, und der erste Priester, den es im Menschengeschlecht gegeben haben wird, wird schon seine Mitmenschen darauf aufmerksam gemacht haben, daß er Gott näher steht und daher den Willen Gottes besser kennt als die übrigen und wahrscheinlich auch als der König. Ist der König zugleich Priester gewesen, dann ist seine Aufgabe um so bequemer gewesen. Aber solange beide geschieden sind, wird auch der Konflikt zwischen Priestertum und Königtum aus der menschlichen Gesellschaft nicht getilgt sein. Und da hat der Herr Abgeordnete einer wissenschaftlichen Utopie Ausdruck gegeben. Am allerwenigsten ist aber dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß man ausschließlich mit den Staatsgesetzen dekretiert, womit der Katholizismus respektive die anderen Bekenntnisse für ihre dogmatischen und konfessionellen Aufgaben zufrieden zu sein haben. Das erkennen wir an, das Gesetz hat seine Gültigkeit, aber wenn wir es zwangsweise und ohne alle Rücksicht auf die Wünsche der Beteiligten durchführen wollen, so sind wir schließlich zu einem gewalttätigen Verfahren dauernd genötigt und schaffen den Konflikt als dauernde Institution. Wenn man dem gegenüber den Absolutismus eines republikanischen Konvents und die Guillotine stellt, so kann man das eine Zeitlang halten, aber, wie Frankreich gezeigt hat, auf die Dauer nicht. Ich wenigstens muß dem Versuch, unsere katholischen Landsleute gegen ihren Willen dauernd zu vergewaltigen, meine Mitwirkung versagen. (Bravo! im Zentrum.)

Ich kann, wenn ich den Staat für angegriffen halte, defensiv um so schärfer mich auf einen Kampf einlassen, je schärfer und ungerechter die Waffen sind, mit denen der Angriff gemacht wird. Aber einen Teil unserer Landsleute ihres Bekenntnisses wegen dauernd zu vergewaltigen, das ist ein Ziel, nach dem ich noch niemals gestrebt habe. (Lebhafter Beifall.)

38. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

22. April 1887.

Schon längst, seit 1869, strebte der frühere Oberpräsident und konservative Führer v. Kleist-Retzow, ein strenggläubiger Lutheraner, nach einer reichlicheren Dotation der evangelischen Kirche. Er und seine Freunde, die dem Kulturkampf ablehnend gegenüberstanden, benutzten den endlichen Friedensschluß mit Rom und die damit gegebene freiere Bewegung der katholischen Kirche zu der Forderung, der evangelischen eine ähnlich freie zu verschaffen. Sein letztes Ziel ist wohl gewesen, ein evangelisches Zentrum zu schaffen, eine Partei aller positiven Evangelisch-Gläubigen. Vor allem wollten Kleist und seine Freunde den Zustand beseitigen, daß der oberste Bischof der evangelischen Kirche Preußens, der König, beim Erlaß von Kirchengesetzen vom Staatsministerium abhängig war. Einem ersten allgemein gehaltenen Antrag, den Kleist am 10. Juni 1886 im Herrenhause einbrachte, setzte Bismarck sofort heftigen Widerstand entgegen. Einmal deshalb, weil er ein evangelisches Zentrum nicht brauchen konnte und als Mann des Staates jede Beschränkung der staatlichen Wege durch die Kirche beider Konfessionen verabscheuen mußte. Dann aber auch wohl, weil er jetzt eine Steigerung der Widerstände im Zentrum gegen den Friedensschluß befürchtete. Endlich aber konnte er den gemäßigten Liberalismus nicht entbehren, für den der orthodoxe Flügel der Konservativen kein Ersatz gewesen wäre. Obwohl die peinliche Uneinigkeit im konservativen Lager Bismarck neue Argumente liefern konnte, legte Kleist-Retzow am 9. März 1887 selbständig zwei Gesetzentwürfe vor: Der eine verlangte die Milderung der Abhängigkeit des obersten Bischofs vom Staatsministerium, der zweite sah eine Dotation von jährlich 7 Millionen Mark an die evangelische Kirche vor. Am 18. März hatte das Herrenhaus diese Anträge einer Kommission überwiesen. Die kirchenpolitische Vorlage benutzte am 22. April der Gesinnungsgenosse Kleists, Freiherr v. Hammerstein, um im Sinne jener Anträge zu sprechen. Ihm erwidert Fürst Bismarck mit grundsätzlichen Ausführungen:

Ich glaube, daß die Beziehung des Staates zur evangelischen Kirche, die der Herr Vorredner hauptsächlich zum Gegenstand seiner Betrachtung genommen hat, mit der Beilegung des Streites zwischen dem Staate und der katholischen Kirche in keinem notwendigen Zusammenhange steht. Ich glaube auch nicht, daß die evangelische Kirche durch die Zurückgewährung von Rechten, welche die katholische Kirche früher besessen hat, irgendwie gefährdet und geschädigt sein wird. Ich muß meinerseits wenigstens mich weigern, in dem Augenblicke, wo wir den Frieden mit der einen Konfession suchen, die Hand zu bieten, einen Kulturkampf in die andere Konfession zu werfen. (Sehr richtig! Unruhe.)

Ich bin überzeugt, daß, wenn die Tendenzen, die zuerst in Form des Hammersteinschen Antrages, des Antrages des Herrn Vorredners, nachher in dem Antrage v. Kleist im Herrenhause geltend gemacht worden sind, jetzt zu einschneidenden und ernsthaften Verhandlungen geführt hätten — daß sie kein weiteres praktisches Resultat gehabt haben würden als die verschiedenen bedauerlichen Spaltungen in der evangelischen Kirche von neuem zu vermehren. (Sehr richtig!) Dazu wird die Regierung nicht die Hand bieten. Wenn die Regierung sich zurückgehalten hat über die Frage im Herrenhaus und auch ferner sich zurückhalten wird, so würde es eine große Ungerechtigkeit gegen uns, namentlich gegen die evangelischen Christen unter den Ministern sein, daraus auf eine Gleichgültigkeit gegen ihre eigene Kirche und Konfession schließen zu wollen. Die Regierung macht im allgemeinen, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen, es sich zur Regel, Initiativanträge, die aus dem Schoße der parlamentarischen Versammlungen kommen, nicht sofort durch ihre Mitarbeit halb zu Regierungsanträgen zu machen oder sich zum Hilfsorgan dieser Initiativanträge herzugeben, sondern die Regierung hat sich zur Regel gemacht, die früher leider nicht hinreichend beobachtet worden ist, abzuwarten, ob und in welcher Art die Majorität der beteiligten Versammlung für solche Initiativanträge Partei nimmt, und dann ihrerseits

Stellung dazu zu nehmen und die Anträge zu bekämpfen oder anzunehmen oder zu amendieren oder Gesetzesvorschläge darauf zu gründen. Die Regierung ist nicht dazu da, als Hilfsorgan und aktenmäßige Arbeitskräfte zu dienen für die Velleität, Anträge zu stellen, die tief in das Staatsleben einschneiden, und auf die jeder einzelne nach seinem Belieben kommen kann, um die Regierung vorzuspannen vor seinen Antrag oder aber sie der Gleichgültigkeit gegen hohe Interessen zu beschuldigen.

Außerdem hatte ich gerade in der jetzigen Zeit die Hoffnung, daß wir zum Frieden mit der päpstlichen Kurie und infolgedessen auch mit dem größeren Teil unserer katholischen Mitbürger gelangen werden, und ich halte die jetzige Zeit für sehr übel gewählt für einen solchen Erisapfel. Sie haben das schon aus den Kundgebungen, die die Rede des Herrn Vorredners begleiteten, gesehen, daß er weit entfernt ist, das Einverständnis aller seiner evangelischen Mitbürger für sein Auftreten zu haben. Ich glaube nicht, daß weder die evangelische Kirche noch die Mehrzahl ihrer Angehörigen geneigt sein kann, ihre Zustimmung zu dem Friedenswerk mit dem Papste, an dem wir arbeiten, davon abhängig zu machen, ob der Staat seinerseits in diesem Augenblick der evangelischen Kirche auf Kosten staatlicher Rechte Konzessionen macht. Ich glaube nicht, daß die evangelische Kirche und ihre Mitglieder gesonnen sind, auf diese Weise einen Kaufpreis vom König und vom Staat dafür zu fordern, daß sie in einer Lebensfrage des inneren Friedens der Staatsregierung zustimmen. (Sehr richtig!)

Ich habe eine höhere Meinung von Ihnen, ich glaube, Sie werden am Schluß ohne Rücksicht darauf zustimmen. Ich würde es bedauern, wenn aus diesem Grunde, um vom Staate in diesem Momente Rechte zu erpressen, möchte ich sagen, der Beistand irgendeines evangelischen Mitbürgers uns bei unseren Bemühungen, zum Frieden mit unseren katholischen Mitbürgern zu gelangen, entgehen sollte. Wenn der Herr Vorredner hervorgehoben, daß ich gestern gesagt hätte, wenn friedliebende Katholiken ihrerseits sagen, daß für ihr religiöses Bedürfnis diese oder jene Konzession notwendig ist — und ich habe nicht hinzuzusetzen brauchen, daß ich dabei überzeugt bin, daß der Staat in keine Gefahr gerät durch diese Konzessionen — so wäre das für mich allein ein hinreichender Grund, diese Konzession zu machen. In ähnlichem Verhältnis stehe ich keinesfalls zur evangelischen Kirche. Ich bin ein evangelischer Christ ebensogut wie der Herr Vorredner und werde ihm und seiner eigentümlichen Auffassung nicht meinerseits das sacrificium intellectus machen. (Sehr gut!)

Ich habe in Bezug auf die evangelische Konfession meine eigene Überzeugung und Meinung und bin in meinem Glauben daran Gott und den Menschen gegenüber stark und fest genug begründet, um mich durch diese Angriffe nicht darin erschüttern zu lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Aber ich kann nur als evangelischer Staatsangehöriger meiner Überzeugung Ausdruck geben; von den Herzens- und Seelenbedürfnissen eines katholischen Mitbürgers aber kann ich mir nicht in der Art eine so genaue Vorstellung machen von der Notwendigkeit der Konzessionen, deren seine Kirche bedarf, daß ich nicht meine Meinung der seinigen unterordnen könnte. Meinen evangelischen Glaubensgenossen gegenüber — und selbst wenn sie einen höheren Ruf und Stufe der Gottesgelahrtheit haben sollten wie der Herr Vorredner (Große Heiterkeit) —, dann würde ich meine Überzeugung nicht opfern.

Ich kann nur wiederholt die Versicherung abgeben, daß die Königliche Regierung ihrerseits den von ihr anerkannten Bedürfnissen, ja Notständen der evangelischen Kirche ihrerseits willig entgegenkommt, und, wie die Herren aus unseren Budgetverhältnissen ersehen können, auf dem Punkte der notwendigen finanziellen Unterstützung auch in den letzten Jahren reichlich entgegengekommen ist. Wenn ich sage reichlich, so meine ich, reichlich in Bezug auf die Summen, die aufgewandt sind, aber nicht reichlich in Bezug auf das Bedürfnis. Ich glaube, daß das Bedürfnis noch erheblichere Zuschüsse von seiten des Staates fordern wird; und wenn die Herren nur dazu mithelfen wollen, im Staat und Reich neue Einnahmequellen zu schaffen, so wird das im weiteren Maße möglich sein. Ich gehe sogar weiter. Wenn zu dem äußeren Ansehen gegenüber demjenigen, dessen sich die katholische Geistlichkeit erfreut, irgend etwas der evangelischen Geistlichkeit von Nutzen sein kann nach ihrer Überzeugung, um ihre Stellung gegenüber ihren katholischen Kollegen — ich finde den richtigen Ausdruck im Augenblick nicht — um ihr Ansehen zu heben und die Bedeutung, welche König und Staat auf ihre Stellung legen, um die auch äußerlich anders zu kennzeichnen, so habe ich auch dagegen nichts einzuwenden. Nur möchte ich abraten, dergleichen Initiativanträge, die von einzelnen Parteirichtungen — ich möchte sagen, von kleinen Brüchen von Fraktionen ausgehen — in Momenten einzubringen, wo gerade für die Regierung und für die Zukunft des Reiches eine Geschlossenheit aller ihrer Freunde und aller derer, die sie stützen wollen, notwendig ist — solche Momente zu wählen, um dadurch unseren inneren Frieden zu stören.

Ich möchte die Herren bitten, und ich hoffe auch, daß die Bitte bei der Mehrzahl der Freunde der Regierung von Erfolg sein wird, daß sie etwas mehr Vertrauen haben, als aus der Rede des Herrn Vorredners sprach, auch zu dem Schutze, den der König als summus episcopus und Monarch des Landes der evangelischen Kirche jederzeit gewähren wird, und auch zur Förderung — nicht bloß zum Schutze.

Aber vor allem bitte ich, diese ganz heterogenen Fragen auseinanderzuhalten, die Frage des Friedensschlusses, in dem wir in diesem Augenblick begriffen sind, um einen modus vivendi mit der römischen Kurie zu finden, und die Frage, wie der Staat zur evangelischen Kirche steht. Darüber habe ich mich überhaupt nicht zu äußern — ich bin kein Dogmatiker — die Stellungnahme dazu ist nicht eine Sache, die im Zusammenhang stände mit der auswärtigen Politik. Da bin ich genötigt, die Sache meinem verehrten Kollegen, dem Herrn Kultusminister, zu überlassen. (Bravo!)

Nach einer Rede des Abg. Pfaff nimmt der welfische Hospitant des Zentrums Brüel das Wort zu einer äußerst gehässigen Rede. Er fragt nach den wahren Gründen des Kulturkampfes und sieht sie lediglich in dem Machtwillen des Fürsten Bismarck. Jedermann habe die Kampfgesetze für grundlegende Normen gehalten. Eine solche Politik, die alle Schranken göttlichen und menschlichen Rechts außer acht lasse, sei wider das Sittengesetz. Der Kulturkampf sei ein Kampf gegen die eigenen Untertanen gewesen. Nun sei zwar für die katholische Kirche die Zeit des Zwanges und der Peitsche vorbei, nicht für die evangelische. Wenn man ihr wohlwollend reichere Mittel in Aussicht stelle, so mache das den Eindruck, als ob man einer Magd den Lohn erhöhe. Fürst Bismarck antwortet:

Der Herr Vorredner hat mir dadurch, daß er mir den Rücken zuwendete, in abgewandter Richtung sprach, leider das Verständnis eines großen Teiles seiner Rede entzogen. Es sind mir mehrere der vielleicht scharf zugespitzten Pointen, welche in der Versammlung Eindruck machten, entgangen, weil er dabei die Stimme sinken ließ. Aber soviel habe ich doch heraushören können aus dem, was ich verstand, daß seine Rede eigentlich nur eine

Vervollständigung derjenigen war, welche der Abgeordnete Richter gestern, im Auftrage vielleicht weniger seiner eigenen Fraktion als einzelner Mitglieder einer anderen Fraktion, die sich zu schweigen veranlaßt sieht, hier gehalten hat. Ich glaube ausdrücklich bemerken zu müssen, daß ich damit nicht behaupte, daß der Abgeordnete Richter oder der Abgeordnete Brüel im Namen des ganzen Zentrums gesprochen habe; aber ich glaube doch, daß sie den gravaminibus einigermaßen Ausdruck gegeben haben, welche wir in gewissen antipäpstlichen katholischen Blättern in diesen Tagen so leidenschaftlich vertreten finden, und denen die mit diesen Blättern sympathisierenden Abgeordneten katholischer Konfession natürlich hier keinen Ausdruck geben werden; dazu hat man die irreguläre Gruppe der befreundeten Abgeordneten (Heiterkeit), denen man Gelegenheit gibt, zu äußern, was man sich selbst geniert zu sagen, und die sich auch sehr bereitwillig dazu hergeben.

Der Herr Abgeordnete Brüel hat noch dazu einen anderen Beruf; denn er ist nicht bloß ein okkulter Lehnsmann des Zentrums, sondern er ist ja Hospitant, und zwar nicht nur Hospitant, er ist auch Welfe. (Heiterkeit.) Als Welfe braucht er sowohl wie der Abgeordnete Richter zum Gedeihen der Fortschrittspartei den Streit unter den übrigen; er muß immer der tertius gaudens duobus litigantibus sein, und wenn er den Streit zwischen dem Staat und dem Papst, zwischen dem Staat und der katholischen Kirche erhalten kann, so blüht sein Weizen. (Sehr wahr!)

Wenn der Kirchenstreit fortdauert, so hat er in dem zahlreichen Zentrum, das die katholische, vorzugsweise ländliche Bevölkerung in großen Massen vertritt, das Fundament, auf das er nur zu steigen braucht, um sein Belagerungsgeschütz gegen den Staat mit mehr Bequemlichkeit aufzuführen. Zu den reichsfeindlichen Parteien darf ich doch den letzten Herrn Vorredner ganz unbedingt rechnen; denn er ist ein zweifelloser Welfe, und daß die Welfen mit dem jetzigen Bestehen des Reiches nicht einverstanden sind, hat auch der Herr Abgeordnete Windthorst noch erklärt; obwohl er sich enthält, das Reich zu bekämpfen, hat er doch seine Entwicklung bekämpft. Die Gesinnung des Herrn Abgeordneten Brüel geht meiner Überzeugung nach in ihrer gegnerischen Schärfe gegen das Reich und seine jetzigen maßgebenden Kräfte noch erheblich über die des Abgeordneten Windthorst hinaus. (Heiterkeit.)

Das, was ich von dieser Rede habe hören können, war doch noch eine ganz andere Tonart als das liebenswürdige Wohlwollen, welches hier auch für abweichende Meinungen aus den Äußerungen des Abgeordneten Richter sprach. (Heiterkeit.) Er sprach frei von der Leber weg, dabei jede einzelne Phrase, die ich habe verstehen können, wohlberechnet darauf: Wie kann ich dem Fürsten Bismarck — der Herr nennt mich so, während ich hier doch Ministerpräsident bin; ich nenne niemand bei seinem Privattitel hier, sondern nur als Abgeordneten —, wie kann ich dem nach Möglichkeit schaden und der inneren Einigkeit im Reich?

Mir ist mitgeteilt worden, daß der Herr Vorredner eigentlich der intellektuelle Urheber des Hammersteinschen Antrages gewesen sei (Sehr wahr!), und daß von seiten seiner Freunde die Priorität der Erfindung sogar für ihn in Anspruch genommen wird. Das wirft ja auf den Hammersteinschen Antrag ein ganz neues Licht. Dann ist derselbe also von Leuten, die ein Interesse hatten an der Verschärfung des bestehenden Streites mit der Katholizität, an der Verschärfung eines jeden Streites, der im Reiche besteht — von denen

ist der Hammersteinsche Antrag eigentlich ausgegangen. Ob der Herr Abgeordnete v. Hammerstein sich das wohl ganz genau klargemacht hat? Ich kann mir nicht denken, daß er mit offenen Augen und eigenem Willen diesen Interessen, die der Abgeordnete Brüel hier vertritt, geradezu dienen wolle; ich kann dies auch von den anderen Freunden dieses Antrags nicht glauben.

Daraus erklärt sich auch, daß er gerade in dieser Zeit eingebracht ist. Welch reichen Schatz von Argumenten, von Zwiespaltsmotiven zwischen der Regierung und ihren Freunden der Herr Vorredner gerade aus dem Hammersteinschen Antrag entnahm, das wird Ihnen allen aufgefallen sein. Ich bewundere nur, daß man mit dieser Auffassung als Hospitant der katholischen Fraktion sich so lange hat halten können, und ich vermute daß da noch andere Gründe den Herrn Abgeordneten bestimmen, als das reine Interesse für die evangelische Kirche. Der Herr Abgeordnete hat, wie mir gesagt worden ist, kurz nach der Annexion von Hannover Gelegenheit zu Beschwerden über Mängel an Erfüllung persönlicher Wünsche gehabt. Ich kann mir nicht denken, daß das auf seine politische Stimmung nachhaltigen Einfluß gehabt haben soll (Unruhe im Zentrum), aber wenn er darüber von irgendeiner Empfindlichkeit berührt sein sollte, so möchte ich ihn doch bitten, das zu vergessen. Es ist das ja gewiß keine persönliche Abneigung gewesen, sondern nur der Mangel an richtiger und besonnener Entschließung der damaligen Machthaber. Also ich möchte ihn bitten, die Zeiten einer solchen persönlichen Verstimmung zu vergessen.

Der Herr Abgeordnete hat mir gegenüber gewisse Insinuationen von großer persönlicher Schärfe und Bitterkeit gemacht. Er hat mir schuld gegeben, daß ich die Forderungen der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit verletzte. Ich wäre also vollständig dazu berechtigt, den Herrn Abgeordneten mit ähnlichen Unhöflichkeiten zu bedienen. (Unruhe im Zentrum.) Es ist mehr meine persönliche Selbstachtung, die mich davon abhält, als der Glaube, daß ich nicht berechtigt sein würde zu der Sprache, die der Abgeordnete soeben mir gegenüber geführt hat. Er hat mir in diesem Sinne vorgeworfen, wir hätten Krieg gegen die eigenen Untertanen geführt. Krieg haben wir überhaupt nicht geführt; wir sind in parlamentarischen und publizistischen Kämpfen gewesen. Wenn er das Krieg nennt, so sind wir auch heute noch im Kriege, in einem Kampfe ganz ähnlicher Art. Wir haben gekämpft gegen die faktiösen Parteiumtriebe, die gefährlich für das neugegründete Reich werden konnten; wir kämpfen gegen die Welfenpartei noch immer mit derselben Entschiedenheit. Mit dem Zentrum, soweit es katholische Interessen vertritt, hoffen wir zu einem modus vivendi zu gelangen. Wir führen auch noch denselben Kampf gegen die Sozialdemokraten und gegen die politischen Demokraten. Das ist aber kein Krieg mit den eigenen Untertanen, sondern das sind parlamentarische Kämpfe zwischen dem Minister, zwischen der Regierung und den Parteien, in denen ja der Herr Vorredner recht eigentlich lebt. Das ist sein eigentliches Element. Ich glaube, daß er weiter keine persönlichen Interessen haben würde, wenn dieses verloren ginge. (Heiterkeit.)

Die Forderung der Sittlichkeit, die der Abgeordnete durch mich verletzt meint, halte ich vielmehr in Frage gestellt durch die Umtriebe, welche die Welfenpartei seit einundzwanzig Jahren gegen das gemeinsame deutsche Vaterland ununterbrochen betreibt, gegen die ehrliche Verteidigung der nationalen Regierung gegenüber diesen Umtrieben. Zu dieser Verteidigung gehört, daß wir die Welfen bekämpfen, und ich bedauere, daß das

Zentrum bei seiner ersten Entstehung dieses nationalfeindliche Element in sich aufgenommen hat. Das hat unsere Kämpfe so außerordentlich verschärft.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er glaube kaum, daß außer mir ein einziger Abgeordneter im Reichstage geglaubt hätte, daß es sich nur um Kampfgesetze gehandelt habe. Es ist das ja eine indirekte Manier meines Erachtens, um mir eine Unwahrheit vorzuwerfen; denn daß ich gerade der einzige sein soll, dessen Logik so mangelhaft ist, daß er das, was vierhundert einsehen, nicht einsehen kann, das nimmt der Herr Vorredner doch nicht an. Er hat damit angedeutet und andeuten wollen meines Erachtens, daß ich von der Wahrheit abgewichen wäre. Nun, meines Erachtens kann gerade darüber niemand zweifelhaft sein. Ich habe mich expressis verbis darüber im Herrenhause ausgesprochen; es war im Jahre 1875, also mitten im Kulturkampfe. Ich habe Ihnen gestern vorgelesen, in welcher Weise ich im Januar 1872 meine Hoffnung ausgesprochen habe, durch Kampf zum Frieden zu kommen, das heißt doch zu einer Änderung der Gesetzgebung. In einem wirklichen Kriege okkupiert man ein feindliches Gebiet, aber keineswegs in der Absicht, es zu behalten; wenn wir das verewigen wollten, was geschaffen war, so wäre das ein analoger Versuch gewesen, als ob wir noch weitere Gebiete als diejenigen, die wir Frankreich abgenommen haben, hätten behalten wollen, Gebiete, die wir nicht behalten haben, die wir nicht brauchen konnten. Ebensogut wie wir die Champagne und Burgund und andere wieder geräumt haben, so sind wir auch im Interesse des Friedensschlusses bereit, von dem durch die Maigesetze okkupierten Gebiet ein ganz Teil zu räumen, und ich habe diese Absicht immer gehabt. Ob der Frieden nun, was der Abgeordnete aus Hannover vorhin bezweifelte, ein dauernder sein wird, ja, meine Herren, das steht bei Gott. Ich hoffe allerdings, daß er dauernd sein wird, aber die Möglichkeit, daß er gebrochen wird von der anderen Seite, die Möglichkeit, daß er gebrochen wird, wenn die Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Richter zur Regierung kommen, daß das gute Verhältnis zwischen ihm und der Zentrumspartei und den anderen Parteien sich wieder löst — die ist allerdings wohl vorhanden. Die Frage indes, ob ein Frieden ewig dauern werde oder nicht, hat noch nie jemand in der Welt abgehalten, einen Frieden zu schließen. Wenn wir mit dem Frankfurter Frieden 1871 der Welt die Sicherheit hätten gewähren müssen, daß zwischen uns und Frankreich nie wieder ein Krieg entstehe, dann hätten wir allerdings den Frieden nicht schließen dürfen. Nach Ihrer Meinung müßten wir auch heute noch in Versailles stehen, weil es nicht möglich ist, mit einer so kriegerischen Nation, wie die französische, die uns in jedem Jahrhundert drei- bis viermal angefallen hat, einen dauernden Frieden zu schließen. Ich habe also im Jahre 1875 gesagt:

> Indes bewahre ich die Hoffnung, daß der päpstliche Einfluß auf das Zentrum sich erhalten werde; denn wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche, fechtende und geistliche zeigt, so hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächst die Reihe an einen friedliebenden Papst kommen. Darauf ist meine Hoffnung gerichtet, und dann hoffe ich, wiederum einen Antonelli zu finden, der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen.

Also im Jahre 1875 habe ich nicht von einem definitiven Abschluß, von einer ewigen Dauer unserer jetzigen Einrichtung gesprochen, sondern immer von einem Kampf, an dessen Ende ich den Frieden als Ziel zu sehen hoffte. Der Kampf, der mit Rom geführt

ist, ist deswegen auch kein konfessioneller gewesen, er ist ein politischer geblieben. Weil die römische Kurie den Beistand ihrer Macht, den Einfluß des Papstes auf unsere deutschen Wahlen dem Zentrum geliehen und dadurch eine gewisse Verantwortung für dessen Haltung übernommen hatte, deshalb sind wir in den Kampf mit der Kurie hineingezogen. In diesem ganzen Kampf haben wir keineswegs, wie der Herr Vorredner zu insinuieren sucht, eine Stärkung der Staatsgewalt als ausschließliches — untergeordnetes Element, wie er es nannte — erstrebt, obwohl ich das für so untergeordnet nicht halte. Die Staatsgewalt bedarf einer Stärkung — wenigstens in Preußen — nicht, sie hat die Stärke, die sie braucht. Die Aufgabe des Kampfes und das Ziel des Kampfes war von Anfang an, das neugestiftete Reich, unsere wiedergewonnene Einheit gegen die subversiven, sehr geschickten und sehr bösartigen Angriffe zu schützen, die die politischen Freunde des Herrn Vorredners dem Reiche, seiner Sicherheit und seinem inneren Frieden gegenüber unternommen hatten. Das ist eine ehrenvolle und hochstehende Aufgabe, der ich mich auch ferner widmen werde. Daß ich dabei den üblen Willen und die Feindschaft des Herrn Vorredners auf mich ziehe, ist mir längst bekannt. Ich kann im übrigen alle Insinuationen, die er persönlich gegen mich gemacht hat oder gemacht haben mag — ich habe sie nicht alle gehört —, auf sich beruhen lassen, in dem festen Vertrauen auf das Urteil, welches meine Landsleute und die öffentliche Meinung über mich fällen werden. Die werden nicht auf seiten des welfischen Abgeordneten, sondern auf seiten des Verteidigers des Reiches stehen. (Lebhaftes Bravo!)

40. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

25. April 1887.

In der Spezialdebatte der kirchenpolitischen Vorlage (Zulassung von geistlichen Orden in der Provinz Posen) spricht der Abg. v. Dziembowski (freik.) die Befürchtung aus, daß das Deutschtum und die zu seinem Schutz getroffenen Maßregeln geschädigt werden könnten. Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Die Königliche Staatsregierung ist keineswegs blind gegen die Bedenken, die dagegen sprechen, den polnischen Bestrebungen in der Provinz Posen denjenigen Beistand zuzuführen, der ihnen ohne Zweifel aus der Wiederherstellung und Wiederzulassung verschiedener Orden erwachsen kann. Sie hat sich aber nichtsdestoweniger entschließen müssen, Ihnen die Annahme der gesamten Vorlage, wie sie aus dem Herrenhause gekommen ist, zu empfehlen, weil durch das Abbröckeln eines Teils von derselben das Zustandekommen der Friedensverhandlungen, welche wir mit der römischen Kurie geführt haben, wiederum in Frage gestellt werden würde, und weil die Regierung im Gesamtinteresse des Staats glaubt, ein höheres Gewicht auf das Zustandekommen dieser Verständigung, dieses Friedens, dieses modus vivendi mit den katholischen Untertanen des Königs legen zu müssen, als auf die lokalen Übel, welche den einzelnen Provinzen aus den gemachten Konzessionen erwachsen würden.

Das ganze Gesetz wird nach weiteren Beratungen am 27. April unverändert angenommen.

Deutscher Reichstag.

3. März bis 18. Juni 1887.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

3. März 1887.

Die Wahlen vom 21. Februar und die Stichwahlen hatten einen Sieg der sog. „Kartellparteien" ergeben, d. h. der durch Wahlbündnisse zusammengeschlossenen Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen. Obwohl die reine Stimmenzahl sämtlicher Gegner trotz des Eingreifens der Regierung in den Wahlkampf durch Reden und Artikel 3 852 033 gegen 3 686 432 betrug, gewann das Kartell doch die Mehrheit der Sitze mit 220 von 397, wobei das mächtige Anwachsen der Nationalliberalen auf 99 Abgeordnete besonders bemerkenswert war. Damit war eine sichere Mehrheit für die Militärvorlage, aber auch eine sichere parlamentarische Stütze Bismarcks für den Fall des Thronwechsels gegeben. Am 3. März eröffnet Staatssekretär von Boetticher den Reichstag mit folgender Rede:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, den neugewählten Reichstag in Allerhöchst Ihrem und der verbündeten Regierungen Namen willkommen zu heißen.

Ihre Tätigkeit in der bevorstehenden Session wird durch eine Reihe wichtiger Vorlagen in Anspruch genommen werden.

Der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, welcher zum Bedauern der verbündeten Regierungen in der vorgelegten Form die Zustimmung des vorigen Reichstags nicht gefunden hat, wird Ihnen alsbald unverändert zugehen.

Im Zusammenhange mit der Heeresvorlage steht die Ihnen obliegende Aufgabe der schleunigen Beratung des Reichshaushaltsetats. Ungeachtet des nahe bevorstehenden Ablaufes des Etatsjahres wird es hoffentlich gelingen, das Reichshaushaltsgesetz rechtzeitig zu vereinbaren. Die Opfer, welche das etatsmäßige Ausgabebedürfnis beansprucht, sind, ungeachtet der bei der Veranschlagung desselben beobachteten Sparsamkeit, nicht gering. Unsere finanzielle Lage weist daher darauf hin, die eigenen Einnahmen des Reiches durch die Beschaffung neuer Einnahmequellen zu verstärken und unsere Steuergesetzgebung im Sinne einer gerechten und der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler entsprechenden Verteilung der Lasten auszugestalten. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß es ihnen gelingen werde, mit dem neugewählten Reichstage zu einer Verständigung über die nötigen Reformen unseres Steuersystems zu gelangen. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten werden ohne Verzug in Angriff genommen werden.

Die Tätigkeit der verbündeten Regierungen richtet sich unausgesetzt auf den weiteren Ausbau der auf der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 beruhenden sozial-

politischen Gesetzgebung. Dabei handelt es sich zunächst darum, durch die Erstreckung der Unfallversicherung auf die von derselben noch nicht erfaßten Kreise der arbeitenden Bevölkerung einen genügend breiten und tragfähigen Untergrund für das weitere und abschließende gesetzgeberische Vorgehen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden Ihnen zunächst Gesetzentwürfe über die Unfallversicherung der Seeleute und der bei Bauten beschäftigten Arbeiter zugehen.

Eine weitere Vorlage, welche den Interessen des Handwerkerstandes durch Erweiterung der den Innungen zu verleihenden Befugnisse dienen soll, ist in der Vorbereitung begriffen.

Die Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 stößt in der Praxis auf mannigfache Schwierigkeiten; es wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher zunächst auf dem Gebiete der Verwendung gesundheitsschädlicher Farben diese Schwierigkeiten zu beseitigen sucht.

Die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Servistarifs und der Klasseneinteilung der Orte wird durch Ihre Mitwirkung zum Abschluß zu bringen sein. Ebenso werden die noch unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen und über Änderung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte Ihre Tätigkeit in Anspruch nehmen.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den fremden Mächten sind heute noch dieselben wie zur Zeit der Eröffnung der vorigen Reichstagssession. Auf Allerhöchsten Befehl habe ich die Genugtuung Seiner Majestät des Kaisers über die Kundgebungen des Papstes zum Ausdruck zu bringen, durch welche das wohlwollende Interesse Seiner Heiligkeit für das Deutsche Reich und für dessen inneren Frieden betätigt worden ist. Die auswärtige Politik Seiner Majestät des Kaisers ist fortwährend darauf gerichtet, den Frieden mit allen Mächten und besonders mit unseren Nachbarn zu erhalten und zu pflegen. Dieser friedliebenden Politik des Kaisers vermag der Reichstag die wirksamste Unterstützung zu gewähren, wenn er schnell, freudig und einmütig den Vorlagen zustimmt, welche die sofortige und nachhaltige Stärkung unserer defensiven Wehrkraft zum Zweck haben. Wenn der Reichstag ohne Zaudern und ohne Spaltung den Willen der Nation zum einmütigen Ausdruck bringt, gegen jeden Angriff auf unsere Grenzen heute und jederzeit die ganze Fülle unserer nationalen Kraft in voller Rüstung aufzubieten, so wird der Reichstag schon durch seine Beschlüsse allein und noch vor deren Ausführung die Bürgschaften des Friedens wesentlich verstärken und die Zweifel beseitigen, welche sich an die bisherigen parlamentarischen Verhandlungen über die Vorlagen behufs Stärkung unserer Wehrkraft geknüpft haben können. Seine Majestät der Kaiser hegt zum gegenwärtigen Reichstag das Vertrauen, daß seine Beschlüsse der nationalen Politik der verbündeten Regierungen eine sichere Unterlage gewähren werden, und schöpft aus diesem Vertrauen die Zuversicht, daß die Bemühungen Seiner Majestät, den Frieden und die Sicherheit Deutschlands zu wahren, von Gott gesegnet sein werden.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

6. Sitzung des Deutschen Reichstags.

10. März 1887.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1887/88 beschwert sich Abg. Virchow, daß der dort eingestellte Betrag von 150 000 M. jetzt zu wesentlich praktischen Zwecken, nicht mehr wie bisher zu wissenschaftlichen Unternehmungen der Afrikanischen Gesellschaft verwendet werde. Durch eine Erklärung des Leg.-Rats Krauel fühlt er sich nicht befriedigt. Fürst Bismarck erwidert auf die Beschwerden:

Ich bedaure zunächst, daß bei dem tiefliegenden Standpunkt, von dem aus der Herr Vorredner sprach, hier seine Äußerungen nur sehr unvollkommen und mit Anstrengung zu hören waren. Soviel aber habe ich vernommen, daß er uns einen Vorwurf daraus macht, daß die 150 000 Mark Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Zentralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen nicht wie früher für das Nigergebiet, sondern zur Erforschung des hinter den deutschen Besitzungen in Kamerun liegenden Gebietes durch Verfügung des Auswärtigen Amtes bestimmt worden wären. Das Auswärtige Amt ist durch keine Andeutung der Teile von Afrika, welche erforscht werden sollten, in der Verwendung dieser Gelder beschränkt worden. Es heißt: Das Innere jenes Weltteils. Um dahin zu kommen, muß man doch immer irgendwo vom Rande ausgehen, und von welcher Seite man die Sache anschneiden will, das, glaube ich, wird am besten den Entschließungen der Exekutivbehörde überlassen. Natürlich geben wir dabei den Teilen den Vorzug, wo wir die Küste besitzen. Die wissenschaftliche Tragweite dessen, was da geleistet werden kann, wird dadurch gar nicht berührt.

Der Herr Vorredner gab, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ausdrücklich zu, daß auch in dem Küstengebiete für die Wissenschaft eine erhebliche Ausbeute geschaffen werden könnte. Nun handelt es sich, glaube ich, bei unseren voneinander abweichenden Standpunkten darum, daß der Herr Vorredner nur die abstrakte Wissenschaft, die Regierung aber auch die angewandte Wissenschaft fördern will, die Wissenschaft, die sich auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, auf den Fortschritt unseres Verkehrs in Afrika und der deutschen Kultur dort bezieht. Gerade diese wollen wir in erster Linie pflegen. Ich glaube nicht, daß man vom nationalen Standpunkte aus uns daraus einen Tadel machen kann.

Früher haben sich die Forschungen, wie ich schon erwähnte, auf den Niger und Benue vorzugsweise gerichtet. Dort haben wir aber nicht diejenige Unterstützung bieten können, die wir den wissenschaftlichen Forschungen in den Gebieten gewähren können, deren Zugehörigkeit zu Deutschland von den übrigen europäischen Nationen anerkannt ist. Die deutsche Forschung am Benue und am Niger hat im günstigsten Falle mit dem tolerari posse der Engländer, im wahrscheinlichsten Falle aber auch mit gewissen rivalisierenden englischen Interessen zu kämpfen gehabt; kurz, wir haben dort auf keine andere Unterstützung zu rechnen als diejenige, die der Reisende und wissenschaftliche Forscher in sich selbst, in seinen Mitteln und in den Geldern findet, die ihm mitgegeben werden. Von der Beihilfe einer lokalen Autorität und überhaupt einer staatlichen Autorität ist dort nicht die Rede; im Gegenteil, nur von Hindernissen. Ich weiß nicht, welche Ergebnisse die Forschungen im Niger- und Benuegebiet für die abstrakte Wissenschaft gehabt haben; für die deutschen nationalen Bestrebungen aber sind sie vollständig fruchtlos gewesen. Der

Herr Vorredner hat gewissermaßen eine Fälschung der Intentionen, in welchen diese Ausgabe bewilligt worden ist, darin gefunden, daß dieselbe nicht mehr der abstrakten Wissenschaft, sondern der angewandten, derjenigen, die zugleich den deutschen Handels- und deutschen Verkehrsinteressen nützlich sein kann, gewidmet worden sei. Ich finde darüber keine Vorschrift. Es ist nicht einmal gesagt: „Nur das Innere Afrikas", sondern es ist gesagt: „und andere Ländergebiete". Es hätten also diese Fonds nach der Bestimmung, die sie laut Beschluß haben sollten, ebensogut außerhalb Afrikas verwendet werden können. Ich gehe auf die Sache hier nur des näheren ein, um den Vorwurf zurückzuweisen, als hätte die Regierung sich in ihrer Verwendung nicht streng und genau an den Sinn gehalten, in welchem die Mittel bewilligt worden sind, und um an den Reichstag die Bitte zu richten, in dieser Beziehung auch ferner die freie Wahl der Regierung bei weiterer Bewilligung von Mitteln nicht beschränken zu wollen, sondern ausdrücklich dem zuzustimmen, daß diese Forschungen und die Mittel, durch welche sie möglich gemacht werden sollen, zwar der Wissenschaft gewidmet werden sollen, dabei aber immer die Rückwirkung der damit erzielten Resultate auf unsere nationalen Interessen im Auge behalten, womöglich beides verbunden werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Virchow wünscht nochmals, daß die Erforschung Zentralafrikas nicht aufgegeben werde. Die Afrikanische Gesellschaft stehe vor der Frage, ob sie sich jetzt auflösen solle, da sie im letzten Jahre keinen Pfennig mehr bekommen habe. Fürst Bismarck erwidert:

Ich würde es lebhaft bedauern, wenn eine Gesellschaft, der so ausgezeichnete Gelehrte angehören, wie der Herr Vorredner, sich auflösen wollte. Ich kann aber nicht versprechen, dazu mitzuwirken, daß die Auswahl der Gegenden, welche erforscht werden sollen, auch ferner der Gesellschaft anheimgegeben werde. Das Auswärtige Amt wird für ihre Mitwirkung sehr dankbar sein; aber es kann seinerseits auf die Leitung dieses Geschäfts nicht verzichten.

Zentralafrika hat der Herr Vorredner in seinen letzten Worten nochmals als das Hauptobjekt seiner Wünsche und als den Zweck, für den allein seiner Angabe nach die Afrikanische Gesellschaft noch bestehen würde, bezeichnet. Ich denke doch, daß der Herr Vorredner ebenso wie ich unter Zentralafrika nicht gerade den mathematischen Mittelpunkt von Afrika verstehen wird, sondern im allgemeinen nur das, was man richtiger, glaube ich, die terra incognita von Afrika nennen könnte. Nun ist merkwürdigerweise das Land hinter unseren Küstenkolonien sehr viel unbekannter als beispielsweise das Kongo- und andere zentralere Gebiete von Afrika, und ich habe das Gefühl gehabt, daß es fast ehrenrührig für unsere Leistungen auch auf dem Gebiete der Wissenschaft wäre, wenn wir über das Gebiet, dessen Küste wir in Besitz genommen haben, unwissend bleiben und keine Auskunft geben können, sobald es über zwei Kanonenschußweiten von der Küste entfernt liegt — oder bis auf eine Tagereise, will ich sagen. In das Kongogebiet ist man allenfalls vorgedrungen, aber weiterhin mit den großen Länderstrecken hinter dem Kamerungebiet, wo wir von keiner Konkurrenz unserer englischen und französischen Nachbarn in Afrika irgendeine Störung zu besorgen haben, sind wir viel unbekannter als mit dem Kongogebiet.

Wir sind zum Aufgeben des Dienstes der abstrakten Wissenschaft und zum Übergang in den Dienst der angewandten Wissenschaft nicht ausschließlich aus eigenen Erwägungen

veranlaßt worden, sondern auch mit durch das Urteil desjenigen Gelehrten[1], dessen hervorragende Leistungen der Herr Vorredner hier in seinen ersten Äußerungen anerkannt hat, und dessen bedauerliches Schicksal er gewissermaßen mit auf unser Konto, in unsere Schuld schreiben wollte, als ob er „an gebrochenem Herzen" untergegangen wäre infolge der Zurückhaltung, welche ihm gegenüber das Auswärtige Amt in der Anwendung der Mittel beobachtet hätte; vielleicht deshalb, weil er nicht mehr durch die Afrikanische Gesellschaft die Mittel empfangen sollte, sondern direkt; — eine Vorschrift war über die Verwendung nicht gemacht. Aber Herr Robert Flegel hat sich in einem seiner Briefe vom 20. April 1883 gerade in demselben Sinne ausgesprochen, wie ich mir vorhin zu erwähnen erlaubte. Er sagte:

> Wenn die deutsche Regierung nicht bald damit beginnt, die Entdeckungen deutscher Forscher praktisch in irgendeiner Weise auszunutzen, wenn die deutsche Kaufmannschaft und die Industriellen Deutschlands nicht mehr Teilnahme, und zwar werktätige Teilnahme, der deutschen Forschung zuwenden und deren Erfolgen mehr Aufmerksamkeit als seither zu widmen sich entschließen, wenn endlich die deutsche Forschung selbst in Zukunft nicht mehr Interesse zeigt, praktische Erfolge zu erzielen, so werden wir auch noch fortfahren, Opfer an Kapital und wertvollen Menschenleben zum Besten anderer Nationen, die uns das wenig Dank wissen, zu bringen, wie wir es leider seither getan haben.

Ich glaube, hier ist der Gedanke von Herrn Flegel klarer und schärfer ausgesprochen, den ich habe zum Ausdruck bringen wollen. Es ist mir in derselben Klarheit vielleicht nicht gelungen, weil ich auf diesen Vorwurf eigentlich nicht gefaßt und in der Sache nicht vollständig orientiert war.

Ich kann nur meine Bitte wiederholen: Beeinträchtigen Sie die Regierung durch irgendeine Klausel in Bezug auf die Verwendung nicht in ihrem Bestreben, die Resultate, die für die Wissenschaft erreicht werden können, dort auf den Gebieten zu erreichen, wo praktische Erfolge zugleich für Deutschland und nicht, wie Herr Flegel sagt, zum Besten anderer Nationen, also am Benue zum Besten der Engländer, die dort Besitz ergriffen haben, gemacht werden, und ich bitte, keine weitere Klausel als die bisherige der Bewilligung dieser Summe hinzufügen zu wollen. (Bravo! rechts.)

---

[1] Flegel.

Deutscher Reichstag.

24. November 1887 bis 20. März 1888.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

24. November 1887.

Staatssekretär von Boetticher eröffnet die Sitzungsperiode mit folgender Rede:

Geehrte Herren!

Die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstags fällt in eine ernste Zeit. Das schwere Leiden, von welchem Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz heimgesucht ist, erfüllt nicht nur Seine Majestät den Kaiser, sondern auch Allerhöchst Desselben Hohe Verbündete und das ganze deutsche Volk mit banger Sorge. Was menschliche Wissenschaft und Kunst, was sorgsame Pflege zu tun vermögen, um die drohende Gefahr zu bekämpfen, wird nicht versäumt werden. Unsere Blicke und Gebete aber richten sich zu Gott, nach dessen Ratschluß die Geschicke der Völker, wie des einzelnen Menschenlebens sich erfüllen. Festes Gottvertrauen und treue Pflichterfüllung sind zu jeder und besonders in schwerer Zeit die bewährten Stützen unseres Volkes gewesen. Sie werden uns auch heute befähigen, den Aufgaben, welche den gesetzgebenden Körpern des Reichs bevorstehen, gerecht zu werden.

Voran steht unter diesen Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung bei der Feststellung des Reichshaushaltsplanes. Der Etat ist wiederum unter Betätigung strenger Sparsamkeit und Zurückstellung der nicht unaufschieblichen Ausgaben aufgestellt worden. Er zeigt eine erfreuliche Besserung der Finanzlage. Obwohl die Wirkungen der in der vorigen Session des Reichstags vereinbarten ausgiebigeren Besteuerung des Zuckers und Branntweins in ihrem vollen Umfange erst den späteren Etatsperioden zugute kommen werden, so läßt doch schon das nächste Rechnungsjahr einen Überschuß aus dem Reichshaushalt erwarten, welcher — selbst nach Gegenrechnung der Matrikularbeiträge — sich annähernd auf etwa fünfzig Millionen Mark beziffert.

Angesichts dieses Ergebnisses wird mit der Aufbesserung des Einkommens der im Dienst des Reiches stehenden Personen ein Anfang zu machen und zunächst der vom Reichstage befürwortete Wegfall der Witwen- und Waisengeldbeiträge der Offiziere und Beamten in Aussicht zu nehmen sein. Eine entsprechende Vorlage befindet sich in der Vorbereitung.

Fehlt es auch auf einzelnen Gebieten des nationalen Erwerbslebens nicht an Zeichen eines zu erhoffenden Aufschwungs, so befindet sich doch die wichtigste Quelle unseres wirtschaftlichen Wohlstandes, die Landwirtschaft, in einer bedrohlichen Notlage. Die Preise unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, namentlich des Getreides, sind unter dem Drucke des Angebots aus fremden, billiger produzierenden Wirtschaftsgebieten, obwohl wir uns

reicher Ernten zu erfreuen gehabt haben, so tief gesunken, daß jede Ertragsfähigkeit der Arbeit des deutschen Landmannes gefährdet erscheint. Die bestehenden Getreidezölle haben diesem Drucke nicht ausreichend zu begegnen vermocht. Die bedrängte Lage unserer Landwirtschaft wirkt auf die wirtschaftliche Tätigkeit der gesamten Bevölkerung ungünstig zurück. Unter diesen Umständen ist eine weitere Erhöhung der Getreidezölle von den verbündeten Regierungen ins Auge gefaßt worden. Ein dieses Ziel verfolgender Gesetzentwurf wird dem Reichstage zugehen.

Die Vorsorge Seiner Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen ist unausgesetzt auf die weitere Entwicklung des Heerwesens gerichtet. Ein Ihnen vorzulegender Gesetzentwurf, welcher die Landwehr und den Landsturm betrifft, ist bestimmt, eine wesentliche Erhöhung der Wehrkraft des Reichs herbeizuführen.

Schon in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 ist der dringende Wunsch Seiner Majestät des Kaisers ausgesprochen, den Arbeitern, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, das berechtigte Maß staatlicher Fürsorge durch die Gesetzgebung zu sichern und damit eine weitere Gewähr für die Befestigung des sozialen Friedens und für die Stärkung der nationalen Arbeitskraft zu gewinnen. Nach der schrittweisen Weiterführung der für die genossenschaftliche Gliederung unseres Erwerbslebens grundlegenden Unfallversicherungsgesetzgebung ist es nunmehr möglich geworden, die mit besonderen Schwierigkeiten verknüpfte Aufgabe ihrer Lösung so weit näher zu führen, daß die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter vorliegt. Seine Majestät der Kaiser hofft, daß der Entwurf, nachdem die Grundzüge für denselben der öffentlichen Erörterung unterstellt und der besonderen Prüfung sachverständiger Kreise übergeben worden sind, Ihnen noch in dieser Session wird vorgelegt werden können. Daneben wird nicht verabsäumt, die weitere Ausdehnung der, wie mit Genugtuung hervorgehoben werden darf, je länger desto segensreicher wirkenden Unfallversicherung auf die derselben bedürftigen Teile der Bevölkerung im Auge zu behalten.

Das gegenwärtig geltende Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beruht auf dem Grundsatz der vollen Gesamthaft aller Mitglieder. Die Erfahrung hat ergeben, daß die Notwendigkeit, sich dieser Haftform zu unterwerfen, der wünschenswerten Fortentwicklung des Genossenschaftswesens hinderlich ist und die beitretenden Mitglieder nicht selten einer unverhältnismäßigen Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Lage und Selbständigkeit aussetzt. Demzufolge und da auch die Einzelbestimmungen des Gesetzes in manchen Punkten einer Änderung und Vervollständigung bedürfen, wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher die Verhältnisse der freien Genossenschaften regeln und insbesondere die Bildung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht der Mitglieder ermöglichen soll.

Die Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes auf den Verkehr mit Wein begegnet in der Praxis mannigfachen Schwierigkeiten. Dieselben sind bereits wiederholt im Reichstag Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, dessen Zweck es ist, diese Frage in gesundheitspolizeilicher Hinsicht zu regeln.

Der bevorstehende Ablauf unseres Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn hat den verbündeten Regierungen Veranlassung geboten, der Frage der Neugestaltung des Vertragsverhältnisses ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die verbündeten Regierungen können sich die Schwierigkeiten nicht verhehlen, welche einer befriedigenden Lösung dieser Frage zunächst noch entgegenstehen, glauben sich aber zu der Hoffnung berechtigt, Ihnen rechtzeitig ein Abkommen mit der Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarischen Regierung zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen zu können, durch welches der bestehende Handelsvertrag vorläufig verlängert und der Eventualität eines vertragslosen Zustandes vorgebeugt wird.

Verträge behufs Regelung der Handelsbeziehungen des Reichs mit einigen amerikanischen Staaten werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Die auswärtige Politik Seiner Majestät des Kaisers ist mit Erfolg bemüht, den Frieden Europas, dessen Erhaltung ihre Aufgabe ist, durch Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, durch Verträge und durch Bündnisse zu befestigen, welche den Zweck haben, den Kriegsgefahren vorzubeugen und ungerechten Angriffen gemeinsam entgegenzutreten. Das Deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, die durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten. Die unchristliche Neigung zu Überfällen benachbarter Völker ist dem deutschen Charakter fremd, und die Verfassung sowohl wie die Heereseinrichtungen des Reichs sind nicht darauf berechnet, den Frieden unserer Nachbarn durch willkürliche Angriffe zu stören. Aber in der Abwehr solcher und in der Verteidigung unserer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

30. Sitzung des Deutschen Reichstags.

6. Februar 1888.

Obwohl nach dem Ablauf des Dreikaiserbundes im Sommer 1887 der Abschluß eines besonderen deutsch-russischen Neutralitätsvertrages, des sogenannten „Rückversicherungsvertrages“ vom 18. Juni 1887 geglückt war, in welchem der Zar gegen Anerkennung seiner historisch erworbenen Vorherrschaft in Bulgarien und seiner Interessen am Bosporus das Versprechen der Neutralität in einem französischen Angriffskriege gab, blieb die Lage sehr ernst. Wenn auch die Tage des Generals Boulanger in Frankreich gezählt sein sollten, so war die kriegerische Stimmung jenseits der Vogesen um so erregter, als die ungezügelte panslavistische Presse gegen die Mittelmächte hetzte und die russischen Truppenanhäufungen an der deutschen Ostgrenze nicht aufhörten. Gleichzeitig mit der zunehmenden russisch-österreichischen Spannung verlangten nicht nur hohe Militärs in Deutschland und Österreich den Präventivkrieg gegen Rußland, sondern erwartete die Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn, in Unkenntnis des deutsch-österreichischen Bündnistextes, Waffenhilfe Deutschlands, wenn Österreich wegen der Balkanrivalität (Bulgarien) mit Rußland in Krieg geriet. Gegen diese Gefahren galt es zu rüsten. Gegen Rußland half offenbar nichts als ein energisches Auftreten; im November 1887 verbot Bismarck die Lombardierung russischer Werte, und kurz darauf konnte der Kanzler den Zaren persönlich mahnen. Vor allem galt es, Deutschland für den drohenden Zweifrontenkrieg stark zu machen. Zu dem Zweck wurde am 9. Dezember 1887 dem Reichstage eine neue Wehrvorlage unterbreitet, die durch Veränderung des Wehrgesetzes die Dienstzeit verlängerte und so eine mächtige Reservearmee schuf. Sodann war es nötig, den Verbündeten durch Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages den rein defensiven Charakter desselben klarzumachen und falsche Hoffnungen, besonders der Ungarn, zu zerstören; anderseits der ganzen Welt die

Verteidigungseinheit Mitteleuropas für alle Fälle zu zeigen und so abkühlend auf die russischen Panslavisten zu wirken. Die Veröffentlichung des Vertrages erfolgte am 3. Februar gleichzeitig in Berlin, Wien und Budapest. Am 6. Februar, bei der zweiten Beratung des Wehrgesetzes, erhebt sich Fürst Bismarck zu seiner gewaltigsten Rede, die zugleich ein Meisterstück seiner europäischen Diplomatie bedeutet, und die vor allem eine Rede für den Zaren ist, die er, im Gegensatz zu seiner sonstigen Gepflogenheit, nicht nur vorher schriftlich ausgearbeitet, sondern während der Rede vor sich liegen hatte und benutzte.[1]

Wenn ich heute das Wort ergreife, so ist es nicht, um die Vorlage, die der Herr Präsident eben erwähnte, Ihrer Annahme zu empfehlen; ich bin nicht in Sorge darüber, daß sie angenommen werden wird, und ich glaube nicht, daß ich irgend etwas dazu beitragen könnte, die Mehrheit, mit der sie angenommen wird, und auf die allerdings im Inlande wie im Auslande ein hoher Wert zu legen ist, zu steigern. Die Herren werden in allen Fraktionen darüber ihren Sinn festgestellt haben, wie sie stimmen werden, und ich habe das volle Vertrauen zum Deutschen Reichstag, daß er diese Steigerung unserer Wehrkraft zu einer Höhe, auf die wir im Jahre 1867 bis 1882 allmählich verzichtet haben, daß er die uns wiedergeben wird, nicht in Ansehung der augenblicklichen Lage, in der wir uns befinden, nicht in Ansehung der Befürchtungen, die heutzutage die Börse und die öffentliche Meinung bewegen können, sondern in voraussichtsvoller Beurteilung der Gesamtlage Europas. Ich werde deshalb, wenn ich das Wort ergreife, mehr über die letztere zu reden haben, als über die Vorlage.

Ich tue es nicht gern, denn in dieser Sache kann ein Wort, welches ungeschickt gesprochen wird, viel verderben, und viele Worte können nicht viel nutzen, lediglich die Aufklärung der eigenen Landsleute und auch des Auslandes über die Situation fördern, die ja ohnehin sich finden wird. Ich tue es ungern; aber ich fürchte, daß, wenn ich schweigen würde, dann nach den Erwartungen, welche sich an die heutige Debatte geknüpft haben, die Beunruhigung in der öffentlichen Meinung, die nervöse Stimmung in unserer und der fremden Bevölkerung sich eher steigern als mindern würde. Man würde glauben, daß die Sache so schwierig und so kritisch ist, daß ein auswärtiger Minister gar nicht wagte, die Situation zu berühren. Ich spreche deshalb, aber ich kann sagen, mit Widerstreben.

Ich könnte mich darauf beschränken, auf die Äußerungen zu verweisen, die ich von dieser selben Stelle vor etwas mehr als Jahr und Tag getan habe. Es hat sich seitdem in der Situation wenig geändert. Mir ist heute ein Zeitungsausschnitt zugegangen, eine Zusammenstellung in der „Freisinnigen Zeitung", einem Blatte, welches, glaube ich, meinem politischen Freunde, dem Abgeordneten Richter, näher steht als mir (Heiterkeit); derselbe könnte einen passenden Anknüpfungsgegenstand bilden, um daran die weitere Lage zu entwickeln. Ich kann nur ganz allgemein darauf Bezug nehmen, auf die Hauptpunkte, die da angeführt sind mit der Erklärung, daß, wenn die Lage seitdem geändert ist, sie eher zum Guten als zum Schlimmen geändert ist.

Wir hatten Sorgen damals hauptsächlich vor einem Anstoß zum Kriege, der uns von Frankreich herkommen konnte. Seitdem ist in Frankreich ein friedliebender Präsident[2] von der Regierung abgetreten, ein friedliebender ist ihm gefolgt.[3] Das ist schon ein günstiges Symptom, daß die französische Regierung bei der Anstellung eines neuen Staats-

[1] Über die Einzelheiten und die Hintergedanken, Anspielungen und Absichten vgl. H. Prösch: Bismarcks Reichstagsreden zur auswärtigen Politik. Hamburger Diss. 1928, S. 69ff.
[2] Grévy.
[3] Carnot.

oberhauptes nicht in die Pandorabüchse gegriffen hat, sondern daß wir darauf rechnen können, daß die friedliche Politik, als deren Vertreter der Präsident Grévy galt, von dem Präsidenten Carnot fortgesetzt werden wird. Wir haben außerdem in dem französischen Ministerium Änderungen, deren beruhigende Bedeutung noch stärker ist als die des Präsidentenwechsels, der mit anderen Gründen zusammenhängt. Solche Mitglieder des Ministeriums, die geneigt sein könnten, den Frieden ihres Landes und den Frieden Europas ihren persönlichen Plänen unterzuordnen, sind ausgeschieden, und andere, denen gegenüber wir diese Befürchtung nicht haben, sind eingetreten. Ich glaube also konstatieren zu können — und tue es gern, weil ich wünsche, die öffentliche Meinung nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen —, daß die Aspekten nach Frankreich hin friedlicher, viel weniger explosiv aussehen als vor einem Jahre.

Die Befürchtungen, die im Laufe dieses Jahres aufgetaucht sind, haben sich auch viel mehr an Rußland geknüpft als an Frankreich, oder, ich kann sagen, an den Austausch von gegenseitigen Aufregungen, Drohungen, Beschimpfungen und Herausforderungen, welche zwischen der russischen Presse und der französischen Presse im Laufe des Sommers stattgefunden haben.

Ich glaube aber auch, daß in Rußland die Sache nicht anders liegt, als sie im vorigen Jahre lag. Die „Freisinnige Zeitung“ hat mit besonders fettem Druck hervorgehoben, daß ich im vorigen Jahre gesagt habe: „Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik.“ Daß dies durch fetten Druck hervorgehoben ist, ist vielleicht in der Absicht geschehen, mir die Anknüpfung daran zu erleichtern (Heiterkeit), vielleicht auch in der Hoffnung, daß ich inzwischen anderer Meinung geworden sein könnte und heute überzeugt wäre, ich hätte mich in diesem Vertrauen zur russischen Politik vor einem Jahr geirrt. Das ist nicht der Fall. Die Gründe, die dazu hätten Anlaß geben können, liegen teils in der russischen Presse, teils in den russischen Truppenaufstellungen.

Was die Presse anbelangt, so kann ich der ein entscheidendes Gewicht an sich nicht beilegen. Man sagt, in Rußland habe sie mehr zu bedeuten als in Frankreich. Ich bin gerade umgekehrt der Meinung: in Frankreich ist die Presse eine Macht, die auf die Entschließungen der Regierung einwirkt; in Rußland ist sie das nicht und kann das nicht sein; in beiden Fällen aber ist die Presse für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Es kann für uns darin eine Herausforderung nicht liegen. Hinter jedem Artikel in der Presse steht doch nur ein einzelner Mensch, der die Feder geführt hat, um diesen Artikel in die Welt zu schicken; wenn auch in einem russischen Blatt — nehmen wir an, es ist ein unabhängiges russisches Blatt —, das mit den französischen geheimen Fonds in Beziehungen steht, ist das vollständig gleichgültig. Die Feder, die einen deutschfeindlichen Artikel darin schreibt, hat an sich niemand hinter sich als den, der sie in der Hand führt, den einzelnen Menschen, der in seinem Arbeitskabinett diese Elukubration zustande bringt, und den Protektor, den ein russisches Blatt zu haben pflegt, das heißt den mehr oder weniger in die Parteipolitik verrannten höheren Beamten, der diesem russischen Blatt gerade seine Protektion widmet; — beide wiegen federleicht gegen die Autorität Seiner Majestät des Kaisers von Rußland.

In Rußland hat die Presse nicht denselben Einfluß wie in Frankreich auf die öffentliche Meinung; sie ist höchstens der Barometer dafür, was nach Lage der russischen Preßgesetze zugelassen wird, aber ohne die russische Regierung und Seine Majestät den Kaiser von Rußland irgendwie zu engagieren. Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittelbare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst, nachdem ich seit mehreren Jahren vor einigen Monaten[4] wieder die Ehre gehabt habe, von dem Zaren in Audienz empfangen zu werden. Ich habe mich auch da wiederum überzeugt, daß der Kaiser von Rußland keine kriegerischen Tendenzen gegen uns hegt, keine Absicht hat, uns anzugreifen, überhaupt Angriffskriege zu führen. Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut. Wenn beide mir gegenüber auf der Waage liegen, so schnellt das Zeugnis der russischen Presse mit ihrem Haß gegen Deutschland federleicht in die Höhe, und das Zeugnis des Kaisers Alexander persönlich hat das durchschlagende Gewicht für mich. Ich sage also: Die Presse veranlaßt mich nicht, unsere Beziehungen zu Rußland heute schlechter aufzufassen als vor einem Jahre.

Ich komme zu der anderen Frage, der Frage der Truppenaufstellungen. Sie haben früher in ausgedehntem Maße stattgefunden, sie sind in der jetzigen, bedrohlich erscheinenden Form namentlich seit 1879, nach Beendigung des türkischen Krieges, aufgetreten. Es hat ja sehr leicht den Anschein, als ob die Anhäufung russischer Truppen, die in der Nähe der deutschen und österreichischen Grenzen stattfindet, in Gegenden, wo ihre Unterhaltung teurer und schwieriger ist als im Innern des Landes, nur von der Absicht eingegeben werden könnte, eines der Nachbarländer sans dire: gare! — mir fehlt gerade der deutsche Ausdruck — unvorbereitet zu überfallen und anzugreifen. Nun, das glaube ich nicht. Einmal liegt es nicht im Charakter des russischen Monarchen und stände mit seinen Äußerungen in Widerspruch, und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Untertanen besitzt, wie es zu haben wünscht, und daß es keine Neigung hat, die Zahl derselben zu vermehren. (Heiterkeit.) Etwas anderes von Österreich zu annektieren, wäre noch schwieriger. Es liegt gar kein Grund vor, kein Vorwand, der einen europäischen Monarchen veranlassen könnte, nun ganz plötzlich über seine Nachbarn herzufallen. Und ich gehe so weit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir durch irgendeine explosive Erscheinung in Frankreich, die niemand vorher berechnen kann, und die von der heutigen Regierung in Frankreich sicher nicht beabsichtigt wird — wenn wir uns durch deren Eintreten in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß daraus der russische nicht unmittelbar folgen würde;[5] umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte. Aber Rußland gegenüber erkläre ich noch heute, daß ich keines Überfalls gewärtig bin, und nehme von dem, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, nichts zurück.

Sie werden fragen: Wozu denn die russischen Truppenaufstellungen in dieser kostspieligen Form? Ja, das sind Fragen, auf die man von einem auswärtigen Kabinett, welches dabei beteiligt ist, nicht leicht eine Aufklärung fordern kann. Wenn man Er-

[4] November 1887.
[5] So konnte Bismarck nach den Bestimmungen des Rückversicherungsvertrages sagen.

klärungen darüber zu fordern anfinge, so könnten sie geschraubt ausfallen, und die Triplik ist auch wiederum geschraubt. Das ist eine gefährliche Bahn, die ich nicht gern betrete. Truppenaufstellungen sind meines Erachtens Erscheinungen, über die man nicht — mit einem Studentenausdruck — „koramiert", kategorische Erklärungen fordert (Heiterkeit), sondern denen gegenüber man mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht seine Gegenmaßregeln trifft.

Ich kann also über die Motive dieser russischen Aufstellungen keine authentische Erklärung geben; aber ich kann mir doch als jemand, der mit der auswärtigen und auch mit der russischen Politik seit einem Menschenalter vertraut ist, meine eigenen Gedanken darüber machen; die führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Kabinett die Überzeugung hat — und die Überzeugung wird wohl begründet sein — daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen. Rußland ist als Verbündeter und als Gegner um so schneller bei der Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen steht mit seinen Haupttruppen oder wenigstens doch mit einer starken Armee.

Diese Politik hat die russischen Truppenaufstellungen schon seit langer Zeit geleitet. Sie werden sich erinnern, daß während des Krimkrieges schon eine so große Armee im Königreich Polen stets versammelt war, daß, wenn sie rechtzeitig nach der Krim abgegangen wäre, der Krimkrieg vielleicht eine andere Wendung genommen hätte. Wenn man weiter zurückdenkt, so wird man finden, daß die Bewegung von 1830 Rußland unvorbereitet und unfähig zum Eingreifen fand, weil es keine Truppen im Westen seines Reiches in hinreichendem Maße hatte. Ich brauche also aus einer russischen Truppenanhäufung in den westlichen Provinzen (sapadnii Guberni, wie die Russen sagen) noch nicht notwendig den Schluß zu ziehen, daß damit die Intention, uns zu überfallen, verbunden sei. Ich nehme an, daß man etwa auf eine orientalische Krisis wartet, um dann in der Lage zu sein, die russischen Wünsche mit dem vollen Gewicht einer nicht gerade in Kasan, sondern weiter westwärts stehenden Armee geltend zu machen.[6]

Wann eine orientalische Krisis nun eintreten kann? — Ja, darüber haben wir keine Sicherheit. Wir haben in diesem Jahrhundert meines Erachtens vier Krisen gehabt, wenn ich die kleineren und nicht zur vollen Entwicklung gekommenen abrechne: eine im Jahre 1809, die mit dem Friedensschluß endigte, der Rußland die Pruthgrenze gab; dann 1828; dann 1854 den Krimkrieg und 1877 — also in Etappen von ungefähr zwanzig Jahren voneinander entfernt und etwas darüber; warum sollte denn nun gerade die nächste Krisis früher als etwa nach dem gleichen Zeitraum, also ungefähr 1899, eintreten, auch zweiundzwanzig Jahre später? Ich möchte wenigstens mit der Möglichkeit rechnen, daß die Krisis hintangehalten werden kann und nicht sofort einzutreten braucht. Außerdem gibt es auch andere europäische Ereignisse, die in gleichen Perioden einzutreten pflegen. Beispielsweise polnische Aufstände. Früher hatten wir schon alle achtzehn bis zwanzig Jahre einen solchen zu gewärtigen. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum Rußland so stark sein will in Polen, um solche zu verhindern. Ebenso Wechsel der Regierungen in Frankreich; sie pflegen auch alle achtzehn bis zwanzig Jahre einzutreten, und niemand kann leugnen, daß ein

[6] Vgl. Gedanken und Erinnerungen, II. Kap. 30. Zukünftige Politik Rußlands.

Wechsel in der Regierung Frankreichs eine Krisis herbeiführen kann, die es jeder beteiligten Macht wünschenswert machen muß, mit vollem Gewicht in sie eingreifen zu können — ich meine, nur auf diplomatischem Wege, aber mit einer Diplomatie, hinter der ein schlagfertiges und nahe bereites Heer steht.

Wenn das die Absicht Rußlands ist, wie ich rein auf Grund des technisch-diplomatischen Urteils, das ich mir nach meiner Erfahrung bilde, viel eher vermute, als daß sie den ziemlich rüden Drohungen und Renommagen der Zeitungen entsprechen würde, so ist für uns absolut noch kein Grund, in unsere Zukunft schwärzer zu sehen, als wie wir es seit vierzig Jahren überhaupt getan haben. Es ist ja die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten kann, die orientalische. Wenn sie eintritt, so sind wir bei der gerade nicht in erster Linie beteiligt. Wir sind da vollkommen, und ohne irgendwelcher Verpflichtung zu nahe zu treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mittelländischen Meere, in der Levante nächstbeteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen[7] und, wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Wir sind weder zu dem einen noch zu dem anderen in erster Linie in der orientalischen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun; wir werden, wenn orientalische Krisen eintreten, bevor wir Stellung dazu nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu nehmen.

Es ist also kein Grund, unsere Situation im Augenblicke so ernst zu betrachten, als ob gerade die gegenwärtige Lage der Anlaß wäre, weshalb wir die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte, die die Militärvorlage in Vorschlag bringt, heute versuchen sollten. Ich möchte die Frage der Wiedereinrichtung der Landwehr zweiten Aufgebots, kurz, die große Militärvorlage, mit der anderen, der Finanzvorlage, ganz loslösen von der Frage, wie unsere augenblickliche Situation ist. Es handelt sich da nicht um eine momentan vorübergehende Einrichtung, es handelt sich um eine dauernde, um ein dauerndes Stärkerwerden des Deutschen Reichs.

Daß es sich nicht um eine momentane Einrichtung handelt, das glaube ich, wird einleuchtend gefunden werden, wenn ich Sie bitte, mit mir die Kriegsgefahren durchzugehen, welche wir seit vierzig Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöse Unruhe zu irgendeiner Zeit geraten zu sein.

Wir haben im Jahre 1848, wo die Deiche und Schleusen zerbrachen, die bis dahin vielen Gewässern ihren ruhigen Lauf gewiesen hatten, gleich zwei kriegsschwangere Fragen zu verarbeiten gehabt: es war die polnische und die schleswig-holsteinische Frage. Das erste Geschrei nach den Märztagen war: Krieg gegen Rußland zur Herstellung Polens! — Bald darauf war die Gefahr, durch die schleswig-holsteinische Frage in einen großen europäischen Krieg verwickelt zu werden, außerordentlich nahe. Ich brauche nicht hervorzuheben, wie 1850 durch das Abkommen von Olmütz eine große Konflagration, ein Krieg in großem Stile, verhindert wurde. Es folgten darauf vielleicht zwei Jahre ruhigerer Art, aber voller Verstimmung. Es war damals, als ich zuerst in Frankfurt Gesandter war. Im

[7] Damit ist der sog. „Mittelmeerdreibund" Österreich, England, Italien gemeint, nach welchem diese drei Mächte den status quo im Orient aufrechterhalten wollten.

Jahre 1853 schon machten sich die Symptome des Krimkriegs fühlbar, von 1853 bis 1856 dauerte dieser Krieg; während der ganzen Dauer desselben befanden wir uns unmittelbar am Rande — des Abgrundes will ich nicht sagen, aber des Abhanges, auf dem wir in den Krieg hineingezogen werden sollten. Ich erinnere mich, daß ich damals von 1853 bis 1855 genötigt worden bin, ich möchte sagen, wie ein Perpendikel zwischen Frankfurt und Berlin hin und her zu gehen, weil der hochselige König bei dem Vertrauen, das er mir schenkte, mich im Grunde als den Anwalt für seine unabhängige Politik benutzte, wenn der Andrang der Westmächte ihm gegenüber, daß wir auch unsererseits Rußland den Krieg erklären sollten, zu stark und der Widerstand seines Ministeriums ihm zu weich wurde. Dann hat — ich weiß nicht wie oft — das Stück sich abgespielt, daß ich herzitiert wurde, daß ich eine mehr russenfreundliche Depesche für Seine Majestät zu entwerfen hatte, daß diese Depesche abging, daß Herr v. Manteuffel seinen Abschied verlangte und daß, nachdem die Depesche abgegangen war, ich mir von Seiner Majestät den Auftrag ausbat, zu Herrn v. Manteuffel aufs Land oder sonst wohin zu fahren und ihn zu bewegen, daß er sein Portefeuille wieder übernehme. Jedesmal war aber doch das damalige Preußen dicht am Rande eines großen Krieges: es war der Feindschaft von ganz Europa außer Rußland ausgesetzt, wenn es sich weigerte, auf die westmächtliche Politik einzugehen, anderenfalls aber zum Bruch mit Rußland genötigt, vielleicht auf lange Zeit, weil der Abfall Preußens vielleicht am schmerzlichsten von Rußland empfunden worden wäre.

Wir waren also in ununterbrochener Kriegsgefahr während des Krimkrieges. Derselbe dauerte bis 1856, wo er schließlich im Pariser Frieden seinen Abschluß fand und uns bei dieser Gelegenheit eine Art von Canossa bereitete im Pariser Kongresse, wofür ich die Verantwortung nicht auf mich genommen haben würde und von der ich damals vergeblich abgeraten habe. Wir hatten gar keine Notwendigkeit, eine größere Macht zu spielen als wir waren, und die damaligen Verträge zu unterzeichnen. Aber wir antichambrierten, um schließlich zur Unterschrift zugelassen zu werden. Das wird uns nicht wieder passieren. (Heiterkeit.)

Das war 1856. Schon im Jahre 1857 bedrohte uns die Neufchâteller Frage mit Krieg: das ist nicht so bekannt geworden. Ich bin damals von dem hochseligen Könige im Frühjahr 1857 nach Paris geschickt worden, um mit dem Kaiser Napoleon über den Durchmarsch preußischer Truppen zum Angriff auf die Schweiz zu verhandeln. Was das zu bedeuten hat, wenn darauf eingegangen wurde, daß das eine weitgreifende Kriegsgefahr werden konnte, daß das uns in Verwicklung mit Frankreich sowohl als auch mit anderen Mächten führen konnte, wird jeder einsehen, dem ich dies mitteile. Kaiser Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Meine Unterhandlungen in Paris wurden dadurch abgeschnitten, daß Seine Majestät der König sich inzwischen mit Österreich und der Schweiz über die Sache auf gütlichem Wege verständigt hatte. Aber die Kriegsgefahr lag doch auch in dem Jahr vor. Ich kann sagen, daß schon, wie ich auf der damaligen Mission in Paris mich befand, der italienische Krieg in der Luft lag, der ein Jahr und etwas später ausbrach, und der uns auch wieder um Haaresbreite beinahe in einen großen europäischen Koalitionskrieg hineinzog. Wir kamen bis zur Mobilmachung; ja, wir hätten losgeschlagen ganz unzweifelhaft, wenn der Friede von Villafranca nicht etwas verfrüht für Österreich, vielleicht rechtzeitig für uns, geschlossen wurde; denn wir hätten den Krieg unter ungünstigen Umständen zu führen gehabt; wir hätten aus dem Kriege, aus einem italienischen, der er war,

einen preußisch-französischen gemacht, dessen Abschluß, Ende und Friedensschluß nachher nicht mehr von uns abhing, sondern von den Freunden und Feinden, die hinter uns standen.

So kamen wir, ohne daß das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelassen hätte, bis in die sechziger Jahre hinein.

Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr, die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und die ihren Eindruck erst machen wird, wenn dermaleinst die geheimen Archive der Kabinette der Öffentlichkeit übergeben sein werden. Sie werden sich des polnischen Aufstandes erinnern, der 1863 stattfand, und ich werde es nie vergessen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Besuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem englischen Botschafter, und Talleyrand, dem französischen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Festhalten der preußischen Politik an der russischen und eine ziemlich drohende Sprache uns gegenüber führten; am Mittag desselben Tages hatte ich nachher die Annehmlichkeit, im Preußischen Landtag ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten. (Heiterkeit.) Ich hatte das ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Schikanen von seiten der Westmächte. Sie werden sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projekten und in Mexiko engagiert war, so daß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intrigen von seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen. Sie werden sich erinnern, daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gärten und der Frankfurter Fürstentag sich in der Vorbereitung befand. Man kann also zugeben, daß die Versuchung für meinen Allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stile abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Seine Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hilfe zu lösen (Bravo!),[8] und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Der Tod des Königs von Dänemark hat nachher alle Beteiligten auf andere Gedanken gebracht. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein von Seiner Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war 1863 schon vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Utilitätsrücksichten, als Opportunist, um unsere inneren Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volke wie im Auslande hat man eben kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit (Bravo! rechts), welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet. (Allseitiges Bravo!)

Das Jahr 1864 — wir sprachen eben von 1863 — brachte neue dringliche Kriegsgefahr. Von dem Augenblicke an, wo unsere Truppen die Eider überschritten, bin ich in

---

[8] Das russische Bündnisangebot lehnte Bismarck damals ab mit dem Hinweis, daß Rußland in einem solchen Kriege mit den Westmächten immer „am längeren Arm des Hebels" sitzen würde.

jeder Woche gefaßt gewesen auf die Einmischung des europäischen Seniorenkonvents (Heiterkeit) in diese dänische Angelegenheit, und Sie werden mir zugeben, daß das im höchsten Grade wahrscheinlich war. Schon damals aber haben wir wahrnehmen können, daß Österreich und Preußen, wenn sie geeinigt sind, obschon der ihnen zur Seite stehende Deutsche Bund damals bei weitem nicht die militärische Bedeutung hatte wie dieselben Länder heute, doch nicht so leicht von Europa angegriffen werden konnten. (Bravo!) Das hat sich schon damals gezeigt; die Kriegsgefahr blieb aber dieselbe.

1865 wechselte sie die Front, und es fing schon damals die Vorbereitung zu dem Kriege von 1866 an. Ich erinnere nur an eine Konseilsitzung preußischer Minister, wie sie zur Beschaffung von Geldern im Jahre 1865 in Regensburg stattfand, die durch den Gasteiner Vertrag nachher erledigt wurde. Aber Anno 1866 kam ja der Krieg im vollen zum Ausbruch, und es war die große Gefahr vorhanden, welche wir nur durch vorsichtige Benutzung der Umstände hintangehalten haben, daß aus diesem Duell zwischen Preußen und Österreich nicht ein großer europäischer Koalitionskrieg wiederum entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte.

Das war 1866, und schon 1867 folgte die Luxemburger Frage, wo es doch auch nur einer etwas festeren Antwort von uns — wie wir sie vielleicht gegeben haben würden, wenn wir damals so stark gewesen wären, um mit Sicherheit einen guten Erfolg vorauszusehen — bedurfte, um den großen französischen Krieg schon damals herbeizuführen. Von da ab, 1868, 1869, sind wir bis 1870 ununterbrochen in der Befürchtung vor dem Krieg, vor den Verabredungen geblieben, die zur Zeit des Herrn v. Beust in Salzburg[9] und anderen Orten zwischen Frankreich, Italien und Österreich getroffen wurden, und von denen man besorgte, daß sie auf unsere Kosten geschehen waren. Es war damals die Befürchtung vor dem Kriege so groß, daß ich in dieser Zeit als Ministerpräsident den Besuch von Kaufleuten und Industriellen erhalten habe, die mir sagten: „Diese Unsicherheit ist ja ganz unerträglich; schlagen Sie doch lieber los! Lieber Krieg, als länger in diesem Druck auf allen Geschäften zu verharren!“ Wir haben ruhig gewartet, bis auf uns losgeschlagen wurde, und ich glaube, wir haben wohl daran getan, uns so einzurichten, daß wir die Angegriffenen blieben und nicht die Angreifer waren.

Nun, nachdem dieser große Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: Ist irgendein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre — schon gleich, wie wir nach Hause kamen, hieß es: Wann ist denn der nächste Krieg? Wann wird die Revanche geschlagen? In fünf Jahren doch spätestens? Man sagte uns damals: Die Frage, ob wir den Krieg führen sollen und mit welchem Erfolg — es war das ein Abgeordneter[10] des Zentrums, der mir das im Reichstag vorhielt — hängt doch heutzutage nur von Rußland ab; Rußland allein hat das Heft in den Händen. — Auf diese Frage komme ich vielleicht später zurück. — Ich will einstweilen nur noch das vierzigjährige Bild durchführen, indem ich erwähne, daß im Jahre 1876 schon wieder die Kriegsunwetter im Süden sich zusammenzogen, im Jahre 1877 der Balkankrieg geführt wurde, der doch nur durch den in Berlin abgehaltenen Kongreß verhindert wurde, eine Konflagration von ganz Europa herbeizuführen, und daß nach dem Kongresse sich plötzlich ein ganz neues Bild uns im Ausblick

[9] 18. August 1867: Begegnung der Kaiser von Österreich und Frankreich.
[10] Abg. Jörg.

nach Osten eröffnete, da Rußland uns unser Verhalten auf dem Kongreß übelgenommen hatte. — Ich komme vielleicht auch darauf später zurück, wenn meine Kräfte mir das erlauben.

Es trat dann eine gewisse Rückwirkung der intimen Beziehungen der drei Kaiser ein,[11] die uns eine Zeitlang mit mehr Ruhe in die Zukunft sehen ließ; aber bei den ersten Symptomen von der Unsicherheit der Beziehungen der drei Kaiser oder von dem Ablauf der Verabredungen, die sie miteinander getroffen hatten, bemächtigte sich unserer öffentlichen Meinung dieselbe nervöse und, wie ich glaube, übertriebene Aufregung, mit der wir heute und die letzten Jahre zu kämpfen haben — namentlich halte ich sie heute für besonders unmotiviert.

Ich bin nun weit entfernt, aus der Tatsache, daß ich sie heute für unmotiviert halte, den Schluß zu ziehen, daß wir einer Verstärkung der Wehrkraft nicht bedürften, sondern umgekehrt. Daher dieses vierzigjährige Tableau, das ich eben, vielleicht nicht zu Ihrer Erheiterung, aufgerollt habe — und ich bitte um Verzeihung; aber wenn ich ein Jahr hätte fehlen lassen von denen, welche Sie doch alle schaudernd selbst mit erfahren haben, so würde man nicht den Eindruck haben, daß der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen, vor weiteren Verwicklungen, deren Koalitionsergebnisse niemand vorher beurteilen kann, daß dieser Zustand ein permanenter ist bei uns, und daß wir uns darauf ein für allemal einrichten müssen; wir müssen, unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition — (Bravo!) mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutscher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung —, daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen können und mit Ruhe entgegensehen können. (Bravo!)

Wir müssen, kurz und gut, in diesen Zeiten so stark sein, wie wir irgend können, und wir haben die Möglichkeit, stärker zu sein als irgendeine Nation von gleicher Kopfstärke in der Welt; (Bravo!) — ich komme darauf noch zurück — es wäre ein Vergehen, wenn wir sie nicht benutzten. Sollten wir unsere Wehrkraft nicht brauchen, so brauchen wir sie ja nicht zu rufen. Es handelt sich nur um die eine nicht sehr starke Geldfrage — nicht sehr starke, wenn ich beiläufig erwähne — ich habe keine Neigung, auf die finanziellen und militärischen Ziffern einzugehen — daß Frankreich in den letzten Jahren 3 Milliarden auf die Verbesserung seiner Streitkräfte verwandt hat, wir kaum 1½ mit Einschluß dessen, was wir Ihnen jetzt zumuten. (Hört! hört! rechts.) Indessen ich überlasse es dem Herrn Kriegsminister und den Vertretern der Finanzabteilung, das auszuführen.

Wenn ich sage, wir müssen dauernd bestrebt sein, allen Eventualitäten gewachsen zu sein, so erhebe ich damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichem Zwecke, wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zu-

[11] Dreikaiserbund vom 18. Juni 1881, erneuert 1884, abgelaufen 1887.

sammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgendein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden (Heiterkeit), indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen; sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter den Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt (Heiterkeit); sonst streben wir lieber auseinander. Aber die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist, und die uns bis jetzt noch fehlt. (Bravo!) Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun, als uns ermuntern. (Heiterkeit.)

Wir hatten ja früher in den Zeiten der Heiligen Allianz — mir fällt ein altes amerikanisches Lied dabei ein, welches ich von meinem verstorbenen Freunde Motley gelernt habe; es sagt: In good old colonial times, when we lived under a king — nun, das waren eben patriarchalische Zeiten, da hatten wir eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten, und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäischen Fluten schützten. Da war der Deutsche Bund, und die eigentliche Stütze und Fortsetzung und Vollendung des Deutschen Bundes, zu deren Dienst er gemacht, war die Heilige Allianz. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Österreich, und vor allen Dingen: wir hatten die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten, bevor die anderen gesprochen hatten. (Heiterkeit.) Das alles ist uns abhanden gekommen (Sehr gut! rechts); wir müssen uns selber helfen. Die Heilige Allianz hat Schiffbruch gelitten im Krimkriege — nicht durch unsere Schuld. Der Deutsche Bund ist durch uns zerstört worden, weil die Existenz, die man uns in ihm machte, weder für uns noch für das deutsche Volk auf die Dauer erträglich war. Beide sind aus der Welt geschieden. Nach Auflösung des Deutschen Bundes, nach dem Kriege von 1866, wäre also für das damalige Preußen oder Norddeutschland eine Isolierung eingetreten, wenn wir darauf hätten rechnen müssen, daß man uns von keiner Seite die neuen Erfolge, die großen Erfolge, die wir errungen hatten, verzeihen würde; gern sind die Erfolge des Nachbarn von der anderen Macht niemals gesehen.

Unsere Beziehungen zu Rußland waren aber durch das Erlebnis von 1866 nicht gestört. Anno 66 war die Erinnerung an die Politik des Grafen Buol, an die Politik Österreichs während des Krimkrieges in Rußland noch zu frisch, um dort den Gedanken aufkommen zu lassen, daß man der österreichischen Monarchie gegen den preußischen Angriff beistehen, daß man den Feldzeug erneuern könne, den der Kaiser Nikolaus im

Jahre 1849 für Österreich geführt hatte. — Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich einen Augenblick setze; ich kann so lange nicht stehen.

Für uns blieb deshalb die natürlichste Anlehnung immer noch die russische, die, abgesehen vom vorigen, in diesem Jahrhundert ihren sehr berechtigten Ursprung in der Politik des Kaisers Alexander I. genommen hat. Ihm war Preußen in der Tat Dank schuldig. Er konnte 1813 an der polnischen Grenze ebensogut umkehren und Frieden schließen; er konnte später Preußen fallen lassen. Damals haben wir in der Tat die Herstellung auf dem alten Fuß wesentlich dem Wohlwollen des Kaisers Alexander I. oder — wenn Sie skeptisch sein wollen — sagen Sie, der russischen Politik, wie sie Preußen brauchte, zu danken gehabt.

Diese Dankbarkeit hat die Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. beherrscht. Das Saldo, welches Rußland im preußischen Konto hatte, ist durch die Freundschaft, ich kann fast sagen, durch die Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenützt und in Olmütz, kann ich sagen, getilgt worden. In Olmütz nahm der Kaiser Nikolaus nicht für Preußen Partei, schützte uns nicht einmal vor üblen Erfahrungen, vor gewissen Demütigungen, wie der Kaiser Nikolaus überhaupt doch im ganzen mehr Vorliebe für Österreich als für Preußen hatte; der Gedanke, daß wir Rußland während seiner Regierung irgendwelchen Dank schuldig wären, ist eine historische Legende.

Wir haben aber, solange der Kaiser Nikolaus lebte, unsererseits doch die Tradition Rußland gegenüber nicht gebrochen; wir haben im Krimkriege, wie ich vorher schon erzählte, unter erheblichen Gefahren und Bedrohungen festgehalten an der russischen Aufgabe. Seine Majestät der hochselige König hatte keine Neigung — was damals, wie ich glaube, möglich gewesen wäre — mit einer starken Truppenaufstellung eine entscheidende Rolle in dem Kriege zu spielen. Wir hatten Verträge geschlossen, nach denen wir verpflichtet waren, zu einer gewissen Zeit 100 000 Mann aufzustellen. Ich schlug Seiner Majestät damals vor: Stellen wir nicht 100 000, sondern 200 000 Mann auf, und stellen wir sie à cheval auf, so daß wir sie nach rechts und links gebrauchen können; so sind Ew. Majestät heute der entscheidende Richter des Krimkrieges Ihrerseits. Indessen der hochselige König war für kriegerische Unternehmungen nicht geneigt, und das Volk kann ihm dafür nur dankbar sein. Ich war damals jünger und unerfahrener, als ich heutigen Tages bin. Indessen haben wir immerhin für Olmütz keine Rankune getragen während des Krimkrieges; wir kamen aus dem Krimkriege als Freunde Rußlands heraus, und ich habe in der Zeit, wo ich Gesandter in Petersburg war, die Frucht dieser Freundschaft durch eine sehr wohlwollende Aufnahme am Hof und in der Gesellschaft genießen können. Auch unsere Parteinahme für Österreich im italienischen Kriege war nicht nach dem Geschmack des russischen Kabinetts, aber sie hatte keine nachteilige Rückwirkung. Unser Krieg 1866 wurde eher mit einer gewissen Genugtuung gesehen; man gönnte den Österreichern das damals in Rußland. Im Jahre 1870, in unserem französischen Kriege, hatten wir wenigstens noch die Satisfaktion, gleichzeitig mit unserer Verteidigung und siegreichen Abwehr dem russischen Freund einen Dienst im Schwarzen Meere erweisen zu können. Es wäre die Freigebung des Schwarzen Meeres durch die Kontrahenten keineswegs wahrscheinlich gewesen, wenn nicht die deutschen Truppen siegreich in der

Nähe von Paris gestanden hätten. Wenn sie zum Beispiel geschlagen wären, so, glaube ich, wäre der Abschluß des damaligen Londoner Abkommens zugunsten Rußlands nicht so leicht gewesen. Also auch der Krieg von Anno 70 hinterließ keine Verstimmung zwischen uns und Rußland.

Ich führe diese Tatsachen an, um Ihnen die Genesis des Vertrags mit Österreich darzulegen, der vor wenig Tagen publiziert worden ist, und um die Politik Seiner Majestät gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie die Kriegsmöglichkeiten für das Deutsche Reich erweitert hätte durch Hinzufügung derjenigen, welche Österreich ohne sein Verschulden betreffen könnte. Ich bin deshalb im Begriff, Ihnen zu schildern, wie es kam, daß die von mir persönlich stets mit Vorliebe gepflegten traditionellen Beziehungen zwischen uns und Rußland sich so gestalteten, daß wir zum Abschluß des vorgestern publizierten Vertrags veranlaßt wurden.

Die ersten Jahre nach dem französischen Kriege vergingen noch im besten Einverständnis; im Jahre 1875 trat zuerst eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow, zutage, sich mehr um Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgendeinen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben.[12] Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte. Demnächst und gleichzeitig hatten wir immer noch die Aufgabe festgehalten, den Frieden zwischen den drei Kaisern festzuhalten, die Beziehungen fortzusetzen, die zuerst eingeleitet waren durch den Besuch der Kaiser von Rußland und von Österreich 1872 hier in Berlin und durch die darauf folgenden Gegenbesuche. Es war uns das auch gelungen. Erst 1876 vor dem türkischen Kriege traten uns gewisse Nötigungen zu einer Option zwischen Rußland und Österreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden.[13] Ich halte nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen; sie werden mit der Zeit auch einmal bekannt werden. Es hatte unsere Ablehnung die Folge, daß Rußland sich direkt nach Wien wandte, und daß ein Abkommen — ich glaube, es war im Januar 1877[14] — zwischen Österreich und Rußland geschlossen wurde, welches die Eventualitäten einer orientalischen Krise betraf, und welches Österreich für den Fall einer solchen die Besetzung von Bosnien usw. zusicherte. Dann kam der Krieg, und wir waren recht zufrieden, wie das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte. Das Ende des Krieges wurde hier in Berlin durch den Kongreß definitiv herbeigeführt, nachdem es vorbereitet war durch den Frieden von San Stefano. Der Friede von San Stefano war meiner Überzeugung nach nicht viel bedenklicher für die antirussischen Mächte und nicht sehr viel nützlicher für Rußland, als nachher der Kongreßvertrag gewesen ist. Der Friede von San Stefano hat sich ja, kann man sagen, nachher von selber eingefunden, indem das kleine, ich glaube, 800 000 Seelen umfassende Ostrumelien eigenmächtig die Wiederherstellung der — nicht ganz — der alten San

[12] Vgl. die Schrift von H. Herzfeld: Die Kriegsgefahr von 1875.

[13] Anknüpfend an das bekannte Telegramm aus Livadia vom 1. Oktober 1876, s. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, Bd. II, S. 53.

[14] Budapester Konvention vom 15. Januar 1877.

Stefano-Grenze auf sich nahm und sich Bulgarien anfügte. Es war also der Schaden, den der Kongreß in den Abmachungen von San Stefano angerichtet hat, nicht so sehr schlimm. Ob diese Abmachungen von San Stefano gerade ein Meisterwerk der Diplomatie waren, das lasse ich dahingestellt sein. Wir hatten damals sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebensowenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses notwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich dennoch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und von Österreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zustande.

Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß (Heiterkeit); ja, ich kann fast sagen, der dritte; denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen. (Heiterkeit.)

Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: Nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. (Heiterkeit.) Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.

Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art von Preßkampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauffolgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten; denn wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: Wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen aus-

einandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite.[15]

Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option[16] zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten. Ich habe damals den Vertrag, der vorgestern publiziert worden ist, in Gastein und Wien verhandelt, und er gilt noch heute zwischen uns.

Die Publikation ist in den Zeitungen zum Teil, wie ich gestern und vorgestern gelesen habe, irrtümlich aufgefaßt worden; man hat in derselben ein Ultimatum, eine Warnung, eine Drohung finden wollen. Das konnte um so weniger darin liegen, als der Text des Vertrags dem russischen Kabinett seit langem bekannt war, nicht erst seit dem November vorigen Jahres. Wir haben es der Aufrichtigkeit einem loyalen Monarchen gegenüber, wie der Kaiser von Rußland es ist, entsprechend gefunden, schon früher keinen Zweifel darüber zu lassen, wie die Sachen liegen. Ich halte es auch nicht für möglich, diesen Vertrag n i c h t geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf österreichischer Seite wie auf der unserigen. (Bravo!) Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes an dem Wortlaut irgendeines Vertrags kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: Die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr — und muß das vor ihrem Volke und vor dem Vertrag schließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an dem Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrags, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — nicht nur der Vertrag, den wir mit Österreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen (Hört, hört! rechts), namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben — sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Österreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Österreich in Frieden und haben mit Österreich das gleiche Bestreben, Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem einen so teuer ist wie dem anderen, gemeinsam zu schützen, die innere Entwicklung, der sie sich widmen wollen, vor Angriffen geschützt zu sehen. Dieses Bestreben und dabei auch das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält, und daß durch die Verträge keiner von dem anderen abhängiger wird, als seine eigenen Interessen es vertragen — das alles macht diese Verträge fest, haltbar und dauerhaft. (Bravo!)

[15] Brief Kaiser Alexander II. vom 15. August 1879, s. Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Bd. III, S. 14 ff.

[16] Daß diese „Option" keine dauernde war, bewies schon 1881 der Abschluß des Dreikaiserbundes

Wie sehr unser Vertrag mit Österreich der Ausdruck des beiderseitigen Interesses ist, das hat sich schon in Nikolsburg und hat sich 1870 gezeigt. Schon bei den Verhandlungen in Nikolsburg waren wir unter dem Eindruck, daß wir Österreich — und ein starkes, aufrechtes Österreich — auf die Dauer doch nicht missen könnten in Europa. 1870, als der Krieg zwischen uns und Frankreich ausbrach, war ja die Versuchung für manches verletzte Gefühl in Österreich außerordentlich naheliegend, diese Gelegenheit zu benutzen, um dem Feind von 1866 gegenüber Revanche zu üben; aber die besonnene und voraussichtige Politik des österreichischen Kabinetts mußte sich fragen: Was ist dann die Folge? In welche Stellung geraten wir, wenn wir jetzt den Franzosen beistehen, um Preußen, respektive Deutschland zu besiegen? Was wäre dann die Folge gewesen, wenn Frankreich mit Hilfe Österreichs über uns gesiegt hätte? Österreich hätte bei einer solchen Politik doch kaum einen anderen Zweck haben können, als wiederum seine frühere Stellung in Deutschland einzunehmen, denn das war eigentlich das einzige, was es im Jahre 1866 aufgegeben hat; andere Bedingungen waren nicht, die pekuniären Bedingungen waren ganz unbedeutend. Nun, wie wäre die Lage Österreichs in dem Deutschen Bunde als Präsidialmacht gewesen, wenn es sich sagen mußte, daß es Deutschland das linke Rheinufer im Bunde mit Frankreich genommen, daß es die süddeutschen Staaten wiederum in eine Rheinbundsabhängigkeit von Frankreich gebracht, und daß es Preußen unwiderruflich zur Anlehnung an Rußland und zur Abhängigkeit von Rußlands künftiger Politik verurteilt hätte? Eine solche Stellung war für österreichische Politiker, die nicht vollständig von Zorn und Rache verblendet waren, unannehmbar.

Dasselbe ist aber auch bei uns in Deutschland der Fall. Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert, zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei, mit großer Wahrscheinlichkeit, oder unabhängig abwechselnd vom einen oder vom anderen. So kommt es aber nicht. Man kann sich Österreich nicht wegdenken: ein Staat wie Österreich verschwindet nicht, sondern ein Staat wie Österreich wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt, wie es in den Villafranca-Feststellungen angenommen wurde, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist.

Kurz, wenn wir die Isolierung, die gerade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland besonders gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben. Wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen, vermöge dieses Vertrages, der Ihnen vorgelegt ist, zwei zuverlässige Freunde — zuverlässig nicht aus Liebe zueinander; denn Völker führen wohl aus Haß gegeneinander Krieg; aber aus Liebe, das ist noch gar nicht dagewesen, daß sich das eine für das andere opfert. (Heiterkeit.) Sie führen auch aus Haß nicht immer Krieg. Denn wenn das der Fall wäre, dann müßte Frankreich in ununterbrochenem Kriege nicht nur mit uns, sondern auch mit England und Italien sein; es haßt alle seine Nachbarn. (Beifall und Zustimmung.) Ich glaube auch, daß der künstlich aufgebauschte Haß gegen uns in Rußland weiter nicht von Dauer sein wird. Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unserer eigenen Zukunft.

Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Seiner Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen (Bravo!), obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird.

Es ist ja unzweifelhaft, daß durch die Annahme dieses neuen Gesetzes das Bündnis, in dem wir stehen, außerordentlich an Kraft gewinnt, weil das durch das Deutsche Reich gebildete Mitglied seinerseits außerordentlich verstärkt wird. Die Vorlage bringt uns einen Zuwachs an waffentüchtigen Truppen, einen möglichen Zuwachs — brauchen wir ihn nicht, so brauchen wir ihn auch nicht zu rufen, dann können wir ihn zu Hause lassen; haben wir ihn aber zur Verfügung, haben wir die Waffen für ihn — und das ist ja durchaus notwendig; ich erinnere mich der von England 1813 für unsere Landwehr gelieferten Karabiner, mit denen ich noch als Jäger ausexerziert worden bin; das war kein Kriegsgewehr, das können wir ja nicht plötzlich anschaffen —, haben wir aber die Waffen dafür, so bildet dieses neue Gesetz eine Verstärkung der Friedensbürgschaften und eine Verstärkung der Friedensliga, die gerade so stark ist, als wenn eine vierte Großmacht mit 700 000 Mann Truppen — was ja früher die höchste Stärke war, die es gab — dem Bunde beigetreten wäre. (Bravo!)

Diese gewaltige Verstärkung wird, wie ich glaube, auch beruhigend auf unsere eigenen Landsleute wirken und wird die Nervosität unserer öffentlichen Meinung, unserer Börse und unserer Presse einigermaßen ermäßigen. Ich hoffe, sie werden Linderung fühlen (Heiterkeit), wenn sie sich das klarmachen, daß nach dieser Verstärkung und von dem Augenblick an, wo das Gesetz unterzeichnet und publiziert ist, die Leute da sind; die Bewaffnung wäre notdürftig auch jetzt vorhanden; aber wir müssen sie besser anschaffen, denn wenn wir eine Armee von Triariern bilden, von dem besten Menschenmaterial, das wir überhaupt in unserem Volke haben, von den Familienvätern über dreißig Jahre, dann müssen wir auch für sie die besten Waffen haben, die es überhaupt gibt (Bravo!), wir müssen sie nicht mit dem in den Kampf schicken, was wir für unsere jungen Linientruppen nicht für gut genug halten (Sehr gut!), sondern der feste Mann, der Familienvater, diese Hünengestalten, deren wir uns noch erinnern können aus der Zeit, wo sie die Brücke von Versailles besetzt hatten, müssen auch das beste Gewehr an der Schulter haben, die vollste Bewaffnung und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommnisse. (Lebhaftes Bravo!) Da dürfen wir nicht sparen. Aber ich hoffe, es wird unsere Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden — die Möglichkeit ist ja, wie ich Ihnen vorhin an dem vierzigjährigen Zeitraum entwickelt habe, für alle möglichen Koalitionen doch immer vorhanden —; wenn das eintritt, so können wir an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensive haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million im Hinterlande behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat mir gesagt: Das wird nur die Folge haben, daß die anderen auch noch höher steigen. Das können sie nicht. (Bravo! Heiterkeit.) Die Ziffer haben sie längst erreicht. Wir haben die Ziffer im Jahre 1867 heruntergesetzt, weil wir glaubten, jetzt haben wir den Norddeutschen Bund, wir können es uns jetzt leichter machen, da können wir die Leute über zweiunddreißig Jahre freilassen. In der Folge haben unsere Nachbarn eine längere Dienstzeit adoptiert,

viele eine zwanzigjährige Dienstzeit. — Der Herr Kriegsminister, wenn er das Wort ergreifen will, wird Ihnen das näher auseinandersetzen können; in der Ziffer sind sie ebenso hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen. (Sehr richtig!) Die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche; aber unsere Leute, unsere 700 000 Mann sind kriegsgedient, rompus au métier, ausgediente Soldaten, und die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. (Bravo!) Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt. Das Maß von Bildung, welches erforderlich ist, um einen Offizier und Unteroffizier zum Kommando zu befähigen nach den Ansprüchen, die der Soldat an ihn macht, existiert bei uns in sehr viel breiteren Schichten als in irgendeinem anderen Lande. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgendein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann. (Bravo!)

Darin besteht unsere Überlegenheit und ebenso in der Überlegenheit unseres Unteroffizierkorps, welches ja die Zöglinge unseres Offizierkorps bilden. Das Maß von Bildung, welches einen Offizier befähigt, nicht nur die sehr strengen Anforderungen an seinen Stand, an Entbehrungen, an Pflege der Kameradschaft unter sich, sondern auch die außerordentlich schwierigen sozialen Aufgaben zu erfüllen, deren Erfüllung notwendig ist, um die Kameradschaft, die bei uns, Gott sei Dank, im höchsten Grade in rührenden Fällen existiert zwischen Offizieren und Mannschaften, um die ohne Schaden der Autorität herzustellen — das können uns die anderen nicht nachmachen, das Verhältnis, wie es in deutschen Truppen zwischen Offizieren und Mannschaften namentlich im Kriege mit wenigen üblen Ausnahmen besteht —, exceptio firmat regulam, aber im ganzen kann man sagen: Kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten im Feuer im Stich, er holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus, und umgekehrt: Kein deutscher Soldat läßt seinen Offizier im Stich — das haben wir erfahren. (Bravo!)

Wenn andere Armeen gleiche Truppenmassen, wie wir sie hiermit zu schaffen beabsichtigen, mit Offizieren und Unteroffizieren besetzen sollen, so werden sie unter Umständen genötigt sein, Offiziere zu ernennen, denen es nicht gelingen wird, eine Kompagnie durch ein enges Tor herauszuführen (Heiterkeit), und noch viel weniger, die schweren Obliegenheiten zu erfüllen, die ein Offizier seinen Mannschaften gegenüber hat, um sich deren Achtung und deren Liebe zu bewahren; das Maß von Bildung, welches dazu erforderlich ist, und das Maß von Leistung, welches überhaupt bei uns an Kameradschaft und Ehrgefühl aus dem Offizier herausgedrückt wird, das kann ja kein Reglement und keine Anordnung der Welt im Auslande aus dem Offizierstande herausdrücken. Darin sind wir jedermann überlegen, und deshalb können sie es uns nicht nachmachen. (Bravo!) Ich bin also darüber ohne Sorge.

Außerdem aber ist noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes: Gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es ist aber doch so.

Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich heute vor Sie treten wollte und Ihnen sagen — wenn die Verhältnisse eben anders lägen, als sie meiner Überzeugung nach liegen —: Wir sind erheblich bedroht von Frankreich und Rußland; es ist vorauszusehen, daß wir angegriffen werden; meiner Überzeugung nach glaube ich es als Diplomat nach militärischen Nachrichten hierüber, es ist nützlicher für uns, daß wir als Defensive den Vorstoß des Angriffes benutzen, daß wir jetzt gleich schlagen; der Angriffskrieg ist für uns vorteilhafter zu führen, und ich bitte also den Reichstag um einen Kredit von einer Milliarde oder einer halben Milliarde, um den Krieg gegen unsere beiden Nachbarn heute zu unternehmen — ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen. Ich hoffe nicht. (Heiterkeit.)

Aber wenn Sie es täten, würde es mir nicht genügen. Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volkszustimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsere zur vollen Geltung kommen soll. Es wird aber sehr schwer sein, den Provinzen, den Bundesstaaten und ihren Bevölkerungen das klarzumachen: Der Krieg ist unvermeidlich, er muß sein. Man wird fragen: Ja, seid Ihr denn dessen so sicher? Wer weiß? Kurz, wenn wir schließlich zum Angriff kommen, so wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen als die materiellen Gewichte, auf der Seite unserer Gegner sein, die wir angegriffen haben. Das „heilige Rußland“ wird entrüstet sein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen starren. Ganz dasselbe wird überall geschehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der Elan und das Feuer dahinter sein wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. (Bravo!) Diese Überlegenheit dürfen wir uns nicht entgehen lassen, selbst wenn wir, was viele Militärs, nicht nur die unserigen, annehmen, jetzt unseren künftigen Gegnern überlegen sind. Die unserigen glauben das alle: Natürlich, jeder Soldat glaubt das; er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an seinen Sieg darin glaubte. Wenn unsere Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange ist, die uns friedfertig stimmt, dann irren sie sich ganz gewaltig. (Sehr richtig!) Wir glauben ebenso fest an unseren Sieg in gerechter Sache, wie irgendein ausländischer Leutnant in seiner Garnison beim dritten Glase Champagner glauben kann (Heiterkeit),

und wir vielleicht mit mehr Sicherheit. Also es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.[17]

Ich bin also nicht für irgendwelchen Angriffskrieg, und wenn der Krieg nur durch unseren Angriff entstehen könnte — Feuer muß von irgend jemandem angelegt werden, wir werden es nicht anlegen (Bravo!) —, nun, weder das Bewußtsein unserer Stärke, wie ich es eben schilderte, noch das Vertrauen auf unsere Bündnisse wird uns abhalten, unsere bisherigen Bestrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzusetzen. Wir lassen uns da durch keine Verstimmung leiten und durch keine Abneigung bestimmen. Es ist ja unzweifelhaft, daß die Drohungen und die Beschimpfungen, die Herausforderungen, die an uns gerichtet worden sind, auch bei uns eine ganz erhebliche und berechtigte Erbitterung erregt haben (Sehr richtig!), und das ist beim Deutschen recht schwer, denn er ist dem Nationalhaß an sich unzugänglicher als irgendeine andere Nation; wir sind aber bemüht, sie zu besänftigen, und wir wollen nach wie vor den Frieden mit unseren Nachbarn, namentlich aber mit Rußland suchen. Wenn ich sage: Namentlich mit Rußland, so bin ich der Meinung, daß Frankreich uns bei diesen Bemühungen keine Sicherheit auf Erfolg gewährt, wenngleich ich nicht sagen will, daß es nichts hilft; wir werden nie Händel suchen, wir werden Frankreich nie angreifen, wir haben in den vielen kleinen Vorfällen, die die Neigung unserer Nachbarn, zu spionieren und zu bestechen, verursacht hat, immer eine sehr gefällige und freundliche Beilegung herbeigeführt, weil ich es für ruchlos halten würde, um solcher Lappalien willen einen großen nationalen Krieg zu entzünden oder auch nur wahrscheinlich zu machen. Das sind Fälle, wo es heißt: Der Vernünftigere gibt nach. (Heiterkeit. Sehr gut.)

Ich nenne also vorzugsweise Rußland, und da habe ich dasselbe Vertrauen auf das Gelingen, in welchem ich vor einem Jahre gesprochen habe, und welches dieses freisinnige Blatt hier so fett gedruckt hat, ohne ein Nachlaufen oder, wie ein deutsches Blatt sich roh ausdrückt, „Wettkriechen" vor Rußland! — Die Zeit ist vorbei; um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. (Sehr gut! Lebhaftes Bravo!) Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach. (Allseitiges Bravo!) Das hält uns aber nicht ab — im Gegenteil, es ist uns ein Sporn mehr, die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.

Zu den Vertragsrechten gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden: ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß

[17] Mit diesen großartigen Worten über die Schäden eines Präventivkrieges wendet sich Bismarck gegen jene Gruppe hoher Militärs unter Waldersee, die im Verein mit der österreichischen Heeresleitung den Krieg herbeiführen wollte, weil die Überlegenheit grade auf seiten der Mittelmächte sei.

Rußland in betreff Bulgariens[18] erworben haben, und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeschlüsse mit vorbereitet und mit unterzeichnet habe, daß wir alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ostrumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des seinem Einflusse anheimfallenden Gebiets um 800 000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuschrauben. Infolge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Teil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht, wer — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältnis entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remedieren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alterieren kann. Ob, wenn Rußland die Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht; das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch durch eine Anregung auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es versucht, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrags zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der — mich wenigstens — die Stimmung der Bulgaren nicht irremachen kann. Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konsequenzen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat. (Heiterkeit.)

Also das kann ich erklären, daß die Unfreundlichkeiten, die wir in der russischen öffentlichen Meinung, in der russischen Presse namentlich, erfahren haben, uns nicht abhalten werden, sobald Rußland den Wunsch ausspricht, die diplomatischen Schritte diplomatisch zu unterstützen, welche Rußland eben tun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wiederzugewinnen. Ich sage absichtlich: Sobald Rußland den Wunsch ausspricht. Wir sind früher mitunter bemüht gewesen, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen; wir haben aber erleben müssen, daß russische Blätter sich fanden, die sofort nachzuweisen versuchten, daß gerade diese Schritte der deutschen Politik die feindseligsten gegen Rußland gewesen wären, und die uns deshalb angriffen, weil wir den russischen Wünschen vorausgegangen waren in der Erfüllung. Wir haben das auch auf dem Kongreß getan; es wird uns aber nicht wieder passieren. Wenn Rußland uns amtlich

[18] Eine Bestimmung des Rückversicherungsvertrages hieß, daß Deutschland den überwiegenden und gesetzmäßigen Einfluß Rußlands in Bulgarien anerkennen wird.

auffordert, die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverän zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, Seiner Majestät dem Kaiser zu raten, daß das geschieht. Dies erfordern die Verträge von unserer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung sein, wie sie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältnis und große und gemeinsame monarchische Interessen, sowie Interessen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben, und dessen Monarch vollständiges Verständnis hat für diese Aufgaben der verbündeten Monarchen. Daß der Kaiser von Rußland, wenn er findet, daß die Interessen seines großen Reiches von hundert Millionen Untertanen ihm gebieten, Krieg zu führen, daß er dann Krieg führen wird, daran zweifle ich gar nicht. Aber die Interessen können ihm ganz unmöglich gebieten, diesen Krieg gerade gegen uns zu führen; ich halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß ein solches Interessengebot überhaupt naheliegt.

Ich glaube nicht an eine unmittelbar bevorstehende Friedensstörung — wenn ich mich resümieren soll — und bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken und dieser Befürchtung behandeln, lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen; wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen.

Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptsächlich an das Ausland richten, doch diese Drohungen zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit (Heiterkeit), wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. (Bravo!) Man sollte das unterlassen, dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgendeinmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgendeinem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! (Bravo!) Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt (Lebhaftes Bravo!); und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein! (Lebhafter, andauernder Beifall, währenddessen Abgeordneter Graf Moltke sich zum Reichskanzler begibt und ihn zu seiner Rede beglückwünscht.)

Abg. Freiherr v. Franckenstein (Zent) und ihm folgend die Führer der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen fordern die Überweisung des Anleihegesetzes zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage an eine Kommission und dessen demnächstige Annahme en bloc; ebenso beantragt Freiherr v. Franckenstein, das Wehrgesetz nach den Beschlüssen der Kommission en bloc anzunehmen, was Abg. v. Bennigsen unterstützt. Fürst Bismarck bemerkt dazu:

Ich kann nur Zeugnis dafür ablegen, daß die verbündeten Regierungen für ein so entschlossenes und rasches Entgegenkommen dankbar sein werden und darin nicht nur einen Beweis des Vertrauens des Reichstags erkennen, sondern auch eine wesentliche Verstärkung, welche diese Vorlage für die Garantien des Friedens haben wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Militärvorlage, sowie das Anleihegesetz werden am 8. und am 10. Februar en bloc definitiv angenommen.

57. Sitzung des Deutschen Reichstags.

9. März 1888.

Fürst Bismarck macht dem Reichstage mit folgenden Worten Mitteilung von dem Hinscheiden Kaiser Wilhelms I.:

Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mitteilung von dem zu machen, was Sie bereits tatsächlich wissen werden: daß Seine Majestät der Kaiser Wilhelm heute vormittag um halb neun Uhr zu Seinen Vätern entschlafen ist.

Infolge dieses Ereignisses ist die Preußische Krone und damit nach Artikel 11 der Reichsverfassung die Deutsche Kaiserwürde auf Seine Majestät Friedrich III., König von Preußen, übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphischen Nachrichten darf ich annehmen, daß Seine Majestät der regierende Kaiser und König morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit hier in Berlin eintreffen wird.

Ich hatte von dem hochseligen Herrn in Seinen letzten Tagen in Betätigung der Arbeitskraft, die Ihn nur mit dem Leben verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche vor mir liegt, und welche mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach Abmachung seiner Geschäfte, das heißt also etwa heute oder morgen zu schließen. Ich hatte die Bitte an Seine Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchstaben des Namens noch zu unterzeichnen, Seine Majestät aber haben mir darauf erwidert, daß Sie glaubten, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolgedessen liegt dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift Seiner Majestät vor mir.

Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen der Mitglieder des Reichstags ebenso wie denen der verbündeten Regierungen entsprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinandergeht, sondern zusammenbleibt bis nach Eintreffen Seiner Majestät des Kaisers, und ich mache deshalb von dieser Allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Dokument zu den Akten gebe und den Herrn Präsidenten bitte, die Entschlüsse, welche den Stimmungen und den Überzeugungen des Reichstags entsprechen, in dieser Richtung herbeizuführen.

Es steht mir nicht zu, meine Herren, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten Deutschen Kaisers aus unserer Mitte. Es ist dafür auch kein Bedürfnis, denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben in dem Herzen eines jeden Deutschen; es hat deshalb keinen Zweck, sie auszusprechen.

Aber das eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen —: daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in Seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Tatsachen

waren, welche Ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden Seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzigen regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur Deutschland, sondern alle Weltteile, kann man sagen; ich habe noch heute ein Telegramm aus New York in dieser Beziehung erhalten — mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des Deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird.

Die zweite Tatsache, in der Seine Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwicklung Seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, dem Er als deutscher Fürst angehört hatte — daß der Kaiser auf die Entwicklung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend Seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Tatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstags dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reichs auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Seine Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe — es war gestern — hat Er darauf Bezug genommen, wie Ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat.

Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zugrunde liegt.

Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe.

58. Sitzung des Deutschen Reichstags.

19. März 1888.

Fürst Bismarck verliest folgende Allerhöchste Botschaft:

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Durch den nach Gottes Ratschlusse erfolgten Hintritt Unseres geliebten Herrn Vaters ist mit der Preußischen Krone die Deutsche Kaiserwürde auf Uns übergegangen. Wir haben die mit derselben verbundenen Rechte und Pflichten mit dem Entschlusse übernommen, die Reichsverfassung unverbrüchlich zu beobachten und aufrechtzuerhalten und demgemäß die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten und des Reichstages gewissenhaft zu achten und zu wahren.

Im Bewußtsein der mit der Kaiserlichen Würde Uns überkommenen hohen Aufgabe werden Wir nach dem Vorbilde Unseres unvergeßlichen Herrn Vaters jederzeit darauf bedacht sein, in Gemeinschaft mit den Uns verbündeten Fürsten und freien Städten unter der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Reichstages Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu wahren, den Frieden nach außen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen.

Durch die einmütige Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag den auf die Fortbildung der vaterländischen Wehrkraft behufs Sicherstellung des Reiches gerichteten Vorschlägen der verbündeten Regierungen zugestimmt hat, ist des Hochseligen Kaisers Majestät noch in den letzten Tagen Seines Lebens hoch erfreut und gestärkt worden. Ihm ist es nicht mehr vergönnt gewesen, dem Reichstage Seinen Kaiserlichen Dank für diese Beschlüsse auszudrücken. Um so mehr ist es Uns Bedürfnis, dieses Vermächtnis des in Gott ruhenden Kaiserlichen Herrn dem Reichstage zu übermitteln und dem letzteren auch Unseren Dank und Unsere Anerkennung für die bei diesem Anlaß aufs neue bewiesene patriotische Hingebung auszusprechen.

In zuversichtlichem Vertrauen auf diese Hingebung und die bewährte Vaterlandsliebe des gesamten Volks und seiner Vertreter legen Wir die Zukunft des Reiches in Gottes Hand.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

(gez.) Friedrich.
(ggez.) von Bismarck.

Ich erlaube mir, diese Allerhöchste Botschaft auf den Tisch des Hauses niederzulegen und dem Herrn Präsidenten zu überreichen.

Präsident v. Wedell-Piesdorf schlägt eine Antwortadresse an den Kaiser vor und bringt ein Hoch auf den Monarchen aus; er spricht sodann im Namen des Hauses den Dank für die zahlreichen Beileidskundgebungen der fremden Parlamente aus. Darauf erklärt Fürst Bismarck:

Meine Herren, es wird mir zur großen Genugtuung gereichen, wenn ich mich als von Ihnen beauftragt betrachten darf, denjenigen fremden Regierungen, deren Volksvertretungen ihre Sympathie, ihr Beileid, ihre Teilnahme bei der Trauer, die uns betroffen hat, kundgegeben haben, den Dank des Deutschen Reichstags zu übermitteln. (Bravo!)

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Zeit damit in Anspruch nehmen darf, Ihnen obiter anzudeuten, wie ausgedehnt die Beteiligung allein in dieser Richtung gewesen ist.

Ich spreche nicht davon, daß die Deutschen, unsere Landsleute, die sich ja auf jedem, selbst dem wenigst ausgedehnten Teile des Festlandes und der Inseln rund um das Weltall

angesiedelt haben — ich glaube ohne Ausnahme —, hierher ihre Sympathien telegraphiert haben mit einer Schnelligkeit, die in früheren Zeiten gar nicht möglich war. Die zuletzt eingetroffene ist die der Deutschen in Korea. Es sind aber auch aus allen fünf Weltteilen, aus den kleinsten Inseln, aus Ortschaften, die ich, obschon ich glaube in der Geographie so bewandert zu sein, wie mein Amt es mit sich bringt, doch mir habe aufsuchen müssen, rührende Beweise der Teilnahme eingegangen, zum Teil nur in Worten, zum Teil auch zugleich mit dem Bedürfnis von der anderen Hemisphäre, von den Antipoden, daß ihre Sympathien durch hier zu beschaffende Kränze und Palmen auf dem Sarge zum Ausdruck gebracht werden sollten.

Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Teilnahme an dem Todesfalle eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große Männer vorher gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus diesem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht; daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des verstorbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Tatsache: so hochgefürstet ist noch kein Monarch gewesen, daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Sympathie, ihre Teilnahme, ihre Trauer am Sarge zu erkennen gegeben haben. (Bravo!)

Was nun meinen speziellen Auftrag, den ich von Ihnen übernehme, betrifft, so kann sich der ja nicht an alle Staaten der Erde richten; aber ganz besonders hervorgetreten sind die Kundgebungen in den uns näher benachbarten und befreundeten Ländern, wie in Österreich-Ungarn — ich darf Ihnen nicht wiederholen, was Sie alles aus den öffentlichen Blättern wissen und kennen —, in Italien, in Portugal, in dem Oberhause der Niederlande, in Schweden, in Belgien, in Dänemark. Die Beziehungen zu Deutschland haben in Dänemark manche trübe Erinnerung notwendig hinterlassen müssen; die Persönlichkeit, die aus unserer Mitte geschieden ist, hat aber nach allen Seiten hin eine dergestalt heilende und versöhnende Wirkung geübt, daß auch von dort, von beiden Häusern der dänischen Vertretung, würdige und sympathische Äußerungen an das deutsche Volk gelangt sind. (Lebhaftes Bravo!)

Ich bin Ihnen daher, meine Herren, dankbar, wenn Sie mich durch die Tat und Ihre öffentliche, durch den Herrn Präsidenten eingeleitete Kundgebung ermächtigt haben, diesen uns befreundeten Nationen, auf deren Sympathie der Friede der Zukunft fester ruht als auf geschriebenen Verträgen, Ihren Dank mit dem Dank der Kaiserlichen Regierung kundzugeben. (Lebhaftes Bravo!)

Preußischer Landtag.

14. Januar bis 26. Mai 1888.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags.

14. Januar 1888.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Puttkamer eröffnet die Sitzungsperiode mit folgender Rede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Sorge um Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit unseren teuren Kronprinzen hat Se. Majestät den Kaiser und König, Sein Haus und unser gesamtes Volk noch nicht verlassen. Aber unsere Hoffnung auf Genesung bleibt bestehen, und wir fahren fort, Gott um die Erhörung aller zu Ihm für den erlauchten Kranken emporsteigenden Fürbitten anzuflehen.

Die Finanzlage des Staates hat sich günstiger gestaltet, als erwartet werden konnte.

Schon das Ergebnis des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres vom 1. April 1886/87 hat die Voraussetzungen der Voranschlages erheblich übertroffen. Während bei Feststellung des Staatshaushaltsetats für das genannte Jahr sich die Ergänzung der Einnahmen durch eine Anleihe von rund 12 Millionen Mark nötig zeigte, um den Ausgabebedarf zu decken, haben sich die finanziellen Verwaltungsresultate des Jahres infolge von Mehreinnahmen und beträchtlichen Minderausgaben im ganzen um rund 32 Millionen Mark besser, als veranschlagt war, herausgestellt. In solcher Höhe hat daher den Bestimmungen des Eisenbahngarantiegesetzes gemäß noch in der Rechnung eben dieses Jahres eine Mehrausgabe behufs Tilgung der Staatsschuld in Form der Verrechnung auf bewilligte Anleihen gemacht werden können und müssen.

Noch günstiger scheint sich das Ergebnis des laufenden Rechnungsjahres vom 1. April 1887/88 zu gestalten. Während bei Feststellung des Staatshaushaltsetats für dasselbe zur Deckung des Ausgabebedarfs eine Anleihe von mehr als 40 Millionen Mark notwendig erschien, lassen die bis jetzt vorliegenden finanziellen Verwaltungsresultate hoffen, daß wiederum hervortretende Minderausgaben, überwiegend jedoch namhafte Mehreinnahmen bei den Betriebsverwaltungen des Staates, hauptsächlich bei der Staatseisenbahnverwaltung, sowie Mehrüberweisungen vom Reich im ganzen einen Überschuß ergeben werden, welcher denjenigen des Vorjahres noch beträchtlich übersteigen und auch durch die entsprechende Anwendung der Vorschriften des Eisenbahngarantiegesetzes in der Rechnung des laufenden Jahres nicht erschöpft werden wird.

Die hierin wahrnehmbare erfreuliche Entwicklung der eigenen Hilfsquellen des Staates und die Erfolge der im Jahre 1887 endlich möglich gewordenen Weiterführung der Reichssteuerreform lassen, sofern nicht unberechenbare Ereignisse störend dazwischen treten, für die kommenden Jahre die Wiedergewinnung und Erhaltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben des Staates auch bei freierer Bewegung als bisher gesichert erscheinen. Gleichwohl hat die Staatsregierung es für ihre Pflicht gehalten und sich angelegen sein lassen, den Ausgabebedarf des nächsten Jahres, wie in den voraufgegangenen Jahren, auf allen Staatsverwaltungsgebieten mit Sparsamkeit und tunlichster Zurückhaltung zu bemessen und die darüber hinaus verfügbaren Mittel zusammen zu halten, um zwar nur schrittweise und vorsichtig, aber doch wirksam und sicher an die weitere Lösung der Aufgaben herantreten zu können, welche, zu groß gegenüber der bisherigen Finanzlage, ihrer Dringlichkeit und allseitigen Anerkennung ungeachtet immer wieder vertagt werden mußten.

Nicht dem Geldbetrage nach, aber nach dem Anlaß der Bewilligung und nach dem Maße, in welchem sie von dem landesväterlichen Herzen Sr. Majestät des Königs als eine besondere Verpflichtung empfunden wird, steht hierbei in erster Linie eine dauernde Mehrausgabe zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse. Der in dem Zivilstandsgesetze vom 9. März 1874 bestimmte Erlaß eines besonderen Gesetzes, welches die damals den Einkommensverhältnissen der kirchlichen Stellen erwachsene Einbuße ausgleichen sollte, ist seither nicht erfolgt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten erscheinen auch jetzt und für die Folge unüberwindlich. Darum soll für den auf kirchlicher Seite eingetretenen Ausfall durch die jetzt in Aussicht genommene Bewilligung ein wertvollerer Ersatz gewährt werden, der es ermöglicht, die unzulänglichen Pfarrbesoldungen bis zu einem für die heutigen Verhältnisse auskömmlichen Maße zu erhöhen.

Sodann mußte es nicht minder geboten erscheinen, mit dem Verzicht der Staatskasse auf die Witwen- und Waisengeldbeiträge der Beamten einen dem Vorgange beim Reich folgenden, in sich abgeschlossenen und nach jeder Richtung hin zweckmäßigen Anfang zur Verbesserung der Beamtenbesoldungen zu machen.

Im übrigen aber und zum bei weitem größeren Teile sind die verfügbaren Mittel für eine weitere allgemeine Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schullasten in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Behuf empfiehlt es sich nach der Auffassung der Staatsregierung gegenwärtig am meisten, einen dem erlangten Maße nachhaltig gesteigerter Leistungsfähigkeit der Staatskasse entsprechenden Teil der Besoldungen der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen den Schulunterhaltungspflichtigen abzunehmen und als eine dauernde Ausgabeverpflichtung in den Staatshaushaltsetat einzustellen.

Der nach diesen Gesichtspunkten aufgestellte Entwurf des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1888/89 wird Ihnen zugleich mit den wegen der Aufhebung der Witwen- und Waisengeldbeiträge der Beamten und wegen der bezeichneten Erleichterung der Volksschullasten erforderlichen besonderen Gesetzentwürfen alsbald zugehen.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens werden Ihnen auch in diesem Jahre Vorschläge gemacht werden, welche die Herstellung einer weiteren Reihe von wichtigen Schienenverbindungen und sonstigen Bauausführungen zur Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes bezwecken.

Eine auf die Regulierung des unteren Laufes der Weichsel gerichtete Vorlage wird Ihnen zugehen.

Zur Weiterführung der Verwaltungsreform werden Ihnen die Entwürfe einer Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein unterbreitet werden.

Es wird Ihnen ferner ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher die Bestreitung der Kosten der Ortspolizei in Stadtgemeinden mit Königlicher Polizeiverwaltung neu zu regeln bestimmt ist.

Die Durchführung der Gesetzgebung betreffs der Fürsorge für die im land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verunglückten Arbeiter vollzieht sich — dank dem allseitigen verständnisvollen Entgegenkommen der Arbeitgeber und der kommunalen Verbände — ohne Störung. Die konstituierenden Versammlungen der versicherungspflichtigen Verbände haben stattgefunden und in allen Provinzen zu gleichen Beschlüssen geführt in Bezug auf die Übertragung der Geschäfte auf die Organe der Selbstverwaltung. Eine annähernd gleiche Übereinstimmung ist hinsichtlich der Annahme des Maßstabes hervorgetreten, nach welchem die entstehenden Lasten auf die einzelnen Verpflichteten übertragen werden sollen.

Meine Herren! Indem ich Sie im Auftrage Sr. Majestät willkommen heiße, lade ich Sie zur Wiederaufnahme Ihrer Arbeiten in der Zuversicht ein, daß Ihre Tätigkeit auch in der bevorstehenden Session von Gottes Segen begleitet sein wird.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Sitzung beider Häuser des Landtags.

19. März 1888.

Fürst Bismarck verliest folgende Allerhöchste Botschaft:

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem es Gott gefallen hat, nach dem Hinscheiden Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm, Unseres vielgeliebten Herrn Vaters, Uns auf den Thron Unserer Vorfahren an der Krone zu berufen, entbieten Wir dem Landtage Unserer Monarchie hierdurch Unseren Gruß.

Die Gesinnungen und Absichten, in welchen Wir Unsere Regierung angetreten haben, die Grundsätze, nach denen Wir Unseres Königlichen Amtes walten wollen, haben Wir Unserem getreuen Volke verkündet.

In den Wegen Unseres glorreichen Herrn Vaters wandelnd, werden Wir kein anderes Ziel Unseres Strebens kennen, als das Glück und die Wohlfahrt des Vaterlandes.

In gewissenhafter Beobachtung der Verfassung, unter Wahrung der Machtfülle der Krone, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Landesvertretung hoffen Wir dieses Ziel unter Gottes Beistande zum Heile des Vaterlandes zu erreichen.

Wir sind Uns der nach Artikel 54 der Verfassung Uns obliegenden Pflichten voll bewußt. Da jedoch Unser Gesundheitszustand uns zur Zeit nicht gestattet, dieser Verpflichtung persönlich nachzukommen, Wir aber das Bedürfnis fühlen, Unsere ohnehin keinem Zweifel unterliegende Stellung zu den Verfassungsordnungen des Landes vor der Volksvertretung zu bekunden, so geloben Wir hiermit schon jetzt, daß Wir die Verfassung Unseres Königreichs fest und unverbrüchlich halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren wollen.

Charlottenburg, den 17. März 1888.

Unterzeichnet: Friedrich.

Und gegengezeichnet von dem gesamten hier anwesenden Staatsministerium.
Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Maybach. Lucius. v. Friedberg.
v. Boetticher. v. Goßler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorff.

Allerhöchste Botschaft.

Ich erlaube mir, die Botschaft auf den Tisch des Hauses niederzulegen und sie zu Händen des Herrn Präsidenten zu bringen.

Plenarsitzung des Bundesrats.

21. Juni 1888.

Fürst Bismarck macht dem Bundesrat von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. Mitteilung durch folgende Rede:

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König von Preußen Friedrich am 15. d. M. aus diesem Leben abgerufen worden, hat Seine Majestät der Kaiser Wilhelm als Allerhöchst dessen Nachfolger in der Regierung des Königreichs Preußen die Kaiserwürde mit allen damit verfassungsmäßig verbundenen Rechten und Pflichten übernommen. In tiefem Schmerze über den doppelten Verlust, den das Königliche Haus und die Nation innerhalb weniger Monate erlitten haben, hat Seine Majestät der Kaiser mir den Auftrag zu erteilen geruht, dem Bundesrate hiervon Kenntnis zu geben.

Seine Majestät der Kaiser, durchdrungen von der Größe der auf Allerhöchst Dessen Schultern gelegten Verantwortung, übernimmt dieselbe in dem Pflichtgefühl des von Gott berufenen Nachfolgers Seines Hochseligen Großvaters und Vaters und in dem Vertrauen auf den Beistand, den Er in der Erfüllung der Kaiserlichen Pflichten bei Allerhöchst Seinen hohen Bundesgenossen zu finden sicher ist. Seine Majestät rechnet bei der Erfüllung der Ihm durch die Reichsverfassung gestellten Aufgaben mit Zuversicht auf die stets bewährte bundesfreundliche Gesinnung und bereitwillige Mitwirkung der verbündeten Fürsten und freien Städte. Als die oberste dieser Aufgaben betrachtet der Kaiser die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und Schutz des Reichsgebiets wie eines jeden innerhalb desselben geltenden Rechts. Dieser verfassungsmäßige Schutz deckt die vertragsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten[1] mit der gleichen Wirkung wie die der Gesamtheit, und Seine

[1] Vgl. zu dieser Bemerkung die ursprünglich vom Kaiser geplante Proklamation im 3. Bande der Gedanken und Erinnerungen.

Majestät der Kaiser erblickt in der gewissenhaften Handhabung desselben eine Vertragspflicht Preußens und eine der Ehrenpflichten, die dem Kaiser obliegen. Das bundesfeste Vertrauen der deutschen Fürsten und freien Städte zueinander und ihre im Bundesrat betätigte Einigkeit haben das Reich gefestigt und stark und die gemeinsamen Bestrebungen aller Bundesglieder für die Wohlfahrt Deutschlands fruchtbar gemacht. Seine Majestät der Kaiser werden dieses Vertrauen und diese Einigkeit unter den verbündeten Regierungen mit der gleichen Sorgfalt zu pflegen bemüht sein, wie dies Seinen in Gott ruhenden Vorgängern gelungen ist. In der inneren, wie in der auswärtigen Politik will Seine Majestät sich an die Wege halten, auf denen Seine verewigten Vorgänger in der Kaiserwürde neben der Liebe Ihrer Reichsgenossen das Vertrauen der auswärtigen Mächte dahin gewonnen haben, daß dieselben in der Stärke des Deutschen Reiches eine Bürgschaft des europäischen Friedens erblicken. Seine Majestät hat, um diese Seine Absichten zu verkünden und um allen darüber verbreiteten Zweifeln persönlich entgegenzutreten, den Reichstag auf den 25. d. M. berufen und mich beauftragt, der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Seine Majestät für die weitere Durchführung der Absichten, von denen Seine verewigten Väter seit der Herstellung des Reiches geleitet wurden, auf die bundesfreundliche Unterstützung des Bundesrats werde rechnen dürfen.

Sitzung des Deutschen Reichstags.

25. Juni 1888.

Kaiser Wilhelm II. verliest, umgeben von der Mehrzahl der deutschen Bundesfürsten, seine folgende erste Thronrede:

Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monat nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm, nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung Seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott; erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach außen, und im Innern in der Über-

wachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung; sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers.

An der Gesetzgebung des Reiches habe Ich nach der Verfassung mehr in Meiner Eigenschaft als König von Preußen, wie in der des Deutschen Kaisers mitzuwirken; aber in beiden wird es Mein Bestreben sein, das Werk der Reichsgesetzgebung in dem gleichen Sinne fortzuführen, wie Mein Hochseliger Herr Großvater es begonnen hat. Insbesondere eigne Ich Mir die von ihm am 17. November 1881 erlassene Botschaft ihrem vollen Umfange nach an, und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie, im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre, den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann. Ich hoffe, daß es gelingen werde, auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen, und hege die Zuversicht, daß Ich zur Pflege unserer inneren Wohlfahrt die einhellige Unterstützung aller treuen Anhänger des Reiches und der verbündeten Regierungen finden werde, ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung.

Ebenso halte Ich für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesetzlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegen zu treten.

In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, so viel an Mir liegt. Meine Liebe zum Deutschen Heere und Meine Stellung zu demselben werden Mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine, durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündeten uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Das wird es mit Gottes Hilfe vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einmütig beschlossene jüngste Wehrgesetz erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benutzen, liegt Meinem Herzen fern. Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhmes, noch irgendwelcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einige und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.

Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ist öffentlich bekannt: Ich halte an demselben in deutscher Treue fest, nicht bloß, weil es geschlossen ist, sondern weil Ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichts erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heut von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird, und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war. Gleiche geschichtliche Beziehungen und gleiche nationale Bedürfnisse der Gegenwart verbinden uns mit Italien. Beide Länder wollen die Segnungen des Friedens festhalten, um in Ruhe der Befestigung ihrer neu gewonnenen Einheit, der Ausbildung ihrer nationalen Institutionen und der Förderung ihrer Wohlfahrt zu leben.

Unsere mit Österreich-Ungarn und Italien bestehenden Verabredungen gestatten Mir zu Meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege Meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche, welche Meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht.

In der gewissenhaften Pflege des Friedens stelle Ich Mich ebenso bereitwillig in den Dienst des Vaterlandes, wie in der Sorge für unser Kriegsheer, und freue Mich der traditionellen Beziehungen zu auswärtigen Mächten, durch welche Mein Bestreben in erster Richtung befördert wird.

Im Vertrauen auf Gott und die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was, unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne, kämpfend erstritten wurde.

Sitzung des Preußischen Landtags.

27. Juni 1888.

Der neue Monarch eröffnet den Landtag der Monarchie mit folgender Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

In trüber Zeit heiße Ich Sie zum erstenmal von dieser Stelle aus willkommen. Nur wenige Monate hat das Szepter in Meines dahingeschiedenen Vaters Hand geruht, aber lange genug, um zu erkennen, welchen Herrscher das Vaterland in Ihm verloren hat. Die Hoheit Seiner Erscheinung, der Adel Seiner Gesinnung, Sein ruhmvoller Anteil an den großen Geschicken des Vaterlandes und der Heldenmut christlicher Ergebung, mit dem Er gegen die Todeskrankheit kämpfte, haben Ihm im Herzen Seines Volkes ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Für die ungezählten Beweise treuen Gedenkens und liebevoller Teilnahme, welche Mir in diesen für Mich so schweren Tagen zugegangen sind, sage Ich allen, die Mir mit ihrem Troste genaht sind, Meinen Königlichen Dank.

Nachdem durch Meines Herrn Vaters Heimgang die Krone Meiner Vorfahren auf Mich übergegangen ist, war es Mir ein Bedürfnis, bei dem Beginne Meiner Regierung Sie um Mich zu versammeln und unverweilt vor Ihnen das eidliche Gelöbnis abzulegen, welches die Verfassung vorschreibt.

Ich gelobe, daß Ich die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich halten und in der Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will, so wahr mir Gott helfe [1].

Geehrte Herren! Kaiser Wilhelm hat in Seiner ruhmreichen, von großen Taten in Krieg und Frieden erfüllten Regierung das heutige Preußen geschaffen und das Streben unseres Volkes nach nationaler Einheit verwirklicht. Mein in Gott ruhender Vater hat mit derselben Pietät, welche Mich Ihm gegenüber beseelt, nach Seiner Thronbesteigung Sich

[1] Eine von König Friedrich Wilhelm IV. verfaßte Mahnung an den jeweiligen Nachfolger auf dem Throne, die Verfassung nicht zu beschwören und unter Umständen zu ändern, ließ Kaiser Wilhelm II. verbrennen.

in den öffentlichen Urkunden, welche Sein politisches Vermächtnis darstellen, die Politik und die Werke Meines verewigten Großvaters angeeignet, und Ich bin entschlossen, Ihm auf diesem Wege zu folgen, auf dem Gebiete der Regierung Preußens wie auf dem der Reichspolitik. Wie König Wilhelm I. werde Ich, Meinem Gelöbnis entsprechend, treu und gewissenhaft die Gesetze und die Rechte der Volksvertretung achten und schützen und mit gleicher Gewissenhaftigkeit die verfassungsmäßigen Rechte der Krone wahren und ausüben, um sie dereinst Meinem Nachfolger auf dem Throne unverkümmert zu überliefern. Es liegt Mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen nach Erweiterung der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand Meiner Rechte, so lange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maß monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preußen nach seiner geschichtlichen Entwicklung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reich und nach den Gefühlen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Verteilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält, und werde sie auch deshalb, und nicht nur Meines Gelöbnisses wegen, halten und schützen.

Dem Vorbilde Meiner erhabenen Ahnherren folgend, werde Ich es jederzeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen in Meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens Meinen Königlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Mit besonderer Befriedigung habe Ich es empfunden, daß die neuere kirchenpolitische Gesetzgebung dazu geführt hat, die Beziehungen des Staates zu der katholischen Kirche und deren geistlichem Oberhaupte in einer für beide Teile annehmbaren Weise zu gestalten; Ich werde bemüht sein, den kirchlichen Frieden im Lande zu erhalten.

Die Reform der inneren Verwaltung ist in der letzten Session des Landtags in der Hauptsache zum Abschluß gebracht worden. Die Durchführung der neuen Gesetzgebung hat den Beweis dafür geliefert, daß der Gedanke der ehrenamtlichen Selbstverwaltung in das lebendige Bewußtsein der Bevölkerung übergegangen ist, und daß sich die geeigneten Kräfte bereitwillig in den Dienst des öffentlichen Wohls gestellt haben. Es ist Mein Wille, an dieser wertvollen Errungenschaft festzuhalten und durch Ausgestaltung und Festigung der neuen Institutionen dazu beizutragen, daß dieselben in ihrer erfolgreichen Wirksamkeit dauernd erhalten bleiben.

Ich halte in dem Finanzwesen an den altpreußischen Überlieferungen fest, welche den Wohlstand des Landes begründet und den Staat auch in schweren Zeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigt haben. Mit Befriedigung darf Ich auf die Finanzlage des Staates blicken, wie Ich dieselbe, dank der Fürsorge Meiner Vorfahren an der Krone, bei Meinem Regierungsantritt vorfinde. Diese günstige Lage des Staatshaushalts hat gestattet, mit Erleichterung der Steuern der Gemeinden und der minder begüterten Volksklassen einen erfolgreichen Anfang zu machen; es ist Mein Wille, daß dieses Ziel weiter verfolgt werde, und daß in gleicher Weise dringliche Bedürfnisse, welche bisher wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel haben zurückgestellt werden müssen, demnächst ihre Befriedigung finden.

Die verheerenden Überschwemmungen, von welchen in diesem Frühjahre weite und fruchtbare Teile des Landes heimgesucht worden sind, beanspruchen Meine volle Teilnahme.

Durch die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie reiche Mittel bewilligt haben, ist Meine Regierung in den Stand gesetzt worden, viele der geschlagenen Wunden zu heilen und neue Vorkehrungen zur Abwehr ähnlicher Katastrophen zu treffen. Wenn den hartgeprüften Bewohnern der betroffenen Gegenden ein Trost in ihrem Unglück gewährt werden konnte, so ist derselbe in dem edlen Wetteifer mit der staatlichen Fürsorge zu finden, welcher von allen Ständen und allen Klassen der Bevölkerung und der Deutschen auch im fernen Auslande betätigt worden ist. Es drängt Mich, allen, die zur Linderung der Not beigesteuert haben, von dieser Stelle aus Meinen Dank auszusprechen.

Geehrte Herren! Sie können am Schlusse einer Legislaturperiode mit Befriedigung auf die wichtigen Ergebnisse zurückblicken, welche dank Ihrem einträchtigen Zusammenwirken mit der Regierung erzielt worden sind. Im Rückblick hierauf vertraue Ich, daß es uns auch in Zukunft gelingen werde, in gemeinschaftlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener und durch die Verschiedenheit prinzipieller Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit die Wohlfahrt des Landes zu fördern.

Geehrte Herren! In bewegter Zeit habe Ich die Pflichten Meines Königlichen Amtes übernommen, aber Ich trete an die Mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe mit der Zuversicht des Pflichtgefühls heran und halte Mir dabei das Wort des großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen „der König des Staates erster Diener" ist.

Deutscher Reichstag.

22. November 1888 bis 24. Mai 1889.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags.

22. November 1888.

Am 22. November wird die Session vom Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren!

Als Ich Sie beim Antritt Meiner Regierung zum erstenmal begrüßte, standen Sie mit Mir unter dem Eindruck der schweren Schickungen, welche Mein Haus und das Reich im Laufe dieses Jahres erfahren haben. Der Schmerz über diese Verluste wird bei dem lebenden Geschlechte nie ganz erlöschen; aber er darf Mich nicht hindern, den Anforderungen der Pflicht nach dem Vorbilde Meiner in Gott ruhenden Vorgänger mannhaft und treu gerecht zu werden. Von diesem Pflichtgefühl getragen und das Gleiche bei Ihnen voraussetzend, entbiete Ich Ihnen bei der Wiederaufnahme Unserer gemeinsamen Arbeiten Gruß und Willkommen.

Auf Meinen Reisen, welche Mich in verschiedene Teile des Reichs geführt haben, sind Mir überall, sowohl von seiten Meiner hohen Bundesgenossen wie der Bevölkerung, die Beweise entgegengetreten, daß die Fürsten und die Völker Deutschlands dem Reich und seinen Einrichtungen mit rückhaltlosem Vertrauen anhängen und in ihrer Einigkeit die Bürgschaft ihrer Sicherheit finden. Aus solchen Kundgebungen werden Sie mit gleicher Genugtuung wie Ich selbst die Überzeugung geschöpft haben, daß die im Reich verkörperte Einigkeit tiefe und feste Wurzeln im gesamten Volke geschlagen hat. Es ist Mir Bedürfnis, Meiner dankbaren Befriedigung hierüber auch an dieser Stelle Ausdruck zu geben.

Daß der Anschluß der freien und Hansastädte Hamburg und Bremen an den Zollverband des Reichs nach schwierigen und opferreichen Vorarbeiten nunmehr zur Ausführung gekommen ist, erfüllt Mich mit Genugtuung. Ich erblicke darin eine segensvolle Frucht Unserer einmütigen Bestrebungen. Mögen die Erwartungen, welche sich für das Reich und die beiden bedeutendsten Seehandelsplätze an diese Erweiterung des Reichszollgebiets knüpfen, in vollem Maße in Erfüllung gehen.

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossen hat eine Revision des Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz in Anregung gebracht. Von dem Wunsch geleitet, das bestehende freundnachbarliche Verhältnis zwischen beiden Ländern auch auf handelspolitischem Gebiete zu betätigen und zu fördern, bin Ich dem Antrage bereitwillig entgegengekommen. Die Verhandlungen sind unter Beteiligung von Vertretern der der Schweiz benachbarten Bundesstaaten geführt worden, und ihr Ergebnis besteht in einer Zusatzübereinkunft, durch welche die vertragsmäßige Grundlage des beiderseitigen Verkehrs erweitert und der Austausch der Erzeugnisse der gewerblichen Arbeiten erleichtert wird. Die Übereinkunft wird Ihnen nach erfolgter Annahme durch den Bundesrat mit dem Antrage zugehen, derselben Ihre verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Haushalt für das nächste Rechnungsjahr wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden. Der Voranschlag gibt Zeugnis von der befriedigenden Lage der Reichsfinanzen. Infolge der in den letzten Jahren unter Ihrer Mitwirkung eingeführten Reformen auf dem Gebiete der Zölle und Verbrauchssteuern lassen sich Mehreinnahmen erwarten, und auf Grund derselben werden nicht nur zur Erfüllung der unabweislichen Aufgaben des Reichs neue Mittel bereitgestellt werden, sondern es können auch den Bundesstaaten erhöhte Überweisungen für ihre Zwecke in Aussicht gestellt werden.

Mit Freude begrüße Ich die Anzeichen eines Aufschwungs auf verschiedenen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit. Ist auch der Druck, welcher auf der Landwirtschaft lastet, noch nicht gehoben, so erhoffe Ich doch im Hinblick auf die neuerdings eingetretene Möglichkeit einer höheren Verwertung einzelner landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Besserung auch dieses wichtigsten Zweiges unserer wirtschaftlichen Arbeit.

Der bereits früher angekündigte Gesetzentwurf zur Regelung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden. Es steht zu hoffen, daß die Zulassung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, welche der Entwurf vorschlägt, auch für die Hebung des landwirtschaftlichen Kredits sich heilsam erweisen werde.

Einzelne auf dem Gebiete der Krankenversicherung hervorgetretene Mängel bedürfen der gesetzlichen Abhilfe. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind so weit gefördert, daß Ihnen im Laufe der Session voraussichtlich eine entsprechende Vorlage wird gemacht werden können.

Als ein teures Vermächtnis Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters habe Ich die Aufgabe übernommen, die von Ihm begonnene sozialpolitische Gesetzgebung fortzuführen. Ich gebe mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen; aber Ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Betätigung der auf dem Boden des Christentums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung aller Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität entgegenstellen, sind groß, aber mit Gottes Hilfe nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfänglicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt.

Unsere afrikanischen Ansiedelungen haben das Deutsche Reich an der Aufgabe beteiligt, jenen Weltteil für christliche Gesittung zu gewinnen. Die Uns befreundete Regierung Englands und ihr Parlament haben vor hundert Jahren schon anerkannt, daß die Erfüllung dieser Aufgabe mit der Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden zu beginnen hat. Ich habe deshalb eine Verständigung mit England gesucht und gefunden, deren Inhalt und Zweck Ihnen mitgeteilt werden wird. An dieselbe werden sich weitere Verhandlungen mit anderen befreundeten Regierungen und weitere Vorlagen für den Reichstag knüpfen.

Unsere Beziehungen zu allen fremden Regierungen sind friedlich, und Meine Bestrebungen unausgesetzt dahin gerichtet, diesen Frieden zu befestigen. Unser Bündnis mit

Österreich und Italien hat keinen anderen Zweck. Die Leiden eines Krieges, und selbst eines siegreichen, ohne Not über Deutschland zu verhängen, würde Ich mit Meinem christlichen Glauben und mit den Pflichten, die Ich als Kaiser gegen das deutsche Volk übernommen habe, nicht verträglich finden. In dieser Überzeugung habe Ich es als Meine Aufgabe angesehen, bald nach Meinem Regierungsantritt nicht nur Meine Bundesgenossen im Reich, sondern auch die befreundeten und zunächst benachbarten Monarchen persönlich zu begrüßen und mit ihnen die Verständigung zu suchen, über die Erfüllung der Aufgabe, die Gott Uns gestellt hat, Unseren Völkern Frieden und Wohlfahrt zu sichern, soweit dies von Unserem Willen abhängt. Das Vertrauen, welches Mir und Meiner Politik an allen von Mir besuchten Höfen entgegengekommen ist, berechtigt mit zu der Hoffnung, daß es Mir und Meinen Bundesgenossen und Freunden mit Gottes Hilfe gelingen werde, Europa den Frieden zu erhalten.

20. Sitzung des Deutschen Reichstags.

15. Januar 1889.

Infolge von Ungeschicklichkeiten der Agenten der Ostafrikanischen Gesellschaft war es zu einem weitverbreiteten Aufstand der Eingeborenen gekommen, der in erster Linie von arabischen Sklavenhändlern geschürt wurde, die von der deutschen Besitzergreifung ein Ende ihres einträglichen Sklavenhandels befürchteten. Vor allem galt es, die Autorität des Sultans von Zanzibar wiederherzustellen, und zu diesem Zweck hielten England und Deutschland eine Blockade der ostafrikanischen Küste für geboten. Diese Dinge kommen in der Sitzung des Reichstags vom 15. Januar zur Sprache und veranlassen den Abg. Richter zu einer scharf kritisierenden Rede; er fordert, daß man die Beratung über die Einrichtung eines deutschen Vizekonsulats in Zanzibar verschiebe. Nach einem Rededuell zwischen ihm und dem Berichterstatter der Kommission, Grafen v. Behr-Behrenhoff, erklärt Fürst Bismarck:

Wenn in Zanzibar überhaupt für die Zukunft ein Generalkonsulat oder ein Konsulat beibehalten werden soll — was ja eine Frage für sich ist; das Bedürfnis liegt einstweilen faktisch und dringlich vor — dann ist auch die Möglichkeit einer Vertretung unentbehrlich. Bei der großen Entfernung ist die Kommunikation sehr schwierig, was namentlich in Ansehung der vielfachen Geschäfte, die sich dort kreuzen, doppelt empfindlich ist. Ein Konsul hat auch das Recht, namentlich wenn er in tropischen Klimaten lebt, mitunter einige Monate auf Urlaub zu gehen; er hat auch das Recht, mitunter an den dort üblichen Fiebern zu leiden, krank zu werden, und es ist für unsere dortigen Interessen nicht nützlich, wenn in der Zwischenzeit die konsularische Tätigkeit vollständig eingestellt oder durch jemand, der ganz neu in die Sache hineinkommt und erst Monate und Wochen braucht, sich einzuleben, ausgeübt wird.

Auf die Kolonialdiskussion, die Herr Eugen Richter hier angeregt hat, gehe ich meinerseits heute nicht ein. Wenn davon in der Kommission die Rede gewesen ist, so stand damals eine Vorlage, wie sie, ich hoffe, heute oder morgen an den Bundesrat in Beziehung auf die koloniale Frage abgehen wird, noch nicht in Aussicht. Diese Vorlage wird Ihnen, wenn sie nicht im Bundesrat abgelehnt wird, zur Diskussion unterbreitet werden, und da wird ja auch Herrn Eugen Richter die Gelegenheit nicht entgehen, sich über die koloniale Seite der Frage des Breiteren auszulassen. (Heiterkeit.)

Hierauf wird der Antrag Richter abgelehnt und die Position bewilligt. Abgeordneter Woermann bittet bei Beratung des Titels Kamerun das Auswärtige Amt, die durch das Vorgehen der Royal Niger Company geschädigten deutschen und englischen Kaufleute in ihren Protesten auf diplomatischem Wege zu unterstützen. Fürst Bismarck erwidert:

Ich würde mich freuen, wenn der Herr Vorredner ein Mitglied des englischen Parlaments veranlassen könnte, dort dieselbe Rede zu halten. Denn ich glaube, daß sehr viele englische Interessen mit den unsrigen, die unter dem Verhalten der kolonialen Behörden und der Niger Company leiden, Hand in Hand gehen und sympathisieren. Für das Auswärtige Amt fehlt aber jede sichere Handhabe, in die inneren Angelegenheiten der englischen Kolonialverwaltung und -gesetzgebung einzugreifen. Wir haben unsere Interessengebiete durch Verträge und Notenaustausch dort in der Kameruner Gegend ebenso wie im Südwesten von Afrika zu sondern gesucht. Diese theoretischen Linien festzuhalten, ist an sich schon schwer, wie die neuerlichen Vorgänge in den südwestlichen Gegenden von Afrika zeigen; die Kontrolle der eigenen Regierung über ihre dort vorgehenden Untertanen ist nicht immer so leicht, wie wir das in einem kontinentalen und geordneten Staatswesen gewohnt sind. Aber ein bestimmtes Verlangen an die englische Regierung zu stellen, dazu fehlt uns die vertragsmäßige Berechtigung; sie bewegt sich nach ihren eigenen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Interessen der Niger Company und dem dortigen Handel gegenüber, soweit die englische Interessensphäre mit unserer Zustimmung abgegrenzt ist. Wir würden, wenn wir eine Einmischung in diese innere großbritannische Angelegenheit versuchen wollten, dadurch doch eine gewisse Gegenseitigkeit provozieren, die auch unsere unabhängige Bewegung in unseren eigenen Kolonien beeinträchtigen könnte. Das Auswärtige Amt hat schon mehrere Jahre hindurch Gelegenheit gehabt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf das mit den sonstigen liberalen Grundsätzen der englischen Handelspolitik schwer zu vereinbarende Vorgehen der dortigen Niger Company zu lenken. Die Korrespondenz darüber reißt nicht ab, und ich werde auf die Anregung des Herrn Vorredners gern Gelegenheit nehmen, sie zu erneuern.

Wenn der Herr Vorredner also mir darin sekundieren wollte, daß er in der Presse und — wenn er dort bessere Verbindung hat als ich — namentlich in der englischen Presse Beistand sucht für diese Gelegenheit — eine Zeitungsstimme findet dort oft mehr Gehör als die eines auswärtigen Gesandten, von dem man doch annimmt, daß er mehr die eigenen Landesinteressen als wie die englischen wahrnimmt. Aber es ist, wie ich eingangs bereits bemerkte, ganz zweifellos, daß sehr viele Engländer, alle, die nicht der Niger Company angehören, mit unseren Kameruner Ländern ein identisches Interesse haben; und wenn dort auf Grund kaufmännischer Beziehungen und Korrespondenzen eine Gemeinschaft hergestellt werden könnte, so können deren Bemühungen auf die Beihilfe der deutschen Botschaft in England und des Auswärtigen Amts stets mit Sicherheit rechnen, und wir brauchen deshalb die Sache nicht von neuem anzufangen. Es ist Gegenstand langjähriger Korrespondenzen und Beschwerden unsererseits gewesen, und ich bin dem Herrn Vorredner doch dankbar, daß er uns einen neuen Anstoß in der Beziehung gegeben hat.

Abgeordneter Richter tritt für eine Beschränkung oder ein Verbot der Einfuhr von Branntwein in die Kolonien ein, bezweifelt den Wert der Kameruner Ansiedlungen und wünscht Auskunft darüber, ob in Kamerun die Sklaverei noch geduldet und Sklaven zum Arbeiten gemietet würden. Fürst Bismarck entgegnet:

Aus dem zuletzt von dem Herrn Vorredner berührten Thema entnehme ich die Neigung desselben, weitere größere Ausgaben für die koloniale Politik zu machen, als das Reich

bisher von dem Reichstag zu fordern gewagt hat. Er hat eine Frage berührt, die den Engländern seinerzeit nur in Jamaika 20 Millionen Pfund Sterling, 400 Millionen Mark, gekostet hat, das heißt den Freikauf der Sklaven, die Aufhebung der bestehenden Sklaverei, des Eigentumsrechts des Menschen am Menschen. Bei dem Gerechtigkeitssinn, der den Herrn Abgeordneten in allen seinen Äußerungen auszeichnet, kann ich mir doch nicht denken, daß er voraussetzt, wir sollen per Ukas, und ohne die Hand in die Tasche zu stecken, dieses Verhältnis plötzlich lösen. Damit würden wir alle die Hunderte von Millionen, die noch von und in der Sklaverei leben und beiderseits an ihr festhalten, weil der Sklave verhungert, wenn er aufhört es zu sein — damit würden wir alle diese Hunderte von Millionen von Hause aus gegen uns in derselben Weise aufbringen, wie das heute mit den arabischen Sklavenhändlern auf der Ostküste der Fall ist. Wenn das die Absicht des Herrn Abgeordneten gewesen ist, den Zunder weiter hineinzuwerfen in das Land durch die Anregung dieser Frage, durch die Aufstellung der Möglichkeit, daß durch einen solchen Gewaltstreich ein Verhältnis gelöst werden könnte, das seit Jahrtausenden dort einheimisch ist, ohne irgendeine Entschädigung, ja, dann begreife ich seine Rede. Aber ich kann mir nicht denken, daß der Herr Abgeordnete sympathisieren sollte mit dem Aufhetzen alles Ausländischen gegen das Deutsche Reich und gegen unser deutsches Vaterland, wie wir es heutzutage in der Presse, die sonst ihn zu unterstützen pflegt, in der fortschrittlichen und freisinnigen Presse, nach allen Seiten hin zu spüren haben. Wo man irgend etwas ausfindig machen kann, einen Stein, den man in den Garten des Reichs werfen kann, wo man irgendeinen fremden Intriganten oder Reichsfeind bemerkt, den man unterstützen kann, da greift man mit beiden Händen zu (Beifall rechts) und ist begeistert, wenn man einen Vorwurf findet, dem eigenen Vaterlande irgendwie Unannehmlichkeiten und Verlegenheiten zu bereiten. (Sehr wahr!) Von dieser Tendenz spreche ich den Herrn Abgeordneten ja ganz frei, denn sonst hätte er ja das Mandat zum Reichstag nicht angenommen; und nur, um zwischen ihm und dieser reichsfeindlichen vaterlandslosen Presse eine breite Scheidewand zu ziehen, habe ich in diesem Sinne das Wort ergriffen. (Bravo!)

Abgeordneter v. Kardorff stellt fest, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes mit der Kolonialpolitik und ihrer vorsichtigen Entwicklung durchaus einverstanden sei. Abgeordneter Woermann weist dem Abgeordneten Richter Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nach: es sei irrtümlich, das in Kamerun Sklaven zur Arbeit verwendet würden. Sklaven seien sie nur dem Namen nach, tatsächlich aber freie Leute. Abgeordneter Richter konstatiert einen Widerspruch zwischen dieser Erklärung und der des Reichskanzlers und lobt im Gegensatz zur offiziösen Presse, die sich die Mißachtung aller anständigen Leute im In- und Auslande erworben habe, die freie und unabhängige Presse Deutschlands, die es wage, auch dem mächtigsten Mann Europas die Wahrheit zu sagen. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich habe schon zu Anfang bemerkt, daß es nicht meine Absicht ist, heute auf Diskussionen der kolonialen Frage einzugehen, und ich bin nur incidenter genötigt worden, einige auf diesem Gebiet liegende Bemerkungen zu relevieren und mich darüber zu äußern. Ich wiederhole, daß eine Vorlage über die Kolonialsache im Bundesrat vielleicht in diesem Augenblick schon vorliegt oder morgen vorliegen wird, und daß Sie dann Gelegenheit haben werden, alle Ihre Abneigungen gegen kolonisatorische Bestrebungen des breiteren kundzugeben. Ich möchte ungern zweimal in dieselbe Debatte eingehen und lasse mich deshalb auf die eigentliche koloniale Seite der heutigen Diskussion nicht ein.

Nur über die Sklavereifrage und die letzte Äußerung, die der Herr Abgeordnete Richter darüber tat, bemerke ich noch, daß wir es nicht für richtig halten, wie er es für richtig

erklärt, diese Frage bei der Freilassung der außerhalb unserer Gebiete in Sklaverei Lebenden anzufangen; wir halten es für richtig, dabei anzufangen, daß wir nach Möglichkeit verhindern, daß noch mehr freie Leute in den Stand der Sklaverei gebracht werden, als bisher (Sehr richtig!), daß der Stand der Freien sich nicht verminderе, der Stand der Sklaven sich nicht vermehre.

Das Ganze ist eine Frage, die nicht in einem Jahr, auch nicht in einem Jahrzehnt erledigt werden kann, und mit der unsere Nachfolger sich noch beschäftigen werden. Ich erinnere Sie, daß die Frage des eigentlichen Negerhandels im englischen Parlament — wenn ich nicht irre, von den Quäkern — schon im Anfang des vorigen Jahrhunderts zur Sprache gebracht worden ist, daß Wilberforce und andere forces, jetzt gerade vor einem Jahrhundert, zuerst die amtlichen Anträge darüber im englischen Parlament gestellt haben. Seitdem sind also hundert Jahre emsiger, wenigstens von englischer Seite recht emsiger und aufrichtiger Arbeit notwendig gewesen, um diese Frage, eigentlich doch nur um ein Mäßiges, vorwärtszuschieben. In Amerika hat die Sklaverei nominell aufgehört, zuletzt auch in Brasilien, in Brasilien aber doch erst im vorigen Jahre, und so kann ja auch der Moment in Zukunft gedacht werden, wo sie in Afrika verschwunden sein wird, wenn dort erst Ruhe und Frieden auch im Innern eingetreten sein werden. Aber wollte man dies vom Dienstag auf den Donnerstag herbeiführen oder gar schon als fertig vorhanden ansehen, dann würde man in denselben Fehler verfallen, in den einige unserer Träger der kolonisatorischen Bestrebungen verfallen sind, indem sie die Stellung von Distriktskommissarien an der Küste wilder Völkerschaften so angesehen haben, als wenn es sich dabei um etwas ähnliches handelte wie bei der Entsendung eines Landrats nach Brandenburg oder Teltow, als ob der Kommissar dort alles vorfinden würde, was erforderlich wäre, um ihm Gehorsam zu verschaffen. Das nenne ich eben die Woche mit dem Sonnabend anfangen oder das Ziel und das Ergebnis, das durch mühsame und langjährige Arbeit zu erreichen ist, vorweg nehmen wollen. So ist die Sache nicht; unsere ganzen kolonialen Unternehmungen sind nicht auf einen Nutzen in drei bis vier Jahren berechnet, die seit dem ersten Anfang verflossen sind, sondern Sie können sie allenfalls vergleichen mit der Mutung eines Bergwerks, das man nicht sofort in vollen Angriff nehmen kann, für welches man aber doch dem Erben sichere Grenzen, die von anderen Mächten nicht mehr übertreten werden, übermacht; — oder ein Beispiel, das uns näher liegt: wie wenn jemand in Lichterfelde oder dort, wo die Baulust sich hinbegibt, vor dreißig Jahren sich ein Grundstück erworben hat und den Besitztitel liegen läßt, bis die Zeit kommt, wo er das Grundstück bebaut oder vorteilhaft verwertet.

Wir sind — und namentlich die öffentliche Erwartung ist in der ganzen Kolonialfrage vielleicht etwas zu rasch gegangen; — — aber ich komme unwillkürlich hinein in das, was ich heute nicht sagen will.

Was Herr Richter über meine Stellung zur Presse bemerkt, so bin ich ja ganz seiner Meinung, daß wir eine freie unabhängige Presse bei uns brauchen; aber ob die Presse, die ich meine, wirklich den Namen verdient, eine freie und unabhängige zu sein, das wird der Abgeordnete Richter vielleicht genauer wissen als ich. (Heiterkeit rechts.) Ich halte sie gerade für eine abhängige und in ihren Redaktionen von Furcht und Sorge, von anderen Einflüssen als den kanzlerischen bis zu einem gewissen Grade geknechtete Presse; ich halte

sie nicht für unabhängig und frei. Er verlangt, daß eine solche Presse immer imstande sei, die Wahrheit zu sagen; das ist aber gerade das, was ich ihr vorwerfe, daß sie die Wahrheit nicht sagt. (Heiterkeit. — Bravo rechts.)

Für die Bedürfnisse der Verwaltung in den Südwestafrikanischen Schutzgebieten enthält der Etat eine Mehrforderung von 51 000 Mark, die Abg. Graf Behr-Behrenhoff namens der Kommission befürwortet. Demgegenüber bekämpft Abg. Dr. Bamberger sie und bezeichnet die in den dortigen Gebieten mit dem Häuptling Kamaherero abgeschlossenen Verträge über Minenkonzessionen als wertlos. Patriotismus und Sinn für deutsche Ehre könne man in Europa beweisen, aber vor dem Verstand und Gewissen könne man nicht verantworten, für jeden beliebigen Einfall irgendeines Kolonialabenteuers das Geld der Steuerzahler und das Blut der Marinesoldaten zu opfern. Fürst Bismarck erwidert:

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten auf seine letzten Worte erwidern: Wer patriotischen Sinnes ist, der nimmt nicht gerade öffentlich gegen die Regierung seines Landes Partei in einer Frage, über die sie im Augenblick in entscheidenden Unterhandlungen mit der mitbeteiligten ausländischen Regierung steht. (Lebhaftes Bravo rechts.) Und der Herr Vorredner hat uns in den Verhandlungen, in den Verhandlungen, in denen wir augenblicklich mit England über Südwestafrika stehen, auf das Erheblichste geschädigt — und wenn sie mißlingen, mache ich ihn dafür verantwortlich. (Bravo rechts.)

Der Herr Vorredner ist der Meinung gewesen, daß es bei der ersten Übernahme zur Zeit des Holländers, dessen Namen ich vergesse, und den er eben nannte — der erste Muter dieser Konzession (Zuruf.) — Lüderitz —, daß es da in dem ersten Programm unserer Kolonialpolitik gelegen hätte, auf die Sache einzugehen und die Bemühungen dieses tätigen Reichsangehörigen — er war kein Holländer von Geburt, er sprach aber vorwiegend holländisch — zu schützen und zu decken. Nun gut, wie haben sich denn seitdem die Dinge gestaltet? Ich will nicht, wie Herr Woermann vorher dem Herrn Abgeordneten Richter, so jetzt dem Abgeordneten Bamberger Unbekanntschaft mit den Dingen, über die er gesprochen hat, vorwerfen, und Unwissenheit in den Dingen, die er hier öffentlich verhandelt. Ich bin auch gar nicht imstande, ihm vollständig, ohne die Interessen der Beteiligten zu schädigen, klarzulegen, wie die Sache liegt. Ich kann ihn darauf hinweisen, daß gerade diese Kolonie und ihre Hoffnungen sich in den letzten Jahren günstig und für die Zukunft versprechend entwickelt haben, und daß wir, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, diesen englischen Einbruch in die deutsche Rivalität gar nicht zu befürchten gehabt hätten. (Hört, hört! rechts.) Um nichts, um eine Sandbüchse, wie das geschildert ist, laufen die Engländer nicht Hunderte von Meilen über Land, mit Waffen und Pferden, um Verabredungen anzufechten, die wir mit der englischen Regierung früher getroffen haben. Daß da etwas dahintersteckt, was des Schutzes des Reichs für unsere Interessen wert ist, das hätte der Herr Abgeordnete schon aus der Expedition von Lewis, die ihm bekannt zu sein scheint, entnehmen können. Er scheint aber anzunehmen, daß die Engländer und Aventuriers, wie dieser Lewis, dumm genug sind, um dieser Sandbüchse nachzulaufen, vor deren Besitz er das Deutsche Reich warnt und davon abzuschrecken sucht. Das ist ein Mangel an Kombinationsgabe und Überlegung, wie ich solchen bei dem Herrn Vorredner bis jetzt nicht gewohnt bin. (Bravo! Heiterkeit.) Um nichts reiten die Leute nicht viele Meilen über Land mit Gewehren und suchen da im Widerspruch mit internationalen Abmachungen alte angebliche Konzessionen wieder heraus, um sie den Deutschen wieder streitig zu machen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: Mit der Gewalt und mit der Exekution des Gesetzes ist dort nichts zu machen, das mag ja allerdings richtig sein, obschon ich das doch nicht

so unbedingt zugeben möchte. Wenn sich die Aussichten bestätigen, welche diese und andere Gesellschaften dort haben, so weiß ich nicht, warum sie nicht die 17 bewaffneten Leute von Lewis mit 170 bewaffneten Eingeborenen, die sie dort mieten und organisieren, und mit dem Bündnis derjenigen Stämme, die dem wandelbaren Kamaherero nicht ganz wohlwollend gesonnen sind, wieder hinauswerfen sollten. Das kommt ja in den Kolonien oft vor. — Ich werde unwillkürlich trotz meiner wiederholten Weigerung genötigt, auf diese Kolonialdebatte, in der wir heute nicht stehen (Heiterkeit rechts), einzugehen, weil ich Unwahrheiten und Irrtümern, wie sie in der Rede des Herrn Vorredners zu finden sind, nicht drei bis vier Wochen Vorsprung oder auch nur vierzehn Tage in der Diskussion, in der öffentlichen Meinung lassen will. Glaubt denn der Herr Abgeordnete, daß wir im Auswärtigen Amt so einfältig und so verschwenderisch sind, wenn wir uns überzeugt hätten, es sei wirklich nichts anderes als die Sandbüchse da, daß wir dann dem Reichstag zumuten sollten, in dieser Wüste noch einen Beamten festzunageln und dort noch — ich weiß nicht gleich, wie groß die Summe ist —, aber auch nur 10 Mark weiter hinauszuwerfen? Das ist eine Geringschätzung unserer Einsicht und unserer Ehrlichkeit, die wir in der Tat nicht verdienen in der mühseligen Arbeit, die wir uns in diesen Kolonialfragen machen. (Sehr richtig! rechts.) Was hat denn das Auswärtige Amt, was haben wir denn davon, ob dort Kolonien sind oder nicht? Fünftausend Nummern alle Jahr mehr, die mir allein auf den Leib geschrieben werden, die ich allein zu erledigen habe! Etwas anderes habe ich nicht von der Sache! Und dann redet man hier in der Voraussetzung, als hätten wir in Leichtfertigkeit, und ich weiß nicht, aus welchen Gründen gehandelt.

Der Herr Abgeordnete Richter hat den Schnaps berührt. Ich habe mich gefreut, daß er jetzt mit einem Male teuren Schnaps für eine Wohltat für die Bevölkerung hält — allerdings nur für die Neger; warum will er denn diese Wohltat nicht auf seine Landsleute anwenden, auf den Schnaps des armen Mannes? Den kann er nicht billig genug bekommen. (Heiterkeit rechts.) Und auch die Unmäßigkeit in Bier, wie sie in unserer nächsten Umgebung nicht selten ist, verdient die gleiche Aufmerksamkeit, wie die der Neger in Kamerun.

Ich begreife nicht, wie man seine Wohltaten so weit nach Afrika verschleppen kann, wenn man hier unmittelbar vor dem Halleschen Tor die beste Anwendung davon machen könnte. (Heiterkeit. Bravo rechts.)

In Bezug auf die Kamahererofrage möchte ich nur mitteilen, daß wir mit England früher durch einen Notenaustausch eine Abmachung getroffen haben, nach welcher England den zwanzigsten Längengrad als die Grenze seiner Kapbesitzungen ansah: „will extend to the 20th meridian of East Longitude and will be bounded on the North by the 22nd parallel of South Latitude."

Ähnliche Noten haben wir geschrieben. Wir haben also die Hoffnung, bei dem uns befreundeten England Beistand gegen die Invasion dieses räuberischen Einfalles von Lewis zu finden. Das wird langsam wirken, ehe man in London den Einfluß geltend machen kann, ehe von dort auf die Kapregierung und von der Kapregierung auf Lewis eingewirkt wird; — aber mit dem Telephon lassen sich diese Dinge überhaupt nicht abmachen in den entlegenen Kolonien, das wird Zeit gebrauchen; wir sind jedoch des festen

Vertrauens, daß die englische Regierung das Unternehmen von Lewis nicht billigen und nicht unterstützen werde. Er mag in der Zwischenzeit, die wir nicht abkürzen können, dort wohnen und siedeln, wie er will, es bleibt nominell und rechtlich deutsches Gebiet, auf das wir demnächst doch die Rechte haben werden. Die Sache entscheidet sich aber nicht an Ort und Stelle, weil die Gesellschaft nicht imstande ist, sie zur Entscheidung zu bringen, sondern sie wird in freundschaftlichen Verhandlungen zwischen uns und England zur Entscheidung gebracht werden müssen. Wenn aber hier von hervorragenden Abgeordneten im Deutschen Reichstag unsere ganze Existenz dort als wertlos, die Verträge als sehr zweifelhaft geschildert werden, die überhaupt abgeschlossen sind, mit welcher Wirkung soll ich denn den englischen Unterhändlern gegenübertreten? (Sehr richtig! Sehr wahr! rechts.) Die Engländer halten das Land nicht für wertlos, aber sie werden das Zeugnis des Herrn Abgeordneten Bamberger anführen, daß davon gar nichts zu halten ist, und daß selbst dieser deutsche Patriot (Heiterkeit rechts) schon zur Sprache gebracht hat, daß der Besitz sehr zweifelhafter Natur sei und auf sehr anfechtbaren Verträgen ruhe. Meine Herren, wenn Sie dem Vaterlande durch Ihre Reden im Reichstage keine wirksamere Unterstützung gewähren, als diejenige, welche ich für die schwebenden Unterhandlungen aus den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Bamberger schöpfen kann, dann würde ich Ihnen wirklich sehr dankbar sein, wenn Sie sich in solchen Fragen vorher mit mir besprächen; ich würde vielleicht Ihnen ein Rendezvous geben auf spätere Zeit, wenn unsere Verhandlungen mit England zu Ende sind oder abgeschlossen sind; vielleicht würden Sie dann äußerlich mir zugeben, daß die Landesinteressen augenblicklich Schweigen erfordern, und Sie würden das, was Sie an Feindschaft gegen die Regierung anzubringen haben, vielleicht auf anderem Gebiet als auf parlamentarischem anbringen; das traue ich Ihnen zu. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bamberger verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er die diplomatischen Zirkel des Reichskanzlers gestört und Geheimnisse verraten habe. Er appelliert von dem Reichskanzler Fürst Bismarck an den Doktor der Theologie Fürst Bismarck, der gesagt habe, er lerne immer mehr auch anderer Leute Meinung achten. Er selbst sei von der Unfruchtbarkeit der Kolonialpolitik überzeugt und diese Überzeugung sei durch die Ereignisse der letzten vier oder fünf Jahre noch unterstützt worden.

Der Herr Vorredner hat die Gewohnheit, durch eine kleine Verschiebung dessen, was ich gesagt habe (Zuruf links: Nein!), sich meine Äußerungen schußgerecht zu bringen, Dinge zu widerlegen, die ich nicht gesagt habe, Dinge mit Emphase zu behaupten, die ich gar nicht bestritten habe. Das ist die gewöhnliche Taktik, auf die ich mich mit ihm bereits seit Jahren habe einlassen müssen. Er hat an meine Duldsamkeit als Gießener Doktor der Theologie appelliert und hat gesagt, ich behaupte, je älter ich würde, desto besser verstände ich die abweichenden Meinungen. Ja, ich verstehe auch die des Herrn Abgeordneten und die Gründe, aus denen er und seine Freunde so sprechen, ich verstehe sie vollkommen und durchschaue sie bis auf den Grund der Seele; daran fehlt es nicht. Soll ich nun gegen Sie duldsam sein, wenn ich finde, daß Sie die Interessen des Landes, zu dessen Vertretung ich an erster Stelle berufen bin, hier schädigen? Das können Sie nicht verlangen; sonst würde ich als Doktor der Theologie mit meiner Ehre und mit meinem Gewissen zu kurz kommen. Soweit kann meine Duldsamkeit nicht gehen, daß ich zulasse, daß unwiderlegt, in einem Augenblicke, wo wir mit dem Auslande verhandeln, die Rechtstitel, auf die wir uns berufen, als zweifelhaft und dürftig von einem Parlamentsredner öffentlich dargestellt

werden (Widerspruch links), notabene von einem deutschen Parlamentsredner, nicht von einem englischen. Das hat der Herr Abgeordnete in seiner Erwiderung vollständig verschwiegen. Er hat eine Masse sarkastischer und bitterer Bemerkungen über die diplomatische Geheimniskrämerei gemacht. Da hat er einen Feind an die Wand gemalt, der ich nicht war, und der mir nicht ähnlich sah; er hat auf einen gemalten Grenadier nach der Scheibe geschossen und nicht nach mir. Ich habe ja gar keine Geheimniskrämerei gemacht; ich habe nur gesagt: Ich bin an dieser Stelle und heute nicht berechtigt, das große Interesse kundzugeben, das die deutschen Unternehmer an dieser Sache haben. Mir ist nun inzwischen ein Novissimum zugefertigt worden, worin dieses Interesse schon in dem öffentlichen Drucke bekundet wird. Diese Rücksicht fällt also für mich — und ich werde Ihnen mitteilen, was hier steht. Aber dem Herrn Abgeordneten möchte ich doch zu erwägen geben, daß er trotz seiner sonstigen Sagazität und Scharfsichtigkeit darüber andere Leute nicht in einen Irrtum induzieren wird, daß, wenn er in einem Augenblick, wo wir mit England verhandeln und behaupten: Wir haben einen gültigen und guten Vertrag mit Kamaherero, daß, wenn der sachkundige Abgeordnete Herr Bamberger, der von den Kolonien, wie der Erfolg gezeigt hat, mehr versteht, als die ganze Reichsregierung, öffentlich behauptet, das sei ein ganz dürftiges und ganz zweifelhaftes Aktenstück — — (Unterbrechungen.) — Ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, wenn er nicht inzwischen geändert wird, daß der Herr Abgeordnete das Aktenstück, in dem alle unsere Ansprüche in England verfochten werden, hier vilipendiert und als null und nichtig hingestellt hat — das gar keinen Wert hätte. Wenn das richtig ist, wenn das von deutschen Abgeordneten anerkannt wird, dann kann ich dem deutschen Botschafter in England gleich telegraphieren: „Lassen Sie die Sache fallen, der Abgeordnete Bamberger will sie nicht, also lassen Sie es sein.“ (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner das ganze Objekt als ein wertloses wiederholt dargestellt. Dadurch macht er die Gesellschaft ja kreditlos, und das ist doch auch keine nützliche und patriotische Bestrebung, wenn er hier lediglich, um zu zeigen, daß er vor vier Jahren recht gehabt hat, jetzt den Kredit dieser Gesellschaft und ihre Hoffnungen, nach allem, was er dazu beitragen kann, gänzlich zu zerstören und zu vernichten sucht. Das, sage ich, ist unpatriotisch. Ich würde mich durch keine Leidenschaft des Hasses gegen irgendeinen Minister fortreißen lassen, unter höflichen, honigsüßen Phrasen dergleichen Bosheiten in die Welt zu schicken. (Bravo! rechts.)

Also mir ist hier ein Bericht der südwestafrikanischen Kolonialgesellschaft als gedruckt übergeben, von dem ich glaubte, er existierte bisher nur in unseren Akten. Da ist gesagt:

> Das Syndikat hat Ende März l. J. eine unter Führung des Herrn Dr. Gürich aus Breslau stehende bergmännische Expedition nach Südwestafrika ausgesandt, welche gleichzeitig mit unseren damals abgereisten Beamten in Walfischbai angelangt ist und sich von da in das Innere des Landes begeben hat.
>
> Auch von anderer Seite sind Unternehmungen, welche die Ausbeutung der Mineralschätze des südwestafrikanischen Schutzgebietes zum Zwecke haben, ins Leben gerufen worden. Das Mitglied unseres Verwaltungsrats, Herr L. v. Lilienthal, hat, wie uns berichtet wird, von den australischen Diggers und A. Ohlson

in Kapstadt einige Anteile an den oben erwähnten Australien-Prospecting-Syndicate erworben und mehrere Personen zur Vertretung seiner Interessen nach Südwestafrika geschickt.

Der Bergingenieur Herr Scheidtweiler aus Köln hat sich ebenfalls nach dem Schutzgebiete begeben, und zwar, Zeitungsnachrichten zufolge, als Vertreter eines in Köln angeblich gebildeten Syndikats.

Wie durch die Zeitungen ferner bekannt geworden, ist unter dem Namen „Deutsch-afrikanische Minengesellschaft" ein Unternehmen gegründet worden, welches eine Expedition unter Führung des Herrn Dr. Bernhard Schwarz nach Südwestafrika abgesandt haben soll.

Wir können nur wünschen, daß das gleichzeitige Auftreten dieser verschiedenen Unternehmungen im südwestafrikanischen Schutzgebiete eine gründliche und möglichst erfolgreiche Durchforschung des Landes nach wertvollen Mineralien zur Folge hat.

Diese Durchforschungen haben stattgefunden und haben so günstige Ergebnisse geliefert, daß der Unternehmungsgeist der beteiligten Herren dadurch wesentlich belebt ist. Das kann ja ein Irrtum sein, es können Mißspekulationen eintreten; nehmen Sie aber an, daß die Spekulation richtig ist: hat das Deutsche Reich, hat Herr Bamberger irgendein Interesse sachlicher oder politischer Natur, die Leute in der Entwicklung ihrer Hoffnungen zu hindern und uns unsere Stellung bei der Vertretung dieser Hoffnungen dem Auslande, England gegenüber zu erschweren durch seine Rede, durch die Anfechtungen der Rechtsunterlagen, auf denen sich das Recht dieser Leute gründet?

Weiter heißt es:

Die Aufnahme in den Weltpostverein wird gewünscht. Die infolge des Berggesetzes getroffenen neuen Einrichtungen einer Bergbehörde und einer Schutztruppe legen der Gesellschaft außerordentliche Aufwendungen auf. Die Kosten sind für die Zeit bis zum 31. März k. J. für die Bergbehörde auf zirka 80 000 Mark, für die Schutztruppe auf zirka 70 000 Mark veranschlagt.

Also für diese wertlose Sandwüste des Herrn Bamberger wendet die Gesellschaft tüchtige Summen Geldes auf, viel erheblichere, als hier vom Reich dafür gefordert werden. Es sind kaufmännische Unternehmer. Daß diese so ganz leichtfertig dabei verfahren, kann ich doch nicht annehmen! Keinesfalls ist es Aufgabe des Reichs, sie in der Verfolgung ihrer Aufgaben zu stören und zu hindern.

Ein Urteil darüber, ob diese Voraussetzungen zutreffen, läßt sich heute mit diesem Bericht noch nicht gewinnen.

Herr Bamberger hat es schon gewonnen, aber die Unternehmer selbst noch nicht.

Das wird genügen. Diese Sache existiert im Druck. Ich will Sie mit der weiteren Verlesung nicht ermüden. Aber die Hoffnungen, die die Leute haben, schneiden wir ihnen vollständig ab, wenn bei uns von so gewichtiger und amtlicher Seite, wie bei einer Debatte des Reichstags, die Rechtsansprüche, die die Reichsregierung in London geltend machen will, als hinfällig und zweifelhaft und unbedeutend dargestellt werden.

Ich glaube, damit doch die von mir angefochtenen Äußerungen aus der ersten Rede des Herrn Bamberger soweit festgenagelt zu haben, daß sie für die Dauer erkennbar sein werden, und auch die Schädigung, die uns daraus erwachsen wird.

All den Nebel über die Sache, den die zweite Rede verbreitet hat, all die Invektiven über die diplomatische Geheimniskrämerei und alle Behauptungen, die mir in den Mund geschoben worden sind, ohne daß ich sie gemacht habe, will ich übergehen. Ich habe mir einige davon notiert, aber es ist zu spät, um Sie mit der Wiederholung und einer weiteren Breittretung dieser silbenstechenden Diskussion zu ermüden, und deshalb schweige ich. (Bravo!)

Auf einen nochmaligen Einwurf des Abg. Dr. Bamberger, daß der Reichskanzler ihm gar nicht gefallene Äußerungen untergeschoben habe, bemerkt Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete hat mir diesmal untergeschoben, ich hätte ihm vorgeworfen, er hätte von England geredet. Ich habe gar nicht gehört, daß er von England geredet hat, und habe es ihm auch nicht vorgeworfen. Ich habe von England in keinem anderen Sinne gesprochen, als daß ich von dem Gerechtigkeitssinn und der Freundschaft Englands hoffte, daß wir diese Sache ruhig beilegen würden, die er mit unzarter Hand berührt hatte, ohne sie zu kennen und ohne davon zu wissen.

Das einzige Punktum saliens meiner Äußerungen und Vorwürfe, das ich scharf akzentuiert hatte, hat er sorgfältigerweise auch dieses Mal umgangen und ist ihm ausgewichen: das ist die Tatsache, daß er die Besitztitel unserer Landsleute als wertlos und zweifelhaft behandelt und dadurch ihre Beweiskraft in den Verhandlungen, in denen wir mit England stehen, abgeschwächt, wenn nicht vollständig vernichtet hat. Sie werden mir in England sagen: Ihr Landsmann, Ihr Freund, der patriotische Abgeordnete Bamberger hat ja selbst gesagt, das Papier sei nichts wert; warum wollen Sie das vertreten?

Warum ist der Herr Abgeordnete bei seinem dreimaligen Wieder-Wort-Ergreifen auf diesen Vorwurf gar nicht zurückgekommen? Das möchte ich ihm doch zu Gemüte führen.

Er hat außerdem das ganze Objekt als ein so wertloses behandelt, daß die Engländer sagen werden: Mein Gott, wenn Sie um solche Sandbüchse, wie Herr Bamberger sie ja kennt, mit uns streiten wollen, dann ist uns Ihre Freundschaft auch nicht viel wert; um solcher ganz wertlosen Sachen wollen Sie von uns noch Konzessionen erpressen!

Er hat außerdem in Aussicht gestellt, daß unsere ganzen kolonialen Unternehmungen überhaupt so gut wie mißlungen wären, daß wir das Fiasko gemacht hätten, das er vorausgesagt hätte. Ja, meine Herren, so leicht eingeschüchtert ist, Gott sei Dank, der deutsche Nationalcharakter im ganzen nicht, daß er durch einzelne Mißgriffe, Irrungen, Opfer in den einmal begonnenen Kolonialbestrebungen sich abschrecken läßt. Aber es ist doch nicht nützlich, den Engländern einzureden, daß wir so leicht abzuschrecken wären, und daß wir nun ermüdet und abgeschreckt wären durch das, was wir seit vier Jahren überhaupt unternommen haben. Ich halte es nicht für nützlich, das in der Öffentlichkeit und namentlich England gegenüber zu behaupten.

Denken Sie doch an die Geschichte der holländischen Kolonien! Wie groß sind die gewesen! Welche ups and downs haben die gehabt! Sie haben Ostindien gehabt, sie haben Brasilien gehabt und haben es verloren, sie haben auch heute noch eine Kolonialmacht, die viel schwerer wiegt an Einwohnerzahl und an Ausdehnung als das ganze Königreich der Niederlande. Da sehen Sie, daß germanische Zähigkeit schließlich doch zum richtigen Ziele kommt, auch wenn sie inzwischen Ceylon, Ostindien und Brasilien und die Kapstadt verloren hat; mancher ehrliche Holländer ist dabei erschossen und erschlagen worden von den Wilden, sowie von den ausländischen Feinden, mit denen sie zu kämpfen hatten.

Setzen nun die Herren, die Gesinnungsgenossen des Herrn Bamberger, bei der oberdeutschen Nation weniger Zähigkeit, weniger Tapferkeit, weniger Beharrlichkeit voraus als bei der niederdeutschen, dann haben sie ganz recht, wenn sie nach den vier Jahren — wie heißt es in dem Märchen? — von dem Manne, der über Land gehen wollte und, nachdem er vors Dorf gekommen ist, findet er es kalt und windig, und er kehrt um und kriecht wieder bei Muttern unter. (Heiterkeit.) Das ist das, was Sie dem deutschen Volke als Prognostikon in seinen kolonialen Bestrebungen aufstellen.

Aber ich kann da nur mit Genugtuung meine Sicherheit aussprechen, daß die große Majorität des Reichstags vom deutschen Volk und seiner Beharrlichkeit und seinen Bestrebungen — seinen nationalen — eine höhere und, ich meine, bessere Meinung hat als die Minderheit, die uns gegenübersteht. (Bravo!)

Abg. Richter unterstreicht Bambergers abfällige Bemerkungen über Südwestafrika. Ein Reichstag, der nur zu bewilligen und nicht zu kritisieren habe, sei nicht wert zu bestehen. Der erregte Ton des Reichskanzlers sei wohl mit gewissen Vorkommnissen der jüngsten Zeit[1] zu erklären. Er wünscht dann ein Weißbuch über Samoa. Fürst Bismarck entgegnet:

Der Herr Abgeordnete Richter hat sich über meine Erregtheit gewundert und hat sie mit anderweitigen Vorgängen in Verbindung gebracht — mir sind solche nicht bekannt —, die mich hätten aufregen können. Aber ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß diese Verwunderung eine vollkommen gegenseitige ist. Ich habe mich über die Erregtheit des Herrn Abgeordneten Richter noch viel mehr gewundert und ich glaube mit viel mehr Grund; denn wenn wir unsere beiderseitigen Beschäftigungen vergleichen: der Herr Abgeordnete Richter hat nichts weiter auf der Welt zu tun, als die Kritik an der Regierung und meiner Person; mir liegen eine ganze Menge verantwortlicher Geschäfte in meinem vierundsiebzigsten Jahre seit sechsundzwanzig Jahren ob, die mich wohl aufregen können, um so gewissenhafter ich sie betreibe, und um so mehr mir an einem für das Land und für meinen Kaiser günstigen Ausfall dieser Geschäfte liegt. Der Herr Abgeordnete Richter ist niemand verantwortlich; ich begreife nicht, warum er sich so aufregt über eine Vermehrung der Polizeimacht in Südwestafrika. Ist das wirklich der Grund für einen so berühmten Mann, großen Redner und Selbstherrscher der demokratischen Partei, sich in eine solche Aufregung zu bringen, daß er sagt, und das mit einer Tonart, die das Maß der inneren Erregung noch mehr bekundet als die Worte, in denen er sich ausdrückt: Wenn das Parlament das Recht nicht mehr haben sollte, darüber auf die unbe-

[1] Gemeint ist wohl der Prozeß Geffcken und der Streit zwischen Herbert Bismarck und dem englischen Botschafter in Petersburg, Sir Robert Morier, die beide nicht zum Vorteil Bismarcks ausschlugen.

guemste Weise und ohne Rücksicht auf auswärtige schwebende Verhandlungen zu interpellieren, dann — ich weiß nicht, was er sagte —, dann sind wir überhaupt nicht mehr wert, zu existieren. (Heiterkeit rechts.)

Also so gering schlägt er den Reichstag an: man darf dem Reichstag nicht zumuten, die mäßige Schonung der Regierung gegenüber zu beobachten, die selbst die schärfste Opposition in anderen Ländern beobachtet! In England genügt es, wenn jemand sagt: Wir verhandeln augenblicklich über die Sache, und ich lehne es ab, mich über die Sache auszusprechen; dann ist für den Augenblick die Sache tot, und man würde denjenigen für einen Feind Englands erklären, wenigstens halten, der dann den Angriff, auch wenn er der irischen Opposition angehörte, fortsetzte.

Wenn der Herr Abgeordnete Richter damit das Verhalten seiner Partei hier vergleicht, so kann er sich doch wohl darüber nicht beklagen, wenn von anderer Seite, und namentlich, wenn von meiner Seite, der ich verantwortlich bin für die Ergebnisse unserer Politik, sein Patriotismus, seine Reichsfreundschaft mindestens nicht so hoch angeschlagen wird, wie die der Mehrzahl seiner Kollegen hier — will ich sagen. Das ist ja ein sehr relatives Urteil, kann ihn auch nicht verletzen: denn ich schlage den Patriotismus der Mehrheit sehr hoch an und den des Herrn Abgeordneten Richter nicht ganz so hoch (Heiterkeit rechts), namentlich wenn er in Konflikt kommt mit der Abneigung, die er meiner Person, meinem Ministerium, meiner Regierungsleitung seit zwanzig Jahren hier an dieser Stelle gewidmet hat. Dann streiten in ihm zwei dämonische Gewalten, die eine: die leidenschaftliche Liebe zum Vaterlande, und die andere: die Abneigung gegen den Reichskanzler. (Heiterkeit rechts.) Da trägt die erstere doch nicht immer den Sieg davon.

In jedem anderen Lande würde die Diskussion über diesen Punkt fallen gelassen worden sein; aber seitdem ich erklärt habe, daß mich das geniert, seitdem ich dem Herrn Abgeordneten Bamberger vorgehalten habe, daß das mir unbequem war — da haben die Herren gefunden: Aha, da hat die Regierung einen wunden Punkt, da wollen wir darauf reiben, das kann den Ausländern sehr günstig sein, da kann die Regierung Mißerfolg haben, und das wird uns einen unerhörten Spaß machen. (Bravo! Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Dann wird triumphiert in allen freisinnigen Blättern: Vollständige Niederlage des Fürsten Bismarck. Kurz und gut, vollständig nach der französischen Schablone, wie das in Paris und auch in gewissen russischen Blättern so Mode ist. (Bravo! rechts.) Aber ich gönne Ihnen das Vergnügen; ich würde mich auch nach der Ursache der Aufregung des Herrn Abgeordneten Richter nicht erkundigt haben, wenn er nicht bei mir dasselbe Leiden vorausgesetzt hätte. Ich kann ihm versichern, daß es bei mir nicht vorhanden ist; ich befinde mich in vollkommener Ruhe; es ist mir angenehm, mich mit ihm zu unterhalten. (Heiterkeit.)

Er hat ein Weißbuch über Samoa vermißt. Ja, meine Herren, das sind wir ganz bereit, Ihnen vorzulegen, wenn nur erst die Berichte eingegangen sind. Telegramme bringen nur Bruchstücke von dem, was geschehen ist; Telegramme sind sehr teuer und gehen doch mit den Seefahrten, die sie durchmachen müssen, vierzehn Tage oder drei Wochen. Die Berichte haben wir also nicht, und sobald wir sie haben, werden wir ja

unsere Maßregeln treffen können; auf Fragmente von Telegrammen hin kann man politische Entschließungen nicht treffen. Aber dann sollen Sie auch Ihr Weißbuch haben, und dann wird Herr Richter vielleicht noch eine hübsche Blumenlese von Kritik der Handlungen der Regierung und der Kolonialbestrebungen überhaupt daraus machen können. — Jeder hat eben sein Geschäft. (Heiterkeit rechts.)

Nun, für eins bin ich dem Herrn Abgeordneten Richter dankbar; er ist seinem politischen Freunde, dem Herrn Abgeordneten Bamberger, einigermaßen zu Hilfe gekommen. Es ist dem ja sehr schwer geworden, und er hat deshalb nach dreimaligem Wortergreifen nicht darauf zurückkommen wollen, offen zu sagen: ja, ich habe leider die deutschen Rechtstitel, die in England geltend gemacht werden können, vollständig als zweifelhaft und wertlos bezeichnet. Herr Richter ist ihm gegenübergetreten und hat gesagt: die Titel sind rechtsgültig, unbedingt. Wir sind also in der angenehmen Lage, wenn die Engländer uns den Herrn Abgeordneten Bamberger vorhalten als Autorität, Herrn Richter gegen Herrn Bamberger geltend zu machen. Herr Richter ist dafür, und die Engländer werden ja entscheiden, wer der größere Jurist ist. (Heiterkeit rechts.)

Wenn es richtig ist, was der Herr Abgeordnete Richter anführt, daß alles, was wir über die Aussichten dieser Gesellschaft wissen, schon vorher bekannt war, ja, dann ist mir das Auftreten des Herrn Abgeordneten Bamberger noch viel unbegreiflicher. Wenn er das wußte, daß es bei uns Landsleute gibt, die Hoffnungen haben und große Aufwendungen dafür machen, wenn er das seit Jahr und Tag wußte — was ich nicht wußte; ich habe meine anderen Geschäfte, ich kann nicht in alle Details eingehen, die hier zur Beratung kommen — dann hätte der Herr Abgeordnete doch um so mehr Anstand nehmen sollen, die Dokumente, die die Basis der Existenz der Gesellschaft und ihre Hoffnungen bilden, auf diese Weise geringschätzig vor der Öffentlichkeit zu behandeln. Dann muß ich fast sagen, daß sein Mangel an Beistand für Landsleute und für Regierungsbemühungen ein wohlüberlegter gewesen sein muß. Denn daß wir angesichts dieser ihm bekannten Aussichten der Gesellschaften gegen die Expedition Lewis' reklamieren würden in London, das konnte er sich doch bei seiner Sagazität, die er sonst in politischen Dingen und namentlich in kolonialen immer bewährt hat, selbst sagen. Also ich muß dem Herrn Abgeordneten Bamberger hier schuld geben, daß er in wohlüberlegter Weise die Interessen der Gesellschaft und die der Regierung in ihren diplomatischen Verhandlungen mit England wesentlich geschädigt hat.

Herr Richter hat gesagt, daß alle die Gründe, die ihn davon hätten abhalten sollen, ihm seit Jahr und Tag alle bekannt waren — ja das ist etwas ganz anderes; dadurch erscheint mir Herr Bamberger noch in viel weniger günstigem Lichte als früher. Ich kann übrigens hinzufügen, daß mir doch noch außer dem, was ich verlesen habe — ich kannte es nicht, ehe ich es las — noch andere und günstigere Berichte bekannt sind, noch begründetere, und auf wissenschaftlichen Prüfungen der höchsten Bergautoritäten in Deutschland beruhend. Ob nun Pochwerke nötig sind oder nicht, das möchte ich Herrn Richter bitten, doch der Gesellschaft zu überlassen. Er ist aber ein Freund von Unabhängigkeit und Freiheit nur für sich selbst; sonst hat er eine gewisse Neigung, selbst diese harmlose Gesellschaft zu tyrannisieren, als ob sie zu seiner Partei gehörte. (Heiterkeit. Bravo! rechts.)

27. Sitzung des Deutschen Reichstags.

26. Januar 1889.

Am 22. Januar war dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Sklavenhandels in Ostafrika zugegangen. Zu Beginn der ersten Lesung am 26. Januar begründet der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck die Vorlage, während Abg. Bamberger sie ausführlich bekämpft, überhaupt den Wert der Kolonialpolitik für einen Kulturstaat als fragwürdig hinstellt und die Afrikazüge für noch gefährlicher erklärt als die Römerzüge des Mittelalters. Abg. Windthorst stimmt der Vorlage trotz aller Bedenken gegen die Kolonialpolitik zu. Fürst Bismarck bemerkt:

Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar für seine Darlegungen und sympathisiere namentlich mit den letzten Worten, die er gesprochen hat. Ich behalte mir vor, zur Sache mich weiter auszulassen, wenn ich die Äußerungen auch noch anderer Redner werde übersehen können. Dem Herrn Vorredner will ich nur erwidern, daß er dem Reichskanzler eine sehr schwere und kaum durchzuführende Verantwortlichkeit aufbürdet. Er sagt: der Reichskanzler hat den weiteren Gang zu bestimmen und ist allein verantwortlich dafür. Was heißt das, in einer Entfernung von, ich glaube tausend Meilen, von jedenfalls achtzehn Tagen bis sechs Wochen in der regelmäßigen Verbindung, mich verantwortlich machen zu wollen für die Handlungen anderer Personen, welche von mir direkt nicht abhängen, denen ich keine bestimmten Instruktionen zu geben habe, über deren Ausführung ich mich nur aufklären kann nach sechs Wochen mit voller Sicherheit, und die wiederum sechs Wochen brauchen, ehe ich ihnen meine Meinung, wenn sie sie befolgen wollen, mitteilen kann? Ich möchte doch den Herrn Vorredner bitten, in der Zumutung der Verantwortlichkeit für den Reichskanzler für alles, was dort in Ostafrika passiert, nicht zu schonungslos zu sein. Das Organ der Ausführung unserer Politik muß ja an sich die Gesellschaft bleiben; sie ist einmal im Besitz, sie hat ihren fünfzigjährigen Vertrag. Wir können sie kontrollieren; wir können unter Umständen, wenn Sie unsere Vorlage genehmigen — und das ist die Hauptsache in der Vorlage — ihr durch die Vermittlung des Reichskommissars Befehle und Vorschriften erteilen, was wir bisher nicht konnten. Das Organ, das wir haben, war bisher im wesentlichen ein kontrollierendes, es wird unter Umständen ein vorschreibendes, wenn Sie unsere Vorlage bewilligen; aber auch dann ist die Verantwortlichkeit für den Reichskanzler doch immer cum grano salis zu nehmen. Ich kann für das, was mein Vertreter dort verfügt, anordnet oder verbietet, doch nur insoweit verantwortlich sein, als ich dazu überhaupt Instruktionen, Aufträge gegeben habe. Geht er darüber hinaus, so tritt da eine hybride Art der Verantwortung ein. Ich kann für das, was andere tun, auf so weite Entfernungen, daß sie meine Befehle, da ich kein Telephon mit ihnen habe, nicht mehr hören und verstehen können, nicht absolut verantwortlich sein. Es können da Mißgriffe in großer Menge passieren, sie mögen ja auch passiert sein.

Der erste Herr Redner hat seine Angriffe hauptsächlich gegen die Gesellschaft gerichtet, die in Zanzibar tätig gewesen ist, und hat eine persönliche Bemerkung in Bezug auf eine frühere Diskussion hier angebracht, das geht mich weiter nichts an. Ich bin unmöglich für die Gesellschaft verantwortlich, sondern nur für das Maß von Schutz, welches der Gesellschaft geleistet werden soll, und welches wesentlich von den Beschlüssen des Reichstags abhängen wird.

Ich habe in den Zeitungen neuerdings Artikel in der rohen Angriffsweise gelesen, welche mir gegenüber in der fortschrittlichen Presse üblich ist: „Reichstag, geh du voran!“

Ja, das ist ja ganz unzweifelhaft; ich kann ja keinen Schritt weiter vorgehen, als ich die Zustimmung der Majorität des Reichstags und der öffentlichen Meinung in Deutschland habe. Wenn ich meine Meinung unabhängig davon durchführen wollte, so würde ich dadurch die Interessen meines Landes schädigen und außerdem wesentlich über meine Berechtigung hinausgehen. Also ich gestehe das zu; ich will den Reichstag vorangehen lassen, aber ich sage dem Reichstag ehrlich, wie weit ich vorschlage zu gehen, und gehe kein Haar breit weiter, als der Reichstag erlaubt zu gehen. Daß mir das in der fortschrittlichen Presse als ein Fehler, Schwäche oder Irrtum vorgehalten wird, zeigt gerade die unkonstitutionelle, ich möchte sagen, die vaterlandsfeindliche Stimmung, in der die fortschrittliche Presse sich überhaupt befindet.

Der Vorredner hat im Anfang seiner Rede die Frage berührt, in welche Beziehungen uns die Kolonialfrage zu auswärtigen Mächten setzt. Da kann ich die Versicherung abgeben, daß wir in dieser Frage wie in allen übrigen — und nicht ohne Erfolg — stets bemüht gewesen sind, uns in Fühlung mit der größten Kolonialmacht der Erde, mit England, zu halten, daß wir auch hier nur nach Verständigung mit England vorgegangen sind und nicht weiter vorgehen werden, als wir uns mit England zu verständigen imstande sein werden.[1] Also namentlich alle Gedanken, daß wir im Widerspruch mit England gegen den Sultan von Zanzibar vorgehen sollten, weise ich absolut von mir. Sobald ich die Zustimmung von England zu irgendeiner Maßregel in der dort von uns nach freundschaftlichen Verabredungen hergestellten Teilung habe, werde ich Seiner Majestät vorschlagen, im Einverständnis mit England vorzugehen. Im Kampf mit England vorzugehen, im Widerstreit, oder auch nur die Maßregeln zu erwidern, die von einzelnen untergeordneten englischen Organen uns gegenüber getroffen werden, fällt mir nicht ein. Wir sind in Zanzibar sowohl wie in Samoa mit der englischen Regierung absolut in Einigkeit und gehen mit ihr Hand in Hand, (Bravo! links) und ich bin fest entschlossen, diese Beziehungen festzuhalten. England hat eine große Menge von konkurrierenden Kolonialinteressen mit uns. Die untergeordneten Kolonialorgane und die Organe der Kolonialregierungen, welche von der Hauptregierung einen gewissen Grad von Unabhängigkeit erworben haben, für den das Völkerrecht noch keine genaue Definition gefunden hat — diese Organe treten uns unter Umständen feindlich entgegen; aber mit der englischen Regierung sind wir absolut einig und fest entschlossen, diese Einigkeit zu erhalten und durchzuführen. (Bravo! links.)

Und das findet namentlich Anwendung auf die Verhältnisse in Ostafrika, wo wir eine territoriale Teilung zwischen uns verabredet haben. Ob die Engländer in ihrem Bezirk genau dasselbe tun, was wir in unserem, das ist ihre Sache; das haben wir nicht zu kontrollieren. England ist eine große unabhängige Macht, die ihre eigene Politik verfolgt. Daß wir von den Engländern irgendeinen Beistand in unserer Machtsphäre verlangen sollten, ist uns nirgends beigekommen. Namentlich zu territorialen Expeditionen, was ich „abessinische Kriege“ nenne, irgendwie England zu verleiten — wir haben gar keine gemeinsamen Gegner, wir haben nur lokale Gegner — das liegt ganz außerhalb aller politischen Möglichkeit und ist eine Erfindung lügenhafter Zeitungen in England sowohl wie hier.

[1] Zum Verständnis dieser Worte sei bemerkt, daß Bismarck damals gerade in London ein deutsch-englisches, gegen französische Angriffe gerichtetes Bündnis vorgeschlagen hatte.

Ich habe mir eine Anzahl von Notizen gemacht, die ich nicht mehr verstehe, weil ich mich nicht mehr erinnere, wovon sie handeln.

Vertrauliche Mitteilungen sind in der Vorlage in Aussicht gestellt, aber in der Kommission doch in keiner Weise zu erwarten. Die Kommission halte ich nicht für ein Organ für vertrauliche Mitteilungen. Wenn die Kommission in der Lage wäre, ihre Türen zu schließen und à huis clos ihre Sitzungen zu halten, so wäre sie auch dann sehr zahlreich, und ich will über die Möglichkeiten, die bestehen bleiben, mich jeder Äußerung enthalten. Wenn aber die Möglichkeit da ist, daß eine Korona von zweihundert Abgeordneten sich der Kommission beigesellt, dann bin ich gern bereit, alles, was ich in der Kommission sagen könnte, auch im Plenum zu sagen. (Heiterkeit.)

Was uns eine gewisse Zurückhaltung in manchen Beziehungen empfohlen hat, das mögen teils die internationalen Beziehungen zu konkurrierenden englischen Interessen sein, die ich eben berührt habe, teils aber auch die militärischen Fragen in Bezug auf dasjenige, was wir für die zwei Millionen, die wir von Ihnen erbitten, anschaffen. Würde das spezifiziert vorgelegt werden müssen, so würden wir dadurch über die Art des Vorgehens, das beabsichtigt wird, schon einen Feldzugsplan klarlegen, der vom Feinde vermöge der raschen telegraphischen Verbindung nach Zanzibar, vermöge der vielen Gegner, die wir in unseren kolonialen Bestrebungen haben, nicht nur im Inland, sofort benutzt werden würde, und ich halte das nicht für nützlich. Es würde das in derselben Richtung wirken, wie die Enttäuschung meiner Hoffnungen, daß wir vielleicht schon vorgestern oder gestern diese ganze Sache hätten erledigen können. Zeit in dieser Frage ist nicht Geld, wie die Leute sagen, sondern Zeit ist Blut. Je später wir kommen, desto mehr Blut wird die Sache kosten. Die Leute organisieren sich ja auch mit der Zeit, und je mehr sie darauf gefaßt werden. Glauben Sie nicht, daß die telegraphischen Nachrichten über das, was wir heute hier sprechen, dort in Zanzibar ausbleiben werden; dazu sind viel zu viel Europäer und Feinde unserer deutschen Bestrebungen dabei beteiligt.

Ich halte es deshalb nicht für nützlich, öffentlich zu bekunden, was wir an Waffen, an Schiffen, an Mannschaften überhaupt anschaffen wollen, sondern darüber müssen wir ein Dunkel schweben lassen, und ich glaube, daß jedermann, der nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik, geläutert durch militärische Auffassungen, betreibt, mir darin beistimmen wird, daß wir in dieser Beziehung, in Bezug auf das Kampfmaterial, das wir an Menschen, an Waffen, an Schiffen überhaupt anschaffen, schweigsam sein sollen. Ich wenigstens werde mich darüber bestimmt nicht äußern.

Ich habe unter vertraulichen Mitteilungen — die Einschaltung[2] in der Vorlage beruht auf einer eigenhändigen Randbemerkung von mir — verstanden, daß ich oder der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit hervorragenden Abgeordneten sprechen würde, um diese zu informieren, damit sie vertraulich, soweit — das wird ja ein weiter Bezirk sein — sie der Verschwiegenheit vollständig sicher sind, dergleichen weiter mitteilen. Aber, wenn die Herren glauben, daß im Ausschuß irgend etwas geäußert werden könnte von der Regierungsseite, was hier im Plenum nicht geäußert wurde, so muß ich diesem Irrtum widersprechen. Im Ausschuß kann nur wiederholt werden, was — ich glaube, es

[2] Fürst Bismarck hat folgenden, in der Begründung der Vorlage enthaltenen Satz im Sinne: Über sonstige Verwendungen wird die Kaiserliche Regierung im Laufe der Verhandlungen des Reichstags sich vertraulich zu äußern bereit sein."

war am 14. Dezember — gesagt worden ist, und diejenige Vervollständigung dieser Erläuterungen, welche ich mir heut zu geben erlaubte.

Ich erwähnte schon, daß der Herr Vorredner mir eine Verantwortung zumutet, die weder ich noch irgendeiner meiner Nachfolger von Berlin aus leisten könnte, weder für Vorgänge, welche sich in Zanzibar zutragen, noch auch für die Handlungen der Gesellschaft. Die Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger halte ich wesentlich gegen die Gesellschaft gerichtet, und ich muß es der Gesellschaft überlassen, sich dagegen zu verantworten. Ich teile eine Menge seiner Bedenken über das Verfahren derselben; aber ich glaube, weder Sie noch ich haben die Zeit, diese Frage hier zu diskutieren.

Die ganze Blockade halte ich nicht für sehr wesentlich. Wirksam ist sie auf dem deutschen, südlichen Gebiet vermöge der strengen Gewissenhaftigkeit, welche deutsche Organe überhaupt in der Ausführung ihrer Aufträge haben. Ob sie generell wirksam ist, darüber habe ich nicht sichere Nachrichten; manche Nachrichten, deren Glaubwürdigkeit ich dahingestellt sein lasse, lassen dies zweifelhaft erscheinen. Die Blockade ist mir auch von Hause aus nicht als ein Mittel erschienen, die Sklaverei tot zu machen — denn sie trifft ja nur die Ausfuhr der Sklaven und die doch auch nur unvollständig — sondern ich habe in deren Herstellung einen Beweis der afrikanischen Küste gegenüber gesehen, daß Deutschland und England einig sind; das halte ich für sehr wichtig, daß die Eingeborenen der Küste den Eindruck haben und behalten, daß zwischen den beiden bei Zanzibar überhaupt in Frage kommenden Mächten und namentlich zwischen der im älteren Besitz befindlichen Macht England und uns das volle Einverständnis besteht.

Das ist mehr eine politische als eine militärische Frage, daß wir in Gemeinschaft mit England dort blockieren. Wir fassen dabei einige der Sklaven ab — ich glaube, 287 ist die Ziffer derer, die wir bisher g griffen haben, ein sehr geringer Teil! — von englischer Seite haben wir keine Nachricht, daß dort überhaupt Sklaven aufgegriffen worden wären. Aber die Hauptsache den Afrikanern gegenüber ist die Autorität der Europäer und die Autorität der verbündeten Europäer. So lange wir dort mit England in Rivalität leben, wird keine von beiden Mächten denjenigen Nimbus mit der Zeit haben oder behalten, dessen es bedarf, um auf diese schwarz gefärbten Bewohner einen Eindruck zu machen; solange und sobald wir einig sind, ist es ganz etwas anderes, und wenn die Blockade aufhört, ohne den Eindruck eines Bruchs der Einigkeit zwischen England und Deutschland zu machen, so will ich nichts dawider haben.

Dieser Eindruck ist mir nach meiner politischen Auffassung die Hauptsache — ebenso wie ich in anderen Kolonien, in Samoa zum Beispiel, unbedingt festhalte an der Übereinstimmung mit der englischen Regierung und an dem Entschluß, sobald wir mit derselben in Übereinstimmung sind, gemeinsam vorzugehen, und sobald wir das nicht sind, uns zu enthalten oder mit Zurückhaltung zu verfahren. Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; — wenn ich sage „Bundesgenossen",[3] so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England; — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens hundertfünfzig Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolo-

[3] Wiederum an England gerichtete Anspielung auf sein Bündnisangebot vom 11. Januar 1889, worauf noch keine Antwort erfolgt war; diese wurde erst im ablehnenden Sinne im März gegeben.

nialen Fragen. (Bravo! links.) Und wenn mir nachgewiesen würde, daß wir die verlieren, so würde ich vorsichtig werden und den Verlust zu verhüten suchen.

Ich möchte in Bezug auf meine Stellung zu der Gesamtfrage, die wir verhandeln, noch die Bemerkung machen, daß ich nicht Enthusiast für koloniale Unternehmungen von Hause aus gewesen bin, und daß es eine Ungerechtigkeit gewesen ist, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger mich indentifiziert hat und sogar die Regierung identifiziert hat mit dem Verhalten der Gesellschaft. Wenn das der Fall wäre, wenn wir identisch wären, das Reich und die Gesellschaft dieselbe Person wäre, ja, dann wäre gar kein Zweifel, daß das Reich verpflichtet wäre, alle Avanien, die die Gesellschaft erlitten hat, auf sich zu nehmen und durchzufechten. Das ist in dem Maße nicht der Fall. Ich enthalte mich aber, in eine Kritik der Gesellschaft einzutreten und darin dem Herrn Abgeordneten zu folgen. Ich will nur meine Stellung zu der Sache richtigstellen, indem ich daran erinnere, wie ich überhaupt bei der ersten Beratung am 26. Juni 1884 zu dieser Sache hier mich geäußert habe. Ich habe damals gesagt: „Wenn der Herr Abgeordnete Rickert den Wunsch ausgesprochen hat, daß ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich in letzter Beziehung mich hier schon dementsprechend geäußert zu haben. Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien — ich will nicht sagen nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte — gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten — daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger — er war also auch damals schon dabei — in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Nun, in den Fehler ist die Gesellschaft verfallen, indem sie Beamte hingeschickt hat in Distrikte, von unsicheren und unbekannten Stämmen bewohnt, als ob sie einen Landrat nach Prenzlau schickte, wo er sicher ist, Folgsamkeit und Gendarmerie zu finden. Das will ich ja gar nicht bestreiten; aber können wir uns von den Fehlern, die unsere Landsleute im Ausland begehen, aus nationalen Gesichtspunkten so absolut lossagen? Können wir jeden, der einen Irrtum, eine Torheit — möchte ich sagen — draußen begeht und infolgedessen in Schwierigkeiten gerät — können wir den sitzen lassen und im Stich lassen? Das ist eine Frage, in der ich so weit gehe, wie der Reichstag geht, nicht weiter. (Sehr gut! rechts.) Meine eigenen Gefühle, die ich dafür habe, gehen ja sehr viel weiter, aber ich weiß mich unterzuordnen, ich gehöre nicht zu den Leuten, die, nachdem die Majorität ihrer parlamentarischen Körperschaft beschlossen hat, sich an der Sache zu beteiligen, ihrer-

seits in einer kleinlichen und knifflichen Opposition fortfahren, um die Gesamtheit an der Erfüllung der einmal beschlossenen Politik zu hindern und sie zum Stolpern zu bringen (lebhafter Beifall rechts) und darauf nicht verzichten können, daß sie anderer Meinung gewesen sind, die ihr eigenes Ich dem ganzen Lande und seiner Majorität gegenüberstellen. (Beifall rechts.)

Das kann ich wohl unter Umständen als Minister tun, wenn ich die Befürchtung habe, wie es im Jahre 1862 der Fall war, daß die Majorität des Landes in einer verderblichen Richtung sich bewegt; das kann ich tun, wenn ich mich, wie damals gegenüber der Abdikationsurkunde meines Königs und Herrn befinde, der mir sagt: Wollen Sie mir beistehen oder soll ich abdizieren? Dann kann ich dergleichen unternehmen und Widerstand leisten gegen eine Welt von Waffen. Aber für zwei Millionen oder für Zanzibar kann man sich meines Erachtens nicht lossagen von dem großen Zuge der nationalen Bewegung; (Bravo! rechts) da kann man nicht kleinlich hinterher schimpfen über das, was die Mehrheit der Nation einmal beschlossen hat. Ich selbst ordne mich unter. Ich bin kein Kolonialmensch von Hause aus gewesen; ich habe gerechte Bedenken gehabt, und nur der Druck der öffentlichen Meinung, der Druck der Mehrheit hat mich bestimmt zu kapitulieren und mich unterzuordnen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Bamberger dasselbe empfehlen; (Bravo! rechts) er hat noch nicht einmal die Berechtigung, die ich nach sechsundzwanzigjährigem Dienste habe, dem ganzen Lande Opposition zu machen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Also ich habe im Jahre 1884 gesagt, „daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten," also eine Provinz hatte gründen wollen mit Landräten, Bezirksvorstehern, wo noch keine Bevölkerung dafür war.

Es ist ja sehr leicht, eine vernichtende Kritik über das Verhalten vieler Agenten oder noch mehr über das Zentrum der Gesellschaft zu üben; das erledigt aber noch nicht die Frage: Können wir unsere Landsleute im Stiche lassen nach alledem was geschehen ist?

Es heißt dann weiter: „Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfe in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird —" — und jetzt werde ich heute voraussichtlich verantwortlich gemacht für alles, was daraus gemacht werden könnte — „aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkt der staatlichen Pflicht. Ich kann mich dem nicht entziehen, ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: Womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen Unternehmern, über deren Mut

— ich habe die Herren persönlich gesprochen — über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe — ich sage: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen wollte: Das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde „Nasenstüber" bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug!? — Alles das hat der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission vorgetragen, aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand, (lebhaftes Bravo! rechts) zu sagen, wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam, für Euren Anschluß an das Reich Euch Hilfe vom Reich zu gewähren." (Hört! hört! rechts.)

Das sind die Gründe, die mich bestimmt haben, Herrn Bamberger sind sie nicht einleuchtend. Das ist mir vollständig erklärlich. (Heiterkeit rechts.) Er hat in seinen Äußerungen das Reich gewissermaßen als ein Finanzinstitut, aber nicht als eine nationale Einrichtung der deutschen Nation dargestellt, und wenn dieses Finanzinstitut sich nicht rentiert, haben wir nicht zu fragen, ob inzwischen die deutsche Flagge heruntergerissen und Deutsche hinausgeworfen sind, ob inzwischen Ereignisse sich zugetragen haben, welche jede Nation überkommen können, ohne daß sie selbst daran verschuldet wäre, für die sie aber an den Degen greifen und sich wehren muß. Das ist dem Herrn Abgeordneten Bamberger, wie es scheint, gleichgültig. Aber ich habe überhaupt nicht die Absicht gehabt, ihm zu antworten; ich habe mir lange Zeit Notizen gemacht; aber, nachdem ich die zweite Hälfte seiner Rede gehört, habe ich darauf verzichtet, ihm zu antworten. Ich habe dies nur verlesen, um darzulegen, daß es ein Irrtum ist, wenn man behauptet, daß die Regierung in erster Linie hier Wünsche habe. Es ist nur die Frage, ob hier nationale Bedürfnisse, nationale Schädigungen, nationale Forderungen an uns bestehen, und darüber verlange ich allerdings das Zeugnis der berechtigsten Körperschaft im Deutschen Reiche, das Zeugnis des Reichstags. Finden Sie, daß dieselben nicht existieren, gut — dann habe ich mich geirrt, dann ziehe ich mich zurück und trete zurück. Ich bin weit entfernt, meine persönliche Ansicht, meine Neigung, unter Umständen an den Degen zu greifen, als eine Aufforderung für das Reich und die Gesamtheit zu betrachten; ich ordne mich der Mehrheit meiner Nation und deren berechtigten Vertretern absolut unter in diesen Fragen, solange ich nicht die Angst und das Gefühl habe, daß sie auf einem abschüssigen Wege ihrem Schaden entgegeneilt. Dann würde mein Widerstand nur mit meinem Leben endigen; hier aber liegen Fragen der Art ja nicht vor. Hat der Reichstag das Gefühl, daß die Interessen des Deutschen Reichs, seine Ehre — ich mag kaum so hoch greifen, wie dieser Ausdruck trägt; seine Flagge, will ich sagen — hierbei uninteressiert sind, und dispensiert er mich von der weiteren Verfolgung, so ist das ja für mich eine außerordentliche Erleichterung meiner Geschäfte, unter deren Last ich beinahe erliege.

Der Herr Abgeordnete Richter hat damals getadelt, daß wir Beamte in Afrika anstellen, daß wir Garnisonen dort hinlegen, Kasernen, Häfen und Forts bauen. Das alles hat nicht stattgefunden und geht uns auch nichts an: ich habe den Gedanken, daß die Gesellschaft die Herrin dort bleibt; der Kaiser kann unmöglich an Stelle der Gesellschaft Pächter des Sultans von Zanzibar werden. Die ganzen Erwerbungen jenseits des zanzibarischen Küstengebiets, die früher von verschiedenen Privatleuten gemacht worden sind und uns nichts weiter einbrachten, als ein schwer lesbares Stück Papier, das mit Negerkreuzen

eine Anweisung auf Tausende von Meilen gab, die zu erwerben wären, die können uns ja weiter nichts helfen; aber der Küstenbesitz ist von außerordentlich großem Belang. Der Küstenbesitz ist von der Gesellschaft erworben worden, und das ist meines Erachtens eine deutsche Errungenschaft, welche nicht ohne Nützlichkeit ist. Ohne den Küstenbesitz wäre alles, was dahinter erworben ist, nutzlos geblieben; mit dem Küstenbesitz aber kommen wir in die Lage, denjenigen Pflichten, die wir mit unserem Eintritt in den afrikanischen Besitz überhaupt übernommen haben, den kulturellen Pflichten, zu genügen mit anderen großen Nationen wie England, Frankreich, Italien. Dort der Kultur, der christlichen Kultur, in die Hände zu arbeiten — dieser Möglichkeit kommen wir näher; nur von der Küste aus kann die Zivilisation in das Binnenland übergehen.

Ob sie das sofort tut, das weiß ich nicht. Da gilt auch die Frage: „Muß es gleich sein?" wie es in einer bekannten Anekdote heißt, die mir da immer entgegentritt. Es ist die Unterlage einer Zukunftspolitik. Auf dem Standpunkt, auf dem ich stehe, kann ich nicht nur den nächsten Donnerstag im Auge haben; ich muß an Jahrzehnte, an die Zukunft meiner Landsleute denken; ich muß daran denken, ob man mir nicht nach zwanzig, nach dreißig Jahren den Vorwurf machen wird, daß dieser furchtsame Kanzler damals nicht die Courage gehabt hat, uns jenen Besitz zu sichern, der jetzt ein guter geworden ist. Da kann ich doch nicht ohne weiteres den deutschen Bürger von der Tür wegweisen, der sagt: Ich habe das erworben. Er kann mir nicht beweisen, daß es nützlich wäre für das Reich; ich kann ihm aber auch nicht beweisen, daß es ihm schädlich ist. Es ist, was ich neulich sagte, eine Mutung, die sich vielleicht verwerten läßt; und wer von einer Kolonie in drei Wochen oder drei Jahren ein glänzendes Resultat erwartet, der mag Reden halten; aber er ist kein Mensch von Urteil. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Die Frage ist die, ob wir in zehn, in zwanzig, in dreißig Jahren nicht vielleicht bereuen würden, den Besitztitel, der uns jetzt geboten wird, verschmäht zu haben. (Sehr richtig!) Da habe ich nicht den Mut, ihn herauszuweisen, namentlich wenn er für den Preis, der uns jetzt dafür abgefordert wird, zu haben ist.

Ich habe Ihnen angedeutet, wie zögernd ich an die Kolonialfrage überhaupt herangegangen bin. Nachdem ich mich aber überzeugt habe, daß die Mehrheit meiner Landsleute — ich glaubte es wenigstens, und jedenfalls darf ich es aus der Bewilligung, die hier im Reichstag stattgefunden hat, schließen — daß die Mehrheit des Reichstags den Versuch der Kolonialpolitik, ohne sich für den Erfolg zu verbürgen, gutgeheißen hat, so habe ich mich für ermächtigt gehalten, meine früheren Bedenken aufrechtzuerhalten, die — ich erinnere mich sehr wohl — dahin gerichtet waren, daß wir unsere Flagge nirgends als souverän etablieren, sondern höchstens Kohlenstationen errichten sollten — das war meine Ansicht in früheren Jahren. Kurz und gut ich war gegen Gründung deutscher Kolonien. Ich habe mich darin gefügt, und wenn ich mich in meiner Stellung dem Drängen der Mehrheit meiner Landsleute, der Mehrheit des Reichstags füge, so glaube ich, könnte Herr Bamberger es auch tun. (Bravo!) Ich halte mich wenigstens nicht für ermächtigt, der großen Reichslokomotive, wenn sie ihren Bahnstrang einmal gewählt hat, Steine in den Weg zu werfen, und das, glaube ich, geschieht von den Herren die jetzt noch, von einer kleinen Minorität unterstützt, der Reichspolitik in dieser Richtung Schwierigkeiten bereiten.

Der Herr Abgeordnete Bamberger ist in einer persönlichen Bemerkung von großer Ausdehnung auf die Frage von Angra Pequena zurückgekommen; ich habe ihm neulich

vorgeworfen, daß er die Ansprüche seiner deutschen Landsleute diskreditiert hätte im Ausland durch die geringschätzige Art, in der er davon sprach. Ich kann ihm heute sagen, daß den deutschen Inhabern der von ihm geringschätzig behandelten Rechtsansprüche von den englischen Konkurrenten bereits mehrere Millionen Mark für die Zession derselben geboten sind. Diese Millionen Mark hat Herr Bamberger durch seine Äußerungen von neulich wesentlich diskreditiert, ich bin überzeugt, daß die Herren in der Kapstadt, die das geboten haben, wenn sie von der Rede des Herrn Bamberger hören, vielleicht nur eine Million bieten werden, (Heiterkeit) und auf diese Weise sein Vaterland zu schädigen, halte ich nicht für eine Aufgabe, der ich mich anschließen kann.

Die Motive haben sehr unterschieden zwischen den materiellen Interessen der Gesellschaft und den nationalen Pflichten, die Deutschland übernommen hat, nachdem es in Afrika überhaupt irgendeinen Besitz ergriffen hat, den nationalen Pflichten, teilzunehmen an der Zivilisierung und Christianisierung dieses weit ausgedehnten, in seinem Innern noch immer unerforschten Weltteils. Ich habe die Reichsregierung nicht für berechtigt gehalten im Interesse der Gesellschaft an sich irgendeine Forderung zu machen. Hat sie unrichtig spekuliert, so ist das, wenn man will, ihre Sache, obschon ich im ganzen nicht glaube, daß andere Regierungen in ähnlichen Fällen — der französische Ausdruck ist: „lâcheurs de leurs compatriotes“ sind, daß sie ihren Landsmann fallen lassen in solchen Fällen.

Aber hier handelt es sich um etwas anderes. Die Regierung hat durch ihr Eintreten in die gleiche Front mit England und Frankreich in Afrika in der Kongofrage die Verpflichtung übernommen, an der Zivilisierung und Christianisierung dieses großen Weltteils Anteil zu nehmen. Hätte sie eine Gesellschaft geschützt, die sich erlaubt hätte, sich von diesen Prinzipien der Zivilisation vollständig zu entfernen, wie das ja von manchen Handelshäusern bisher geschehen ist, am Sklavenhandel sich zu beteiligen oder doch sich nicht desselben zu enthalten, oder hauptsächlich die Einfuhr der Munition, die für die Sklavenjäger bestimmt ist, zu befördern — die Gesellschaft würde vielleicht gar so schlechte Geschäfte nicht gemacht haben — (sehr richtig! rechts), dann würde sie nicht den Zorn der arabischen Sklavenjäger auf sich gezogen haben.

Was dort gehaßt wird, ist der Christ, der Beschützer der Sklaven, das ist der Störer in einem illiziten Handel. Ich habe in einer mir eben zugegangenen Meldung über eine Kaptur unserer Flotte gelesen, daß eine Dhow gefangen wurde, in der 87 Sklaven unten lagen, in einem so engen Raume, daß sie drei Mann hoch — wie ich den Kubikinhalt berechnen kann — notwendig liegen mußten. Über sie waren Matten gebreitet, und auf den Matten saßen, standen und gingen die 17 Araber, welche die Bemannung der Dhow bildeten. Diese Dhow wurde unseren Kreuzern verraten durch zwei Neger, denen man mehr getraut hatte, und die von dem Deck Zeichen gegeben hatten; die wurden sofort erstochen, ehe wir herankamen. Sollen wir nun dergleichen Sachen, wenn wir uns dort überhaupt einmal einrichten, dulden, weil es finanziell uneinträglich ist, uns ihnen zu widersetzen, oder nicht? Das schiebe ich den christlichen und humanitären Erwägungen des Herrn Abgeordneten zu. (Heiterkeit rechts.)

Der Sultansvertrag ist meines Erachtens die bedeutendste und nützlichste Leistung, welche die Gesellschaft überhaupt gemacht hat: der hat den Zugang zum Inlande erst eröffnet. So lange die Küsten abhängig waren von einer Macht, wie der Sultan von Zanzibar, namentlich von den energischeren Vorgängern des jetzigen Sultans, so lange war unsere

Verbindung mit dem Binnenlande doch immer sehr zweifelhaft und auf die Dauer nicht sicher, und wir konnten der Gefahr ausgesetzt sein, daß, wenn wir uns mit dem Sultan von Zanzibar erzürnten, wir uns auch mit der uns befreundeten Macht von England, deren Protegé der Sultan von Zanzibar immer war, erzürnt hätten. Wir würden also von alledem, was wir jenseits der Zanzibargrenze okkupiert haben, durch eine Grenze geschieden sein. Dies ist also meines Erachtens eine dankenswerte Unterlage, welche die Gesellschaft der deutschen Nation gewonnen hat, um von dort aus allmählich, aber sehr allmählich, ihre weiteren Kulturversuche nach dem Innern zu erstrecken.

Ob diese Kulturversuche hauptsächlich in der Pflege des Karawanenhandels nach dem Innern bestehen sollen oder in plantagenmäßiger Kultivierung des an uns gebrachten Küstenlandes, das ist eine Frage, die ich in letzterem Sinne zu bejahen geneigt sein möchte. Der Karawanenhandel lebt jetzt in erster Linie von dem Sklavenhandel und vom Rückhandel von Pulver und Blei, mit dem die Verteidiger der zu fangenden Sklaven erschossen werden — kurz und gut, Gewehre und Munition gehen hin, Sklaven gehen aus als Ergebnis der gelieferten überlegenen Bewaffnung. Fällt das weg, fällt auch noch der Branntwein weg, so wird der Karawanenhandel sehr gering; er beschränkt sich auf Elfenbein. Das Elfenbein hat schon jetzt nicht immer volle Ladungen gegeben; die mußten durch Menschenfleisch, Neger, vervollständigt werden, um für die Beladung der Dhows zu dienen. Bekanntlich werden Elefanten immer weniger, Gummi kann dort mehr sein. Aber ich glaube kaum, daß der Karawanenhandel allein eine große Zukunft haben wird; ich glaube, daß er auf zwei aussterbenden Generationen basiert ist, den Sklaven und den Elefanten. Die Elefanten werden weniger; bis jetzt ist Elfenbein noch da und Gummi.

Aber ich setze meine Hoffnung für die Zukunft Deutschlands nicht gerade auf den Karawanenhandel, sondern vielmehr auf die Möglichkeit, den fruchtbaren Ostabhang Ostafrikas, der im allgemeinen nur so weit fruchtbar ist, als der Küstenstrich reicht, zum Plantagenbau im tropischen Sinne zu benutzen. Es ist das, wie Herr Hauptmann Wißmann schon vorher bemerkte, ein Küstenstrich von über 100 Meilen Länge und 5 bis 15 deutschen Meilen Breite, also ein sehr bedeutendes Terrain. Wir zahlen für tropische Produkte, die wir bei uns nicht produzieren können, gegenwärtig schon ungefähr 500 Millionen bar ans Ausland. Soviel ich mich der Ziffern erinnere, figuriert darin die Baumwolle als Höchstes mit ungefähr 200 Millionen, der Kaffee mit 192 Millionen, der Tabak mit 64 Millionen, und außerdem Kakao, Gewürze, Vanillen in erheblichem Maße. Wenn wir von dieser Einfuhr von 500 Millionen, die wir bar bezahlen müssen, auch nur den zehnten Teil abrechnen, oder den hundertsten Teil mit 5 Millionen einstweilen für deutsche Eigentümer erwerben könnten, welche in Zanzibar und in diesen Küstenländern unter sicherem Schutze des Reichs ihren Tabak, ihre Baumwolle, ihren Kakao bauen könnten, so würde ich das doch für einen erheblichen wirtschaftlichen Gewinn halten und auch für einen volkswirtschaftlichen insofern, als eine Menge der überschüssigen Kräfte, die wir in unseren Gymnasien und höheren Schulen erziehen, dort als Leiter von solchen Einrichtungen eine Verwendung finden könnten, die wir im Lande doch nicht überall haben und vielleicht mit der Zeit immer weniger haben werden.

Also ich möchte nur bitten, eine solche koloniale Gründung nicht als einen Lotterieeinsatz zu betrachten, der im nächsten halben Jahre einen ungeheuren Gewinn geben muß, sondern als eine vorbedachte, berechnete Anlage, die unter Umständen vielleicht auch keinen

Gewinn abwirft, aber doch mit Wahrscheinlichkeit in zehn — und wenn es in zwanzig Jahren wäre, wäre es auch kein Unglück. Wir haben die Gewißheit, daß diese tropischen Länder, welche die einzigen noch unokkupierten sind, uns von anderen Mächten nicht mehr bestritten werden können. Unsere ganze Besitzergreifung, unsere ganze Neigung, sie zu verteidigen, hat sich ja ursprünglich nur gegen andere Mächte, die auch dort Besitz ergreifen wollten, gerichtet, und denen gegenüber haben wir durch unsere freundschaftlichen Beziehungen vollständig die Mittel, sie fern zu halten. Sie haben die Grenzen anerkannt, die wir gezogen haben; innerhalb der Grenzen kann sich der Deutsche entwickeln. Will er nicht, oder gelingt es ihm nicht, nun gut, so bleibt es immer noch einer späteren Generation vorbehalten, den Versuch zu wiederholen.

Ich bin ganz bestürzt gewesen über den Gedanken, den viele Leute gehabt haben, als müßte das nun gleich wie ein Gründungspapier eine ungeheure Dividende abwerfen. Ich habe mir gedacht: das ist eine Beschlagnahme wie bei der Mutung eines Bergwerkbesitzes oder dem Ankauf eines später zu bebauenden Grundstücks, und wenn man nicht mit Ruhe einen Erfolg abwarten kann, so hätte man es überhaupt nicht tun sollen. Daß man gegen diejenigen, welche solche Anlagen machen, nun den Vorwurf erhebt, daß sie nicht sofort am nächsten Donnerstag eine große Rente geben, nun, dazu gehört die leidenschaftliche Feindschaft, die auf Parteikämpfen beruht. Das kann ich nicht mehr als eine staatliche Erwägung behandeln und ansehen.

Die Küste also müssen wir meines Erachtens wiedererwerben und halten, wenn wir unsere Aufgabe der Zivilisation von Afrika erfüllen wollen. Die Sklaverei mit einem Male abschaffen zu wollen im Innern von Afrika — das ist ein Gedanke, der nur von lokalunkundigen Leuten gefaßt werden kann. Ich erinnere wiederholt daran — ich habe es schon einmal gesagt — daß nur auf der kleinen Insel Jamaika die Aufhebung der Sklaverei der englischen Regierung 20 Millionen Pfund Sterling — das sind 400 Millionen Mark — gekostet hat, und wir werden doch nicht gegen die Sklavenbesitzer gewalttätig vorgehen. Bei uns in Deutschland, wo die Gewalt viel stärker ist und die Gesetzgebungen so viel durchschlagender, ist doch auch die Aufhebung der Hörigkeit nicht ohne Entschädigung erfolgt, — aber das ist eine Frage, die ich jetzt noch nicht als vorliegend ansehe. Die Küste müssen wir immer haben, um weiter in das Land hinein zu wirken; die Küste ist im Pachtbesitz der Gesellschaft, wir müssen also die Gesellschaft, die einstweilen unser einziges Organ zur Durchführung unserer zivilisatorischen Bestrebungen ist, schützen und halten, wenn wir diesen zivilisatorischen Bestrebungen uns anschließen wollen.

Ich habe die Gründe dargelegt, die mich bestimmt haben, der Strömung zu Gunsten kolonialer Bestrebungen nachzugeben, und ich habe meine Fügsamkeit der Allgemeinheit gegenüber dabei betont. Die Allgemeinheit hat aber vor vier Jahren dieser Strömung so weit nachgegeben, daß sie meines Erachtens nicht mehr zurück kann, und ich glaube auch nicht, daß sie es für tunlich erachten wird, zurückzugehen. Ich halte mich im Gegenteil, namentlich nachdem ich die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst gehört habe, der Zustimmung des Reichstags zu der Vorlage vollständig versichert; ich bedaure nur, daß sie nicht etwas schneller erfolgt. Ich glaube, daß die Aufgabe, die dem Reichskommissar dort zufallen wird, etwas erleichtert würde, wenn sie auch nur vier bis fünf Tage früher in Angriff genommen werden könnte.

Nun, meine Herren, Sie werden ja Ihrerseits erwägen, welche Zeit Sie brauchen, um sich zu entschließen. Ich endige meine Äußerungen mit der Hoffnung, daß Sie die Regierungsvorlage mit großer Majorität annehmen werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen und am 30 Januar in dritter Lesung angenommen.

44. Sitzung des Deutschen Reichstags.

21. März 1889.

In einem Nachtragsetat forderten die verbündeten Regierungen die Mittel zu einer grundsätzlichen Änderung in der Organisation der Marineleitung. An Stelle des einen „Chefs der Admiralität“ sollte ein Oberkommando für den aktiven Dienst und ein Reichsmarineamt für die laufende Verwaltung treten.[1] Am 21 März steht die Position zur zweiten Beratung; Abg. Freiherr v. Franckenstein spricht sich im Namen des Zentrums dagegen aus, Abg. Delbrück (Reichspartei) dafür In scharfer Weise wendet sich Abg. Richter gegen die geplante Organisation. Nachdem Konteradmiral Heusner die technische Seite der Sache erörtert hat, bemerkt Fürst Bismarck:

Ich habe das Bedürfnis, auch vom Standpunkte des Reichskanzlers und der Reichsverfassung einige Bemerkungen über die Vorlage zu machen. Ehe ich dazu schreite, wende ich mich gegen die Äußerung des Herrn Freiherrn von Franckenstein, daß diese Sache, wenn sie wirklich eilig und dringend wäre, früher hätte vorgebracht werden müssen, und daß sie ebenso eilig, wie heute, am Tage der Vorlegung des Hauptetats gewesen sein müsse. Nun möchte ich den Herrn Abgeordneten doch bitten, zu erwägen, daß wir im vorigen Jahre hintereinander zwei Thronwechsel, zwei Souveräne gehabt haben, die für die Landarmee ein hohes Interesse, für die Marine vielleicht nicht ganz dasselbe Interesse hatten, wie der jetzt regierende Herr, daß der Letztere doch, als er zur Regierung kam, eine gewisse Zeit gebraucht hat, um seine Ansichten über die weitere Entwicklung der Marine zum Ausreifen zu bringen. Es wird von dem Herrn, namentlich da er in der Lage war, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zunächst sich mit den Aufgaben, Reisen und Besuchen zu beschäftigen, welche diesen Zweck hatten, nicht verlangt werden können, daß er mit der Schnelligkeit eines um Johanni rechtzeitig verwarnten und ermahnten Rates eines Ministeriums sich schlüssig mache über das, was vorgelegt werden soll. Ich bin überzeugt, daß der Herr Freiherr von Franckenstein, wenn er sich diese Stellung des höchsten Kriegsherrn zur Marine vergegenwärtigt, uns daraus keinen Vorwurf wird machen wollen, daß das, was jetzt vorgelegt wird, nicht schon vor drei oder vier Monaten vorgelegt worden ist Es kann aber nichtsdestoweniger, auch wenn es damals fertig war, doch eilig sein. Ich wünsche ja nicht, daß es eilig werde; es würde aber eilig werden, sobald die Aussichten, die wir jetzt auf die Erhaltung des Friedens haben, sich trüben sollten. So, wie es bisher bestanden hat, konnte es doch nur bestehen durch eine große Enthaltsamkeit eines sehr militärfrommen Kanzlers in Bezug auf jede Einmischung in die Dinge. (Heiterkeit.)

Es stehen dem Reichskanzler zwei ganz heterogene Behörden gegenüber, die eine die Kommandobehörde, die lediglich in der Hand des Kaisers liegen soll, der in Krieg und Frieden über die Marine soll verfügen können, die andere die Verwaltung, die finanzielle

---

[1] Vergl. zu dieser Organisationsfrage die Erinnerungen des Großadmirals v. Tirpitz. (1919.)

Behörde, die in erster Linie dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig ist, die sich aber nicht rühren kann, ohne Bewilligung des Reichstags.

Eine Einmischung des Reichskanzlers in das Kommando der Armee und Marine halte ich als das sorgfältigst zu Verhütende, weil der Reichskanzler eben vom Reichstage in einer gewissen Abhängigkeit ist, und eine Einmischung des Reichstags in die geltende Macht des Kommandos die größte Gefahr für die staatlichen Verhältnisse bedeuten würde. (Sehr richtig! rechts.) Das werden Sie mir alle zugeben, und deshalb halte ich die Rechte des Kaisers und die Rechte des Reichstags und der Beamten, die dem Reichstage die Verantwortung schuldig sind, genau voneinander getrennt.

Der Oberkommandierende der Marine soll meines Erachtens ein viel zu hochstehender Soldat, will ich sagen, sein, um mit dem Reichskanzler irgend etwas zu tun zu haben, mit dessen Verantwortlichkeit, mit dessen Verfügung. Hätte ich mich bisher nicht enthalten irgendeiner Einmischung in Dinge, die ich wenig oder nur mittelbar verstehe, so wäre es schon bisher nicht gegangen. Ich habe das Bedürfnis, daß meine verfassungsmäßige Pflicht zur Einmischung beschränkt werde auf die Grenzen, innerhalb deren sie von der Verfassung überhaupt nur gemeint sein kann.

Die frühere Verschmelzung beider Stellen war ja möglich, weil unsere Marine unfertig war, klein und unbedeutend; sie wurde ebenso mit durchgerissen. Wenn sie heutzutage so stark wird, wie sie nach unseren Bedürfnissen defensiver und expansiver Natur sein muß, so wird sie meines Erachtens, wie das der Herr Vorredner von der Regierungsseite schon bemerkte, die volle Kraft eines ganzen Mannes absorbieren. Der, der die Marine zu kommandieren hat, wird gar nicht Zeit haben, sich um die Verwaltung und um seine Verantwortlichkeit dem Reichskanzler gegenüber irgendwie zu bekümmern, und wenn er sich die Zeit dazu nehmen wollte, nun, so würde er sein Kommando vernachlässigen.

Ich halte das bisherige Verhältnis für gerade so unnatürlich, wie es sein würde, wenn der dem Preußischen Landtage und indirekt dem Reichskanzler und dem Reichstage verantwortliche Kriegsminister zugleich kommandierender General von einem oder mehreren Korps sein würde. Würden Sie das nicht — nicht nur militärisch, sondern auch vom Standpunkte des Laien und Zivilisten — als eine ungeheuerliche Abnormität betrachten? Diese ungeheuerliche Abnormität habe ich zehn Jahre und, ich weiß nicht, länger mühsam durchgeschleppt, und nur durch meine Bescheidenheit in der Einmischung. Setzen Sie an meine Stelle einen herrschsüchtigen Kanzler, der ich nicht zu sein glaube, (Heiterkeit) so wird das nicht acht Tage mehr gehen. Deshalb halte ich von meinem, wie ich glaube, in der Verfassung begründeten Standpunkt die Trennung des Kommandos von der Verwaltung für unabweislich, und ich glaube, Sie selbst, wenn Sie die Rechte, die Ihnen zustehen auf die Verwaltung, streng ausüben wollen, müssen davon den illegitimen, außerverfassungsmäßigen Einfluß, den das Kommando unter Umständen durch sein Gewicht, durch seine Macht auch dem verantwortlichen Reichskanzler gegenüber üben kann, perhorreszieren und vermeiden; Sie müssen in Ihrem Interesse meines Erachtens die strenge Scheidung von Verwaltung und Reichstag und vom Kaiserlichen Militärkommando verlangen.

Ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Entscheidung über diese Frage aufgeschoben oder die Vorlage abgelehnt würde. Ich würde mir nur dadurch helfen können, daß ich dieselbe Enthaltsamkeit, wie ich sie bisher geübt habe, auch fortfahre zu üben, das heißt, mich auf die Stellvertretung, die ich ja auch in der Marine habe, absolut verlasse und die Ver-

antwortung meinerseits darüber ablehne. Ich bin vollkommen in der Berechtigung, sie abzulehnen, sobald ich vertreten bin. Ich mache von dieser Berechtigung sehr selten Gebrauch. Ich decke gern auch meine Vertreter mit meiner Verantwortlichkeit.

Aber wenn ich mich in der Lage befinde, daß mir für etwas, was ich in Übereinstimmung mit der Verfassung für unabweislich halte zur Entlastung meiner Verantwortlichkeit, zur Beschränkung derselben auf das ihr verfassungsmäßig zugewiesene Gebiet — wenn ich dafür nicht die Unterstützung des Reichstags haben sollte, dann muß ich mich eben einfach auf die Tatsache der Stellvertretung zurückziehen und abwarten, wie es geht. In weiterer, friedlicher Entwicklung wird es ja gehen, aber schlecht, zum großen Nachteil für die Marine, in welcher die Einteilung und Einrichtung noch ein Jahr lang ein Provisorium bleibt, wie der Herr Admiral vorher schon seinerseits bemerkte; daß das für die Entwicklung der Streitbarkeit und Freudigkeit im Dienst der Marine nicht nützlich ist, werden Sie selbst zugeben.

Das ist aber ein minimaler Grund. Der Hauptgrund für mich ist: als Reichskanzler fordere ich im Namen der Verfassung die Trennung; sie ist verfassungsmäßig vorgeschrieben. Ich habe keine Verantwortung für das Kommando, und ich kann den Herrn, der das ganze kommandiert und verwaltet, nicht in die Teile von einem Viertel und drei Vierteln teilen, von dem das eine Viertel mir gehört und ihm drei Viertel, unabhängig von meiner Amtsführung. (Bravo! rechts.)

Freiherr v. Franckenstein erklärt nunmehr die Zustimmung des Zentrums. Abg. Richter beruft sich zur Stütze seines Widerspruchs auf den früheren Marinechef, General v. Stosch. Er findet auch den Vergleich mit der Armee unrichtig. Fürst Bismarck erwidert:

Der Herr Abgeordnete Richter hat mit einer gewissen Übertreibung gesagt: Wenn die Ansichten Seiner Majestät des Kaisers hier maßgebend sein sollten, dann brauchten wir keinen Reichstag. Das ist so eine parlamentarische Rede, die sich auf der Seite extremer Parteien sehr leicht einfindet. Ich könnte darauf gerade so gut erwidern: wenn der Reichstag allein entscheiden sollte, dann brauchten wir gar keinen Kaiser. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist doch aber wünschenswert, daß die Ansichten des Kaisers, des Höchstkommandierenden über unsere Kriegsmacht zu Lande und zur See, Beachtung bei uns finden; ich habe sie nur zitiert als Erklärung für die Auffälligkeit der Verspätung dieser Vorlage, die Freiherr von Franckenstein berührte; ich kann ja keine Vorlage bei Ihnen einbringen ohne Mitwirkung des Kaisers; ich brauche seine Ermächtigung seine Unterschrift. Also der Herr Abgeordnete Richter unterschätzt die Autorität des Kaisers im Reich doch ganz erheblich, wenn er das Erwähnen, das Rücksichtnehmen auf Wünsche, auf Stimmungen des Kaisers, auf das stärkere Interesse dieses Kaisers für die Marine als seiner beiden Vorgänger tadelt; das Interesse wechselt ja, und wir können uns freuen, einen Herrn zu haben, der der Marine ein lebhafteres Interesse zuwendet als seine Vorgänger, die jung waren in der Zeit, wo wir überhaupt noch keine Marine hatten. Nehmen wir das dankbar an; wenigstens glaube ich, daß alle unsere Seeanwohner es dankbar annehmen.

Nachher hat der Abgeordnete Richter gesagt, das Heer habe ja gar kein Oberkommando; warum solle die Marine eins haben? Nun, das Landheer hat — ich weiß nicht, sind es 15 oder 16 Oberkommandos, die alle unter dem Kaiser direkt stehen, von denen aber keines einen Anteil an der Verwaltung, an den Geschäften des Kriegsministe-

riums beansprucht. Es sind das die komandierenden Generäle. Wenn der Abgeordnete die Akten in demselben Umfange kennt wie ich — ich weiß nicht, ob sie schon publici juris geworden sind — so wird er daraus entnommen haben, daß dem Oberkommando der Marine die Attributionen eines kommandierenden Generals verliehen werden sollen. Das Oberkommando der Marine ist also gewissermaßen ein siebzehnter kommandierender General unter dem Namen „Marineoberkommando". Die Distinktion, daß die Kriegsmacht zur See eine besondere Bezeichnung eines kommandierenden Generals, der unmittelbar unter dem Kaiser steht, haben soll, können Sie ihr doch wohl lassen; und darüber brauchen wir doch wohl nicht hier weiter zu diskutieren. Es ist das eine, ich möchte sagen, Titelfrage.

Die Intention Seiner Majestät, soviel ich mich erinnere, ist keineswegs, das ein Oberkommando zu nennen, sondern den Kommandierenden der Marine den Kommandierenden Admiral zu nennen, gerade so wie der Befehlshaber eines Korps zu Lande der Kommandierende General heißt. Wir wünschen also nur die analogen und jahrelang erprobten Einrichtungen, wie sie im Landheere sind: daß die Trennung der Marine in Kommando und Verwaltung, die Scheidung — nun, ich will nicht sagen, von Tisch, aber doch von Bett zwischen beiden vollzogen wird, (Heiterkeit) damit dem Kaiser gegeben werde, was des Kaisers ist, das Kommando, und dem Reichstag gegeben werde, aber auch voll gegeben werde, was des Reichstags ist, damit beide nicht mehr promiscue existieren. Ich glaube, es ist ein wohl berechtigter und verfassungsmäßiger Anspruch, den die verbündeten Regierungen damit erheben. (Bravo! rechts.)

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

47. Sitzung des Deutschen Reichstags.

29. März 1889.

Nur durch das rastlose Drängen des Fürsten Bismarck und seiner Mitarbeiter waren alle Widerstände gegen die 1881 in Angriff genommene Sozialpolitik so weit überwunden worden, daß endlich auch das dritte der großen sozialen Schutzgesetze: die Versicherung des Arbeiters gegen Alter und Invalidität dem Reichstage vorgelegt werden konnte. In der Reichstagskommission war nach langen Beratungen der Regierungsentwurf umgestaltet worden und konnte am 29 März dem Reichstag zur zweiten Lesung vorgelegt werden. Nach zahlreichen Reden erklärt Staatssekretär v. Boetticher das umgehende Gerücht für unwahr, daß der Reichskanzler kein besonderes Interesse an der Vorlage nehme. Nach ihm bemerkt Fürst Bismarck, der während Boettichers Rede im Saale erschienen ist:

Wenn ich nach der sachkundigen und erschöpfenden Auslassung des Herrn Vorredners in dieser Sache das Wort ergreife, so werde ich dazu lediglich durch den zufälligen Umstand geleitet, daß der Herr Vorredner in meiner Anwesenheit sich über meine Stellung zur Sache ausgesprochen hat, und wenn ich dazu schweigen wollte, es so aussähe, als wäre ich nicht vollständig mit dem Herrn Vorredner in betreff dessen, was er über mich gesagt hat, einverstanden. Dem entgegenzutreten ist meine Pflicht, der Sache und dem Herrn Vorredner gegenüber; daß der — ich kann es nicht anders nennen als „Verdächtigung" — deren Existenz er angedeutet hat, auch von mir widersprochen werde, erscheint mir eine Notwendigkeit. Mir ist schwer verständlich, wie dieses Gerücht entstanden sein kann. Ich habe einigermaßen darüber nachgedacht, was ich wohl getan und gesagt haben könnte, um dazu Anlaß zu geben; ich habe nichts der Art entdecken können. Ich muß es als eine reine

und dreiste Erfindung bezeichnen. Ich habe im Anfange dieses Winters allerdings nicht geglaubt, daß wir Aussicht hätten, diese umfängliche Vorlage noch in diesem Winter, noch in dieser Session verabschieden zu können. Ich glaubte, sie würde nicht durchdiskutiert werden. Daß sie eingebracht werden würde, war mir vollständig klar; wie konnte ich als Reichskanzler darüber unklar sein? Sie kann ja ohne mich gar nicht eingebracht werden. Aber ich glaubte, wir würden gewissermaßen ein totes Rennen haben und die Vorlage das nächste Jahr noch einmal einbringen müssen. Ob ich dieser meiner Meinung jemals Ausdruck gegeben habe, weiß ich nicht; das wäre aber das einzige, was einen Anlaß oder einen Vorwand gegeben haben könnte, die angedeutete Unwahrheit über meine Stellung zur Sache zu verbreiten. Ich habe dabei die Arbeitsamkeit der beteiligten Herren und namentlich die meines verehrten Kollegen, der soeben gesprochen hat, also offenbar unterschätzt, wie vielleicht diejenigen, welche aus meiner Nichtbeteiligung an den Kommissionsberatungen den Schluß gezogen haben, daß ich kühl zu der Sache stände, meine Arbeitsamkeit und meine Arbeitsfähigkeit überschätzt haben. Ich glaube, daß die öffentlichen Blätter meiner politischen „Freunde" übertreiben, wenn sie von mir sagen, daß ich, schnell alternd, der Arbeitsunfähigkeit entgegen ginge. (Große Heiterkeit.)

Einiges kann ich noch leisten, aber nicht alles, was ich früher getan habe. (Heiterkeit.)

Wenn ich die Aufgaben eines Auswärtigen Ministers eines großen Landes, und auch nur die noch zur Zufriedenheit leiste auf meine alten Tage, dann werde ich immer noch das Werk eines Mannes tun, das in anderen Ländern als ein volles Manneswerk gilt, (lebhaftes Bravo!) und ein dankenswertes Werk. Wenn es mir gelingt, dabei in Einigkeit mit allen verbündeten Regierungen und mit Seiner Majestät dem Kaiser, im Genusse des Vertrauens der fremden Regierungen, unsere auswärtige Politik weiter zu führen, so sehe ich das einstweilen für meine erste, für meine primo loco-Pflicht an. In allen anderen Beziehungen bin ich leichter ersetzbar. Die Summe von Vertrauen und Erfahrungen, die ich aber in etwa dreißig Jahren auswärtiger Politik mir habe erwerben können, die kann ich nicht vererben und die kann ich nicht übertragen.

Namentlich in diesen jetzt vorliegenden Fragen bin ich durch meinen Kollegen Herrn v. Boetticher ja mehr als ersetzt. Ich hätte das, was er in dieser Sache getan und geleistet hat, selbst nicht leisten können, auch selbst wenn ich in der Möglichkeit gewesen wäre, mich ausschließlich dieser Angelegenheit zu widmen. (Lebhaftes Bravo! auf beiden Seiten des Hauses.) Jeder hat sein eigenes Fach, und in diesem Fache sehe ich neidlos das Verdienst meines Herrn Kollegen als das größere an als das meinige. (Wiederholtes lebhaftes Bravo!)

Aber so viel Verdienst habe ich doch auch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblicke der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik vindizieren, (hört! hört! Bravo! Sehr richtig! rechts) einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Äußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Herrn Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich

nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen? Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen. (Bravo! rechts.) Es ist das in der Tat eine fast beleidigende Zumutung, die mir damit gestellt wird.

Ich habe auf die Einzelheiten nicht die Möglichkeit hier einzugehen, und es würde auch für mich ultra crepidam sein, wenn ich nach der ausführlichen und erschöpfenden Darlegung des Herrn Vorredners das versuchen wollte. Ich würde überhaupt nicht das Wort ergriffen haben, wenn nicht in meiner Gegenwart diese Zweifel an meiner Stellung zur Sache öffentlich zur Sprache gebracht worden wären. Ich kann sie nicht direkter widerlegen, als indem ich auch meinerseits die Herren bitte, die Vorlage mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen — was nicht ausschließt, daß man über Einzelheiten per majora abstimmen kann. Ich wenigstens habe keine vorgefaßte Ansicht über solche Details in der Sache, die den Gesamtzweck unberührt und unbeschädigt lassen, und bin ganz bereit, mich der Mehrheit des Reichstags und der verbündeten Regierungen darin zu fügen. Aber für die Annahme des Gesetzes in seiner Gesamtheit trete ich mit voller Überzeugung und mit der dringenden Bitte ein, Ihrerseits derselben entsprechen zu wollen. (Lebhaftes Bravo!)

70. Sitzung des Deutschen Reichstags.

18. Mai 1889.[1]

Fortsetzung der Debatte über die Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Freunde und Gegner sind fast gleich stark und der Riß geht durch die Parteien selber. Nach lebhafter, vom Tage vorher fortgesetzter Debatte zur dritten Lesung, an der sich auch der Staatssekretär v. Boetticher beteiligt, nimmt Fürst Bismarck zu seiner letzten parlamentarischen Rede das Wort:

Ich habe, als ich das letzte Mal in dieser Frage hier das Wort nahm, schon hervorgehoben, daß meine Nichtbeteiligung an den Diskussionen im einzelnen nicht aus Mangel an persönlichem Interesse hervorgeht, sondern aus Mangel an Kräften, der Gesamtheit meiner Aufgaben nach allen Seiten hin wie früher zu genügen. Es ist mit den Jahren für mich eine Notwendigkeit geworden, den Kreis meiner Tätigkeit prinzipiell enger zu ziehen. Ich habe, wie ich schon neulich bemerkte, vor allen Dingen die Leitung der auswärtigen Beziehungen und auch die Leitung der inneren Politik in ihren Haupteinrichtungen, in Preußen sowohl wie im Reich, beibehalten zu müssen geglaubt; außerhalb des damit gezogenen Kreises liegt für mich die Aufgabe, hier Reden zu halten, von denen ich ganz sicher bin, daß sie keine einzige Stimme in der definitiven Abstimmung gewinnen werden, und wenn ich auch mit Engelszungen redete. Die Herren wissen ja alle schon heute, wofür sie stimmen wollen und wogegen sie stimmen wollen, und alles, was hier an Beredsamkeit ausgetauscht wird, was an anscheinender Bitterkeit und Feindschaft ausgetauscht wird, ist doch für andere Gegenden berechnet und nicht für den Einfluß auf irgend jemanden, der hier in diesem Saale stimmberechtigt ist.

Ich habe, als ich hereintrat, mit einer gewissen Genugtuung wahrgenommen, daß mein verehrter Kollege zu meiner Rechten noch Zeit und Kraft hat zu dem Versuch, einen Welfen

[1] Letzte parlamentarische Rede des Fürsten Bismarck.

bekehren und für eine reichsfreundliche Sache gewinnen zu wollen. (Heiterkeit.) Ich habe dem — nicht mit der sarkastischen Ruhe des Alters, aber mit der aufrichtigen Freude an der Lebenskraft, die in meinem Kollegen noch steckt, zugehört (Bravo! Heiterkeit) aber ich teile die Illusion nicht, unter deren Herrschaft er seine Kräfte, deren Schonung für die Zukunft ich doch auch dringend wünsche, Herrn von Langwerth gegenüber erschöpft — nicht erschöpft, aber doch zum Teil verbraucht hat.

Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn — meine Orientierung darüber beruht auf einer Parlamentskorrespondenz vom gestrigen Abend — wenn eines der Mitglieder der freisinnigen Partei gesagt hat: daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, ginge aus deren Auftreten hier dagegen hervor — so möchte ich darauf doch erwidern, daß dieser Redner — ich glaube, es war der Abgeordnete Dr. Barth — zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die sozialistischen Führer und die sozialistischen Massen. (Sehr richtig!) Die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz anderen Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer — es wird die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit nicht versöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unserem eigenen Gewissen ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen, eine Beruhigung unseres Gewissens für den Fall, daß das nicht hilft, sondern daß wir fechten müssen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege, (sehr richtig!) und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, sondern der Führer — ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik — und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des „Massentritts der Arbeiterbataillone" schädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen; also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staats wegen geschieht, hinderlich sein — das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie. Also das war natürlich vorauszusehen, daß sie dagegen stimmen würden.

Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen. Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, das ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt (Oho! bei den Freisinnigen) — wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsere Wehrverfassung gelegt wurde. Ob Sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung Ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben, oder in der fraktionsmäßigen Notlage Ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen — (Rufe links: Pfui!) Meine Herren, von „Pfui" ist da nicht die Rede — erlauben Sie, daß ich da ganz offen rede; wer mir „Pfui" sagt, den nenne ich: unverschämt! (Bravo rechts.) Ich will den Herrn gar nicht fragen — — Sie mögen die Wahrheit nicht

hören; ich bin aber hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen; insultieren lasse ich mich nicht, dann insultiere ich wieder. (Bravo! rechts.) „Pfui" — ich weiß nicht, worauf sich das bezog; ich kann deshalb darauf nicht erwidern. Ich betrachte es als einen allgemeinen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich seit Jahren hier an dieser Stelle für die Herren, welche dort sitzen, gewesen bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler, so lange ich hier stehe, kämpfe ich dagegen und lasse mir dergleichen nicht sagen, ohne darauf zu reagieren.

Kennen Sie außer Ihrer teils schweigenden, teils ausdrücklichen Zustimmung zu unseren Wehrvorlagen irgendeine organische Bestimmung, von der Reichsverfassung angefangen bis an die heutige Vorlage, bei der die freisinnige Partei, oder, wie sie früher hieß, die Fortschrittspartei, der Regierung irgend entgegengekommen wäre, bei der sie das Bestreben gezeigt hätte, sich zu fragen: befestigen wir hierdurch das Reich oder nicht? Sie hat sich vielleicht gefragt; aber wenn sie sich in ihrem inneren Forum die Frage beantwortet hatte — für welche Seite sie sich dann entschieden hat, zur Befestigung oder nicht, das zu entscheiden überlasse ich dem Urteil der Geschichte.

Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus anderen Gründen hervor, als die Opposition der Fortschrittspartei. Ich sage von der Fortschrittspartei nicht, daß sie das Reich nicht will, aber sie will das Reich angebrachtermaßen nicht mit dieser Verfassung, nicht mit diesen Menschen an der Spitze. Wenn die Herren von der Fortschrittspartei selbst an der Spitze ständen, ich glaube, sie würden recht kräftig eingreifen, um das Reich nach der inneren Seite hin stärker zu machen; und ich glaube, sie würden weniger Opposition vertragen, als wir sie vertragen.

Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Konsolidation des Deutschen Reiches führen könnte; daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, (Rufe: Hört! hört!) um an der Gesetzgebung über das gesamte Reich teilzunehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns vierzehn Franzosen einzuimpfen — daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich, und wie der Herr Abgeordnete v. Kardorff ganz richtig bemerkte: vom Feinde soll man lernen; es zeigt uns die Opposition dieser Herren, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich sei.

Ich würde bei der Selbstverständlichkeit dieser Opposition und ihrer Voraussichtlichkeit darüber gar nicht gesprochen haben. Aber auch von konservativer Seite wird gegen das Gesetz eine Opposition teils im ganzen, teils angebrachtermaßen geübt, die ich mit der Aufgabe der konservativen Partei nicht verträglich finde. Ich möchte jedem Konservativen, der hier gegen das Gesetz auftritt, mit dem Spruch des Dichters antworten:

Es tut mir lang' schon weh,
Daß ich dich in der Gesellschaft seh'.

Es liegt ja sehr nahe — les extrêmes se touchent — daß Hyperkonservative — ich habe das oft in meinem Leben schon durchgemacht — sich unter Umständen, wenn sie zornig werden, im politischen Effekt von den Sozialdemokraten nur mäßig unterscheiden. (Heiterkeit.) Ich möchte den Herren zurufen zur Erinnerung an den Boden des Vaterlandes und selbst der Partei, auf dem sie stehen: Wie können Sie von seiten der konservativen Partei auf diese Weise dem individuellen Zorn, dem Verdruß, dem lokalen Interesse Raum geben gegenüber einer Frage, welche die Gesamtheit des Reiches so bis in ihre

innersten Tiefen berührt, wie das hier geschehen ist? Ich bin betrübt gewesen, in dem Berichte von der gestrigen Sitzung aus einem konservativen Munde[2] unseren Gegnern das Zeugnis geliefert zu sehen, daß in dergleichen Sachen die Gutsinteressen, die lokalen, die persönlichen Interessen in erster Linie maßgebend sind, von den großen Reichsinteressen, von den nationalen, den christlichen Interessen aber gar nicht mehr die Rede ist.

Das, meine Herren, ist kein konservatives Gebaren, und wer sich auf diese Seite der Kirchturmspolitik, des Lokalpatriotismus, des Provinzialpatriotismus stellt, der, glaube ich, erfüllt die Aufgaben, die ein Mandat eines Reichstagsabgeordneten an ihn stellt, doch nur partiell, mit viel Schatten und wenig Licht.

Der Herr Abgeordnete Holtz, der einzige der konservativen Partei, dessen Rede ich kenne — der Herr Abgeordnete von Staudy hat heute gesprochen; ich hatte aber noch nicht Zeit, ihn (Zuruf: Reichspartei!). Nun, ich nenne die Reichspartei eine konservative Partei. (Sehr richtig! rechts.) Ich hatte bisher nie einen Unterschied gemacht, und ich muß betonen: Ich bedaure, wenn dieser Unterschied akzentuiert wird. Es gibt auch in der engeren konservativen Partei immer noch Abstufungen, welche miteinander nicht vollständig einverstanden sind; und selbst wenn man sie noch enger faßt, so wird man nach der Eigentümlichkeit der Deutschen in der Selbständigkeit ihrer persönlichen Meinung finden, daß unter sechs Konservativen noch immer zwei anderer Meinung sind als die anderen vier, und ihre Meinung nicht fallen lassen. Das ist gerade ein Zeichen von dem urgermanischen Charakter der Konservativen. Die ganze deutsche Zerrissenheit ist entstanden aus diesem Überschuß von Selbständigkeit. Liberal zu sein — ja, da schwimmt man eben mit dem Strom, (Heiterkeit) und das geschieht. Der Franzose ist ja viel regierbarer als der Germane. Unser ganzer Liberalismus neigt etwas nach der Seite hin. Im Liberalismus ist eine Diktatur ja ganz natürlich; wer nicht mitgeht, wird über Bord geworfen oder wird in der Fraktion mit der Peitsche der Rede so lange gezüchtigt, bis er sich fügt. Eine solche Tyrannei gibt es nicht in der konservativen Partei, zu der ich nicht nur die Reichspartei rechne, sondern auch zwei andere Fraktionen, große Fraktionen in diesem Hause — die nenne ich konservativ; bei ihnen ist die Selbständigkeit eben germanisch und deshalb schwieriger zu regieren, aber doch auch auf die Dauer der Vernunft zugänglich.

Der Herr Abgordnete Holtz hat die geringen Sympathien für dieses Gesetz in seinem Wahlkreise berührt. Meine Herren, mit dem Argumente sollten wir hier doch nicht kommen. Sympathien im Wahlkreise kann jeder für sich anführen; das wird jeder, der wirklich von der Majorität gewählt ist — ich bin auch Abgeordneter gewesen — mit Leichtigkeit erzeugen können in dem Wahlkreise, wenn er hinkommt und dort eine Rede hält. Außerdem sind die Abgeordneten hier, um nach ihrer Erwägung dessen, was für das Gemeinwohl des gesamten Reiches nützlich ist, zu stimmen, aber nicht nach den Stimmungen in ihrem Wahlkreise. (Sehr richtig!)

Herr Holtz hat ferner als einen Hauptgrund seiner Abneigung die Besorgnis gekennzeichnet, daß andere Provinzen, die westlichen Provinzen unseres Vaterlandes, von diesem Gesetz mehr Vorteil haben könnten als die östlichen. Das beruht nun schon auf einer Art von Mißgunst, welche ich in Behandlung großer Fragen nicht für angebracht halten möchte — ebenso wie die Mißgunst zwischen Ackerbau und Industrie. Beide gehen meines Erachtens Hand in Hand, und das gesamte Reich wird unter der Wohlfahrt seiner West-

[2] Des Abg. Holtz.

provinzen auch keinen Schaden leiden. Ich glaube aber, der Herr Abgeordnete irrt sich durchaus in seiner Befürchtung.

Es ist mehrfach[3] Beschwerde darüber geführt worden, daß vom Regierungstisch geäußert sei, das Gesetz wäre nicht verstanden. Nun, das will ich so nicht sagen. Die Herren Abgeordneten sind hinreichend juristisch gebildet, um das Gesetz zu verstehen; aber sie sind nicht alle mit dem praktischen Leben vertraut genug, um die richtige Folge aus diesem Gesetz zu ziehen. Der Herr Abgeordnete Holtz hat einen falschen Schluß gezogen. Der Zug nach den Westprovinzen ist bereits längst vorhanden und ist, glaube ich, so weit die Ostprovinzen und deren Bewohner ihm unterstehen, längst erfüllt. Sie finden Tausende von Polen unter den streikenden Arbeitern in Westfalen heutzutage; Sie finden sie bei den Arbeitern in Schleswig; Sie finden Sachsengänger, die bis an den Rhein aus Schlesien gehen.

Das ist alles schon geschehen, und ich glaube nicht, daß der Deutsche die hypochondre Auffassung hat, daß er gerade für den Sterbefall, für den Altersfall seine Heimat wechselt. Er geht dahin, wo der Lohn besser ist; er überlegt sich nicht, daß die Kosten, die Ausgaben, welche er dort zu leisten hat, ebenfalls größer sind als zu Hause. Er kommt mitunter wieder; im ganzen gebe ich zu, daß er sich besser amüsiert in den Westprovinzen, aber er prosperiert dort nicht besser.

Ich glaube, daß der Abzug der ländlich arbeitenden Bevölkerung auch noch nicht so stark nach den Westprovinzen ist, wie nach den großen Zentren, den großen Städten. (Sehr richtig! rechts.) Über die landwirtschaftlichen Fragen kann ich aus eigener Erfahrung mitsprechen, obschon mir in den letzten zwanzig Jahren meine staatliche Beschäftigung fast nur gestattet, die trüberen Erfahrungen aus der Landwirtschaft mir zur vollen Anschauung zu bringen. Indessen nichtsdestoweniger kenne ich diese Sachen ziemlich genau. Ich habe Leute, welche zuerst, durch das Militärverhältnis veranlaßt, vorzogen, in dem Ort, wo sie gedient hatten, in Berlin, zu bleiben, und mir nachher mit starken Charitérechnungen nach Hause kamen; und das zum zweitenmal. Da habe ich gefragt: was ist denn das, was euch in Berlin so anzieht? Wohnung, Behandlung, alles ist kaum so gut wie zu Hause. Schließlich habe ich ausfindig gemacht: das einzige, was mir die Leute mit einem gewissen Erröten als durchschlagenden Grund sagten? Ja, so einen Ort, wo im Freien Musik ist, und man im Freien sitzen und Bier trinken kann, ja, den hat man in Varzin doch nicht. (Heiterkeit.) Nun, das ist also ein Anziehungsmittel nach den großen Städten. Ein ruhiger, ordentlicher, ehrlicher Mensch, der aber nicht zu Hause bleiben wollte — er ging wieder weg — hat mir dies schließlich als Motiv angeführt, und es ist ja zum Verständnis unserer inneren staatlichen Verhältnisse notwendig, solche Dinge sich zu erklären.

Daß ein großer Hang und Drang nach Westen infolge dieses Gesetzes sein wird, halte ich für eine durchaus unrichtige und irrtümliche Ansicht. Eine „größere Ungebundenheit des Lebens", ein „größerer Reiz zur Geselligkeit" im Leben ist im Westen nicht vorhanden; sie ist allerdings in Berlin, sie ist in allen größeren Städten vorhanden. Aber ich glaube, daß die Ungebundenheit des Lebens auf den Dörfern im Westen mitunter eine viel geringere ist als bei uns im Osten, in den sogenannten patriarchalischen Verhältnissen.

Nun sagt der Herr Abgeordnete: „Die sonst sehr wertvollen Anträge Lohren sind für mich unannehmbar, weil sie zu große Differenzen in den Beiträgen schaffen; jedenfalls

[3] Von den Abgeordneten Dr. Barth und Winterer.

haben die neuen Beschlüsse die pekuniäre Belastung gegen die ursprüngliche Regierungsvorlage erhöht. Ich bin Mitglied der konservativen Partei gewesen zu der Zeit, wie sie Fraktion Stahl hieß. Da haben wir uns doch in den pekuniären Fragen niemals mit der Regierung in Opposition gestellt, sondern wir haben uns nur gefragt: Welche Einrichtungen sind geeignet, die Stetigkeit unserer Entwicklung, die Festigkeit unseres Staates, die Festigkeit unserer Monarchie zu stützen, und welche nicht? In solche Apothekerrechnungen hinein über die pekuniären Fragen (Heiterkeit) hat die damalige konservative Partei sich niemals eingelassen — abgesehen davon, ob diese Apothekerrechnung richtig ist; und ich halte sie für außerordentlich unrichtig, wie sie da aufgestellt ist. (Sehr richtig!)

Der gestrige Herr Redner hat gesagt, die Beiträge betrügen 7 Mark pro Jahr für ein Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer, das jahraus jahrein 100 Mann beschäftige. Nun frage ich jeden Landwirt hier: Wie kann ein Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer 100 Mann jahraus jahrein beschäftigen? (Heiterkeit. Sehr richtig!) Das ist eine absolute Unmöglichkeit. Ich habe Güter auch gerade von dieser Ausdehnung besessen und selbst bewirtschaftet; da habe ich gefunden, daß da, wo ich starke Brennerei und intensive Wirtschaft hatte, ich auf einem Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer mit 30, 32, 36 Mann auskam, auch mit etwas weniger, da aber, wo ich keine Brennerei und keinen starken Kartoffelbau hatte, mit 20 bis 25 ganz reichlich. Es ist also diese Berechnung um 200 Prozent übertrieben meiner Auffassung nach. (Heiterkeit.)

Herr Holtz spricht von einem Gute von 500 bis 600 Mark Grundsteuer. Nun, die Grundsteuer variiert ja — ich will von Minimal- und Maximalbeträgen absehen — im großen und ganzen zwischen 50 Pfennig und 2 Mark. Wenn das Gut von mäßigem Boden ist, so wird es 50 Pfennig Grundsteuer pro Morgen bezahlen und dann also bei einer Grundsteuer von 500 bis 600 Mark etwa 1000 bis 1200 Morgen groß sein. Ist es ein Gut von schwerem Boden, welches 1 Mark Grundsteuer zahlt, so wird es 500 bis 600 Morgen groß sein. Wie wollen Sie nun auf einem Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer, ohne großen intensiven Fabrikbetrieb zu haben, 100 Mann jahraus, jahrein beschäftigen? Der Mann braucht doch durchschnittlich, um zu leben, mindestens 100 Taler im Jahre, also 300 Mark. Die 100 Arbeiter des Herrn Redners verzehren ihm danach 30 000 Mark von vornherein weg. Wie kann er die überhaupt — und zwar jährlich 30 000 Mark, nicht kapitalmäßig — wie kann er die überhaupt aufbringen bei einem Gute von 500 bis 600 Mark Grundsteuer? Ich habe darin auch Erfahrungen, die mich vollständig berechtigen, diese Rechnung als absolut unrichtig zu bezeichnen.

Er fügt dann hinzu: „Die große Zahl der Besitzer hat nur 20 000 bis 30 000 Mark Eigentum an ihrem Besitze. Ja, das ist allerdings ein betrübender Zustand, der sich bei diesen schlechten Zeiten der Landwirtschaft, bei diesen schwankenden Verhältnissen überhaupt nicht als haltbar erweist, wir mögen Gesetze machen, wie wir wollen. Ein solches Gut, welches 500 Mark Grundsteuer bezahlt, wird doch wahrscheinlich den fünfzigfachen Betrag der Grundsteuer des Reinertrags, d. h 250 000 Mark wert sein. Wenn ich nun ein Gut von 250 000 Mark besitze, von dem mir 220 000 Mark nicht gehören, dann kann ich nicht die Gesetze anklagen, wenn ich bei einem solchen leichtfertigen Unternehmen zu kurz komme. Da hätte der betreffende Besitzer das Gut nicht kaufen oder rechtzeitig verkaufen und sich mit seinen übrigbleibenden 30 000 Mark, wenn er wirklich so viel übrig hat, auf ein anderes Geschäft einrichten sollen. Das klingt ja hart und mitleidslos; aber ich

finde, daß die Argumentation, welche damit geführt wird, daß ein Besitzer von einem so großen Gute überhaupt nur 20- bis 30 000 Mark an seinem Gute besitzt, wenn er 600 Mark Grundsteuer bezahlt, nicht zutreffend ist. Mit solchen extremen Beispielen kann man ebensowenig rechnen, wie mit den 100 jahraus jahrein beschäftigten Leuten auf 500 Morgen bei mittlerem Boden.

Der Herr Redner hat ferner gesagt: „Die Arbeit ist in Westpreußen durch die Sachsengängerei weit mehr gefragt, als das Angebot beträgt." Ja, das mag ja sein. Darunter leiden alle die Güter in den östlichen Gegenden, welche nicht in der Nähe eines industriellen Unternehmens liegen. Nun fehlt gerade in Westpreußen für die Entwicklung der Industrie eigentlich nur das Kapital. Es ist in Westpreußen außerordentlich reichlich vorhanden derjenige keinem Streik unterworfene Ersatz für die Kohle, dem man sich überhaupt, glaube ich, zuwenden sollte. Was in Westpreußen für total unbenutzte Wasserkräfte existieren, das weiß nur der, der einmal durch die Gegenden, die Pommern von Preußen trennen, gefahren ist. Dasselbe ist im ganzen Reiche der Fall; und wenn man von der Kohle, von der Möglichkeit, daß die Bevölkerung von zwanzig Quadratmeilen imstande ist, das ganze Reich durch Arbeitsverweigerung an irgendeinem Donnerstag in eine Kalamität zu stürzen — wenn man davon loskommen will, so muß man die Ausbeutung der Wasserkräfte tunlichst fördern; dann hat der heutige Streik[1] keine Bedeutung; an irgendein Mittel gegen Kalamitäten der Art, wie sie uns dieser Tage bedroht haben, werden wir doch denken müssen. Wir dürfen uns dem unmöglich aussetzen, daß die kleine Minorität der Bewohner der Kohlenreviere uns jeden Tag in die Lage setzen kann, in die uns etwa die Landwirtschaft setzen könnte, wenn sie uns das Brot abschneiden würde. Die Kohle ist in vielen Provinzen so notwendig geworden, wie das Brot es in allen ist, und es müssen meines Erachtens von Staats wegen Vorkehrungen getroffen werden, daß die Kohle nicht plötzlich in drei Tagen der Menschheit entzogen werden kann, daß nicht jede kleine Wirtschaft am Kochen, jede Waschfrau am Waschen, jede anderweitige Industrie verhindert wird.

Ich berühre das nur beiläufig anknüpfend an die westpreußischen Wasserkräfte, welche tot daliegen. Eine Abhilfe ist da aber erst in zehn bis zwanzig Jahren möglich; wir müssen an eine schnellere denken. Da komme ich nun auf die pekuniäre Frage für die Landwirtschaft selbst. Der Herr Abgeordnete hat gesagt: „Die Unfallsinvaliden sind durch das Unfallversicherungsgesetz geschützt, Berufsinvaliden gibt es auf dem Lande nicht." Das ist entschieden nicht richtig. Ich möchte sagen, der Herr hat noch nicht lange genug auf dem Lande gelebt, um die Dinge kennenzulernen. Er sagt: „Erst durch dieses Gesetz werden die Invaliden hier gezüchtet werden." Und an einer anderen Stelle: „Eine Entlastung bezüglich der Armenpflege tritt nicht ein, weil diese nicht die alten Leute, sondern die Witwen und Waisen betrifft." Ja, was macht man in Westpreußen mit den Alten? Die Siculer schlugen sie tot; aber in unserem christlichen und zivilisierten Zeitalter ist das doch nicht möglich. Ein alter Mann, der nicht arbeiten kann, muß doch irgendwie leben und durchgefüttert werden, wenn überhaupt von einem patriarchalischen Verhältnisse die Rede ist. Meine Erfahrungen gründen sich allerdings in der Hauptsache auf Pommern und nicht auf Westpreußen. Es wird dieses ganze Gesetz kaum etwas anderes als eine Entlastung sowohl des Gutsbezirks als des Gutsbesitzers involvieren. (Sehr richtig! rechts.)

[1] Der Arbeiterstreik in den Kohlenbergwerken

Das, was auf anständigen Gütern ohnehin schon geschieht, will der Staat übernehmen; die strenge gesetzliche Verpflichtung beschränkte sich bisher auf die Armenpflege, darauf, daß der Mann unter Dach kommt und mit trockenem Brot gefüttert wird. Aber darüber hinaus ist auf allen unseren pommerschen Gütern, die ich kenne, doch ganz sicher dafür gesorgt, daß niemand Not leidet. In den Gemeinden ist es mitunter anders; aber ich kann auch da den guten pommerschen Bauer nicht anklagen. Die Bauersfrau sagt: Der Mann soll nicht sagen, daß er bei uns nicht besser als bei Schröder gegessen hat; und wenn die Reihe herum gefüttert wird, wie das bei den Armen üblich ist, nähren sie ihn gut; die Leute sind meist feist und wohlgenährt. Das wird den Gemeinden zum Teil abgenommen durch das Gesetz.

Daß keine Invaliden auf dem Lande entstünden — ja, der Herr muß nie Kranke gesehen haben; die meisten Invaliden entstehen nicht durch Unfall, sondern durch Siechtum, irgendeine Art Schwindsucht, durch Erkältung, durch ein angestammtes Übel, so daß ein Mensch von seinem dreißigsten oder fünfzigsten Jahre schon der Verpflegung anheimfällt. Ich muß hier nach meiner sehr viel längeren Erfahrung ein bestimmtes Zeugnis gegen diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Holtz ablegen. Wir haben diese Invaliden auf dem Lande, und wir versorgen sie bisher vielleicht reichlicher, als sie hiernach versorgt werden. Ich spreche nicht von mir — ich bin wohlhabend genug, daß mir das nicht zur Last fallen kann; aber bei allen meinen Nachbarn habe ich noch nie gefunden, daß ein alter Mann auf den Bettel geht; das wäre eine Schande für den Besitzer und das Gut, von dem er kommt. Daß, wie dies in großen Städten geschieht, jemand aus Nahrungssorgen zum Selbstmorde schreitet, ist, glaube ich, auf dem Lande ganz unerhört. Die Überlastung über unsere gesetzliche Verpflichtung wird uns zum großen Teile durch das Gesetz abgenommen. Ich verlange es nicht deshalb, ich verlange es in erster Linie als eine Quittung für unsere Bereitwilligkeit, das im ganzen Lande gebilligte Programm der Kaiserlichen Botschaft auszuführen, und für unsere Bereitwilligkeit, den Hilflosen und Notleidenden unserer Mitmenschen entgegenzukommen.

Wenn ich heute noch einmal das Wort ergriffen habe, so war es hauptsächlich die Furcht, ich könnte unter Umständen im Wege der Verleumdung, per nefas, unter denen aufgeführt werden, welche, wenn die Vorlage abgelehnt wird, dazu durch ihre Enthaltsamkeit beigetragen haben. Deshalb spreche ich heute noch dafür aus purer Angst, (Bravo! rechts) ich könnte unter den, wie ich glaube, bei allen künftigen Wahlen in einer höchst nachteiligen Situation befindlichen Leuten gefunden werden, die das Gesetz abgelehnt haben. Das ist mein Urteil — es kann ja irrtümlich sein; ich habe aber länger in diesen Dingen gelebt, als die meisten von Ihnen, und habe doch im großen und ganzen erlebt, daß mein Urteil öfter richtig als unrichtig war. Ich möchte nicht, daß dieses unvollendete Gesetz bei den Wahlen offen bliebe. Da, glaube ich, wird alles, was darin steht, bei der unglaublichen Verlogenheit, mit der bei vielen Wahlen gewirtschaftet wird, herausgerissen und aus dem Zusammenhang herausgezerrt und so dargestellt werden, als hätte sich die Gegenpartei auf das Schändlichste benommen. Ist das Gesetz aber bis dahin abgeschlossen, so glaube ich nicht, daß diese Frage nochmals auf die Wahlen Einfluß haben werde. Außerdem habe ich noch andere Gründe, und ich möchte noch hier zu den Äußerungen des Herrn Holtz bemerken, daß, wenn später diese Bestimmungen auf die Witwen und Waisen ausgedehnt werden sollen, wir doch erst mit dem weniger kostspieligen Beschluß einen Ver-

such machen müssen, wie sich das Ganze gestaltet; dann können wir ja vielleicht dazu kommen — es ist ja nicht ausgeschlossen. Wenn aber das von Haus aus a limine abgelehnt wird, so werden weder die alten Leute in der Armenpflege erleichtert werden, noch die Witwen und Waisen. Ferner erwarte ich von dem ganzen Gesetz noch für das gesamte Reich eine nützliche Wirkung.

Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um zu wissen, daß die Anhänglichkeit der meisten Franzosen an die Regierung, die gerade da ist, und die jedesmal den Vorsprung hat, auch wenn sie schlecht regiert, aber doch schließlich auch die an das Land wesentlich damit in Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger vom Staate sind (sehr richtig!) in kleinen, oft sehr kleinen Beträgen; von Portiers will ich nicht sprechen, das sind schon reiche Leute gegenüber den armen, die kleine Renten vom Staate haben. Die Leute sagen: Wenn der Staat zu Schaden geht, dann verliere ich meine Rente; und wenn es 40 Franken im Jahr sind, so mag er sie nicht verlieren, und er hat Interesse für den Staat. Es ist ja menschlich natürlich. Ich habe Zeiten gehabt, wo ich es noch für möglich hielt, in meinem Besitz auswärtige Papiere zu haben; nachher habe ich aber gefunden, daß mich dieser Besitz unter Umständen beirrte in meiner richtigen Beurteilung der Politik derjenigen Regierung, deren Papiere ich besaß, und es ist schon, glaube ich, fünfzehn Jahre her, daß ich mich grundsätzlich jedes ausländischen Papiers entäußert habe. Ich will mich nur für mein eigenes Land interessieren und nicht für fremde Papiere.

Wenn wir 700 000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Renten beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115—200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es hält sie aufrecht. Sie werden das nicht leugnen, und ich glaube, daß, wenn Sie uns diese Wohltat von mehr als einer halben Million kleinen Rentnern im Reiche schaffen können, Sie sowohl die Regierung — da ist es nicht nötig — aber auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohltätige Institution anzusehen lehren werden.

Deshalb möchte ich die Sache nicht gern vom westpreußischen Standpunkte aus betrachten, sondern vom allgemein politischen.

Den Beschwerden über den § 139 mit den Geldstrafen und dergleichen schließe ich mich an; daß diese Bestimmungen aus dem Gesetze gestrichen werden, dafür würde ich, wenn ich Abgeordneter wäre, selbst stimmen.

Aber wenn wir jetzt die ganze Sache beiseite legen, dann ist sie in die Versenkung verschwunden. Wer sagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holsteinischen Kanal bis 1870 sechs Jahre lang, von 1864 an, auf das lebhafteste interessiert. Ich bin von 1870—1880 gar nicht wieder so weit zu Atem gekommen, daß ich hätte an den Kanal denken können. Wer sagt Ihnen denn, daß wir in der Lage sein werden, uns mit dieser Frage, zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beschäftigen? Ich wenigstens möchte das Vertrauen nicht unbedingt aussprechen.

Ich bedaure, mich immer an den Herrn Holtz halten zu müssen — ich habe nicht die Ehre, ihn persönlich zu kennen; aber was die anderen Herren in der Opposition gesagt haben, ist mir vollständig gleichgültig, weil, wie gesagt, ich da reden könnte, was ich wollte.

Ich bin sehr dankbar, daß sie überhaupt die Güte gehabt haben, mir zuzuhören; aber daß das, was ich sage, Eindruck machen könnte auf sie, glaube ich nicht. Ich muß mich an die Konservativen wenden mit der Bitte um ein entschlossenes Zusammenhalten, daß sie wirklich als eine einheitliche Partei auftreten, welche sich hier einmal um den Staat und ihr eigenes Prinzip schart, und die nicht — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, der mir einfällt — eigenwillige Sonderbestrebungen verfolgt, deren Motive ich ganz unbeurteilt lasse. Also an die konservative Partei, als deren, ich möchte sagen, „alter Herr" — ich war früher Mitglied, ich bin es nicht mehr, ich kann keiner Partei angehören — richte ich die Bitte: machen Sie solche Sprünge nicht! (Heiterkeit.)

Das kleine Handwerk ist nach Ansicht des Herrn Holtz nicht einverstanden. Nun, nach dem „kleinen" Handwerk können wir die Reichsgesetzgebung nicht absolut einrichten. Wir können das kleine Handwerk in allen seinen Interessen berücksichtigen, aber über eine so komplizierte Sache von 150 oder wie viel Paragraphen — das weiß ich nicht — können wir dem „kleinen" Handwerk kein maßgebendes Urteil für das ganze Reich in die Hand geben; da müssen wir selbst urteilen, ohne den Handwerker um sein Urteil zu fragen: er wird uns vielleicht später dafür dankbar sein.

Im Osten sieht der Arbeiter noch jetzt in seinem Arbeitgeber mehr als den Mann, der nur Lohn für seine Arbeitsleistung zahlt: er sieht in ihm seinen Helfer in der Not und seinen Fürsorger. Ja, wird er das später auch in ihm sehen, wenn es allmählich herumkommt — und dafür wird der Sozialdemokrat schon sorgen, der jetzt dagegen stimmt, er wird ihm sagen: Die Sache ist gefallen durch den Widerstand der Konservativen, hauptsächlich euer Gutsbesitzer hat dagegen gestimmt; ihr hättet jetzt eine Rente von 150 Mark — das ist doch immer so viel, wie ein Militärinvalide unter Umständen hat — wenn der Herr von So und So nicht damals dagegen gewesen wäre? Ich möchte Sie doch bitten, sich nicht unbedingt darauf zu verlassen, daß Sie damit Popularität bei den Wahlen oder sonst erringen.

Nun, meine Herren, ich richte also meine Rede heute vorzugsweise an die konservative Partei, zu der ich die „Reichspartei" und — die Herren mögen es mir nicht übelnehmen — die Nationalliberalen und das Zentrum rechne (sehr gut! Bravo!) — ich halte die eben genannten Parteien in der Gesamtrichtung ihrer Majorität für konservativ, d. h. für Parteien, welche den Staat, das Reich, nicht nur überhaupt und generell, sondern auch angebrachtermaßen erhalten und schützen wollen. Nur mit den Herren habe ich mich auseinanderzusetzen, mit den anderen habe ich zu kämpfen; das ist eine andere Sache.

Aber ich möchte die konservativen Herren ihrerseits besonders bitten, sich von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen — und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen. (Lebhaftes Bravo!)

Das Gesetz wird am 24. Mai endgültig angenommen.

Reden und Ansprachen nach der Entlassung.[1]

Die Reden und Ansprachen des Fürsten Bismarck nach seiner Entlassung tragen naturgemäß ein anderes Gepräge als seine parlamentarischen Äußerungen. Und doch sind sie gleichfalls großartige Zeugnisse für die Eigenart des großen Staatsmannes sowohl wie für seine politische Auffassung. Denn die Artikel für die „Hamburger Nachrichten“ und seine Ansprachen sind das einzige Mittel gewesen, mit denen der von Sorge um seine Schöpfung umdüsterte größte Politiker seines Volkes noch zu wirken versuchen konnte, da die Männer des neuen Kurses niemals seinen Rat eingeholt haben. So kommt es, daß die Ansprachen durchgehend in Mahnungen an die Nation ausklingen, daß Bismarck deutlich auf seine Mißhandlung durch die Regierenden hinweist und daß er im Gegensatz zu den neuen Berliner Grundsätzen immer wieder die Prinzipien seiner Politik erläutert und verteidigt, nicht als ein dem Kampfe fernstehender Beobachter, sondern als ein bewußter Verteidiger seines ungeheuren Erbes, das seine Nachfolger nicht verstanden, täglich neu zu gewinnen. Das Bewußtsein dessen und die steigende Sorge um sein Werk bringen jenen tragischen Zug auch in die Ansprachen und Reden, von denen das tief gefurchte Antlitz des greisen Reichsgründers umwittert ist.

---

[1] In diese Abteilung sind nur jene Reden vollständig aufgenommen, die in direkter Rede überliefert sind. Als bisher einzige authentische Sammlung hat der 13. Band der Reden Bismarcks, herausgegeben von Horst Kohl, zu gelten, der vom Fürsten Herbert Bismarck durchgesehen worden ist.

Ansprache an Hamburger Bürger.

31. März 1890.

Bei einem Fackelzug, den der Hamburger nationale Reichstagswahlverein ihm am Vorabend seines 75. Geburtstags brachte, erwidert Fürst Bismarck auf eine Ansprache des Rechtsanwalts Dr. Nolte:

Ich bin nun achtundzwanzig Jahre lang leitender Minister gewesen, vielleicht länger als irgend jemand vor mir. Wenn aber jemand lange Minister ist, so hat er naturgemäß viele Feinde — je länger, je mehr. Desto wohltuender ist es für mich, hier auf diesem kleinen Fleck Erde so viele Freunde zu sehen. Auch im Deutschen Reich und selbst in Berlin, das so schwer zu befriedigen ist, habe ich ihrer viele, wie mir die letzten Tage wieder zeigten. Ich erkenne daran, daß ich mich doch vernünftig aufgeführt haben muß. Zu den Zeugnissen für diese gute Aufführung rechne ich auch den heutigen Abend. Es freut mich, daß diese Kundgebung aus Hamburg kommt, dem ich stets gute Nachbarschaft gehalten habe und zu halten gedenke.

Nach Schluß des Fackelzuges ergreift er noch einmal das Wort:

Meine Herren, ich bin nun schon viele Jahre lang Ihr Ehrenbürger und glaube mir in Kämpfen und Sorgen diese Ehre verdient zu haben. Ich hoffe auch, mir dieselbe für die Zukunft zu erhalten. Bisher bin ich nur selten in Hamburg gewesen; jetzt will ich als Privatmann in der Nähe der altberühmten Stadt leben und hoffe, daß es mir jetzt möglich werden wird, Hamburg recht oft zu besuchen. Aber für heute bitte ich, mich zu beurlauben. Ich alter Mann habe lange nicht so andauernd gestanden. Aber ich habe es gern getan. Plattdeutsch will ich Ihnen sagen: So veel Hurrah hadd Friedrichsruh syn Dag noch nicht hört. Ich denke Sie noch wiederzusehen. Ich scheide von Ihnen nicht auf immer.

Ansprache an eine Abordnung der deutschen Burschenschaft.

1. April 1890.

Nach der Überreichung einer Dankes-Adresse der deutschen Burschenschaft sagt Fürst Bismarck:

Das Jahr 1815 ist, wie Sie richtig bemerkten, unser beiderseitiges Geburtsjahr. Beide haben wir, die Burschenschaft, wie ich, das Gleiche erstrebt: die Einigkeit Deutschlands. Das ist erreicht worden. Ich habe es erstrebt auf dem Wege, den mir meine Erziehung

und Geburt angewiesen haben; ich habe das Bestehende geachtet und die Erreichung meines Zieles durch die Monarchen gewollt. Ich ermahne die akademische Jugend, am Bestehenden festzuhalten, solange nicht Besseres an die Stelle desselben getreten ist.

Ansprache an die Beamten der Altonaer und Hamburger Eisenbahnen.

1. April 1890.

Am Abend des 1. April 1890 huldigen die Beamten der Altonaer und Hamburger Eisenbahnverwaltungen mit einem Fackelzug. Auf die schwungvolle Ansprache des Eisenbahnpräsidenten Krahn aus Altona entgegnet Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen, daß Sie mich an meinem fünfundsiebzigsten Geburtstage durch Ihr Erscheinen und durch diesen schönen Fackelzug erfreuen. Es sind in unsrer Zeit zwei Pole, um welche sich die materielle Entwicklung bewegt: Kohle und Eisen. Die Verschmelzung, das Zusammenwirken dieser beiden Elemente ermöglicht das Eisenbahnwesen; ohne dasselbe würde diese enge Verbindung nicht stattfinden. Erst durch dieses Beförderungsmittel ist die ganze moderne Entwicklung bewirkt worden, und so sind die Eisenbahnen, ihre Leiter und Beamten, die eigentlichen Träger der Kultur. Von den Anwesenden werden sich wohl nur wenige der eisenbahnlosen Zeit erinnern, ich aber kann es, ich weiß, wie ich in meiner Heimat als ein Wunder angestaunt wurde, als ich erzählte, daß ich — es war wohl 1837 oder 1838 — in Belgien auf einer Eisenbahn gefahren sei. Und dann kam die erste Eisenbahn in Preußen, von Berlin nach Potsdam, 1839; aber da wurde nur ein Gleis gebaut, denn auf einen größeren Verkehr wurde nicht gerechnet, und auch sonst war man in dieser Beziehung etwas engherzig gesinnt. Ich bin stets, seit ich im Amte war, für eine Konzentrierung oder sagen wir, für eine Verstaatlichung eingetreten, denn ich hielt den Nutzen der Eisenbahnen im Privatbesitz oder in dem von Aktiengesellschaften für geringer, als wenn sie in der Hand des Staates wären. Aber erst, als ich Maybach als Mitarbeiter gefunden hatte, konnte ich meine Absichten durchsetzen, weil er ein kundiger Mann war aus Ihrem Kreise; ich bin ihm für seine Tätigkeit zeitlebens zu Dank verpflichtet,[1] denn was das Eisenbahnwesen anlangt, so hat er eigentlich, nachdem ich ihm in den Sattel geholfen hatte, alles allein gemacht. Jeder Staat kann sich Glück wünschen, der einen so tüchtigen Fachmann an leitender Stelle hat. Und jetzt, meine Herren, gibt es keine Schwierigkeiten mehr für die Technik; die Elbe ist mit unzähligen Brücken überspannt seit 1840, und sie bildet jetzt kein Hindernis und keine Grenze mehr wie vor dieser Zeit. Alles ist Ihnen, ist der Eisenbahntechnik möglich. Berge werden durchbohrt, Flüsse und Meeresarme überbrückt; da fällt auch manches Alte zum Opfer, aber schonen Sie immerhin bei Ihren Umgestaltungen das historisch Merkwürdige, wenn es angeht. Und nun nochmals meinen Dank. Nachdem ich achtundzwanzig Jahre Minister gewesen bin, werde ich nun hier still und ruhig leben; aber ich möchte doch von Zeit zu Zeit Menschen um mich sehen und dann hoffentlich auch viele von Ihnen.

---

[1] Aus Lucius v. Ballhausens Bismarck-Erinnerungen geht hervor, wie sehr Maybach vom Kanzler geschätzt und gegen Feindseligkeiten gedeckt wurde

Ansprache an die Abordnung des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

16. April 1890.

Mit dieser Antwort auf die Überweisung einer Dank- und Huldigungsadresse des Zentralverbandes deutscher Industrieller beginnt Bismarcks ununterbrochener Kampf gegen die lügenhafte Darstellung der wahren Gründe seiner Entlassung, die Kaiser Wilhelm II. in seinem — von Bosse entworfenen, von Boetticher redigierten — Erlasse vom 20. März gegeben hatte, indem er schrieb, daß er schmerzlich bewegt sei, und daß nichts den Fürsten Bismarck in seinem Entschlusse wanken machen könne usw. Da dem Fürsten die Veröffentlichung seines Entlassungsgesuches verboten wurde, war er dem Kaiser gegenüber diplomatisch im Nachteil, so daß er vor allem die wahren Gründe seiner Entlassung, also die Schuld des Monarchen betonen mußte. In seiner kurzen Ansprache faßt Bismarck ferner meisterhaft die Differenzpunkte zusammen: die Frage der Kabinettsorder, — die Caprivi schon bald darauf wieder einführte! — die Besprechung mit Windthorst, die sein gutes Recht war, die Sozialpolitik, die Sozialistenfrage. Wenn Bismarck schließlich meint, daß das Vorgehen der jetzigen Regierung zur Züchtung von Sozialdemokraten führen müsse, so ist damit gemeint das Fehlen jeden Widerstandes gegen die steigenden Forderungen sowohl der Parteien wie der Arbeiter, das Aufgeben jeder grundsätzlichen Haltung zu den großen Staatsfragen und der Sieg des Opportunismus.

Wenn Sie dem Bedauern Ausdruck geben, daß ich meinen Abschied genommen habe, so kann ich nur bemerken, daß ich meinen Abschied erhalten habe und sehr gern im Amt geblieben wäre, wenn Seine Majestät der Kaiser es gewollt hätte. Um die Einheitlichkeit der Regierung zu sichern, habe ich an die alte Kabinettsorder von 1852 erinnert, welche den Verkehr der einzelnen Minister mit der Krone unter die Kontrolle des Ministerpräsidenten stellt. Der Kaiser hat mir meine Konferenz mit dem Abgeordneten Windthorst zum Vorwurf gemacht, ich muß es aber als das Recht des Kanzlers betrachten, mit jedem Reichsboten selbständig zu verkehren. Windthorst hat die Konferenz gewünscht, aber so unerhörte Forderungen gestellt, daß dieselben gar nicht ernst gemeint sein konnten.[1] In sachlicher Beziehung bin ich in Meinungsverschiedenheit mit dem Kaiser in betreff der Behandlung der Arbeiterfragen geraten. Nach meiner Ansicht muß das jetzige Vorgehen der Regierung zur Züchtung von Sozialdemokraten führen.

Ansprache an die Abordnung der technischen Hochschulen.

23. Mai 1890.

Vertretern der neun technischen Hochschulen Deutschlands, die dem Fürsten Bismarck eine Huldigungsadresse überreichen, antwortet Fürst Bismarck:

Ich freue mich, die Vertreter der sämtlichen deutschen technischen Hochschulen begrüßen zu können, und betrachte dies als Zeichen, daß auch dort der Einheitsgedanke, der Deutschland durchzieht, Platz gegriffen hat. Ich bin auch jung gewesen und habe mich schon in Göttingen dem nationalen Zuge nach Einheit angeschlossen, der manchem so verhängnisvoll geworden ist. Man nannte es damals Träume. Nun die Zeiten sind jetzt vorüber, wir stehen groß und geachtet da in der Welt und haben die Einheit gewonnen, die uns damals fehlte. Wenn ich denke, welche Spannungen zum Beispiel zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen Preußen und Sachsen oder selbst zwischen dem Osten und Westen Preußens bestanden haben, und damit die heutige Lage der Dinge vergleiche, so ist nach meiner Überzeugung die Zeit des Zwistes und Haders für alle Zeiten vorbei und

[1] Jedenfalls Aufhebung des Jesuitengesetzes.

der Bestand des Reiches gesichert. Man schreibt mir die Äußerung zu, nur durch Blut und Eisen könne die Einheit Deutschlands hergestellt werden, aber dieses Wort ist falsch verstanden worden. Ich hatte erkannt, daß die Einheit nur durch den König von Preußen gewonnen werden konnte, und habe den Ausdruck nur in dem Sinne gemeint: man muß dem Könige von Preußen möglichst viel Macht, ein starkes Heer, geben, damit er im geeigneten Moment ein möglichst großes Gewicht von Blut und Eisen in die Waagschale werfen könnte. Mit Schützenfesten und Turnfesten allein konnte die deutsche Einheit nicht hergestellt werden. Glücklicherweise sind wir über die Zeit der Kämpfe jetzt hinaus. Das größte Glück für Deutschland ist der Friede, und ich glaube nicht, daß je ein deutscher Kaiser eine Eroberungspolitik verfolgen wird wie der erste Napoleon. Die Karte Europas auf gewaltsame Weise umzugestalten, liegt einem deutschen Kaiser fern.

Was aber blüht im Frieden mehr als die Technik? Man schaffe eine neue Annehmlichkeit, eine Verkehrserleichterung, und sie wird bald zum Bedürfnis der ganzen Welt werden. Sie als Techniker sind nicht an die Scholle gebunden. Die Unzulänglichkeit der juristischen Bildung, ja jeder Fakultätsbildung mit Ausnahme der ärztlichen besteht darin, daß sie für die heute bestehenden Zustände zugeschnitten ist. Kommen diese einmal ins Gleiten, was zwar heute fern liegt und wohl eher zu meiner Zeit hätte eintreten können, so ist es mit dem Juristen schlecht bestellt, er steht aus seinem Staatsleben gerissen hilflos da. Ich halte es auch für einen besonders glücklichen Griff, daß Sie sich als Glieder einer großen Körperschaft so frühzeitig zusammengefunden haben. Sie, meine Herren, können als Industrielle sich Hunderttausende auch außerhalb Ihres Vaterlandes verdienen, Sie können sich als Konstrukteure, als Ingenieure und Architekten auch außerhalb Deutschlands einen Namen machen. Die Gesetze der Chemie, der Baukunst, sie gelten in der ganzen Welt. Sie, meine Herren, sind nicht an die Scholle gebunden und können dem deutschen Namen auf der ganzen Welt Ehre machen. Die Technik regiert die Zukunft, und ich wünsche jedem einzelnen von Ihnen Glück, daß er diesen Beruf gewählt hat. Der Einfluß der Technik auf unser ganzes Staats- und Kulturleben wird immer größer werden, er hat seinen Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Meine Herren, ich danke Ihnen nochmals für Ihr Erscheinen.

Ansprache an die Abordnung des Bürgervereins zu Charlottenburg.

5. Juni 1890.

Nach der Überreichung einer Dankadresse bemerkt Fürst Bismarck:

Sie haben mir eine große Freude bereitet, indem Sie mir die Empfindungen Ihrer Mitbürger zum Ausdruck brachten. Gern habe ich immer Charlottenburg besucht. Jetzt vor zwei Jahren eilte ich fast täglich, allerdings mit tiefer Wehmut im Herzen, dorthin an das Krankenbett des Hochseligen Kaisers Friedrich... Was von mir geleistet ist, muß im wesentlichen auf meinen Allergnädigsten Herrn, den Hochseligen Kaiser Wilhelm, und seine Armee zurückgeführt werden. Nur für einen kleinen Teil haben meine schwachen Kräfte zu Deutschlands Erhebung und Deutschlands Einheit beigetragen. Immerhin ist die von Ihnen mir kundgetane Gesinnung so vieler Charlottenburger Bürger gleichsam eine Quittung für mein lange Jahre hindurch erstrebtes Ziel. Nachdem das Bewußtsein

von der Einheit und Macht Deutschlands in allen deutschen Herzen Raum gewonnen hat, ist das ein sicherer Grund für die Weiterentwicklung unseres Vaterlandes. Sagen Sie Ihren Mitbürgern, daß ich von dem Ausdruck ihrer Gesinnung tief ergriffen und reich belohnt bin für alles, was ich erstrebt habe.

Ansprache an die Abordnung des Magistrats von Stuttgart.

12. Juni 1890.

Auf die Überreichung des Ehrenbürgerbriefs entgegnet Fürst Bismarck:

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, Ehrenbürger der Hauptstadt eines der hervorragendsten unserer verbündeten Staaten zu werden. Stuttgart ist mir nicht fremd, ich bin früher unter dem König Wilhelm dort gern gewesen und habe mich an der schwäbischen Gastlichkeit erfreut. Ich sehe Ihre heutige Gabe als eine Ordensverleihung von seiten der Stadt Stuttgart an, in Ergänzung zu dem Orden Ihres allergnädigsten Königs, den ich seit langem trage. Ich lege hohen Wert auf die Anerkennung, welche Sie mir aussprechen, und ich habe als Reichskanzler gerade auf den schwäbischen Stamm als auf eine Hauptstütze der deutschen Einheit immer bauen können. Die Schwaben sind ein zähes Geschlecht, das schwer aus sich herausgeht; aber wenn sie einmal das neue Gute in sich aufgenommen haben, so sind sie auch die zuverlässigsten Kämpfer für dasselbe. Kaum sonst in Deutschland war früher der Partikularismus so ausgebildet wie in Schwaben, es gab nirgendwo so viele Reichsstädte und Reichsdörfer wie dort. Aber andererseits ist dies doch nur ein weiterer Beweis des echt germanischen Geistes. Auch im Auslande sind es die Schwaben, welche sich die deutsche Gesinnung fest bewahren. Ich habe viele Beispiele davon erlebt und brauche nicht an die scherzhaften Anekdoten zu erinnern, welche darüber existieren. Früher hat dieser deutsche Stamm die Reichssturmfahne geführt, und so hat er jetzt in der Unterstützung der Bestrebungen, im Frieden das Deutsche Reich zu festigen, ein würdiges Beispiel gegeben. Nach meiner Praxis als Reichskanzler muß ich anerkennen, daß mir von Württemberg aus, wenn Reichsinteressen in Frage standen, Schwierigkeiten nie gemacht worden sind, sondern stets bereitwillige Unterstützung gewährt wurde. Dazu hat wesentlich beigetragen die patriotische und klare Anschauungsweise Ihres ersten Ministers,[1] den ich außerordentlich hochschätze.

Die Einigung der Deutschen, wie wir sie jetzt haben, wäre schon früher zu machen gewesen, wenn man den richtigen Weg dahin gefunden hätte. Aber man schlug 1848 zu viel auf einmal nieder, man wollte die Dynastien und auch den Partikularismus mehr, als notwendig war, unterdrücken. Das Verwachsen mit der Scholle ist eben ein Grundzug deutschen Charakters und eine Wurzel seiner Kraft. Ich habe den andern Weg gewählt. Mir erschienen die Dynastien als eine Bürgschaft der Einigkeit Deutschlands, und mit ihrer Unterstützung ist das Werk gelungen, bestätigt durch das Gottesurteil der Schlachten. Von dem Augenblick an hat das Streben nach Einheit mit unwiderstehlicher Gewalt gewirkt, sobald es erst einmal gefesselt war mit der Treue und Anhänglichkeit an das engere Vaterland. Ich bin nie Unitarier gewesen und habe es mir als Reichskanzler immer als

[1] v. Mittnacht.

Aufgabe gestellt, die Rechte der Staaten gegen unbillige Ansprüche zu schützen; dieselbe Politik befolgt auch die jetzige Regierung, und zumal wird mein Nachfolger im Amt diese Frage mit derselben ruhigen und loyalen Art behandeln, wie es zu meiner Zeit der Fall gewesen ist. Ich danke Ihnen nochmals von Herzen für die Auszeichnung, die mir zuteil geworden ist, und für die Ehre, die Sie mir durch Überbringung des Bürgerbriefes und durch Ihren Besuch hier erzeigen.

Ansprache an die Abordnung der Mittelparteien in Düsseldorf.

14. Juni 1890.

Fürst Bismarck betont, daß er sich das Recht des Privatmannes, die freie Meinungsäußerung, nicht nehmen lasse.

Ansprache an die Abordnung der Berliner Bürger.

22. Juni 1890.

Für die Überreichung einer von vielen Tausenden Berliner Bürger unterschriebenen Dankadresse dankt Fürst Bismarck mit folgender Rede:

Meine Herren, ich danke Ihnen wiederholt, nicht nur dafür, daß Sie persönlich hierher gekommen sind, sondern auch für die warmen Worte, welche mir aus dem Wortlaut der Adresse entgegenklingen. Seitdem ich aus dem Amte geschieden, haben mir viele Städte die Sympathien ihrer Gesinnung entgegengebracht. Am meisten berührt mich aber selbstverständlich Ihr Erscheinen, der Bürger der Reichshauptstadt Berlin. Das ist mir das Wohltuendste. Bin ich auch kein geborener Berliner, so bin ich doch in meinem sechsten Jahre dorthin gekommen und von meinen fünfundsiebzig Jahren bin ich obiter vierzig und mehr dort gewesen. An keinem Orte der Welt habe ich länger geweilt als in Berlin und kann mich somit gewissermaßen als naturalisierten Berliner bezeichnen. Außerdem ist diese Adresse für mich von hervorragendem Werte, weil es sich dabei um eine Kundgebung der Reichs- und Landeshauptstadt und der Hauptstadt der Provinz Brandenburg handelt, an die mich so enge Beziehungen knüpfen. Ich weiß, daß ich nicht immer in vollem politischen Einverständnis gewesen bin mit allen Teilen der Berliner Bevölkerung, es ist auch nicht immer ohne Kämpfe abgegangen, aber ich denke an diese Kämpfe ohne jede Bitterkeit zurück, etwa so, wie man der Kämpfe sich erinnert, die man auf der Schule und auf der Universität durchgekämpft hat; und ich würde auch nicht Bedenken getragen haben, derartige Kämpfe, wenn nötig, fortzusetzen. Ich hätte es auch gewünscht, dort auf immer bleiben zu können, aber es ging nicht mehr nach meinem Scheiden aus dem Amte.

Die Gründe für meinen Rücktritt liegen nicht in mir.[1] Den Hauptgrund bildete ein schon seit Jahr und Tag vorhandener, immer fühlbarer gewordener Mangel an Einigkeit und Einheitlichkeit der Anschauungen unter meinen vormaligen Kollegen im Ministerium.[2] Nur die Einigkeit einer Regierung macht dieselbe stark. Ich war mit den Kollegen nicht mehr eins, ohne einen einheitlichen Willen aber ist die Leitung der Staats- und Reichs-

[1] Vergl. die Vorbemerkung zur Ansprache vom 16. April 1890.

[2] Damit ist vor allem die Haltung des Ministers v. Boetticher gemeint (vergl. Gedanken und Erinnerungen Bd. 3) und die Haltung der Minister im Kronrat vom 24. Januar und im letzten Ministerrat vom 17. März.

geschäfte auf die Dauer unmöglich. Diese Einheitlichkeit würde sich eventuell durch einen Personenwechsel unter meinen Mitarbeitern haben herstellen lassen, die Herbeiführung eines solchen Wechsels war aber nicht durchzusetzen, und so ergab sich für mich die Unmöglichkeit, die Geschäfte fortzuführen.

Nach meinem Rücktritt in das Privatleben sind viele meiner ehemaligen Freunde der Ansicht, daß ich nun auch zu völligem Stillschweigen verurteilt sei, daß ich mich wie ein „stummer Hund"[3] verhalten müsse.[4] Ein altes Sprichwort sagt: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. Bei mir will man das derart umkehren, daß es heißt: Wem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand. Diese Ansicht vermag ich nicht zu teilen. Über die Dinge, über die ich vor vier Monaten noch ein allgemein als maßgebend anerkanntes Urteil besessen habe, werde ich wohl auch heute noch zu urteilen fähig sein, und das Recht der freien Meinungsäußerung, das jedem Staatsbürger zusteht, werde ich mir nicht nehmen lassen, man mag sagen, was man will. Ich befinde mich etwa in derselben Lage wie einst Fürst Metternich, welchem ich mich sonst nicht vergleichen möchte, und nach dessen Beispiel ich mich sonst nicht gerade richten will. Er sagte, daß er von der Bühne in das Parterre hinabgestiegen sei. Und in dieser Lage befinde ich mich jetzt auch. Da ich mein Parterrebillett einmal bezahlt habe, steht mir auch das Recht der Kritik an den Vorgängen auf der Bühne zu, nur muß diese Kritik in loyaler Form und nicht mit der Pfeife geübt werden. Und es bleibt eine Pflicht für mich, meine Meinung zu sagen für die vielen, welche dieselbe hören wollen im Inlande und im Auslande, und nicht zu schweigen. Meine Kritik wird stets eine patriotische sein, aber gerade der Patriotismus wird mir unter Umständen gebieten, im Interesse der Monarchie und der Dynastie auf etwaige Fehler meiner Nachfolger aufmerksam zu machen, welche diese beiden Hauptfaktoren unseres nationalen Lebens schädigen könnten. Auch ein Minister, der nicht ängstlich an sein Amt sich klammert, wird sich verpflichtet halten, in denjenigen Fragen, in denen seine Ansichten von denen der höheren Stelle abweichen, ohne Rücksicht auf etwaiges Stirnrunzeln seiner dissentierenden Meinung Ausdruck zu geben.[5] Wird sein Widerspruch nicht berücksichtigt, so gibt es für ihn nur zwei Wege: entweder er fügt sich, sofern es sich nicht um Kardinalfragen handelt, oder er nimmt seinen Abschied. Man hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich fremde Interviewer empfangen und auf die Presse eingewirkt habe. Diesen Vorwurf muß ich ablehnen. Solange ich im Amte war, habe ich mir in dieser Hinsicht eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen, jetzt begrüße ich es mit Freuden, daß ich im Interesse der Friedenspolitik, der ich stets gedient habe, und die auch für meinen Nachfolger maßgebend ist, durch Einwirkung auf fremde, weitverbreitete Preßorgane gehässigen Entstellungen und Mißdeutungen entgegentreten kann. Dafür sollte man mir dankbar sein, nicht aber mir zürnen. Daß ich nicht darauf ausgehe, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, ist selbstverständlich, ich werde mich bei meinen Auslassungen stets der gebotenen patriotischen

---

[3] Jesaias 56, 10.

[4] In der offiziösen Presse waren gegen Fürst Bismarck wegen seiner Interviews mit ausländischen Korrespondenten und wegen seiner Artikel in den „Hamburger Nachrichten" schwere Vorwürfe erhoben worden, die sich schließlich zu dem Erlaß Caprivis vom 23. Mai 1890 verdichteten, in welchem die auswärtigen Regierungen auf den privaten Charakter von Bismarcks Äußerungen hingewiesen wurden. (Der Erlaß bei Gradenwitz: Bismarcks letzter Kampf, S. 201 f.) Dagegen hatte Bismarck am 11. Juni 1890 in den „Hamburger Nachrichten" sich ausgesprochen. (H. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—98, Bd. I, S. 271.)

[5] Hierin liegt eine dringliche Mahnung an Caprivi.

Rücksichtnahme befleißigen. So denke ich zum Beispiel nicht daran, an den Ostafrika betreffenden Vereinbarungen mit England Kritik zu üben.[6] Das Recht der freien Meinungsäußerung aber kann und werde ich mir nicht nehmen lassen, auch wenn ich schließlich ganz allein stehen sollte. Ich kann vierzig Jahre meines Lebens nicht einfach ausstreichen. Hätte ich es nicht anders gekannt, so hätte ich mich ruhig bloß um meinen Hafer und meine Kartoffeln gekümmert, aber heute von mir zu verlangen, daß ich mit einem Male ein ruhiger Landmann werden soll, das geht nicht an. Ich muß verbraucht werden, wie ich bin.

Ich werde mich freuen, wenn Sie, meine Herren, die einen so bedeutenden Teil der Berliner Bürgerschaft verschiedener politischer Richtung vertreten — abgesehen natürlich von der Sozialdemokratie — meine Anschauung als berechtigt anerkennen oder wenigstens zulassen wollten. Ich danke Ihnen noch einmal für Ihr persönliches Erscheinen und bitte Sie, mir die Gesinnung zu bewahren, welche Sie mir ausgesprochen haben und mit Ihnen die große Mehrheit der reichstreuen Bürger Berlins.

Ansprache an die Gesellschaft der Humber steamship owners.

2. Juli 1890.

Auf die Begrüßung der Gesellschaft der Humber steamship owners erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, es freut mich, einen so wichtigen Zweig des Handels hier zu sehen und zumal einen solchen wie die Handelsmarine, die so viel dazu beigetragen hat, die Beziehungen ins Leben zu rufen, die beiden Nationen so sehr zum Vorteil gereichen. Der Handel ist der große Beförderer der Zivilisation und hat viel getan, um die jetzt zwischen England und Deutschland bestehende Freundschaft zu schaffen. Er ist die Quelle internationalen Fortschritts und führt zu einer Herzlichkeit, die in der Tat erfreulich ist; denn Höflichkeit ist das Öl für die Maschinen des menschlichen Lebens. Das Deutsche ist nicht so sehr geachtet in England wie das Englische in Deutschland. (Nein, nein!) Es ist dies begreiflich, denn die Engländer kennen wohl Preußen, aber Deutschland ist ihnen noch neu; wenn ein Menschenalter vergangen ist, wird sich auch hierin vieles geändert haben.

Deutschland kann man mit einem self-made man vergleichen, England mit einem alten aristokratischen Lord. Wir haben oft zusammengestanden in Zeiten des Friedens sowohl wie in Tagen der Bedrängnis, im Siebenjährigen Krieg und nachher bei Waterloo, und noch jetzt bestehen die besten Beziehungen zwischen den beiden Nationen.

Ansprache an die Abordnung der New Yorker Independent-Schützen.

8. Juli 1890.

Auf die Ansprache des Präsidenten der Gesellschaft, der mit einem Bekenntnis ihres Deutschtums Bismarck huldigte, erwidert der Fürst:

Ich danke Ihnen, daß Sie den weiten Weg nicht gescheut haben, erstens zu Wasser von Amerika herüber, um Ihre alten Landsleute zu besuchen, und dann auch von Berlin nach

[6] Über den Helgoland-Sansibar-Vertrag.

Friedrichsruh, um mich mit Ihrem Besuche zu beehren. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich habe mich sehr gewundert, soeben durchweg deutsche Namen gehört zu haben; ich hatte geglaubt, zu Amerikanern nur englisch sprechen zu müssen, und höre nun, daß alle Herren deutsch sprechen und auch Deutsche sind. Das freut mich sehr. Seit ich als Minister in Preußen und später in Deutschland die Politik geleitet habe, bin ich stets bestrebt gewesen, in den Beziehungen zu dem Nordamerikanischen Freistaat das Entgegenkommen zu betätigen, zu dem der große König Friedrich II. vor mehr als hundert Jahren die Grundlage gelegt hat, indem er als erster die Freistaaten anerkannte. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist wie ein Vermächtnis Friedrichs des Großen seit jener Zeit von der preußischen Politik immer hochgehalten worden. Deutschland und Nordamerika gehören zu den Staaten, die so glücklich sind, nicht nötig zu haben, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen um etwas zu beneiden. Ein freundschaftliches Verhältnis ist natürlich, schon wegen der alten Stammesverwandtschaft mit den Angelsachsen und der noch engeren mit dem neudeutschen Stamm, der drüben seit einigen Jahren so außerordentlich an Größe und Bedeutung gewonnen hat. Die Deutsch-Amerikaner haben schon zu einer Zeit, zu der sich im alten Vaterlande Nord und Süd noch feindlich gegenüber standen, miteinander in Eintracht gelebt und sich auch stets als zusammengehörig betrachtet. Seit der Gegensatz zwischen den Deutschen in Europa aufgehoben ist, sind jetzt einige zwanzig Jahre vergangen. Gottes Segen ist es, für den wir dankbar zu sein haben, daß dieser alte Sauerteig vollständig ausgefegt worden ist, und daß das Vertrauen zwischen den Dynastien und, was noch schwerer zu erreichen war, das Vertrauen der deutschen Stämme zueinander gegen alle Anfechtung fest begründet worden ist. — Jetzt wird der norddeutsche Tourist in den bayrischen Alpen und der ostdeutsche am Rhein mit landsmannschaftlichem Wohlwollen behandelt, was früher nicht immer der Fall gewesen ist.

Dieses Band der Einheit, das sich um alle Stämme in der alten Heimat schlingt, ist fest genug, um diese auch mit dem verwandten Volk in der neuen Welt in enger Verbindung zu halten. Die Einheit des ursprünglichen Vaterlandes ist ein Hauptgewinn gewesen gerade auch für die Deutschen im Auslande. Sie drüben in Amerika können die Einigung Deutschlands sehr wohl verspüren. Es hat Zeiten gegeben, wo der eine sich rühmte, ein Sachse zu sein, der andere ein Preuße, der dritte ein Hesse, und nur die aus den kleinen Staaten Kommenden sagten schüchtern, daß sie aus Deutschland seien. Jetzt aber sagen alle, sie wären Deutsche, und wenn das Gefühl einer gewissen Blödigkeit, mit der man dies früher eingestand, jetzt noch bestünde, so würden die Herren nicht nach Berlin herübergekommen sein. Wie ich an der Aussprache der verschiedenen Herren merke, sind Sie sowohl Süddeutsche wie Norddeutsche. Aber Sie machen doch gewiß jetzt in Amerika hierin keinen Unterschied mehr. (Rufe: Nein, nur Deutsche.) Das ist recht, so habe ich es mir auch gedacht.

Ich hoffe, daß Gott in allen unseren amerikanischen Landsleuten diese Empfindung lebendig erhalten und stärken werde. Zwiespalt zwischen Anglo- und Deutsch-Amerikanern braucht es deswegen nicht zu geben, denn letztere tun ihrem Gefühl als Amerikaner keinen Abbruch, wenn sie auch an ihrem alten Vaterlande hängen. Ich erblicke in jedem Deutschen, der hinüber nach Amerika geht, einen Pionier, der dazu beitragen wird, die

bestehenden guten Beziehungen zu fördern. Das gegenseitige Vertrauen zwischen Deutschland und Nordamerika hat schon schwierige Proben bestanden.

Wir werden, so Gott will, mit Amerika nie Streit haben. Es hat allerdings Momente gegeben, wo ängstliche Gemüter glaubten, es könne zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Amerika kommen in der Samoa-Angelegenheit. Das war aber so unbegründet wie möglich, ich würde es direkt unvernünftig genannt haben, wenn man wegen dieser Bagatelle einen ernsten Streit hätte anfangen wollen. Ich habe mir immer gesagt: Ist das ganze Samoa denn nur annähernd so viel wert, daß man deshalb die alte Freundschaft zwischen den beiden Völkern, die sich brüderlich nahe stehen, stören sollte? Es trat dann die bekannte Samoa-Konferenz zusammen, und es ist mir nicht schwer geworden, die Sache friedlich zu ordnen. Ähnlich verhielt es sich seinerzeit mit dem Konflikt mit Spanien wegen der Karolinen-Inseln. Auch damals glaubten Heißsporne an Krieg. Im Ernst konnte man doch aber nicht glauben, daß wegen der Interessen vielleicht nur eines einzigen in Betracht kommenden Handelshauses wir in Madrid oder die Spanier in Berlin einmarschieren würden. Höchstens wären einige Küstenstädte zerstört worden, und auch das wäre schon zu viel gewesen. Ich habe das Vertrauen, daß nichts das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Amerika stören kann; ich bin sicher, daß Amerika gegenüber auch mein Nachfolger ganz so denkt wie ich, und hoffe, daß die naturgemäße Verbindung, wie sie zwischen den beiden Ländern besteht, durch Sie immer fester gekettet werden wird.

Ansprache an die Abordnung der Stadt Duisburg.

16. August 1890.

Nach der Überreichung des Duisburger Ehrenbürgerbriefes bemerkt Fürst Bismarck, daß solche spontane Anerkennung eines aufblühenden Bürgertums zu Herzen geht, im Gegensatz zu konventionellen Ordensverleihungen der Potentaten.

Ansprache an die Teilnehmer am Fackelzuge der Kissinger Bürger.

17. August 1890.

Die nationalen Gefühle, die in Ihren Worten und Liedern Ausdruck gefunden, entspringen den großen Ereignissen unter Kaiser Wilhelm I., an denen mitzuwirken ich das Glück gehabt habe. Ich freue mich, daß diese Gefühle im ganzen deutschen Volke bestehen. Die Huldigung ergreift mich um so mehr, als ich nicht mehr in amtlichen Beziehungen zur Regierung des Landes stehe. Ich sehe zu meiner Freude, daß auch hier die alte Liebe nicht rostet. Ich hege für Kissingen heimatliche Gefühle, ich komme schon seit sechzehn Jahren, wenn ich nicht irre, diesmal zum zwölftenmal hierher. Ich bin durch Gefühle des Dankes und der Sympathie mit Kissingen verbunden, dem ich so viel Gutes zu verdanken habe. Ich hoffe, daß ich auch bei fernerer Wiederkehr gleiche Gefühle antreffe.

Ansprache an Mitglieder der Deutschen Partei in Heilbronn.

23. August 1890.

Bei einem Empfang von sechzig Mitgliedern der Deutschen Partei in Heilbronn sagt Fürst Bismarck:

Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar zunächst für die Ehre, welche Sie mir durch Ihren Besuch erzeigen, und dann für das Wohlwollen, welches der Herr Redner eben hier

in Ihrem Namen ausgesprochen hat. Ich freue mich über die Anerkennung, die der Anteil, den ich an der Führung unserer deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten habe nehmen können, bei Ihnen gefunden hat, und wenn ich vom Steuer habe zurücktreten müssen, so wird dadurch bei mir die Hoffnung nicht erschüttert, daß das deutsche Staatsschiff, gleichviel, wer der Steuermann ist, denselben Kurs wie früher einhalten werde, und daß die Einigkeit, in der wir uns befinden, erhalten bleibe. Und die, welche unter uns dreißig oder vierzig Jahre zurückdenken, werden wissen, daß das nicht immer so war, und daß das eine Errungenschaft der Neuzeit ist. Daß diese Einigkeit, ich kann sagen, Einheitlichkeit der deutschen Nation, so weit wir sie besitzen, eine dauernde sein wird, unabhängig von der Frage, wer Kanzler sei, dies kann auf die Probe gestellt werden; das auf den Schlachtfeldern in der Verteidigung des Vaterlandes gemeinsam vergossene Blut ist ein fester Kitt, der nicht so leicht in Brüche geht. Und die Erinnerung an die große Zeit, die in diesen Tagen, zwanzig Jahre zurückliegend, an uns wieder vorbeizieht, ist ein festes Fundament für die wiedergewonnene Einigkeit, das nicht zerbröckelt, abgesehen davon, daß, ich will ganz hausbacken sprechen, die Vorteile dieser Einheit, nachdem wir sie zwanzig Jahre lang erprobt haben, doch so unbestritten sind, daß sie die Nation, die sie hat erkämpfen helfen, wohl nicht mehr wird verlieren wollen, und daß sie der Generation, die unter den Eindrücken des neuen Gebäudes aufwächst, fest im Herzen haften; und was immer für politische Einzelkämpfe, welche das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des nationalen Glückes zu stören suchen, in Deutschland stattfinden, so muß ich sagen, daß der Gedanke, wieder nach Jahrhunderten der Zerrissenheit ein großes und mächtiges Volk in Deutschland zu bilden, in uns allen so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß er unerschütterlich bleibt. Und darauf, meine Herren, möchte ich Ihrer aller Zusage und das Versprechen nehmen: wenn je innere Wirren, die Gott uns fernhalten möge, wiederkommen sollten, so denken Sie an das württembergische Blut, das vor Paris geflossen ist, und denken Sie an die Früchte, die es getragen hat. Ich möchte Ihnen allen den alten Spruch ans Herz legen: „Halt fest am Reich, kölnischer Bauer, schmeck's wie's will, süß oder sauer!"

Auf einen Trinkspruch des Professors Dr. Egelhaaf bei der Frühstückstafel antwortet der Fürst, daß, wenn ihn auch jetzt die Untätigkeit sonderbar anmute, er doch jetzt eine Abspannung der nervösen Überreizung empfinde. Ein beim Abschied auf ihn ausgebrachtes Hoch gibt dem Fürsten zu folgender Äußerung Anlaß:

Sie wissen ja, kein Prophet wird geehrt in seinem Lande. Ich bin auch einmal klein gewesen, und nun, da ich groß geworden, kann mir dies mancher nicht verzeihen. Aber alles übelwollende Urteil wird mit der Zeit vergessen.

Was in den Zeitungen[1]) über mich steht, berührt mich nicht, das ist mir gleichgültig, das ist Staub, den die Bürste abwischt. Ich lege nur Wert auf die Geschichte, was die später über mich sprechen wird. Mein einziger Ehrgeiz, den ich habe, besteht in einer guten Grabschrift, und um die bitte ich, nicht sofort, aber in den Herzen.

---

[1] D. h. den offiziösen und den von der Regierung abhängigen.

Ansprache an Damen und Herren aus Württemberg.

26. August 1890.

In Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Institutsvorstandes Härlin aus Göppingen dankt Fürst Bismarck zunächst für die vielen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, die ihm besonders aus Süddeutschland und aus Schwaben zugingen. Nach einem Rückblick auf die Schaffung der deutschen Einheit fährt er fort:

„Wir sind nun gottlob fremden Nationen gegenüber unabhängig, und weiter bedürfen wir nichts. Jeder Volksstamm soll seine Eigentümlichkeit bewahren, aber einig wollen wir bleiben. Eroberer, die die Landkarte willkürlich verändern, kennen wir in Deutschland glücklicherweise nicht: wir sind friedliebend und nehmen einen Krieg nur dann an, wenn es der Wille der ganzen Nation ist. Ich habe jetzt ja nichts mehr mitzureden, aber das kann ich Ihnen versichern, wir werden den Frieden für die nächsten Jahre wenigstens bewahren, und wenn wir je in übermütiger Weise angegriffen werden, so werden fünfundvierzig Millionen Deutsche zusammenstehen, um den Angriff abzuschlagen."

Ansprache an Homburger Bürger.

5. September 1890.

Auf einer Begrüßungsansprache gelegentlich eines Fackelzuges Homburger Bürger entgegnet Fürst Bismarck, indem er auf die Festigkeit des Reiches hinweist und ein Hoch auf den Kaiser ausbringt.

Ansprache an die Abordnung der Stadt Dortmund.

19. Dezember 1890.

Bei der Überreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Dortmund führt Fürst Bismarck aus, daß er darin eine Anerkennung seiner Verdienste um die Wiederbelebung der rheinisch-westfälischen Industrie erblicke. Ursprünglich Freihändler habe er die Notwendigkeit eines Wandels erkannt, als in den Industriegebieten ein Hochofen nach dem andern habe ausgeblasen werden müssen.

Ansprache[1] an eine Abordnung aus Straßburg i. E.

21. Dezember 1890.

Dem Fürsten wird eine von 6000 Männern aus Straßburg unterschriebene Dankadresse überreicht. Auf die Worte des Führers der Abordnung Prof. Ziegler antwortet der Fürst:

Es sei ihm mit der Überreichung einer Adresse aus Straßburg mit so anerkennenden Worten eine Genugtuung, eine Freude bereitet worden, welche ihm unvergeßlich bis an sein Lebensende sein werde. Niemals würden die heute aus Straßburg zu ihm gesprochenen Worte aus seinem Gedächtnis entschwinden, und noch auf dem Sterbebette

[1] Obwohl nicht in direkter Rede überliefert, ist diese Ansprache ihrer Wichtigkeit wegen wörtlich aus der Ausgabe der Reden von Horst Kohl, Bd. 13, S. 25 f. übernommen worden.

sollten sie ihm ein Trost und eine stille Freude bleiben. Er habe für Straßburg ja auch stets ein großes, ein besonderes Interesse gehabt, schon in seiner Jugend. Er erinnere sich, wie er im Jahre 1842 zum ersten Male durch Straßburg gereist, wie es ihn da geschmerzt habe, daß in einer ganz deutschen und damals auch noch gänzlich deutsch sprechenden Stadt französisches Militär und französische Beamte wirtschafteten. Er habe damals zu seinem französischen Reisegefährten gesagt: „Dieses Land war unser und muß wieder unser werden.“ Worauf dieser antwortete: „Alors il faudrait croiser la bayonnette.“ Darauf habe er entgegnet: „Eh bien, nous la croiserons“[2]

Später sei es sein Bestreben gewesen, die Ecke von Weißenburg zu erringen, welche sich wie ein Stachel ins deutsche Fleisch geschoben habe, wo der Geßlerhut gestanden habe, vor dem Deutschland seine Reverenz machen mußte. Nachdem das Werk mit Gottes Hilfe gelungen, hätte er am liebsten unmittelbar nach dem Übergange von Elsaß-Lothringen in deutschen Besitz auf der Höhe der Vogesen zwischen Deutschland und Frankreich eine chinesische Mauer errichtet, die im Lande bleibenden Eingeborenen aber äußerst glimpflich behandelt, zum Beispiel zwanzig Jahre lang von jedem Militärdienst befreit. Dann wäre die französische Generation allmählich ausgestorben und eine neue deutsche herangewachsen. Aber das sei nicht so gegangen, wie er es gewollt, und später habe man sich doch zum Paßzwang bekennen müssen. Diese einschneidende Maßregel habe nur den Zweck gehabt, den Franzosen einmal klarzumachen, wo die Grenze sei, die sie bis dahin trotz zwanzigjähriger deutscher Verwaltung niemals beachtet hätten. Es sei ja auch natürlich, daß wir den Parisern niemals ausreden könnten, daß Elsaß-Lothringen eine französische Provinz sei, aber das eine habe man ihnen wenigstens begreiflich machen können, daß es nicht ihre Sommerprovinz sei, in der sie sich nach wie vor als Herrn aufspielen könnten. Gegen diese und gegen ihre Freunde im Lande sei die Paßmaßregel gerichet gewesen. Dem harmlosen, ruhigen Einwohner, dem Geschäftstreibenden, dem Familienverkehr, dem von der Politik unberührt dahinlebenden kleinen Manne habe natürlich nichts geschehen sollen. Wie im gewöhnlichen Leben auf einem Glacis nur solche Bäume geduldet werden dürften, die in militärischer Beziehung unbedenklich seien, so habe auch die deutsche Regierung in nationaler Beziehung schließlich nicht mehr dulden können, daß in Elsaß-Lothringen alles von Frankreich aus überwuchert worden sei. Daher der Paßzwang. Freilich, Theorie und Praxis seien ganz verschiedene Dinge, und es habe sich wieder einmal gezeigt: „Wo man hackt, da fallen Späne. On ne peut pas faire une omelette sans casser des oeufs.“ Die geschäftlichen Verbindungen, welche man gar nicht habe treffen wollen, seien mitgetroffen worden, und harmlose Leute hätten vielerlei Belästigung erlitten. Das habe er natürlich nicht gewollt, und das habe die Regierung nicht beabsichtigt; er habe nur die Wurzeln der französischen Überwucherung in Paris abschneiden wollen; die Zweige wären, des treibenden Saftes beraubt, dann schon von selbst abgestorben und nicht mehr imstande gewesen, den Grenzwall zu überranken. Daß die Unschuldigen da mit den Schuldigen leiden mußten, das sei leider unabwendbar gewesen, in diesem Falle wie überhaupt.

Er habe übrigens keinerlei Abneigung gegen die Franzosen oder den französischen

[2] Hier liegt wohl eine Verwechslung des Redners vor. Die Äußerung gehört in ein Gespräch, das Bismarck 1867 mit dem General Vaillant geführt hat, der einen Krieg zwischen Preußen und Frankreich nach den Erfolgen von 1866 für wahrscheinlich hielt, weil der gallische Hahn es nicht werde ertragen können, daß ein anderer lauter in Europa krähe.

Volkscharakter. Im Gegenteil, die Franzosen seien ein äußerst liebenswürdiges Volk und verständen es wie keine andere Nation, sich die Annehmlichkeiten, welche man im Leben haben könnte, zunutze zu machen. Er erinnere dabei an die vortrefflichen Leistungen der französischen Handwerker; in einem französischen Hause wohne es sich beispielsweise viel angenehmer als in einem englischen. Wären die Franzosen nicht durch die erfolgte Änderung der Grenzen gegen uns unliebsame Nachbarn geworden, so würde Deutschland, mit Frankreich vereint, eine ganz unwiderstehliche Macht bilden. Wenn wir von ihnen so weit entfernt wären wie die Franzosen von den Russen, dann sei er überzeugt, würden Deutschland und Frankreich die besten Freunde werden. Er habe in Frankreich, so oft er dort gewesen, mit den Franzosen stets im besten und liebenswürdigsten Umgang gelebt und in einem so freundschaftlichen Verkehr gestanden, wie er ihn selbst in Deutschland kaum habe unterhalten können. Die Deutschen seien ja ganz famose Leute, aber jeder habe eine halbe Flasche Wein zu wenig im Leibe. Er müsse erst künstlich in Zug gebracht werden; er habe Anregung und Anfeuerung nötig. Der Franzose seinerseits habe diese halbe Flasche schon, und deshalb, wenn man auch nur wenig zugieße, so sei es gleich zu viel. Es sei ja gegenwärtig in Elsaß-Lothringen alles soweit in gutem Gange. Dies sei in erster Linie dem Kaiserlichen Statthalter Fürsten von Hohenlohe zu danken. Der verstorbene Statthalter[3]) sei zwar ein gewandter und vielseitig verwendbarer Mann gewesen, ein guter und sorglicher Familienvater, politisch aber sei der Feldmarschall häufig unberechenbar gewesen und habe sich vielfach allzusehr von persönlichen Eindrücken bestimmen lassen... Eines könne er seinen Freunden in Elsaß-Lothringen nicht genug ans Herz legen: die Erziehung des weiblichen Geschlechts; die Mädchenschulen seien die Fundamente der künftigen Generationen; sobald die deutsche Frau, die deutsche Mutter auch in Elsaß-Lothringen erzogen werde, würde auch Deutschlands Herrschaft gesichert sein ohne jede andere Zwangsmaßregel. Leider sei unter dem Regime Manteuffel in dieser Beziehung ebensowenig wie für gewerbliche Ausbildungsanstalten getan worden; dies alles werde und müsse nachgeholt werden.

Sie sehen, meine Herren — schloß der Fürst die Rede — ich gerate ins Dozieren und halte Ihnen, ohne daß ich es eigentlich gewollt habe, eine politische Vorlesung; so ist es, wenn man auf einmal nichts zu tun hat und gewöhnt war, immer viel beschäftigt zu sein.

Ansprache an den Vorstand des Kieler konservativen Vereins.

14. April 1891.

Auf die Begrüßung des Vorsitzenden Dr. Wetzel erwidert Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie so zahlreich erschienen sind, mich zu begrüßen, und ich danke Ihnen herzlich für Ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Es freut mich besonders, daß es ein konservativer Verein ist, der mir eine solche Ehre erzeigt, denn auch ich habe stets auf konservativem Boden gestanden.

---

[3] Generalfeldmarschall E. v. Manteuffel.

Man fragt oft: Was heißt konservativ? Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Konservativismus aber sind beständig. Es ist also nicht nötig oder auch nur nützlich, daß die konservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei, konservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Konservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der Reichsglocke.

Es gibt ein altes gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen gibt es Leute, die einseitig das Bedürfnis haben, die Menschen mit ihren Elaboraten glücklich zu machen.[1] Eine Regierung, welche unnötige Neuerungen vertritt, wird antikonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung durch die Beteiligten.

Man wirft mir vor, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht konservativ gewesen, denn ich hätte viele alte Formen zerschlagen und viel Neues aufgerichtet. Nun, hierbei ist der Wert des Alten, welches vernichtet, und des Neuen, welches erreicht werden sollte, gegeneinander abzuwägen. Mir stand bei Antritt meines Ministeriums und schon vorher, in Frankfurt, die Überzeugung fest, daß wir nur durch Wiedererweckung der deutschen Nationalität und durch die Einheit der deutschen Stämme die Fähigkeit, unter den europäischen Völkern frei zu atmen und zu leben, würden erringen können. Dies zu erreichen, stellte ich vorerst über alles andere, sobald ich die Möglichkeit sah, unsere Einheit über die preußischen Grenzen hinaus ausdehnen zu können.

Wir hatten und haben ja auch als Preußen ein besonderes Nationalgefühl, ursprünglich eine Abzweigung vom großen deutschen. Im Grunde hat es nicht mehr Berechtigung als der spezifische Patriotismus deutscher Staaten. Es verstand sich für mich von selbst, daß ich dieses preußische Bewußtsein, in dem ich aufgewachsen war, sehr lebhaft empfand; sobald ich aber überzeugt war, daß das preußische Nationalgefühl der Amboß sei zum Zusammenschmieden der anderen, habe ich aufgehört, einseitig preußische Ziele zu verfolgen.

Damals waren also die Aufgaben eines leitenden Ministers andere wie heute, nachdem wir e i n e der ersten — so will ich höflicherweise anstatt d e r e r s t e n sagen — Nationen in Europa zu sein von Gott berufen sind. So war es meine Aufgabe, vor allem unser Nationalgefühl zur Entwicklung zu bringen. Meine Beteiligung an dem Beginn und Verlaufe des Krieges in Deutschland — ich meine im Jahre 1866 — und die Zertrümmerung alter Formen war im Grunde mehr konservativ, als das Verharren bei den Zuständen der Zerrissenheit gewesen wäre. Denn diese hätten schließlich zur Auflösung oder gar Fremdherrschaft geführt; für mich aber handelte es sich darum, den Rest des

[1] Dieser Gedanke kehrt bei Bismarck oft wieder und zielt insbesondere auf die Landgemeindeordnung des Ministers Herrfurth, die am 1. Juni 1891 vom Abgeordnetenhause mit 206 gegen 99 konservative Stimmen angenommen wurde. Vergl. Gedanken und Erinnerungen Bd. 3, S. 46 f.

deutschen Nationalgefühls, der unter der Asche fortglimmte, anzufachen, also etwas ganz Altes zu bewahren. Dieses alte Besitztum wurde denn auch bewahrt und verstärkt, in der Hauptsache auf kriegerischem Wege — zum Bedauern ging es auf friedlichem nicht — ist aber nun wohl desto fester gegründet.

Den Vorwurf der Abtrünnigkeit, welchen mir viele der heutigen Konservativen machen, die ihrerseits keine erkennbaren Zwecke verfolgen, halte ich also für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine konservative Tat, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, einer Fraktion anzugehören, um konservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Kartell zwischen den Konservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinander gehen, man wird auf konservativer Seite einen Unterschied machen zwischen den Leuten, mit denen zusammen ein staatliches Leben sich nicht führen läßt, und den anderen, die zu solcher Gemeinschaft ehrlich bereit sind. Ich bedauere es, wenn das Kartell zerfällt, und ich denke, auch die Konservativen in Kiel geben die Hoffnung nicht auf, mit ihren Gesinnungsgenossen — nicht allein Fraktionsgenossen — zusammen die leitende Mehrheit zu bilden.

Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten Spruch Quieta non movere beachtete als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht, mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntnis zu sein. Meine Mitwirkung kann sich jetzt nur mehr nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachmännisches Urteil auszusprechen, werde ich mir von niemandem verbieten lassen.

Dies ist auch konservativ, glaube ich — konservativ, d. h. nicht: ministeriell, sondern erhaltend.

So begrüße ich Sie als meine politischen Freunde und hoffe, daß Sie alle, die hier im Zimmer sind, in diesem Sinne sich konservativ nennen. Ich werde nicht lange mehr Ihr Mitarbeiter sein. Möchten diese politischen Grundsätze nicht mit mir aussterben, sondern unsere politische Arbeit in der Bahn weitergeführt werden, die unser hochseliger Herr vorgezeichnet hat.

Ansprache an eine Abordnung des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

15. April 1891.

Bei der Überreichung eines silbernen Tafelservices wirft Fürst Bismarck einen Rückblick auf seine Tätigkeit als Gesetzgeber in wirtschaftlichen Fragen und warnt schließlich vor Überhastung.

Ansprache an eine Abordnung nationalliberaler Vertrauensmänner des 19. hannoverschen Wahlkreises.

2. Mai 1891.

Eine Abordnung von 24 nationalliberalen Vertrauensmännern erscheint am 2. Mai in Friedrichsruh, um den Fürsten Bismarck um Annahme des Reichstagsmandats im 19. hannoverschen Wahlkreise zu bitten, wo er am 30. April mit 10 544 gegen die 5486 Stimmen des Sozialdemokraten gesiegt hatte. Nachdem Senator Schmidt aus Geestemünde dem Fürsten das Vertrauen seiner Wähler ausgesprochen hat, erwidert Fürst Bismarck:

Die Ehre, welche Sie mir durch Ihre Wahl erwiesen haben, schätze ich doppelt hoch, nicht allein als Ihr deutscher Landsmann, sondern auch als Ihr plattdeutscher Nachbar; ich bin im plattdeutschen Lande geboren und erzogen und freue mich, durch die stattgehabte Wahl einen Beweis des Vertrauens meiner engeren Landsleute zu erfahren.

Ich bin im siebenundsiebzigsten Jahre und nicht mehr rüstig genug, um der Aufgabe als Reichstagsabgeordneter so zu entsprechen, wie ich glaube, daß sie erfüllt werden sollte. Das ist der Grund, der mich abgehalten hat und abhalten wird, mich um ein Mandat zu bewerben, so schwer es mir auch wird, auf jede Beteiligung an Geschäften, denen vierzig Jahre lang meine Tätigkeit gehörte, gänzlich zu verzichten. Als Kandidat zur Wahl konnte ich mithin nicht auftreten, da ich nicht in der Lage bin, mein Mandat regelrecht auszuüben.

Deshalb habe ich in meiner ersten Antwort erklärt, daß ich zur Zeit außerstande sei, Pflichten zu übernehmen, mit deren Ausübung der Aufenthalt in Berlin verbunden wäre: einmal wegen meiner Gesundheit. Das Gasthofleben ist meinem Befinden weniger zuträglich wie das Wohnen im eignen Hause; ich hatte mir lange gewünscht, einmal ein Zimmer zu bewohnen, das ich nur im Sarge zu verlassen genötigt sein würde. Eine kündbare Ministerwohnung bietet diese Sicherheit nicht. Ich habe kein Mandat gesucht, bin aber stets der Meinung gewesen, daß ich mich der Aufgabe, meinem Lande zu dienen, nicht entziehen dürfe, wenn der Ruf dazu ohne mein Zutun von kompetenter Seite an mich herantritt.[1]

Ich habe mich nie in die Politik eingedrängt. Meinem Privatleben als Landwirt, Deichhauptmann und im Provinziallandtag bin ich vom König Friedrich Wilhelm IV. entzogen worden, indem der hohe Herr mich zu einem wichtigen Gesandtschaftsposten unerwartet berief. Demnächst bin ich vom König Wilhelm in einer sehr schwierigen Lage der Krone und ihrer Regierung an die Spitze des Ministeriums berufen worden, um 1862 sehr angenehme amtliche Verhältnisse mit der dornenvollen Stellung eines Konfliktsministers zu vertauschen. Ich bin solchen ungesuchten Berufungen gegenüber, wenn sie von berechtigter Stelle ausgehen, zwar nicht Fatalist in dem Maße wie ein Türke mit seinem Kismet, aber ich hätte eine Gewissensunruhe, wenn ich mich lediglich aus Ruhebedürfnis dem Rufe entzöge, den Sie an mich richten; ich halte mich nicht für berechtigt, dem Lande den Dienst der geringen Kräfte, die mir bleiben, vorzuenthalten, wenn er nicht über das Maß meiner Leistungsfähigkeit gefordert wird.

Wenn ich Ihnen sagte: Ich kann jetzt nicht nach Berlin, so will ich hinzufügen, daß für meine Anwesenheit dort im Augenblick kaum ein Bedürfnis vorliegt.

[1] Vergl. dazu die Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 21. April und 17. Mai bei H. Hofmann: Fürst Bismarck 1890—98 Bd. 1, S. 353 und 356.

Der Reichstag wird nur noch kurze Zeit tagen, und es steht, soviel ich weiß, keine Frage zur Debatte, auf die Einfluß zu nehmen im jetzigen Stadium derselben tunlich wäre, oder die unseren Wahlkreis im besonderen interessierte. Sollten solche infolge neuer Vorlagen noch zur Beratung kommen, so werde ich mich daran beteiligen, soweit meine Gesundheit es mir möglich macht. Abgesehen davon aber bitte ich Sie, als Ihr Abgeordneter, einstweilen um Urlaub. Nicht bloß die Unbequemlichkeit, außerhalb der eigenen Häuslichkeit zu wohnen und zu schlafen, hält mich augenblicklich von Berlin zurück, sondern auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgange aufgehört haben. Ich hoffe, von Ihnen hat niemand die schlimme Erfahrung selbst gemacht, mit seiner geschiedenen Frau unversöhnt unter einem Dache zu wohnen. Ähnlich ist das Wiedersehen mit geschiedenen Freunden. Sie werden sich vorstellen können, daß ich in Berlin Begegnungen haben werde, die meinen früheren Freunden vielleicht ebenso und mehr wie mir unerwünscht sein würden. Das ist ein Imponderabile, und die konventionellen Formen decken die inneren Eindrücke solchen Wiedersehens. Aber ich mag sie mir nicht früher auferlegen, als es pflichtmäßig notwendig wird. Das Mandat dauert ja aber auch länger, und bei der Schnelligkeit, mit der wir leben, können sich die Umstände und die Eindrücke bis dahin ändern.

Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören; wenn ich im gewissen Sinne auch Parteimann bin, so bin ich es für das alte Kartell, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich so weit verständigen, wie es ihnen möglich ist, und die Dornen ihrer Programme nicht gegeneinander kehren. Dies war es stets, was ich in meiner letzten Zeit als Minister erstrebt habe. Ich bin mit den Nationalliberalen ja weit gegangen und von ihnen oft gestützt worden. Es ist mir eine der widerlichsten Lügen, daß ich das Wort gesprochen haben soll, ich wollte die Nationalliberalen „an die Wand drücken, bis sie quietschten". Der letztere Ausdruck ist so ekelhaft geschmacklos, daß ich ihn an sich schon nie gebraucht haben würde. Weshalb ich mit den Nationalliberalen auseinander kam, das lag hauptsächlich daran, daß ihre Führer mit einigen meiner Kollegen im Ministerium ohne mich und gegen mich enge Fühlung gewonnen hatten.[2] Ich befand mich dabei in der Defensive, nicht im Angriffe. Sollte eine der staatserhaltenden Parteien für sich allein oder mit anderen zusammen die Majorität erlangen, so würde dies ein großes Glück sein. Mir gibt es jedesmal einen Stich in das politische Herz, wenn ich sehe, daß die Fraktionen, die gleich ehrlich bemüht sind um die Erhaltung des Reiches, in Feindseligkeiten gegeneinander bis zu giftigen Invektiven gehen. Da möchte ich gern als friedenstiftender Gemeindediener dazwischen springen und jedem beweisen, daß der tertius gaudens der schlimmere Feind ist. Das ist die Linie, in der auch meine parlamentarische Tätigkeit, wenn es zu einer solchen kommt, sich bewegen wird. Der Gedanke einer prinzipiellen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger und die Regierung liegt mir außerordentlich fern; ebenso fern aber liegt es mir, still zu sein gegenüber den Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze als die meisten anderen? Die Pflicht zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntnis dann ergibt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich

[2] Vgl. Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, 181 ff.

deswegen angreifen, haben davon keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Land mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird, und ich kenne den Sumpf, und die anderen irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es Verrat, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch töricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen.

Ich hatte das Bedürfnis, den Sinn, in welchem ich Ihr Mandat annahm, darzulegen. In meiner ersten telegraphischen Antwort auf Ihren Mandatsantrag lehnte ich, wie gesagt, ab, weil ich zur Zeit nicht nach Berlin gehen könne. Daraufhin darf ich annehmen, daß der Wahlkreis, wenn er meine Kandidatur dennoch aufrechterhalten und durchgeführt hat, mir für die Dauer dieser Reichstagssession Urlaub gibt für den Fall, daß nicht noch etwas Neues von Wichtigkeit vorgelegt wird.

Ich danke Ihnen nochmals für die Auszeichnung, welche Sie mir in der Vertretung Ihres für mich seit lange historisch interessanten Wahlkreises erzeigt haben. Wie die Dithmarsen, so haben auch Sie von alters her die Verfassung freier Bauernschaften gehabt, und was beiden Stämmen die besonderen Sympathien jedes Deutschen gewonnen hat, das ist ihre Tapferkeit. Die Stedinger haben im Kampfe kein Glück gehabt, sie sind vom Erzbischof von Bremen im damaligen Kreuzzug arg in die Pfanne gehauen worden, aber nach was für einem heldenmütigen Widerstand, nach einem Kampfe von Mann und Weib.[3]

Ansprache an die Abordnung der Stadt Bischofswerda.

1. Juni 1891.

Bei der Überreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Bischofswerda drückt Fürst Bismarck seine Freude aus, daß diese Ehrung nicht von Parteikämpfen veranlaßt sei; freut sich, daß die alte Gegnerschaft von 1866 überwunden ist, und spricht von der immer bewiesenen Gnade König Alberts, der gewiß nichts dagegen haben werde, wenn seine Untertanen auch für den alten Kanzler etwas übrig hätten.

Ansprache an den Ziegler- und Kalkbrennerverein.

21. Juni 1891.

In Verbindung mit einer Besichtigung des Friedrichsruher Kalkwerks huldigen die Mitglieder des Vereins dem Fürsten. Auf eine Ansprache erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich danke Ihnen für die Anerkennung, welche Sie mir haben zuteil werden lassen, und für die gute Meinung, die sie von mir haben. Wenn ich vielleicht nicht das alles verdient habe, so bin ich doch bemüht gewesen, es zu verdienen, und war bestrebt, in dem von Ihnen angedeuteten Sinne zu handeln. Ich habe wenigstens das gute Gewissen, daß ich meine Schuldigkeit getan habe zu jeder Zeit, und mehr kann von mir nicht verlangt werden, wenigstens nicht von einem ehrlichen Manne. Ihr Gewerbe

[3] Bei Altenesch 27. Mai 1234.

war mir von Anfang an sympathisch, und ich habe mich von Jugend auf damit befaßt. Ein großer Teil meines väterlichen Vermögens ging allerdings verloren durch eine Ziegelei, welche mein Vater in der Nähe von Berlin besaß, so daß ich der Ansicht bin, daß man sich mit Ihrem Berufszweige nicht befassen soll, wenn man nicht eine durchdachte Anlage machen und sie mit richtiger, fachmännischer Leitung im großen betreiben kann. Ich habe noch auf allen meinen Gütern Ziegeleien und bin da größtenteils mein Selbstabnehmer. Auf einer der beiden Ziegeleien in Varzin wird freilich auch verkauft, so daß ich dabei eben bestehe; es kommt, wie man zu sagen pflegt, gerade die Butter zum Brote heraus. Auch hier in Friedrichsruh habe ich schon früher Versuche im kleinen angestellt, jetzt steht dort das mir nicht gehörige größere Werk, das Sie alle besichtigt haben und kennen; ich hoffe, daß es gedeiht. Hieraus sehen Sie, daß ich gewissermaßen ein Kollege und Mitarbeiter von Ihnen bin.

Wenn Sie nun hervorgehoben haben, daß ich bestrebt gewesen sei, dem Lande den Frieden zu erhalten, so kann ich nur hoffen, daß man die Segnungen meiner Bestrebungen spürt. Ob die Industrie Nutzen davon hat, dafür vermag gerade Ihr Gewerbezweig Zeugnis abzulegen, denn wenn es einem gut geht, dann wird ihm der Rock leicht zu eng, und er läßt sich einen neuen machen. So ist es auch mit den Häusern, dann wird gebaut, und dazu braucht man Ziegel und Kalk. Aus diesem Grunde ist mir das Zieglergewerbe immer ein Barometer gewesen für den Wohlstand aller anderen Industrien. Wenn die Ziegel gut verkauft wurden und die Ziegler sich wohl fühlten, dann war mir das gewissermaßen die Quittung darüber, daß meine Friedensbestrebungen Erfolg hatten.

Übrigens bin ich auch Kalkbrenner. In Varzin verarbeite ich einen Kalk, den ich aus meinen Wiesen gewinne, ein mit Muscheln, Mergelknollen durchsetztes Material. So bin ich auch nach dieser Richtung hin Ihr Kollege. Nun, meine Herren, ich will hoffen, daß Sie auch weiterhin Veranlassung haben, zufrieden zu sein, dann habe ich auch die Gewährleistung für das Gedeihen der übrigen Gewerbe, deshalb wünsche ich Ihnen, daß das Barometer nicht sinkt, und möchte die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, dadurch erwidern, daß ich ein Hoch ausbringe auf die deutschen Ziegler und Kalkbrenner: der Ziegler- und Kalkbrennerverein lebe hoch!

Ansprache an die Schüler des Weimarischen Seminars.

12. Juli 1891.

Die auf einem Ausflug durch Norddeutschland begriffenen beiden Oberklassen des Weimarischen Seminars erhielten die Erlaubnis, vor dem Altreichskanzler singen zu dürfen. Nachdem das Lied „Stehe fest mein Vaterland“ verklungen ist, spricht Fürst Bismarck:

Sie wollen alle Lehrer werden, meine Herren; von Ihnen hängt die Zukunft ab. Sie haben einen Vorsprung vor anderen Ihres Standes, weil Sie in Weimar ausgebildet werden, in dem kleinen, aber wichtigen Staatswesen, wo unsere Klassiker lebten, und von wo der gewaltige Zug unserer nationalen Größe ausging und gekräftigt wurde. Man kann an Weimar nicht denken, ohne an Goethe und Schiller erinnert zu werden. Was auch im Lauf des Dreißigjährigen Krieges und durch die Gewalttaten des vorigen Jahr-

hunderts zerstört wurde — die Literatur und die Klassiker sind das Band gewesen, an dem der Nationalgedanke festgehalten wurde. So ward Deutschland geistig zusammengehalten, während es äußerlich in Hunderte von Parzellen zerfiel. Das Nationalgefühl zu pflegen, ist eine Aufgabe Ihres zukünftigen Berufs; denn die Jugend bedarf nicht nur der Bildung, sondern vor allem der Gesinnung. Sie nehmen aus Weimar eine Legitimation mit ins Leben, die Ihnen überall ein Entgegenkommen bereiten wird. Ich wünsche, daß Sie immer Schüler bekommen, mit denen Sie zufrieden sind. Beachten Sie immer das biblische Rezept: „Fahret fein säuberlich mit dem Knaben Absalom".[1]) Vergessen Sie auch nicht das Märchen von der Sonne und dem Wind, welche wetten, wer zuerst dem Wanderer den Mantel abgewinnen wird. Nicht dem starken Sturm, aber den milden Sonnenstrahlen ist es gelungen.

Ansprache an die Abordnung des St. Petersburger Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute.

27. Juli 1891.

Nach der Entgegennahme der Urkunde der Ehrenmitgliedschaft, die er in Kissingen empfängt, erwidert der Fürst, stets sei er um Pflege und Stärkung des guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Rußland bemüht gewesen. Er sei der Ansicht, daß es auch heute erhalten werden müßte, um so mehr, als beide Reiche keine einander störenden Interessen hätten.

Ansprache an die Abordnung der deutschen Studentenschaft bei Überreichung des zum Gedächtnis der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs gestifteten Ehrenhumpens.

10. August 1891.

Zur Überreichung eines silbernen Ehrenhumpens der deutschen studentischen Jugend, gestiftet zur 20. Wiederkehr des Tages der Kaiserproklamation, erscheinen am 10. August 80 Vertreter der deutschen Hochschulen in Kissingen. Nach einer Ansprache des stud. Eichler spricht Fürst Bismarck in einer Rede von dem, was ihm am meisten am Herzen liegt: von der Erhaltung der Reichsverfassung, der Fernhaltung von Zentralisation, von den Gefahren des Parteihasses:

Ich danke Ihnen, meine Herren, für den schönen Humpen, der nicht nur nach Arbeit und Wert in der Sammlung von Erinnerungsgegenständen, die ich besitze, einen hervorragenden Platz einnehmen wird, sondern mehr noch seinem Ursprunge nach, durch die Geber und die Andenken, die sich an die Überweisung knüpfen. Es hat diese Überweisung für mich eine historische Bedeutung. Wir gehören zwei verschiedenen geschichtlichen Generationen an, ich derjenigen Kaiser Wilhelms I., der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen ist; Ihnen, meine Herren, gehört die Zukunft, an deren politischer Gestaltung Sie in Amt und Würden, auf der Kanzel, im Parlament oder wenigstens als Wähler mitzuwirken berufen sind.

[1] 2. Samuelis 18, 5.

Als ist im Jahre 1832 die Universität Göttingen bezog, war das deutsche Vaterland lahmgelegt durch die Teilung in mehr als dreißig Staaten. Die einzelnen Staaten standen sich mißtrauischer gegenüber, mit geringerem Maße von Wohlwollen wie dem Auslande. Das einzige gemeinsame und einende Element in Deutschland waren Wissenschaft und Kunst. Es gab schon damals keine preußische oder bayrische Wissenschaft, sondern eine deutsche. Die deutschen Universitäten bewahrten zu jener Zeit das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sie waren Träger des nationalen Gedankens. Die Flamme, die sie unterhielten, war leuchtend und hell, aber sie reichte nicht aus, die Bruchstücke des Vaterlandes durch Schmelzen zum einheitlichen Gusse zu bringen. Dazu bedurfte es der Mitwirkung der Dynastien, der Regierungen und, gerade herausgesagt, ihrer Streitkräfte. Alle früheren Versuche zur Ausführung des Einheitsgedankens mußten an der irrtümlichen Geringschätzung der dynastischen Kräfte, der Macht von Blut und Eisen scheitern. Ohne diese Macht und ohne das Eingreifen der Dynastien wird in Deutschland nichts Dauerhaftes gewonnen, weder 1848 noch heute. Die deutsche Treue, das deutsche Recht, so wie es sich auf deutsche Gottesfurcht gründet, stehen auf diesem Boden.

Die Aufgabe, die Sie, meine Herren, in der Zukunft zu lösen haben, ist, nachdem die unvermeidlichen Bruderkämpfe im Innern überstanden sind, im wesentlichen eine solche der Erhaltung. Wenn erhalten werden soll, so verstehe ich darunter, daß man verbessert, ausbaut. Was aber soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das Äußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt. Ich bin kein Freund der Zentralisation, wie sie in Frankreich in Bezug auf Paris besteht, ich sehe den Segen der Dezentralisation in dem Hervorbringen zahlreicher Kulturzentren, und ich halte die Egalisierung für so wenig nützlich, wie mich etwa das Verschwinden der verschiedenen Landestrachten erfreut. Noch einmal: wachen Sie über die Reichsverfassung, selbst wenn Sie Ihnen hier und da später nicht gefallen sollte. Raten Sie zu keiner Änderung, mit der nicht alle Beteiligten einverstanden sind. Das ist die erste Bedingung der politischen Wohlfahrt des Reiches.

Gegenüber dem Auslande bin ich nicht besorgt. Alle Angriffe von außen werden wie Hammerschläge auf uns wirken, unsere Einigkeit nur noch inniger und stärker machen. Im Innern aber halte ich für den locus minoris resistentiae die deutsche Neigung zur itio in partes, zum Fraktions- und Parteiwesen. Diese Neigung liegt uns im Blute. Wie zwei Regimenter von verschiedener Uniform in einer Garnison leicht in Gegensatz zueinander geraten, und wie früher die deutschen Einzelstaaten mit scheelen Blicken einander eifersüchtig überwachten, so ist es jetzt der Kampf der parlamentarischen Fraktionen und der verschiedenen politischen Parteien, der die einheitliche Entwicklung der Zukunft zu gefährden droht. Die Kluft zwischen den Fraktionen zu überbrücken, ist schwierig. Ich betrachte das ganze parlamentarische Fraktionswesen als eine Krankheit, deren Bestand auf dem strebsamen Ehrgeize der Führer beruht, mit dem sie als politische Kondottieri ihre Aussichten bald nach oben, bald nach unten zu verbessern suchen. Bekämpfen Sie diese unglückliche Neigung zur itio in partes. Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der

Hölle schlagen. Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen.

Diese Bitte richte ich an Sie, als an die Träger des nationalen Gedankens auf den deutschen Hochschulen, die den Prometheischen Funken des Nationalgefühls auf die künftigen Geschlechter übertragen.

Ich bitte Sie, einen Tropfen mit mir aus dem neuen Humpen zu trinken, der hier vor mir steht. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Hochschulen, auf das Wohl der deutschen studierenden Jugend, deren Vertreter hier erschienen sind, und auf ihre Lehrer mit den Worten des Liedes:

Vivat membrum quodlibet,
Vivant membra quaelibet,
Semper sint in flore.

Ansprache an die Abordnung des Braunschweiger plattdeutschen Vereins.

19. November 1891.

Nach einer plattdeutschen Ansprache des Lehrers Reiche übernimmt Fürst Bismarck die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft und erwidert:

Herzlichen Dank für Ihre künstlerisch ausgestattete Gabe und die warmen Worte, mit denen der Herr Vorredner sie begleitete. Durch beides fühle ich mich hoch geehrt, wenn ich mir auch selbst sage, daß das von der Eiche Gesagte bei mir nicht mehr zutrifft, ich bin alt und pollsoor — Sie kennen den forstmännischen Ausdruck für zopftrocken — und meine körperliche Fähigkeit, als Landmann in öffentlichen Sachen mitzuwirken, fühle ich wesentlich vermindert. Ich bin von meinen häuslichen Gewohnheiten abhängig geworden. Eine Nacht auf der Eisenbahn ist jetzt eine Leistung für mich, während ich früher deren zwei und drei ohne Schaden ertrug, ich schlafe schlecht in fremdem Hause; kurz, die körperliche Rüstigkeit ist in der Abnahme. Das Leben auf dem Lande geht ruhig weiter, aber an Aufgaben, die körperliche Leistung erfordern, gehe ich schwer heran; so auch an die Reise nach Berlin zum Reichstage. Es wird ja wohl sein müssen, und ich werde ausprobieren, wie es geht und ob ich darauf verzichten muß. Die Reise zum Reichstage hat für mich ja nur den Sinn, meine Schuldigkeit als deutscher Bürger zu tun: wer glaubt, daß ich damit wieder zum Amt gelangen wolle, der überschätzt meine Bescheidenheit und unterschätzt mein Selbstgefühl, denn es kann mir doch nicht im Traume einfallen, die Stellung eines Ministers zu begehren; sie wäre für mich nicht annehmbar. Meine Wähler hatten mich gebeten, das Mandat anzunehmen, da im Wahlkreise sonst eine Lücke entstehen würde, die von Sozialdemokraten oder Welfen ausgefüllt werden könnte. Das Mandat dauert übrigens noch drei Jahre, und ich weiß ja nicht, ob ich nicht wieder kräftiger werde, und ob Verhältnisse eintreten, welche mir die Ausübung desselben dergestalt zur Pflicht machen, daß die Gesundheitsrücksicht schwindet. Einstweilen fühle ich mich greisenhafter, als ich aussehe.

Das Weitere ist nur in indirekter Redeform überliefert:

Der Wandertrieb der Niederdeutschen sei im Gegensatz zu der Seßhaftigkeit der Oberdeutschen stets ein starker gewesen. Schon in der frühesten Zeit seien die wandernden

Stämme fast nur plattdeutsche gewesen — die Oberdeutschen hätten im ganzen still gesessen — so die großen deutschen Wandervölker Gothen, Burgunder, von denen freilich nur wenig Spuren erhalten seien. Was aber erhalten, sei plattdeutsch, die Vandalen, auch die kleineren Stämme, Rugier, Heruler, vor allen die Franken. Auch jetzt scheine der Trieb, nach Amerika auszuwandern, in den plattdeutschen Bezirken viel stärker zu sein. Es tue ihm leid, daß er nicht von Jugend auf mit diesen Sachen sich habe wissenschaftlich beschäftigen können, die oftmals mehr Interesse für ihn gehabt hätten als die hohe Politik. Er verstehe die plattdeutsche Sprache noch immer sehr gut, habe er doch bei seinen Spielen mit den Dorfkindern früher plattdeutsch als hochdeutsch gelernt. Auch halte er das Plattdeutsche noch immer lieb und wert und unterhalte sich gern darin.

Ansprache an die Abordnung der Stadt Siegen.

12. Dezember 1891.

An eine Abordnung des Magistrats der Stadt Siegen in Westfalen, die am 12. Dezember 1891 in Friedrichsruh den Ehrenbürgerbrief überreicht, richtet Fürst Bismarck folgende Ansprache:

Mitbürger Ihrer Stadt zu sein, ist mir eine hohe Ehre und Freude, zumal mein Interesse für das Siegener Land schon alt ist. Zum ersten Male kam ich mit ihm in Beziehung, als ich vor fünfzig Jahren ein Gut übernommen hatte, welches durch unzweckmäßige Rieselwirtschaft geschädigt war. Damals hörte ich zuerst von Siegener Rieselwiesen und sah landwirtschaftliche Techniker aus Ihrer Gegend bei mir, um meine Wiesen nach der bewährten Siegener Methode zu verbessern. Das war der erste, landwirtschaftliche, Anknüpfungspunkt. Der zweite war forstlicher Natur. Als ich in den Besitz größeren Waldes kam, erlangte das Siegener Land mit seinen Haubergen ein besonderes Interesse für mich. In Pommern und selbst hier in Lauenburg können wir aber einen so guten Schälwald nicht erzielen; unserm Eichenwalde fehlt dazu die Sonne und der Bergboden Ihrer Gegend. Zu meinem Bedauern habe ist letztere nie selbst gesehen. Drittens verbindet mich mit Ihnen meine Stellung in der industriellen Gesetzgebung, und am Himmel der Industrie bildet das Siegener Land ja ein helles Sternbild; in Eisen und in Leder pflegt es zwei für die Wehrkraft besonders hervorragende Industrien.

Dieses dreifache Interesse, das in mir bei Nennung Ihrer Stadt erweckt wird, erregt auch heute meine Freude über die ehrenvolle Anerkennung, welche meine Wirksamkeit bei Ihnen gefunden hat, und ich wünschte, daß ich auch in der Lage wäre, mich Ihnen noch jetzt besonders in dem dritten Punkte nützlich zu machen. Aber ich bin aus den amtlichen Beziehungen zu Ihrer Industrie heraus und kann auch jetzt in Berlin die Sache nicht angreifen. Wenn ich hinkäme und im Reichstage den Mund auftäte, so müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde; ich müßte entweder schweigen oder so reden, wie ich denke. Wenn ich letzteres tue, so hat das eine Tragweite nach unten, nach oben, nach außen und nach innen, an die ich mich heut noch nicht gewöhnen kann. Es kann ja sein, daß die Notwendigkeit für mich eintritt, dieses subjektive Gefühl zu überwinden. Für heute möchte ich nur sagen: Nondum meridies. Wenn ich jetzt nach Berlin käme und spräche für den

Schutz der Landwirtschaft, so würde man nur sagen: „Vous êtes orfèvre, monsieur,“ und meine Bedenken für interessiert halten; damit wäre die Sache erledigt. Ich würde deshalb, wenn ich dort wäre, mehr für Politik eintreten und für das Interesse der Industrie mehr wie für das eigene. Die Landwirtschaft ist ohnehin schon daran gewöhnt, das Stiefkind der Bürokratie zu sein, die ihr Lasten auferlegt ohne Wohlwollen und Sachkunde.

Aber es gibt doch auch eine große Menge von Industriezweigen, die benachteiligt werden durch die neuen Vorschläge.[1] Einige haben Vorteile erlangt; wie groß diese im ganzen sind und wie groß auf der andern Seite der Nachteil ist, den die unter bessere Bedingungen versetzte österreichische Konkurrenz uns bringt, und ob die Kaufkraft Österreichs für unsere Produkte einer Steigerung fähig ist, und wie weit unser Import in Österreich Transit nach Balkan und Orient ist, entzieht sich bisher meinem Urteile. In der Liste der Industriewaren sind es etwa dreißig oder mehr, deren Zollschutz gemindert werden soll. Aber solange die betroffenen Industriellen nicht selbst klagen und sich an ihre Reichstagsabgeordneten wenden, damit diese für sie eintreten, kann ich mich ihnen nicht aufdrängen. Dazu bin ich nicht sachkundig genug. — Wer ist Industrieller unter Ihnen? (Antwort: Fast alle.) — Da werden Sie sich die Liste vergegenwärtigen und sich nicht verhehlen, daß wir nicht nur der österreichischen und italienischen, sondern auch der französischen und englischen, ja sogar der amerikanischen Industrie, trotz Mac Kinley-Bill, wesentliche Erleichterungen zugestehen sollen. Denn die mit diesen Staaten geschlossenen Verträge kann man nicht brechen. Die Amerikaner haben auf Grund des alten Vertrags mit Preußen das Meistbegünstigungsrecht erhalten, werden also nach Annahme der Verträge zu den neuen Zollsätzen importieren. Ihnen das unter Vorwänden zu verwehren, würde dort als Vertragsbruch gedeutet werden. Welchen Industriezweigen dies Ganze gefährlich ist und welche es weniger schädigt, das kann ich nicht beurteilen, und wie der Reichstag das so schnell beurteilen will, ist mir unerklärlich. Das Beunruhigendste am ganzen ist mir die Abdikation des Reichstags, wenn er in wenigen Tagen das begutachten und zur dauernden Einrichtung machen will, was Herren vom grünen Tisch in Zeit eines Jahres im geheimen ausgearbeitet haben. Wer hat denn alle diese Änderungen und Bestimmungen entworfen? Geheimräte, ausschließlich Konsumenten, auf die das Bibelwort paßt: Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln nicht in die Scheuern — Herren, die der Schuh nicht drückt, den sie für den Fuß der Industrie zurechtschneiden. Die Bürokratie ist es, an der wir überall kranken.[2]

Ich würde nie den Mut gehabt haben, auf zwölf Jahre den Sprung ins Dunkle zu tun. Die Härten der neuen Verträge werden sich beim Gebrauche bald herausstellen, und sie werden unabänderlich sein. Sich derselben jetzt, vor der endgültigen Festlegung, bewußt zu werden, dafür bleibt der Industrie nicht Zeit. Es war ja bisher alles ein Geheimnis. Wenn gesagt worden ist, unter der vorigen Regierung sei dieselbe Taktik des Verschweigens beobachtet worden, so ist das eine Fiktion. Wir haben 1878 damit begonnen, die Tariffrage in die Oeffentlichkeit zu werfen; wir haben das gemacht, was die Engländer „fair play“ und die Franzosen „carte sur table“ nennen. Diesmal war heimliche

[1] Die Handelsverträge mit Österreich-Ungarn usw.

[2] Die Furcht, daß die Bürokratie ebensowenig wie die Parteien zu wirklich sachkundiger Beurteilung und Herstellung der Gesetzesvorlagen imstande seien, veranlaßte Bismarck 1880 zur Begründung des Volkswirtschaftsrats und 1884 zur Reaktivierung des Staatsrats, um die er sich schon Anfang 1869 bemüht hatte.

Vorbereitung beliebt, und der Reichstag soll sich in wenigen Tagen mit dem ganzen abfinden. Darin liegt politisch ein sehr bedauerliches Ergebnis. Wenn der Reichstag das auf sich nimmt, so schädigt er sein Ansehen im Volke. Will er es wahren, so muß er in so einschneidenden Fragen wenigstens die Anstandsfrist beobachten, in der eine sachliche Prüfung möglich ist.

Die Schmerzen werden folgen, wenn die neuen Stiefel erst angezogen sind. Was haben unsere Abgeordneten dabei getan? wird dann gefragt werden, und die Antwort wird lauten: Sie haben zugestimmt, weil die Regierung es wünschte.

Daß der Reichstag nicht die Möglichkeit habe, an den Verträgen zu ändern, ist eine weitere Fiktion. Er kann bei jedem einzelnen Paragraphen sagen: Den wollen wir nicht, und wir werden ihn ablehnen, wenn er nicht geändert wird. Der Reichstag ist in der Gesetzgebung auch über Zölle vollkommen gleichberechtigt mit dem Bundesrate.[3]

Der Reichstag ist das unentbehrliche Bindemittel unserer nationalen Einheit. Verliert er an Autorität, so werden die Bande, die uns zusammenhalten, geschwächt. Unser Zusammenhalten im Reiche beruht auf den Verträgen, welche die deutschen Regierungen miteinander geschlossen haben, aber auch auf der gemeinsamen Vertretung im Reichstage. Diese widerstandsfähig und in Ansehen zu erhalten, ist unsere nationale Aufgabe.

Hierzu würde ich auch in den jetzt vorliegenden Verhandlungen gern mitwirken, aber nachdem alle Fraktionen aus Gründen des Fraktionsinteresses sich vorher verpflichtet haben, muß ich mein Auftreten für nutzlos halten. Ich weiß, was so ein Fraktionsbeschluß besagt, an ihm ist nicht zu rütteln, wie auch nachher die Haltung der Fraktion wechseln mag. Angenommen wird das Ganze sowieso. Mein Hinzukommen und meine Aussprache würden jetzt sich darauf beschränken müssen, die Urheber der Vorlage und die, welche sie annehmen, ohne Erfolg zu kritisieren und anzugreifen. Das ist eine Aufgabe, die mir widerstrebt. Ich hoffe, daß der Reichstag selbst in Erkenntnis seiner Stellung im Lande sich wenigstens vor einer Uebereilung hüten werde, unter der sein Ansehen leiden könnte. Ich bin zu einer so tiefgreifenden Kritik, wie ich sie üben müßte, wenn ich heute im Reichstage reden wollte, weniger berufen wie andere; ich bin fünfzig Jahre im Dienste des Staates gewesen und jahrzehntelang an erster Stelle; gegen dessen Leiter öffentlich so aufzutreten, wie ich müßte, wenn ich im Reichstage überhaupt redete, widerstrebt meinem Gefühle und ist mir peinlich, und es müßten noch stärkere Gründe wie heute vorliegen, daß ich diesen Widerwillen überwände. Die Nötigung dazu läuft mir vielleicht nicht weg, aber ich will es noch abwarten.

Dies alles führe ich Ihnen als Entschuldigung an, daß ich hier auf der Bärenhaut liege, anstatt mein Mandat zu erfüllen. Mein Arzt ist, wie Sie sehen, wieder hergekommen, um mich bei den Rockschößen festzuhalten; er hörte von meiner Frau, daß ich nach Berlin wollte, und beeilt sich, den Flüchtling wieder einzufangen.[4]

Ich schiebe meine Teilnahme an den Verhandlungen noch auf, so schwer auch die Sorge auf mir lastet, daß wir für zwölf Jahre an Zustände gebunden werden sollen, deren Wirkung heute niemand übersieht, auch ihre Urheber nicht.

[3] Nach Bismarcks Überzeugung müßten Krone und Volksvertretung sich das Gleichgewicht halten, um die Verantwortlichkeit zu schärfen und die nötige Kontrolle auszuüben, weil sonst der e i n e Faktor dem Absolutismus, also der Verantwortungslosigkeit, zustrebte. Gegen die Pressekritik dieser Ansprache vergl. „Hamburger Nachrichten“ 21. Dezember 1891. H. Hofmann, a. a. O., S. 405.

[4] Vergl. „Hamburger Nachrichten“ 9. Dezember 1891. H. Hofmann, a. a. O., S. 403.

Ansprache an die städtischen Kollegien von Wandsbek.

19. Dezember 1891.

Zu einer Ergänzungswahl zum Kreistage des Kreises Stormarn war Bismarck am 19. Dezember 1891 nach Wandsbek gekommen. Einer Einladung des Magistrats folgend erschien er in einer ad hoc anberaumten außerordentlichen Sitzung der städtischen Kollegien. Nach einer schwungvollen Ansprache des Oberbürgermeisters Rauch, der dem Fürsten den Ehrenbürgerbrief überreicht, entgegnet dieser:

Meine Herren, die mir durch Ihren Beschluß zuteil gewordene freiwillige Auszeichnung deutschen Bürgertums heute in Ihrer Mitte entgegennehmen zu können, ist für mich eine hohe Ehre, und ich freue mich deren besonders, da jetzt Wandsbek für mich die Bedeutung einer Hauptstadt, wenn auch nur diejenige einer Kreishauptstadt hat. Durch meinen Grundbesitz gehöre ich zu Ihren Kreisgenossen und bin deshalb um so mehr von Freude erfüllt, als — wenn mir der allgütige Gott noch einige Jahre des Lebens schenkt — es mir öfter noch vergönnt sein wird, Sie wiederzusehen, um in Ihrer Mitte mich an den gemeinsamen Kreisgeschäften zu beteiligen. Ich habe früher auf der Bühne der hohen Politik gestanden und bin jetzt in den Zuschauerraum hinabgestiegen, ohne auf das Recht der Kritik, wie es jedem Zuschauer zusteht, zu verzichten. Für die Rolle des Zuschauers aber ist mir der bevorzugte Nordwinkel in der Nähe Hamburgs und Wandsbeks ein besonders günstiger. Es würde mir zur großen Freude gereichen, wenn ich überzeugt sein dürfte, daß auch Wandsbek über den Wegfall der trennenden Zollschranken dieselbe Genugtuung empfindet wie Hamburg. Ich bin der Ansicht, daß wie dort, so auch hier seit der Zeit, wo der Verkehr mit dem Binnenlande frei geworden ist, für das Handwerk ein erfreulicher und fühlbarer Aufschwung sich gezeigt hat. Hierfür scheint mir wenigstens die steigende Bevölkerungsziffer Ihrer Stadt zu sprechen; ob die Steigerung nach gewisser Richtung eine zu rapide sei, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen, meine Herren. Aber einstweilen ist die steigende Bevölkerung ein Zeichen von wachsender Prosperität, über die ich erfreut bin, und dies um so mehr, als ich ja jetzt Ihr Mitbürger geworden. Diese meine Eigenschaft rückt mich meinen Genossen im Kreise sowie auch in der Stadt Wandsbek näher, die besonders im Anfange dieses Jahrhunderts eines literarischen Rufes sich erfreute, weit früher aber durch Tycho de Brahe, der hier gewohnt hat, bekanntgeworden ist. Ich bin im Jahre 1837, wo Ihr Gemeinwesen allerdings nur den sechsten Teil der jetzigen Einwohnerzahl hatte, auf einer Reise durch Hamburg zuerst hier in Wandsbek gewesen, um den Schimmelmannschen Park zu sehen, welcher mit dem Schlößchen jetzt verschwunden ist. Damals freilich habe ich keine Ahnung davon gehabt, daß ich noch einmal nach einem halben Jahrhundert in der Eigenschaft eines Kreisgenossen in Ihrer Mitte stehen würde. Die heutige Auszeichnung bereitet mir eine hohe Freude, für die ich Ihnen nochmals herzlich danke.

Nach der Unterzeichnung des Sitzungsprotokolls verabschiedet sich der Fürst mit folgenden Worten:

Meine Herren, ich wünsche von Herzen unserem Kreise und unserer Kreishauptstadt alles das, was nur in Ihren auf deren Gedeihen gerichteten Bestrebungen und Wünschen liegen kann, und werde mich immer freuen, wenn ich einmal Gelegenheit habe, zu einer besseren Jahreszeit als heute meinen Besuch hier zu erneuern, um mit Ihren Herren Vertretern im Stormarnschen Kreise zu tagen.

Ansprache auf dem Kreistage des Herzogtums Lauenburg in Ratzeburg.

30. Dezember 1891.

Bei der Teilnahme an der Sitzung des Kreistags spricht Fürst Bismarck in Erwiderung auf eine Ansprache von seinen alten Beziehungen zu Lauenburg und den notwendigen Veränderungen. Beim Essen des Kreistags erwidert er die Rede des Erblandmarschalls v. Bülow mit folgenden Worten:

Es sind etwas mehr als fünfundzwanzig Jahre, als ich mit Seiner Majestät dem hochseligen König Wilhelm I. in diesem selben Saale zusammen war. Seit jener Zeit hat sich vieles geändert, manches nicht in erwünschter Weise, aber das Meiste doch zum Guten. Wenn der lauenburgische Bauernstand die Verhältnisse von damals mit denen von jetzt vergleicht, so muß er, wenn er unparteiisch urteilen will, Seiner Majestät Kaiser Wilhelm I. von Herzen dankbar sein. Ich bin dann mehrere Jahre lauenburgischer Minister gewesen. In meinen schlaflosen Nächten frage ich mich oft, ob ich das Amt, das ich zu meinen anderen Ämtern übernahm, weil keine andere geeignete Kraft da war, auch immer zu Gunsten Lauenburgs verwaltet habe. — Ich bitte Sie, mir mit Vertrauen entgegenzukommen. Ich habe gedacht, daß ich nur im Sommer bei Ihnen in meinem Friedrichsruh weilen würde. Die Verhältnisse haben es anders mit sich gebracht. Ich bin jetzt bei Ihnen glebae adscriptus. Heute habe ich hier zum ersten Male sozusagen Besitz ergriffen, indem ich von meinem Rechte als lauenburgischer Großgrundbesitzer Gebrauch gemacht habe. Ich freue mich der Einigkeit, von der ich heute bei Ihren Verhandlungen Zeuge gewesen bin. Das möge so bleiben zum Wohl des Kreises. Das uralte Herzogtum Lauenburg möge blühen und gedeihen! Das Herzogtum Sachsen-Lauenburg lebe hoch!

Ansprache an eine Abordnung des akademisch-dramatischen Vereins zu Leipzig.

18. Januar 1892.

Am 18. Januar 1892 überreicht der akademisch-dramatische Verein zu Leipzig sein Ehrenmitgliedsdiplom durch eine Chargiertendeputation Nach der Rede des cand. jur. Rocke sagt Bismarck:

Ich danke Ihnen von Herzen für die Ehre, die Sie mir durch die Aufnahme in Ihren Verein und durch Ihr Erscheinen erweisen, und Ihr Diplom wird mir unter den Zeichen des Wohlwollens, die ich aus studentischen Kreisen empfangen habe, wertvoll sein. Ich freue mich über jede Anerkennung, die ich bei der Jugend erfahre; wenn man in meinem Alter ist, so hofft man mehr wie früher auf die jüngeren und nachfolgenden Generationen, und ich bin nicht gleichgültig gegen deren Urteil nach meinem Tode.

Zu den Symptomen für diese meine Hoffnungen post obitum gehört auch die Teilnahme, die ich bei der studentischen Jugend finde, zu der mich die Erinnerung an die Jahre hinzieht, während deren ich selbst Student war.

Sie sagten, dieser Augenblick sei bis jetzt der bedeutendste Ihres Lebens. Ich weiß nicht, ob ich sagen soll: Ich fürchte oder ich hoffe, daß Sie noch bedeutendere erleben werden und schwerere. Meine Wünsche begleiten Sie dahin.

Wenn ich in Anbetracht der künstlerischen Ziele, denen Sie dienen, noch ein Wort pro domo reden darf: Ich bin in den Verdacht gekommen, als wenn ich für Kunst keinen

Sinn hätte; noch neulich hatte ich Gelegenheit, dies zu hören, und gerade der von mir sehr geliebten Musik gegenüber. Mit der Politik geht es aber wie mit allen menschlichen Leidenschaften, sie nehmen die Hand, wenn man den Finger gibt, und wie stärkere Raubfische die schwächeren fressen, so läßt auch die stärkste unter den Neigungen die anderen nicht aufkommen. Ich hatte mich von der Politik ganz erfassen lassen und für Theater und Kunst keine Zeit übrig. Jetzt, wo ich mit dem Dienst nichts mehr zu tun habe, würde ich gern den Schaden nachholen und oft nach Hamburg ins Theater fahren, wenn die Hamburger sich erst an mein Erscheinen gewöhnt haben und mich wie einen der Ihrigen, der ich kraft Bürgerbriefes bin, zirkulieren lassen. Wenn die Jahreszeit günstiger wird, hoffe ich auch, mehr ins Theater zu kommen.

Nehmen Sie, meine Herren, die besten Wünsche für das Gedeihen Ihres Vereins. Ich freue mich, daß Sie Ihrer Neigung zur Kunst auch selbstdarstellend nachkommen. Goethe schätzte das Theaterspielen als eine vorbereitende Schule für äußeres Auftreten im Leben, und ich glaube, sie ist besonders für den Deutschen wichtig, zum Zwecke des dégourdir, des „Entschüchterns“. Frei und beweglich macht es im äußeren Auftreten fürs Leben.

Ansprache an die Abordnung des „Militärvereins Kampfgenossen 1864/71“ zu Leipzig.

15. März 1892.

Die Abordnung des „Militärvereins Kampfgenossen 1864/71“, der den Fürsten Bismarck zum Ehrenmitgliede ernannt hatte, wurde am 15. März 1892 empfangen. Auf die Ansprache des Vorsitzenden erwidert Fürst Bismarck:

Die Ehre, meine Herren Kameraden, von der Sie sprechen, ist auf meiner Seite, und ich danke Ihnen vielmehr für diese Anerkennung unserer alten militärischen Kameradschaft, die sich in schweren Kämpfen bewährt hat. Diese Kämpfe sind unserem gesamten Vaterlande zugute gekommen, auch jene, wo wir selbst uns als Gegner gegenüberstanden.

Auch 1866 war nötig zur Gestaltung unserer nationalen Einheit. Unsere Verhältnisse waren so verwickelt und so schwer zu lösen, daß das alte deutsche Gottesurteil — der Griff zum Schwert — nötig war.

Die Sachsen können keine unangenehme Erinnerung daran haben, denn sie waren eins der tapfersten Korps in der Armee, die uns gegenüberstand. Sie haben den Waffenruhm bewährt, den sie aus den ersten Jahren des Jahrhunderts übernommen haben.

Kürzlich habe ich das Tagebuch des sächsischen Obersten v. Larisch gelesen, und da war es mir interessant, zu lesen, wie zuerst an Preußens Seite bei Jena, dann mit Frankreich bei Wagram, in Rußland und bei Leipzig von den Sachsen gekämpft wurde. Überall waren sie tapfer und wohldiszipliniert.

Nur hat mich in dem Buche überrascht zu sehen, daß noch bis 1816 in Frankreich disziplinarisch gründlich „gehauen“ wurde. Man braucht nur einige Seiten in dem Buche zu blättern, um etwa zitiert zu finden: „Der und der zu spät vom Urlaub Gekommene erhält zwanzig Stockprügel.“ Bei uns war das früher auch. Heute jedoch hat man davon keine Vorstellung mehr, trotz aller heimlichen Soldatenmißhandlungen, die vorkommen mögen.

Die Lektüre des Buches hat mir den Vergleich jener Zeit nahegelegt. Hoffentlich wird uns ein Wellenschlag wie der damals, der alles auf und nieder und alles hin und her schob, in Zukunft nicht mehr treffen. Ich bin gewiß, daß in Zukunft Sachsen, Preußen, Bayern und Schwaben fest zusammenhalten werden, nachdem wir alle die Vorteile der Bundesgemeinschaft erkannt haben.

Ansprache an die Abordnung des Deutschen Ziegler- und Kalkbrennervereins.

29. März 1892.

Der Abordnung, die ihm die Ehrenmitgliedsurkunde des Vereins überreicht, dankt Fürst Bismarck und bemerkt, daß die Verse des Gedenkblatts: „Zwar einsam bist du, doch vergessen nicht", auf ihn nicht paßten, da er mit seiner Familie zusammen wohne und gute Nachbarschaft mit den umliegenden Gütern unterhalte.

Bei der Frühstückstafel gedachte Fürst Bismarck des Kaisers Friedrich; er rühmte ihn als den liebenswürdigsten Menschen, der ihm jemals begegnet sei. Nichts sei unrichtiger als die vielfach verbreitete Meinung, daß seine Beziehungen zu diesem Monarchen keine besonders guten gewesen seien. Im Gegenteil, Kaiser Friedrich sei mit seinen Vorschlägen stets einverstanden gewesen, er selbst zu keiner Zeit so unumschränkt wie damals. Rührend seien die Bemühungen des Kaisers gewesen, in seiner schweren Krankheit keine Höflichkeitsbezeigung außer acht zu lassen. Er habe es sich niemals nehmen lassen, ihn trotz der größten Schwäche bis zur Tür zu geleiten. Der Fürst sei dann hinter dem Kaiser hergegangen, in steter Erwartung, daß dieser zusammenbrechen werde, noch bevor er die Tür erreichte, und der Kranke habe sich dann eben noch am Türknopf halten können.

Ansprache an eine Abordnung aus Bochum.

1. April 1892.

Zum Geburtstag des Fürsten Bismarck war eine aus 24 Personen bestehende Abordnung erschienen, um ein Faß Bier, einen Pumpernickel und einen westfälischen Schinken zu überreichen. Auf die Ansprache des Bergassessors Hoffmann erwidert der Fürst:

Unter den zahlreichen Glückwünschen, die mir heute zugegangen sind, ist mir der Ihrige von Bochum besonders lieb gewesen, einesteils, weil ich Ihr Mitbürger bin, und andererseits, weil Ihre Stadt die Hauptvertreterin der beiden gewaltigsten Kräfte der wirtschaftlichen Zukunft, Kohle und Eisen, ist, wie Sie eben so richtig gesagt haben; fügen wir den Ackerbau hinzu, dem ich angehöre, so haben wir eine Dreiheit, auf der das Gedeihen der Nation beruht. Von Bochum ist in letzter Zeit ja viel geschrieben worden, aber ich bekenne Ihnen offen, daß ich den mißgünstigen Verleumdungen gegen Bochum und seine Söhne[1] niemals Glauben geschenkt habe. Es passieren ja überall Unregelmäßigkeiten und Nachlässigkeiten; das ist in der menschlichen Natur begründet. Mir ist bekannt, daß Bochumer Schienen sich überall bewährt haben, und diese Tatsache steht so fest, daß dagegen keine Fusangelei aufkommen kann. Aber deshalb die gesamte deutsche Industrie dem Auslande gegenüber zu schädigen — das kann nur auf ausländische Bezahlung geschehen sein, denn freiwillig tut ein deutscher Mann so etwas nicht.

[1] Geheimer Kommerzienrat Baare war von dem sozialdemokratischen Redakteur Fusangel des Unterschleifs bezichtigt worden.

Ansprache an die Hamburger Bürger.

1. April 1892.

Nach dem Fackelzug des Hamburger Reichstagswahlvereins und einer Ansprache entgegnet Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich danke Ihnen für die beredten Worte, die ich aus Ihrem Munde soeben gehört habe. Wenn ich einen Rückblick werfe auf die Kundgebungen, die mir heute von einem großen Teile der Bevölkerung zuteil geworden sind, so schließe ich daraus, daß des deutschen Volkes Beifall eine Quittung sein soll für die durch meine ganze Lebenszeit seiner Geschichte geleisteten Dienste. Ich habe im Leben viele Orden und Ehrenzeichen erhalten, der schönste Schmuck aber sind mir die wiederholt kundgegebenen Beweise der Liebe und Verehrung meiner Mitbürger. Ich schöpfe daraus die Überzeugung, daß Sie alles daran setzen werden, um das Errungene gegen alle Feinde zu erhalten. Ich frage Sie, meine Landsleute, ob der Anteil, den ich immer an Ihrem Geschick genommen habe, Sie befriedigt? (Zustimmung: Ja, Jawohl!!)

Befriedigt er Sie, so habe ich die Zuversicht, daß Sie es festhalten werden. Tun wir das, so können die Feinde von allen Seiten kommen, vom Osten und vom Westen zugleich, sie können nicht gegen uns aufkommen. Wir hauen sie alle in die Pfanne. Herausfordern und angreifen werden wir sie nicht, und die andern werden es sich auch noch überlegen uns anzugreifen; kommen sie aber doch, dann sollen sie 'mal sehen!

Ansprache an die Dresdener Liedertafel.

21. Mai 1892.

Nach einer Huldigung der Dresdener Liedertafel sagt Fürst Bismarck:

Nehmen Sie, meine Herren, die rauhe Witterung, die heute zu meinem Bedauern hier in unserer nördlichen Gegend eingetreten ist, nicht für ein Zeichen der Gesinnung, die wir Ihnen entgegenbringen. Ich danke Ihnen herzlich, daß Sie die weite Reise nicht gescheut haben, und freue mich, Sie hier zu bewillkommnen.

Ihr Herr Präsident sprach von jener Zeit, wo die Stiftung der Liedertafel stattfand, ich glaube 1839. Wenn ich an diese Zeit zurückdenke, so wurde damals das Wohlwollen zwischen den deutschen Stämmen nicht mit der Sorgfalt gepflegt, daß sie Früchte der Einigung hätte tragen können. Während in dem alten Reichsverbande Sachsen und Preußen zu Zeiten scheelsüchtig aufeinander blickten, ist das nach Gottes Ratschluß heute anders geworden und, wie ich hoffe, für immer anders geworden. Die gemeinsamen Taten im Felde gegenüber dem Angriff des Erbfeindes, der unsere Nationalität bedrohte und unsere Einheit zu zerstören das Bedürfnis hatte, die Mischung von Blut, Wunden und Tod auf dem Schlachtfelde von St. Privat hat den Kitt gebildet, der uns unzerreißbar zusammenhält. Wie die preußische und sächsische treue Kriegskameradschaft dort zum Werk der Einigung beigetragen hat, so ergibt sich aus der Geschichte, daß alle Einigkeit durch gemeinsame Kriegstaten am festesten begründet wird. Wir haben gelernt, unter dem Donner der fremden Geschütze, daß wir nicht nur Nachbarn sind, sondern eine Einheit bilden und von einer deutschen Grenze bis zur andern zusammenhalten sollen. Unsere Einheit bedurfte

auch, glaube ich, dieser Bluttaufe und der gemeinsamen Abwehr äußerer Feinde, um alle Verdrießlichkeiten vergessen zu lassen und nur das eine klar vor uns zu halten, daß wir nach Schillers Wort ein einzig Volk von Brüdern sind, einig in Not und Gefahr. Es kann keinen Sachsen eine Gefahr treffen, die nicht von jedem Preußen und Bayern als die seinige empfunden würde, und wir werden in die alten Sünden der Zwietracht nicht wieder verfallen.

Die nationale Einigung aber wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kohle unter der Asche nicht glimmend gewesen wäre. Wer hat dies Feuer gepflegt? Die deutsche Kunst, die deutsche Wissenschaft, die deutsche Musik: das deutsche Lied nicht zum wenigsten. Wir haben keine sächsische und keine preußische Musik gehabt, wir kennen keine partikularistische Musik in Deutschland. Wenn ein Lied gedichtet ward, so war es einerlei wo, es war ein deutsches, und es ist das deutsche Lied und die Pflege der Musik eine Macht gewesen. Auch die Universitäten und mit ihnen die deutsche Literatur haben merklich mitgeholfen, das Nationalitätsgefühl wach zu halten. Die Wissenschaft appelliert an den Verstand, die Musik ans Gefühl, und das Gefühl ist, wenn es zur Entscheidung kommt, stärker und standhafter als der Verstand des Verständigen.

Und deshalb erlauben Sie mir, daß ich Ihnen ein Glas bringe auf das Wohl Ihrer Liedertafel als einer Vertreterin der gesamten deutschen Musik und des deutschen Liedes und als einer Pflegerin unserer nationalen Einheit. Sie lebe hoch und möge noch lange dauern und wirken auf das deutsche Gefühl und, wenn der Verstand sich einmal wieder vom Gefühl lossagen sollte, dann dazu beitragen, daß das Gefühl den Verstand überläuft.

Ansprache an den Deutschen Radfahrerbund.

26. Mai 1892.

Mehr als 800 Radfahrer aus allen Teilen Deutschlands hatten sich mit ihren Rädern am 26 Mai 1892 in Friedrichsruh eingefunden. Auf eine Ansprache antwortet Fürst Bismarck:

Meine Herren, Ihr Besuch macht mir eine große Freude. Einmal ist es eine hohe Ehre für mich, daß aus so weiten Gauen Deutschlands Landsleute kommen, um mich hier freundlich zu begrüßen. Ich sehe auch mit Vergnügen aus den Telegrammen, die ich aus Köln, aus Thüringen, aus Schlesien und anderswoher heute bekommen habe, daß Ihre dortigen Kameraden Ihnen zustimmen, wenn Sie mich hier begrüßen.

Ein anderer Grund meiner Freude ist das Gedeihen Ihres Bundes; Ihr Sport involviert eine Gymnastik, durch welche die körperliche Gesundheit gefördert und einigermaßen ein Ersatz gebildet wird für die in England gebräuchlichen Ball- und Ringspiele. Alles das hat bei uns nicht recht Wurzel geschlagen, während es in England selbst die Damen mit Vergnügen betreiben. Muskelkräftigende Übung, wie sie im Ballspiel liegt, hat nicht recht Annahme bei uns gefunden. Fast der einzige Sport, der die Tätigkeit der unteren Muskeln pflegt, ist derjenige, den Sie betreiben. Es ist sehr anerkennenswert, daß Sie Ihren Landsleuten diese Wohltat verschafft haben.

Ich wundere mich, daß Ihre Kunst nicht früher weitere Verbreitung gefunden hat, denn das Fahrrad ist keine Erfindung der Neuzeit. Ich erinnere mich, es vor siebzig Jahren, als

ich auf die Turnschule kam, schon kennengelernt zu haben. Draisine war damals die Bezeichnung, und man bewegte sich darauf fort, indem man sich auf dem Boden selber mit den Fußspitzen weiter stieß, und die Geschwindigkeit war auf ebenem Wege annähernd dieselbe wie die jetzt von Ihnen erreichte. Ein zweite Sorte bequemerer Art hatte eine Drehkurbel wie eine Kaffeemühle. Aber diese Draisine hat fünfzig Jahre geruht, bis vor etwa zwanzig Jahren — älter ist es, glaube ich, nicht — eine lebhafte Förderung Ihres Sports eingetreten ist.

Dann aber bin ich Ihnen dankbar als Politiker in Bezug auf meine frühere Tätigkeit. Ich freue mich über jede Arbeit, die eine Verbindung zwischen unsern deutschen Stämmen ohne Rücksicht auf die Grenzen der einzelnen Staaten herstellt. Ich danke Ihnen dafür und freue mich darüber, daß Sie Ihre Verbandstätigkeit von Schleswig bis Bayern, ja bis Österreichisch-Schlesien und Krain ausgedehnt haben. Um die Schranken zu beseitigen, die sich zwischen den einzelnen deutschen Stämmen noch erheben, sind alle Bestrebungen, sei es in Musik, in Gesang, in Sport, in Gymnastik, nützlich, weil sie das intime Zusammenhalten fördern. Darum bin ich Ihnen dankbar für die politische Seite Ihrer Tätigkeit und erkenne mit Freude den Einfluß, den Ihre Verbindung in Deutschland gewonnen hat.

Ich kann leider von hier die Banner auch mit der Brille nicht alle so sehen, um sie genau zu erkennen, aber ich sehe doch, daß ein guter Teil Deutschlands von denen, die hier versammelt stehen, vertreten ist und daß von den Gegensätzen, die uns vor vierzig Jahren getrennt haben, hier nichts mehr zu spüren ist. Das ist eine herzerfreuende Erscheinung für mich, daß die Einrichtung, an der ich gearbeitet habe, auch durch sportliche Verbindungen wie die Ihrige ausgebildet wird. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie in Ihrem Bunde über das Deutsche Reich hin mit dem uns verbündeten Österreich gemeinschaftlich geschaffen haben. Sprache, Literatur, Wissenschaft und Kunst haben an der österreichischen Grenze keinen Halt gemacht, ebensowenig wie Ihre Verbindung, und darum bitte ich Sie, mir beizustehen und ein Hoch auf die deutsche Radfahrkunst auszubringen, mit Einschluß aller Mitglieder, soweit die deutsche Zunge klingt, also ein Hoch auf das Fahrrad und Ihren gesamten Bund. Er lebe hoch! Möge er immer deutsch und fest bleiben.

Ansprache an die Mitglieder des Hamburgischen Vereins für Kunst und Wissenschaft.

28. Mai 1892.

Mit Genehmigung des Fürsten Bismarck veranstaltete der Hamburgische Verein für Kunst und Wissenschaft am 28. Mai ein Waldfest im Sachsenwald, zu dem auch der Fürst mit seiner Familie erschien. Auf eine Ansprache des Oberingenieurs Meyer erwidert Fürst Bismarck:

Mein lieber Freund, Sie sagten, daß Sie mir heute nichts Neues bieten können. Aber ich wohne seit zwanzig Jahren hier im Walde, so schön jedoch wie heute habe ich den Wald noch nicht gesehen. Einen solchen Damenflor habe ich hier noch niemals erblickt. Ich möchte wünschen, ich würde im Walde immer so begrüßt, und der Wald blühte immer in einem solchen Flor. Dieser Wunsch liegt in der menschlichen Natur. Ich bitte Sie, auf

das Wohl der Damen anzustoßen, die hier sind, und auch auf diejenigen, die Sie etwa zu Hause gelassen haben.

Im Verlaufe des Festes singt die Gesellschaft ein von Fräulein Dahlström gedichtetes Festlied. Fürst Bismarck lehnt bescheiden das ihm gespendete Lob ab mit den Worten:

Der Text dieses Liedes tut mir mehr Ehre an, als ich in meinem ganzen Leben verdient habe. Diese Ehre muß ich mit denjenigen teilen, die mitgeholfen haben, das Geschaffene zu erringen. Ich denke dabei an die Tapferkeit des deutschen Heeres, ich möchte sagen, an den furor teutonicus, an die Festigkeit, die sich nicht nur im Gefecht, sondern auch im Biwak, in Schnee und Eis, in Hunger und den größten Strapazen bewährt hat. Und gerade die Truppen der Hansestädte und der diesen benachbarten Gebiete haben sich in dieser Beziehung hervorgetan. Mit ihnen, die mir das Beste erringen halfen, will ich die Ehre teilen. Jeder Mann war ein Held. Ich bringe ein Hoch aus auf die Sechsundsiebziger und alle, die mit ihnen gekämpft haben.

Ansprache an die Abordnung des deutschen Kriegervereins zu Mylau.

30. Mai 1892.

Der Kriegerverein zu Mylau i. V. begrüßt den Fürsten Bismarck als Ehrenmitglied. Fürst Bismarck erwidert:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie den weiten Weg nicht gescheut haben, mich hier zu besuchen, und freue mich, durch Ihre Begrüßung die Erinnerung an unsere Kriegszeit wieder aufzufrischen. Gerade zu Weihnachten fand ich Ihr hübsches Album unter dem Tannenbaum vor, worüber ich mich herzlich freute; ich gedenke gern der schönen Gegend des Vogtlandes, wie sie mir aus diesen Bildern und bei Gelegenheit meiner Reisen aus eigener Anschauung bekannt geworden ist: Grün in Grün, soweit das Auge reicht, und wellig, dazu die stattlichen Bauten, großartigen Eisenbahnviadukte. Dabei habe ich die Erinnerung, daß dort auf der Höhe eine rauhe, aber gesunde Luft weht; dieselbe scheint Ihnen aber auch allen gut zu bekommen, denn das Aussehen jedes einzelnen von Ihnen bestätigt dies.

Ich freue mich jedesmal, wenn ich Kriegskameraden von 1870 wiedersehe, und insbesondere, wenn sie mich auch hier besuchen und damit bekennen, daß sie der Kameradschaft eingedenk sind. Diese bildete die Unterlage für unsere nationale Einigung und wird sie immer bilden, denn die erste Bedingung unserer vaterländischen Einheit gegenüber den äußeren und inneren Gefahren ist das kameradschaftliche Zusammenhalten der Wehrhaftigkeit des gesamten deutschen Volkes, und um so erfreulicher ist mir das Zeugnis, welches Sie dafür ablegen.

Unser gegenseitiges Verhältnis war nicht immer so, wie es jetzt ist. Der Feldzug 1870 hat uns aber einander näher gebracht, wir haben uns auf dem Schlachtfelde kennen und lieben gelernt. Zu diesem erfreulichen Ergebnisse haben die hohe Begabung und der deutsche Sinn Ihres obersten Heerführers und jetzigen Königs, des damaligen Kronprinzen, wesentlich mitgewirkt. Was er erkämpfen half, hält er als treuer Bundesfürst fest. Sein

Vater war ein Herr von hoher geistiger Begabung, aber er stand zur Armee nicht in den engen Beziehungen wie Ihr jetzt regierender König.

Sie bestärken mich von neuem in der frohen Gewißheit, daß wir stets gute Kameraden sein werden, wo immer wir uns begegnen. Ich hoffe, daß dies nicht nochmals auf dem Schlachtfelde nötig sein wird; es ist ein wohltuendes Gefühl, daß auch im Frieden diese Übereinstimmung herrscht und gepflegt wird.

Ansprache an eine Abordnung des Kriegervereins zu Osten.

5. Juni 1892.

Nach der Überreichung der Ehrenmitgliedschaftsurkunde sagt Fürst Bismarck:

Für Ihre guten Wünsche und die kameradschaftliche Begrüßung danke ich Ihnen herzlich. Wenn Sie erwähnten, daß von Bestand sein werde, was in schweren Kämpfen unter dem alten Kaiser errungen ist, so möchte ich hervorheben, daß dieses in erster Linie von der Gesinnung und dem Verhalten des Standes abhängt, den Sie hier vertreten. Wenn der gesamte Kriegerstand treu zu Kaiser und Reich steht, wer will uns dann etwas anhaben? In Rücksicht hierauf freue ich mich aller Bestrebungen, die den Zweck haben, die Einigkeit der wehrfähigen Mannschaft zu pflegen. Auf dieser Einigkeit beruht die Erhaltung der Ordnung und der Gesetze, die Unabhängigkeit und Macht unseres ganzen Volkes.

Der Kriegerstand ist bei allen Völkern jeder Zeit der bevorzugte gewesen — mit Recht! und ich freue mich über jeden Verein, der aus ihm hervorgegangen ist und einen Beitrag bildet zum Zusammenhalten des Ganzen. Wenn alle Kriegervereine im Reiche von demselben Geist erfüllt sind und von derselben Entschlossenheit, das Erkämpfte zu behüten, so ist die Einheit da und gesichert. Mehrheit der Kopfzahl auf der andern Seite ist ohne Bedeutung; sie hat keine Macht in Händen. Ohne den Wehrstand ist der Nährstand seines Erwerbes nicht sicher, und des Lehrstandes Tätigkeit steht in der Luft. Ihr Erscheinen und Ihre Worte sind mir eine erfreuliche Bestätigung, daß meine Überzeugung von Ihnen geteilt wird.

Bei der Frühstückstafel bringt Dr. Hahn unter Hinweis auf die treue Gesinnung der Bevölkerung des 19. Wahlkreises ein Hoch auf den Fürsten aus. Fürst Bismarck erwidert:

Herzlichen Dank für Ihre warmen Worte und die erfreulichen Mitteilungen aus meinem Wahlkreise.

Ich habe mich bei meinen Wählern zu entschuldigen, daß ich das Mandat bisher nicht erfüllte. Aber was nicht ist, kann noch werden. Das Mandat währt noch drei Jahre, und wenn ich im Verlauf des letzten Jahres die Möglichkeit nicht gefunden habe, auf einem für mich annehmbaren Boden im Parlamente mitzuarbeiten, so sind diese Behinderungen im nächsten vielleicht nicht mehr vorhanden. Von der Entwicklung der Dinge wird auch mein Verhalten abhängen. Ich wünsche lebhaft, daß sich mir eine mit unsern soldatischen Empfindungen vereinbare Möglichkeit bietet, die Pflichten gegenüber meinem Wahlkreise zu erfüllen. Bringen Sie bitte meinen Wählern meine herzlichen Grüße und trinken Sie mit mir auf ihrer aller Wohl!

Die folgenden Reden des Fürsten Bismarck fallen in eine Zeit, die für die neuen Männer in Berlin: Kaiser Wilhelm II., für den Reichskanzler Caprivi und dessen dunkle Hintermänner eine Zeit unauslöschlicher Schande sind, für den Altreichskanzler aber jene Zeit der größten Triumphe und der rauschendsten Huldigungen durch die deutsche Nation.

Trotz stärksten Zornes über die fortwährende Kritik, der seine Regierung von seiten des Fürsten Bismarck ausgesetzt war, fühlte Wilhelm II. deutlich, wie sehr die Art der Entlassung Bismarcks seiner eignen Volkstümlichkeit und Beliebtheit geschadet habe und wie der Zustand dauernder Spannung zwischen Berlin und Friedrichsruh verwirrend auf monarchische Kreise wirken müsse. Es ist wohl kaum zweifelhaft, daß Kaiser Wilhelm unter dem Einfluß des Grafen Waldersee und anderer im Frühjahr 1892 zu einer „Versöhnung“ bereit war, daß aber Caprivi und alle jene Männer, die durch eine Verständigung zwischen Kaiser und Reichsgründer ihr amtliches Wirken bedroht sahen, immer von neuem hetzten. Eine Gelegenheit bot ihnen die Frage der Wiener Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck. Um jeden Schein einer „Versöhnung“ des Kaisers zu vermeiden, wurde der deutsche Botschafter in Wien Prinz Reuß in einem beispiellosen Erlaß vom 9. Juni 1892 angewiesen, bei der Hochzeitsfeier des Grafen Herbert nicht zu erscheinen. Ja, Kaiser Wilhelm sank so tief, in einem schmachvoll zu nennenden Briefe an Kaiser Franz Joseph diesen zu bitten, dem Fürsten Bismarck eine Audienz zu verweigern, die diesem bereits zugesagt war! Dieser Brief ist ein wahrer „Uriasbrief“; in ihm wurde Bismarck ein „ungehorsamer Untertan“ genannt; und obwohl der nur aus der Angst vor Bismarcks Rückkehr zu erklärende Erlaß Caprivis an Reuß veröffentlicht wurde, stand die Nation doch erschüttert unter dem tiefen Eindruck dieser Mißhandlung ihres größten Sohnes. Bei der Abreise von Wien empfing Fürst Bismarck einen Leiter der „Neuen freien Presse“ und erklärte alle Brücken für abgebrochen; und nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Worte war der Empfang des Fürsten in Süddeutschland und Thüringen überwältigend. Wenn dann für den Rückkehrenden auf preußischem Boden jeder Empfang untersagt wurde, so zeigte das schon die tragische Tatsache, daß diese Monarchie die Fühlung mit dem Volke verloren hatte, und daß es der verblendete und mißleitete Träger der Krone selbst war, der im vergeblichen Kampfe gegen den alten Bismarck den stärksten Streich gegen den eigenen Thron führte!

Ansprache an Rat und Stadtverordnete von Dresden.

18. Juni 1892.

Auf die rauschenden Huldigungen, die dem Fürsten auf der Reise nach Wien dargebracht werden, erwidert Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, von Herzen für Ihre warme Ansprache. Es ist für mich und an sich eine hohe Auszeichnung, von den städtischen Behörden Dresdens in so ehrender Weise begrüßt zu werden, von Männern dieser Stadt, die sich vor Deutschland, wie auch vor ganz Europa in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auszeichnet. Durch den wohlwollenden Empfang, der mir zuteil wird vom Rate der Stadt, deren Ehrenbürger ich bin, fühle ich mich so ausgezeichnet, als sei ich in eine höhere Ordensklasse eingerückt. Ich bin Ihnen hierfür von Herzen dankbar.

Es ist für mich aber auch eine Genugtuung. In meinen alten Tagen bin ich nicht mehr so leistungsfähig, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, annehmen — ich nehme an, daß Sie es mit siebenundsiebzig Jahren noch sein werden — aber ich habe ein hartes und rasches Leben hinter mir, so daß ich nicht mehr das leisten kann, was die Gegenwart verlangt mit ihren nationalen Erfordernissen. Mit derselben Lebhaftigkeit und Tiefe verfolge ich alles, nur das Mitarbeiten ist nicht mehr mein Beruf; ich bin in das Privatleben zurückgetreten, aber ich folge allem, was unsere Nation betrifft, mit reger Emsigkeit, als beträfe es meine eigene Haut.

Ich habe kein anderes Interesse als an der Sache selbst, an der ich Jahrzehnte gearbeitet habe. Und ich darf wohl sagen, daß ich meine Kräfte zu weit verbreitetem Erfolg — auch mit Erfolg auf den Thron — verwandt habe. Einen wesentlichen Anteil am Erfolg hat Ihr gnädiger König, ihm, Ihrem gnädigen Herrn, zolle ich einen großen Teil Dankbarkeit, er war immer gnädig gegen mich. Seinen Beistand im Felde und auf dem Papier habe ich stets gefühlt, wo es das Wohl des Reiches und des Sachsenlandes galt.

Glücklich, daß es gelungen ist, beider Interessen zu versöhnen, die man vor dreißig Jahren für unversöhnlich hielt. Es ist ein Verdienst, nicht mein Verdienst, sondern das der Tatsachen, daß wir uns näher kennengelernt haben.

Ich war ja schon hier und kam damals über Leipzig. Für damals war das eine lange Strecke — und in welcher kurzen Zeit bin ich heute nach Dresden gekommen! Wie lokal, so sind sich auch die Herzen näher gerückt, wir haben uns kennengelernt und erfahren, daß mancher nicht böse war, wie er früher gehalten wurde; wir sind ehrlich national, und darum

kann ich auf meine Tätigkeit mit Freude zurückblicken. Dies ist mir eine Genugtuung für manchen Verdruß, den ich habe erleben müssen.

Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen, daß Sie mich so feierlich und herzlich begrüßt haben. Ich freue mich, so viele Freunde hier zu haben. Ich nehme sie nicht nach Zahl, sondern nach ihrer Qualität.

Nach der Vorstellung der Mitglieder des Stadtrats und des Kollegiums der Stadtverordneten äußert der Fürst:

Gott sei Dank, daß wir so zufrieden miteinander stehen; sehr viele Mißverständnisse und Mißtrauen hat geherrscht, jetzt stören keine Mißverständnisse das Vertrauen mehr. Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen, schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen.

Auf den Empfang durch den Bürgerausschuß und die Ansprache Hofrat Osterlohs erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich danke Ihnen für die ehrenvolle Begrüßung und bin bewegt, aber angenehm, durch den glänzenden Empfang, den ich hier erfahren. Der ging von Herzen, also geht er auch zum Herzen, und um so mehr, als ich in meiner heutigen Stellung annehmen darf, daß er lediglich nur meiner Person und meiner Vergangenheit gilt.

Ich bin in keiner amtlichen und autoritativen Stellung mehr, und was mir heute an Ehre erwiesen wird, ist das Ergebnis der Beziehungen, die sich in der Vergangenheit zu meinen Mitbürgern und mir gebildet haben. Ich stehe vor Ihnen als Vertreter einer abgeschlossenen Zeit, der weder in der Gegenwart noch in der Zukunft eine Mitwirkung an unseren weiteren Verhältnissen erstrebt. Aber es ist mir von höchstem Werte, wie von der höchsten Instanz, von der öffentlichen Meinung meiner Mitbürger, die Vergangenheit, die ich Ihnen gegenüber vertrete, und die Sie in meiner Person die Güte haben anzuerkennen, beurteilt wird. Wir haben gemeinsam gearbeitet, um der deutschen Nation den Rang zu verschaffen, auf den sie in Europa nach ihrer Geschichte und nach ihrer Begabung einen Anspruch hat.

Dazu war notwendig, daß wir uns dem Drucke des Netzes entzogen, das in scharfer Akzentuierung der inneren Landesgrenzen in Deutschland über uns geworfen wurde, und daß wir dem Störer unserer inneren Entwicklung gemeinsam gegenübertraten an unseren äußeren Reichsgrenzen und Europa den neuen politischen Begriff lehrten, daß es eine starke deutsche Macht in Europa gebe anstatt des früheren Preußens, das den Namen einer Großmacht führte, ohne die Kraft dazu zu besitzen, und das, allein auf seine langgestreckte, schmale Fläche angewiesen, doch der deutschen Nation in Europa nicht das Gewicht verschaffen konnte, auf das sie im Vergleich mit anderen Nationen voll berechtigt war. Die Franzosen, die Engländer, selbst die Russen waren uns an Gewicht und Ansehen vorangegangen, heute sind sie es nicht mehr. Wir stehen ihnen vollkommen gleichberechtigt gegenüber, das hat eine schwere Arbeit gekostet. Es waren viele Vorurteile unter den deutschen Stämmen verbreitet. Wo sind sie gefallen? Hauptsächlich auf dem Schlachtfelde, wie Sie mit Recht erwähnten, wo wir gegeneinander — ich will sagen — eifersüchtigen Stämme erkannt haben, daß wir eigentlich alle besser waren, und daß wir alle tüchtige deutsche Kerls waren, die nur sich kennenzulernen brauchten, um Mißhelligkeiten zu vergessen

und den Wert der Stellung kennenzulernen, die wir heutzutage nicht bloß in der europäischen Welt, sondern überall einnehmen.

Die Männer, die in erster Linie an einer Verwirklichung dieser Aufgabe gearbeitet haben, sind natürlich weniger zahlreich geworden. Der Kaiser Wilhelm, der Kaiser Friedrich, Graf Roon, Graf Moltke sind zu ihren Vätern versammelt. Aber gerade hier in Dresden lebt noch einer, der mit Degen und Feder in der wirksamsten Weise mitgewirkt hat an der Herstellung unserer deutschen Einheit — Ihr König Albert! Und ich kann meinen Dank für den Empfang, der mir heut zuteil wird, nicht kürzer und bezeichnender ausdrücken, als wenn ich Sie bitte, in den Ruf für den mir immer gnädigen Herrn und erfolgreichsten Mitarbeiter nicht bloß an der Herstellung, sondern auch an der Ausdehnung und Erhaltung der deutschen Einheit einzustimmen. Mit Vorsicht und Besonnenheit, mit Tapferkeit und Entschiedenheit ist er einer der wesentlichsten Schmiede des Eisens gewesen, das uns zusammenhält. Und ich bitte Sie deshalb, meinen Dank für Ihre Begrüßung in einem gemeinschaftlichen Hoch entgegenzunehmen, das wir auf Seine Majestät den König Albert von Sachsen ausbringen.

Mittlerweile hatten 13000 Fackelträger und 1600 Sänger vor dem Hotel Aufstellung genommen Nach Absingen verschiedener Lieder dankt Fürst Bismarck mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen ganz besonders für das letzte Lied,[1] das Sie gesungen haben; denn es entstammt einer großen Zeit, die wir durchlebt haben. Dieses Lied hat sehr wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Einheit zu erringen. Diese Einheit ist unverbrüchlich, und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß diese Einheit zu stören noch viel schwerer sein und noch viel mehr Blut kosten würde, als es gekostet hat, sie zu schaffen.

Ich habe mein ganzes Leben dem Dienste der deutschen Nation gewidmet, und wenn ich Erfolge erzielte, so ist das mir in meinen alten Tagen ein Beweis, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Das gegenseitige Wohlwollen der deutschen Stämme war früher nicht; es ist das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte. Gott erhalte es! Wir wollen sein und bleiben — ein einzig Volk von Brüdern, wie wir im Kampfe geworden sind!

Ansprache an das Publikum auf dem Bahnhof in Tetschen.

19. Juni 1892.

Am Sonntagmittag, den 19. Juni, verließ Fürst Bismarck Dresden. In Pirna wie Schandau fanden kürzere Begrüßungen statt, eine größere Huldigung erwartete ihn in Tetschen, der ersten Station auf österreichischem Boden. Vor der Abfahrt richtet der Fürst an das in großer Zahl versammelte Publikum folgende Ansprache:

Ich freue mich von ganzem Herzen und danke Ihnen sehr, daß ich hier an der Grenze Österreichs so warme Aufnahme gefunden habe. Es ist stets mein Bestreben gewesen, mit diesem eng verbündeten Staate die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen, und ich freue mich, daß mein Sohn bei seiner Verheiratung in privater Beziehung vollständig denselben Weg einschlägt, den ich in der Politik verfolgt habe. Die Freundschaft mit dem blutsverwandten und geschichtlich verbündeten Nachbarreiche, mit dem wir eine lange

[1] Die Wacht am Rhein.

Grenze teilen, wird auch weiterhin auf die beiderseitigen Beziehungen Einfluß haben, und ich hoffe, daß Sie diese Beziehungen weiter pflegen, und daß Sie immer, in alle Ewigkeit, unsere Freunde bleiben werden oder wenigstens so lange, als wir hier Anwesenden auf dieser Welt leben. Wenigstens ich werde, solange ich lebe, das Werk, das ich im Jahre 1879 persönlich in Wien nicht ohne Mühe durchgesetzt habe, nicht im Stiche lassen.[1]

Ansprache an den Wiener akademischen Gesangverein.

20. Juni 1892.

Fürst Bismarck traf am 19. Juni, abends 10 Uhr, in Wien ein und wurde auch hier mit großer Begeisterung empfangen. Am Abend des 20 Juni bringt ihm der Wiener akademische Gesangverein ein Ständchen. Fürst Bismarck dankt den Sängern in folgender Ansprache:

Ich danke Ihnen herzlich für die schöne melodiöse Begrüßung, die aus Freundesherzen kommt und zum Herzen dringt. Wir werden die alte Stammesgenossenschaft immer, zu allen Zeiten, pflegen; so lange ich gewirkt habe, sogar wie wir uns gegenüberstanden, habe ich immer an ein festes Band gedacht, welches notwendig zwischen uns beiden ist. Kommen einmal wieder Irrungen vor, so werden sie vorübergehen, und wir werden dann um so fester zusammenleben. So fasse ich unsere Beziehungen auf. Wenn auch als Privatmann hier weilend, so freue ich mich doch, eine solche Vertiefung unserer Beziehungen zu finden, und ich hoffe, dieselben werden von Ihnen ebensogut wie von uns mit Erfolg gepflegt werden, solange wir leben und auf Erden wandeln. Von meiner Seite wird es jedenfalls geschehen ebenso wie zu jener Zeit, als wir die Anknüpfung dieses Verhältnisses als notwendig erkannt haben. Hoffentlich wird uns Gott die Gnade gewähren, daß unsere Freundschaft dauernd erhalten bleibe. Das walte Gott! Gott schütze unsere Freundschaft!

Der Obmann des Vereins weist auf die national-deutsche Gesinnung der Teilnehmer hin und bejaht die Frage, ob alle Sänger Studenten seien. Darauf bemerkt Fürst Bismarck:

Es ist eine um so höhere Ehre für Sie, daß Sie neben der Wissenschaft auch die Kunst in dem Maße pflegen, wie Sie es gezeigt haben. Gerade Kunst und Wissenschaft sind es, was die verschiedenen deutschen Länder zusammenhält. Wir haben immer eine gemeinsame deutsche Kunst gehabt. Wien hatte immer eine große Bedeutung im deutschen Kunstleben; die Namen Mozart und Haydn bezeugen, was Wien auf musikalischem Gebiete geleistet hat. Schon damals ist die Kunst das Bindemittel zwischen den deutsch sprechenden Völkern gewesen. Deutsche Musik und deutsche Poesie sind es, welche hier zusammenklingen und ein geistiges Band zwischen allen Deutschen bilden, welches alle politischen Gefahren und Kämpfe der Vergangenheit überdauert hat, und auch in Zukunft wird es so bleiben. — Möge die Kunst immer ein Bindemittel unserer gegenseitigen nationalen und geschichtlichen Beziehungen sein. Sollte je eine Verdunkelung wieder zwischen uns eintreten, wir werden uns immer wieder zusammenfinden.

---

[1] Damit widerlegte Bismarck, ohne es zu ahnen, die gleichzeitigen Äußerungen Kaiser Wilhelms zum österreichischen Militärbevollmächtigten: „Fürst Bismarck war immer Russe, ist Russe und wird immer Russe bleiben und in seinem Herzen entschiedener Gegner Österreichs“. Vergl. O. Gradenwitz „Bismarcks letzter Kampf 1890—1898“, S. 242. Anmerkung 1.

Ansprache an die Abordnung des Magistrats von München.

24. Juni 1892.

Auf der Rückreise von Wien weilte Fürst Bismarck mit seiner Gemahlin in München im Hause Franz v. Lenbachs. Dort empfing er eine Deputation des Magistrats unter Führung des ersten Bürgermeisters v. Widenmayer. Auf dessen Begrüßungsworte erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre Ihres Besuchs. Als ich diese Reise antrat, tat ich es mit dem hoffnungsfrohen Herzen eines Vaters, der für seinen Erstgeborenen eine Lebensgefährtin findet, die allem entspricht, was ein Vater seinem Sohn wünschen kann. Aber ich habe nicht erwarten können, daß meine Befriedigung durch eine so glänzende Aufnahme überall und durch politische Erfahrungen — anders kann ich es auch als Privatmann nicht bezeichnen — erhöht werden sollte, wie ich sie, besonders in Dresden und hier, gemacht habe.

Die wohlwollenden Begrüßungen, welche mir zuteil wurden, sind eine Genugtuung für mich, besonders weil niemand, der sich mir nähert, Grund hat, von mir irgend etwas zu erwarten oder zu fürchten, während in Amt und Würden ein gewisser Abzug geboten ist. Ich bin tief gerührt davon und in hohem Maße erfreut. Es ist mir, ich möchte sagen, als wenn ich Absolution von meinen politischen Sünden erhielte, die ich ja begangen habe wie jeder andere, der so lange wie ich am Ruder geblieben ist. Es ist das ein Zeugnis, daß die besseren Eindrücke meiner Amtsführung die überwiegenden geblieben sind, und ich habe das Gefühl eines Primaners, der mit einem guten Abiturientenzeugnis abgeht.

Zugleich geben mir diese Kundgebungen Grund zu fester Hoffnung für unsere deutsche Zukunft. Das ist keine Überhebung, denn die Äußerungen des Wohlwollens für mich persönlich sind ein Ausdruck der Befriedigung mit den Zuständen, wie sie sind, und da ist Aussicht, daß die fünfzig Millionen unserer Landsleute sich das Errungene nicht werden rauben lassen.

Es ist eine besonders gnädige Fügung Gottes gewesen, daß er unsere von der Vorsehung scheinbar lange vergessene Nation Wege geleitet hat, die zu einer dauernden Einigung zu führen geeignet waren. Nehmen Sie an, die Einigung wäre durch kriegerische Macht von irgendeiner Seite erzwungen worden; da wäre in den Vergewaltigten das Gefühl der Gegnerschaft schwer erloschen und die Dauer des Werkes zweifelhaft. Aber Gott hat uns so geführt, daß in jenem Werdegang — wie man im Norden sagt — alle Volksstämme mit deutschen Armes Kraft mit auf den Amboß zugeschlagen haben, auf dem die Einheit geschmiedet ward. Die Sachsen bei St. Privat, die Württemberger vor Paris, die Bayern bei Wörth, Bazeilles und im Schnee vor Orleans, sie alle haben freudige und stolze Erinnerungen an die Tage unserer Einigung. Es ist Gottes Gnade, daß es so gekommen ist.

Wenn nach 1866 das Deutsche Reich schon hergestellt worden wäre, so hätte es auf viele unserer Landsleute doch den Eindruck einer Gewalttat gemacht, und der Bruderkrieg als einziges Mittel zur Lösung des gordischen Knotens unserer geschichtlich überkommenen Uneinigkeit würde trübe Ausblicke in die Zukunft verstattet haben. Aber daß wir alle vereint haben mithelfen können, ist die Bürgschaft der Dauer.

Vollkommen ist ja nichts auf dieser Welt, und wir werden immer noch Zwirnsfäden zu lösen haben, aber doch nur Zwirnsfäden. Im ganzen ist die Einigung von allen Stämmen

gebilligt, und die Eintracht der Stämme, die ich als Vorbedingung inneren Friedens und äußerer Geltung und Sicherheit stets betrachtet habe, ist vorhanden. Nach engeren Formen der Einheit zu streben, ist unnötig. Das Beste ist des Guten Feind, ohne daß ich deswegen in alles contenti estote sagen möchte.

Der deutsche Sinn wird uns nicht verlassen, und ich glaube nicht, daß äußere Gewalt uns etwas tun kann. Ich gehe noch weiter, ich glaube nicht, daß die große Gefahr, welche im teutonischen Selbständigkeitsgefühle liegt, uns wieder auseinander sprengen könnte. Trotz allen Utopien bleibt herrschendes Prinzip in Deutschland doch immer die öffentliche Meinung des großen Durchschnitts der gebildeten Stände. Und was meine Aufnahme in großen Städten wie Dresden und hier betrifft, so ist sie mir deswegen so wohltuend, weil sie von dem eben bezeichneten ausschlaggebenden Teile der Bevölkerung ausgeht. Ich werde in den heimischen Wald befriedigter zurückkehren, als ich ihn verließ.

Ansprache an die Studierenden der Münchener Hochschule.

24. Juni 1892.

Am Abend bringt die Studentenschaft Münchens dem Fürsten Bismarck einen Fackelzug dar, der sich zu einer großartigen Huldigung der gesamten Bevölkerung Münchens gestaltet. Auf die Ansprache des Präsiden des führenden Korps erwidert Fürst Bismarck:

Ich sage Ihnen herzlichen Dank für die Begrüßung, die Sie mir hier darbringen. Ich kann Sie nur bitten, das heutige Fest zu beenden, indem Sie meinem Worte sich anschließen, daß wir das Deutsche Reich, welches unter dem alten Kaiser in Verbindung mit Ihrem erhabenen Prinzregenten, unserm erlauchten Kriegskameraden, vor zweiundzwanzig Jahren begründet wurde, daß wir dieses Reich mit eisernen Klammern festhalten.

Ansprache an den Magistrat von München.

25. Juni 1892.

Am 25. Juni mittags folgt Fürst Bismarck der Einladung des Magistrats und erscheint zur Frühstückstafel im Rathause. Bürgermeister Dr. v. Widenmayer entbietet dem Gast und seiner Gemahlin den Willkommen, worauf dieser erwidert:

Ich bin von Hause, aus meiner Heimat abgereist, um meinem Hause eine neue Tochter zu werben. Daß ich bei dieser Gelegenheit so viele Tausende von Freunden gefunden und, da ich nicht mehr in Amt und Würden bin, darf ich wohl sagen, persönliche Freunde, erfüllt mein Herz mit besonderer Genugtuung und Freude.

Die Anerkennung, die ich bei dieser Gelegenheit von einer so großen Anzahl meiner Landsleute erfahren habe, wird um so erhebender für mich, als sie mir entgegentritt an den hervorragenden Sitzen deutscher Intelligenz und Bildung. Denn man darf diese doch in den größten unserer Städte suchen, und die größten, wenn ich das mir benachbarte und befreundete Hamburg abrechne, sind eben Dresden und München. Ich bin dabei nicht blind für die amtlichen Zentralsitze unserer Bildung an den Universitäten, die ich ja auch zu begrüßen Gelegenheit habe; aber wenn ich auch nach den kleineren deutschen Universitäten hinkäme, so habe ich wohl die Überzeugung, und ich darf wohl sagen, die Bürgschaft, daß ich

dort mit demselben Wohlwollen aufgenommen werden würde, wie hier von der studierenden Münchner Welt. Wenn ich die Anerkennung der Jugend und die Anerkennung der gebildeten Klassen des Bürgertums unter meinen Landsleuten vereinige, dann bin ich auch dessen sicher, was ich allein in meinem Privatleben noch erstrebe: ein gewisses und gerechtes Maß der Anerkennung von seiten derer, die nach mir und nach uns leben werden.

Ich bin ja in der Lage, mich mit dem, was nach mir kommen wird, schon mehr zu beschäftigen als mit der Gegenwart; denn in meinem Alter habe ich so viel nicht mehr vor mir, und die paar Jahre kann ich es schon aushalten. Aber es mag kommen, wie es will, ich wünsche auch denen, die lange nach mir leben werden, nicht nur ein langes, sondern auch ein angenehmes Leben. Dazu gehört vor allen Dingen Friede im Innern und Äußern, Friede und Eintracht unter den deutschen Stämmen, die lange Jahrhunderte ohne landsmannschaftliches Wohlwollen einander gegenüberstanden und oft mit gezogenem Schwerte einander gegenübertraten. Also Friede nach innen, Friede nach außen! (Bravo!) Ihn gestört zu sehen, können doch nur böse oder gewissenlose Leute wünschen.

Wir sind ja gerade durch die große Macht, die uns die Einigkeit und die gewonnene Eintracht gibt, ein achtunggebietender Faktor, anderen Nationen ebenbürtig geworden, und ziemlich sicher, daß wir leichtsinnige Angriffe, wie vor einigen zwanzig Jahren und früher öfter, so leicht nicht mehr zu gewärtigen haben. Man hat ja doch gesehen, daß sich das geeinigte Deutschland nicht so behandeln läßt, wie das zerrissene; wir haben die volle Ebenbürtigkeit im Ansehen vor dem Auslande mit den anderen großen Nationen, die früher als wir einig geworden waren, ganz zweifellos erlangt. Man respektiert uns, und man wird uns nicht mutwillig angreifen, namentlich, wenn die südliche und südöstliche Deckung unserer Grenze fortbestehen bleibt, die wir durch das gute Verhältnis mit Österreich-Ungarn gewonnen haben und bei der Bayern beteiligt ist mit einer sehr langen Strecke von Hof bis Lindau herunter. Die Sicherheit, auf dieser langen südöstlichen Strecke Friede und Freundschaft zu haben, ist namentlich für Bayern von hohem Wert, aber auch für ganz Deutschland, und die Pflege dieser zwar internationalen, aber doch auf alten nationalen Traditionen beruhenden Freundschaft ist meines Erachtens die Pflicht einer jeden deutschen Reichsregierung, und ich hoffe, daß diese Pflicht erfüllt wird.

Am sichersten wird sie erfüllt werden von einem Teilnehmer an dem Kriege, durch den wir sie erkämpft haben. Seine Königliche Hoheit der Regent von Bayern ist einer der erlauchten Kriegskameraden meines damaligen Königs und aller derer, die mitgefochten haben, und die bayrischen Truppen, deren Blut zum Kitt unserer damals gewonnenen Einigkeit und Unabhängigkeit gehört, wissen, daß er in jeder Gefahr in ihrer Mitte geblieben ist, ebenso wie die Prinzen aus seinem Hause, die nicht im Hauptquartier, sondern bei ihrer Batterie den Krieg mitmachten.

Also erlauben Sie mir — obwohl ich schon nicht mehr berechtigt bin, von dem hohen Herrn zu sprechen, nachdem Sie mich mit einem Toaste auf meine Gesundheit überrascht haben — daß ich ein Glas auf das Wohl Ihres für mich immer sehr gnädig gewesenen Herrn und Regenten leere.

Seine Königliche Hoheit der Prinz und Regent Luitpold von Bayern lebe hoch! — ein Toast, der vor allem ins Münchner Rathaus gehört, und den ich von ganzem Herzen ausbringen will.

Für die beim Besuche der Kunstausstellung ihm dargebrachten Huldigungen dankt Fürst Bismarck in folgenden Worten:

Ich bin nicht gekommen, um mein Kunstbedürfnis zu befriedigen, da ich meinen Besuch leider nicht so lange ausdehnen kann, ich bin an diese Stätte nur gekommen, um der Münchner Kunst und den Münchner Künstlern meine Hochachtung zu bezeugen, ihnen sozusagen eine Staatsvisite zu machen, oder vielmehr Visite, da ich mit dem Staate nichts mehr zu tun habe. Vor allem freut es mich, Gastfreundschaft im Hause des Mannes zu genießen, der mich im Bilde so dargestellt hat, wie ich wünsche, daß mein Bildnis der Nachwelt überliefert werde.

Ansprache an die Münchener Studenten.

25. Juni 1892.

Nach einem am Abend veranstalteten Festzug der studentischen Verbindungen und einer Rede des Seniors der „Palatia" dankt Fürst Bismarck und bittet die Jugend, sich stets der in Dichtung und Musik ausgesprochenen nationalen Gelübde zu erinnern. Auf eine den Anteil des deutschen Liedes an den großen Erfolgen preisende Rede des Dr. Dürck für den bayrischen Sängerbund bemerkt Fürst Bismarck:

Er erkenne mit dem Herrn Vorredner die Macht und die Gewalt des deutschen Liedes in vollem Maße an. Im Kriege wie im Frieden habe es sich bewährt. Die Bürger wie die Soldaten seien empfänglich für die Macht der Töne. Das deutsche Lied habe sie zu herrlichen Taten begeistert. Er betrachte es als eine Gnade Gottes, daß die Arbeit seiner vergangenen Tage sich in der Richtung bewegte, die das deutsche Lied dem deutschen Geist seit langem vorgezeichnet habe.

Es sei für ihn ein hohes Glück und eine hohe Ehre, daß sein Name und seine Vergangenheit identifiziert worden sei mit den nationalen Gefühlen seiner Landsleute. Es sei ihm vergönnt gewesen, seinen Namen in die Rinde der deutschen Eiche einzuschneiden zu dauernder Erinnerung. Daß dem so sei, dafür danke er Gott und darauf sei er stolz, solange er lebe.

Die Anerkennung, die er hier gefunden, mache ihm den Abschied von München noch schwerer, als er ihm sonst gewesen. Aber er gebe die Hoffnung nicht auf, daß es ihm in seinem jetzigen unabhängigen Zustande auch in einem anderen Jahre vergönnt sein werde, die freundlichen Beziehungen zu erneuern, die er hier angeknüpft habe. Von ganzem Herzen danke er für die künstlerischen Leistungen und für die Beweise des Wohlwollens, das man ihm und den Seinigen entgegengebracht habe.

Ansprache auf dem Bahnhofe bei der Abreise.

26. Juni 1892.

Zur Zeit der Abreise von München mittags 12 Uhr hatte sich ein nach vielen Tausenden zählendes Publikum auf dem Bahnhofe eingefunden. Der Bitte, noch einmal zu sprechen, kommt der Fürst nach, indem er unter lautloser Stille ausführt:

Er sage herzlichen Dank für den Empfang sowie für die ihm jetzt zuteil gewordene Begrüßung. Er habe in seiner vierzigjährigen Dienstzeit viele Dienstreisen machen müssen; mehr aber und großartiger sei er noch nicht geehrt worden als jetzt, da er als Privat-

mann auf seiner Reise München berührt habe. Das freue ihn sehr und er sage allen seinen tiefgefühlten Dank. Er bitte, die Ordnung im Bahnhofe aufrechtzuerhalten, und spreche die Hoffnung auf ein fröhliches Wiedersehen aus.

Ansprache an den Magistrat von Augsburg.

26. Juni 1892.

Auf die Überreichung des Ehrentrunkes und die Ansprache des Oberbürgermeisters v. Fischer entgegnet Fürst Bismarck:

Mit meinem herzlichen Dank für diese Ihnen aus dem Herzen gekommene Begrüßung verbinde ich zunächst den Ausdruck meines Bedauerns darüber, daß die Umstände mich nötigen, nur so kurze Zeit in dieser weltberühmten Kaiserstadt, in welcher ich so viele und treue Freunde und einen so tapfern und langjährigen Kampfgenossen in der Herstellung des Reiches, Ihren Herrn Oberbürgermeister, begrüße, zu verweilen. Aber ich wußte überhaupt nicht, ob ich nach Augsburg, ja auch nur nach München kommen könnte, bevor die mir sehr wohlgewogene bayrische Verwaltung mir den Reiseplan festgelegt hatte.

Nun, da ich mit Hilfe meines bayrischen Pflegers,[1] der mir gegenüber steht, alle Anstrengungen einer in meinen Jahren ungewohnten Reise so wohl überstanden habe, wäre ich gern länger hier geblieben, aber es lag doch der Reiseplan so sehr, daß ich ohne schwere Belästigung der Eisenbahnverwaltung meine persönlichen Wünsche nicht auszusprechen wagen durfte. Ich weilte gern Tage da, wo ich früher mit meinem alten verstorbenen Herrn im Fuggerhaus ebenfalls tagelang geweilt habe.

Im übrigen ist mir die freundliche Begrüßung, die ich hier fand, ein neuer Beweis, daß Gottes Gnade mich von dem Fluch des Alters, der Vereinsamung, ferngehalten hat. Ich habe kaum glauben können, als ich meinen heimatlichen Wald verließ, daß ich im fernen Süden so viele und so warme Freunde finden würde, wie in Dresden, wie in München, wie hier, ja wie auch in Wien. Daß das der Fall ist, gibt mir für die Jahre, die ich mit Gottes Hilfe noch zu leben habe, eine Stärkung und eine Genugtuung im Rückblick auf mein Leben, denn ich darf in Ihrem Wohlwollen eine Billigung und Anerkennung dessen sehen, was ich in meinem Leben getan habe. Dafür meinen herzlichen Dank!

Aus diesem Silber, einem Metall, dessen Verarbeitung in Augsburg lange Zeit sprichwörtlich gewesen ist, bekräftige ich meinen Dank, indem ich auf das Wohl der Stadt, civitatis et qui illam regit, diesen Becher leere.

Auf der Weiterfahrt nach Kissingen wurde Fürst Bismarck auf allen Stationen, die der Zug berührte, mit gleicher Begeisterung empfangen. In Nördlingen erwidert er auf die Ansprache des Bürgermeisters Reiger:

Es habe ihn besonders gefreut, hier in dem schönen Schwaben, nicht allein in Augsburg und Nördlingen, sondern auf allen Stationen, welche er leider nur habe durchfliegen können, einen solchen Empfang zu finden; besonders wertvoll sei ihm, auch in dieser seit frühester Zeit geschichtlich denkwürdigen alten Reichshauptstadt so freundliche Gesinnungen für seine Person zu finden. Es werde ihm dies eine seinem Herzen wohltuende Erinnerung von seiner Reise bleiben, und er bitte, ihm auch fernerhin das Wohlwollen zu bewahren.

---

[1] Schweninger.

Einen Aufenthalt in Gunzenhausen benutzte wiederum das zu Tausenden versammelte Publikum zu stürmischen Huldigungen, für die Fürst Bismarck in folgenden Worten dankt:

Herzinnigen Dank für die dargebrachte Ovation. Der herzliche Empfang, den mir die Einwohner Gunzenhausens sowohl als aller jener Städte dieses schönen Landstrichs, den zu durchreisen ich das Vergnügen habe, bereiten, tut meinem Herzen wohl. Es freut mich namentlich, daß ich unter Ihnen so viele Standesgenossen sehe. (Zu einem Landmann:) Sie sind doch Landmann, nach dem Habit zu schließen? — und das bin ich auch. — Also nochmals meinen verbindlichen Dank und den Wunsch, daß es Ihnen allen wohlergehen möge.

Ansprache an eine Abordnung aus Jena.

10. Juli 1892.

Am 10. Juli empfing Fürst Bismarck in Kissingen eine Abordnung aus Jena, die ihm namens der Stadt und der Universität Jena die Bitte vortragen sollte, auf der Rückreise Jena zu besuchen. Auf die Reden des Oberbürgermeisters Singer und des Professors E. Haeckel erwidert der Fürst, nachdem Dr. Schweninger zugestimmt, mit der Erklärung seiner Bereitwilligkeit, zu kommen und bestätigt die von Haeckel gestellte Frage, daß er als Göttinger Student tatsächlich vor einem beabsichtigten Zweikampf mit anderen Kommilitonen aus Jena ausgewiesen sei.

Rede an die Württemberger.

10. Juli 1892.

Gegen 700 Männer und Frauen aus Württemberg waren mit Sonderzug nach Kissingen gekommen, um den Fürsten zu begrüßen. Sie nahmen im Hofe der oberen Saline Aufstellung. Nachdem der Fürst die begrüßenden Ansprachen sowie ein Gedicht angehört hat, ergreift er das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren, ich danke Ihnen von Herzen für die freundlichen Grüße, welche Sie meiner Frau und mir gebracht haben. Sie vervollständigen das Bild meiner Erinnerung an die letzten Wochen, in denen die Reise durch Sachsen und Bayern mir soviel innige Beweise des Wohlwollens und der Anerkennung von seiten meiner Landsleute gegeben hat. Ich bin nach Schwaben nur bis Augsburg gekommen, konnte aber dort schon den schwäbischen Herzschlag fühlen. Auf meiner ganzen Reise bis hierher nach Franken bin ich freundlich und wohlwollend empfangen worden. Es hat mich sehr gefreut, mit einer so großen Zahl von Gesinnungsgenossen und Freunden in Beziehung zu treten, wie kaum je zuvor und wie ich das auch nicht habe vermuten können.

Wenn ich denen, die mir übel wollen, die in der Presse, als Fraktionsführer usw. gegen mich sind, daß Maß von Köpfen zuzählte, welches sie angeblich vertreten sollen, wenn mit ihnen alle die einverstanden wären, in deren Namen sie zu sprechen oder zu schreiben scheinen, so könnten für mich so viele Freunde, wie ich in Deutschland gefunden habe, gar nicht übrig bleiben. (Anhaltendes Bravo!) Es beweist mir das also, daß mit den Unfreundlichkeiten und Bosheiten, die mir in der Publizistik jetzt zuteil werden,[1] die große Mehrzahl meiner Landsleute nicht einverstanden ist. (Rufe: Niemals!) Alle diese Angriffe lese ich daher mit Ruhe und ohne Erregung, ja mit Genugtuung. Man sucht mich als einen

[1] Gemeint sind vor allem die fortwährenden Angriffe der offiziösen Blätter gegen das „unpatriotische" Benehmen des Altreichskanzlers.

übeln und beschränkten Charakter darzustellen, von dem man sich lossagen müsse; man stellt sich dabei so, als wenn man an den Ergebnissen meiner Arbeit nicht rütteln wolle,[2] sondern im Gegenteil bestrebt sei, dieselben aufrechtzuerhalten. Damit wird anerkannt, daß das, was wir erreicht haben, und worauf ich allein Gewicht lege, Anlaß zu Tadel und Angriff nicht bietet, daß den Resultaten, die ich nach meinem Tode zurücklasse, alle Angriffe nichts anhaben können. Meine Person will ich gern preisgeben, wenn nur der Gewinn des großen Werkes für das Vaterland unbestritten bleibt.

Eine andere Wahrnehmung erfreut mich noch mehr und flößt mir Vertrauen ein auf die Dauer dessen, was wir gemeinsam geschaffen haben, das ist der Anteil und die Zustimmung, die diese Bewegung bei den deutschen Frauen gefunden hat. Wenn eine Bewegung so durchgeschlagen hat, daß sie bis in die Häuslichkeit hinein dringt und auch die Frauen ergreift, dann muß sie eine tiefe und wahre sein. Man sagt, daß unter den beiden Geschlechtern die Frau das Herz und der Mann den Verstand repräsentiere, womit nicht bestritten sein soll, daß auch der Mann sein gutes Anteil am Herzen habe. Aber in kritischen und schwierigen Situationen, und besonders in der nationalen Politik ist das Herz immer stärker als der Verstand, und die Wahrnehmung, daß meine Politik bei den Frauen noch mehr einschneidet als bei den Männern, ist ein Beweis für die Dauer des Geschaffenen. Die deutsche Frau hält ihre Begeisterung fest und überträgt ihr nationales Gefühl auf ihre Kinder und läßt sich nicht so leicht durch Spitzfindigkeiten und Räsonnements irremachen, wie wir Männer das an uns haben. Deshalb danke ich den Damen doppelt, daß auch sie gekommen sind, und bin sicher, daß sie mich nie fallen lassen und in kritischen Augenblicken ihr Herz nicht vom Verstande fortreißen lassen werden. Das Herz ist eben stärker als der Verstand.

Wenn ich nun nach den Gründen suche, wodurch ich diese Zustimmung meiner Landsleute und Landsmänninnen erworben habe, so ist es wohl in erster Linie, daß ich an der nationalen Einigung, die uns früher gefehlt hat, mitgearbeitet habe und — worauf ich besonderes Gewicht lege — an der Beseitigung der unfaßbaren Verstimmungen, die früher zwischen Süden und Norden herrschten. Zur Zeit des Bundestages, als ich noch in Frankfurt war, im Zentrum der damaligen deutschen Politik, hatte man in Sachsen, in Bayern und sonst in Süddeutschland für Preußen kein Wohlwollen — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Jenes Gefühl ist heute geschwunden, ein landsmannschaftliches Gefühl deckt uns jetzt alle. Daß es seit der Zeit, wo ich dem alten Kaiser Wilhelm gedient habe, so weit gekommen ist, daß der reisende Berliner heute in Süddeutschland keine Erscheinung mehr ist, die unangenehme Empfindungen hervorruft, sondern höchstens Heiterkeit, ohne daß die landsmannschaftlichen Gefühle darunter leiden, erfüllt mich mit Stolz. (Zustimmung.)

Worin besteht nun der Wert der Einheit? Sie gewährt uns die Möglichkeit der vollen nationalen Entwicklung im Innern. Wir können das Leben eines großen Volkes leben. Ein alter Herr aus Weimar hat mir heute noch erzählt, daß er früher auf einer

---

[2] Gemeint ist wohl jener famose Erlaß Caprivis vom 23. Mai 1890, der damals veröffentlicht wurde. Die „Norddeutsche Allg Ztg." hatte nach Bismarcks Wiener Interview geschrieben: „Niemand kann den Umfang des Schadens ermessen, den der Fürst dem eigenen Vaterlande zuzufügen willens ist. . . . aber die Pflicht, die höchsten Güter der deutschen Nation auch gegen den Mann zu verteidigen, der diese Güter einst am meisten gefördert, darf von den Führern des Staates weder verkannt, noch zurückgewiesen werden."

Reise von Köln nach Berlin viermaligem Geldwechsel und viermaliger Gepäckrevision ausgesetzt war.

Der Hauptgrund ist aber die Sicherheit des Friedens. Heute sind wir eine große Nation, deren Stärke die Einigkeit ist. Wenn wir einig bleiben, dann wird uns das Ausland nicht mehr mit der Leichtfertigkeit angreifen, wie es 1870 geschah und früher hundertmal geschehen ist, wo man die Deutschen uneinig glaubte. Wenn wir einig bleiben, so bilden wir einen harten und schweren Klotz in der Mitte von Europa, den keiner angreift, ohne sich die Finger zu quetschen. „Friede sei der Glocke erst Geläute" sagt Schiller, und den Frieden zu erhalten, muß unsere erste Aufgabe sein, und ist für uns alle ein Bedürfnis. Der Krieg ist ja eine Sache, in die man mit freudigem Zorn hineingeht, wenn sie einem aufgezwungen wird, aber für niemand ein Vergnügen. Für die Deutschen, deren Charakter freier ist von Ehrgeiz und Eitelkeit, wie der anderer Nationen, die ich nicht nennen will (Heiterkeit), ist das Kriegführen und das Renommieren mit kriegerischen Leistungen kein Bedürfnis. Unser erster Zweck ist die Erhaltung des internationalen Friedens, und da der gesichert ist, wenn wir einig bleiben, ist die Einigkeit bei uns populär.

Außerdem ist der Friede auch dadurch gesichert, daß der Weg von der französischen Grenze bis Stuttgart gegen früher bedeutend verlängert worden ist. Der alte König Wilhelm I. von Württemberg erklärte mir einmal im Jahre 1854 seine schwierige Lage mit den Worten: „Die Franzosen sind von Straßburg her schneller in Stuttgart, als mir die deutschen Bundestruppen zu Hilfe kommen können. Ich kann mich aber allein nicht wehren, bin also in einer schwierigen Lage. Schließlich ist mir das Hemd näher als der Rock".[3] Das ist jetzt anders. Der nächste französische Angriff ist nun weiter abgerückt. Wir leben in einer größeren Sicherheit, und in diesem Gefühl größerer Sicherheit, nach der der deutsche Bürger verlangt, beruht ein großer Teil des Wertes, den wir auf unsere Einigkeit legen.

Und daß es mir gelungen ist, den Frieden zwanzig Jahre lang zu erhalten, während man 1870 meinte, schon fünf Jahre nach dem Feldzug bräche der Krieg von neuem aus, darin sehe ich einen der Hauptgründe für die Gefühle, die Sie mir entgegenbringen. Ich habe ja die Schlachten nicht gewonnen, aber ich habe den Frieden erhalten helfen, und ich glaube, daß er sich weiter erhalten läßt. Im Westen freilich kann der Topf überkochen, was dort immer einmal möglich ist; daß wir aber vom Osten her angegriffen werden, glaube ich nicht, wenn unsere Diplomatie so geschickt ist, wie sie sein könnte. (Heiterkeit.) Gegen einen können wir uns schon wehren.

Die württembergischen Truppen habe ich vor 1866 gekannt und dann 1870 wiedergesehen. In diesen vier Jahren lag ein Fortschritt, wie er für ein militärisches Auge bis dahin nicht vorgekommen ist. Diesen Fortschritt haben die württembergischen Truppen vor Paris gezeigt, wo sie am 2. Dezember gegen einen Hauptstoß einer großen Übermacht standgehalten und dabei die echte, uralte germanische Tapferkeit voll bewiesen haben. Sie brauchten den alten Ruf der Schwaben, als Träger der Reichssturmfahne anzugreifen, damals nicht zu bewähren, sie mußten, was schwieriger ist, feststehen im Kugelregen, in einem überlegenen feindlichen Feuer, wo Mann neben Mann fiel und, wie ich selbst gesehen habe, mehrmals Verwundete sich wieder aufrichteten. Ich glaube Sie nicht besser ehren

[3] Gedanken und Erinnerungen I, 99.

zu können, als wenn ich Sie in dankbarer Anerkennung für Württembergs Heer, seine Tapferkeit und seine Reichstreue bitte, ein Hoch auf Ihren erhabenen Herrscher König Wilhelm II. auszubringen. Seine Majestät König Wilhelm II. lebe hoch!

Aus der Menge wurde der Ruf laut, Fürst Bismarck möge auch nach Stuttgart kommen. Der Fürst erwidert:

Ich käme gern. Den Neckar und sein freundliches Gelände habe ich seit dreißig Jahren nicht wiedergesehen. Ich wäre vor vierzehn Tagen hingekommen, aber meine körperliche Leistungsfähigkeit war erschöpft. Ich war zehn Tage auf Reisen gewesen, in fremden Betten, immer auf dem Präsentierteller. Ich hätte eine weitere Ausdehnung der Reise doch nicht ohne Schaden an meiner Gesundheit ertragen können. Aber die Hoffnung, Stuttgart zu sehen und mich dort an der wohltuenden Liebe — so kann ich doch sagen — herzlich zu erfreuen, gebe ich nicht auf. Ob es mir in diesem Jahre nach dem Bade hier vom Arzt erlaubt wird, weiß ich nicht. Aber ich hoffe zu Gott, das nächste Jahr zu erleben. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihren Besuch und den wohltuenden Eindruck, den er auf mich haben muß zur Bewahrung meiner heiteren Ruhe. Die Freude meiner Gegner, daß sie mir die Laune verderben, ist irrtümlich. Mit der Ruhe des Naturforschers, der die Menschen und ihre Leidenschaften beobachtet und, ich will nicht sagen seit siebzig Jahren, aber doch seit einem halben Jahrhundert beobachtet hat, registriere ich diese Erscheinungen ohne Zorn.

Während dieser Worte hatte sich ein Mitglied der Jenenser Abordnung hinter dem Fürsten aufgestellt und wandte sich nun, als dieser schwieg, an die „süddeutschen Brüder" mit der Aufforderung, mit den Thüringern die Bahn weiter zu gehen, die Bismarck gewiesen, Treue zu schwören „unserem lieben deutschen Vaterlande und in diesem dem Fürsten Bismarck, dem deutschen Nationalheros, für immer". Ihm antwortet der Fürst:

Ich bin überzeugt, daß nach dem Wunsche des Herrn Vorredners hinter mir das Deutsche Reich unbewegt und unentwegt seinen Weg fortsetzen wird, so, wie es ihn begonnen hat, denn die Eindrücke der Befriedigung über seine Herstellung, die Gleise, in denen es seit zwanzig Jahren geleitet worden ist, sind zu tief geworden, als daß sie der Reichswagen je wieder verlassen könnte. Das Gesamtergebnis unseres siebziger Krieges und unseres ganzen Weges durch die Wüste, den wir vorher geführt worden sind, wird uns keine Macht wieder entreißen.

In diesem Augenblick gab aus der Menge der Bismarck Umdrängenden ein Herr aus Ungarn (Rechtsanwalt Dr. Kepes) den Gefühlen des „intelligenten Teils seiner Landsleute" für den großen Kanzler des verbündeten Reichs Ausdruck. Ihm antwortet der Fürst:

Mein Herr, ich rechne unser heute bestehendes Bündnis mit Österreich-Ungarn zu denjenigen Reichsinstitutionen, an denen uns allen liegt und die wir alle zu pflegen entschlossen sind. Es ist eine alte geschichtliche Tradition: wir haben seit Jahrhunderten mit Österreich-Ungarn zu demselben Reich gehört. Es ist das ein historisches Vermächtnis der Vergangenheit,[4] aber auch ein Bedürfnis der modernen Politik. Ich rechne darauf, daß wir den österreichisch-ungarischen Freunden, diesem verbündeten Reiche, alle Treue halten werden in jeder Not und Gefahr, die es bedrohen könnten. Ich habe an diesem Bündnis nicht ohne große Schwierigkeiten gearbeitet, und es ist eine ungeschickte Verleumdung, wenn man behauptet, es sei mir leid, und ich wolle dieses natürliche, im europäischen Gleichgewicht nötige Bündnis schädigen, (Lebhafte Zustimmung) das ich für fest begründet halte in unseren

[4] So ließ Bismarck den jungen Kaiser in seiner ersten Thronrede am 25. Juni 1888 über das Bündnis sprechen.

nationalen Antezedenzien und unseren heutigen Bedürfnissen, und zu dem wir immer wieder zurückkommen müßten. Wir haben uns mit Österreich, wie sie dort sagen, „gerauft“, fast in jedem Jahrhundert einmal, aber wir sind immer wieder als Brüder zusammengekommen und werden es, so Gott will, jetzt bleiben.

Ansprachen an Mitglieder des fränkischen Sängerbundes.

18. Juli 1892.

Nach Schluß des in Schweinfurt abgehaltenen achten fränkischen Sängerfestes hatten sich Sänger in großer Zahl nach Kissingen begeben und huldigten dem Fürsten Bismarck am Morgen des 18. Juli vor der oberen Saline. Fürst Bismarck spricht zu den Sängern:

Ich danke Ihnen für Ihre herzliche Begrüßung. Ich nehme an, daß Sie nicht bloß das musikalische Interesse hierher geführt hat, denn ich selbst war in meiner Jugend nur ein ganz mittelmäßiger Musikverständiger. Es muß also persönliches Wohlwollen gegen mich sein, was Sie zu mir geführt hat. Ich werde Sie im Andenken behalten und mich bemühen, Ihr Wohlwollen auch fernerhin zu verdienen. Ich danke Ihnen nochmals von ganzem Herzen.

Nach einer Wiederholung der Kundgebungen an der unteren Saline dankt Fürst Bismarck mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Huldigung, die wohl mehr meinen politischen als meinen musikalischen Leistungen gegolten hat. Man spricht heute viel von Überlastung der Schulen; zur Zeit, als ich noch in die Schule ging, war sie noch größer, und ich bedaure, daß damals gerade die Pflege der Musik fallen mußte. Die Politik hat ja eine mäßige Verwandtschaft mit der Musik in dem Bestreben, Harmonie herzustellen, und auch Noten hat man in der Politik genug zu schreiben. Die Noten, die ich geschrieben, haben auf einem materielleren Gebiete als dem der Musik Akkorde herzustellen und die Harmonie, wo sie vorhanden war, zu erhalten gehabt. Wenn meine Arbeit als Komponist und Notenschreiber in deutschen Angelegenheiten gelungen ist, dann ist mein Lebenszweck, soweit er für die Öffentlichkeit von Wert ist, erfüllt. Mein Wirken ist belohnt durch den Dank und die Anerkennung, die mir nun zuteil werden. Viele persönliche Freunde kann man sich als Minister in Preußen und Deutschland nicht erwerben, wenn man nicht gerade eine Schlafmütze ist, (Minutenlanger Beifall) eher die Freunde, die man hat, verlieren. Daß dies nicht mein Schicksal ist, beweisen mir die Ovationen, die mir täglich zuteil werden. Diese Quittung über meine Vergangenheit ist mir genügend.

In Franken und Thüringen hat die Musik immer eine besondere Pflege gefunden. Ich habe das bemerkt, in meiner Berührung mit der Armee und deren Musikkorps, daß die Musik tief in diesem deutschen Zentrum wurzelt. Möchten diese Musikkorps, wenn sie einmal an der Spitze geladener Gewehre in den Krieg marschieren, siegreichen Truppen voranziehen. Hoffen wir jedoch, daß dieser Fall recht spät eintrete. Wir wünschen alle die Erhaltung des Friedens. Ich danke Ihnen nochmals herzlich für Ihre Huldigung.

Bei der Rückkehr nach seiner Wohnung wurde Fürst Bismarck wieder von einer Sängerschar aus Schweinfurt erwartet, auf deren musikalische Begrüßung der Fürst erwidert:

Ich freue mich, die Herren aus Schweinfurt begrüßen zu können. Von Schweinfurt habe ich nur Erfreuliches erfahren, und ich werde durch sehr gutes Backwerk von Zeit zu Zeit daran erinnert. Ich bin ein Freund der Musik; die politische Tätigkeit trocknet aller-

dings den Menschen aus und es hat mir während derselben die geistige Freiheit gefehlt, Musik wirklich zu genießen. Ich habe früher im Hause sehr viel Musik gehabt. Jetzt, wo ich Zeit habe, fehlt mir — auf dem Lande — die Möglichkeit, Musik zu hören. Daß mir solche Ovationen gebracht werden, freut mich doppelt, da sie aus dem Herzen kommen, weil ich doch — ohne Amt und Würden — keinem mehr schaden oder nützen kann.

Ansprache an die Südwestdeutschen.

24. Juli 1892.

Eine der großartigsten Huldigungen dieser ganzen Zeit war die der Südwestdeutschen am 24. Juli. Fast 5000 Personen, Männer und Frauen, kamen nach Kissingen und begrüßten den Fürsten an der oberen Saline. Die Ansprachen, die hier unter den lebhaften Eindrücken der Wiener Hochzeit und der schmählichen Angriffe der Regierung gehalten wurden, zeichneten sich durch Tiefe wie durch Energie des Tones vor anderen aus. Eröffnet wird die Reihe der Ansprachen durch Prof. Erdmannsdörfer aus Heidelberg, den bekannten Historiker. Er betont, daß die Treue zu Bismarck durch keine tückischen Angriffe zu erschüttern sei; und der nächste Redner, Bankdirektor Eckhard aus Mannheim, spricht dem besten Teil des deutschen Volkes aus der Seele, wenn er ausruft: „. . . wir wissen, daß es eine Ehrenpflicht für eine Nation ist, ihre großen Männer zu ehren. Und wir wissen ferner, daß es eine Schande ist, die großen Männer der eigenen Nation zu verunglimpfen und zu schmähen!" Fürst Bismarck benutzt die Gelegenheit, um in einer seiner bedeutendsten Ansprachen seines Alters nicht nur zum erstenmal offen von seinen Gegnern an der Regierung zu sprechen, sondern auch in meisterhafter Wucht die Grundsätze einer deutschen Innen- und Außenpolitik darzulegen und damit eine eindringliche und tief bewegende Mahnung an die Nation zu verknüpfen:

Ich habe zuförderst meinen herzlichen Dank für diese glänzende und großartige Begrüßung zu sagen, die mir von Ihnen, meine Herren, und namentlich auch von seiten der Damen, die Sie begleitet haben, zuteil geworden ist, eine Begrüßung von solcher Großartigkeit, daß, wie ich glaube, eine solche einem deutschen Minister der Neuzeit niemals zuteil geworden ist, (Zustimmung. Heiterkeit) ich füge bescheiden hinzu, auch mir nicht so lange als ich im Dienste war. Aber ich habe das Gefühl, daß ich Ihre ehrende Anerkennung doch nicht in ihrem ganzen Umfange für mich allein in Anspruch nehmen kann. (Stürmisches Oho! Ruf: Doch!) sie gilt natürlich nicht meiner Person, (Lebhafter Widerspruch, stürmische Rufe: Doch, doch! es gilt Bismarck!) sie gilt dem Werke, an dem ich mitgearbeitet habe. Ich bin langlebiger gewesen und jünger ans Werk gekommen, wie die meisten meiner Mitarbeiter. Ich bin der Überlebende und der Erbe der Anerkennung, die den Verstorbenen gebührt. (Tiefe Bewegung.) Ich habe mir die Mitarbeiter in langen Jahren geworben, namentlich diejenigen, von deren Mitwirkung das Gelingen des Werkes hauptsächlich abhing.

Wir dürfen bei einem Rückblick auf unsere Vergangenheit nicht vergessen, daß unsere Geschichte bis in den Anfang dieses Jahrhunderts wesentlich von der dynastischen Politik beherrscht war und daß das Nationale erst in dem vorigen und in diesem Menschenalter angefangen hat, mit mehr oder weniger Erfolg neben dem Dynastischen hervorzutreten. Der einzelne — ein Minister zum Beispiel wie ich — kann den Strom der Zeit nicht hervorrufen, kann ihn nicht einmal lenken; er kann das Staatsschiff nur steuern nach seiner Ansicht und Überzeugung. Steuert er es mit Glück, so hat er seinem Lande gut gedient, steuert er es mit Ungeschick, so fällt er in Vergessenheit.

Der Strom, den ich meine, das Streben und Drängen nach der nationalen Einheit, nach dem Leben einer großen Nation in der Mitte von Europa war schon vorhanden, als ich

geboren wurde. Es machte sich bemerkbar namentlich zur Zeit der Freiheitskriege, es wurde belebt und gleichsam galvanisiert durch die Bewegungen im westlichen Nachbarlande in den Jahren 1830 und 1848. Es gelang aber nicht, dem Strom freie Bahn zu schaffen. Ich möchte sagen — um als Jäger zu reden: die ersten Versuche brannten von der Pfanne. (Heiterkeit.) Wenn ich zurückdenke an die Jahre 1830 und 1833 — die Frankfurter werden wohl wissen, was die Konstablerwache[1] war — wenn ich ferner zurückdenke an das Jahr 1848 und die damaligen Bestrebungen, und insbesondere — was die meisten der hier anwesenden Herren in erster Linie angeht — an den Kampf in Baden und Pfalz für die Reichsverfassung von 1849,[2] so muß ich sagen, daß sie verfrüht waren, und es war ein Glück, daß diese Bestrebungen nicht siegreich blieben. Denken Sie sich, daß die preußische Armee von den Aufständischen geschlagen worden wäre, was wäre dann geworden? Etwas Haltbares auf die Dauer schwerlich. Ich will das Bild nicht weiter ausmalen. Ebenso muß ich es der Vorsehung Gottes danken, daß im Jahre 1866 die unitarischen Bestrebungen nicht die Oberhand gewannen, und daß nicht damals schon unter dem Eindrucke des Gottesurteils, das man darin hat erblicken wollen, und nach seiner Entscheidung die volle Einigung gesucht worden ist; sie wäre auch nicht von der Dauerhaftigkeit und von der Befriedigung für alle gewesen, wie sie es heute geworden ist. Es war dazu notwendig — und das hat Gott wohlweislich so eingerichtet — daß alle deutschen Stämme gleichmäßig den Hammer nach dem Amboß schwangen, auf dem unsere Einheit geschmiedet wurde. (Zustimmung.) Es war notwendig, daß alle zuschlugen, daß alle mit Genugtuung, ich kann sagen mit Stolz sich ihrer Beteiligung an dem großen Kriege erinnern, in dem wir uns das Deutsche Reich und die deutsche Kaiserkrone aus den französischen Bataillonen herausgeholt haben. (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall.) Daran sind wir alle beteiligt gewesen, auch die hier anwesenden Hessen, Pfälzer, Badenser, namentlich letztere, die in der großen dreitägigen Schlacht an der Lisaine, wo ihr engeres Vaterland bedroht war, mit Heldenmut kämpften. Notwendig aber waren die Kriege, die wir geführt haben; wir konnten die Verhältnisse, wie sie der Deutsche Bund unter der übelwollenden Fürsorge Europas geschaffen hatte, nicht anders als mit dem Schwerte lösen, und meine politische Aufgabe ist es hauptsächlich gewesen, dem deutschen Schwerte Bahn zu schaffen, damit es für den deutschen Einheitsgedanken kämpfen und siegreich bleiben konnte. Das ist mir auch gelungen, in erster Linie bei meinem alten Herrn. (Allseitiges Bravo!)

Ich habe schon als Bundestagsgesandter in Frankfurt das Gefühl gehabt, daß die große nationale Politik nicht eher zu einem Resultat führen könne, als bis es gelinge, den König von Preußen und sein Heer in ihren Dienst zu stellen. Daran habe ich, im Anfang mit Vorsicht, schließlich aber auch mit Erfolg gearbeitet. Der Kampf gegen Österreich wurde meinem alten Herrn außerordentlich schwer, und doch war er nicht zu vermeiden. Natürlich hatte er mit seinen dreiundsiebzig Jahren auch keine kriegslustige Stimmung gegen Frankreich, und doch war der französische Krieg zur Herstellung und Befestigung des Deutschen Reiches ganz unentbehrlich. Solange Frankreich das Elsaß besaß, war Straßburg mit seiner starken französischen Besatzung stets eine drohende Gefahr, gegen die wir uns militärisch nicht genügend wehren konnten, wie dies Baden und die Pfalz leider ja vielfach erfahren haben.

[1] „Frankfurter Putsch", wo Studenten die Wache zu stürmen suchten.

[2] Der mit Hilfe preußischer Truppen niedergeschlagen werden mußte.

Unsere Duldung in Europa konnte nur in Paris erlangt werden, und es war ein Glück, daß wir den Krieg mit Frankreich allein führen konnten. Denn im Grunde gab es kaum irgendeine Großmacht in Europa, welcher es erwünscht gewesen wäre, in der Mitte des Weltteils eine neue und mindestens jeder anderen Großmacht gewachsene deutsche Großmacht entstehen zu sehen. Ich habe bei meiner politischen Tätigkeit in dieser Zeit stets die Sorge gehabt, daß wir mehreren uns überlegenen Großmächten gleichzeitig gegenüber zu stehen haben würden, Koalitionen, denen unsere militärische Macht damals noch nicht gewachsen war. Heute, glaube ich, würde sie es sein, wenigstens hoffe ich es zu Gott, daß sie es ist und auch bleiben wird. (Stürmischer Beifall.)

Der französische Krieg mußte geführt werden, nur galt es abzuwarten, bis die Franzosen die Geduld verloren und den Krieg ihrerseits erklärten. Das haben wir abgewartet. (Der Fürst markiert mit seinem Stocke einen Hieb. Heiterkeit.)

Ich beabsichtigte darzulegen, daß die für die Herstellung des Deutschen Reiches geführten Kriege notwendig waren. Es war aber auch im Anfang des Deutschen Reiches ein gewisses Maß von Diktatur und konzentrierter Gewalt nötig, um die Einigung herbeizuführen. (Allseitige Zustimmung.) Es ist ein altes Sprichwort: „Wer einen Eierkuchen backen will, muß Eier in die Pfanne schlagen." Ich habe viele Eier zerschlagen müssen, (Große Heiterkeit) dabei geht es natürlich nicht ohne Verstimmung ab, nicht ohne Verletzung von Einzelinteressen. Es ist nicht möglich, bei einer so gründlichen Änderung der Verhältnisse alle Interessen zu schonen und alle Wünsche zu befriedigen; es ist das bedauerlich, aber unvermeidlich. Ich bin infolgedessen in der Notwendigkeit gewesen, mir noch mehr Feinde, wie es sonst das Geschick des leitenden Ministers ist, zu schaffen, nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Vaterlande. Die Interessen divergieren bei uns so mannigfaltig, daß man, ganz abgesehen von dem stärkeren Persönlichkeitsgefühl, das uns Deutschen eigentümlich ist, und zwar in höherem Grade als den slawischen und romanischen Nationen, es nur als natürlich betrachten kann, daß die Zahl meiner Gegner größer wurde, als die eines anderen Ministers, der weniger Eier zu zerschlagen hatte, (Heiterkeit) in gleicher Zeit zugenommen haben würde. Diese Gegner sind mir treu geblieben bis heute, wo ich nicht mehr im Amte bin; (Bewegung) es ist mir das eine befriedigende Quittung für meine dem öffentlichen Interesse geleisteten Dienste, (Stürmisches Bravo!) für meine Vergangenheit und für mein Wirken in der Gegenwart. Es würde mich beunruhigen, wenn ich in meiner heutigen bürgerlichen Zurückgezogenheit die Zustimmung und das Wohlwollen derjenigen Männer mir zugezogen hätte, die mir während meiner Amtszeit feindlich gegenüberstanden, gegen die ich als Minister und Reichskanzler von Anfang bis ans Ende den härtesten Kampf geführt habe. Daß sie mich noch heute hassen, ist für mich die größte Befriedigung. (Wiederholtes anhaltendes Bravo!)

Ich habe vorhin gesagt, daß Ihr Wohlwollen für mich nicht so sehr meiner Person als meiner Arbeit gilt, und die Teilnahme an dieser Arbeit ist ja im Südwesten von Deutschland lebhafter als anderswo. Die Gemüter sind hier lebendiger, und man ist hier empfänglicher für das Ideale. Gott erhalte diese Lebhaftigkeit nicht bloß der „fröhlichen" Pfalz, sondern aller Süddeutschen. Ein Vorredner sprach von dem Herz der Süddeutschen und von dem Verstand der Norddeutschen. Der Verstand ohne Herz irrt aber doch häufiger, als er selbst glaubt.

Ich möchte auf die Geschichte der Vergangenheit hier nicht tiefer eingehen, ich kann den Damen nicht einen historischen Vortrag halten. Aber ich möchte doch noch auf eine Seite unserer auswärtigen Politik und sodann, in Anknüpfung an den zweiten Herren Vorredner, auf eine Seite unserer inneren Politik zurückkommen. Was die auswärtige Politik anbelangt, so sind wir Deutsche inmitten von Europa gelegen und auf das Zusammenhalten angewiesen mehr als irgendeine andere Nation, und haben doch dazu weniger Anlage wie die anderen Nationen. Bei uns haben die Parteien eine viel selbständigere Meinung und sind viel schwerer zusammenzuhalten als bei den Polen, Romanen und Slawen. Die anderen Nationen sind fügsamer, gehen besser ins Dutzend als wir. Darin liegt eine große Gefahr, wir müssen zusammenhalten, wenn wir nicht verlorengehen wollen, schon im Hinblick auf unsere geographische Lage. Die slawischen und romanischen Völker sind günstiger situiert als wir. Rußland ist in seinem Rücken durch Asien vollständig gedeckt und hat nur eine Front, an der es angegriffen werden kann; Frankreich hat den Ozean hinter sich, und hat auch nur eine Front, an der man ihm beikommen kann, die Vogesen. Wir aber sind von allen Seiten bedroht, wir haben keine andere Rückendeckung als die, daß wir selbst Rücken an Rücken stehen; wenn wir das nicht tun, können uns alle Opfer der Vergangenheit nichts helfen. Die Einheit ist die erste Bedingung unserer nationalen Wohlfahrt, aber sie ist in erster Linie bedroht durch das Parteiwesen, das im deutschen Volke sehr tiefgehend ist. Es ist das eine bedauerliche Sache. Ob es jemals gelingen wird, es erfolgreich zu bekämpfen, ob es den Damen, Gattinnen und Müttern gelingen wird, wie der zweite Herr Redner hoffte, in versöhnlichem Sinne auf dasselbe einzuwirken, das steht bei Gott. Aber ich fürchte, es wird sich auch hier der lateinische Spruch bewähren: Naturam expellas furca, tamen usque recurret. Aber wir müssen wenigstens versuchen, unsere Fehler zu erkennen und zu beseitigen. Dem Ausland gegenüber werden wir ja wohl am Ende Rücken an Rücken stehen, in der inneren Politik ist die Sache aber sehr viel schwerer. Da macht sich bei uns das Selbstgefühl, die Selbständigkeit der Parteien mit der gleichen Energie fühlbar wie die des einzelnen Individuums. Jede Partei glaubt, daß sie die Alleinherrschaft für sich im Deutschen Reiche erwerben könne, und lehnt es deshalb ab, den ihr nächststehenden Parteien irgendeine Konzession zu machen. Das ist aber in einem verfassungsmäßigen Staate nicht angängig, denn das ganze Verfassungsleben besteht in einer Reihe von Konzessionen, die man sich gegenseitig zu machen hat. (Bravo!) Die extremen unter unseren Parteien sind in Deutschland nicht regierungsfähig, wir können weder eine katholische noch eine evangelische Theokratie vertragen, (Zustimmung) wir müssen als weltlicher Staat weltlich regiert werden. Ich bedauere jeden konfessionellen Kampf und jede starke Akzentuierung der konfessionellen Gegensätze und des Rassenunterschiedes. Wir kommen nur dann zur Ruhe und zu sicherer Regierung, wenn wir uns dazu verstehen, auf die Extreme zu verzichten, und uns auf diejenige Meinung konzentrieren, die im gebildeten Bürgertum zum Ausdruck kommt, ich sage: im gebildeten Bürgertum. Wir müssen regiert werden von dem Durchschnitt aller gebildeten Deutschen, von unten herauf können wir nicht regiert werden, und ich beklage die Stimmenwerbungen bei den unteren Klassen, die eine Folge unserer Verfassung sind, aber eine bedauerliche. Leider ist die Jagd nach Stimmen stärker als die einsichtige und vernünftige Erwägung dessen, was zu tun ist. Das ist das Unglück.

Ich habe, als ich noch Minister war, versucht, durch eine Verschmelzung der Mittelparteien diesem Übelstande einigermaßen abzuhelfen. Man kann ja nicht über alles einig

werden, aber doch über vieles, und über das, worüber man sich einigen kann, sollte man doch nicht zögern, sich zu einigen. Die Parlamentarier unter Ihnen werden mit dem einen Worte „Kartell" verstehen, was ich meine. Ich habe mich bemüht, zwischen den gemäßigten konservativen Parteien und den Nationalliberalen eine Einigung zu stiften, die eine Zeitlang wirklich auch die Aussicht gewährte auf eine feste Mehrheit im Reichstage. Aber sie ist nicht von Dauer gewesen. Nichtsdestoweniger glaube ich, daß alle diejenigen, denen die Erhaltung und Befestigung unseres verfassungsmäßigen Zustandes am Herzen liegt, daran arbeiten sollten, die Grenzgräben zwischen den verschiedenen Fraktionen, wenigstens zwischen den staatserhaltenden, reichstreuen Fraktionen zu verflachen und womöglich zum Verschwinden zu bringen. Wir können nur auf diesem Wege den Reichstag, der ein Brennpunkt unserer nationalen Einheit sein soll, auf der Höhe der Autorität erhalten, die ihm verfassungsmäßig zugedacht ist. Sobald der Reichstag ohne irgendeine feste Majorität, ohne irgendein Bündnis von Fraktionen ist, so können es die staatserhaltenden Parteien bei den acht oder neun selbständigen Fraktionen, die er hat, nicht hindern, daß der Reichstag mehr und mehr von seinem Ansehen bei der Regierung und bei seinen Wählern einbüßt, und das halte ich für ein großes Unglück. Wir brauchen den Reichstag, wir brauchen seine Autorität, wir müssen sie stützen und fördern, und das können wir nur durch eine Verschmelzung der gemäßigten Parteien erreichen, die dem gebildeten Bürgertum angehören. Wenn es uns gelingt, dies bei den Wahlen anzubahnen und auf dieser Basis eine wirklich verfassungsmäßige Regierung zu bilden, dann haben wir einen großen Schritt getan. Wenn es nicht gelingt, wenn der Reichstag immer mehr in Mißachtung kommt wegen der Unverträglichkeit seiner Parteien und wegen Mangels an Selbständigkeit, wie das in den letzten Jahren hervorgetreten ist, so würde das eine große nationale Kalamität sein. Denn der Reichstag soll der Brennpunkt unserer nationalen Einheit sein. Und deshalb möchte ich an die hier anwesenden Herren die Bitte richten, soviel sie in ihrer Heimat politischen Einfluß haben, dafür zu sorgen, daß die Unterschiede, die die reichsdeutschen Fraktionen voneinander trennen, möglichst ausgeglichen werden. Die Parteiunterschiede aufzustellen, wird überdies gerade so schwierig sein, wie die Unterschiede aufzuzählen, die die Konfessionen voneinander trennen. Greife jeder in seinen Busen: wer ist imstande, mit Ausnahme vielleicht eines Studenten der Theologie, uns mit unfehlbarer Sicherheit aus dem Stegreif zu sagen, welches die Unterschiede sind zwischen der lutherischen und der reformierten Konfession, ja zwischen der evangelischen und katholischen oder zwischen der griechischen und englischen Kirche. Gerade so ist es auch mit den politischen Fraktionsunterschieden. die Fraktionsführer müssen, ohne daß ein wirkliches Bedürfnis hierzu obwaltet, ein künstliches Programm aufstellen und vertreten, um ihre Selbständigkeit gegenüber den nächsten Nachbarn zu erhalten und sich eine kleine separate Herrschaft zu sichern. (Heiterkeit.) Das ist unser Unglück.

Ich bitte namentlich die Damen um Entschuldigung, wenn ich hier in freiem Winde einen politischen Vortrag gehalten habe, aber wes das Herz voll ist, des geht der Mund über. Ich kann mich von der Politik, die ich vierzig Jahre lang betrieben habe, nicht lossagen, sie nimmt mein Interesse fortdauernd in Anspruch, und ich werde mich auch von ihr nicht lossagen; (Stürmisches Bravo!) man mag mir den Mund verbieten, wie man will, ich werde ihn nicht halten. (Allseitige Zustimmung.) Alle meine Gegner finden, ich würde mich in der Geschichte besser ausnehmen und eine vornehmere Erscheinung sein, wenn ich

nur stillschweige und kein Wort mehr spräche. (Große Heiterkeit.) Weil ich mich gegen diese Zumutung sträube, fällen sie die härtesten Urteile über meine Person und meinen Charakter; namentlich die offiziösen Blätter behandeln mich als einen gefährlichen und verdächtigen Menschen, vor dem gewarnt werden müsse. Die dabei mitwirken, machen sich nicht klar, daß, wenn sie mich als einen üblen Menschen darstellen, nachdem ich eben das Amt verlassen hatte, unvermeidlich das, was ich kurz vorher im Amte gearbeitet habe, und dieses selbst mitverdächtigt wird, wie es dem Buche schadet, wenn man seinen Verfasser schlecht macht. Sie können mich nicht herunterreißen, wie sie es tun, ohne daß das Gift, was sie gegen mich verspritzen, überspritzt auf das Ergebnis unserer gemeinschaftlichen Arbeit, auf Kaiser und Reich. (Bravo!) Wenn sie, ich kann wohl sagen, den tätigsten Mitarbeiter an der Herstellung des Reiches und seiner inneren Einrichtungen in dieser Weise herabsetzen und als einen Narren darstellen, der nicht weiß was er will, so übersehen sie, daß sie durch diese Beschimpfung des Verfassers auch das Werk beschimpfen und alle, die an demselben mitgearbeitet haben. Wenn die gegnerischen Parteien das tun, so ist ihre Absicht ja klar, wenn aber Leute, die das Werk fortzusetzen versprochen haben, so handeln, so befinden sie sich in einem bedauerlichen Irrtum: sie schädigen dadurch die Interessen des Reiches, die sie angeblich vertreten und schützen wollen. (Langanhaltender Beifall. Stürmische Hochrufe auf Bismarck.) Das ist eine bedauerliche Tatsache, die ich aber nicht ändern kann.

Ich möchte meine Wünsche für die Zukunft zusammenfassen in den Ruf, mit welchem wir unsere Zusammenkunft begonnen haben, mit einem Hoch auf Kaiser und Reich, aber mit dem Zusatze, daß ich unter dem Reiche die Gesamtheit der deutschen Fürsten und freien Städte und den Reichstag mit einbegreife. In diesem Sinne bitte ich Sie, nochmals Ihre Stimme zum Gelöbnis der Treue für Kaiser und Reich zu erheben. Sie leben hoch!

Nachdem die Hochrufe verklungen sind, hält Fabrikant Thorbecke eine Ansprache, die im Hinblick auf den Dreibund und Österreich in ein Hoch auf Graf Herbert Bismarck und seine Gemahlin ausklingt. Fürst Bismarck nimmt noch einmal das Wort:

Die Erwähnung unseres Bündnisses mit Österreich hat mich auf eine Unterlassung in meinen vorigen Ausführungen aufmerksam gemacht. Eine der größten Unehrlichkeiten, die neuerdings gegen mich ausgespielt ist, ist die Verleumdung, daß ich ein Gegner des österreichischen Bündnisses geworden sei. Man hat u. a. dafür einen Artikel in einem Wiener Blatte, der nach meiner Abreise von dort erschienen ist, geltend gemacht. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Ich habe in Wien geltend gemacht, daß wir an dem österreichischen Bündnis unbedingt und unter allen Umständen festhalten müssen. Denn es liegt in ihm ja eine wesentliche Verbesserung des alten Bundesverhältnisses, das wir mit Österreich hatten. Solange der Deutsche Bund bestand, hatten wir, wenn wir angegriffen wurden, Anspruch auf das österreichische Kontingent, was, wenn ich nicht irre, 95 000 Mann betrug. Heute haben wir unter gewissen Umständen einen Anspruch auf den Beistand der gesamten österreichischen Armee. Auch für Österreich ist das Verhältnis ein weit günstigeres. Der Deutsche Bund deckte Österreich nur bis an die Leitha, unser heutiges Bündnis deckt auch alle Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie jenseits der Leitha bis an die russische und rumänische Grenze. Beide Bündnisstaaten stehen sich besser dabei, keine hat einen Nachteil davon. Beide aber sind defensive Mächte. Ich habe im Jahre 1879 das Bündnis nicht ohne große Anstrengungen herbeigeführt, und ich erkläre es für eine grobe Lüge, wenn

heute behauptet wird, ich sei plötzlich ein Gegner desselben geworden. Wenn ich es wäre, so brauchte ich nur auf die Zeit des Krimkrieges zurückzublicken, wo das schmale Gebiet zwischen Passau und Straßburg von französischen und österreichischen Interessen bedroht war und mir der König von Württemberg mit dem Finger auf die Karte zeigend auseinandersetzte, daß er zum Deutschen Bunde nicht halten könne, wenn Frankreich und Österreich zu den Gegnern gehörten. Sie wären zu schwach und Straßburg zu nahe. Das ist nun alles weiter weggerückt. Man braucht nur auf die Karte zu sehen: der Block, den wir mit Österreich in Europa darstellen, ist schwer anzugreifen. Wir sind durch das österreichische Bündnis nach Osten und Westen gesichert, namentlich aber auch gesichert gegen Velleitäten einer veränderten österreichischen Politik. Ich habe in Wien immer dafür plädiert, daß die Österreicher es ihrem eigenen Interesse entsprechend finden möchten, wenn wir mit Rußland so viel Fühlung behalten, daß wir auch den Frieden zwischen Österreich und Rußland fördern und erhalten können. Wird der Friede gebrochen, so müssen wir auch schlagen. Es ist also auch unsere Sache, wenn Österreich mit Rußland in Krieg gerät, und nicht allein diejenige Österreichs. Tua res agitur, paries cum proximus ardet.

Auch das ist erlogen, wenn man behauptet, ich hätte Österreich den Handelsvertrag so übel genommen, daß ich nun auch von dem Bündnis nichts mehr wissen wollte. So leichtfertig bin ich in meinem Leben nicht gewesen, und werde es am allerwenigsten in meinem 78. Lebensjahre sein, daß ich auf diese Weise das Größere dem Kleinen nachwerfe. Ich habe in Wien nur gesagt, daß unsere Unterhändler unzureichend waren, und den Österreichern zu dem Siege gratuliert, den sie in dieser Sache über uns davon getragen haben. Den Österreichern vorzuwerfen, daß sie die Unzulänglichkeit und Ungeschicklichkeit der deutschen Unterhändler mit Erfolg benutzt haben, kann mir nicht einfallen. Ich würde das nämliche getan haben, wenn ich Gelegenheit dazu gehabt hätte. Das ist es, was ich gesagt habe und was ich noch heute glaube. Zu allen politischen Geschäften ist Verständnis und Geschick erforderlich, und wo das fehlt — plectuntur Achivi! (Lebhafter Beifall.)

Ansprache an Besucher aus Schwaben.

Im Juli 1892.

Die nachfolgende Ansprache des Fürsten Bismarck, die sich zeitlich nicht näher bestimmen läßt, als daß sie in Kissingen im Sommer 1892 gehalten wurde, ist im Februar 1896 von einem der Herren, der sie mit angehört und aufgezeichnet hatte, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht:

Ich danke Ihnen von Herzen für die Worte, mit denen Sie Ihre Äußerungen schlossen, und für die gute Meinung, die Sie in Bezug auf mich hegen. Sie haben recht, die Arbeit war schwer und sehr kompliziert, sie ist mit Gottes Hilfe gelungen über menschliches Verstehen und menschliche Weisheit, und hat in höherem Maße zur nationalen Einigung geführt, als nach den gegebenen Prämissen von Hause aus zu erwarten war. Auch im Norden war der Partikularismus stark, nur war er dort anders fundamentiert als in Süddeutschland. Meine preußischen Landsleute waren zufrieden mit dem Namen und Staat, den sie hatten. Je weiter man nach Osten ging, desto schwächer wurde das Gefühl für die Eigenschaft als Deutsche.

Ich selbst bin einerseits ein Produkt der Berliner Schule,[1] andererseits aber des Geistes, wie er im preußischen Offizierkorps herrschte; letzterer war der des ganzen preußischen Landadels. Wenn eine nationale deutsche Ader in mir schlug, so lag das an der Berliner Schule. Als ich sie verließ, war ich national ziemlich empfänglich, aber im Innern republikanisch und Pantheist.[2] Den persönlichen Gott hatten sie mir ausgetrieben. Insoweit war die Wirkung zwiespältig, und es hat der Kampf des Lebens dazu gehört, hier Änderung zu schaffen zur Zeit, als ich besonnen genug war, meine Erziehung selbst zu leiten.

Als ich in die Politik zuerst hineinkam, ohne mein Zutun, von der 1847er Anregung ergriffen, da stand ich schon wieder ganz bei der altpreußischen Partei. Man wird politisch oft erzogen durch Abschreckung. In Göttingen war die Burschenschaft das erste, in das ich hineinkam. Der Mangel an gesellschaftlicher Erziehung und die Enge des Gesichtskreises schreckten mich ab; dadurch bin ich vielleicht der Gefahr entgangen, in die Untersuchungen gegen die Burschenschaft 1833 verwickelt zu werden. Jene zwei Seelen, die in mir kämpften, waren das preußische Soldatengefühl und das Bewußtsein, einem größeren Vaterlande anzugehören. Auch beim stärksten preußischen Partikularisten, den wir hatten, beim Könige, war ähnliches der Fall. Er hielt auf sein Deutschtum im Bunde und fragte mich einmal bei Gelegenheit der Augustenburger Sache: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ Aber der Preuße in ihm verlor nichts dabei. Es ward dem König schwer, sich für den Krieg zu entscheiden; es gab indes keinen anderen Weg. Selbst wenn wir geschlagen wurden, war's nicht schlimmer wie im damaligen Zustande. Es würde eine Verschmelzung auf anderer Basis gegeben haben, vielleicht keine so haltbare, aber ich glaubte nicht, daß wir geschlagen werden würden. Der Krieg von 1870 war nötig, aber er wurde uns gebracht; wir wären ohne ihn in eine Art Olmütz geraten.[3] Umtriebe höfischer und anderer Art waren in diesem Sinne tätig. Im ganzen kann ich sagen: es war eine beträchtliche moles von Arbeit, Germanam condere gentem, ich danke Gott, daß er es mich hat überstehen lassen, und ich würde gern das Werk noch weiter gepflegt haben. Aber unser junger Kaiser will es allein machen. Nachdem die Deutschen geeint sind, lassen sie sich so leicht nicht trennen. Auch die Fürsten, früher meist Partikularisten, sind zufrieden mit der Bürgschaft, welche sie in der Reichsgemeinschaft für den Bestand ihrer Herrschaft finden. Wenn der Reichsschutz wegfiele, so würden die einzelnen Staaten in der freien Luft Europas nicht die Bedingungen zum Gedeihen haben.

Also ich glaube, daß alle Vorbedingungen vorhanden sind, um die neuen Einrichtungen zu sichern, auch nachdem ich ausgeschieden bin. Die beiden Hauptklammern unserer nationalen Einheit sind Bundesrat und Reichstag. Der Bundesrat hat die Geltung, die ich von ihm hoffte, nie ganz erreicht.[4] Daß die Zulassung der Öffentlichkeit seiner Sitzungen da nützen würde, ist ein Gedanke, der mir mehrmals gekommen ist. Der Reichstag kommt herunter durch den Kampf der Parteien, der in ihm stattfindet. Jede von den Fraktionen hofft auf Alleinherrschaft, besonders die drei großen Fraktionen, Zentrum, Nationalliberale und Konservative. Darum gruppieren sich

[1] Das folgende klingt stark an den Anfang der damals entstehenden „Gedanken und Erinnerungen“ an.

[2] So ist zu lesen, nicht Atheist.

[3] D. h. ohne die bekannte Redaktion der „Emser Depesche“.

[4] Vergl. zu diesem Problem die Aufzeichnungen des mecklenburgischen Oberzolldirektors Oldenburg „Aus Bismarcks Bundesrat“ 1879—85.

diejenigen, deren Interessen quer treiben: Polen, Welfen, Franzosen, Dänen, Sozialdemokraten. Letztere rechne ich zu den fremden Völkerschaften. Ihre Behandlung ist eine Kriegsfrage. Unser Reichstag als Brennpunkt des nationalen Lebens erfüllt die Erwartungen nicht, die ich bei seiner Herstellung gehegt habe. Wenn man den einzelnen Fraktionen Versprechungen macht, kann man alles durchsetzen, jedes sacrificium intellectus erhalten. Das Volk selbst wird aber zusammenhalten; den Fraktionen kommt das Zusammenhalten erst in zweiter Linie, jede will zuerst herrschen, d. h. Einfluß, Stellung haben. Wie kann man dem abhelfen? Die Frage ist leicht gestellt, aber nicht leicht zu beantworten. Wenn man den Reichstag stärken will, so muß man die Verantwortlichkeit der Minister verschärfen. Ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz ist in Preußen durch die Verfassung versprochen, aber bisher nicht erlassen, auch im Reiche gibt es keines. Ein jeder kann also Reichskanzler werden, ohne Beruf dazu zu haben, und das Amt des Reichskanzlers kann zu dem eines Kabinettssekretärs herabgedrückt werden, dessen Verantwortlichkeit sich auf die Ausführung des ihm Befohlenen beschränkt ohne Prüfung und Auswahl des Nützlichen.[5] Wenn das Haus, an dem ich habe bauen helfen, ins Wanken kommt, oder wenn sein Dach durchregnet, so erfüllt mich das mit Sorge, daher rede ich zu Ihnen von diesen Dingen, anstatt z. B. vom heutigen schlechten Wetter. Die Forderung, daß ich überhaupt schweigen sollte, ist eine der größten Verrücktheiten, die mir zugemutet worden sind. Von keinem anderen würde man verlangen, daß er nur im Walde spazieren gehe, nichts denken und sprechen soll. Von mir erwarten es viele Leute, sie muten mir dies zu im Interesse meines Ansehens, meines Ruhmes, den ich Blatt für Blatt zerpflücke. Wenn ich schweige und zusehe, so ist das allerdings für mich viel bequemer, auf die andere Weise ziehe ich mir viele Feindschaften zu. Ich würde aber von dem Gefühle der Feigheit nicht frei bleiben, wenn ich mich anders verhielte, als ich es tue. Ohne eine gewisse Bitterkeit läßt sich Kritik nicht üben, da man doch voraussetzen muß, daß fähige Leute in die höchsten Ämter kommen, solche, die das Geschäft, welches sie übernommen haben, einigermaßen kennen. Wenn wir ein Verantwortlichkeitsgesetz hätten, würde einer, der die Fähigkeiten nicht hat, auch die Stelle nicht übernehmen.

Ich habe mit dem Reichstage jahrzehntelang aufs Blut gekämpft; aber ich sehe, daß diese Institution sich gerade im Kampfe mit Kaiser Wilhelm I. und mir abgeschwächt hat. Das Zollparlament hatte damals mehr Gewicht, seine nationalen Diskussionen machten mehr den Eindruck als jetzt die des Reichstags. Als ich Minister wurde, war die Krone bedrängt, der König war entmutigt, weil die Minister ihm ihren Beistand versagten, und wollte abdizieren. Da habe ich gestrebt, die Krone gegenüber dem Parlamente zu stärken. Vielleicht habe ich dabei zu viel getan. Wir brauchen ein Gegengewicht, und die freie Kritik halte ich für die monarchische Regierung für unentbehrlich, sonst verfällt sie dem Absolutismus der Beamten. Es sind heutzutage nicht die Monarchen, welche absolut regieren, sondern die Bürokraten. Der verständigste Absolutismus, der je geherrscht hat, bestand bis 1847 in Preußen, aber doch fiel das ganze Gebäude des absoluten Staates in einer Nacht in sich selbst zusammen: der Aufstand war vollständig niedergeschlagen, der König konnte Gericht halten, wenn er wollte, auch im Lande waren damals keine Ver-

[5] Mit diesen Worten hat Bismarck so scharf wie vorher niemals die Kanzlerschaft Caprivis getadelt. Vergl. auch die verschiedenen gleichzeitigen Artikel der „Hamburger Nachrichten" über Caprivi bei H. Hofmann: Fürst Bismarck 1890—98, Bd. 2, S. 102 ff., 110, 112 usw.

zweigungen. Das Bedürfnis nach Änderung steckte tief im Volke, namentlich aber in den Beamten bis in die Ministerien hinein; und sowie der kalte Luftstrom hereinbrach, trat eine ähnliche Erscheinung ein, wie 1806 die Demoralisation der Armee und die Kapitulation der Festungen. Wir brauchen die frische Luft der Kritik, unser ganzes Verfassungsleben beruht darauf. Wenn die Volksvertretung kraftlos wird und nur zum Organ des höheren Willens, so kommen wir, wenn das so weiter geht, zum aufgeklärten Absolutismus zurück.[6] In thesi mag das die geeignetste Staatsform sein, ich möchte sagen, die göttliche; aber die Gründe, welche sie unannehmbar machen, liegen in der menschlichen Schwäche.

Das Zentrum ist jetzt die regierende Partei: Ich habe gestrebt, mit den Katholiken in Frieden zu leben, und als die Fortschrittspartei zum Zentrum überging, da war der Kampf gegen dieses nicht mehr haltbar. Ich glaube überhaupt, daß er zu juristisch betrieben wurde, zu sehr in den Details. Kurz, ein modus vivendi mußte gefunden werden. In neuester Zeit kompliziert sich die Sache dadurch, daß der Papst aufhört, ein Hort der monarchischen Institutionen zu sein, daß er gewissermaßen Opportunist wird und akzeptiert, was der Strom der Zeit ihm antreibt. Das liegt in dem Bruche mit den monarchischen Parteien in Frankreich, und es ist bemerkenswert, daß der Papst als praktischer Politiker keine Hoffnung mehr auf die Restituierung einer Monarchie dort setzt. Die Bestrebungen der französischen Monarchisten lassen allerdings an das alte Sprichwort denken: „Man macht keinen Hasenpfeffer, wenn man nicht erst einen Hasen hat.“ So macht man auch keine Monarchie ohne einen Monarchen.

Der päpstliche Einfluß wendet sich bei diesem Vorgange vom Dreibund einigermaßen ab, wenn er sich Frankreich zuwendet. und es scheint, daß der Wunsch nach Herstellung des Kirchenstaates unter diesem Papste jetzt ebenso hervortritt wie unter seinem Vorgänger. Wenn der Papst aber gegen unsern Bundesgenossen Italien auftritt, so zieht er uns mit in den Kampf. Und dabei ist das Zentrum die Hauptstütze des jetzigen Reichskanzlers! Er hält es, und es hält ihn, in Art einer gegenseitigen Assekuranz. Wenn der Papst nun andere Wege der auswärtigen Politik geht, so steht der Kanzler vor der Frage, ob er ihm dahin folgen kann.

Ansprachen auf der Reise nach Jena.

30. Juli 1892.

Auf der Fahrt von Kissingen nach Jena wurde dem Fürsten fortdauernd gehuldigt. In Ritschenhausen antwortete der Fürst auf eine Ansprache:

Es freut mich, hier an der Grenze Thüringens einen so herzlichen Empfang zu finden.

In diesem Augenblicke wird der Wagen des Fürsten losgekoppelt, um anders rangiert zu werden. Nachdem er wieder eingereiht worden ist, fährt der Fürst fort:

Ich wurde vorhin unterbrochen, als ich Ihnen meinen herzlichen Dank für die überaus freundliche Begrüßung sagen wollte, welche Sie mir hier zuteil werden lassen. Seit fünf Wochen habe ich allenthalben — zuletzt in Bayern — den wärmsten und herzlichsten Empfang gefunden, und ich kann sagen, das hat meinem Herzen wohlgetan. So darf ich wohl auch glauben, daß das, was ich im Dienste des Landes geleistet, bei meinen Lands-

[6] Auch gegen Kaiser Wilhelm II. hatte sich Bismarck bis dahin nie so scharf öffentlich ausgesprochen.

leuten Anerkennung gefunden und daß es Wurzel geschlagen hat im Herzen des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung von allen Seiten.) So darf ich denn wohl auch hoffen, daß diese Wurzeln so festen Boden gefaßt, daß aller Neid und Haß und alle Verleumdung und Verhetzung nicht hinreichen werden, dies Gefühl aus dem Herzen des deutschen Volkes zu verdrängen. (Laute Zurufe: Nein, nimmermehr! Treue für immer! Treu bis in den Tod!)

Auf dem Bahnhof zu Plaue richtet der evangelische Pfarrer des Ortes, Thomas, eine kurze Ansprache an den Fürsten Bismarck. Dieser antwortet mit folgenden Worten:

Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank für die freundliche Begrüßung, die mir hier zuteil geworden ist. Ich bin in den letzten Wochen in verschiedenen Teilen Deutschlands ähnlich begrüßt worden, von den Sachsen, Bayern und Franken, und es gereicht mir zur Freude und Ehre, daß auch der urdeutsche, alte, reichstreue Stamm der Thüringer freundliche Grüße mir entgegenbringt und mein Wirken anerkennt. Ich werde die Gesinnungen, mit denen ich vor zwei Jahren aus dem Amte geschieden bin, auch ferner behalten; was ich damals wollte, das will ich auch heute, und wofür ich früher unverändert tätig gewesen bin, für das Wohl des Landes, dafür werde ich auch künftig meine Kräfte einsetzen. Wenn das jeder tut, so wird mit Gottes Hilfe Deutschland immer groß dastehen. Empfangen Sie nochmals meinen herzlichen Dank!

In Weimar erwidert Fürst Bismarck auf die Ansprache des Bürgermeisters Heinemann und jungen Damen, die Rosen überreichen, er danke herzlich für den ihm bereiteten Empfang, der ihm besonders wohltue, weil er ihm in Weimar bereitet werde, der Stadt, von deren Bedeutung er das sichtbare Zeichen (die Blumen in die Höhe hebend) in Händen trage, habe er doch Weimar als dem geistigen Mittelpunkte Deutschlands stets die lebhafteste Teilnahme zugewendet. Auch in politischer Beziehung habe ihm Weimar infolge der nationalen Haltung seiner Regierung stets nahegestanden, und zu besonderer Dankbarkeit fühle er sich dem Großherzog gegenüber verpflichtet.

Ansprache auf dem Bahnhofe zu Jena.

30. Juli 1892.

Auf die begeisterten Reden der Vertreter der Gemeinde und der Universität erwidert Fürst Bismarck:

Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen. Warum ich diesen Boden einen klassischen nenne, geht aus Ihrer Rede hervor. Die Universität Jena ist klein, aber berühmt, berühmter und auch im Auslande bekannter als manche andere Universität. Der Ruhm Jenas und Thüringens beruht auf ihrem deutschen Herzen. Thüringen, selbst im Herzen Deutschlands, hat stets ein warmes nationales Empfinden bewiesen, trotz seiner verschiedenen Territorien. Diese Spaltung ist auch eine echt deutsche Eigentümlichkeit und ein Zeichen unserer nationalen Kraft, aber sie hat die Thüringer nie dem Gefühl für das große Allgemeine entfremdet.

Thüringens Lande sind umrankt von Gesängen und Sagen aus ursprünglicher Zeit; vor und nach Luther können sie auf ein reiches dichterisches Leben zurückblicken. Ohne

Poesie und Romantik, zentralisiert, würde der Deutsche zum Franzosen werden. Es ist erfreulich, daß die Bildungsstätten in Deutschland nicht wie in manchen zentralisierten Ländern in einer Stadt vereinigt sind. So verbreiten sie überall Aufklärung im Volke und sind Pflegerinnen urdeutscher Eigenschaften in seiner Mitte. Auch dafür muß man dankbar sein und der deutschen Eigenheit Rechnung tragen, das Vaterland in der nächsten Umgebung zu suchen.

Ich könnte hier noch viel sagen, aber ich weiß nicht, ob Sie nicht über uns ein anderes Tagewerk beschlossen haben, weshalb ich Sie nicht länger aufhalten will. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundlichen Worte und bitte noch um Entschuldigung, daß ich das schlechte Wetter mitgebracht habe. (Heiterkeit und Beifall.)

Ansprache an die vor dem Gasthof „Zum Bären" versammelten Bewohner Jenas.

30. Juli 1892.

Fürst Bismarck spricht vom Balkon des Hotels zu der jubelnden Menge:

Ich danke Ihnen herzlich für den glänzenden Empfang, den mir die Einwohner von Jena und die thüringische Bevölkerung bereitet haben. Er reiht sich ebenbürtig der wohlwollenden Aufnahme an, die ich bei den süddeutschen Volksstämmen gefunden habe. Sie ist mir ein Beweis, daß auch nördlich vom Thüringer Wald meine Beziehungen zum deutschen Volke nicht durch die gegen mich gerichteten Verdächtigungen erschüttert werden können. Es erfüllt mich dies mit größerer Befriedigung und größerem Stolze, als Befriedigungen des persönlichen Ehrgeizes vermöchten. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen. Ich sehe den größten Teil von Ihnen wohl morgen wieder. (Zuruf: alle! alle!) Für heute entschuldigen Sie mich wohl.

Ansprache an die Abordnung der Universität Jena.

30. Juli 1892.

Im untern Saale des Gasthofs begrüßt den Fürsten die Abordnung der Universität Jena. Dem Prorektor Professor Dr. Brockhaus dankt Fürst Bismarck für seine Ansprache mit folgenden Worten:

Meine Herren, das Hoch, welches mir soeben von so autoritativer Stelle und in so erhebenden Worten gebracht worden ist, könnte mich nach allen Ovationen, die ich in den letzten Wochen erfahren habe, stolz machen, wenn ich es auf meine Person allein beziehen dürfte. Ich bin aber nur, wie ich schon neulich bei einer ähnlichen Begrüßung gesagt habe, der Erbe der Verdienste meiner Mitarbeiter geworden, welche vor mir gestorben sind, in erster Linie meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I., der für den deutsch-nationalen Gedanken nicht erzogen und nicht in demselben aufgewachsen war, den aber das angeborene deutsche Gefühl nie verlassen hat und dem man nur allmählich und langsam den Weg zeigen durfte, den er zu gehen hatte, um zu der Stelle zu gelangen, in der er gestorben ist, und gegen deren Annahme er sich in seiner Bescheidenheit lange gewehrt hat, obschon er das Ziel wollte, das erreicht worden ist. Ich habe viel Mühe gehabt, meinem alten Herrn klarzumachen, welcher Zauber in dem Titel des Kaisers liegt, in der ganzen Repräsentation

des Kaisertums und der historischen Beziehung, welche im deutschen Geiste mit dem Kaisertitel und der Stellung des Kaisers verbunden war. Es ist mir schließlich gelungen, ihn davon zu überzeugen. Diese Arbeit hinter den Kulissen sozusagen ist schwieriger und die Diplomatie im eigenen Hause fast komplizierter für mich gewesen als die mit dem Auslande, dem gegenüber ich von Haus aus immer genau wußte, was ich zu tun hatte. (Bravo.)

Ich kann in dem ganzen Gange, den uns Gottes Vorsehung geführt hat, doch nur eine besondere Vorherbestimmung erkennen. Selbst die Schlacht bei Jena, deren Name für ein preußisches Herz schmerzliche Erinnerungen weckt, war notwendig, wenn die geistige Reaktion in Preußen erfolgen sollte, wenn in Preußen überhaupt das möglich sein sollte, was ich erstrebte, nämlich ein Königlich-preußisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Das alte fridericianische Heer wäre dazu nicht imstande gewesen, es wäre schwerlich ein Pfleger des heutigen verfassungsmäßigen und nationalen Staatslebens geworden.

Wir haben nachher erlebt, daß von der Leitung, die hoch über uns schwebt, die unzeitigen Anfänge immer rechtzeitig zurückgeschlagen worden sind, die nur zu unvollkommenen Gebilden hätten führen können, bis der Moment kam, wo wir unsere Streitigkeiten in einem bedauerlichen Bruderkrieg, wenn ich den von 1866 erwähnen darf, erledigen mußten. Es ging nicht anders. Notwendig war auch der französische Krieg. Ohne Frankreich geschlagen zu haben, konnten wir nie ein Deutsches Reich mitten in Europa errichten und zu der Macht, die es heute besitzt, erheben. Frankreich würde vielleicht später Bundesgenossen gefunden haben, um uns daran zu hindern; daher war der französische Krieg ein notwendiger Abschluß. Die ganze Entwicklung dürfen Sie nicht meiner vorausberechnenden Geschicklichkeit zuschreiben, es wäre Überhebung von mir, wenn ich behaupten wollte, daß ich diesen ganzen Verlauf der Geschichte vorausgesehen und vorbereitet hätte. Man kann Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen, wie man das politische Leben eines großen Volkes seiner Entwicklung und seiner historischen Bestimmung entsprechend zu leiten hat. Das ist das ganze Verdienst, das ich für mich in Anspruch nehmen kann. Es gehört allerdings noch mehr dazu — Freiheit und Vorurteil, Bescheidenheit und Verzicht auf gewisse Lieblingsideen, und zwar in höherem Grade als eine überlegene Intelligenz, die alles vorauszusehen und zu beherrschen glaubt. Ich bin nicht unbescheiden genug, für mich ein Verdienst in Anspruch zu nehmen, das mir nicht zukommt.

Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen und das Abwarten des rechten Moments ist in beiden Situationen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe. Ich habe oft lange auf dem Anstande gestanden und habe mich von Insekten umschwärmen und zerstechen lassen müssen, ehe ich zum Schusse kam. Ich habe nie einen Moment in meinem Leben gehabt, in dem ich nicht ehrlich und in strenger Selbstprüfung darüber nachgedacht hätte, was ich zu tun hätte, um meinem Lande — und ich muß auch sagen meinem verstorbenen Herrn, König Wilhelm I. — nützlich zu sein und richtig zu dienen. Das ist nicht in jedem Augenblicke dasselbe gewesen, es haben Schwankungen und Windungen in der Politik stattgefunden, aber die Politik ist eben an sich keine logische und keine exakte Wissenschaft, sondern sie ist die Fähigkeit, in jedem wechselnden Moment der Situation das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßigste zu wählen. Es ist mir das nicht immer, aber überwiegend doch in den meisten Fällen gelungen. Man hat von mir gesagt, ich hätte

außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik. Das ist gewiß richtig. Aber ich kann dem Deutschen Reiche nur wünschen, daß es immer Kanzler und Minister haben möge, die Glück haben. (Große Heiterkeit.) Es hat das eben nicht jeder. (Heiterkeit.)

Meine Vorgänger im Amte, im Dienste des Preußischen Staates, haben es nicht so gehabt, und ich glaube nicht, daß irgendeiner von ihnen hier, wenn er hier nach Jena gekommen wäre, den Empfang gefunden hätte, wie er mir heute zuteil geworden ist. Ich kann nur wünschen, daß ich einen Nachfolger habe, dem Sie mit derselben freudigen und spontanen Begeisterung dermaleinst entgegenjauchzen, wie ich es heute, nachdem ich nichts mehr in der Politik zu tun habe, als Quittung erlebt habe. Es ist das für mich ein erhebendes und freudiges Gefühl gewesen, und ich wüßte nicht, was man mir in diesem Leben noch mehr antun könnte, was irgendwie ins Gewicht fiele neben dem Wohlwollen und der freudigen Liebe meiner Mitbürger, wie sie mir heute entgegengetreten ist. Daß Sie mir dieses Gefühl hinterlassen, und daß Sie, nachdem es in Dresden, München, Augsburg und Kissingen angeregt worden ist, es verstärkt und vertieft haben, dafür bin ich Ihnen von Herzen dankbar. In meinem Herzen lebt dieselbe Liebe zum Vaterlande wie vor zehn Jahren, wo ich noch den entscheidenden Einfluß auf die Politik hatte. Meine Ansichten über die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dessen, was wir zu tun haben, sind heute noch dieselben. Warum ich sie nicht aussprechen sollte, sehe ich nicht ein. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie, unter der wir leben, ist eben das Zusammenwirken des monarchischen Willens mit den Überzeugungen des regierten Volkes; die gegenseitige Verständigung, die Übereinstimmung untereinander ist notwendig, um unsere Gesetze zu ändern, sonst verfallen wir dem Regiment der Bürokratie. Allerdings kann ja, was der Geheimrat am grünen Tisch entwirft, die Presse korrigieren, wenn sie frei ist, aber sie bleibt nicht immer frei. Es ist ein gefährliches Experiment, wenn man heutzutage im Zentrum Euoraps absolutistischen Ideen und Velleitäten zustrebt,[1] gleichviel ob sie von Priestern unterstützt werden oder nicht. Die Gefahr ist immer gleich groß, (Lebhafter Beifall) und im ersteren Falle noch größer, weil man sich täuscht über die einfache Situation der Sache und Gott zu gehorchen glaubt, während man in Wirklichkeit dem Geheimrat gehorcht. Wir haben ja erst in letzter Zeit die Ansicht gehört, daß der Unteroffizier den Soldaten gegenüber der Stellvertreter Gottes auf Erden sei, warum sollte das nicht auch ein gebildeter Geheimrat sein? (Heiterkeit.) Ich bin nie in meinem Leben Absolutist gewesen und werde es auf meine letzten Tage erst recht nicht werden.[2]

Ich bin zum Teil in der Notwendigkeit gewesen, in meiner öffentlichen Wirksamkeit dem unmonarchischen Gebaren in den verschiedenen Situationen entgegenzutreten, die öffentliche Stimme — niederzuschlagen, kann ich nicht sagen — aber ihr entgegenzutreten, um wenigstens die einheitliche Ausbildung des Deutschen Reichs aufrechtzuerhalten. Ich weiß nicht, ob ohne die zehn Jahre der betreffenden Gesetzgebung heute das Deutsche Reich so fest stünde, wie es jetzt geworden ist. Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist die Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung in der Presse und im Parlament. (Beifall.) Dazu ist aber notwendig, wie ich mir neulich zu sagen

[1] Im besonderen ist damit wohl das Wort „regis voluntas suprema lex" gemeint, das Kaiser Wilhelm II. in das Goldne Buch der Stadt München eingetragen hatte.

[2] Das hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" ausführlich dargelegt.

erlaubt habe, daß namentlich im Parlament die Meinung des Volkes durch die Parteien einheitlicher zum Ausdruck komme, als sie bisher sich darstellte. Wenn verschiedene Meinungen der Regierung gegenübertreten und sie hat die Auswahl, welche sie sich aneignen will, welcher Partei sie Versprechungen machen will, so kann von einer parlamentarischen Beeinflussung und Verfassung nicht mehr die Rede sein. Wollen wir ein Parlament haben, in dem unser nationales Empfinden und unsere öffentliche Meinung zum richtigen Ausdruck gelangen, so müssen wir in Bezug auf die einzelnen Unterschiede, die die Fraktionen voneinander trennen, nachsichtiger sein als bisher. Jetzt ist jede Fraktion bestrebt, ihre Ansicht rücksichtslos zur Geltung zu bringen, allein zu herrschen, ohne an den nächsten Nachbar zu denken, das geht nicht. Außerdem gelangen die Parteiführer, die zum großen Teile ihre persönlichen Ziele und Zwecke haben, zu großem Einfluß und beherrschen die Fraktionen fast absoluter als ein absoluter Monarch seine Untertanen. Ein fernerer Übelstand ist es, daß die Wähler zu wenig erfahren, wie ihre Vertreter im Parlamente stimmen.[3] Ich bin ein Parlamentarier seit fünfundvierzig Jahren, vom Provinziallandtage her gerechnet. Ich glaube, der Wähler hat jetzt beinahe immer eine unrichtige Ansicht von der Tätigkeit seines Abgeordneten, und die unrichtige Ansicht beruht in der Regel auf den Mitteilungen, die der Abgeordnete im Wahlkreise macht. Kommt er in denselben zurück, so glaubt man ihm gern, seine Freunde wollen ihn gern behalten, er hütet sich den Wählern Klarheit über alle Dinge zu verschaffen. Das war nicht im Anfange unseres parlamentarischen Lebens. Früher waren die Wähler mißtrauischer, sie taten sich zusammen und verlangten eine sorgfältige Berichterstattung von ihren Vertretern, kontrollierten und brachten auch wohl ein Mißtrauensvotum ein, während sie jetzt von diesen nur hören, was ihnen selbst zu sagen gut scheint. Jetzt wissen die wenigsten Wähler, was ihr Abgeordneter tut. Wenn ich einen Rückblick auf meine bisherige Tätigkeit werfe, so muß ich bemerken, daß ich stets bemüht gewesen bin, mir klarzumachen, ob meine Tätigkeit vielleicht dem Lande schade. Vielleicht habe ich selbst unbewußt dazu beigetragen, den Einfluß des Parlaments auf sein jetziges Niveau herunterzudrücken, aber ich wünsche nicht, daß er auf die Dauer auf demselben bleibt. Ich möchte dazu beitragen, daß das Parlament wieder zu einer konstanten Majorität gelangt, ohne die es die Autorität nicht haben wird, die es braucht. (Bravo.) Aber, meine Herren, ich komme mehr und mehr in den Nimbus der Akademie, in dem ich mich jetzt befinde. Unwillkürlich bin ich akademisch geworden, und es kommt mir fast vor, als ob ich hier auf dem Katheder stände, (Große Heiterkeit) es ist das leicht erklärlich. Ich halte mich aber verpflichtet, zu reden, da ich glaube, in der hohen Politik unter unseren Landsleuten derjenige zu sein, welcher die meiste Erfahrung hat — wenigstens haben sollte. Deshalb ist es gegen mein Gewissen, über die Eindrücke zu schweigen, welche die Maßregeln, die ich für irrtümlich halte, auf mich machen. Ich habe als Reichskanzler stets nach meinem Gewissen gehandelt, ich bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem Gewissen und meinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, ohne zu fragen, was für Folgen für mich daraus entstehen könnten. Diese sind mir völlig gleichgültig. (Großer Beifall.) Aber ich fürchte, es wird hier für uns in diesem Raum zu warm, wir wollen ja noch eine Fahrt zur Besichtigung der Bergfeuer machen.

[3] Das Problem, wie das Volksinteresse neben dem Fraktionsinteresse zur Geltung kommen könne, hat Bismarck immer beschäftigt.

Ansprache an die Jenaer Sängerschaft

31. Juli 1892.

Für eine Huldigung der Jenaer Sänger dankt der Fürst mit folgenden Worten:

Ich freue mich, daß man in Jena über der Pflege der Wissenschaft die Pflege der Kunst nicht vergißt. Die thüringischen Fürsten und das thüringische Volk haben Kunst und Wissenschaft von jeher gepflegt und deutsche Wissenschaft, deutsche Kunst und deutschen Sang hochgehalten und geschützt, ich erinnere nur an die Wartburg und an die Meistersinger. Was Korinth für das Altertum war, das bedeutete für das Mittelalter die Wartburg. Ihre Ovation ist mir ein Beweis hiefür, daß in dem Lande der Sagen und Burgen auch heut noch der edle Gesang gepflegt wird. Ich danke Ihnen!

Ansprache auf dem Markte zu Jena.

31. Juli 1892.

Am Sonntag Mittag erscheint der Fürst mit den Seinen inmitten Tausender auf dem Markt zu Jena zu einem öffentlichen Fest Oberbürgermeister Singer für die Stadt und ein Student der Medizin Viett für die Studentenschaft bringen in längeren feurigen Ansprachen ein Hoch auf den Fürsten Bismarck aus. Dieser erwidert mit einer hochbedeutsamen Rede, in welcher er zwei Dinge zur Sprache bringt, die ihm besonders am Herzen liegen: die augenblickliche Verbindung der Regierung mit dem Zentrum, das er nicht für eine Stütze des evangelischen Kaisertums erklärt, und den Vorwurf der Gegner, die wegen seiner Opposition gegen die Maßnahmen der Regierung an seiner monarchischen Treue zweifeln. So bildet diese Jenaer Rede einen Markstein und zugleich ein hochbedeutsames Ende seiner „großdeutschen“ Rundfahrt im Sommer 1892.

Meine verehrten Mitbürger vom Thüringer Lande, ich danke Ihnen zuvörderst herzlich für den überaus freundlichen Empfang, welchen ich bei Ihnen gefunden habe. Ich kann die Gedanken, die mich bewegen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem ich Ihnen meine Beziehungen zu diesem schönen Lande aus früheren Zeiten her schildere. In Thüringen habe ich als Kind zuerst Felsen, Berge und Burgen mit ihren geschichtlichen Erinnerungen kennengelernt, welche ich in unserem nordischen Flachland, Pommern und Brandenburg, noch nicht gesehen hatte. Diese Eindrücke der Kindheit haben in meinen Empfindungen um den Begriff Thüringen einen Nimbus der Romantik gewebt, der getragen wurde namentlich durch die Erinnerungen an die Wartburg und ihre Vorzeit, in reiferer Kindheit auch durch die Erinnerung nicht nur an Luther und an die Reformation, sondern auch an die Entwicklung unserer deutschen Sprache durch die hier zutage geförderte deutsche Bibelübersetzung. Es war dies der erste Anfang einer Einigung unserer Sprache, die bis dahin in Dialekte zersplittert war. In meiner reiferen Jugend lernte ich, welche Bedeutung für unsere geistige und nationale Entwicklung das Thüringer Land in Gestalt von Weimar und Jena gehabt hatte, einer Universität, an der Schiller Professor war, und welche unter der Leitung Goethes lange Zeit gestanden hat. Es ist somit erklärlich, daß für mich der Begriff „Thüringen“ auch stets mit dem Begriff „romantisch“ verbunden war.

Lassen Sie mich jetzt einen Rückblick auf einige Vorgänge der Geschichte werfen. Der Name Jena hatte für mich als Sohn einer preußischen Militärfamilie einen schmerzlichen und niederdrückenden Klang. Es war das natürlich, und erst in reiferen Jahren habe ich einsehen gelernt, welchen Ring in der Kette der göttlichen Vorsehung für die

Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes die Schlacht von Jena gebildet hat, welche Wirkung die Vorgänge vor und nach der Schlacht bei Jena auf die gesamten Verhältnisse unseres Vaterlandes ausgeübt haben. Ich kann mich nicht freuen bei dieser Erinnerung, mein Herz kann es nicht, wenn auch mein Verstand mir sagt, daß, wenn Jena nicht gewesen wäre, Sedan vielleicht auch nicht in unserer Geschichte seinen glorreichen Platz gefunden hätte. Als Tatsache kann man annehmen, daß damals die friderizianische preußische Monarchie, eine großartige, in sich einige Schöpfung, ihre Zeit ausgelebt hatte, und ich glaube nicht, daß wir, wenn sie bei Jena gesiegt hätte, eine ähnliche gedeihliche Entwicklung aufzuweisen gehabt hätten. Ich weiß das zwar nicht. Aber die Zertrümmerung des morsch gewordenen Baues — morsch, wie die Kapitulationen unserer ältesten und achtbarsten Generäle aus jener Zeit erwiesen haben — war notwendig, um freien Platz zu schaffen für den erforderlichen Neubau, und das zerschlagene Eisen der altpreußischen Monarchie wurde unter dem schweren und schmerzlichen Hammer der Fremdherrschaft zu dem Stahl geschmiedet, der 1813 diese Fremdherrschaft mit starker Elastizität zurückschleuderte. Ohne diesen Druck der Fremdherrschaft und ohne den vollständigen Verzicht auf die Vergangenheit wäre das Erwachen des deutschen Nationalgefühls im preußischen Lande, welches aus der Zeit der tiefsten Schmach der Fremdherrschaft seine ersten Ursprünge zieht, kaum möglich gewesen. Warum es nachher doch nicht zur allgemeinen Hebung gekommen ist, warum es tot discrimina rerum durchzumachen hatte, möchte ich hier nicht weiterentwickeln, um mich nicht von neuem dem Vorwurf der greisenhaften Geschwätzigkeit auszusetzen. (Große Heiterkeit.) Ich will nur erwähnen, daß ich, als ich im Jahre 1832 die Universität bezog, mehr burschenschaftlich als landsmannschaftlich empfand, und daß es nur rein äußerliche Umstände waren, die mich vor der Eventualität bewahrt haben, in die späteren Gefahren der burschenschaftlichen Tätigkeit verflochten zu werden[1]. Es war doch damals auf dem märkischen Sandboden das Gefühl der deutschen Nationalität nicht absolut fremd, daß ein irgendwie lebendiger Geist nicht in diesem Sinne empfunden und gewirkt hätte. Ich bin einigermaßen in der Entwicklung dieser Empfindungen gehindert worden durch meine Familienbeziehungen. Zu diesen kamen später die Ereignisse von 1848. Der Kampf gegen unsere eigenen Landsleute in den Straßen von Berlin, gegen die Farben, die ich als Offizier mit Stolz trug, hatte einen erbitternden Rückschlag auf meine Gefühle, der noch nicht vollständig überwunden war, als wir zum Erfurter Parlament vereinigt waren. Damals habe ich Thüringen zum ersten Male auf längere Zeit wiedergesehen — wenn ich einen kurzen Aufenthalt in Jena, den der damalige Senat noch abzukürzen das Bedürfnis hatte (Heiterkeit), abrechne. In Erfurt war die Frucht der deutschen Einheit noch nicht reif. Solange wir im Dualismus mit Österreich lebten, konnte die Verschiedenheit der Individualitäten doch höchstens nur zu einer Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands führen. Das wäre das Ende vom Liede gewesen, wenn das Band des Dualismus nicht durch das Schwert gelöst worden wäre. Ich erwähne dies, um daran die Behauptung zu knüpfen, daß der Bruderkrieg mit Österreich, den wir 1866 geführt haben, ganz unvermeidlich war. Wir mußten uns eben nach deutscher Art und Gesinnung einmal einem Gottesgericht unterwerfen und mußten uns mit Österreich schlagen, um zu wissen, auf welche

[1] Vgl. Gedanken und Erinnerungen I, 1 f.

Seite sich die Entscheidung der höheren Gewalt stellen würde. Das ist geschehen und mit all der Zurückhaltung, welche Landsleute einander schuldig sind. Wir haben auf beiden Seiten keine unversöhnliche Stimmung nachbehalten. Es ist uns gelungen, mit Österreich nachträglich in ähnliche Beziehungen zu gelangen, wie sie von den Frankfurter Verfassungsentwürfen vergebens erstrebt wurden. Wir haben sie ja heute reifer, vollständiger und wirksamer, als sie damals erstrebt wurden. Man mußte also nur dem lieben Gott Zeit lassen, seine liebe deutsche Nation durch die Wüste zu führen, um das gelobte Land zu erreichen, in dem wir uns jetzt zu befinden glauben. (Heiterkeit.) Wir mußten diesem Kriege den mit Frankreich folgen lassen, denn wir brauchten zu unseren Einrichtungen nicht bloß die Zustimmung Österreichs, sondern auch die des ganzen europäischen Seniorenkonvents. Wir hatten aber das Bedürfnis, den französischen Krieg allein zu führen. Gegen eine Koalition von ganz Europa zu kämpfen, wie sie der Siebenjährige Krieg kannte, wäre eine viel schwierigere und mißlichere Aufgabe gewesen. Es gehörte zu den göttlichen Fügungen für die deutsche Nation, auf die ich auch für die Zukunft Vertrauen habe, auch die Tatsache, daß politische Zufälle, die niemand voraussehen konnte, den engen Zusammenhang zwischen Österreich und Rußland, der uns zur Zeit von Olmütz gegenüberstand, gesprengt hatten, und zwar in einer Weise, daß wir die Trennung der Olmützer Verbindung für unsere nationalen Zwecke politisch benutzen konnten. Hätten uns 1866 Österreich und Rußland noch in derselben Geschlossenheit gegenübergestanden, wie zur Zeit des Olmützer Vertrags — Gott weiß allein, ob der Erfolg derselbe gewesen wäre, und ob wir heute auf derselben Stufe ständen. Der Bruch der Olmützer Gemeinschaft mußte unserem Siege vorangehen, oder derselbe wäre unvollkommen geblieben, denn wir hätten im Kampfe mit Frankreich, der notwendig war — wie er ja in jedem Jahrhundert zwei- bis dreimal vorkam — unserem Gegner mit wesentlich minderer Macht gegenübergestanden, und dann wäre er vielleicht nicht so glücklich abgelaufen.

Diese Kriege waren notwendig; nachdem sie aber geführt worden sind, halte ich es nicht für nötig, daß wir weitere Kriege führen. Wir haben in ihnen nichts zu erstreben. Ich halte es für frivol oder ungeschickt, wenn wir uns in weitere Kriege hineinziehen lassen, ohne durch fremde Angriffe dazu gezwungen zu werden. Dann allerdings werden wir auch so stark sein, wie Deutschland in der Mitte von Europa es ist, d. h. es wird seinen Nachbarn, auch wenn sie sich verbinden, gewachsen sein. Aber nur im Defensivkrieg. Aggressive Kabinettskriege können wir nicht führen. Eine Nation, die in der Lage ist, sich zu einem Kabinettskriege zwingen zu lassen, hat nicht die richtige Verfassung. Ein Krieg, auch ein siegreicher, hat für die Nation keine wohltuenden Folgen. Wir haben uns, nachdem wir den notwendigen Krieg von 1870 beendigt hatten, angelegen sein lassen, zu verhindern, daß weitere Kriege geführt wurden, um vor allem dem neuen Deutschen Reiche den Frieden zu erhalten, weil der innere Ausbau des Reiches unsere Tätigkeit voll in Anspruch nahm, ja sogar eine gewisse diktatorische Tätigkeit verlangte, die ich jedoch nicht als dauernde Institution eines großen Reiches betrachtet sehen möchte.

Wir haben unsere ganze Aufmerksamkeit in der auswärtigen Politik der Erhaltung des Friedens, in der inneren der Konsolidierung der Reichseinrichtungen zugewendet, in dem Sinne, daß alle Deutschen sich in den geschaffenen Verhältnissen wohlbefinden möchten, daß die Reichseinrichtungen ihnen gefallen sollten als ein Besitztum, das zu ver-

teidigen und zu vertreten sie alle bereit sein würden. Inwieweit uns das gelungen ist, muß die Zeit lehren; fertig gelöst ist die Aufgabe vielleicht noch nicht. Aber sie kann nur fertig werden, wenn wir wirklich ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Dies kann aber solange nicht der Fall sein, als dasselbe von Parteien zerrissen wird, aus denen immer neue Fraktionen und Fraktiönchen entstehen. Es wird dann in der Hand jedes Ministers stehen, aus den Fraktionen und Fraktiönchen diejenigen herauszupflücken, deren Überzeugung und Votum für irgendwelche, ihnen gebotene Fraktionsvorteile zu haben sind. Es ist unbedingt ein Unglück, wenn wir in das Fraktionswettkriechen verfallen und im Reichstag einen Fraktionshandel zulassen, dessen „do-ut-des“-Tendenz unserer Verfassung nicht entspricht. Ohne einen Reichstag, der vermöge einer konstanten Majorität, die er in seinem Schoße birgt, imstande ist, die Pflicht einer Volksvertretung dadurch zu erfüllen, daß sie die Regierung kritisiert, kontrolliert, warnt, unter Umständen sogar führt, der imstande ist, dasjenige Gleichgewicht zu verwirklichen, welches unsere Verfassung zwischen Regierung und Volk in demselben wirklich hat schaffen wollen, ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Dauer und für die Solidität unserer nationalen Institutionen. (Lebhafter Beifall.) Wir können heutzutage nicht mehr einer rein dynastischen Politik leben, sondern wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Es ist das ein Ergebnis der politischen Entwicklung, welche in dem letzten halben Jahrhundert in Europa stattgefunden hat. Um aber nationale Politik treiben zu können, müssen wir eine nationale Volksvertretung haben, die die Bedürfnisse und Wünsche der Nation kennt und in erster Linie zur Richtschnur für ihre Abstimmungen nimmt. Wir können nicht regiert werden unter dem Einfluß und unter der Leitung einer einzelnen der bestehenden Fraktionen, am allerwenigsten unter dem Einfluß des Zentrums. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube sogar behaupten zu können, daß selbst unsere katholischen Landsleute in der Mehrzahl das Bedürfnis haben, unabhängig von der Zentrumsleitung in Berlin regiert zu werden. Ich glaube, daß wir mit der ganzen katholischen Frage leichter fertig werden würden, wenn wir mit der römischen Kurie durch Vermittlung eines Nuntius in Berlin zu verhandeln hätten, als wenn dessen Stelle durch die Zentrumsleitung und die Beeinflussung des Zentrums durch den Papst eingenommen wird. Ich sage diese Worte nur als Ausdruck des Urteils, welches ich über die heutige Leitung des Zentrums mit mir herumtrage. Ich halte das Zentrum für gefährlich nicht nur in konfessioneller, sondern auch in nationalen Fragen, wie dies in den Vorgängen in den polnischen Provinzen zutage getreten ist. Es bröckelt uns langsam alles wieder ab, was wir mühsam im Osten unserer Grenzen, in Polen, germanisch aufgebaut haben. Wir hätten den ganzen Kulturkampf entbehren können, wenn die polnische Frage nicht daran hing. Aber sie hing daran. Denn wir hatten damals zur Zeit der sogenannten katholischen Abteilung den Nuntius nicht als fremden Diplomaten in Berlin, sondern inmitten des preußischen Ministeriums in Gestalt einer Abteilung, die ursprünglich gestiftet worden war, die Rechte des Königs der Kirche gegenüber zu vertreten, und die schließlich dahin gekommen war, tatsächlich die Rechte der Kirche und der Polen dem Könige gegenüber zu vertreten. Es ist dies ein Rückblick. Manche von Ihnen werden Geschichte studieren. Dieses Licht zurückzuwerfen, konnte ich nicht unterlassen.

Eins aber können und müssen wir vom Zentrum lernen, das ist die Disziplin und

die Aufopferung aller nebensächlichen und Parteizwecke für einen ihm von der Leitung bezeichneten großen Zweck. Wir sehen im Zentrum die heterogensten politischen Elemente vertreten. Zu allen Zeiten waren, meiner Erinnerung nach, im Zentrum reaktionäre Edelleute, Absolutisten, Konservative und sogar Freisinnige bis zu den Sozialdemokraten herunter vereinigt, und sie alle stimmen geschlossen wie ein Mann für Dinge, von denen ihr Vorstand sagt, das Interesse der Kirche erfordere es. Könnten wir nun nicht, da wir doch einmal eine nationale Kirche nicht besitzen, eine ähnliche dominierende Partei schaffen, in welcher wir, ohne Rücksicht auf Fraktionsvorgänge und über alle Parteiregierung hinaus, fest zusammenhalten und geschlossen für dasjenige stimmen, was die nationale Entwicklung und Sicherheit fördert, und gegen alles, was sie untergräbt und hindert, so daß darüber kein Streit zwischen denjenigen Fraktionen stattfände, die überhaupt das Deutsche Reich fördern und erhalten wollen? Es müßte ein neues Kartell geschaffen werden, in welchem die Interessen des Vaterlandes zuoberst gestellt würden und jede Frage — analog dem Vorgehen des Zentrums, das alles aus dem römisch-kirchlichen Gesichtspunkt betrachtet — unter dem Gesichtspunkt der vaterländischen Interessen geprüft würde. Im Zentrum werden die größten Widersprüche fallen gelassen, wenn die Autorität, die zur Leitung berufen ist, sagt, das kirchliche Interesse verlange es; dann zaudern sie keinen Augenblick, laudabiliter se subjiciunt. Warum sollten wir nicht etwas Ähnliches auf nationalem Gebiete erreichen? Warum sollten wir nicht unseren nationalen Überzeugungen mit derselben Energie und Ausschließlichkeit Folge leisten und alles über den nationalen Kamm scheren, wie die Mitglieder des Zentrums von Lieber und Hitze bis zum Herrn von Schorlemer hinauf (Heiterkeit), welche alle auf einen Schlag stimmen. Es ist das von den Selbständigen unter unseren Freunden nicht in demselben vollen Maße zu erwarten, aber man muß sich immer die Regel vorhalten: „Vom Feinde soll man lernen“, und das Zentrum halte ich nach wie vor für einen Gegner des Reichs, in seiner Tendenz, wenn auch nicht in allen seinen Mitgliedern, unter denen es ja auch eine Masse guter ehrlicher Deutscher gibt; aber die leitende Tendenz ist eine solche, daß ich es für ein Unglück und eine Gefahr für das Reich halte, wenn die Regierung ihre leitenden Ratgeber der Zentrumsrichtung entnimmt und ihre Tendenz hauptsächlich darauf zuspitzt, dem Zentrum zu gefallen. Das Zentrum ist keine dauerhafte Stütze.[2] Ich will in Frieden leben mit unseren katholischen Mitbürgern, aber ich will mich einer solchen Leitung nicht unterwerfen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums (Beifall), und diesem hänge ich treu an; dies ist das Ergebnis meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik. Wenn man mir in jedem Falle, wo ich nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik glaube, daß die Ratgeber meines Monarchen besser andere Wege einschlagen würden, den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so möchte ich doch einmal auf unsere bestehende Verfassung aufmerksam machen, nach welcher die Verantwortlichkeit für alle Regierungsmaßnahmen nicht bei dem Monarchen, sondern bei den Ministern resp. bei dem Reichskanzler ruht. Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen eine altgermanische, aber doch eine uns in Fleisch und Blut liegende ist, mit welcher wir uns befreundet hatten, lange, ehe wir Verfassungen hatten. Ich will Sie nur an ein Beispiel aus den Werken

[2] Vgl. Gedanken und Erinnerungen Bd. 3, S. 131. „Es ist zu befürchten, daß auch diese begünstigte Stütze der Monarchie eine weichende sein wird in Momenten, wo man ihrer bedarf.“

des großen Geistes erinnern, dessen Manen uns hier auf dieser Stätte umschweben. Goethe stellt uns in seinem Götz von Berlichingen einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Anhänglichkeit und Verehrung besitzt, daß er in dem Augenblicke, wo er einen seiner Beleidiger niederschlagen will, in die Worte ausbricht: „Trügst du nicht das Ebenbild des Kaisers, das ich in dem gesudeltsten Konterfei verehre, du solltest mir den Räuber fressen oder daran erwürgen.“ Dieser Ritter trug kein Bedenken, dem kaiserlichen Hauptmann, der ihn zur Übergabe seiner belagerten Burg aufforderte, die Ihnen allen wohlbekannte, sehr scharfe Kritik aus dem Fenster entgegenzuschleudern. (Große langanhaltende Heiterkeit.) Es zeigt dies klar, daß Götz von Berlichingen und Goethe beide Empfindungen keineswegs zusammengeworfen und identifiziert haben. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie, seines Königs und Kaisers sein, ohne von der Weisheit aller Maßregeln seiner Kommissare, wie es im Götz heißt, überzeugt zu sein. Ich bin letzteres nicht und werde auch in Zukunft diese meine Überzeugung keineswegs zurückhalten. (Stürmischer Beifall und begeisterte Hochrufe auf den Fürsten.)

Als im weiteren Verlauf des Festes auch zu Ehren der Fürstin Bismarck ein Salamander gerieben wird, dankt der Fürst mit folgenden Worten:

Ich sage herzlichen Dank im Namen meiner Frau, deren Stimme nicht über den Markt reicht. Nehmen Sie mich in Vertretung an. Ich bin ja dazu berechtigt. (Große Heiterkeit.) Ich danke Ihnen herzlich in ihrem Namen.

Beim Frühstück im Gasthof „Zum Bären“.

31. Juli 1892.

Beim Frühstück bringt Professor Delbrück ein Hoch auf den Fürsten Bismarck und sein ganzes Haus aus, wobei er besonders der Damen gedenkt und scherzend an das Wort Bismarcks erinnert, daß man ohne weibliches Gepäck leichter durch die Welt kommt. Der Fürst erwidert:

Ich bin dem Herrn Vorredner sehr dankbar für den Gesamtinhalt seines Toastes bis auf das Zitat von dem weiblichen Gepäck. Ich glaube, das ist ein Mißverständnis. Wenn ich den vorerwähnten Ausspruch getan habe, so konnte ich mit demselben immerhin doch nur die „Überfracht“ gemeint haben, die man zu fürchten hat, wenn man mit Frauen oder Damen reist. (Heiterkeit.) Das „Freigepäck“ wird stets sehr angenehm sein. Im übrigen wollte ich mich mit diesem Ausspruch durchaus nicht als einen Anhänger des Zölibats bekennen, da ich ein zu großer Verehrer des weiblichen Geschlechts bin, schon aus staatlichen, militärischen und privatrechtlichen Gründen nicht. Um mich von solchem Verdachte um so mehr zu reinigen, bitte ich, mit mir anzustoßen auf das Wohl der anwesenden Damen, sowohl der verheirateten, als der unverheirateten. Mögen sie dazu beitragen, die Erinnerung an den heutigen Tag in ihre Häuser, in ihr Heim zu verpflanzen und sie den Kindern einzuprägen. Die heutigen Beweise der Sympathie wären ohne die Beteiligung der Frauen unvollkommen gewesen. Die Tatsache, daß die mir von Dresden bis Jena gespendete Anerkennung Anklang bei den Frauen findet, gibt mir die Sicherheit für die Dauer des Deutschen Reiches. (Beifall.) Was unsere Frauen sich angeeignet haben, das werden unsere Kinder verteidigen, wenn sie Mädchen sind, durch das Familienband, wenn sie Männer sind, wo es not tut, auf dem Schlachtfelde. In diesem Sinne trinke ich als Politiker und Verehrer des weiblichen Geschlechts auf das Wohl der Damen.

Auf der Reise.

31. Juli 1892.

Fast überall muß der Fürst in kürzeren Ansprachen für den begeistertn Empfang danken. In Schönebeck sagt er:

Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung, die wie auf allen Stationen seit Jena so auch hier mich erfreut hat. In Schönebeck bin ich jedesmal, wenn ich durchkam, freundlich begrüßt worden, im übrigen Deutschland war das früher nicht immer so der Fall. Daß sich das geändert hat, das ist das Verdienst der Männer, die ich hier mit dem Eisernen Kreuz dekoriert vor mir sehe.

In Magdeburg:

Ich freue mich über die freundliche Aufnahme, welche mir hier in der Hauptstadt meiner heimatlichen Provinz entgegengebracht wird, wie sie mir in den letzten sechs Wochen überall auf meiner Reise in Bayern und Thüringen zuteil geworden ist. Ich bin aber weit davon entfernt, dieses auf meine Person zu beziehen; ich erblicke vielmehr darin ein Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit für das, was ich unter der Regierung seiner hochseligen Majestät Kaiser Wilhelms I. mit vollbringen zu helfen die Ehre gehabt habe, und ich hoffe und wünsche, daß Sie allezeit feststehen werden in Liebe und Treue zu Kaiser und Reich.

In Stendal:

Ich freue mich, daß ich in meiner alten Heimat, deren Mitbürger zu sein ich die Ehre habe, so freundschaftlich willkommen geheißen werde. Es gibt zwar ein altes Sprichwort: Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande, aber es freut mich, daß der Satz diesmal nicht zutrifft. Es ist mir dies um so lieber, als die Meinung der Altmark, meiner alten Heimat, einen höheren Wert für mich haben muß als jede andere. Ich danke Ihnen.

Ansprache auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin.

6. August 1892.

Auf der Durchreise von Schönhausen nach Varzin wird dem Fürsten auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin eine jubelnde Begrüßung zuteil. Auf Wunsch der Menge nimmt Fürst Bismarck das Wort:

Ich möchte Ihnen meinen herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang sagen, den Sie mir hier in der Reichshauptstadt bereitet haben, und der sich anschließt an die wohlwollenden Begrüßungen, die ich in allen übrigen Teilen Deutschlands in den sieben Wochen erfahren habe, seit ich in Berlin war. Ja, es sind heut gerade sieben Wochen, als ich durch Berlin nach Wien fuhr, und ich kehre zurück von dieser Reise in wesentlich befriedigter Stimmung und freudiger, als ich hinfuhr. (Bravo!) Ich bringe ein neues und liebenswürdiges Mitglied meiner Familie nach Hause (Beifall), und ich bringe auch den erfreulichen Eindruck mit, daß wir in dem, was man früher das Reich nannte, im ganzen außerpreußischen Deutschland, über ein mächtiges Reservekapital von Reichstreue gebieten in einer Stärke und Ausdehnung, an die man kaum geglaubt hat. Alle haben die Gemeinschaft mit uns lieb gewonnen und halten fest an ihr unter allen Umständen (Beifall), da-

von kann ich Zeugnis ablegen nach den Erlebnissen auf meiner Reise, auch von dem Wohlwollen unserer österreichischen Bundesgenossen. (Beifall.)

Als ich vor sieben Wochen hier durchfuhr, da wußte ich noch nicht, wie gut ich in Wien empfohlen war.[1] (Hört, hört! Heiterkeit.) ... Ich fürchte, ich bin mißverstanden, — ich meine, empfohlen durch die Erinnerung an meine letzte Reise vor dreizehn Jahren, als ich behufs Herstellung des heute noch gültigen und hoffentlich lange noch geltenden Bündnisses zwischen uns nach Wien kam. Die Erinnerung daran ist nicht erstorben, wie denn überhaupt in Österreich und im übrigen Deutschland die Erinnerung an 1866 verblaßt ist, die aber an 70 und an unsere gemeinschaftlichen Kämpfe in voller Stärke auf unsere politischen Beziehungen noch einwirkt und das feste Band bildet, welches uns mit unseren Bundesgenossen zusammenhält und dauernd zusammenhalten wird. (Beifall.) Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung, die für mich ein wohltuender Abschluß meiner Reise ist, meiner Reise, die lediglich aus Familienrücksichten und zu meiner Gesundheit unternommen wurde, aber die mir auch als Politiker — ich kann doch immer mich nicht ganz lossagen von dem Interesse, das ich an dem Reich genommen, das wird auch nie geschehen —, die also mir auch als Politiker zu großer Freude gereicht. Ich danke Ihnen nochmals herzlichst. (Stürmischer Beifall.)

Zu einer Abordnung des Vereins deutscher Studenten sagt Fürst Bismarck:

Meine Universitätsjahre zählen zu den angenehmsten meines Lebens, und ich freue mich, wenn ich junge Herren sehe, die mir ihre Sympathien bewahrt haben. Ihre Kommilitonen in Halle und Jena haben mich begrüßt; ich freue mich, daß Sie ihrem Beispiel gefolgt sind.

Der Vortrag zweier Gedichte, in deren einem sich eine auf die Presse bezügliche Wendung befindet, gibt dem Fürsten noch zu folgender Äußerung Anlaß:

Sie sprachen vorher in Ihrem Gedicht von der Presse; die ist so besonders schlecht jetzt nicht, vor dreißig Jahren bin ich von einem Teil der Presse genau so behandelt worden wie heute. (Zuruf: Leider!) Sagen Sie nicht „leider"; das hat mich so abgehärtet, daß mir die Druckerschwärze nicht mehr durchkommt. (Heiterkeit.) Wenn ich die Presse heute ansehe, die vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren erschien, da finde ich fast noch viel schlimmere Dinge darin wie heute. Daher ist es eine unberechtigte Meinung, von der besonderen Schlechtigkeit der heutigen Presse im Vergleich mit der vor dreißig Jahren zu sprechen, sondern ich nehme die heutige Presse in Schutz. Sie ist jetzt nicht schlechter wie früher, es sind jetzt dieselben Worte, Redensarten, oft auch dieselben Verfasser. Sie brauchen sich darüber aber keine Sorgen zu machen; im Gegenteil, ich lese Artikel, die mich kritisieren, mit Vorliebe, aber das stört weder Schlaf noch Appetit. (Beifall.)

Auf eine Frage, ob Fürst Bismarck wieder durch Berlin komme, antwortet er:

Es führt kein anderer Weg nach Küßnacht.

Dann ergreift der Fürst ein Glas Wein:

Erlauben Sie mir, daß ich zum Dank für Ihre freundlichen Wünsche dieses Glas deutschen Weines auf die Gesundheit meiner Berliner Mitbürger trinke, denn ich bin heute

[1] Gemeint sind die Erlasse Caprivis.

noch Bürger von Berlin, und bin in keiner Stadt solange gewesen wie gerade in Berlin. Ich würde auch gern wieder einmal eine Zeitlang hier wohnen (Beifall), wenn ich gewiß wäre, daß ich mich ruhig auf der Straße bewegen — (Zuruf: Jeder Berliner schützt Ihr Haupt!) Gewiß ja, aber ich bin schon, als ich noch Minister war, oft „gewrangelt" worden. Ich glaubte, ich würde, nachdem ich Privatmann geworden bin, etwas in Vergessenheit kommen (Nie, nie!), aber nach der Begrüßung heute fürchte ich mich doch, die Linden entlangzugehen. (Beifall.)

Ansprache auf dem Bahnhofe zu Naugard.

6. August 1892.

In Naugard dankt Bürgermeister Ziethen für die Annahme des Ehrenbürgerrechts. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich danke Ihnen, meine Herren, für die freundliche Begrüßung und die hohe Ehre, die Sie mir durch Verleihung des Bürgerrechts in Naugard erweisen. Als alter Mann hat man die Neigung, die Orte wiederzusehen, wo man die ersten Kindereindrücke erhalten; und bei der hiesigen Gegend kann ich auf siebzigjährige Erinnerung zurückblicken; ich habe hier die Zeit erlebt, als der See abgelassen wurde, und als noch der alte Herr von Kameke hier Landrat war. Viele der liebsten Erinnerungen knüpfen sich für mich an diese Orte seit dem Tage, wo ich mit meinen Eltern zum ersten Male dort durch das hübsche Buchholz fuhr und die Stadt vor mir liegen sah.

Jetzt ist es eine große Freude, nach der Rundreise, die ich fast durch ganz Deutschland gemacht, an diesen mir so vertrauten Stätten denselben freudigen Empfang zu finden wie in Dresden, Wien, München und Jena. Je näher ich meiner alten Heimat aus der Kinderzeit kam, desto wohltuender empfand ich dieses herzliche Willkommen meiner alten Kreisgenossen. Ich kann wohl sagen, daß ich zu Ihnen gehöre, denn bis zu meinem zweiunddreißigsten Lebensjahre habe ich die Luft des Naugarder Kreises geatmet.

Nehmen Sie alle nochmals meinen warmen Dank für den glänzenden Empfang, den Sie mir bereitet haben.

Ansprache in Treptow a. R.

8. August 1892.

Auf den Empfang durch den Sängerchor des Gymnasiums und den Bürgermeister Demuth antwortet Fürst Bismarck:

Er sei erfreut, daß ihm auf seiner ganzen Reise vom Süden Deutschlands bis zum Norden, „vom Fels zum Meer", überall dieselbe dankbare und wohlwollende Gesinnung entgegengebracht worden sei. Die letzten Wochen hätten ihm tief ins Herz hinein die Überzeugung gefestigt, daß die deutsche Einheit felsenfest begründet sei, und daß weder eine äußere noch eine innere Macht dieselbe wieder zerstören könne. Die Pflege eines starken und stolzen Nationalgefühls sei unsere heilige Pflicht, und auch den Kindern sei zur Lehre einzuprägen, daß der Deutsche, sobald er seine Grenzpfähle verläßt, an Ansehen verliere,

wenn er nicht sagen könne, daß fünfzig Millionen Deutsche geeinigt hinter ihm ständen, bereit, deutsche Interessen und deutsche Ehre zu vertreten.

Ansprache an die städtischen Behörden von Rummelsburg.

28. Oktober 1892.

Zu einer Sitzung des Kreistags kommt der Fürst nach Rummelsburg und wird von dem Magistrat und dem Kriegerverein begrüßt. Fürst Bismarck dankt, indem er betont, daß er trotz vieler alter Gegner noch manchen Freund habe und spricht dem Kriegerverein seine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aus. Im Sitzungssaal des Kreishauses erwidert der Fürst auf die Begrüßung des Landrats v. Weiher:

Ich fühle mich beschämt, daß ich als langjähriges Mitglied des Kreistages erst heute hier unter Ihnen erscheine. Als Entschuldigungsgründe bitte ich mein früheres Amt, welches mich in eine entfernt gelegene Gegend führte, und mein jetziges hohes Alter gelten zu lassen. Meine siebenundsiebzig Jahre, welche ich mit mir herumtrage, sind mir schon oft recht unbequem. Meine frühere Amtstätigkeit ist auch nicht spurlos an mir vorübergegangen, die oft rapide auf mich einstürmenden verantwortungsvollen Momente haben häufig in vierundzwanzig Stunden Nerveneindrücke bei mir hervorgerufen, wie sie mancher Sterbliche in einem Jahre nicht erleben mag. Ich habe mich stets mit meiner ganzen Persönlichkeit für dasjenige verantwortlich gefühlt, was mir in meinem Amte zu tun oblag, und habe niemals geglaubt, daß ich meiner Verantwortlichkeit für die Folge enthoben sei, wenn ich die Unterschrift Seiner Majestät erlangt hatte[1]. Nun ist es aber doch immer ein schweres Ding, für Sachen verantwortlich zu sein, deren Entwicklung und Ende man von vornherein zu übersehen nicht imstande ist. Als Sie mich hier zum Kreistagsabgeordneten wählten, habe ich gleich angenommen, daß Sie von mir große Leistungen nach dieser Richtung hin nicht erwarten würden; an Kräften fehlt es hier ja, wie ich sehe (der Kreistag ist vollzählig versammelt), auch nicht. Ich habe in dieser Wahl eine Auszeichnung und Ehrenbezeigung erblickt, die Sie mir erweisen wollten, und bin bereit, in diesem Sinne an Ihren heutigen Beratungen teilzunehmen.

Auf einen Toast des Reichstagsabgeordneten v. Massow-Rohr auf die Fürstin Bismarck entgegnet der Fürst:

Meine Herren, man hat soeben die Fürstin eine gute Mutter genannt. Wir haben alle dieselbe treue Mutter, das ist die pommersche Erde, von welcher wir uns nähren müssen. Wir alle, Sie und ich, haben die gleichen Interessen, und ich freue mich, hier vor Landwirten so ohne Besorgnis, irgendwo Anstoß zu erregen, sprechen zu können; denn in der lieben alten Stadt Rummelsburg, die den Vorzug hat, im Kreise die einzige zu sein, steht das landwirtschaftliche Interesse ja auch obenan! Hier im Kreise führt also die Landwirtschaft mit Recht die erste Stimme. Es gehören aber zwanzig Millionen Menschen der Landwirtschaft an, und man müßte demzufolge auch in den anderen Teilen des Vaterlandes viel von der Landwirtschaft hören. Die von der Landwirtschaft bis dahin stets geübte Bescheidenheit dürfte für immer nicht am Platze sein; denn: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen!" Wir wollen und dürfen uns aber nicht grün machen, wenn wir

[1] Anspielung auf die falsche Auffassung des Generals Caprivi von seinem Amt.

bestehen wollen! Tritt mir jemand auf die Zehe, dann schreie ich, aber nicht allein, weil mich der Tritt schmerzt, sondern damit sich der andere für die Zukunft vorsieht. Wir Landwirte müssen uns rühren und auch laut unsere Stimme erheben, wenn wir unsere Interessen wahren wollen.

Ansprache an eine Abordnung der städtischen Kollegien von Wandsbek.

8. Februar 1893.

Auf die Überreichung des Ehrenbürgerbriefs durch den Oberbürgermeister Rauch in Friedrichsruh sagt Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erzeigen, und zwar besonders warm in der Erinnerung an die glänzende Aufnahme, die ich in Ihrer Stadt, als ich zum Kreistage dort war, gefunden habe. Sie übertraf weit meine Erwartungen und Hoffnungen, weil man mir gesagt hatte, daß in Wandsbek viel Opposition gegen die jetzige und frühere Regierung zu Hause sei. Ich habe nichts davon verspürt, ich habe bei dem allgemeinen Flaggenschmuck der Häuser und dem Fackelzuge am Abend nicht das Gefühl von Uneinigkeit gehabt.

Eine Anerkennung wie die Ihrige ist für mich von besonderem Werte, wenn sie, wie hier, aus meiner nächsten Nachbarschaft kommt. Ich bin Ehrenbügrer vieler großer, berühmter, weiter entfernter Städte; das ist ein Ergebnis der Politik, die mir vergönnt war unter unserem alten Kaiser zu leiten, und ein Zeichen der Befriedigung, daß wir als Deutsche unter einem Hute uns befinden und in geschlossener Einheit dem Auslande gegenüberstehen.

Persönliche Erwägungen treten dazu, wenn meine Kreis- und Nachbarstadt den Beschluß faßt, mich durch Erteilung des Bürgerrechts zu ehren, nachdem ihre Bürger Gelegenheit gehabt haben, mich zwanzig Jahre hindurch in der Nähe zu beobachten. Eine solche Anerkennung trifft neben meiner Politik auch meine Person, meinen Charakter, indem von meinen nächsten Nachbarn bekundet wird, daß ich ein so übler Mensch doch nicht bin, wie meine Feinde mich schildern, und daß man mich der Ehre für wert hält, in Ihre bürgerliche Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Das gibt mir ein Zeugnis den Verleumdungen gegenüber, deren Ziel ich bin und die für jemanden, dem sie neu wären, verletzend und erbitternd sein würden.

Ich bin seit dreißig Jahren an diese Tonart gewöhnt; die Bitterkeit und Verlogenheit derselben ist mir eine Gewähr dafür, daß man an den Werken, bei welchen ich mitgewirkt, soviel nicht aussetzen kann, sich also an meine Person hält und mir öffentlich alle möglichen Torheiten und Schlechtigkeiten andichtet. Wäre ich ein so übler Mensch, so würde das Unabhängigkeitsgefühl der öffentlichen Meinung im Lande, auch wenn ich noch Minister wäre, stark genug sein, um zu verhindern, daß die Hauptstädte der Kreise, in denen ich angesessen bin und die im täglichen Leben meine nächsten Nachbarn sind, mir das ehrenvolle Zeugnis ausstellen, welches ich heute von Ihnen erhalten habe. Deshalb sage ich im Gegensatz zu dem alten Sprichwort, daß der Prophet in seinem eigenen Vaterlande nichts gelte, daß dieses Ihr Attest für mich neben anderen Bürgerbriefen noch einen additionellen Wert hat, indem es mir bezeugt, daß ich in meiner häuslichen und sozialen

Lebensweise meinen Nachbarn, die mich näher kennen, nicht für so bösartig gelte, wie ich von meinen Gegnern geschildert werde, andernfalls würde eine Stadt wie die Ihrige meine Mitbürgerschaft nicht wünschen.

Nehmen Sie ferner meinen Dank für die hochkünstlerische Ausstattung, die Sie dem Bürgerbrief gegeben haben. Derselbe wird auch dadurch eine besondere Zierde meiner Sammlung historischer Andenken sein.

Ansprache an die Schleswig-Holsteiner.

1. April 1893.

Trotz behördlicher Beschränkungen erschienen Tausende zum Geburtstag des Fürsten in Friedrichsruh. An der Spitze von 1500 Schleswig-Holsteinern hält Prof. Wallichs eine Huldigungsansprache, die Fürst Bismarck folgendermaßen erwidert:

Ehe ich antworte, meine Herren, bitte ich Sie, sich zu bedecken. Zwar haben wir noch die März- oder Aprilsonne, aber sie blendet doch schon.

Es ist für mich eine hohe Freude, aus der Provinz, der ich seit zwei Jahrzehnten angehöre, eine so herzliche Begrüßung zu erhalten. Sie müssen uns Lauenburger doch schon mit einrechnen zu Schleswig-Holstein. Ich habe mich nicht nur nach meinem Besitz, sondern nach meinen ganzen Gewohnheiten in meinem Privatleben als Ihren provinziellen Landsmann aufgefaßt. So ist es mir besonders erfreulich, daß mir solche Kundgebungen hier zuteil werden. Auch hier gilt das Wort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“; in der Ferne findet man mehr Beachtung als in der näheren Nachbarschaft. Um so wohltuender ist es mir, daß man mir im nachbarlichen Lande solches Wohlwollen erzeigt.

Ich bin ja in schleswig-holsteinischen Angelegenheiten kein Neuling. In der Zeit, wo meine politische Laufbahn anfing, waren es die schleswig-holsteinische Frage und die Frage der deutschen Flotte, die ich nie voneinander zu trennen vermochte. In Altpreußen herrschte wohl damals nicht das allgemeine Reichsinteresse vor, und mancher war sich nicht klar über den Vorzug unserer heutigen Situation im Vergleich zu der damaligen.

Auf dem Frankfurter Bundestage hatte ich Gelegenheit, in den Akten die schleswig-holsteinische Frage kennenzulernen als einen „Wurm, der nicht lebt und nicht stirbt“. Man wollte wohl Ergebnisse, aber man war nicht gewillt, für sie einzutreten. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht gelöst werden konnte ohne Schwertstreich; und bei der Ordnung meiner Papiere fand ich eine darauf bezügliche plattdeutsche Niederschrift, die lautet: „Dat walt' Gott und kolt Isen.“ An eine andere Lösung habe ich nie geglaubt. Sie herbeizuführen konnte mir zwar als Bundesdelegierter in Frankfurt nicht gelingen. Preußen war auch nicht kräftig genug; es stand allein da und war nicht stark genug, um ohne Bundesgenossen kämpfen zu können. Als ich darauf Minister wurde, mußte ich alle diplomatische Kunst anwenden, um die Sache nicht zu verderben, um sie lebendig zu erhalten und ein Ergebnis herbeizuführen. Die Einverleibung in Preußen war dann ja gewissermaßen eine Annexion, aber Sie müssen mir diese Handlung nicht als Vergewaltigung, sondern als eine Handlung aus Liebe zum Reiche, zu Land und Leuten anrechnen; es war ein Raub, der dem glich, wie die Römer die Sabinerinnen raubten. Damals freilich fand die Einverleibung in manchen Kreisen noch wenig Anklang,

aber mit der Zeit brach sich doch die Ansicht Bahn: „Dat Land und dei Lüde möt wi hebben.“ Und schließlich erfüllte sich auch die Hoffnung auf die Einsicht bei jedem, daß Schleswig-Holstein zu Preußen gehöre, „up ewig ungedeelt“. Und so wird es jetzt und in alle Zukunft bleiben, ist es doch ein so natürliches Verhältnis. Wie stets unter natürlichen Verhältnissen auch in politischer Beziehung alles zu erreichen ist, so ist es auch hier; wer aber Unnatürliches zwingen will, der leidet Schiffbruch. In dem Liede, das Sie bei Ihrem Anmarsch sangen, heißt es: „Schleswig-Holstein stammverwandt“. Aber nicht nur zwischen Schleswig und Holstein soll Stammverwandtschaft herrschen, sondern allgemein im Deutschen Reich soll sie sein, von den Alpen bis zum Meer, nicht partikularistisch, sondern unter allen, die mit uns Schulter an Schulter stehen, mit uns kämpfen wollen, wenn wir vom Auslande her bedroht und bekämpft werden. Um diesen Begriff der Stammverwandtschaft einheitlich zum Ausdruck zu bringen, weiß ich keine andere Form, als indem wir in ein Hoch einstimmen auf das Oberhaupt des Reiches, Seine Majestät den Kaiser, den Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen dem Inlande und Auslande gegenüber.

Ansprache an eine Abordnung der Studentenschaft von Bonn.

1. April 1893.

Im Auftrage der Bonner Studentenschaft überreicht stud. Zündorf eine Glückwunschadresse mit einer kurzen Ansprache. Fürst Bismarck antwortet:

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre guten Wünsche, die Sie mir im Namen der Bonner Studentenschaft entgegenbringen, und ich bin eigennützig genug, um mich über das Wohlwollen der Jugend mehr zu freuen als über das meiner Altersgenossen. Meine Altersgenossen sterben mit mir ab, die Jugend aber überlebt mich und bringt ihre Gesinnung auf fernere Nachkommen. Ich bin satt an Ehren und Auszeichnungen, welche die Menschen im Leben erstreben können, aber ich bin nicht gleichgültig gegen das, was man nach meinem Tode von mir sagt. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, wenn Sie mich hier begrüßen, und wenn die Frauen, die Mütter unserer Zukunft, mir soviel Anerkennung beweisen, wie ich gerade in den letzten Tagen empfangen habe. Ich brauche Ihnen wohl nicht erst ausdrücklich zu empfehlen: Halten Sie fest an dem nationalen Geiste! Halten Sie sich immer gegenwärtig, daß dieser mehr durch Charakter als durch Wissen gewonnen wird. Die Gelehrtesten sind immer die sichersten Stützen des Staates, deshalb will ich aber nicht empfehlen, die Wege zu gehen, die ich damals gegangen bin, nämlich das Studium zu vernachlässigen. Das einzige, was mir im Hinblick auf meine damalige Zeit noch immer leid tut, ist, daß ich später das nicht in dem Maße habe nachholen können, was ich damals zum Teil versäumt habe. Das Gelernte haftet später nicht so in dem Gedächtnis. Also Arbeit und Pflege unserer Bildung, davon mahne ich nicht ab, aber es erschreckt mich auch nicht, wenn die Söhne studentische Exzesse begehen, und vor allem glaube ich, daß das studentische Leben in den Korporationen den Vorteil hat, daß es den Charakter einigermaßen dadurch stählt, daß es den einzelnen der Kritik Gleichgesinnter unterwirft. Das ist eine große Sache. Solange jemand einer Korporation angehört, auf

deren Meinung von ihm er Gewicht legt, kommt er nicht so leicht auf Abwege. Ähnliches spielt auch im späteren Leben eine wichtige Rolle. Was ist es denn, was den deutschen Beamten hält? Die Universität und das Portepee, zwei Imponderabilien zwar, aber doch gewichtig durch ihren gewaltigen Einfluß. Das habe ich besonders in Rußland zu sehen Gelegenheit gehabt; ihr tüchtiges Beamtenmaterial beziehen die Russen aus den baltischen Provinzen, weil diese Menschen Wert darauf legen, wenn sie pensioniert sind und in ihre Heimat zurückkommen, dort unbescholten zu sein. Nehmen Sie nochmals meinen herzlichsten Dank und sprechen Sie ihn — bitte — Ihren Herren Kommilitonen aus, die mich in dieser Adresse mit Ihnen so freundlich begrüßen.

Ansprache an eine hamburgische Abordnung.

1. April 1893.

Auf die Begrüßung durch den Hamburger Reichstagswahlverein, erwidert Fürst Bismarck dem Sprecher Handelskammerpräsident Crasemann, daß die größten Verehrer gewöhnlich am weitesten entfernt in Australien oder Amerika wohnen. Wenn aber der nächste Nachbar auch gute Freundschaft halte, so sei das immer ein doppelt gutes Zeichen. Die Hamburger hätten ihn nicht immer so gern gehabt, früher hätten sie ihm partikularistische Bestrebungen vorgeworfen, aber seit den zwanzig Jahren, daß er jetzt als Nachbar in der Nähe Hamburgs wohne, seien doch die Gefühle andere geworden. Man habe sich gegenseitig kennen und schätzen gelernt, ebenso wie Hamburg und Preußen jetzt wüßten, wie sie miteinander arbeiten und leben könnten. Deshalb danke er herzlich für den schönen nachbarlichen Glückwunsch.

Ansprache an die Hamburger.

11. April 1893.

Nach dem Fackelzug am 11. April, dem Geburtstag der Fürstin, und nach der Ansprache des Herrn Lutteroth sagt Fürst Bismarck:

Ein Gefühl der Verlassenheit habe ich nicht, am allerwenigsten, wenn Sie in meiner Nähe sind, am heutigen Tage. Wenn man ein Jahr zurückblickt, so muß man sagen, daß es ein hartes Jahr war, welches über Sie, über uns ergangen ist. Schwer haben Sie durch die Choleraseuche in Hamburg, der Stadt, an der wir hängen, zu leiden gehabt. Aber es war nicht die erste Kalamität der Art. Denken Sie an das Jahr 1842, wo der große Brand über Hamburg hereinbrach. Ich war damals dort und habe die Trümmer rauchen sehen. Denken Sie ein weiteres Menschenalter zurück, an die Zeit der Fremdherrschaft. Aber alles wurde überwunden, und sie sollen fortan vergessen sein, die schweren Leiden, die Hamburg im letzten Jahrhundert dreimal gehabt hat. Die schwere Heimsuchung des letzten Jahres ist in Hamburg noch nicht in Vergessenheit geraten. Die Hamburger Bürgerschaft ist keinen Augenblick zurückgeschreckt vor der Plötzlichkeit, mit welcher die Cholera hereinbrach. Wenn aber Hamburg diese schweren Verhältnisse mit Leichtigkeit zu überwinden wußte, so ersehe ich daraus, daß in der Hamburger Bürgerschaft eine Triebkraft stecken muß, die nicht überall zu finden ist. Die Stadt liegt in einer günstigen

Lage für den Verkehr, aber es gibt doch noch günstiger gelegene Städte, wie Altona, Glückstadt, Harburg. Warum schritt Hamburg vor, während die anderen Städte zurückblieben? Es muß in der ersten Ansiedlung dieses hanseatischen Gemeinwesens eine besonders lebhafte Triebkraft geherrscht haben, welche Hamburg zu allen Zeiten hochgehalten hat. Vor Hamburg hatte ich stets eine besondere Achtung, und deshalb bin ich namentlich erfreut darüber, daß es mir gelungen ist, in dieser tapferen, leistungsfähigen, in ihren Erfolgen glücklichen Bürgerschaft mir Wohlwollen zu erringen. Es ist für mich nicht leicht gewesen, mir dieses Wohlwollen zu erwerben. Ich war verantwortlicher Minister, und es ist das ein übles Gewerbe, wo man mehr Feindschaft wie Freundschaft findet.[1] Daß mir aber dennoch ein so erheblicher Anteil von Wohlwollen ward, erfreut mich von Herzen und ist mir gewissermaßen eine Quittung über meine Tätigkeit während der dreißig Jahre meiner Laufbahn als Minister, und daß Sie mir heute Ihr Wohlwollen in solcher Weise kundgeben, gereicht mir zur besonderen Freude.

Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind gerade am Geburtstage meiner Frau. Gott hat mir ein gesegnetes, glückliches Familienleben geschenkt, und ich würde wohl nicht ein so hohes Alter erreicht haben ohne meine Frau. Ich bin überzeugt, daß Sie bereitwillig einstimmen werden in ein Hoch auf meine Frau.

Ansprache an die Lübecker Gewerbegesellschaft.

8. Mai 1893.

Bei einer Besichtigung der Friedrichsruher gewerblichen Anlagen treffen zweihundert Mitglieder auf den Fürsten. Zimmermeister Schwartzkopf drückt die Hoffnung aus, Fürst Bismarck werde Lübeck besuchen. Dieser entgegnet:

Ich freue mich, Vertreter der Stadt Lübeck in Friedrichsruh zu sehen. Ich kann sagen, ich habe mich von Jugend auf, seitdem ich Geschichte getrieben habe, für Lübeck interessiert. Vor mehreren hundert Jahren schon, als man von einem einigen Deutschland noch nicht reden konnte, wehten die Flaggen der alten Hansestadt in allen nordischen Meeren; Lübeck hat damals eine Seemacht entfaltet, wie sie heute das mächtige Deutsche Reich kaum aufzuweisen hat. Ich reise, sobald ich kann und ich dazu fähig bin, nach Lübeck, ich habe die feste Absicht hierzu und freue mich auch, daß gerade die Handwerker Ihrer Stadt hergekommen sind, denn ich habe für den Handwerkerstand ein reges Interesse. Ich habe dasselbe auch schon gehabt, als ich mitten in der Politik stand und dort noch etwas zu sagen hatte; allein die auswärtigen Zänkereien und das ständig mit zwei gespannten Pistolen Auf-dem-Posten-Stehen hielten mich davon ab, mehr zu tun.

Im Mittelalter waren die Handwerker durch die Zünfte eine Macht, was ja auch besonders in Lübeck der Fall war. Ich stelle mir vor, daß heute noch solcher Einfluß möglich ist. Obwohl Dampfkraft und Elektrizität und die Großindustrie herrscht, so ist doch noch Raum genug für das Handwerk. Wenn demnächst die Reichstagswahl stattfindet, so werden Sie dort doch wohl einen Handwerker als Kandidaten aufstellen, speziell in Lübeck müßte das doch möglich sein; wenn es aber nicht gelingen sollte, einen solchen durchzubringen, so muß doch wohl das heutige Wahlgesetz hierzu nicht passen. Handwerker

[1] Bismarck denkt wohl an die Pressionen, durch die er das widerstrebende Hamburg Anfang der 80er Jahre zwang in den Zollverein zu treten.

und Landwirte müssen ihre Interessen vertreten und dürfen das nicht den Gelehrten überlassen; vor allem dürfen wir nicht Not leiden, — ich wollte sagen, wir müssen stets für unseren Mittagstisch sorgen. (Heiterkeit.) Ein jeder mag für sich durch die Gesetzgebung sorgen.

Ansprache an die Lübecker Turnerschaft.

11. Mai 1893.

Auf die Begrüßung durch 300 Lübecker Turner antwortet Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung und sehe in Ihnen und allen Turnern Mitarbeiter auf dem Felde nationaler Arbeit. Ich bin auch in einer Turnerschaft in Berlin gewesen, bei Jahn und Eiselen; Arndt stand auch in Verbindung damit. Da ging's hart her mit dem Stoßfechten. Das hat bei dem leinenen Hemde zuweilen nicht wohlgetan, aber es hat gekräftigt, wie überhaupt die Turnerei die Nationen auch in ihrem geistigen und politischen Leben hebt. Die Völker, die körperlich zurückgehen, bringen das Verlorene auch geistig nicht wieder ein. Im klassischen Altertum pflegten die Hellenen die körperlichen Übungen in hohem Maße: Mens sana in corpore sano. . . .

Unsere germanischen Vorfahren, die Vandalen, sind nach ihrem Zuge nach Nordafrika nicht mehr so kräftig geblieben. Wenn wir auch manchmal hier über den Nordostwind klagen — würden wir das Klima von Neapel haben, so wären wir körperlich nicht so tüchtig geblieben. Ich erinnere Sie an die Normannen, auch sie sind im Süden nicht so kräftig geblieben, trotzdem sie ein durchaus kräftiger nordischer Stamm waren. Wir dürfen unserem Gott dafür danken, daß dieses Klima unsere körperliche und geistige Energie im fortwährenden Kampfe erhält.

Ich wollte nur motivieren, inwiefern die Turnerei mitgewirkt hat als Trägerin des deutschen nationalen Gedankens. Wenn auch die Burschenschaftler sich mehr den Büchern zuwendeten, so ist doch die Turnerei geblieben und immer kräftig geübt worden. Die Turnerschaft ist es mit gewesen, welche das nationale Gefühl gepflegt hat, und ich glaube, wir leben in einer Zeit und gehen einer Zeit entgegen, wo jeder solche Beitrag von der Nation nur dankbar anerkannt werden kann. Ich freue mich infolgedessen, daß ich Sie begrüßen kann, und bitte Sie, einzustimmen in ein Hoch auf die deutsche Turnerschaft als Trägerin des deutschen Einheitsgedankens.

Ansprache an die Bergedorfer Volksschule.

16. Mai 1893.

Achthundert Schulkindern aus Bergedorf gestattet der Fürst Eintritt in den Park. Auf die Begrüßung des Rektors sagt er:

Kinder — ich danke euren Lehrern und euch für eure freundliche, nachbarliche Begrüßung, die ihr mir heute darbringt, und ich wünsche euch allen, daß, wenn Gott euch ein langes Leben beschert wie mir, ihr am Abend desselben mit gleichem Danke zu Gott zurückblicken mögt auf das, was ihr erlebt habt. Ihr seid Söhne und Töchter, die meisten von euch, so Gott will, werden einmal Väter und Mütter sein. Ich wünsche euch, was Gott mir gegeben hat, daß ich nicht in meinem Hause schweren Kummer und Verlust

gehabt, kein Kind verloren, in glücklicher Ehe gelebt habe. Will's Gott anders, müßt ihr stillhalten und es tragen. Ich selbst kann hier nur sagen, daß, wer von euch alt wird wie ich, sich im Jahre 1950 möge erinnern können, daß ich Gott dankbar bin für alles, was ich erlebt habe, auch für Sorge und Arbeit. Ihr habt ja selbst aus der Bibel gelernt: Wenn das Leben köstlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen. Arbeitet tapfer, das bringt euch über alles glücklich hinweg. Die Arbeit ist das, wozu Gott uns angewiesen hat. Möge sie euch allen, Mädchen und Knaben, in eurem späten Alter gesegnet sein und mögt ihr 1950 oder 1970 mit Befriedigung zurückblicken auf den heutigen Tag! Ich danke euch noch einmal.

Ansprache an Lehrer und Schüler des Gymnasiums zu Ploen.

19. Mai 1893.

Die Schüler des Gymnasiums zu Ploen erhielten gleichfalls die Erlaubnis, im Park vor dem Fürsten Bismarck zu erscheinen. Der Direktor hält eine Ansprache, auf die Fürst Bismarck erwidert:

Ich danke Ihnen und Ihren Herren Kollegen und Schülern für Ihren freundlichen Besuch, und es ist mir lieb gewesen, daß Sie mich mit einem altpreußischen Marsche[1] begrüßt haben. Ich sehe darin den Entschluß ausgedrückt, daß Sie, die hier anwesenden Vertreter der Schleswig-Holsteiner, an der Landsmannschaft, die seit mehr als dreißig Jahren zwischen uns mit Blut gekittet ist, festhalten wollen und sich ebenso gut als Preußen fühlen wie ich, der ich in einer alten Provinz der Monarchie geboren bin. Dann freue ich mich hauptsächlich der Begrüßung der Jugend und hoffe, daß Sie, wenn Sie erwachsen sein werden, dieses geistige Band, nicht nur mit den Brandenburgern und sonstigen Preußen vereint zu sein, sondern der gesamten deutschen Nation anzugehören, diesem größten und hervorragendsten Volke in Europa, mit Sorgfalt pflegen werden, ja daß Sie sich auf Tod und Leben dafür hingeben werden.

Es sind — wenn mich mein historisches Gedächtnis hierbei nicht im Stiche läßt — zuletzt sächsische und fränkische Kaiser Herren in Schleswig-Holstein gewesen, die Hohenstaufen kaum noch; aber nach jener großen Zeit haben Schleswig-Holsteiner und Schwaben kaum wieder einem Herrn in Krieg und Frieden gehorcht, und es ist eine große Gnade von Gott, daß die Gesamtheit unsrer deutschen Nation jetzt wieder einen so festen Zusammenhang gefunden hat, wie er ihr seit den Zeiten der alten deutschen Kaiser gefehlt hatte. Es ist nicht gut, in Europa einer kleinen Nation anzugehören, und Mitglied einer so großen, so starken und so ausgezeichneten Nation von fünfzig Millionen zu sein, das ist ein Vorzug, für den wir alle Gott dankbar sein wollen, so lange wir leben, und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser gesamtes deutsches Vaterland — up ewig ungedeelt, wie man in Holstein sagt — es lebe hoch!

Nach einer kurzen Unterhaltung mit den Lehrern und einzelnen Schülern sagt der Fürst zum Abschied noch etwa folgendes:

Wenn Sie so alt sein werden wie ich, so hoffe ich, daß Sie auf Ihr Leben mit Befriedigung werden zurückblicken können. Ich habe ja viel erlebt. Bis 1848 war es mein

[1] Dem Hohenfriedberger Marsche.

stiller Schmerz, daß ich keine Gelegenheit hatte, etwas zu erleben. Dreißig Jahre hindurch war nichts Wesentliches geschehen; es war mir nicht Unruhe genug in Europa für die Unruhe in meinem Innern, und ich glaubte, die stille Zeit würde andauern. Nachher aber kam eine größere Fülle geschichtlicher Ereignisse, als man es vorher erwarten konnte, Krieg und Lärm in Europa.

Umgekehrt leben wir jetzt in einer Zeit voll Unruhe, und die Schwierigkeiten scheinen sich oft zu häufen; aber es kann doch sein, daß das Wasser wieder abläuft und daß es ohne Überschwemmung und Erschütterung abgeht. Das wollen wir ja hoffen. Ich weiß auch nicht, ob es ein Glück ist, so viel zu erleben, wie ich; jedenfalls wünsche ich es Ihnen nicht. Wir wollen hoffen, daß die Wissenschaft, daß Handel und Industrie und Arbeit blühn; denn das Blutvergießen ist ein unfruchtbares Gewerbe.

Ich danke Ihnen nochmals und bitte Sie, wenn Sie einmal alt sein werden, mich nicht zu vergessen.

Ansprache an die Oldenburger.

25. Mai 1893.

Mehr als tausend Männer und Frauen aus Oldenburg, denen sich Bremer und Hamburger angeschlossen hatten, huldigen am 25. Mai dem Fürsten. Dieser ergreift die Gelegenheit, die Ansprache des Professors Hullmann mit einem Preise des niedersächsischen Volksstammes zu erwidern:

Ich habe Ihnen meinen Dank auszusprechen für die hohe Ehre, die Sie mir durch Ihre Begrüßung hier erweisen, indem Sie von der Unterweser nach der Unterelbe gefahren sind, um mir Ihr Wohlwollen und Ihre politischen Sympathien kund zu geben. Ich bin im vorigen Jahre über Wien zu den bayrischen, schwäbischen und fränkischen Stämmen des Deutschen Reiches gekommen und habe mich überzeugen dürfen, daß ich unter ihnen viele Freunde besitze.

Meine Heimat ist in niedersächsischen Landen. Dem niedersächsischen Volksstamm gehöre ich nach meiner Abstammung und nach meiner Geburt an, und bei aller Achtung, die ich vor den andern Stämmen und Landsleuten habe, ist es mir doch ein Bedürfnis, die Stellung der Niedersachsen zum Deutschen Reich und zu dem heutigen Ansehen desselben mit wenigen Worten hervorzuheben, nachdem in letzter Zeit wiederholt meine eignen nähern Landsleute und heut die Oldenburger mir ihre Begrüßung hier zuteil werden ließen, während vor kurzem die Schleswig-Holsteiner hier waren und ihnen analog die Mecklenburger sich angemeldet haben. Alle drei, die Oldenburger, die Schleswig-Holsteiner und die Mecklenburger, entstammen den plattdeutschen Landesteilen.

Was die Niedersachsen dem Deutschen Reiche sind, welchen Ruhm sie sich erworben, sehen wir, wenn wir zurückblicken auf die ersten Wanderungen der Sachsen. Die aus dem Stamm der Niedersachsen erstandenen Kaiser herrschten vom Belt bis zum Meer, bis Sizilien mit einer Sicherheit, wie sie nachher nicht wieder erreicht wurde. Die Sprache dieser Kaiser war plattdeutsch, sie wurden von plattdeutschen Ammen aufgezogen. In unsern Landen an der Elbe und Weser haben wir den Ausgangspunkt großer, weltbeherrschender Fürstengeschlechter. Gerade Oldenburg war es, welches dem dänischen

Reich, Schweden vorübergehend, Rußland bis zur Behringstraße Herrscher geliefert hat. Dicht daneben liegt der Ursprung des Geschlechts, welches in allen Weltteilen herrscht und dem die Kaiserin von Indien, die Königin von England, angehört. Unser Hohenzollernhaus, das jetzt die Führung in Deutschland in der Hand hat, nahm seinen Aufschwung, als es sich in dem plattdeutschen Lande Brandenburg naturalisiert hatte.

Deshalb darf ich wohl sagen, wir haben allen Grund, uns zu freuen, der für alle Weltteile so bedeutsamen, tüchtigen Rasse anzugehören. Ich bedaure, daß die plattdeutsche Sprache so in den Hintergrund gerückt worden ist. Zu Luthers Zeiten stand sie in Blüte, und ich besitze noch eine Bibel in plattdeutscher Mundart aus der damaligen Zeit. Seitdem hat es dem Plattdeutschen an einer Sprachkultur gefehlt. Aber die Erkennungszeichen des Niedersächsischen bleiben dennoch. Wir wollen uns ja nicht überheben, ich habe auch nicht gesprochen, um zu rühmen, was die Niedersachsen Großes geleistet haben, sondern um das Bewußtsein der Stammeszusammengehörigkeit zu kräftigen, und auch, um das Selbstgefühl zu heben. Dasselbe mag ja innerlich stark und kräftig sein, aber es kommt nur selten zum Ausbruch; wir Niederdeutschen reden nicht viel, in Taten sind wir stärker als in Worten.

Darum sollen wir auch nicht vergessen, was die Tüchtigkeit unseres Stammes uns bedeutet. Wir sind dynastisch sehr zerrissen gewesen, aber auch vor der Begründung des Deutschen Kaiserreiches hat jedem, mochte er Ostpreuße oder Pommer sein, wenn er über See einem Landsmann begegnete und von ihm in plattdeutscher Mundart angeredet wurde, das Herz höher geschlagen. Möge es so auch in Zukunft bleiben und halten wir Niedersachsen fest zusammen. Auch die Obersachsen gehören ja zum Reiche, und wir dürfen unsere Sonderstellung nicht zu fest betonen; die Bayern, Schwaben, Franken, sie alle haben für Deutschland ihr Blut fließen lassen, und wir gehören mit ihnen unter einen Hut.

Ich habe mich gefreut, als der Redner vorher betonte, mit der Reichsverfassung sei das Richtige getroffen und Deutschland seine Macht und Größe wiedergegeben worden. Es gibt wohl viele, die mehr verlangen, die wollen, daß alles von einem Zentrum ausgehen sollte und alle über einen Kamm geschoren würden. Ich halte es aber für ein Glück, daß wir viele Zentren und mehr wie eine Residenz, mehr wie eine Dynastie bekommen haben. Es ist das ein von Gott vorgesehenes Kulturmittel. Wer je in einer französischen mittleren Provinzialhauptstadt — mag sie auch 200 000 Einwohner haben — gelebt hat, der wird finden, daß dort eine viel größere Kleinstädterei herrscht als in einer deutschen Residenz von 10 000 Einwohnern. Das Gefühl, der Mittelpunkt zu sein in einem abgeschlossenen Staatswesen, gibt ein größeres Gefühl der Sicherheit gegenüber dem Gesamtwesen der Einzelstaaten. Deshalb bedaure ich auch den früheren Zustand der Kleinstaaterei nicht, und ich billige nicht die Bestrebungen, die auf eine Einschränkung des Rechtes unserer Bundesstaaten hinausgehen.

Ihr Landesherr in Oldenburg hat uns stets treu beigestanden, und seine Untertanen sind ihm dankbar; sie teilen die nationalen Gesinnungen, die dieser Repräsentant des oldenburgischen Regentenhauses dem Vaterlande entgegenbringt. In Rücksicht darauf bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Der Großherzog von Oldenburg lebe hoch!“

Ansprache an eine Abordnung des Wandsbeker Kriegerklubs „Combattant" von 1870/1871.

5. Juni 1893.

Zur Überreichung des Diploms der Ehrenmitgliedschaft erscheint am 5. Juni eine Abordnung des Wandsbeker Kriegerklubs vor dem Fürsten Bismarck. Dieser antwortet auf die Ansprache des Vorsitzenden folgendes:

Ich danke Ihnen herzlich für die Ehre, die Sie mir durch Aufnahme in den Verein erzeigen. Es liegt in unserer nationalen Gewohnheit, daß wir uns die Kameradschaft, in die uns irgendwelche Verbindung gebracht hat, auch im späteren Leben zu bewahren suchen; das sehen wir an den Studenten und ihren Universitätsverbindungen, und wir, die wir Soldaten gewesen sind, fühlen uns an das Regiment, in dem wir gedient, und an die ganze Korporation des Wehrstandes mit Zuneigung gebunden, so lange wir leben. So waren für mich in meiner Jugend die tiefsten Eindrücke die aus der militärischen Dienstzeit, und ich habe mich zeitlebens und manchmal mehr, als im Augenblick nützlich war, als Offizier gefühlt. Als ich einen Beruf zu wählen in die Lage kam, hat es mir sehr leid getan, daß meine Eltern mir die Erlaubnis, beim Militär zu bleiben, nicht gaben. Diese Empfindungen liegen uns im Blute, schon als Kinder spielen wir Soldat, und nachher sind wir's mit Ernst, und wenn mit Ernst, dann auch mit Erfolg. Deshalb ist es mir besonders erfreulich, wenn Kameraden aus meiner Stormarnschen Kreisstadt mich heute so ehrenvoll begrüßen.

Ansprache an Landwirte aus dem Fürstentum Lübeck.

10. Juni 1893.

Zweihundert Landwirten aus dem Fürstentum Eutin sagt Fürst Bismarck:

Vor kurzem waren die Oldenburger hier; das heutige Erscheinen der Eutiner vervollständigt nur das Bild von Oldenburg. Wir sind plattdeutschen Volksstammes und sind dessen froh. Die nunmehrige Einigkeit der deutschen Volksstämme bürgt uns für unsere Größe. Deutschland ist jetzt aufgebaut, das Aufbauen 1871 war aber doch noch leichter, als es jetzt sein würde, das einmal geeinigte Deutschland wieder auseinanderzureißen.

Ansprache an die Schüler des Wilhelms-Gymnasiums in Hamburg.

17. Juni 1893.

Fürst Bismarck erwidert auf die Ansprache Prof. Wegehaupts:

Ich danke Ihnen für die ebenso herzliche als freundliche Begrüßung, und ich freue mich, daß Sie mich mit der Melodie vom Landesvater empfangen haben, die mir von Göttingen her vertraut ist. Mögen Sie alle mit angenehmer Erinnerung auf Ihre Schulzeit zurückblicken können. Ich muß leider von mir bekennen, daß ich mir Mangel an Arbeitsamkeit vorzuwerfen habe, und das ist der einzige bittere Tropfen, der sich in meine Göttinger Erinnerungen mischt. Als ich zur Universität ging, war ich kaum siebzehn Jahre alt und war vielleicht in zu starkem Zwange gehalten worden, was bei Ihnen wohl nicht der

Fall sein wird. Deshalb rate ich Ihnen, wenn Sie zur Universität kommen, mißbrauchen Sie Ihre Freiheit nicht. Auf der andern Seite aber — wer ein Kopfhänger ist, der kann vielleicht ein ganz guter Parlamentarier werden, aber innere Befriedigung findet der nicht. Wenn Sie auf der Universität nur drei Stunden arbeiten, so genügt das schon, bringt man es auf sechs Stunden, so wird man von allen Professoren hoch geachtet. Wenn man gar nicht gearbeitet hat, so bereut man es später, die Zeit nicht weise ausgenutzt zu haben. Sie haben eben ein sehr schönes Stück gesungen; ich habe früher auch Musik betrieben, ich bin nur ein mittelmäßiger Pianospieler gewesen und war froh, als ich den lästigen Zwang abschütteln konnte. Das hat mir später außerordentlich leid getan, denn die Musik ist eine treue Gefährtin im Leben. Sie hat mir bei mancher Geselligkeit gefehlt, und wer von Ihnen Talent dazu hat, dem empfehle ich ganz besonders die Musik zu pflegen, und ich erinnere Sie an mein Beispiel, um Sie abzuschrecken von dem Fehler, den ich mir vorzuwerfen habe. Im übrigen kann ich Ihnen nur eines raten: Kein Kamel und kein Raufbold!

Nachdem der Schülerchor das Lied von A. Ey „Deutsch und furchtlos“ gesungen hat, sagt Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen auch für diesen Vortrag, möge das Wort [1] auch für Sie, wenn Sie Männer geworden sind, eine Wahrheit bleiben! Wer Gott vertraut und sich selbst, der kommt über jede Fährnis besser hinweg. Geben Sie nichts auf Bangemacherei. Das ist die richtige Philosophie, wie es in dem Schillerschen Reiterliede heißt — Sie kennen es ja — „Frisch auf“ usw. Man muß nicht immer fragen, was einem widerfahren kann im Leben, sondern mit Furchtlosigkeit und Tapferkeit ihm entgegengehen. Das ist eine alte Regel, wer ihr folgt, an dem werden die Wellen des Lebens abgleiten wie das Wasser am Entenflügel. Ja, wenn unser Leben noch 500 oder 1000 Jahre dauerte und man schließlich totgeschlagen werden müßte, so hätte es noch einigen Sinn, dafür zu fürchten; aber es ist ja nur kurz und man soll es mutig und auf Gott vertrauend für eine große Sache einsetzen.

Ansprache an die Mecklenburger.

18. Juni 1893.

Bei einer Massenhuldigung von dreitausend Personen aus Mecklenburg hält Dr. Richer aus Wismar und verschiedene andere Besucher Ansprachen, die Fürst Bismarck folgendermaßen erwidert:

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen, daß Sie den weiten Weg, den Staub und den Wind nicht gescheut haben, um mir heute die Ehre zu erzeigen, Sie hier zu sehen. Ich danke Ihnen von Herzen dafür, und ich danke Ihnen insbesondere dafür, daß Sie gerade den heutigen Tag zur Begrüßung gewählt haben, der für unsere heimische Geschichte vielfach ein bedeutsamer gewesen ist. Vor zweihundert und — ich weiß nicht genau wie viel — Jahren war die Schlacht bei Fehrbellin, die auch dazu beigetragen hat, Deutschlands Unabhängigkeit herbeizuführen, wenn nicht vollständig, so doch vorbereitend. Vor achtundsiebzig Jahren, gerade am heutigen Tage, war die Schlacht bei Waterloo, die uns von der Fremdherrschaft im eignen Lande befreit hat und der sich die Älteren unter uns noch erinnern, während den Jüngeren davon erzählt worden ist.

[1] Wir Deutsche fürchten unsern Gott, sonst aber niemand auf der Erde — Kehrreim des Ey'schen Liedes.

Außer diesen historischen Erinnerungen, die sich an den heutigen Tag knüpfen, hat der 18. Juni für mich noch eine andere persönliche Bedeutung. Es war heute vor einem Jahre, als ich die Reise zur Hochzeit meines Sohnes antrat und nach Dresden abreiste, wo mir ein in hohem Maße ehrenvoller Empfang von meinen sächsischen Landsleuten zuteil wurde; nicht minder demnächst in Bayern, in München, Augsburg; in Schwaben, in Kissingen; in Thüringen, in Jena. Daran haben sich jetzt die Begrüßungen meiner norddeutschen Landsleute angeschlossen, zuerst aus der Provinz, der ich jetzt angehöre, aus Schleswig-Holstein, dann die Oldenburger, die vom Westen her nach Friedrichsruh gefahren waren, und nun heute meine östlichen und, meinem Gefühl als Brandenburger nach, auch nördlichen Nachbarn, die Mecklenburger. Ich bin Ihnen ganz besonders dankbar für diesen Abschluß in der Vollständigkeit der Huldigungen der deutschen Stämme, den Sie mir heute gewähren, und ich sehe darin eine Anerkennung der Mitarbeit, die ich imstande gewesen bin, durch die Gnade meines alten Herrn, des Kaisers Wilhelm I., bei der Wiederherstellung der deutschen Einigkeit zu leisten.

Es war das Werk im ganzen kein leichtes. Wir Deutsche hängen unsrer Natur nach inniger und enger an unsern heimischen Verbänden als an der Allgemeinheit, namentlich, da durch die Ungunst der Jahrhunderte das Gefühl einer größeren Allgemeinheit und festen Zusammengehörigkeit unterdrückt worden war. Der Partikularismus jener Zeiten liegt uns einigermaßen im Blute, und nach meiner Erfahrung kann ich nicht einmal sagen, daß man da viel ändern kann; dieses Gefühl hat immer im Landesherrn seinen Schwerpunkt gehabt. Ich kann auch kaum behaupten, daß alle immer das rechte Gefühl der Zusammengehörigkeit gehabt haben. Nach meiner Erfahrung ist der Widerstand gegen dieselbe immer ausgegangen von den Beamtendynastien am Hofe und im Staate, und dieses Konglomerat hat bis auf den heutigen Tag die lokale Erinnerung an früher nicht verloren. Es war schwer, die richtigen Wege und Grenzen zu finden. Es würde meines Erachtens eine große Torheit sein, wenn man seinen engeren Verband, seine engere Heimat aufgeben oder zerstören wollte; die Mecklenburger sollen Mecklenburger, und ihr Großherzog soll in seinem Lande der Herr bleiben und in seiner selbständigen Existenz nicht erschüttert werden. Aber darunter darf das Reich nicht zu leiden haben; freiwillig müssen die Beziehungen zu demselben sein, freiwillig die Mitwirkung an der Einigkeit der deutschen Nationalität. Das Gefühl, zur deutschen Nationalität zu gehören, muß sich im Lokalpatriotismus lebendig erhalten.

Die unitarischen Bestrebungen, die manche meiner Landsleute gepflegt haben, mögen für Theoretiker und andere Nationen sich eignen; für den germanischen Charakter halte ich sie nicht für praktisch. Ohne mir ein Verdienst daraus zu machen, wenn das Resultat schließlich ein befriedigendes für die Gesamtheit gewesen ist, kann ich sagen, daß die göttliche Leitung die deutsche Nation in Europa so zusammengebracht hat, wie sie jetzt besteht, um damit das, was andere Nationen, England und Italien, längst genossen hatten, auch sich anzueignen.

An diesen Grenzlinien zwischen Heimatsgefühl und Vaterlandsgefühl zu rütteln, halte ich nicht für nützlich, sondern gefährlich, und ich glaube, daß derjenige, der es tut, nicht viel zu tun, aber viele Muße haben muß, um allerlei Experimente zu machen. Sie wissen, das Beste ist des Guten Feind, aber ich möchte hier sagen, das scheinbar Beste ist des Guten Feind. Sehen Sie nach Rußland und England, wo der Unitarismus herrscht; — ist das

Land dadurch glücklicher geworden? Wären diese großen Länder nicht viel zufriedener in sich, wenn sie mehr als ein Zentrum hätten?

Das Bedürfnis nach Partikularismus ist bei uns Deutschen so groß, daß, nachdem der geographische Partikularismus überwunden war, soweit es nötig war, der Partikularismus in anderer Form sofort wieder auftauchte. Der Deutsche braucht engere Verbände; geht ihm der geographische Partikularismus verloren, so schafft er sich Fraktionspartikularismus. Man geht in Fraktionen über und vergißt die Allgemeinheit; das ist die schwere Krankheit, an der wir heutigen Tages leiden, denn unsere heutigen Fraktionen sind in ihrem Partikularismus viel schlimmer, als alle Sachsen und Bayern dem Reichsgedanken gegenüber jemals gewesen sind. Ich weiß nicht, ob es uns gelingt, diese Krankheit bei wiederholten Wahlen zu bekämpfen. Ich glaube nicht, daß es jetzt schon gelungen ist, das Fraktionswesen zu klassifizieren nach den Dynastien und Ortschaften, sondern daß es aufgeht in den Bestrebungen der Fraktionsleiter. Das sind die Werber, die Condottieri, von denen jeder sich eine Schar anwirbt, an deren Spitze er hofft, die Herrschaft zu erlangen über den von ihm nicht beliebten Nebenbuhler. Die Eifersucht der Fraktionen ist der Krebsschaden in unserm Lande. Das Deutsche Reich ist angewiesen auf die Gesamtheit der Intelligenz und des Vertrauens, welche Ministerium und Parlament gemeinsam aufbringen können. Und wenn die Intelligenz und das Vertrauen auf der einen Seite fehlt, nehmen wir an, auf der ministeriellen, so muß auf der andern Seite das Minus gedeckt werden und die Tätigkeit der Volksvertretung hervortreten; wenn aber der Volksvertretung das richtige Vertrauen verloren geht, so muß die staatliche Leitung das Steuerruder fester in die Hand nehmen. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen zur Gesamtheit von Einsicht, Tapferkeit, Vaterlandsliebe und Heimatsliebe. Darin wird nach mancher Richtung hin gesündigt, was ich aber hier in Gegenwart der Damen nicht weiter ausführen will.

Wenn von dem Redner vorhin meine Mitwirkung an dem Erreichten, an der Herbeiführung der Zustände, mit welchen wir im großen und ganzen zufrieden sind, hervorgehoben wurde, so erwähne ich meinerseits, daß auch Mecklenburg daran Anteil hat; es wäre Unrecht, wenn ich dies verschweigen wollte. Die Mutter des Kaisers Wilhelm I. war eine mecklenburgische Prinzessin, sie war aber durch und durch eine Deutsche und hat ihre Gefühle auf ihren Sohn — ihren Lieblingssohn, glaube ich wohl sagen zu können — vererbt. Insofern hat sie an der Vorbereitung des deutschen Einheitsgedankens ein wesentliches Verdienst. Auch den alten Blücher will ich nicht vergessen. Nehmen Sie an, daß wir Anno 1815 bei Waterloo nicht gesiegt, daß wir den alten Blücher nicht gehabt hätten: wie es dann gekommen wäre, ist schwer zu sagen, aber daß es, wie es gekommen wäre, nicht zum Nutzen Deutschlands gereicht hätte, dessen werden Sie alle wohl sicher sein.

Hier möchte ich dem Hamburger Redner sagen, daß auch damals, beim alten Blücher, „de meckelborgsche Fixigkeit nich utbläwen is". Dann möchte ich vor allem noch meines verstorbenen Freundes und Mitarbeiters Moltke gedenken, auf den Sie als Landsmann nach seiner Abstammung und Geburt Anspruch haben. Und deshalb darf ich wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, sagen, daß der Anteil Mecklenburgs an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Gestalten dieser Personen kein geringer ist.

Ich habe als Brandenburger, als altmärkischer Nachbar des mecklenburgischen Landes und demnächst als preußischer und als Reichsbeamter mit vielen Mecklenburgern Be-

ziehungen gehabt und habe sie hervorragend an Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit gefunden. Da sind vor allen die Bülows und die Bernstorffs, die wir in unserm Militär- und Zivildienst gehabt haben und die sich wie ein roter Faden durch dieses gesegnete Land zwischen der Elbe und der Ostsee ziehen.

Bei der Aufzählung der Verdienste Ihrer Landsleute komme ich schließlich auf die Fürsten der Neuzeit. Ihr hochseliger Großherzog[1] ist mir immer ein sehr gnädiger Herr gewesen. Ich habe in Krieg und Frieden seine Mitarbeit an der deutschen Politik beobachten können und kann ihn als Muster eines deutschen Reichsfürsten anerkennen, der nur leider zu früh seinem Lande und dem Deutschen Reich entrissen ist.[2] Sein regierender Herr Sohn hat die Gesinnungen seines Vaters geerbt, leider nicht seine Gesundheit. In der Zeit, wo ich im französischen Kriege schlechte Nachtquartiere und schlechte Verpflegung mit ihm zu teilen die Ehre gehabt habe, da war er immer kerngesund, mobil und kräftig, und ich kann nur zu Gott wünschen, daß er wieder so werden möge, wie ich ihn damals gekannt habe. Und ich kann Ihnen meinen Dank für Ihre Begrüßung und meine Gesinnungen für Ihr engeres Heimatland nicht kürzer und besser ausdrücken, als indem ich Sie bitte, mit mir zusammen ein Hoch auf Ihren Landesherrn, den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, auszubringen.

Nach einem Rundgang durch die Menge auf den Altan zurückgekehrt, erhebt Fürst Bismarck ein Glas und spricht:

Ich bringe Ihnen dieses Glas mit dem herzlichsten Dank für alles Wohlwollen, das Sie mir heute kundgegeben haben; es schmerzt mich, daß ich nicht jedem einzelnen für die mir erzeigte Ehre persönlich danken kann, aber ich trinke aller Anwesenden Wohl mit einem plattdeutschen Sprichwort:

„Uns Woll un kein Uwel,
Wer dat nich will, ist en Düwel.“

Ansprache an Bewohner des Fürstentums Lippe.

8. Juli 1893.

Bismarck benutzt die Huldigung von etwa 350 Männern und Frauen aus dem Fürstentum Lippe zu einer hochbedeutsamen Rede über die nationalen Aufgaben der Kleinstaaten im Reiche und über die Rechte der Kleinstaaten im Bundesrat und dessen Bedeutung:

Meine Herren, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung, die von Herzen kommt, und dafür, daß Sie den weiten, staubigen und heißen Weg nicht gescheut haben, um mir Ihre Gefühle persönlich zum Ausdruck zu bringen, um so mehr, als Ihr Gruß von der Stelle kommt, welche die älteste Malstätte der deutschnationalen Entwicklung ist gegenüber der Fremdherrschaft — der Fremdherrschaft, ich möchte damit sagen nicht nur der äußeren Eroberung, sondern auch der Zerrüttung des inneren nationalen Lebens. Dieser ist damals ein fester Damm entgegengesetzt und das Land bis an den Rhein gesäubert worden nicht allein von den ausländischen Präfekten, sondern auch von den römischen Bürokraten. Wer die damalige deutsche Geschichte studiert, der wird finden, wie gerade das Eindringen römischen Wesens in das Familienleben, das Eindringen römischen Rechts in private Ver-

[1] Friedrich Franz II.
[2] Gest. 15. April 1883.

hältnisse unsere Vorfahren so erbittert hatte, daß sie einig wurden — wozu schon damals viel gehörte — und die römische Bürokratie zum Lande hinauswarfen.

Es ist mir eine besondere Genugtuung, daß Sie von dort gekommen sind, wo dies geschah. Die Gelehrten streiten ja über den Platz, aber die Volksmeinung ist darüber einig, daß es der Teutoburger Wald war. Einer Ihrer Landsleute hat mir vor einigen Monaten einen recht schweren Boten von da hergesandt, einen Fels von der Grotenburg. Dementsprechend fasse ich Ihre Begrüßung auf als von der dortigen Walstatt des Teutoburger Waldes kommend, aus einem stets ungemischt gebliebenen Gebiete Deutschlands.

Das Fürstentum Lippe gehört ja zu den kleinen Bundesstaaten des Reiches, aber ich möchte Sie doch bitten, die Tatsache seiner Zugehörigkeit, seiner Stellung zum Reiche ebensowenig zu unterschätzen, als ich die Stellung der Kleinstaaten und ihren Nutzen für den nationalen Gedanken unterschätzt habe. Ich kann meinen Gedanken dahin ausdrücken, daß zwischen wenigen mittelgroßen Staaten schwerer als bei den fünfundzwanzig jetzt bestehenden, unter denen siebzehn, achtzehn von der Größe sind, daß sie nur eine Stimme im Bundesrate haben, Einigkeit zu erzielen und zu behaupten sein würde. Sie bilden gewissermaßen den Mörtel zwischen den Quadern; hätten wir nur Staaten von der Größe wie Sachsen und Bayern, so würde die heutige Verfassung schwerer anzuwenden sein.

Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Lande sich die Privilegien, welche die Reichsverfassung gerade den kleineren Staaten verleiht, vergegenwärtigt haben; wenn nicht, so erwarte ich es von der Zukunft. Es wäre ein großes Privilegium, wenn Ihr Fürst einen Reichstagsabgeordneten zu entsenden hätte. Er hat aber, was als viel schwerer wiegend zu veranschlagen ist, ein Mitglied zum Bundesrate zu ernennen. Dies ist der achtundfünfzigste Teil der Gesetzgebung, während die Ernennung eines Reichstagsabgeordneten nur den dreihundertundsiebenundneunzigsten Teil an der Gesetzgebungskörperschaft bedeuten würde. Außerdem steht den Bundesratsmitgliedern das Recht zu, im Reichstage jederzeit in jeder Sache das Wort zu ergreifen, ohne daß der Reichstagspräsident es hindern könnte, und selbst wenn das Bundesratsmitglied für eine Sache spricht, die im Bundesrat in der Minorität geblieben ist. Dem Bundesrate ist die Möglichkeit der Mitwirkung im nationalen Leben gegeben, und es hat mir eine Enttäuschung bereitet, daß von diesem Rechte bisher nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Wie die Verfassung in ihren Grundzügen angelegt wurde, hatte ich mir gedacht, daß die Bundesbevollmächtigten auch im Reichstage mehr sprechen würden[1] und daß jeder Staat von den Intelligenzen, die er zur Verfügung hat, abgesehen von denjenigen, welche in seinen ministeriellen Ämtern sind, auch im Reichstag Gebrauch machen würde. Ich dachte mir außerdem, daß die Landtage der einzelnen Staaten sich an der Reichspolitik lebhafter, als bisher geschehen, beteiligen würden, daß die Reichspolitik auch der Kritik der partikularistischen Landtage unterzogen werden würde. Dafür weiß ich bisher kein Beispiel; nichtsdestoweniger bin ich mit dieser Meinung im verfassungsmäßigen Rechte. Ich hatte mir bei der Aufstellung der Verfassung ein reicheres Orchester der Mitwirkung in den nationalen Dingen

---

[1] Das unterblieb später vor allem aus Rücksicht auf die der Nation zu zeigende Einigkeit der „verbündeten Regierungen" und wäre unter dem Fürsten Bismarck ganz ausgeschlossen gewesen.

gedacht, als es sich bisher betätigt hat, weil die Neigung zur Mitwirkung in den einzelnen Staaten nicht in dem Maße, wie vorausgesetzt worden, vorhanden war.[2]

Denken Sie, daß die nationalen Interessen nicht nur in unserem Bundesrate und im Reichstage diskutiert, sondern auch in den einzelnen Landtagen vertreten und besprochen würden: würde die Teilnahme dafür nicht lebhafter werden? Ich fürchte, es zeigt nicht einen Fortschritt, sondern eine Rückentwicklung, wenn die große Zahl der Landtage, die zur Mitarbeit berufen waren, von diesen ihren Mitteln keinen Gebrauch macht und sich keine Geltung verschafft,[3] infolgedessen durchdringt das nationale Gefühl nicht alle Poren, alle Adern in dem Maße, wie ich gehofft hatte und wie es wünschenswert wäre und in Zukunft der Fall sein möge. Das Blut konzentriert sich jetzt in Kopf und Herz, in Bundesrat und Reichstag. Wenn der Bundesrat öffentlich in seinen Sitzungen wäre, so würde er wirksamer sein. Wenn die Abgeordneten für den Bundesrat danach ausgesucht würden, daß man Gewißheit hätte darüber, daß sie auch im Reichstag sprechen würden, so wäre es besser. In der Zeit, wo die Verfassung entstand, pulsierte das nationale Leben so stark, daß jeder, der auch nur einen Zipfel davon erfaßte, sich der Strömung hingab. Ich kann nicht sagen, daß die Hoffnung, dies würde andauern, sich bestätigt hat. Es ist eine alte deutsche Neigung, zu warten, daß andere das machen möchten, wobei man selbst Hand anlegen sollte.

Ich hoffe auf andere Zeiten, wo das nationale Gefühl wieder stärker sein und man zum Nachdenken darüber kommen wird, welche Mittel wir haben, es lebendig zu erhalten.

Solche Mittel sind zunächst in der Institution der Landtage, dann in der des Bundesrats vorhanden. Der Bundesrat hat in seinen Beschlüssen eine amtliche Gültigkeit, aber in der öffentlichen Meinung hat er nicht die Bedeutung erreicht, wie ich es mir gedacht hatte. Es kann ihm auf diese Weise ergehen wie dem preußischen Herrenhause, welches auch aus Mangel an initiativer und bemerkbarer Tätigkeit nicht die Autorität hat, die ein Oberhaus haben sollte. Und Gott möge verhüten, daß der obere Faktor unserer Gesetzgebung, der Bundesrat, in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Gleichberechtigung mit dem Reichstage verliere.

Ich bin da, wie es einem natürlich ergehen wird, der zeitlebens Politik getrieben hat und der nichts zu tun hat, als über die Vergangenheit nachzudenken, in eine weitläufige Erörterung gekommen, von der ich hoffe, daß sie Ihnen nicht ohne Interesse war, und die dazu beitragen möge, daß, wenn Sie nach Hause kommen, Sie dafür wirken werden, daß die Beteiligung an der Reichspolitik auch in der Diaspora der Landtage lebhafter werden wird.

Es ist ein Irrtum, wenn Staatsrechtslehrer behaupten, die Landtage seien dazu nicht berechtigt; sie sind immer befugt, das Auftreten ihrer Minister in Bezug auf die Reichspolitik vor ihr Forum zu ziehen und ihre Wünsche den Ministern kundzutun.

---

[2] Vergl. dazu das Gespräch Bismarcks mit dem Württembergischen Staatsminister v. Mittnacht über denselben Gegenstand und Mittnachts Einwände im Gespräche vom 25./26. August Ges. Werke Bd. 9 S. 372 und H. Hofmann: Fürst Bismarck 1890—98 Bd. 2, S. 212 ff.

[3] Es klingt hier ein von Bismarck öfter geäußerter Gedanke an: bei Versagen des Reichstags die Regierungen den Landtagen zu nähern.

Ich halte es für eine ungeschickte Tendenz, einen Mangel an Verständnis des deutschnationalen Lebens, wenn viele unserer Staatsrechtslehrer — Theoretiker, keine Praktiker — es für einen Gewinn erklären, wenn die Zahl der Kleinstaaten sich verringere, und ich bin bemüht, diesem zu widersprechen, wo ich kann. Grade die Zahl der Stimmen im Bundesrate sollte nicht verringert werden. Würde sie das, so kämen wir wieder in die Gefahr, welche ich von Anfang an zu bekämpfen gehabt habe, nämlich die, an Stelle des deutschnationalen Reiches ein Großpreußen zu bekommen. Es gibt viele, die gern deutsche Reichsangehörige sein wollen, aber nicht Preußen, und ich habe immer gefürchtet, daß sich das Reich nach der großpreußischen Seite hin entwickeln würde.

Der Bundesstaaten, die nur je eine Stimme im Bundesrate führen, sind siebzehn, und wenn ich die Hansestädte, die im Vergleich zu den anderen eigenartig sind, abziehe, so sind es vierzehn. Und vierzehn Stimmen im Bundesrate sind eine gewichtige Stimmenzahl, wenn sie zusammenhalten. Vierzehn Stimmen zu den preußischen geben Preußen immer die Majorität; die übrigen nach Abzug der preußischen betragen vierundzwanzig. Der Bundesrat ist also gewissermaßen in drei Kategorien geteilt, erstens in die kleinen Staaten mit je einer Stimme, Preußen mit 17 Stimmen und die Mittelstaaten mit vierundzwanzig Stimmen. Welches Gewicht liegt also in den kleinen Staaten, und ich wundere mich, daß sich in ihnen allen kein Politiker fand, der sich dasselbe zunutze gemacht hätte.

Alles, was ich Ihnen eben vortrage, ist, wenn Sie wollen, ein Klagelied darüber, daß der nationale Gedanke in den Landtagen und Einzelregierungen nicht derart gezündet hat, wie ich vor zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren gehofft hatte, und ich bin leider körperlich nicht mehr kräftig genug, um im Reichstage aufzutreten. Ich könnte dort wohl einmal eine Rede halten, aber die Gesamtheit der Leistungen, die für mich mit einem Mandat verknüpft sein würden, bin ich nicht mehr imstande, körperlich durchzuführen. Deshalb entschuldigen Sie mich, wenn ich bei diesem politischen Anlaß, der Ihre Begrüßung doch ist, diese meine Klagelieder Ihnen vortrage. (Lebhaftes Bravo!) Aber ich hoffe, es wird mit der Zeit anders werden, und es werden die Bürokraten, welche Hermann im Teutoburger Walde erschlug, die „Prokuratoren", wie sie damals genannt wurden, nicht wieder die Alleinherrscher werden. Zur Zeit besteht noch die Gefahr, daß sie, in unblutiger, aber erstickender Weise, die Herrschaft wieder über uns gewinnen werden, und daß die Errungenschaften des Schwertes, ich will nicht sagen, durch die Feder der Diplomaten, aber doch durch Bürowesen, Beamtenherrschaft und das träge Zuschauen in Erwartung, daß andere das nötige schon tun werden, zugrunde gehen. „Die Regierung wird es schon machen!" Wer ist denn „die Regierung"? Ja, wenn die Fürsten es selbst besorgen könnten, sie sind alle wohlwollende Herren, aber sie sind notwendigerweise angewiesen auf ihre Beamten, ihre Minister, Vortragenden und Geheimen Räte.

Meine Befürchtung und Sorge für die Zukunft ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der Boa constrictor der Bürokratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht hat.[4] Hier können nur Bundesrat und

[4] Vergl. den Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 8. Februar 1893 bei H. Hofmann: Fürst Bismarck 1890—98 Bd. 2, S. 208 ff.

Reichstag helfen; auch ersterer hat das Recht, sich geltend zu machen. Wenn die staatsmännische Einsicht der Bürokratie nicht ausreicht, so ist gerade den Bundesratsmitgliedern und dem Parlament Gelegenheit gegeben, ihr zu Hilfe zu kommen, so daß die Intelligenzen im Bundesrat und Reichstag zusammenwirken.

Ich wiederhole, daß ich nicht auf das Reden im Bundesrate selbst, sondern auf das Recht der Bundesratsmitglieder, im Reichstage jederzeit das Wort zu erhalten, das Hauptgewicht lege. Ich meinerseits bin zu alt und zu matt, um ins Gefecht zu gehn. Nehmen Sie aber an, daß das nicht der Fall wäre, daß ich als Bundesratsgesandter eines der deutschen Fürsten, sei es des Ihrigen, in Berlin wäre, und ich spräche meine Überzeugung auch dann im Bundesrate und Reichstage aus, wenn sie nicht im Einklange mit der Majorität des Bundesrats stände: würde das nicht einen Eindruck machen, weil es von einer Persönlichkeit ausginge, die bekannt und deren Vorleben bekannt ist? Solche Persönlichkeiten sind aber doch nicht ausgestorben, und es wäre auf diesem Wege auch für die Regierungen der kleineren Staaten die Möglichkeit gegeben, den gravaminibus öffentlichen Ausdruck zu geben, welche amtlich keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die Ergebnisse all dieser Betrachtungen resümiere ich dahin: Gott erhalte uns die Reichsverfassung, wie sie besteht, und Gott erhalte uns die Zahl der Bundesregierungen, die den Bundesrat bilden, damit dieser dem Reichstage als vollständig ebenbürtiger und gleichberechtigter Koëffizient unserer Gesetzgebung stets zur Seite steht.

Dazu ist notwendig, daß Gott auch das Haus Ihres Fürsten erhalte, und ich bitte Sie, mit mir dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß er seiner Durchlaucht dem Fürsten Woldemar ein langes und gesundes Leben verleihen möge.

Seine Durchlaucht Fürst Woldemar lebe hoch!

Ansprache an die Handelskammer- und Gewerbekammer-Sekretäre.

9. Juli 1893.

Nach einer Ansprache durch Dr. Stegemann entgegnet der Fürst:

Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung, die für mich um so ehrenvoller ist, als Sie so vielen Bezirken unseres Vaterlandes angehören, und um so erfreulicher, als Sie in Ihrer Gesamtheit den Nährstand, das heißt den Lebensnerv des deutschen Volkes vertreten, dem ich auch von Jugend auf angehört habe und noch angehöre. Ich sehe als den Nährstand an die Gesamtheit der produktiven Bevölkerung, also vielleicht neunundneunzig Prozent der deutschen Bevölkerung. Reine Konsumenten gibt es eigentlich nur in Gestalt festbesoldeter Beamten und Honorarempfänger — ich kann den Begriff hier nicht sofort erschöpfen.

Aber im Herzen hat es mich jedesmal gefreut, wenn ich in Ihrem Verzeichnisse den Ausdruck gefunden habe: „Handels- und Gewerbekammer". Sie gehören beide notwendig zusammen, und unter Gewerbe begreife ich die Landwirtschaft, der ich selbst angehöre, unbedingt mit. Man kann unterscheiden zwischen dem Gewerbe im engeren Sinne und dem Grundbesitze, der bei aller Fruchtbarkeit des Bodens aber nicht pro-

duktiv wird, wenn nicht das Gewerbe der Landwirtschaft auf ihm mit Geschick betrieben wird.

Die Trennung in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft halte ich für eine irrige und irreführende. Der Handel kann in einem verarmenden Lande nicht gedeihen. Der Kaufmann steht sich unzweifelhaft besser, wenn er die Geschäfte eines wohlhabenden Hinterlandes und einer reichen Heimat zu besorgen hat, als wenn er nur einer armen und verarmenden Bevölkerung den Austausch und Verkehr der Waren vermitteln soll.

Es ist also nicht richtig, wenn man annimmt, daß die Länder, in denen das Getreide am wohlfeilsten ist, die glücklichsten und prosperierendsten sind. Ich will nicht auf das Innere von Rußland hinweisen, wo der Roggenpreis unter Umständen nur noch dreißig bis vierzig Prozent von dem unserigen beträgt; und doch ist das Land deshalb nicht reich, es hat zwar reiche Leute, aber die Bevölkerung ist doch arm. Ich will auf meine eigenen Erinnerungen aus früher Jugendzeit zurückgreifen. In Hinterpommern kostete damals der Wispel Roggen 11 Taler, das sind 33 Mark. Dafür schickte mein Vater acht Pferde und drei Menschen mit zwei Wispel Roggen acht Meilen von seinem Gute nach Kolberg über sandige Berge. Die Leute kamen zurück mit einer Tonne Salz und einer Tonne Heringe und hatten 2 Taler zugezahlt als Reisekosten. Die Tonne Salz kostete 15 Taler, die Tonne Heringe 7 Taler, und die Reisekosten mit 2 Talern hatten sie noch zuschießen müssen. So waren damals die Verhältnisse. War das ein Glück für das Land? Nein, in der ganzen Gegend waren kaum zwei Häuser, in denen Wein getrunken wurde, weißer und roter. Der Weinhändler und andere Kaufleute hatten keinen Verdienst. Jetzt ist es anders.

Es ist ein Irrtum, wenn man Handel und Gewerbe und Landwirtschaft voneinander trennen will. Wir müssen zusammen gedeihen, oder wir gehen zusammen zugrunde. Ein durch ungeschickte Gesetzgebung und ungeschickte Handelsverträge verarmendes Land kann einen potenten Kaufmannsstand nicht ernähren, weder gegenüber dem Auslande noch im inländischen Verkehr. Arme Gewerbe, arme Kaufleute. Damals in der Zeit, von der ich sprach, hatten wir eigentlich gar keine Kaufleute. Was war Stettin damals für ein Nest! Das bißchen Kornausfuhr, das bei diesen niedrigen Preisen von dort nach England ging, wo noch die Kornbill bestand, war das einzige, und es war charakteristisch, daß es kaum eine Firma gab, die nicht drei Namen führte, weil einer das Kapital nicht zusammenbringen konnte. Wie ist es jetzt geworden, wo die Kornpreise vier- bis sechsmal so hoch sind oder sein könnten wie damals.

Ich möchte, da ich Vertreter beider Richtungen vor mir habe, Ihnen den Gedanken ans Herz legen, daß Handel und Produktion unmittelbar zusammengehen müssen, daß beide sich schädigen, wenn sie sich trennen. Es ist ja früher von meinen Erwerbsgenossen, den Landwirten, viel auf die Industrie und deren Förderung gescholten worden, aber ich habe in meiner eignen Landwirtschaft gesehen, welche Wohltat für den Landwirt es ist, eine reiche Industrie in der Nähe zu haben. Ich erfahre das selber, weil auf meinen pommerschen Gütern eine erhebliche Industrie besteht, die ich nicht selbst betreibe, die aber dort betrieben wird. Infolgedessen hat jeder Bauer und Arbeiter, soweit die Fürsorge der Regierung für die Arbeiter ihn nicht daran hindert, die Möglichkeit, auf eine oder die andere Weise sich und seine Kinder zu beschäftigen und zu ernähren. Landwirtschaft und Industrie gehören zusammen und dürfen sich nicht entgegenarbeiten in der Gesetzgebung.

Wo eine prosperierende Industrie ist, wie in den westlichen Provinzen, da hat die Landwirtschaft noch zu leben. Wo das nicht ist, sollte Industrie nach Möglichkeit geschaffen werden, und die Landwirte sollten sich's zur Aufgabe machen, sie zu pflegen. Umgekehrt ist der wohlhabende Landwirt ihr bester Abnehmer. Der beste Absatz ist doch immer der an Inländer; die ganze Ausfuhr tritt gegen den inländischen Absatz sehr zurück. Wir müssen ja den ausländischen Absatz haben, aber wenn der inländische fehlte, so würde das noch schlimmer sein. Die Erzeugnisse der Industrie nimmt eine prosperierende Landwirtschaft bereitwillig auf.

Viel näher liegt der Gedanke, daß der Handel im Gegensatz zur Produktion stände. Auch das halte ich für einen Irrtum, in den nur diejenigen verfallen, die an der Oberfläche haften, und ich glaube, daß die Kaufmannschaft eines armen, verarmten und besonders eines verarmenden Landes schlechter daran ist als die eines reichen. Kaufleute in England, Amerika und überhaupt in Ländern, die im Aufschwunge begriffen sind, sind die gesegnetsten Leute. Dagegen wird eine Kaufmannschaft in Ländern mit rückläufiger Entwicklung nicht nur eine Überzahl von unversorgten Kaufmannslehrlingen liefern, sondern auch später keine Millionäre. Die Millionäre werden heutzutage ja mit einer gewissen Bitterkeit betrachtet; das ist nicht berechtigt, und ich glaube, wir wären alle, auch die, welche es nicht sind, besser daran, wenn wir noch zehnmal mehr Millionäre hätten, als wir haben, wie es in England und Amerika der Fall ist.

Der reiche Mann behält ja sein Geld nicht, er gibt es aus, klug oder verrückt, und von diesen Ausgaben leben viele andere Leute. Wenn wir keine Leute hätten, die aus Überfluß ausgeben, so würden alle, die vom Luxus leben: die Künstler, die Verfertiger von Modewaren, Konfektion usw., nicht existieren; wovon sollen sie leben, wenn jeder nur knapp hat, seinen Hunger zu stillen? Es ist notwendig, daß es Leute und Familien gibt, die auch für Luxus ausgeben können; Millionen leben davon. Schaffen Sie den Luxus ab, so zerstören Sie eine Menge Existenzen. Schaffen Sie den wohlhabenden Mann ab, der etwas mehr hat, als sich satt zu essen, und überlegen Sie sich einmal, was für Produktionen, was für Gewerbe und Industrien dann nichts mehr zu tun haben. Wenn alle Leute aufhören wollten, andere Ausgaben als die für ihre einfache Ernährung zu machen, so müßten viele Gewerbe ausfallen.

Deshalb, meine Herren, möchte ich Ihnen empfehlen: halten wir alle zusammen, Produzenten aller Art, Industrielle, Handwerker, Landwirte, aber auch Kaufleute! Auch dem Kaufmann kann eine verarmende Landwirtschaft nicht helfen, er bleibt bei rückläufiger Flut auf dem trockenen Lande, mit kümmerlichen Erwerbsverhältnissen.

Es ist mir erfreulich, auch einmal als Theoretiker vor sachkundigen Leuten diese schwierigen Dinge zu besprechen; früher, als Handelsminister, hatte ich mich damit amtlich zu beschäftigen, und ich bin außerordentlich froh, daß ich nichts mehr damit zu tun habe. In der heutigen Welt ist für mich kein Platz für amtliche Tätigkeit. Das aber hindert mich nicht, bei Gelegenheit meine Meinung offen auszusprechen, selbst wenn ich dabei im Sinn des alten Textes Prediger in der Wüste bleiben sollte. Aber bei Ihnen fürchte ich das nicht; ich glaube, daß Sie mit mir einverstanden sind. Ich hoffe, Sie beherzigen die Empfehlung zur Einigkeit zwischen allen produktiven Ständen, die bei wachsender Wohlhabenheit der Bevölkerung interessiert sind, für die es nicht gleichgültig ist, ob die Bevölkerung arm oder wohlhabend ist.

Beim Frühstück bringt E. Scherenberg ein Hoch auf den Fürsten in Versen aus, worauf Fürst Bismarck etwa folgendes entgegnet:

Ich danke Ihnen für die so warmen Worte und für die hohe Vollendung der Form, in welche Sie sie gefaßt haben. Ich habe in meinem Leben oft ein Übermaß des Hasses erfahren und akzeptiere deshalb auch gern, was mir von seiten der Liebe an Überschuß gegeben wird. Ich danke Ihnen von Herzen. Mein Verdienst an der Herstellung des gegenwärtigen Zustandes beruht darauf, daß es mir gelungen ist, den alten Kaiser für die Sache zu gewinnen, mit ihm die militärische Kraft nicht bloß Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches zu stärken. Das war es, was allen früheren Bestrebungen fehlte. Die militärische Macht, das Regiment, hatten sie nicht zur Verfügung, und das für den deutschen Gedanken zu gewinnen, ist mir möglich geworden, sowohl durch Vertrauen zu mir, als auch im Appell an die deutsche Gesinnung des alten Königs. Er fühlte durch und durch deutsch, und grade weil er ein Deutscher war, so war er ein seiner Armee, seiner Fahne und seinem Portepee unbedingt ergebener Offizier. Wenn er in seinen Ideen sein Ziel als richtig erkannt hatte, so ging er fest und unbeirrt seinen Weg. Ich bitte Sie, mit mir ein stilles Glas im Andenken an ihn zu leeren.

Ansprache an den landwirtschaftlichen Verein für Harburg und Umgegend.

13. Juli 1893.

Auf die Ansprache des Pastors Stüven-Moorburg erwidert Fürst Bismarck:

Zunächst danke ich Ihnen, meine Herren und Damen, für Ihre freundliche Begrüßung und für die wohlwollende Beurteilung meiner früheren Tätigkeit.

Sie haben, Herr Pfarrer, des 13. Juli Erwähnung getan, des Tages, an dem das Attentat in Kissingen auf mich gemacht wurde. Dieser Tag ist auch sonst ein bemerkenswertes Datum. 1870 war es dieser Tag, an dem sich die Situation zum Kriege entschied. Am 12. schien der Friede gesichert, am 13. war der Krieg gesichert. Am 13. Juli (1878) war auch der Abschluß des Berliner Kongresses, auf dem Deutschland die Stellung eingenommen hatte, die eine natürliche Folge seiner Einheit und seiner Kraftentwicklung war, auf dem es die Leitung der europäischen Politik in die Hand nahm und dieselbe in friedliche Bahnen lenkte. So kam es, daß also der 13. Juli in mehrfacher Beziehung in meinem Gedenkbuch mit einem starken Kreuz bezeichnet ist, nicht mit dem Kreuz des Leidens, sondern des Vertrauens und des Glaubens an Gottes Fürsorge, die uns bisher geleitet hat. Ich erinnere an die alte, oft in frivoler Weise gebrauchte Redensart, daß Gott keinen Deutschen verläßt. Daß er unser gesamtes Deutschland nicht verläßt, nachdem er uns so weit gebracht, ist einer meiner Glaubenssätze, von dessen Wahrheit ich fest überzeugt bin, wenn er auch nicht im Katechismus steht.

Besonders wir Landwirte stehen, ebenso wie die Seeleute, gleichsam Gott näher als die Bewohner der Städte. Wir spüren Regen und Sonne mehr an unserer eigenen Haut und sehen von der Gotteswelt mehr als die Städter, die kaum etwas anderes als Häuser, Pflastersteine und Papier zu Gesicht bekommen.

Es hat mich gefreut, in Ihnen einen landwirtschaftlichen Verein begrüßen zu können, denn grade wir Landwirte sind darauf angewiesen, zusammenzuhalten. Es hat mich früher oft gewundert, daß neben den vielen Fraktionen und Parteien, die sich durch die verwickeltsten und verzwicktesten Programme voneinander unterscheiden, keine Fraktion existierte, die die speziellen Interessen der Landwirte vertrat. Jetzt ist ja in dieser Beziehung ein Anfang gemacht,[1] ich möchte Sie aber davor warnen, sich bei zu einseitiger Wahrung Ihrer Interessen mit den übrigen produktiven Ständen zu verfeinden.

Es ist gewiß richtig das alte Wort: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt", es ist aber zu bedenken, daß die Industrie zum Beispiel eine gute Abnehmerin unserer landwirtschaftlichen Produkte ist. Auch der Kaufmannsstand steht sich schlechter, wenn die Landwirtschaft nicht gedeiht. Die gesamte vaterländische Produktion muß unter allen Umständen gesichert werden. Regen und rühren Sie sich deshalb und nehmen Sie das nicht unbesehen hin, was die Schriftgelehrten und Pharisäer unter den Gesetzgebern Ihnen bieten. Vielfach glaubt man, nur die Regierung sei dazu da, für uns zu sorgen. Die ganze Entwicklung des politischen Lebens hat aber dazu geführt, daß wir heute der Regierung helfen müssen, uns zu regieren. Dazu ist es aber notwendig, fest seinen Willen auszusprechen und geltend zu machen und sich in keinen Handel einzulassen aus Fraktions- oder persönlichem Interesse.

Ich bin als Landwirt geboren, und stets waren meine Träume und Wünsche nach einem Leben auf dem Lande gerichtet, selbst in der Zeit, als ich lange Jahre hindurch im Staats- und Hofdienst stand. Leider verbietet mir das Alter, noch selbst zu wirtschaften, meine Gedanken sind aber stets bei der Landwirtschaft, die ich noch immer gern unterstütze. Es ist dies eine der wenigen Arten, wie ich mich noch am öffentlichen Leben beteiligen kann. Hier lebe ich im Walde, unter Bäumen, Sie finden hier also keine Felder. Ich höre aber, daß Sie sich Schönau besehen wollen; hoffentlich bestehe ich nicht zu schlecht vor Ihnen, denn Schönau hat teilweise geringen Boden. Ich will deshalb nur wünschen, daß Ihnen der Inspektor nicht das Schlechteste zeigen wird.

Zum Schluß danke ich noch besonders den Damen für ihre Begrüßung und ihr Erscheinen und wünsche nur in deren Interesse, daß der Regen, der augenblicklich fällt, und den wir Landwirte ja recht gut gebrauchen können, nicht allzu stark wird und allzu lange anhält.

Ansprache an die Braunschweiger.

21. Juli 1893.

Neunhundert Braunschweigern antwortet Fürst Bismarck nach einer Ansprache des Justizrats Semler:

Meine Herren und Damen, ich danke Ihnen herzlich für die große Ehre und das Wohlwollen, welches Sie mir erzeigen durch Ihren Besuch, und welchem in so beredten Worten der Herr Redner Ausdruck gegeben hat. Mir ist die Begrüßung von seiten des braunschweigischen Landes in meiner Eigenschaft als Altmärker noch besonders wertvoll. Als Nachbarkinder sprechen wir in der Heimat dasselbe braunschweigische Platt, bei dessen

[1] Gründung des „Bundes der Landwirte".

Tönen ich an der Elbe geboren bin, und diese Sprachverwandtschaft und Nachbarschaft macht mir den Ausdruck Ihrer Sympathie besonders wert.

Es ist Ihnen bekannt, von wie vielen Seiten ich im letzten Jahre aus allen Gegenden des Deutschen Reiches Kundgebungen des Wohlwollens und der Anerkennung erhalten habe, im vorigen Jahre aus dem Süden und Westen des Reiches, in diesem Jahre vom Norden, von Schleswig, Oldenburg bis Mecklenburg und — ich kann wohl sagen — aus allen Bundesstaaten, mit alleiniger Ausnahme desjenigen, dem meine engere Heimat angehört. Es ist das eine eigentümliche Erscheinung, und wenn ich in den Kundgebungen des Wohlwollens für meine Person die Anerkennung für meine politische Wirksamkeit und für das Ergebnis derselben, nämlich für die heut vorhandene Einheit des Deutschen Reiches erblicken kann, so möchte ich daraus nicht den Schluß ziehen, daß in Preußen nun die nationale Begeisterung, das Gefühl der Zugehörigkeit zum gesamten Deutschland minder lebhaft wäre wie in den außerpreußischen Bundesstaaten. Es liegt das in der Eigentümlichkeit und in der politischen Erziehung meiner engeren Landsleute. Sie sind, möchte ich sagen, viele Generationen hindurch ministeriell geschult und entfernen sich ungern von der von oben her vorgeschriebenen Linie. (Heiterkeit. Bravo!) Es war dies früher, zur Zeit, wo ich an der Spitze der politischen Leitung stand, nicht in dem Maße der Fall. Ich habe scharfe Opposition gefunden, namentlich von meinen engeren Landsleuten und von der konservativen Partei, aus der ich hervorgegangen bin, der ich angehört habe, soweit es mir die nationale Entwicklung gestattete; ich habe als Ministerpräsident in Preußen zu Zeiten sehr viel schärfere und rückhaltlosere Opposition gehabt, wie sie heutzutage von der Seite kaum jemals versucht worden ist.

Ich will den Gründen davon nicht weiter nachsuchen, als ich schon vorher im Hinblick auf Preußens Vorgeschichte andeutete, aber ich will doch noch eins anführen: Zur Zeit des alten Kurses sah man keine Gefahr darin, Opposition zu machen; man hatte das feste Vertrauen, daß auch durch die schärfste Opposition der Bestand des Reichs und des Königreichs Preußen nicht gefährdet werden würde, weil das Steuer in den festen, sicheren Händen des Königs Wilhelm I. und seines Ministeriums ruhte. (Lebhafter Beifall.) Dieser Glaube an die Festigkeit der Situation ist heut vielleicht nicht in allen Kreisen in derselben Stärke vorhanden, und es kommt heutzutage vor, wie es die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, daß reichs- und staatsfreundliche Elemente, wenn sie die Wahl haben, nach ihrer Überzeugung zu stimmen oder die Regierung der Versuchung einer neuen Auflösung des Reichstags und dessen, was sich daran schließen könnte, auszusetzen, doch das Opfer ihrer eigenen Überzeugung als das kleinere Übel erkannt haben.

Was die Militärvorlage[1] betrifft, die zuerst von allen Seiten bekämpft worden ist, so haben schließlich nicht nur diejenigen, die gegen Stärkung unserer Wehrkraft sind, sondern auch diejenigen, die der Vorlage — für Juristen möchte ich den Ausdruck gebrauchen „angebrachtermaßen" — abhold waren, doch schließlich geglaubt, ihre eigene Überzeugung lieber auf dem Altar des Vaterlandes opfern zu müssen, als der Ungewißheit entgegenzugehen, welche bei Ablehnung einer Vorlage, auf welche die Regierung so hohen Wert

[1] Die der Reichskanzler Caprivi vorgelegt hatte, wegen der es im Mai zur Auflösung gekommen war, und die bei einer namhaften Verstärkung der Armee die zweijährige statt der bisher festgehaltenen dreijährigen Dienstzeit brachte.

legte, entstehen konnte, und für die Folgen, welche sich an eine neue Reichstagsauflösung knüpfen könnten, einen Teil der Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen.

Ich rede, wenn ich dies sage, einigermaßen pro domo; mein ältester Sohn ist Mitglied des Reichstags und hat für die Vorlage, wie er mir sagte, aus dem Grunde gestimmt, weil er die Verantwortung für die Folgen der Ablehnung nicht auf sich nehmen wollte, für die Folgen, welche nicht notwendig daraus hervorgehen mußten, sondern welche nach allgemeinen Andeutungen die Regierung mutmaßlich daran knüpfen würde; und da hat er ebenfalls die Annahme der Vorlage, mit der er an sich nicht einverstanden war, als das kleinere Übel betrachtet und seine Überzeugung und sein Verständnis dem allgemeinen Interesse untergeordnet.

Nun habe ich einigermaßen pro domo gesprochen, aber da ich mich hier in domo befinde, habe ich geglaubt, von den Fenstern meines Hauses aus so vor Ihnen sprechen zu dürfen. (Die Sonne kommt heraus; erlauben Sie darum, daß ich mich bedecke, und ich bitte Sie das gleiche zu tun, da ich mich sonst auch der Blendung aussetzen müßte.) Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß die Begeisterung, die uns mit den sechziger und siebziger Jahren in die Einheit hineingetragen hat, in der Gesamtheit des Volkes vermindert sei; sie ist nur in ihrer äußeren Wahrnehmbarkeit vermindert, ich möchte sagen: der Kanal, in dem sie strömt, ist schmaler geworden. Schmaler, wodurch? Durch die Zurückhaltung der parlamentarischen Körperschaften.

Ich habe von der Zeit an, wo ich aus dem Dienste geschieden, zuerst einer studentischen Deputation in Kissingen gegenüber die Mahnung ausgesprochen, festzuhalten an der Verfassung und an den Rechten, welche dieselbe jedem einzelnen verleiht. In demselben Sinne habe ich mich vor einem Jahre in Jena ausgesprochen, daß wir in heutigen Zeiten das Bedürfnis fühlen, daß die parlamentarische Mitwirkung sich schärfer akzentuiere. Statt dessen ist diese einigermaßen rückläufig geworden von dem Augenblick an, wo der Reichstag auf die Autorität, welche ihm die Verfassung verleiht, verzichtete und gewissermaßen abdizierte. Es war das in dem Moment, als er sich gefallen ließ, eine so wichtige Vorlage wie die Handelsverträge, die vorher ganz geheim gehalten wurden und ihm gänzlich unbekannt waren, obgleich sie für ein längeres Stadium gelten sollten, in acht Tagen zu erledigen. Die Volksvertreter waren nicht imstande, sich zu überzeugen, wofür sie ihre Stimme abgaben, noch sich von der Notwendigkeit einer so einschneidenden Vorlage zu überzeugen, die auf zwölf Jahre festgelegt wurde. Der Reichstag hätte sie prüfen können und dann annehmen, aber auf die Prüfung solcher Vorlage zu verzichten, das nenne ich eine Abdikation. Wie kam der Reichstag dazu? Ich darf wohl behaupten, infolge der Parteiungen.

Die Fraktionen stellten ihre Interessen in den Vordergrund und verzichteten auf eine Prüfung der Reichsinteressen gegenüber den Parteiinteressen, jede in der Furcht, daß eine andere Fraktion ihr den Rang ablaufen könne. Es wurde von ministerieller Seite nach dem Grundsatze divide et impera verfahren, und das Gewicht, welches der Reichstag in die Wagschale hätte einsetzen können, zerbröckelt, nullifiziert, so daß der Reichstag einer großen und entscheidenden Maßregel ohne Prüfung zustimmte und dies nach Maßgabe der Frist der Verhandlung offen erkennbar machte. Jede Fraktion hatte dieselben Befürchtungen, und wenn ich daran denke, so erinnere ich mich an eine Szene aus Schillers Wallenstein: „Willst du's nicht tun, so tut's der Pestalutz!“ Davor ängstigte sich jede

Fraktion und sagte: Ich bin ja ganz bereit. So kam es, daß das Gewicht des Parlamentarismus aufgehoben wurde. Nun, das Vakuum, welches die parlamentarischen Einflüsse bei uns lassen, wenn sie sich nicht genügend geltend machen, wird ja nicht von dem Monarchen, dem Könige eingenommen, sondern tatsächlich von der Bürokratie, der Beamtenhierarchie. Sie füllt das Leere aus, die Bürokratie, die nicht zu verwechseln ist mit dem Monarchismus, dieselbe Bürokratie, die 1806 und 1807 dem französischen Siegeszuge die Wege ebnete, und die 1848 den Barrikaden gegenüber haltlos zusammenbrach. Kein Oberpräsident war damals da, der nicht abwartete, was aus der Revolution in Berlin wurde. Das bürokratische Zimmerwerk ist so konstruiert, daß es ein Holzbau ist, kein Granitbau. Darauf können wir nicht sicher bauen. Die Volksvertretung ist dazu da, die Bürokratie zu korrigieren, zu zensurieren, ihr zu Hilfe zu kommen und sie vor Übergriffen zu bewahren. Dazu ist erforderlich, daß die Gesetzgebung das System der Geheimhaltung aufgibt. Wenn niemand weiß, was die Regierung beabsichtigt, und sie die Durchführung ihrer Absichten nicht vorbereitet, so kann keine Landesvertretung und kein Abgeordneter rechtzeitig ein Urteil gewinnen. Ich halte für richtig und habe als Minister danach gehandelt, daß die neuen Vorlagen, ohne Rücksicht darauf, ob sie populär waren oder nicht, in der offiziösen und amtlichen Presse zunächst bekanntgegeben wurden; von Überraschung und Zwangslage war dann auch keine Rede. Wenn dann vom Reichstag die Vorlagen abgelehnt wurden, so haben wir diese Ausübung seiner Berechtigung oft zwar mit bitterem Herzen, aber doch angenommen und uns auf eine andere Vorlage besonnen (Heiterkeit), durch welche wir unseren Zwecken näher zu kommen glaubten. Das, glaube ich, ist auch für die Zukunft der richtige Weg; dazu ist aber notwendig, daß die Beteiligung an den Regierungsgeschäften und an dem Schicksale der großen gesamten Nation nicht nur eine innere, gemütliche, sondern auch äußerlich erkennbarere wird, als es heut der Fall ist.

In diesem Sinne habe ich auch unseren Landsleuten aus dem Fürstentum Lippe, welche neulich hier waren, empfohlen, doch auch in ihrem kleinen Kreise mehr sich mit der Reichspolitik zu beschäftigen; diese gehört doch zu den Landesinteressen. Die deutsche Frage müßte in kleinen und großen Reichsländern stets die oberste Frage sein, über welche die Minister wegen ihrer Haltung im Bundesrate interpelliert werden sollten. Für manchen Minister mag es ja sehr bequem sein, wenn die Verhandlungen heimlich sind und er sich über sie nicht zu äußern braucht, aber für das gesamte Volksinteresse ist es nicht nützlich; da sollte immer Karten auf den Tisch gespielt werden. Es ist eine falsche Behauptung, wenn einige Blätter mir entgegenhalten, ich hätte dem Partikularismus das Wort geredet. Das Gegenteil ist richtig, dem Patriotismus habe ich das Wort geredet, der auch in den kleineren Parlamenten seine Blüten treiben sollte. Das ist nationaler Patriotismus, den ich auch Ihnen empfehle. Wenn ich damit Erfolg im Lande hätte, wäre es auch ausgeschlossen, daß die nationale Begeisterung rückgängig würde, und es würde auch im Auslande die Hoffnung verschwinden, daß sie in Dunst verfliegt.

Sie, meine Herren, tragen ja dazu bei, den Patriotismus im Inlande zu stärken, und man muß es so genau nicht nehmen mit dem, was ausländische Zeitungen über unsere inländischen Zustände bringen. Diese Äußerungen darüber sind zweifelhaft. Es ist aber doch in der Politik eine große Sache, die Autorität, die moralische, zu besitzen: Es gehört dies zu den Imponderabilien, es genügt nicht, daß man eine große Kriegsmacht hat, mit

der man zuschlagen kann, sondern es ist notwendig, daß man die moralische Autorität hat, um den Krieg zu vermeiden, und daß die schweren Lasten, die ein auch noch so siegreicher Krieg auferlegt, dem Lande erspart werden. Deshalb lege ich Wert auf das Ansehen des Reiches, dessen wir uns in der außerdeutschen Welt erfreuen. Es ist dies eine Sache nicht bloß nationaler Eitelkeit und nationalen Ehrgeizes, sondern ein seltenes und außerordentlich nützliches Kapital, mit dem man wuchern kann, und wenn eine Verminderung in unserem Ansehen nach außen eintritt, so leiden wir Schaden. Wenn man in jedem Provinziallandtage, in jeder Versammlung in Stadt und Land, sich für die Entwicklung des Reiches nicht nur gemütlich interessierte, sondern wenn dem Interesse auch Worte gegeben würden, so würde dem Schaden vorgebeugt werden, der daraus entsteht, daß man es totschweigt. Aus meinen jungen Jahren ist mir erinnerlich, daß überall, wo damals Deutsche zusammen waren, die deutsche Frage immer zuerst und am meisten erörtert wurde. Damals hatten wir die Einheit nicht, jetzt haben wir sie. Sollte sie dadurch, daß wir sie besitzen, an Wert für uns verloren haben? Ich kann es nicht denken. Aber es mindert den Glauben des Auslandes an die Festigkeit unseres Zusammenhanges, wenn wir die nationale Sache scheinbar mit Gleichgültigkeit behandeln.

Einen äußerlich erkennbaren Fortschritt hat das Interesse für unser deutsches Gesamtwesen nur an einer Stelle gemacht, wo wir es früher nicht suchen durften: das ist bei unseren Landsleuten polnischer Zunge. Die sind heut ministeriell geworden, was seit einem Jahrhundert nicht der Fall gewesen ist. Was sie damit erstreben, weiß ich nicht, aber ein altes Sprichwort lautet: timeo . . . dona ferentes. Ich glaube nicht, daß sie auf die Dauer ministeriell sein werden, wenigstens nicht die, welche die Träger der polnischen Bewegung sind, der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit. Das ist mir nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung doch mehr als zweifelhaft. Deshalb frage ich mich, wie beim Tode Talleyrands jemand fragte: „Was hat wohl der alte Fuchs damit beabsichtigt, daß er jetzt starb?“ So stehe ich der polnischen Bewegung und dem „deutschen Patriotismus“ der polnischen Edelleute gegenüber. Der Herr Vorredner hat die Versicherung gegeben, daß in Braunschweig die nationale Gesinnung unter allen Umständen lebendig geblieben sei, und ich kann dies Zeugnis aus meiner langjährigen amtlichen Tätigkeit nur bestätigen. Das ganze Volk der Braunschweiger, das bei uns nicht nur seit dem braunschweigischen Feldherrn im Siebenjährigen Kriege, seit dem Herzog, der den unglücklichen Zug durch das nördliche deutsche Land machte und bei Quatrebras den Heldentod starb, sondern zu allen Zeiten hervorragend war, — Braunschweigs Name hat immer einen guten Klang gehabt; die braunschweigischen Husaren und Infanteristen haben 1870 demselben eine brillante Auffrischung zu verleihen gewußt, und in ganz Preußen ist die Sympathie mit Braunschweig vielleicht lebhafter als mit irgendeinem anderen Reichslande, es sei denn die Erinnerung an den alten Dessauer. Aber der Name Braunschweig ist seit einem Jahrhundert in Preußen immer ein populärer gewesen, und die braunschweigische Politik hat dem Verlangen der Bevölkerung nach dem größeren Nachbarland immer Rechnung getragen.

Ich benütze diese Gelegenheit, um dem persönlichen Gefühle Ausdruck zu geben, welches mich an den Regenten Ihres Landes, den Prinzen Albrecht von Preußen, knüpft. Schon sein Vater ist mir stets ein gnädiger Herr gewesen. Der jetzige Regent hat seine

Ansicht nicht geändert, er machte, ob ich Minister oder Privatmann war, keinen Unterschied (Lebhaftes Bravo!), und es ist meinem Herzen eine Wohltat, wenn Sie mit mir auf das Wohl Ihres Regenten, des Prinzen Albrecht, ein Hoch ausbringen.

Ansprache auf dem Bahnhof in Hannover.

29. Juli 1893.

Am 29. Juli 1893 trat der Fürst seine Reise zur Kur nach Kissingen an. In Hannover erwidert Fürst Bismarck auf die Ansprache des Stadtdirektors Tramm:

Ich danke verbindlichst für Ihre freundliche Begrüßung, meine Herren. Es ist nach zehn Jahren das erste Mal wieder, daß ich die Hauptstadt Niedersachsens wiedersehe. Als ich seinerzeit zum ersten Male hierher kam, glaubte ich kaum, daß ich den Tag noch erleben würde, den wir heute schreiben. Jetzt, wo ich weniger krank nach Kissingen fahre als damals, bin ich ja von der Bühne zurückgetreten und habe mich in den Zuschauerraum zurückgezogen, von wo ich mir erlaube, mitunter eine Kritik, aber immer eine wohlwollende und vom nationalen Gesichtspunkte, der auch meine Politik durchsetzt hat, ausgehende, zu geben. —

Für mich war die Herstellung der deutschen Einheit Lebenszweck; ich habe dieselbe ja auch bis zu einem Grade erreicht, der höher ist, als ich zu jener Zeit voraussetzen konnte. Damals war es kaum anzunehmen, daß ein preußischer Minister und Kanzler in Hannover so aufgenommen, so empfangen würde, wie es jetzt geschehen ist! Es ist das ein reiner und uninteressierter Zug der Dankbarkeit und des Wohlwollens, den ich hier wahrnehme. Daß ich hier und in den meisten deutschen Ländern so geehrt werde, tut mir wohl, und ich werde darauf bis ans Ende meiner Tage mit Befriedigung zurückblicken. Für Ihre herzliche Begrüßung nehmen Sie meinen besten Dank.

Ansprache auf dem Bahnhof in Göttingen.

29. Juli 1893.

Auf die Begrüßungsansprache des Prorektors der Universität Prof. Merkel antwortet Fürst Bismarck:

Er danke herzlich für die freundliche Begrüßung in der alten Musenstadt. Vor sechzig Jahren sei er in die Tore von Göttingen eingezogen als flotter, frischer Student, und er müsse sagen, von allen den Orten, denen er seine Bildung verdanke, sei ihm Göttingen noch jetzt der liebste, da so schöne Jugenderinnerungen ihn an diese Stadt bänden. Zuviel gearbeitet habe er hier freilich nicht. Jetzt sei die Zeit eine andere; sie erfordere auch von der studierenden Jugend ernsten Fleiß. Man rede jetzt soviel von einem Normalarbeitstage. Auch der Student möge sich einen solchen angewöhnen, wenn auch nicht von acht, so doch von vier Stunden. Das mache in vier Studienjahren mehr als viertausend Arbeitsstunden, und in solchen könne man recht viel lernen. Er erwidere die freundliche Begrüßung mit einem Hoch auf Göttingen und die Studentenschaft.

Ansprache an den bayrischen Volksschullehrerverein.

11. August 1893.

Im Anschluß an die 12. Hauptversammlung des bayrischen Volksschullehrervereins, die in Würzburg getagt hatte, kamen am 11. August 600 Mitglieder, viele mit ihren Frauen, nach Kissingen und wurden im Hofe der oberen Saline vom Fürsten Bismarck empfangen. Dem Lehrer Dittmar, der im Namen der Amtsgenossen den Fürsten Bismarck begrüßt, erwidert der Fürst:

Ich danke Ihnen für die freundliche Begrüßung. Es ist richtig, daß ich auch in diesem Jahre in Kissingen, wohin ich nun seit bald zwanzig Jahren komme, Gesundheit und Heilung von mancherlei Leiden gefunden habe. Ich habe immer hier und in anderen bayrischen Landen eine freundliche Aufnahme gefunden und freue mich auch besonders Ihrer Begrüßung, sowohl im Rückblick auf die Vergangenheit als im Ausblick auf die Zukunft; im Rückblick auf die Vergangenheit insofern, als Ihr Erscheinen mir wohl einen Anteil an der Urheberschaft der Beziehungen Bayerns und der Bundesstaaten zum Deutschen Reich zuerkennt; im Ausblick auf die Zukunft insofern, als unsere nationale Zukunft zu einem großen Teil in den Händen der deutschen Lehrerschaft liegt. (Bravo!)

Die Schule hat an unseren nationalen Institutionen einen erheblichen Anteil, und unsere Schule — und darin macht wohl der kleinste Staat keine Ausnahme — ist wie unser deutsches Offizierkorps eine spezifisch deutsche Einrichtung, welche uns andere Nationen so leicht und so rasch nicht nachmachen werden. (Stürmisches Bravo!)

Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die von der Schule in die Jugend gesenkten Keime Früchte getragen und uns ein nationales politisches Bewußtsein und eine politische Besonnenheit gebracht, welche uns früher nicht eigentümlich war.

Der mächtige Einfluß, welchen die Gesamtheit der Lehrer auf die nationale Erziehung nimmt, besteht darin, daß das deutsche Kind gleichsam wie ein unbeschriebenes Blatt dem Lehrer in die Hand gegeben wird, und was dieser zuerst im primären Unterricht darauf schreibt, bleibt mit unzerstörbarer Schrift fürs ganze Leben. Die jugendliche Seele ist ja weich und empfänglich, und jeder erfährt es, daß das, was er vom siebenten bis zum fünfzehnten Jahre gelernt hat, ihm auch unvergessen ist bis ins Greisenalter, daß es ihm klarer und verfügbarer bleibt als später Erworbenes. In dieser Bildsamkeit der Jugend, in dem Festwachsen der Kindheitseindrücke liegt die Gewalt des deutschen Lehrerstandes über die deutsche Zukunft. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit gesagt: Wer die Schule hat, hat die Zukunft.

Welchen Einfluß die Schule auf den nationalen Charakter zu üben vermag, dafür gibt uns Frankreich ein Beispiel. Ich habe bei meinem Aufenthalte daselbst, im Krieg und Frieden, die dortigen Schuleinrichtungen kennenzulernen Gelegenheit gehabt, und man hat dort einen Weg eingeschlagen, der für unsere deutsche Heimat nicht zu empfehlen wäre. Die sonst hochgebildete Nation wird uns nicht zum wenigsten zu einem unbequemen Nachbar durch den Einfluß ihrer Schule, welche den Chauvinismus, die nationale Eitelkeit, die Unwissenheit in Geographie und Geschichte anderer Völker großzieht. Seit Napoleon I. ist insbesondere der französische Geschichtsunterricht eine große Geschichtsfälschung, die nicht ohne schädigenden Einfluß bleiben kann.

Aus diesen Tatsachen, wie wir sie in Frankreich beobachten, sollte man Anlaß nehmen, nach den Worten „Erkenne dich selbst“ die minder glücklichen Eigenschaften unserer Nation durch die Schule zu bekämpfen. Aufgabe der Schule ist es z. B., dem früheren Hang unserer Landsleute zu Sonderverbindungen, welche von dem nationalen Gedanken ableiteten, entgegenzutreten. Ein Blick auf jede alte Karte vor 1800 mit den vielen Reichsdörfern, Reichsstädten, Reichsklöstern zeigt, wohin diese Neigung zum Zerreißen des Ganzen führte; jeder wollte von dem Mantel der kaiserlichen Nation einen Fetzen sich aneignen. Für die Schule ist es eine dankbare Aufgabe, auf die Festigung des Gefühls, daß wir alle Deutsche sind, hinzuwirken.

Ich spreche hier nicht gegen den Partikularismus, wie er von zentralisierenden Interessen bekämpft wird. Der Partikularismus ist durch die Vervielfältigung höfischer wie parlamentarischer Bildungsstätten im nationalen Konto ein wertvolles Saldo, das keine Gefahr, sondern eher eine Stütze für unser Zusammenhalten ist. Mit dem Partikularismus verbindet sich Treue und Anhänglichkeit an die einzelne Dynastie, und das ist notwendig. Denken wir uns als Fiktion, alle Dynastien Deutschlands verschwänden, glauben Sie, wir blieben einig? Ich glaube nein. (Zustimmung.)

Selbst von Preußen, so fest es gefügt ist, glaube ich nicht, daß es ohne Dynastie so fortbestehen würde.[1] Die Dynastien sind der Senat der Nation, und sie sind als Bindemittel zur Einigkeit der Nation notwendig.

Die Dynastien haben sich früher heftig bekämpft, und wir selbst, wenn ich als Preuße spreche, haben mit Bayern und grade auch hier in Kissingen Krieg geführt. Das war ein Unglück, auf das ich nicht gerechnet hatte,[2] aber mit dem ich schließlich rechnen mußte. Der Gedanke war ursprünglich der, daß, als Preußen und Österreich wegen des Dualismus stritten, aus dem einer ausscheiden sollte — das war der Zweck des Krieges —, die anderen Staaten unparteiisch bleiben würden. Die anderen Staaten griffen aber in den Kampf mit ein.

Jene Zeit ist heute, nach fast dreißig Jahren, ein überwundener Standpunkt, und schon 1870, vier Jahre nach dem Bruderkriege, als manche von deutscher Kugel geschlagene Wunde noch nicht geheilt war, war jene unglückliche Zeit vergessen. Nicht nur der König von Bayern, das ganze bayrische Volk trat mit Begeisterung, als es die deutsche Grenze bedroht sah, für den Krieg ein. Als man sah, wie tapfer die Bayern auf dem Schlachtfelde sich schlugen, wie gute Kameradschaft sie hielten, da hatte man das tröstliche Gefühl, daß die Tage von 1866 keine unheilbaren Wunden geschlagen hatten.

Wir sind nun eine einheitliche, große Nation geworden und haben die Einrichtungen gefunden, als Nation zu leben und zu atmen und eine gleichberechtigte Rolle neben England, Rußland und Frankreich zu spielen, welche ihre Einheit früher begründeten.

In diese Zusammengehörigkeit sind wir so fest verwachsen, daß es schwer sein wird, uns auseinanderzubringen, und selbst wenn Mißgriffe in der Politik gemacht werden sollten, so werden die einzelnen Stämme sich darob nicht bekriegen, sondern diese Miß-

---

[1] Vergl. das Kapitel „Dynastien und Stämme“ der „Gedanken und Erinnerungen“.

[2] Bismarck hoffte im Frühjahr 1866, den bayrischen Minister v. d. Pfordten zur Neutralität bestimmen zu können.

verständnisse auszugleichen sich bemühen. Ich habe schon früher einmal gesagt, uns auseinanderzubringen, würde schwieriger sein, als uns zusammenzubringen, eine Aufgabe, an der ich auch mitgearbeitet habe. Es wird unsere Aufgabe nicht erschweren, wenn wir gute Bayern und gute Sachsen haben, ich wünsche jedem Staat so viel Freiheit als möglich, insofern nicht unsere militärischen und Zolleinrichtungen darunter leiden. Wir sollen, wo es notwendig ist, zusammengehen, sonst aber nachsichtig gegen die Eigentümlichkeiten der einzelnen Staaten sein, in denen diese groß geworden sind und sich wohlbefinden. Zu diesen Eigenarten tragen die Dynastien wesentlich bei. Die bayrische Dynastie war früher und jetzt eine mächtige und starke Stütze des Reiches, und ich bitte Sie in Anerkennung dieser Tatsache mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold, unser gnädigster Herr, er lebe hoch!

Ansprache an den Barmer Gesangverein „Orpheus".

18. August 1893.

Nach einer Kunstreise durch Thüringen huldigt der Verein dem Fürsten Bismarck in Kissingen. Prof. Hörter versichert dem Fürsten in seiner Ansprache, daß in dem politisch so verschrienen Wuppertal alle Parteien einig seien in der Verehrung des Fürsten. Dieser erwidert:

Ich danke Ihnen für Ihre warme Begrüßung und beginne meine Erwiderung mit einem Protest gegen das, was Ihr Herr Vorstand über das Wuppertal gesagt hat. Ich kann das Tal als verrufen nicht anerkennen; für mich hat das Wuppertal eine politische Bedeutung dadurch gewonnen, daß ich hier zum ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes als Reichstagsabgeordneter gewählt wurde, also nicht nur in Elberfeld, sondern auch im Wuppertal die meisten Stimmen für mich hatte, ohne daß ich mich darum beworben hatte.[1]

Auf dem Gebiet der Musik bin ich Ihnen leider nicht ebenbürtig. Bei der Überbürdung im Unterricht in meiner Jugend ist die Musik zu kurz gekommen. Trotzdem fühle ich nicht weniger Liebe zu ihr. Aber dankbar bin ich der Musik, daß sie mich in meinen politischen Bestrebungen wirkungsvoll unterstützt hat. Des deutschen Liedes Klang hat die Herzen gewonnen; ich zähle es zu den Imponderabilien, die den Erfolg unserer Einigkeitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert haben. Wenige der Herren dürften alt genug sein, um sich der Wirkung zu erinnern, die 1840 das Beckersche Rheinlied erzielte. Damals war dieses Lied mächtig, und bei der Schnelligkeit, mit der es von der Bevölkerung, die meist noch partikularistisch war, aufgegriffen wurde, hatte es die Wirkung, als ob wir ein paar Armeekorps mehr am Rhein stehen hätten, als es tatsächlich der Fall war. Näher liegt uns der Erfolg der „Wacht am Rhein". Wie manchem Soldaten hat das Singen dieses Liedes im winterlichen Biwak, wo es oft an ordentlicher Nahrung fehlte, eine wahre Herzensstärkung gewährt, und das Herz und dessen Stimmung ist ja wichtig fürs Gefecht. Numerische Mehrheit tut es im Kriege nicht, moralischer

---

[1] Am 21. Februar 1867 wurde bei der engeren Wahl in Elberfeld Graf Bismarck mit 10 199 Stimmen von 17 181 abgegebenen Stimmen zum Mitgliede des verfassunggebenden Reichstags gewählt, lehnte aber am 26. Februar die Annahme des Mandats ab, da er schon im Jerichowschen Wahlkreis gewählt worden war und die Wahl angenommen hatte.

Halt ist notwendig, und dieser erhielt 1870 auch unseren Soldaten den Mut aufrecht, daß wir die Schlachten gewonnen haben; bei einigen waren wir in der Mehrheit, aber auch da, wo wir in der Minderzahl waren, haben wir durch die Qualität unserer Truppen gesiegt. Was war der Grund unserer Überlegenheit? Er lag im Herzen, in der Begeisterung, die unsere Disziplin auch da erhielt, wo sie unter ähnlichen Umständen bei den Franzosen schon gelockert worden war. Und so möchte ich das deutsche Lied als Kriegsverbündeten für die Zukunft nicht unterschätzt wissen, Ihnen aber meinen Dank aussprechen für den Beistand, den die Sänger mir geleistet haben, indem sie den nationalen Gedanken oben erhalten und ihn über die Grenzen des Reiches hinausgetragen haben. Unsere Beziehungen zum verbündeten Österreich, unserem mächtigsten Bundesgenossen, liegen mehr auf kulturellem als auf anderen Gebieten, und die Musik hat an diesen Beziehungen redlichen Anteil. Wir wären kaum in gleich enger Verbindung mit Wien geblieben, wenn nicht Haydn, Mozart, Beethoven dort gelebt und ein gemeinsames Band der Kunst zwischen dem Niederrhein und Wien geschaffen hätten. Ja selbst unsere Beziehungen zu unserem dritten Bundesgenossen, Italien, waren musikalischer Natur früher wie politischer. Die ersten Eroberungen, die Italien bei uns gemacht hat, sind musikalische gewesen. Ich bin kein Gegner der italienischen Musik trotz meiner Vorliebe für die deutsche; im Gegenteil, ich bin ein großer Freund derselben.

In diesem Sinne spreche ich Ihnen, den Pflegern der Musik, meinen Dank aus. Pflegen Sie das deutsche Lied auch ferner. Das deutsche Lied, sowie es ernst wird, nimmt immer Anklang ans Vaterland; bis in die Studentengelage hinein kommt immer dieser Grundgedanke zur Geltung; so auch in den ersten Liedern, welche ich heute von Ihnen gehört habe: „Herz und Hand fürs Vaterland“ ist immer der Grundton. Der Deutsche kann sich der Wirkung des Liedes nicht entziehen; er kommt in die richtige Stimmung, wenn er Musik hört; daher bin ich jedem Landsmanne dankbar, der dazu mitwirkt, obwohl ich nicht mit Ihnen in Reih und Glied stehen kann. Es ist ein glücklicher Umstand, daß von unseren herrschenden Familien keine der Musik feindlich ist, sondern alle sie pflegen. Diese Kunst würde nicht in so hoher Entwicklung bei uns stehen, wenn sie nicht an den Höfen rege Pflege fände. Kommen Sie in eine französische oder russische Provinzialstadt, so werden Sie in dieser Beziehung nicht das Nämliche finden wie in Barmen und Elberfeld, die doch ebenfalls ohne höfisches Leben sind. In Ihrem Landesteil sind ja Parteiungen, im ganzen Reiche überall, aber all diese Parteien sind verschwunden, wenn die Sachen ernst werden wie 1866, wo der Krieg nicht einmal populär war, und gar 1870, wo nicht nur alles einig war, sondern wo es mit Sturmesgewalt vorwärts ging. Und so wird es auch in Zukunft bei jeder Gefahr sein. Wir Deutsche sind wie ein Ehepaar: wenn alles ruhig und still ist, zankt man sich wohl ein wenig; wenn aber ein Nachbar sich einmischt, so fallen Mann und Frau vereint über ihn her. (Heiterkeit.)

So war es bei uns Deutschen im Kampf mit Frankreich; er machte uns einig. Sie aber bitte ich, bringen Sie mit mir ein Hoch aus auf meinen ersten Wahlkreis, auf das Wuppertal!

Ansprache an die Thüringer.

20. August 1893.

Bei einer Huldigung von etwa 1000 Thüringern nimmt Fürst Bismarck das Wort zu einer hochbedeutsamen Rede über die Reichsverfassung. Im Jahre 1892 war wegen der schweren Differenzen in der Schulvorlage Caprivi als preußischer Ministerpräsident zurückgetreten und hatte diese Stellung dem Grafen Botho Eulenburg überlassen. Dadurch veranlaßt sprach die unitarisch gerichtete Presse von einer „Reichsregierung“ an deren oberster Spitze wie in Preußen der Kaiser zu stehen schien. Bismarck betrachtete mit schwerer Sorge diese Verdunkelung der föderalistischen Reichsverfassung und die schweren politischen Folgen der Trennung von Reich und Preußen. Deshalb bringt er bei dieser Gelegenheit das Wesen und den Sinn der Reichsverfassung in Erinnerung:[1]

Meine Herren und Damen, ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, mich zu begrüßen und mir die wohltuende Anerkennung, die in dem Liede lag, das Sie gesungen haben, und das ich schon in Eisenach bei meiner Ankunft in Thüringen gehört habe, durch Ihre Gegenwart zu bestätigen und zum Ausdruck zu bringen.

Sie kommen hierher zu einer Zeit, in welcher für mich historische Erinnerungen immer besonders lebendig sind: die Erinnerungen an die großen geschichtlichen Begebenheiten der Augustwoche, wo in der Nähe von Metz vor nunmehr dreiundzwanzig Jahren die Siege erfochten wurden, welche die Grundlage gebildet haben zur Einigung und Entstehung des Deutschen Reiches, zu unserer heutigen nationalen Existenz.

Es ist heute der 20. August, der Jahrestag eines schmerzlichen Rückblicks auf die Verluste, die unser Heer in jener Woche erlitten hatte, die unsere Befürchtungen weit überstiegen, und die damals eine niederschlagende Wirkung der Trauer auf uns übten.

Die Opfer, welche die Woche vor Metz gefordert hat, sind im weiteren Verlaufe des Feldzuges ja noch schwerer geworden. Nichtsdestoweniger werden wir im Rückblick auf die Erfolge von heute den Preis, den wir für die Errungenschaften bezahlt haben, nicht zu hoch finden, und mit Ausnahme derjenigen, die schwere Verluste ihrer Angehörigen oder Verwundungen erlitten haben, muß heutzutage jeder sagen: Das Erworbene war der Opfer wert; wir betrauern die Opfer, aber wir sehen, daß sie nicht umsonst waren.

Daraus dürfen wir eine Schätzung des Wertes der Errungenschaften entnehmen, die solcher Opfer wert waren, eine Schätzung, die uns verpflichtet, das Errungene mit großer Sorgfalt zu hegen und zu pflegen (Bravo!) und stets eingedenk zu sein der Größe der Opfer, die dafür gefallen sind, und wir müssen es als eine Sünde gegen die Manen der Geschiedenen ansehen, wenn wir in jetziger Friedenszeit nicht tun, was wir können, um zu erhalten, was sie uns erkämpft haben, was durch sie uns erworben worden ist. (Bravo!)

Was uns erworben wurde, ist in erster Linie die nationale deutsche Einheit, die im Laufe der Jahrhunderte wiederholt zustande kommen sollte, aber trotz aller Bemühungen niemals erreicht wurde und nur unter der Asche fortglomm. Dieses Gefühl der Einheit, das Nationalgefühl, ist ja nicht wägbar und kein materielles, man kann davon nicht essen und trinken, es auch nicht in Geldwert umsetzen. Aber wie hoch wir es halten, das zeigt die Stimmung der ganzen Nation, so oft von der Einheit die Rede ist; das zeigt der Besuch, den Sie mir heute machen, und das zeigen die Besuche der anderen deutschen Stämme, die

[1] Vergl. auch den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 22. März 1894 bei H. Hofmann, a. a. O., Bd. 2, S. 251 ff.

in der Hauptsache doch Anerkennung des Erworbenen und Zufriedenheit mit demselben bekunden.

Und in dieser Auffassung ist mir eine Begrüßung wie die Ihrige heute von hohem Wert, indem ich darin nicht nur die Anerkennung der Vergangenheit und der Leistungen der einzelnen Personen erblicke, sondern zugleich eine Bürgschaft der Dauer, daß Sie das Errungene nicht wieder loslassen wollen. (Beifall.)

Nächst dem Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit ist eine zweite Errungenschaft die erhöhte Sicherheit gegen äußere Angriffe und Kriege. Die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit wird dadurch erhöht, daß wir zusammenstehen und auf diesem Wege die Kraft, die in der Nation steckt, zur vollen Geltung bringen.

Außerdem haben wir ein materielles Unterpfand unserer nationalen Sicherheit in der Vorrückung unserer Grenze nach Westen auf den alten Grenzzug der Vogesen erworben. Dadurch sind wir gegen die seit Ludwig XIV. ununterbrochenen Bedrohungen gedeckt. Durch Vorschiebung des französischen Gebiets nach Metz und Straßburg war gleichsam ein Keil in das deutsche Land getrieben worden, und die Franzosen konnten immer schneller in Stuttgart sein als die Norddeutschen. Durch die Siege von Weißenburg und Wörth ist der Zusammenhang zwischen Nord und Süd sichergestellt worden. Daß dieser materielle Übelstand gehoben wurde, ist besonders für die früheren Grenzländer Baden und Württemberg wesentlich und von beruhigender Wirkung. Halten wir nicht aneinander fest, so werden wir auch nicht imstande sein, die Bollwerke festzuhalten, die wir an Metz und Straßburg gewonnen haben. Daher möchte ich vor allem strenges Festhalten an Einheit und Einigkeit allerseits empfehlen.

Es ist uns, seit wir einig sind, gelungen, den Frieden nunmehr zweiundzwanzig Jahre zu erhalten; ein annähernd ähnliches Resultat ist ein Menschenalter früher vom gesamten Europa, von Moskau bis Spanien, erreicht worden, doch nicht so dauerhaft. Die Ergebnisse des Wiener Kongresses und des zweimaligen siegreichen Einrückens des verbündeten Europa in Paris wurden wesentlich bedroht durch die Julirevolution 1830, und sie brachen zusammen mit dem Jahre 1848.

Daß wir nun mit diesem Nachbar, den wir nun einmal haben, und den uns Gott gegeben, um uns wachsam zu erhalten und uns vor dem Einschlafen auf unseren Lorbeeren zu bewahren — daß wir mit diesem Nachbar zweiundzwanzig Jahre in Frieden gelebt haben, obschon inzwischen die Republik, also eine schwerer regierbare Form, dort zur Herrschaft gelangt ist, das beruht doch wesentlich auf dem Schwergewicht, das Deutschland durch seine Einigkeit erworben hat. Es ist nicht mehr so leicht, Deutschland anzugreifen, man würde in Paris nicht mehr mit sicherem Gefühle: „à Berlin!“ schreien wie zu einer Vergnügungsreise. Es ist ihnen zum Bewußtsein gekommen, welche Macht in unserem Volke steckt.

Darum möchte ich bitten, allen Anwandlungen zu widerstehen, die von verschiedenen Seiten an uns herantreten, an dem, was wir haben, zu nörgeln und zu bröckeln. Manches wird vorgebracht, was darauf abzielt, an unserer Verfassung zu bröckeln, ohne daß man weiß, was man an seine Stelle setzen soll. Offiziöse Preßblätter machen heute Versuche, an unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen im Sinne des Unitarismus zu verbessern. Das Bessere ist aber oft des Guten Feind.

Meine Freunde — ich meine die Nationalliberalen — hatten im Jahre 1848 andere, mehr unitarische Gedanken über die deutsche Zukunft, aber sie kamen damit nicht zum Ziel, und zwar weil ihre Durchführung in dieser Form den uns gemeinsamen Empfindungen nicht entsprochen hätte und mehr nach der Schablone als nach dem deutschen Gemütsleben gerechnet war. Sie hatten nicht gewußt oder nicht für wichtig gehalten, daß die materielle Macht in Deutschland bei den Dynastien lag. Sie hatten die Einheit ohne diese geplant und machten sie sich zu Gegnern, während wir doch Feinde genug in Europa hatten und sie nicht zu suchen brauchten. Ich glaube, es war richtig, alles zu schonen, was nicht unmittelbar in der Richtung des Einheitsgedankens lag und dem Ausland gegenüber irgend zu ertragen war. In diesem Sinne ist es mir eine besondere Freude, daß die Kundgebungen des Wohlwollens und die Anerkennung der Vergangenheit mir namentlich auch außerhalb des größten deutschen Staates zuteil werden. Solange Sie alle damit zufrieden sind, steht die deutsche Einigkeit auch fest. Zu meinen preußischen Landsleuten aber, die damit nicht zufrieden sind, sage ich: „Ihr seid Partikularisten und kennt nicht, was außerhalb Preußens ist."

Ich habe eben noch eine Karikatur gefunden, wo mir ein eifriger Feind die Pflege der Kleinstaaten zum Vorwurf macht. Ich habe das mit Vergnügen und Genugtuung gesehen: ich bin niemals Unitarier gewesen. In derselben Karikatur wurde mir vorgeworfen, ich hätte in dieser Beziehung meine Gesinnung geändert: das ist eine frivole Beschuldigung. Ich habe von Anfang an gesagt: Wir müssen unsere Kleinstaaten, mit denen wir leben, schonen und erhalten; wir müssen sie heranziehen zu dem gemeinsamen Werke, und wenn man das Gegenteil tun wollte, wie heute in mehr oder weniger offiziösen Kreisen angedeutet wird, wenn man eine unitarische Zentralmacht, eine kaiserliche Regierung in Deutschland schaffen will, die bisher verfassungsmäßig nicht existiert, dann sehe ich mit Besorgnis auf diese Symptome hin. (Beifall.)

Für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht freundlichen Fürstenresidenzen verschwänden aus Ihrem Berglande und deren Macht sich konzentrierte in einem kaiserlichen Oberpräsidium, das in Erfurt residierte. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien (Lebhaftes Bravo!), und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen; sie sind mit den Rechten und Bürgschaften, die ihnen geblieben sind, zufrieden, mehr, als ich erwartet hätte. Das ist ein positiver Wert. Die Dynastien, die wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen.

Die Vorwürfe, die man mir macht, ich hätte früher anders gedacht, sind vollständig aus der Luft gegriffen; es ist die heute so übliche Verwechslung des Sachlichen mit dem Persönlichen. Man wirft mir vor, daß ich der Regierung Opposition mache. Ich fürchte diesen Vorwurf nicht. Wenn ich agitieren wollte, so brauchte ich nur eine Rundreise in Deutschland zu machen (Heiterkeit), Volksversammlungen abzuhalten und breit zu drücken, was ich an den Maßnahmen auszusetzen habe. Das ist mir nie im Traume eingefallen. Wenn mich aber politische Freunde besuchen, so mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Das Lügen habe ich auch als Diplomat nicht gelernt (Lebhaftes Bravo), und ich betrachte einen Besuch wie den Ihrigen doch als eine stumme Frage, wie ich über Menschen und Dinge denke. Deshalb spreche ich mich darüber aus.

Seit meinem Austritt aus dem Amt habe ich die erste politische Äußerung hierüber

einer Studentendeputation hier in diesem Saal getan, die etwas verwundert war über den Akzent, den ich auf die Erhaltung der Reichsverfassung legte.

Ich bedaure in hohem Grade die Trennung des Reichskanzleramtes von dem preußischen Ministerpräsidium. Die Ämter der Verwaltungsbeamten des Reichs, von denen der Kanzler der erste ist, sind lediglich exekutive und entbehren auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Berechtigung zur Mitwirkung. Ich habe mit Verwunderung gelesen, daß in Frankfurt der preußische und der bayrische Minister und andere unter dem Vorsitze des „Reichsschatzsekretärs“, eines Unterbeamten des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler, getagt haben. Die Bedeutung des Reichskanzlers beruht auf seiner Stellung als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als welcher er die siebzehn preußischen Stimmen im Bundesrat zu instruieren berechtigt ist. Als Reichskanzler selbst ist er Vorgesetzter derjenigen Verwaltungen, die im Besitze des Reiches sind, als Post usw. In der Gesetzgebung der Bundesländer hat er nicht weiter mitzuwirken, als die Vorlagen des Bundesrats an den Reichstag zu bringen. Aber innerhalb der Gesetzgebung hat weder Seine Majestät der Kaiser noch der Reichskanzler eine andere Tätigkeit zu entfalten, als die Publizierung der vom Bundesrat und Reichstag votierten Gesetze. Der Kaiser hat im Bundesrat keine Stimme, sondern nur der König von Preußen. Und deshalb ist notwendig, daß im Bundesrat nichts vorgebracht werde, was nicht vorher die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums gefunden hat. Alle an den Bundesrat gehenden Vorlagen des „Präsidiums“ sind verfassungsmäßig vorher der Kritik des preußischen Ministeriums zu unterstellen; dies ist in der letzten Zeit nicht immer mit der nötigen Genauigkeit beobachtet worden. Ich habe im Dienst ja vorzugsweise den Titel „Reichskanzler“ geführt, das war aber ursprünglich nicht meine Absicht, indem der Reichskanzler zuerst nichts anderes als der frühere preußische Bundestagsgesandte im alten Sinne sein sollte mit dem Titel eines Präsidialgesandten, und es war beabsichtigt, ihm zugleich die Leitung der deutschen Abteilung im preußischen auswärtigen Ministerium zu übertragen.

Dieser Entwurf änderte sich, nachdem der Reichstag beschlossen hatte, daß der Bundeskanzler der verantwortlich kontrasignierende Beamte für die Anordnungen des Präsidiums, heute des „Kaisers“, sein solle. Nachdem dies rechtsbeständig geworden, mußten der auswärtige Minister und der Kanzler kombiniert werden, da der König nicht zwei konkurrierende auswärtige Ratgeber haben konnte. Es war rein zufällig, daß ich den Titel Reichskanzler gewohnheitsmäßig führte, meine Kompetenz lag in der Eigenschaft des leitenden preußischen Ministers, dessen Organ ich selbst als Reichskanzler war. Ich möchte nicht, daß meine Titelwahl zum Schaden in der Entwicklung des Reichs durch Übertreibung der Stellung des Reichskanzlers wird; der Reichskanzler mit den wenigen Räten, die er um sich hat, kann die Tätigkeit des preußischen Gesamtministeriums nicht ersetzen mit dessen hundert oder tausend eingeübten Räten, die mit dem Volksleben durch ihren täglichen Dienst in Fühlung stehen und damit sachkundig vertraut sind. Es ist eine verfassungswidrige Künstelei, wenn man den Reichskanzler als den verantwortlichen Träger unserer Gesetzgebung aus seiner preußischen Stellung herauslöst, oder wenn man den Reichsschatzsekretär als eine verantwortliche Persönlichkeit hinstellen will, während er nur Untergebener des Reichskanzlers ist. Ob er nun Posadowsky oder Schraut heißt, ist

ganz gleichgültig; er ist nur ausführender Beamter, hat keine Verantwortung für unsere Gesetzgebung, und sie ihm beizulegen, ist eine tendenziöse Abweichung von der Verfassung. Ich halte die Tendenz dazu, wie sie in offiziösen Blättern Ausdruck gefunden hat, für schädlich und gefährlich. Wir dürfen im Unitarismus nicht über die Verfassung hinausgehen. Die Verfassung hat nicht nur der Opfer an Blut und Leben genug gekostet und ist deren wert gewesen, sondern es war auch eine außerordentlich schwere Arbeit, die seit Jahrhunderten kämpfenden divergierenden Interessen unter einen Hut zu bringen, und zwar in der Weise, daß schließlich alle — zwar nicht zufrieden waren, aber doch — zustimmten. Wenn daran gerüttelt wird, so macht mir das für mein Alter schwere Sorgen. Ich bin ja nicht mehr verantwortlich, aber ich würde ein Gefühl der Feigheit haben, wenn ich dazu schweigen wollte (Beifall), wenn sich die Dinge so gestalten, daß sie ein Abbröckeln der Verfassung bedeuten.

Aber ich bin der Meinung, daß jeder meiner Landsleute dasselbe Bedürfnis hat, die Reichsverfassung aufrechtzuerhalten, und dieselbe Pflicht, wie ich, dafür einzutreten. Es ist ja ganz natürlich, daß die leitenden Persönlichkeiten des neuen Kurses nicht dieselbe Vertrautheit mit der Situation und Stimmung in Deutschland und im Ausland besitzen, wie sie beim alten Kurs und unter dem alten Kaiser durch vierzigjährige Erfahrung gewonnen worden waren (Lebhaftes Bravo!) im Frontdienste des diplomatischen und parlamentarischen Lebens.

In solchen Fällen muß jeder seinen Teil zur Richtigstellung unserer Politik beitragen, und dazu mitwirken, daß die Regierungen davon Kenntnis erhalten; darunter verstehe ich die Regierungen Preußens sowohl wie der nichtpreußischen Bundesstaaten. Alle deutschen Landtage sollten sich in dieser Hinsicht tätiger zeigen; die Sorge für die deutsche Sache sollte in jedem deutschen Landtage die erste Nummer der Tagesordnung sein; das heißt die Frage: Geschieht, was unser schwer erkämpftes Gut schädigen kann oder nicht?[2]

Ich hatte erwartet, daß Anträge in dieser Richtung bis zum Bundesrate gelangen würden, aber die lebhafte Beteiligung an den nationalen Fragen hat abgenommen, weil man die Einheit jetzt als einen Besitz betrachtet, der immer war und nicht mehr verloren gehen kann. Die alten Leute, die das erlebt haben, wie ich zum Beispiel 1833 auf einer Fußwanderung durch die thüringischen Staaten viele Unannehmlichkeiten mit Paß und Zoll erfuhr, werden immer seltener. Das ist jetzt anders geworden, aber man bildet sich ein, es sei immer so wie heute gewesen.

Man wirft mir vor, ich hätte früher jeden Widerstand gegen die Zentralisation bekämpft. Das ist eine Verwechslung zwischen Sache und Person. Ich bin mit den Vorlagen, die ich als Minister selbst eingebracht hatte, natürlich einverstanden gewesen und habe die Opposition dagegen bekämpft mit mehr oder weniger Heftigkeit, wie sie eben in der Persönlichkeit liegt. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn ich mit einer ministeriellen Vorlage nicht einverstanden bin, wenn ich sie schädlich finde, wie das heute mitunter vorkommt. Als Minister konnte ich die Vorlagen, die ich einbrachte, nicht bekämpfen; soll ich deshalb über Vorlagen, die ich mißbillige, jetzt schweigen, bloß weil sie ministerielle sind? Wenn ich von der höchsten Geschäftsleitung auch für unfähig gehalten worden bin, so kann ich doch dadurch, daß ich ein Menschenalter hindurch die Staatsgeschäfte nicht ohne Erfolg

[2] Vgl. die Ansprache an die Deputation aus dem Fürstentum Lippe.

geleitet habe, nicht mein angeborenes staatsbürgerliches Recht der freien Meinungsäußerung verloren haben. (Anhaltendes Bravo!) Das werde ich mir nicht nehmen lassen, solange ich lebe, und ich habe keine Bedürfnisse und Bestrebungen, die mich auf diesem Wege irremachen könnten. (Bravo!) Aber wenn die Herren, wie ich aus Ihrem Zurufe entnehme, mit mir einig sind, daß der Weg des Unitarismus bedenklich ist, und daß unsere Dynastien nicht Gegner, sondern starke Hilfsmittel für die Einigkeit und Erhaltung des Reiches sind, so bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die Thüringer Landesherren, die Wettiner sowohl als die anderen, auf alle acht auszubringen: „Sie leben hoch!"

Nachdem die Hoch- und Beifallsrufe verklungen sind, fügt der Fürst hinzu:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie mir so lange Gehör geschenkt haben. Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über. Ich stehe heutzutage mit keinem einzigen Blatt in Verbindung. Ich zahle mit derselben Münze, mit der mir gezahlt wird; wenn Sie kommen, um mich zu besuchen, als politische Freunde, so habe ich Grund, meine Dankbarkeit auszusprechen und Ihnen zu sagen, was ich über die heutige Lage denke.

Ansprache an die Frankfurter.

27. August 1893.

Neunhundert Frankfurtern, die eine Woche später zur Huldigung in Kissingen eingetroffen sind, spricht Fürst Bismarck in ähnlichem Sinne wie den Thüringern:

Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie gekommen sind, mich hier zu begrüßen, und bitte um Ihre Nachsicht, weil ich in meinem Verkehr mit Ihnen behindert bin durch einen Besuch alter Gäste, welcher mir diese Nacht zuteil geworden ist. Das sind die ischiatischen Schmerzen. Ich wünsche niemand von Ihnen, daß er sie kennenlerne; ich kenne sie seit vierunddreißig Jahren. Ich habe sie zuerst in St. Petersburg infolge des dortigen Klimas und der dortigen Ärzte (Heiterkeit) bekommen und habe in meinem Leben unter schwerer Arbeit harte Kämpfe damit gehabt und diese Kämpfe überstanden. Ich hoffe also auch mit diesem verspäteten Anfall fertig zu werden.

Ich habe mich durch dieses Hindernis doch nicht abhalten lassen wollen, gerade diesen Besuch aus Frankfurt selbst entgegenzunehmen. Frankfurt ist die Stadt, in der ich mich, nächst Berlin, am längsten und am liebsten aufgehalten und gewohnt habe, nicht nur ich, sondern auch meine Frau und Familie. Ich bin von 1851 bis 1859 dort wohnhaft gewesen und hätte kaum geglaubt, daß ich nochmals in meinem Leben wo anders wohnen würde. Ich hatte mir schon auf Ihrem schönen Friedhof die Stelle ausgesucht, wo ich, sehr spät, zu liegen wünschte. Aber es kam anders. Ich wurde plötzlich nach dem Norden geschickt und habe dann Frankfurt zuerst wieder politisch ins Auge zu fassen gehabt im Jahre 1863, wie der Fürstenkongreß dort tagte. Es ist ja natürlich, daß eine so alte Krönungsstadt etwas Anziehendes hat für jede politische Entwicklung, die im ehemaligen und im jetzigen Deutschen Reich stattfand und stattfindet.

Ich glaube, es war ein Glück für unsere weitere Entwicklung, daß dieser damalige Versuch, den Bundestag in einer anderen Form, in einer handlicheren, geschickteren, schneidigeren Form zu erneuern, mißlang. Ich glaube, daß meine früheren Kollegen die größere Beweglichkeit, die ihnen das damalige Projekt verlieh, kaum im Sinne des

deutschen Volkes benützt haben würden für die Tätigkeit des Bundestages. Ich bin dann mit Frankfurt wieder in Berührung gekommen im Jahre 1866 und zwar zu meiner Betrübnis als Gegner durch die Verschiebung der Situation, die sich im Lande gebildet hatte. Ich kann nicht leugnen, daß ich in dem Kriege 1866 nie frei geworden bin von der Versuchung, daß Frankfurt zum Preußischen Staate in ein näheres Verhältnis treten müsse. Ich hatte aber nicht den Gedanken, daß dieses in einer widerwilligen Weise zu geschehen hätte. Es hat mich damals in Brünn Senator Müller besucht, und ich hatte ihn gebeten, zu Hause zu bestellen, daß so, wie der Krieg verlaufen wäre, Frankfurt unbedingt preußisch werden würde, daß uns aber doch sehr viel daran läge, in der damaligen Zeit, wenn eine freiwillige Anregung von seiten der Stadt käme.[1] Ich sagte ihm damals: „Es gibt ja viel mediatisierte Fürsten, warum soll es nicht auch mediatisierte freie Städte geben, die, ohne ihre Selbständigkeit zu verlieren, dem Reiche gewisse Rechte übertragen?“ (Zustimmung.) Der Senator Müller hat, wie ich nachher gehört habe, diesen Auftrag von mir zu Hause nicht bestellt oder ihn nicht so ernst genommen, und dieser ist nicht zur Erörterung gekommen; dadurch erschien er als abgelehnt, und es machte im Hauptquartier den Eindruck, als wenn Frankfurt noch auf eine andere Wendung des Krieges rechnete als auf die, welche im August in Brünn bereits vorlag. Das war ein Mißverständnis damals, das ja zwischen guten Freunden und wohlwollenden Mitbürgern zu manchem Verdrusse geführt hat.

Ich bin aber dann wiederum nach Frankfurt gekommen 1871, um dort den Frieden mit Frankreich abzuschließen, und da erlaubte ich mir, dem regierenden Bürgermeister[2] zu sagen, daß ich wünschte, den Frieden nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Frankfurt nach Hause zu bringen. (Lebhaftes Bravo!)

Wenn wir 1866 nach dem Besitz von Frankfurt strebten, so war das nicht bloß ein preußisches Eroberungsbedürfnis in dem Sinne, wie Friedrich der Große Schlesien eroberte, sondern es war für jemand, der als letztes Ziel der damaligen Einheitsbewegung die Brücke über den Main betrachtete, von außerordentlicher Bedeutung; es war der Brückenkopf über den Main, nicht in militärischer, sondern in geistiger und handelspolitischer Beziehung. Wenn Frankfurt, die geborene Hauptstadt des Mittelrheins, beim Süden blieb, wenn Frankfurt nicht norddeutsch geworden wäre, so weiß ich nicht, ob die nächstliegenden größeren Staaten nach Süden hin ganz ebenso bereit gewesen sein würden, dem Beispiel dieses großen Handelsemporiums zu folgen. Das ist doch zu erwägen und zur Entschuldigung unserer Annexionsgelüste im nationalen Sinne anzuführen: Frankfurt war eine Anweisung, eine Anwartschaft auf die Herstellung der Verbindung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands. (Bravo!)

Als ich nachher im Jahre 1871 wieder nach Frankfurt gekommen bin, waren noch manche Wunden unvernarbt, die der Krieg geschlagen hatte, aber ich freue mich, daß die Stimmung sich geändert hat, wie ich seitdem stets gehört habe — und Ihr heutiger, so zahlreicher Besuch ist mir ein erneuter Beweis dafür.

---

[1] Vgl. den Bericht des Senators Müller über seine Unterredung in Brünn am 2. August 1866 in: Das Staatsarchiv von Ägidi und Klauhold, Bd. XVII, 210 Nr. 3883.

[2] Mumm.

Es ist lange Zeit, daß ich nicht so viel Frankfurter auf einer Stelle versammelt gesehen habe. (Heiterkeit.) Zuletzt, glaube ich, im Jahre 1890, wie ich von Homburg über den Frankfurter Bahnhof nach Hause fuhr; aber Ihr Besuch ist für mich doch ein Zeugnis, daß Sie mit den Dingen, wie sie geworden sind, zufrieden sind und mir, der ich bei der Herstellung und Herbeiführung erheblich mitgewirkt habe, nicht böse sind darüber, daß es so gekommen ist. (Lebhaftes Bravo!) Und deshalb danke ich Ihnen nochmals herzlich, daß Sie hergekommen sind, um Zeugnis abzulegen.

Ich bin ja daran gewöhnt, schon wie ich Minister war, und heute noch mehr, daß meine Bestrebungen und Überzeugungen in demjenigen Teile unserer Presse, der bei Herstellung des Deutschen Reichs nicht mitgewirkt hat, wenigstens nicht aktiv und wahrnehmbar (Heiterkeit), angegriffen und entstellt werden. So sehe ich mich täglich in Blättern, die mir zugeschickt werden, ohne daß ich sie bestellt habe (Heiterkeit), als Partikularisten hingestellt. Nun ist das im Rückblick auf meine bisherige Lebenstätigkeit, auf meine ganze Lebensstellung ja eine ziemlich komische Anklage. Man beschuldigt mich, ich hetze die Partikularisten gegen das Reich. Umgekehrt: wer das, was ich gesagt habe, ich will nicht sagen mit Wohlwollen, aber doch mit Aufmerksamkeit betrachtet, der wird wissen, daß ich nur wünsche, daß die Einzelstaaten ihre Kräfte im Interesse unserer nationalen Einrichtungen und für unsere Reichspolitik betätigen. Ich habe bei anderer Gelegenheit — ich glaube, als die Herren aus Thüringen hier waren — gesagt, daß die Landtage sich mehr mit der Reichspolitik beschäftigen sollten. Ich kann ja damit nicht gemeint haben, daß die Landtage dem Reichstage vorgreifen, auch nicht, daß sie dem Bundesrate das Konzept korrigieren sollten, sondern ich meine damit nur, daß in den Landtagen das Schweigen über das Reich zu tot ist. Ich habe nie den Gedanken gehabt, daß in den Landtagen die deutsche Politik gemacht werden sollte, aber die Landtage sollten meines Erachtens doch ihre Minister fragen: „Wie habt ihr sie gemacht, und warum habt ihr sie so gemacht?" (Bravo!), damit das Interesse an den gemeinsamen Dingen erhalten bleibe. Es ist ja zweifellos, daß hier den Angehörigen eines jeden Einzelstaates die Fragen, die in der Reichspolitik zu entscheiden sind, zum großen Teil wichtiger sind und schwerer wiegen als diejenigen, über die ein Landtag Beschluß fassen darf. Kann denn der einzelne sich teilen etwa in einen vom Reiche indirekt und vom Landesherrn direkt besteuerten Bürger? Ich nenne die Besteuerung hier nur als ein Beispiel; es gibt unzählige andere Dinge, die nur der Reichsgesetzgebung unterliegen; aber diese greift so in unser Leben ein, daß es von erheblicher Wichtigkeit ist, diese Gesetzgebung mit der der Einzelstaaten in Übereinstimmung zu halten.

Ich sehe dabei in dem Landtage etwas Ähnliches ungefähr wie in Preußen dem Ministerium gegenüber die Oberrechnungskammer. Die Landtage sollten, wenn ihre Regierungen im Bundesrate eine nicht ganz durchsichtige Haltung zeigten, sich doch so viel für die deutsche Hälfte ihres Wohlergehens interessieren, daß sie die Minister fragen: „Was habt ihr dabei gedacht, was für Gründe führt ihr an, daß ihr so gehandelt habt?"

Es ist ja dies die einzige Art von Ministerverantwortlichkeit, die wir überhaupt besitzen. Wir haben keine gesetzliche, keine juristische. Die einzige, die wir haben, ist, daß einem Minister, der etwas getan hat, von seinen Landsleuten gesagt werden kann: „Da hast du dich ungeschickt, um nicht zu sagen, recht dumm benommen." (Heiterkeit.)

Die Auffassung im Lande von dem, was ein Minister tut, sein guter Ruf und seine Ehrlichkeit sind die einzigen Faktoren, welche einen Minister in seiner Verantwortlichkeit bestimmen; etwas anderes haben wir nicht.

Wie steht es denn mit unseren Ministern im Bundesrat in dieser Hinsicht? Wer kritisiert denn das, wer weiß denn, was hier bei verschlossenen Türen verhandelt worden ist? Der einzige, der darnach zu fragen hat, ist der Landtag. Also, wenn das Partikularismus ist, dann verdreht man die Worte. Im Gegenteil, ich wünsche die partikularen Landtage mehr, als bisher der Fall gewesen ist, von den großen nationalen Interessen durchsetzt, belebt, begeistert zu sehen.

Vor dreißig Jahren war die deutsche Frage in allen Landtagen die erste. Jetzt ist es anders, jetzt sagt man dort: Diese Sache geht uns nichts mehr an. Ja, darauf ist unsere ganze Einrichtung, unsere deutsche Verfassung nicht berechnet, sondern auf das Ineinandergreifen aller amtlich berechtigten Faktoren im nationalen und einheitlichen Sinne. Und wenn wir das nicht erreichen, so fürchte ich, geht es rückwärts mit unserem Nationalgefühl, und das kann unter Umständen bei wechselnder europäischer Konstellation eine betrübte Sache sein.

Es kann auch nicht sein, wie man mich anklagt, daß ich an Stelle einer Reichsregierung die Preußens setzen wolle. Eine Reichsregierung kann nach unserer Verfassung überhaupt nicht anders ausgeübt werden, als von den fünfundzwanzig einzelnen Staaten zusammen.

Dabei halte ich für dringend notwendig, daß die äußere Spitze, wie sie sich heute in der Person des Reichskanzlers als Reichsregierung darbietet, sich nicht emanzipiere von der Kontrolle des preußischen Staatsministeriums, das kollegial zusammengesetzt ist aus zehn sachverständigen Ministern, die in den Sachen meist besser Bescheid wissen. Ich ängstige mich vor einem Kanzler, der handelt und dabei niemand gefragt hat als sich selbst und seinen Adjutanten.[3] (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß er einigermaßen am Gängelbande seiner preußischen Kollegen bleibe — er ist doch auch preußischer Minister; seine Hauptbedeutung liegt im preußischen Ministerium — und daß dieses sich mehr in direkter Fühlung mit den übrigen deutschen Ministerien, dem bayrischen, württembergischen, sächsischen usw. hält. Ich habe mir gedacht, wenn unser Reich erst in Ordnung wäre, so würde die Reichspost schweres Geld verdienen durch die Korrespondenz der Ministerien untereinander. (Heiterkeit.) Die Hoffnung ist uns bisher nicht erfüllt worden.

Nun, meine Herren, ich fürchte, Sie und noch mehr die Damen durch weitere politische Erörterung zu ermüden, wenn ich meine Gedanken so auf politischem Gebiet spazieren lasse. („Nein!" aus den Reihen der Damen.)

Ich bitte Sie, mit mir auf meine langjährige Heimat ein Hoch auszubringen. Meine Frau ist oben, sie hängt ebenso an Frankfurt wie ich selbst, und wir haben beide einen angenehmen Rückblick auf die dort verlebten Jahre von 1851 bis 1859. Man hatte dort mit Politik genug zu tun, ohne davon überwältigt zu werden; man lebte in der Mitte Deutschlands in schöner Gegend; kurz, es war ein Herrenleben, ganz abgesehen davon, daß man zwei bis drei Monate Ferien hatte. Im Andenken an Ihre freundliche und glänzende Vaterstadt bitte ich Sie, mit mir der Anhänglichkeit an sie Ausdruck zu geben durch den Ruf: Die Stadt Frankfurt, sie lebe hoch! Et qui illam regit!

[3] Anspielung auf Caprivi und seinen Adjutanten Hauptmann Ebmeyer.

Ansprache an eine Abordnung aus Düsseldorf.

29. März 1894.

Empfang einer Abordnung des Stammtisches Fürst Bismarck in Düsseldorf, der für den Bau eines Rettungsbootes der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger eine größere Summe gestiftet hat mit der Bedingung, daß das Boot den Namen des Reichsgründers führen soll. Fürst Bismarck erwidert auf eine Ansprache mit einem geschichtlichen Rückblick auf die Beziehungen Westdeutschlands zum altpreußischen Staate:

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Besuch und für das Wohlwollen, welches Sie mir bei vielen Gelegenheiten schon betätigt haben und besonders bei diesem Anlasse, daß Sie meinen Namen verknüpft haben mit einem Werke der Menschenliebe, so daß es selbst der Kritik der Gegner nicht ausgesetzt sein kann. Ich freue mich auch darüber, daß Sie das Boot grade nach Norderney gestiftet haben, an einen Ort, wo ich oft und mit vielem Vergnügen in der See schwamm — jetzt kann ich das allerdings nicht mehr. Damals, als ich dort war, habe ich mich gewundert, wie leicht einer, wenn er auch schwimmt, bei zu weitem Vorwagen zu Schaden kommen konnte, es dauerte mit der ganzen Mobilmachung des Rettungsapparates vom Lande aus immer lange. In Biarritz, wo ich in den sechziger Jahren mehrmals gewesen bin, hatte man die Einrichtung, daß ein Boot etwa zweihundert Schritte vom Ufer entfernt während der Badezeit mit Mannschaft belegt war; von dort konnten die Gefährdeten gesehen und schnell aufgenommen werden. Es wird in Norderney nicht leicht sein, das Boot zu stationieren am Badestrande. Einige von Ihnen sind jedenfalls in Norderney gewesen; sonst wären Sie nicht auf den Gedanken gekommen, das Boot grade dorthin zu stiften. Es wird eine außerordentliche Verbesserung dieses Seebades sein, welches ich schon aus den vierziger Jahren kenne.

Wie Norderney erst 1866 wieder an Preußen gekommen ist, so sind wir Altpreußen mit dem Düsseldorfer Lande erst seit 1815 in Beziehung gekommen, und jetzt denkt niemand daran, daß es auch den Rheinländern 1815 nicht angenehm war, preußisch zu werden; sie hatten früher in Düsseldorf eine Zeit der Blüte unter den bayrischen Statthaltern gehabt, und die Entwicklung des Düsseldorfer Kunstlebens ist von bayrischen Ursprüngen ausgegangen.

Dieser frühere Gegensatz zwischen den Rheinlanden und den alten preußischen Provinzen war noch in den dreißiger Jahren, als ich in Aachen war, lebendig, und die beiden verschiedenartigen Ströme des preußischen Staatslebens flossen nebeneinander, ohne sich zunächst zu mischen, wie Rhein und Main bei ihrer Vereinigung, wo man das Wasser beider Flüsse noch lange getrennt erkennen kann. Der Preuße hatte beim Rheinländer allerlei üble Beinamen; wer als Soldat einberufen wurde, ging zu den „Prüß“, und wenn ein Mann von so uraltdeutschem Namen wie zum Beispiel Graf Hompesch über den Rhein verreiste, so sagte er mir ohne Arg: „Ich reise nach Deutschland“.

So war es noch in den dreißiger Jahren. Die ersten Beziehungen gegenseitigen Wohlwollens kamen in künstlerischen Kreisen auf, und die Düsseldorfer Malerschule hat daran hervorragenden Anteil. Die Anerkennung, welche ihre Kunstschöpfungen im übrigen Deutschland, besonders in Berlin fanden, berührte wiederum in den Rheinlanden angenehm. 1847 bei dem Vereinigten Landtage und später bei größerer Leichtigkeit des Verkehrs kamen mehr Rheinländer als früher nach Osten und sahen mit einem gewissen Erstaunen, daß wir so wild und unzivilisiert nicht waren, wie man ihnen zu Hause erzählt hatte. Mir

sind besonders die Herren, welche als Abgeordnete nach Berlin kamen, in Erinnerung: von der Heydt-Elberfeld war schon mehr gereist und welterfahrener, aber Leute wie Beckerath kamen mit Vorurteilen nach Berlin; ich erinnere mich, daß ich mit einem Abgeordneten aus dem Trierschen Lande, einem alten, würdigen Herrn, auf das Schloßdach in Berlin gestiegen war, von wo wir Aussicht auf die im Bau begriffenen Werderschen Mühlen hatten, die im alten Burgstile, wie er damals vom Könige gepflegt wurde, aufgeführt wurden. „Das wird nun auch wieder so ein Zwing-Uri", sagte mein Begleiter. — „Wieso?" — „Ja, sehen Sie nicht: Bastionen, Türme, Laufbrücken, doch natürlich, um Kanonen oben aufzupflanzen und Verteidigung gegen Volksaufstand vorzubereiten." — „Aber das sind ja Mühlen, und der König baut rein künstlerisch nach diesem Stile." Er blieb dabei, es sei ein Zwing-Uri.

Nun, seitdem sind wir im gegenseitigen Verständnis erheblich fortgeschritten. Ich bin ja in der Lage gewesen, diese Veränderung aus der Vogelperspektive zu beobachten. Die parlamentarische Gemeinschaft ist besonders von Gewicht gewesen, diese heterogenen und, wie man zuerst allgemein geglaubt hatte, inkommensurablen Elemente der altpreußischen Militärdressur und der rheinischen Behaglichkeit zur Verschmelzung zu bringen. Dieses parlamentarische Amalgan ist ja viel wirksamer geworden heute, wo wir statt Preußen Deutschland schreiben können, und auch die früher den Preußen minder günstigen Elemente werden die nationale Gemeinsamkeit der westdeutschen und ostdeutschen Denkweise nicht leugnen können. Deshalb freue ich mich über jeden Anlaß, der die Vertiefung des Gefühls der Gemeinsamkeit dartut.

Meine Landsleute, westliche wie östliche, sind beide Träger der deutschen Charaktereigenschaften des Ehrgefühls, der Treue und des Mangels an Streberei, wie sie in romanischen Ländern üblich ist. Unsere deutsche Zukunft ist wesentlich auf unserer Verfassung und auf dem parlamentarischen Leben basiert, lassen Sie uns dieses daher vor allem pflegen und uns auch nicht einreden, daß es mit einer monarchischen Gesinnung unvereinbar sei, wenn wir Kritik und Verwahrung gegen Regierungsmaßregeln einlegen, die wir nicht billigen. Im Gegenteil, eine ehrlich monarchische Gesinnung wird auf diesem Wege Förderung finden, und für die Beziehungen des Bürgers zum Monarchen ist es klärend und nützlich, wenn die Kritik durch Parlament und Presse stattfindet. Ich habe gegen das Übergewicht derselben im Beginn meiner amtlichen Zeit zu kämpfen gehabt; das war im Anfang der sechziger Jahre, wo das Element der Kritik nach meiner Meinung zu stark wurde und die Stellung des Monarchen zu schwach. Nun, ich habe das meinige getan, um das Mißverhältnis auszugleichen, vielleicht etwas zu wirksam nach der anderen Seite hin; ich habe dem monarchischen Reiter in den Sattel geholfen, vielleicht war die Hilfe zu lebhaft im Eindruck des Kampfes.[1]

Es bleibt immer Hauptsache, daß wir einig bleiben in monarchischer und deutscher Gesinnung, und ich freue mich, daß Ihr Besuch bei mir, einem langjährigen Minister, ebenfalls bekundet, daß Düsseldorf und Friedrichsruh nicht mehr durch Grenzen getrennt sind. Und dazu helfe uns Gott, daß wir das Band immer fester machen, welches große Kriege

---

[1] In den „Gedanken und Erinnerungen" Bd. 2, S. 61 vertritt Bismarck den Gedanken, daß zwischen Krone und Volksvertretung ein dauernder Kampf um den Einfluß stattfinden, daß es Sache des Staatsmannes sein muß, je nach der Lage diesen Kampf vorzutreiben oder nicht. Das Abmessen der Schranken in diesem Kampf sei eine Sache des politischen Taktes.

uns zu schmieden geholfen haben. Die Einigkeit von Ost und West ist die Grundlage der neueren preußischen Entwicklung gewesen. Sie haben in Düsseldorf die Industrie, den Handel und die Kunst, wir im Osten haben wenig mehr als den Ackerbau, aber wir dürfen uns durch diese verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen nicht in unseren gemeinsamen nationalen trennen lassen. Die Maler wollen wir dabei nicht vergessen und sie nicht als unproduktiv betrachten; wir haben nationale Kunst und Wissenschaft, und grade auch in ihrer nationalen Bedeutung ist die Kunst produktiv. Also auf dauernde Einigkeit aller produktiven Stände.

Ansprache an eine Abordnung süddeutscher Frauen und Jungfrauen.

30. März 1894.

Eine aus 14 Frauen und Mädchen bestehende Abordnung überreicht mit einem Gedicht eine kostbare Huldigungsadresse mit mehr als 100 000 Unterschriften süddeutscher Frauen und Mädchen. Fürst Bismarck entgegnet:

Ich danke Ihnen, mein gnädiges Fräulein, für die warme und herzliche Ansprache, und ich danke Ihnen allen, meine Damen, für die hohe Ehre und Freude, die Sie mir durch Ihren Besuch und die Überbringung des Grußes erweisen, dessen Trägerinnen Sie sind. Ich erfahre damit eine Auszeichnung, die meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister widerfahren ist, und die einmal für mich persönlich ein Gegengewicht der gehässigen Anfeindungen meiner Gegner, ich kann wohl sagen, der Gegner des Deutschen Reiches, in die Wagschale wirft, die jene reichlich aufwiegt. Sie haben mir zu Ehren und zur Freude eine große Anstrengung gemacht. Es ist eine weite Reise, die Sie zurückgelegt haben, nicht ohne Unbequemlichkeiten, denen ich mich in meinen Jahren als Mann kaum mehr aussetzen würde, mit auswärtigen Nachtquartieren und Nachtfahrten; ich empfinde fast ein Gefühl der Beschämung, daß Sie soviel für mich getan haben. Aber es ist für mich nicht nur eine persönliche Freude, die Damen hier zu sehen, es ist mir auch eine große politische Genugtuung, denn Sie kommen ja doch nicht meiner Person wegen, sondern meiner Arbeit wegen, die hinter mir liegt, und der Sache wegen, der sie gegolten hat. In Ihrer Begrüßung liegt ein volles und freies Anerkenntnis für das Deutsche Reich, wie es unter Kaiser Wilhelm I. entstanden ist, eine Anerkennung der Wohltaten, die uns Deutschen dadurch zuteil geworden sind, ich will nicht sagen, der alten Herrlichkeit des Reichs, aber doch des Ansehens, zu welchem wir im Bewußtsein des Gewichts einer großen Nation in Europa heute berechtigt sind. Gerade diese Kundgebung der Damen, wie ich sie heute erlebe, ist mir in der Richtung besonders wertvoll; ich habe früher wohl geäußert, wenn mich eine Deputation meiner Mitbürger begrüßte, es sei mir zumute, als hätte ich einen hohen Orden empfangen. Der Orden, welchen Sie mir bringen, meine Damen, ist ein Orden mit Eichenlaub und Brillanten, möchte ich sagen, zugleich aber eine Bürgschaft für unsre politische Zukunft.

Was bei uns bis in die Häuslichkeit der Frau durchgedrungen ist, das sitzt fest, viel fester als das aus Parteikämpfen im öffentlichen Leben hervorgehende und mit der Kampfstellung wechselnde Urteil der Männer; es ist, ich möchte sagen, der Reinertrag des ganzen politischen Geschäfts, was sich im häuslichen Leben niederschlägt; es überträgt sich auf die

Kinder, ist dauerhafter und auch im Fall der Gefährdung hält es fester. Hat der deutsche Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gewonnen, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben; ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgendeiner Bastion unserer Festungen. Die Überzeugung, welche einmal in der Familie durchgedrungen ist, hält die Weiblichkeit strammer fest als Wehr und Waffen, und wenn wir je das Unglück hätten, einen ungünstigen Krieg zu führen, Schlachten zu verlieren oder ungeschickt regiert zu werden: die Tatsache, daß der Glaube an unsere politische Einheit bis in die Frauengemächer gedrungen ist, wird uns immer wieder zusammenbringen, und im Fall der Entscheidung wird es sich herausstellen, daß in der elementaren Herzensbewegung — gestatten Sie mir den scherzhaften Ausdruck — des „ewig Weiblichen" eine stärkere Macht steckt als in den zersetzenden Säuren, die unsere Männerparteien auseinanderbringen. Mein Vertrauen in die Zukunft beruht auf der Stellung, welche die deutsche Frau genommen hat. Die Überzeugung einer Frau ist nicht so veränderlich, sie entsteht langsam, nicht leicht, entstand sie aber einmal, so ist sie weniger leicht zu erschüttern. Wie lange ist es her, da man gegenüber Altpreußen — „Berliner Pflanzen" — keine ernsthaft wohlwollende Stimmung im südwestlichen Deutschland hegte. Und jetzt kommen Sie aus dem Südwesten zu mir nach dem Nordosten, und wer von uns hat nicht das Gefühl, daß wir zusammengehören zu demselben Stamme, daß keine Landesgrenze zwischen uns liegt. Wir sind ein einig Volk von Brüdern und Schwestern, und auf die Schwestern ist unter Umständen noch mehr Verlaß als auf die Brüder, in der Politik und auch zuweilen im Privatleben. Und deshalb, meine Damen, nehmen Sie meinen herzlichen Dank. Mir fehlen die Worte, ihn voll auszudrücken und ihn jeder einzelnen von Ihnen so, wie ich es möchte, auszusprechen. Ich kann nur sagen: Es ist sowas noch gar nicht dagewesen. Herzlichen Dank!

Ansprache an die Hamburger Bürger.

31. März 1894.

Gegen 5000 Hamburger Bürger bringen dem Fürsten Bismarck zum Vorabend des 79. Geburtstags einen Fackelzug. Auf die Rede Carl Woermanns entgegnet der Fürst:

Meine Herren, ich fühle mich hochgeehrt durch die Begrüßung, die Sie mir heute, wie in früheren Jahren, von Hamburg aus darbringen; aber nicht nur geehrt fühle ich mich, sondern ebenso herzlich freue ich mich über diese nicht bloß nationale, sondern auch nachbarliche Begrüßung. Ich habe den Eindruck, daß, seit ich nicht mehr im Amte bin, das Wohlwollen, dessen Kundgebung mich heute so sehr erfreut, eher im Wachsen als im Abnehmen begriffen ist. Es macht mir natürlich die herzlichste Freude und wirkt erhebend auf mich, wenn ich mir sage, daß die amtliche Stellung in Bezug auf das Wohlwollen, welches für mich gehegt wird, ganz ohne Einfluß blieb, und daß es eine rein persönliche Kundgebung der landsmannschaftlichen Liebe ist, die ich durch Vermittlung Ihrer Organe entgegennehme.

Es ist in unserer politischen Welt nicht oft vorgekommen, daß man von einem Minister, der vier Jahre von der amtlichen Bildfläche verschwunden war, und der nur noch Privatmann ist, überhaupt noch den Geburtstag gewußt hat, noch viel weniger, daß man

ihm Kundgebungen des Wohlwollens darbringt. Daß mir diese Auszeichnung im Leben widerfährt, ist zum Teil eine Folge der historischen Entwickelungen, bei denen ich mitgewirkt habe, nicht sie zu schaffen, sondern zu leiten. Die Masse der deutschen Einigkeit war flüssig und gußbereit. Ich habe getan, was ich konnte, ohne Menschenfurcht und ohne Selbstsucht, daß der Guß rasch, sicher und glücklich vollzogen wurde. Die Erinnerung hieran allein reicht jedoch nicht hin, um mir das Wohlwollen meiner Landsleute so zu sichern, daß ich Sie hier an meinem Geburtstage begrüßen kann. Es gehört dazu noch ein Element, das besonders bei uns Deutschen speziell ausgeprägt ist, es ist das Gefühl der Gegenseitigkeit. Ein altes Wort sagt schon, es gäbe keine lange Liebe ohne Gegenseitigkeit, und wenn ich nicht meinerseits beseelt, getragen und geführt worden wäre durch die Liebe zum Vaterland und zu meinen Landsleuten, so glaube ich nicht, daß mir die Genugtuung widerfahren würde, so viele Gegenliebe zu finden, welche meine amtliche Tätigkeit überdauert. Ich erwidere diese Liebe als Nachbar und Ehrenbürger von Hamburg. Ich habe im vorigen Jahre die Cholerazeit mit Ihnen empfunden und auch das frühere Leid vor mehr als fünfzig Jahren,[1] sowie die Leiden aller Deutschen als eigene stets empfunden. Meine Mitbürger haben erkannt, ich lebe und empfinde mit ihnen. Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß man in Hamburg meiner in dieser Weise gedacht hat.

Lassen Sie mich schließen mit dem herzlichen Wunsche für das Florieren und Gedeihen unserer größten deutschen Handelsstadt, welche mit den Interessen der ganzen deutschen Nation auf das innigste verknüpft ist. Blüht diese, so blüht ganz Deutschland, geht sie unter, so geht ganz Deutschland unter. Ich bitte daher, mit mir einzustimmen in den Ruf: Hamburg lebe hoch!

Ansprache an den Altonaer Gesangverein.

1. April 1894.

Für die Begrüßung durch den Altonaer Gesangverein dankt Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen von Herzen für die freundliche Begrüßung und wollte wünschen, daß ich für den Rest meines Lebens immer solche gute Musik hören könnte. Ich möchte nichts zum Nachteil der Instrumentalmusik sagen, aber es steht doch fest, daß die Vokalmusik mehr Abwechslung bietet. Ich darf Sie nachbarlich begrüßen; wir sind ja Nachbarn, obwohl das große Hamburg dazwischen liegt; es ist ja kein Ausland mehr. Wir sind seit zwanzig Jahren miteinander verschmolzen. Altona ist mit Hamburg zusammen die wirtschaftliche Hauptstadt des ganzen niederelbischen Bezirks, und wenn ich wirklich so allmächtig gewesen wäre, wie es mir manche zuschreiben, so würde der Sitz der Regierung der Provinz Schleswig-Holstein nach Altona gekommen sein. Ich schwankte zwischen Altona und Kiel. Trotz aller Achtung vor den Reizen Schleswigs war diese Wahl doch nicht richtig; geht doch die ganze wirtschaftliche Strömung auf Hamburg hinunter. Vor Hamburg liegt Altona, und ich bin heut noch der Meinung, daß es rationell gewesen wäre, Altona zum Sitz der Regierung zu machen, und daß die Wahl nicht auf Schleswig fiel. Wie dem auch sein mag, es sind vergangene Zeiten; jedenfalls bin ich Ihnen für Ihre Kundgebung dankbar und nehme Ihre Wünsche gern entgegen.

[1] Der Brand von Hamburg im Jahre 1842.

Ansprache an die Mitglieder der nationalliberalen Partei des Reichstags.

20. April 1894.

Auf die Begrüßungsansprache des Prof. Hasse entgegnet der Fürst, indem er die ihn am meisten bewegenden politischen Fragen erörtert: Steuerfragen und Schonung der Landwirtschaft, mögliche Wiederherstellung des Kartells und die Frage der Sozialdemokratie, endlich und vor allem die Trennung der Ämter des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten:

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundlichen Worte und Ihnen allen, meine Herren, danke ich für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen, indem Sie mir durch Ihren Besuch hier in Friedrichsruh bekunden, daß die Reichsverfassung und meine Mitarbeit an derselben Sie noch heut befriedigt und Sie mir wegen dieser Mitarbeit Ihre Anerkennung zollen. Es hieß früher, daß die Verfassung mir persönlich auf den Leib geschnitten sei, und daß ich, wie jener Danziger Uhrmacher, der einzige sei, der die Uhr im Gange halten könne. Wie unrichtig diese Anschauung ist, beweist die Tatsache, daß auch Graf Caprivi unter zuzeiten schwierigen Umständen nun doch seit vier Jahren mit dieser Verfassung regiert hat, ohne das Bedürfnis einer Änderung zu empfinden und ohne in der Verfassung einen Hemmschuh nationaler Tätigkeit zu erblicken, wie dies früher zur Zeit des alten Bundestags der Fall gewesen ist. Ich zweifle nicht daran, daß diese Verfassung, welche sich anknüpft an historisch Gewordenes oder, wie der Geologe sagt, an „gewachsenen Boden", ihre Proben auch ferner bestehen wird, so ernsthaft sie auch sein mögen.

Es liegen manche schwere Aufgaben für die nächsten Reichstage vor. Ich nenne in erster Linie die Deckung des finanziellen Ausfalls unter Schonung des guten Einvernehmens der verschiedenen Klassen der Kontribuablen, welche bei der Finanzreform zur Deckung des Ausfalls herbeigezogen werden können, der durch den Verzicht auf erhebliche Beträge der Zölle nötig geworden ist. In zweiter Linie die Notlage der Landwirtschaft, die doch einen zu erheblichen Anteil unserer Landsleute betrifft, um von Reichs wegen ignoriert werden zu können. Die Annahme, daß die Landwirtschaft die Reichsgesetzgebung nichts anginge, weil sie unter Artikel 4 der Verfassung nicht aufgeführt sei, zeigt ja doch einen Mangel an Vertrautheit mit unserem Verfassungsleben, mit den Absichten der Gesetzgeber, mit unserem ganzen wirtschaftlichen Leben, wie ich ihn kaum für möglich hielt, und wie ich ihn nicht an so hoher Stelle [1] gesucht hätte. In jenem Artikel der Verfassung ist auch kein anderes Gewerbe genannt, und man könnte mit demselben Recht sagen, alle Handwerker, seien es Schuhmacher, Schmiede oder sonst irgendwelche, gingen das Reich und seine wirtschaftliche Gesetzgebung nichts an. Aber der Reichsgesetzgebung können unmöglich die Geschicke von zwanzig Millionen Reichsbürgern, die Landwirtschaft betreiben, gleichgültig sein. Mag die Landwirtschaft ausdrücklich und formell als zur Kompetenz des Reiches gehörig bezeichnet sein oder nicht —, sie gehört eben zur wirtschaftlichen Pflege der Gesetzgebung des Reichs.

Wir haben eine weitere schwierige Aufgabe zu lösen auf dem Gebiete der Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Sozialdemokratie. Ich glaube nicht, daß diese

[1] Beim Reichskanzler Caprivi.

Frage auf die Dauer einfach totgeschwiegen werden kann,[2] sondern daß man ihr früher oder später aktiv nähertreten muß, — auf welche Weise, darauf will ich heut nicht weiter eingehen. Wir haben ferner speziell bei uns in Preußen neuerdings die polnische Frage wieder beleben sehen, die in ihrer Ausdehnung auf Oberschlesien, wo dieselbe früher nicht bekannt gewesen, schädlicher wird, als sie war, für die mühsam errungene Einigkeit der Bevölkerung und für ein günstiges Verhältnis zu unseren polnisch sprechenden Landsleuten. Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert, und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt.

Ich glaube ja nicht, daß ein Krieg nahe bevorsteht. Es ist weniger die friedliche Gesinnung aller Regierungen, die den Frieden bisher erhält, als die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Chemiker in der Erfindung neuer Pulversorten und der Techniker in der Vervollkommnung der militärischen Ballistik und deshalb die für die Leiter eines kriegslustigen Staates unter Umständen entscheidende Erwägung, daß sie es nicht für erfolgreich halten, loszuschlagen, wenn ihre Heere nicht im Besitze der neuesten Erfindungen sind. Es klingt fast wie Satire, ist es aber nicht, daß der Chemiker bisher die Schwerter in der Scheide hält und durch seine Erfindungen über Krieg und Frieden entscheidet. Ich will damit nur aussprechen, daß ich nach meinen politischen Erfahrungen an keine nahe bevorstehenden auswärtigen Verwicklungen glaube, weil keine von den großen europäischen Mächten mit ihren Vorbereitungen fertig ist. Aber immerhin sind die Schwierigkeiten, denen wir entgegengehen, so groß, daß sie uns gebieterisch die Notwendigkeit nahe legen, wie der Seemann sagt, uns klar zum Gefecht zu halten; dazu rechne ich, daß in den Parteikämpfen Maß gehalten werde, daß die staatserhaltenden Parteien sich weniger trennen, sondern nach Möglichkeit einander nähern und sich wie früher zu einem Kartell zusammentun, dem Bedürfnisse geordneter Zustände folgend, welches sie einigt in der Pflege unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen, und damit komme ich auf den Punkt, der mir augenblicklich am Herzen liegt, daß wir uns so einrichten müssen, wie wir auf die Dauer im Geiste und Sinne der Verfassung bestehen können. Die Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten können auf die Dauer nicht getrennt sein,[3] ohne die Verfassung zu fälschen, die Autorität des Reichs zu schwächen. Der Gedanke einer Personalunion zwischen dem Reich und Preußen, ähnlich derjenigen zwischen Schweden und Norwegen, hat niemals in der Verfassung gelegen, und wir haben, wie die Herren von Ihnen, die alt genug sind, um das mit mir erlebt zu haben, bestätigen werden, zwischen Reichspolitik und preußischer Politik an die Möglichkeit eines gegenseitigen Bekämpfens und Rivalisierens niemals gedacht, und wer diesen Gedanken zur Wirklichkeit machen wollte, der, ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, schädigt — unwissend vielleicht — unsere nationale Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsere verfassungsmäßige Sicherheit. Ein Reichskanzlers, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft, wie ein Seiltänzer. Die Bedeutung des Reichskanzleramts in unserer Politik im Verhältnisse zu Preußen ist gedacht wie etwa in jenem

[2] Bismarck erklärte diese Frage immer als eine Kriegs- und Machtfrage. Das Totschweigen nach seinem Sturz konnte ihm den herrschenden Opportunismus beweisen.

[3] Vergl. den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 22. März 1894 bei Hofmann, a. a. O., Bd. 2, S. 251 f.

Beispiele der griechischen Mythologie von Antäus, der aus der Berührung mit der mütterlichen Erde immer neue Kräfte sog, und den Herkules in die Luft heben und isolieren mußte, um ihn zu erwürgen. Es ist ganz einleuchtend, daß ein Reichskanzler, der gestützt ist auf das gesamte preußische Staatswesen, mehr Bedeutung hat als einer, der nur auf seinen persönlichen Wirkungskreis und auf die Erfahrungen, die er persönlich in militärischer Stellung sammeln konnte, angewiesen ist.

Das Reich ist gestützt auf die Ministerien aller verbündeten Staaten, deren jedes seinem Lande verantwortlich ist für die Art, wie es sich im Bundesrat verhält; namentlich trifft dies aber auf das preußische Staatsministerium zu, und ich bedaure, daß meine Landsleute im Preußischen Landtage Interpellationen hierüber völlig unterlassen haben, vielleicht in der Hoffnung, daß, wenn sie artige Kinder wären und, dem Reichskanzler zustimmend, ihn seine Politik ohne preußische Kontrolle betrieben ließen, sie wieder nach vorn kommen würden. Ein Reichskanzler, der nicht die Stimmführung für Preußen hat, ist ja in der Gesetzgebung eine ganz ohnmächtigte Potenz. Er kommt in der verfassungsmäßigen Ordnung der Dinge gar nicht zur Erscheinung. Er kann die Gesamtpolitik nicht anders vertreten als in Übereinstimmung mit der Mehrheit seiner preußischen Ministerkollegen. Wenn er sich von denen lossagt, so steht er in der Luft. Im Bundesrat ist er dann nichts anderes als ein Verwaltungsbeamter des Reichspräsidiums — setzen wir einmal diesen Namen für den des Kaisers, wie es ja ursprünglich war. Es ist meines Erachtens das nächste Bedürfnis der Zukunft, was wir politisch zu erstreben haben, daß diese unnatürliche Trennung zwischen dem Reichskanzleramte und dem preußischen Ministerpräsidium aufhöre, und daß der Reichskanzler in der Lage bleibe, das solide Fundament des Preußischen Staates unter sich zu haben, dadurch kann seine Autorität im Reiche und im Auslande nur wachsen. Wenn die übrigen Bundesgenossen Preußen das Präsidium übertragen haben, so geschah das nicht nur, um einen von Preußen ernannten Reichskanzler zu schaffen, sondern im Vertrauen zu der Tüchtigkeit des Preußischen Staates in Zivil und Militär. Wenn aber dieses hinter ihm wegfällt, so ist der Reichskanzler nichts als ein Luftgebilde. Das Gewicht der Reichsvertretung, wie sie der Reichskanzler führen soll, kann sich nur abschwächen, wenn die Autorität von zehn preußischen Staatsministern mit vielleicht fünfhundert geschulten Beamten und Ministerialräten hinter ihm fortfällt und der Kanzler einhertritt auf der eignen Spur als freier Sohn der eigenen Natur[1] auf Wegen, die niemand kontrolliert als er selbst. Er kann nach seiner Vergangenheit die Erfahrung nicht besitzen, welche die Erfahrung der zehn Minister mit ihrer Gefolgschaft von Räten aufwiegt. Diese sind der Ballast in unserem Reichsschiffe, und wenn die wegfielen, so wäre es ein Gewinn, wenn der Ausfall der preußischen Unterlage durch ein bayrisches oder sächsisches Ministerium hinter ihm ersetzt würde. Daran ist ja kein Gedanke. Sein Schiff fährt isoliert, ohne an einen staatlichen Kurs gebunden zu sein.

Ich fürchte, meine Herren, daß ich weitschweifig wurde, und Sie haben mir Ihre Zeit nur sehr kurz bemessen. Ich habe mich aber lange nicht politisch ausgesprochen. Es wird Zeit, daß ich Sie noch meiner Frau vorstelle und Sie sich noch durch einen Trunk und kleinen Imbiß stärken.

---

[1] Worte aus dem angeführten Artikel der „Hamburger Nachrichten“.

Ansprache an Frauen und Jungfrauen des Bergischen Landes.

26. April 1894.

Einer Abordnung bergischer Frauen und Jungfrauen dankt Fürst Bismarck für ihre Huldigungsadresse mit folgenden Worten:[1]

Ich danke Ihnen, meine Damen, für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen durch Ihren Besuch und durch die Gabe der mit so vollendeter Kunst ausgestatteten Adresse. Nicht mit allen Ehren ist Vergnügen verbunden, diese heutige aber ist mir sicher nicht nur Ehre, sondern auch erfreulich als Unterbrechung meiner Einsamkeit. Wenn ich von Einsamkeit spreche, so nehmen Sie das nicht als eine Klage. Ich bin hier im Walde lange nicht so einsam wie oft in den vorhergehenden dreißig Jahren. Man ist immer am einsamsten in großen Städten, am Hofe, im Parlamente, unter seinen Kollegen; dort fühlt man sich mitunter wie unter Larven die einzige fühlende Brust. Aber im Walde fühle ich mich niemals einsam; das muß in der Natur des Waldes begründet sein. Ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Leben so viele Förster kennengelernt haben wie ich; aber ich habe vorwiegend zufriedene Förster gekannt. Die Waldeinsamkeit muß für Deutsche etwas Befriedigendes haben, und die amtliche Tätigkeit eines Ministers muß andere Wirkungen haben, denn ich habe nie einen zufriedenen Kollegen gekannt, ebensowenig einen zufriedenen Parlamentarier, und ich habe früher, als ich noch im Amte war, immer davon geträumt, daß Gott mir nachher noch ein Jahrzehnt lassen möchte, um meinen Neigungen im Land- und Waldleben wieder nachzugehen. Es ist vielleicht vierzig Jahre her, da fragte mich einmal ein hannöverscher Freund[2] über meine Zukunft, und ich sagte ihm, ich hoffte noch zehn Jahre Gesandter zu sein — das traf zu, denn es war im Jahr 1852. Dann sagte ich weiter: „Und dann zehn Jahre lang Minister, die letzten zehn Jahre aber still zu Hause auf dem Lande." Bei den zehn Jahren Minister ist es nun nicht geblieben, und ob die letzten zehn Jahre mir noch von Gott bewilligt sind, das weiß ich nicht.

Aber es war immer das Ziel, welches ich mir gesteckt hatte, im Landleben zu endigen, und das Pflichtgefühl ist es allein, das mich so lange im Dienste gehalten hat. Meine Gesundheit litt von Anfang an unter dem Widerspruche dessen, was ich machen wollte, und dessen, was ich durchbringen konnte, bei den immerwährenden Intrigen von oben und von unten. Daher war es mir 1877 mit meinem Abschiedsgesuche beim alten Kaiser völlig ernst. Auch vom Hofe und von alten Freunden wurde ich damals im Stiche gelassen. Da kam 1878 das Attentat von Hödel, nachher das Attentat von Nobiling, und ich sah den alten Herrn in seinem Blute liegen und so verbunden wie ein Kind in seinen Wickeln, und da sagte ich mir: Es geht nicht, daß ich weggehe, und da mußte ich bleiben.

Immer Kampf, immer Ärger, immer Intrigen; und dann kam der arme Kaiser Friedrich zur Regierung und verlangte, daß ich bliebe. — Aus alledem werden Sie entnehmen, daß ich zufrieden war, wie ich endlich ohne Gefühl einer Pflichtverletzung meiner Neigung folgen konnte, auf dem Lande still zu leben. Und einsam bin ich auch dadurch nicht geworden, weil ich in Deutschland viele Freunde habe, und was noch fester hält, viele politische Freundinnen. Die Frau hält die als richtig erkannte Meinung fester, und es ist nicht leicht, eine Frau politisch zu überreden. Um so dankbarer bin ich, daß ich Sie, meine

[1] Vergl. auch Ges. Werke, Bd. 9, S. 382 f.
[2] Graf A. v. Platen.

Damen, nicht zu überreden nötig habe, sondern Ihres Wohlwollens versichert bin. Das ist ein gutes Zeugnis für mich, daß nach dreißigjähriger Wirksamkeit, die von meinen Gegnern stets mit der Lupe betrachtet wurde, und wo meine Fehler gewiß ans Licht gekommen sind, ich doch noch Freunde besitze. Und ich danke Ihnen und allen an der Adresse beteiligten Damen nochmals von Herzen dafür, daß Sie mir hiervon einen erneuten Beweis geben.

Nach Besichtigung der Adresse fügt der Fürst hinzu:

Eine so warme Begrüßung, meine Damen, wie die Ihrige habe ich aus Preußen bisher noch nicht erhalten. — Über die Herstellung des Reiches waren die Nichtpreußen in Deutschland im ganzen mehr erfreut als viele Preußen — die Rheingegend machte eine Ausnahme. Elberfeld ist der erste preußische Bezirk, aus dem eine so markante Kundgebung des Wohlwollens für mich erfolgt. Ich bin überzeugt, es gibt am Rheine viele, die so denken wie Sie, und im Osten manche, aber im Osten ist der preußische Partikularismus ziemlich stark, und es gibt viele, die mir noch immer nicht vergeben können, daß es jetzt anstatt der fünfzig Millionen Deutschen nicht fünfzig Millionen Preußen gibt. Aber es wird meinen preußischen Landsleuten doch noch klar werden, daß die Rolle, welche die Regierung Friedrich Wilhelms III. 1815 übernommen hatte, mit den damals nur zehn Millionen, welche Preußen an Einwohnern zählte, eine Großmacht zu spielen, nicht durchführbar war, und daß es doch etwas anderes ist, wenn fünfzig Millionen Deutsche zusammenstehen. Mit der Zeit werden auch meine östlichen Landsleute zu der Erkenntnis kommen, daß es auch für sie seit 1866 besser geworden ist.

Ansprache an holsteinische Kriegervereine.

3. Mai 1894.

Einer aus 458 Mitgliedern bestehenden Abordnung des Verbandes der Militärvereine des südwestlichen Holstein antwortet Fürst Bismarck nach der Rede ihres Führers Weyl:

Meine Herren Kameraden und Nachbarn, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung und dem Herrn Redner für die warmen Worte, in denen er derselben Ausdruck gegeben hat. In dieser doppelten Eigenschaft, wie ich eingangs mich ausgedrückt habe, danke ich Ihnen — als Nachbar und Kamerad. Als Nachbar einmal als ein verhältnismäßig neuer Genosse Ihres landschaftlichen Verbandes und der Provinz, die wir bewohnen, in der ich erst seit einigen zwanzig Jahren zugezogen bin. Daß Sie mich in so herzlicher Weise willkommen heißen, tut mir wohl und liefert mir den Beweis, daß die Meinungsverschiedenheiten, die bis vor dreißig Jahren über die Zukunft der Herzogtümer bestanden haben können, heutzutage ausgeglichen sind durch das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und des gegenseitigen Wohlwollens. Und das ist immer ein wohltuendes Zeugnis.

In der Eigenschaft als Kamerad ist mir Ihr Gruß besonders wohltuend. Er beweist die Erstarkung der Teilnahme an unseren Einrichtungen, wie sie in allen Teilen des deutschen Volkes stattfindet. Wenn sich in den drei Kreisen, die hier repräsentiert sind, zwanzig und vielleicht mehr Vereine gebildet haben, welche mit Zufriedenheit an ihren Dienst im preußischen oder sagen wir deutschen Heere denken, so ist das einmal ein Beweis,

wie tief die Erkenntnis des Wesens des Heeres, Wächter der Unabhängigkeit, des Friedens der deutschen Nation zu sein, in der Volksstimmung durchgedrungen ist und wie der militärische Sinn sich bei uns ausgebildet hat. Die Kriegervereine, Militärvereine, und welchen Namen sie sich sonst beilegen mögen, haben sich in erfreulicher Weise über ganz Deutschland, zwischen Ostsee und Bodensee, ausgebreitet. Es existieren Hunderte und Tausende wie Sie, die zum Verein zusammengetreten sind, um die kameradschaftlichen Beziehungen fortzusetzen und die Erinnerungen zu pflegen, die in ihnen lebendig geblieben sind, seitdem sie bei der Fahne dienten.

Ich habe das selbst in meinem Privatleben ja durchgemacht, wie das Gefühl, in die Armee einzutreten, in Reih' und Glied zu stehen, auf den einzelnen wirkt. Man gibt einen Teil der eignen Freiheit auf, aber doch nur für den Preis, daß man an dem Schutze, dem Gefühle der Sicherheit, kurz, an allen Vorteilen der Waffengenossenschaft teilnimmt. Ich erinnere mich, daß, als ich als Gardejäger in Reih' und Glied eingetreten war, mich ein Gefühl der Sicherheit überkam, auch im eigenen Gewissen: ich hatte nur zu tun, was befohlen war, und war nichts befohlen, so war nichts zu tun. Das ist ein beruhigendes Gefühl, dieser Mangel an Verantwortlichkeit, das ich nachher als Zivilist niemals wieder gehabt habe, und am wenigsten als Minister. Das Gefühl, nicht verantwortlich zu sein, sondern durch höheren Befehl bis zur königlichen Unterschrift hinauf gedeckt zu sein, hat etwas Beruhigendes im Gewissen.[1] Wer die Wahl hat, hat die Qual, und wer als Minister die Aufgabe hat, etwas durchzusetzen, der ist für den Erfolg oder Mißerfolg seiner Entschließungen vor seinem eigenen Ehrgefühl und vor der öffentlichen Meinung verantwortlich, wenn das Ehrgefühl so weit reicht, daß selbst die königliche Unterschrift ihn nach seinem eigenen Gefühl noch nicht deckt, wenn er nicht alles getan hat, was er konnte, und wenn er nicht das Richtige gewählt hat. Ein hohes Ehrgefühl macht die Stellung eines leitenden Ministers außerordentlich schwierig. In den Kämpfen, die wir geführt haben, gewinnt man ja eine große Anzahl von Gegnern, die mir auch jetzt nach vier Jahren, die ich außer Dienst bin, nicht vergeben, daß ich immer noch lebe und noch keine Buße getan habe.

Es ist mir eine Genugtuung, daß jetzt in den Zeitungsartikeln selten politische Maßregeln aus der Zeit meines Wirkens als Minister getadelt werden, gewöhnlich wird nur mein persönlicher Charakter angegriffen; der wird als übel dargestellt. (Heiterkeit.) Das gebe ich den Herren ja gern zu, aber es ergibt sich daraus, daß sachlich nichts zu erinnern war. Mich haben die Urteile der Gegner niemals irritiert. Wenn Freunde von mir abfielen, so war mir das schmerzlich. Ein Feind aber kann mir nicht weh tun. Wenn die Franzosen auf uns schossen, so war uns das selbstverständlich, und wird man verwundet, so geht man ins Lazarett. Wenn aber hinter uns aus dem Gliede auf uns geschossen wird, das ist eine andere Sache. Mir ist das in der Politik mitunter passiert.

Meine Gegner haben jetzt das Bedürfnis, in mir einen Menschen zu sehen, der sich unglücklich fühlt und vor Begierde brennt, in den alten Arbeitszwang zurückzukehren. Es liegt darin ein Mangel an psychologischem Urteil. Was sollte mich dazu bewegen, wieder in den Dienst zu treten? Ich bin zehn Jahre länger, als mit meinen Wünschen übereinstimmte, lediglich aus Pflichtgefühl, im Amte geblieben. Ich konnte die Ansammlung

[1] Vergl. Gedanken und Erinnerungen Bd. 3, S. 115 die bitteren Worte über Caprivi als Kabinettssekretär.

von Erfahrungen und von Vertrauen, welche ich in meinen Beziehungen im In- und Auslande gemacht hatte, niemandem hinterlassen, und mein Ehrgefühl gebot mir, im Dienste zu bleiben, wenn er auch noch so unbequem war.

Nachdem ich der Ehrenpflicht ledig gesprochen,[2] weiß ich doch nicht, was in der Welt mich bestimmen sollte, in frühere Zwangsverhältnisse zurückzukehren. Ich habe wenig Sinn für äußere Auszeichnungen, für Rang, Titel, Orden; ich bin damit längst übersättigt worden. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen, ich bin mit dem, was ich bin, vollständig zufrieden; ich hatte immer mehr das Bedürfnis, nicht zu gehorchen, als das, andern zu befehlen.[3] Ich habe das Gefühl der Verstimmung, wenn man mich verdächtigt, wieder in die amtliche Stellung eintreten zu wollen. Es erinnert mich das an Hamlet, der, nach dem Grund seiner Verstimmung gefragt, als Kronprinz antwortet: „Es fehlt mir an Beförderung." Was kann mir in der Richtung fehlen? Ich kann und will nicht mehr werden, als ich bin; ich könnte nur von der Höhe meiner Erinnerungen heruntersteigen, wenn ich irgendwie ehrgeizige Bestrebungen hätte.

Ich würde auf solche Dinge Ihnen gegenüber in befreundetem Kreise, wie ich hier spreche, nicht gekommen sein, wenn meine Gegner sich nicht durch die Sorge vor meiner Wiederkehr aufregten und die Lüge von meinem unbefriedigten Ehrgeize verbreiteten. Es ist ja rein lächerlich. Was sollte ich in der Welt noch werden im achtzigsten Jahre? Es ist ja mancher Minister vor mir in ähnlicher Lage gewesen. Einer, der mir besonders interessant war, war der Fürst Metternich, mit dem ich in meinen jungen Jahren in nähere Beziehung gekommen bin. Nun, auch der hatte lange Jahre an der Spitze der Politik nicht nur seines Vaterlandes, sondern man kann wohl sagen Europas gestanden. Er wurde plötzlicher und unerfreulicher als ich abgeschoben und mußte verkleidet fliehen;[4] ein späterer Kollege von mir,[5] als Fiakerkutscher verkleidet, brachte ihn in Sicherheit aus Wien heraus. Nach so großer und glänzender Vergangenheit mußte er das erleben, und als ich ihn bald nachher traf,[6] habe ich ihn heiter und zufrieden gefunden, und er sagte: „Ich bin froh, daß ich aus der Galeere heraus bin. Früher war ich ein Schauspieler auf der Bühne, jetzt bin ich ein Zuschauer im Parterre." Nun, Fürst Metternich hatte dagegen nicht einmal das Gegengewicht in dem Wohlwollen seiner Landsleute, wie ich es genieße. Ich habe nie gehört, daß nach dem Jahre 1848 aus Österreich Deputationen an den Fürsten Metternich nach Johannisberg gekommen wären, die ihm gedankt hätten für das, was er für das Vaterland getan hatte. Dies Gegengewicht fehlte ihm, und doch war er glücklich und zufrieden, daß er „raus" war aus dem, was er die Galeere nannte. Und so bitte ich Sie, auch von mir überzeugt zu sein, daß ich nicht unzufrieden, sondern daß ich Gott dankbar bin, daß er mir, bevor er mich abruft aus dieser Welt, eine Zeit beschaulicher Ruhe gewährt. Auf die Aussprache meiner Ansicht über Dinge, die ich vierzig Jahre lang amtlich betrieben, brauche ich darum nicht zu verzichten, aber von politischem Ehrgeiz bin ich vollständig frei.

---

[2] Mit diesen Worten wird wieder dem Kaiser die Schuld und die Initiative der Entlassung zugeschoben.

[3] Vergl. den Jugendbrief an die Gräfin Bismarck-Bohlen: Bismarcks Briefe an Braut und Gattin S. 26.

[4] Am 13. März 1848.

[5] Graf Rechberg.

[6] September 1851.

Aber, meine Herren, wir begegnen uns heute als Soldaten, und ich will daher auf das politische Gebiet mich nicht begeben. Unsere Politik als Soldaten beschränkt sich auf den Gedankenkreis, dem wir dadurch Ausdruck geben, daß wir zusammen ein Hoch ausbringen auf den Kaiser, unseren gemeinsamen Kriegsherrn. Er lebe hoch!

Ansprache an Lehrer und Schüler des Lüneburger Seminars.

10. Mai 1894.

Bei einem Ausflug begrüßen Schüler des Lüneburger Seminars mit ihren Lehrern den Fürsten Bismarck. Auf eine Ansprache erwidert dieser:

Meine Herren, ich danke Ihnen und eigne mir den letzten Wunsch des Herrn Schulrats von Herzen an; ich wünsche, daß Gottes Segen Sie auf Ihrer vor dem eigenen Gewissen schweren Bahn leiten und führen möge. Sie treten als Lehrer einer großen Anzahl unserer heranwachsenden Generation gegenüber, zunächst in obrigkeitlichen Verhältnissen. Sie repräsentieren den Schülern gegenüber nicht nur das Unterrichtsministerium, Ihr spezielles Ressort, sondern auch zugleich die Regierung selbst, da Ihnen die Schulzucht zufällt. Sie repräsentieren in der Schule das Juistizministerium; Sie haben eine gewisse Rechtspflege. Vergessen Sie dabei nicht, daß selbst das königliche Recht der Begnadigung auf Sie im Schulzimmer übergeht, und lassen Sie diesem immer eine starke Vertretung gegenüber dem Bedürfnisse der Gerechtigkeit und demjenigen, Strafe zu üben.

Es ist dies im Verkehr mit Kindern leichter, als es später mit Erwachsenen zu sein pflegt. Vergessen Sie nie, daß in den Kindern eine scharfe Beobachtungsgabe liegt, die sich allerdings nicht öffentlich dem Lehrer gegenüber ausspricht, aber dann, wenn sie allein unter sich sind oder in Gesellschaft anderer. Wenn man da zuhört, so ist man oft erstaunt über den natürlichen Einblick in die menschliche Natur, den die Kinder in der Beurteilung ihrer Eltern und Lehrer entwickeln. Ich will damit nur sagen: Kommen Sie Ihren Zöglingen nicht mit dem vorherrschenden Gefühle der amtlichen Stellung und Würde, sondern mit dem vorherrschenden Gefühle der Liebe zu den Unmündigen entgegen. Ich bin gewiß, daß Sie damit Erwiderung finden werden bei den meisten Kindern, und daß Sie sich dadurch Ihr Geschäft wesentlich erleichtern werden, wenn Sie in den Kindern dieses Gefühl erwecken, daß die Liebe, und ich will sagen, die Achtung, eine gegenseitige ist zwischen Eltern, Lehrern und Schülern. Im Kinde steckt doch ein Mensch, ein Gottesgeschöpf, das seinerseits Anspruch auf Achtung wegen seiner Schwachheit und Hilflosigkeit hat und auch im Herzen im freundlichen Sinne behandelt werden sollte — ich möchte sagen, wie der Mann gegenüber der Frau rücksichtsvoller, höflicher ist, grade weil er der Stärkere ist. Dieses Verhältnis der Überlegenheit ist zwischen Lehrer und Kind noch in größerem Maße vorhanden. Aber gerade in dieser Überlegenheit liegt auch für ein edeldenkendes Herz das Interesse für den Schützling, der ihm anvertraut ist. Also möchte ich Ihnen nur ans Herz legen: Fahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom und seien Sie freundlich und wohlwollend. Für Eltern ist dies kein Verdienst, denn bei ihnen ist es die Liebe für das eigene Fleisch und Blut, auch ein Ausfluß des Egoismus. Für den Lehrer aber erfordert es einen gewissen Kampf mit dem Selbstgefühl über das, was er kann und weiß und geleistet hat,

um in die amtliche Stellung, die er bekleidet, zu kommen, eine Überwindung dieses Selbstgefühls, um in dem kindlichen Elemente eine Pflanze zu erkennen, die besser gedeiht, wenn sie sanft behandelt wird. Also das Gebot der Liebe möge Sie leiten bei Ihrem Berufe!

Dem Lehrer der Naturwissenschaften gegenüber äußert Fürst Bismarck:

Der Gartenbau ist für Lehrer der ländlichen Bevölkerung wichtiger, als man gewöhnlich glaubt. Es ist wichtig, daß den Kindern da etwas mit auf den Weg gegeben wird — ich will nicht sagen von Botanik, aber doch von den bäuerlichen Bedürfnissen der Pflanzenkunde und des Gartenbaues; denn letzteres hat für alle Interesse. Und dann etwas, was ich in Österreich schon gesehen habe. In den Alpen wurden die Schüler vom Lande mit der Natur und den gewöhnlichen Krankheiten ihres Viehstandes bekannt gemacht, was in diesem oder jenem Falle zu tun ist. Es hingen Tafeln an der Wand. Dies ist für die ländliche Bevölkerung sehr wertvoll. Ich habe, so lange ich im Dienste war, mich immer bemüht, diesem Teil unseres Volkes eine stärkere Berücksichtigung zu verschaffen.

Ansprache an Lehrer und Schüler des Haderslebener Gymnasiums.

19. Mai 1894.

Nach dem Vortrag eines Musikstücks und einer Ansprache entgegnet Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung. Vor kurzem empfing ich eine Abordnung von Damen aus dem äußersten Süden unseres lieben Vaterlandes. Jetzt kommen Sie aus dem hohen Norden. Das erinnert mich recht lebhaft daran, daß wir alle einem und demselben Ganzen angehören, daß unsere Interessen dieselben sind. Vom Bodensee bis zur Königsau ist eine weite Strecke, und wir Deutsche sind zahlreich genug, aber wir sind nur stark, wenn wir zusammenhalten, wie der Text des von Ihnen gespielten Liedes[1] es fordert. Für uns muß das Wort gelten: Nec pluribus impar. Diese Inschrift trugen die alten französischen Geschütze, und Sie als Lateiner werden wissen, daß es die Bedeutung hat: Wir sind stärker als mehrere. Ja, meine jungen Freunde, nur so lange wir das von uns sagen können, gilt das Wort: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“, nur so lange herrscht Frieden von Hadersleben bis zum Bodensee. Jetzt können wir das mit Recht von uns sagen, das deutsche Reich ist zu einer Kraft und Größe gelangt, die man früher nie gekannt noch geahnt hat. Aber wir müssen bedenken, daß das, was wir vor uns sehen, nicht von selber und nicht mit eins so geworden ist. Vielmehr hat unter vielen Kämpfen die deutsche Einheit sich erst ausbilden müssen; sie ist lange und lebhaft erstrebt worden, ehe sie Wirklichkeit wurde. Hoffen wir denn, daß die hohen Güter, die das Lied uns nennt: Einigkeit und Recht und Freiheit, nicht nur mich, sondern auch Sie und Ihre Kinder weit überdauern werden. Trotz dieser deutschen Einheit kann die germanische Selbständigkeit in den einzelnen Teilen unseres Vaterlandes sehr wohl bestehen und gepflegt werden. Sie, meine Freunde, haben sich die Pflege der Musik angelegen sein lassen. Das wird Ihnen auf Ihrem Lebenswege manchen Genuß erschließen. Ich habe manches gelernt in meiner Jugend, wofür ich später keine Verwendung hatte, aber oft ist mir leid gewesen, daß ich der Pflege der Musik nicht mehr Sorgfalt habe zuwenden können.

[1] Deutschland, Deutschland über alles!

Ansprache an deutsche Journalisten und Schriftsteller.

1. Juli 1894.

Etwa zweihundert Teilnehmer am Journalisten- und Schriftstellertag zu Hamburg machten am 1. Juli 1894 einen Ausflug nach Friedrichsruh. Auf ihre Begrüßung erwidert Fürst Bismarck:

Sie haben in Hamburg so viel Schönes zu sehen bekommen, daß es für mich sehr schmeichelhaft ist, daß Sie herausgekommen sind, um meiner bescheidenen Häuslichkeit Ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist nichts Auffälliges und Prächtiges hier, aber es ist behaglich und ruhig, und an solchen warmen Sommertagen, wie der heutige einer ist, lernt man den Schatten dieser alten Bäume schätzen. Mein Leben hier ist ja mehr der Erinnerung und der Beschaulichkeit gewidmet als der Beteiligung an dem Räderwerke der Welt, an der die meisten von Ihnen — Sie sind ja der Mehrzahl nach Schriftsteller — mit der Feder und mit der Presse arbeiten, schieben, vielleicht auch hemmen.

Ich kann nicht lange stehen, denn ich bin seit ein paar Tagen mit einer Muskelzerrung geplagt; außerdem bin ich übermütig gewesen und bin in meinem achtzigsten Jahre an einem Tage zu weit gegangen. Jetzt muß ich mich auskurieren und ausruhen, dann gehen wir nach Varzin.

Auf die Mitteilung, daß auch österreichische Journalisten und Schriftsteller anwesend seien, bemerkt Fürst Bismarck:

Ich freue mich, daß wir uns mit Österreich zusammengefunden haben, eigentlich wiederzusammengefunden haben, sogar besser als in der alten Bundestagszeit. Das war eine Zeit, wo ebensoviel Pferde hinter den Wagen als vor den Wagen gespannt waren; dabei kam man nicht vorwärts. Was aber gezerrt und zerrissen wurde, das war die deutsche Nation. Es mußte eine Auseinandersetzung stattfinden, leider durch ein Gottesurteil mit dem Schwert. Es war ja ein Bruderkrieg, so nennt man ihn mit Recht; wir haben alle bedauert, daß wir ihn führen mußten, aber jeder, der mit Sachkunde an die Zeit zurückdenkt, wird sagen müssen, daß anders als mit dem Schwerte der gordische Knoten nicht zu lösen war. Indessen haben wir schon im Jahre 1866 in Böhmen das Gefühl gehabt, wir wollen uns hier so benehmen, daß wir einmal wiederkommen können. Der Krieg wurde ja nur bis an die Grenze des notwendigen Bedürfnisses nach Auseinandersetzung geführt. Sobald wir in Wien so viel erreicht hatten, daß wir unsere deutsche Sache allein machen konnten, fühlten wir nur das Bedürfnis, Österreich so stark zu erhalten, als es bisher war, und vielleicht noch stärker zu machen, denn wir gehören doch zueinander, wir im Norden und die Süddeutschen mit Einschluß unserer Landsleute in Österreich. Aber freilich in einen näheren Verband konnten wir uns nicht einlassen und Sie auch nicht. Sie haben Ihr eigenes Leben im Donaubecken, wo nicht ausschließlich das Deutschtum in Frage kommt, und das kann nicht von Berlin abhängen. Wir müssen jeder selbständig neben dem anderen gehen als gute Freunde und Bundesgenossen. In diesem Sinne freue ich mich, so viele Mitglieder aus Österreich, ich kann nicht sagen als Landsleute, aber als Volksgenossen begrüßen zu können. Bei den süddeutschen Reichsgenossen herrscht ja dieses Gefühl, das bei mir vielleicht mehr Sache der Überlegung und der geschichtlichen Erinnerung ist, noch viel lebhafter durch die Stammesverwandtschaft. Denn der bayrische Stamm wohnt ja diesseits und jenseits der österreichischen Grenze, wie der alte thüringische diesseits und

jenseits der böhmischen Grenze. Ich nenne ihn nicht den sächsischen Stamm, sondern den thüringischen. Sachsen ist hier, wo man Plattdeutsch spricht. Wir gönnen zwar unseren Leipziger Bundesgenossen und Freunden den Namen Sachsen von Herzen, eigentlich sind sie aber Thüringer — auch nicht übel. (Heiterkeit.) Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung, und wenn es Ihnen nicht zuviel ist, mich mit meinem langsamen Schritt zu begleiten, so führe ich Sie bis an das Haus.

Ansprache auf dem Bahnhof zu Stendal.

12. Juli 1894.

Auf der Reise von Friedrichsruh nach Schönhausen wird Fürst Bismarck auf dem Bahnhof in Stendal von einer großen Menge herzlich empfangen. Er spricht:

Ich danke Ihnen allen herzlich für die warme Begrüßung, die mir als einem alten Stendaler Bürger besonders wohltut. Wir können zufrieden sein mit unserer Heimat, denn hier in der Altmark wurde das Samenkorn gepflanzt, aus dem der herrliche Baum des Deutschen Reiches, dessen wir uns alle freuen, entsprossen ist. Die Altmark war das erste Gebiet, an das sich die übrigen nach und nach angegliedert haben. Zunächst das benachbarte Havelland, dann die Priegnitz, die Mittelmark, die damals Neumark genannt wurde, und später die jetzige Neumark. Mit einem gewissen Stolz blickten deshalb die Altmärker als Insassen des Stammlandes auf die neuen Erwerbungen, die eben damals neu waren. Das Land hat sich seitdem vergrößert, zuerst nach Osten hin, Ostpreußen kam hinzu, dann flutete die Welle zurück: Rheinland, Schlesien. Aber der Grundstamm blieben doch die Sachsen. Von diesem flachen Lande hier, von der altmärkischen Heimat, die ja auch die meinige ist, ist die Kraft und der Anstoß zur Bildung des brandenburgischen Staates und Preußens und schließlich zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches ausgegangen. Ich freue mich, wieder einmal in der Altmark weilen und Stendaler begrüßen zu können. Die Türme von Stendal erzählen von alten Zeiten, wo die Stadt eine große Handels- und Industriestadt war und wohl an fünfzigtausend Einwohner zählte; so weit wird sie nun wohl nicht wieder gelangen. Der Stadt Stendal, der Hauptstadt der altmärkischen Heimat, aus der auch meine Familie stammt, möge es stets gut gehen bis ans Ende der Tage, und Gott möge sie in Gnaden bewahren.

Ansprache auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin.

16. Juli 1894.

Auf der Fahrt nach Varzin wird Fürst Bismarck am Stettiner Bahnhof in Berlin namens des akademisch-historischen Vereins durch den stud. hist. Cartellieri begrüßt. Er erwidert:

Ich freue mich herzlich, daß ich jedesmal, wenn ich nach Berlin komme, so freundlich begrüßt werde, und besondere Freude macht es mir, wenn das unter Mitwirkung der Bürger der Universität geschieht, der ich selbst in meiner Jugend eine Zeitlang angehört habe. Ich bin ein halber Berliner. Ich war sechs Jahre alt, als ich zuerst nach Berlin kam. Alle Örtlichkeiten, die ich hier wiedersehe, sind für mich Repräsentanten meiner Vergangenheit.

Hier wurde ich als Schuljunge spazierengeführt, hier habe ich als Student, als Referendar, als Minister gelebt. Und gegenwärtig kann ich mir sagen, daß ich immer gern in Berlin gewesen bin, obschon ich auf dem Lande groß geworden bin und im Landleben Wurzel geschlagen habe. Aber Berlin ist mir behaglich durch Gewohnheit geworden. Ich kenne es schon aus der Zeit, als es noch keine Trottoirs gab und man noch auf spitzen Steinen gehen mußte. Damals gab es auf der Friedrichstraße zwischen Behren- und Kochstraße noch keinen einzigen Laden. Ich habe in Berlin 1836 und 1837 so genau Bescheid gewußt, daß ich hätte Droschkenkutscher werden können, was jetzt freilich nicht mehr geht. (Große Heiterkeit.) Berlin ist mir jetzt über den Kopf gewachsen, wirtschaftlich und politisch. Politisch bin ich ja vielleicht in manchen Beziehungen mit der Mehrheit der Berliner auseinandergekommen, aber mein Heimatsgefühl für Berlin und seine Umgebung ist immer dasselbe geblieben. Ich bin ein alter Kurbrandenburger. Und unsere Stadt Berlin, der Sie, meine Herren Studierenden, vorübergehend als Berliner angehören, der ich den größten Teil meines Lebens als Bürger angehörte, sie mag werden, wie sie will — ich wünsche ihr Gedeihen und Wohlergehen. Sie lebe hoch!

Ansprache auf dem Bahnhof in Colbitzow.

Auf die Ansprache des Vorstandes der pommerschen Mitglieder des Bundes der Landwirte antwortet Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen für Ihre freundliche und herzliche Ansprache und freue mich, hier von meinen pommerschen Landsleuten freudig begrüßt zu werden, und noch mehr, von meinen Genossen der Landwirtschaft. Landwirt bin ich gewesen, ehe ich Politiker wurde, und ich habe als Diplomat niemals den Boden vergessen, auf dem ich gewachsen war und mit dem ich verwachsen geblieben bin. Ich freue mich, daß Sie an dessen Gedeihen, an dessen Pflege festhalten mit der ganzen Energie, die sich in Ihren Worten kundgibt. Soviel ich zum selben Zwecke in meinem Privatleben zu tun vermag, will ich leisten. Ich bin im Blute Landwirt und gehöre mit meinen Sympathien diesem Stande an. Deswegen danke ich Ihnen von Herzen und wünsche den Bestrebungen des Vereins der Landwirte das Gedeihen, ohne welches wir schwierigen Verhältnissen entgegengehen. Denn wenn die Landwirtschaft nicht besteht, kann auch der Staat nicht bestehen. Also die Landwirtschaft lebe hoch!

Ansprache an Deutsche der Provinz Posen.

16. September 1894.

Zu schwerster Sorge gab dem Fürsten Bismarck seit der Amtstätigkeit Caprivis die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber unversöhnlichen Feinden Anlaß. So geschah es, daß Caprivi, um die nötigen Stimmen für die Militärvorlage, für Schiffsbauten und Handelsverträge zu gewinnen, da die Konservativen in Opposition standen, auch den Polen entgegenkam und eine Ära der Versöhnung einleitete. In dieser Lage huldigten mehr als zweitausend deutsche Landwirte aus den Ostprovinzen zum Zeichen des Protestes gegen die Regierungspolitik dem Fürsten Bismarck in Varzin, und dieser benutzte die Huldigung, um die Grundsätze seiner Polenpolitik noch einmal darzulegen. Wieder äußerte Bismarck seine ehemals richtige aber in dem letzten

Jahrzehnt falsch gewordene Ansicht, daß der polnische Adel der eigentliche Feind des Deutschen sei; in Wahrheit hatte sich, zum Teil gerade infolge der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, die polnische Bevölkerung sozial und wirtschaftlich mächtig entwickelt und hatte sich eine national-demokratische Bewegung herausgebildet, die viel schwerer zu bekämpfen war als der polnische Adel.

Meine Herren, zunächst muß ich leider Ihre Nachsicht in Anspruch nehmen, weil ich seit zwei Tagen von einem unpolitischen Gegner heimgesucht bin; man nennt ihn Lumbago oder Hexenschuß, ein alter Bekannter von mir seit sechzig Jahren; ich hoffe ihn in kurzem zu überwinden und dann wieder nach allen Richtungen hin grade stehen zu können. Einstweilen aber geniert er mich doch.

Ich beginne mit einer Äußerung auf die Worte, mit denen mein Herr Vorredner mich beehrt hat, mit einem Danke, der sich an ihn persönlich und demnächst an Sie alle richtet. Der Herr Vorredner ist mit mir gleich alt, wir sind beide 1815 geboren, und verschiedene Lebenswege führen uns hier in Varzin nach fast achtzig Jahren wieder zusammen. Das Wiedersehen ist mir eine große Freude, wenn ich auch diesen Lebensweg nicht ebenso unbeschädigt zurückgelegt habe wie der Herr Landesökonomierat. Wenn ich sage, ich bin ein Invalide der Arbeit, so könnte er das vielleicht auch sagen, nur war seine Arbeit gesünder, das ist der Unterschied zwischen dem Landwirt und dem Diplomaten: die Lebensweise des letzteren ist ungesünder und fällt mehr auf die Nerven. Zunächst also danke ich Ihnen, meine Herren, und ich würde Ihnen noch dankbarer sein, wenn wir uns alle bedecken wollten. (Heiterkeit.) Mir ist die natürliche Decke mit der Zeit versagt (Heiterkeit), und ich kann doch nicht bedeckt bleiben, wenn Sie es nicht sind.

Ich danke Ihnen, daß Sie keine Anstrengung gescheut haben, Ihr nationales Gefühl in dieser Weise auszudrücken. Die Anstrengungen waren nicht ganz geringe: eine Nachtfahrt auf der Herreise, eine zweite Nachtfahrt auf der Rückreise, unvollkommene Verpflegung, inkommode Coupébenutzung: daß Sie das alles überwunden haben und nicht davor zurückgeschreckt sind, das zeugt von der Stärke des nationalen Gefühls, welches Sie trieb, gerade hier Zeugnis abzulegen. Daß es gerade hier ist, ist für mich eine hohe Ehre, und ich sehe darin die Anerkennung meiner Mitarbeit an der Herstellung der Zustände, deren wir uns nach langer Zerrissenheit in Deutschland heutzutage erfreuen, Zustände, die immerhin ihre Unvollkommenheiten haben mögen, aber das Beste ist des Guten Feind, und wir haben in der Zeit der Herstellung dieser Zustände uns nie gefragt: Was können wir wünschen, sondern: Was müssen wir haben? In diesem Maßhalten der germanischen Einigungsansprüche hat eine Hauptvorbedingung des Erfolgs gelegen; wir sind auf diesem Wege zu dem Ergebnis gekommen, welches eine verstärkte Bürgschaft für die Zugehörigkeit Ihrer Heimat zum Deutschen Reiche und dem Königreich Preußen bietet. Das Verhältnis der Kopfzahl des deutschen Fundaments unseres Gebäudes zu dem, ich will nicht sagen losen, aber weniger bereitwilligen polnischen ist seitdem für das deutsche Element ein wesentlich günstigeres geworden. Wir stehen in nationaler Beziehung 48 Millionen deutsche Germanen 2 Millionen Polen gegenüber, und daß in einem solchen Verbande die Wünsche der 2 Millionen für die übrigen 48 Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsabstimmungen gestellt sind. Die Kräfte, die für die Zugehörigkeit dieser Landesteile eintreten, sind parlamentarisch sowohl wie militärisch stark genug, um sie zu verbürgen. Aber auch der Entschluß, diese Kräfte rechtzeitig anzuwenden, kann von keiner Seite be-

zweifelt werden. Niemand hat einen Zweifel, wenn von höchster Stelle erklärt wird: Ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unsere Armee vernichtet werden (wie dies in anderen Worten gesagt worden ist); dasselbe findet aber auch für die Ostgrenze statt, und zwar in verstärktem Maß: Wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß, und wir werden uns nach dem Kaiserworte schlagen bis auf den letzten Mann, ehe wir das Elsaß aufgeben, diese Deckung für unsere süddeutschen Landesteile. Aber München und Stuttgart sind durch eine feindliche Position in Straßburg und im Elsaß nicht mehr gefährdet als Berlin gefährdet sein würde durch eine feindliche Position in der Nähe der Oder, und deshalb ist anzunehmen, daß, wenn es je zur Entscheidung kommt, wir entschlossen bleiben werden, den letzten Mann und die letzte Münze in unseren Taschen für die Verteidigung der deutschen Ostgrenze zu opfern, wie sie seit achtzig Jahren besteht. Und diese Bereitwilligkeit wird hinreichen, um die Zugehörigkeit Ihrer Provinz nach irdischen Begriffen als vollständig verbürgt anzusehen. (Bravo.)

Wir haben uns beschränkt in unseren Ansprüchen auf das, was zu unserer Existenz, was zum freien Atmen einer großen Nation in Europa, die wir sind, notwendig ist. Wir haben dabei nicht an das gedacht, was in früheren Zeiten deutsch sprach und deutsch dachte, hauptsächlich infolge der Propaganda von seiten deutscher Höfe. Man sprach früher im Osten, Nordosten und auch anderswo mehr deutsch als heutzutage. Man denke nur an unseren Bundesgenossen Österreich. Wie geläufig war dort das Deutsch in den Tagen Josephs II. und der Kaiserin Maria Theresia, wo das Deutsche in Ungarn zum Teil stärker war als heute und als es heute zum Teil sein kann. Aber was wir an Ausdehnung dieser äußerlichen Zugehörigkeit aufgaben, haben wir an Intensität unserer inneren Zusammengehörigkeit reichlich gewonnen. Die älteren Herren, wenn sie zurückdenken an die Zeit vor Kaiser Wilhelm I., werden den Eindruck haben, daß der Mangel an gegenseitiger Liebe zwischen den deutschen Stämmen ein größerer war als heute. Wir haben in dieser Beziehung wesentliche Fortschritte gemacht, und wenn wir heutzutage Äußerungen unzweideutiger Art aus Bayern und Sachsen hören und sie vergleichen mit den Stimmungen, die uns bekannt sind aus früheren Zeiten, so müssen wir doch sagen, daß Deutschland in der Entwicklung in nationaler Richtung, welche alle europäischen Völker seit hundert Jahren durchgemacht haben, mit raschen Schritten eingeholt hat, um was es zurückgeblieben war. Wir waren noch vor vierzig Jahren in nationaler Stimmung und landsmannschaftlicher Liebe gegen alle anderen Nationen zurück, wir sind es heute nicht mehr. Unsere Landsleute am Rhein, vom Bodensee und von der sächsischen Elbe widerstreben der nationalen Landsmannschaft nicht mehr, sondern sind nicht nur im Auslande, wo sie sich begegnen, sondern auch zu Hause in tatbereiter Liebe einander zugetan. Ein einig Volk ist in merkwürdig kurzer Zeit geschaffen worden; es ist das der Beweis, daß die ärztliche Kur, welche angewendet wurde, wenn auch mit Blut und Eisen, nur ein Geschwür, das längst reif war, aufgeschnitten und uns ein plötzliches Behagen und Wohlbefinden geschaffen hat. (Bravo!) Möge Gott geben, daß es von Dauer und keinem Wechsel unterworfen ist. Wie verbreitet es ist, das haben mir gerade in der Zeit, wo ich nicht mehr im Amte war, die Kundgebungen bewiesen, die ich von allen deutschen Volksstämmen aus Baden, Bayern, Sachsen, Schwaben, Hessen und aus Preußen von allen Landsleuten außerhalb der Provinzen Friedrichs des Großen erfahren habe. Ich habe also das Gefühl einer nationalen Übereinstimmung aus ganz freiwilligen Kundgebungen, die niemand gemacht hat, die mir ungesucht, mitunter unbequem und uner-

wünscht gekommen sind, die aber immer mein patriotisches Herz mit Freude erfüllt haben und ein Unisono in allen deutschen Stämmen ergeben. Soviel möchte ich bemerken für das sichere Festhalten des heutigen staatlichen und nationalen Verbandes Ihrer Provinzen.

Wir singen: „Fest steht und treu die Wacht am Rhein", aber an der Warthe und Weichsel steht sie ebenso fest. (Lebhaftes Bravo.) Wir können nach keiner von beiden Seiten hin auch nur einen Morgen Landes missen, und wenn es auch nur des Prinzips wegen wäre, und die Versuche, auf die in der Ansprache des Herrn Vorredners angespielt wurde, die infolge der 48er Bewegung gemacht wurden, diesen Verband abzuschütteln, in dem wir damals in Preußen und Deutschland lebten, in Bezug auf die Festhaltung der Grenzen, diese Versuche, die Wünsche unserer polnischen Nachbarn zu befriedigen, haben damit geendet, daß den polnischen Streitkräften, die sich im Vertrauen auf Berliner Zusicherungen gebildet hatten unter dem preußischen General von Willisen, schließlich von dem preußischen General von Colomb die Tore von Posen verschlossen wurden und daß wir schließlich mit preußischen Truppen das polnische Insurrektionsheer, welches sich tapfer und ehrlich schlug, im blutigen Kampfe überwinden mußten.

Ich bemerke dabei, daß der Kampf auch damals nicht mit dem polnischen Volke im großen und ganzen, sondern nur mit dem polnischen Adel und seiner Gefolgschaft geführt wurde; ich erinnere mich, daß polnische Soldaten, ich glaube vom 19. Regiment, die ich damals in Erfurt im Jahre 1850 gesprochen habe, von den Gegnern nur als von den „Komorniks" sprachen. Sie kennen dies polnische Wort für Tagelöhner. So dürfen wir uns auch heute darüber nicht täuschen, daß die Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenlebens beider Stämme in Posen und Westpreußen minder groß ist, als die Statistik angeben kann.

Es bringt mich dies auf die zweite Frage, die der Herr Vorredner berührte, das Zusammenleben beider Stämme in der Provinz. Ich glaube, viele von Ihnen werden polnisch sprechende Arbeiter und Knechte haben und dabei den Eindruck haben, daß die Gefahr nicht von diesen unteren Schichten der Bevölkerung ausgeht. (Sehr richtig!) Mit denen ist zu leben, und von denen geht eine Unruhestiftung niemals aus. Sie sind keine Förderer einer uns feindlichen Bewegung, abgesehen davon, daß sie vielleicht anderen Stammes sind als der Adel, dessen Einwanderung in die slawischen Gaue sich im Dunkel der Vorzeit verliert. Um die ganze große Zahl der arbeitenden und bäuerlichen Volksklasse vermindert sich also die statistische Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenarbeitens beider Stämme. Die Massen der unteren Schichten sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung, die vielleicht nicht immer vollkommen sein mag, die aber in jedem Falle besser und gerechter sie behandelt, als sie es in den Zeiten der polnischen Adelsrepublik gewohnt waren. Und damit sind sie zufrieden. Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedlungskommission vorzugsweise auf die Ansiedlung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen würde. Die polnischen Bauern sind nicht gefährlich, und es ist nicht entscheidend, ob die Arbeiter polnisch oder deutsch sind. Die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domäne wurde unter einem Pächter, auf den der Staat fortwährend Einfluß behält. Das Bedürfnis, rasch zu verkaufen und zu kolonisieren, ist von anderer kompetenter Stelle ausgegangen, aber nicht von mir. Ich habe diese Maßregeln nicht so überwachen, nur anregen können. Die Schwierigkeiten, die ich in meiner vierzigjährigen politischen Tätigkeit gefunden habe, sind nicht von den Massen der polnischen Arbeiter und Bauern ausgegangen. Ich glaube, daß diese Schwierigkeiten ausschließlich oder doch wesentlich vom polnischen Adel

gemacht wurden, unterstützt von der polnischen Geistlichkeit. (Zustimmung.) Ich fasse den Begriff vielleicht zu eng, mir sind Vorgänge bekannt, daß auch deutsche Geistliche (Zuruf: Leider!) um des lieben Friedens willen geholfen haben zu polonisieren. Es ist das eine Eigentümlichkeit unseres Stammes, die ich nicht grade tadeln will, daß wir die Konfession oft höher stellen als die Nationalität; bei unseren Gegnern, bei Polen und Franzosen, ist das umgekehrt (Zustimmung), ihnen steht die Nationalität höher als die Konfession. Darunter leiden wir. Aber wir haben ein gewisses physisches Gegengewicht, wenn die Staatsregierung das deutsche Element rückhaltlos unterstützt. Das konfessionelle Element ist immer im Familienleben und den Frauen gegenüber, namentlich den stets von mir bewunderten polnischen Frauen gegenüber, von großer Einwirkung; zu denen hat der Geistliche mehr Zutritt als der Landrat und der Richter. (Heiterkeit.) Aber es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch mit einer für die Zukunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt. Vestigia terrent! kann man sagen, wenn von 1848 an in Deutschland die polnische Nation und deren Pflege — nein, nicht 1848, 1831/32 meine ich — fast mehr in den Vordergrund tritt als die des Deutschtums. Seitdem ist doch ein Fortschritt in politischer Beziehung zu verzeichnen.

Nun muß ich etwas um Ihre Nachsicht für meinen Lumbago bitten. (Ruf: Setzen, Durchlaucht!) Es wird nicht besser durch Sitzen, ich kenne diesen Gast aus langjähriger Erfahrung.

Also: ich sprach von der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens beider Nationalitäten. Unmöglich ist das nicht, sehen wir doch, daß in der Schweiz drei sich gegenüberstehende Nationalitäten, die deutschen, italienischen und französischen Schweizer sich ruhig und ohne Bitterkeit über gemeinsame Angelegenheiten beraten. Wir sehen, daß in Belgien die germanischen Vläminge und die gallischen Wallonen in einem Staatsverbande zusammenleben. Wir sehen, daß auch mit Polen unter Umständen zu leben ist, wenn wir an Ostpreußen denken, wo die polnischen Masuren, die Litauer und die Deutschen friedlich zusammenarbeiten, ohne daß bisher, weil jede Aufhetzung gefehlt hat, eine nationale Verstimmung zu verspüren gewesen ist. Nun kann man allerdings sagen, daß dort der katholische Geistliche mit seinen Sonderinteressen fehlt; aber betrachten Sie Ihre Nachbarn in Oberschlesien; haben dort die beiden Nationen nicht lange Jahrhunderte hindurch in Frieden gelebt, obwohl auch dort der konfessionelle Unterschied vorhanden ist? Was ist es nun, was in Schlesien fehlt, und was hat uns jahrhundertelang möglich gemacht, dort in konfessioneller Eintracht zu leben? Ja, es tut mir leid, sagen zu müssen: es ist der polnische Adel und die polonisierende Geistlichkeit. Nun kann der polnische Adel ja auf Polen große Autorität üben, noch mehr als auf Deutsche. Aber die statistische Ziffer, mit der wir bei dem aktiv und aggressiv auftretenden polnischen Gegner zu rechnen haben, verringert sich bedeutend. Der Adel denkt an die Zeit, wo er allein herrschend war, und kann die Erinnerung nicht aufgeben daran, daß er sowohl den König wie den Bauer beherrschte. Nun dazu ist der polnische Adel doch zu gebildet, daß er glauben könnte, die Zustände der alten polnischen Adelsrepublik könnten je wiederkehren. Aber ich würde mich wundern, wenn der polnische Bauer die Geschichte Polens so wenig kennen sollte, daß er nicht zurückschreckte vor der Möglichkeit einer Wiederkehr der alten Zustände. Er wird sich doch sagen, daß dann wieder, wie der Bauer zu sagen pflegt, für ihn ein „nasses Jahr“

bevorstehen würde, wenn der Adel wieder zur Regierung käme. Sie finden unter den nationalpolnischen Abgeordneten, die gewählt werden, in der Regel nur Adlige, einen polnischen Bauer erinnere ich mich nicht als Abgeordneten im Reichstag oder Landtag gesehen zu haben. Vergleichen Sie damit die Wahllisten in deutschen Kreisen. Ob es polnische Bürger, Bürger in unserem städtischen Sinne, dort überhaupt gibt, weiß ich nicht, der städtische Mittelstand ist in Polen eine schwache Seite. Wenn man also den Gegner auf das richtige Größenverhältnis zurückführt, wird man mutiger in seinen Entschlüssen, und wenn ich diejenigen entmutigen könnte, die ihrerseits den polnischen Adel noch mehr ermutigen, so würde mich das freuen. (Lebhaftes Bravo.) Mit Ihnen, meine Herren, die den beschwerlichen Weg hierher gemacht haben, fühle ich mich einer Meinung; auf andere Elemente habe ich keinen Einfluß, aber die Hoffnung wollen wir trotz aller Wechselfälle nicht aufgeben.

In der Ansprache des Herrn Vorredners war auch von Schwankungen die Rede. Ja, diese Schwankungen bezeichnen unsere ganze Polenpolitik seit 1815 bis heute (Sehr richtig!), sie traten ein, je nachdem hochstehende polnische Familien am Hofe Einfluß gewannen. Sie kennen alle die Familie Radziwill und ihren Einfluß auf den Hof Friedrich Wilhelms IV. Wenn wir in Gedanken eine Stichprobe zwischen der Stimmung von 1831 im Lande und der heutigen machen könnten, so hat in Deutschland das Bewußtsein, im Großherzogtum Posen deutsche Landsleute zu besitzen, doch in hohem Maße zugenommen. Der alte, ich möchte sagen, kindliche Polenkultus wäre jetzt nicht mehr möglich, wie er in meiner Jugendzeit herrschte, wo man uns in der Singstunde polnische Lieder lehrte, allerdings zugleich mit der Marseillaise. Also der polnische Edelmann, eins der reaktionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat, ward hier zusammengetan mit der französischen Revolution und der Liberalismus durch den Mangel an politischem Blick mit der Sache der Polen. Das saß bei den Bürgern — ich habe da besonders die Berliner im Auge — damals sehr tief. Wenn Sie heute die Gesamtheit Ihrer 48 Millionen deutscher Landsleute fragen und wenn Sie dieses Urteil Ihrer Leute vom Gros der deutschen Armee mit dem vergleichen, was in den Zeiten der Platenschen Polenlieder in den deutschen Herzen spukte, so können Sie doch die Hoffnung auf weitere Entwicklung im deutschen Sinne nicht aufgeben. Es ist doch ein, wenn auch langsamer Fortschritt zu verzeichnen mit Rückschritten, als wenn man einen sandigen Berg hinaufsteigt oder in der Lava des Vesuv einherschreitet. Oft gleitet man wieder zurück, aber im ganzen kommt man doch vorwärts, und je stärker sich unser Nationalgefühl entwickelt, desto stärker wird Ihre Stellung werden, gleichsam in der Diaspora; und ich möchte Sie bitten, lassen Sie den Mut nicht sinken; wenn auch Wolken vorhanden sind, namentlich in diesem regnerischen und für den Landwirt betrübenden Jahr, sie werden verschwinden, und die deutsche Zugehörigkeit von Warthe und Weichsel ist unerschütterlich. Wir haben Jahrhunderte gelebt ohne die Reichslande; wie aber unsere Existenz sich gestalten sollte, wenn heute ein neues Königreich Polen sich bildete, das hat noch niemand auszudenken gewagt. Früher war es eine passive Macht, heute aber würde es, unterstützt von anderen europäischen Mächten, ein aktiver Feind sein, und so lange es nicht Danzig, Thorn und Westpreußen in seinen Besitz gebracht hätte — und ich weiß nicht, was der leicht erregbare polnische Geist noch sonst erstreben möchte — würde es stets der Bundesgenosse unserer Feinde sein. Darum ist es Mangel an politischem Geschick oder politische Unwissenheit, wenn man sich irgendwie für die Sicherheit an der deutschen Ost-

grenze auf den polnischen Adel verlassen wollte und glaubte, den irgendwie und irgendwo dafür gewinnen zu können, daß er mit dem Säbel in der Faust für deutschen Besitz eintreten und kämpfen werde. Das ist eine Utopie. Das einzige, was wir und was Sie, meine Herren, unter diesen Umständen leisten können und was wir von den Polen lernen können, ist das feste Zusammenhalten unter uns. (Lebhaftes Bravo.) Die Polen haben auch Parteien, haben das früher fast schlimmer betätigt als wir, aber sowie nationale Verhältnisse in Frage kommen, schwinden alle Parteifragen. Möchte es doch bei uns auch so werden, daß wir alle in nationalen Fragen in erster Linie nicht einer Partei angehören, sondern der Nation. Und mögen wir untereinander so uneinig sein wie es möglich ist, so muß man in unseren östlichen Grenzländern doch, so bald es heißt: „Deutsch oder Polnisch?" die Parteistreitigkeiten mit der alten Berliner Redensart vertagen: „Davon nach neune," also später; jetzt heißt es fechten und zusammenstehen. Das ist gerade so, wie wenn man in kriegerischen Verhältnissen — zu meiner Freude sehe ich ja viele hier, die dergleichen mitgemacht haben — ehe man zur Sturmattacke vorgeht, nicht erst überlegt, ob man dem fortschrittlichen Nachbar oder dem Reaktionär folgen soll. Ebenso, wie wir unter dem Trommelschlag des Sturmmarsches vorgehen, so müssen wir an der nationalen Grenze alle Parteiunterschiede vergessen und eine geschlossene Phalanx bilden, innerhalb deren der fortschrittliche Speer dem Feinde entgegengehalten wird wie der reaktionäre und absolutistische. Wenn wir uns darüber einigen, — und die Gefahren der Zukunft zwingen uns dazu, — dann werden wir auch unsere Frauen und Kinder für dasselbe stramme Nationalgefühl gewinnen. Und haben wir die Frauen erst und die Jugend, dann sind wir gesichert für alle Zeiten. Und das gehört zu unseren heutigen Aufgaben, daß wir unseren Kindern eine nationale Erziehung geben. Ich habe das Vertrauen, die deutsche Frau besitzt hierfür alle Eigenschaften, und ich bitte Sie mit mir ein Hoch auszubringen auf die deutschen Frauen im Großherzogtum Posen. Sie leben hoch! Und möge das Deutschtum immer festere Wurzeln fassen in Ihrem Lande.

Nachdem sich die gewaltige Begeisterung, die diese Rede entfesselte, gelegt hat, sagt der Fürst noch:

Das beste Mittel gegen das Leiden, das ich habe, ist, wie ich eben finde, daß ich mich frei aussprechen kann. Ich sah dem Augenblicke, mit Ihnen zu sprechen, mit einiger Besorgnis entgegen. Aber nun ist mir wieder wohler als vorher.

Ansprache an die Westpreußen.

23. September 1894.

Mehr als 1700 deutsche Männer und Frauen huldigen dem Fürsten in Varzin. Auf die Ansprache hält dieser eine eingehende Rede über die Polenfrage, in welcher er in großem geschichtlichem Überblick die ganzen Probleme umreißt und noch einmal die Gefahren schildert, die bei einer Wiederherstellung Polens für Westpreußen und Danzig zu befürchten sind. Der Ton der Zuversicht ist zum Teil jedenfalls zu erklären aus der Wendung der inneren Politik, die sich mit Wilhelms II. Rede gegen den Umsturz am 6. September ankündigte und die bald zur Entlassung Caprivis führen sollte.

Meine Herren und Damen, ich fühle mich hoch geehrt durch Ihre Begrüßung und erfreut; hoch geehrt, daß Sie die Weite des Weges, die Unbilden des Wetters nicht gescheut haben, um mich heute hier zu begrüßen, lediglich angezogen durch das Gefühl des

gegenseitigen Wohlwollens und der beiderseitigen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande. (Bravo.) Keiner von Ihnen hat von mir etwas zu hoffen, zu fürchten oder zu erwarten, was ihn irgendwie dazu treiben könnte, mir die hohe Ehre zu erzeigen, die mir heute widerfährt. Es ist lediglich das Gefühl der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande, was uns heute hier zusammenführt (Bravo), und deshalb um so erhebender für mich, daß meine Person zur Adresse dieser Äußerung gewählt wird. Es ist das eine Auszeichnung, die, so viel ich weiß, noch keinem meiner Vorgänger und Kollegen im preußischen Ministerium widerfahren ist, daß im Dienste oder fünf Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienste ihm eine Anerkennung der Art zuteil wurde, wie sie mir von Ihnen schon im vorigen Jahre zugedacht war und heute zuteil wird, wie sie mir vor acht Tagen von unseren Posener Landsleuten zuteil wurde und wie ich sie aus dem Westen und Süden des Deutschen Reiches fast ausnahmslos erfahren habe. Es ist für mich erhebend, zugleich auch beschämend, daß meine Leistungen eine so hohe Anerkennung finden. Ich habe nichts getan als meine Schuldigkeit im Dienste eines Herrn, dem ich gern diente und mit dem mich das Gefühl gegenseitiger Treue [1] verband.

Es sind acht Tage her, daß unsere Landsleute aus Posen mich an derselben Stelle hier besuchten, und wir haben seitdem Gelegenheit gehabt, in der deutschen und in der polnischen Presse mannigfache Äußerungen unserer Feinde und unserer Freunde über diesen Vorgang zu lesen. Im ganzen kann ich wohl sagen — verzeihen Sie, wenn ich mich bedecke, meine Damen (Zustimmung), ich bin noch nicht ganz so gesund wie ich gern sein möchte, und wenn die Herren sich auch bedecken wollten (Rufe: Nein! nein!), so würde ich mich berechtigter fühlen — es ist mir eine Freude gewesen, zu sehen, daß die meisten Äußerungen in der deutschen Presse auch selbst von solchen Seiten, bei denen ich sonst nicht immer Wohlwollen finde, doch in dieser unserer Begegnung von vor acht Tagen einen Ausbruch nationaler Gesinnung erkannt haben, gegen den das Übelwollen der Parteiunterschiede nicht standhielt, sondern sie haben sich unbedingt dazu bekannt. Die polnische Presse natürlich nicht; sie drückte bei dieser Gelegenheit in erster Linie ihre Verwunderung aus, daß ich mich nicht stärker ausgedrückt hätte heute vor acht Tagen (Heiterkeit), mit anderen Worten: daß ich mich gegen die Bestrebungen des polnischen Junkertums nicht gröber ausgesprochen habe. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie haben also doch das Gefühl, daß das zu erwarten gewesen wäre. (Sehr gut!) Es ist das schlechte Gewissen, was aus ihnen spricht. Sie waren auf eine noch schärfere Kritik gefaßt im Bewußtsein ihrer eigenen Taten, die sie kürzlich in Lemberg getan und ausgesprochen haben.

Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Sozialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt. Aber es ist doch offenbar wieder ein Unterschied; die Sozialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie selbst nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll; die polnischen Herren wissen es aber ganz genau, können aber nicht dicht halten. (Heiterkeit.) Das klingt überall heraus; jetzt neuerdings in Lemberg und sonst auch bei uns in Posen schwebt ihnen immer vor die Wiederherstellung der alten polnischen Adelsrepublik, in einer Ausdehnung vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere, dreiunddreißig Millionen, das ist ihnen ganz ge-

[1] Vergl. auch die bittere Bemerkung gegen Wilhelm II. in den Gedanken und Erinnerungen Bd. 3, S. 128.

läufig, und wenn es einstweilen auch nur kleine Anfänge sind von einem Pufferstaat, wie sie es nennen, und mit dessen Eventualität sich manche deutschen Polenfreunde befreunden, also entweder ein polnisches Königreich oder eine Republik, wie die alte Bezeichnung lautet, bestehend aus dem heutigen Kongreßpolen mit Warschau als Hauptstadt und Lemberg als Zubehör. Ich weiß zwar nicht, wie auch diese geringere und anfängliche Etappe für ein Großpolen erreicht werden sollte ohne einen vollständigen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse. Ich will mich auch in das „wie" nicht vertiefen, ebensowenig wie die Polen sich darüber klar sind, wie dies erreicht werden soll. Aber nehmen wir einmal an, daß es auch ohne große europäische Konvulsionen möglich wäre, ein vergrößertes Herzogtum Warschau, ein Königreich Polen mit Warschau und Lemberg als Hauptstädten herzustellen; — was wäre dann für uns die Folge davon, ich will gar nicht sagen für Österreich? Es wäre ein Pfahl im Fleische für Österreich und vor allen Dingen ein Verderb unserer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Österreich, wenn unter österreichischer Ägide ein solches neues Kongreßpolen geschaffen werden sollte.[2] Die Schwierigkeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie würden in einem solchen Falle bis zur Unmöglichkeit kompliziert werden durch die nie zu befriedigenden Ansprüche dieser dritten Macht in der Trias Ungarn, Cisleithanien und Polen.

Aber ich spreche über eine Utopie, die ja ganz unerreichbar ist. Wie sollte man dazu kommen? Wenn es erreichbar wäre selbst im Frieden, so wäre es für uns ein Unglück. Für uns ist meiner Überzeugung nach die russische Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber doch noch lange nicht in dem Maße, wie es eine polnische sein würde. (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, so ziehe ich immer noch vor, mit dem Zaren in St. Petersburg zu verhandeln zu haben, als mit der Szlachta in Warschau.[3] Es liegt das ja nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeiten, und ich spreche von phantastischen Konjekturen, aber die Polen rechnen damit, sprechen davon und glauben daran und werden darin zuweilen ermutigt durch deutsche Gutmütigkeit und deutsches Wohlwollen. (Sehr richtig!)

Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkertum, der sich bei manchen deutschen Liberalen doch immer noch vorfindet. Es ist immer ein Irrtum: ein Schutzstaat gegen eine russische Invasion ist selbst das umfangreiche Großpolen von vor 1772 nie gewesen. Die russischen Armeen marschierten nach Zorndorf und Kunersdorf nach ihrem Belieben quer durch Polen hindurch, und niemand hielt sie auf. Und die Franzosen, wie sie sich im Kriege mit Rußland befanden und auf den Rückzug gerieten, haben bei ihren polnischen Freunden durchaus kein Repli und keinen Halt gefunden; sie haben sich nicht aufhalten lassen. Die Polen haben sich 30 und 31 tapfer geschlagen; aber das war eine unter Leitung des Großfürsten Konstantin geschulte polnische Armee, der sich innerlich freute, wenn die von ihm einexerzierte, rein polnische Armee den Russen gegenüber Siege gewann, und der sich die Hände darüber rieb, daß seine Polen dies taten. (Hört! hört!) Ohne eine solche, ein halbes Menschenalter dauernde Schulung, wie sie die polnische Armee damals hatte — und sie war wirklich eine für damals gute Truppe — wären selbst die Leistungen von 1831 nicht

[2] Im Weltkriege konnten sich bekanntlich die Zentralmächte über das Schicksal Polens nicht einigen.
[3] Hier kommt die alte russische Linie der Bismarckschen Polenpolitik klar zum Ausdruck.

möglich gewesen. Und sie waren doch nicht einmal nachhaltig; die Polen konnten sich selbst in dieser Notlage untereinander nicht vertragen. Im Frieden, so lange sie dem geduldigen Deutschen gegenüberstehen, da sind sie schon einig; aber so wie sie frei sind, das Terrain für sich allein haben, da werden sie uneinig; so würde es auch später sein.

Nun, ich spreche immer nicht in der Hoffnung und in der unfruchtbaren Absicht, den polnischen Adel zu gewinnen und zu bekehren, sondern ich spreche nur in der Hoffnung, bei unseren deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisierung und für das polnische Junkertum zu bekämpfen und auszurotten und meine deutschen Landsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen (Heiterkeit und Beifall), viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter früher geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der deutsche Liberale hat immer für den preußischen Adel, sobald er ihm nicht bequem war, sofort die Bezeichnung „Junkertum" bereit gehabt; von dem polnischen Adligen, der ja viel mehr Junker ist, als der preußische und deutsche es je in seinem Leben war und sein konnte, haben sie immer nur von „nationalen Bestrebungen" gesprochen, während die ganzen polnischen Bestrebungen, gegen die wir zu kämpfen haben, reine Kastenbestrebungen sind, für die Kaste des Adels gegen die andern.[4] Wir könnten ohne den Adel und die Geistlichkeit mit der Masse der polnischen Bevölkerung vollkommen im Frieden leben; sie würde für die Wohltaten eines geordneten, gesetzmäßig lebenden Staates, für die Möglichkeit, auch gegenüber den stärksten Magnaten Recht zu finden, dankbar sein. Das sehen sie, und sie verlangen nicht mehr; sie sind auch nicht offensiv gegen das Deutschtum. Offensiv ist nur der Adel, und das Deutschtum hat sich bisher gegen diese Angriffe immer defensiv verhalten.

Wir sind immer defensiv gegenüber den Polen gewesen, und wenn wir einmal einen Vorstoß gemacht haben, wie mit dem Ankaufsgesetz, so haben wir sofort in unseren Reihen Leute gehabt, die ein schlechtes Gewissen hatten. Ob dieses Gesetz den Polen ein Ärgernis ist, darauf kommt es gar nicht an. Dieses Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserem unversöhnlichen Gegner dort, mit dem Adel, in einer freundlichen Weise aufzuräumen. (Große Heiterkeit.) Es liegt nicht in unserer Sitte, zu konfiszieren, zu verjagen oder ein Gesetz zu geben, wonach jeder polnische Edelmann nach bestimmter Zeit sein Gut verkaufen muß; sondern wir geben ihnen den Preis ihres Gutes. Wir sind, wie ich glaube, etwas zu eilig in der Sache vorgegangen; daß der Fonds bewilligt wurde[5] vom Landtage, war ja sehr erfreulich, aber man hatte zu viel Eile, ihn zu verwenden. Man wollte sofort schon am Donnerstag die Früchte von dem sehen, was am Montag gesät worden war. Man hätte sich Zeit lassen sollen. Mit der Zeit, auf dem Wege der Rentengüter, fand es sich ja wohl, daß man in Ruhe eine, wenn nicht deutsche, so doch deutschtreue Bevölkerung allmählich herstellen konnte, und ich glaube, man mußte zuerst das Hauptobjekt ankaufen, dann den angekauften Besitz des Adels in Händen behalten und sich dann Zeit lassen, ihn nach Umständen zu benutzen. Aber Überhastung ist ja immer ein Unglück.

Nun, meine Herren, ich habe vorhin das Phantasiegebilde eines polnischen Staates, wie er, glaube ich, nie entstehen wird, aber ein Phantasiegebilde, mit dem doch manche

[4] Das galt streng genommen schon 1894 nicht mehr.
[5] 1886.

unserer Landsleute als Möglichkeit rechnen, ausgemalt. Wenn das der Fall wäre, so würden gerade Sie in Westpreußen das Hauptobjekt der Versuchung für polnische Begehrlichkeit sein. Danzig ist für einen polnischen Staat mit Warschau ein noch dringenderes Bedürfnis als Posen. Posen, werden die Polen denken, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof (Große Heiterkeit); aber Danzig ist die erste Stadt, die ein Warschauer Staat an der Seeküste überhaupt haben müßte, und sie würden nicht eher Ruhe haben. Der Tatsache, daß Westpreußen nie ursprünglich zu Polen gehört hat, während Posen dazu gehörte, steht also das größere Bedürfnis eines polnischen Reiches nach Danzig gegenüber, und Sie würden, wenn wir jemals Schiffbruch mit den bisherigen europäischen Zuständen litten, in Danzig weit gefährdeter sein als in Posen, obwohl der Anspruch auf Danzig ein minderer ist. Posen ist polnischer Besitz gewesen, Westpreußen ursprünglich nicht.

Auf dem rechten Ufer der Weichsel wohnten die Preußen, gegen die Herzog Konrad von Masovien den deutschen Orden zu Hilfe rief, weil er sich ihrer nicht selbst erwehren konnte, und der deutsche Orden hat das Land auf dem rechten Ufer der Weichsel den heidnischen Preußen abgewonnen und zivilisiert und hat einen Ordensstaat gegründet, der im vierzehnten Jahrhundert von der Neumark bis nach Estland reichte und eins der mächtigsten und vor allen Dingen eins der blühendsten und zivilisiertesten Reiche des damaligen Europa war. Ich brauche Ihnen die Geschichte Ihres Landes nicht zu erzählen, sie ist Ihnen nicht fremd. Auch auf dem linken Weichselufer war kein polnischer Besitz. Pommern reichte bis an die Weichsel; das, was man jetzt Pommerellen nennt, stand unter einer Seitenlinie der pommerschen Herzöge, an der die Polen keinen Anteil hatten, und fiel, als sie ausstarb mit Swantopolk[6] und Mestevin,[7] an die Erblinie von Waldemar, Markgrafen von Brandenburg als Lehnherrn zurück. Dieser konnte sich nicht halten in den Kämpfen, die er dort hatte, und trat das Land vertragsmäßig an den deutschen Orden ab.[8] So ist der Linksweichselteil von Westpreußen denn schließlich an den deutschen Orden und mit Westpreußen im Frieden von Thorn[9] an Polen gekommen. Auf diese Weise haben die Polen es erworben.

Aber wenn man heute die polnischen Zeitungen liest, so geht daraus hervor, daß man in Polen annimmt, es wäre ganz Preußen von Polen bevölkert gewesen, und als ob Preußen zu Polen gehört hätte und durch das „mörderische Schwert des deutschen Ordens" hingeopfert und vernichtet worden wäre. Umgekehrt, Preußen war ein Hort deutscher Kultur, Westpreußen, namentlich am rechten Weichselufer, ein deutsches Land, und die Polen haben es bei der Eroberung verwüstet, erobert teils durch Geld: sie kauften den aufrührerischen Söldnern die Marienburg ab und erstürmten die Stadt Marienburg. Ein Beweis, wie anders die Polen verfahren als die Deutschen, geht daraus hervor, daß sie den tapferen Bürgermeister von Marienburg — er hieß Blume — gefangen und aufs Schaffot gebracht und enthauptet haben.[10] Sie verwüsteten nachher das östliche Weichselufer in ihren Kriegen mit Schweden, und auf diesen Brandstätten wurden Nationalpolen, entlassene Heerkorps, Regimenter mit Offizieren und Mannschaften angesetzt. Dadurch

[6] Gest. 1266.
[7] Gest. 1295.
[8] 13. September 1309 traten die Markgrafen von Brandenburg alle ihre Ansprüche auf Pommerellen gegen 10 000 Mark Brandenburgisch an den deutschen Orden ab.
[9] 19. Oktober 1466.
[10] 1460.

entstand der Polonismus in diesem ursprünglich deutschen Lande, und daß er so eindringen konnte in dies ursprünglich deutsche Land, war ja nur das Ergebnis der Uneinigkeit innerhalb des Ordenslandes. Der Orden war ein hinreichend mächtiges Gebilde, um sich der Polen mitsamt Jagiello von Litauen zu erwehren, wenn seine Einsassen und Untertanen zu ihm hielten. Es war damals der Abfall der Städte und der Ritterschaft unter Hans von Baisen, die zu den Polen übergingen, ein Abfall, der vielleicht berechtigt war durch die Mißregierung des Ordens; kurz, es war Bruch und Zwiespalt innerhalb dieses mächtigen deutschen Ordensstaates notwendig, um den Einbruch der Polen zu gestatten. Polen hat diese Länder damals durch Schwert, Bestechung und inneren Aufruhr gewonnen und es kann sich nicht beklagen, wenn es sie nachher durch das Schwert wieder verloren hat. Wir besitzen sie seit 1815 und werden sie hoffentlich in einigen Jahrhunderten immer noch besitzen. Ich habe daran immer geglaubt, aber meine Hoffnung einer günstigen Entwicklung der Sache steht heut um so viel fester, wenn ich mir die Äußerungen Sr. Majestät des Kaisers in Königsberg und Marienburg zum siebzehnten Armeekorps, zu seinen Offizieren und gestern in Thorn vergegenwärtige.[11] (Lebhafter Beifall.) Ich darf annehmen, daß das, was Seine Majestät gestern in Thorn geredet hat, sich mit der Schnelligkeit des Telegraphen hinreichend verbreitet hat, um Ihnen nichts Neues zu sein. Sie wissen es alle. Also wenn wir nicht in der Uneinigkeit des deutschen Ordens vom fünfzehnten Jahrhundert, sondern in der Geschlossenheit, die die deutsche Nation im Bunde mit ihren Fürsten und ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus gegenübertreten, so kann eine ernste Gefahr für uns nicht mehr vorliegen. Sie ist überwunden, sobald dieser Einklang der amtlichen und der nationalen Überzeugung innerhalb der deutschen Länder den Polen gegenüber konstatiert ist. Dann wird die ganze Polengefahr auf ihr natürliches Verhältnis zurückgeführt, auf das einer bedauerlichen, aber doch dem gesamten deutschen Reichskörper gegenüber schwachen Opposition, und einer Opposition, die nicht die Aussicht hat, in welcher Seine Majestät in Königsberg einer solchen Berechtigung zusprach, nämlich, daß sie vielleicht durch den Kaiser genehmigt und rehabilitiert werden könnte. So verstehe ich die Königsberger Äußerung des Kaisers, in der er sagt: „Eine Opposition ist nur berechtigt, wenn der Kaiser an der Spitze steht." Nun, viele Zeitungen halten das für eine contradicto in adiecto, für eine Unmöglichkeit. Wir haben es doch erlebt; ich will nur die Vorgänge nennen zur Zeit des Generals York und der preußischen — Auflehnung kann man wohl sagen gegen Friedrich Wilhelm III. —, indem die Stände sich konstituierten in Königsberg und dadurch den ersten Anstoß zu unseren Freiheitskriegen und zu unserer großartigen Entwicklung von 1813 gaben, die glorreiche Zeit der Provinz Preußen, auf die Sie auch in Ihrer Anrede an mich eben anspielten. Diese Opposition, die darin lag — es war mehr wie Opposition, es war Aufstand — war ja ganz unmöglich, wenn man nicht innerlich sicher war, die königliche Zustimmung dazu zu haben und den König in die Lage zu bringen, daß er diese, wie die Engländer sagen, „königliche Opposition" zur amtlichen Auffassung machte, nach Breslau ging und die Sache annahm. Ich will nicht weitergehen: wir haben es 48/49 wieder erlebt mit Friedrich Wilhelm IV., daß Oppositionen stattfanden, die sich bewußt waren, den

[11] „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen. Denn nur dann, wenn wir alle Mann an Mann geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturz siegreich zu Ende zu führen."

König entweder als ihren geheimen Obern zu haben, oder doch überzeugt waren, daß sie ihn gewinnen würden als solchen. Und so kann auch meines Erachtens eine konservative Opposition bei uns nur dann stattfinden, wenn sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen. So kann sie nur gemeint sein, und so sollten wir nicht bloß dem König gegenüber, sondern auch unseren Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bitteren Reden in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge haben, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist. Dabei habe ich nur solche Gegner im Sinne, die den Staat und die Monarchie überhaupt wollen, also kurz nach preußischen Begriffen königstreue Gegner; von anderen spreche ich nicht, mit denen ist kein Vertrag. (Großer Beifall.) Ob Seine Majestät der König in dem herzerhebenden Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkertum mit gemeint hat, das lasse ich unentschieden, aber für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den Umsturz des Bestehenden. Wir können unsererseits den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht vertragen. Wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben. Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß Seine Majestät der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns die Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programmes zu handeln. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn!

Nach Überreichung zweier Adressen der westpreußischen Frauen an die Fürstin Bismarck übergibt Geheimer Legationsrat Gerlich dem Fürsten Bismarck einen riesigen Ährenkranz mit einer Ansprache. Der Fürst erwidert:

Glauben Sie nicht, daß Sie in Westpreußen das Monopol der Herrschaft über die Männer haben! Wir fügen uns alle bereitwillig dem sanften Joch und der klugen Leitung unserer Frauen. Wir Pommern sind auch so. Ich bin deshalb sehr glücklich, hier die Vertreter der „leitenden Macht“ in so großer Anzahl zu sehen, und daß Sie nicht Wind und Wetter gescheut haben, mich zu begrüßen, wird mir gewiß Glück bringen auf meine alten Tage. Auch für den wundervollen Kranz danke ich herzlichst — aber aufsetzen kann ich ihn nicht.

Der 80. Geburtstag.

Ansprache an die Mitglieder des Herrenhauses, des Hauses der Abgeordneten und des Reichstags.

25. März 1895.

Da der Deutsche Reichstag sich zu seiner ewigen Schande geweigert hatte, seinem Schöpfer zum 80. Geburtstag zu huldigen — Zentrum, Freisinn, Polen und Sozialdemokraten bildeten jene Mehrheit — und sich so vor der ganzen Welt unsterblich lächerlich machte, wie Kardorff ausführte, konnten die nationalen Parteien nur privatim zusammen mit dem Preußischen Herren- und Abgordnetenhause huldigen. Nachdem der Präsident des Herrenhauses, Fürst Stolberg, der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Köller, und der Präsident des Reichstags, v. Levetzow, gesprochen haben, erwidert Fürst Bismarck:

Erlauben die Herren, daß ich in einigen Worten meinen Dank für die mir erwiesene Ehre ausspreche. Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, weit über meine persönlichen Leistungen und Verdienste (Lebhafter Widerspruch), daß ich eine so vornehme Gesellschaft, wie sie der Sachsenwald noch nicht beisammen gesehen hat, hier zu meiner Begrüßung vereinigt finde. Ich würde einigermaßen beschämt sein durch das Übermaß der Anerkennung, wenn ich mir nicht sagte, daß diese Anerkennung nicht meiner Person gilt (Zuruf: Ja!), sondern der Sache, der Arbeit, an der ich mitgeholfen habe, den politischen Ergebnissen, die wir infolge dieser Arbeit erreicht und gewonnen haben. Es ist ein Zeugnis, was Sie ablegen für die Zufriedenheit unserer großen parlamentarischen Körperschaften mit dem, was in den schweren Kämpfen der letzten Jahrzehnte erreicht und gewonnen worden ist, unvollkommen immerhin, aber doch das Beste, was wir haben konnten. (Lebhafter Beifall.)

Ich teile, und das tröstet mich über das Gewicht der Anerkennung, die mir zuteil wird, ich teile sie mit meinen verstorbenen Mitarbeitern, ich teile sie mit vielen anderen — ich komme gleich darauf — vor allem mit meinem (Lange Pause) hochseligen, mit meinem alten Herrn, dem alten Kaiser Wilhelm. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Was hätte ich ohne ihn und ohne sein Kriegsheer leisten können? Ich wäre in demselben Sumpfe stecken geblieben, wie alle früheren nationalen Bestrebungen, die an dem Mißgriff litten, daß sie die starke reale Potenz, die das deutsche Fürstentum, die deutschen Dynastien, an ihrer Spitze die preußische, boten, ignorierten und glaubten, sie könnten über sie zur Tagesordnung übergehen, — in der besten Absicht, in den Jahren nach 48. Das war ein Irrtum.

Unsere Dynastien sind Gott sei Dank noch stark in ihren Wurzeln, jede in ihrem Lande (Beifall), und vor allen Dingen die große Militärmacht, über die der König von Preußen unbedingt verfügt, in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, das war mein Bestreben, sobald ich als Gesandter in Frankfurt erkannt hatte, wie die politische Situation bei uns in Deutschland war. Wir danken dem alten Kaiser und seinen Bundesgenossen doch mehr, als irgendein Minister und Kanzler je hätte leisten können. Wenn deren Unterschrift unter den Bundesverträgen nicht vorhanden wäre, so existierten sie nicht. Wenn des Königs Mobilmachungsbefehl 1866 und 1870 nicht erfolgt wäre, was wäre dann geworden? Und die Dynastien sind ja von uns im Laufe der Geschichte ohne Absicht in vorübergehenden Phasen sehr viel schwerer verletzt worden als irgendeine parlamentarische Fraktion es je hat werden können in unseren friedlichen Zeiten. (Heiterkeit, Zustimmung.) Wir haben mit den Bayern und Sachsen schwer gefochten, und sobald gemeinschaftliche Not für Reich und Volk kam, haben wir ihren Beistand mit der größten Energie gehabt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Fraktionsstreitigkeiten aber gehen tiefer. Da sagt jemand: „Der deutsche Kanzler hat vor dreißig Jahren erklärt, ich imponierte ihm nicht.“ (Heiterkeit.) Nun, das genügt ihm, um vom Reiche abzufallen. „Er hat vor zwanzig Jahren erklärt, wir wären Reichsfeinde“, also Verbalinjurien. (Heiterkeit.) Wir haben mit unseren Bundesgenossen die schwersten Realinjurien mit Kanonenschüssen gewechselt (Sehr wahr!); nichtsdestoweniger haben sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht und sind mit uns gegangen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Deshalb kann ich sagen, daß die Bundesgenossen und ihre Regierungen und Dynastien doch bessere Leute sind als die Fraktionen. Bei den Fraktionen steht jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb (Heiterkeit) mit anderen Fraktionen über dem nationalen Interesse. Bei unseren Fürstengeschlechtern steht das nationale Interesse im Vordergrund; man hat sich geschlagen, daß die Hunde das Blut leckten, und man reicht sich die Hand und geht zusammen gegen den Landesfeind. Das ist die Haltung unserer Dynastien im Vergleich zu der unserer Fraktionen. Mögen sie davon lernen. Aber so lange wir auf diese nationale Gesinnung unserer urdeutschen Fürstengeschlechter rechnen können, ist mir nicht bange, daß wir Herr einer jeden Verwirrung werden, die durch den Fraktionskampf in unserem Innern angerichtet werden könnte. Ich möchte, daß der nationale Gedanke ebenso wie er in den Dynastien fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker zum Ausdruck käme. (Zustimmung.)

Wir können in Deutschland in der Tat nicht wie zwei geschiedene Reiche existieren, wie Schweden und Norwegen, die unter einer Dynastie zusammenleben.[1] Wir Preußen, wir Bayern, wir Sachsen, wir sind Deutschland, wir bilden es, und wir müssen uns in unseren Landtagen dafür interessieren, welche Politik in unserem Gesamtreich getrieben wird. (Beifall.) Wir dürfen es ja nicht ignorieren. Wir müssen unseren auswärtigen Minister kontrollieren über die Haltung, die er im Bundesrat beobachtet (Beifall), über die Reichspolitik, die er treibt, und der ganze nationale Gedanke wird sich ganz anders be-

[1] Gerichtet gegen die Trennung des Reichskanzleramts und Ministerpräsidiums, die bis Oktober 1894 bestand, und gegen die verfassungswidrige, unitarische Fiktion des Bestehens einer „Reichsregierung“ — unabhängig von den Landesregierungen.

leben, wenn es gelingt, den Lokalpatriotismus für die Beteiligung an der nationalen Entwicklung so zu interessieren, daß wir auch im Preußischen Landtage über die deutsche Politik debattieren, „wie soll der Auswärtige Minister im Bundesrate instruiert werden? sind wir damit einverstanden?".

Das alles schiebt sich ja bei der Budgetfrage und den Gehaltsdiskussionen mit Leichtigkeit darunter. (Heiterkeit.) Ich freue mich, wenn die Reichspolitik in den Landtagen — und das sage ich nicht bloß für Preußen, ich sage dasselbe für Sachsen, Bayern usw. — kritisiert wird. Das ist ein Beweis dafür, daß man sich für sie interessiert, daß man mit ihr lebt, daß man von ihr etwas erwartet oder befürchtet, daß man bereit ist, mit ihr zu gehen.

Dieses Interesse ist bisher nicht in solchem Maße erlebt worden, wie ich es gewünscht hatte, unter dem Drucke einer eigentümlichen Fiktion von zwei verschiedenen Regierungen, die nebeneinander laufen. Die deutsche und die preußische Regierung, die deutsche und die bayerische Regierung, die deutsche und die sächsische Regierung — sie sind gar nicht voneinander zu trennen und getrennt zu betrachten. Der sächsische Vertreter muß doch immer unter dem Gesichtspunkt der sächsischen Interessen dem Reichstage und dem Bundesrate gegenüber instruiert sein, und so geht es mit dem preußischen, mit dem bayerischen. Und umgekehrt: kein bayerischer oder sächsischer oder preußischer Minister kann sich seinem Landtage gegenüber lossagen von seiner Beziehung zum Deutschen Reich. (Zustimmung.) Diese untrennbare Verbindung beider Interessen, das Einheitliche, was im ursprünglichen Verfassungsentwurf beabsichtigt war, ist ganz verschwunden durch die theoretisch-bürokratische Fiktion, als ob zwei Regierungen nebeneinander liefen. Eine Reichsregierung ohne Stütze und ohne Beziehungen zu den Partikular-Regierungen steht vollständig in der Luft, hat gar keine Möglichkeit sich zu betätigen, wenigstens verfassungsmäßig nicht. Faktisch kann es ja eine Zeitlang geschehen, aber in der Verfassung ist kein Grund und Boden dafür vorhanden, und deshalb — (Pause.) Meine Herren, ich hätte Ihnen noch viel zu sagen, noch sehr viel (Heiterkeit), wenn ich gesund genug wäre. Ich bin ein matter, alter Mann (Lebhafter Widerspruch) und bin Ihnen dankbar, daß Sie mir solange Aufmerksamkeit geschenkt haben, und dankbarer noch für die hohe Ehre, die Sie mir hier erzeigen. Ich bedaure, daß ich nicht imstande bin, mit Ihnen in parlamentarischer Beziehung zu arbeiten. (Zurufe: Wir noch mehr!) Aber ich bin dazu nicht gesund genug, um die Anfechtungen einer Berliner Existenz (Lebhafte Heiterkeit) dauernd ertragen zu können (Heiterkeit), nach vielen Seiten hin. Ich bin alt und bequem geworden und wünsche mein Leben in den Räumen zu beschließen, die ich jetzt bewohne.

Aber meine Gedanken sind mit Ihnen, noch lebhafter vielleicht, als für einen Mann in meinem Alter schicklich ist. (Lebhafter Widerspruch.) Aber ich kann auf altgewohnte Gedanken eben nicht plötzlich verzichten, weil ich alt geworden und krank bin. Sie verlassen mich nicht, und ich kann den Empfindungen, die mich beseelen, nicht besser Ausdruck geben, als indem ich Sie bitte, am Reichsgedanken festzuhalten, auch im Preußischen Landtage, und dort nicht zu vergessen, daß Sie Reichsbürger sind, daß Ihr König auch Kaiser ist und Ehrenpflichten dem Reiche und den Bundesgenossen gegenüber hat, und daß Sie ihm helfen, nicht bloß kurbrandenburgische oder auch Königlich preußische, sondern Kaiserlich

deutsche Politik zu treiben. (Lebhafter Beifall.) Und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser auszubringen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

Dem Hoch auf den Kaiser folgt ein dreifaches Hoch auf den Fürsten Bismarck, der darauf noch einmal das Wort ergreift:

Ja, meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, nochmals und zum dritten Male. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie alle bei mir bewirten könnte. (Heiterkeit.) Aber ich habe den Bau hier so in Gebrauch nehmen müssen, wie ich ihn vorgefunden habe, und ich habe nie geglaubt, daß ich hier bis an mein Lebensende wohnen würde, und da habe ich mich immer zu alt gefühlt, um hier noch Bauten vorzunehmen. Ich kann mich auch nicht damit trösten: „Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar“ (Große Heiterkeit), denn für vierhundert einander liebende Landsleute reicht der Raum doch nicht. (Erneute stürmische Heiterkeit.)

Kaiser Wilhelm II. in Friedrichsruh.

26. März 1895.

Kaiser Wilhelm überreicht dem Fürsten Bismarck einen goldenen Ehrenpallasch und feiert den Achtzigjährigen lediglich als Generalobersten der Armee. Fürst Bismarck erwidert in meisterhafter Kürze und Vieldeutigkeit:

Eure Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen untertänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militärische Stellung Eurer Majestät gegenüber gestattet mir nicht, Eurer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät.

Beim Frühstück bringt der Kaiser einen Trinkspruch auf den Fürsten aus. Dieser antwortet:

Erlauben Eure Majestät, daß ich meinen Dank in wenig Worten zu Füßen lege. Eure Majestät haben appelliert an die Eigenschaft des preußischen Offiziers, und ich kann in Anknüpfung daran nur bestätigen, was ich schon vor zehn Jahren bei der Begrüßung der Generale in Berlin aussprach: Das Beste in mir und in meiner Lebensbetätigung ist immer der preußische Offizier gewesen. Wäre ich der nicht gewesen, ich weiß nicht, ob ich ganz in dieselben richtigen Bahnen verfallen wäre. Aber der Landwehroffizier des 9. Regiments ist für mich der Wegweiser gewesen, der mich Anno 48 von Hause aus in die richtigen Bahnen geworfen hat, das heißt in die Bahnen der Anhänglichkeit an unser regierendes Haus, im Hinblick auf andere Länder, die diesen Vorteil eines regierenden Hauses überhaupt nicht besaßen. Kurz und gut, ich bin über 48 hinweggekommen mit einer intensiveren Anhänglichkeit an das Königliche Haus, als ich vielleicht vor 48 auch nur gedacht hätte: begeistert und hingebend.

Ich bin in der Richtung geblieben, so lange meine Tätigkeit beansprucht wurde, und darin wurde ich überzeugt, daß außerhalb der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland überhaupt kein Heil ist. Wir brauchen bloß auf Frankreich zu sehen: seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen, für den zum Ralliement geblasen wird? Das ist immer streitig. Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaisertum, aber unsere Fürsten, und regierenden Herren, die uns angestammt

sind und an denen wir hängen; wie denn schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen an ihre Gefolgsherrn gerühmt haben, eine Anhänglichkeit von solcher Art, wie wir sie heute kaum mehr verstehen. Ich brauche darauf für die belesenen Herren nicht näher einzugehen. Aber ich darf Sie bitten, im Sinne der germanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten, mit mir auf das Wohl unseres gnädigen Herrn anzustoßen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

Ansprache an die Vertreter der Lehrkörper der Universitäten und Technischen Hochschulen des Deutschen Reichs.

1. April 1895.

Am 1. April 1895 empfängt Fürst Bismarck die Vertreter der Lehrkörper sämtlicher Universitäten und Technischen Hochschulen des Deutschen Reichs. Nachdem der Berliner Rektor Prof. Pfleiderer eine Adresse verlesen hat, erwidert Fürst Bismarck:

Ich bin tiefbewegt von der hohen Ehre, die Sie mir erzeigen, daß die Spitzen der deutschen Wissenschaft in Gestalt der Leiter der Universitäten mich in corpore mit ihrem Besuche beehren, um mich zu begrüßen an dem Tage, den die Natur zur Abrechnung über meine Vergangenheit mir geschenkt hat. Ich fühle, daß ich dabei der Empfänger einer Anerkennung bin, die natürlich nicht meiner Person gelten kann, sondern dem Werke, an dem ich gearbeitet habe und das ich zu schaffen versucht habe, also allen meinen Mitarbeitern und dem glücklich gewonnenen Resultat. Es ist ja für mich erhebend und zugleich beschämend bis zu einem gewissen Grade, daß diese starke Bewegung, die ganz Deutschland in der heutigen Zeit ergreift, sich an meinen Namen knüpft, aber ich betrachte dabei meinen Namen nicht als die Hauptsache, sondern als ein Feldgeschrei, unter dem die nationalgesinnten Reichsfreunde sich geeinigt haben, sich zu sammeln; die Verdienste, die ich für unsere nationalen Bestrebungen habe, teile ich mit vielen, vor allen Dingen, wie ich das vor wenig Tagen schon gesagt habe, mit den deutschen Fürsten, mit ihren Regierungen, mit der ganzen Volkskraft so, wie sie die drei Kriege durchgefochten hat, die zur Herstellung unserer Einheit, wie ich glaube, nicht zu vermeiden waren. Der dänische Krieg wurde uns gebracht als Einleitung, der österreichische war nötig zu einer Scheidung, zur Herbeiführung eines Gottesurteils über einen tausendjährigen Streit zwischen den verschiedenen miteinander kämpfenden deutschen Stämmen, und der französische war vorauszusehen, sobald wir den österreichischen geführt hatten ohne Einmischung Frankreichs. Ich habe nie gezweifelt, daß wir ihn führen mußten, von Nikolsburg ab. — Die meisten Leute waren 1871 der Meinung, daß keine fünf Jahre bis zur Erneuerung des Krieges verrinnen würden; es ist — wenn ich auf irgend etwas stolz bin, so ist es dies — gelungen, den Frieden seit den fünfundzwanzig Jahren zu erhalten, und es ist keine Aussicht, daß er in kurzer Zeit gestört werde, während man es zehn Jahre lang teils gefürchtet, teils gehofft hat. Daß mir, ich kann nicht sagen: der ungeteilte, aber doch ein so hohes Maß von Beifall meiner Landsleute zuteil wird, rührt namentlich daher, daß weder mein alter Herr noch seine Ratgeber sich durch die Erfolge, die Gott uns verliehen hat, haben weiterführen lassen, als ein Bedürfnis für die deutsche Entwicklung war. Man ist natürlich dankbar für den Frieden; allzeit ist der Deutsche ad utrumque paratus: den Frieden zu erhalten, wenn es sein kann, zu fechten, wenn es sein muß, aber ein Glück ist das Letztere für niemanden.

Die Zustimmung, deren ich mich, ich glaube bei der Majorität der selbständigen Deutschen — ich unterscheide genau zwischen selbständigen und unselbständigen — erfreue, ist ja keine Einstimmigkeit. Aber die feste und klare Aussprache für die nationale Gesinnung bewirkt doch eine Scheidung, die an und für sich immer dazu nützlich ist, daß man seine Freunde und Feinde erkennt und daß wie auf dem Maskenball die Demaskierung eintritt. Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte; man kann nicht beides zugleich, kalt und warm, sein, und aus Kampf besteht das Leben in der ganzen Natur, in der Schöpfung; bei den Pflanzen — als Forstmann erlebe ich das in meinen Kulturen — durch die Insekten zu den Vögeln, von den Raubvögeln bis zu den Menschen aufwärts: Kampf ist überall, ohne Kampf kein Leben und wollen wir weiter leben, so müssen wir auch auf weitere Kämpfe gefaßt sein.

Unsere Gegner, ich möchte sagen: die Gegner des Reichs — die Herren sind ja sehr gereizt gewesen, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe, sie sind ja theoretisch nicht Reichsfeinde: jeder von ihnen kann sich irgendein Reich denken, mit dem er sich befreunden würde und in dem er gern leben und gern herrschen würde vor allen Dingen, aber gerade das Reich, wie es existiert, das wollen sie nicht; sie müssen doch selbst sagen, daß, wenn sie wieder entzweischlagen, was mühsam erreicht worden ist, man einstweilen noch kein zweites Exemplar auftreiben kann. Ich halte also den Protest gegen den Namen Reichsfeind nicht berechtigt, das kann ich sagen, nachdem ich fünfundzwanzig Jahre gegen diese Fraktionen im Reichsinteresse habe fechten müssen. Aber ich gebe gern zu, daß er nicht theoretisch, sondern nur in Anwendung ad hoc zu nehmen ist. sie lieben dieses Reich nicht. Die katholische Kirche kennt ein Reich, in dem sie eine hervorragende Stellung einnehmen würde, was sie wohl akzeptieren würde. Ich habe mit dem Bischof Ketteler anno 1870 in dem Sinne zu verhandeln gehabt. Die Sozialdemokratie würde einem Reiche nicht abgeneigt sein, in dem die geschicktesten Redner und Agitatoren eine herrschende Stellung, nicht bloß im Staate, sondern auch in der Familie und im Hause einnähmen; die Polen würden sich mit einem Reiche befreunden können, das auf das Weichselgebiet verzichtet und Posen und Danzig herausgibt; also Reichsfeinde theoretisch und absolut prinzipiell sind die Herren nicht, aber das Reich, wie wir es haben, paßt ihnen nicht. Ich befinde mich nun am Abschlusse, und schon nach dem Abschlusse, des langen Kampfes mit ihnen, und da ist mir bei dem Abschluß, den mir das Wohlwollen meiner Freunde verschönert, doch auch der Gedanke tröstlich, daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, nachdem ich fünf Jahre außer Dienst bin, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen verleumderischen Verbissenheit heute noch gegen mich kämpfen; wenn sie mich für einen Besiegten hielten in unserem früheren dreißigjährigen Kampfe, dann würden sie nachsichtiger sein. So ungroßmütig ist niemand, daß er einen geschlagenen Feind noch in dem Maße verfolgt und verleumdet, wie es mir heutzutage in sozialdemokratischen und Zentrumsblättern toto die geschieht. Dieser fortdauernde Zorn ist mir also eine befriedigende Quittung, daß die Herren Siegesbewußtsein nicht haben (Heiterkeit), und ich glaube auch nicht an ihren Sieg.

Ich bedauere, daß der Reichstag darauf verzichtet, einen zweiten Präsidenten aus den Sozialdemokraten zu nehmen.[1] Er würde dadurch die Herren der Notwendigkeit näher

[1] Nach der Ablehnung der Ehrung des Fürsten Bismarck legte Präsident v. Levetzow das Amt eines ersten Präsidenten nieder.

gerückt haben, sich zu demaskieren und über das Ziel, dem sie zustreben, gelegentlich etwas mehr Auskunft zu geben und in dem Sinne zu handeln. Daß die Sozialdemokraten keine Neigung haben, auf dergleichen einzugehen, das zeigt doch, daß sie an die Möglichkeit ihres definitiven Erfolges noch nicht glauben, sonst würden sie bereitwillig dieses Hilfsmittel übernehmen; aber sie fürchten, daß ein Moment kommt, wo sie sagen müssen: „Weh mir, ich bin erkannt!" Und wer sie erkannt hat, wer sie in ihren Zielen und Zwecken genau erkannt hat, der hat keine Möglichkeit mehr, mit ihnen zu gehen.

Ich möchte nun empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen, es geht auf und ab damit. Es wird auch unter Umständen mit schwerem Blutvergießen gefochten, wir haben viel schwerere Kämpfe mit unseren heutigen Bundesgenossen gehabt als wir je im Inlande gehabt haben. Im Inlande beschränkt es sich doch auf ein homerisches gegenseitiges Schimpfen (Heiterkeit), auf gegenseitiges Insultieren. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Gegner zu gewinnen, sondern man sucht ihn nur zu kränken: das ist heutzutage der Hauptinhalt unseres parlamentarischen und publizistischen Streits, daß man sagen kann: „Dem habe ich es gut gegeben". Was für Wirkung es macht, ist gleichgültig. Ich nehme deshalb die Sache nicht so ernsthaft. Wir haben ja hier in Deutschland doch seit der Reformation und auch schon ein paar hundert Jahre vorher die Kämpfe gehabt, deren Widerhall noch heute vernehmlich wird. Wir haben in den Städteverfassungen die Kämpfe der Geschlechter und Zünfte gehabt, wir haben die Bauernkriege gehabt; dasselbe findet sich ja noch wieder in den sozialdemokratischen Bestrebungen. Wir haben seit der Reformation die konfessionellen Kämpfe gehabt, die Religionskämpfe des Dreißigjährigen Krieges, wir haben nachher den Siebenjährigen Krieg gehabt als Analogon, was doch auch beinahe ein konfessioneller Kampf war, und wir haben uns doch wieder zusammengefunden, und Gott wird uns auch in der Zukunft wieder zusammenführen. Ich möchte nur nicht, daß irgend jemand, der richtigen Kampfeszorn in sich fühlt, auf unserer Seite sich durch ein falsches Friedensbedürfnis und durch die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, abhalten läßt, ihn ruhig zu ziehen und zu fechten. Wir haben uns immer bekämpft und geschlagen in Deutschland, sei es rhetorisch, sei es kriegerisch, und es würde gewissermaßen ein dead lock, ein toter Moment eintreten, wenn wir plötzlich alle einig würden (Heiterkeit), wenn wir keine Fraktionen, wenn wir alles, wie der Kantor vorsingt, nachsängen, und das würde uns Deutschen doch schwer ankommen. (Heiterkeit.)

Unser Herrgott ist doch ein einsichtigerer Regent, als irdische Fürsten sein können, und es gibt unter uns viele Leute, die mit dem Regimente der Vorsehung innerlich, wenn sie frei reden sollten, auch nicht vollständig zufrieden sind. Ich bemühe mich, es zu sein, und das Gebet im Vaterunser: „Dein Wille geschehe!" ist mir immer maßgebend. Ich gebe mir Mühe, ihn zu verstehen, aber verstehen tue ich ihn nicht immer. — Wir wollen auch den Willen der Regierung immer gern verstehen: selbst wo sie keinen hat, suchen wir einen und schieben ihr einen unter. (Heiterkeit.) Die Leute sind auch in der Regel nicht so böse, wie die Gegner meinen. (Heiterkeit.) Und so, meine Herren, möchte ich meinen Dank für Ihre Begrüßung wiederholen und Sie bitten, mit mir der weiteren Entwicklung mit voller Gemütsruhe entgegenzusehen. Man wird mit achtzig Jahren kühler, wie man mit vierzig Jahren gewesen ist, aber im ganzen bleibe ich doch in der Überzeugung: Gott läßt keinen

Deutschen zugrunde gehen, am allerwenigsten Deutschland, und in dieser Überzeugung danke ich Ihnen. Ich hoffe, die Herren unter Ihnen, die der Gottesgelehrtheit angehören, werden mit dafür sorgen, daß der Himmel uns günstig bleiben möge. (Heiterkeit.)

Ansprache an die Studenten der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen.

1. April 1895.

Während des Empfanges der Rektoren haben sich 5250 Studenten mit den Bannern der deutschen Hochschulen aufgestellt. Die Antwort des Fürsten Bismarck auf die Ansprache des stud. theol. Bruck wird zu einer bewegenden Mahnung des greisen Fürsten, mit dem so mühsam Errungenen zufrieden zu sein, die Verfassung zu erhalten, das Reich zu bewahren, das unter dem „Gewehranschlag“ ganz Europas zustande kam. Der Fürst schildert in dieser Vermächtnisrede zugleich das Wesen der Politik und gibt noch einmal Zeugnis von dem, was sein tiefstes Welt- und Staatsgefühl war: dem Gefühl der Abhängigkeit von und des Dienstes an konstanten, überindividuellen Mächten.

Meine Herren, ich habe soeben aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten unserer Hochschulen, eine Anerkennung über meine Vergangenheit erhalten, die für mich vom höchsten Wert ist. Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die Zukunft, die für jemand in meinem Alter einen vielleicht noch höheren Wert hat als das Bedürfnis der Anerkennung. Sie werden die Gesinnungen, die Sie heute durch Ihre Anwesenheit hier an den Tag legen, wenigstens viele von Ihnen, bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu betätigen in der Lage sein, während ich, seit lange zur Untätigkeit verurteilt, der Vorzeit angehöre. Und das ist mir ein Trost; denn der Deutsche ist nicht so organisiert, daß er das, wofür er sich in der Jugend begeistert hat, in späteren Jahren vollständig fallen läßt. Sie werden in vierzig und sechzig Jahren vielleicht nicht ganz die Ansichten haben, die Sie heute haben, aber das Samenkorn, das die Regierungszeit des Kaisers Wilhelms I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird doch immer auch dann seine Früchte tragen, und Ihre Auffassungsweise, wie sich auch inzwischen unsere staatliche Einrichtung gestalten mag, wird immer eine deutschnationale bleiben, auch wenn Sie alt werden, weil sie es heute ist. Man gibt die Pflege des Nationalgefühls im eigenen Innern nicht mutwillig auf, man verliert es auch nicht, auch wenn man auswandert. Ich habe ja die Beispiele, daß Hunderttausende von Deutschen heute aus Amerika, aus dem Kaplande, aus Australien mit derselben Begeisterung an dem alten Vaterlande hängen, die sie zum großen Teil in den Kampf dafür geführt hat.

Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen. Die Vorbereitung, der Prolog dazu, war der holsteinische Krieg. Wir mußten dann den Krieg mit Österreich führen, um uns auseinanderzusetzen; kein Gericht konnte uns ein Separationserkenntnis geben, wir mußten fechten. Daß, nachdem wir bei Sadowa gesiegt hatten, uns der französische Krieg bevorstand, das konnte für niemand zweifelhaft sein, der mit der Lage Europas vertraut war. Es empfahl sich nur, ihn nicht zu früh zu führen, bevor wir die Früchte unserer norddeutschen Einigung einigermaßen unter Dach gebracht hatten. Nachdem wir ihn geführt hatten, war bei uns überall das Gerede, in fünf Jahren würden wir den nächsten Krieg zu führen haben. Es war das ja zu fürchten; aber ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, ihn zu verhindern. Wir Deutsche hatten keinen Grund mehr, Krieg zu führen; was wir brauchten, hatten wir; darüber hinaus zu fechten, aus Eroberungsbedürfnis, für die Annexion von Ländern, deren wir zu unserer Genugtuung nicht

bedurften, ist mir als eine Ruchlosigkeit erschienen: ich möchte sagen: als eine bonapartistische Ruchlosigkeit, als eine ausländische, die nicht in unserem germanischen Gerechtigkeitsgefühl liegt.

Ich bin also, nachdem wir in unserem Hause uns so ausgebaut und ausgedehnt hatten, wie wir es zu bedürfen glaubten, immer ein Mann des Friedens gewesen und habe selbst kleine Opfer nicht gescheut: der Mächtige kann unter Umständen nachgiebig sein. Weder die Karolinen[1] noch Samoa, so viel Wert ich auf koloniale Entwicklung sonst lege, waren den Krieg wert, den wir dafür hätten führen können. Kriegerischen Ruhm bedurften wir nicht, Ansehen auch nicht. Das ist aber der Vorzug des germanischen Charakters unter allen übrigen, daß er seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung des eigenen Wertes findet und kein Bedürfnis nach Prestige, Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genug ist. Darauf habe ich gehalten, und es ist in der Politik viel leichter, sich zu sagen, was man vermeiden, als sich zu sagen, was man tun muß. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und Tapferkeit untersagen uns ja manches zu tun, wie beim Manöver die Betretung gewisser Felder verboten ist. Aber etwas ganz anderes ist die Entschließung darüber, was geschehen soll, denn darüber kann niemand eine sichere Voraussicht haben. Denn die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schiffahrt in unbekannten Meeren eine Ähnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömungen sein werden, welche Stürme man erlebt. In der Politik kommt noch dazu, daß man wesentlich von den Entschließungen anderer mit abhängig ist, auf die man gerechnet hat, und die nachher nicht eintreffen, daß man nie vollkommen selbständig handeln kann. Und wenn die Freunde, auf deren Unterstützung man angewiesen ist, ihre Ansicht ändern, wofür man nicht gutsagen kann, so ist der ganze Plan mißlungen. Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat, und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten, die diesem und jenem fehlen, sondern die Situation akzeptieren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken,[2] er kann nur darauf hinfahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick, kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen.

Wenn wir nun zu guten Häfen gekommen sind, wie ich aus dem — ich kann nicht sagen: allgemeinen aber doch — überwiegenden Urteil meiner Landsleute entnehme — denn deren Befriedigung ist doch alles, was wir zu erstreben haben — so wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben, in Kaiser und Reich, so wie es ist, nicht so, wie es einzelne wünschen könnten, mit anderen Einrichtungen, mit etwas mehr Zutat von dem, was jedem gerade am nächsten am Herzen liegt, sowohl in konfessioneller wie in sozialer Beziehung, sondern wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben, auch in der Sorge, es wieder zu verlieren, wenn wir es nicht zu schätzen wissen. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern, den Sachsen und den Hohenstaufen; und wie es einmal diese Stellung verlor, so sind fünf-, sechshundert Jahre vergangen, ehe es sozusagen wieder auf die Beine kam. Die politischen Entwicklungen gehen so langsam wie die geologischen. Die Schichten legen sich übereinander und erzeugen neue Bänke und Gebirge.

Aber ich möchte vor allen Dingen die jungen Herren bitten: geben Sie sich dem

[1] Streit mit Spanien.
[2] Immer wieder hat Bismarck gesagt: „unda fert, nec regitur".

deutschen Bedürfnis der Kritik nicht allzusehr hin, akzeptieren Sie, was uns Gott gegeben hat und was wir mühsam unter dem bedrohenden — Angriff kann ich nicht sagen — aber Gewehranschlag des übrigen Europa ins Trockene gebracht haben. Es war nicht so ganz leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenkonvent vor Abschluß unserer französischen Angelegenheit zitiert worden, wir wären lange nicht so gut weggekommen, wie es geschehen ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dabei nicht alles erreicht werden konnte, was jeder wünschte, ist natürlich, und ich spreche davon nur, um die Nachsicht derer in Anspruch zu nehmen, die ganz berechtigt sind mehr zu erwarten, vielleicht auch mehr zu erstreben; aber nur nicht zu früh und nur nicht zu rasch. Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir haben.

Wer die meisten Opfer für die Herstellung des Deutschen Reichs gebracht hat, sind offenbar die deutschen Fürsten, der König von Preußen nicht ausgeschlossen, und mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er seine Unabhängigkeit bereitwillig aufgab an das Reich. Also seien wir denen dankbar, die für das Reich Opfer gebracht haben, die den Dynastien schwer fallen mußten nach der ganzen tausendjährigen Geschichte; seien wir dann auch der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie auf ihrem Herd das Feuer der deutschen Einheit jahrhundertelang erhalten haben, bis die Zeit kam, da ihm wieder Brandstoff zugeführt wurde und es höher aufflammte und uns eine befriedigende Leuchte und Wärme gewährte.

Also ich möchte vor allen Dingen — Sie werden mir sagen, ich bin ein alter Konservativer — mich dahin zusammenfassen: Halten wir, was wir haben, vor allen Dingen, ehe wir Neues versuchen. Fürchten wir uns auch nicht vor denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen. Und die heutigen Fraktionsspaltungen sind doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im Dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schlage; und wir müssen mit unseren Gegnern doch auch Nachsicht haben, wenn wir auch nicht darauf verzichten, unsererseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung, und ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesentum an und versteinern. Nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich, nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter dafür ist. Und deshalb bitte ich Sie mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich; und mögen Sie Anno 1950, so viele von Ihnen dann noch leben, mit voller Zufriedenheit den Toast dann abermals mit ausbringen:

Kaiser und Reich, sie leben hoch!

Ansprache an die Hamburger Bürger.

1. April 1895.

Mehr als fünftausend Hamburger Bürger huldigen dem Fürsten mit einem großartigen Fackelzug. Auf die begeisterte Ansprache des Rechtsanwalts Semler entgegnet der Fürst:

Meine Herren Nachbarn von Hamburg, Ihre Begrüßung zu meinem Geburtstag ist nachgerade für mich zu einer Gewohnheit geworden, auf die zu verzichten mir schwer werden würde. Ich habe in meinem Bestreben zur Belebung unseres Nationalgefühls, zur Herstellung

der nationalen Einheit manchen ungerechten Zweifel gehabt und manches irrtümliche Vertrauen gehegt, aber daran habe ich niemals gezweifelt, daß der alte hanseatische Geist, der vor Jahrhunderten bereits das deutsche Ansehen weit über Land und See vertreten und tapfer vertreten hat und weit über die Kräfte, die heutzutage die hanseatischen Städte aufbringen können, vertreten hat — daß der mich auf die Dauer nicht im Stiche lassen würde bei diesen Bestrebungen, sobald sie Aussicht auf befriedigenden Abschluß hätten, daran habe ich nie gezweifelt. Es haben ja Irrungen und Mißverständnisse, Kämpfe, wie sie unter uns Deutschen üblich sind, sobald wir gemeinsame Entschließungen zu fassen haben, stattgefunden, aber seitdem Hamburg seinen Anschluß an das Deutsche Reich beschlossen hat, da gibt es keine festere und sicherere Stütze unseres nationalen Empfindens als den alten hanseatischen Unternehmungsgeist der Hamburger, und ich hoffe, daß er die Bahnen, die er heutzutage betreten hat, weiter verfolgen und weiter ausdehnen wird in einem Umfange, wie wir ihn früher nicht gekannt haben. Es ist doch allezeit unsere erste Handelsstadt Hamburg, und sie hat sich früher selbständig erhalten — weit in entfernten Meeren — in einer Weise, die für ein so wenig kriegsstarkes Gemeinwesen alle Anerkennung und Bewunderung verdient. Jetzt aber, wo die gesamte deutsche Macht hinter Hamburg steht, darf ich der Hoffnung Raum geben, daß das weitere Gedeihen und die weitere Entwicklung Ihrer Stadt auf kein Hindernis mehr stoßen wird und daß wir nicht nötig haben, ihr irgendwelche Grenzen zu ziehen.

Ihre Mitbürger unterhalten noch heutzutage — und ich nehme Bremen nicht aus — mehr, als ihrer Bevölkerungszahl arithmetisch zufallen würde, freundliche Beziehungen zu allem, was über See ist. Sie sagen hier in Hamburg von Ihren Angehörigen einfach: er ist „drüben“, er kommt aber wieder und bleibt Deutscher und wird wieder Hamburger. Und der alte hanseatische Unternehmungsgeist, dieses Über-See-gehen ist das Element, welches unsere Beziehungen zu den Weltteilen jenseits des Atlantischen Ozeans unterhält und mehr als irgendeine staatliche und amtliche Vertretung es könnte. Wenn alle Hamburger und Bremer, die heutzutage in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für viel verhängnisvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reichs in jenen Weltteilen verschwänden. (Lebhafter Beifall, Heiterkeit.)

Ich halte den überseeischen Hamburger Kaufmann für einen ungleich zuverlässigeren, bequemeren und geschickteren Vertreter nicht bloß nach unten, sondern auch oft nach oben, als — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die amtlichen Vertreter. Dieselben Gedanken habe ich immer schon mit Bezug auf unsere afrikanischen Beziehungen gehabt. Ich habe gehofft, daß sich dort eine kaufmännische Regierung ausbilden würde — nun, ich will nicht auf den Irrweg der Kritik dessen, was geschehen ist, kommen — aber ich hoffe sicher, wir werden auch in Afrika noch einmal zu einem System kommen, wie dasjenige, das England in Ostindien so groß gemacht hat. Da herrscht und regiert nur der Kaufmann, der besser weiß, als das am Aktenschrank und hinter dem Aktentisch möglich ist, was unseren Beziehungen zu den überseeischen Stämmen frommt. Und in diesem Sinne und in der Hoffnung, die ich hier ausgesprochen, bitte ich Sie mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihre von mir hochgeschätzte und geliebte Vaterstadt, der ich leider seit Jahr und Tag habe fern bleiben müssen wegen körperlicher Hinfälligkeit. (Widerspruch.) Die Krankheit, die mich vor 1½ Jahren in Kissingen befiel, hat mir einen schweren Schlag gegeben, und die Ver-

einsamung meines Hauses[1] seitdem hat ihn verschärft. Aber trotzdem bitte ich Sie voller Hoffnung und mit freudigem Blick in die Zukunft mit mir einzustimmen auf das Wohl unserer Hansestädte und in specie meiner Nachbarstadt Hamburg: Die Hanseaten, sie leben hoch!

Zu den letzten der Fackelträger sagt der Fürst:

Ich sage Ihnen herzlich Dank, meine Herren, und gute Nacht. Ich bin verbraucht. Ich bin zu alt, um länger aufzubleiben.

Ansprache an die Münchner Abordnung.

2. April 1895.

Bürgermeister Borscht von München überreicht dem Fürsten Bismarck an der Spitze einer Abordnung den Münchener Ehrenbürgerbrief. Auf die Ansprache entgegnet Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich bin von Herzen dankbar, daß eine so angesehene Stimme, wie die der Hauptstadt des mächtigen Bayernlandes sich den Adressen, den Anerkennungen zugesellt, die ich am gestrigen und am heutigen Tage erfahren habe, und ich freue mich noch des Empfanges in München vor drei Jahren, der schon ein Vorspiel zu der heutigen Auszeichnung war. Ich freue mich, mit der Stadt wieder in nähere Berührung zu kommen, und auf diese Weise sagen zu können, daß ich wirklich Münchner Bürger bin und als solcher mein Spatenbräu mit mehr bayrischem Bewußtsein und Genuß trinke.

Es ist ja eine glückliche Fügung von Gott gewesen, daß alle deutschen Staaten mitgefochten haben in dem französischen Kriege. Wenn das anders gekommen wäre, wenn Bayern zum Beispiel neutral geblieben wäre und die übrigen, der Norddeutsche Bund, allein gefochten hätte, so wären die gegenseitigen Beziehungen, die zwischen uns und Süddeutschland entstanden, doch nie so herzlich geworden, wie sie jetzt im Hinblick auf die Kameradschaft von Wörth, Sedan und Paris in der gegenwärtigen Generation, namentlich bei allen denen, die Soldaten waren, vorhanden sind und hoffentlich sich vererben, namentlich da auch die Frauen und Mütter der zukünftigen Generation zu dem Gefühle und zu der Überzeugung durchgedrungen sind, daß man gut bayrisch und doch gut deutsch sein kann. Ich habe ja mit meinen engeren Landsleuten, den Preußen, dieselben Schwierigkeiten durchzukämpfen gehabt, die in partikularistischer Liebe zur Tradition, u den eingelebten Formen mir bereitet wurden, ehe man sich daran gewöhnte. Man hat sich schneller eingelebt, als ich zu hoffen wagte, und es ist doch jetzt nur eine partielle Opposition gegen das vorhandene Reich, das nicht allen Wünschen gerecht werden kann und viel Stoff zur Kritik bietet. Aber wir haben kein anderes. Und wenn wir dieses entzweischlagen, ob man dann anderen Tages ein neues machen kann, das ist mir sehr unwahrscheinlich, aber so lange der Geist erhalten bleibt, der in diesen Tagen, ich möchte sagen: wie ein warmer, wohltuender Sturmwind über das Land hingegangen ist, zu meinen Gunsten und unverdient von mir, so lange ist mir nicht bange: Wir bleiben zusammen, besonders wenn man uns von außen angreifen würde. Die Deutschen sind doch wie das Ehepaar in dem Molièreschen Stücke, ich glaube es heißt: Le médecin malgré lui — wir sind immer miteinander im Kampfe wie das Ehepaar, das miteinander unverträglich ist, aber sobald sich ein Dritter einmischt, wird die Sache so, daß er froh ist, wenn er mit heiler

[1] Durch den Tod der Fürstin Bismarck, 27. November 1894.

Haut davonkommt. Und so ist es bei uns Deutschen auch gewesen: die französische Provokation war eine von Gott gesandte Wohltat, die uns einig machte. Der Sieg, der uns verliehen worden ist, und daß er gemeinschaftlich erfochten worden ist, und daß jeder sagen kann, ich war auch dabei und mit dem Blute meiner Landsleute ist das Reich auch gekittet worden, ist eine Gabe Gottes. Gott erhalte es so!

Ansprache an die Lehrer der höheren Lehranstalten Preußens.

8. April 1895.

Für die Glückwunschadresse der Lehrer der höheren Schulen Preußens, die Prof. Jäger an der Spitze von 700 Lehrern mit einer Ansprache überreicht, dankt der Fürst in einer Rede, in welcher er die entscheidende Bedeutung der gebildeten Minorität in jedem Volke beleuchtet:

Meine Herren, ich danke Ihnen zunächst herzlich für die Adresse, die ich soeben gehört habe, und wende mich dann an Ihre Kommilitonen — aber ich bitte Sie sich zu bedecken, ich bin selbst alt und kahl genug, um zu wissen, was das heute heißt, im bloßen Kopfe!

Meine Herren, die Ehre, die Sie mir erweisen, bildet einen Bruchteil der mannigfaltigen Auszeichnungen, die mir heutzutage aus allen deutschen Landen und darüber hinaus zuteil werden, und zwar mir als dem Erben meiner Mitarbeiter von der Zeit Kaiser Wilhelms I. Ich stehe mit denen gewissermaßen in dem Verhältnis eines Contine-Vertrags: der Ruhm der Absterbenden erbt auf die Überlebenden zusammen, (Rufe: Nein, eigener Ruhm!) und so fällt auch mir, der ich entweder jünger zur Arbeit gekommen bin oder langlebiger bin, ein Anteil an der Gesamtheit des Ruhms meiner Mitarbeiter mit in das Kredit hinein. Wenn ich das nicht so auslegen könnte, so würde es überwältigend und demütigend auf mich wirken wie eine Überschätzung. Ich habe als Einzelner meine Schuldigkeit in meinem Dienste getan als meines Königs Mitarbeiter, und Gottes Segen hat es gedeihen lassen.

Aber ich muß auch Ihres Anteils an diesem Segen noch gedenken. Sie sprachen in der eben verlesenen Adresse von der Dankbarkeit, die der Lehrerstand mir gegenüber empfinde. Meine Herren, das Gefühl ist ein gegenseitiges. Das ist für mich zum Durchbruch gekommen in der Zeit meiner politischen Arbeit. Hätte ich nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes in unserer Nation vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe, in dem Maße gelungen sein würde.

Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minorität unseres Volkes die Erfolge, die wir gehabt haben, nicht möglich gewesen sein würden. Die Liebe zum Vaterlande, das Verständnis für politische Situationen — für diese und andere Eigenschaften werden die Keime gelegt in dem Stadium des Menschenlebens, welches Ihrer Pflege vorzugsweise anheimfällt. Unsere Erziehung gehört bis zum vierzehnten Jahre der Volksschule oder bis zum neunzehnten der höheren Schule, nachher der Universität, dem Leben und den Frauen. Das durchschnittliche Alter, bis zu dem die Jugend Ihrer Pflege und Erziehung unterliegt, schließt mit dem neunzehnten, zwanzigsten Jahre des Abiturienten in der Regel ab, manchmal später, manchmal früher. Aber der Charakter des jungen Mannes legt sich gerade in dieser Zeit fest. Es

ist nicht sehr oft der Fall, daß er auf der Universität oder später eine Modifikation erleidet, wenigstens nicht in der Liebe zum Vaterlande, die ihm auf der höheren Schule eingeprägt worden ist.

Die Erfolge der nationalen Entwicklung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land erhält. (Bravo!) Ich habe bei irgendeiner neuerlichen Gelegenheit einmal gesagt: Eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine akute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilungsmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer und deren Heilung langwierig ist. (Bravo!) Und deshalb lege ich das Hauptgewicht auf die Erziehung und die Gesinnung der gebildeten Klassen in jedem Lande.

Wir können bei uns — von den dynastischen Persönlichkeiten sehe ich ganz ab, aber die Leitung der Geschicke eines Landes ruht überall tatsächlich und unmittelbar in den Händen der gebildeten Klassen — wir können bei uns in Deutschland, zunächst in den regierenden Kreisen, unter den Beamten, keine Leute verwenden, die nicht durch Ihre Hände, möchte ich sagen, gegangen sind; wir können kein Parlament haben, dessen führende Leute nicht der gebildeten Minderheit der Bevölkerung angehören. Dieselben können über die Führung von Massen ohne eigenes Urteil unter Umständen zum Teil bestimmen, aber die Erziehung des Urwählers liegt nicht in ihrer Hand. Auch im Parlamente gehören die Leiter den gebildeten Klassen an; im Heere wäre unser ganzer Offizierstand ohne unsere wissenschaftliche — mir fällt kein besserer Ausdruck augenblicklich ein — ohne unsere Bildung überhaupt gar nicht möglich. Unser Offizierkorps, einschließlich des Unteroffizierkorps, das sich nach ihm bildet, ist eine unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen.[1] Sie machen es uns darin nicht gleich, (Lebhafter Beifall) und das ist das Produkt unserer gesamten höheren Schulbildung, nicht der Volksschulbildung, sondern der Bildung und Erziehung der höher stehenden Klassen, die sich dort vertreten finden. Unsere industriellen Leiter kennen die Vollkommenheit unserer Industrie, die zuletzt dahin führt, daß es in der ganzen englischen Handelswelt heutzutage als eine Empfehlung gilt, wenn auf einer Ware steht: made in Germany. (Lebhaftes Bravo!) Auch das ist eine Wirkung desjenigen Bildungsstadiums, wie die höheren Schulen es liefern. Unsere Kaufleute über See, die unsere besten Pioniere sind, (Bravo!) würden ebenfalls ohne die deutsche Schulbildung das nicht leisten; ich spreche nicht von unseren kolonialen Leistungen, sondern von den mir als Hamburger Bürger nächststehenden Beziehungen zu Amerika. Die wirksame Erhaltung der Wechselwirkung zwischen Gesamtamerika, Nord und Süd, und Europa beruht hauptsächlich auf unserem gebildeten Kaufmannsstande, und der würde nicht gebildet sein ohne unsere höheren Schulen.

Ich könnte in dieser Darlegung der politischen Wirkung der Imponderabilien, die auf unseren Schulen in das Gemüt des deutschen Jünglings gepflanzt werden, vielleicht noch weitergehen, aber ich will es lieber an einem Beispiele aus dem Auslande erörtern. Als ich in Versailles in Quartier lag, habe ich gelegentlich die Schulhefte der Söhne meiner Hauswirtin durchgesehen, (Heiterkeit) und da bin ich ganz erstaunt gewesen über die

[1] Vgl. die Rede vom 6. Februar 1888.

ungeheuerliche geschichtliche Lüge, die in allen französischen höheren Schulen kultiviert wird, von Ludwig XIV. ab bis auf die heutige Zeit. Was hat das für Folgen? Daß der junge Franzose von Haus aus ein falsches Bild über die Bedeutung seiner eigenen Nation, über deren Berechtigung zur Macht bekommt, und daß er mit einem Hochmut in die Welt tritt, von dem das deutsche Sprichwort sagt, daß er vor den Fall kommt. (Lebhaftes Bravo!) Demgegenüber befleißigt sich unsere höhere Schulleitung, soviel ich weiß, der Wahrheit und pflegt unter anderen Eigenschaften, mit denen Gott die deutsche Nation ausgestattet hat, die der Bescheidenheit, (Lebhaftes Bravo!) was ich für in hohem Maße wichtig und nützlich halte. Die Selbstüberschätzung tötet den Erfolg im Keim, (Bravo!) und von der halten wir uns fern; die Wahrheit wird bei uns gelehrt, vielleicht unter verschiedener Beleuchtung, aber doch jeder von seinem Standpunkte aus bestrebt sich, seinen Schülern die Wahrheit beizubringen, und ich habe es auch im politischen Leben stets für nützlich gehalten, wahr zu bleiben, (Lebhaftes Bravo!) um den Mut zu behalten. Ich habe dadurch manche Feinde erworben und manches Wort gesprochen, das zu den übelwollendsten Deutungen Anlaß geben kann; im ganzen ist das Gesamtresultat doch für mich ein nach menschlicher Unvollkommenheit in hohem Maße befriedigendes. (Lebhaftes Bravo!) Ich habe ja auch recht viele Gegner, aber das Wohlwollen der Majorität der unabhängigen und gebildeten Leute darf ich, glaube ich, für mich in Anspruch nehmen. (Bravo!) Es wird das vielleicht nicht immer die Majorität der Urwählerziffer decken, (Heiterkeit) aber es ist doch für mich das entscheidende Prinzip auf die Dauer und für die Dauer der Einrichtungen, die wir uns gegeben haben. Und deshalb, wenn ich am Ende meiner Laufbahn stehe, so ist es für mich ein beruhigendes Gefühl, daß die Sonne, die mir untergeht, mir ein schönes Abendrot zeigt. Als Landwirt bin ich gewohnt, das Abendrot als einen Propheten von gutem Wetter für den morgenden Tag anzusehen, und so wünsche ich Ihnen allen, meine Herren, für die Tage, die kommen, gutes Wetter.

Sie sind zum großen Teil in Ihrer sozialen und materiellen Stellung mit Recht unzufrieden; (Zustimmung) es existiert ein Mißverhältnis zwischen der Bedeutung, die, wie ich vorher zu schildern mir erlaubt habe, der höhere Lehrerstand für unsere nationale Zukunft hat, und zwischen dessen bisheriger Würdigung. (Sehr richtig!) Die Gewalt, die in dem Einflusse der Schule, der höheren Schule auf die gebildeten Klassen besteht, die Wichtigkeit der gebildeten Klassen für das Gedeihen einer Nation wird heutzutage erheblich unterschätzt, und ich hoffe, daß darin allmählich sich auch eine Änderung zum Bessern anbahnen wird. Ich meinerseits halte sie für notwendig, wenn wir die Erfolge, die wir mit Hilfe der Fürsten, der Armee errungen haben, auf die Dauer befestigen und dauerhaft machen wollen. Es ist schon eine erhebliche Wirkung des Einflusses der Gebildeten, daß die Frauen gewonnen worden sind im großen und ganzen für unsere nationale Entwicklung. Das war früher nicht. Wenn ich fünfzig Jahre zurückdenke, da kümmerten sie sich wenig darum, (Heiterkeit) aber heutzutage halten sie ihre Kinder an, daß sie vor allen Dingen daran denken, daß sie Deutsche sind. (Lebhaftes Bravo!) Und dieser Same, der in das Gebiet des Ewig-Weiblichen gefallen ist, liegt tiefer und dauert länger als unsere Männerstreitigkeiten, und der wird uns auch einmal herausreißen, wenn es schlimm wird.

Meine Herren, im Sinne meiner Betrachtungen, die ich mir erlaubte Ihnen vorzutragen, bitte ich Sie ohne Rücksicht auf den darin liegenden Egoismus, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf den deutschen Lehrerstand. Er lebe hoch!

Ich könnte Ihnen noch viel sagen, aber ich kann so lange nicht stehen. Mein Herz ist noch voll für Sie, aber ich muß mich bescheiden. (Rufe: Dank, Dank!)

Ansprache an Schüler des Gymnasiums zu Jever.

9. April 1895.

Bei dem Empfang von 36 Schülern des Gymnasiums zu Jever sagt der Fürst:

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundliche Begrüßung — aber ich bitte, setzen Sie die Hüte auf, es ist kühles Wetter, die jungen Herren auch, obschon Sie noch alle gut Haare haben. Meine Beziehungen zum Jeverlande haben sich auf der Basis des Kiebitzes entwickelt. Es ist ein Zugvogel, der kommt und geht; aber ich hoffe, meine persönlichen Beziehungen zum Jeverlande werden dauernder sein als ein Zugvogel, und ich freue mich, die jungen Leute dieses berühmten altfriesischen Küstenstrichs hier vor mir zu sehen, in der Überzeugung, daß auch in Ihnen das Gefühl für die friesische Heimat und besonders für das weite Gesamtvaterland feste Wurzeln geschlagen haben und halten wird, und wenn die jüngsten unter Ihnen einmal so alt sein werden, wie ich heute bin, daß Sie auch dann noch nicht bloß Jeverländer, sondern treue Bürger des Deutschen Reiches and Mitglieder der deutschen Nation im tätigen Sinne des Wortes sein werden und entweder, wie es die Natur Ihres Landes darbietet, als Landwirte oder im Staatsdienste oder zur See das deutsche Gefühl und die deutsche Flagge hochhalten werden.

Ich danke Ihnen verbindlichst für den freundlichen Besuch und habe mich gefreut, die Jeverschen Gesichter einmal von Angesicht zu sehen, nachdem wir bisher immer nur in Korrespondenz gestanden und ich die übliche Eiersendung dankbar empfangen habe. Das ist wohl schon seit anderthalb Jahrzehnten, daß unsere Verbindung dauert.

Ich habe leider nicht Platz für alle, aber wenn die jungen Herren helfen wollen, die Masse von Kuchen zu verzehren, die ich zum Geburtstage gekriegt habe und von der ich schier erdrückt werde, dann bin ich Ihnen sehr dankbar.

Ja, meine Herren, ich wünsche Ihnen allen Glück im Leben, soweit der Mensch es überhaupt haben kann. Sie müssen sich nicht zuviel davon versprechen. Wenn man zurückblickt auf ein langes Leben, was Gott gesegnet hat, so sind doch die Tage, wo man sich recht wohl gefühlt hat, selten, besonders wenn man sehr abhängig ist von der Gesundheit, in der der Mensch sich befindet. Daher schonen Sie den Körper und pflegen Sie ihn — den Herren, die Medizin studieren wollen, brauche ich das nicht besonders zu empfehlen — dann werden Sie auch am Leben Freude haben. Der Geist läßt sich vom Körper einmal nicht lostrennen auf dieser Erde. Nun, ich wünsche Ihnen allen Gottes Glück und Segen für die Zukunft.

Ansprache an die Abordnung der Deutschen aus Odessa.

10. April 1895.

Eine Abordnung von Deutschen in Odessa erscheint mit einer Adresse über eine „Bismarck-Stiftung“ für Erziehung und Aussteuer hilfsbedürftiger deutscher Waisen. Fürst Bismarck dankt, indem er mahnt, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu pflegen:

Meine Herren, mir ist Ihre Begrüßung besonders wertvoll in Erinnerung an die Beziehungen, die ich jahrelang zu den Deutschen in Rußland gepflegt habe. Ich bin Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft in St. Petersburg gewesen, die die Deutschen dort etabliert haben, ich bin noch immer in Korrespondenz geblieben mit den Herren, und ich habe an der Spitze der Deutschen in St. Petersburg mit ihnen enge freundschaftliche Beziehungen gehabt, Familienbeziehungen auch, und ich freue mich immer, wenn, wie dies in Rußland doch geschieht, die Deutschen im Auslande zusammenhalten und ich sehe, wie sie im ganzen prosperieren. Dazu gehört mit, daß Sie mit den Institutionen der russischen Regierung nicht in Opposition und Friktion treten, sondern daß Sie sich immer erinnern, daß Sie im Auslande und unter der Herrschaft des russischen Kaisers leben; das ist mir politisch auch immer erwünscht gewesen und dient dazu, die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu kultivieren, da wir gar keinen Grund haben, uns mit den Russen zu zanken. Wir wollen nichts von ihnen, wir haben Polen genug und die Russen auch, sie können weder Königsberg noch Posen brauchen. Also wir sind in der für Großmächte wünschenswerten Lage, daß wir einander nicht zu beneiden haben und daß keiner von beiden etwas besitzt, was dem Nachbar begehrenswert erscheint, ein seltener Fall in der Politik.

Auch außerdem ist kein Grund zur nationalen Antipathie; der Russe macht sich wohl zuweilen darüber lustig oder ärgert sich mitunter darüber, daß der Deutsche mehr arbeitet wie er. Aber Grund zum Streite besteht nicht. Solche Verhältnisse muß man pflegen, und ich möchte aus meiner politischen Erfahrung die Bitte an Sie richten: pflegen Sie die politische Freundschaft, die uns und auch der russischen Regierung ein Bedürfnis ist. Wir haben Gegner genug im Auslande und im Inlande, um nicht für geboten zu halten, daß wir mutwillig Gegner aufsuchen. Im Jahre 1848, zur Zeit der Märzrevolution, da bestand der allgemeine Ruf in Berlin darin: „Nur vorwärts gegen Rußland!“, als ob dies der Zweck des ganzen Aufstandes gewesen wäre. Was damit erreicht werden sollte, Rußland anzugreifen, das weiß ich nicht. Rußland ist ein besserer Nachbar als mancher andere; jedenfalls ist mit Rußland als Nachbar leichter zu leben, als es mit Polen sein würde. Also bleiben Sie gut deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht.

Ansprache an die Abordnung des Norddeutschen Lloyd.

10. April 1895.

Eine Abordnung des Norddeutschen Lloyd überreicht ein Modell des neuen Reichspostdampfers „Prinzregent Luitpold“. Auf die Ansprache des Konsuls Achelis erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre ehrenvolle Begrüßung, und wenn ich an das Maß der Ehre zurückdenke, die mir damit erwiesen wird, so erinnere ich mich, daß schon vor sechshundert Jahren die Bremer Flagge in den Kreuzzügen als eine Haupt-

stütze des deutschen Kaisers und des Deutschen Reiches eine Rolle spielte. Ihnen, die Sie die Geschichte Ihrer Vaterstadt kennen, wird der Name des Reeders Walbot, der später Gründer eines rheinischen Grafengeschlechts geworden ist, nicht unbekannt sein. Damals trugen die Bremer Handelsschiffe ihre Flagge bis ins Mittelmeer und zu der syrischen Küste und wurden die eigentlichen Stifter des deutschen Ordens, der nachher eine große und mächtige Gemeinschaft geworden ist. Dieser nationale Geist in unseren Küstenländern, die Sie „de Waterkant" nennen, ist nachher ungeteilt erhalten geblieben und durch keine dynastischen Irrungen vom gemeinsamen Interesse abgeleitet worden, er ist immer ein nationaler geblieben. Ihre reichsstädtische und republikanische Verfassung hat Sie vom Partikularismus freier gehalten als es im Binnenlande, von Preußen bis Baden gerechnet, der Fall gewesen ist.

Die Uneinigkeit der Deutschen beruht nicht, wie man gewöhnlich meint, auf der Stammesverschiedenheit. Man kann nicht sagen, daß die Bayern und Sachsen sich nicht vertragen, wenn sie beieinander sind, sondern es sind die dynastischen Verschiedenheiten, welche Grenzen geschaffen haben, die das Gebiet gleicher Stammesgenossen quer durchschneiden, wie zwischen den plattdeutschen Altmärkern und den plattdeutschen Lüneburgern, wie zwischen den Wettiner Landschaften im alten Thüringen, wie in den hohenzollernschen Gebieten und wie dort in Schwaben die Beispiele am schärfsten sind, wo der Schwabe gegen den Schwaben sich abschanzte als Reichsritter in Reichsdörfern und Reichsstädten. Und so war es auch in Westfalen.[1]

Man muß also nicht die Stammesverschiedenheiten anklagen, es ist die Verschiedenheit der Herrscher gewesen. Die Fürsten vertrugen sich nicht untereinander, und so wurden die Untertanen nach der Farbe der Uniformen, die sie trugen, veranlaßt, aufeinander zu schießen. Daß dies beseitigt worden ist, danken wir den regierenden Autoritäten, die auf das traurige Privilegium verzichtet haben, ihre deutschen Untertanen gegeneinander fechten zu lassen, und dabei sind die hanseatischen Regierungen besonders nützlich und wirksam gewesen; sie haben Sonderinteressen gehabt, aber sie haben schließlich doch das Gefühl, einem großen deutschen Volke anzugehören, stets behalten, weil sie die deutsche Flagge zur See beinahe allein vertreten haben. Dieses Privilegium der Hanseaten ist ein Privilegium, von dem man sagen kann: noblesse oblige, und sie haben daher in ihrem Berufe, die deutsche Flagge zur See zu führen, sich frühzeitig gewöhnt, deutsch zu fühlen und deutsch zu denken. Der alte Ruhm der Hansa, wie er sich in den baulichen Resten verkörpert — der Stahlhof in London wird Ihnen noch in Erinnerung sein — und die hanseatische Herrschaft in den nordischen Königreichen: sie ist zugrunde gegangen, und die Flamme, die ihr Wirken hervorrief, hat lange geruht unter der Asche, und jetzt schlägt sie ins Vaterland und jetzt ist es nicht mehr die Ehre von Bremen oder Hamburg und Lübeck, sondern die Ehre der ganzen deutschen Nation, die an Ihren Schiffen und Ihrer Flagge hängt.

Und in Dankbarkeit für das Interesse, welches unsere nationale Politik bei den Hanseaten gefunden hat, kann ich den Toast wiederholen, den ich neulich auf meine Hamburger Nachbarn ausgebracht habe, ein Hoch auf die deutschen Hansestädte. Sie leben hoch, und Gott möge sie schützen und ihre Schiffahrt segnen!

[1] Vgl. dazu das Kapitel: Dynastien und Stämme in Gedanken und Erinnerungen I, 288 ff.

Ansprache an die Deutschen aus Österreich.

15. April 1895.

Ein Abordnung aus allen Teilen der Steiermark und eine Abordnung der österreichischen Studentenschaft erscheint zur Huldigung in Friedrichsruh. Namens der Steiermärker spricht Dr. Richard v. Planner, Ritter von Plann; namens der Studentenschaft von Graz cand. med. Lederer; namens der Wiener Studentenverbindungen cand. med. Schön; namens der steirischen Frauen Frau Stärk. — Da man in Wiener Regierungskreisen nichts mehr fürchtete als „alldeutsche" Bestrebungen der Deutschen in Österreich und besonders wegen ihrer zugleich deutsch-nationalen und liberalen Gesinnung den Steiermärkern nicht wohlwollte, war die Stellung des Fürsten Bismarck angesichts dieser „großdeutschen" Huldigung nicht ganz leicht. Da auch der Fürst das Dasein eines starken österreichischen Gesamtstaats im Interesse des europäischen Gleichgewichts wünschte und alle großdeutschen Bestrebungen im Interesse des festen Zusammenhalts des Deutschen Reiches unter Preußens Führung verurteilte, legt er in seiner Antwort das Hauptgewicht auf die Loyalität gegen Kaiser Franz Joseph und die dringende Bitte an die Deutschen Österreichs, die Beziehungen zur habsburgischen Dynastie zu pflegen und dadurch den Gesamtstaat um so stärker zu machen. Gerade der Bruch zwischen dem Kaiser und der deutsch-liberalen Partei hatte den Slaven einen mächtigen Auftrieb gegeben und den Nationalitätenkampf wesentlich verschärft:

Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihren Besuch, für Ihr Hierherkommen zu diesem Zweck und in dieser Zeit und sehe in diesem Strauße, gemischt aus den Blumen der Ebene, dem Heidekraut, und der Alpen, ein Symbol unserer Zusammengehörigkeit. Man kann wohl sagen, die Farben kleiden sich gegenseitig, und sie passen zusammen. (Heil!) Unter allen Auszeichnungen, die mir an meinem achtzigsten Geburtstage erwiesen worden sind. schätze ich diese ganz besonders wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung; ich schätze sie um so höher, als Ihr Besuch sich anschließt an eine huldreiche Begrüßung, mit der Seine Majestät der Kaiser, Ihr Landesherr, mich beehrt hat. Darin und in Ihrem Besuch vergegenwärtigt sich mir die Erinnerung an die Zeit vor sechzehn Jahren, als ich von Gastein über Linz nach Wien fuhr, nur durch deutsches Land und deutsche Bevölkerung, als ich in Wien ankam — aber, meine Herren, wollen Sie nicht aufsetzen, es ist ein rauher Wind hier im Norden — wo ich mit einer Herzlichkeit empfangen wurde, die mich befestigte in dem Gedanken, daß wir irgendeinen Ersatz für die alten Beziehungen der Bundesgenossenschaft, die uns verbunden hatte, herstellen müßten trotz aller Hindernisse, die sich dagegen auftürmten.

Unsere Zusammengehörigkeit ist ja, wie der erste Herr Redner bemerkte, älter wie ein Jahrtausend und reicht bis in die Sagenzeit zurück, aber auch die weitergehenden Konsequenzen, das Bündnis, welches wir vor sechzehn Jahren in Wien abschlossen, und dann der Dreibund, reichen in ihren Ursprüngen doch fast auf dieselbe Zeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen Römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis nach Apulien und theoretisch gehörte ganz Italien dazu — tatsächlich nicht immer — und die Kämpfe in dieser großen Gemeinschaft blieben uns nicht erspart. Es ist eine eigentümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große gewaltige Gebiet von ganz Zentraleuropa, was ich eben bezeichnete, sich, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerissen war, doch schließlich heutzutage wieder zusammengefunden hat. Unser Dreibund deckt ungefähr die alte anspruchsvolle Kaiserherrschaft der Nachfolger Karls des Großen nach Aussonderung von Gallien, dem heutigen Frankreich; daß in dieser Verbindung ein Beweis von imponderabeln Verbänden und Beziehungen gegeben ist, ist meine Überzeugung. Ich muß es

den Geschichtslehrern überlassen, sie zu vertreten, wenn sie sie mit mir teilen. Ich glaube, wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben können mit mehr Dauer, als wir früher in Frieden miteinander gelebt haben.

Wenn wir zurückblicken auf die innere Geschichte dieser großen Ländermasse, welche das alte angeblich heilige Römische Reich (Heiterkeit) in sich vereinigte, so finden wir doch kein Jahrhundert ohne die schwersten Kämpfe der Reichsangehörigen untereinander. Aber wir müssen uns dadurch nicht entmutigen lassen, denn dieselbe Erscheinung fehlt in keinem der andern europäischen Länder, auch in denjenigen nicht, die durch eine von Haus aus einheitliche Nationalität auf inneren Frieden viel mehr angewiesen waren wie dieses Mosaik von Zusammensetzung, was das alte Deutsche Reich war. — Sehen Sie nach England, wie es im Mittelalter von Bürgerkriegen erfüllt war. Sie haben im vorigen Jahrhundert mit der Schlacht von Culloden[1] ein Ende gefunden, und der innere Frieden ist doch im heutigen England auch noch nicht vorhanden. Sehen Sie nach Frankreich: eine scharf und leidenschaftlich entwickelte einheitliche Nationalität; wir haben die letzten Bürgerkriege noch selbst vor fünfundzwanzig Jahren vor Paris mit ansehen können; Gott gebe, daß es die letzten seien. Sehen Sie nach Spanien: eine stolze einheitliche Nationalität, die inneren Kriege hören nicht auf. Auch Italien ist davon nicht frei gewesen. Ich will die Beispiele nicht weiter ausdehnen, ich will nur daraus deduzieren, daß wir Deutsche doch darum nicht an unserer einheitlichen Zukunft verzweifeln müssen, weil wir uns mitunter im Laufe der letzten Jahrhunderte miteinander gerauft haben. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, es wird in Zukunft nicht wieder vorkommen, (Rufe: Nein, nein!) ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir nebeneinander leben können, und die in bewußter Weise — wenigstens von den leitenden Prinzipien kann ich das sagen — nicht zerbrochen, nicht geschädigt und nicht beschränkt wird; dazu gehört vor allem unsere Einigkeit mit dem österreichisch-ungarischen Reiche, (Bravo!) auf die wir geschichtlich angewiesen sind seit langen Zeiten. Wir können wohl einmal in Zorn geraten und vom Leder ziehen, aber wir kommen immer wieder zusammen, weil wir auf einander angewiesen sind, und namentlich so, wie das heutige europäische Staatsgebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft Europas blicken.

Der einzelne Staat in Europa wird immer der Möglichkeit einer Koalition ausgesetzt sein. Ein Bündnis von dem Gewicht, wie es der heutige Dreibund repräsentiert, kann immer von sich sagen mit dem alten schottischen Spruch: „Nemo me impune lacessit!" und wird imstande sein, sich zu wehren. Wenn man also das Bedürfnis hat, um Anlehnung sich umzusehen, so liegt für uns doch die Anlehnung an Österreich-Ungarn näher wie irgendeine andere. Auch auf die an Italien sind wir durch die Geschichte angewiesen. Wir haben in beiden Ländern durch das Ungeschick der gemeinsamen kaiserlichen Regierung gelitten, indem wir zerfallen sind in nicht existenzfähige Größen nebeneinander. Wir mußten uns wieder zusammenfinden, wir haben eingesehen, daß das zu unserem Heile notwendig ist.

Die Basis dieses Dreibundes, der den Frieden Europas erhält, ist ja unsere Beziehung und unsere Intimität zum österreichisch-ungarischen Kaiserstaat. Und da habe ich schon früher an unsere Stammesgenossen in Österreich das Verlangen gerichtet, diese Ein-

[1] 27. April 1746, wo der Prätendent Jacob Stuart besiegt wurde.

heit, diese Freundschaft zwischen beiden großen und historisch miteinander eingelebten Nachbarreichen zu pflegen nach ihren Kräften. Je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein, (Rufe: Bravo! Heil!) und deshalb können Sie, die Deutschen Österreichs, es nicht über Ihr Gewissen und Ihr Gefühl bringen, zu treiben zum Kampfe gegen das deutsche Westreich, und ich hoffe, Sie werden es auch zum Teil über Ihre Gefühle vermögen, den Frieden zwischen dem alten Österreich und dem deutschen Westreich dadurch zu pflegen, daß Sie in möglichst engen und einflußreichen Beziehungen zu Ihrer ursprünglich deutschen Dynastie halten. Die Dynastie ist schließlich doch für die auswärtigen Beziehungen eines jeden Reiches — so lange sie überhaupt besteht — und daß sie lange und dauernd besteht, wird Ihrer aller Wunsch sein — der einflußreichste Faktor in der Wahl der auswärtigen Beziehungen. Also, meine Herren, Sie können Ihr Wohlwollen für Ihre Stammesgenossen im deutschen Westreich nicht wirksamer betätigen, als indem Sie Ihre Beziehungen zur eigenen Dynastie pflegen, und mehr von der Seite des Gemütes wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurteilen.

Ich habe in Seiner Majestät Ihrem Kaiser, mit dem ich seit 1852 in direkten Beziehungen gestanden habe, wo ich zuerst preußischer Gesandter in Wien eine Zeitlang war, immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden. Man kann ja in Österreich sich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mitrechnet, ausschließlich widmen. Die Vorsehung muß den Kampf der Nationalitäten gewollt haben, sonst wäre es ja für ihre Ureinrichtung leicht gewesen, in der ganzen Welt oder wenigstens in Europa eine einzige Nationalität zu schaffen. Wenn nun deren viele nebeneinander wohnen, einander bekämpfend und widersprechend, einander von Hause aus nicht liebend, wo erst die Liebe und das Wohlwollen, die Duldung will ich lieber sagen, mit der Überzeugung kommen muß, wenn die Nationalitäten so durcheinander geschoben werden durch den Lauf der Geschichte, wie es in Deutsch-Österreich,[2] in Ungarn, bei uns in unseren Ostprovinzen Posen und Westpreußen der Fall ist, so muß man, wenn man überhaupt über die Intentionen der göttlichen Vorsehung nachdenken will, doch darin dasselbe Prinzip erkennen, was sich in der ganzen Natur betätigt: ohne Kampf kein Leben. Man soll miteinander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich, und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben, als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen. Ihn zu versöhnen, wird nicht immer möglich sein, aber ich glaube, wir könnten im Deutschen Reich sowohl wie auch in Österreich-Ungarn die Kämpfe mit etwas mehr persönlichem, ich will nur sagen christlichem Wohlwollen führen. Aber außer dem Christentum existiert doch noch das Band der Angehörigkeit zu demselben Staatsgebilde, was zur Nachsicht in der Beurteilung der feindseligen Akte des fremdnationalen Mitbürgers bewegt. Ich will damit — ich weiß nicht, ob mit geschickten Worten oder nicht — ich will damit für Ihre nichtdeutschen Nachbarn eine gewisse Versöhnlichkeit, eine Nachsicht empfehlen. Ich darf es als Deutscher ja nicht behaupten, daß die Nachsicht in dieser Konstellation ein Zeichen der Überlegenheit ist, aber ich möchte, Sie

[2] Bismarck versteht darunter die alten deutschen Bundesgebiete Österreichs, also auch Böhmen und Mähren.

hätten das Gefühl, daß Sie als die historisch berechtigte Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurteilten. Ich glaube, wir Germanen sind von Gott von Hause aus stärker — ich will sagen männlicher ausgestattet, — (Heiterkeit) und Gott hat den Dualismus in allen Erscheinungen der Schöpfung zwischen männlich und weiblich dargestellt, und so auch in den europäischen Verhältnissen. Wenn der Germane allein bleibt, ohne slawische und keltische Beimischung, dann wird es ein Mönchskloster, (Große Heiterkeit) und sie zanken sich untereinander. Wenn er in die Vermischung kommt, dann wird er schließlich doch, wenn er Geduld und die Ausdauer hat, das leitende Element, wie es der Mann in der Ehe sein soll. (Heiterkeit.) Ich will keinen Slawen damit kränken, aber sie haben viele der weiblichen Vorzüge, sie haben die Grazie, die Klugheit, die Schlauheit, die Geschicklichkeit, (Zustimmung, Heiterkeit) und die deutschen Glieder erscheinen neben den slawischen oft plump und ungeschickt, aber das schwerere Gewicht liegt auf unserer Seite, und deshalb möchte ich Ihnen sagen: verfahren Sie mit Ihren slawischen Rivalen auch im heftigsten Zorn und in der schwierigsten Lage immer mit dem Gefühl, mit dem innerlichen, tief innerlichen, nicht ausgesprochenen Gefühl, daß Sie doch eigentlich der Überlegene sind und auf die Dauer bleiben werden.

Es kann nicht anders sein, (Zustimmung) namentlich in Österreich. Das ganze heutige Österreich beruht auf einer deutschen Beamtenschaft, auf einer deutschen Heeresbildung, und es wird auch kaum anders sein können — nur möchte ich dringend empfehlen: pflegen Sie Ihre Beziehungen zur Dynastie in höherem Maße, als es mitunter in der Vergangenheit geschehen ist.[3] Ich habe das in unseren reichsdeutschen Verhältnissen kennengelernt seit dreißig Jahren, von welchem gewaltigen Gewicht in der Bestimmung des Landes auch heutzutage noch die angestammte Dynastie ist, und Sie haben eine angestammte Dynastie, die seit — die kürzeste Zeit gerechnet — mehr als vier Jahrhunderten über Sie regiert und manchen Kummer und manchen Zwist mit Ihnen gehabt hat — aber man lebt sich doch ein, auch in der Familie, in der nicht immer Frieden ist, und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren erhabenen Landesherrn, meinen gnädigen Herrn, den Kaiser Franz Joseph (Lebhafte Hoch- und Heilrufe) und auf den deutschen Sinn, der sich in Ihrer Begrüßung hier ausspricht, auf die Hoffnung, die ich daran knüpfe, daß das Band, das zwischen dem deutschen Westreich und Österreich durch Sie gerade geknüpft wird, ein unzerreißbares sein wird. In diesem Sinne trinke ich auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn (Stürmische Hochrufe) und in steirischem Wein, aber aus kriege ich ihn[4] nicht. (Große Heiterkeit.)

Nach einem kräftigen Zuge:

Tut mir leid, denn er ist gut! (Erneute Heiterkeit.)

Nach einem Rundgang auf den Altan zurückgekehrt, spricht der Fürst:

Meine Herren, ich trinke Ihnen nochmals zu, vorhin auf Ihren Landesherrn, jetzt auf Ihr Land, auf die grüne Steiermark und auf das Österreicher Land an der schönen Donau überhaupt, beide leben hoch!

Ich würde gern länger unter Ihnen bleiben, aber ich habe gewisse Muskeln im Leibe, die anfangen, mir zu versagen; ich muß irgendwo sitzen.

---

[3] Zur Zeit der Deutsch-liberalen Partei in den 70er Jahren unter ihrem Führer und Minister Herbst.
[4] Den Pokal.

Ansprache an die Abordnung des Magistrats von Darmstadt.

17. April 1895.

Bürgermeister Morneweg aus Darmstadt überreicht eine Glückwunschadresse mit Bildern der Stadt und Umgebung. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Ich habe für Darmstadt, ich möchte es heute beinahe Jugenderinnerungen nennen, aus der Zeit, wo ich in Frankfurt war. Ich kam dahin, wie ich 36 Jahre alt war. Es ist im Verhältnis zum 80. Jahre doch eine Jugend, und ich habe Ihre hübsche Gegend, Ihre Wälder, die Leichtigkeit des Verkehrs und des Reisens lieben gelernt. Ich habe die Straßen in Darmstadt gekannt, ich hatte in dem preußischen Gesandten dort einen intimen Schul- und Jugendfreund, Herrn von Canitz, der sich nachher mit dem Minister Dalwigk nicht vertragen konnte und deshalb wegging.

Ich freue mich, daß Sie Ihrerseits ein Anerkenntnis dafür haben, daß durch die großen Ereignisse unter Kaiser Wilhelm I. ein Vorland für Sie gewonnen ist, namentlich für Rheinhessen, daß Sie nicht mehr direkt so exponiert liegen. Das war meiner Überzeugung nach das Hauptbedürfnis. Die Elsässer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitere Entfernung der französischen Einbruchsstationen. Wir mußten das haben, wenn wir nicht unter demselben Druck bleiben wollten, wie wir es Jahrhunderte hindurch gewesen sind, daß die Ecke von Weißenburg bis nach Stuttgart und Darmstadt hin drohte. Jetzt sind wir miteinander getraut zu einer katholischen Ehe, die nicht zu scheiden ist (Große Heiterkeit) in dieser Welt, und wir werden hoffentlich miteinander ausdauern, länger als einer von uns es erlebt, und fest zusammenhalten.

Ich habe sehr angenehme Erinnerungen an Ihre Stadt und auch an den alten Großherzog Ludwig, den großen Dicken; er war ein liebenswürdiger Herr und namentlich auf der Jagd; da habe ich ihn am meisten gesehen, auf dem Kranichstein; da war er am behaglichsten. Ein bißchen mehr Feierlichkeit, als wir bei uns gewöhnt waren, war immer am Darmstädter Hofe, aber er war ein liebenswürdiger, wohldenkender Herr.

Ja, meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung und für die wunderschöne Gabe. (Bei Betrachtung des Kranichsteins): Auf dem Kranichstein habe ich den einzigen weißen Hirsch in meinem Leben geschossen, einen weißen Rothirsch; da war ein sehr stattlicher Wildpark. (Beim Bilde von Einsiedel): Das wird da sein, wo wir die bayrischen Semmeln mit Wurst darin frühstückten, auf der Jagd. Der Großherzog hatte eine wunderliche Vorliebe im Essen; wenn Schwarzwild geschossen war, da ließ er den Schweiß auffangen und rasch zu einer Blutwurst verarbeiten. Mir war es nicht ganz willkommen. (Bei Vorlegung eines Bildes aus der Stadt): Wenn ich nicht irre, wohnte hier — ach so, da täusche ich mich doch über die Lage des Platzes, ich dachte da wäre Canitz gewesen. (Beim Bilde des Rathauses): Der Turm ist mir vollständig in der Erinnerung. Ach, ich wollte, ich wäre noch einmal so gesund, wie damals. Es ist eine sehr hübsche sinnige Gabe, diese alten Erinnerungen. — In besonders angenehmer Erinnerung habe ich die

vorzüglichen Reitwege um Darmstandt. Ich war damals ein passionierter Reiter und ritt viel mit meinem Jugendfreunde Canitz zusammen.

Ansprache an die Abordnung der deutschen Künstlerschaft.

17. April 1895.

Im Namen von dreitausend deutschen Künstlern überreicht Prof. v. Stieler eine Statue der Pallas Athene. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für Ihre Gabe. Die Münchner Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin an der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben, von Wien bis Amsterdam — ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es mir übel nehmen — (Heiterkeit) sagen wir: von Wien bis Cleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, nach unserer Dichtkunst, nach unserer Sprache überhaupt wird sich der Deutsche immer wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, gerade die Kunst und die Wissenschaft wird auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkte aus, daß Sie nicht bloß eine bayrische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich habe vorgestern österreichische Vertreter hier gehabt, was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehen wir in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer sein, die österreichischen Leser von „Wallenstein“ beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen ebensowohl gehörte wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte lang getrennt haben. Halten Sie fest daran! —

Ich kann nicht länger stehen, meine Herren; die 80 Jahre fahren mir in die Beine. Darf ich bitten, daß Sie mitkommen zum Frühstück?

Ansprache an die Mitglieder der deutschen Innungen.

17. April 1895.

Die Huldigung der Innungen wird eingeleitet durch eine Ansprache des Obermeisters der Berliner Schornsteinfeger-Innung Faster aus Berlin, der eine Glückwunschadresse überreicht. Ihm folgt der Altmeister der Berliner Schlächterinnung Helfert, der ebenfalls eine Adresse überreicht. Dann ergreift Kupferschmiedemeister Pest aus Berlin für die Kupferschmiede-Innung das Wort, ebenfalls mit Überreichung einer Adresse, durch welche Bismarck zum Ehrenmitglied der Kupferschmiede-Innung des Bezirks Potsdam-Berlin ernannt wird. Fürst Bismarck dankt in einer längeren Rede, in welcher er seiner organischen Staatsauffassung getreu die natürlichen Verbände und Organisationen als Grundlagen sowohl der sozialen Versicherung wie des Wahlrechts und der Volksvertretung feiert:

Meine Herren, ich habe in den letzten Wochen viele ehrenvolle Begrüßungen erfahren, aber keine, die so wie die Ihrige die Verschmelzung der deutschen Interessen und

Stände vergegenwärtigt: die gesamten Gewerke, die gesamten Gewerbe. Ich bin ja ursprünglich auch ein Gewerbetreibender, ein Landwirt, (Bravo!) und es war die Landwirtschaft vielleicht in unseren germanischen Gauen das erste Gewerbe; aber sie konnte, sobald die Hilfskraft der Frau und des Mannes für Weben und Stellmachern nicht mehr ausreichte, doch ohne andere Gewerbe nicht bestehen. Wir brauchten zuerst in unserer urdeutschen Landwirtschaft doch den Schmied, der in jedem Dorfe wohnt. „Es ist ja kein Dörflein so klein, ein Hammerschmied muß drinnen sein." (Bravo!) Der Stellmacher ist ebenso unentbehrlich wie der Schuhmacher und der Schneider: sobald die Frau die Bekleidungsfrage am Körper und am Fuß nicht mehr beherrschen kann, so ist ja doch in jeder Dorfgemeinde das Handwerk in Gestalt von Schuhmacher, Schneider, Wagenbauer, Stellmacher, Schmied ganz unentbehrlich. Wir Landwirte gehören also mit allen übrigen Gewerben unzertrennlich zusammen, und die übrigen Gewerbe werden um so mehr Beschäftigung haben, je mehr der Landwirt imstande sein wird, gesteigerten Ansprüchen entgegenzukommen und sie zu befriedigen. (Bravo! Sehr richtig!) Also ich bin der Meinung, wir alle produzierenden Stände, wir gehören zusammen, absolut zusammen, und wir müssen uns durch die Nichts-als-Konsumenten in unserem Zusammenhang nicht stören lassen. Wir haben darin ja manche Gegner, die uns die Pflege erschweren.

Nehmen wir das Handwerk! Ich bin unserer Gewerbegesetzgebung näher getreten mit Absichten, bei deren Verwirklichung ich ermüdet bin an dem Widerstande des Reichstags. (Sehr richtig!) Es war, was wir da versuchten, stets ein Bild der Echternacher Prozession: drei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. (Sehr richtig! Bravo!) Ich bin ermüdet in dem parlamentarischen Sande, in den Bestrebungen, die ich hatte, auch selbst in der Richtung der Gesetzgebung, die ich nur mit einem Worte, mit dem Worte Klebegesetz bezeichnen will. (Heiterkeit.) Sie wissen alle, welches Gebiet darunter verstanden ist. (Rufe: Ja!) Da sind meine ersten Bestrebungen abgelehnt worden. Ich hatte nicht den Gedanken, daß der 17jährige Arbeiter bezahlen sollte, einzahlen sollte für Ergebnisse, die er mit 70 Jahren etwa erwarten konnte. (Bravo! Sehr richtig!) Dieser psychologische Irrtum ist mir nicht passiert, sondern ich hatte das Bestreben, daß dem müden Arbeiter etwas Besseres und Sichereres als die Armenpflege, die lokale Armenpflege, gewährt werden sollte, (Lebhaftes Bravo!) daß er wie jeder Soldat auch im Zivilleben seine sichere Staatspension haben sollte, (Lebhaftes Bravo!) mäßig, gering meinethalben, aber doch so, daß ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt, (Heiterkeit) daß er seinen Zuschuß hat. (Sehr gut!) Dieses Bestreben wurde mir abgelehnt in der ersten Verhandlung des Reichstags über dieses Versorgungsgesetz, und ich muß sagen, daß ich damit eigentlich die Lust an der Sache verlor und ihr ferner getreten bin, denn ich glaubte nicht an die Möglichkeit, den 18jährigen Arbeiter zu überzeugen, daß er für sein siebzigstes Jahr einzuzahlen nötig hätte; er wußte nicht, ob er so lange lebte, und hatte auch in seinem jugendlichen Alter eine bessere Verwendung als die Einzahlung. (Große Heiterkeit.) Ich halte es für eine ungeschickte Sache in der Ausführung, für die Ausführung bin ich aber nicht verantwortlich; ich habe die Anregung der Idee übernommen, aber es war für mich unmöglich, das in allen 25 deutschen Staaten in der Ausführung zu überwachen, und da ist es schließlich doch den Tendenzen der Reichstagsmajorität anheimgefallen und geschehen, daß die Sache heutzutage nicht so günstig und nützlich wirkt, wie der Kaiser Wilhelm bei

der ersten Anregung der Sache gehofft hat. Die Gesetzgebung kann ja darin Modifikationen und Erleichterungen schaffen, sie kann namentlich die Kleberei abschaffen, die die unglücklichste Erfindung ist, worauf man kommen konnte. Wo soll man alle die Klebemarken deponieren; (Zustimmung) und wie soll der Arbeiter, der in Sturm und Regen wochenlang unter freiem Himmel liegt, seine Klebemarken aufheben? Das ist ja gar nicht möglich. Das sind Einrichtungen, die vom grünen Tische ausgingen, für die ich jede Verantwortung ablehne. (Bravo!)

Eine Besserung darin herbeizuführen, das ist meines Erachtens Aufgabe der Assoziationen, wie ich die Keime davon, glaube ich, mir gegenüber sehe, die sich als Genossenschaften organisieren, die ihrerseits die Gesetzgebung richtigstellen, auf Grund dieser Richtigstellung Forderungen stellen (Bravo!) und auch ihre Abgeordneten in dem Sinne durchbringen. Das Zusammenhalten, die Genossenschaften, die Assoziationen, das ist es, worauf ich in höherem Maße gerechnet habe, die freiwilligen Assoziationen. Wir können Zwangsinnungen heutzutage nicht mehr in die Wirklichkeit bringen, aber die Innungen so auszustatten, daß sie anziehend werden, daß jeder Gewerbsgenosse einsieht: ich stehe mich besser, wenn ich der Innung angehöre, und daß sie eine freiwillige Werbekraft ausüben, das würde ich politisch für außerordentlich nützlich halten.

Ich habe früher geglaubt, daß man unsere Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaften begründen könnte, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht hat, sich durch selbständige Abgeordnete vertreten zu lassen. Ich habe dafür kein Verständnis gefunden, und ich habe, solange ich Minister war, zu viel Kämpfe nach außen und nach oben hin gehabt, um mich dem zu widmen, und zu wenig Anklang im Reichstage. Erinnern Sie sich der Zeit, wo unter dem Regiment Windthorst mir ein Hilfsarbeiter mit 20 000 Mark abgelehnt wurde, lediglich weil ich ihn beantragte und ich ihn brauchte. Sind diese Zeiten nicht wiedergekommen, haben wir nicht wieder dieselbe Mehrheit im Reichstage, (Leider! die sich aus Gegnern des ursprünglichen Reichsgedankens zusammensetzt? Ich fürchte es. Ein Gegenmittel dagegen liegt nur in der Ermannung der Bevölkerung, der Wählerschaften, daß sie sich zusammentun, daß sie Organisationen bilden; dazu sind die Innungen, die Berufsgenossenschaften die gegebenen Grundlagen. Wenn Sie darin zusammenhalten, so werden Sie, nicht sehr rasch, nicht von heute auf morgen, eine Änderung in der Vertretung erwirken; aber es ist doch, glaube ich, das einzige, was Ihnen zu erstreben übrig bleibt: also der enge Zusammenschluß untereinander, die Bildung der Genossenschaften und das Eintreten „Einer für Alle und Alle für Einen" innerhalb der Innungen und innerhalb der Gesamtheit unserer erwerbenden Klassen, daß wir uns gegenüber den reinen Theoretikern, die nichts tun als Reden halten und abstimmen, daß wir uns denen gegenüber wehren (Lebhaftes Bravo!) für unsere Erwerbsfähigkeit, daß wir scheiden zwischen praktischen Leuten und Rednern, und daß die praktischen Leute, die wirklichen Erwerber, von der Landwirtschaft bis zu jedem feinsten Gewerbe hinauf, wie sie sich allmählich angesetzt haben an die Urgewerbe, daß wir da zusammenhalten, die Erwerbenden, und uns wehren gegen die Drohnen, (Sehr gut! Bravo!) die nicht Honig sammeln — ich will nicht sagen, in der brutalen Art, wie die Bienen es tun, (Heiterkeit, Bravo!) aber doch, daß wir uns von ihnen nicht führen lassen, von den Drohnen.

Alles, was unser Nationalvermögen vermehrt und pflegt, das ist eben der Nährstand, die Gewerbe in der weitesten Ausdehnung, die Landwirtschaft als Urgewerbe mit eingeschlossen. Aber auch schon in den Zeiten von Tacitus, bin ich überzeugt, haben wir Innungen und Handwerke im deutschen Lande gehabt; denn die Deutschen gingen bekleidet und beschuht, wenn sie den Römern gegenübertraten; sie bauten Korn, hatten Müller, gewiß, denn sie aßen Brot, also sie hatten auch die Müllerzunft schon unter sich. Nun, mögen sie alt oder jung sein die Zünfte, Gott segne sie alle!

Und deshalb bitte ich Sie, meine Herren, mir zuzustimmen, wenn ich sage: Alle erwerbenden Stände leben hoch, der Nährstand in der weitesten Ausdehnung — der Wehrstand wird sich schon selbst erhalten, er ist schwer bewaffnet, er kann sich verteidigen — (Heiterkeit) aber der Nährstand vor allen Dingen, er lebe hoch! (Langandauernde Hochrufe.)

Von einem Gange durch die Menge nach dem Altan zurückgekehrt ergreift der Fürst ein Glas und spricht:

Meine Herren, ich bringe Ihnen noch ein Glas mit dem Wunsche:

Gott segne alle ehrliche Nahrung im deutschen Lande; alle Gewerbe, sie leben hoch! Verzeihen Sie, wenn ich mich zurückziehe; ich bin matt und alt; ich würde mich gern noch weiter mit Ihnen unterhalten, aber die Natur versagt sich mir. (Rufe: Auf Wiedersehen!)

Ansprache an die Abordnung der Stadt Stuttgart.

19. April 1895.

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Rümelin, der in Bismarck zugleich den Hort des bundesstaatlichen Gedankens feiert, sowie auf die Worte des Obmannes des Bürgerausschusses Kuhn erwidert Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie aus so weiter Ferne hergekommen sind, um mir die Wünsche meiner Mitbürger zu überbringen. Ich habe im Anschluß an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters und in Bestätigung derselben zu erwidern, daß ich stets ein Gegner aller unitarischen Tendenzen gewesen bin, wie sie im Schoße des Reichtags in der Form von Anträgen auf Schaffung von Reichsministerien zutage getreten sind, Anträgen, durch welche die Institution des Bundesrats einfach negiert worden wäre. Ich habe die berechtigten Eigentümlichkeiten der Stämme des deutschen Vaterlandes stets voll anerkannt, und mein Bestreben war stets darauf gerichtet, die in der Reichsverfassung garantierte bundesstaatliche Entwicklung zu stärken. Auch bin ich der Ansicht, daß es unbedingt notwendig sei, daß die Landtage an der Tätigkeit der Bundesratsbevollmächtigten Kritik üben und sie für ihre Abstimmung verantwortlich machen, ohne daß damit gesagt werden soll, daß die Landtage direkt befugt wären, in die Reichspolitik einzugreifen, ebensowenig wie die Städte in die Tätigkeit der Landtage einzugreifen befugt sind.

Im Kriege von 1870/71 war es mir eine besondere Freude zu sehen, wie die württembergischen Truppen sowohl bei Sedan wie vor Paris mit kalter Ruhe im Feuer standgehalten haben, mit einer Kaltblütigkeit, die man sonst nicht geneigt war, zu den charakteristischen Eigenschaften der die Reichssturmfahne tragenden Schwaben zu zählen.

Es hat mir besonders wohlgetan, von Ihnen zu hören, daß Seine Majestät König Wilhelm von Württemberg mich durch Seine Teilnahme an Ihrer städtischen Feier geehrt hat, und Ihnen, meine Herren, danke ich für die an mich gerichteten liebenswürdigen Worte.

Ansprache an die Abgeordneten des Sächsischen Gymnasiallehrervereins.

19. April 1895.

Der Sächsische Gymnasiallehrerverein überreicht durch Prof. Buschkiel eine Glückwunschadresse. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung, und ich nehme dieselbe um so lieber entgegen, als sie auf meiner Seite auf Gegenseitigkeit trifft. Wenn man wie ich ein halbes Jahrhundert Politik treibt, so wird man unwillkürlich, wenn man Deutscher ist, das Bedürfnis haben, über die Quellen nachzudenken, aus denen die politischen Ereignisse ihren Weg nehmen. Für Deutschland kann es ja niemals zweifelhaft sein, daß das, was uns zusammenhält, nicht die äußerliche polizeiliche Einrichtung ist, sondern der deutsche Geist, die deutsche Bildung, die unaufhaltsame und unabsperrbare Gemeinschaft, die sich zwischen allen deutschen Ländern ausgebildet hat in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Dichtung. Der eigentliche Träger für alles das ist nicht der Universitätsprofessor, sondern der Lehrer der heranwachsenden Jugend, der höhere Lehrerstand.

Als mir seinerzeit die Mittel, aus denen ich die Schönhauser Stiftung errichtet habe, zur Verfügung gestellt wurden, habe ich mich gefragt, wie soll ich diese Million anwenden? Ich bin zu dem Ergebnis gelangt, daß der höhere Lehrer, der Lehrer der gebildeten Stände, für die patriotische Erziehung der heranwachsenden Generationen der wichtigste Faktor sei. Man hat ja häufig dem Militarismus, den wir kultivieren, in dieser Hinsicht eine große Bedeutung beigelegt, und nicht mit Unrecht. Aber wir würden das Offizierkorps, das wir haben, und das Unteroffizierkorps, das ein Ergebnis desselben ist, nicht besitzen ohne den imponderablen Zusatz derer, die von den Gymnasien kommen. Das ist die Überzeugung, die sich in mir als Niederschlag meines Nachdenkens gebildet hat damals, als ich die Stiftung gemacht habe. Was ich Ihnen sonst noch sagen könnte, das habe ich neulich Ihren preußischen Kollegen gegenüber schon ausgesprochen, ich würde mich also nur wiederholen.

Ansprache an die Abordnung des Verbandes der deutschen Baugewerkberufsgenossenschaften und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister.

20. April 1895.

Nach Überreichung der Ehrengabe und der Ansprache des Baumeisters Felisch und nach Verlesung der Adresse durch Ratszimmermeister Schwager bemerkt Fürst Bismarck:

Unter allen Ehrungen, die ihm in so reichem Maße zuteil geworden wären, habe ihn keine mehr erfreut als die gegenwärtige, welche von einem so großen Verbande und von

der Vertretung des deutschen Baugewerbes ausgehe, welches mit der Landwirtschaft das vornehmste im Reiche sei. Er sei der Baumeister des Reiches genannt worden, aber er müsse doch in aller Bescheidenheit betonen, daß er nur Mithelfer gewesen und daß er diese Idee nach tausendjährigen geschichtlichen Motiven zusammengetragen habe, wie auch die heutige Baukunst sich an die großen Werke des Mittelalters anlehne. Übrigens möchte er den heutigen Baumeistern den Rat geben, nicht den Franzosen nachzugehen und bei den Bauten etwas weniger auf Dekoration der Fassade, auf Ornament und Stuck zu geben, dagegen mehr auf die Behaglichkeit und Wohnlichkeit der Innenräume Wert zu legen. Vor allem seien bequeme Treppen mit guten und soliden Handgriffen nötig, worauf man sich im Alter stützen könne, „auch Sie werden alt werden und dann meine Ratschläge noch mehr würdigen lernen". Die Dienstgebäude, in welchen er gelebt, hätten viel zu wünschen übrig gelassen. Alle seien mehr auf Repräsentation als auf behagliches Wohnen eingerichtet gewesen, und doch entfielen auch bei ihm von 365 Tagen im Jahr wenigstens 320 auf die Familie. Wir möchten uns sein bescheidenes Heim ansehen. Außen wäre es so einfach bürgerlich wie nur möglich, und als er sich hier etabliert habe, sei nur hier und da angebaut worden, was nötig gewesen, aber im Innern habe er sein Heim wenn auch ohne Prunk, so doch behaglich eingerichtet, und er habe hier die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht, bis ihm seine Frau nach Gottes Ratschluß genommen worden sei. —

Die deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften mit ihren humanen Bestrebungen und das deutsche Baugewerbe möchten blühen und gedeihen und die großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, denen sie jetzt unterworfen seien, überwinden; dazu aber gehöre festes Zusammenhalten und Einigkeit.

Ansprache an die Abordnung der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft.

21. April 1895.

Eine Abordnung der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft überreicht eine Glückwunschadresse; ihr Führer Prof. Fischer-Marburg feiert den Fürsten in seiner Ansprache. Fürst Bismarck entgegnet:

Meine Herren, ich bin sehr dankbar, daß Sie von Ihren verschiedenen Wohnorten, an die Sie aus der Universität das Leben geführt hat, sich zusammengefunden haben, um mich zu begrüßen und mir damit das Zeugnis auszustellen, daß wir an demselben Ziele gearbeitet haben, Sie dafür verfolgt, ich dafür belohnt. Es liegt der ganze Unterschied nur in den Mitteln, nicht in den Zielen; Republikaner sind die ersten Burschenschafter kaum gewesen, vielleicht Imperialisten, sie waren kaiserlich national, und einzelne Auswüchse hat das ja immer. Die gebildete Bevölkerung Deutschlands bewahrte den burschenschaftlichen Bestrebungen selbst nach der Ermordung von Kotzebue und nach den amtlichen Verfolgungen noch immer ihre Sympathie, nicht so lebhaft, nicht so unabhängig, nicht mit denselben Mitteln wie später und wie heute.

Von den Mitteln, die der Burschenschaft zur Verfügung standen, um ihre Ziele zu verwirklichen, wurde irrtümlich angenommen, die sofortige Inswerksetzung könnte den

Klotz, unter dem wir lebten, — das Gebirge will ich lieber sagen, unter dem wir lebten — irgendwie rühren und erschüttern. Das ist im Grunde doch auch vierzig Jahre später — so viel war es ja ungefähr, nein, nicht ganz — im Frankfurter Parlament auch wieder zutage gekommen. Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen die Sache gemacht werden konnte, d. h. mit denen das nationale Ziel, welches der Mehrheit der Gebildeten als erreichenswert vorschwebte, wenn nicht sofort, so doch in kurzer Zeit erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten, mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich alles machen, und bestätigten das alte Dichterwort: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!“ Was sich hart stieß, war die Militärmacht, die fürstliche Macht.

Ich bin bei der ersten Berührung mit der Burschenschaft, wie ich zur Universität kam, von dem Vorurteil der Korpsburschen im allgemeinen geleitet worden.[1] Außerdem war es Zufall, daß ich gerade mit Burschenschaftern in Berührung kam, die den gesellschaftlichen Schliff nicht hatten, den ich von Berlin her gewohnt war, und daher kam meine Abneigung, obschon ich schon damals nationaldeutschen Glauben hatte und an die deutsche Einheit glaubte und die Wette einging, daß sie in zwanzig Jahren geschaffen sein würde[2] — es war anno 1832 — was nicht ganz zutraf; aber es widerstrebte mir doch das persönliche Material, möchte ich sagen, der damaligen Burschenschaft. Sehr viel trug dazu auch die altertümliche Tradition der Mensur bei; sie schlugen sich damals nicht, die Burschenschaften, jetzt tun sie es. Es ist das auch nicht nötig; ich denke heutzutage ruhiger über diese Dinge, aber die Äußerlichkeiten sind es, glaube ich, vorzugsweise gewesen, die mich, wie ich mit 17 Jahren nach Göttingen kam, davor behütet haben, mit Dambach und der Untersuchungskommission[3] in nähere Beziehung zu kommen. Der Eingang zu der politischen Situation oder vielmehr die Führer, die ich dazu finden konnte, mißfielen mir persönlich. Ich war von den Berliner Gymnasien mit nationaler Gesinnung, ja ich muß sogar sagen, mit ziemlich republikanischer abgegangen — Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und Graues Kloster — ohne daß irgendeine Absichtlichkeit im Unterrichtsplan dahin zugespitzt war, aber in uns jungen Leuten wirkte der ganze Strom, den wir aufnahmen, dahin, daß wir für Harmodius und Aristogeiton eine gewisse Sympathie übrig behielten und es schwer verständlich fanden, warum so viele Leute einem gehorchten, wenn er ihren Wünschen und ihrer Geschmacksrichtung als Herrscher nicht entsprach.[4]

Ich bin erst als Beamter, als Diplomat zum Nachdenken über die Mittel gekommen, zum Nachdenken wohl früher, aber zum erfolgreichen Nachdenken, womit man dem deutschen Ziele nähertreten könnte, und da ist mir in der Frankfurter Zeit einleuchtend gewesen: wenn die preußische Armee nicht für die Sache in Tätigkeit gesetzt werden kann, so schlägt sie nicht durch. Das war das stärkste Element, was wir hatten, und die Armee geht natürlich mit ihrem Könige. Ich mußte also den König von Preußen für die Sache gewinnen; solange ich den nicht hatte als Mitstreiter, ich will den Standpunkt der Burschenschaft

---

[1] Vgl. Gedanken und Erinnerungen I, 1 f.

[2] Mit dem Amerikaner Coffin.

[3] Dambach war der berüchtigte Vorsitzende der Untersuchungskommission zur Ermittlung demagogischer Umtriebe.

[4] Gedanken und Erinnerungen I, 1.

einnehmen, so standen die Mittel nicht im Verhältnis zum Zweck. Das aber ist allmählich und mit Vorsicht gelungen. Ohne den alten Herrn und seine eigentümliche Natur, seine Festigkeit und Zuverlässigkeit, seine Offenheit und Ehrlichkeit hätte Minister sein können, wer wollte, er hätte nie die Ziele erreicht, an denen wir uns heute befinden. Ich will nicht sagen, daß sie ideal sind, aber wir sind doch in den Zustand gekommen, sie unseren Idealen näherzubringen, ein nationales Leben zu führen, was des Lebens wert ist. Und so weit sind wir doch heutzutage, das zeigt mir an meinem Lebensabend diese weitverbreitete Sympathie, die sich mir zu erkennen gibt, und die doch natürlich der Sache gilt, der ich gedient habe, und dem alten Kaiser, dem ich gedient habe, oder doch dem Ergebnis unserer gemeinschaftlichen Politik, und mir macht es eine hohe Freude, die Herren im reiferen Alter hier zu sehen und mit Ihnen zurückzublicken auf die Irrwege, die wir, der einzelne und die Gesamtheit, gegangen sind, und auf das Zusammenfinden doch schließlich in einem Wirtshause, wo es einstweilen wohnlich ist. Wir müssen es erhalten und die Wohnlichkeit pflegen. — Wir hatten gebaut ein stattliches Haus,[5] nun wollen wir sorgen, daß es feststeht!

Ansprache an die Abordnung der Anhalter.

21. April 1895

Meine Herren, ich danke Ihnen. Dessau ist mir nicht fremd, namentlich in der Erinnerung an den früheren Gang der Eisenbahn von Berlin über die herzogliche Brücke, wie heißt sie doch? (Zuruf: Roßlau!) und wie in Köthen noch eine Spielbank existierte, die durchsetzte, daß die Züge eine Stunde warteten und die Leute ihr Geld verloren. Der damalige Bahnhofsinspektor hieß Vierthaler, (Zuruf: Der blaue Leutnant genannt) die Rheinländer nannten ihn scherzweise Siebengulden statt Vierthaler. Nun, ich bin zunächst der Stadt Dessau — aber setzen Sie doch die Hüte auf, hier scheint die Sonne, ich habe auch meinen Breitkrempigen auf, sonst muß ich den auch absetzen — Dank schuldig für die Ehre, die sie mir erzeigt; es ist eine alte und berühmte Stadt, und wenn ich es auch nicht zum Ruhme des *alten* Dessauers bringe — noch heute nach fast zwei Jahrhunderten kennt jedes Berliner Kind den alten Dessauer — so hoffentlich doch zu dem Ruhme eines *jungen*. Aber das ist doch nur ein Scherz, den ich über eine ernste Sache mache, die in den Sympathien der deutschen Staaten untereinander begründet ist.

Unter den vielen Begrüßungen, die ich aus allen Gegenden, wo Deutsche wohnen, nicht bloß aus dem Deutschen Reiche empfangen, und die die Spitze einer Anerkennung meiner politischen Tätigkeit haben und keine andre haben können, hat die des anhaltinischen Landes noch einen besonderen Wert für mich. Einmal ist es für mich als Altmärker und Brandenburger ein uralter Nachbar, dessen Geschicke mit den unsrigen stets und viel verflochten gewesen sind. Wir haben Jahrhunderte hindurch Anhaltiner Markgrafen bis zu Waldemar, der einer unserer größten war,[1] gehabt, und auch hier auf Lauenburger Gebiet hat das anhaltinische Geschlecht fünf Jahrhunderte ziemlich regiert, bis es ausstarb. Also das

[5] Altes Burschenlied von A. Binzer, 1819.
[1] Gest. 1323.

Anhalter Land ist für mich als Altmärker immer doch ein nahe benachbartes gewesen, und dessen Zeugnis für das, was wir getan und erreicht haben, ist mir wertvoller, als wenn es aus Brasilien käme. Es sind eben die nächsten Nachbarn, die mit den Magdeburgern, der Provinz Sachsen, nahe verwandt sind.

Außerdem ist noch ein Grund, der mir Ihr Anerkenntnis in neuerer Zeit besonders wertvoll macht. Wenn es in ganz Deutschland irgendein Land oder Ländchen gibt, das in sich die Elemente trug, sich in Partikularismus einzuwachsen, einzuleben und einzuspinnen, so war es das Anhalter Land, ein wohlhabendes Land durch und durch, zufrieden mit seinen Verhältnissen und in den Beziehungen zu Preußen, von dem es ringsum eingeschlossen war, seit langer Zeit durch Zollgrenzen nicht weiter geängstigt, wohlhäbig, mit der angestammten uralten Dynastie doch in gutem Einvernehmen — kurz das eigentliche Treibhausbeet des Partikularismus; für ihn war in Anhalt alles Mögliche vorhanden. Was haben Sie gewonnen durch Herstellung des Reichs? Eine Gefährdung einer Menge häuslicher Annehmlichkeiten, und doch sind Sie zufrieden! Es muß also noch etwas Ideales geben, was über diese Sache hinausgeht, und das ist das deutsch-nationale Gefühl, das auch in dem bestsituierten, wohllebigsten partikularistischen Staate doch Gott sei Dank stets unter der Asche geglüht hat und, wie der Wind Feuer in den Herd bläst, aufgeflammt ist. Und deshalb, sagte ich vorher, macht mir Ihre nachbarliche Begrüßung eine besondre Freude, und das Denkmal, das Sie mir und unsern Beziehungen hier errichtet haben, wird — für ewige Zeit ist wohl zu viel gesagt — aber so lange Stein und Eisen dauern, Zeugnis ablegen für die nationale Gesinnung eines der bestsituierten deutschen Bundesstaaten, der der Versuchung zum Partikularismus eigentlich noch mehr ausgesetzt war als irgendein anderer. Deshalb macht es mir Freude. Ich versuche keine Deutung an dem Bilde, um niemand zu ärgern (Heiterkeit), aber wenn ich aus meinem Hause hinsehe, ist es mir immer ein Attest des Wohlwollens meiner Landsleute, in specie der anhaltischen. Die Zustimmungen werden mir auch außerhalb dieser nahen brandenburgischen Nachbarschaft in einem Umfange zuteil, den ich doch nicht erwartet habe, und aus dem ich schließe, daß wenigstens die Mehrzahl der gebildeten Deutschen mit dem, was wir erreicht haben, einstweilen zufrieden ist, mag es auf Abschlag sein oder auf die Dauer. Wenn auf Abschlag, können wir es ja weiter pflegen.

Wenn uns manche Gesetze nicht gefallen, so müssen wir Hand anlegen sie zu verbessern; es schimpfen alle über das Klebegesetz (Heiterkeit), aber ich sehe keinen Antrag, es zu bessern; ich habe es so nicht gemacht, wie es ist, ich habe erstrebt, daß die Arbeiter überhaupt nicht beitragen sollen — die Leute proklamierten, daß ich das Tabakmonopol als patrimonium pauperum als Unterlage für die Altersversicherung benutzen wollte, von Arbeiterbeiträgen war dabei nicht die Rede. Das fand keinen Anklang; nachher wurde die Sache neu eingebracht, sie fiel in die Geheimratsmaschine und kam ziemlich anders wieder zum Vorschein, und als schließlich — ich glaube sieben bis acht Jahre, nachdem ich die Sache angeregt hatte — der parlamentarische und geheimrätliche Wechselbalg wieder aus der Maschine herauskam, da wurde ich gefragt: Willst du das oder willst du nichts? Und da habe ich gesagt: Ich will lieber dieses wie gar nichts; wenn man überhaupt die Sache fallen läßt, dann geht es wie mit dem Sozialistengesetz: wenn man das ablehnt, wie es die konservative Partei getan hat, weil es einem nicht vollkommen genug ist, dann hat

man gar nichts.[2] Mich hat damals der Gedanke geleitet, daß ich obschon ich die Vorlage, so wie sie angenommen ist, als mein Kind nicht anerkennen konnte, doch gesagt habe: lieber dies Adoptivkind als gar keins. Man kann ja nachher, wenn man fühlt, daß der Rock nicht sitzt oder der Stiefel drückt, daran ändern; dazu ist die Maschinerie da. Man geht überhaupt mit der sozialen Gesetzgebung in unbekannte Erdteile und findet den richtigen Weg hierin nicht prima facie. (Zu einem kleinen Jungen gewendet: Was denkst du darüber? (Heiterkeit.) Wirst auch bald deine Ansicht haben.)

Meine Herren, ich danke Ihnen nochmals für Ihr Geschenk, für Ihren Besuch und bitte Sie, so viel im Hause Platz haben, mit mir an einem kleinen Frühstück sich zu beteiligen und einen kühlen Trunk zu nehmen; denn der Sonnenbrand ist schon ganz frühlingsmäßig.

Ansprache an die Abordnung der Stadt Köln.

24. April 1895.

Unter Führung des Oberbürgermeisters Becker überreicht eine Abordnung einen silbernen Prunkbecher und eine Adresse. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen, meine Herren. Das ist eine reizende Form von Becher, so originell. Ich habe eine ganze Sammlung von Bechern in Berlin, aber keinen, der wie dieser, ich möchte sagen, an Byzanz erinnert; wunderhübsch, aber es geht viel hinein (Heiterkeit), alle Achtung, originelle Arbeit. — Und das ist die Adresse? —

Da steht: „bibite cum laetitia", ja aber pro laetitia kann man auch sagen. Es gibt ein altes französisches Lied, das ich früher oft in meinen jungen Jahren gehört habe: „Je n'aime pas la tristesse, et le vin me rend gai." Wenn man alt wird, dann kommt man auf Gedanken der mürrischen Laune, die einen allmählich beschleichen, und denen sucht man abzuhelfen durch einen guten Trunk Wein.

Meine Herren, ich bin Ihnen als Vertretern einer so gewichtigen und berühmten Stadt ganz besonders dankbar, daß Sie auch bei dieser Gelegenheit an mich gedacht haben. Städte wie Köln gibt es nicht viele, sowohl nach ihrer heutigen Wichtigkeit wie nach ihrem historischen Charakter und nach ihrer Entwicklung. Sie war ja früher den Anfällen der Fremden ausgesetzt, wir sind einmal Nachbarn der Franzosen, Gott hat uns als Prellstein davor gestellt, sie haben uns in dreihundert Jahren ungefähr dreißigmal angegriffen, da sind die Rheinlande sehr rasch zugänglich gewesen von Metz aus, jetzt haben wir einen kleinen Wall davor. Die ganze Erwerbung des Elsaß und Lothringens geschah ja nicht aus Liebe der Einwohner zu uns und aus nationaler Gesinnung der deutschen Bewohner, sondern sie war für uns ein rein geographisches Bedürfnis, den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter wegzurücken, daß man sich wenigstens ausrüsten kann, ehe sie bis Stuttgart vordringen. Daß auf dieser Scholle Menschen wohnten, die ihren deutschen Ursprung längst vergessen hatten — ich will nicht sagen, daß das bedauerlich wäre, ich gönne ihnen ihre Existenz — das konnte uns nicht abhalten, uns zu decken; es ist das Vorland für uns wie das Glacis der Festung; im Belagerungszustande räumt

[2] 25. Januar 1890.

man es unter Umständen, wie das bei jeder Belagerung vorkommen kann und wie die Franzosen es z. B. bei Hamburg getan haben. Das ist außerordentlich hart für jeden davon betroffenen Bewohner. Aber daß wir viel darnach fragen sollten, ob die Elsässer gern Deutsche sind oder nicht, das ist eine unbescheidene Zumutung, wie sie sich die Franzosen auch nicht haben gefallen lassen; sie haben immer getan, was ihnen paßte, mit Höflichkeit, aber mit Härte.

Ich freue mich nur, daß Sie auch in Köln mit den Zuständen, wie wir sie geschaffen, vielleicht nicht ganz so, wie wir sie erstrebt — daß Sie damit so zufrieden sind, daß Sie mir noch nach fünfundzwanzig Jahren Ihre Zustimmung zu erkennen geben. Fünfundzwanzig Jahre sind immerhin eine Probezeit; man hat sich eingelebt und gesehen, daß es nicht so kümmerlich war, was geschaffen wurde, wie es im Anfange hieß.

Ich bin leider nicht imstande, mit Ihnen viel zu politisieren, ich habe mich gestern veranlaßt gesehen, mich etwas naß regnen zu lassen bei dem schlechten Wetter, infolgedessen habe ich heute allerlei Rheumatismus und verstärkte Gesichtsschmerzen. — Wollen Sie nicht den Becher zu den anderen Geschenken, zu dieser Minerva stellen?

Oberbürgermeister Becker: Es ist nur ein einziger derartiger Becher vorhanden. Das darauf befindliche Ratszeichen berechtigte zur unentgeltlichen Entnahme einer Maß Wein aus dem Kölnischen Ratskeller. Wir können Eurer Durchlaucht das leider nicht bieten, weil wir keinen Ratskeller mehr haben. Fürst Bismarck:

Früher hieß es: „In Köln am Rhein sollen sein die heiligen drei Könige.“ Wie oft habe ich das als Student gesungen. Nachher heißt es: „Die elftausend Jungfrauen waren dort.“ Wie heißt doch der Vers?

Köln ist für uns eine legendenhafte Stadt aus der Römerzeit her gewesen, aber für uns Bewohner der historisch weniger früh entwickelten östlichen Provinzen ist es immer eine klassisch entwickelte Stadt gewesen und geblieben. Nun, klassisch war sie auch, wie die Franzosen sie ziemlich heruntergebracht hatten. Wie sie zuerst preußisch wurde, da war sie im Vergleich mit ihrer früheren Herrlichkeit an Einwohnerzahl geschwunden, aber allmählich ist doch ein gewaltiger Aufschwung wieder hineingekommen, auch durch die Beseitigung der Festungswerke —

Oberbürgermeister Becker: Die wir besonders Eurer Durchlaucht verdanken. Die Stadt Köln weiß Eurer Durchlaucht sehr Dank, daß Sie die Schwierigkeiten, welche entgegenstanden, durch ein kräftiges Wort beseitigt haben. Fürst Bismarck:

Ich bin kein großer Anhänger unseres Festungswesens gewesen aus einem militärischen Grunde: die Festungen schlucken zu viel Truppen.

Bei Tafel bringt Fürst Bismarck folgenden Trinkspruch aus:

Ich trinke auf das Wohl von Köln aus diesem Becher, mit Kölner Wein und mit dem Worte, welches Friedrich Wilhelm IV. gebrauchte, als er 1842 dorthin kam: „Alaf Köln!“ auf das dauernde Gedeihen unserer uralten rheinischen Hauptstadt! Und in das Hoch nehmen wir wohl unsere plattdeutschen Nachbarn aus Mölln, Lauenburg und Braunschweig mit auf, denn die Kölner gehören doch auch mit zu dem plattdeutschen Gebiete, die Grenze geht zwischen dort und Bonn, aber als der hervorragendsten Stadt des ganzen Bezirks trinke ich auf Kölns Wohl mit dem Ausdruck meiner herzlichen Dankbarkeit für Ihre Begrüßung.

Ansprache an die Abordnung des Plattdeutschen Vereins in Braunschweig.

24. April 1895.

Nach der Kölner Abordnung überreichen Mitglieder des Plattdeutschen Vereins in Braunschweig eine Miniaturnachbildung des von Heinrich dem Löwen 1166 errichteten Denkmals mit plattdeutschen Versen. Fürst Bismarck entgegnet:

Meine Herren, ich danke Ihnen. Ich bin den Kinderjahren zu fern getreten und habe zu selten seitdem Plattdeutsch gehört und gesprochen; ich kann deshalb in dem heimischen Idiom, dem ersten, was ich auch als kleiner Junge gehört und gesprochen habe, nicht so geläufig antworten. Es geht mir mitunter, wenn ich mit den Leuten im Walde plattdeutsch reden will, daß ich in ausländische Formen, englische und verwandte, gerate, und daß die Leute mich etwas verwundert ansehen, aber das alte Gefühl der plattdeutschen Gemeinsamkeit habe ich immer behalten. In meinem Geburtsort Schönhausen spricht man gerade so wie das braunschweigische Platt, es ist von dem Hamburger etwas verschieden, aber auch vom hinterpommerschen ist es verschieden; die Schönhauser ‚s-prechen", und die Hinterpommern „schprechen", das sind so kleine Unterschiede. Ich wollte nur erwähnen, daß in meinem Geburtsland in der Altmark der niedersächsische Dialekt vorherrschend ist. Ich fühle mich immer heimisch berührt, wenn ich plattdeutsch lese und höre, und ich bedaure, daß die Sprache, in der vor dreihundert Jahren gedruckt wurde und alle unsere Urkunden geschrieben waren — ich habe noch eine plattdeutsche Bibel in Varzin liegen aus dem 16. Jahrhundert — daß die so allmählich abkommt. In meinen jungen Jahren sprach man namentlich in Vorpommern auch noch in gebildeten Kreisen stets plattdeutsch, auch bei Tisch so in der Konversation, und die feinsten Damen, die im Winter in der Residenz lebten, sprachen auf dem Lande ein geläufiges Plattdeutsch. Das ist auch nicht mehr und schwindet mehr und mehr; hier im Lande hält es sich noch, hier findet man noch Leute, die es verstehen und sprechen. Es ist mir immer angenehm, eine solche Begegnung. Auch ganz wohlgebildete und wohlgekleidete Damen habe ich hier gefunden, die mir nur plattdeutsche Antworten gaben, wenn ich nach dem Wege fragte, früher, wo ich hier noch nicht Bescheid wußte. Es ist noch gar nicht lange, hundert Jahre, her, da war das Plattdeutsche in dem Braunschweiger Land bis in die höheren Kreise verbreitet. Das ist auch mir aus einer Äußerung von Friedrich dem Großen erinnerlich, der von hannöverschen Truppen der damaligen Zeit sprach und sie nannte: Mine Herrn Lüde. Die Generäle müssen so zu ihm gesprochen haben, und Friedrich der Große hat den Ausdruck in einem französischen Briefe angeführt, diese plattdeutsche Bezeichnung der hannöverschen Armee. Das läßt darauf schließen, daß die Generäle damals plattdeutsch unter sich gesprochen haben. Es hat mich frappiert, aber der Brief Friedrichs des Großen existiert, er liegt vor, und Friedrich der Große hat wohl Platt verstanden, aber sich gewiß nicht so aus eigener Empfindung ausgedrückt.

Ich danke Ihnen von Herzen. Ich möchte Ihnen als Beweis meiner Braunschweiger Beziehungen von früher her etwas Ähnliches wie Ihren Löwen zeigen.

Ansprache an die Abordnung von Lauenburg-Mölln.

24. April 1895.

Bürgermeister Menge überreicht an der Spitze einer Abordnung die Ehrenbürgerrechts-Urkunde der Städte Mölln und Lauenburg. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Meine Herren, ich fühle mich hochgeehrt und um so höher, je nähere Nachbarn wir sind. Das Verständnis unter uns Deutschen wird immer durch nähere Nachbarschaft etwas erschwert. Man lebt von hier aus eher mit Köln in Frieden wie mit Mölln. (Heiterkeit.) Ich habe das auch schon den Anhaltinern gestern oder vorgestern gesagt. Wir sind so nahe Nachbarn, daß wir uns gegenseitig in die Fenster und Kochtöpfe sehen, und daß wir dennoch gute Freunde gewesen und geblieben sind, ist mir ein besonders gutes Zeugnis, und so geht es mir auch mit meinen nächsten Lauenburger Nachbarn. Da sage ich mir nach alter deutscher Sitte: wenn ich mit denen gut stehe, so ist mir für die, welche weiter weg wohnen, nicht bange. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung und schätze es mir zur Ehre, Ihr näherer Mitbürger auch von Rechts wegen zu sein, nicht bloß als Nachbar.

Ansprache an die Abordnung des Verbandes alter Korpsstudenten.

27. April 1895.

Siebzehn Mitglieder des Gesamtausschusses des Verbandes alter Korpsstudenten überreichen dem Fürsten das Modell des von der Gesamtheit der deutschen Korps auf der Rudelsburg zu errichtenden Bismarckdenkmals. Auf die Ansprache Hans v. Hopfens erwidert Fürst Bismarck:

Meinen herzlichsten Dank, meine Herren! Die Stelle, an der Sie mir ein Denkmal setzen wollen, ist mir wohl in der Erinnerung, am oftesten habe ich sie gesehen im Vorbeifahren auf der Eisenbahn in früherer Zeit, wo ich viel auf der Thüringer Eisenbahn zirkulierte, aber sehr viel auch aus dem Jahre 1832, wo ich auf der Rudelsburg gewesen bin. Ich weiß genug von der Stelle, um mich zu freuen, daß mit dieser im Liede gefeierten und für das Auge erfreulichen landschaftlichen Stelle mein Gedächtnis verknüpft werden soll. Sie alle beweisen durch Ihr Herkommen, daß Sie mit Wohlwollen auf die Studentenzeit und auf die Burschenzeit zurückblicken, und ich kann von mir nur dasselbe sagen. Es gibt einen italienischen Vers im Dante: „Kein größerer Schmerz, als in der Zeit des Unglücks zurückzublicken auf die glückliche Zeit", nun er klingt sehr poetisch und geistreich, aber ich halte ihn für unwahr, wenigstens bei mir trifft er nicht zu. Die glücklichste Zeit, die ich verlebt habe, liegt in der Zeit der Jugend als Student, als junger Landwirt, wo auch nichts meine Heiterkeit störte, selbst nicht Prozesse und Schulden, und ich muß sagen, der Rückblick aus einer Zeit, die ich nicht grade unglücklich nennen will — aber Glück und Unglück, wenn man krank wird, fühlt man erst, wie glücklich man ist, wenn man gesund ist — kurz, es ist mir eine mehr subjektive als objektive Erkenntnis, ob man glücklich ist oder nicht.

Ich betrachte mich heute als im Unglück, nicht weil ich außer Geschäften bin, sondern weil ich krank und matt bin und kein Vergnügen an der Arbeit finde, aber grade im Rückblick auf die glückliche Zeit finde ich Frieden und Ruhe und in schlaflosen Nächten auch eine

gewisse Freude und Beruhigung. Ich halte also den bekannten italienischen Spruch: „Nessun maggior dolore“ usw. für einen Irrtum. Ich sehe gern rückwärts, wo ich glücklich d. h. gesund war, ich meine darunter nicht die Zeit, wo ich eine hohe Stellung im Dienste einnahm, das macht nicht glücklich, im Gegenteil: es ist eine Zeit der Hetze, der Unruhe, der Besorgnis, wie eine Sache ausfallen wird, und sie bietet wenig Entschädigung dafür und viel Ärger. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen und ehrgeizig, es ist immer Verleumdung gewesen, wenn man dies erzählte; ich war immer nur diensteifrig. Es ist mir immer viel wertvoller gewesen, niemandem zu gehorchen, als anderen zu befehlen, also wenn Sie wollen, ich hatte eine republikanische Auffassung. Ich habe aber doch meinem alten Könige mit Liebe gehorcht.

Ich wollte damit nur meine Überzeugung aussprechen, daß Sie alle ebenso gern wie ich in die gute Zeit der Jugend zurückblicken, nicht, daß Sie sich unglücklich fühlen, obschon Sie mitten im tätigen Leben stehen, aber Sie werden mir auch recht geben: auch mitten in der Sorge um Frau und Kind, um Gesundheit, um Amt, um das Geschäft, was man betreibt — und die Arbeit täuscht ja über die Not des Lebens hinweg —, recht zum Frieden kommt man in ihr nicht, und diese glückliche Gabe der Geringschätzung für die Dornen des Lebenswegs findet man nie wieder nachher, man ist immer von des Gedankens Blässe angehaucht.

Ich danke Ihnen, daß Sie mit mir diesen Rückblick in die heitere Zeit der Jugend anstellen, und daß Sie mir durch das Denkzeichen, was Sie setzen wollen, einen Ausdruck Ihres Einverständnisses und Wohlwollens gewähren. Sie kommen im Namen der Korps, und wenn ich an mein Korpsverhältnis zurückdenke, so muß ich doch sagen, daß die schwarzen Punkte, die ich beim Zurückblicken in die Jugend finde, in meinem Korpsverhältnis liegen, ich hätte mehr gearbeitet, wenn ich nicht im Korps gewesen wäre, und hätte weniger Schulden gemacht. Heute kommt der Korpsstudent mit dem Mehrfachen nicht aus, das ist eine betrübte Sache, daß sie zu sehr in Luxus ausarten. Wie ich in Göttingen war, da hatten die meisten wenig über 300 Taler Wechsel — 400 war schon über dem Mittelstand und 600, 800 war das Allerhöchste, höhere gab es, glaub ich, kaum. Wer dachte zu unserer Zeit an stilvolle Korpshäuser, wie man sie jetzt hat. Mich haben die wenigen Schulden, mit denen ich Göttingen verließ, jahrelang in üble Laune gebracht, und wenn ich mit derselben Vergnügungsfähigkeit heute studierte, so glaube ich, würde ich im Leben nicht los werden, was mich damals drückte. (Heiterkeit.) Ich erwähne dies nur, um nicht zu sehr laudator sui temporis, laudator der Korps von damals zu erscheinen, ich würde, wenn ich heute wieder auf die Universität käme, auch heute noch in ein Korps gehen, man hält da einigermaßen zusammen. Kein anderes Band hält so fest wie dieses. Viele andere Bande reißen ja später, ich habe sehr viel seltener gefunden, daß man mit Schulfreunden als daß man mit Universitätskameraden verbunden bleibt, die Knabenfreundschaft wächst doch nicht so fest wie die des Jünglings.

An dem Modell lobt der Fürst das rechtsseitige Profil der Büste.

Ja, so hab ich wohl ausgesehen damals.

Dagegen tadelte er bei der Betrachtung en face, daß die Oberlippe zu schmollend und zu lang sei.

Ich habe immer die Unterlippe stärker gehabt als die Oberlippe. Die Oberlippe drückt Herrschsucht aus, die Unterlippe Beharrlichkeit. Ein Unterkiefer, der zu stark

hervortritt, drückt Eigensinn aus. So stark war er bei mir nicht. Aber solch eine Flunsch habe ich nicht gehabt. Das ist nicht Schuld des Bildhauers, ich weiß es wohl, sondern meines Vetters Kessel, an dessen Zeichnung er sich gehalten hat. Ich habe aber nie so sentimental ausgesehen, wie mich mein Vetter Kessel gezeichnet hat. — Einem Friseur habe ich damals nichts zu verdienen gegeben. Die Haare hingen hinten noch länger herunter, über den Rockkragen weg. . . . Den schwarzen Samtrock trug ich nachher noch in Berlin. Nicht etwa einen von Seidensamt . . . bewahre.

Wo haben Sie nur das Bild meines Ariel hergenommen! Mein damaliger Hund in Göttingen sah genau so aus wie der da.

Auf die Bemerkung eines der Gäste, wie der Hund zu einem so lustigen Geisternamen gekommen, antwortete der Fürst lachend:

Ariel war eben ein dienstbarer Geist.

Ansprache an die Oldenburger.

27. April 1895.

An den Empfang der alten Korpsstudenten schließt sich der von etwa 500 Oldenburgern, die zwei Stuten nebst Füllen eigner Zucht überreichen. Auf die Ansprache des Herrn Lübben erwidert Fürst Bismarck:

Ich danke Ihnen von Herzen sowohl für die Begrüßung wie für die sinnige Gabe, mit der Sie sie begleiten — ich bitte aber, bedecken wir uns, ich leide darunter, wenn ich im bloßen Kopfe stehe. —

Bevor ich in den Staatsdienst ging, bin ich Landwirt gewesen, und mit voller Liebe zur Sache, und es ist die glücklichste Zeit, die ich außer der Universitätszeit verlebt habe, die Zeit gewesen, die ich allein auf dem Lande zubrachte, und wenn ich damals schon verheiratet gewesen wäre, wäre sie vielleicht noch glücklicher gewesen, denn eine Junggesellenwirtschaft ist immer unruhig. Jedenfalls aber habe ich mein damaliges Gewerbe lieben gelernt, es nie wieder vergessen, und sehe in ihm auch heute noch die unentbehrliche Grundlage der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes. Die Landwirtschaft ist das erste Gewerbe. Man braucht Brot noch früher wie Schuhe und Kleider, und das sind die primitivsten Gewerbe: Schmied, Schuster, Schneider, und die wiederum bedürfen des Landwirts, um dessen Produkte zu verzehren. Aller Export unserer Industrie steht im geringen Verhältnis zu dem inneren Absatz, und bei dem inneren Absatz gilt immer der Satz: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Hat der Landwirt Neigung zu kaufen, weil er Geld in der Tasche hat, so kauft er, und hat die Industrie keine zahlungsfähigen Bauern, so wird sie sich vergebens nach Export umsehen und auch allmählich der Schwindsucht verfallen. Deshalb freue ich mich über jeden Beweis von der Tatsache, daß diese Wahrheit, die ich eben aussprach, durchschlägt, und namentlich die Landwirte selbst müssen einsehen, daß sie noch immer im Deutschen Reiche die Hauptsache sind, schon der Stelle nach, die sie einnehmen; bildet doch der von der Landwirtschaft lebende Teil der Bevölkerung reichlich vierzig Prozent, andere Gewerbe sechs oder acht, und deshalb dürfen Sie sich die Butter nicht vom Brote nehmen und Margarine dafür aufschmieren lassen. Aber wenn die Landwirte zusammenhalten, mit der Ruhe und der Besonnenheit, die uns

Landleute charakterisiert im Gegensatz zur hauptstädtischen Bevölkerung, so werden wir mit der Zeit auch erreichen, daß wir als die erstgeborenen Kinder des Landes und des Volkes anerkannt und berücksichtigt werden. Geht unsere Landwirtschaft zugrunde, so daß sie überhaupt darauf verzichtet, den Brotbedarf unserer Bevölkerung je noch wieder liefern zu können, was sie gut tun könnte, wenn die Arbeit bezahlt würde, so trägt das Reich den Schaden davon. Wir haben nur ein Einfuhrbedürfnis von dreißig Millionen Zentnern, also wenn die Landwirtschaft gewinnreicher würde, bedürften wir der Einfuhr nicht mehr. Noch mehr ist das in der Viehzucht der Fall, die kann man noch leichter gegen Unterdrückung, gegen die Übermacht ausländischer Zufuhr schützen.

Ich freue mich Ihrer Begrüßung, nicht bloß wegen der beiden hübschen Tiere, die so behaglich aussehen, ich freue mich doppelt und dreifach, einmal wegen Ihres guten Zeugnisses für die Landwirtschaft, dann wegen der guten Zensur, die Sie mir geben für meine politische Vergangenheit, und dann über die hübschen Pferde. Darf ich die Herren bitten, mit mir hereinzukommen und zu sehen, ob wir etwas zu frühstücken kriegen, für mich ist es Zeit und für Sie wohl auch.

Ansprache an die Ostfriesen.

5. Mai 1895.

Für die Huldigungen von mehr als 1000 Ostfriesen und die Rede des Realschuldirektors Suur dankt Fürst Bismarck:

Meine Herren und Damen, ich danke Ihnen, daß Sie die weite Reise nicht gescheut haben, um sich auch der Bewegung der Kundgebungen anzuschließen, welche sich in nationaler Richtung an meinen Geburtstag angeschlossen hat, ausgehend von vielen Seiten des deutschen Vaterlands und der deutschen Bevölkerung außerhalb des Reichs. Der Herr Vorredner hat mit Recht erwähnt, daß die Verbindung zwischen Ostfriesland und Preußen schon eine ältere ist, wie die mit den übrigen Nordseeländern, und daß wir schon zur Zeit Friedrichs des Großen, ja zur Zeit des Großen Kurfürsten ohne politische Zusammengehörigkeit von dort aus haben kurbrandenburgische Unternehmungen bis nach Afrika wagen können. Es zeigt das, daß in den ostfriesischen Gewässern jederzeit der weittragende Schiffertrieb existiert hat, der die Deutschen in alle Weltteile führt und heutzutage unter der schwarzweißroten Flagge eines wiederum geeinten Deutschen Reichs. Unsere früheren Beziehungen waren ja nur ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit, die von Natur zwischen allen Deutschen oder doch mindestens zwischen der niederdeutschen Bevölkerung der Seeküsten, was man hier „de Waterkant“ nennt (Bravo!), von der Ems bis zur Weichsel jederzeit bestanden hat. Wir sind aber lange getrennt gewesen durch politische Grenzen und getrennt durch die Zimbrische Halbinsel, welche die Ostsee von der Nordsee scheidet in unserem Seeverkehr. Es ist erfreulich, die Zeit zu erleben, daß die Verbindung beider Meere hergestellt ist und die feierliche Eröffnung des Kanals zwischen Nord- und Ostsee in naher Aussicht steht. Es war hierzu, als ich zuerst in die politische Tätigkeit trat, kaum Aussicht, und zu der Zeit, als es sich um das Schicksal von Schleswig-Holstein handelte, in Verhandlungen mit dem damaligen Prätendenten, habe ich zuerst die

Forderung dieses Kanals als Vorbedingung unserer Zustimmung zur Einsetzung einer besonderen holsteinischen Dynastie aufgestellt. (Bravo!) Es gelang mir nicht, dafür Zustimmung zu finden, und hauptsächlich daran scheiterten die damaligen Verhandlungen. Ich bin dem Gedanken von neuem nahegetreten, sobald wir in den Besitz von Holstein kamen; auch dann waren Bedenken militärischer Natur dagegen. Unsere Landesverteidigung in ihrer wissenschaftlichen Spitze hatte die Auffassung, daß wir so starke Armeen, wie zum Schutze dieses Kanals notwendig sein würden, in unseren Landkriegen nicht entbehren könnten. Ich habe dem gegenüber stets vertreten: wenn wir große Landkriege haben, so müssen wir diese Truppenmassen doch entbehren, weil wir Hamburg schützen müssen, Holstein schützen müssen, Kiel schützen müssen; schützen wir diese Lokalitäten, so schützen wir auch den Kanal. Aber es hat mir viel Mühe gekostet, mit meiner Auffassung durchzudringen, auch nachdem der Millionensegen der französischen Kontributionen eingegangen war, um die Sache in Fluß zu bringen. Mein Interesse für diese Verbindung zwischen Nord- und Ostsee, für eine unmittelbare glatte Seeverbindung zwischen Emden und Danzig ist also schon ein älteres und ist bei mir nie abgeschwächt worden, und es ist mir schmerzlich, daß ich den Kanal, nachdem er gebaut ist, nie gesehen habe und wahrscheinlich auch nie sehen werde. (Oho!) Ich bin nicht rüstig genug, um den Feierlichkeiten beizuwohnen, die mehrere Tage erfordern, auf der Schiffstreppe, und bei den höfischen Beziehungen mit vielen fremden Fürsten — das kann ich mir nicht zumuten, ich bin froh, wenn ich mein stilles Leben hier weiterführen kann. Aber ich bin überzeugt, Sie werden mit mir im Geiste diese Feier, der unser Kaiser einen besonders großartigen Charakter verliehen hat, mitfeiern und sich freuen, wenn das erste Emdener Schiff glatt durch den Kanal geht in der Fahrt nach dem Bottnischen Meerbusen oder nach Danzig. (Bravo!) Ich habe in der Zeit, als ich noch rüstig war, wie der Herr Vorredner schon erinnert hat, es war 1869, Ostfriesland nicht zum ersten Male, aber doch seit langer Zeit wiedergesehen. Ich bin oft durch Ihr Land gekommen — oft kann ich nicht sagen, aber doch mehrmals auf dem Wege nach Norderney, auf anderen Wegen, sei es über Bremen, sei es über Helgoland, aber auch im Wagen über Aurich und Norden einige Male und auf dem Besuche bei Ihrem verehrten Landsmann Grafen Knyphausen-Lütetsburg, dessen schweres Unglück mit dem Schloßbrande ich mit herzlicher Teilnahme erfahren habe. Es ist ein Verlust für die Landschaft, daß dieses hübsche Schloß vom Feuer verzehrt worden ist, ich habe es noch gekannt und bin darin als Gast des alten, jetzt längst verstorbenen Grafen Knyphausen gewesen, der mir von Berlin als hannoverscher Gesandter bekannt war. Ich habe bei der Gelegenheit Ostfriesland von der Wasser- und von der Landseite her gesehen mit seinen reichen Weiden, mit seinen Mooren, mit seinen Brandkulturen, mit seinen Hütten auf den Mooren und auf der Heide. Ich weiß nicht, ob es noch so ist (Zuruf: Jawohl!), aber es war eine tätige, arbeitsame Bevölkerung, auch die rauchgeschwärzte auf den Moorhütten, die ich da gesehen habe. Ich denke gern an die Zeit zurück, nicht bloß in der Erinnerung an die Lokalitäten, an Norderney, an Lütetsburg, an Ostfriesland, sondern auch, weil ich damals rüstig und wißbegierig die Länder noch bereisen konnte, was heut nicht mehr ist. Aber meine Erinnerungen an meinen Besuch des Landes sind lebhaft genug, um der herzlichen Freude zu Hilfe zu kommen, die ich empfinde, wenn ich hier so zahlreichen Besuch von Ostfriesen bei mir sehe und namentlich eine so zahlreich vertretene Damenwelt, und der bin ich ganz besonders dank-

bar, nicht bloß wegen der Ehre, die Sie mir erzeigen, sondern auch wegen des Vertrauens, das Sie mir in die Zukunft einflößen (Heiterkeit), denn was die Damen erfaßt haben, das haftet im Lande viel besser wie alles andere, und das findet durch die Kinderstube seinen Weg in die Zukunft. Und deshalb bitte ich Sie — ich würde gern mehr mit Ihnen reden, aber ich werde durch Neuralgie am Sprechen gehindert — deshalb bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die ostfriesischen Damen auszubringen, sie leben hoch!

Bei einem Rundgange durch die Menge äußert der Fürst zu einem Navigationslehrer aus Timmel:

Ich hatte mit dem Ostseekanal immer den Gedanken, daß er fortgesetzt werden sollte bis zum Jahdebusen und vom Jahdebusen bis in den Dollart, bis nach Emden.[1] Das wäre Kinderspiel im Vergleich mit den Bauten, die sie in Holstein gemacht haben. Es ist ja lauter Marsch und zum Teil schon Kanal, von der Ostemündung bis nach der Geestemündung hindurch durch das Bremerland und dann das Budjadiegerland oder direkt. Das wäre ein ungeheurer Gewinn.

Auf den Einwand des Angeredeten, der Kanal sei nicht tief genug, erwidert der Fürst:

Um so leichter könnte man ihn noch herstellen. Das ist eigentlich gar keine Sache im Vergleich mit dem, was wir in Holstein gemacht haben, und unsere Flotte würde dreimal so stark, wenn sie aus vier Löchern heraus könnte, aus Kiel sowohl wie aus Emden.

Auf den Altan zurückgekehrt, spricht der Fürst:

Nochmals meinen herzlichen Dank; es tut mir leid, daß ich die Herrschaften nicht alle hier im Hause aufnehmen und bewirten kann, aber mehr wie der Mensch kann, ist nicht, und der Platz fehlt, wenn auch der gute Wille da ist. Ich würde Sie alle gern als meine Gäste ansehen, und es würde mir eine große Genugtuung sein, Ihnen meinen Dank zu betätigen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben.

Nachdem die Versammelten noch „Deutschland über Alles" gesungen haben, verabschiedet sich der Fürst mit den Worten:

Meine Herren, nochmals meinen herzlichsten Dank, also Deutschland über alles, aber dann gleich Ostfriesland hoch!

Ansprache an die Abordnung der sächsischen Städte.

8. Mai 1895.

Durch eine gemeinschaftliche Urkunde hatten 72 sächsische Städte dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht verliehen. Oberbürgermeister Dittrich aus Plauen richtet als Wortführer der Abordnung eine Ansprache an den Fürsten, die dieser in längerer Rede erwidert, in welcher er von dem Wesen der Politik und dem verhängnisvollen Parteitreiben spricht:

Meine Herren, in der Auszeichnung, wie sie mir heute durch Ihre Vermittlung widerfährt, sehe ich eine besondere Ehre. Es ist meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister, vielleicht auch keinem ausländischen widerfahren, daß 72 städtische Gemeinden ihn, der nicht mehr im Dienste ist und keinen Einfluß auf die Geschäfte mehr hat, gleichzeitig zu ihrem Ehrenbürger erwählen und ihm dadurch ihr Wohlwollen und ihr Einverständnis mit seiner früheren Amtsführung zum Ausdruck bringen. Es ist dies für mich um so gewichtiger, als es im ganzen nach unserer deutschen Tradition für einen Minister

[1] Vgl. Gedanken und Erinnerungen, II, 29 ff.

nicht ganz leicht ist, sich das Wohlwollen seiner Landsleute zu erwerben. Im allgemeinen ist doch ihm gegenüber die Kritik noch wachsamer wie die Liebe, und wenn letztere schließlich überwiegt, so muß er gründlich geprüft und gesiebt sein, ehe man ihm, obschon er Minister ist, das Wohlwollen, das man den Mitbürgern im allgemeinen schenkt, wieder zuwendet. Es erfüllt mich mit besonderer Freude, daß ich dies noch erlebe, nachdem ich nicht mehr im Dienst bin, nicht nur wegen der persönlichen Genugtuung, die darin liegt, auch wegen der politischen Aussicht in die Zukunft, wegen der Frage, ob das Saatkorn, das ich auszustreuen berufen gewesen bin, prosperiert, in fruchtbaren Boden gefallen ist und Aussicht auf eine zukünftige dauernde und wiederholte Ernte bietet.

Es war außerdem zwischen uns noch eine andere Scheidewand wie die, welche in Deutschland zwischen dem Minister und dem regierten Bürger herkömmlich zu bestehen pflegt, es war die des Partikularismus, wenn ich mich kurz mit einem Fremdwort ausdrücken soll. Wir hatten zwar wohl immer das Gefühl, Deutsche zu sein, aber jeder von uns war es auf seine besondere Weise und ohne Verständnis für die Art, für die Motive, aus denen der andere, der Nachbar, der Landsmann deutsch war. Ich darf nur an Zeiten erinnern, die die meisten von Ihnen erlebt haben werden, wo die politische Übereinstimmung zwischen Preußen und Sachsen, die Bereitwilligkeit Sachsens, die Hand zu bieten zur Bildung des heutigen Deutschen Reichs minder groß war, als sie heute ist. Wir sind ja bis zum Kriege zwischen Preußen und Sachsen gekommen, und die sächsische Truppe von 1866 hat noch heute in der österreichischen Armee das Zeugnis, daß sie das festeste Korps von allen bei Königgrätz geblieben ist — ein glänzendes Zeugnis für die militärischen Leistungen Sachsens. Außerdem war in Sachsen das Bedürfnis, die nationale Bezeichnung dem Auslande gegenüber zu wechseln, nicht so hervorragend wie in vielen kleinen Staaten. Was Sachsen war, was es zu bedeuten hatte, wenn man sagte: Ich bin Sachse — das hatte seinen historischen Hintergrund schon seit Jahrhunderten, und es gab eine Zeit, wo Sachsen als solches in seiner Verbindung mit Polen eine große europäische Rolle gespielt hat. Also die Empfindung eines im Auslande unbekannten deutschen Staatsgebildes, die unter Umständen den Befragten zögern machte zu bekennen, wo er her sei, fand bei den Sachsen nicht statt. Die hatten immer darauf eine befriedigende Antwort, denn was Sachsen war, war in der ganzen Welt bekannt — und deshalb war das Bedürfnis, aus der Kleinstaaterei in einen großen Nationalstaat wieder überzugehen, in einem größeren und längst im Besitze eines europäischen Rufes befindlichen Staate wie Sachsen und Bayern nicht so groß wie in manchem anderen. Es war im Gegenteil Sachsen zu einer Rivalität mit den anderen vollberechtigt. Seit wir ein Deutsches Reich wieder aufgerichtet haben, sind die Scheidewände, die uns dynastisch und territorial trennen, ich will nicht sagen, gefallen, aber sie hindern nicht mehr, mehr wie telephonisch mit anderen über die Wände hinaus zu verkehren und uns einig zu fühlen. Das Gefühl, daß wir den Nichtdeutschen gegenüber demselben Staatsgebilde angehören, ist heutzutage in Sachsen so lebendig wie in Preußen und war es früher nicht. Das ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung und dessen erhebende Bedeutung für unsere nationalen Empfindungen wir alle erkennen, und das ist das Gefühl, was Sie hierher führt, das Gefühl, uns alle wieder darauf besonnen zu haben, daß wir der großen deutschen Nation, die in Europa zu einer hervorragenden Rolle jederzeit mitberufen gewesen ist — die aus der Rolle gefallen war durch innere Zerrissenheit —, daß wir der ihre Stellung gemeinsam wiedergewonnen

haben, indem wir jetzt — ich will nicht ruhmredig sprechen — doch als eine der leitenden Mächte an der Spitze Europas mit stehen (Bravo!) als Deutsche und Bürger des Deutschen Reichs. Wir waren das ja immer, aber das alte Deutsche Reich, das man ja schon, in der bezeichnenden Form nicht deutsch, sondern heilig und römisch nannte, das hatte ja auch die staatliche Zusammengehörigkeit vor dem juristischen Urteil, aber sie war praktisch nicht vorhanden. Jetzt ist sie durch dynastische Streitigkeiten, durch die Rivalität der Stämme nicht mehr gestört, die Stämme haben überhaupt nicht so miteinander rivalisiert, wie man das im Sprachgebrauch gewöhnlich sagt.

Die Stämme der Schwaben und Niedersachsen, der Obersachsen gehören verschiedenen Dynastien an und haben jahrhundertelang ohne Rücksicht auf die Stammesgemeinschaft gegeneinander gefochten, der Thüringer, der Obersachse gegen seinen Landsmann oben im Gebirge, der Niedersachse an der altmärkischen und hannoverschen Grenze noch bei Langensalza. In den Stämmen liegt es nicht, es lag in den Dynastien, und seit die Dynastien einig sind und wie ich glaube, einig bleiben werden (Bravo!), halte ich unsere nationale Einigkeit auch für gesichert. Der angestammte Fürst hat immer auf das Herz seiner Untertanen einen mächtigen Einfluß — und möge ihn behalten, ist der gewonnen für die nationale Gemeinschaft, so ist diese Gemeinschaft gesichert, ist der mißtrauisch, feindlich oder gekränkt worden, so periklitiert sie. Bisher haben wir überall, in den Dynastien und dem gebildeten Teil der Bevölkerung den freien Willen, als gesamte deutsche Nation zusammenzustehen und zusammenzuhalten, den muß man auch erhalten, und man muß mit den Imponderabilien, die den einzelnen verstimmen können, vorsichtig wirtschaften. Man kann nicht als Gesetzgeber und Regierender mit dem Kopfe durch die Wand gehen, man muß zuerst zufühlen, denn etwas dunkel ist die Zukunft immer, und das Tastgefühl ist immer nötig, das Auge trägt nicht weit (Bravo!), aber ich hoffe, es wird hier das geschehen, was nötig ist.

Was uns heutzutage trennt, das sind nicht Stammesverschiedenheiten, nicht dynastische Verschiedenheiten, es sind nur die politischen Parteien, und die sind dazu gar nicht berechtigt. (Sehr richtig!) Jeder Führer in seiner Partei — sie machen mir den Eindruck wie in der ersten christlichen Zeit die Säulenheiligen: jeder stand als Stylit auf seiner Säule und sagte: Hier müßt Ihr herkommen, ich gehe nicht runter. Die Säule wird gebildet aus folgsamen Gesinnungsgenossen des Parteileiters, der sie beherrscht, und aus einem Mörtel von Prinzipien, die in ihrer Allgemeinheit auf das praktische Leben durchaus unanwendbar sind; und diese Art der Einteilung in stylitische Herrschergebiete — ich drücke mich deutlicher aus, wenn ich sage, in Herrschergebiete der Parteiführer —, die ist die Gefahr, die uns jetzt bedroht. Jeder will seine Ansicht, vielleicht auch eine solche, die er gar nicht mehr hat, aber die er ursprünglich als Programm in die Welt gesetzt hat, ohne einen Punkt auf dem i aufzugeben, aufrechterhalten, und er kämpft darum mit den anderen, und das sind die Streitigkeiten, die wir leider in unseren parlamentarischen Versammlungen heute in hervorragender Weise erleben.

Wie unsere Zukunft praktisch und allerseits befriedigend gestaltet werden soll, allerseits befriedigend, das ist eine Frage, die nicht im Vordergrunde steht, dazu müßte man zuerst die Verständigung zwischen den Parteien, den Fraktionen suchen — gesucht wird sie wohl von einzelnen Fraktionen; jede sucht sich die eine oder die andere zu annektieren, es gelingt ihr auch, bei den Wahlen namentlich, — aber beherrschend für die Aufgabe,

die wir zu lösen berufen sind, ist der Gedanke der Versöhnlichkeit zwischen den Parteien nicht, und ich bin stark in Versuchung, mit Ihnen ein pereat auf die politischen Parteien auszubringen. (Heiterkeit.) Ich unterlasse es aber (Heiterkeit), ich will Sie als Sachsen lieber bitten, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren Monarchen, der einer der wenigen Überlebenden ist von denen, die mit dem Degen in der Faust unsere Einheit haben erkämpfen helfen, und der unter allen Umständen — ein seltenes Muster — das Wohl seiner Untertanen im Auge behalten hat, aber auch ein reichstreuer, nationalgesinnter Monarch geblieben ist. Seine Majestät, König Albert, er lebe hoch, nochmals hoch und wiederum hoch!

Nach einem Rundgang spricht der Fürst zum Abschied:

Meinen herzlichen Dank! Es macht mir große Freude, daß alle Sachsen und grade Sie von den sächsischen Städten hierher gekommen sind; es ist das eine Friedenspfeife, die wir hier rauchen, nicht bloß zwischen den Sachsen und den Preußen, sondern zwischen dem Bürger und dem Junker, zwischen dem Alten und dem Neuen, indem wir alle alten Kämpfe begraben, und zwischen dem Minister und dem Verwalteten. Eins möchte ich Ihnen empfehlen: beurteilen Sie die Minister mit mehr Nachsicht, wie es bisher in Deutschland üblich war, sie können nicht immer alles, was sie wohl möchten, der Wille ist selten schlecht, im Gegenteil, wohl in der Regel sicher gut, aber sie sind eben auch Menschen und sehen nicht rundum gleichzeitig. Ich bringe Ihnen noch dankbar ein Glas auf die sächsischen Städte!

Ansprache an die Westfalen.

11. Mai 1895.

Dreitausend Westfalen, Männer und Frauen, veranstalten am 11. Mai eine Massenhuldigung, wobei Geschenke überreicht, Reden gehalten und Verse gesprochen werden. Fürst Bismarck sagt:

Meine Herren, ich bin in dieser Zeit aus — ich kann beinahe sagen — allen deutschen Gauen hoch geehrt worden durch Begrüßungen und Anerkennungen, und wenn Sie mir dieselben aus Ihrer engeren Heimat bringen, so können Sie sagen, daß sich in Westfalen gewissermaßen ein Mikrokosmus der deutschen Welt wiederholt, in kleinerem Maßstabe und in zum Teil tieferer Färbung wie in anderen Teilen der deutschen Heimat. Die deutsche Zerrissenheit ist ja gerade in Ihrer engeren Heimat in früherer Zeit, schon im Mittelalter und später zum allerschärfsten Ausdruck gekommen, kaum in Schwaben und Franken noch schärfer. Wenn man eine politische Karte mit dem Ländergebiet vom vorigen Jahrhundert sieht, so reicht die bunte Färbung vom Bodensee bis nach Westfalen hinauf. Aber in Westfalen tritt zu den Scheidelinien der Landkarte auch noch die der Tradition, der Parteien. Alle Parteien, die wir in Deutschland haben, sind in Westfalen mit am schärfsten vertreten. Nennen wir die beiden Extreme, die sozialdemokratische und die Zentrumspartei, die haben nirgendwo von beiden Seiten schärfere Vertreter als in Westfalen, und das liegt wohl in dem Charakter der Bevölkerung, die in der überwuchernden Entwicklung der germanischen Männlichkeit, auf der überhaupt unsere Zerrissenheit von früher her beruht, vielleicht von der Schöpfung noch stärker dotiert worden ist, wie andere deutsche Stämme. Schon von unserer frühesten Geschichte her spielt das

Westfalenland eine hervorragende Rolle. Ich bin überzeugt, daß Hermann der Cherusker in westfälischem Dialekt gesprochen hat. Ich wüßte nicht, woraus man schließen könnte, daß er damals anders gelautet hätte wie heut in Paderborn und dem Teutoburger Walde. Später haben wir schwere und blutige Kämpfe zwischen den Sachsen und Franken, von denen die ersteren doch im heutigen Westfalen ihren Hauptsitz hatten. Weiter finden wir, daß die treibende Kraft des Stammes über die Grenzen hinaus dringt; fast alle unsere germanisierten wendischen Länder, meine Heimat Brandenburg in erster Linie, Mecklenburg, weiter hinaus Pommern, sind durch westfälische Pioniere germanisiert worden — so weit heute die plattdeutsche Sprache reicht, ist sie von Westfalen ausgegangen und bis nach den baltischen Provinzen nach Rußland hin; in Livland, in Estland war die herrschende Klasse der Bürger und des Adels doch hauptsächlich westfälischen und plattdeutschen Ursprungs, und ich selbst habe in Estland gefunden, daß der Deutsche dort nicht Deutscher, sondern Sachse, „Sachsenherr" genannt wurde, was also doch in der uralten Beziehung des Sachsentums auf Westfalen hindeutet. Sie haben auch nachher starke Kämpfe und Bewegungen hervorgerufen, gewisse Erscheinungen des Mittelalters, ich will nur die Femgerichte nennen, sind doch auf der roten Erde energischer zur Entwicklung gekommen als irgendwo anders, und nach der Zersplitterung des alten Sachsenlandes, die das Ergebnis der welfischen Kämpfe gegen die ghibellinische Kaiserherrschaft bildete, sind die Streitigkeiten auch dort durch keine einheitliche Gewalt gezügelt worden.

Aber eins ist Ihrer Landschaft immer eigentümlich geblieben: wie sie auch in bischöfliche Territorien und kleine Fürstlichkeiten geteilt sein mochte, sie hat sich immer einig gefühlt als Westfalen und selbst bei der konfessionellen Scheidung. Ich habe stets gefunden, daß der Westfale sich immer als solcher bekennt, während ich dasselbe von anderen deutschen Stämmen nicht sagen kann. Der Schwabe, er nennt sich Württemberger, Badenser, aber der Westfale, so unangenehm ihm sein nächster Nachbar in Westfalen sein mag, er bleibt immer Westfale (Heiterkeit), er hat den Streit mit dem Nachbar auf die Dauer liebgewonnen und kann sich nicht von ihm trennen (Heiterkeit), und so wird es auch weitergehen.

Ich habe in meinem politischen Leben mit hervorragenden unter Ihren Landsleuten vielfach Berührung gehabt und habe immer recht streitbare Männer unter ihnen gefunden.

Der erste der Zeit nach, der später mein Freund wurde, war Georg Vincke, und der war ein richtiger Sohn der roten Erde, kampfesfreudig, aber nicht schaffensfreudig, eine negierende Natur. Der Vereinigte Landtag von 1847 hatte als hervorragende Persönlichkeiten zwei Westfalen, Vincke und Bodelschwingh, die beide Verwandte, beide Landsleute und beide Gegner waren, die sich dort bekämpften. Ich bin mit keinem politisch vollständig einverstanden gewesen, aber ich erkenne beide als vollkräftige Männer an und als ehrliche Gegner und Freunde. Ich habe ähnliche Erscheinungen doch noch manche gehabt, ich will in jüngster Zeit nur Herrn v. Schorlemer herausgreifen; er hat wenig Wohlwollen für mich gehabt und mich oft hart und bitter angegriffen, aber es war doch ein Mann, ein ganzer Mann in seiner Erscheinung, wenn auch ein Gegner. Ich erinnere mich aus alter Zeit des alten Harkort: ein tapferer Soldat, der sich bei Ligny[1] mit schweren Wunden das Eiserne Kreuz verdient hat, und der schließlich auf dem Schlachtfeld der

[1] 16. Juni 1815.

Industrie doch auch Soldat gewesen ist, der mehr Geschick und Tapferkeit als Glück gehabt hat — er war eine achtbare Erscheinung im Rückblick auf die Vergangenheit. Ich könnte ja deren von Ihren näheren Landsleuten noch manche anführen, Gegner und Freunde. Westfalen ist ein Land, auf das Anwendung findet, was ich auf einer Reise in Schweden in einem Liede gefunden habe, was die Schweden von ihrem Lande sagen: „Im Lande sitzt Eisen, und auf dem Lande wohnen Männer", und das ist für Westfalen zutreffend: ganze Männer. Man mag mit ihnen Freund oder Feind sein, man freut sich immer, wenn sie mit einem zusammen in gleicher Front auf dem Schlachtfelde stehen, da haben sie immer die alte Tradition aus der Cheruskerzeit gerechtfertigt. Die westfälischen Regimenter, ich brauche sie nicht einzeln zu nennen, die 1870 gefochten haben, sind zum Teil — mehr als dezimiert kann man nicht sagen, es waren zum Teil in den Kompagnien nur Zehner, die übrig blieben am 16. August. Aber schon in Schleswig-Holstein, bei Düppel, da war es das erste Mal, daß wir mit den neuen westfälischen Regimentern zusammen gefochten und Blut vergossen haben, da haben sie sich sofort in den alten Ruf der preußischen Armee pari eingekauft; vor Düppel und demnächst in dem sechsundsechziger und siebziger Kriege. Die kriegerische Tüchtigkeit ist ja von den Westfalen immer viel unbezweifelter geblieben wie die friedliche Liebenswürdigkeit: Krieg muß es sein, wenn ihr Stern strahlen soll. Wie Friedrich der Große in tiefster Not war, da kamen die westfälischen Rekruten zu ihm und stellten sich freiwillig, und wie Friedrich Wilhelm III. von seinen Markenern Abschied nehmen mußte, da wehrten sie sich dagegen, soweit sie konnten, und waren froh, nachher wiederzukommen.

Ich aber bin überzeugt, daß, nachdem wir einmal mit den Westfalen in dieselbe staatliche Einrichtung getreten sind, nachdem wir dieselbe Dynastie haben, daß wir mit allen Westfalen, mag es Börde oder Felsen, mag es Heide oder Weizenboden sein, doch immer untrennbar zusammenstehen werden, daß auch diejenigen, die früher nicht zu Preußen gehörten, uns und unseren König und deutschen Kaiser nun nicht mehr im Stich lassen werden, es mag kommen, wie es will (Bravo!), und in dem Bekenntnis bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf unseren Landesherrn den König von Preußen. Seine Majestät König Wilhelm von Preußen und von Westfalen, er lebe hoch!

Nachdem der Fürst einen Rundgang unternommen hat, wird das Westfalenlied gesungen: „Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen"; dann spricht der Fürst vom Altan aus noch als Abschiedswort:

Meine Herren, ich sage Ihnen nochmals meinen herzlichen Dank und stimme mit Ihnen in den Sinn des Liedes ein: Hoch Westfalia! Wi annere Plattdütschen, wi hört doch ook datau!

Ansprache an die Abordnung der schlesischen Frauen.

13. Mai 1895.

Eine Abordnung von hundert schlesischen Frauen überreicht dem Fürsten einen handgearbeiteten Teppich und macht durch Frau v. Hönicka Mitteilung von einer „Bismarck-Stiftung" schlesischer Frauen und Jungfrauen für unbemittelte Mädchen, die die Schule verlassen. Fürst Bismarck dankt mit folgenden Worten:

Meine Damen, ich bin hochgeehrt durch Ihren Besuch, einmal, indem das große Herzogtum Schlesien, das größte, das wir im Deutschen Reiche haben, dem kleinsten Herzogtum, Lauenburg, durch Sie seinen Gruß überbringt, und dann, weil es durch die

Damen geschieht. Ihre Geschenke sind nach weiblicher Art solche, die das häusliche Leben behaglich machen. Der wundervolle Teppich, der jetzt schon in meinem Arbeitszimmer liegt, erinnert mich jeden Tag vielmals an die Güte der Geberinnen. Das Kunstwerk, das in seinem Schrein die Namen aller mich begrüßenden schlesischen Damen birgt, ist eine ungewöhnliche Leistung, sowohl der Malerei wie des Kunstgewerbes, und die Stiftung, die Sie mir zu Ehren gemacht haben, wird die Gesinnung und das Gedenken, das Sie heute zum Ausdruck bringen, auf lange Zeit verewigen. Ich bin durch Ihre Begrüßung hocherfreut, einmal weil sie aus Schlesien kommt, aus der bedeutendsten Provinz unseres preußischen Landes, die ihre nationale und patriotische Gesinnung jederzeit, soweit meine Kenntnis zurückreicht, bewährt hat, von der Zeit ab, als 1813 die schlesische Armee, die Blücher nachher führte, sich bei Breslau sammelte und die schlesischen Frauen und Männer mit Opferfreudigkeit dem ganzen Vaterlande vorangingen, bis zu meinen Erlebnissen, wo 1866, als uns der Krieg mit dem uns befreundeten Österreich drohte, die entschlossenste Provinz für die Aufrechterhaltung der preußischen Politik und der Ehre Preußens diejenige war, die der Kriegesgefahr am meisten ausgesetzt war: es war nur aus Schlesien, Breslau und sogar Oberschlesien, daß die Zustimmung zum Kriege laut wurde. Ich erinnere mich, daß Fürst Pleß, der hart an der Grenze wohnt, es ablehnte, seine Schlösser zu räumen und sicherzustellen: das war derselbe patriotische Geist, der sich in Schlesien 1813 erkennbar gemacht hat.

Abgesehen von diesen preußisch-historischen ist es für mich und für meinen Blick in die Zukunft eine erhebende Wahrnehmung, daß ich grade in den letzten Tagen Begrüßungen von den blühendsten und gewerbtätigsten Landstrichen Deutschlands bekommen habe, von Sachsen, von Westfalen, von Schlesien, von den Ländern, die industriell am höchsten ausgebildet sind, und die deshalb nach den gewöhnlichen Traditionen der nationalen Politik durch industrielle Interessen am leichtesten entfremdet werden. Es ist das nicht der Fall, wie mir die Besuche und Begrüßungen der letzten Tage beweisen: grade aus diesen von der Industrie beherrschten, von einem zahlreichen Arbeiterstand bewohnten Ländern ist mir das nationale Gefühl, die Anerkennung für die Herstellung der Reichseinheit am lebhaftesten in diesen Tagen entgegengetreten. Außerdem ist Ihre Begrüßung für mich besonders erfreulich, weil sie vorzugsweise von den Damen getragen ist; wenn man die für sich hat, so ist mir für die Männer schließlich auch nicht bange (Heiterkeit), man wird sie gewinnen, und ich bedaure stets, daß unserer besseren Hälfte des menschlichen Geschlechts nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist, als das augenblicklich der Fall ist. Ich will den Damen nicht zumuten, daß sie im Parlament Reden halten, aber wenn unsere Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden als bisher (Bravo! Heiterkeit!), dann glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen.

Wir sehen im Parlamente, bei den Fraktionen und Parteien, die die erste Rolle dort spielen, welchen Einfluß die Frauen üben könnten. Ich will drei davon nennen, da spielen bei zweien die Frauen doch eine sehr einflußreiche Rolle: das ist im Zentrum und bei den Polen. Der Einfluß der polnischen Damen auf die polnische Bewegung und Politik wird Ihnen als Nachbarn bekannt sein, und mit dem Zentrum sind Sie ja auch hinreichend

durchsetzt in Schlesien, um zu wissen, welchen Einfluß das weibliche Element ausübt. Die dritte oppositionelle Partei, die Sozialdemokraten, bei denen haben leider die Frauen viel zu wenig mitzureden; wenn sie das hätten und sich ein Bild davon machten, welche Zukunft ihnen in dem sozialdemokratischen Staat als Gattinnen, als Müttern zugemutet wird, so ist es gar nicht möglich, daß irgendeine ihrem Manne gestatten würde, dieser Fraktion anzugehören (Bravo! Heiterkeit); wenn es dennoch geschieht, so sind das Erscheinungen, die sich dem gemeindeutschen Begriff der Weiblichkeit und dessen, was wir unter Weiblichkeit verehren, schon entfremdet haben. Sie haben irgendeinen Verdruß und einen Riß im Leben erlebt, der sie zum Bruch mit den Verhältnissen geführt hat, oder sie sind der Begehrlichkeit verfallen, die hofft, bei der allgemeinen Plünderung einen Beuteanteil zu bekommen: kurz und gut: ehrliche deutsche Frauen und Gattinnen und Mütter sind das nicht, die öffentlich als Sozialdemokraten auftreten, und deshalb glaube ich gerade, daß der Sozialdemokratie gegenüber die weibliche Sympathie für unsere politischen Einrichtungen eine stärkere Schutzwehr ist, als unsere Umsturzvorlage[1] geworden sein würde, wenn sie angenommen worden wäre. (Heiterkeit.) Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie gefallen ist; sie hätte, wenn sie angenommen worden wäre, bei denen, von denen wir Abhilfe der Übel im Lande erwarten, die Überzeugung erweckt, daß sie nun etwas erreicht hätten und auf ihren Lorbeeren ausruhen könnten. Die Überzeugung wäre meiner Ansicht nach irrtümlich gewesen, und ich bin deshalb froh, daß dieses Ruhekissen diesen Herren entzogen worden ist, das sie sich zu schaffen gedachten. Es war außerdem eine Menge nicht unbedenklicher Bestimmungen darin. Aber ich appelliere von unserem Parlamente an unsere Frauen: Helfen Sie uns, wirken Sie für uns auf die Männer, zu denen Sie in Beziehungen stehen, in der Richtung, daß sie sich gegen die Gefahren der Zukunft mit größerer Tapferkeit rüsten und wehren, als die war, die in der Umsturzvorlage erkennbar war. Halten die Frauen fest zur Politik, so halte ich die Politik für gesichert, nicht bloß für den Augenblick, sondern auch für die Kinder, welche von den Frauen erzogen werden, und der Blick in die Zukunft klärt sich und beruhigt sich, wenn man sieht, daß die Politik in ihren großen und ganzen Zügen, wie sie im letzten Menschenalter unter Kaiser Wilhelms I. Leitung gemacht worden ist, der Zustimmung nicht nur der Majorität der gebildeten Deutschen, sondern auch der vielfach maßgebenden — und ich freue mich, daß sie maßgebend ist — Zustimmung derer, die ich vorher unsere bessere Hälfte nannte, zu erfreuen hat. Ich habe mannigfache Begrüßungen von Damen aus den verschiedenen Gegenden des Reiches schon erhalten und aus ihnen allen diesen beruhigenden Blick in die Zukunft entnommen. Die Kinder werden nicht anders wie die Mütter denken, und die Gatten werden sich doch nicht so sehr weit von der Richtung der Frau Gemahlinnen entfernen (Heiterkeit); das würde die Häuslichkeit stören, und ich setze mein ganzes Vertrauen in unsere deutsche Zukunft auf den Beistand dessen, was Goethe das ewig Weibliche im Leben nannte, das heißt das Wahrende, das Pflegende, was der Liebe, der Vereinigung, der Familie, auch dem Manne zugute kommt; in der Hauptsache möchte ich sagen das, was den Unfug verhindert, zu dem die Männer geneigt sein könnten: das ist hauptsächlich die Aufgabe der Damen, und in diesem Vertrauen bitte ich die wenigen

[1] Ein auf Antrieb des Kaisers von der Regierung widerwillig vorgelegtes, von den Parteien in sein Gegenteil verkehrtes und eben jetzt im Reichstag endgültig gescheitertes Gesetz gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie.

anwesenden Herren, die ich sehe, mit mir ein Hoch auf unsere deutschen Frauen auszubringen: Unsere deutschen Frauen, sie leben hoch!

Nach einem Rundgang auf den Altan zurückgekehrt, spricht der Fürst:

Meine Damen, ich trinke noch ein Glas mit dem verbindlichsten Dank für Ihre Begrüßung auf Ihr Wohlsein und auf eine glückliche Reise, damit Sie eine angenehme Erinnerung an diesen Frühlingstag behalten, zu dem uns Gott gut Wetter beschert hat. Wir haben vorher auf das Wohl der Damen getrunken, ich schließe mich diesem Toast noch mit diesem Glase an, um meinen Dank zu wiederholen.

Ansprache an die Rheinländer.

18. Mai 1895.

Aus dem Rheinland erscheinen 750 Männer und Frauen, um dem Fürsten Bismarck den Gesamtehrenbürgerbrief von 60 rheinischen Städten, sowie mehrerer einzelner Städte zu überbringen; dazu Geschenke, so einen Ehrenpallasch der Stadt Solingen. Für diese Gaben, sowie für die Rede des Oberbürgermeisters Bohlen aus Remscheid und für die Verse seiner Tochter dankt Fürst Bismarck mit einer humorgewürzten Rede, in welcher er sich in seiner argwöhnischen Sorge mit einem beißenden Kettenhund vergleicht:

Meine Herren, Ihr heutiger Besuch veranlaßt mich zum Rückblick auf meine Beziehungen zu Ihrer engeren Heimat, zum Rheinlande, wie sie sich für mich als altpreußischen Junker und Beamten naturgemäß herausgebildet haben. Ich habe im Jahre 1836 eine Zeitlang die rheinische Stadt Aachen bewohnt, als zwanzigjähriger Referendar angezogen und in meinen dienstlichen Leistungen gestört durch die Annehmlichkeiten des Aufenthalts. (Heiterkeit.) Man lebte dort damals — in Aachen, der ersten Station der Europareisenden von Norden nach Süden — für jemand, der aus der hinterpommerschen Einsamkeit dorthin kam, in einer, ich will nur sagen, verführerischen Weise (Heiterkeit) angenehm, sowohl der Einheimischen wie der Durchreisenden wegen. Aber unsere deutschen Interessen und Beziehungen vergegenwärtigten sich mir damals in einer Tatsache, die mir immer in Erinnerung geblieben ist: daß einer meiner dortigen Freunde, der einer alten und vornehmen rheinischen deutschen Familie angehörte, mir sagte: „Ich reise morgen nach Deutschland".[1] Er wollte damit sagen, daß er westfälische Verwandte besuchen wollte und über den Rhein gehe. Es war also doch noch im Jahre 1836 nach 21 Jahren der äußerliche Eindruck geblieben, daß die deutsche Grenze am Rheine lag. Dieser Herr war durchaus nicht politisch, kein Franzosenfreund, in keiner Weise, es war eine urdeutsche, ehrliche Natur, und der Name seiner Nachkommen figuriert noch heute in unserer germanischen Reichsvertretung. Das war im Jahre 1836. Nachher, im Jahre 1847, kam ich zuerst wieder mit unseren rheinischen Landsleuten in nähere politische Beziehung; es war im Vereinigten Landtag, und da kann ich nur sagen, daß ich den Eindruck hatte, daß diese unsere rheinischen Freunde — man hatte damals keine Eisenbahn, man kam so rasch und so oft nicht zusammen — doch nicht unangenehm überrascht waren, bei uns in Berlin auch Menschen zu finden, mit denen sich leben ließ (Heiterkeit), und ihre Erwartungen auf Zivilisation, Bildung, landschaftliche Reize waren ohne Zweifel über-

[1] Graf Hompesch.

troffen. Ich kann hier nicht auf alle einzelnen Wunderlichkeiten eingehen, die ich zur Charakteristik der damaligen Auffassung anführen könnte. Man glaubte z. B., daß Berlin befestigt würde im Innern — die Werderschen Mühlen wurden im mittelalterlichen Burgstil ausgebaut — und da habe ich mit einem der älteren und angesehenen Rheinländer von der Schloßzinne aus das gesehen, und der sagte mir: „Das wird ein Zwing-Uri, nehmen Sie sich in acht!“ (Heiterkeit), und ich hatte Mühe, seine Anschauungen, die sich an den Zinnenbau knüpften, auf die mittelalterlichen Bauphantasien unseres damaligen Herrn zurückzuführen. Er glaubte mir nicht vollständig und ging kopfschüttelnd die Treppe wieder hinunter. Dann kamen 1848 die Barrikaden und die stürmischen Landtage, und erst die eigentlich haben in der Verschmelzung von West und Ost einen erheblichen Fortschritt markiert. Ich kann nur sagen: da haben sich die Parteistellungen ausnahmsweise einmal nützlich erwiesen (Heiterkeit), unsere Fraktionen der verschiedensten Richtungen fanden bei den Rheinländern Sympathien und umgekehrt: sie fanden sich zusammen, und es war nach den vereinigten Landtagssitzungen bis 1850 nicht mehr zweifelhaft, daß wir desselben Stammes und derselben deutschen Natur und Zugehörigkeit waren. Erst damals begann also eine vollständige Verschmelzung, aber es blieb immer doch noch Bruchstückwesen zwischen Berlin und Köln. Es lagen weite Gebiete, die anderen politischen Richtungen folgten, zwischen uns. Die volle Verschmelzung hat doch nicht ohne Blut und Eisen vor sich gehen können (Zustimmung), sowohl daß wir untereinander durch Gottesurteil entscheiden ließen, wessen Ansicht die maßgebende sein sollte, als auch — und das war später sehr viel günstiger — daß wir uns gemeinschaftlich gegen gemeinsame Feinde zu wehren hatten in großen und schweren Kämpfen. Das war ja der Hauptschlag auf den Amboß, der unsere Einigung schmiedete, daß wir endlich mal nach Jahrhunderten wieder zusammenstanden gegen fremdländische Angriffe und sie siegreich zurückschlugen, wie es ja mit Gottes Hilfe immer der Fall sein wird. (Bravo!) Wenn die Deutschen unter sich zusammenhalten (Bravo!), dann ist das ein Körper von so starker Eisen- und Muskelkraft, daß er, von mehreren Seiten angegriffen, sich doch seiner Feinde wird erwehren können, solange er, wie wir in germanischer Ruhe und Zurückhaltung doch immer gestimmt sind, sich nur seiner Abhängigkeit erwehren will, sich defensiv verhält. Aggressive Kriege, ehrgeizige Kriege, Eroberungskriege werden wir ja niemals führen. Was sollten wir erobern? Man könnte uns eine Menge Dinge schenken, wir würden sie gar nicht nehmen (Heiterkeit), und um so weniger möchten wir Gut und Blut unserer Kinder und Angehörigen aufs Spiel setzen und die gesunden Knochen unserer Landsleute, um zu erobern. Eroberung liegt dem deutschen Charakter absolut fern, und wir werden auf eine so wunderliche Politik, wie die französische, jahrhundertelang, kann man wohl sagen, gewesen ist, uns nicht einlassen — ich will weiter in der Charakteristik nicht gehen. Auf Eroberungs- und Renommierpolitik ist der Deutsche überhaupt nicht berechnet, dazu sind unsere Landwehren, unsere Familienväter nicht da; sie würden sich wehren wie die Bären, wenn sie im Lager angegriffen werden (Heiterkeit), aber sie werden ebensowenig wie die Bären erobern wollen. (Stürmische Heiterkeit.) Meine Herren, ich bin sehr glücklich, gerade Sie vom Rhein heute hier zu sehen, es vervollständigt mir das Bild, das ich in den letzten Wochen gehabt habe, daß mich hier die Angehörigen unserer industriell und städtisch ausgebildeten Provinzen vorzugsweise besucht haben, aus dem Königreich Sachsen, aus Westfalen und Schlesien; dazu kommt jetzt die Rheinprovinz, das Gebiet der

Wupper und der Ruhr, das in unserer Industrie vielleicht noch schwereres Gewicht als irgendein anderes hat, da dort alle Brennpunkte unserer Industrie liegen, die schon vor der Herstellung des Deutschen Reiches sich und ihrer deutschen Arbeit eine Anerkennung in allen fünf Weltteilen erobert hatten; die Gegend von Elberfeld, Iserlohn, von Rheydt, Remscheid, ich brauche sie nicht zu nennen, ich sehe ihre Produkte hier neben mir, mit denen Sie mich beehrt haben. Daß auch Sie die Serien der Besuche der industriellen und städtischen Bevölkerung, die mir in den letzten Wochen zuteil geworden sind, vervollständigen durch dieses schwerwiegende Mitglied: die Rheinlande, das macht mir große Freude. Ich war ursprünglich nach meinen Geburts- und Amtsverhältnissen kaum berufen, mir gerade die Liebe des städtischen Bürgerwesens, der Industrie zu erwerben; ich war vielmehr im Verdacht, ein Agrarier, ein Reaktionär zu sein.

Nun, wenn ich wirklich unter meinen Landsleuten für einen sogenannten wilden Agrarier gelte, so glaube ich nicht, daß Schlesien, Sachsen, Westfalen, die Rheinlande und namentlich die städtische Bevölkerung mich dafür halten. Es ist ja noch niemals dagewesen, daß einem ehemaligen Minister in Anerkennung dessen, was er im Dienste geleistet, Hunderte von deutschen städtischen Bürgerrechten verliehen wurden, großen und kleinen, und das hat für mich etwas Überwältigendes, wie eine unverdiente Ehre. (Rufe: Nein, nein!) Ich kann sie mir persönlich nicht zurechnen (Rufe: Doch!), das was ich mit anderen zusammen, mit dem alten Kaiser, mit der Armee zusammen und mit der deutschen nationalen Gesinnung zusammen erkämpft habe, das wird schließlich in mir, weil ich länger lebe wie die meisten Mitarbeiter, anerkannt und geehrt, aber ich streiche es in Bescheidenheit ein und lege es zu den Akten meiner früher ausgeschiedenen Mitarbeiter. (Heiterkeit.)

Ich habe schon vor zehn Jahren, wo ich siebzig Jahre alt wurde und mein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte, Ehrungen erfahren von hoher Stelle und von meinen Mitbürgern in Berlin, für die ich damals nicht im ganzen Umfange das Gefühl des rechtmäßigen Besitzers hatte, aber das alles ist ja weit überholt, nachdem ich aus dem Dienste ausgeschieden bin. Nachdem ich der für die meisten unserer Landsleute nicht gerade gewinnenden Eigenschaft eines preußischen Ministers entkleidet bin (Heiterkeit), da habe ich, möchte ich sagen, noch mehr Glück in der Popularität gehabt. (Heiterkeit.) Ein regierender Minister, wenn er wirklich erheblich populär wird, so ist es ja immer sehr zweifelhaft, ob er es nicht auf Kosten seiner amtlichen Pflichten wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, ich kann mich von diesem Verdachte freisprechen, ich habe, solange ich im Dienste war, immer den Ernst eines Wachhundes an der Kette gehabt und habe gebissen, was ich beißen mußte. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Nun, wo ich mich frei bewege, kann ich mich nach meinen rein menschlichen Gefühlen und Empfindungen aussprechen und brauche nicht alles zu billigen, nicht einmal, was ich früher vertreten habe. (Heiterkeit.) Denn so ganz frei in seinen Bewegungen ist auch ein sogenannter allmächtiger Minister niemals. Es sind die verschiedenartigsten Einflüsse, ganz abgesehen von den Kollegen, die einen berechtigten Einfluß haben, aber es sind auch andere Einflüsse beiderlei Geschlechts (Heiterkeit), die ihm die freie Bewegung hindern, und so gestehe ich offen: ich habe keine Verpflichtung, mich zu jeder Handlung zu bekennen, die ich vor zwanzig Jahren und länger als Minister geleistet habe. Ich habe damals immer zwischen verschiedenen Übeln, zwischen denen ich

wählen mußte, das kleinere gewählt, und mein Ideal habe ich nie verfolgen können, ich fürchte, ich wäre auf staatsanwaltliche Abwege[2] geraten. (Heiterkeit.)

Und so, meine Herren, wiederhole ich meinen Dank für Ihre Begrüßung, für Ihren Besuch. Mich befällt eine gewisse Sorge, daß ich in eine Schwäche des Alters, in Gesprächigkeit, verfalle. (Rufe: Nein!) Gestatten Sie mir, daß ich meinen herzlichen Dank, meine dankbare Erinnerung an den früheren Aufenthalt in Ihrer engeren Heimat ausspreche. Nicht nur früher, sondern auch später — ich bin von Frankfurt aus sehr viel, oft an einem Tage, bis nach Köln gelangt und zurück — ich habe am Rhein verkehrt und habe stets Annehmlichkeiten gehabt, mit Ihrer — ich sage es ohne Vorwürfe, sondern als Anerkennung — leichtlebigen Natur zu verkehren, und ganz besonders wohltuend ist für unsere ostdeutschen Gewohnheiten der Verkehr mit den rheinischen Frauen. Sie sind lustiger wie die Frauen bei uns, und Gott erhalte es so; mag nun die Lustigkeit ihren Ursprung in dem leichten Gewächs der Weinberge oder in dem natürlichen Blut oder in dem besseren Klima haben. Aber ich kann nur wiederholen: meine Erinnerungen an den rheinischen Aufenthalt, ebenso wie es die meiner lieben Frau stets bis an ihr Ende waren, sind immer wohltuend und haben immer ein Gefühl von Heimweh nach dem Leben am Rhein.

Es ist ja ein altes Lied: „Geh nicht an den Rhein!" Aber ich bin doch gern dagewesen und bin leider zu alt, um die Erinnerungen in natura aufzufrischen. (Widerspruch.) Aber von ganzem Herzen bringe ich Ihnen doch noch ein Hoch aus auf die rheinischen Frauen, die ich hier vertreten sehe. Sie leben hoch!

Nach dem Rundgange:

Nochmals, meine Herrschaften, meinen herzlichen Dank für den freundlichen Besuch und für die freundlichen Begrüßungen, die Sie mir im einzelnen gewährt haben. Ich würde gern mit jedem einzelnen von Ihnen mich ausgesprochen haben, wenn meine Körperkräfte in meinem Alter es mir erlaubten. So bitte ich Sie, fürlieb zu nehmen mit meinem herzlichsten Danke für Ihre gesamte Begrüßung, und insbesondere die Damen, und für das prächtige Geschenk, das Sie mir in Gestalt der Handwerkzeuge und des Ambosses und des Obelisken überbracht haben. Wenn man die Handwerkzeuge anfaßt, so machen sie einem durch ihre Wucht in der Hand Lust, sie zu verwenden, wenn ich nur geschickt dazu wäre. Bei Ihnen zu Hause ist das Geschick vorhanden, und diese Werkzeuge mögen auf unabsehbare Zeiten hin die Blüte Ihrer Heimat begründen in ihren Ergebnissen. Ich danke Ihnen herzlich!

Ansprache an die Leipziger.

23. Mai 1895.

Für die Huldigung von über 1300 Leipziger Männern und Frauen und die Ansprache des Geheimrats Wislicenus dankt der Fürst Bismarck mit folgenden Worten, die zugleich sein außenpolitisches Vermächtnis darstellen:

Meine Herren und Damen, ich habe in den jüngsten Tagen aus dem Königreich Sachsen die Begrüßung von mehr als siebzig sächsischen Städten empfangen, in demselben Sinne, in dem Sie aus der großen und berühmten Stadt desselben Landes heute die Gefühle

[2] Anspielung auf den Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Marschall, den ehemaligen badischen Staatsanwalt.

des sächsischen Stammes mir gegenüber betätigen. Diese Vervollständigung ist mir besonders erfreulich, weil ich mich zur Stadt Leipzig aus mehreren Gründen persönlich und politisch in besonderer Verbindung fühle. Ich gehöre durch meine mütterliche Abstammung zu den Blutsverwandten von Leipzig. Die Vorfahren meines mütterlichen Großvaters[1] sind drei oder vier Generationen hindurch in hervorragender wissenschaftlicher und juristischer Stellung in Leipzig gestanden, und es leben in Ihrer Stadt noch manche, die von demselben Blut der Urelterväter, deren Bilder ich hier im Hause hängen habe, mit mir abstammen. Durch diese Blutsverwandtschaft ist mir Leipzig besonders nahestehend, außerdem aber bin ich ihm persönlich noch gewogen durch die Liebenswürdigkeit der Aufnahme, die ich jedesmal in Ihrer Heimat erfahren habe, wenn ich bei meinen früheren regelmäßigen Reisen nach Kissingen dort durchgekommen bin, auf zwei verschiedenen Bahnhöfen; und auf jedem mit derselben Lebhaftigkeit.

Ich habe in Leipzig schon früh politische Sympathien gehabt, und dieselben sind dadurch nicht abgeschwächt worden, daß ich Staatsminister war; sie sind aber mit erhöhter Lebhaftigkeit zum Ausbruch gekommen, nachdem ich diese im allgemeinen nicht populäre Eigenschaft abgelegt habe (Heiterkeit); das natürliche Gefühl vom Menschen zum Menschen kommt mehr zur Hebung, wenn die ministerielle Eigenschaft in Wegfall gerät. Außerdem aber ist Leipzig für mich stets eine Stadt von besonderem Interesse gewesen. Es muß in dem Grund und Boden etwas Anziehendes und eine Treibkraft liegen, die nicht überall im deutschen Lande vorhanden ist. (Bravo!) Wie kommt es, daß Leipzig eine Stadt von dieser Bedeutung geworden ist, ohne daß es an einem schiffbaren Flusse liegt, ohne daß es die Residenz eines großen Fürstenhauses und unter dessen Segnungen aufgeblüht ist, rein aus sich selbst heraus, aus der Ebene, und nach den schweren Schicksalen, die es fast in jedem Jahrhundert bisher erlebt hat? Leipzig ist im Dreißigjährigen Kriege von Schweden und Kaiserlichen, im Siebenjährigen Kriege von Preußen und Österreichern, im Freiheitskriege von Franzosen und Verbündeten außerordentlich schwer heimgesucht worden, notwendig also in seinem Erwerbsleben gedrückt worden! Wie kommt es, daß diese Stadt zu dieser, Dresden, die Residenz und die Stadt an der schiffbaren Elbe, fast überholenden Blüte wieder so rasch aufgewachsen ist? Das ist eine Frage, die mich immer interessiert hat. Wir haben ähnliche, aber doch lange nicht daran reichende Beispiele. Ich erinnere an Braunschweig — aber Braunschweig war auch Residenz, es liegt auch mitten im Lande. München hat auch kein schiffbares Wasser, aber es war die Residenz eines großen Fürstenhauses, von dem es wesentlich gepflegt ist. Leipzig hat die Pflege, die es haben konnte, an Dresden abgegeben; es hat sich rein aus eigener Kraft aus dem Boden der Pleiße und Elster stets wieder aufgebaut; es hat allerdings außer für Handel und Gewerbe auch für kriegerische Ereignisse eine anziehende Eigenschaft gehabt, es haben große und schwere Schlachten dort stattgefunden, für Sachsen und für unser deutsches Vaterland politisch entscheidende Schlachten, im Dreißigjährigen Kriege und weiterhin. Demnächst aber knüpft sich an Leipzigs Namen die welthistorische Erscheinung der großen Völkerschlacht von 1813, und an die sollten wir, glaube ich, aus mehr wie einem Grunde öfter zurückdenken, als heutzutage geschieht.

---

[1] Des Kabinettsrats Mencken.

Wenn man vor der Schlacht bei Leipzig die politische Karte von Europa übersieht, so findet man, daß die französische Säbelherrschaft in ihrer tyrannischen Gewalttätigkeit bis an die Elbe reichte — Magdeburg war ein französisches Vasallenland, hier, wo wir stehen, das Lauenburger Land, gehörte zum Empire français und gehörte zum Departement der Unterelbe, mitsamt der guten Stadt Hamburg, la bonne ville de Hambourg. So fest war die französische Herrschaft in Mitteleuropa verklammert, die Elbe machte ihre Grenze. Die französischen Heere hatten schwere Verluste im russischen Feldzug erlitten, aber die Stellung Frankreichs war doch immer noch so, daß der Kaiser Napoleon den Ausgangspunkt seiner Verteidigung an der Elbe nehmen konnte — also alles Land bis dahin gehörte ihm noch.

Wenn man sich dieses Kartenbild vergegenwärtigt, so wird man sich erst über die gewaltige Tragweite der Schlacht von Leipzig und ihrer Folgen klar, daß die Gewalt dieses Reiches, das von Spanien bis nach Dänemark reichte, von Paris aus regiert wurde und die Elbe zur Grenze hatte — nicht einmal überall, Lübeck gehörte ja auch dazu, bis an die Ostsee —, daß die zertrümmert wurde. Man vergißt das heut, wie überhaupt die Landsleute unter uns, die die Geschichte mit rückwärtigem Blick prüfen und daraus ihre Schlüsse für die Gegenwart ziehen, doch noch trotz unserer vorgeschrittenen Bildung nicht zur Majorität gehören. (Heiterkeit.)

Es war bei den tapferen Leuten, die sich in der Schlacht bei Leipzig schlugen, der Sieg nicht so unbedingt sicher, aber er wurde erkämpft dadurch, daß, soviel ich mich augenblicklich erinnere, zum ersten Male die deutschen Landsleute aus Preußen und aus Österreich zusammen Schulter an Schulter standen und gemeinschaftlich gegen denselben Feind fochten. Ich hoffe, daß wir überhaupt in meinen Lebzeiten nicht mehr zu fechten brauchen aber wenn es dennoch der Fall sein sollte, daß es doch wieder Schulter an Schulter mit Österreich sein werde. (Bravo!)

Ich gehe noch weiter: Auf dem Dreimonarchenhügel bei Leipzig bildete sich oder befestigte sich und besiegelte sich die Freundschaft der drei verbündeten Herrscher, welche nachher die Heilige Allianz[2] schlossen — ich will sie mit dem Namen nennen, obschon sich eine Menge unerfreulicher Erinnerungen damit verbinden —, es war aber doch das Zusammenhalten der unabhängigen und rechtliebenden Politik gegenüber einer gewalttätigen Eroberungspolitik, wie sie Frankreich seit Ludwig XIV., ja seit Heinrich II. und mit dem größten Erfolg und mit der größten Ausdehnung in der Gestalt Napoleons uns gegenüber betrieben hat. Dem gegenüber sind alle minder ehrgeizigen, alle minder herrschsüchtigen Nationen doch einigermaßen darauf angewiesen, zusammenzuhalten, wenn die Verhältnisse sich so herausbilden, wie sie am Tage vor der Schlacht bei Leipzig bestanden, daß eine übermächtige Säbelherrschaft, von Paris aus geleitet, vom Ebro bis zum Sund herrschend, dem übrigen Europa mit herrschsüchtiger Gewalttätigkeit gegenüberstand.

Wer alt genug ist, um von seinen Vätern noch die Erlebnisse unter der französischen Herrschaft im Lande gehört zu haben, der wird mit mir die Größe der Wohltat empfinden, die uns die Schlacht bei Leipzig damals erwiesen hat, und wird den Wunsch empfinden, daß das Zusammenhalten von rechtlicher und ehrlicher Nationalpolitik, die nichts weiter ver-

[2] 26. September 1815.

langt als ein unabhängiges Leben der eignen Nation, daß das auch für die Zukunft gesichert bleibt gegenüber allen Angriffen, wie wir sie dreihundert Jahre lang vom Westen her erfahren haben. (Bravo!)

Um dieses Ziel mit Sicherheit zu erreichen, sind gute Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar, Rußland, wünschenswert; ich will nicht sagen, in dem Maße, wie sie bei Leipzig — ich hoffe, das wird nicht wieder notwendig werden — sich auf dem Schlachtfelde verwirklichten oder wie sie sich nachher unter Friedrich Wilhelm III. betätigt haben, aber ich halte für sehr wichtig die Pflege der guten Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar, mit dem wir, wenn wir Österreich mit einrechnen, eine mehrere hundert Meilen lange offene Grenze haben, und mit dem wir eigentlich gar keine zwingenden Interessen zu teilen haben — ich wüßte nicht, um was wir die Russen beneiden sollten oder sie uns! (Zustimmung.) Wir können ihnen im fernen Asien ja gönnen, was sie begehren, und erfreut sein, wenn sie ihre Befriedigung daran finden; aber wir haben ihnen nichts zu beneiden, und ich glaube, sie haben auch auf unsere Kosten nichts zu begehren. Und deshalb knüpfe ich an Ihren heutigen Besuch und an die Erinnerung an die Leipziger Schlacht auch die Erneuerung des Andenkens an die guten Beziehungen, in denen wir früher mit Rußland gelebt haben, und wünsche, daß unbeschadet der Beziehungen, in denen wir zu Österreich stehen, mit dem wir in Stammesverwandtschaft verwachsen sind, daß wir unabhängig davon doch auch beiderseits den Frieden nach Osten und den Frieden der monarchischen Staaten unter sich wahren! (Lebhaftes Bravo!) Sie haben ja alle, soviel ihrer da sind an Monarchen, durch Kämpfe untereinander viel mehr zu verlieren und der Revolution gegenüber viel mehr einzubüßen als sie je durch Kämpfe untereinander einer von dem anderen gewinnen können.[3] Alles was einmal einer dem anderen, ein großer Staat dem anderen abnehmen kann, ist ja nicht der Rede wert im Vergleich mit dem Bedürfnis der Ruhe im Lande, des Friedens, der gesetzlichen Herrschaft im eignen Lande und des Zusammenhaltens zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Frieden in allen verbündeten Ländern, nicht bloß im Deutschen Reich, sondern auch in den befreundeten und mit ihm dieselbe Politik verfolgenden Ländern unseres jetzt bestehenden Dreibundes.

Ich habe der Versuchung nicht widerstehen können, als alter Politiker meinem langjährigen Wunsche, auch mit dem Osten in guter Fühlung zu bleiben, bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben, weil die Leipziger Schlacht mich an den Dreimonarchenhügel gerade erinnert. (Bravo!) Und, meine Herren, einer der geschicktesten Pfleger dieser ruhigen erhaltenden Politik, nicht bloß konservativ erhaltenden, sondern den Frieden erhaltenden Politik ist Ihr König Albert (Bravo!), und ich kann den Leipzigern gegenüber meinen Dank für ihre Begrüßung und für ihr von mir erwidertes Wohlwollen nicht anders betätigen, als indem ich mit Ihnen zusammen ein Hoch auf Ihren hohen Herrn ausbringe: Mein gnädiger Gönner, der König Albert, er lebe hoch!

Nach dem Rundgange verabschiedet sich Fürst Bismarck von seinen Besuchern mit folgenden Worten:

Meine Herren, ich danke Ihnen nochmals für Ihre ehrenvolle und freundliche Begrüßung, und der Treue, von der Sie eben sangen, wird Gott auch weiter helfen, namentlich

---

[3] Vergl. die ähnlichen Worte in der Antwort Bismarcks auf die Anfrage aus Livadia und der „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. 2, S. 214 und 229.

der gegenseitigen Treue der Deutschen untereinander (Bravo!), von der ich hoffe, daß sie mit der Zeit doch stärker sein wird als aller Parteihader, von dem uns Gott befreien möge! (Bravo!)

Ansprache an die Schleswig-Holsteiner.

26. Mai 1895.

Fürst Bismarck benutzt die Huldigung von 4000 Schleswig-Holsteinern, die durch den Mund des Grafen Reventlow und des Oberlehrers Macke ihre Ehrfurcht bezeugen, zu einer großen Rede über die nationale Bedeutung der Aufnahme Schleswig-Holsteins in den Preußischen Staat, über die Verknüpfung zwischen der Erwerbung der Herzogtümer und deutscher Flottenmacht und Seegeltung.

Meine Herren und meine Damen, Sie wissen, daß mir in den letzten Wochen, seit ich achtzig Jahre geworden bin, zahlreiche Begrüßungen aus allen deutschen Gauen zuteil geworden sind, von Ostfriesland bis in die deutschen Alpen hinein, und auch von den verschiedenartigsten Richtungen unserer inneren Politik. Ich bin weit entfernt, die Ehren, die damit verbunden sind, für meine Person in Anspruch zu nehmen (Rufe: Doch, doch!), sie gelten der Sache, sie gelten den Mitkämpfern, die ich ein Menschenalter hindurch gehabt habe, sie gelten auch mir, und ich bin dankbar dafür, wenn sie ausgesprochen werden. Aber ich würde doch in meinem Alter und bei meiner Körperschwäche mich der Aufgabe entziehen, gewissermaßen die Empfangsstelle für die Bekenntnisse deutschnationaler Gesinnung zu sein, wenn ich nicht der Überzeugung wäre, daß durch die Betätigung der nationalen Gesinnung vermöge praktischer Handlungen und äußerlich wahrnehmbarer Erscheinungen sie in sich gestärkt wird (Zustimmung), und daß man in der Erinnerung an irgendeine Betätigung dieser Gesinnung sein Gedächtnis auffrischt, und daß es zur Belebung und Kräftigung des nationalen Gefühles beiträgt, wenn der zugrunde liegende Gedanke öffentlich und in freiem Worte Ausdruck findet — mag ich nun der Adressat davon sein oder die Gesamtheit meiner früheren Mitarbeiter. Infolgedessen halte ich mich nicht berechtigt, in einer falschen Bescheidenheit die Huldigungen, die mir widerfahren, dadurch abzuwehren, daß ich sie als persönliche auffasse. Ich betrachte sie als Bekenntnisse der nationalen Gesinnung (Zustimmung), und deshalb freue ich mich daran und freue mich, wenn sie durch äußerliche Bekundungen bekräftigt werden. Unter diesen ist nun für mich vor allem die Ihrige von hohem Wert. Ich bin ja nicht in diesen Herzogtümern geboren und erzogen; ich bin von Haus aus Altpreuße, aber ich bin durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden auf diesem Boden, der zur Provinz gehört (Bravo!), und aus Ihrer Begrüßung entnehme ich das Zeugnis, daß Sie mich adoptiert haben. (Lebhafter Beifall.) Ich gehöre eben zur Provinz und bin stolz darauf, denn Ihr Land ist doch nach meinen politischen Erinnerungen der Ausgangspunkt unserer deutschen Entwicklung überhaupt gewesen. (Bravo!)

Wenn ich zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst mit der großen Politik in Berührung kam, so waren es zwei Fragen, die das deutsche Gemüt bewegten: Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte. Beide stehen ja notwendig in einem engen Zusammenhang, auf den ich mir erlauben werde zurückzukommen. Aber ich erinnere nur daran, daß, wie Sie alle wissen, die noch die Zeiten von 48 vor und nach miterlebt haben, — ich erinnere nur daran, daß, als das Militär bei der Berliner Revolution unbeliebt war, man den ersten Versuch

der Versöhnung dadurch machte, daß man die Truppen nach Schleswig-Holstein schickte, also sie in den Dienst der Frage stellte, die alle Gemüter schon damals beschäftigte. Ich erinnere daran, daß wer irgend etwas wollte von der öffentlichen Meinung in der Wahl oder sonstwie, der zog die Flagge der deutschen Flotte auf. Es waren das die beiden Fragen, die in den Jahren vor und nach 1848 unsere öffentliche Meinung absolut beherrschten, Fragen, auf welche sich das deutsche nationale Gefühl, das ja in schwachen Keimen damals vorhanden war, nach meiner Auffassung zuspitzte, sobald es sich äußern sollte.

Beide Fragen waren in ihrer praktischen Lösung außerordentlich schwierig. Vor Schleswig-Holstein lag nicht nur das Schloß des dänischen Besitzes und der geschichtlichen Tradition, sondern auch noch die Wachsamkeit der gesamten europäischen Großmächte, von denen keine dem deutschen Volke und in specie damals dem Preußischen Staate die Entwicklung gönnte, die man voraussah, wenn der deutsche nationale und maritime Ehrgeiz durch den Erwerb von Schleswig-Holstein — ermutigt wurde, will ich mal sagen. Wir waren damals, Preußen, nicht so stark, wie jetzt das Deutsche Reich ist, es war die schwächste der Großmächte, es war in seiner Armeeorganisation nicht fertig, es befand sich in inneren Kämpfen von größter Schwierigkeit, die so leidenschaftlich geführt wurden, daß auch die auswärtige Geltung dabei nicht respektiert wurde. Wir konnten deshalb mit gewalttätiger Entschlossenheit so sehr viel damals nicht durchsetzen in Bezug auf Schleswig-Holstein, und die Frage der deutschen Marine, die damit untrennbar verkoppelt ist, die konnte nicht gelöst werden, solange sieben oder ich glaube acht souveräne Staaten sich in die deutsche Seehoheit und maritime Kriegsberechtigung teilten — es waren das Hannover, Oldenburg, drei Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Preußen in der Ostsee. Zwischen denen eine Einigung derartig zustande zu bringen, wie sie notwendig ist, um eine nationale Flotte weit über das Weltmeer in einem einheitlichen Zusammenhang zu führen, das war eine Aufgabe, die zu überwinden ich mir, waghalsig wie ich damals war, doch nicht getraute. (Heiterkeit.) Wir haben in der anderen, der schleswig-holsteinischen Frage, da uns die Großmächte das Land nicht gönnten, teils aus Abneigung gegen die nationale deutsche Entwicklung, die sich auf diesen Punkt festgebissen hatte, teils auch aus Sorge für den mächtigen Zuwachs — über die haben wir uns mit Mühe weghelfen müssen.

Es war ja von preußischer Seite der Londoner Vertrag abgeschlossen. Wenn der in Geltung blieb, und der blieb wahrscheinlich in Geltung, wenn die Dänen nicht so aggressiv verfuhren, wie es schon mit der Kasinopolitik im ersten Anfange — die älteren Herren werden sich erinnern, was ich damit sagen will — und wie es später mit der Inkorporation der Herzogtümer an irgendeinem — 30. März ich glaube 1863, geschah,[1] wenn diese dänischen Herausforderungen unterblieben, wenn die Verbitterung und die schlechte Behandlung der Deutschen unter dänischer Herrschaft nicht stattfanden, so ist gar kein zwingender Grund anzunehmen, daß nicht auch in den Herzogtümern die Erinnerung an die jahrhundertelangen wichtigen Beziehungen zum dänischen Königshause die Oberhand gewonnen hätten, deren Leitung aber immer in Kopenhagen geblieben wäre.

Es war für meine damalige politische Auffassung ja doch die Frage: Welche von den verschiedenen Abstufungen schleswig-holsteinischer Unabhängigkeit sind erreichbar und welche nicht? und begehe ich nicht einen Fehler, wenn ich das Erreichbare, wie die Personal-

[1] Am 30. März 1863 sprach König Friedrich VII. von Dänemark die Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in den dänischen Gesamtstaat aus.

union, a limine abweise und dafür unter dem Zwange der Großmächte und ohne Unterstützung durch die geringe Macht Preußens, auf die ja Schleswig-Holstein zu meinem Bedauern sich zweimal ohne Erfolg verlassen hat, das Größere erstrebe? — ich war zweifelhaft, aber ich möchte nun dahin konkludieren, daß Sie den Dänen wegen ihrer anspruchsvollen Herrschsucht Dank schuldig seien. (Heiterkeit.) Die Dänen haben das deutsche Widerstandsgefühl in die Höhe gezwungen durch ihre Hartnäckigkeit und durch die Kraft ihrer Bürokratie da, wo sie wieder Herrscher geworden waren, nicht bloß in den Herzogtümern selbst, sondern auch im übrigen Deutschland. Die Dänen waren es, die uns die Möglichkeit gegeben haben, schließlich in der schleswig-holsteinischen Frage noch einen Zipfel zu finden, an dem es möglich wurde, die deutsche Frage zu lösen. (Bravo! Heiterkeit.)

Ich habe im ersten Augenblick kein festes Vertrauen auf die Möglichkeit einer deutschen Flotte mit den sieben Ufer-Souveränen gehabt, und ich bin mit tätig gewesen beim Verkauf der angeblichen deutschen Flotte[2] (Heiterkeit) — ich brauche bloß den Preis zu nennen, der mir ungefähr in der Erinnerung ist: es wurden sechs schwere Fahrzeuge für 230 000 Taler verkauft (Heiterkeit), es war der Rest der deutschen Flotte, Fischer war der Auktionator, das ist mir noch in der Erinnerung. Es gelang mir als Bundestagsmitglied für Preußen zwei von den Schiffen,[3] die ich nicht ausgewählt hatte, sondern Sachkundige, für uns in Sicherheit zu bringen. Das war aber das einzige noch einigermaßen preiswürdige Verwendbare. Aber ich sagte mir: ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte, und in der deutschen Nation war das Gefühl lebendig: wir wollen doch nicht in der Lage bleiben, daß uns ein Staat wie Dänemark die See verbieten kann, und daß wir unter der dänischen Blockade ersticken müssen in der Ausfuhrlosigkeit, einem Staate von zwei Millionen Einwohnern gegenüber. Auch außerdem war es eine Frage der nationalen Würde, daß eine Nation wie Deutschland nicht in Zeiten der Krisis einer Flotte zweiter Klasse zur See gewachsen sein sollte. Wir waren damals doch sehr viel schwächer als alle anderen, wir waren den europäischen, amerikanischen, orientalischen Flotten nicht gewachsen. Mit den Flotten von England und Frankreich zu rivalisieren, würde ich für eine Übertreibung halten, aber wir müssen zur See so stark sein, daß wir uns die See nicht von Mächten zweiter Klasse, namentlich solchen, die wir zu Land nicht langen können (Heiterkeit), verbieten lassen, und das sind wir defensiv, wenn wir eine Anzahl von Schlachtschiffen haben, und namentlich müssen wir doch unsere Kauffahrer in fernen Meeren schützen können. Dazu gehören Kreuzer und mehr, als wir gegenwärtig besitzen. In meinen inneren Sympathien habe ich mehr Neigung für Kreuzer als für Parade- und Panzerschiffe,[4] aber ich bin nicht berufen, mitzureden in diesen Dingen, ich warte in Ruhe ab, was befohlen wird. Ich habe mir aber von Haus aus gesagt: ohne die Herzogtümer wird Deutschland nie eine deutsche Reichsflotte haben können. Wenn die Herzogtümer in einer militärisch abhängigen Situation blieben, wie damals von vielen Seiten erstrebt wurde, so in der Zeit namentlich, wo auch in Hannover noch Unabhängigkeitsbestrebungen in Bezug auf die Flotte herrschten — Hannover erstrebte eine deutsche Admiralitätsstellung, — das wäre Teilwerk geworden. Da habe ich mir gesagt: wenn wir die Herzogtümer nicht besitzen und erwerben, dauernd,

---

[2] Vergl. jetzt das Werk von A. O. Meyer: Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag 1851—59 S. 73 ff.

[3] Barbarossa und Gefion.

[4] Vergl. dazu die Erzählung von Großadmiral v. Tirpitz in seinen „Erinnerungen", S. 89 f.

so werden wir nie eine große Seemacht werden können; die Herzogtümer und die Flotte sind unzertrennbar voneinander, sie gehören zusammen. Auch in der geographischen Lage mit der der Bevölkerung sympathischen plattdeutschen Sprache niedersächsischen Ursprungs gehören sie zu uns. (Bravo!)

Ich habe von der ersten Eröffnung der Frage durch den Tod des Königs von Dänemark im November 1863 gleich die Überzeugung gehabt und vertreten, amtlich vertreten: „Dat möt wi hebben!" (Bravo!) Zu Anfang habe ich wenig Liebe gefunden, sowohl bei meinen heutigen engern Landsleuten als bei meinen amtlichen Mitarbeitern als auch höheren Orts; aber in mir saß die Überzeugung so fest, und meine Liebe zu diesem Lande und mein Glaube an die Kräftigung, die Preußen dadurch erfahren würde, war so groß, daß ich sagte: Und wenn wir die beiden schlesischen Kriege mitsamt dem siebenjährigen darum führen sollten, so führen wir sie, aber haben müssen wir sie! (Bravo!)

Meine Herren, ich habe ja damals nicht geurteilt wie ein geborener Schleswig-Holsteiner, ich habe geurteilt wie ein geborener Preuße mit einer starken deutschen Empfindung und habe mir gesagt: Soll Deutschland überhaupt sich konsolidieren und zur See mächtig werden, so ist die Vermehrung der Mittelstaaten im Bunde nicht der Weg, auf dem wir dazu gelangen. Da habe ich schwere Kämpfe damals gehabt, und was mir zu Hilfe gekommen ist, das ist der deutsche Sinn der Bevölkerung dieser Lande an sich, die sind doch allmählich zur Besinnung ihrer Situation und der Situation des deutschen Volks gekommen. Und das Bedürfnis, der großen deutschen Gemeinschaft enger anzugehören, hat sich mehr und mehr befestigt, schon vor dem Kriege von 1870, wo wir sechs Jahre nach der Annexion mit den schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege schwere Gefahren bestanden haben, von denen kein einziger Soldat weder an seiner deutschen Gesinnung und an seiner Fahnentreue schwach geworden ist noch auch an seiner Körperkraft, daß sie versagt hat unter sehr schwierigen Verhältnissen. Ihre Regimenter haben ja damals an den schwierigsten Teilen der Winterfeldzüge von 1870/71 mit teilgenommen und haben sich geschlagen wie die Helden, wie man von dem alten nordalbingischen Blut nicht anders erwarten konnte. (Bravo!)

Infolge dieser Rückerinnerung nehme ich an, daß, wenn man über das, was vor dreißig, vierzig Jahren hätte geschehen sollen, damals zweifelhaft war, doch heute über alle Zweifel der Art Absolution erteilt worden ist (Zustimmung), bei Ihnen in Ihrer Heimat, und daß von allen, die damals Gegner waren, eine Indemnität in den Herzen bewilligt worden ist (Zustimmung), und wenn unsere schleswig-holsteinische Bevölkerung einmal ihre Wahl mit Sachkunde getroffen hat, dann hält sie auch fest, und deshalb ist es mir nicht zweifelhaft, daß sich das „up ewig ungedeelt" nicht bloß auf Schleswig-Holstein, sondern in Zukunft auf Schleswig-Holstein und das gesamte Deutschland immer mit Erfolg in Anwendung bringen läßt (Bravo!), und wer es auseinander bringen will, der muß ganz andere siegreiche Kriege führen, als wir getan haben, um es zusammenzubringen. (Bravo!)

Nun, meine Herren, die Versöhnung zwischen den früheren widersprechenden Meinungen hat ja einen äußerlichen Ausdruck gefunden in der Tatsache, daß wir eine Landsmännin von Ihnen, eine schleswig-holsteinische Prinzeß zur Kaiserin haben, und ich glaube Ihnen deshalb einen landsmannschaftlichen Gruß zu bringen, wenn ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf die Kaiserin, die Prinzeß von Schleswig-Holstein, auszubringen. Sie lebe hoch!

Ansprache an die Abordnung des Bundes der Landwirte.

9. Juni 1895.

Eine aus 130 Männern bestehende Abordnung des Bundes der Landwirte überreicht mit einer Adresse eine Stiftung von 10 000 Mark und einen Ehrenschild. Fürst Bismarck benutzt die Dankesrede zu einem großen Überblick über die Pflichten und Aufgaben der Regierung gegenüber der Landwirtschaft und zu einer „Warnung vor der Wahl von Strebern und Drohnen", d. h. Gehaltsempfängern und Beamten, die ohne Kenntnis des wahren Lebens am grünen Tisch entscheiden:

Ich bitte die Herren zunächst, meinem Beispiel zu folgen und sich zu bedecken, um die Sonnenblende zu vermeiden.

Meine Herren und Damen, Sie bringen mir in Ihrer Adresse und in dem schön gearbeiteten begleitenden Schild einen Beweis der Anerkennung der Vergangenheit, in der es mir vergönnt war an den Geschicken unseres Vaterlandes tätig mitzuwirken, und als solcher, als ein Anerkenntnis für die Vergangenheit, ist es ja für einen alten Politiker, der am Abend seines Lebens steht, doch höchst wertvoll, dieses Zeugnis seinen Kindern zu hinterlassen. Ich würde gern mit Ihnen noch weiter gemeinsam arbeiten, um die Zukunft den Wünschen und Bedürfnissen unseres Volkes entsprechend zu gestalten, aber dazu versagen sich mir die Kräfte, und selbst den geringen Einfluß, den ich auf Grund meiner politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen auf die Gestaltung unserer Zukunft noch üben könnte, bitte ich außer Rechnung zu lassen. Ich kenne die Absichten unserer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf dieselben.

Es ist ja auch schwer, einen Einfluß auf unsere Zukunft wiederzugewinnen, nachdem vor einigen Jahren für längere Zeit darauf verzichtet worden ist. Wir sind festgelegt durch die Handelsverträge; an diesen können wir ehrlicherweise nichts ändern, solange sie gelten, und wir müssen, um doch nicht müßig zu bleiben, ins Auge fassen, was wir ohne deren Änderung für die Landwirtschaft tun können. Da sind ja noch manche sogenannte kleine Hilfen, die in der Hand der Regierung und der Gesetzgebung stehen, aber bei denen auch die Landwirte selbst durch ihre Abgeordneten zur Gesetzgebung mitwirken können und mitzuwirken haben. Das ist in den letzten fünf Jahren meiner Überzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, wie es hätte geschehen können. (Sehr richtig!) Als ich ausschied aus dem Dienste, da kam ja doch ein — ich möchte sagen nach neuerem parlamentarischen Ausdruck — ein unlauterer Wettbewerb der Fraktionen zum Vorschein (Heiterkeit), wer die Erbschaft antreten könnte, wer sich hinreichend lieb Kind machen könnte, um das Heft in die Hand zu bekommen, ein Wettbewerb der herrschenden Fraktionen um den Ministerposten, den der eine oder andere begehren mochte. Solange ich im Dienste war, hatte sich der Ehrgeiz in der Richtung schweigend und zurückhaltend verhalten. Sobald die unerwartete Freiheit der Karriere entstand, glaubte jeder, daß ihm zunächst der blaue Brief bevorstände (Heiterkeit), und dieser Stimmung verdanken wir die Annahme der Handelsverträge (Zustimmung) und die Demütigung, der die Parlamente sich unterzogen haben, daß sie in wenig Wochen Fragen von der Tragweite — durchpeitschten, darf ich wohl sagen, ohne sie näher prüfen zu können. (Bravo! Sehr richtig!)

Der erste Schaden war, daß wir zu einer Zeit, wo wir das Geld nötiger wie je zu einer Verstärkung unserer Wehrkraft gebrauchten, auf durchschnittlich vierzig Millionen Zoll-

einkünfte verzichteten,[1] die ohne irgendeine Belästigung, ja mit Nutzen für das Inland in unsere Staatskasse flossen. Ich will in der Kritik nicht weitergehen, denn ich habe in Rückblick auf meine Vergangenheit und auf meine ganze Stellung zu unseren monarchischen Einrichtungen doch nicht den Beruf der Kritik; hätte ich den, so wäre ich vor ein paar Jahren, wo ich Reichstagsabgeordneter war, hingegangen nach Berlin und hätte von der Leber weg geredet. (Bravo!) Wenn ich das aber ganz freien Herzens getan hätte, so fürchte ich, daß vielleicht doch noch der Eindruck gekommen wäre, daß Richter und Bebel die besseren Menschen im Vergleich mit mir wären. (Stürmische Heiterkeit.) Denn ich habe da, wo ich Verpflichtung fühlte zu fechten, nie eine Mördergrube aus meinem Herzen gemacht. (Bravo!) Aber ich tue es jetzt. Ich habe keine Verpflichtung zu fechten, ich bin nur noch ein zuschauender Privatmann, der mit herzlichem Danke die Anerkennung entgegennimmt, die ihm seine Vergangenheit mit Gottes Hilfe geschaffen hat. Unsere Sache, — wenn ich sage „unsere", so meine ich die der Landwirte, denn ich bin Landwirt von Haus aus (Bravo!), ich bin es gewesen, ehe ich Beamter wurde und ehe ich Minister wurde, und als Minister habe ich natürlich keiner Fraktion angehören können, sondern nur dem Vaterlande und dem König. (Bravo!) Jetzt kann ich wieder fest für meine alte landwirtschaftliche konservative Fraktion leben, und da möchte ich meine Berufsgenossen bitten, bei den Wahlen — was ja die einzige Waffe ist, die uns jetzt zu Gebote steht, die einzige Mitwirkung in Bezug auf unsere Gesetzgebung, aber eine, ich bedaure es, vernachlässigte Mitwirkung in den letzten Jahren — bei den Wahlen mehr als bisher auf die Vertretung unserer Interessen zu sehen. (Zustimmung.) Wie die Wahlen bei uns zuerst aufkamen, da standen ja die politischen Meinungsverschiedenheiten im Vordergrunde. Wer alt genug ist, sich zu erinnern, wie die Programme 48, 49 wie die Spargel aus der Erde schossen überall, und wie man daran tüpfelte, wer etwas politisch noch anders ausdrücken konnte wie ein anderer — der wird gleich mir das Gefühl haben, daß diese politischen Haarspaltereien sehr in den Hintergrund getreten sind im Vergleich mit den materiellen Interessen, die es gilt im Leben zu vertreten. Um sie zu vertreten und mit Sicherheit vertreten zu sehen durch unsere Abgeordneten, müssen wir doch Mitinteressenten wählen und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und ohne Ar liegen (Große Heiterkeit. Bravo!), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Früher konnte man ja ohne weiteres einen Landrat wählen; der war ein mit dem Kreise ohne Scheidungsmöglichkeit vertrauter Genosse, der mit siebzig Jahren als Landrat da, wo er gewählt war, starb, und der den Kreis überhaupt vertrat. Heutzutage hat der Ausdruck Landrat für den Wähler noch natürlich und Gott sei Dank etwas Bestechendes; aber es sind doch in der Mehrzahl junge Beamte, die so bald als möglich aus der unteren Stufe des Landrats in höhere gelangen wollen, und die ihre Wahl unter Umständen als Treppe dazu betrachten.[2]

Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Kandidaten darauf ansehen: hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz gewiß die Stimme nicht geben, denn da liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung seines Weges, in der Verfolgung seiner Karriere, und er wird seine Wähler vergessen und Berlin im Gedächtnis haben.

---

[1] Vergl. Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, S. 157 Anmerkung.
[2] Vergl. Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, S. 13.

Ferner würde ich mir auch die Frau ansehen, die mitgeht. Hat die ein Bedürfnis, in Berlin zu wohnen und dort gesellschaftlich eine Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen (Heiterkeit); nachher wenn er wirklich Minister wird, so wächst er fest vermöge der konservativen Richtung der Frau in der Wohnung als Minister, die dem Manne immer wie ein zu weit gemachter, ererbter oder vom älteren Bruder überkommener Rock sitzt. (Große Heiterkeit.) Der Frau fehlt aber immer noch ein Zimmer in dieser großen Wohnung; sie hofft es aber noch zu erlangen, und sie kann sich deshalb nicht trennen. Dann entstehen die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgendwelche landwirtschaftlichen Interessen mit Energie bei ihren Kollegen vertreten. (Bravo!)

Und deshalb, wenn wir mal wieder wählen, wählen wir vor allen Dingen keine Streber, sondern Leute von unserem Fleisch und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht. (Bravo!) Halten wir fest an der Interessenvertretung! Die Landwirtschaft ist das erstgeborene Gewerbe und dasjenige, was doch auch heute noch die relative Majorität unter allen Gewerbebetrieben im Deutschen Reiche hat — sie ist aber bei weitem nicht das erstberücksichtigte. Das erstberufene mag sie sein, aber es gehen ihr alle andern vor, weil die Landwirte eben nicht in der Stadt wohnen und nicht den Einfluß auf die Vorbereitung unserer Gesetze haben.

Aber die Herren, die ihr Gehalt beziehen, es mag gutes oder schlechtes Wetter sein, und weiter nichts beanspruchen, die sind es, die unsere Gesetze vorbereiten und so weit bringen, daß der Landwirt aus der Provinz, der nach Berlin kommt, nach seiner ganzen Vorbildung nicht in der Lage ist, etwas daran zu ändern. Er ist immer in der Lage, nein zu sagen, ist aber sein Fraktionschef ein Mann, der Minister werden will, dann darf er nicht nein sagen; und uns Landwirte drückt der Schuh nachher, den sie in Berlin arbeiten. Und deshalb möchte ich empfehlen, daß wir uns des berechtigten Mittels, was wir bei den Wahlen haben und in der parlamentarischen Mitwirkung an der Gesetzgebung, doch mehr und etwas mutiger bewußt werden, als bisher in der Praxis erkennbar ist, und daß wir der Gesetzmacherei ohne Halm und Ar den Kriegsruf entgegensetzen: Für Halm und Ar[3] (Stürmischer Beifall), für jeden ehrlichen produktiven Erwerb, für Handwerk und Industrie! Wir alle, die wir produzieren — wir müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produzieren als Gesetze, und dazu reichlich!

Nun, meine Herren, ich habe leider gehört, daß Sie Ihre Anwesenheit hier auf sehr kurze Zeit beschränkt haben, und ich unterdrücke deshalb, was ich sonst noch hätte sagen können, und schließe meine Äußerung mit der Bitte, mit mir zusammen den ersten Grundbesitzer unseres Landes, den Kaiser, leben zu lassen, der doch auch nicht bloß als Landesfürst und Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut fühlen muß, wie die große Menge seiner treuesten und vielleicht finanziell am meisten belasteten Untertanen leidet, sondern dem ich auch wünschte, daß die alte vornehme Art, nach der ein regierender Herr, bei uns wenigstens, keine Geldabfindung vom Staate empfing, sondern seine ihm angestammten Güter behielt und aus ihnen herauswirtschaftete und auf diese Weise mit der Landwirtschaft und mit dem Lande jede Bewegung fühlte an seinen eignen Erträgnissen, noch Geltung hätte. Nun

[3] Gerichtet gegen Graf Caprivi, der von sich bekannte, ein Mann ohne Ar und Halm zu sein.

das ist ein frommer Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Ich gebe ihm hier nur Ausdruck, um meinen Gedanken zu beleuchten. Ich würde sonst noch weiter gehen und sagen: Gebt jedem Staatsminister eine Domäne, von deren Ertrag er zu leben hat, (Heiterkeit, Bravo!) oder beteiligt ihn an einer Industrie, deren Erträge sein Einkommen bilden. Aber daß dieses Einkommen, es mag gut oder schlecht gehen, unter allen Umständen gesichert bleibt, das paßt nicht zu der menschlichen Schwäche. Wenn es mit herauf- und heruntergeht mit dem Wohlbefinden des Staates und der Regierten, dann ist er doch aufmerksamer und wehrt sich mit. Also das nur zur Beleuchtung. Diese mehr theoretische Unzufriedenheit mit den bestehenden heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, meine Herren, Seiner Majestät den Kaiser, unseren größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten Schutzherrn der Landwirtschaft und aller produktiven Gewerbe hochleben zu lassen. Seine Majestät der Kaiser er lebe hoch!

Ich kann leider nicht alle Herren und Damen zu mir zum Frühstück einladen; die Lokalität reicht nicht. Aber so viel Plätze da sind, so viel Gäste sind mir herzlich willkommen.

Auf den Gruß der deutschen Bauern, den beim Frühstück Dr. Rösicke überbringt, antwortet der Fürst:

Ich danke Ihnen sehr für die beredten Worte, die Sie mir gewidmet haben. Ich kann in Wahrheit sagen, daß ich ein deutscher Bauer bin. Vor fünfzig oder sechzig Jahren erwarb ich in Schönhausen einen Bauernhof und muß daher auch im juristischen Sinne als Bauer betrachtet werden. Politisch und wirtschaftlich habe ich stets auf dem Standpunkte gestanden, daß der deutsche Bauernstand geschützt werden müsse, und habe somit stets als Bauer empfunden. Ich danke Ihnen.

Ansprache an die Abordnung badischer Städte und der Stadt Ulm.

12. Juni 1895.

Für zwölf badische Städte, die dem Fürsten einen Gesamtehrenbürgerbrief überreichen, spricht Oberbürgermeister Schnetzler, Karlsruhe; für Ulm Oberbürgermeister Wagner. Fürst Bismarck sagt:

Meine Herren, ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundliche Begrüßung. Wenn jemand die größte Zeit seines Lebens darauf verwandt hat, an einem Bau zu arbeiten, so hat er natürlich bis an sein Ende ein Interesse daran, zu sehen, ob er hinreichend festgefügt ist, und jedes Zeugnis, welches ich dafür erhalte, daß die Bewohner des Baues mit ihm zufrieden sind und an seine Festigkeit glauben, ist für mich um so wertvoller, je älter ich werde. Ich gehöre zu den Leuten, die Wert auf eine gute Grabschrift legen und auf ein gutes Zeugnis meiner Mitbürger. Und gerade vom entferntesten Süden und Südwesten ist mir besonders wertvoll: einmal, daß Sie sich wohlfühlen, und zweitens, daß Sie an die Haltbarkeit des Baues, so wie er ist, glauben.

Das Großherzogtum Baden hat ja durch seinen Landesherrn und durch die Gesinnung seiner Bewohner einen wesentlichen Anteil an der nationalen Bewegung genommen, manchmal unbequem, manchmal förderlich, und wir haben in Berlin abwarten müssen, bis die Verhältnisse in Europa und namentlich in Deutschland so weit reif waren, daß wir die Main-

grenze fallen lassen konnten.[1] Baden allein in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, war nicht angängig, wir mußten den größeren süddeutschen Block, den Bayern und Württemberg bilden, doch notwendig gleich mit herein haben, und so lange abwarten, bis dies der Fall war. Es ist dies ja ein großer und schöner Rückblick, der sich mir beim Abschluß meiner politischen Laufbahn gewährt, daß nicht bloß äußerliche Einheit, sondern auch innerliche Einmütigkeit zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen Land und Stadt, zwischen Militär und Zivil herrscht. Wie ich Minister wurde, war ich allein nicht hinreichend, den Zwiespalt zu beseitigen, der zwischen dem Bürger- und dem Wehrstande damals bestand und der allein schon genügte, die nationale Stärke zu gefährden. Das alles hat sich geglättet und ist geschwunden, und kommt, so Gott will, nicht wieder; und allen, die daran mitwirken und mitgewirkt haben, kann ich nur als kompetenter Zeuge meinen herzlichsten Dank sagen.

Und auch der alten Reichsstadt Ulm hat die vaterländische Gesinnung niemals gefehlt; sie wird feststehen wie ihr Münster, der der schönste war, ehe der Kölner fertig wurde; dem Straßburger fehlt ja ein Ohr.

Ich bin leider etwas krank und matt, ich bin augenblicklich zu einem Barometer geworden; jeder Witterungswechsel macht sich an meinem Körper fühlbar, und ich habe deshalb das Bedürfnis, mit den Herren mich hinzusetzen und more germanico zur Stärkung ein Glas zu trinken. Aber ehe wir dahin gehen, bitte ich Sie noch den Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Mitwirkung, die ich aus Baden und namentlich aus badischen bürgerlichen Kreisen gehabt habe, dadurch zu betätigen, daß Sie mit mir das Hoch Ihres Landesherrn, des Großherzogs, ausbringen. Seine Königliche Hoheit lebe hoch!

Ansprache an die Abordnung der Städte Hof und Bayreuth.

24. Juni 1895.

Auf die Überreichung des Ehrenbürgerbriefs von Hof und Bayreuth durch Kommerzienrat Münch-Ferber und Bürgermeister Bayerlein bemerkt Fürst Bismarck:

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, Ehrenbürger von Bayreuth zu sein, namentlich da wir früher mit Bayreuth einen dynastischen Zusammenhang gehabt haben, lange Zeit unter derselben Dynastie gestanden haben und auch später einmal kurze Zeit unter denselben preußischen Königen. Diese Erinnerungen wurden 1866 vor dem Friedensschlusse wachgerufen, und ich habe meinem hohen Herrn damals gesagt: Bayreuth ist nun seit zwei oder drei Menschenaltern mit dem bayrischen Staat verwachsen, hat sich eingelebt und ist für Bayern treu. Die Beziehungen zu Preußen dagegen und zu Brandenburg waren in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz kurz und haben keinen dauernden Eindruck hinterlassen. So wie ich die Sache auffasse, ist die ganze Stimmung der Einwohner der ansbachischen Markgrafschaft nicht derart, daß, wenn wir im Kriege geschlagen würden und die Gegend räumen müßten, die Anhänglichkeit an uns in dem Lande dann ungeschwächt

[1] Gemeint ist das für Bismarck oft unbequeme Drängen Badens nach der Aufnahme in den Norddeutschen Bund zwischen 1867 und 1870.

bleiben würde. Es würde nicht allein in München, sondern auch in den alten Markgrafschaften verstimmen, wenn man dort eine preußische Enklave schaffen wollte. Ich glaube, Sie haben es so besser und sind eingewöhnter, es würde ein Losreißen gewesen sein. Der Minister v. d. Pfordten hatte sich schon darein gefunden, als ich aber vom König zurückkam, und ihm sagte, daß alles beim alten bleiben solle, da fiel er mir um den Hals und küßte mich auf beide Backen und sagte: „Sie haben doch ein deutsches Herz im Leibe,“ [1] worauf ich sagte: „Das haben wir wohl beide.“

Ansprache an die Schüler der Oberklassen des Gymnasiums zu Seehausen in der Altmark.

28. Juni 1895.

Die beiden obersten Klassen des Gymnasiums von Seehausen in der Altmark begrüßen den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh unter Leitung ihres Direktors Bindseil. Der Fürst sagt, nachdem er einzelne Schüler nach ihrer Berufswahl gefragt hat:

Ich habe mich recht gefreut, die junge Landsmannschaft zu sehen. Man kann von Schönhausen aus den Seehäuser Turm sehen, Havelberg mit bloßen Augen, Arneburg hatte ich von Kind auf vis-à-vis. Das macht die Wische, die flach ist, daß man aus dem Fenster, da es höher liegt, so weit sehen kann. Da kann ich auch den Seehäuser Turm sicher sehen bei klarem Wetter. — Klares Wetter, meine jungen Herren, nicht nur heute, sondern auch später. Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung — ein matter und müder alter Mann, der das Leben hinter sich hat und nichts mehr von der Welt zu erwarten hat.

Auf ein Dankeswort des Direktors Dr. Bindseil erwiderte der Fürst:

Ich danke Ihnen, meine jungen Herren, und wenn Sie älter werden, vergessen Sie nicht, daß wir Altmärker dem Reiche mit erhöhtem Selbstgefühle gegenüberstehen, aber auch mit erhöhtem Pflichtgefühl. Die Altmark ist der Kern, um den herum sich die Mark Brandenburg gebildet, und die Mark ist der Kern des Preußischen Staates geworden durch tüchtige Kurfürsten und bedeutende Herrscher. Und Preußen war schließlich doch notwendig, das Deutsche Reich zusammenzufügen und zu schaffen; und so kann man, wenn man der Genesis auf den Grund geht, in der Altmark einen Keim des Riesenbaumes finden, den heute das Reich bildet, wie in der Eichel. Halten Sie sich das immer gegenwärtig und stehen Sie tapfer zum Reich und zur Altmark. Vielen Dank für Ihren Besuch.

Ansprache an die Abordnung des Deutschen Kriegervereins in Chikago.

30. August 1895.

Sechzig Mitglieder des Deutschen Kriegervereins zu Chikago, ehemalige Mitkämpfer von 1870, überreichen dem Fürsten Bismarck die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft. Fürst Bismarck antwortet auf die Ansprache des Präsidenten des Vereins Schlenker:

Meine Herren, ich fühle mich einmal hochgeehrt durch die Auszeichnung, die mir zuteil wird durch Ihren Besuch, da Sie sich über See so weit hierher finden in den Wald,

[1] Vergl. die Erzählung aus Bismarcks Munde, aber in anderem Zusammenhang im Reichstag des Norddeutschen Bundes 26. Oktober 1867. Ges. Werke Bd. 10, S. 400.

und dann macht es mir eine sehr große Freude, daß Sie die alten Erinnerungen festhalten und mich darin mit einbeziehen; es tut mir sehr leid, daß ich nicht alle Ihre Reisegenossen hier empfangen kann, aber ich bin nicht so gesund und so kräftig, wie ich war und wenn ich spreche habe ich doch immer Schmerzen. Es ist ja bei achtzig Jahren überhaupt Gott zu danken, daß man noch Schmerzen auszustehen hat und lebt. Aber man wird doch wrack — angestrichen und getakelt, aber die Planken taugen nichts mehr. Und so gehts auch mir, ich kann wohl noch zusehen, aber nicht mehr mitmachen, sonst wäre ich ja zu der Ausstellung nach Chikago gekommen; ich würde überhaupt gern die Vereinigten Staaten von Amerika gesehen haben; das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischste. Nach allen Erfahrungen, die ich mit früheren Dienern, Hausgenossen und Arbeitern gehabt habe, die dorthin gegangen sind und mit denen ich zum Teil korrespondiert habe, geht es ihnen wohl da, und sie fühlen sich behaglich. Das kann ich von den Auswanderern nach den andern Ländern doch nicht so sagen.

Beim Frühstück weiht der Fürst ein stilles Glas dem Andenken des Kaisers Wilhelm:

Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unseres alten Königs Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben alle unter ihm gedient.

Nach dem Frühstück begrüßt der Fürst die vor dem Hause aufgestellten Veteranen:

Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie mir die Ehre erzeigt haben, mich hier zu besuchen, und ich freue mich von Herzen, daß Sie soviel Anhänglichkeit an Ihre alten Kameraden bewahrt haben, daß Sie die weite Reise zu uns nicht scheuten und daß Sie unter den alten Kameraden auch mich nicht vergessen haben, so daß für uns Gelegenheit ist, uns noch einmal wieder ins Angesicht zu sehen. Es ist mir eine große Freude, Sie zu begrüßen und in Ihnen das nationale Gefühl wiederzufinden, das Sie mit der Gesamtheit unseres Heeres haben entzünden und beleben helfen, daß Sie sich das so bewahrt haben, daß es Ihnen ein Bedürfnis ist, Ihre alten Landsleute wiederzusehen. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalgefühl, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so; aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen haben mit ihren Hammerschlägen das ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht getan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es so bald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen wie mit dem Kriege — —

Ich bringe Ihnen ein Hoch auf Ihr neues Vaterland die Vereinigten Staaten und bitte es zu kreuzen mit einem Hoch auf Ihr altes Vaterland. Die beiden haben ja nichts zu zanken miteinander. Ich bitte Sie also, stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf das Wohl der Stadt Chikago, der die meisten von Ihnen angehören, und auf das Wohl der Deutschen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Mögen sie prosperieren! Ich freue mich zu sehen, daß die Anhänglichkeit an das alte Vaterland durch das atlantische Wasser bei Ihnen nicht abgewaschen ist, sondern sich als echt erweist.

Äußerungen Bismarcks beim Empfang einer Abordnung Hallescher Bürger.

22. Februar 1896.

Eine mit 7000 Unterschriften bedeckte Adresse Hallescher Bürger wird am 22. Februar 1896 überreicht. Nach der Niederschrift eines Teilnehmers bemerkt Fürst Bismarck, zunächst über die Kolonialfrage sprechend, daß in fernen Erdteilen der Kaufmann vorangehen und der Staat mit seinem Schutz nachfolgen müsse. Nachdem er sich noch gegen die schlechte Behandlung der Neger ausgesprochen, kommt er auf die polnische Frage und sagt ungefähr folgendes:

Bezüglich der Tätigkeit der Ansiedlungskommission in den polnischen Gebietsteilen fühlt sich der Fürst durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner alten Auffassung bestärkt, daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter keine glückliche Maßregel gewesen sei. Es wäre richtiger gewesen, diese Ländereien zunächst als Domänen in königliches Eigentum überzuführen und sich die Pächter dieser Domänen nach politischem Bedürfnis auszusuchen. Die Hauptsache sei doch gewesen, daß die betreffenden Besitzungen aus den polnischen Händen in preußischen Staatsbesitz gelangten, alles weitere sei cura posterior gewesen, und es habe kein Grund zur Überstürzung vorgelegen. Es sei seinerzeit von ihm auch nicht beabsichtigt gewesen, daß bei der Tätigkeit der Ansiedlungskommission vorzugsweise auf die Neusiedlung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen werde. Die politische Tendenz sei nicht sowohl auf die Ersetzung polnischer Bauern durch deutsche Bauern gerichtet gewesen, sondern auf die möglichste Beschränkung des polnischen Großgrundbesitzes in seiner durch die Geistlichkeit geförderten Deutschfeindlichkeit und nationalpolnischen Aspiration. Es sei darauf angekommen, diesen Grundbesitz in Domänen unter Pächtern zu verwandeln, auf die der Preußische Staat habe fortdauernd zählen können. Man sei auch in dieser Sache zu eilig vorgegangen, habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesät sei. Die Ungeduld, die sich auch hier offenbare, sei eine der übelsten Eigenschaften, die es in der Politik gebe. Man hätte sich Zeit lassen sollen, allmählich eine deutschtreue Bevölkerung auf dem Wege der Einzelsiedlung in ihrer naturgemäßen Entwicklung herzustellen. Es stand gar nichts im Wege, den Besitz des polnischen Adels anzukaufen, ihn in Händen zu behalten und ihn dann nach Zeit und Umständen zu verwerten.

Ansprache an die Hamburger Bürger.

1. April 1896.

Zum 81. Geburtstag bringen Hamburger Bürger den üblichen Fackelzug dar. Dafür und für die Ansprache des Kaufmanns Staelin dankt Fürst Bismarck mit folgenden Worten:

Meine Herren, das Wohlwollen der Nachbarn ist für das Leben des deutschen Christen nach dem lutherischen Katechismus ein Bedürfnis, und ich bin sehr erfreut, daß ich mich des Wohlwollens meiner hamburgischen Nachbarn seit so langer Zeit unentwegt erfreue, ohne es inzwischen, wie so manches andere Wohlwollen verloren zu haben. Ich freue mich, daß Sie durch Ihre heutige Begrüßung die Fortdauer dieses nachbarlichen Wohlwollens mir gegenüber betätigen. Ich sehe darin einmal eine Anerkennung meiner früheren Leistungen, die für mich ja besonders schmeichelhaft und wohltuend ist, dann aber auch macht es mir

als deutschem Staatsbürger eine besondere Freude, daß die Hauptstadt unseres Reichsanteils hier, so kann ich Hamburg doch wohl nennen, gedeiht und blüht, und ich sehe in dem Gefühle, daß es so ist, auch inneren Anlaß zu der Begrüßung, die Sie mir mit Bezugnahme auf die vergangenen Jahrzehnte erweisen. Hamburg ist für das ganze Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete wenigstens nicht schlecht. (Heiterkeit, Bravo!) Es ist das auch einigermaßen gegenseitig: eine Handelsstadt prosperiert am besten, wenn ihr Hinterland reich wird und wohlhabend ist. Eine Handelsstadt in einer armen Küstengegend wird nie die Entwicklung haben wie eine solche, die wie Hamburg ein großes reiches Hinterland hinter sich hat, und von dieser Überzeugung komme ich zu der Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen, die in neuer Zeit in der Presse und in Parteikämpfen üblich ist, unberechtigt ist. Wir arbeiten alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt. Wenn unser Land zurückgeht, so leiden wir alle, und wenn es vorwärts geht, so gewinnen wir alle und fühlen uns alle behaglich, und nun kann ein Land nicht vorwärts gehen, bei dem ein sehr großer Anteil der Bevölkerung rückwärts geht in seiner Wohlhabenheit und seinem Behagen. Das Gedeihen von Hamburg wirkt befruchtend auf das ganze Elbgebiet, aber das Gedeihen des ganzen Elbgebietes, auch des landwirtschaftlichen und industriellen, wirkt auch wiederum fördernd auf Hamburg, und Hamburg, so groß wie es ist — auf dem Kontinent ja das größte Emporium — würde doch auch darunter leiden, wenn das Oberland, das Hinterland von Hamburg, das Gebiet im übrigen zurückginge, und deshalb sage ich nicht bloß aus nachbarlicher Liebe und Dankbarkeit für alles Wohlwollen, was mir von Hamburgischer Seite, seit ich hier dauernd wohne, stets bezeigt worden ist, auch lediglich aus materiellen Interessen sage ich: Gott fördere Hamburg, und möge es blühen und gedeihen, so daß es die fruchtbringenden Strahlen seines eigenen Wohlseins auch auf das Hinterland ausstrahlt, und möge es auch dem Hinterland beistehen nach außen hin, sich selbst zu erhalten und zu fördern. Da kommt bei mir der Landwirt zur Sprache, ohne daß ich gerade ein leidenschaftlicher Agrarier wäre, (Heiterkeit) aber ohne Berechtigung sind die Leute nicht.

Ich bitte Sie also, nachdem Sie mich hier begrüßt haben, mit mir meinem nachbarlichen Wohlwollen und meinen freundlichen Gefühlen für Hamburg Ausdruck zu geben: die Stadt Hamburg und ihre Regenten, sie leben hoch!

Ansprache an die Abordnung des Wohltätigkeitsklubs Glocke in Bremerhaven.

2. Mai 1896.

Auf eine Begrüßung des Wohltätigkeitsklubs Glocke in Bremerhaven erwidert Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich bitte Sie mit mir ein Hoch auszubringen auf Ihre Heimat, aus der ich heute durch Sie eine so freundliche Begrüßung erfahre. Ihre Bürger haben ihr Wohlergehen sich durch ihre Betriebsamkeit, durch ihren Mangel an Zufriedenheit, was man auch Strebsamkeit nennen könnte, erhalten. Die Seestädte sind draußen lange Zeit die einzigen Vertreter gewesen, die wir hatten und haben dabei große Kraft entwickelt wie uns Lübeck zeigt, das allein lange Zeit in der Ostsee stärker war als Schweden, Dänemark und Rußland zusammengenommen.

Dies zeigt uns, was der deutsche Bürgersinn vermocht hat, und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun, in unserem neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe, aber es ging doch vorwärts, langsam wie alles auf der Welt immer gehen kann. Was sich überstürzt, überlebt sich nicht, und in diesem Sinne, in Anerkennung der ausdauernden, langsamen und nach Bedürfnis bescheidenen und strebsamen Arbeit der Hansestädte bitte ich Sie mit mir anzustoßen auf das Wohl derselben und in specie Ihrer Hansestadt Bremen und dessen Senat — et qui illam regit. Die Hansestadt Bremen und ihr Senat, sie leben hoch!

Ich hoffe, Bremerhaven ist nicht eifersüchtig auf seine Mutterstadt, es ist ja allezeit mitgerechnet.

Ansprache an eine Abordnung aus Mecklenburg-Schwerin.

16. Mai 1896.

Bei der Überreichung einer Nachbildung des Denkmals des Großherzogs Friedrich Franz II. hält Droste Balck aus Güstrow an der Spitze einer Abordnung eine Ansprache an den Fürsten Bismarck. Dieser erwidert:

Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für die warmen Worte des Herrn Vorredners und insbesondere für die Gabe, die Sie mir bringen. Ihr hochseliger Herr Großherzog ist für mich immer ein außerordentlich liebenswürdiger Herr gewesen, und er fand bei mir Gegenliebe schon wegen der — verzeihen Sie, ich kann wegen Gesichtsschmerzen sehr schwer sprechen — schon wegen seiner Ähnlichkeit mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm,[1] in seiner Liebenswürdigkeit, in seinem Wohlwollen für alle Menschen und in seiner kühlen Tapferkeit mit gesundem Menschenverstande, wie ich sie im Kriege und Frieden kennen gelernt habe. Die Gnade, die mir Ihr hochseliger Herr stets erwies, hat sich übertragen auf den jetzt regierenden Großherzog, auch der ist mir immer ein freundlicher, lieber Herr gewesen, dem ich von Herzen Genesung wünsche, daß er unter seinen Untertanen wohnen könne.

Als Landsmann danke ich Ihnen insbesondere für Ihre Begrüßung. Wir Preußen haben seit der Königin Luise mit Mecklenburg niemals Streit gehabt und Dissensus. In den Bundesintrigen in Frankfurt a. M. war die mecklenburgische Stimme die, auf die wir Preußen neben den Thüringer Herzogtümern immer sicher rechnen konnten, und in Dankbarkeit bewahre ich meinem Freunde und Kollegen Herrn von Oertzen, dem damaligen mecklenburgischen Bundestagsgesandten, ein gutes Andenken.

Ich habe in Mecklenburg ja auch persönlich viele Freunde und Jugendbekannte gehabt. Die ganze niederdeutsche Bewohnerschaft, die plattdeutsch spricht, umfaßt unsere alten Provinzen so gut wie Ihr Land. „Wie spräkt datsülbe Plattdütsch." Dasselbe ist noch weiter westlich der Fall; doch wir sind mit Hannover nicht so in Frieden und Liebe gewesen wie mit Mecklenburg. Da trug vielleicht auch die Verwandtschaft der regierenden

[1] Er war der Neffe des alten Kaisers.

Familien dazu bei. Kurz, ich habe Zeiten erlebt, wo, wenn ich im fernen Orient einen Mecklenburger gesehen hätte, ich ihn als einen engeren Landsmann betrachtet haben würde, einen Süddeutschen aber nicht. Das ist Gott sei Dank gehoben. Dieser Standpunkt ist vergessen, hoffentlich für immer. Daß er nicht unter der Decke wieder auflebt, der Funke der Zwietracht, wollen wir hoffen.

Ich habe das Vertrauen zu Gott, daß wir nicht wieder auseinandergerissen werden können. Gezänk kann kommen, aber die Stämme, die sich gemeinsam als Deutsche erkennen, und die zusammen auf dem Schlachtfelde geblutet haben, die werden schwer wieder auseinander zu bringen sein. Mit den anderen Nachbarn, Sachsen, Bayern haben wir ja viel heftigeren Streit gehabt, mit Mecklenburg seit der Zeit Friedrichs des Großen nie. Friedrich der Große war kein angenehmer Nachbar, weder für Mecklenburg noch für Sachsen, noch für Österreich, noch für Polen, aber das sind tempi passati, seit der Königin Luise sind wir immer freundliche Nachbarn geblieben, und ich hoffe, ich bin gewiß, wir werden es bleiben.

Wenn auch ab und zu Verstimmung in uns auftritt — es kommt alles auf das Wohlwollen an, mit dem die Geschäfte geführt werden; ich habe das Vertrauen, daß Gott dies Deutsche Reich, das mit so viel Hammerschlägen und Blutvergießen auf dem Schlachtfelde zusammengefügt und gegründet ist, doch nicht wieder zerreißen lassen, sondern auch für fernere Zeit zusammenhalten werde, und daß wir in der freundlichen Intimität, in der wir mit den Mecklenburgern gelebt haben, auch ferner leben werden.

Nun möchte ich aber doch persönliche Bekanntschaft machen mit den Herren.

(Zu Geheimrat Podeus aus Wismar:)

Wismar geben wir nicht wieder raus![2] Es ist ein hübsches Städtchen, ich kenne es, weil ich einmal auf der Rückreise von Schweden durchgekommen bin.

Nach beendeter Vorstellung:

Ja, meine Herren, ich freue mich, unter Ihnen alle Stände im Lande vertreten zu finden und schließe daraus auf eine Einigkeit, die bei uns im ganzen Lande wie im Reichstage herrschen möge, namentlich unter den produktiven Ständen, zu denen ich auch den Kaufmann rechne: er schafft Produkte, Werte, indem er die Produkte an neue Stellen bringt. Aber was namentlich die Handwerker und Gewerbe, die Landwirtschaft an der Spitze, und die Industrie betrifft, die bei Ihnen noch nicht zur Krankheit geworden ist, wie an anderen Stellen des Reiches, da müssen wir doch alle zusammenhalten. Je älter ich werde, desto mehr werde ich Schutzzöllner, und ich weiß noch nicht, wie das enden soll, wenn ich noch älter werde. Einstweilen wollen wir aber beim Frühstück endigen, und ich bitte den Herrn Redner, meiner Tochter den Arm zu geben.

Beim Frühstück bringt Fürst Bismarck die Gesundheit des Großherzogs aus in folgenden Worten:

Meine Herren, ich kann nicht mit Ihnen am Tische sitzen, ohne mit Ihnen auf das Wohl Ihres hohen gnädigen Landesherrn ein Glas zu trinken. Seine Königliche Hoheit der Großherzog lebe hoch!

---

[2] Wismar war im Jahre 1803 für 100 Jahre an die Krone Schweden verpfändet worden.

Ansprache an die Hamburger Bürger.

10. Mai 1897.

Infolge Unwohlseins des Fürsten mußte der übliche Fackelzug der Hamburger Bürger am 1. April abgesagt werden und konnte erst am 10. Mai stattfinden. Die Dankesworte für die Huldigung und die Rede des Rechtsanwalts Semler sind die letzten des Fürsten bei einer größeren öffentlichen Begrüßung:

Meine Herren, es hat mir herzlich leid getan, daß ich Sie am 1. April nicht empfangen konnte und die Ehre Ihres Besuches habe ablehnen müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie sich dadurch nicht haben abschrecken lassen, jetzt doch noch hierher zu kommen. Auch für die Wahl des heutigen Tages danke ich Ihnen. Von allen Erinnerungen, die mich mit meiner Vergangenheit verknüpfen, sind mir die Friedensschlüsse die angenehmsten. Ich begehe in diesen Tagen ja manche Gedächtnisfeier meines öffentlichen Lebens; die älteste ist die meines Eintritts in die parlamentarische Politik — vor fünfzig Jahren ziemlich genau — in den Vereinigten Landtag von 1847. In dieser langen Zeit habe ich viel Liebe und viel Haß erfahren, aber es ist ein Vorteil des Altwerdens, daß man gegen Haß, Beleidigungen und Verleumdungen gleichgültig wird, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen wächst. Dieser Beweise der Liebe meiner Landsleute habe ich hier an dieser Stelle manche erhalten aus dem Deutschen Reiche, von auswärts, von überall her, und es ist das der Eindruck, den ich aus diesem Leben mitnehmen werde, wenn ich es verlasse. Ganz besonders wertvoll ist mir aber jederzeit das Wohlwollen meiner großen Nachbarstadt Hamburg gewesen. Es ist das ein gegenseitiges Wohlwollen. Ich habe für die Stadt und ihre Obrigkeit, für deren ruhige und volksfreundliche Energie allezeit Liebe und Anerkennung gehabt. Das Wohlwollen für meine Person ist mir um so wertvoller, als ich hier Ihr Nachbar bin und für Sie in ein schärferes Licht gerückt bin. Ich wohne seit sieben Jahren hier in Ihrer Nähe, und Sie haben in den sieben Jahren Zeit genug gehabt, meine Vergangenheit zu prüfen und zu sichten. Habe ich bestanden vor meinen Nachbarn (Ja! Ja!), so bin ich erfreut und bin dafür dankbar und bitte Sie, daß Sie mir helfen, meinem Danke Ausdruck zu geben, indem Sie mit mir in ein Hoch einstimmen auf die Freie Stadt Hamburg und ihre Obrigkeit. Sie leben hoch!

Berichtigung:

Bei der auf Seite 9 ff. abgedruckten Rede handelt es sich nicht, wie angegeben, um die 65. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 12. März 1885, sondern um die 66. Sitzung vom 13. März. Am 12. März hatte sich Fürst Bismarck für den Bau von neuen Schiffen „möglichst auf deutschen Werften" kurz ausgesprochen.

Auf Seite 144 muß es in der 2. Zeile der Einleitung heißen: Haltung des Kanzlers (nicht Kampfes).

Personenverzeichnis.